

Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz war einer der herausragenden Pfälzer Juristen, der die bayerische Gesetzgebung bedeutend mit gestaltete. In der Revolutionszeit 1848/49 war er bayerischer Justizminister und konnte in dieser Stellung insbesondere die bayerische Justizreform der Jahre 1848 ff. stark prägen. Eingebettet in seine Biographie, wird neben Bezugnahme auf den allgemeingeschichtlichen und historisch-politischen Hintergrund vor allen Dingen die Gesetzgebungsentwicklung im Königreich Bayern von der Mitte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts nachvollzogen.

Chronologisch aufgebaut beginnt die Arbeit (zunächst) mit dem familiären Umfeld, in das Heintz hineingeboren wurde. Sodann werden Heintz' Kindheit, Jugendzeit und sein beruflicher Werdegang als Advokat und Beamter in der Pfalz wie auch in München dargestellt. Im Anschluss daran widmet sich ein Abschnitt der Zeit von Heintz als Abgeordneter der Ständeversammlung in den Jahren 1845 bis 1847. Ein Schwerpunkt wird auf die Zeit von Heintz als Justizminister gelegt und die durch ihn maßgeblich geprägte Reformgesetzgebung der Jahre 1848/49. Unter anderem können dabei das Grundlagengesetz, die Ablösung der Grundlasten, die Ministerverantwortlichkeit, die Ministeranklage und insbesondere die Justizreform als Hauptgegenstände genannt werden. Im Lichte von Heintz' Wirken wird besonders die Strafrechtsreform und die Einführung von Geschworenengerichten im Königreich Bayern geschildert. 1849 trat Heintz als Justizminister zurück, doch auch nach seiner Entlassung war Heintz an der Weiterentwicklung der Gesetzgebungsreformen beteiligt, sodass anhand seiner Person der Fortgang der bayerischen Reformgesetzgebung, der bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hineinreichte, nachvollzogen wird. Daneben wird auch die private Lebenssituation von Heintz beschrieben, etwa die verschiedenen Prozesse, die Heintz gegen den königlichen Fiskus führte, was zum einen die Stellung eines bayerischen Staatsdieners in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor Augen führt, zum anderen aber auch die Person von Heintz greifbar macht.

ISBN: 978-3-86646-408-7



9 783866 464087

Rechtskultur Wissenschaft

Heiß: Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz

Rechtskultur Wissenschaft

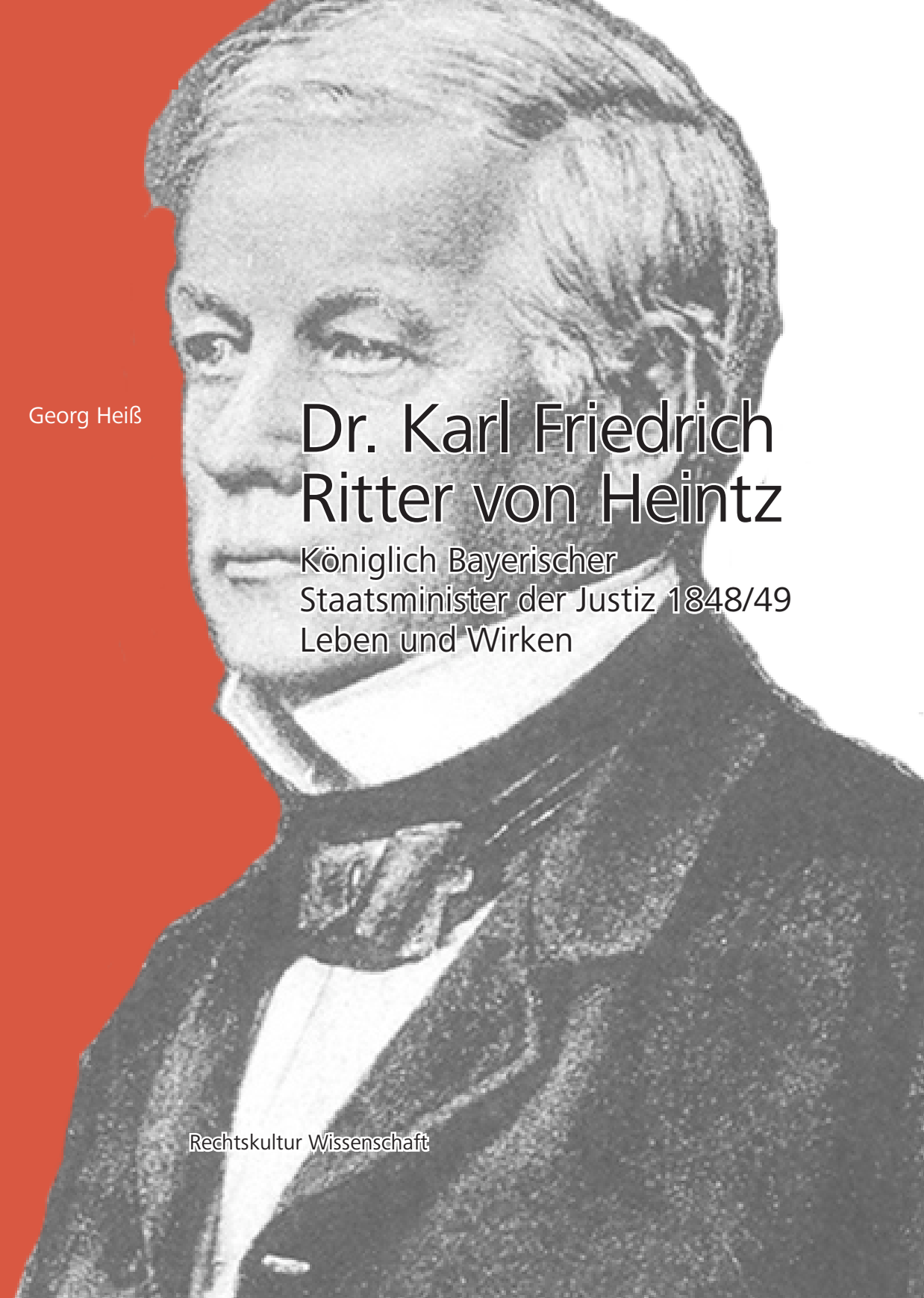
7

Georg Heiß

Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz

Königlich Bayerischer
Staatsminister der Justiz 1848/49
Leben und Wirken

Rechtskultur Wissenschaft



Rechtskultur Wissenschaft

Band 7

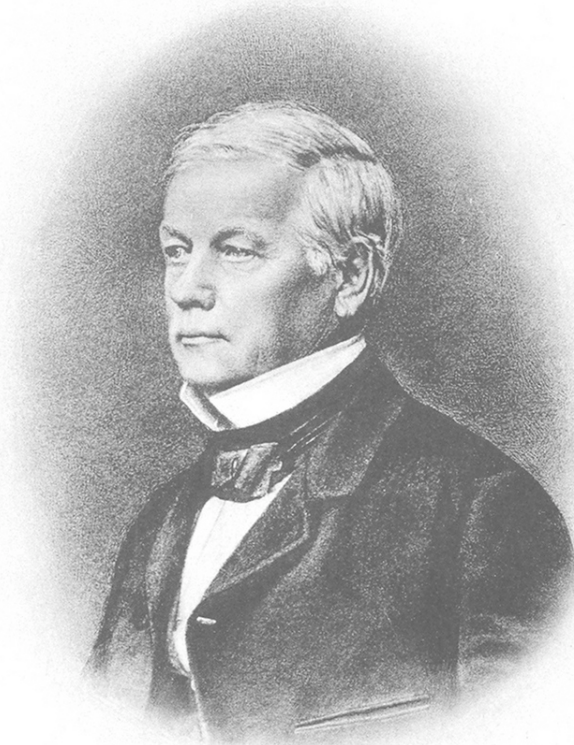
Herausgegeben von

Martin Löhnig (Regensburg) und Ignacio Czeguhn (Berlin)

Der Autor, Georg Maria Heiß, studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Regensburg und Oxford. Er absolvierte seinen Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar in den Oberlandesgerichtsbezirken Nürnberg und München und arbeitet nun als Rechtsanwalt in einer international tätigen Wirtschaftskanzlei.

Georg Heiß

DR. KARL FRIEDRICH RITTER VON HEINTZ
KÖNIGLICH BAYERISCHER
STAATSMINISTER DER JUSTIZ 1848/49
LEBEN UND WIRKEN



Rechtskultur Wissenschaft

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
ISBN: 978-3-86646-408-7

©2012 Edition Rechtskultur
in der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
www.gietl-verlag.de
Satz und Gestaltung: Andreas Gietl, Regensburg
ISBN: 978-3-86646-408-7

VORWORT

Bei der hier vorliegenden Biographie von Dr. Karl Friedrich Ritter von Heintz handelt es sich um die unwesentlich überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 2010/2011 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg angenommen wurde.

Ohne die großartige Unterstützung und Hilfsbereitschaft zahlreicher Personen wäre die Entstehung in dieser Form nicht möglich gewesen.

Besonderer Dank gilt dabei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Becker, der mich bei der Erstellung der Arbeit, von der Findung des Themas bis hin zur Drucklegung, mit seinem Vertrauen, seinem Engagement, seiner steten Gesprächsbereitschaft und seiner Geduld auf das Beste betreut und gefördert hat. Fachlich und persönlich durfte ich viel von ihm lernen.

Darüber hinaus danke ich Herrn Prof. Dr. Martin Löhnig (Universität Regensburg) für die Gespräche zur Arbeit, die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe Rechtskultur Wissenschaft.

Meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte und Kirchenrecht der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg sowie meinem Kollegen Herrn Dr. Thomas Schreiner danke ich für die stetige Diskussionsbereitschaft während der Anfertigung dieser Arbeit.

Auch möchte ich den Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken danken, insbesondere Herrn Prof. Dr. Reinhard Heydenreuter und Herrn Dr. Joachim Kemper, sowie allen Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Regensburg. Ihnen allen danke ich für ihr Entgegenkommen und die unkomplizierte Beschaffung und Bereitstellung von Archivmaterialien und Literatur.

Ebenso gilt den Nachkommen von Karl Friedrich Heintz mein herzlicher Dank. Ihre zahlreichen Rückmeldungen und weiterführenden Gespräche zur Person von Karl Friedrich Heintz haben meine Arbeit sehr bereichert. Besonderen Dank aussprechen möchte ich Herrn Prof. Dr. Andreas Sepp für die Bereitstellung von Quellen zum privaten Umfeld von Karl Friedrich Heintz, insbesondere dafür, dass er mir das für diese Arbeit ausnehmend hilfreiche Familienbuch der Familie Heintz zur Verfügung gestellt hat.

In diesem Zusammenhang gilt mein Dank auch Herrn Pfarrer Dr. Bernhard Bonkhoff, welcher mir in ausführlichen Gesprächen wertvolle Hinweise über Karl Friedrich Heintz gab.

Herrn Edward Gutch M.A. danke ich herzlich für das sorgfältige Korrekturlesen der Arbeit.

Bei meiner gesamten Familie, insbesondere bei meiner Mutter, möchte ich mich für die Unterstützung meines Vorhabens bedanken, und auch meinem privaten Umfeld sei an dieser Stelle mein herzlichster Dank gewiss.

Schließlich gilt mein Dank der Hanns-Seidel-Stiftung für die ideelle und finanzielle Förderung der Promotion, ebenso der Schmitz-Nüchterlein-Stiftung und der Bayern-Pfalz-Stiftung für die großzügige finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung dieser Arbeit.

Regensburg, im Mai 2012

Georg Heiß

INHALT

VORWORT	5
I. EINFÜHRUNG	15
II. ABSTAMMUNG UND FAMILIE	23
1. Die Familie väterlicherseits	23
2. Die Familie mütterlicherseits	30
3. Die Geschwister von Karl Friedrich Heintz	32
4. Seine Frau und Kinder	36
III. KINDHEIT, JUGENDZEIT, AKADEMISCHER UND ERSTER BERUFLICHER WERDEGANG	39
1. Kindheit und Jugendzeit	39
2. Akademischer Werdegang	44
3. Beruflicher Werdegang bis zur Abgeordnetenzeit 1845	46
a. Vorbereitungsdienst	46
b. Advokat	49
c. Beamtenlaufbahn	50
aa. Substitut des Staatsprokurators Bezirksgericht Zweibrücken	50
bb. Zweiter Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken	54
cc. Erster Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken	59
dd. Rat am Appellationsgericht Zweibrücken und Berufung als Oberappellationsgerichtsrat	59
ee. Berufung als Oberappellationsgerichtsrat	60
IV. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS ABGEORDNETER DER STÄNDEVERSAMMLUNG	65
1. Die Ständeversammlung, Stellung, Struktur und Kompetenzen	65
2. Struktur der Kammer der Abgeordneten, Wahl der Wahlklasse V	70
3. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1845/46	74
a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1845/46	74
b. Dankadresse	80
c. Gesetzgebung	83
aa. Entwurf des Gesetzes Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend	83
bb. Gesetzentwurf, das Exekutionsverfahren in der Pfalz betreffend	91
cc. Gesetzentwurf, den Eintritt der Staatsdiener in die Kammer betreffend	98
d. Eintreten für die Pfalz	107
aa. Reklamation zur Zahl der pfälzischen Abgeordneten	108

bb. Authentische Interpretation des Titel VI § 12 BV 1818, rücksichtlich seiner Anwendung auf die Pfalz	117
e. Weitere Äußerungen von Heintz auf der Ständeversammlung	119
aa. Verfassungs- und Gesetzestreue	120
bb. Justizbild	130
cc. Soziales Empfinden	132
dd. Verbundenheit zum Königreich Bayern und zum Hause Wittelsbach	135
ee. Pressefreiheit	137
f. Schluss der Ständeversammlung 1845/46	139
4. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1847	140
a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1847	140
b. Dankadresse	143
aa. Verfassungs- und Gesetzestreue	146
bb. Pressefreiheit	148
cc. Bemühung um Gesetzgebungsreformen	151
dd. Bemühung um gesellschaftliche Reformen	153
c. Schluss der Ständeversammlung 1847	157
5. Gesamtbetrachtung und Würdigung der Abgeordnetenphase	157

V. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS JUSTIZMINISTER

161

1. Die Beteiligung von Heintz am Reformlandtag von 1848	161
a. Allgemeines	161
b. Ernennung von Heintz zum Justizminister, Staatsrat und lebenslänglichen Reichsrat	166
aa. Ernennung zum Justizminister	166
bb. Ernennung zum Staatsrat	170
cc. Ernennung zum Reichsrat	171
c. Die Beteiligung von Heintz an der Reformgesetzgebung 1848	174
aa. Justizreform	174
[1]. Vorläufer und Grundlagen der Justizreform	176
[a]. Die Maurerschen Gutachten zur Neugestaltung des Justizwesens 1847	176
[b]. Die Justizorganisation in der Pfalz	179
[2]. Beratung neuer Gesetzbücher	182
[3]. Grundlagengesetz	187
[4]. Änderungen im Strafrecht	197
[5]. Ablösung der Grundlasten	202
[6]. Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklage	206
[a]. Ministerverantwortlichkeit	206
[b]. Staatsgerichtshof	209
bb. Soziale und gesellschaftliche Reformen	213
[1]. Amnestiegesetz	213

[2]. Jagdgesetz	216
cc. Gesetze in Bezug auf die Volksvertretung	221
[1]. Erhöhung der Zahl der Abgeordneten der Pfalz	221
[2]. Landtagswahlgesetz	224
[3]. Parlamentarische Initiative	231
2. Die weitere Entwicklung der Justizreform unter Heintz	237
a. Strafrechtsreform	237
aa. Die Einführung von Geschworenengerichten	239
[1]. Gründe für die Einführung von Geschworenengerichten	239
[2]. Bildung der Schwurgerichte	240
[aa]. Voraussetzungen für das Geschworenenamt	241
[bb]. Fertigung der Geschworenenliste	243
[cc]. Ergänzung der Geschworenenliste	244
[a]. Besetzung der Geschworenenbank	245
[3]. Gesamtbetrachtung	247
bb. Die Modifikation des materiellen Strafrechts	248
cc. Die Strafprozessrechtsnovelle vom 10. November 1848	251
[1]. Gerichtsverfassung samt Regelungen über die Staatsanwaltschaft	253
[a]. Gerichtsorganisation	253
[aa]. Voruntersuchungsgerichte	253
[bb]. Anklagegerichte	255
[cc]. Erkennende Gerichte	257
[dd]. Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände	259
[ee]. Abweichung von der örtlichen Zuständigkeit	259
[b]. Staatsanwaltschaft	261
[aa]. Einführung und Behördenorganisation	261
[bb]. Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft und ihr Verhältnis zu Gerichten und Behörden	262
[2]. Die Voruntersuchung	263
[a]. Sinn und Zweck der Voruntersuchung	263
[b]. Ausgestaltung der Voruntersuchung	264
[c]. Anklageerkenntnis	267
[d]. Rechtsmittel gegen das Anklageerkenntnis	269
[3]. Das Verfahren erster Instanz	270
[a]. Das Verfahren vor den Schwurgerichten	270
[aa]. Sachliche Zuständigkeit der Schwurgerichte	270
[bb]. Sitzungsperioden der Schwurgerichte	271
[cc]. Vorbereitungsverfahren	272
[dd]. Vertretungspflicht/Rechte und Pflichten des Verteidigers	273
[ee]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern	274
[ff]. Festsetzung des Verhandlungstages	275

[gg]. Die Hauptverhandlung im schwurgerichtlichen Verfahren	276
[hh]. Die Urteilsfindung	280
[aaa]. Allgemeine Grundsätze zur Urteilsfindung	280
[bbb]. Belehrung der Geschworenen und Fragestellung an diese	282
[ccc]. Der Wahrspruch der Geschworenen	285
[ddd]. Die Urteilsfällung	286
[ii]. Sondervorschriften für geringere Verbrechen und Vergehen vor den Schwurgerichten	288
[b]. Das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten	288
[aa]. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Kreis- und Stadtgerichte	288
[bb]. Vorbereitungsverfahren	289
[cc]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern	290
[dd]. Die Hauptverhandlung vor den Kreis- und Stadtgerichten	290
[ee]. Die kreis- und stadtgerichtliche Entscheidung	291
[c]. Das Ungehorsamsverfahren	292
[aa]. Im schwurgerichtlichen Verfahren	293
[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Todes-, Ketten- und Zuchthausstrafe	294
[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei geringeren Verbrechen und Vergehen sowie Pressevergehen	296
[bb]. Im Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten erster Instanz	297
[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Verbrechen	297
[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei Vergehen	298
[4]. Rechtsmittel	298
[a]. Rechtsmittel gegen Urteile der Schwurgerichte	299
[aa]. Nichtigkeitsbeschwerde	300
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Nichtigkeitsbeschwerde	300
[bb]. Statthaftigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde	301
[aaa]. Frist und Form der Nichtigkeitsbeschwerde	302
[bbb]. Nichtigkeitsbeschwerdegründe	302
[ccc]. Gang des Verfahrens der Nichtigkeitsbeschwerde	304
[ddd]. Prüfungskompetenz des Obersten Gerichtshofes	305
[eee]. Entscheidung über die Nichtigkeitsbeschwerde	305
[cc]. Wiederaufnahme des Verfahrens	306
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens	306
[bbb]. Statthaftigkeit der Wiederaufnahme der Verfahrens	307
[ccc]. Frist und Form der Wiederaufnahme des Verfahrens	307
[ddd]. Verfahren und Entscheidung bei Wiederaufnahme des Verfahrens	307
[dd]. Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308
[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308

[bbb]. Statthaftigkeit der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	308
[ccc]. Verfahren der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	309
[ddd]. Entscheidung über die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes	309
[b]. Rechtsmittel gegen Urteile der Kreis- und Stadtgerichte	309
[aa]. Berufung	309
[aaa]. Sinn, Zweck, Einordnung und Statthaftigkeit der Berufung	310
[bbb]. Verfahren der Berufung	311
[ccc]. Entscheidung des Appellationsgerichts	311
[bb]. Ungehorsamsverfahren in der Berufungsinstanz	312
[5]. Gesamtbetrachtung der Strafprozessrechtsnovelle 1848 und der Verdienste von Heintz	312
b. Reformversuche im Zivilprozess/Entwurf einer Prozessordnung	315
aa. Allgemeines zum Entwurf der Prozessordnung 1848	315
bb. Der Entwurf der Prozessordnung 1848	315
[1]. Die Parteimaxime	316
[2]. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens	317
[3]. Der Instanzenzug	318
[4]. Die Beteiligung der Staatsanwaltschaft	319
cc. Bewertung des Entwurfes	319
3. Verleihung des Komturkreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael	320
4. Der Landtag 1849 – Rücktritt von Heintz als Justizminister	320
a. Gang des Landtages	320
aa. Vorstimmung und Wahlen des Landtags	320
bb. Eröffnung des Landtags	325
cc. Die Dankadressen der Kammern des Landtages	325
[1]. Die Adresse der Kammer der Reichsräte	325
[2]. Die Adressdebatte und Adresse der Kammer der Abgeordneten	326
[3]. Rücktritt von Heintz als Justizminister	334
dd. Vertagung und Auflösung des Landtags	336
b. Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes 1849	336
5. Gesamtbetrachtung der Phase als Justizminister	339

VI. DIE ZEIT NACH DER ENTLASSUNG ALS JUSTIZMINISTER

343

1. Der Prozess gegen den königlichen Fiskus	343
a. Die dienstliche Stellung und die Entwicklungen bis hin zur Klageerhebung	343
b. Die rechtliche Stellung der Staatsdiener des Königreichs Bayern	348
c. Die Rechtsauffassungen der Parteien	350
aa. Die Rechtsauffassung von Heintz	350
bb. Die Rechtsauffassung des königlichen Fiskus	351
d. Die Entscheidungen der Gerichte	355
aa. Entscheidung des Appellationsgerichts von Oberbayern	355

bb. Entscheidung des Oberappellationsgerichts	357
e. Gesamtbetrachtung	358
2. Die Stellung von Heintz in der Kammer der Reichsräte	359
3. Beteiligung an der bayerischen Reformgesetzgebung nach Entlassung als Minister	362
a. Die weitere Entwicklung im Bereich des Gerichtsverfassungsgesetzes	362
aa. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1850	362
bb. Der Gesetzentwurf die gerichtlichen Beamten betreffend	366
cc. Der Entwurf zum Notariatsgesetz	367
dd. Das Gesetz einige Bestimmungen die Gerichtsverfassung betreffend	373
ee. Weitere Versuche zur Durchführung der Gerichtsorganisation bis zum GVG 1861	375
ff. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1861	378
b. Die Zivilprozessordnung von 1869	381
aa. Allgemeines zur Zivilprozessordnung von 1869	381
bb. Die Streitpunkte zwischen den Kammern des Landtages	385
[1]. Mitwirkung der Staatsanwaltschaft	385
[2]. Unteilbarkeit des Geständnisses	388
c. Die Strafprozessrechtsreform	389
aa. Ungehorsamsverfahren	390
bb. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	391
[1]. Allgemeines zum Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	391
[2]. Der Gang der Beratungen des Entwurfs	392
[3]. Die wesentlichen Modifikationen der Kammern	393
[a]. Gemeinsamer Kassationshof für das gesamte Königreich	394
[b]. Die Untersuchungshaft	394
[c]. Verfahren bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte auf freiem Fuß befindet	395
[d]. Schwurgerichte in der Pfalz betreffend	397
[4]. Die Regelungen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch	398
d. Gesamtbetrachtung der weiteren Entwicklung der Justizreform	400
4. Die weitere politische Tätigkeit von Heintz nach der Entlassung als Justizminister	402
a. Die Deutsche Frage	402
b. Das Eintreten für die und Äußerungen im Zusammenhang mit der Pfalz	406
5. Die weitere dienstliche Stellung und Privatleben	411

VII. SCHLUSSBETRACHTUNG 417

ABKÜRZUNGEN 419

ANHANG

1. Stammbaum	449
2. Ahnenbericht	452
a. Generation 1	452
b. Generation 2	452
c. Generation 3	453
d. Generation 4	454
e. Generation 5	454
f. Generation 6	455
3. Gerichtsorganisation Pfalz (1802 – 1814)	456
4. Gerichtsorganisation Pfalz (1816 – 1877)	457
5. Bildung der Geschworenengerichte nach der StPON	458
6. Die Gerichtsorganisation nach der StPON	459
7. Gang des Strafverfahrens nach der StPON	460
8. Gerichtsorganisation nach dem GVGE 1849	461
9. Dankdeputation von Landgemeinden bei Justizminister Heintz	462
10. Justizminister von Heintz, der ausgezeichnete Rechenmeister, hält Schule	463
11. Löschung des Brandes in Tutzing	464
12. Die von H. Staatsrath v. Heintz organisierte Tutzinger Feuerwehr	465
13. Stern zum Verdienstorden vom heiligen Michael	466
14. Verdienstorden vom heiligen Michael	467
15. Stern zum Verdienstorden der bayerischen Krone	468
16. Verdienstorden der bayerischen Krone	469
17. Die Kammer der Reichsräte im Jahr 1865	470

I. EINFÜHRUNG

„Als [...] auch für Bayern die Morgenröthe einer freien, volksthümlichen Richtung anbrach, wurde er [Karl Friedrich Heintz] von allen Seiten als der Mann erkannt der die Eigenschaften besaß um in der Gesetzgebung Bayerns die längst als dringend erkannten Reformen vorzunehmen. Er war von Sr. Maj. dem König Maximilian II bei seinem Regierungsantritt an die Spitze des Staatsministeriums der Justiz berufen, und kurz darauf auch zum lebenslänglichen Reichsrat ernannt. Wie er in dieser hohen Stellung rastlos zum Besten des Landes wirkte, wie durch sein energisches Vorwärtsgehen Bayern das erste deutsche Land wurde, welches die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren mit dem Institut des Schwurgerichts praktisch und erfolgreich ins Leben einführte, wie er zu diesem Zwecke ein Gesetz schuf, das noch jetzt [1868] wegen seiner Klarheit und consequenten Durchführung als mustergültig dasteht, wie er vor allem durch das sogenannte Grundlagengesetz vom 4. Juni 1848 das Fundament zu allen nachfolgenden Reformen in der Justizpflege legte, die Trennung der Justiz von der Verwaltung, die Einheit der Gesetzgebung in den diesseitigen und jenseitigen Landesteilen zum Prinzip erhob – das alles lebt noch zu frisch in aller Gedächtniß, als daß es weiter auszuführen nötig wäre.“¹

Seit diesem Nachruf auf Karl Friedrich Heintz sind nun beinahe eineinhalb Jahrhunderte verstrichen, und die Gesetzgebung der Zeit, sein Leben sowie seine Bemühungen und Verdienste um die bayerische Reformgesetzgebung Mitte des 19. Jahrhunderts sind nicht mehr in entsprechender Frische in unserem Gedächtnis lebendig, so dass im Vergleich zu damals eine tiefer gehende Beleuchtung des Lebens und Wirkens von Heintz notwendig geworden ist. Dies schon deshalb, da es sich bei Karl Friedrich Heintz um einen Mann handelt, der „nicht nur wegen seiner hohen Stellung, sondern auch wegen seiner bewährten Gesinnung in schweren Zeiten, und wegen seiner wahren Verdienste um Bayern, der Vergessenheit entrissen zu werden verdient“², was das Ziel der vorliegenden Arbeit ist. Von Bedeutung ist dies um so mehr, wenn man sich vor Augen führt, dass die Justizreformen und die dadurch zustande gekommenen Justizgesetze der einzelnen Partikularstaaten Deutschlands Mitte des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung und das Verständnis der Reichsjustizgesetze des Deutschen Reiches 1877 von essentieller Bedeutung waren³ – die Reichsjustizgesetze führten die bis heute in Deutschland vorhandene und bekannte Gerichtsbarkeit ein und begründeten mehr als andere Gesetze des 19. Jahrhunderts eine Tradition von Rechtsstaatsprinzipien in Deutschland.⁴ Die Bedeutung des in den Partikularstaaten geltenden Rechts ergab sich schon daraus, dass der Gesetzgeber für das Deutsche Reich keinerlei eigene Erfahrungen mit der Erstellung einer Justizge-

¹ Nekrolog auf Karl Friedrich Heintz, aus: Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3581; teilweise auch abgedruckt in: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 490.

² Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3581.

³ Schubert, Entwurf 1825, S. VII.

⁴ Landau, Die Reichsjustizgesetze von 1879 und die deutsche Reichseinheit, in: Bundesministerium der Justiz, Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, S. 211.

setzung hatte und daher verstärkt auf die Hilfe der einzelnen deutschen Bundesstaaten zurückgriff, die damit erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben konnten,⁵ was sie zur Umsetzung der eigenen Identität im Reich selbstverständlich auch intensiv wahrnahmen. Auch das Königreich Bayern konnte durch seine eigenen Erfahrungen mit der Justizgesetzgebung seit 1848 einen wesentlichen Beitrag zu den Reichsjustizgesetzen geben. Eine Beschäftigung mit der Reformgesetzgebung Bayerns Mitte des 19. Jahrhunderts und den Persönlichkeiten, die an dieser mitgewirkt hatten, gewährt damit Einblick in die Grundlagen der uns heute vertrauten Auffassung von Rechtsstaat sowie der grundlegenden Ausgestaltung der gegenwärtigen Justizgesetze und bildet daher ein nicht unerhebliches Element für ein tiefgehendes Rechtsverständnis der Gegenwart. Die vorliegende Arbeit möchte daher, der Überzeugung folgend, dass Rechtsgeschichte anhand von Persönlichkeiten anschaulich erforscht und dargestellt werden kann, Leben, Werk und Wirken der Person von Karl Friedrich Heintz würdigen und damit einen tieferen Einblick in den gesellschaftspolitischen Wandel, die Reformbestrebungen und Reformen im Königreich Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts gewähren. Ein vertieftes Eingehen auf die Wirkung der Gesetzgebung in Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts, auf die Reichsjustizgesetze im Einzelnen sowie die heute noch bestehende Rechtslandschaft kann leider nur am Rande geschehen, da bereits die Wirkung eines einzigen Gesetzes der Justizreformen vom Umfang eine für sich allein stehende Arbeit füllen könnte. Ziel der Arbeit ist es daher, die Justizreformen zu vergegenwärtigen, die im Königreich Bayern stattgefunden haben, unter Berücksichtigung der damaligen politischen Situation, ihrer Grundlagen sowie der konkreten Beteiligung und der Verdienste von Karl Friedrich Heintz bei diesem Vorhaben.

Die bayerischen Justizgesetze waren durchzogen vom Geiste des in der Pfalz⁶ geltenden französischen Rechts, gerade deshalb sind die Beteiligung und der Einfluss pfälzischer Juristen an der Gesetzgebung im Königreich Bayern von besonderer Bedeutung. Für Rechtsentwicklung sind gerade Justizminister schon aus ihrer Position heraus zentrale Persönlichkeiten. Neben Georg Friedrich Freiherr von Zentner,⁷ der in den Jah-

⁵ Schubert, Gerichtsverfassung, S. 28.

⁶ Der Einfachheit halber wird im folgenden die Bezeichnung „Pfalz“ gewählt. Seit dem Anschluss an Bayern am 01. Mai 1816 wechselten die Bezeichnungen von „Das königlich-bayerische Gebiet auf dem linken Rheinufer“ über „Rheinkreis“ zu „Pfalz“ am 01. Januar 1838. (Becker, Die bayerische Rheinpfalz und das rheinische Recht, in: Wadle, Siebenpfeiffer und seine Zeit, S. 19, Anm. 1; Fenske, Pfalz und Bayern, Vorwort; Fenske, Rheinkreis-Pfalz-Westmark, in: Staab, Pfalz, S. 221 ff.).

⁷ Georg Friedrich Freiherr von Zentner, geb. 27.08.1752, gest. 20.10.1835, 1770 Jesuitenkolleg Mannheim, Studienaufenthalt Frankreich, Jura- und Geschichtsstudium Göttingen, Reichskammergericht Wetzlar, 1777 Prof. Staats- und Fürstenrechts sowie Reichsgeschichte Universität Heidelberg, 1797 kurbayerischer Gesandter beim Rastatter Kongress, 1799 Wirkl. Geh. Rat und Referendär im Ministerialdepartement der geistlichen Gegenstände, später Auswärtiges Departement, 1801 Mitglied Bayerische Akademie der Wissenschaften, 1813 Wirkl. Geh. Rat und Vorstand des Studienwesens im Innenministerium, 1817 Staatsrat im Innenministerium maßgeblich an Ausarbeitung BV 1818 beteiligt, 1819 zugleich Generaldirektor des Innenministeriums, 1808 Wirkl. Geh. Ratsmitglied, 1823 – 1831 Staatsminister der Justiz, 1827 – 1828 Ministerverweser des Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußern, 1831 Ruhestand (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Zentner; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 75, S. 118). Eingehend zu Zentner: Dobmann, Zentner; Trötsch, Zentner, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 157 ff.).

ren zwischen 1823 und 1831 königlich bayerischer Staatsminister der Justiz gewesen ist, und Georg Ludwig von Maurer,⁸ der im Jahre 1847 das „Ministerium der Morgenröte“, als Ministerverweser des Staatsministeriums der Justiz und des Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Äußeren, leitete,⁹ ist Karl Friedrich Heintz einer der bayerischen Justizminister des 19. Jahrhunderts, die ihre Heimat in der Pfalz hatten. Gerade seine Amtszeit in den bewegten Jahren 1848/49 und seine einflussreiche Stellung auf dem Reformlandtag von 1848 machen Heintz zu einer bedeutenden Person für die bayerische Rechtsentwicklung.¹⁰

Durch den Staatsvertrag zu München zwischen dem Königreich Bayern und dem Kaiserreich Österreich vom 14. April 1816, der Folge der territorialen Neuordnung durch den Wiener Kongress war, fiel die Pfalz am 30. April 1816 an Bayern und wurde am 01. Mai 1816 feierlich in Besitz genommen.¹¹ Durch die vormalige, nahezu zwei Jahrzehnte andauernde Zugehörigkeit zum revolutionär geprägten ersten französischen Kaiserreich und durch seine räumliche Trennung vom übrigen Bayern kam der Pfalz, als achter Provinz des Königreichs, wirtschaftlich wie auch politisch eine gesonderte Stellung in Bayern zu.¹² Die vorherrschende Stellung des Adels durch ständische Sonderrechte, insbesondere die Grundherrschaft und die Patrimonialgerichtsbarkeit, war in der Pfalz abgeschafft. Die Gerichts- und Verwaltungsorganisation waren neu geordnet und dabei Justiz und Verwaltung voneinander getrennt worden. Durch die Einführung der Cinq Codes in napoleonischer Zeit galt in der Pfalz ein Rechtssystem, das wohl als das fortschrittlichste seiner Zeit gelten durfte, wohingegen im rechtsrheinischen Bayern gerade durch die Gebietsgewinne zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine starke Rechtszersplitterung vorherrschte.¹³ So galt beispielsweise bis zur Einführung des BGB im Jahre 1900 für das Königreich Bayern kein einheitliches Zivilrecht, obgleich nicht weniger als sechs Versuche unternommen wurden, diesbezüglich eine Vereinheitlichung zu erreichen.¹⁴ Durch die in der Pfalz geltende Gewerbefreiheit und den allgemeinpolitisch modernen Geist wie auch durch die höhere Bevölkerungsdichte hatte die Pfalz in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber dem restlichen Bayern ebenfalls eine gute Position, weshalb auch dort die Industrialisierung früher einsetzte. Dennoch war die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten Jahrzehnten der Zugehörigkeit zu Bayern, ob der hohen Steuer-

⁸ Georg Ludwig von Maurer, geb. 02.11.1790, gest. 09.05.1872, Jurastudium Heidelberg und Paris, 1814 bayerischer Staatsdienst, 1817 Appellations- und Revisionsgerichtsrat, 1824 Staatsprokurator Frankenthal, 1826 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1826 Prof. für Privatrecht, deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte Universität München, 1829 Staatsrat im a.o. Dienst, Geheimer Hofrat, 1832 – 1834 Mitglied des Regentschaftsrats für König Otto von Griechenland und „Gesetzgeber Griechenlands“, 1834 Wiedereintritt in seine alten Stellungen in Bayern, 1847 Ministerverweser des Justiz- und Außenministeriums (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Maurer; Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 36, S. 101). Eingehend zu Maurer: Dickopf, Maurer.

⁹ Dickopf, Maurer, in: Baumann, Pfälzer Lebensbilder I, S. 218 – 240.

¹⁰ Latzin, Bayern und die Pfalz, S. 20.

¹¹ Horlacher, Der Wert der Pfalz für Bayern und das Reich, S. 13.

¹² Latzin, Bayern und die Pfalz, S. 13 ff.

¹³ Weis, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 16 ff.

¹⁴ Dölemeyer, Die bayerischen Kodifikationsbestrebungen, in: Coing, Ius Commune, 1975, Bd. 5, S. 138.

belastung, der Zölle¹⁵ und der Zerschlagung des französischen Absatzmarktes, stark gehemmt, was sich erst durch den deutschen Zollverein 1834 änderte, wodurch die Pfalz in eine neue beschleunigte Phase der Industrialisierung eintrat.¹⁶ Dadurch, dass die „segenreichen Errungenschaften der französischen Revolution“ bereits in der Pfalz verankert waren,¹⁷ hatten die Pfälzer berechtigterweise beim Anschluss an das bayerische Königreich Bedenken und Ängste um den Erhalt ihrer Institutionen, denen aber Maximilian I. schon durch das Besitznahmepatent vom 03. Mai 1816 sowie nochmals durch die Verfassung von 1818 dahingehend Rechnung trug, dass den Pfälzern ihre Institutionen verfassungsrechtlich garantiert wurden.¹⁸ Über diesen reinen Erhalt der Institutionen für ihre Heimat hinaus waren die Pfälzer aber stets bestrebt, die Neuerungen auch im übrigen Bayern fruchten zu lassen, und so sah man die Pfälzer in der bayerischen Ständerversammlung bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Übertragung der bewährten pfälzischen Institutionen auf das rechtsrheinische Bayern eintreten, weshalb die Reformbestrebungen in Bayern nicht selten ihre Wurzeln in der Pfalz hatten.¹⁹ Einer dieser Pfälzer, der bedeutenden Einfluss auf die Rechtsentwicklung in Bayern genommen hat und eine hervorragende Karriere im bayerischen Konstitutionalismus Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die höchsten Staatsämter machen konnte und stets wärmstens für die sinnvolle Angleichung der altbayerischen an die pfälzischen Verhältnisse eintrat, war Karl Friedrich Heintz.²⁰ Dessen modernes Verständnis von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht, das vornehmlich seine Mitarbeit an der Gesetzgebung für das ganze Königreich Bayern, die Parlamentarisierung und seinen Einsatz für die pfälzische Heimat prägte, hatte seinen Ursprung unzweifelhaft in seiner Herkunft aus der Pfalz.²¹

Möchte man den persönlichen Anteil eines Ministers an der Gesetzgebung seiner Zeit erforschen, so ist genaue Kenntnis der Herkunft, des Werdegangs, seiner dienstlichen wie auch privaten Verhältnisse vonnöten, da all diese Faktoren maßgeblich das politische Verständnis einer Person und somit ihr Wirken prägen, Ziel der Arbeit ist es daher, auch diese Bestandteile der Person von Heintz herauszuarbeiten und ihn zutreffend politisch in seine Zeit einzuordnen. Heintz wird teilweise als der am deutlichsten erkennbare Liberale im Märzministerium,²² teilweise als linksliberal,²³ teilweise als Pfälzer Demokrat mit einem Bekenntnis zur Monarchie²⁴ und teilweise als gemäßigter Pfälzer

¹⁵ Durch das Zollgesetz vom 22.07.1819 wurde sogar auf Einfuhren ins rechtsrheinische Bayern Zölle erhoben (GVBl. 1819, Sp. 99 ff.).

¹⁶ Haan, Die Anfänge der Industrialisierung in der Pfalz, in: Albrecht, Festschrift Spindler, S. 654 f.

¹⁷ Horlacher, Der Wert der Pfalz für Bayern und das Reich, S. 13.

¹⁸ Becker, Die bayerische Rheinpfalz und das rheinische Recht, in: Wadle, Siebenpfeiffer und seine Zeit, S. 25 f.; Haan, Die Stellung der Pfalz, in: Kraus, Land und Reich, S. 458.

¹⁹ Scherer, Zum Verhältnis Pfalz-Bayern, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 10, 14, 16 f.; Becker, Die bayerische Rheinpfalz und das rheinische Recht, in: Wadle, Siebenpfeiffer und seine Zeit, S. 29.

²⁰ Lenk, Die Pfälzer Abgeordneten im Bayerischen Landtag, in: Stimme der Pfalz, 1969, S. 10.

²¹ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 444 ff., 459.

²² Reiter, Revolution in Bayern, S. 70.

²³ Löffler, Reichsräte, S. 193; Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Heintz.

²⁴ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 453.

Liberaler beschrieben,²⁵ was eine genaue politische Einordnung seiner Person unumgänglich macht. Möchte man seine tatsächliche politische Einstellung richtig würdigen, so bedarf es vorab einer Festlegung des Begriffes Liberalismus, wie er im folgenden Verwendung finden soll. Am geeignetsten erscheint eine Begriffsbestimmung anhand der Parteibildung, die sich auf der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 vollzog und die sich auch in den Gruppierungen des ersten bayerischen Landtages von 1849 beobachten ließ. Die Geeignetheit dieses Fixpunktes ergibt sich nicht zuletzt deshalb, weil der Begriff des Liberalismus gerade im Vormärz mannigfaltig definiert wurde und unscharf geworden war.²⁶ Die demokratische Linke bekannte sich zu einer vollständigen Volkssouveränität für das bayerische wie deutsche Volk und trat zudem für eine unbedingte Unterordnung der deutschen Einzelstaaten unter einer vom Volke geschaffenen Reichsgewalt und den Beschlüssen des Frankfurter Nationalparlaments ein.²⁷ Diese Gruppierung war am ehesten mit den Begriffen radikal-liberal oder republikanisch zu bezeichnen. Als gemäßigt liberal oder altliberal hingegen konnten diejenigen Liberalen bezeichnet werden, die sich trotz ihres fortschrittlichen Ideengutes des Vormärzes zu einem konstitutionellen System bekannten.²⁸ Diese Liberalen bildeten das Zentrum, das sich in ein linkes und rechtes Zentrum aufspaltete, wovon gerade in Bezug auf die Deutsche Frage das linke Zentrum eher zu den Forderungen der demokratischen Linken tendierte, das rechte Zentrum hingegen zur konservativen Rechten, die am monarchischen Charakter der bayerischen Verfassung und in Bezug auf die Deutsche Frage an der absoluten Souveränität der Einzelstaaten festhielt sowie für die Wirksamkeit der Beschlüsse des Frankfurter Nationalparlaments sich auf eine zwingende Verständigung zwischen der Nationalversammlung und den Einzelstaaten berief.²⁹

Die neben dieser Arbeit einzige umfangreichere biographische Abhandlung zu Karl Friedrich Heintz ist diejenige von Joseph Altstötter aus dem Jahre 1931, die vorwiegend auf den Personalakten des Staatsministeriums der Justiz³⁰ sowie den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten und der Kammer der Reichsräte der Jahre 1845 bis 1868 basiert.³¹ So hilfreich die Darstellung Altstötters für die vorliegende Arbeit war, hinterließ sie doch sowohl in Bezug auf die Person und Familie von Heintz als auch die Gesetzgebung und den gesellschaftspolitischen Wandel der Zeit einigen Forschungsbedarf. Dieser Umstand berechtigte die Erstellung einer weiteren biographischen Arbeit zu Karl Friedrich Heintz und zu einer noch eingehenderen Beschäftigung mit den im Bayerischen Hauptstaatsarchiv befindlichen Akten³² und den Aufzeichnungen über die Ver-

²⁵ Götschmann, Parlamentarismus, S. 743; Hesse, Gesetzgeber und Gesetzgebung in Bayern II, S. 189.

²⁶ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225; Leonhard, Liberalismus, S. 515.

²⁷ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225.

²⁸ Leonhard, Liberalismus, S. 515; Mohl, Das Repräsentativsystem, in: Mohl/Beyme, Politische Schriften, S. 118 – 224.

²⁹ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225.

³⁰ BayHStA, (MJu) 19325.

³¹ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 444 – 509.

³² BayHStA, (MInn) 44362; BayHStA, (Ordensakten) 11755, 15072; BayHStA, (SR) 5759; BayHStA, (SR) 896.

handlungen der bayerischen Ständeversammlung und des Landtags als vorwiegendem Quellenmaterial. Da die Arbeit auf dem Grundsatz steht, dass genaue Kenntnisse der Person zur Würdigung der Verdienste um die Gesetzgebung eine zwingende Notwendigkeit sind, damit die Beweggründe für konkrete Entscheidungen und Anschauungen erst ersichtlich werden, zieht die Arbeit zur näheren Beleuchtung der Person von Heintz etwa die Familienchronik der Familie Heintz aus den Jahren 1903/04 heran sowie bislang nicht öffentlich zugängliche Schriftstücke aus dem Eigentum der Nachkommen von Karl Friedrich Heintz.³³ Zur Beleuchtung der Gesetzgebung im Königreich Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts, der Beteiligung von Heintz daran sowie der Herausarbeitung seiner politischen Anschauungen waren ebenfalls die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten und der Kammer der Reichsräte im Zeitraum zwischen 1845 und 1868 von ausnehmender Wichtigkeit, nicht zuletzt deswegen, da gerade bei Heintz vorwiegend sein politisches Forum die Kammern waren, denen er gerade angehörte, anders als bei anderen Ministern, die oftmals auch überwiegend hinter den Kulissen des Parlaments politisch wirkten. Für die Erarbeitung der Justizreformen an sich waren neben den Kammerverhandlungen ebenfalls die zeitgenössische Literatur und die Stellungnahmen zu den einzelnen Gesetzgebungsarbeiten sowie gegenwärtige historische und rechthistorische Literatur von größter Bedeutung. Allerdings ist vorab, ob der Mannigfaltigkeit der Gesetzgebung in den Jahren zwischen 1845 und 1868, welche die Arbeit zu behandeln versucht, eine überblickshafte sowie kritische Darstellung nicht möglich.

Zur Erleichterung der Lektüre und zur besseren Erschließung der nachfolgenden chronologisch aufgebauten Arbeit soll bereits vorab eine Kurzbiographie in die Thematik einführen. Karl Friedrich Heintz wurde am 04. April 1802 als Ältester von vier Kindern eines evangelischen Pfarrers in Kleeburg im Unterelsass geboren und verbrachte seine Schulzeit in Zweibrücken und München. Im Anschluss studierte er Rechtswissenschaften, und zwar sowohl bayerisches wie auch französisches Recht in Heidelberg und Erlangen. Seine praktische juristische Ausbildung leistete er als Rechtskandidat in München und Zweibrücken ab, hinzu kamen Studienaufenthalte in Paris und Metz zur Vertiefung seiner Kenntnisse im französischen Recht und der französischen Sprache. Nach seiner juristischen Ausbildung war Heintz zunächst ab 1826 als Rechtsanwalt in Zweibrücken tätig, bevor er 1831 die Beamtenlaufbahn als Staatsprokuratorssubstitut in Zweibrücken beschritt. 1833 wurde er zum zweiten, 1838 zum ersten Staatsprokurator und 1839 zum Appellationsgerichtsrat des Appellationsgerichts der Pfalz in Zweibrücken ernannt. Diese Zeit wird vorwiegend wichtig sein, um ein allgemeines Verständnis von der Person von Heintz zu bekommen und ihn in den darauffolgenden Jahren zutreffend einschätzen zu können. Seine erste Beteiligung an Gesetzgebungsarbeit war sodann 1845 die Mitgliedschaft in der Kommission zur Revision des Hypothekenwesens und der Zwangsentgüterung in der Pfalz. Die daraufhin erfolgte Berufung zum Oberappellationsgerichtsrat

³³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz; Heintz, Die Nachkommen; Familienbuch (eine gedruckte Fassung des Familienbuchs: Bonkhoff/Heiß (Hrsg.), Familienbuch der Familie Heintz, in: Landkreis Kusel (Hrsg.), Westricher Heimatblätter, Jg. 42, Heft 3, S. 100 ff.).

schlug er aus und bat um Rückversetzung an das Appellationsgericht der Pfalz, was man gewährte. Daran schloss sich 1845 mit seiner Wahl zum Abgeordneten seine politische Karriere an. Während seiner Zeit als Abgeordneter war er bei der zehnten und elften Ständeversammlung 1845/46 und 1847 Mitglied des Gesetzgebungsausschusses. Diese erste politische Phase als Abgeordneter wird allem voran die genaue politische Einordnung von Heintz ermöglichen, seine Wirkung auf Parlament und Öffentlichkeit nachvollziehbar machen sowie erste Schritte in Bezug auf die Reformgesetzgebung des Jahres 1848 erkennen lassen. Auf der zwölften Ständeversammlung wurde Heintz zum ersten Präsidenten der Abgeordnetenkommission ernannt, wobei er dieses Amt infolge seiner Ernennung zum Justizminister sogleich niederlegte, wodurch er am 14. April 1848 aus der Kommission der Abgeordneten entlassen und sodann zum Reichsrat auf Lebenszeit ernannt wurde. Vom 25. März 1848 bis 05. März 1849 war Heintz königlich bayerischer Justizminister und Staatsrat im ordentlichen Dienst. In dieser Zeit liegen der Höhepunkt von Heintz' politischer Karriere und der Schwerpunkt seines gesetzgeberischen Wirkens, so dass auch ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit sich in diesem Zeitabschnitt bewegen wird. Mit seiner Entlassung als Justizminister wurde er zum Staatsrat im außerordentlichen Dienst ernannt und ihm am 24. März 1849 die Stelle des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts zugewiesen. Am 18. Januar 1852 übertrug man ihm zusätzlich das Präsidium über den Kassationshof der Pfalz und ernannte ihn schließlich am 17. Oktober 1866 zum ersten Präsidenten des Oberappellationsgerichtes. Sein Amt als Reichsrat nahm er in dieser Zeit stets wahr, dort war er ab 1849 Mitglied des Gesetzgebungsausschusses, weshalb er in dieser Stellung bis zu seinem Tod am 16. August 1868 aktiv an der Gesetzgebung des Königreichs Bayern mitwirken konnte, so dass sich uns anhand dieses Zeitraumes die weitere Entwicklung der 1848 durchgeführten und angestoßenen Reformen erschließen soll.

II. ABSTAMMUNG UND FAMILIE

Wirft man einen Blick auf die Heintzsche Familiengeschichte, so verwundert es nicht, dass Karl Friedrich Heintz die Beamtenlaufbahn anstrebte und einschlug, denn er wurde am 04. April 1802 als ältestes Kind des Oberkonsistorialrates Philipp Casimir Heintz in eine Familie geboren, die bereits über Generationen hinweg dem höheren pfälzischen Bildungs- und Beamtenbürgertum zugehörig war.³⁴

1. Die Familie väterlicherseits

Nach Vermutungen von Karl Friedrich Heintz' Vater, Philipp Casimir Heintz, der bereits Ahnenforschung betrieben hatte, stammt die Familie Heintz ursprünglich aus den Spanischen Niederlanden.³⁵ Seine Vermutungen basierten auf der mündlichen Überlieferung wiederum seines Vaters sowie eigenen Nachforschungen dahingehend, dass der Name Heintz niederländischen Ursprungs sein könnte, denn in den Niederlanden waren ähnlich klingende Namen nachweisbar; so fand sich etwa der Name Heyens.³⁶ Auch eine Vertreibung oder die Flucht einer protestantischen Familie im 16. Jahrhundert aus den Spanischen Niederlanden in die Pfalz hielt Philipp Casimir Heintz im Lichte der Schrekensherrschaft von Fernando Álvarez de Toledo y Pimentel, dem 3. Herzog von Alba,³⁷ für durchaus naheliegend. Einen damit verbundenen Bruch mit der ursprünglichen Heimat und eine Namenswechslung oder doch zumindest Namensänderung der Auswanderer hielt er für sehr wahrscheinlich und unterstützte damit die mündliche Überlieferung seines Vaters, dass die Familie Heintz bei einer Auswanderung ihren Namen von Heins auf Heintz änderte.³⁸ In diesem Zusammenhang schließlich wies er noch auf die niederländische protestantische Gelehrtenfamilie Heinsius³⁹ hin, die ursprünglich ebenfalls Heins hieß, diesen Namen aber zum Zeichen ihres Status als Gelehrte in Heinsius latinisierte. Auch die Familie Heinsius floh 1583 aus Gent in den Spanischen Niederlanden, zunächst nach England, sodann nach Holland.⁴⁰ Philipp Casimir Heintz spekulierte zwar mit einer Verwandtschaft von Johann Michael Heintz mit der Familie Heinsius, die dem Pfalzgrafen bei Rhein, Johann Casimir zu Zweibrücken-Kleeburg,⁴¹ persönlich bekannt gewesen sein musste, konnte aber eine Verwandtschaft nicht belegen.⁴²

³⁴ Stammbaum und Ahnenbericht zu Karl Friedrich Heintz s.u. Anhang 1, 2.

³⁵ Entspricht etwa dem heutigen Gebiet der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs.

³⁶ Familienbuch, S. 14, § 42.

³⁷ Eingehend zu Fernando Álvarez de Toledo y Pimentel, dem 3. Herzog von Alba: Maltby, El Gran duque de Alba.

³⁸ Familienbuch, S. 14, § 41.

³⁹ Halm, Daniel Heinsius, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 11, S. 653 – 656); Scherrer, Nikolaes Heinsius, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 11, S. 656 – 660.

⁴⁰ Halm, Daniel Heinsius, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 11, S. 653.

⁴¹ Kleinschmidt, Johann Casimir, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 14, S. 776 – 777.

⁴² Familienbuch, S. 15, § 42; Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 10 f. unter Berufung auf LKA-Speyer, 150.001; Biundo, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, Bd. 12, S. 101 f.

Besagter Johann Michael Heintz⁴³ war Rat in den Diensten des Pfalzgrafen Johann Kasimir und dessen Schwiegersohnes, Markgraf Friedrichs VI. von Baden-Durlach.⁴⁴ Er war der letzte männliche Verwandte in gerader Linie, den Philipp Casimir Heintz als seinen direkten Vorfahren identifizieren konnte.⁴⁵ Dr. jur. utr. Johann Michael Heintz hatte zunächst die Aufsicht über die Güter des Pfalzgrafen im Elsass, namentlich die Ämter Kleeburg und Catharinenburg.⁴⁶ Zu dieser Zeit lebte er aber wegen der Unruhen des Dreißigjährigen Krieges und der Zerstörungen an den Schlössern Kleeburg und Catharinenburg in der freien Reichsstadt Weißenburg.⁴⁷ Nach der Heirat des Markgrafen Friedrich VI. von Baden-Durlach mit Christine Magdalene von Pfalz-Zweibrücken, im Jahre 1642,⁴⁸ wurde dem Markgrafen von seinem Schwiegervater, Pfalzgraf Johann Kasimir, Johann Michael Heintz als Rat empfohlen. Friedrich VI. übertrug Johann Michael Heintz die Besorgung seiner Privatangelegenheiten im Badischen, unter anderem wurde er mit der Durchsetzung der Ansprüche⁴⁹ des Hauses Baden auf die Grafschaft Eberstein beauftragt.⁵⁰ Auch auf dem Reichstag zu Regensburg 1654 war Johann Michael Heintz als bevollmächtigter Abgeordneter der Häuser Pfalz-Zweibrücken-Kleeburg und Baden-Durlach anwesend.⁵¹ Trotz dieser umfangreichen Informationen zu Johann Michael Heintz konnte Philipp Casimir Heintz bei seinen Nachforschungen weder dessen Geburtsort noch seinen Geburts- und Todestag ausmachen. Johann Michael Heintz hinterließ drei Söhne, Johann Michael Heintz (geb. um 1644, gest. nach 1699), Johannes Heintz (geb. um 1647, gest. nach 1685) und Matthias Heintz (geb. um 1649).

Vorfahre in gerader Linie zu Karl Friedrich Heintz war der Älteste, Johann Michael Heintz⁵². Dieser verwaltete zunächst wie schon sein Vater vor ihm das Amt Catharinenburg und war im Anschluss Oberschultheiß in Baumholder, wo er auch seine Frau Anna Elisabetha heiratete und sich niederließ. Zudem war er ab 1674 Assessor des herzoglich reformierten Oberkonsistoriums.⁵³ Oberschultheiß Heintz hinterließ vier Söhne, Johann

⁴³ Auch erwähnt bei Stuck, Verwaltungspersonal im Herzogtum Zweibrücken, S. 128.

⁴⁴ Kleinschmidt, Friedrich VI., in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 7, S. 461 – 462.

⁴⁵ Familienbuch, S. 15, §§ 3, 4, 42; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, Anhang Stammbaum Familie Heintz; a.A. Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 11, Anhang S. 3, unter Berufung auf LKA-Speyer, 150.001, S. 300; in der vorliegenden Betrachtung Orientierung am Familienbuch und Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, Anhang Stammbaum Familie Heintz, da LKA-Speyer, 150.001 älteren Datums ist und sich somit Philipp Casimir Heintz selbst im Familienbuch richtiggestellt hatte.

⁴⁶ Zur Catharinenburg: Châtelet-Lange, Die Catharinenburg.

⁴⁷ Weißenburg im Elsass (freie Reichsstadt bis 1697), heute Wissembourg.

⁴⁸ Kleinschmidt, Friedrich VI., in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 7, S. 461 f.

⁴⁹ Reinhard, Das Recht des marggrävlichen Gesamthauses Baden überhaupt auf die Grafschaft Eberstein.

⁵⁰ Eine von Johann Michael Heintz als Gräflich Erbersteinischem Rat unterzeichnete Vorstellung an den Friedens-Executions-Convent zu Nürnberg findet sich in: Reinhard, Das Recht des marggrävlichen Gesamthauses Baden überhaupt auf die Grafschaft Eberstein, Beilage XXXVII (Familienbuch, S. 6, § 4).

⁵¹ Reichstagsabschied zu Regensburg 1654, S. 104; Familienbuch, S. 6, § 5.

⁵² Stuck, Verwaltungspersonal im Herzogtum Zweibrücken, S. 128.

⁵³ Familienbuch, S. 6, § 6.

Friedrich Heintz (geb. um 1676), Johann Adam Heintz (geb. um 1678), Johann Michael Heintz (geb. 1683) und Johann Daniel Heintz (geb. 1686, gest. 29. Juni 1745).⁵⁴

Der Jüngste, Johann Daniel Heintz, war der Urgroßvater von Karl Friedrich Heintz. Nach dem Wunsch seiner Eltern sollte er Theologie studieren, und so wurde er schon früh zu diesem Weg unterrichtet, weshalb ihn zunächst der Baumholderer Pfarrer Johann Abraham Rausch Lateinunterricht gab. Nachdem Johann Daniel Heintz schon früh seinen Vater verloren hatte, wurde er von Baumholder zu Verwandten nach Meisenheim geschickt, wo sich damals das Zweibrückener Gymnasium befand. Im Anschluss an seine Gymnasialzeit studierte er in Basel Theologie und wurde dann zunächst Pfarrvikar in Konken bei Pfarrer Johann Jakob Morian, bis er schließlich 1710 Pfarrer in Niederkirchen wurde. Der Zustand des Pfarrhauses in Niederkirchen war derart desolat, dass Johann Daniel Heintz, nachdem er es notdürftig instand setzte, um übergangsweise darin wohnen zu können, ein eigenes Haus baute und zudem einiges Grundeigentum in Niederkirchen erwarb. Er verheiratete sich mit der Pfarrerstochter, Elisabeth Frays aus Meisenheim, die bereits einmal verwitwet war und aus erster Ehe einen Sohn hatte, der später nach Nordamerika auswanderte. Wie schon einige seiner Vorfahren hatte Johann Daniel Heintz gute Verbindungen zum in der Gegend residierenden Hochadel. Das Ostertal war ein beliebtes Jagdrevier des polnischen Königs Stanislaus I. Leszczyński, der sich im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken im Exil befand und dort auf Bewilligung seines Protegés, Herzog Karls II. von Pfalz-Zweibrücken,⁵⁵ auch seine Residenz unterhalten durfte.⁵⁶ Während seiner Jagdausflüge übernachtete der Exilkönig öfters im Hause des Pfarrers Heintz in Niederkirchen.⁵⁷ Auch der Karl II. nachfolgende Herzog, Gustav Samuel Leopold von Pfalz-Zweibrücken, letzter Herzog aus der Linie Pfalz-Kleeburg,⁵⁸ übernachtete auf seinen Jagdausflügen im Ostertal bei Pfarrer Heintz in Niederkirchen.⁵⁹ Pfarrer Johann Daniel Heintz muss sehr sprachbegabt gewesen sein, unter anderem sprach er fließend Latein. Als er am 29. Juni 1745 starb, hinterließ er eine Tochter, Elisabeth Heintz (geb. 1719, gest. 1787), und drei Söhne, Theobald Heintz (geb. 1715, gest. 1769), Wilhelm Heintz (geb. 1717, gest. 1781) und Friedrich Jakob Heintz (geb. 1722, gest. 01. April 1792). Theobald Heintz sollte nach dem Wunsch seiner Eltern wie sein Vater Pfarrer werden, weshalb er auch zunächst das Gymnasium besuchte, entschied sich aber doch dafür, das Rotgerberhandwerk zu erlernen, was er dann auch tat und sich mit diesem Beruf in Niederkirchen niederließ. 1746 ernannte ihn Herzog Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken⁶⁰ zum Amtschultheiß in Niederkirchen und dem dazugehörigen Ostertal.⁶¹ Auch sein

⁵⁴ Familienbuch, S. 6 f., § 6 ff.

⁵⁵ Aus der Linie Pfalz-Kleeburg, als Karl XII. König von Schweden (eingehend zu ihm: Findeisen, Karl XII. von Schweden).

⁵⁶ Findeisen, Karl XII. von Schweden, S. 180.

⁵⁷ Familienbuch, S. 8, § 20.

⁵⁸ Kleinschmidt, Gustav Samuel Leopold, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 10, S. 188 – 189.

⁵⁹ Familienbuch, S. 8, § 20.

⁶⁰ Heigel, Christian IV., in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 4, S. 173 – 174.

⁶¹ Familienbuch, S. 8, § 15.

jüngerer Bruder Wilhelm Heintz erlernte das Rotgerberhandwerk, ließ sich in Kreuznach nieder und kam dort zu einigem Wohlstand, da er seine Rotgerberei industrialisierte und seine Produkte in großen Mengen in Frankfurt und Leipzig absetzen konnte.⁶²

Wiederum der jüngste der Brüder, Friedrich Jakob Heintz, war der Großvater von Karl Friedrich Heintz. Nachdem die beiden älteren Brüder beide Rotgerber wurden, sollte nun zumindest der Jüngste Pfarrer werden. Darauf bereitete ihn sein Vater schon früh vor, indem er ihm zunächst selbst Unterricht in Latein und Griechisch gab, ihm sodann Privatunterricht beim Pfarrer in Konken geben ließ und ihn im Anschluss auf die Lateinschule in Kusel schickte. Im Anschluss studierte er in Herborn⁶³ drei Jahre Theologie, wurde dann Pfarrvikar in Frankweiler bei Landau in der Pfalz, dann am 05. Juli 1756 Pfarrvikar in Hornbach, wo er etwa ein Jahr später am 14. Juli 1757 dritter Pfarrer wurde und zugleich das Stadtvikariat in Zweibrücken und die Kirche zu Mittelbach mitbedienen musste. Am 02. Februar 1761 wurde er zunächst auf die zweite Pfarrstelle in Hornbach befördert, bis ihm wiederum etwa ein Jahr später seine endgültige Stelle als Pfarrer von Konken zugewiesen wurde. Hier verstarb er am 01. April 1792 und hinterließ vier Söhne, die er zusammen mit seiner Frau Philippine Heintz, geb. Segmüller,⁶⁴ die bereits 1791 gestorben war, hatte.⁶⁵ Die vier Söhne waren Friedrich Jakob Heintz (geb. 03. April 1759, gest. Februar 1819), Karl Wilhelm Heintz (geb. 03. April 1761, gest. 1791), Johann Daniel Heintz (geb. 1764, gest. 1839) und Philipp Casimir Heintz (geb. 18. August 1771, gest. 08. Februar 1835).⁶⁶

Der älteste Onkel von Karl Friedrich Heintz, Friedrich Jakob Heintz, der auch einer seiner Taufpaten war,⁶⁷ besuchte zunächst die Lateinschule in Kusel, dann das Gymnasium in Kreuznach und studierte im Anschluss ein Jahr in Heidelberg und zwei Jahre in Marburg Theologie. Nachdem er etwa ein halbes Jahr in der Pfarrgemeinde seines Vaters gepredigt hatte, kam er als Pfarrvikar nach Altenkirchen, Reborn, Contwig und Hornbach.⁶⁸ Auch predigte er in dieser Zeit einige Male in Zweibrücken als Vertretung des Oberkonsistorialrates Richter.⁶⁹ 1787 wurde er dann Pfarrer in Albersweiler, 1789 in Achtersbach. Nachdem sich seine wirtschaftliche Lage infolge der französischen Revolutionskriege⁷⁰ durch die Einquartierungen der französischen Armee verschlechterte, wur-

⁶² Familienbuch, S. 8, § 17.

⁶³ In Herborn befand sich eine universitätsähnliche Hochschule, die Academia Nassauensis. Sie bestand von 1584 bis 1817 und ging danach in dem Theologischen Seminar der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf (eingehend hierzu: Wienecke, Von der Hohen Schule zum Theologischen Seminar Herborn).

⁶⁴ Zum Stammbauch der Familie Segmüller, die ihren Ursprung in der Schweiz hatte: Familienbuch, S. 9 f., § 22 ff.

⁶⁵ Familienbuch, S. 8 f., § 21.

⁶⁶ Familienbuch, S. 10 ff., § 25 ff.

⁶⁷ Familienbuch, S. 25, § 82.

⁶⁸ Familienbuch, S. 10, § 25; Biundo, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, Bd. 12, S. 106; Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 12.

⁶⁹ Familienbuch, S. 10, § 25.

⁷⁰ Eingehend hierzu: Rothenberg, Die Napoleonischen Kriege.

de er auf seinen Antrag 1797 nach Breitenbach versetzt, 1809 schließlich nach Limbach. Neben dieser Pfarrtätigkeit engagierte er sich in der Ausbildung junger Lehrer. In diesem Zusammenhang schrieb er eine Abhandlung über die Organisation eines öffentlichen Schulunterrichts, die er über General Clarke,⁷¹ den er noch aus seiner Zeit als Pfarrer von Albersweiler kannte, an das Gouvernement sandte. Infolgedessen wurde ihm das Notariat des Kantons Waldmohr angeboten, das er aber in Unkenntnis der Verdienstmöglichkeiten eines Notars ausschlug.⁷² Weiter war er Stellvertreter des Lokalkonsistoriums Saarbrücken bei der geistlichen Güteradministration in Zweibrücken. Nachdem durch den Ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814⁷³ Saarbrücken bei Frankreich verblieb,⁷⁴ störte dies die Zusammensetzung des Lokalkonsistoriums Saarbrücken, und dieses wurde entsprechend den neuen Gebietsverhältnissen neu gegliedert. Für den Teil des Lokalkonsistoriums, der nun unter der provisorischen Verwaltung Österreichs stand, wurde Pfarrer Friedrich Jakob Heintz als Präsident des Lokalkonsistoriums gewählt und bestätigt – nachdem die Lokalkonsistorien in Kircheninspektionen umgewandelt wurden, trug Heintz den Titel Inspektor.⁷⁵ Er starb im Februar 1819 in Niederbexbach, als er gerade predigte.⁷⁶

Als weiteren Onkel hatte Karl Friedrich Heintz Karl Wilhelm Heintz. Auch dieser sollte nach dem Wunsch der Eltern Theologie studieren und Pfarrer werden, weshalb er zunächst ebenfalls die Lateinschule in Kusel besuchte. Wegen eines Zwischenfalls mit einem Lehrer weigerte sich aber Karl Wilhelm Heintz, die Schule weiter zu besuchen, und schlug eine andere Laufbahn ein. Er erlernte in fünfjähriger Lehrzeit das Kunstmalere Handwerk in Zweibrücken und Frankfurt und ging im Anschluss daran auf Reisen, um sein Handwerk zu vervollkommen. So kam er nach Zürich, Ulm, Regensburg, Wien, Straßburg, Berlin und Potsdam. Wieder in die Pfalz zurückgekehrt, ließ er sich in Homburg nieder und arbeitete in seinem Handwerk vorwiegend für den Hof des Herzogs Karl II. August von Pfalz-Zweibrücken.⁷⁷ Daneben führte er noch eine Spezereihandlung, die ebenfalls durch Einkäufe des Herzogs gefördert wurde.⁷⁸

Dritter Onkel von Karl Friedrich Heintz war Johann Daniel Heintz. Auch er hatte wie sein Bruder vor ihm zunächst die Lateinschule in Kusel besucht, wollte aber aufgrund

⁷¹ Henri-Jacques-Guillaume Clarke, geb. 17.10.1765, gest. 28.10.1818, späterer Kriegsminister Frankreichs, Marschall, Comte de Hunebourg, Duc de Feltre und Pair von Frankreich (Supplément aux Conversations-Lexicon I, A – E, S. 291 f.)

⁷² Familienbuch, S. 11, § 27.

⁷³ Friedens- und Freundschafts-Tractat zwischen Seiner Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Ungarn und Böhmen, und Allerhöchst Ihren Alliierten einer Seits, dann Seiner Majestät dem Könige von Frankreich und Navarra anderer Seits (PrGS 1814, S. 113).

⁷⁴ Art. III Nr. 4 des Ersten Pariser Friedens.

⁷⁵ Familienbuch, S. 11, § 29.

⁷⁶ Familienbuch, S. 11 f., § 32.

⁷⁷ Eigentlich Herzog Karl III. von Pfalz-Zweibrücken; selbst nannte er sich Karl II. nach der genealogischen Zählung als Pfalzgraf von Pfalz-Birkenfeld-Bischweiler (Heigel, Karl II., in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 15, S. 336 – 338).

⁷⁸ Familienbuch, S. 12, § 34.

der dortigen Vorfälle in Verbindung mit seinem Bruder ebenfalls nicht Theologie studieren. Auf Empfehlung des Herzogs Karl II. August von Pfalz-Zweibrücken ging er zur Erlernung des Jagdwesens auf dem herzoglichen Jagdschloss Pettersheim⁷⁹ in die Lehre. Im Anschluss an seine Ausbildung stand er zunächst in Diensten des herzoglichen Staatsministers und Oberjägermeisters Freiherr von Esebeck⁸⁰ und sodann auch in den Diensten des Herzogs, als Revierförster von Hasel – diesen Forst besaß aber ebenfalls Esebeck als herzogliches Lehen. Durch den Tod Esebecks sowie die Gebiets- und Herrschaftsumstrukturierungen des frühen 19. Jahrhunderts verlor Johann Daniel Heintz seine Stellung als Forstmeister, erhielt aber durch die provisorische Landesadministration in Kreuznach die Stelle als Revierförster von Zweibrücken und schließlich des Forstreviers Sengscheid.

Jüngster der vier Brüder war der Vater von Karl Friedrich Heintz, Philipp Casimir Heintz.⁸¹ Er wurde am 18. August 1771 in Konken geboren, wo sein Vater die Pfarrei hatte.⁸² Dadurch, dass seine Brüder sieben bis zwölf Jahre älter waren als er, verbrachte er den größten Teil seiner Kindheit allein mit seinen Eltern, da seine Brüder bereits wegen Studium oder Ausbildung das Haus verlassen hatten. Außerhalb der Schule hatte er wenig Kontakt zu den Kindern der Bewohner in Konken, da diese alle aus bäuerlichen Familien kamen und sein Elternhaus, der Zeit entsprechend, den privaten Kontakt gering hielt. Freunde fand er deshalb nur auswärts, wenn er von seinen Eltern mit nach Kusel, Hornbach oder Schloss Pettersheim genommen wurde, wo gleichaltrige Kinder von herzoglichen Beamten oder des Bildungsbürgertums zu finden waren.⁸³ Wie schon seine Brüder zuvor, unterrichtete der Vater Philipp Casimir Heintz zunächst selbst in Latein, bevor er ihn im Alter von neun Jahren auf die Lateinschule in Kusel schickte, wo er in der Familie seines Jugendfreundes, des Botanikers Prof. Wilhelm Daniel Joseph Koch,⁸⁴ wohnte. Im Anschluss, 1787, besuchte er mit diesem zusammen das Gymnasium in Zweibrücken.⁸⁵ Nach dem Wunsch seines Vaters studierte er nach seiner Gymnasialzeit Theologie in Marburg, wo er sein Studium im Frühling 1792 abgeschlossen hatte. Da sein Vater kurz vor dem Abschluss seines Studiums verstorben war, trat er seine Heimreise zu seinem ältesten Bruder Friedrich Jakob Heintz nach Achtersbach an, der dort seine Pfarrei hatte. Dort predigte er bereits in Vertretung für seinen Bruder und arbeitete auch mit ihm zusammen seelsorgerisch in der Pfarrei.⁸⁶ Nachdem er sein Examen

⁷⁹ Eingehend hierzu: Weber, Schloß Karlsberg, S. 99 ff.

⁸⁰ Johann Friedrich Ludwig Jordan Freiherr von Esebeck, geb. 22.03.1741, 27.09.1798, 1762 Landjägermeister, 1769 Geheimer Konferenzrat, Oberamtman Trarbach, 1779 Konferenzminister, Staatsminister, 1782 Wirklicher Staatsminister, 1792 geheimer Staatsminister, 1793 nur noch Oberjägermeister (Stuck, Verwaltungspersonal im Herzogtum Zweibrücken, S. 19).

⁸¹ Eingehend zu Philipp Casimir Heintz: Franck, Philipp Casimir Heintz, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 11, S. 662 f.; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz; Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 73 ff.; Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 23 ff.

⁸² Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 9.

⁸³ Familienbuch, S. 15, § 43.

⁸⁴ Wunschmann, Koch, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 16, S. 402 ff.

⁸⁵ Familienbuch, S. 15, § 44.

⁸⁶ Familienbuch, S. 16, § 46 ff.

in Zweibrücken mit Auszeichnung absolviert hatte, wurde er 1792 vom Oberkonsistorium als Pfarrvikar nach Nünswweiler beordert. In dieser Stellung blieb er acht Jahre, erlebte hier die Wirren des französischen Revolutionskrieges und befand sich auch einige Male in Lebensgefahr.⁸⁷ 1800 bekam er dann als Pfarrer die reformierte Pfarrei Kleeburg im Unterelsass, die zur damaligen Zeit nicht mehr zum Herzogtum Zweibrücken, sondern zu Frankreich gehörte. Vor seiner Abreise nach Kleeburg heiratete er im Hause seines Bruders, des Revierförsters in Hasel, am 14. September 1800 seine Frau Friederike Sophie Juliane Heintz, geb. Richter, im kleinen Kreis.⁸⁸ Neben seiner Pfarrtätigkeit in Kleeburg wirkte Heintz auch bei der Organisation des Lokalkonsistorialbezirkes des Departements Niederrhein mit, was durch das Gesetz vom 18. Germinal X (08. April 1802) ermöglicht wurde.⁸⁹ Ostern 1805 konnte die Familie Heintz wegen der Erledigung einer Pfarrstelle nach Zweibrücken umziehen, da Philipp Casimir Heintz dort Stadtvikar wurde und in Mittelbach seine Pfarrstelle bekam. Neben den dortigen Pfarrgeschäften war Philipp Casimir Heintz zudem Professor am Gymnasium von Zweibrücken und Vorstand der geistlichen Güterverwaltung. In Verbindung damit wurde er 1810 Mitglied der Université Impériale und bekam damit die Erlaubnis, am Collège de Deuxponts, in welches das Gymnasium Zweibrücken umgewandelt wurde,⁹⁰ Latein, Logik, Mathematik, Naturgeschichte und Physik zu unterrichten.⁹¹ Schon als Pfarrer in Kleeburg und verstärkt als Vorstand der geistlichen Güterverwaltung wirkte Philipp Casimir Heintz als treibende Kraft am Projekt der Errichtung einer theologischen Hochschule in Zweibrücken.⁹² Obgleich dieses Projekt nicht vollendet wurde, war es doch in seiner Planungsphase schon derart weit gediehen, dass Philipp Casimir Heintz seine Begabung für kirchliche Finanzverwaltung und für die Vertretung der Kirche gegenüber dem Staat unter Beweis stellen konnte und sich hierbei einen Namen unter den protestantischen Geistlichen machen konnte.⁹³ Die hierbei erworbene Anerkennung bildete den Grundstein für die maßgebliche Stellung bei der Vorbereitung und Gründung der Pfälzischen Union,⁹⁴ der Vereinigung der pfälzischen Lutheraner und Reformierten zu einer Kirchengesellschaft 1817/18.⁹⁵ Wegen seiner Beteiligung an der pfälzischen unierten Kirche und wegen des allgemein vorbildlichen Rufs, den Philipp Casimir Heintz genoss, wurde er 1819 von König Maximilian I. nach München als Oberkonsistorialrat, zweiter Stadtpfarrer von

⁸⁷ Etwa: Heintz, Kriegstagebuch, S. 17, 62; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 9.

⁸⁸ Familienbuch, S. 17, § 52.

⁸⁹ Familienbuch, S. 21, § 64.

⁹⁰ Franck, Philipp Casimir Heintz, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 11, S. 662.

⁹¹ Familienbuch, S. 22, § 68.

⁹² Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 87 ff.; Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 23 ff.

⁹³ Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 92.

⁹⁴ Eingehend hierzu: Bonkhoff, Geschichte der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz; Müller, Die Vorgeschichte der Pfälzischen Union.

⁹⁵ Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 92.

München und Distriktschulinspektor berufen.⁹⁶ Da Philipp Casimir Heintz damit Prediger bei der Hof- und Stadtgemeinde München war, fanden sich auch die Königinnen,⁹⁷ die protestantisch waren, regelmäßig bei seinen Messen ein.⁹⁸ Philipp Casimir Heintz hat sich durch seine Forschung und seine zahlreichen Veröffentlichungen,⁹⁹ insbesondere zur pfälzischen und bayerischen Herrschafts- und Landesgeschichte, einen bis heute bekannten Namen in der Geschichtswissenschaft gemacht. 1820 wurde er aufgrund seiner geschichtswissenschaftlichen Verdienste Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, und 1834 erhielt er deshalb den schwedischen Wasa-Orden.¹⁰⁰ Durch seine hohe Stellung als Oberkonsistorialrat und sein gesellschaftliches Engagement in mehreren angesehenen Münchner Vereinen, wie der Harmoniegesellschaft und dem Münchner Kunstverein,¹⁰¹ hatte Philipp Casimir Heintz beste Verbindungen zu Vertretern der höchsten Staatsbehörden. Zudem waren die pfälzischen königlichen Beamten in München schon ihrer Herkunft wegen eine feste Gruppe, die sich untereinander bestens kannte. Philipp Casimir Heintz starb in der Nacht zum 08. Februar 1834 in München nach etwa einmonatiger Krankheit, vermutlich an der Brightschen Nierenkrankheit.¹⁰²

2. Die Familie mütterlicherseits

Auch mütterlicherseits entstammt Heintz einer Familie des Beamten- und Bildungsbürgertums,¹⁰³ was nicht verwundert, da gerade in dieser Zeit vonseiten der Elternhäuser unbedingt darauf geachtet wurde, dass in gesellschaftlich mindestens gleichstehende Familien eingehiratet wurde. Zudem war das Bildungsbürgertum ohnehin eine weitgehend in sich geschlossene Gesellschaftsschicht, so dass die Kinder auch vorwiegend in dieser ihren Bekanntenkreis aufbauten.

Der Großvater von Karl Friedrich Heintz war Johann Nikolaus Richter (geb. 1734, gest. 17. Mai 1794). Nachdem er schon früh seinen Vater verloren hatte, fasste er selbst den Entschluss, Theologie zu studieren, was insbesondere von dem damaligen Rektor des Zweibrückener Gymnasiums und dem Zweibrückener Oberkonsistorium gefördert wurde. Nach seiner Gymnasialzeit studierte Richter in Göttingen, wofür er ein doppeltes Landesstipendium durch Herzog Christian IV. von Pfalz-Zweibrücken erhielt. Wegen

⁹⁶ Familienbuch, S. 26, § 83; Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 95.

⁹⁷ Caroline Friederike Wilhelmine, Königin von Bayern (geb. von Baden) und Therese Charlotte Louise Friederike Amalie, Königin von Bayern (geb. von Sachsen-Hildburghausen) (Schad, Bayerns Königinnen, S. 13 ff., 93 ff.).

⁹⁸ Familienbuch, S. 26, § 87.

⁹⁹ Literaturauswahl dargestellt, in: Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 4, 59; Familienbuch, S. 28, §§ 76, 78, 95 ff.; zudem LA-Speyer, Bestand T 3, Nrn. 413 – 500 (mit 150 Sachakten ein wahrer Fundus zur pfälzischen und bayerischen Herrschafts- und Landesgeschichte).

¹⁰⁰ Familienbuch, S. 32, § 125; Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 99.

¹⁰¹ Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 95, 97.

¹⁰² Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 64.

¹⁰³ Stammbaum der Familie Richter: Familienbuch, S. 17 f., § 53; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, Anhang Stammbaum Familie Richter.

seiner ausgezeichneten Studienleistungen empfahl ihn die Theologische Fakultät Göttingen zudem dem englischen König Georg II.,¹⁰⁴ so dass er auch ein Stipendium der englischen Krone erhielt. Nach seinem Studium in Göttingen setzte er sein Studium in Bremen fort, wo er aber zugleich eine Anstellung als Frühprediger und als Bibliotheksmitarbeiter bekam, um sein finanzielles Auskommen sicherzustellen. Nachdem er 1757 promoviert wurde, kehrte er im Anschluss nach Zweibrücken zurück, wo er als Stadtvikar eine Anstellung bekam. Seine erste Pfarrstelle bekam er in Ernstweiler, wo er schon bei den vielfältigsten Fragen zum Kirchenwesen das Konsistorium beriet. 1771 wurde er durch ein Konsistorialreskript Herzog Christians IV. von Pfalz-Zweibrücken zum ersten Oberkonsistorialrat, Kircheninspektor und Pfarrer in Zweibrücken ernannt. Wegen seiner zahlreichen Veröffentlichungen in der Theologie erhielt Richter einige verlockende Stellenangebote von Universitäten, die er jedoch nicht annahm. Richter arbeitete wie sein späterer Schwiegersohn Philipp Casimir Heintz an der Zusammenführung der reformierten und lutherischen Kirche in der Pfalz. Zusammen mit dem evangelisch-lutherischen Oberkonsistorialrat und Superintendenten Tatsch in Zweibrücken bearbeitete er einen Katechismus, der nach ihrem Vorhaben in den lutherischen und reformierten Schulen der Pfalz eingeführt werden sollte, was allerdings durch die französischen Revolutionskriege vereitelt wurde. Sie hatten mithin schon damals die Absicht, die beiden Konfessionen einander näher zu bringen. Während der Besatzungszeit Zweibrückens durch die französischen Truppen 1793/94 wurde ein am Faulfieber erkrankter französischer Offizier im Hause Richter einquartiert, bei dem sich Johann Nikolaus Richter mit der Krankheit infizierte und ihr am 17. Mai 1794 erlag.¹⁰⁵ Mit seiner Frau Maria Magdalena Richter, geb. Rixecker, die bereits vor Richter an der Schwindsucht gestorben war, hatte er zwölf Kinder, wovon aber fünf bereits sehr früh verstarben.¹⁰⁶ Namentlich waren dies Louise Richter (geb. 1768, gest. 1770), Caroline Richter (geb. 1770, gest. 1774), Ludwig Richter (geb. 1778, gest. 1780), Elisabetha Richter (geb. 1782, gest. 1786) und Leonhard Richter (geb. 1786, gest. 1786). Die übrigen Kinder waren Henriette Richter (geb. 1764, gest. nach 1828), Karl Richter (geb. 1766, gest. 1794), Friedrich Ernst Richter (geb. 1772, gest. 1795), Christian Richter (geb. 1774, gest. 1803), Friederike Richter (geb. 1776, gest. 1844), Charlotte Richter (geb. 1780, gest. 1858) und Jacob Richter (geb. 1782, gest. 1804). Alle Söhne studierten mit großem Erfolg Theologie und waren im Anschluss an ihr Studium Pfarrvikare oder, soweit sie nicht zu früh verstarben, Pfarrer in der Pfalz.¹⁰⁷

Die Mutter von Karl Friedrich Heintz war Friederike Sophie Juliane Heintz, geb. Richter. Sie muss insbesondere wirtschaftlich äußerst gewandt gewesen sein, denn dass die Familie Philipp Casimir Heintz bereits in ihrer Zweibrückener Zeit sehr schnell wohlhabend wurde, war zum großen Teil auch ihr Verdienst. Neben ihrer Aufgabe, den Haushalt der Familie zu bestellen, organisierte sie eine einträgliche Landwirtschaft teils auf

¹⁰⁴ Schnath, Georg II., in: Stolberg-Wernigerode, NDB, Bd. 6, S. 212.

¹⁰⁵ Familienbuch, S. 18 f., §§ 54 ff.

¹⁰⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 10.

¹⁰⁷ Familienbuch, S. 19 ff., §§ 57 ff.

den Feldern der Pfarrei, teils auf eigens zugepachteten Feldern und führte die Aufsicht über die im Felde arbeitenden Tagelöhner.¹⁰⁸ Auf den Feldern der Familie Heintz wurde vorwiegend Krapp angebaut,¹⁰⁹ eines der ältesten Rotfärbemittel, das aufgrund seines im Vergleich zu anderen Färbemitteln relativ günstigen Preises zur damaligen Zeit einen durchaus guten Absatz auf dem Markt versprach.¹¹⁰ Nach dem Tod ihres Mannes, Philipp Casimir Heintz, im Jahre 1835 zog sie mit ihrem Hausstand von München wieder zurück in die Pfalz nach Zweibrücken, wo sie in der Nacht auf den 22. Januar 1844 verstarb.

3. Die Geschwister von Karl Friedrich Heintz

Karl Friedrich von Heintz hatte als ältester Sohn des Ehepaares Philipp Casimir Heintz sieben jüngere Geschwister, von denen allerdings nur drei das Erwachsenenalter erreichten. Seine älteste Schwester war Henriette Louise Ernestine Heintz und wurde am 25. Dezember 1803 in Kleeburg geboren, verstarb allerdings bereits im Alter von noch nicht ganz zwei Jahren am 16. Januar 1805 in Kleeburg.¹¹¹ Ihr folgte am 14. Februar 1806 Caroline Auguste Heintz.¹¹² Sie besuchte zunächst die Volksschule in Zweibrücken und bis 1822,¹¹³ nachdem die Familie Heintz 1819 nach München gezogen war, das in München 1813 von König Maximilian I. neu gegründete königliche Erziehungsinstitut für höhere Töchter, das Max-Joseph-Stift oder sogenannte Angerinstitut.¹¹⁴ Danach hatte sie Klavier- und Gesangsunterricht in München. Bei einem Aufenthalt mit ihren Eltern in Zweibrücken im Herbst 1829 lernte sie den Zweibrückener Gymnasialprofessor Dr. Eduard Vogel kennen, mit dem sie sich bald nach der Abreise der Eltern zurück nach München verlobte und den sie bereits am 06. Mai 1830 heiratete. Hochzeit wurde im Hause ihres älteren Bruders, Karl Friedrich Heintz, gefeiert.¹¹⁵ Als Mutter von fünf Kindern verstarb sie am 25. Juli 1842 im Alter von erst 36 Jahren am Kindbettfieber, das bereits vor der Geburt ihres gesund geborenen Mädchens begonnen hatte und sich im Laufe des Wochenbettes bis hin zu ihrem Tod verschlimmerte.¹¹⁶

Zwei Jahre nach ihr wurde am 18. März 1808, bereits in Zweibrücken, Philippine Friederike Charlotte Pauline Heintz geboren, die aber bereits im Alter von einem Jahr am 11. Dezember 1809 verstarb. Nicht ganz ein Jahr später wurde am 19. Oktober 1810 August Heinrich Jakob Heintz in Zweibrücken geboren.¹¹⁷ Er besuchte anfänglich die Volksschule in Zweibrücken und nach dem Umzug nach München im Jahre 1819 zunächst die

¹⁰⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 15.

¹⁰⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 13.

¹¹⁰ Karsten, Landwirtschaftliche Annalen, S. 99 ff.

¹¹¹ Familienbuch, S. 22, § 66.

¹¹² Familienbuch, S. 25, § 82 Nr. 1.

¹¹³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 14.

¹¹⁴ Familienbuch, S. 25 § 82 Nr. 1; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 22; zum kgl. Erziehungsinstitut für höhere Töchter (Max Joseph-Stift): Grading, Kgl. Max Joseph-Stift.

¹¹⁵ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 47.

¹¹⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 84 ff.

¹¹⁷ Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 98, S. 127.

dortige Deutsche Schule, bevor er ebenfalls in München das Gymnasium besuchte, wo er im Spätsommer 1827 sein Abitur machte.¹¹⁸ Danach wurde er als Student an der Universität München immatrikuliert, wo er im ersten Semester nach dem Wunsch des Vaters allgemeine und philosophische Vorlesungen hörte und in einer der wenigen von der Regierung bestätigten Studentenverbindungen, der Burschenschaft Markomannia in München, aktiv wurde.¹¹⁹ Nach seinen allgemeinen Studien studierte er Rechtswissenschaften zunächst an der Universität München, anschließend in Bonn und schließlich in Berlin. In Berlin hatte er dank der Empfehlung an den Geheimen Hofrat Bever, der ein Schwager eines Münchner Freundes der Heintzschen Familie war, von Anfang an gute gesellschaftliche Kontakte. Zudem studierten auch einige Kinder der obersten bayerischen Gesellschaftsschichten in Berlin, allen voran Kronprinz Maximilian, der im Herbst 1830 sein in Göttingen begonnenes Studium in Berlin fortsetzte.¹²⁰ August Heintz kam in Berlin mit dem Sekretär des Kronprinzen, August Freiherr von Wendland,¹²¹ in Kontakt und machte auf Anraten seines Vaters dem Kronprinzen, zu dem eigentlich nur der Adel Zugang hatte, seine Aufwartung, der ihn daraufhin sogar zur Tafel lud¹²² – eine durchaus bemerkenswerte Ehre für den jungen bürgerlichen Studenten August Heintz. Nach München zurückgekehrt, legte er dort am 21. Oktober 1831 sein juristisches Examen ab, und schon am nächsten Tag reiste er zusammen mit zwei Freunden nach Zweibrücken, um bei seinem Bruder, Karl Friedrich Heintz, seine zwei praktischen Jahre zu absolvieren.¹²³ Seine zwei praktischen Jahre schloss er am Prüfungsort für die Pfalz, in Speyer, mit dem nahezu drei Wochen dauernden Staatsexamen am 20. Dezember 1833 ab.¹²⁴ Zurück in München sollte an sich seine Arbeit als Assistent des Generalstaatsprokurators für den Kassationshof der Pfalz, Philipp Ludwig von Ruppenthals,¹²⁵ beginnen, da sich aber mit dieser Stelle einige Schwierigkeiten auftraten, schlug August Heintz die Laufbahn als Verwaltungsjurist ein und wurde Akzessist im Innenministerium, also Anwärter für den juristischen Verwaltungsdienst, im Referat für die protestantischen Kirchensachen und alle die

¹¹⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 38.

¹¹⁹ Huber, Ludwig I. von Bayern und die Ludwig-Maximilians-Universität, S. 118; Wehner, Die burschenschaftliche Bewegung, S. 31; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 40.

¹²⁰ Dirrigl, Maximilian II. I, S. 461 ff., 468.

¹²¹ August Freiherr von Wendland, geb. 16.04.1806, gest. 18.10.1884, 1847 geadelt, 1853 in den erblichen Freiherrenstand erhoben, eine der liberalen Persönlichkeiten um Maximilian II., Sekretär Maximilians II. in seiner Kronprinzenzeit, 1835 Legationsrat bei der Gesandtschaft in Wien, 1841 Legationssekretär in Paris, 1850 Gesandter in Paris, 1853 auch in Madrid (Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 675, S. 345; Fuhrmann, Sind eben alles Menschen gewesen, S. 172, Anm. 58).

¹²² Familienbuch, S. 30 § 109; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 49.

¹²³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 52.

¹²⁴ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 56.

¹²⁵ Philipp Ludwig von Ruppenthal, geb. 22.06.1785, gest. Juni 1874, Staatsprüfung 1813, Notar in Kusel 1813, 1819 – 1832 Staatsprokuratorssubstitut am Bezirksgericht Zweibrücken, Substitut des Generalstaatsprokurators Zweibrücken, Staatsprokurator am Bezirksgericht Zweibrücken 1825, Generalstaatsprokurator München 1832, Oberappellationsgerichtsrat 1834 – 1855 (Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 30 f., 293, 354; Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 185).

Pfalz betreffenden Angelegenheiten.¹²⁶ Diese Tätigkeit behielt er auch bei, als im Herbst Beschwerden über die Überbesetzung des Innenministeriums mit Rechtsakzessisten laut wurden, denn seine daraufhin erfolgte Versetzung zur Regierung des Isarkreises war lediglich pro forma.¹²⁷ Nach dem Tod des Vaters, Philipp Casimir Heintz, kehrte die Familie Heintz in die Pfalz, nach Zweibrücken, zurück, und auch August Heintz bewarb sich deshalb um eine Stelle als Ratsakzessist zur Regierung der Pfalz nach Speyer – im Juni 1835 konnte er diese besetzen.¹²⁸ 1838 wurde er durch den Regierungspräsidenten der Pfalz, Carl Theodor Fürst von Wrede,¹²⁹ der ihn sehr schätzte, zuerst zum Landkommisariatsaktuar in Neustadt an der Haardt¹³⁰ ernannt und 1843 wieder zurück an die Regierung der Pfalz nach Speyer als Assessor in der Kammer des Inneren berufen.¹³¹ Nachdem er bei einem Besuch in München Frieda Gossinger wiedergesehen hatte, die Tochter des Geheimsekretärs im Innenministerium Friedrich Georg von Gossinger,¹³² dessen Familie eng mit der Familie Heintz befreundet war,¹³³ verlobte er sich am 27. November 1844 mit ihr und heiratete sie am 06. Mai 1845 in München.¹³⁴ Mit seiner Frau lebte August Heintz etwa vier Jahre in Speyer, wo ihm 1846, neben seiner Assessorenstelle bei der Regierung, noch die Geschäfte eines weltlichen Konsistorialrates beim Konsistorium in Speyer übertragen wurden. Dies geschah als gewisser Ausgleich dafür, dass einem anderen Bewerber um eine Stellung als Landkommissär in Zweibrücken der Vorzug gegeben wurde.¹³⁵ Bereits einmal bei der Möglichkeit zur Beförderung zum Regierungsrat zugunsten eines Kollegen übergangen, wurde er schließlich 1847 noch in Speyer zum Regierungsrat ernannt, bevor ihn sein Weg wieder zurück nach München führte. Der Rückzug nach München stand, wie bei seinem Bruder, Karl Friedrich Heintz, im Lichte der Veränderungen des Reformjahres 1848, und Karl Friedrich Heintz als Justizminister hatte darauf wohl auch keinen unwesentlichen Einfluss gehabt. Eine der pfälzischen Märzforderungen war die Trennung der unierten Kirche der Pfalz vom lutherischen Oberkonsistorium in München.¹³⁶ Justizminister Heintz war als Pfälzer einer der großen Unterstützer des

¹²⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 57.

¹²⁷ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 61.

¹²⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 68.

¹²⁹ Carl Theodor Fürst von Wrede, geb. 08. Januar 1797, gest. 10. Dezember 1871, Studium der Rechtswissenschaften und Landwirtschaft Würzburg und Landshut, 1819 Akzessist in Regensburg, 1820 Regierungsrat in Regensburg, 1829 Regierungsrat in Ansbach, 1832 Regierungsrat in Speyer, 1837-1845 Regierungspräsident der Pfalz, 1841 Staatsrat im außerordentlichen Dienst, 1845 Entlassung auf eigenes Ansuchen, um besser das Familienvermögen verwalten zu können (Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 345, S. 217).

¹³⁰ Heutiger Name: Neustadt an der Weinstraße.

¹³¹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 76, 93.

¹³² Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 93, S. 126.

¹³³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 22

¹³⁴ Heintz, Die Nachkommen, S. 9, 13.

¹³⁵ Heintz, Die Nachkommen, S. 19.

¹³⁶ Busley, Das pfälzisch-bayerische Verhältnis in der Revolutionszeit 1848/49, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 73; Faber, in: Petri/Droege, Rheinische Geschichte II, S. 396; eingehend zur Trennung der unierten Kirche der Pfalz von Oberkonsistorium sowie der Geschichte der unierten Kirche der Pfalz in den Jahren 1818 – 1861: Bonkhoff, Geschichte der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der

diesbezüglichen Gesetzes,¹³⁷ das auf dem Reformlandtag 1848 vorgelegt und auch verabschiedet wurde,¹³⁸ wenn er auch selbst nicht in den Beratungen hierzu in Erscheinung getreten ist.¹³⁹ Auf Grundlage dieses Gesetzes entschied die außerordentlich nach Speyer berufene Generalsynode, die am 16. Oktober 1848 eröffnet wurde, über die Trennung der unierten Kirche der Pfalz vom lutherischen Oberkonsistorium in München und die direkte Unterstellung unter das damalige Kultusministerium, das mit den Kirchenangelegenheiten betraut war, was durch königliche Entschließung vom 11. Mai 1849 vollzogen wurde.¹⁴⁰ Im Innen- und Kultusministerium musste wegen der neuen Situation ein Referat geschaffen werden, dem die Angelegenheiten der unierten Kirche der Pfalz anvertraut werden sollten. August Heintz, ohnehin schon in Speyer mit den Geschäften eines weltlichen Konsistorialrates betraut und zudem noch Bruder des amtierenden Justizministers, war für diese Stelle als Ministerialrat im Innen- und Kultusministerium wie geschaffen und erhielt sie auch Ende Januar 1849, wobei ihm seine guten Beziehungen in der Pfalz, insbesondere zu den Mitgliedern der Generalsynode in Speyer und nun auch über seinen Bruder zur Regierung, sehr von Nutzen waren.¹⁴¹ Über die Ernennung von August Heintz wurde schon vorab sein Bruder, der Justizminister, durch königliches Reskript informiert, der sogleich August Heintz die Nachricht nach Speyer übermittelte.¹⁴² So zügig August Heintz diese Stelle unter dem Protektorat des Märzministeriums erhielt, so schnell verlor er sie auch nach dem Rücktritt seines Bruders 1849 in der Zeit des Reaktionismus der 1850er Jahre wieder.¹⁴³ Bereits am 11. November 1850 wurde ihm das Referat über die Angelegenheiten der unierten Kirche in der Pfalz wieder entzogen,¹⁴⁴ bevor er schließlich mit erst 42 Jahren 1852 gänzlich in den Ruhestand versetzt wurde.¹⁴⁵ August Heintz lebte bis zu seinem Tod am 06. Juli 1902 in München, wo er kinderlos verstarb. Er reiste seit seiner frühen Jugend an leidenschaftlich und unternahm ausgedehnte Wanderreisen durch den gesamten deutschen Sprachraum. Zudem beschäftigte er sich, wie schon sein Vater vor ihm, intensiv mit pfälzischer und bayerischer Landes-

Pfalz (zu 1848/49 S. 110 ff.).

¹³⁷ Heintz, Die Nachkommen, S. 32.

¹³⁸ „Gesetz-Entwurf, die protestantischen General-Synoden und den Konsistorial-Bezirk Speyer betr.“ (KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 236 ff.); GVBl. 1848, Sp. 149 ff.; im Gesetz ermöglichte Art. III dG die Trennung des unierten Kirche der Pfalz vom lutherischen Oberkonsistorium in München.

¹³⁹ Rep. KdRR/KdA 1848, S. 184 ff.; da Karl Friedrich Heintz nicht selbst bezüglich des Gesetzes in Erscheinung getreten ist, soll es bei der kurzen Beleuchtung an dieser Stelle verbleiben und keine weitere Betrachtung im Rahmen der 1848er Gesetzgebung erfolgen.

¹⁴⁰ GVBl. 1849, Sp. 625 ff.; Bonkhoff, Geschichte der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz, S. 114 f.; Heintz, Die Nachkommen, S. 35.

¹⁴¹ Heintz, Die Nachkommen, S. 32, 35 f.

¹⁴² Heintz, Die Nachkommen, S. 36; schon an diesem unbürokratischen Informationsfluss mag man den nicht unerheblichen Einfluss von Karl Friedrich Heintz auf die Ernennung seines Bruders vermuten.

¹⁴³ Familienbuch, S. 1; und auch er selbst in: Heintz, Die Nachkommen, S. 38; zum Rücktritt von Karl Friedrich Heintz unten S. 344 ff.

¹⁴⁴ Heintz, Die Nachkommen, S. 38.

¹⁴⁵ Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 98, S. 128.

und Herrschaftsgeschichte und Familienforschung, in welchem Zusammenhang er insbesondere nach seiner Versetzung in den Ruhestand forschte und publizierte.¹⁴⁶

Karl Friedrich Heintz' jüngste Schwester, Julie Louise Heintz, wurde zusammen mit ihrem Zwillingbruder, Ernst Adolph Heintz, am 24. September 1815 in Zweibrücken geboren. Ernst Adolph Heintz ist bereits im Alter von einem Jahr in Zweibrücken verstorben.¹⁴⁷ Julie besuchte nach dem Umzug der Familie Heintz nach München zunächst dort die deutsche Schule und wurde danach in mehrere Institute für Mädchen geschickt. Zudem hatte sie privaten Klavier-, Gesangs-, Tanz- und Zeichenunterricht. Julie Heintz verlobte sich 1838 mit dem Pfarrvikar von Mimbach Hieronymus Hofer und verheiratete sich erst nach dreijähriger Verlobungszeit am 14. März 1841, nachdem Hofer ein gesichertes Auskommen als Studienlehrer an der Lateinschule in Bergzabern hatte – später wurde er Konsistorialrat in Speyer. Nach bereits mehreren Totgeburten hatte Julie Hofer am 11. Juni 1847 abermals einen toten Jungen zur Welt gebracht. Nachdem sie sich zunächst gut von der Geburt erholte, trat gegen den 24. Juli 1847 eine Verschlechterung ihres Zustandes dahingehend ein, dass sie eine heftige Lungenentzündung bekam. Im Laufe des Monats August 1847 ging es ihr zunehmend schlechter, bis sie schließlich nach gänzlicher Abmagerung und mehrtägiger Bewusstlosigkeit im Alter von 31 Jahren am 21. August 1847 kinderlos verstarb.

4. Seine Frau und Kinder

Karl Friedrich Heintz verlobte sich am 03. Mai 1827 und verheiratete sich am 12. August 1828 mit Julie Heintz, geb. Hertel.¹⁴⁸ Julie Heintz wurde am 26. September 1808 in Zweibrücken geboren und entstammte als Tochter des Gymnasialrektors von Zweibrücken, Heinrich Hertel, und seiner Frau, Salomea Hertel, geb. Petri, ebenfalls dem Bildungs- und Beamtenbürgertum. Sowohl ihr Vater als auch ihre Mutter waren bereits verwitwet und standen jeweils in zweiter Ehe, so dass Julie sowohl aus der ersten Ehe ihres Vaters wie auch der ihrer Mutter Halbgeschwister hatte. Aus der ersten Ehe ihres Vaters stammte ihre Halbschwester Henriette Bruch, geb. Hertel, die mit dem Zweibrückener Apotheker Philipp Bruch verheiratet war, aus der ersten Ehe ihrer Mutter mit dem Gymnasialprofessor Exter aus Zweibrücken stammten Karl Exter, Kirchenschaffner in Zweibrücken, und Fritz Exter, der in Wien lebte. Sie starb am 01. April 1881 in Mün-

¹⁴⁶ Heintz, Einige Blätter aus der Geschichte der Grafschaft Falkenstein am Donnersberge, in: Mittheilungen des historischen Vereines der Pfalz, Bd. 7, 1878, S. 19 - 42; Heintz, Die Nachkommen; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz; Heintz, Die Urkunden des ehemaligen Cisterzienserklosters Werschweiler bei Zweibrücken; Heintz, Die Burg Trifels, in: Mittheilungen des historischen Vereines der Pfalz, Bd. 7, 1878; Heintz, Verschollene Ortsnamen, in: Mittheilungen des Historischen Vereines der Pfalz, Bd. 5, 1875 S. 49 - 122; Heintz, Zur Geschichte von Schallodenbach, in: Mittheilungen des historischen Vereines der Pfalz, Bd. 5, 1875, S. 31 - 45; Heintz, Karte der bayerischen Pfalz unter den Römern; Heintz, Die Bayerische Pfalz unter den Römern; LA-Speyer, Bestand T 3, Nrn. 413 - 500 (mit 150 Sachakten ein wahrer Fundus zur pfälzischen und bayerischen Herrschafts- und Landesgeschichte).

¹⁴⁷ Familienbuch, S. 25 § 82 Nr. 5.

¹⁴⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 41.

chen an einem Schlaganfall.¹⁴⁹ Mit seiner Frau hatte Karl Friedrich Heintz sieben Kinder, von denen aber nur vier das Erwachsenenalter erreichten. Julie Heintz (geb. 19. Juli 1829, gest. 13. April 1838), Karl Friedrich Otto Heintz (geb. 19. Februar 1831), Karoline Henriette Heintz (geb. 01. Oktober 1832), Fanny (geb. 04. Februar 1834), Friedrich Heintz (geb. 25. Juni 1836, gest. 16. Mai 1838), August Heintz (geb. 12. Juni 1839, gest. 22. August 1848) und Karl Heintz (geb. 12. November 1849, gest. 10. Januar 1925). Bis auf Karl, der in München geboren wurde, wurden alle Kinder in Zweibrücken geboren. Julie starb an einer Gehirnentzündung in Zweibrücken, Friedrich erlag dort nur wenige Wochen später einem Lungenleiden, und August starb in München an einer Gedärmentzündung.¹⁵⁰

Otto Heintz studierte wie sein Vater Rechtswissenschaften und war Bezirksrichter in München. Er heiratete 1859 seine Frau Elise Heintz, geb. Hummel, und in zweiter Ehe Saphine Heintz, geb. Nibler, da Elise 1886 starb.¹⁵¹ Karoline Heintz heiratete am 12. August 1856, dem 28. Hochzeitstag ihrer Eltern, Ludwig Schlichtegroll, der Sektionsingenieur der bayerischen Ostbahnen war und ebenfalls aus einer Familie des Münchner Bildungs- und Beamtenbürgertums stammte.¹⁵² Fanny Heintz verlobte sich am 03. Januar 1858 und heiratete am 18. Mai 1858 Wilhelm Franz August Viktor Freiherr von Bibra,¹⁵³ der dem fränkisch-thüringischen Uradelsgeschlecht der Freiherren von Bibra¹⁵⁴ entstammte und damals zweiter Staatsanwalt am Bezirksgericht in München war – er ging als Richter am Oberlandesgericht München in den Ruhestand.¹⁵⁵ Karl Friedrich Heintz' jüngerer Sohn, Dr. med. Karl Heintz, bestand Anfang August 1868 sein Gymnasialabsolutorium in Speyer, wo er bei seiner Schwester, Karoline Schlichtegroll, wohnte, mit der Note Eins. Im Anschluss daran studierte er in München und Tübingen Medizin und war in München im Corps Franconia, in Tübingen im Corps Suevia aktiv. In München legte er 1869 sein Admissionsexamen, das spätere Physikum, wie auch 1874 das Staatsexamen mit der Note Eins ab und wurde im November 1874 mit seiner Arbeit zur Wirkung von Narcein zum Doktor der Medizin promoviert. Schon vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges hatte er sich 1870 als Freiwilliger zum Kriegsdienst gemeldet und war während des Krieges Assistenzarzt bei der Kommandantur Speyer und im Ersatz-Escadron des V. Chevauleger-Regiments. Nach Studienreisen nach Wien, Pa-

¹⁴⁹ Familienbuch, S. 1 f.

¹⁵⁰ Familienbuch, S. 2.

¹⁵¹ Heintz/Heinzemann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, Anhang Stammbaum Familie Heintz.

¹⁵² Familienbuch, S. 2.

¹⁵³ Wilhelm Franz August Viktor Freiherr von Bibra, geb. 18.02.1823, Gymnasium in Bamberg, 1841 – 1845 Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen, Heidelberg und München, 1853 Staatsanwalts-Substitut in Regensburg, 1856 2. Staatsanwalt am Bezirksgericht Wasserburg, München rechts der Isar, 1860 dort 1. Staatsanwalt, 1864 1. Staatsanwalt in München links der Isar, 1817 Ritterkreuz I. Klasse des bayerischen Verdienstordens vom heiligen Michael, 1872 Appellationsgerichtsrat in Bamberg, 1876 Appellationsgerichtsrat in München (Bibra, Beiträge zur Familien-Geschichte III/1, S. 112).

¹⁵⁴ Eingehend zum Adelsgeschlecht Bibra: Bibra/Walch, Geschichte der Familie der Freiherren von Bibra; Bibra, Beiträge zur Familien-Geschichte).

¹⁵⁵ Bibra, Beiträge zur Familien-Geschichte III/1, S. 112.

ris, London und Edinburgh heiratete er am 21. März 1876 seine erste Frau, Anna Heintz, geb. Heck, die nach einem schweren Lungenleiden am 19. März 1890 verstarb. In zweiter Ehe heiratete er Olga Tcherbakov, geb. Freiin von Rummel.¹⁵⁶ Karl Heintz betrieb bis 1903 eine Praxis in München, die er aber infolge eines Nierenleidens zunächst teilweise und schließlich ganz aufgegeben hatte. Er bereiste seit seinem Studium ganz Europa und Nordafrika und war leidenschaftlicher Jäger und Angler. Als Angler und Autor des in Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg, in mehreren Auflagen erschienenen einschlägigsten Werkes des Angelsports, „Der Angelsport im Süßwasser“¹⁵⁷, erlangte er bis heute internationale Bekanntheit und gilt als der wahre Begründer des deutschen Angelsports – zuletzt ist 2008 ein Faksimiledruck seines auch heute noch aktuellen Buches erschienen.¹⁵⁸

¹⁵⁶ Schindler, in: Der Sportfischer, 1925, Heft 3, S. 47.

¹⁵⁷ Heintz, Der Angelsport im Süßwasser, 1. Aufl.

¹⁵⁸ Heintz, Der Angelsport im Süßwasser, Faksimile-Druck der 5. Aufl..

III. KINDHEIT, JUGENDZEIT, AKADEMISCHER UND ERSTER BERUFLICHER WERDEGANG

1. Kindheit und Jugendzeit

Karl Friedrich Heintz war der Erstgeborene der Eheleute Philipp Casimir Heintz. Etwa eineinhalb Jahre nach der Hochzeit seiner Eltern und dem Antritt der ersten Pfarrstelle seines Vaters in Kleeburg wurde er dort am 04. April 1802 geboren. Seine Taufpaten väterlicherseits waren sein Onkel Pfarrer Friedrich Jakob Heintz und seine Tante Maria Heintz, geb. Wagner, die Frau des Revierförsters Johann Daniel Heintz. Mütterlicherseits standen sein Onkel Pfarrer Christian Richter und seine Tante Frau Pfarrer Charlotte Herche, geb. Richter, Pate. Kleeburg, heute Cleebourg, ist damals wie heute ein kleines französisches Dorf im Unterelsass und liegt etwa sieben Kilometer südwestlich unweit der ehemaligen freien Reichsstadt Weißenburg im Elsass. Seine Geburt fiel in eine Zeit, in der es die junge Familie des reformierten Pfarrers Philipp Casimir Heintz nicht einfach hatte, denn sowohl ihre finanzielle Situation wie auch das gesellschaftliche Umfeld in Kleeburg waren alles andere als ideal.¹⁵⁹ Zwar hatte man auch in Kleeburg gute Kontakte und Verbindungen zum dort und in den umliegenden Orten ansässigen Bildungsbürgertum, doch war die allgemeine Situation der protestantischen Pfarrer in Frankreich in dieser Zeit schwierig. Zu dieser Zeit wählten die Gemeinden in Frankreich, infolge der Trennung von Staat und Kirche durch die Französische Revolution, ihre Pfarrer selbst und stellten diese auch selbst über Dienstverträge an.¹⁶⁰ So kam es, dass, obgleich der Großteil der Gemeinde die Pfarrersfamilie Heintz freudig empfing, eine kleinere Gruppierung der Gemeinde, die sich bei der Wahl für einen anderen Pfarrer ausgesprochen hatte, ihnen feindselig gesinnt war und so die Familie Heintz öfters heftigen Drohungen und auch tätlichen Übergriffen ausgesetzt war – so wurden etwa die Fenster des Pfarrhauses in Kleeburg mit Steinen eingeschmissen. Neben diesen teilweise tätlichen Anfeindungen war auch die finanzielle Situation der Familie nicht optimal, denn die Besoldung durch die Gemeinde reichte nur zum Notwendigsten aus.¹⁶¹ Zu diesen Schwierigkeiten kamen mehrere Trauerfälle in der Familie, namentlich der Tod des Onkels und Taufpaten von Karl Friedrich Heintz, Pfarrer Christian Richters, seines Onkels Jakob Richter und allen voran seiner jüngeren Schwester, Henriette Heintz, die 1805 im Alter von nur zwei Jahren starb.¹⁶² Die finanziellen Verhältnisse der Familie besserten sich, als Karl Friedrich Heintz drei Jahre alt war und die Familie 1805 nach Zweibrücken umzog, zunächst in den sogenannten Schulhof, dann in das zweite Pfarrhaus an der Ecke Pfarr- und Hintergasse und später, 1818, in das größere, ehemalige Gymnasialgebäude in der Hintergasse, das auf Antrag von Philipp Casimir Heintz von der kö-

¹⁵⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 11

¹⁶⁰ Familienbuch, S. 21, § 64.

¹⁶¹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 11 f.

¹⁶² Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 12.

niglichen Regierung in Speyer als dauerhafte Pfarrwohnung erklärt wurde.¹⁶³ Zum einen garantierten die dortigen Pfarrgeschäfte der Familie ein besseres Auskommen, und zudem wurde Pfarrer Heintz Professor am Gymnasium von Zweibrücken und Vorstand der geistlichen Güterverwaltung.¹⁶⁴ Zum anderen trug insbesondere Karl Friedrich Heintz' Mutter erheblich zur Besserung der finanziellen Lebensumstände der Familie bei, indem sie eine durchaus einträgliche Landwirtschaft teils auf den Feldern der Pfarrei, teils auf eigens gepachteten Feldern organisierte.¹⁶⁵ Sehr bald wurde daher die Pfarrersfamilie Heintz in Zweibrücken wohlhabend und konnte genug Geld zur Seite legen, um Darlehen in Höhe von mehreren tausend Gulden gegen Hypotheken zu gewähren, was, wenn die Möglichkeit bestand, unter den Pfarrern zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse üblich war.¹⁶⁶ Auch gesellschaftlich konnte sich die Familie Heintz in Zweibrücken wegen der einflussreichen Stellungen von Philipp Casimir Heintz bestens etablieren.¹⁶⁷ Trotz des steigenden Wohlstandes und Einflusses häuften sich die Krankheitsfälle in der Familie Heintz in ihrer Zweibrückener Zeit, da die Wohnverhältnisse, zumindest aus gesundheitlicher Sicht, ungünstig waren. Die Hintergasse lag im niedrigsten Teil von Zweibrücken und wurde daher häufig überschwemmt, so dass die Häuser der Familie Heintz in den unteren Stockwerken praktisch immer feucht waren und die Erkrankungen der Bewohner förderten.¹⁶⁸ Die an sich gute Zeit in Zweibrücken wurde durch die Befreiungskriege unterbrochen, mit denen insbesondere Einquartierungen der alliierten Truppen in Zweibrücken verbunden waren und vor denen auch das Haus der Familie Heintz nicht verschont blieb. Insbesondere die bayerischen Truppen hatten sich in diesem Zusammenhang äußerst schlecht benommen, so dass auch Pfarrer Philipp Casimir Heintz einmal mit einem bayerischen Offizier aneinandergeriet.¹⁶⁹ Wie sich die Situation der Familie Heintz aber in der Zweibrückener Zeit bereits verbessert hatte, wird ebenfalls aus den Überlieferungen dieser Zeit deutlich, so beschreibt August Heintz die Belastung der Mutter durch die Einquartierung der alliierten Soldaten dergestalt, dass sie sogar „selbst Hand anlegen [musste], um das für [die Soldaten] verlangte Essen zu kochen.“¹⁷⁰ Dessen ungeachtet hatten doch bei Philipp Casimir Heintz die Zeit der Revolutionskriege und die damit einhergehende Erfahrung mit den französischen Truppen, die aufs übelste in der Gegend plünderten, brandschatzten und die Bevölkerung misshandelten, wie er auch selbst in seinem Kriegstagebuch berichtet,¹⁷¹ eine ablehnende Haltung gegenüber der Herrschaft Frankreichs ausgeprägt – auch die areligiöse Haltung der Franzosen trug ihr Übriges zu diesem Weltbild bei.¹⁷² Deutlich wird diese Einstellung gegen Frankreich

¹⁶³ Familienbuch, S. 25, § 82.

¹⁶⁴ Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 78.

¹⁶⁵ S.o. S. 32

¹⁶⁶ Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 78.

¹⁶⁷ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 13.

¹⁶⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 15.

¹⁶⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 16.

¹⁷⁰ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 16.

¹⁷¹ Heintz, Kriegstagebuch, S. 15 ff.

¹⁷² Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 19 f.; Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kir-

nicht zuletzt in einer Predigt, die Philipp Casimir Heintz in Zweibrücken anlässlich der Eroberung von Paris am 17. April 1814 in der reformierten Kirche hielt und in der er sich scharf gegen die napoleonische Herrschaft in ganz Europa sowie gegen die Person Napoleons direkt wandte und darüber hinaus zugleich das Wiedererstarken der deutschen Völker und deren Eintracht gegen die Fremdherrschaft rühmte.¹⁷³ Ohne bereits in dieser Predigt eindeutig eine Position für einen bestimmten zukünftigen Herrscher für die Pfalz einzunehmen, ist es doch naheliegend, dass Philipp Casimir Heintz, im Lichte seiner familiengeschichtlich starken Verbundenheit zu den jeweils regierenden Herzögen von Pfalz-Zweibrücken und seiner intensiven historischen Forschung zur Landes- und Herrschaftsgeschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken, eine Herrschaft des Hauses Wittelsbach für die Pfalz favorisierte, dem bayerischen König Maximilian I. huldigte und ihm treu ergeben war, was nicht zuletzt seine späteren historischen Veröffentlichungen vermuten lassen.¹⁷⁴ Diese politische Haltung von Philipp Casimir Heintz, das klare Bekenntnis gegen die französische Herrschaft, ist durchaus von Bedeutung, denn damit war er nicht derjenigen Gruppe von Pfälzern zugehörig, die von der 20 Jahre bestehenden Zugehörigkeit zum straff organisierten französischen Kaiserstaat derart geprägt war, dass sie dieses absolut bejahte und deshalb der Wiedereingliederung in die früher bestehende Herrschaft der deutschen Kleinstaaten skeptisch gegenüber stand, insbesondere da man um die durch die napoleonische Zeit erworbenen freiheitlichen Institutionen fürchtete.¹⁷⁵ Neben dieser politischen Einstellung fällt allgemein bei der Lektüre des Familienbuches auf, dass Pfarrer Philipp Casimir Heintz sehr stark auf die Bildung seiner Familie bedacht war, daneben aber auch auf deren finanziellen Wohlstand – ohne Zweifel tief in der protestantischen Ethik verhaftet, dass Wohlstand als Zeichen göttlicher Gnade galt, dennoch aber Maßhalten und eine insgesamt sparsame und bescheidene Lebensweise Ausdruck von wahrhafter Frömmigkeit ist. Karl Friedrich Heintz wuchs in diesem augenscheinlich für ihn prägenden weltanschaulichen Umfeld des Vaters auf, den er insbesondere in seiner Kindheit sehr verehrte.¹⁷⁶

chengeschichte, 1979, S. 86 f.

¹⁷³ Heintz, Philipp Casimir, Der Sieg des Glaubens in der Errettung des teutschen Vaterlandes (u.a. abgedruckt bei: Bonkhoff, Philipp Casimir Heintz, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, 1979, S. 80 ff.); aufgrund dieser Predigt, die in gedruckter Version im Elsass und in Lothringen verbreitet wurde, bangte Philipp Casimir Heintz bei der Rückkehr Napoleons von Elba, am 01.03.1815, bis zur Niederlage Napoleons bei Waterloo und dessen endgültiger Abdankung am 22.06.1815 um sein Leben und auch das der Seinen (Familienbuch, S. 24, § 79).

¹⁷⁴ Allen voran die Widmung von Heintz, Philipp Casimir, in: Heintz, Le collège de Deux-Ponts.

¹⁷⁵ Scherer, Zum Verhältnis Pfalz-Bayern, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 9 f.; Theodor Erasmus Hilgard schreibt in seinen Erinnerungen: „Der Wahrheit zur Steuer muß ich sagen, daß die Bevölkerung des linken Rheinufers der großen Mehrheit nach nicht sehr günstig für die Verbündeten gestimmt war und daß die angekündigte politische Veränderung mehr Besorgnis als Hoffnung und Zuversicht erweckte. [...] Man hatte den Verbündeten alles Heil und Glück gewünscht, aber nur bis an den Rhein.“ (Hilgard, Erinnerungen, S. 232, zitiert nach: Scherer, Zum Verhältnis Pfalz-Bayern, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 10).

¹⁷⁶ Dies zeigt nicht zuletzt ein Gedicht aus seiner Kindheit, das er seinem Vater zum Neujahrstag 1812 überreichte: „Liebster Vater./Nimm den Dank, so gut ich ihn kann geben./und meine Liebe, ungeschmückt und rein./und meinen Wunsch, ein kummerloses Leben/voll Heiterkeit und Sonnenschein./Und meinen Schwur, mich eifrig zu bestreben./um Deiner Liebe wert zu sein./Zum neuen Jahr von Ihrem gehorsamen Sohn/Friedrich Heintz.“ (Heintz, in: Familienbuch, S. 34).

Karl Friedrich Heintz verlebte seine Kindheit und Jugend bis 1819 in Zweibrücken und besuchte dort die Volksschule, die Lateinschule und das Gymnasium, konnte es aber, obwohl er dort bereits dreieinhalb Jahre die Oberklasse des Gymnasiums besucht hatte, vor dem Umzug der Familie nach München 1819 nicht mehr abschließen.¹⁷⁷ Heintz genoss die Zeit in Zweibrücken, für ihn war in den vierzehn Jahren seiner Kindheit und Jugend, trotz der schwierigeren Zeit während der Befreiungskriege, Zweibrücken zur eigentlichen Heimat geworden. Ende März des Jahres 1819 fand der Umzug der ganzen Familie nach München statt, der wegen der Beförderung von Philipp Casimir Heintz an das Oberkonsistorium erforderlich wurde. Schon die Reise nach München war für die Familie Heintz in mehrerlei Hinsicht ein Erlebnis. Allein die Fahrt und noch dazu ein Umzug aus der Pfalz nach München war in der damaligen Zeit etwas Außergewöhnliches, galt doch das rechtsrheinische Bayern in der Pfalz als ein zweites Sibirien, in dem der Winter regiert und kaum ein Baum gedeiht,¹⁷⁸ so erwartete auch die Familie Heintz voller Spannung das Leben in München. Diese Gerüchte über die bayerischen Kernlande machten aber die Reise auch kostspieliger, es fand sich nämlich wegen dieser Vorstellungen nur ein einziger Kutscher in Zweibrücken, der bereit war, die Familie Heintz nach München zu fahren, allerdings auch eine entsprechend hohe Entlohnung dafür erwartete.¹⁷⁹ Daneben machte die Familie Heintz auf ihrer Reise eine im Nachhinein durchaus aufregende Bekanntschaft, als sie in Mannheim Rast machte, um dort im Gasthaus zum Weinberg zu Mittag zu essen – einer der übrigen Gäste an der Table d'hôte im Gasthaus zum Weinberg war Karl Ludwig Sand¹⁸⁰, der Mörder von August von Kotzebue.¹⁸¹ Karl Ludwig Sand war vor der Begegnung mit der Familie Heintz bereits einmal gegen 11 Uhr bei der Mannheimer Wohnung des Dramatikers und Schriftstellers August von Kotzebue gewesen, hatte diesen dort aber nicht angetroffen.¹⁸² Nach dem gemeinsamen Mittagessen gegen fünf Uhr sprach er wieder bei Kotzebue vor, wurde diesmal vorgelassen und ermordete ihn mit mehreren Dolchstichen, was schließlich die bestehende Revolutionsangst an den deutschen Höfen bekräftigte und damit den Anlass für die Karlsbader Beschlüsse vom August 1819 gab.¹⁸³ Von der Begegnung der Familie Heintz mit Karl Ludwig Sand wurde aus Mannheim nach München Anzeige erstattet und Philipp Casimir

¹⁷⁷ Familienbuch, S. 1.

¹⁷⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18; als die Familie Heintz 1824 wieder die Pfalz besuchte, wurde ihr beim Essen angeraten, sich die Äpfel und Birnen schmecken zu lassen, da diese doch in München eine höchst seltene Kost seien (Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 29).

¹⁷⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18; Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 42.

¹⁸⁰ Müller, Karl Ludwig Sand; Baumgarten, Karl Ludwig Sand, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 30, S. 338 – 339.

¹⁸¹ Geiger, August von Kotzebue, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 16, S. 772 – 780.

¹⁸² Familienbuch, S. 26, § 84; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18.

¹⁸³ Müller, Karl Ludwig Sand, S. 161 f.

¹⁸⁴ Jäger, Die Ermordung Kotzebues, in: Damals, 2/1971, S. 128 f.

Heintz nach der Ankunft in München am 31. März 1819 diesbezüglich vernommen.¹⁸⁵ Die geführten Gespräche mit Sand betrafen allerdings nur historische und theologische Themen, insbesondere die Reformation und Martin Luther,¹⁸⁶ und Sand erschien Philipp Casimir Heintz als unbefangener und angenehmer Gesprächspartner – den bereits geplanten Mord hatte Philipp Casimir Heintz in keiner Weise vermutet.¹⁸⁷

Obgleich die Reise in Zweibrücken bei schönstem Frühlingswetter begonnen hatte, erwartete die Familie Heintz in München eine noch eher winterliche Vegetation und rauhes Wetter, was die Gerüchte über das zweite Sibirien zunächst zu bestätigen schien. Die Familie stieg anfangs im Gasthof zum Goldenen Kreuz in der Kaufingerstraße ab, bevor sie ihre erste Münchner Wohnung in der Salvatorstraße Nr. 11/III bezog, die aber noch im Herbst 1819 zugunsten einer schöneren Wohnung am Maximiliansplatz aufgegeben wurde.¹⁸⁸ Bis auf Karl Friedrich Heintz' Mutter gewöhnte sich die Familie sehr schnell in ihrer neuen Heimat ein, die drei ältesten Kinder wurden auf verschiedene Münchner Schulen geschickt, und der Vater konnte in der Stadt aufgrund seiner Stellung schnell gute Kontakte, vor allem zur führenden protestantischen Münchner Gesellschaft, knüpfen.¹⁸⁹ Verstärkt und gesellschaftlich breiter wurden die guten Beziehungen der Familie Heintz durch die erste Ständeversammlung des Königreichs Bayern, die zeitgleich mit ihrer Ankunft in München anlief, denn schon allein aufgrund der Herkunft hatte man sogleich engen Kontakt zu den pfälzischen Mitgliedern der Ständeversammlung. Durch die Aufnahme von Philipp Casimir Heintz in die Königlich Bayerische Akademie der Wissenschaften im Jahre 1820 war schließlich die Familie in München gesellschaftlich gänzlich etabliert.¹⁹⁰

Karl Friedrich Heintz erkrankte bald nach der Ankunft in München schwer an Typhus, einer Krankheit, die auf die fäkal-orale Übertragung eines Erregers zurückzuführen ist, der zur großen Gruppe der Salmonellen gehört.¹⁹¹ Gilt heutzutage in Europa Typhus als typische Armutserkrankung,¹⁹² war die Krankheit zu damaliger Zeit wegen der mangelnden hygienischen Zustände in den Städten, gerade in Bezug auf Trinkwasser und Le-

¹⁸⁵ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18.

¹⁸⁶ Müller, Karl Ludwig Sand, S. 162.

¹⁸⁷ Familienbuch, S. 26, § 84; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18; zwar besteht ein gewisser Widerspruch zwischen dem im Familienbuch und in Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 18 genannten Abreisedatum der Familie Heintz aus Zweibrücken (24.03.1819) und dem Ermordungsdatum von Kotzebue in Mannheim (23.03.1819), und auch eine etwaige Dokumentierung der behaupteten Vernehmung konnte ich nicht auffinden (ebenso nicht: Felder, Philipp Casimir Heintz, S. 42), dennoch halte ich die Geschichte für glaubwürdig und vermute eine Fehlüberlieferung eher beim Abreisedatum der Familie aus Zweibrücken, dies insbesondere, da auch Müller, Karl Ludwig Sand, S. 162 von einer Begegnung Sands mit überrheinischen Geistlichen berichtet und dieselben Gesprächsthemen wie das Familienbuch anführt.

¹⁸⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 19.

¹⁸⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 20.

¹⁹⁰ Familienbuch, S. 27 § 91.

¹⁹¹ Kayser, Medizinische Mikrobiologie, S. 296 ff.

¹⁹² Baenker, Kurzlehrbuch Innere Medizin, S. 615 ff.

bensmittel, auch in den höheren Gesellschaftsschichten noch weit verbreitet gewesen.¹⁹³ Trotz Genesung können Spätfolgen einer Typhuserkrankung auftreten, insbesondere auch Herzklappenerkrankungen, Gelenkentzündungen und Entzündungen der Gefäße.¹⁹⁴ Heintz hatte in seinem späteren Leben häufig gesundheitliche Beschwerden, aufgrund deren er meist Kurbäder aufsuchte. Diese gesundheitlichen Beschwerden könnten durchaus auf die Typhuserkrankung in seiner Jugend zurückzuführen sein, da man gerade bei Gelenkentzündungen und Entzündungen der Gefäße noch heute mit warmen und kalten Bädern, besonders in Thermalquellen, versucht, die damit im Zusammenhang auftretenden Schmerzen zu lindern. Nachdem Heintz wieder genesen war, hatte er noch in München noch die oberste Klasse des Gymnasiums zu absolvieren, die er trotz der vorangegangenen heftigen Erkrankung mit Auszeichnung abschloss.¹⁹⁵ Es wäre damals zwar nach Absolvierung des Gymnasiums bereits direkt die Aufnahme des Studiums an einer Universität möglich gewesen, da aber erst 1826 in München die Universität errichtet wurde, Philipp Casimir Heintz seinen ältesten Sohn für ein Universitätsstudium noch als zu jung erachtete und ein paar weitere Monate im Hause behalten wollte, ging sein erster Weg nicht an die Universität, sondern an das Lyzeum, das er im Herbst 1820 wie schon das Gymnasium mit Auszeichnung abschloss.¹⁹⁶

2. Akademischer Werdegang

Im Wintersemester 1820 nahm Karl Friedrich Heintz dann das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg auf und wechselte nach dem Grundstudium im Wintersemester 1821 nach Erlangen.¹⁹⁷ In Erlangen wurde Heintz in der Allgemeinen Erlanger Burschenschaft aktiv,¹⁹⁸ die bereits damals teilweise als Burschenschaft der Bubenreuther¹⁹⁹ bezeichnet wurde und unter diesem Namen noch heute besteht.²⁰⁰ Gründungsmitglied der Burschenschaft war Karl Ludwig Sand,²⁰¹ dem die Familie Heintz am 23. März 1819 bei ihrer Reise nach München in Mannheim begegnet war, kurz bevor er August von Kotzebue ermordete. Die Ermordung Kotzebues und die darauf folgenden Karlsbader Beschlüsse waren es auch, was die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft zu einer gewissen Gefahr machte. Denn neben der weitgehenden Einschränkung der Pressfreiheit und strenger Überwachung der Universitäten²⁰² wurden durch die Karlsbader Beschlüsse auch die Gesetze gegen geheime Verbindungen, worunter besonders die Burschenschaften zu verstehen waren, ausgedehnt und die Burschenschafter zu Staats-

¹⁹³ Roeske, Trinkwasserdesinfektion, S. 20.

¹⁹⁴ Baenkler, Kurzlehrbuch Innere Medizin, S. 615 ff.

¹⁹⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 16.

¹⁹⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 16.

¹⁹⁷ Familienbuch, S. 1.

¹⁹⁸ Nr. 488 Mitgliederverzeichnis der Bubenreuther, in: Höhne, Bubenreuther, S. 68 f.

¹⁹⁹ Benannt nach dem fränkischen Bauerndorf Bubenreuth, das beliebter Treffpunkt der Burschenschafter war und ist.

²⁰⁰ Andreae/Griessbach, Bubenreuther, S. 14 f.; Höhne, Bubenreuther, S. 31 f.

²⁰¹ Nr. 1 Mitgliederverzeichnis der Bubenreuther, in: Höhne, Bubenreuther, S. 2

²⁰² Willoweit, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 292; Weis, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 104.

feinden erklärt.²⁰³ Trotz der Verfolgung der Burschenschaften bestand die Erlanger Burschenschaft auch Anfang der 20er Jahre, in denen Karl Friedrich Heintz bei den Bubenreuthern aktiv war, weiter, und man kann diese Zeit in Anbetracht der studentischen Ereignisse in Erlangen keineswegs als eine unbewegte Zeit für die Erlanger Burschenschaft bezeichnen.²⁰⁴ Eines der mehreren überregional bekannt gewordenen Ereignisse bezüglich der Erlanger Studenten, bei denen auch Karl Friedrich Heintz aktiv beteiligt war und eine Charge²⁰⁵ in der Burschenschaft bekleidete, war der sogenannte Auszug der Erlanger Studenten nach Altdorf.²⁰⁶ Vorangegangen waren diesem Ereignis blutige Zusammenstöße zwischen Erlanger Handwerksburschen und Studenten im Februar 1822, die schließlich darin gipfelten, dass eine Vielzahl der Erlanger Bürger für die in der Stadt ansässigen Handwerksburschen Partei ergriff und sich gegen die Studenten stellte. Um eine Eskalation der Situation zu vermeiden, wurde Militär nach Erlangen berufen, namentlich eine Abteilung des Nürnberger Chevauleger-Regiments, wodurch tatsächlich die Situation unter Kontrolle gehalten werden konnte. In ihrer Ehre gekränkt, beschloss nahezu die gesamten Erlanger Studenten, zum Protest gegen die Erlanger Bürger in die ehemalige Universitätsstadt Altdorf zu ziehen, wo sie freudig aufgenommen wurden – einige Altdorfer sahen sogar die Wiederbelebung der Altdorfer Universität in greifbare Nähe gerückt.²⁰⁷ In ihrem zehntägigen Altdorfer Exil stellten die Studenten einen Forderungskatalog²⁰⁸ für ihre Rückkehr nach Erlangen auf, verhandelten ihn mit den Behörden und kehrten dann, nach partieller Durchsetzung ihrer Forderungen, in einem feierlichen Zug nach Erlangen zurück.²⁰⁹ War die durch die Karlsbader Beschlüsse verbotene Erlanger Burschenschaft kurz nach deren Erlass und Bestätigung noch stillschweigend geduldet worden,²¹⁰ so wurden spätestens seit den Ereignissen 1822 die Untersuchungen gegen die Burschenschaft als Staatsfeinde forciert. In Erlangen lag den Behörden das Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft vor, so dass gegen sämtliche Mitglieder Untersuchungen eingeleitet und Strafen verhängt wurden.²¹¹ Auch gegen Heintz wurden in diesem Zusammenhang am 01. März 1824 in Erlangen das Consilium abeundi sowie eine Karzerstrafe von acht Tagen verhängt,²¹² was allerdings ohne Folgen für ihn blieb, da Heintz zum einen mit königlichem Reskript vom 12. April 1824 hinsichtlich seiner Beteiligung

²⁰³ Wehner, Die burschenschaftliche Bewegung, S. 9 f.; Andrae/Griessbach, Bubenreuther, S. 16.

²⁰⁴ Andrae/Griessbach, Bubenreuther, S. 16.

²⁰⁵ Eine einem Vorstandsamt ähnliche Führungsposition in der Burschenschaft.

²⁰⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 25.

²⁰⁷ Wiegand, Geschichte der Erlanger Burschenschaft I, S. 44 ff.

²⁰⁸ 1) Amnestie des Auszugs als um des Friedens willen geschehen, 2) Niederschlagung der Untersuchungen wegen der nächtlichen Schlägereien, 3) Ehrenvoller Einzug in Erlangen mit den Waffen (Wiegand, Geschichte der Erlanger Burschenschaft I, S. 45).

²⁰⁹ Zeichnung von Klein Germanisches Nationalmuseum Nürnberg „Rückkehr aus Altdorf“ Bild, in: Höhne, Bubenreuther, S. 17.

²¹⁰ Wiegand, Geschichte der Erlanger Burschenschaft I, S. 39 f.

²¹¹ Wiegand, Geschichte der Erlanger Burschenschaft I, S. 47.

²¹² Wittkowski, Der König ruft die Pfälzer, S. 44.

und sämtlicher daraus erwachsenen Folgen begnadigt wurde,²¹³ zum anderen zu dieser Zeit bereits nicht mehr an der Universität Erlangen studierte.²¹⁴ Bereits im Herbst 1823 konnte Heintz sein Studium innerhalb der Mindeststudienzeit²¹⁵ in Erlangen abschließen, wobei er durch königliches Reskript vom 03. August 1823 von dem Besuch der Vorlesungen über Naturgeschichte befreit worden war, da sich diese stets mit anderen vorrangigen Vorlesungen überschnitten.²¹⁶

3. Beruflicher Werdegang bis zur Abgeordnetenzeit 1845

a. Vorbereitungsdienst

Mit dem Abschluss des dreijährigen Studiums der Rechtswissenschaften hatte Heintz die Voraussetzungen erfüllt,²¹⁷ um seinen juristischen Vorbereitungsdienst beginnen zu können, den wir noch heute, wenn freilich in abgewandelter Form, als Ausbildungsabschnitt zum Volljuristen, der die Befähigung zum Richteramt hat, kennen. Nach einem Besuch seiner Familie in Erlangen, die anlässlich eines Aufenthaltes seines Vaters auf der Generalsynode in Bayreuth ihre Reise über Erlangen machte, war er im Herbst 1823 nach München zurückgekehrt, um dort einen Teil seines juristischen Vorbereitungsdienstes in der Praxis abzuleisten.²¹⁸ Der Vorbereitungsdienst umfasste im rechtsrheinischen Bayern sowohl die Vorbereitung bei der Justiz wie auch bei der Verwaltungsbehörde,²¹⁹ und auch die umfangreiche abschließende Konkursprüfung umfasste 20 Aufgaben aus dem Bereich der Justiz und 20 Aufgaben aus den Bereichen des Staats-, Verwaltungs-, Lehens- und Kirchenrechts, Art. VI des Gesetzes über die Konkursprüfung von 1812.²²⁰ Im Gegensatz zum heutigen Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare in Bayern, der eine umfassende Befähigung zu sämtlichen juristischen Berufen bezwecken soll, § 1 BayJA-PO, beruhte der Vorbereitungsdienst in der Praxis von Justiz wie auch der Verwaltung im rechtsrheinischen Bayern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht auf diesem Gedanken, sondern hatte den praktischen Ursprung, dass Justiz und Verwaltung noch keine vollständige Trennung erfahren hatten. Deutlich wird das, wenn man einen Blick auf die Modifikationen wirft, die das Gesetz vom 24. November 1818²²¹ für die Pfalz aufstellte, wo seit Einführung des französischen Rechtes Justiz und Verwaltung getrennt waren. Rechtskandidaten, die sich nur für die Justiz befähigen wollten, hatten, im Gegensatz zum rechtsrheinischen Bayern, „wegen strenger Trennung der Justiz von der Verwal-

²¹³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 8

²¹⁴ Familienbuch, S. 1.

²¹⁵ Das Universitätsstudium musste mindestens drei volle Jahre dauern (Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 38)

²¹⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 2.

²¹⁷ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 48; Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 38.

²¹⁸ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 26.

²¹⁹ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 48.

²²⁰ RegBl. 1812, Sp. 544.

²²¹ Teilweise zitiert in: Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 37 f.

tung“ lediglich die Justizstation zu absolvieren und auch nur die Konkursprüfung in den die Justiz betreffenden Fächern abzulegen, Ziffer I. dG vom 24. November 1818.

Heintz begann seinen Vorbereitungsdienst nach den im rechtsrheinischen Bayern geltenden Vorschriften in München am königlichen Landgericht in der Vorstadt Au, wohin er zu Fuß von der elterlichen Wohnung am Maximiliansplatz ging – insbesondere während des kalten Winters 1823/24 war der tägliche Weg von etwa drei Kilometern alles andere als angenehm.²²² München und das Landgericht Au waren nicht die von Heintz bevorzugte Wahl, denn bereits nach Beendigung des Studiums 1823 stand für ihn fest, wieder zurück in die Pfalz zu gehen und dort in der Justiz tätig zu sein, denn im Gegensatz zu seinem Bruder August, der einen Großteil seiner Kindheit, Jugend und Studienzeit in München verlebt hatte und dort mehr verwurzelt war als in der Pfalz, war für Heintz die Pfalz über die Dauer der Kindheit und Jugend seine Heimat geworden. Dennoch war es der Wunsch des Vaters, dass Heintz nicht nur das französisch-rechtliche System der Pfalz praktisch kennenlernte, sondern auch Kenntnisse im rechtsrheinischen bayerischen Recht erwarb.²²³ Geprägt durch die Erlebnisse der Kindheit und Jugend mit dem Rechtssystem in der Pfalz, konnte Heintz trotz seines etwa halbjährigen Vorbereitungsdienstes in München keinen inneren Zugang zum rechtsrheinischen bayerischen Recht aufbauen, da ihm die dortige „Praxis durchaus nicht zusagte“²²⁴ – schon damals waren für ihn insbesondere die in der Pfalz existierende Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahren elementare Prinzipien der Rechtspflege.²²⁵ Neben seinem Vorbereitungsdienst in München beschäftigte er sich privat in dieser Zeit insbesondere mit technischen und naturwissenschaftlichen Themengebieten, wofür er sich Zeit seines Lebens begeistern konnte. Begründet war dieses Interesse auch durch seine innige Freundschaft zu Carl August von Steinheil²²⁶, der zu dieser Zeit ebenfalls in München am Maximiliansplatz wohnte.²²⁷ Steinheil war ein enger Studienfreund von Heintz, der, bevor er Astronomie und Physik in Göttingen und Königsberg studierte, ebenso wie Heintz ab dem Wintersemester 1821 in Erlangen Student der Rechtswissenschaft und Mitglied der Bubenreuther war.²²⁸

Nach einem halben Jahr Vorbereitungsdienst in München erhielt Heintz von seinem Vater die Zustimmung, die weitere Zeit in der Pfalz zuzubringen, um sodann dort sesshaft werden zu können.²²⁹ Um für die Praxis in der Pfalz gerüstet zu sein und überhaupt zugelassen zu werden, musste Heintz, wie jeder Rechtskandidat, der in der Pfalz Vorbereitungsdienst und Konkursprüfung absolvieren wollte, umfassende Kenntnis-

²²² Zum Königlichen Landgericht in der Vorstadt Au: Martin, Königlich bayerisches Landgericht Au.

²²³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 26.

²²⁴ Familienbuch, S. 1.

²²⁵ Familienbuch, S. 1.

²²⁶ Knott, Karl August Steinheil, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 35, S. 720 – 724.

²²⁷ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 26.

²²⁸ Nr. 523 Mitgliederverzeichnis der Bubenreuther, in: Höhne, Bubenreuther, S. 72; Knott, Karl August Steinheil, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 35, S. 720 f.

²²⁹ Familienbuch, S. 1.

se des dort geltenden französischen Rechts nachweisen, Ziffer I. dG vom 24. November 1818. Da Heintz in seiner Studentenzeit in Heidelberg und Erlangen keinerlei Vorlesungen zum französischen Recht gehört hatte, bedeutete das, dass er zunächst unter anderem fundierte Kenntnisse der Cinq Codes erwerben musste. Hierfür führte ihn sein Weg erneut an die Universität Heidelberg, wo auch französisches Recht gelesen wurde, was ihm vonseiten des Justizministeriums, dem auch die Rechtskandidaten unterstanden, bewilligt wurde.²³⁰ Dort eignete er sich die erforderlichen Kenntnisse vom Frühjahr bis zum Herbst 1824 an und nahm dann beim Bezirksgericht Zweibrücken seinen Vorbereitungsdienst wieder auf.²³¹ Die Justizstation in der Pfalz dauerte ein Jahr und musste bei einem der vier Bezirksgerichte²³² abgeleistet werden. Alternativ konnte man auch nur ein halbes Jahr bei einem Bezirksgericht in die Praxis gehen, musste dann aber ein weiteres ganzes Jahr bei einem Advokaten in die Praxis, wodurch sich die Dauer des Vorbereitungsdienstes auf eineinhalb Jahre erweiterte.²³³ Heintz entschied sich, seinen Vorbereitungsdienst ausschließlich am Bezirksgericht Zweibrücken zu absolvieren. Für die Zulassung zur Konkursprüfung in der Pfalz musste Heintz abermals vom Besuch einiger Vorlesungen befreit werden, deren Besuch an sich notwendig gewesen wäre – namentlich waren dies Naturgeschichte und Literaturgeschichte. In dieser Sache stellte Heintz bereits am 27. Mai 1825 einen Antrag an den König. Am 24. Juni 1825 erstellte der damalige Generalstaatsprokurator am Kassationshof der Pfalz in Zweibrücken,²³⁴ Franz Alexander Freiherr von Völderndorff und Waradein,²³⁵ für das Justizministerium ein befürwortendes Gutachten, in dem er darauf hinwies, dass Heintz bereits von der Vorlesung in Naturgeschichte befreit war, die Vorlesung der Literaturgeschichte an den Universitäten nicht angeboten wurde, und insbesondere Heintz' lobenswerten Fleiß, seinen sehr guten mündlichen Vortrag und seine gründliche Bearbeitung der ihm anvertrauten Aufgaben hervorhob.²³⁶ Daraufhin erfolgte die Befreiung von den entsprechenden Vorlesungen am 02. Juli 1825.²³⁷ Die Zulassung zur Konkursprüfung in der Pfalz wurde durch eine Vorstellung von Heintz' Vater bei seinem Pfälzer Landsmann und damaligem Justizminister Zentner am 28. August 1825 beantragt.²³⁸ Bedenken an der Zulassung zum Examen bestanden durch die Mitgliedschaft von Heintz in der verbotenen Erlanger Burschen-

²³⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 2.

²³¹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 27; Familienbuch, S. 1; BayHStA, (MJu) 19325, S. 2.

²³² Zweibrücken, Frankenthal, Landau und Kaiserslautern (Buddeus/Buddeus, Deutsches Anwaltsbuch, S. 58 f.).

²³³ Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 38.

²³⁴ Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 86 f.

²³⁵ Franz Alexander Freiherr von Völderndorff und Waradein, geb. 1787, gest. 1827, Stadtgerichtsassessor München, 1818 Appellationsgerichtsrat Zweibrücken, 1822 Kreis- und Stadtgerichtsdirektor München, 1824 Generalprokurator Zweibrücken, 1825 Ruhestand (Ziegler, 175 Jahre Oberlandesgericht Zweibrücken, in: Paulsen, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 418; Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 71).

²³⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 4.

²³⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 5.

²³⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 6.

schaft.²³⁹ Abermals erstellte Generalstaatsprokurator Völderndorff ein befürwortendes Gutachten, das darauf hinwies, dass bereits am 12. April 1824 Heintz durch königliches Reskript von allen Folgen seiner Mitgliedschaft in der Erlanger Burschenschaft begnadigt wurde, unterstrich nochmals die exzellente fachliche Befähigung des jungen Rechtskandidaten und prognostizierte dessen Nützlichkeit als bayerischer Staatsdiener.²⁴⁰ Vom Justizministerium am 28. September 1824 zur Konkursprüfung zugelassen,²⁴¹ legte Heintz im Dezember 1825 sein Examen in Zweibrücken mit der Note 1 27/35 ab.²⁴²

Nach dem mit Auszeichnung abgelegten Examen ging Karl Friedrich Heintz Anfang des Jahres 1826 für ein halbes Jahr nach Frankreich, um seine Sprachkenntnisse im Französischen zu vervollkommen und praktizierte an dortigen Gerichten.²⁴³ Die ersten beiden Monate brachte er in Paris zu, da er aber in Paris sehr schnell viele Deutsche kennenlernte und er daher das Ziel seiner Sprachreise durch die Kontakte nicht optimal gefördert sah, zog er sich die weiteren vier Monate nach Metz zurück, wo er sich bei einer rein französisch sprechenden Familie einquartierte.²⁴⁴

b. Advokat

Aus Frankreich zurückgekommen, bewarb er sich um eine Stelle als Advokat mit Niederlassung am Bezirksgericht Zweibrücken, die er am 18. Dezember 1826 durch allerhöchstes Reskript zugeteilt bekam.²⁴⁵ Die Advokaten waren in der Pfalz damals einer der juristischen Berufsstände, der, obgleich in der Pfalz grundsätzlich das französische Recht weiter Geltung hatte, vom Übergang der Pfalz an das Königreich Bayern betroffen war und verändert wurde.²⁴⁶ Die französisch-rechtliche Trennung des Anwaltsberufes in zwei Personen, den Avoué, den den Prozess schriftlich vorbereitenden Anwalt, und den Avocat, der sodann vor Gericht plädierte,²⁴⁷ wurde bereits in der Übergangsphase der K.K. Österreichischen und Königlich Bayerischen Civil-Administration 1815 abgeschafft, wie auch die prunkvolle Amtstracht des Berufsstandes aus französischer Zeit.²⁴⁸ Insgesamt wurde die Stellung der Advokaten in der Pfalz nahezu identisch zu der im rechtsrheinischen Bayern festgesetzt, Abweichungen ergaben sich nur durch prozessuale Besonderheiten des französischen Rechts.²⁴⁹ So gab es etwa in Zivilsachen vor den Kollegialgerichten Anwaltszwang,²⁵⁰ aber auch galt nach wie vor Art. 151 des französischen Dekrets vom

²³⁹ S.o. S. 44 ff.

²⁴⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 8.

²⁴¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 9.

²⁴² Familienbuch, S. 1.

²⁴³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 16

²⁴⁴ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 1.

²⁴⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 10.

²⁴⁶ Verordnung vom 03.08.1815, die Advokaten und die Anwaelde am Appellationsgericht betreffend.

²⁴⁷ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 296 ff.

²⁴⁸ Weiler, Zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, S. 75; Huffmann, Geschichte der rheinischen Rechtsanwaltschaft, S. 93; Siegrist, Advokat I, S. 54.

²⁴⁹ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 24.

²⁵⁰ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 106; Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 280 f.

16. Februar 1807, wonach der Avocat kein Honorar fordern durfte, sondern die Entlohnung im Ermessen des Mandanten stand – allerdings wurde dem Avoué eine vom Richter taxierte Entlohnung zugestanden,²⁵¹ weshalb den nunmehrigen Advokaten, in denen die beiden früher bestehenden Ämter verschmolzen wurden, ebenfalls eine solche zustand. Auch der mit Anwälten besetzten Disziplinarrat aus französischer Zeit bestand in der Pfalz nicht mehr, denn nunmehr übten Disziplinargewalt über die Anwälte die jeweiligen Gerichte aus, bei denen die Anwälte niedergelassen waren.²⁵² Die Niederlassungen der Anwälte waren an den Orten der pfälzischen Bezirksgerichte und des pfälzischen Appellationsgerichts in Zweibrücken. Obgleich die Anwälte vor jeder Instanz auftreten konnten, war die Zahl der in Zweibrücken niedergelassenen Anwälte dadurch, dass sich in Zweibrücken Bezirksgericht und Appellationsgericht befand, gegenüber den anderen Gerichtsorten, Frankenthal, Landau und Kaiserslautern, etwas erhöht.²⁵³ Die Ernennung der nun in ihrer Zahl beschränkten Anwälte, was dem Berufsstand wie auch im übrigen Bayern eine gewisse Privilegierung zukommen ließ,²⁵⁴ oblag dem Justizminister in Vertretung des Königs und geschah durch allerhöchstes Reskript.²⁵⁵

Während Heintz' etwa fünfjähriger Tätigkeit als Advokat in Zweibrücken verfestigte sich dort sein Lebensmittelpunkt, was sich insbesondere durch seine Verlobung am 03. Mai 1827 und seine Heirat am 12. August 1828 mit Julie Heintz, geb. Hertel, zeigte.²⁵⁶ Mitte des Jahres 1829 konnten sich die Eheleute Heintz, die am 19. Juli 1829 ihr erstes Kind Julie bekommen hatten, auch ein eigenes Haus in der neuen Vorstadt von Zweibrücken kaufen und sich damit dort fest verwurzeln.²⁵⁷ Schon in seiner Zeit als Advokat konnte sich Heintz unter den Bürgern der Pfalz einen angesehenen Namen machen und breites Vertrauen unter der Bevölkerung erwerben²⁵⁸ – auch unter den Richtern der Pfalz galt er als eifriger, gewissenhafter und einsichtiger junger Jurist.²⁵⁹

c. Beamtenlaufbahn

aa. Substitut des Staatsprokurators Bezirksgericht Zweibrücken

Den Einstieg in die Beamtenlaufbahn schaffte der inzwischen bereits zum zweiten Mal Vater gewordene Advokat Heintz am 07. September 1831 mit seiner Ernennung zum Substituten des Staatsprokurators am Bezirksgericht Zweibrücken, was ihm eine feste Besoldung von 1.000 fl., zwei Scheffel Weizen und sieben Scheffel Roggen in Naturalien si-

²⁵¹ Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 42.

²⁵² Weißler, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, S. 406; Disziplinarordnung der Advocaten vom 23.03.1813 und 28.01.1822 (GVBl. 1813, Sp. 425 ff.; GVBl. 1822, Sp. 85 ff.)

²⁵³ Buddeus/Buddeus, Deutsches Anwaltsbuch, S. 58 ff.

²⁵⁴ Siegrist, Advokat I, S. 49 ff.

²⁵⁵ Weiler, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal I, S. 42.

²⁵⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 41.

²⁵⁷ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 44.

²⁵⁸ Heintz, Die Nachkommen, S. 15.

²⁵⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 11.

cherte.²⁶⁰ Er wurde gegenüber seinen vier Mitbewerbern, von denen insbesondere ein Mitbewerber mit ihm in die engere Auswahl kam, als der Fähigste befunden. Obgleich sein Mitbewerber um die Stelle bereits funktionierender Substitut des Staatsprokurators am Bezirksgericht Zweibrücken war, sprachen für Heintz' Ernennung doch einige gewichtige Gründe. Positiv hervorgehoben wurde, dass Heintz in Zweibrücken verheiratet und ansässig war, weshalb sich für ihn dieser Dienstort idealerweise anbot, zudem sprachen sich der Präsident des Appellationsgerichts Zweibrücken, Johann Baptist von Birnbaum, sowie vor allem Generalstaatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken, Ludwig von Koch,²⁶¹ für Heintz aus.²⁶² Ausschlaggebender Punkt für die Ernennung von Heintz war vor allem, dass er früher als sein Mitbewerber die Konkursprüfung abgelegt hatte, denn gerade die Wartezeit seit abgelegter Konkursprüfung war bei gleich qualifizierten Bewerbern ein entscheidendes Kriterium, Art. XI. Abs. 2 des Gesetzes über die Konkursprüfung 1812.²⁶³ Schließlich zahlte sich daneben der Weitblick des Vaters aus, seinen Sohn auch in München in den Vorbereitungsdienst zu schicken, denn der König hatte als interne Verwaltungsanweisung angeordnet, dass Erfahrungen mit dem rechtsrheinischen bayerischen Recht einen Bewerber um eine Beamtenstelle in der Pfalz besonders qualifizieren sollten und daher ebenfalls besonders zu berücksichtigen waren.²⁶⁴ Zur Freude seines Vaters war dieser als Oberkonsistorialrat während der Ernennung von Heintz zum Substituten des Staatsprokurators gerade beruflich in Zweibrücken anwesend, so konnte er den Lohn seiner Erziehung vor Ort miterleben.²⁶⁵

Als Substitut des Staatsprokurators war Heintz nun Beamter einer Behörde, die das rechtsrheinische bayerische Rechtssystem noch nicht kannte – der Staatsanwaltschaft. Die bei den Kollegialgerichten eingerichtete Staatsanwaltschaft in der Pfalz entsprach der Behörde, wie sie in französischer Zeit eingeführt worden war, und damit dem Ministère Public,²⁶⁶ was ihre Zuständigkeit sowohl auf Zivil- wie auch Strafsachen erstreckte.²⁶⁷ Die Zuständigkeit in Zivilsachen umfasste die Vertretung des Staates und der Gemeinden. Bei Korporationen und natürlichen Personen, die außerstande waren, sich selbst vor Gericht zu vertreten, wurde die Staatsanwaltschaft dergestalt einbezogen, dass sie beizurufen war und vor Urteilsverkündung mit einem Gutachten gehört werden musste.²⁶⁸ Ihre Zuständigkeit in Strafsachen umfasste die uns in Deutschland auch heute mit der Staatsanwaltschaft gebräuchliche Kompetenz, nämlich die Anklagevertretung in Straf-

²⁶⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1, 13.

²⁶¹ Bruder des Jugendfreundes von Philipp Casimir Heintz, Wilhelm Daniel Joseph Koch, und auch selbst Hausfreund von Philipp Casimir Heintz-Koch gab sogar im August 1833 bei einem Besuch von Philipp Casimir Heintz in der Pfalz ihm zu Ehren ein Fest auf seinem Anwesen in Einöd (Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 55).

²⁶² BayHStA, (MJu) 19325, S. 11; Reinheimer, Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 132 ff.

²⁶³ RegBl. 1812, Sp. 547.

²⁶⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 12.

²⁶⁵ Heintz, Die Nachkommen, S. 51.

²⁶⁶ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 197 ff.

²⁶⁷ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 28.

²⁶⁸ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 104.

sachen.²⁶⁹ Wie heute war die Staatsanwaltschaft eine hierarchisch aufgebaute Behörde, bei der an oberster Stelle der Generalstaatsprokurator stand, der zunächst Weisungsbefugnis gegenüber den untergeordneten Staatsprokuratoren und deren Substituten hatte, weiter aber auch umfangreiche Disziplinargewalt ausübte. Diese hatte er einmal über seine Staatsprokuratoren und deren Substituten, zudem aber auch noch über die Untersuchungsrichter bei den Bezirksgerichten und die Friedensrichter.²⁷⁰ Die Rechtsstellung der Beamten und damit auch die der Staatsanwälte regelte das Edikt über die Verhältnisse der Staatsdiener, die IX. Beil. BV 1818,²⁷¹ das bis zum Beamtengesetz von 1918 Geltung hatte.²⁷² Wie heute²⁷³ hatten Beamte zunächst eine dreijährige Probezeit zu durchlaufen, bevor eine Anstellung auf Lebenszeit erfolgte, § 2 IX. Beil. BV 1818. Danach standen ihnen die in der IX. Beil. BV 1818 festgesetzten Rechte zu, die im Kern den noch heute bestehenden Grundsätzen des Berufsbeamtentums entsprechen. Zu nennen sind etwa die grundsätzliche Anstellung auf Lebenszeit, das Laufbahnprinzip, das Leistungsprinzip, die Fürsorgepflicht des Dienstherrn aus der das Alimentationsprinzip folgt, und der gerichtliche Rechtsschutz.²⁷⁴

Während Heintz nunmehr in der Pfalz die Beamtenlaufbahn der Justiz betreten hatte, sollte auch sein jüngerer Bruder August nun nach Abschlusses des Studiums in München seinen Vorbereitungsdienst in der Pfalz absolvieren, um sich für den Staatsdienst zu qualifizieren, weshalb er Anfang des Jahres zu ihm nach Zweibrücken kam.²⁷⁵ Neben August Heintz, der während seines Vorbereitungsdienstes bei seinem älteren Bruder wohnte, wurde das Haus des Substituten des Staatsprokurators Heintz noch im Juli 1832 um den Schwiegervater Gymnasialrektor Heinrich Hertel erweitert, der gerade in den Ruhestand gegangen war, und schließlich um die im Oktober 1832 geborene Tochter Karoline.²⁷⁶ Die Amtszeit von Heintz als Substitut des Staatsprokurators war geprägt von dem im Zuge der Julirevolution von 1830 in Paris nach Deutschland und insbesondere in die Pfalz überschwappenden Freiheitsgedanken des Bürgertums, der im Hambacher Fest, das vom 27. bis zum 30. Mai 1832 stattfand, seinen Höhepunkt fand.²⁷⁷ Die Pfalz und damit auch Zweibrücken war ob ihrer besonderen Stellung im Königreich Bayern Zufluchtsort für führende bayerische Demokraten, wie die Juristen und Publizisten Johann Georg August Wirth²⁷⁸ und Philipp Jakob Siebenpfeiffer²⁷⁹, die zusammen mit dem radi-

²⁶⁹ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 166.

²⁷⁰ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 28 f.

²⁷¹ GVBl. 1818, Sp. 325 ff.

²⁷² Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 50.

²⁷³ § 11 Abs. 1 S. 3 BBG.

²⁷⁴ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 50.

²⁷⁵ S.o. S. 32 ff.

²⁷⁶ Heintz, Die Nachkommen, S. 54.

²⁷⁷ Baumann, Kontinuität der revolutionären Bewegung, in: Bärmann/Gerlich/Petry, Hambacher Gespräche 1962, S. 1 f.; Bosl, Vormärz und Revolution, in: Gerlich, Hambach 1832, S. 12.

²⁷⁸ Johann Georg August Wirth, geb. 20.11.1798, gest. 26.07.1848 (Mendheim, Johann Georg August Wirth, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 43, S. 531 – 533).

²⁷⁹ Philipp Jakob Siebenpfeiffer, geb. 12.11.1789, gest. 14.05.1845 (Ney, Philipp Jakob Siebenpfeiffer, in: Bay-

kalliberalen Juristen Friedrich Schüler²⁸⁰ am 29. Januar 1832 in Zweibrücken den Deutschen Preß- und Vaterlandsverein gründeten.²⁸¹ Carl Friedrich Heintz war zu dieser Zeit schon einer gemäßigt liberalen politischen Einstellung zuzuordnen, da er sich, was er sicherlich auch seiner Stellung als Substitut des Staatsprokurators zu schulden glaubte, von den politischen Ereignissen in Zweibrücken fernhielt. Auch seinen jüngeren Bruder August, der mit einer Reihe von anderen in Zweibrücken zum Vorbereitungsdienst befindlichen Rechtskandidaten von den radikalen Liberalen in Zweibrücken gedrängt wurde, dem Deutschen Preß- und Vaterlandsverein beizutreten, nahm Karl Friedrich Heintz dahingehend in seine Obhut, dass er ihn vom liberalen Treiben in Zweibrücken fernhielt.²⁸² Auf der anderen Seite spricht für eine gemäßigt liberale Haltung ein späterer Vorwurf seines dienstvorgesetzten Generalstaatsprokurators, der ihn sowohl beschuldigte, politische Vergehen zu wenig streng zu ahnden, als auch bemängelte, dass Heintz versuchte sich der Verhandlung politischer Prozesse zu enthalten.²⁸³ Man kann vermuten, dass Heintz dieses Verhalten an den Tag legte, da er hinsichtlich dieser politischen Delikte in einem Gewissenskonflikt stand, weil er zumindest teilweise die Forderungen der Angeeschuldigten, derentwegen sie angeklagt werden sollten, billigte oder sogar für gut hieß.

Nicht in diesen politischen Zusammenhang fällt die einzige dienstliche Rüge, die sich in der gesamten Personalakte von Heintz findet. Heintz' Dienstvorgesetzter, der Staatsprokurator am Bezirksgericht Zweibrücken Ruppenthal, hatte es trotz dienstlicher Weisung des Appellationsgerichts Zweibrücken unterlassen, die Ernennung eines Friedensrichters zu vollziehen, indem er Beeidigung und Diensteinweisung unterließ und auf seine Weisung hin auch Heintz. Auf den Bericht des Generalstaatsprokurators am Appellationsgericht Zweibrücken an das Justizministerium in dieser Angelegenheit erging am 08. März 1832 vom Justizministerium an Ruppenthal und Heintz ein Verweis, verbunden mit der Androhung der ersten Disziplinarstrafe im Wiederholungsfall.²⁸⁴ Weitergehende Folgen scheint der Vorfall aber nicht gehabt zu haben,²⁸⁵ zumindest findet sich in der gesamten Personalakte von Heintz keine weitere Erwähnung diesbezüglich, selbst wenn für Heintz ungünstige Bemerkungen gemacht wurden.²⁸⁶ Vermutlich ordnete man die Dienstpflichtverletzung als äußerst gering ein, da gegen den betreffenden Friedensrichter selbst später eine strafrechtliche Untersuchung geführt wurde, hinsichtlich deren das Justizministerium im gleichen Schreiben, in dem der Verweis gegen Ruppenthal und Heintz ausgesprochen wurde, die Übersendung der Ermittlungsakte anforderte.²⁸⁷ Die Vermutung, dass der Vorfall keine nachteiligen Karrierefolgen nach sich zog,

erische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 34, S. 176 – 177).

²⁸⁰ Friedrich Schüler, geb. 19.08.1791, gest. 26.06.1873 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Schüler).

²⁸¹ Foerster, Preß- und Vaterlandsverein, S. 20 ff.

²⁸² Heintz, Die Nachkommen, S. 53.

²⁸³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 20.

²⁸⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 14.

²⁸⁵ So auch: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 451.

²⁸⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 15 ff.

²⁸⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 14.

bestätigt auch die Beförderung Ruppenthals, die noch im selben Jahr erfolgte – er wurde zum Generalstaatsprokurator am Kassationshof der Pfalz befördert,²⁸⁸ der am 01. Dezember 1832 vom Appellationsgericht Zweibrücken an das Oberappellationsgericht²⁸⁹ in München verlegt wurde.²⁹⁰

bb. Zweiter Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken

Neben seinem Vorgesetzten Ruppenthal wurde auch Heintz trotz dieser Rüge im darauffolgenden Jahr am 20. Dezember 1833 zum zweiten Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken, mit einer Besoldung von 1.300 fl. in Geld und zwei Scheffel Weizen und sieben Scheffel Roggen in Naturalien, befördert.²⁹¹ Zwar hatte Heintz sich eigentlich vorrangig auf die Stelle des ersten Staatsprokurators am Appellationsgericht Zweibrücken beworben, denn durch die Beförderungen sowohl des früheren ersten wie auch zweiten Staatsprokurators an die Bezirksgerichte Landau und Frankenthal waren beide Stellen neu zu besetzen, allerdings wurde einem Mitbewerber, dem Untersuchungsrichter am Bezirksgericht Kaiserslautern Kaspar Rattinger, der Vorzug gegeben, und dies, obgleich Heintz durchaus tatkräftige Befürworter hatte.²⁹²

Zunächst empfahl der vormalige Generalstaatsprokurator Koch, der nach dem Tod Birnbaums im März 1832 zum Präsidenten des Appellationsgerichtes Zweibrücken befördert worden war und Heintz bereits bei der Bewerbung zum Substituten des Staatsprokurators unterstützt hatte, ihn für die Stelle des ersten Staatsprokurators.²⁹³ Daneben stellte ihm der Generalkommissär der Pfalz Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel²⁹⁴ ein befürwortendes Zeugnis aus, und nicht zuletzt bemühte sich auch Heintz' Vater direkt beim Justizministerium um die Beförderung seines Sohnes.²⁹⁵ Den Einfluss von Heintz' Vater bei den höchsten Staatsbehörden in München darf man keineswegs unterschätzen, denn durch seine Stellung am Oberkonsistorium und auch durch seine Mitgliedschaft

²⁸⁸ Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 185.

²⁸⁹ Zur Begrifflichkeit Oberappellationsgerichtshof/Oberster Gerichtshof/Oberlandesgericht: Die Bezeichnungen für das oberste bayerische Gericht waren uneinheitlich, so wählte man teilweise die Bezeichnung Oberster Gerichtshof oder Oberlandesgericht anstatt Oberappellationsgericht, um klarzustellen, dass das oberste Gericht keine Berufungsinstanz sein sollte, teilweise wurde auch die Begrifflichkeit Kassationshof vorgeschlagen. Im Folgenden soll derjenige Begriff verwendet werden, den das oberste Gericht gerade führte beziehungsweise das jeweilige Gesetz oder der jeweilige Gesetzentwurf verwendete.

²⁹⁰ Durch die Verordnungen vom 29.06.1832 und 15.09.1832 AMBlPf. 1832, Sp. 421, Nr. 62 (zitiert nach: Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 166).

²⁹¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1, 19; Familienbuch, S. 1.

²⁹² BayHStA, (MJu) 19325, S. 17 f.

²⁹³ Reinheimer, Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 132; BayHStA, (MJu) 19325, S. 17.

²⁹⁴ Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel, geb. 27.10.1784, gest. 05.12.1856, Studium Rechtswissenschaften Landshut und Würzburg, 1807 Kanzleiakzessist Bamberg, 1809 Landeskommisariatsverweser Bamberg, 1809 Hofkommission Innsbruck, 1812 Ratsakzessist Regierung Mainkreis, 1817 Regierungsrat Regierung Rheinkreis, 1832 Generalkommissär Untermainkreis, 1832 – 1837 Generalkommissär Rheinkreis, 1837 – 1838 bay. Gesandter bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1838 Regierungspräsident Schwaben und Neuburg, 1843 Appellationsgerichtspräsident München, galt als gemäßigt liberal (Kreutz, Hambacher Fest, S. 33; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 333, S. 213).

²⁹⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 16 f.

ten in mehreren Vereinen und Gesellschaften der Münchner Oberschicht, allen voran die Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften, hatte er in München ein exzellentes Netzwerk aufgebaut und zudem auf seinen Dienstreisen in die Pfalz stets die dortigen, alten Kontakte gepflegt. Philipp Casimir Heintz war einer der ersten höheren Beamten aus der Pfalz, der wegen seiner beruflichen Stellung dauerhaft in München ansässig war, was das Haus Heintz zur beliebten Anlaufstelle zahlreicher Pfälzer machte, die erstmals aufgrund ihrer Beamtentätigkeit oder auch ihrer Abgeordnetentätigkeit nach München kamen.²⁹⁶ Hinzu kam, dass die in München befindlichen hohen Staatsbeamten aus der Pfalz sich untereinander natürlich bestens kannten und sich auch gegenseitig unterstützten. Einen Aufschwung erlebten die ohnehin bereits hervorragenden Kontakte von Philipp Casimir Heintz daher nochmals durch die Verlegung des Kassationshofes für die Pfalz an das Oberappellationsgericht in München,²⁹⁷ da nun auch das pfälzische Personal des Oberappellationsgerichts den engen Freundes- und Bekanntenkreis der Familie Heintz erweiterte. So zählten namhafte Pfälzer Juristen wie Franz Xaver von Molitor,²⁹⁸ Ruppenthal, Carl Philipp Bettinger²⁹⁹ und nicht zuletzt Maurer zum engen Freundeskreis der Familie Heintz.³⁰⁰

Gegen seine einflussreichen Befürworter standen allerdings die Berichte des neuen, aus Kemnath in der Oberpfalz stammenden Generalstaatsprokurators am Appellationsgericht Zweibrücken, Anton Schenkl,³⁰¹ der sich gegenüber dem Justizministerium gegen die Ernennung von Heintz als ersten Staatsprokurator aussprach, ja sogar empfahl, Heintz nicht einmal die Stelle des zweiten Staatsprokurators zuzuweisen.³⁰² Hierfür führte Schenkl mehrere Gründe an, allerdings fällt mit keinem Wort die dienstliche Rüge

²⁹⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 19 f., 31.

²⁹⁷ Weiterführend zur Verlegung des Kassationshofes Rheinkreises an das Oberappellationsgericht in München: Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 162 ff.

²⁹⁸ Molitor stammte an sich aus dem Badischen, war allerdings auch durch diese Herkunft stark französisch-rechtlich geprägt und bereits seit der Ablösung von Frankreich im pfälzischen Justizdienst tätig; Franz Xaver von Molitor, geb. 04.10.1789, gest. 17.02.1874, 1813 juristische Staatsprüfung Baden, 1814 Gouvernementssekretär Vesaul, Gouvernementssekretär Generalgouvernement Pruntrut, 1816 Präsidialsekretär österreichisch-bayerische Ziviladministration Worms, Richter Kreisgericht Landau, 1818 Richter Bezirksgericht Zweibrücken, 1825 Appellationsgerichtsrat Zweibrücken, 1832 Oberappellationsgerichtsrat, 1838 Generalstaatsprokurator Kassationshof für die Pfalz am Oberappellationsgericht, 1847 Ministerialrat Justizministerium, 1851 Oberappellationsgerichtsdirektor, 1866 Geheimer Rat, 1873 Ruhestand (Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 729, S. 366)

²⁹⁹ Carl Philipp Bettinger, geb. 08.12.1832, gest. 02.11.1857, Staatsprokuratorssubstitut Bezirksgericht Landau (Pfalz), Untersuchungsrichter Bezirksgericht Landau (Pfalz), 1822 Regierungs- und Fiskalrat Speyer, 1831 Präsident des Bezirksgerichts Frankenthal, 1833 Oberappellationsgerichtsrat, 1847 Generalstaatsprokurator Generalstaatsprokurator Kassationshof für die Pfalz am Oberappellationsgericht (Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 185 f.).

³⁰⁰ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 57.

³⁰¹ Anton Schenkl, geb. 1789, gest. 1834, bis 1822 Auditor 15. Linien-Infanterie-Regiment, 1822 Bezirksrichter Landau, 1827 Bezirksrichter Frankenthal, 1832 Generalprokurator Appellationsgericht Zweibrücken (Haan, Die bayerische Personalpolitik in der Pfalz, in: Herrmann/Heyen/Mathy, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 1977, S. 388, Anm. 194; Reinheimer, Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 134).

³⁰² BayHStA, (MJu) 19325, S. 15.

aus dem Vorjahr, was wiederum obengenannte Vermutung hierzu unterstützt, dass daraus keine negativen Folgen für die Karriere verbunden waren. Als Grund, den Mitbewerber von Heintz diesem als ersten Staatsprokurator vorzuziehen, nannte er die höhere Beamtenposition Rattingers, die dieser als Untersuchungsrichter bereits innehatte. Hingegen waren Grund für ihn, dass sich Heintz überhaupt nicht als Staatsprokurator eigne, Heintz' persönlichen Verhältnisse. Seine feste Verwurzelung in Zweibrücken, ausdrücklich, dass er „in Zweibrücken erzogen und begütert“ war und dort „viele Bekannte und Schulfreunde“ hatte, spreche gegen ihn, da man deswegen Zweifel an seiner Verlässlichkeit und Verschwiegenheit haben könne.³⁰³ Als Leiter der Staatsanwaltschaft in Zweibrücken kam Schenkl's Bericht freilich erhebliche Bedeutung zu, war doch die Staatsanwaltschaft eine hierarchisch aufgebaute Behörde. Insofern hatte es Heintz sicherlich auch seinen einflussreichen Fürsprechern zu verdanken, dass der Justizminister Sebastian Wenzel Freiherr von Schrenck-Notzing³⁰⁴ gegen den Bericht und die Empfehlung des Generalstaatsprokurators Schenkl entschied. Zwar wählte auch Justizminister Schrenck Heintz' Mitbewerber Rattinger als ersten Staatsprokurator, doch hatte dies rein objektive, beamtenrechtliche Hintergründe. Entsprechend dem Laufbahnprinzip war in der Tat Rattinger als höher besoldeter Beamter für die höhere Stelle des ersten Staatsprokurators vorzuziehen, insbesondere, da eine Ernennung zum zweiten Staatsprokurator für Rattinger nicht mit einer Gehaltsverbesserung verbunden gewesen und damit auch keine Beförderung, sondern bloße Versetzung gewesen wäre, wohingegen für den Substituten des Staatsprokurators Heintz die Stelle des zweiten Staatsprokurators eine echte Beförderung war. Darüber hinaus war Rattinger auch der Dienstältere – Heintz war zwar mittlerweile Beamter auf Lebenszeit,³⁰⁵ da er seit September 1831 Substitut des Staatsprokurators war, Rattinger war allerdings bereits seit 1830 im Staatsdienst. In seinem Schreiben vom 16. Dezember 1833 bezüglich der Wiederbesetzung der beiden Staatsprokuratorenstellen machte der Justizminister sich die Mühe, den negativen Bericht des Generalstaatsprokurators über Heintz zu entkräften, zudem zeigt das Schreiben deutlich, dass bereits damals soziale Kriterien mit einer bedeutenden Rolle im Bewerbungsverfahren spielten. Gegen die Bedenken, die der Bericht über Heintz als Staatsprokurator aufwarf, brachte der Justizminister zutreffend vor, dass Heintz bereits in seiner dreijährigen Zeit als Substitut des Staatsprokurators vollkommen seine Verschwiegenheit, Verlässlichkeit und Eignetheit zum Staatsprokurator unter Beweis gestellt hatte, seine Verwurzelung in Zweibrücken daher keineswegs negativ zu werten war. Dass auch soziale Kriterien mit einer

³⁰³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 15.

³⁰⁴ Sebastian Wenzel Freiherr von Schrenck-Notzing, geb. 28.09.1774, gest. 16.05.1848, 1792 Jurastudium in Ingolstadt, 1796 Regierungsrat auf der adeligen Bank in Straubing, 1798 Landrichter in Wetterfeld bei Cham, 1807 Landrichter in Kemnath, 1808 Appellationsgerichtsrat in München und Hofgerichtsrat in Straubing, 1811 Oberappellationsgerichtsrat in München, 1819 – 1837 1. Präsident der Kammer der Abgeordneten, 1820 Ministerialrat im Staatsministerium der Justiz, 1827 Präsident des Appellationsgerichts des Regenkreises in Amberg, 1832 Staatsrat, 1832 – 1846 Staatsminister der Justiz, 16.11.1839 Ernennung zum Reichsrat (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Schrenck; Schär, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 61, S. 112). Eingehend zu Schrenck: Alzheimer, Schrenck, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 275 ff.

³⁰⁵ § 2 IX. Beil BV 1818.

Rolle bei Beförderungen spielten, wird deutlich, da der Justizminister explizit hervorhob, dass Heintz verheiratet und inzwischen vierfacher Vater geworden war. Mit königlichem Reskript vom 20. Dezember 1833 erfolgte sodann die Ernennung der beiden Staatsprokuratoren Rattinger und Heintz. Auffallend hierbei ist, dass die Besoldung von Heintz als zweiter Staatsprokurator, die insgesamt 1300 fl. betrug, sehr vorsichtig ausfiel, sein entziehbares Standesgehalt wurde nämlich nur auf 600 fl. festgesetzt, wohingegen sein entziehbares Dienstgehalt auf 700 fl. festgesetzt wurde.³⁰⁶ Das Justizministerium behielt sich aber die Erhöhung des Standesgehaltes durch das Dienstgehalt bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung von Heintz vor, man sieht daran, dass die Bedenken des Generalstaatsprokurators Schenkl gegenüber Heintz doch zumindest eine gewisse Vorsicht des Justizministeriums bei der Besetzung der Stelle durch Heintz geweckt hatten.

Nachdem seitens des Justizministeriums durch königliches Reskript vom 20. Dezember 1833 bereits die Ernennung von Rattinger und Heintz angeordnet war, übersandte Generalstaatsprokurator Schenkl noch Heiligabend 1833 einen weiteren Bericht gegen die Auswahl von Heintz als zweiten Staatsprokurator, der sich vermutlich mit dem Ernennungsschreiben überschritten hatte und eigentlich als Rückäußerung zum noch nicht definitiven Schreiben des Justizministers vom 16. Dezember 1833 gedacht war. Hierin unterstreicht er abermals, dass Heintz' Verbindungen in Zweibrücken gegen die Ernennung als Staatsprokurator sprechen, und verschärft dies dadurch, dass er den Bekanntenkreis von Heintz als der Krone politisch falsch gesinnt bezeichnete, ohne allerdings ausdrücklich Personen nennen zu können. Daneben verschärfte er auch die Haltung gegen Heintz persönlich; er unterstellte ihm, „die meisten politischen Vergehen als Kleinigkeiten und unbedeutende Vorfälle [...], die nach seiner Ansicht keiner Rüge verdienen“, zu behandeln und dass sich Heintz „gerne der Bearbeitung politischer Prozesse zu entziehen und zu entheben sucht[e.“³⁰⁷ Schenkl schlug Heintz daher abermals als Untersuchungsrichter vor und präsentierte dem Justizministerium nunmehr auch einen weiteren Kandidaten, der sich für die Stelle des zweiten Staatsprokurators eignen würde. Da die Ernennung von Heintz aber schon am 20. Dezember 1833 erfolgt war, beließ es das Justizministerium bei einem Hinweis an Generalstaatsprokurator Schenkl, Heintz unter besonders genauer Aufsicht zu behalten.³⁰⁸ Die Haltung Schenkl's gegenüber Heintz scheint darin begründet gewesen zu sein, dass er Heintz, in dem man aufgrund seiner Herkunft aus der Pfalz, seiner Affinität zum modernen französischen Recht und insbesondere seiner Betätigung in der Erlanger Burschenschaft doch leicht einen Radikalliberalen vermuten konnte, beim Justizministerium als politische Fehlbesetzung anzuprangern versuchte, um von seinen eigenen Fehlritten³⁰⁹ anlässlich des Hambacher

³⁰⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 19; zur Besoldung der Beamten und der Unterscheidung zwischen Dienst und Standesgehalt s.u. S. 348 f.

³⁰⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 20.

³⁰⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 21.

³⁰⁹ Auch Ludwig I. schrieb anlässlich der Wiederbesetzung der Generalprokuratur nach dem Ableben von Schenkl an Oettingen-Wallerstein, dass die Besetzung der mit Schenkl ein „Fehlgriff“ gewesen war (Haan, Die bayerische Personalpolitik in der Pfalz, in: Herrmann/Heyen/Mathy, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 1977, S. 391, unter Verweis auf das Signat vom 30.10.1834 BayHStA, (MInn)

Festes 1832 abzulenken und sich als pflichtbewussten, antiliberalen Staatsdiener zu beweisen.³¹⁰ Schenkl hatte zunächst in seinen Berichten nach München zum Hambacher Fest die dortigen Ereignisse als bedeutungslos und harmlos heruntergespielt, als allerdings die Ministerien in München nach Eintreffen weiterer Informationen ein eigenes Bild der Hambacher Ereignisse hatten, sprach das Justizministerium gegen Schenkl und mit ihm zusammen gegen Rattinger eine dienstliche Rüge aus, weil sie die Entfaltung der deutschen Fahne auf dem Hambacher Fest zugelassen und den dortigen revolutionären Reden nicht Einhalt geboten hatten.³¹¹ Waren diese Vorfälle für Schenkl schon unangenehm genug gewesen, kam im Anschluss daran noch hinzu, dass die Regierung es gerade Schenkl, seiner Unerfahrenheit mit dem französisch-pfälzischen Recht und seinem ungeschickten Auftreten vor Gericht zuschrieb, dass bei den Prozessen gegen die Hauptakteure des Habacher Festes, vor dem Landauer Assisengericht, ausschließlich Freisprüche zustande kamen.³¹²

Während Heintz' Zeit als zweiter Staatsprokurator in Zweibrücken starb sein Vater Philipp Casimir Heintz im Alter von 62 Jahren am 08. Februar 1834 in München, gerade vier Tage nach der Geburt von Karl Friedrich Heintz' Tochter Fanny. Philipp Casimir Heintz' Tod zog weitreichende Veränderungen in der Familie nach sich, denn die gesamte Familie kehrte nun, soweit sie nicht schon wieder in der Pfalz wohnten, dorthin zurück.³¹³ Der Umzug der Familie Heintz nach Zweibrücken begann am 16. April 1835 in München und nahm, zumindest was das Wetter anbelangte, den umgekehrten Verlauf wie die Reise von Zweibrücken nach München 26 Jahre zuvor. Man startete nämlich in München bei Schneeregen und damit winterlicher Witterung und erreichte Zweibrücken bei herrlichstem Frühlingswetter.³¹⁴ In Zweibrücken lebte man nun im Kreise der Großfamilie. Im Hause Heintz wohnten unverändert er mit seinen vier Kindern und seinem Schwiegervater, zudem quartierte sich auch wieder sein Bruder August übergangsweise ein, bevor diesen sein beruflicher Weg nach Speyer führte. Karl Friedrich Heintz' Mutter und seine jüngste Schwester Julie lebten zunächst im Hause Vogel, seiner älteren Schwester, bevor sie nach Eintreffen der Möbel aus München eine eigene Wohnung in Zweibrücken bezogen.³¹⁵ Man genoss die gemeinsame Zeit, nutzte die seit langen Jahren seltene Gelegenheit, häufig die nächsten Verwandten zu besuchen, unternahm gemeinsam Ausflüge und Urlaubsreisen in der näheren Umgebung und konnte sich über die Geburt des Sohnes Friedrich am 25. Juni 1836 freuen.

45369).

³¹⁰ Auch Altstötter spricht die Vermutung aus, dass Schenkl „selbst von politischen Motiven nicht ganz frei gewesen“ ist (Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 453 f.).

³¹¹ Heigel, Hambacher Fest, in: Historische Zeitschrift, Bd. 111, 1913, S. 81 f.

³¹² Haan, Die bayerische Personalpolitik in der Pfalz, in: Herrmann/Heyen/Mathy, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 1977, S. 390.

³¹³ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 65.

³¹⁴ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 65 f.

³¹⁵ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 67 f.

cc. Erster Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken

Der Regierungspräsident der Pfalz, Fürst Wrede, unterstützte nicht nur die Beförderung von Karl Friedrich Heintz' jüngerem Bruder August,³¹⁶ sondern setzte sich auch für Heintz selbst ein. Nachdem die Stelle des ersten Staatsprokurators Rattinger durch seine Versetzung an das Bezirksgericht Zweibrücken frei geworden war, empfahlen Fürst Wrede wie auch Justizminister Schrenck dem König Heintz als „einen in jeder Beziehung sehr empfehlungswürdigen Staatsdiener, der [...] von den treuesten Gesinnungen beseelt ist.“³¹⁷ Karl Friedrich Heintz wurde daraufhin am 15. Januar 1838 zum ersten Staatsprokurator am Appellationsgericht Zweibrücken, mit einer Besoldung von 1.460 fl. in Geld, zwei Scheffel Weizen, sieben Scheffel Roggen und zwölf Scheffel Hafer in Naturalien ernannt.³¹⁸

Die Freude über die Beförderung und das dadurch bessere Leben mit seiner Familie, auf das er sich schon gefreut hatte und zur Erweiterung seines Gartens sogleich ein Feld zugekauft hatte, um dort wie die Jahre zuvor die Sommerabende zuzubringen, wurde aber durch zwei kurz aufeinanderfolgende Todesfälle in seiner Familie überschattet.³¹⁹ Seine älteste Tochter hatte sich Ende März eine Gehirnentzündung zugezogen und verstarb im Alter von nur acht Jahren nach etwa dreiwöchiger schwerer Krankheit am 13. April 1838. Dem nicht genug, bekamen alle seine Kinder Anfang Mai 1838 die Masern – am stärksten betroffen war sein jüngster Sohn Friedrich. Nachdem alle Kinder die Masern überstanden hatten trat als Begleiterscheinung bei Friedrich eine heftige Lungenentzündung ein, der er am 16. Mai 1838 im Alter von noch nicht ganz zwei Jahren erlag.³²⁰

dd. Rat am Appellationsgericht Zweibrücken und Berufung als Oberappellationsgerichtsrat

Am 16. November 1839 wurde Karl Friedrich Breitenbach vom Appellationsgericht Zweibrücken an das Oberappellationsgericht nach München berufen,³²¹ wodurch seine Stelle neu besetzt werden musste. Wieder setzte sich vor allem Fürst Wrede für Heintz ein und sprach ihn als den geeignetsten Kandidaten sogar bei einem persönlichen Treffen mit Justizminister Schrenck in München an. Schrenck empfahl ihn daraufhin in seinem Schreiben an den König vom 22. Januar 1839 als einen Staatsdiener, der sich durch seine „gute politische Gesinnung bewährt“ habe und der als „Appellationsgerichtsrath [...] durch seinen klaren faßlichen Vortrag den Geschworenen eine richtige Urtheilsfällung [...] erleichtern“ werde.³²² Heintz wurde im Anschluss am 24. Januar 1839 zum Rat am Appellationsgericht Zweibrücken ernannt. Wenn auch mit dieser Ernennung noch keine

³¹⁶ S.o. S. 34.

³¹⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 22.

³¹⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1, 23.

³¹⁹ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 75.

³²⁰ Familienbuch, S. 2; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 76.

³²¹ Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 181.

³²² BayHStA, (MJu) 19325, S. 24 f.

unmittelbare Gehaltssteigerung verbunden war, da die Besoldung des ersten Staatsprokurators und die eines Rates am Appellationsgericht identisch waren, so schaffte Heintz damit doch den Sprung in das Richteramt und hatte damit die Aussicht, in höhere Besoldungsklassen zu gelangen, was auch am 21. März 1842 geschah. Heintz hatte dann eine Besoldung von 1.660 fl. in Geld und den vorigen Naturalienbezügen.³²³ Über die Ernennung zum Appellationsgerichtsrat war insbesondere Heintz' Mutter überaus stolz, so schrieb sie 1841 an ihren Sohn August: „Am vergangenen Sonntag hörte ich Fritz bei den Assisen als Präsident sprechen und ich freute mich sehr über seine deutliche und klare Sprache, sowie über seine Ruhe, mit der er alles spricht. Mehrere Leute gingen auch öfter dahin, um ihn zu hören.“³²⁴ Das Großfamilienleben ging währenddessen seinen gewohnt schönen Gang, man machte Ausflüge zu den Verwandten in die nähere Umgebung, die Familie hatte ihre Freude an einem neu zugekauften Grundstück, das wiederum den Heintzschen Garten in der Zweibrückener Vorstadt erweiterte, zudem an einem Klavier, das Karl Friedrich Heintz gerade gekauft hatte, und vor allem am Jüngsten der Familie, August, der gerade am 12. Juni 1839 geboren worden war.³²⁵ Getrübt wurde das Familienleben in dieser Zeit wieder durch zwei Todesfälle, die der Familienmensch Heintz in seiner nächsten Verwandtschaft zu betrauern hatte. Am 25. Juli 1842 starb seine Schwester Caroline am Kindbettfieber, und seine Mutter erlag nach fünftägiger Krankheit in der Nacht vom 21. auf den 22. Januar 1844 einer Speicheldrüsengeschwulst.³²⁶

ee. Berufung als Oberappellationsgerichtsrat

Die erste Beteiligung an der Gesetzgebung des nunmehrigen Appellationsgerichtsrates Karl Friedrich Heintz, der bis dato nur mit der Rechtspflege betraut war, war verbunden mit der Verbesserung der in der Pfalz veralteten und zu umständlich gestalteten Gesetze zum Hypothekenwesen und zur Zwangsentgüterung.³²⁷ Hierfür wurden am Appellationsgericht Zweibrücken mehrere Kommissionen eingerichtet, die Modernisierungsvorschläge für die jeweiligen Gesetze erarbeiten sollten; zu einer dieser Kommissionen gehörte Heintz. Die Ergebnisse aller Kommissionen wurden sodann zusammengeführt, und im Herbst 1845 wurde von einer Ministerialkommission in München der Gesetzentwurf erarbeitet.³²⁸ In diese Ministerialkommission wurde auch Heintz berufen, der sich bei seiner Mitarbeit in der Kommission in Zweibrücken bereits bewährt hatte und als Vertreter des Appellationsgerichts Zweibrücken fungierte, so dass er Anfang September 1845 über Mannheim, wo er sich am 10. September 1845 noch mit seinem Bruder August traf, nach München reiste.³²⁹

³²³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1, 25.

³²⁴ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 82.

³²⁵ Familienbuch, S. 2; Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 82.

³²⁶ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 84 ff., 95 ff.

³²⁷ S.u. S. 91 ff.

³²⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 45; Familienbuch, S. 1.

³²⁹ Heintz, Die Nachkommen, S. 14.

Gerade erst in München angekommen, eröffnete der alte Hausfreund der Heintzschen Familie, Molitor,³³⁰ der zu dieser Zeit Generalstaatsprokurator am Kassationshof für die Pfalz war,³³¹ Heintz, dass es im Gange war, Heintz zum Oberappellationsgerichtsrat zu befördern.³³² Wegen des unmittelbaren zeitlichen Zusammenhangs von Heintz' Mitgliedschaft in der Ministerialkommission liegt zunächst die Annahme nahe, dass die Beförderung damit in Verbindung stand.³³³ Allerdings beruhte die Beförderung nicht auf den Verdiensten von Heintz in dieser Ministerialkommission, denn die Entscheidung über die Beförderung war bereits vor Heintz' Tätigkeit in der Ministerialkommission, am 12. September 1845, gefallen.³³⁴ Bereits Mitte August 1845 waren durch die Beförderungen von Carl Schumann und Karl Freiherr von Waldenfels, zu Direktoren der Appellationsgerichte von Ober- und Unterfranken, am Oberappellationsgericht in München zwei statusmäßige Ratsstellen frei geworden.³³⁵ Da die beiden Beförderten Protestanten waren, mangelte es nun dem Oberappellationsgericht an den erforderlichen protestantischen Richtern, um einen Senat für protestantische Ehestreitigkeiten ordnungsgemäß besetzen zu können, weshalb nur Protestanten für die Wiederbesetzung der Stellen in Frage kamen. Zudem war Schumann einer der Mitglieder des 1832 mit dem Oberappellationsgericht vereinigten Kassationshofes der Pfalz, so dass zumindest für seine Stelle ein protestantischer Pfälzer die Idealbesetzung war.³³⁶ Karl Friedrich Heintz erfüllte diese beiden Kriterien und war darüber hinaus der dienstälteste Appellationsgerichtsrat, so dass Ludwig I. der Empfehlung seines Justizministers Schrenck folgte, bereits am 12. September 1845 über die Berufung von Heintz an das Oberappellationsgericht entschied und ihn mit Dekret vom 17. September 1845 sodann ernannte, ohne dass sich Heintz um die Stelle beworben hatte.³³⁷ Bei Heintz' Ankunft in München stand die Beförderung damit bereits fest und beruhte damit vorwiegend auf seiner längeren Dienstzeit als Appellationsgerichtsrat im Vergleich zu den anderen Kandidaten sowie auf seiner Konfession und juristischen Ausbildung, worauf der Justizminister in seiner Empfehlung auch ausdrücklich Bezug nahm.³³⁸ Heintz' Mitarbeit an der Ministerialkommission und den Zweibrückener Kommissionen erwähnte Justizminister Schrenck aber nicht in seinem Empfehlungsschreiben an den König, so dass man davon ausgehen muss, dass seine erste Beteiligung an der bayerischen Gesetzgebung nicht das vorwiegend ausschlaggebende Kriterium für seine Beförderung gewesen ist, wenn auch seine Mitarbeit in den

³³⁰ Molitor hatte nach dem Wegzug der Familie Heintz aus München etwa die Grabpflege des Grabes von Philipp Casimir Heintz zugesagt (Heintz/Heinzelmann, *Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz*, S. 66).

³³¹ Fiedler, *Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof*, S. 67.

³³² Heintz, *Die Nachkommen*, S. 15.

³³³ So Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 456, vermutlich in Anlehnung an *Allgemeine Zeitung* vom 23.08.1868, S. 3581.

³³⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 28.

³³⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 27.

³³⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 28.

³³⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 28 f.

³³⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 27 ff.

Zweibrückener Kommissionen sicherlich seine juristische Befähigung für die Stelle als Oberappellationsgerichtsrat unterstrich. Seine Verdienste in der Ministerialkommission konnten aber durch die Ernennung noch nicht gewürdigt werden,³³⁹ da dies wegen des Zeitpunktes der Ernennung, vor Beginn der Arbeiten in München, nicht möglich war, allenfalls wäre die Ernennung vorab eine allgemeine Anerkennung seiner Mitarbeit in der Kommission gewesen. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass die Mitglieder des Kassationshofes für die Pfalz die Ernennung von Heintz befürworteten, weil er ihnen ob seines Vaters bestens bekannt war, vor allem aber seine hervorragende juristische Befähigung am Appellationsgericht in Zweibrücken und damit natürlich auch am Oberappellationsgericht in München kein Geheimnis war.³⁴⁰

Zur allgemeinen Verwunderung schlug aber Karl Friedrich Heintz diese durchaus bemerkenswerte Beförderung, mit der auch eine erhebliche Besoldungssteigerung auf 2.060 fl. in Geld, zwei Scheffel Weizen, sieben Scheffel Roggen und zwölf Scheffel Hafer in Naturalien verbunden gewesen wäre,³⁴¹ aus.³⁴² Anfänglich hatte Heintz versucht, die Entscheidung über die Beförderung noch vor der Ernennung rückgängig zu machen, indem er Molitor gebeten hatte, für ihn beim Justizminister diesbezüglich vorzusprechen, doch die Ernennung hatte der in Aschaffenburg weilende König Ludwig I. von dort aus bereits ausgesprochen.³⁴³ Nachdem er sich bei seinem Münchner Bekanntenkreis versichert hatte, dass seine Bitte um Rückgängigmachung der Ernennung vom König nicht negativ aufgenommen werden würde, ersuchte er am 25. September 1845 um die Zurücknahme des Dekretes vom 17. September 1845.³⁴⁴ Auf diese Bitte hin verfügte der König die Zurücknahme der Beförderung am 06. Oktober 1845 auf Empfehlung des Justizministers Schrenck vom 01. Oktober 1845 und ernannte an Stelle von Heintz dessen Zweibrückener Kollegen, den ersten Staatsprokurator am Appellationsgericht der Pfalz, August Petersen.³⁴⁵

³³⁹ So noch die Vermutung von: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 456.

³⁴⁰ Heintz/Heinzelmann, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz, S. 79.

³⁴¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1.

³⁴² Heintz, Die Nachkommen, S. 14; BayHStA, (MJu) 19325, S. 30.

³⁴³ Heintz, Die Nachkommen, S. 15; BayHStA, (MJu) 19325, S. 29.

³⁴⁴ „Eu. Königliche Majestät haben durch allerhöchstes Dekret vom 17. d. M. allergnädigst geruht mich zum Oberappellationsgerichts-Rath zu befördern. So sehr ich mich durch das allerhöchste Zutrauen geehrt fühle und so gerne ich demselben mit tiefgefühltem Danke nach Kräften entsprechen möchte, so bestehen doch Verhältnisse, welche mir hindernd in den Weg treten. Mein Schwiegervater, der in Ruhestand versetzte Gymansial Rektor Hertel in Zweibrücken, ist ein Greis von 80. Jahren, der noch nie von seinen beiden Töchtern getrennt lebte, und wir bilden, in zwei aneinander grenzenden Häusern wohnend, gleichsam nur eine Familie. Eine Trennung würde den Lebensabend des biedereren Greises zu sehr trüben und vielleicht den nachtheiligsten Einfluß auf seine Gesundheit haben. Ich wage es daher Eu. Königliche Majestät um Zurücknahme des Dekretes vom 17. d. M. und um allergnädigste Belassung an meiner bisherigen Stelle allerunterthänigst zu bitten und erstrebe Eu. Königliche Majestät.“ (BayHStA, (MJu) 19325, S. 30).

³⁴⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 31 f.

Karl Friedrich Heintz stützte in seiner Bitte an den König sein Begehren allein auf die familiären Gründe, dass er seinem Schwiegervater, Heinrich Hertel,³⁴⁶ in dessen letzten Lebensjahren die Trennung von der Familie nicht zumuten wolle.³⁴⁷ Diese Beweggründe äußerte er auch gegenüber Molitor, schrieb sie zudem in einem Brief an seinen Bruder vom 28. September 1845 und im Familienbuch nieder,³⁴⁸ so dass man diese nicht als vorgeschoben betrachten kann, sondern tatsächlich als die Hauptbeweggründe begreifen muss. Daneben mögen noch einige weitere Gründe Karl Friedrich Heintz zur Ausschlagung der Stelle bewogen haben. Außer seinem Schwiegervater lebte auch seine gesamte andere nähere Verwandtschaft in Zweibrücken oder in der Pfalz, und man hatte untereinander engsten Kontakt. Weiter war Heintz in Zweibrücken selbst stark verwurzelt und wollte schon deshalb seinen Wohnort nicht nach München verlagern, war er doch erst zehn Jahre zuvor von München wieder in seine Heimatstadt zurückgekehrt. Schließlich verfügte Karl Friedrich Heintz im Zeitpunkt seiner Beförderung bereits über einiges Vermögen, so dass für ihn die Ausschlagung der Beförderung und des damit verbundenen Mehrverdienstes keine allzu starke finanzielle Entbehrung bedeutete. Mit Vermögensbildung hatte er bereits in seiner Zeit als Advokat begonnen, und er konnte damit sich und seiner Familie im Laufe der Zeit ein Leben in gesundem Wohlstand schaffen. Die finanzielle Unabhängigkeit der Familie Heintz zeigt sich nicht zuletzt dadurch, dass Heintz 1845 in der Wahlklasse V der Kammer der Abgeordneten, der Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit, die passive Wahlfähigkeit erlangte,³⁴⁹ was zum damaligen Zeitpunkt auf durchaus ansehnliches Vermögen schließen lässt.³⁵⁰ Denn obgleich die Wahlklasse V einen Großteil der Bevölkerung ausmachte – in der Pfalz waren es im Jahre 1845 84,3 % der Familien³⁵¹ –, wurde die Möglichkeit der tatsächlichen aktiven politischen Beteiligung, also der passiven Wahlfähigkeit, durch einen hohen Zensus nur einem minimalen Bruchteil der Untertanen ermöglicht, der im gesamten Königreich Bayern etwa bei einem Prozent und in der Pfalz etwas höher, bei etwas unter zwei Prozent der Einwohner, lag.³⁵² Durch den Zensus wurde der Zugang zur Kammer der Abgeordneten auf die Gruppe der höchstbesteuerten Grundbesitzer und Gewerbetreibenden begrenzt.³⁵³ Auch Heintz gehörte diesem exklusiven Kreis der wenigen passiv Wahlfähigen an, da er sich nach und nach in seiner Zweibrückener Zeit einiges Grundeigentum dort zulegte, zuletzt nach dem Tod seiner Mutter einige große Wiesenkomplexe in der Bierba-

³⁴⁶ Heinrich Hertel, geb. 25. 05.1766, 1783 Studium der Theologie in Marburg, 1787 Vikar in Heiligen Moschel, 1788 Erzieher der Söhne des Baron von Luxburg in Zweibrücken, 1788 – 91 Lehrer in Bergzabern, 1791 – 1811 Professor am Gymnasium Zweibrücken, 1811 – 1821 Rektor des Gymnasiums Zweibrücken (Biundo, Die evangelischen Geistlichen, Nr. 2126, S. 184).

³⁴⁷ S.o. Anm. 344.

³⁴⁸ Heintz, Die Nachkommen, S. 15; Familienbuch, S. 1.

³⁴⁹ Eine der Voraussetzungen für die passive Wahlfähigkeit war der „freye[n] Genuß eines solchen [...] Vermögens [...], welches [...] unabhängigen Unterhalt sichert“ (Titel VI § 12 BV 1818).

³⁵⁰ Allgemein zur Wahl im Vormärz: Leeb, Wahlrecht und Wahlen.

³⁵¹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 422.

³⁵² Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 475, 451 ff., Tabelle 93, 94.

³⁵³ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 475.

cher Au, die etwa acht Kilometer nordwestlich unweit von Zweibrücken gelegen sind.³⁵⁴ Es ist naheliegend, dass Heintz seinen Grundbesitz in der Absicht erstand, politisch aktiv zu werden, und dass er bei seiner Ernennung zum Oberappellationsgerichtsrat bereits mit einer Wahl in die Kammer der Abgeordneten für den Wahlkreis der Pfalz rechnete.³⁵⁵ Die Annahme der Beförderung und der damit verbundene Umzug nach München hätten zwar nicht zum Wegfall seiner passiven Wahlfähigkeit in der Pfalz geführt, da diese nur davon abhängig war, dass man mindestens drei Jahre in seinem betreffenden Wahlbezirk entsprechendes Grundvermögen nachzuweisen hatte, Titel VI § 12 BV 1818, §§ 33, 8 Buchst. e) X. Beil. BV 1818, und nicht davon, dass man auch tatsächlich in diesem Wahlbezirk seinen Hauptwohnsitz hatte. Sogar eine Wahl in mehreren Wahlbezirken war grundsätzlich möglich, wobei man jedoch nur für denjenigen Wahlbezirk in die Kammer der Abgeordneten einrückte, in dem man die größere Mehrheit der Stimmen bekommen hatte, § 10 X. Beil. BV 1818. Nichtsdestoweniger wären die Chancen, dass Heintz von den lokalpatriotischen Pfälzern als Abgeordneter in die Ständeversammlung gewählt worden wäre, mehr als ungünstig gewesen, wäre er nicht in Zweibrücken, sondern in München ansässig gewesen. Die Ausschlagung der Stelle musste freilich genau den gegenteiligen Effekt erzielen. Als Advokat, Staatsprokurator und insbesondere als Appellationsgerichtsrat, in welcher Position Heintz häufig als Vorsitzender der Assisengerichte fungierte, hatte er sich in der Pfalz bereits einen breiten Bekanntheitsgrad erworben und galt als höchst ehrbarer, gerechtigkeitsliebender und vertrauenswürdiger Mann. Der Verzicht auf den hervorragenden Karriereschritt zum Oberappellationsgerichtsrat und damit zu einem der höchsten Richter des Königreichs steigerte seinen Bekanntheitsgrad und ohnehin bereits exzellenten Ruf nochmals, da er nunmehr zweifels- ohne als echter Pfälzer Patriot und als von der Regierung unabhängiger Mann galt.³⁵⁶

³⁵⁴ Heintz, *Die Nachkommen*, S. 15.

³⁵⁵ Auch diese Vermutung: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 456.

³⁵⁶ Wittkowski, *Der König ruft die Pfälzer*, S. 44; Heintz, *Die Nachkommen*, S. 16.

IV. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS ABGEORDNETER DER STÄNDEVERSAMMLUNG

Ende Oktober, nach Abschluss der Arbeiten in der Ministerialkommission zur Reform der Gesetze zum Hypothekenwesens und der Zwangsentgüterung in der Pfalz, reiste Karl Friedrich Heintz über Speyer, wo er am 27. Oktober 1845 für einen Tag seinen Bruder August besuchte, zurück nach Zweibrücken. In Anbetracht seiner nahezu zweimonatigen Abwesenheit, war sein Aufenthalt zu Hause nur von kurzer Dauer, denn bereits am 02. November 1845 führte ihn sein Amt als Wahlmann der Wahlklasse V für den Wahlkreis der Pfalz abermals in die Kreishauptstadt Speyer, wo für den Regierungsbezirk die Abgeordnetenwahlen zur zehnten Ständeversammlung des Königreichs Bayern durchgeführt wurden.³⁵⁷ Wie auch im übrigen Königreich trafen die Wahlmänner traditionell bereits einen Tag zuvor in Speyer ein und sprachen sich über die potentiellen Abgeordnetenkandidaten ab.³⁵⁸ Sein exzellenter Ruf und seine erst kürzlich bewiesene Heimat-treue machten Heintz zum absoluten Spitzenreiter unter den Kandidaten zur Abgeordnetenwahl, schließlich wurde er nahezu einstimmig, mit 92 von 100 gültigen Stimmen, als erster der neun pfälzischen Abgeordneten der Wahlklasse V, durch die übrigen Wahl-männer gewählt, womit er das politische Parkett betrat.³⁵⁹ Vor der direkten Betrachtung der Verhandlungen der Ständeversammlung, denen Heintz ab 1845 beiwohnte, soll zu-nächst ein kurzer Überblick hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Stellung der Stände-versammlung des Königreichs Bayern überhaupt sowie über die Struktur der Kammer der Abgeordneten und deren Wahlklasse V, der auch Heintz angehörte, gegeben werden, um Haltungen, Äußerungen und politische Gesinnung von Heintz besser in das damals bestehende rechtliche und politische System einordnen zu können.

1. Die Ständeversammlung, Stellung, Struktur und Kompetenzen

Nach ihren Vorläufern, der Landschaftlichen Verordnung,³⁶⁰ einer altständischen Ver-tretung, die dem Kurfürsten gegenüberstand, und der von der Verfassung von 1808 eingeführten,³⁶¹ wegen der außenpolitischen Ereignisse von 1809 bis 1816 aber nie zu-sammengetretenen³⁶² Nationalversammlung³⁶³, wurde die durch die Verfassung vom

³⁵⁷ Heintz, Die Nachkommen, S. 15.

³⁵⁸ Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 103.

³⁵⁹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 541.

³⁶⁰ Hierzu: Bosl, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern; Seitz, Landständische Verordnung in Bayern; Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 29 ff.; Lieberich, Die bayerischen Landstände; Greindl, Untersuchungen zur bayerischen Ständeversammlung; Paringer, Die bayerische Landschaft; Schwertmann, Gesetzgebung und Repräsentation, S. 57 ff.; Weis, Montgelas II, S. 86 ff.; Weis, Montgelas' innenpolitisches Reformprogramm, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 33, 1970, S. 219 ff.; Aretin, Bayerns Weg, S. 11 ff.

³⁶¹ Titel IV BV 1808 (RegBl. 1808, Sp. 961).

³⁶² Weis, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 67; Freyberg/Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 75 f.; Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 35.

³⁶³ Hierzu: Wegeling, Die Bayerische Konstitution 1808, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschich-

26. Mai 1818³⁶⁴ eingeführte Ständeversammlung das maßgebliche Repräsentativorgan im Königreich Bayern.³⁶⁵ Maximilian I. und sein leitender Minister Maximilian Graf von Montgelas hatten zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine grundlegende Umgestaltung des bayerischen Staates vollzogen, die ihren Höhepunkt in der Verfassungsgebung fand. Wie auch die anderen, nach der bayerischen Verfassung, zu dieser Zeit in Süddeutschland erlassenen Verfassungen³⁶⁶ war die bayerische Verfassung stark von der französischen Verfassung geprägt, die Ludwig XVIII.³⁶⁷ dem französischen Volk 1814 gewährte,³⁶⁸ vor allen Dingen war die bayerische Verfassung von 1818 wie die französische oktroyiert.³⁶⁹ Dies betonte sie auch ausdrücklich in ihrer Präambel, in der sie unmissverständlich niederlegte, dass sie nicht etwa durch den Druck und Willen des Volkes vom Monarchen gewährt wurde, sondern allein durch die Machtvollkommenheit des Königs dem Volke nach „freye[m] Entschlusse“³⁷⁰ gegeben wurde.³⁷¹ Als eines der Paradebeispiele der oktroyierten Verfassungen war die bayerische Verfassung von 1818 zugleich tief im erbmonarchischen Prinzip verwurzelt, Titel II §§ 1, 2 BV 1818. Der Monarch war nicht Staatsorgan, sondern vorkonstitutioneller und verfassungsgebender Herrscher, der als Souverän über dem Staat stand und der die Staatsgewalt direkt von Gottes Gnaden anvertraut bekommen hatte.³⁷² Daraus ergab sich, dass, auch wenn der Monarch sich selbst durch die Verfassung beschränkte, er dennoch alleiniger Träger der Herrschaftsgewalt war und alle Rechte der Staatsgewalt sich in ihm vereinigten,³⁷³ denn Gott und eben gerade nicht die Verfassung begründete seine Herrschaft. Dies ist auch der Kernpunkt des Verhältnisses zur Ständeversammlung, der König teilte nicht etwa seine Herrschaft mit der Ständeversammlung,³⁷⁴ denn diese wurde, im Gegensatz zu seiner Person als Souverän, allein auf seinen Willen durch die Verfassung begründet.³⁷⁵ Hierauf basierten auch die Vorschriften der Verfassung über die Ständeversammlung. Im Gegensatz zum Monarchen, der Herrscher und damit alleiniger Träger der Staatsgewalt war, bildete die Stän-

te, 1958, S. 182 f.; Paringer, „Die Volksvertretung in der Konstitution von 1808, in: Albus, Bayerns Anfänge als Verfassungsstaat die Konstitution von 1808, S. 59 – 81; Tiainen, Die bayerische Konstitution von 1808, in: *Studia historica* 1, 1967, S. 167 – 184; Schwertmann, Gesetzgebung und Repräsentation, S. 60 ff.; Weis, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 66 f.; Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 33 ff.; Weis, Montgelas II, S. 108 f.

³⁶⁴ GVBl. 1818, Sp. 101 ff.

³⁶⁵ Zur Ständeversammlung: Titel VI, VII BV 1818 sowie das Edict über die Stände-Versammlung, X. Beil. BV 1818; seit dem Jahre 1848 wird die Bezeichnung Landtag verwendet (hierzu s.u. S. 224 ff.), was mit einer strukturellen Veränderung der Kammer der Abgeordneten zusammenhängt (Seydel, Staatsrecht II, S. 4).

³⁶⁶ Baden (1818), Württemberg (1819), Hessen-Darmstadt (1820).

³⁶⁷ Ludwig XVIII., geb. 17.11.1755, gest. 16.09.1824, 1814 – 1824 König von Frankreich.

³⁶⁸ Hesse, Gesetzgeber und Gesetzgebung in Bayern I, S. 25.

³⁶⁹ Willoweit, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 220 ff.

³⁷⁰ Präambel BV 1818.

³⁷¹ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 322.

³⁷² Seydel, Staatsrecht I, S. 352.

³⁷³ Seydel, Staatsrecht II, S. 5.

³⁷⁴ Seydel, Staatsrecht II, S. 5.

³⁷⁵ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 336 f.

deversammlung tatsächlich ein bloßes Staatsorgan, und zwar nicht neben dem König, sondern unter ihm.³⁷⁶ Formell klar ersichtlich wird dies schon dadurch, dass der Ständeversammlung noch nicht einmal ein eigenes Recht zur Versammlung zustand und sie somit nur zu bestimmten, verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Zeiten, mindestens aber alle drei Jahre, vom Monarchen einberufen wurde, Titel VII §§ 22, 23 BV 1818. Zudem stand der Ständeversammlung auch keine eigene Willensbildung hinsichtlich des Staates zu, sondern sie trat lediglich anregend oder beschränkend bei der Ausübung der Staatsgewalt zum Monarchen hinzu, und dies auch nur im Rahmen der ihr von Gesetzes wegen zugewiesenen Kompetenzen, was sie im Zweifel darzulegen hatte;³⁷⁷ sie hatte damit weder Herrscher- noch Amtsgewalt.³⁷⁸ Die Ständeversammlung hatte sich auch auf den Verkehr mit den Ministerien zu beschränken, ihr stand kein direkter Verkehr mit Behörden zu,³⁷⁹ da dies Ausübung von Staatsgewalt bedeutet hätte. Wie in allen anderen süddeutschen Repräsentativverfassungen und der französischen Verfassung von 1814 wurde im Königreich Bayern nach englischem Modell das Zweikammersystem für die Ständeversammlung gewählt.³⁸⁰ Die Ständeversammlung bestand im Königreich Bayern aus der ersten Kammer, der Kammer der Reichsräte,³⁸¹ und der zweiten Kammer, der Kammer der Abgeordneten,³⁸² Titel VI § 1 BV 1818. Die Kammern berieten und beschlossen zwar selbständig, mussten aber zu einem übereinstimmenden Gesamtbeschluss gelangen, wollten sie eine staatsrechtliche wirksame Erklärung gegenüber der Krone abgeben. Innerhalb der Kompetenzen der Ständeversammlung war es daher jeder einzelnen Kammer möglich, einen Gesamtbeschluss zu verhindern und damit etwa den Beschluss bestimmter Gesetze zu blockieren.³⁸³ Beide Kammern, obgleich in ihrer Zusammensetzung schon im Grundsatz verschieden, waren keine Vertretungen eines bestimmten Standes, sondern Repräsentation³⁸⁴ des gesamten Volkes.³⁸⁵ Dies zeigte sich nicht zuletzt durch den Eid, den die Mitglieder und Abgeordneten beider Kammern zu leisten hatten, denn dieser war losgelöst von Stand oder Klasse, Titel VII § 25 BV 1818.

Trotz dieses Grundgedankens der Repräsentation des Gesamtvolkes und der Gleichstellung beider Kammern zeigte sich durch die Zusammensetzung der jeweiligen Kam-

³⁷⁶ Seydel, Staatsrecht II, S. 5; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 337.

³⁷⁷ Ausdrücklich verankert in der Präambel BV 1818; Seydel, Staatsrecht II, S. 6.

³⁷⁸ Die Ständeversammlung konnte unter bestimmten Voraussetzungen Amtsgewalt ausüben, und zwar über ihre Mitglieder, keinesfalls allerdings über andere Staatsangehörige (Seydel, Staatsrecht II., S. 5, 13 ff.).

³⁷⁹ Seydel, Staatsrecht II, S. 5.

³⁸⁰ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 341; Lenk, Das Modell England in der bayerischen Verfassungsdiskussion, in: Dülmen, Gesellschaft und Herrschaft, S. 271, 297; in Bezug auf die Kammer der Reichsräte, Ostadal, Reichsräte, S. 15.

³⁸¹ S.u. S. 171 ff.

³⁸² S.u. S. 62 ff.

³⁸³ Löffler, Reichsräte, S. 9; Hesse, Gesetzgeber und Gesetzgebung I, S. 28.

³⁸⁴ Repräsentation im beschreibenden politischen Wortsinne, als Interessensvertreter des Volkes gegenüber dem Monarchen. Nicht (Stell-)Vertretung im juristischen, staatsrechtlichen Sinne (hierzu: Schulze, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts I, § 173; Seydel, Staatsrecht II, S. 8 f.).

³⁸⁵ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I., S. 341.

mern und der sich daraus ergebenden Wirkung aber der politische Sinngehalt des Zweikammersystems. Die Kammer der Reichsräte war in ihrer Zusammensetzung überwiegend eine auf Geburt beruhende Adelsvertretung, obgleich auch hier Vertreter der Kirchen anwesend waren und sogar durch den König Bürgerliche in den Reichsrat berufen werden konnten. Insgesamt konnte sie als die Kammer der sozialen Oberschicht betrachtet werden. Die Kammer Abgeordneten hingegen wurde gewählt und war zunächst³⁸⁶ ständisch in bestimmte Abgeordnetenklassen aufgeteilt, so dass auch hier sowohl der Adel, das Bürgertum, die Universitäten als auch die Kirchen vertreten waren. Insgesamt spiegelte die Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer wegen des doch recht hohen Zensus vorwiegend das gebildete und besitzende Bürgertum wider.³⁸⁷ Ob dieser Gewichtsverteilung der in den Kammern vertretenen Gesellschaftsschichten wurde die Kammer der Abgeordneten zu Recht als liberaler und die Kammer der Reichsräte als konservativer Pol in der Ständeversammlung eingeschätzt.³⁸⁸ Durch diese unterschiedlichen politischen Tendenzen der Kammern versprach sich der verfassungsgebende Monarch Schutz vor dem reformhungrigen, progressiv-liberalen Bürgertum, dadurch, dass die konservative Kammer der Reichsräte in der Ständeversammlung als regulatives Element dazwischentrat.³⁸⁹ Es sollte damit der Status quo bewahrt bleiben, somit Konservatismus, im eigentlichen Wortsinne, gefördert oder zumindest der stetig wachsende Reformgeist des 19. Jahrhunderts gebremst werden.³⁹⁰ Auch verstand eine nicht unwesentliche Zahl der Mitglieder des Reichsrats sich selbst eben gerade in dieser politischen Funktion, als einen „Damm“³⁹¹ zwischen Krone und Volkskammer, was schon in der Dankadresse zur ersten Ständeversammlung 1819 deutlich wurde und sich auch weiter durch das gesamte 19. Jahrhundert verfolgen ließ.³⁹² Eine weitere politische Funktion des Zweikammersystems war, dass die Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte den Adel in seiner erhabenen gesellschaftspolitischen Stellung sicherte, so konnten dem Adel zumindest teilweise seine Privilegien im konstitutionellen Staat erhalten werden,³⁹³ wenn auch den mediatisierten Fürsten gegenüber dem König klar jegliche eigene Souveränität abgesprochen wurde und auch nur die Teilhabe an der umfassenden Souveränität des Monarchen bewusst versagt blieb.³⁹⁴ Demgegenüber gewährte der Monarch durch die, wenn auch eine ständisch in Kammern und Abgeordnetenklassen gegliederte Gesamtrepräsentation des Volkes wesentliche Elemente der modernen Repräsentation und

³⁸⁶ Hierzu noch unten 1848.

³⁸⁷ Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte* I, S. 341 f.

³⁸⁸ Löffler, *Reichsräte*, S. 10.

³⁸⁹ Hesse, *Gesetzgeber und Gesetzgebung*, S. 26.

³⁹⁰ Löffler, *Reichsräte*, S. 10.

³⁹¹ KdA 1819 Protokolle, Bd. 1, S. 194, 309.

³⁹² Insofern äußerte sich noch 1849 Graf von Arco-Valley zur Stellung des Reichsrates als Bewahrer der Monarchie (*Augsburger Postzeitung* vom 20.11.1849).

³⁹³ Teilweise sogar durch die BV 1818 auch erst wieder zugestanden, wie beispielsweise das Recht der Siegelmäßigkeit.

³⁹⁴ Weis, in: Spindler, *Handbuch* IV/1, S. 118.

entsprach damit den Forderungen des liberalen Bürgertums in der Zeit der Verfassungsgebung.

Die tatsächlichen Kompetenzen der Ständeversammlung legte weitgehend Titel VII §§ 2 – 19 BV 1818 fest. Dies waren zunächst die Mitwirkung an der Gesetzgebung Titel VII § 2 BV 1818, weiter das Recht der Steuerbewilligung, Titel VII § 3 BV 1818, und in diesem Zusammenhang auch ein weitgehendes Prüfungsrecht des gesamten Staatshaushaltes, Titel VII § 4 ff. BV 1818. Zentrales Recht der Ständeversammlung war freilich das Recht auf Mitwirkung an der Gesetzgebung des Königreiches, da nunmehr nur durch einen Gesamtbeschluss der Ständeversammlung Gesetze iSv. Titel VII § 2 BV 1818 erlassen werden konnten, worunter verfassungsrechtlich ausdrücklich Rechtsnormen zu verstehen waren, „welche[s] die Freyheit der Person oder das Eigenthum des Staats-Angehörigen“³⁹⁵ betrafen – man verwandte damit den im Konstitutionalismus gängigen Gesetzesbegriff.³⁹⁶ Allerdings beschränkte sich die Mitwirkung der Ständeversammlung auf die Ausformung des materiellen Inhalts des Gesetzes, der Monarch blieb die eigentliche Legislative, denn erst er bestätigte das durch die Ständeversammlung beschlossene Gesetz, sanktionierte es, fertigte es aus und verkündete es anschließend.³⁹⁷ Vor allen Dingen aber resultierte das Recht zur Gesetzesinitiative gerade nicht aus diesem Mitwirkungsrecht der Ständeversammlung an der Gesetzgebung, denn das Initiativrecht stand allein dem Monarchen zu, und auch Titel VII §§ 19, 20 BV 1818 räumte der Ständeversammlung kein Initiativrecht ein, sondern nur ein Recht zur Gesetzes-Petition – wenn auch der Wortlaut für ein Initiativrecht durchaus ausreichend gewesen wäre.³⁹⁸ Das Parlament konnte also nicht selbst einen Gesetzentwurf ausarbeiten und vorlegen,³⁹⁹ sondern allenfalls die Anregung und Bitte an den Monarchen richten, einen Gesetzentwurf zu einer bestimmten Thematik vorzulegen.⁴⁰⁰

Nicht weniger von Bedeutung ist das Recht der Ständeversammlung zur Steuerbewilligung. Zwar durfte sie die Bewilligung der Steuern an keinerlei Bedingungen knüpfen, Titel VII § 9 BV 1818,⁴⁰¹ doch auch ohne Verbindung mit Bedingungen war allein die Bewilligung oder Versagung der Steuererhebung ein äußerst kraftvolles Druckmittel und Instrument der Einflussnahme auf den Staat, war und ist doch dessen wirtschaftliche Existenz und damit auch sein Funktionieren von dieser wesentlichsten Einnahmequelle abhängig. In diesem Zusammenhang stand der Ständeversammlung das Recht zu, den

³⁹⁵ Titel VII § 2 BV 1818.

³⁹⁶ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 346.

³⁹⁷ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 347.

³⁹⁸ Das Recht zur Gesetzesinitiative erlangte die Ständeversammlung erst im Jahre 1848 mit dem Gesetz die ständische Initiative betreffend (GVBl. 1848, Sp. 61 ff.) infolge des Reformlandtages im Anschluss an die Märzereignisse 1848, s.u. S. 231 ff.

³⁹⁹ Verstärkt wurde dies nochmals 1825 durch die Geschäftsordnung des Landtages, die es den Abgeordneten seitdem ausdrücklich verbot, ausgearbeitete Gesetzesentwürfe im Rahmen der Gesetzes-Petition einzureichen.

⁴⁰⁰ Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 347.

⁴⁰¹ Diese Bestimmung geht auf die Anregung des Kronprinzen Ludwig zurück (Seydel, Staatsrecht II., S. 10, Anm. 4).

Staatshaushalt zu prüfen, indem die Verfassung der Krone die Pflicht auferlegte, im Rahmen der Steuerbewilligung der Ständeversammlung einen in sich ausgeglichenen Haushaltsplan aller Staatseinnahmen und -ausgaben für einen bestimmten Zeitraum vorzulegen. Allerdings handelte es sich hierbei tatsächlich nur um ein Prüfungsrecht hinsichtlich des Haushalts, nicht aber um eine Bewilligung des Staatsetats, denn bewilligt wurde nur die Steuererhebung, Titel VII §§ 3, 4 BV 1818.⁴⁰²

Neben diesen Hauptkompetenzen, den sogenannten politisch-materiellen Rechten, floss der Ständeversammlung auch eine Reihe von politisch-formellen Rechten zu, die jene öffentlichrechtliche Stellung der Ständeversammlung gewährleisten und schützen sollten, die ihr eben durch die politisch-materiellen Rechte zukam.⁴⁰³ Namentlich waren dies das Petitionsrecht,⁴⁰⁴ wodurch die Kammern innerhalb ihrer Kompetenzen durch Mehrheitsbeschluss Vorstellungen, Wünsche, Anträge und eigene Beschwerden an den König bringen konnten, das Recht, sich (Verfassungs-)Beschwerden der Staatsbürger anzunehmen und diese an den König weiterzuleiten,⁴⁰⁵ falls beide Kammern sie als begründet angesehen hatten, das eigene Beschwerde- und Anklagerecht gegen höhere Staatsbeamte,⁴⁰⁶ wodurch bei Verfassungsbrüchen Beschwerde, bei Vorsatz Anklage zum König erhoben werden konnte, und schließlich das Informationsrecht,⁴⁰⁷ das den Kammern die Möglichkeit gab, sich über die Ministerien Informationen, Erläuterungen und Aufschlüsse innerhalb ihrer Kompetenzen einzuholen. Dieses Informationsrecht war zwar in der Verfassung nicht explizit normiert, doch folgte es notwendigerweise aus Zweckmäßigkeitgesichtspunkten aus den anderen Rechten und Pflichten der Kammern, insbesondere aus der Pflicht zur sorgfältigen Sachbearbeitung, die freilich auf ein Informationsrecht der Kammern gegenüber den Ministerien anspielte, Titel II § 29 X. Beil. BV 1818. Weiter genossen die Mitglieder der Ständeversammlung Immunität und Indemnität, konnten also nicht während der Dauer der Sitzungsperioden verhaftet werden, es sei denn, sie wurden auf frischer Tat betroffen, und hinsichtlich ihrer Betätigungen in der Ständeversammlung nicht belangt werden, es sei denn, die Geschäftsordnungen der Kammern sahen eine Sanktion vor, Titel VII §§ 26, 27 BV 1818.

2. Struktur der Kammer der Abgeordneten, Wahl der Wahlklasse V

Die Kammer der Abgeordneten wies eine ständische Gliederung in fünf Wahlklassen auf. Klasse I, Gutsbesitzer mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, stellten 1/8, die Klasse II,

⁴⁰² Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I, S. 349.

⁴⁰³ Seydel, Staatsrecht II, S. 9.

⁴⁰⁴ Titel VII § 19 BV 1818; ausführlich zum Petitionsrecht: Seydel, Staatsrecht II, S. 18 ff.; Mohme, Petitionsrecht.

⁴⁰⁵ Titel VII § 21 BV 1818; ausführlich hierzu: Seydel, Staatsrecht II, S. 30 ff.; Müller, Verfassungsbeschwerde; Köhler, Die Beschwerde wegen Verletzung konstitutioneller Rechte.

⁴⁰⁶ Titel X §§ 4, 5, 6 BV 1818; der Monarch selbst konnte als verfassungsgebender Herrscher und alleiniger Träger der Staatsgewalt begrifflich kein Unrecht begehen, und rechtsverletzende Regierungsakte wurden daher den höheren Staatsbeamten, insbesondere den Ministern zugeschrieben. (Pistorius, Staatsgerichtshöfe, S. 24).

⁴⁰⁷ Seydel, Staatsrecht II, S. 15.

die Universitäten, Landshut/München, Erlangen und Würzburg, stellten je ein Mitglied, die Klasse III, Vertreter der katholischen und protestantischen Geistlichkeit, stellten 1/8, die Klasse IV, Städte und Märkte, stellten 1/4 und die Klasse V, Gutsbesitzer ohne Gerichtsbarkeit, stellten die Hälfte der Kammermitglieder, Titel VI §§ 7, 9 BV 1818. Die Zahl der Kammermitglieder bestimmte sich durch einen festen Berechnungsschlüssel für das gesamte Königreich, und zwar ein Abgeordneter für je 7.000 Familien im Königreich, Titel VI § 8 BV 1818, wozu noch gesondert die drei Vertreter der bayerischen Universitäten hinzugerechnet wurden. Nach diesem Schlüssel wurde die Gesamtzahl der Abgeordneten ermittelt, die dann entsprechend der Quote auf die einzelnen Klassen aufgeteilt wurden. Jeweils gesondert für jede Klasse wurde sodann berechnet, wie viele Abgeordnete jeder einzelne Regierungsbezirk zu stellen hatte, was sich wiederum daraus ergab, wie hoch der proportionale Anteil der Mitglieder einer Klasse in dem jeweiligen Regierungsbezirk zur Gesamtzahl der Mitglieder der jeweiligen Klasse im Königreich war, Titel VI § 10 BV 1818 iVm Titel I §§ 3 ff. X. Beil. BV 1818. Diese Methode der Mitgliederverteilung auf die einzelnen Klassen und Regierungsbezirke hatte eine nicht unerhebliche Ungleichgewichtung der einzelnen Klassen wie auch der einzelnen Regierungsbezirke zur Folge. Innerhalb der Klassen konnte man eine tatsächlich repräsentative Ungleichbehandlung sehen, da die einzelnen Klassen schlicht unterschiedlich stark in der Gesellschaft vertreten waren, was auch die Quote, mit der die einzelnen Klassen in der Kammer vertreten waren, nicht ausgleichen konnte. Gerade hieran sah man, dass bei der Besetzung der Kammer das ständische Prinzip und nicht tatsächliche Repräsentation der Bevölkerung in Vordergrund stand. Insoweit bestand auch in Hinblick auf das in der Verfassung festgelegte Grundprinzip der Gesamtvertretung, Titel VII § 12 BV 1818, eine gewisse Janusköpfigkeit des Systems – bei der Besetzung galt das ständische System, wohingegen bei den Verhandlungen in der Kammer ständische Grenzen und Interessen fallen sollten.⁴⁰⁸ Die Ungleichbehandlung der einzelnen Klassen wird deutlich, wenn man sich tatsächliche Zahlen vor Augen führt, so repräsentierte beispielsweise im Jahr 1818 ein Abgeordneter der Wahlklasse I tatsächlich gerade einmal 67,5 Familien, während ein Abgeordneter der Wahlklasse V mehr als 12.000 Familien vertrat.⁴⁰⁹ In den einzelnen Regierungsbezirken konnte sich eine Ungleichbehandlung ergeben, je nachdem ob eine Wahlklasse stark, weniger stark oder gar nicht in einem Regierungsbezirk bestand.⁴¹⁰ Insgesamt war durch die Gliederung der Kammer in die Wahlklassen, den Ausschluss von Unselbständigen und den hohen Zensus, der auch den größten Teil der Selbständigen an der direkten Teilhabe der Politik des Königreichs ausklammerte, ledig-

⁴⁰⁸ „Allein die hiernach zu wählende Anzahl von Abgeordneten ist nach Ständen vertheilt, und bey der activen und passiven Wahlfähigkeit kömmt es auf den Stand an. Die Kammer der Abgeordneten ist daher in der That eine Versammlung von Ständen ähnlich jener in älterer Zeit, aber mit der Bestimmung, eine allgemeine repräsentative Versammlung zu seyn. Sie darf daher nicht nach Klassen stimmen, noch die besonderen Interessen eines einzelnen Standes vertreten; sie ist eine Versammlung von Ständen mit der Aufgabe, den Stand zu leugnen. Diese Aufgabe ist sehr schwer.“ (Rudhart, Zustand des Königreichs Baiern II, S. 342).

⁴⁰⁹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 59.

⁴¹⁰ S.u. S. 108 ff.

lich ein eng umgrenzter Personenkreis passiv wahlberechtigt, so dass sich in der Kammer Adel, Klerus und das hohe Bildungs- und Geldbürgertum wiederfanden.⁴¹¹

Karl Friedrich Heintz wurde als Abgeordneter der Wahlklasse V, Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit, in die zweite Kammer gewählt. Er gehörte damit der Wahlklasse an, welche die breiteste Bevölkerungsschicht in der Kammer vertrat, insgesamt für das Königreich Bayern wurden im Wahljahr 1845 83,3 % aller Familien durch die Wahlklasse V vertreten, in Heintz' Wahlkreis der Pfalz waren es mit 84,3 % der Familien sogar noch etwas mehr.⁴¹² Die Wahl in der Wahlklasse V vollzog sich in drei Schritten, den Urwahlen in den Gemeinden, der Wahl der Wahlmänner und schließlich den eigentlichen Abgeordnetenwahlen in den Regierungsbezirken, Titel I § 27 X. Beil. BV 1818. Diese indirekte dreistufige Wahl fand ihre Berechtigung darin, dass die Abgeordnetenwahlen für jeden Regierungsbezirk jeweils in den Kreishauptstädten stattfanden und eine direkte Wahl schon organisatorisch bei der Menge der vertretenen Bevölkerung kaum zu bewältigen gewesen wäre.⁴¹³ Zudem muss beachtet werden, dass allein die Anreise zu den Kreishauptstädten Mitte des 19. Jahrhunderts, wo man vorwiegend noch auf eine Anreise zu Fuß, zu Pferd oder mit der Kutsche angewiesen war, oftmals Tage beanspruchte, was eine direkte Wahlbeteiligung zahlreichen Wahlfähigen schlicht unmöglich gemacht hätte.⁴¹⁴

Die ersten beiden Wahlhandlungen wurden von den untersten Gerichten geführt, im rechtsrheinischen Bayern von den Land- und Herrschaftsgerichten, Titel I § 27 X. Beil. BV 1818, in der Pfalz, wegen der dahingehend andersgearteten Gerichts- und Verwaltungsstruktur, von den Landkommissariaten.⁴¹⁵ Die von den Kreisregierungen eingeleiteten Urwahlen, bei denen zunächst Bevollmächtigte für die anschließende Wahl der Wahlmänner gewählt wurden, fanden in den Gemeinden statt, Titel I § 28 X. Beil. BV 1818. Um als Bevollmächtigter in Frage zu kommen, folglich für die passive Wahlfähigkeit bei den Urwahlen, musste man in der Gemeinde ansässig sein, das Mindestalter von 25 erreicht haben und in der Pfalz zumindest ein Gesamtjahressteueraufkommen von 15 fl. vorweisen können,⁴¹⁶ Titel I § 29 X. Beil. BV 1818; aktiv wahlfähig waren in der Pfalz alle wirklichen Gemeindebürger.⁴¹⁷ Die so gewählten Bevollmächtigten wählten nun auf zweiter Stufe die Wahlmänner für die eigentliche Abgeordnetenwahl und wurden hierfür territorial auf Ebene der untersten Gerichte beziehungsweise der Landkommissariate zusammengerufen, Titel I §§ 31 ff. X. Beil. BV 1818. Aktiv wahlfähig waren freilich nunmehr nur noch die Bevollmächtigten der Gemeinden, während die pas-

⁴¹¹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 59 f.

⁴¹² Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 422.

⁴¹³ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 420 f.

⁴¹⁴ Vgl. zu dieser Argumentation auch die Verhandlungen zum Wahlgesetz 1848 unten S. 237 f.

⁴¹⁵ Möckl, Der moderne bayerische Staat, S. 247.

⁴¹⁶ Im übrigen Bayern musste ein Grundsteuersimplum von mindestens 3 fl. erreicht werden, Titel I § 29 X. Beil. BV 1818, modifiziert für die Pfalz durch: AmBlPf. 1819, Sp. 633 ff., 645 ff., 673 ff.; AmBlPf. 1830, Sp. 31 ff.

⁴¹⁷ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 426.

siv Wahlfähigen alle Voraussetzungen zu erfüllen hatten, die notwendig waren, um als Abgeordneter die passive Wahlfähigkeit zu erreichen, Titel I § 33 X. Beil. BV 1818. Namentlich musste man daher selbständiger Staatsbürger sein, ein Mindestalter von 30 Jahren erreicht haben und frei nutzbares Eigentum in demjenigen Regierungsbezirk haben, in dem man als Wahlmann fungieren wollte, und dieses Eigentum bereits seit mindestens drei Jahren innehaben. Daneben musste man einer der drei christlichen Religionen⁴¹⁸ angehören, niemals einer Spezialuntersuchung wegen Verbrechen oder Vergehen unterlegen haben, wovon man nicht gänzlich freigesprochen worden war, und schließlich den nicht unbedeutenden Zensus erfüllen, Titel I § 33 X. Beil. BV 1818 iVm Titel VI. § 12 BV 1818, §§ 33, 8 Buchst. e) X. Beil. BV 1818. Der Zensus war in der Pfalz nicht wie im übrigen Königreich an ein Grundsteuersimplum gebunden, sondern orientierte sich an einer Jahresgesamtsteuer von 38 fl 41 2/5 xr.⁴¹⁹ Die Wahlmänner wählten sodann auf dritter Stufe auf der territorialen Ebene der Regierungsbezirke die Abgeordneten, Titel I § 33 X. Beil. BV 1818.

Bei all diesen Wahlen war die relative Stimmenmehrheit ausreichend,⁴²⁰ die Wahlen fanden öffentlich statt, und die Stimmabgabe war nicht geheim. Stimmen gegen die geheime und indirekte Wahl der Abgeordneten der zweiten Kammer wurden allgemein erst in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts laut, und deren Einführung geschah erst im Jahre 1881.⁴²¹ Um so bemerkenswerter erscheint, dass sich Heintz zumindest anschnittsweise bereits 1845 für eine geheime Wahl aussprach. Im Zusammenhang mit den Wahlreklamationen der katholischen Geistlichkeit von Oberbayern sagte Heintz, dass man an dem Wahlsystem, wie es bestehe, nichts ändern könne, weil es von der Verfassung vorgeschrieben sei, dass aber allgemein im Grundsatz eine geheime und schriftliche Wahl vorzugswürdig wäre.⁴²²

Gem. Titel VI § 13 BV 1818 fanden Neuwahlen alle sechs Jahre statt, bei Kammerauflösung durch den Monarchen möglicherweise auch schon vor Ablauf dieser Sechsjahresfrist. Sowohl die Abgeordneten wie auch die Ersatzmänner wurden in einem Wahlgang gewählt, wobei die Ersatzmänner stets diejenigen waren, die mit den zweitmeisten Stimmen gewählt wurden, Titel VI § 11 BV 1818.⁴²³ Bei Stimmengleichheit kam es zur Stichwahl mittels Ballotage, einem Wahlverfahren, bei dem die Stimmabgabe mittels Einlegen einer schwarzen oder weißen Kugel in Urnen, die jeweils für bestimmte Kandidaten aufgestellt wurden, erfolgte – die weiße Kugel galt in dem Fall als Ja-Stimme, die schwarze als Nein-Stimme. Eine eindeutige Bestimmung für die Ballotage bei Stimmengleichheit von Gewählten der Wahlklasse V fehlte zwar in der Verfassung,⁴²⁴ doch soll-

⁴¹⁸ Die katholische, die protestantisch-lutherische und die reformierte Kirche.

⁴¹⁹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 100.

⁴²⁰ Dresch, Staatsrecht, S. 43.

⁴²¹ Gesetz, die Abänderungen einiger Bestimmungen des Gesetzes die Wahl der Landtagsabgeordneten vom 04.06.1848 betreffend (GVBl. 1881, Sp. 103 ff.); Kotulla, Verfassungsrecht II, S. 351 f.

⁴²² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 104.

⁴²³ Kritik hieran s.u. S. 102 ff.

⁴²⁴ Diese sah ausdrücklich das Kugeln nur für Abgeordnete der Wahlklasse I, II, und III vor (Titel I § 15, 18,

te auch hier bei Stimmengleichheit sofort über Wahl entschieden werden, Titel I § 48 X. Beil. BV 1818. Mangels expliziter Vorschriften wandte man daher das System der Ballotage gem. Titel I § 15, 18, 20 X. Beil. BV 1818 auch für die Wahlklasse V analog an.⁴²⁵

Die Annahme eines Abgeordnetenmandates war grundsätzlich verpflichtend und konnte gem. Titel I § 44 X. Beil. BV 1818 nur aus bestimmten Gründen wie etwa Krankheit, besonderen Familien- oder Dienstverhältnissen abgelehnt werden. Nach Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 bedurften alle Staatsdiener und -pensionisten sowie alle für den öffentlichen Dienst verpflichteten Individuen zum Eintritt in die Kammer der Bewilligung des Königs, eine Bestimmung, die einigen politischen Zündstoff bot.⁴²⁶ Freilich entfiel die Möglichkeit, das Abgeordnetenmandat wahrzunehmen, mit Wegfall der Voraussetzungen der passiven Wahlfähigkeit, Titel VI § 11 BV 1818. Bei berechtigtem Nichtantritt des Mandats, Wegfall der Möglichkeit, Abgeordneter zu sein, auch etwa durch Tod, oder durch Verweigerung des Mandats durch die Krone rückten die nächstfolgenden Ersatzmänner für den jeweiligen Abgeordneten nach, Titel I § 48 X. Beil. BV 1818. Während der durchschnittlich zweimonatigen Dauer der Ständeversammlung, die zumindest alle drei Jahre vom König einberufen werden musste, erhielten die auswärtigen Abgeordneten eine Entschädigung für Reise- und Verpflegungskosten in Höhe von 5 fl. für jeden Tag der Anwesenheit, pauschal 10 fl. für die Zeit der An- und Abreise und nochmals Abgeltung der tatsächlichen Reisekosten dergestalt, dass 8 fl. für je sechs Entfernungsstunden des Heimatortes von München entrichtet wurden, Titel I § 49 X. Beil. BV 1818.

3. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1845/46

a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1845/46

Die zehnte, mit großer Spannung erwartete Ständeversammlung 1845/46 wurde auf den 01. Dezember 1845 einberufen, und wie bereits die vorangegangene Ständeversammlung wurde sie am 06. Dezember 1845 abermals in der Residenz eröffnet und nicht wie üblich im Parlamentsgebäude in der Prannerstraße⁴²⁷ – ein klare Demonstration der Herrschaftsgewalt des Monarchen und dessen Position über der Ständeversammlung. Die Ständeversammlung war in ihrem Verlauf, wie auch in ihrem Vorfeld, dominiert vom Protest der pfälzischen und fränkischen Opposition gegen den starken katholischen Kurs des Ministeriums Abel der letzten Jahre.⁴²⁸ Neben dieser Auseinandersetzung mit der Religionspolitik Abels widmete sich die Ständeversammlung zunächst hauptsächlich mehreren Wahlreklamationen und schließlich den Schwerpunkten der authentischen Interpretation des § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818, den Gesetzen zum Eisenbahnbau, der Verstaatlichung der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der Regulierung der Biersteuer, der politischen und bürgerlichen Gleichstellung der Juden und der Erhöhung der Be-

20 X. Beil. BV 1818).

⁴²⁵ KdA 1822 Protokolle, Bd. 1, S. 106 ff.; Dresch, Staatsrecht, S. 45; Schunck, Staatsrecht I, S. 569.

⁴²⁶ S.u. S. 98 ff.

⁴²⁷ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 127, 143.

⁴²⁸ Götschmann, Parlamentarismus, S. 737; Gollwitzer, Ludwig I., S. 628.

züge von Volksschullehrern und anderen Berufsgruppen, besonders im Militärbereich. Selbstverständlich verband die Ständeversammlung die Verabschiedung einzelner vorgelegter Gesetze wieder mit von ihr ausgearbeiteten Anträgen bezüglich der seit langem geforderten Reformen im Königreich, wie etwa der Forderung nach den bereits seit 1819 versprochenen neuen Gesetzbüchern für das Königreich Bayern. Insgesamt war auf dieser Ständeversammlung die Haltung beider Kammern aufgrund der Einstellung gegenüber Abels Politik grundsätzlich oppositionell.⁴²⁹ Teils aus religiösen Gründen, weshalb sich auch die protestantischen Konservativen gegen die Regierung stellten, teils aber auch aus persönlicher Abneigung einzelner Mitglieder der Kammer der Reichsräte gegen Abel selbst, die zudem von den im Reichsrat sitzenden Wittelsbacher Prinzen unterstützt wurde.⁴³⁰ Dazu kam eine breite Opposition gegen die Sparpolitik der Regierung, bestehend aus den in den Kammern sitzenden Beamten und den Vertretern der Kommunen, die immer mehr Staatsaufgaben wahrzunehmen hatten, ohne die notwendigen finanziellen Mittel hierfür bereitgestellt zu bekommen.⁴³¹ Trotz dieses insgesamt oppositionellen Kurses der Kammern, der sich auch in der Besetzung der Ausschüsse widerspiegelte, gelang es weder der ersten noch der zweiten Kammer, ihre oppositionellen Kräfte zu bündeln und bestimmte Ziele dadurch verstärkt durchzusetzen. Dieses Phänomen hatte seine Ursache darin, dass der oppositionelle Kurs der Kammern auf der Feindschaft zu Abel gründete und nicht auf gemeinsamen politischen Zielen, es vollzog sich daher noch keine Parteibildung, so dass Anträge, die sich auf grundlegende Reformen bezogen, entweder gar nicht oder wenn nur sehr zurückhaltend formuliert wurden.⁴³² Darüber hinaus hatte sich die Opposition im Reichsrat durch ihr eigenes überzogenes Vorgehen gegen Abel zu Beginn der Ständeversammlung selbst unglaublich gemacht und damit erheblich geschwächt.⁴³³ In der Kammer der Abgeordneten gelang es Abel durch gezielten Ausschluss von Abgeordneten, die er für seine Politik als gefährlich erachtete, die Bildung einer einheitlichen liberalen Linie zu verhindern.⁴³⁴ Hierfür benutzte er nach alter Gewohnheit das bewährte Instrument der Ausschließung von Abgeordneten nach § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 – hiernach bedurften gewählte Abgeordnete, die Staatsdiener und Staatspensionisten waren, sowie alle für den öffentlichen Dienst Verpflichteten, der königlichen Bewilligung zum Eintritt in die Kammer. Zwar hielt er sich diesmal mit dem Ausschluss hinsichtlich der traditionell oppositionell gesinnten pfälzischen Abgeordneten zurück,⁴³⁵ dennoch gelang es ihm, neun Abgeordnete, davon acht Protestanten,

⁴²⁹ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 221.

⁴³⁰ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 221; Oppositionelle im Reichsrat: Fürst Oettingen-Wallerstein, Fürst Wrede und Fürst Leiningen (Ostadal, Reichsräte, S. 138; Gollwitzer, Ludwig I., S. 627; Götschmann, Parlamentarismus, S. 735; Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 221).

⁴³¹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 738.

⁴³² Gollwitzer, Ludwig I., S. 628; Götschmann, Parlamentarismus, S. 767.

⁴³³ Wrede hatte zu Beginn der Ständeversammlung fünf Beschwerden gegen Abel vorgetragen, die aber unhaltbar waren und deshalb keine Mehrheit fanden (Gollwitzer, Ludwig I., S. 627; Gollwitzer, Abel, S. 515 ff.; Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 221).

⁴³⁴ Götschmann, Parlamentarismus, S. 740.

⁴³⁵ Von diesen wurde als einziger Willich ausgeschlossen.

auszuschließen, die er als Triebfedern der Opposition befürchtete – allen voran den Regensburger Bürgermeister Gottlieb Freiherr von Thon-Dittmer⁴³⁶ und den Pfälzer Advokaten Dr. Friedrich Justus Willich⁴³⁷. Ebenfalls negativ für eine solche einheitliche liberale Opposition in der Kammer und damit Abels Vorteil waren die Neuwahlen, die diesmal vor Einberufung der Ständeversammlung stattgefunden hatten und zu einem Anteil von zwei Dritteln neuer Abgeordneten führten.

Schon damals können wir Karl Friedrich Heintz, der zwar keineswegs in die politische Schiene Abels einzuordnen war, nicht als einen radikalliberalen Abgeordneten vermuten. Diese Anschauung eröffnet sich uns aus zweierlei Gründen. Zunächst wäre er anderenfalls, wie sein Kollege Willich, durch § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 ausgeschlossen worden, war er doch als Appellationsgerichtsrat sogar Staatsdiener im engeren Sinne. Würde man sodann das Argument verschieben, dass ein Ausschluss von Heintz allein wegen der Vorsichtigkeit Abels hinsichtlich der pfälzischen Abgeordneten nicht erfolgt war, so widerlegt diese Vermutung eine Beurteilung, die das Innenministerium im Vorfeld der Ständeversammlung von Heintz erstellte, die ihn in seiner Gesinnung „als Protestant [...] als Gegner der orthodoxen Richtung“ und damit nicht als absolut regierungskonform beschrieb, ihn aber auch nicht in der „unbedingten [...] Opposition, sondern eher vermittelnd“ positionierte.⁴³⁸ Bereits im Vorfeld seines politischen Debüts war Heintz damit als gemäßigt Liberaler eingeschätzt worden.

Obgleich talentvoller Neueinsteiger in das Parlament, erscheint es doch bemerkenswert, dass Heintz von Anfang an in der zweiten Kammer einen nennenswerten Bekanntheitsgrad hatte und ansehnliches Vertrauen genoss – sein guter Ruf in der Pfalz sowie sein, zumindest unter den Protestanten bekannter Name waren ihm vorausgeeilt. Allem voran zeigt sich uns dies dadurch, dass er sogleich von den Abgeordneten zu einem ih-

⁴³⁶ Gottlieb Freiherr von Thon-Dittmer, geb. 25.12.1802, gest. 14.03.1853, 1821 Jurastudium Würzburg, Jena und Erlangen, 1824 Praktikum beim Landgericht Stadthof, 1825 Praktikum fürstlich Thurn und Taxisches Herrschaftsgericht Würth, 1826 Privatkonzursprüfung Regierung des Regenkrees, 1826 Aktuar Herrschaftsgericht Würth, 1831 Assessor Domänen-Oberadministration Regensburg, 1836 rechtskundiger Bürgermeister Regensburg, 1839 – 1848 Wiederwahl als Bürgermeister von Regensburg auf Lebenszeit, 08.03.1848 – 14.11.1848 Staatsminister des Innern, 14.11.1848 Ruhestand (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Thon-Dittmer; Schär, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 67, S. 114). Eingehend zu Thon-Dittmer: Finken, Thon-Dittmer.

⁴³⁷ Dr. Friedrich Justus Willich, geb. 18.05.1789, gest. 08.05.1853, Jurastudium in Göttingen, 1820 Anwalt Frankenthal, Mitglied der Armenversorgungskommission, 1826 – 1830 Mitglied Pfälzer Landrat, 1836 Vorstandsmitglied Sparkasse Frankenthal, 1845 Präsident provisorisches Komitee zum Bau einer Eisenbahnlinie von Ludwigshafen-Worms, 1848 Mitglied Frankfurter Vorparlament, 24.03. – 27.04.1848 Bundestagsgesandter in Frankfurt, 02.05.1849 Teilnahme Volksversammlung Kaiserslautern (im Gegensatz zur Mehrheit der Anwesenden gegen Bildung einer provisorischen pfälzischen Regierung), 1831 – 1834 aktive Opposition, 1831 enge Zusammenarbeit mit Christian Culmann (rationalistisch-demokratisch gefärbter Liberalismus, antiklerikal, antimonarchistisch, aber weniger radikal als Fidel Schüler), 1834 führender Oppositioneller 2. Kammer, Mai 1832 Verfasser eines Aufrufs, mit dem Frankenthaler Anwälte gegen das Verbot des Hambacher Festes protestierten, Reclamation wegen nicht erteilter Bewilligung zum Eintritt in die 2. Kammer, Aussprache und Beschluß, die Reclamation für unbegründet zu erachten, Erteilung der Bewilligung am 17.01.1846, Eintritt in die Kammer am 20.01.1846, Austrittsgesuch vom 24.03.1848 mit Aussprache und Genehmigung (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Willich).

⁴³⁸ BayHStA, (MInn) 44362, S. 141.

rer Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde. Nachdem die Regierung durch eine Einweisungskommission zunächst die Gültigkeit der Wahl überprüfte, führte sie als weitere Aufgabe die Wahl der zwei Präsidenten und der zwei Sekretäre durch.⁴³⁹ Da im Jahre 1845 Neuwahlen stattgefunden hatten, bestand diese Einweisungskommission aus einer eigens ernannten königlichen Kommission, die in diesen Fällen immer aus Beamten des Innenministeriums zusammengesetzt war und der sechs Abgeordnete, die ausgelost wurden, beigeordnet wurden⁴⁴⁰ – handelte es sich um keine neu gewählte Kammer, so bestand die Kommission aus dem Präsidenten und dem Sekretär der letzten Ständeversammlung.⁴⁴¹ Die Wahl der Präsidenten und Sekretäre geschah durch die Abgeordneten selbst und war geheim und schriftlich. Hierbei mussten sechs Abgeordnete gewählt werden, aus denen der König sodann unabhängig von der Stimmenzahl den ersten und zweiten Präsidenten ernennen konnte.⁴⁴² Um unter die Kandidaten für die Präsidenten gewählt zu werden, wurde die absolute Stimmenmehrheit in der Kammer benötigt. Jeder Abgeordnete hatte im ersten Wahldurchgang sechs Stimmen, die auf unterschiedliche Kandidaten verteilt werden mussten. Bekamen in diesem Wahlgang, wie meist, nicht sechs Kandidaten eine absolute Mehrheit, so fand ein zweiter Wahlgang statt, in dem nun die Abgeordneten noch die auf sechs fehlenden Kandidaten zu wählen hatten, entsprechend viele Stimmen hatten die Abgeordneten auch.⁴⁴³ Die Sekretäre wurden von der Kammer direkt gewählt und nicht wie die Präsidenten durch den König aus einer von den Abgeordneten gewählten Liste ernannt.⁴⁴⁴

Nachdem der erste Wahlgang wegen zweier nicht ordnungsgemäß geladener Abgeordneten für ungültig erklärt wurde,⁴⁴⁵ erzielte Karl Friedrich Heintz im Wiederholungswahlgang mit 77 Stimmen das viertbeste Ergebnis – die erforderliche absolute Mehrheit waren 66 Stimmen.⁴⁴⁶ An erster Stelle stand der konservative Protestant Hermann Freiherr von Rotenhan⁴⁴⁷, der, obgleich königstreu, aufgrund seiner Einstellung zu Abel

⁴³⁹ Titel I § 61 X. Beil. BV 1818; Götschmann, Parlamentarismus, S. 223 ff.

⁴⁴⁰ Titel I § 62 X. Beil. BV 1818.

⁴⁴¹ Titel I § 61 X. Beil. BV 1818.

⁴⁴² Titel I § 63 X. Beil. BV 1818.

⁴⁴³ Götschmann, Parlamentarismus, S. 225.

⁴⁴⁴ Titel I § 64 X. Beil. BV 1818.

⁴⁴⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 4.

⁴⁴⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 5.

⁴⁴⁷ Hermann Freiherr von Rotenhan, geb. 19.03.1800, gest. 11.07.1858, 1818 – 1822 Jurastudium Erlangen, Berlin und Würzburg, 1831 Wahl in die Kammer der Abgeordneten, 1831 auf gemäßigt-liberaler Seite, gegen die Zensurverordnung gestimmt, 1840 vermittelnd zwischen Regierung und Opposition, gläubiger Protestant, Führer eines liberal-konservativen politischen fränkischen Protestantismus, obwohl königstreu, wird er durch die Konfessionspolitik Abels in eine gewisse oppositionelle Haltung gedrängt (Gollwitzer, Ludwig I., S. 357), 1845 – 1847 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, versucht 1845 als Kammerpräsident wegen der Ausschließungen zu vermitteln und steht dabei in Opposition zu Abel (Uhde, Rotenhan, S. 111), spielt im März 1848 als Vertrauter Ludwigs I. eine wichtige Rolle bei dessen Rücktritt (Uhde, Rotenhan, S. 126 – 151), 1848 – 1849 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung auf konservativer Seite, Vorstand Café Milani, Vorschlag für ein Reichsdirektorium mit Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover bei vierjährigem Reichsvorstand, scheitert im Januar 1849, tritt für die Wahl des preussischen Königs Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser ein, 17.05.1849 Austritt aus der Frankfurter

auf dieser Ständeversammlung eher als oppositionell einzustufen war,⁴⁴⁸ an zweiter Stelle stand der gemäßigte Liberale⁴⁴⁹ Gustav Freiherr von Lerchenfeld⁴⁵⁰ mit 84 Stimmen und an dritter Stelle der Oppositionelle⁴⁵¹ Wilhelm Eduard Freiherr von Gumpenberg^{452, 453}. Nach Heintz wurde an fünfter Stelle im zweiten Wahlgang der regierungstreue⁴⁵⁴ Carl August Freiherr von Fraunhofen⁴⁵⁵ mit 70 Stimmen gewählt und schließlich an sechster Stelle, allerdings erst im vierten Wahlgang, der ebenfalls regierungstreue⁴⁵⁶ Vertreter der katholischen Kirche Dekan Dr. Leonhard Friedrich^{457, 458}. Der König ernannte zwar als ersten Präsidenten den mit den meisten Stimmen Nominierten, Rotenhan, allerdings als zweiten Präsidenten den Letztplatzierten, Friedrich, und übergab hierdurch alle anderen Kandidaten, damit auch Heintz, was ein Affront gegenüber den Nominierten wie auch der Kammer war.⁴⁵⁹ Als Sekretäre wurden die Abgeordneten Dr. Jakob von Windwart⁴⁶⁰, ein Regierungstreuer,⁴⁶¹ und wiederum ein Oppositioneller gewählt, der nur unter

Nationalversammlung (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Rotenhan). Eingehend zu Rotenhan: Uhde, Rotenhan.

⁴⁴⁸ Gollwitzer, Ludwig I., S. 357.

⁴⁴⁹ Götschmann, Innenministerium, S. 254 – 256.

⁴⁵⁰ Gustav Freiherr von Lerchenfeld, geb. 30.05.1806, gest. 10.10.1866, 1824 Jurastudium Würzburg und Heidelberg, 1830 – 1841 Richter Landau (Pfalz) und Frankenthal, 1841 Appellationsgerichtsrat Bamberg, 1843 Austritt aus dem Staatsdienst und Verwaltung der Güter nach dem Tod des Vaters Maximilian Frhr. von Lerchenfeld, 1845 Mitglied Kammer der Abgeordneten, 1848 zunächst Innen-, dann Finanzminister, 1849 von der Kammer der Abgeordneten zum 1. Präsidenten gewählt, vom König jedoch zum 2. Präsidenten ernannt – Amt abgelehnt, 1849 Oppositionsführer Kammer der Abgeordneten, zusammen mit Reichsarchivdirektor Rockinger Herausgeber bayerische landständischen Freibriefe, Verfasser Geschichte Bayerns unter Maximilian I., Mitarbeiter Augsburgs Allgemeine Zeitung, 20.01.1849 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, 07.09.1849 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 17.05.1849 Verzicht auf das Amt des 1. Präsidenten, Verzicht auf das Amt des 2. Präsidenten (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Lerchenfeld; Schär, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 33, S. 99).

⁴⁵¹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 137, 480, 513 f., 787, 789.

⁴⁵² Wilhelm Eduard Freiherr von Gumpenberg, geb. 28.12.1795, gest. 27.03.1847 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Gumpenberg).

⁴⁵³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 5.

⁴⁵⁴ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 716.

⁴⁵⁵ Carl August Freiherr von Fraunhofen, geb. 19.04.1794, gest. 03.03.1865, (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Fraunhofen).

⁴⁵⁶ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 736, Gollwitzer, Ludwig I., S. 623.

⁴⁵⁷ Dr. Leonhard Friedrich geb. 07.11.1788, gest. 14.06.1862, Theologiestudium mit Promotion, 1811 Priesterweihe, Kaplan Donauwörth und Langerringen, 1816 Pfarrvikar Mödingen, 1821 Pfarrer Staufen bei Lauingen, 1827 Stadtpfarrer Gundelfingen und Distriktschulinspektor Landgericht Lauingen, 1837 zugleich Dekan Landkapitel Lauingen, 17.11.1846 Dompropst Bamberg, Vorstand Metropolitangerichts, Direktor Geistlichen Rats, 1845/46 dessen Vizepräsident, 1845 – 1846 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1848 – 1849 Abgeordneter Frankfurter Nationalversammlung Wahlkreis Neumarkt/Opf., Austritt 24.05.1849, 04.12.1845 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 17.11.1846 Dompropst Bamberg, aus der Kammer entlassen (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Friedrich).

⁴⁵⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 5.

⁴⁵⁹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 743.

⁴⁶⁰ Dr. Jakob von Windwart, geb. 26.11.1791, gest. 25.01.1847 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Windwart).

⁴⁶¹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 814.

größten Bedenken zur Ständeversammlung zugelassene radikalliberale Pfälzer Advokat aus Frankenthal Georg Jakob Stockinger⁴⁶².

Daneben wurde Karl Friedrich Heintz bei den anschließenden Ausschusswahlen auch sofort in den ersten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten, den Gesetzgebungsausschuss, gewählt. In den ersten Ausschuss wählte die Kammer der Abgeordneten Prof. Dr. Karl Friedrich Wilhelm Edel⁴⁶³ mit 135 Stimmen an die erste Stelle. Dicht hinter Edel erhielt der pfälzische Appellationsgerichtsrat Karl Friedrich Heintz 132 Stimmen.⁴⁶⁴ Den beiden folgten Joseph Heinrich von Habermann⁴⁶⁵ mit 124 Stimmen, Dr. Karl Kirchgeßner⁴⁶⁶ mit 119 Stimmen, Dr. Peregrin Schwindl⁴⁶⁷ mit 108 Stimmen, Johann Martin Vetterlein⁴⁶⁸ mit 98 Stimmen und schließlich Friedrich Ney⁴⁶⁹ mit 83 Stimmen.⁴⁷⁰ Auffallend ist, dass gerade die gefährlichsten Gegner der liberalen Opposition, Vetterlein und Schwindl, in den ersten Ausschuss gewählt wurden und auch die überwiegende Zahl der Mitglieder als entweder konservativ oder wenn unabhängig doch weitgehend regierungstreu einzu-

⁴⁶² Georg Jakob Stockinger, geb. 09.09.1798, gest. 10.01.1869, 1818 – 1821 Jurastudium Jena, 1830 Rechtsanwalt Landgericht Frankenthal, 1837 Wahl Kammer der Abgeordneten, 26.03.1848 Teilnahme an der Heidelberger Volksversammlung, Forderung nach gesamtdeutschen Parlament und föderativer Verfassung nach amerikanischem Vorbild, 1839 Ausschluss aus Kammer der Abgeordneten, 1846 nur unter größten Bedenken zugelassen, 1848 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, Führer der demokratischen Pfälzer Deputierten, in Frankfurt Westendhall und Märzverein, demokratisch-republikanisch eingestellt, aber gemäßigter als die übrigen Pfälzer Deputierten, Stuttgarter Rumpfparlament, Januar 1849 Kammer der Abgeordneten Adresse der linken Mehrheitsfraktion für Änderung BV 1818 durch Aufnahme bürgerlicher Grundrechte und Schaffung einer parlamentarischen Monarchie verfasst, 04.12.1845, 22.09.1847 2. Sekretär Kammer der Abgeordneten, 18.03.1848 1. Sekretär der Kammer der Abgeordneten (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Stockinger).

⁴⁶³ Prof. Dr. Karl Friedrich Wilhelm Edel, geb. 10.08.1806, gest. 16.09.1890, 1821 – 1826 Studium Philosophie, Rechtswissenschaft Aschaffenburg, Würzburg und Heidelberg, 1834 Landgerichtsassessor Landshut und Straubing, 1836 Landgericht Kissingen, 1838 Regierungsassessor Würzburg, 1840 Prof. Rechtswissenschaft Würzburg, 1848/49 Abgeordneter Frankfurter Nationalversammlung (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Edel).

⁴⁶⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 27.

⁴⁶⁵ Joseph Heinrich von Habermann, geb. 1788, gest. nach 1848 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Habermann).

⁴⁶⁶ Dr. Karl Kirchgeßner, geb. 14.07.1807, gest. 13.09.1858, 1824 – 1828 Jurastudium Würzburg Mitglied Burschenschaftsbewegung, 1838 Anwalt Würzburg, März 1848 17er Ausschuss des Deutschen Bundestags, April abberufen, 1848 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1848/49 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, Austritt 06.06.1849, 1849 Vizepräsident Frankfurter Nationalversammlung, in Frankfurt Württemberger Hof, großdeutsch gesinnt, 28.03.1849 trotzdem an Wahl Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser beteiligt, 22.09.1847 1. Sekretär Kammer der Abgeordneten, 18.03.1848 2. Präsident Kammer der Abgeordneten 26.03.1848 1. Präsident der Kammer der Abgeordneten (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Kirchgeßner).

⁴⁶⁷ Dr. Peregrin Schwindl, geb. vor 1831, gest. nach 1848 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Schwindl).

⁴⁶⁸ Johann Martin Vetterlein, geb. 09.12.1786, gest. 25.01.1849, 1805 – 1807 Jurastudium Erlangen, 1807 – 1817 untergeordnete Tätigkeiten im Verwaltungsbereich, 1817 Regierungsassessor Bayreuth, Regierungsrat, 1828 Regierungsdirektor in Bayreuth, 1846 Staatsrat (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Vetterlein).

⁴⁶⁹ Friedrich Ney, geb. 22.03.1805, gest. 24.05.1855, (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Ney).

⁴⁷⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 27.

stufen war – lediglich Heintz und Kirchgeßner waren eindeutig als nicht unbedingt regierungstreu zu identifizieren.⁴⁷¹ Diese Zusammensetzung war eine taktische Reaktion der Opposition auf die Thronrede, derentwegen man im Allgemeinen wenig und vor allem eher unbedeutende Gesetzesvorlagen vonseiten der Krone erwartete. So versuchte die liberale Opposition deshalb, ihre Kräfte in den anderen Ausschüssen zu bündeln und zudem einen Teil ihrer Gegner in einem diesmal weniger bedeutenden Ausschuss unschädlich zu machen.⁴⁷² Dies geschah teilweise gegen den heftigen Protest einiger konservativer Abgeordneten, die diesen Schachzug der liberalen Opposition durchschauten, so etwa Carl Graf von Seinsheim⁴⁷³ und Heinrich Ferdinand Freiherr von der Tann,⁴⁷⁴ aber auch der Präsident der Kammer, Rotenhan, bezeichnete die Zusammensetzung der Ausschüsse als unglücklich.⁴⁷⁵ Nichtsdestoweniger kann man aus der Zusammensetzung des Gesetzgebungsausschuss ersehen, dass Heintz als gemäßigt Liberaler nicht die einfachste Ausgangsposition bei dieser Zusammensetzung des Ausschusses hatte.

b. Dankadresse

Daneben kam Heintz gleich zu Beginn der Ständeversammlung eine äußerst verantwortungsvolle Position zu, die von nicht unerheblicher Bedeutung für die Außenwirkung der gesamten zweiten Kammer war – Heintz wurde als Mitglied des Ausschusses⁴⁷⁶ zur Abfassung der Dankadresse gewählt und in diesem Ausschuss auch für die Abfassung ernannt.⁴⁷⁷ Die Dankadressen waren die Erwidern der Kammern auf die vom König zur Eröffnung der Ständeversammlung gehaltene Thronrede. Jede Kammer erstellte ihre eigene Dankadresse an den König unabhängig voneinander und übergab diese Adresse auch gesondert an den Monarchen, die Dankadressen waren damit die einzige Möglichkeit der Kammern, ohne ein Übereinkommen mit der anderen Kammer an die Krone zu appellieren und offiziell ein eigenes Programm aufzustellen. Allgemein griffen die Dankadressen als Erwidern der Thronrede die darin angesprochenen Punkte auf, sollten aber, wie sich schon am Begriff Dankadresse zeigt, die Dankbarkeit und Ergeben-

⁴⁷¹ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 744.

⁴⁷² Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 148.

⁴⁷³ Carl Graf von Seinsheim, geb. 17.02.1784, gest. 29.11.1864, 1801 Jurastudium Ingolstadt und Göttingen, 1808 Regierungsrat Trient, 1809 Regierungsrat Straubing, 1810 Regierungsrat Salzburg, 1817 Regierungsrat München, 1824 – 1832 2. Direktor Regierung des Isarkreises, 1832 – 1840 Regierungspräsident des Isarkreises, 1837 – 1848 Staatsrat, 10.11.1827 im Landtag als Nachfolger des verstorbenen Karl Graf von Preysing, 1837 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1840 – 1847 Finanzminister, 1840 – 1843 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, 07.08.1828 Ständischer Schuldentilgungskommissär, 10.02.1837 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 03.01.1840 und 18.11.1842 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, 25.01.1846 Ernennung lebenslänglicher Reichsrat, (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Seinsheim; Schärfl, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 63, S. 113).

⁴⁷⁴ Heinrich Ferdinand Freiherr von der Tann, geb. 10.05.1784, gest. 08.11.1848, (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, von der Tann).

⁴⁷⁵ Uhde, Rotenhan, S. 113; Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 148.

⁴⁷⁶ Allgemein zur rechtlichen Stellung, Zusammensetzung, Bestellung und Funktion der Ausschüsse des bayerischen Landtages: Schmid, *Ausschüsse*.

⁴⁷⁷ Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 144.

heit der Kammern und damit des Volkes gegenüber dem König widerspiegeln. Trotz dieser Grundfunktion nutzten die Kammern die Dankadressen auch hauptsächlich dazu, sich König und Öffentlichkeit präsentieren zu können und insbesondere ihre politischen Ziele deutlich zu machen. Man sieht daher die nicht unwesentliche Außenwirkung der Adresse und damit der Verantwortung, die man Heintz bereits im ersten Jahr übertrug. Während die Kammer der Reichsräte in ihren Dankadressen stets klarstellte, dass sie sich als Stütze des Throns und der Verfassung verstand, nutzte die Kammer der Abgeordneten die Adresse dazu, sich als Volksvertreter zu präsentieren. In der Kammer der Abgeordneten wurde seit der ersten Ständeversammlung die Dankadresse von einer Kommission ausgearbeitet und sodann der Kammer zur weiteren Beratung und Schlussfassung übergeben. Da die Beratung und Abfassung der Dankadresse auch immer eine kritische Auseinandersetzung mit der Thronrede des Königs sowie der allgemeinen politischen Situation war, wurde sie in der Zeit von 1825 bis 1848 durchweg in geheimen Sitzungen beraten, um negative Auswirkungen in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Autorität von Regierung und König zu vermeiden. An diesem Prozedere wurde nicht zuletzt vonseiten namhafter deutscher Liberaler nicht unerhebliche Kritik geübt, namentlich dass sich das Königreich Bayern noch so weit von einem modernen Parlamentarismus entfernt befände, dass noch nicht einmal Beanstandungen gegenüber den nichtöffentlichen Verhandlungen der Kammern laut geworden waren.⁴⁷⁸ Am 06. Dezember 1845 wurde Heintz im ersten Wahlgang mit 80 Stimmen in den siebenköpfigen Ausschuss der Kammer der Abgeordneten zur Abfassung der Dankadresse gewählt, neben den Abgeordneten Dekan Remigius Vogel⁴⁷⁹, Gumpfenberg, Lerchenfeld, Edel, Dekan Christoph Wilhelm Götz⁴⁸⁰ und Vetterlein.⁴⁸¹ Hierin lässt sich, wie auch in den anderen Ausschüssen, die gegnerische Haltung zur Regierung Abel der Ständeversammlung 1845/46 erkennen. Vogel, der mit 89 Stimmen vor Heintz die meisten Stimmen erhielt, war ein entschiedener Gegner Abels, und auch die übrigen Mitglieder waren bis auf Vetterlein Oppositionelle gemessen am Regierungskurs Abels.⁴⁸² Im Ausschuss selbst wurde Heintz so gleich zum Referenten ernannt und ihm die Abfassung der Adresse übertragen.⁴⁸³ Die

⁴⁷⁸ Kritik an der Nichtöffentlichkeit: Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 144.

⁴⁷⁹ Remigius Vogel, geb. 15.01.1792, gest. 16.03.1867, 1808 – 1809 Theologiestudium Innsbruck, 1811 – 1812 Theologiestudium Landshut, 1814 Priesterweihe, 1814 – 1822 Kaplan Oberndorf bei Donauwörth, Leeder und Memmingen, 1822 Pfarrer Huttenwang bei Kaufbeuren, 1828 – 1867 Stadtpfarrer Dillingen, 1836 dort Dekan, 1837 – 1855 Distriktsschulinspektor, 1839 Wahl Kammer der Abgeordneten, 1843 – 1846 Einsatz für Pressefreiheit, 1848 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung Wahlkreis Dillingen, Befürworter eines großdeutschen Reichs, nicht an der Wahl Friedrich Wilhelms IV. am 28.03.1849 zum Kaiser beteiligt, 18.05.1849 Austritt aus Nationalversammlung, 1864 Verdienstorden vom heiligen Michael, 14.07.1859 Alterspräsident (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Vogel).

⁴⁸⁰ Christoph Wilhelm Götz, geb. 07.11.1792, gest. 01.12.1877, Stadtpfarrer, 1830 Dekan in Ansbach, 1830 – 1839 Mitglied Landrat Rezatkreis (Mittelfranken) (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Götz).

⁴⁸¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 22.

⁴⁸² Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 751.

⁴⁸³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 30; Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 144; Chroust, *Österreichische Gesandte* III, S. 323.

Thronrede Ludwigs I. war auffallend, gar provokant kurz und auch inhaltlich enttäuschend ausgefallen.⁴⁸⁴ Der König wies auf die vorangegangene Ständerversammlung hin, die „sich auf's glänzendste schloß“⁴⁸⁵, das Vertrauen, das ihm dadurch vom Volk entgegengebracht wurde, und äußerte seine Hoffnung, auch diesmal wieder so die Ständerversammlung verabschieden zu können. Neben der Bekanntgabe, dass er dreifacher Großvater geworden sei, kündigte er lediglich die Vorlage der Rechenschaftsberichte über die Staatsausgaben und weniger Gesetze an.⁴⁸⁶ Als Erwiderung auf die derart knappe Thronrede war auch der Entwurf der Dankadresse, den Heintz dem Ausschuss und sodann der Kammer verlas, entsprechend kurz ausgefallen und umschrieb diese lediglich weitgehend. Trotz der Kürze, der üblichen loyalen Versicherungen und schmeichelhaften Phrasen war in seinem Entwurf an den bedeutenden Stellen erhebliche Kritik unter Verweis auf die Misstimmung im Volk und die unruhige politische Situation des Vormärzes herauszulesen.⁴⁸⁷ Seine Kritik fokussierte sich insbesondere auf das Ministerium Abel und dessen Religionspolitik, denn den Vertrauensbeweis sprach die Adresse nur dem König aus, nicht aber seinem Ministerium.⁴⁸⁸ Genau dieser Punkt wurde freilich von der Regierung in der Verhandlung der Adresse aufs heftigste beanstandet und angegriffen, um ihn zu beseitigen oder zumindest abzumildern, was aber aufgrund der anfänglichen Durchsetzungskraft der Opposition nicht gelang, so dass es schließlich zur Annahme einer im Grundgedanken gleichen Adresse kam, was nicht zuletzt das Verdienst von Karl Friedrich Heintz war, der mit „schlagender Schärfe des Urteils den Grundgedanken des in Frage gestellten Punktes verteidigte.“⁴⁸⁹ Aufseiten der regierungstreuen Ultramontanen wurde der Wortlaut der Adresse bemängelt, so stellte Prof. Dr. Johann Joseph von Döllinger⁴⁹⁰ die Frage, worin denn die Misstimmung zu begreifen sei und worauf sich diese beziehe, worauf vonseiten der Opposition unter „vielm Toben und Geschrei“⁴⁹¹ die Abel'sche Religionspolitik genannt wurde. Die Oppositionellen erachteten die in dieser Form

⁴⁸⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 20; Götschmann, Parlamentarismus, S. 751.

⁴⁸⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 20.

⁴⁸⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 20.

⁴⁸⁷ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 324.

⁴⁸⁸ „Wir wünschen uns Glück, daß die Ausbrüche einer bewegten Zeit unsere Gaue bisher unberührt gelassen haben, und vertrauen zur Weisheit Ew. Majestät, daß auch die Ursachen, welche sie erzeugen und die Gemüther beunruhigen, beseitigt werden.“ (Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 144).

⁴⁸⁹ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 144.

⁴⁹⁰ Döllinger war zu dieser Zeit noch streng konservativ, der politische Wandel setzte erst in den 1860er ein; Prof. Dr. Johann Joseph von Döllinger, geb. 28.02.1799, gest. 10.01.1890, 1816 Studium Philosophie, Geschichte und Theologie Würzburg, Priesterseminar Bamberg, 1822 Priesterweihe, Kaplan Marktheidenfeld, 1823 Prof. Kirchenrecht und Kirchengeschichte Lyzeum Aschaffenburg, 1826 Prof. München, 1847 Stiftspropst München, Entzug Professur, damit aus der Kammer ausgeschieden, 1848/49 Abgeordneter Frankfurter Nationalversammlung, Wortführer der katholischen Rechten, Austritt 17.5.1849, 1860er Jahre politischer Wandel vom streng konservativen zum liberalen Politiker, 1868 Ernennung lebenslänglicher Reichsrat, 1871 Exkommunikation wegen Einsatz gegen Unfehlbarkeitsdogma, Präsident Akademie der Wissenschaften, Leiter aller staatlichen Sammlungen Bayerns (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Döllinger).

⁴⁹¹ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 324.

abgefasste Dankadresse als Erfolg, obgleich sie in weiten Teilen der demokratisch-liberalen Kreise in Deutschland als ungenügend aufgefasst wurde. Neben der bereits angesprochenen nichtöffentlichen Adressdebatte vorwiegend deshalb, weil sie keinerlei Hinweise auf die schon lange vom Volk geforderten Freiheitsrechte enthielt, wie etwa Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit. Zum anderen deshalb, weil sie zu stark eine Unterwürfigkeit des Volkes enthalte, so etwa in dem Ausdruck „Unterthanen“, statt dessen besser der Ausdruck Staatsbürger gewählt worden wäre. Zudem sahen sie die einstimmige Annahme der Adresse durch die Kammer der Abgeordneten als negativ an, denn dies setze sozusagen voraus, dass sich alle Mitglieder mit deren Formulierung auch anfreunden konnten, also sowohl Liberale wie Konservative wie Ultramontane – die Adresse könne damit schon gar nicht ausreichend hinsichtlich liberaler Wünsche formuliert sein.⁴⁹²

c. Gesetzgebung

Als Mitglied des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten und Jurist, der als Appellationsgerichtsrat in Zweibrücken sowohl ausgewiesener Kenner des französisch-pfälzischen Rechts war als auch durch sein Studium in Heidelberg und Erlangen sowie seine zeitweilige Praxis in München vertiefte Kenntnisse im diesseitigen bayerischen Recht vorweisen konnte und sich darüber hinaus auch schon in der Erarbeitung von Gesetzen bewährt hatte,⁴⁹³ war Karl Friedrich Heintz bereits in seinem ersten politischen Jahr eine herausragende Persönlichkeit in der Bearbeitung von Gesetzesentwürfen in der zweiten Kammer und konnte somit bereits damals einen gewissen Einfluss auf die bayerische Gesetzgebung nehmen. Auf der Ständeversammlung 1845/46 ist Heintz hauptsächlich bei drei Gesetzesvorlagen in Erscheinung getreten: als Referent für den Gesetzentwurf, die Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend, den Gesetzentwurf, das Exekutionsverfahren in der Pfalz betreffend, den er bereits als Mitglied der Ministerialkommission mit entworfen hatte, und den Gesetzentwurf, den Eintritt der Staatsdiener in die Kammer betreffend – eine rechtspolitische Thematik von höchster Brisanz, da der Ausschluss von Staatsdienern und die weite Auslegung des Staatsdienerbegriffes beliebtes Instrument der Regierung waren, unbeliebte Abgeordnete aus der Kammer auszuschließen.

aa. Entwurf des Gesetzes Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend

Die Einführung des französischen Rechts brachte in der Pfalz die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren mit sich. Während gem. Art. 87 ZPOPf in Zivilprozessen eine partielle Beschränkung der Öffentlichkeit möglich war, galt im Strafrecht uneingeschränkt der Grundsatz des öffentlichen Verfahrens. Diese uneingeschränkte Geltung war vom französischen Gesetzgeber auch gewollt, da für diesen das Strafrecht einen anderen Charakter als das Zivilrecht hatte, da im Zivilrecht in erster Linie ein Parteistreit bestand und so der Verhandlungsgegenstand zunächst vorwiegend die Parteien

⁴⁹² Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 146.

⁴⁹³ S.o. S. 60 ff.

selbst berührte. Es ging im Strafrecht im Allgemeinen um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und das Zusammenleben in einer geordneten Gesellschaft, so dass hier an sich jeder Staatsbürger ein Interesse am Verfahren hatte. Deshalb wählte der französische Gesetzgeber bewusst die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Strafverfahren.⁴⁹⁴ Von diesem uneingeschränkten Öffentlichkeitsgrundsatz in Strafsachen wollte nunmehr die bayerische Regierung abweichen und legte daher einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.⁴⁹⁵

Der ursprüngliche Entwurf in der Fassung, in der er vom Justizminister Schrenck am 16. Dezember 1845 der Kammer der Abgeordneten samt Motiven vorgelegt wurde,⁴⁹⁶ bestand nur aus einem Artikel, der den Ausschluss der Öffentlichkeit von Strafverhandlungen in gewissen Fällen ermöglichen sollte, nämlich wenn die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten gefährdet würden. Immer entweder aus eigener Entscheidung des erkennenden Gerichtes oder auf Antrag der Staatsbehörde,⁴⁹⁷ also in der Regel der Staatsanwaltschaft.

Begründet wurde diese Regelung durch einen Vergleich mit dem in der Pfalz geltenden Art. 87 ZPOPf, der eben in bestimmten Fällen, bei denen ein Ausschluss der Öffentlichkeit aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit geboten war, eine nichtöffentliche Verhandlung ermöglichte – wenn „eine öffentliche Verhandlung entweder Aergerniß oder große Inconvenienzen nach sich“ ziehen hätte können. Dasselbe erachtete man auch im Strafprozess als sinnvoll.⁴⁹⁸ Zudem bezog man sich auf die Charte Constitutionelle von 1814 und 1830, die in Frankreich die Beschränkung der Öffentlichkeit auch in Strafverfahren zuließ, wenn es auch tatsächlich in Frankreich noch nie zu einem solchen Ausschlussfall gekommen war.⁴⁹⁹ Als allgemeine Bedenken gegen die Öffentlichkeit von Strafverfahren wurde zu dieser Zeit immer wieder vorgebracht, dass öffentliche Strafverfahren eine „Schule für die Verbrecher“⁵⁰⁰ seien, einmal deswegen, da das Verbrechen in seinen Einzelheiten der Öffentlichkeit nahegebracht werde und damit sozusagen dargestellt werde, wie ein Verbrechen begangen werden könne, und weiter deswegen, weil gezeigt werde, wie man sich mit juristischen Kniffen seiner gerechten

⁴⁹⁴ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 265.

⁴⁹⁵ Angestoßen durch Behörden in der Pfalz, die anmahnten, dass es durch die uneingeschränkte Öffentlichkeit in Strafsachen zu einer Gefährdung der Sitten käme (Justizminister Schrenck, in: KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 235; bestätigend Heintz, in: KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 84 ff., 88).

⁴⁹⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff.; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1 S. 40, 172; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 4.

⁴⁹⁷ „Die Öffentlichkeit der Verhandlung in Strafsachen kann in Fällen, in denen dieselbe der öffentlichen Ordnung oder den Sitten gefährlich wäre, von den Gerichten, sowohl aus eigenem Antriebe, als auf Antrag der Staatsbehörde, durch ein von demselben anzusprechendes Urtheil für solche einzelne Fälle beseitigt werden.“ (KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 1).

⁴⁹⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 2 f.

⁴⁹⁹ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 266.

⁵⁰⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 467.

Strafe entziehe. Schließlich seien die Zeugen wegen des Drucks der Öffentlichkeit in ihrer Aussage gehemmt.⁵⁰¹

Referent Heintz, der als Zweibrückener Appellationsgerichtsrat als absoluter Befürworter der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens galt, teilte die genannten, allgemeinen Bedenken gegen ein öffentliches Verfahren keineswegs. Seine Ansicht gegen diese Bedenken begründete er mit seinen reichen praktischen Erfahrungen als Advokat, Staatsprokurator und Richter in der Pfalz und der dort wesentlich niedrigen Kriminalstatistik, obgleich die in der Pfalz geltenden Strafvorschriften ungleich strenger waren als im rechtsrheinischen Bayern.⁵⁰² Sein erstes Referat bezüglich des Entwurfes hielt er in den Sitzungen des ersten Ausschusses am 16. und 18. Januar 1846.⁵⁰³ Nachdem er eingangs seines Vortrages klargestellt hatte, als wie wichtig er grundsätzlich die Öffentlichkeit der Verfahren erachtete, da sie allem voran das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege stärke, räumte er ein, dass beim Vorliegen gewisser Umstände eine nicht öffentliche Verhandlung geboten sein könne, denn aus der Öffentlichkeit könnten sich auch Nachteile ergeben.⁵⁰⁴ Zunächst könnte gerade aus Opferschutzgründen in Strafsachen ein Ausschluss der Öffentlichkeit geboten sein, damit das Opfer nicht genötigt sei, in aller Öffentlichkeit die Tatumstände darzulegen, die es selbst tief in der Privatsphäre treffen und deren Offenbarung in der Öffentlichkeit „die Scham und das sittliche Gefühl“ des Opfers oder auch der Öffentlichkeit an sich tief verletzen würden.⁵⁰⁵ Zu Straftaten, in denen ein solcher Opferschutz notwendig sei, zählte er insbesondere Straftaten nach Art. 317 StGBPf, die Kindsabtreibung, und nach Art. 330 – 339 StGBPf, die gewaltsamen Sittenverletzungen. Als weiteren Punkt sah Heintz die Öffentlichkeit selbst durch die Offenbarung der Tatumstände im Falle des Art. 317 StGBPf gefährdet, denn hierdurch würden die Tatmittel offenkundig und damit gegebenenfalls Personen, denen allein das nötige Wissen für die Tatbegehung fehle, sogar eine Nachahmung ermöglicht. Obgleich Heintz zweifelsohne stets stark für die Freiheitsrechte und damit auch ein öffentliches Strafverfahren eintrat, teilte er hier, wegen seiner praktischen Erfahrungen als Richter, zumindest im Grundsatz die Ansicht der Regierung, dass in bestimmten Fällen ein Ausschluss der Öffentlichkeit sinnvoll sei. Auch heute kennen wir gesetzliche Ausnahmen vom gem. § 169 GVG festgesetzten Öffentlichkeitsprinzip, Art. 6 Abs. 1 MRK deckt diese Ausnahmen, gibt aber keine Rechtsgrundlage für einen darüber hinausgehenden Ausschluss der Öffentlichkeit.⁵⁰⁶ So kann das Gericht zum Schutze höherwertiger Interessen den Ausschluss der Öffentlichkeit anordnen, wofür §§ 171a ff. GVG nähere Bestimmungen treffen, die aber auch nicht erschöpfend sind;⁵⁰⁷ besondere Vorschriften gelten für

⁵⁰¹ Diese und noch weitere Bedenken gegen die Öffentlichkeit von Strafverfahren bei: Alber, Öffentlichkeit im Strafverfahren, S. 46 ff.

⁵⁰² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 467 ff.

⁵⁰³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 342.

⁵⁰⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 332 f.

⁵⁰⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 333.

⁵⁰⁶ BGHSt 23, 82 – 85 = NJW 1969, 2107 f.

⁵⁰⁷ BGHSt 3, 386, 388.

Verfahren vor den Jugendgerichten, die grundsätzlich nicht öffentlich sind, § 48 Abs. 1 JGG.⁵⁰⁸ Schon hieran sieht man, dass Heintz' Ansicht hinsichtlich der Ermöglichung des Ausschlusses der Öffentlichkeit keineswegs als konservativ oder antiliberal einzustufen war, sondern auf vernünftigen rechtsstaatlichen Erwägungen basierte, die er durch seine Praxis gebildet hatte.

Dennoch war Heintz mit der konkreten Ausgestaltung des Gesetzentwurfs nicht einverstanden und plädierte für einige sachliche Ergänzungen und Modifikationen. Ausdrücklich stellte er klar, dass die Öffentlichkeit der Verfahren auf jeden Fall die Regel sein müsse und auch die Beseitigung der Öffentlichkeit nicht für das gesamte Verfahren notwendig sei, sondern eben immer nur für diejenigen Teile, welche gerade den Ausschluss der Öffentlichkeit gebieten, nämlich die Zeugenvernehmungen. Hingegen sollten aber die allgemeinen prozessualen Stationen, wie Anklageverlesung, Zusammenfassung des Tatbestandes und jedenfalls die Urteilsverkündung stets öffentlich sein. Ein Ausschluss der Öffentlichkeit sollte nur durch das erkennende Gericht möglich sein, entweder von Amts wegen oder auf Antrag der Staatsbehörde, und der Ausschluss sollte durch Urteil ergehen, was auch bereits der Gesetzentwurf der Regierung umgesetzt hatte. Über den Entwurf hinaus setzte er sich dafür ein, dass es lediglich eine Beschränkung der Öffentlichkeit geben solle und keinen wirklichen Ausschluss, dem Gericht sollte nach Heintz' Auffassung damit nur die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, diejenigen Personen auszuschließen, die sozusagen als Schaulustige dem Prozess beiwohnten, im Gegensatz zu diesen sollte aber immer Personen die Teilnahme gestattet werden, die durch wissenschaftliches oder fachliches Interesse ihre Anwesenheit begründeten – „einigen Personen, deren Stand und Bildung voraussetzen lässt, dass sie [...] aus Interesse für die Sache den Verhandlungen beiwohnen“.⁵⁰⁹ Namentlich waren dies Gerichtsbeamte, Advokaten und Rechtskandidaten, Ärzte, Gemeinderatsmitglieder, Verwandte und Verschwägere des Geschädigten und des Beschuldigten, wenn der Geschädigte oder der Beschuldigte die Anwesenheit wünschte, und schließlich selbstverständlich die Geschworenen. Für Gerichtsbeamte, Advokaten, Rechtskandidaten, Ärzte und Gemeinderatsmitglieder sollte als weiteres Kriterium hinzukommen, dass sie am Verhandlungsorte ansässig waren.⁵¹⁰ Hauptkritikpunkt bildete die für ihn viel zu weit reichende Fassung des Wortlautes – „der öffentlichen Ordnung oder den Sitten gefährlich sey“⁵¹¹ – weshalb er auch dafür plädierte, dem Gesetzentwurf der Regierung nicht zuzustimmen; dies aus mehreren Gründen. Zunächst könnte der Begriff der „öffentlichen Ordnung“ in der Pfalz, wegen des Zusammenhangs mit dem französischen Recht, zu weit und damit falsch aufgefasst werden, insbesondere politische Prozesse dürften keinesfalls der Öffentlichkeit entzogen werden. Aber auch der Begriff „den Sitten gefährlich“ war Heintz zu unpräzise, denn dieses Merkmal könne man zumindest über Nebenumstände der Tat in jedem Verbrechen oder Vergehen erkennen. Deshalb sei es sinnvoll, nur diejenigen Fälle zu erfassen, in denen ge-

⁵⁰⁸ Diemer, in: Karlsruher Kommentar StPO, § 169 Rn. 4.

⁵⁰⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 334.

⁵¹⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 341.

⁵¹¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 335.

rade die Hauptumstände der Tat das Schamgefühl verletzen, und diese Verbrechen und Vergehen auch explizit im Gesetz aufzuführen; damit Art. 317 StGBP und Art. 330 – 339 StGBP. Eine Ausnahme hierzu, nämlich eine Ausschlussmöglichkeit über diese Straftatbestände hinaus auch für Nebenumstände der Tat, die das Schamgefühl berühren, wollte Heintz für Frauen und Kinder hinzufügen und damit einen zweiten Tatbestand des beschränkten Ausschlusses der Öffentlichkeit schaffen. Nach seiner Ansicht ermögliche diese Ausschlussmöglichkeit, für den besonders schutzwürdigen Personenkreis von Frauen und Kindern, einen Gesamtausschluss der Öffentlichkeit zu vermeiden,⁵¹² was somit mehr eine Stärkung des Grundsatzes der Öffentlichkeit der Verfahren mit sich bringen würde als seine Beschränkung.

Im Anschluss an seinen Vortrag legte er dem Ausschuss einen modifizierten Entwurf des Gesetzentwurfs⁵¹³ vor,⁵¹⁴ der vier Artikel umfasste und die von ihm in seinem Vortrag hervorgehobenen Punkte umsetzte: die explizite Ausschlussmöglichkeit in den Fällen der Art. 317, 330 – 339 StGB, Art. 1 dE, einen Ausschluss nur durch das erkennende Gericht durch Urteil und nur für den Fall der Zeugenvernehmung und der Debatten darüber, Art. 1 dE, ein Ausschlussverbot hinsichtlich eines bestimmten Personenkreises, Art. 2 dE, und schließlich die Ausschlussmöglichkeit bezüglich Frauen und Kindern über die Straftaten der Art. 317, 330 – 339 StGB hinaus, Art. 3 dE.⁵¹⁵ Der Ausschuss nahm am 18. Januar 1846 weitgehend einstimmig⁵¹⁶ den vom Referenten Heintz modifizierten Gesetzentwurf an und beschloss auf Heintz' Empfehlung die vollständige Ablehnung des ursprünglichen Gesetzentwurfes sowie die Weiterleitung des neuen Entwurfs an die Kammer der Abgeordneten.

In der Kammer der Abgeordneten wurde der neue Entwurf in der Sitzung vom 27. Januar 1846 verhandelt und stieß auch dort insgesamt auf positive Resonanz. Erstaunlicherweise sogar vonseiten der Pfälzer Abgeordneten,⁵¹⁷ die stets um den Erhalt ihrer französischrechtlichen Errungenschaften bemüht waren und daher der Beschränkung der Öffentlichkeit des Verfahrens grundsätzlich abgeneigt gegenüberstanden. Es wurde betont, dass zwar der Entwurf der Regierung für sie inakzeptabel gewesen war, der Entwurf ihres Landsmannes, des Abgeordneten Heintz, beziehungsweise des ersten Ausschusses hingegen wünschenswert die Öffentlichkeit des Strafverfahrens neu regle.⁵¹⁸

⁵¹² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 336.

⁵¹³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 340 ff.

⁵¹⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 336.

⁵¹⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 340 ff.

⁵¹⁶ Lediglich hinsichtlich der Fassung des Art. 1 des Heintzschen Entwurfes wandte sich eine Stimme, die über die Fälle der Art. 317, 330 – 339 StGBP auch die Störung der öffentlichen Ordnung im Audienzsaal berücksichtigen wollte.

⁵¹⁷ Allen voran die Äußerungen des Abgeordneten Dekan Scholler, des Vertreters der protestantischen Kirche.

⁵¹⁸ „Was nun aber den modifizierten Entwurf betrifft, in der Gestalt, wie er von dem Herrn Abg. Heintz vorgeschlagen, und im ersten Ausschusse einstimmig angenommen wurde, so bin ich auch im Ganzen für denselben. Ich glaube nämlich, daß er auf alle diejenigen Rücksichten, die in der Sache, welche uns jetzt beschäftigt, beobachtet werden müssen, auf eine Glückliche Weise Bedacht genommen hat, nämlich einerseits auf die Rücksicht der guten Sitten, für welche zu sorgen der Staat vor allem die heilige Pflicht hat,

Teilweise wurde diese die Heintzschen Modifikationen befürwortende Haltung der anderen pfälzischen Abgeordneten damit begründet, dass sie lediglich innerhalb der Kammer ihren pfälzischen Block nicht spalten wollten und daher dem Entwurf zustimmten, wie er im Wesentlichen von Heintz ausgearbeitet worden war. Zudem wurde der Entwurf von diesen Abgeordneten als unschädlich aufgefasst.⁵¹⁹ Nicht so positiv allerdings war die Resonanz in der Pfälzer Bevölkerung, die eben gerade die Aufweichung ihrer Institutionen befürchtete. Einige Pfälzer wendeten sich sogar schriftlich an die Kammer der Reichsräte und hierin insbesondere an Maurer, den Gesetzentwurf, auch den Heintzschen, gänzlich zu verwerfen.⁵²⁰

Inhaltlich veränderte die Kammer der Abgeordneten den Heintzschen Entwurf lediglich in zwei Punkten. Hatte dieser in Art. 2 dE bestimmten Personen, wegen ihres Standes oder Bildung, trotz Ausschlusses der Öffentlichkeit die Teilnahme an der Sitzung ermöglicht, wenn diese ortsansässig waren, so sollten nach der Modifikation der Kammer nun allgemein diese Personen zur nichtöffentlichen Sitzung zugelassen sein, unabhängig von der Ortsansässigkeit.⁵²¹ Zudem sollte der Personenkreis der Verwandten und Verschwägerten, der auf Wunsch von den Beschuldigten oder Geschädigten auch während der geschlossenen Sitzung anwesend sein konnte, um drei Personen aus dem Freundeskreis der Beteiligten erweitert werden.⁵²² Diese Beschränkung auf drei Freunde ging ebenfalls auf einen Vorschlag von Heintz zurück, denn ursprünglich war keine zahlenmäßige Beschränkung von der Kammer vorgesehen. Heintz überzeugte aber damit, dass, wenn keine Beschränkung stattfände, der „Willkür Thür und Thor geöffnet“⁵²³ wäre und damit faktisch wieder eine öffentliche Sitzung erreicht werden könnte. Auch den Vorschlag, Verwandten und Verschwägerten oder zumindest Vätern und Vormündern⁵²⁴ ohne Zustimmung der Beteiligten die Teilnahme an der nichtöffentlichen Sitzungen zu ermöglichen, wies er mit Erfolg zurück, da er darauf hinwies, dass diese Personen, wenn sie von den Beteiligten nicht erwünscht waren, auch zugleich diesen nicht wohlgesinnt waren, sondern vielmehr die „erbittertsten Feinde“⁵²⁵ sein könnten. Schließlich wurde der Ausschluss von Frauen und Kindern nicht wie im Heintzschen Entwurf vorgesehen allein dem Gerichtspräsidenten zugestanden, sondern dem Gericht in seiner gesamten Beset-

und für das Zartgefühl derjenigen, welche solchen für die öffentlichen Sitten gefährlichen Gerichts-Verhandlungen als Beschädigte beizuwohnen haben, andererseits aber auch auf die Rücksicht für die Öffentlichkeit der Verhandlungen, in so weit solche den guten Sitten nicht schädlich seyn kann.“ (Scholler, in: KdA 1845/46 Protokolle Bd. 2, S. 424 f.).

⁵¹⁹ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 158.

⁵²⁰ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 158.

⁵²¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 53 f.

⁵²² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 53 f.

⁵²³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 472.

⁵²⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 473.

⁵²⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 472.

zung.⁵²⁶ Die weiteren Änderungen waren rein technischer und stilistischer Natur.⁵²⁷ Mit den tatsächlich getätigten Modifikationen war Heintz vollumfänglich einverstanden.⁵²⁸

In der gesamten Verhandlung über den Gesetzentwurf betonten die Abgeordneten stets, welch große Errungenschaft die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens sei und welch hervorragende Auswirkungen diese auf die Rechtspflege in der Pfalz habe,⁵²⁹ insbesondere durch das gestärkte Vertrauen, das die Bevölkerung deshalb dieser entgegenbringt.⁵³⁰ Im rechtsrheinischen Bayern war die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahren bereits seit der ersten Ständeversammlung im Jahre 1819 immer wieder gefordert und angedacht worden – insbesondere in liberalen Kreisen erhoffte man sich durch ein derartiges Verfahren Schutz vor einer etwaigen Willkürjustiz des Staates.⁵³¹ Der Abgeordnete Karl Ferdinand Freiherr von Closen⁵³² sah den vorgelegten Gesetzentwurf als die passende Gelegenheit an, auch auf dieser Ständeversammlung einen entsprechenden Antrag an den König zu stellen⁵³³ und um eine Berücksichtigung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in Zivil- wie auch Strafsachen bei der Entwicklung neuer Gesetzbücher für Bayern zu bitten, was die Kammer der Abgeordneten einstimmig unterstützte.⁵³⁴ Dieser Wunsch wurde dem Gesetzentwurf beigelegt und der nunmehr so ausgestaltete Gesetzentwurf⁵³⁵ in der Kammer der Abgeordneten einstimmig angenommen.⁵³⁶ Heintz verlas den Entwurf samt dem Begleitschreiben an die Kammer der Reichsräte, und es erging die Weiterleitung an die Kammer der Reichsräte.⁵³⁷

⁵²⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 432; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 54.

⁵²⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 52 f.; Änderungen der Formulierungen und Änderung der Reihenfolge von Art. 3, 4.

⁵²⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 470 f.

⁵²⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 422 ff.

⁵³⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 423 f.

⁵³¹ Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, *The Trial Jury*, S. 254 f.

⁵³² Karl Ferdinand Freiherr von Closen, geb. 31.12.1786, gest. 19.12.1856, Studium Rechts- und Staatswissenschaften Wien und Landshut, 1813 Kreisrat Isarkreis, 1814 Regierungsrat Generalkommissariat des Isarkreises, 1817 Regierungsrat Innenministerium, 1819 Ministerialrat, 13.05.1819 Eintritt Kammer der Abgeordneten Nachfolger von Maximilian Joseph Edler von Maierhofen, 1825 Pensionierung, 1827/28 zusammen mit Rudhart Wortführer der gemäßigt Liberalen, 1831 Opposition, 1830 wiedergewählt, 1830/31 aus der 2. Kammer ausgeschlossen, 1831 Wiedereintritt nach Verzicht auf Pension, 1831 – 1839 Prozess wegen Majestätsbeleidigung, freigesprochen – dennoch Suspendierung von Ständeversammlung 1834, 1848 Staatsrat, 1848 Mitglied Vorparlaments, Mitglied Fünzigerausschuss, Mitglied Nationalversammlung Frankfurt, 1848/49 bayerischer Bundestagsgesandter (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Closen).

⁵³³ Gem. Titel VII § 19 BV 1818 kam der Ständeversammlung ein Petitionsrecht zu, sie konnte daher Wünsche und Anträge hinsichtlich der Gesetzgebung an den König stellen; ausführlich: Seydel, *Staatsrecht II*, S. 18 ff.

⁵³⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 436, 488.

⁵³⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 52 ff.

⁵³⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 488.

⁵³⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 5 ff.; KdA 1845 Protokolle, Bd. 3, S. 52 ff.

In der Kammer der Reichsräte wurde der modifizierte Entwurf am 13. Februar 1846 beraten.⁵³⁸ Auch hier wurde ausdrücklich die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens als wünschenswert hervorgehoben,⁵³⁹ jedoch teilweise der von der Kammer der Abgeordneten entwickelte Gesetzentwurf als zu umständlich empfunden, insbesondere wegen der Erweiterung auf vier Artikel, wohingegen der ursprüngliche Entwurf der Regierung lediglich ein Artikel gewesen war.⁵⁴⁰ Doch insbesondere der Referent für den Gesetzentwurf in der Kammer der Reichsräte, Maurer, der alte Hausfreund der Familie Heintz⁵⁴¹ und wie Karl Friedrich Heintz mit der Gesetzeslage in der Pfalz bestens vertraut, sprach sich gegen die ursprüngliche Fassung der Regierung aus, was er mit der Angst der Pfälzer um ihre Institutionen begründete.⁵⁴² Zudem verteidigte er den modifizierten Entwurf gegenüber einigen Bedenken vonseiten der Kammer der Reichsräte,⁵⁴³ worauf die Mehrzahl der Mitglieder der Kammer der Reichsräte der modifizierten Fassung zustimmte.⁵⁴⁴ Allerdings wurden dennoch kleinere Veränderungen durch die Kammer der Reichsräte vorgenommen. So wurde in Art. 1 dE noch Art. 316 StGBPf, der Fall der Kastration, aufgenommen, zudem wurde der Katalog der Personen, die auch an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen durften, um Verwaltungsbeamte erweitert und schließlich der dem Gesetzentwurf beigefügte Wunsch von Closen allgemeiner formuliert.⁵⁴⁵

Über diese Rückäußerung⁵⁴⁶ der Kammer der Reichsräte hielt Heintz am 08. April 1846 abermals einen Vortrag im Ersten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten.⁵⁴⁷ Heintz sprach sich lediglich gegen die Hinzufügung des Art. 316 StGBPf aus, da er diesen Tatbestand als praktisch nicht relevant ansah und auch einen Verstoß gegen die Sittlichkeit in der öffentlichen Verhandlung dieses Tatbestandes nicht erkennen konnte.⁵⁴⁸ Insgesamt befürwortete aber der Ausschuss die Aufnahme des Art. 316 StGBPf.⁵⁴⁹ Hinsichtlich der Modifikation bezüglich der Aufnahme der Verwaltungsbeamten in den Katalog der Personen, die auch an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen durften, formulierte der Ausschuss auf Anraten von Heintz⁵⁵⁰ nicht nur eine Erweiterung auf Verwaltungsbeamte, sondern eine allgemeine Zulassungsmöglichkeit von Personen zu nichtöffentlichen Sitzungen durch den Gerichtspräsidenten.⁵⁵¹ Vor der Kammer der Abgeordneten stellte

⁵³⁸ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 225 ff.

⁵³⁹ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 230.

⁵⁴⁰ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 260.

⁵⁴¹ S.o. S. 55.

⁵⁴² KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 266 f.

⁵⁴³ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 268 ff.

⁵⁴⁴ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 2

⁵⁴⁵ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 272 ff.; KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 294 f.

⁵⁴⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 101.

⁵⁴⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 81 ff.

⁵⁴⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 82.

⁵⁴⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 89.

⁵⁵⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 83.

⁵⁵¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 90.

Heintz am 14. Mai 1846 die Rückäußerung der Kammer Reichsräte vor sowie die Ergebnisse des ersten Ausschusses vom 08. April 1846.⁵⁵² Im Anschluss nahm die Kammer der Abgeordneten die vom Ausschuss vorgeschlagene Fassung an und stimmte der neuen Formulierung des beigefügten Wunsches durch die Kammer der Reichsräte zu.⁵⁵³ Nachdem auch die Kammer der Reichsräte der erneuten Modifikation durch die Kammer der Abgeordneten einstimmig zugestimmt hatte,⁵⁵⁴ wurde am 18. Mai 1846 in der Kammer der Abgeordneten von Heintz der Gesamtbeschluss der Kammern samt dem beigefügten Wunsch über die Berücksichtigung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens bei Gesetzgebungsarbeiten auch im bayerischen Kernland verlesen⁵⁵⁵ und am 23. Mai 1846 mit dem Landtagsabschied als Gesetz erlassen.⁵⁵⁶ Letztendlich floss das Gesetz auch in das rechtsrheinische Strafprozessrecht ein, so dass es zwar von seinem Geltungsbereich auf die Pfalz beschränkt war, aber dennoch seine Wirkung in ganz Bayern entfaltete.⁵⁵⁷

bb. Gesetzentwurf, das Exekutionsverfahren in der Pfalz betreffend

Am 27. Januar 1846 wurde von Justizminister Schrenck auf der zehnten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten der Gesetzentwurf zum Executionsverfahren in der Pfalz samt Motiven angekündigt.⁵⁵⁸ Der umfangreiche, 83 Artikel umfassende Gesetzentwurf sollte das Executionsverfahren, also das Zwangsversteigerungsverfahren, in der Pfalz, das wegen seiner Umständlichkeit und Kostspieligkeit seit längerer Zeit kritisiert wurde, neu gestalten.⁵⁵⁹ Dies war insbesondere deshalb erforderlich, da das komplizierte und kostspielige Verfahren den Kreditfluss in der Pfalz hemmte, da die Gläubiger aufgrund der schwierigen Realisierung ihrer Forderungen gegenüber den Schuldern im Wege der Vollstreckung ihre Mittel zurückhielten oder sogar im Ausland anlegten. Das Verfahren beeinträchtigte damit faktisch die Kreditfähigkeit jedes einzelnen Pfälzer Bürgers. Das Executionsverfahren in seiner damaligen Geltung ging zurück auf den Code de procédure civile von 1806. Dessen Regelungen sahen deshalb ein sehr umständliches und kostspieliges Vollstreckungsverfahren für Immobilien vor, da in Frankreich zuvor ein wenig schuldnerfreundliches Vollstreckungsrecht existierte, das viele Schuldner in den Ruin getrieben hatte, und man sich durch die Verkomplizierung einen erhöhten Schuldnerschutz erhoffte. Man sah in Immobilien den Kern des Vermögens und die finanzielle Lebensgrundlage, was dazu führte, dass nunmehr die Immobiliervollstreckung dem Gläubiger nahezu unmöglich gemacht wurde.⁵⁶⁰ Im Königreich Bayern verabschiedete man deshalb bereits 1822, aufgrund der Beschwerden über das Vollstreckungsver-

⁵⁵² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 482 ff.

⁵⁵³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 499 f.

⁵⁵⁴ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 329.

⁵⁵⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 203 ff.

⁵⁵⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 13.

⁵⁵⁷ S.u. S. 276 ff.

⁵⁵⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 416.

⁵⁵⁹ KdA 1845/46 Beilagen Bd. 3, S. 1 ff.; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 41.

⁵⁶⁰ KdA 1845/46 Protokolle Bd. 10, S. 519.

fahren, ein „Gesetz zu Vereinfachung des Verfahrens bei Zwangs-Veräußerungen von Immobilien im Rheinkreise betreffend“⁵⁶¹, das zwar eine gewisse Verbesserung der Verhältnisse bedeutete, indem unnötige Förmlichkeiten abgeschafft wurden und vor allem die Verfahrenskosten erheblich vermindert wurden, dennoch wurde der durch das Gesetz von 1822 beabsichtigte Zweck, die Abschaffung aller unnötigen Kosten, nicht voll erfüllt; zudem rief das Gesetz selbst neue Mängel im Verfahren hervor. Diese neuen Mängel waren etwa die Stellung der Notare im Verfahren, insbesondere aber die Verlegung beinahe aller Verfahrenskosten in den ersten Verfahrensabschnitt, was die Lage des Schuldners erheblich erschwerte.⁵⁶² Ebenfalls 1822 modernisierte Preußen durch die „Subhastations-Ordnung“ das Vollstreckungsrecht in seinen Rheinprovinzen,⁵⁶³ in denen ebenfalls das französische Recht nach dem Abfall von Frankreich weiterhin Geltung hatte.⁵⁶⁴ Schließlich erkannte man auch in Frankreich die Mängel des umständlichen Verfahrens, weshalb dort die Vorschriften im Code de procédure civile 1841 geändert wurden.⁵⁶⁵ Allerdings wurden nur die Vorschriften zur Vollstreckung von Immobilien verbessert, die Vorschriften zur Mobiliarvollstreckung waren immer noch unverändert die des Jahres 1806.⁵⁶⁶ Dieser Fortentwicklung der Gesetze in Frankreich war die Pfalz seit dem Anschluss an Bayern selbstverständlich entzogen, so dass teilweise auch das in der Pfalz geltende französische Recht unvollkommen und revisionsbedürftig gewesen ist, was die kritisch und praktisch denkenden pfälzischen Juristen, zu denen auch Heintz gehörte, wie schon durch das gerade dargestellte Gesetz ersichtlich wurde, auch erkannten und sich sinnvollen Neuerungen nicht verschlossen.⁵⁶⁷ So sollten für die erneute Verbesserung der Vorschriften in der Pfalz nun sowohl die Vorschriften über die Mobiliar- wie auch die Immobilienvollstreckung neugestaltet werden. Hierfür waren am Appellationsgericht der Pfalz in Zweibrücken mehrere Kommissionen eingesetzt worden sowie eine zusätzliche Kommission zur Revision des Hypothekenwesens, zur Modernisierung eines Teiles der materiellrechtlichen Seite. Heintz gehörte als Appellationsgerichtsrat bereits diesen in Zweibrücken eingesetzten Kommissionen an.⁵⁶⁸ Die Ergebnisse aller Kommissionen wurden sodann zusammengeführt, und es wurde von einer Ministerialkommission der Gesetzentwurf zum Exekutionsverfahren in der Pfalz erarbeitet,⁵⁶⁹ der am 27. Januar 1846 der Kammer der Abgeordneten angekündigt wurde,⁵⁷⁰ während man indes das Hypothekenwesen unverändert ließ.⁵⁷¹ Auch in dieser Ministerialkommission war Heintz

⁵⁶¹ GVBl. 1822, Sp. 7, 163 ff.

⁵⁶² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 43 f.

⁵⁶³ Hierzu: Bessel, Die Subhastation nach Rheinischem Rechte (insb. Teil 2).

⁵⁶⁴ Rönne, Das Staats-Recht der Preussischen Monarchie I/1, S. 104.

⁵⁶⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 524 ff.

⁵⁶⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 44.

⁵⁶⁷ Becker, Die bayerische Rheinpfalz und das rheinische Recht, in: Wadle, Siebenpfeiffer und seine Zeit, S. 31.

⁵⁶⁸ S.o. S. 60 ff.

⁵⁶⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 45.

⁵⁷⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 416.

⁵⁷¹ Landwirtschaftlicher Verein in Bayern, Die Landwirtschaft in Bayern, S. 224.

unmittelbar vor seiner Wahl zum Abgeordneten tätig gewesen.⁵⁷² Aufgrund dieser Vertrautheit mit dem Gesetzentwurf war Heintz prädestiniert, als Referent des Gesetzgebungsausschusses für diese Thematik zu fungieren, so dass er am 25. März 1846 einen ausführlichen Vortrag zur Sache vor dem Gesetzgebungsausschuss halten konnte.⁵⁷³

Für Heintz gehörte das Executionsverfahren zu den „wichtigsten Theilen der Prozeßgesetzgebung“,⁵⁷⁴ da letztlich durch dieses alle Forderungen realisiert wurden. Praktisch sah er in einem funktional ausgestalteten Vollstreckungsrecht die Grundlage für einen regen Geld- und damit auch Kreditverkehr, denn nur dadurch, dass man es dem Gläubiger, dem „Capitalisten“⁵⁷⁵, ermögliche, möglichst leicht und sicher sein Geld wieder zu erlangen, gebe man umgekehrt dem Schuldner erst die Gelegenheit, Kredit zu nehmen, denn anderenfalls wäre der Gläubiger gar nicht bereit, Kredit zu geben. Dies gelte insbesondere für den seriösen Kreditgeber, so dass die Kreditnehmer durch die bestehenden Zustände im Vollstreckungsrecht oftmals den „Wucherern in die Hände“⁵⁷⁶ fielen – Heintz betrachtete damit das Vollstreckungsrecht nicht nur aus reinen wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus, sondern auch als Mittel zur Zinssenkung und als Möglichkeit für Geldbedürftige, überhaupt Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, erkannte also insbesondere auch die sozialen Aspekte und Funktionen des Vollstreckungsrechts.⁵⁷⁷ Gerade deshalb müsse aber das Vollstreckungsverfahren auch so einfach und kostengünstig wie möglich ausgestaltet werden,⁵⁷⁸ um eben Gläubigern Anreize zur Kreditvergabe zu geben und nicht mit hohen Kosten der ohnehin unsicheren Vollstreckung letztendlich einen hohen Zins bis hin zum Wucher zu fördern. Nachteile eines vereinfachten Verfahrens, insbesondere geringerer Schuldnerschutz, entschärften sich für ihn deshalb, da es dem Schuldner durch die eben beschriebenen Auswirkungen im Gegenzug auch leichter möglich würde, anderweitig Finanzierungsmöglichkeiten aufzutun und damit eine Vollstreckung und Versteigerung abzuwenden.⁵⁷⁹ Die Hauptpunkte, die der Gesetzentwurf seines Erachtens zu erfüllen hatte, waren daher die Vereinfachung, Beschleunigung und Kostensenkung des Vollstreckungsverfahrens. Zudem war es auch für ihn ein „unbegreiflicher Fehler“⁵⁸⁰ des Gesetzes von 1822, dass nahezu alle Verfahrenskosten in den ersten Verfahrensabschnitt verlegt wurden. Daneben postulierte er aber auch die effektivere Zwangsversteigerung selbst, insbesondere hinsichtlich der Erzielung eines möglichst hohen Versteigerungserlöses, was für ihn sowohl Schuldner- wie auch Gläubigerschutz bedeutete.⁵⁸¹ Insgesamt stand er dem Gesetzentwurf der Regierung sehr positiv

⁵⁷² S.o. S. 60 ff.; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 528.

⁵⁷³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 719.

⁵⁷⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 565.

⁵⁷⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 565.

⁵⁷⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 565.

⁵⁷⁷ So auch angedeutet von: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 462.

⁵⁷⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 566.

⁵⁷⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 566.

⁵⁸⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 567.

⁵⁸¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 569.

gegenüber,⁵⁸² was nicht verwundert, hatte er doch selbst der Kommission angehört, die den Entwurf erarbeitete. Dennoch konnte er noch einige Verbesserungsvorschläge im Detail vorschlagen und auch im Ausschuss durchsetzen.⁵⁸³

Der Gesetzentwurf erstreckte sich über 83 Artikel und gliederte sich in sechs Abschnitte, der erste Abschnitt behandelte die Zwangsversteigerung von Immobilien, der zweite Abschnitt die Rechtsschutzmöglichkeiten bei der Zwangsversteigerung von Immobilien, der dritte Abschnitt die Zwangsversteigerung von Renten, der vierte Abschnitt modernisierte das Rangordnungsverfahren, der fünfte Abschnitt behandelte die Zwangsversteigerung von Mobilien, und der sechste Abschnitt regelte schließlich Art und Weise des Inkrafttretens des Gesetzes.

Die meisten Modifikationen, die Heintz im Ausschuss vorgeschlagen hatte, waren tatsächlich, wie von ihm angekündigt, bloße Detailänderungen, insbesondere eine Optimierung der im Entwurf geregelten Verfahrensfristen. Einer der Hauptzwecke war die Erleichterung der Zwangsversteigerung, was grundsätzlich zunächst für den Schuldner nachteilig war, damit in seiner Haupttendenz einen erhöhten Gläubigerschutz im Vergleich zum alten Recht verfolgte. Für Heintz war es aber eine unbedingte Aufgabe eines gerechten Gesetzgebers, die Interessen aller Beteiligten am Verfahren und auch diejenigen Dritter, die durch dieses in ihren Interessen berührt werden könnten, sorgfältig gegeneinander abzuwägen.⁵⁸⁴ Freilich hatte eine solche Abwägung auch bei der Erstellung des Entwurfes bereits eine tragende Rolle gespielt und war auch weitgehend in diesen eingeflossen, doch gelang es Heintz, gerade an diesen Stellen nochmals inhaltlich nachzubessern. Die Interessen des Schuldners konnte er durch die Modifikation der Art. 2, 5, 6, 31 dE besser wahren. Art. 2 dE sah stets Kostentragungspflicht des Gläubigers hinsichtlich der Verfahrenskosten für den Zahlungsbefehl vor, wenn er die 90 Tage Frist für den darauffolgenden Antrag der Beschlagnahme verstreichen ließ.⁵⁸⁵ Es stellte sich nun für den Gläubiger die Problematik, dass er dem Schuldner keinen Zahlungsaufschub gewähren konnte, ohne selbst die Kosten des Zahlungsbefehls auferlegt zu bekommen. Zu Recht sah Heintz dies als Benachteiligung für den Schuldner an, da dadurch die Erreichung eines Zahlungsaufschubes vonseiten des Gläubigers erheblich erschwert wurde. Gerade im Interesse des Schuldners lag daher sein erfolgreicher Änderungsvorschlag, dass die Kosten des Zahlungsbefehls nur dann dem Gläubiger zur Last fallen, wenn keine andere Übereinkunft hierüber zustande kam.

⁵⁸² So auch andere Pfälzer in der Kammer der Abgeordneten: Stockinger (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 518 ff.); Molitor (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 521 ff.).

⁵⁸³ „Der vom königl. Justizministerium vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, das Executions-Verfahren in der Pfalz betr., entspricht nach der Ansicht des Referenten obigen Anforderungen soviel als möglich, und wenn derselbe zum Gesetze erhoben werden sollte, so dürfte er als eine namhafte Verbesserung des dermalen bestehenden Verfahrens begrüßt werden. Referent stimmt daher dem Gesetzesentwurf und den mitgetheilten Motiven in allen wesentlichen Theilen bei, und schlägt nur folgende Detailmodificationen vor.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 569).

⁵⁸⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 568.

⁵⁸⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 600.

Die Änderung des Art. 5 dE sollte hauptsächlich dem Schuldner Rechtsicherheit geben. Nach der ursprünglichen Fassung hätte die Zustellung eines Beschlagnahmeprotokolls auch noch nach mehreren Jahren erfolgen und sodann weitere Versteigerungsakte nach sich ziehen können. Die Änderung von Heintz setzte hier die Jahresfrist als Grenze fest.⁵⁸⁶ Neben dem Schuldnerschutz war die Frist freilich auch aus Zweckmäßigkeitsgründen sinnvoll, denn die genau im Beschlagnahmeprotokoll bezeichneten Gegenstände verändern sich zwangsläufig im Laufe der Zeit, je länger der Zeitraum zwischen Erstellung des Protokolls und Zustellung, um so ungenauer wird damit zwingend das Protokoll.⁵⁸⁷

Die Änderung des Art. 6 dE bedeutete die Auseinandersetzung mit einer damals lange umstrittenen Frage, nämlich ob ein beschlagnahmtes Grundstück dennoch mit Hypotheken belastet werden könne. Der Entwurf verneinte dies, die Modifikation von Heintz hingegen bejahte die Möglichkeit der Belastung, zusammen mit der h.M. in Frankreich. Schuldnerschutz erwuchs durch diese nunmehrige Belastungsmöglichkeit eines beschlagnahmten Grundstücks deshalb, da nun dem Schuldner die Möglichkeit an die Hand gegeben wurde, hierdurch weitere Finanzmittel zu beschaffen und damit den die Zwangsvollstreckung betreibenden Gläubiger gegebenenfalls befriedigen und die Zwangsvollstreckung, zumindest vorerst, abwenden zu können.⁵⁸⁸ Umgekehrt kam mit dieser Lösung zudem auch der betreibende Gläubiger zu seinem Geld, so dass die Änderung auch für ihn positive Auswirkungen hatte.

Art. 31 dE regelte, dass eine Befriedigung des Gläubigers aus einer dem Schuldner gehörenden Immobilie nicht ohne die Beachtung der Förmlichkeiten und Fristen des Executionsverfahrens geschehen könne, derartige vertragliche Vereinbarungen wären als nichtig anzusehen.⁵⁸⁹ Der Entwurf beschränkte dies aber auf Darlehensverträge, Heintz empfand diese Lösung als zu eng und favorisierte vielmehr ein derartiges grundsätzliches Verbot vertraglicher Vereinbarungen für alle Forderungen, mit Ausnahme derjenigen Forderungen, die mit einem Resolutionsrecht an der Immobilie verbunden waren.⁵⁹⁰

Neben diesen primär schuldnerschützenden Änderungen von Heintz waren auch einige seiner Änderungen im primären Interesse der Gläubiger, insbesondere die der Art. 11, 38 und 48 dE. Art. 11 dE sah in seiner ursprünglichen Fassung vor, dass durch die Einwilligung des betreibenden Gläubigers die Aussetzung des Verfahrens möglich sein sollte. Nicht bedacht wurden die weiteren Gläubiger, die neben dem betreibenden Gläubiger ebenfalls an die Aussetzung gebunden waren, und dass sodann auch sie das Verfahren für die Dauer der Aussetzung nicht betreiben könnten. Heintz bezog durch seine Änderung die weiteren Hypothekengläubiger mit in die Einwilligung ein – auch sie sollten nunmehr in eine Aussetzung einwilligen müssen. Die Heintzsche Modifikation ging zunächst in die Richtung die Aussetzung gänzlich von der Einwilligung des betreibenden

⁵⁸⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 571 f., 607.

⁵⁸⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 572.

⁵⁸⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 572 f.

⁵⁸⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 650.

⁵⁹⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 583 f., 650.

Gläubigers zu lösen und nur noch für den Fall der Interventionsklage eines Dritten zu gewähren.⁵⁹¹ Da aber der von ihm verfolgte Hauptzweck der Schutz der anderen Hypothekengläubiger war,⁵⁹² wurde schließlich die Erweiterung der Einwilligung auf die anderen Hypothekengläubiger mit seiner Zustimmung in der Kammer der Abgeordneten auf den Vorschlag von Molitor hin gewählt.⁵⁹³

Betrieben mehrere Gläubiger beim selben Gericht mehrere Zwangsversteigerungen an verschiedenen Gütern des Schuldners, so wurden hierfür nicht gesonderte Verfahren betrieben, sondern später eingeleitete Verfahren mit stets dem früheren verbunden, Art. 35 dE. Übernahm der erstrangig betreibende Gläubiger das Verfahren nicht auf Aufforderung in einer bestimmten Frist, so konnte gem. Art. 37 dE ein nachrangiger Gläubiger das Verfahren subrogieren, also übernehmen. Diese Subrogation war nach dem Entwurf gem. Art. 38 dE aber nur den Hypothekengläubigern gestattet, Heintz bewirkte die Ausweitung der Subrogation auf alle Gläubiger mit vollziehbaren Urkunden.⁵⁹⁴

Schließlich setzte er für die Interessen der Gläubiger eine Erleichterung der Wiederversteigerung durch. Wurden vom Ersteigerer die Kaufbedingungen nicht erfüllt, so konnte nach dem Entwurf der Gläubiger eine erneute Versteigerung, eine Wiederversteigerung, auf Kosten des Ersteigerers ansetzen. Der Entwurf sah hierfür aber dieselben Voraussetzungen wie für die erstmalige Versteigerung vor. Heintz wies zu Recht auf die geringere Schutzbedürftigkeit des insolventen Ersteigerers hin und setzte ein vereinfachtes, beschleunigtes Wiederversteigerungsverfahren durch eine Modifikation des Art. 49 dE durch.⁵⁹⁵

Zudem bedachte Heintz bei seinen Änderungsvorschlägen auch den Fall, dass die versteigerte Immobilie im Besitz eines Dritten sein konnte, und regelte für diese Fälle, dass im wesentlichen dieselben Verfahrensschritte gegen diesen vorgenommen werden mussten, wie wenn die Immobilie im Eigenbesitz des Schuldners gewesen wäre. Das bedeutete, dass auch gegenüber dem dritten Besitzer eine Beschlagnahme, die Signification, also Anzeige der Beschlagnahme, die Ernennung eines Versteigerungskommissars und die Bekanntmachung der Versteigerung zu erfolgen hatten.⁵⁹⁶ Dies regelte er in Art. 29 dE, dessen ursprünglicher Inhalt wegen seiner Überflüssigkeit gestrichen werden konnte.⁵⁹⁷ Weiter erleichterte Heintz die Formalitäten für die Aussetzung des Verfahrens bei einer erhobenen Distraktionsklage, also wenn ein Dritter Ansprüche auf die Immobilie behauptete und diese einklagte,⁵⁹⁸ worunter wir heute eine Drittwiderspruchsklage verstehen würden, § 771 ZPO. Nach dem Gesetzentwurf mussten alle Hypothekengläubiger in die Aussetzung einwilligen, nach Heintz' Modifikation durften diese nur nicht der

⁵⁹¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 575, 615 f.

⁵⁹² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 575.

⁵⁹³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 10, S. 7.

⁵⁹⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 585 f., 663 f.

⁵⁹⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 589 f.; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 681 f.

⁵⁹⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 583.

⁵⁹⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 649 f.

⁵⁹⁸ Mittermaier, Der gemeine deutsche Prozeß, S. 142.

Aussetzung widersprechen.⁵⁹⁹ Daneben gelang Heintz eine zweckmäßige Erweiterung der Versteigerungsmöglichkeiten bei Mobilien, indem er dem Friedensrichter für die Versteigerung die freie Ortswahl zugestand,⁶⁰⁰ und schuf einen Gleichlauf der Verfahrensfristen für Parteien, die im Inland,⁶⁰¹ und diejenigen Parteien, die in Frankreich lebten. Denn lebte eine der Parteien im Ausland, so galten wegen der schwierigeren Zustellung längere Fristen als für Inländer. Diese längeren Fristen waren allerdings für die Verfahren, bei denen eine Partei in Frankreich ansässig war, nicht zweckmäßig, traf doch gerade das Kriterium der schwierigen Zustellung im Verhältnis zwischen Pfalz und Frankreich schon wegen der räumlichen wie auch der wirtschaftlichen Nähe nicht zu.⁶⁰²

Alle von Heintz vorgeschlagenen Änderungen wurden großteils vom Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten angenommen, insbesondere wurden alle inhaltlichen Änderungsvorschläge übernommen, meist sogar wörtlich. Sofern keine wörtliche Übernahme stattfand, gab es lediglich hinsichtlich der Formulierung eine Umarbeitung. Nach der Annahme im Ausschuss am 29. März 1864 wurde der nach den Vorschlägen von Heintz modifizierte Entwurf ab dem 05. Mai 1864 in der Kammer der Abgeordneten verhandelt, wofür trotz des Umfangs des Gesetzes nur drei Verhandlungstage notwendig waren, in denen auch noch andere Tagesordnungspunkte diskutiert wurden. Dies lag an mehreren Gründen. Allem voran an der Zweckmäßigkeit der Änderungen, die Heintz vorgeschlagen hatte. Weiter ging der Gesetzentwurf in diesem Fall auch in der modifizierten Form konform mit den Vorstellungen der Regierung, denn einmal war der ursprüngliche Entwurf bereits mit Pfälzer Sachverstand entworfen worden, und zum anderen war der Regierungskommissar, der in der Verhandlung die Haltung der Regierung zu dem Gesetzentwurf und den Modifikationen vertrat, Molitor. Er war als Oberappellationsgerichtsrat und Generalstaatsprokurator am Kassationshof für die Pfalz bestens mit den Missständen des Vollstreckungsrechts in der Pfalz vertraut und befürwortete die inhaltlichen Änderungen, die Heintz am Entwurf vorgenommen hatte, aufgrund ihrer Zweckmäßigkeit voll und ganz.⁶⁰³ Darüber hinaus gab es vonseiten der Abgeordnetenkammer, auch von konservativer Seite, keine Gegenstimmen, da einmal der Gegenstand des Gesetzes wenig politischen Zündstoff bot, zum anderen sicherlich nur ein Bruchteil der Abgeordneten mit den Verhältnissen des Zwangsversteigerungsrechtes in der Pfalz vertraut war und diejenigen, die es waren, ebenfalls die dringende Reformbedürftigkeit der Materie kannten. Ebenso verließ man sich in dieser doch sehr juristisch tiefgehenden Sache auf den Sachverstand der Ministerialkommission, die den Gesetzentwurf ausgearbeitet hatte, und auf die Kompetenz des Ausschusses und dessen Referenten. So kam es bei der Verhandlung des Entwurfs zu keinerlei inhaltlichen Unstimmigkeiten über den Gesetzentwurf, und dieser wurde durch die Kammer der Abgeordneten einstimmig mit

⁵⁹⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 586, 664 ff.

⁶⁰⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 594, 706 f.

⁶⁰¹ Hierbei waren die deutschen Bundesstaaten gemeint.

⁶⁰² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 591, 688 f.

⁶⁰³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 719; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 521 ff.; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 11, S. 1 ff.

allen inhaltlichen Modifikationen von Heintz am 07. Mai 1846 angenommen⁶⁰⁴ und der Kammer der Reichsräte zur weiteren Verhandlung übergeben.⁶⁰⁵

In der Kammer der Reichsräte war Maurer Referent des ersten Ausschusses.⁶⁰⁶ Auch er empfand den modifizierten Entwurf als eine wesentliche Verbesserung der Situation in der Pfalz⁶⁰⁷ und empfahl ohne große Umschweife die unbedingte Zustimmung zu dem durch die Kammer der Abgeordneten modifizierten Gesetzentwurf⁶⁰⁸ – diesem Votum schloss sich der erste Ausschuss der Kammer der Reichsräte einstimmig an.⁶⁰⁹ In der Kammer der Reichsräte äußerte sich der zweite Präsident Carl Graf von Arco-Valley⁶¹⁰ dahingehend, den Entwurf zurückzuweisen, da die Vorlage durch die Kammer der Abgeordneten zu spät erfolgt sei und aufgrund seines Umfangs in der Schlussphase der Ständeversammlung nicht mehr seriös verhandelt werden könne.⁶¹¹ Die Mehrzahl der anderen Reichsräte war aber für eine Verhandlung des Gesetzes, insbesondere auch auf nochmaligen Nachdruck von Justizminister Schrenck, dem Referenten Maurer sowie von anderen Ausschussmitgliedern,⁶¹² woraufhin die Kammer der Reichsräte in Folge den Gesetzentwurf ohne eigene Modifikationen einstimmig annahm.⁶¹³ Der Gesamtbeschluss wurde am 13. Mai 1846 von Heintz in der Kammer der Abgeordneten verlesen und das Gesetz mit allen beantragten Modifikationen mit dem Abschied für die Ständeversammlung am 23. Mai 1846 erlassen.⁶¹⁴ Auch dieses war von nicht unerheblicher Wirkung auf den gesamten bayerischen Staat, denn neben der dringend empfundenen Modernisierung des in der Pfalz geltenden Rechts, bei dem es eine wesentliche Verbesserung bedeutete, floss es zur Bildung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung auch in wesentlichen Teilen in die spätere CPO 1869 ein.⁶¹⁵

cc. Gesetzentwurf, den Eintritt der Staatsdiener in die Kammer betreffend

Gem. Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 bedurften Staatsbeamte für den Eintritt in die Kammer der Bewilligung des Königs.⁶¹⁶ Dieses Bewilligungserfordernis wurde, wie

⁶⁰⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 11, S. 124.

⁶⁰⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 11, S. 208 ff.

⁶⁰⁶ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 99

⁶⁰⁷ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 98.

⁶⁰⁸ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 6.

⁶⁰⁹ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 8, S. 100.

⁶¹⁰ Carl Graf von Arco-Valley, geb. 08.05.1769, gest. 03.08.1856 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Arco-Valley).

⁶¹¹ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 311 f.

⁶¹² KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 313 ff.

⁶¹³ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 544.

⁶¹⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 12 f.; Landwirtschaftlicher Verein in Bayern, Die Landwirtschaft in Bayern, S. 224.

⁶¹⁵ Barth, CPO 1869 I, S. 112.

⁶¹⁶ „Staatsdiener, oder Staatspensionisten, so wie alle für den öffentlichen Dienst verpflichtete Individuen können zwar als Wahlmänner der Wahlhandlung beiwohnen, müssen jedoch, wenn sie zu Abgeordneten erwählt werden, die Bewilligung des Königs nachsuchen, ohne welche sie in die Kammer nicht eintreten können. Die Beamten der Gutsherren müssen die Zustimmung derselben der dem Präsidenten der Re-

oben bereits angesprochen, von der Regierung häufig als Instrument gebraucht, von Anfang an die erkennbar führenden Oppositionellen gar nicht erst in die Kammer der Abgeordneten eintreten zu lassen und somit eine Führung und einheitliche Linie der Opposition zu verhindern, damit aber die Opposition erheblich zu schwächen. Insbesondere Abel machte sich die Anwendung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 zunutze, wenn auch auf der Ständeversammlung von 1845/46 etwas zurückhaltender.⁶¹⁷ Das so kreierte Ausschlussrecht der Regierung war erheblich weitläufiger, als man auf den ersten Eindruck ahnt, wenn man den Text des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 vor Augen hat, der von „Staatsdiener[n], Staatspensionisten, so wie allen] für den öffentlichen Dienst verpflichtete[n] Individuen“ spricht. Doch wird auf den zweiten Blick deutlich, dass die Formulierung auslegungsbedürftig war, insbesondere durch die Formulierung „so wie alle[n] für den öffentlichen Dienst verpflichtete[n] Individuen.“ Durch eine über die Jahre immer weitere Auslegung dieser Formulierung gelang es der Regierung, einen erheblichen Kreis von Berufen unter das Ausschlussrecht zu subsumieren; so wurde im Vorfeld der Ständeversammlung von 1840 von Abel initiiert, dass künftig auch Advokaten hierunter zu zählen seien, was etwa 1845 zur Ausschließung des pfälzischen Advokaten und Abgeordneten Willich führte. Dies gab der Regierung natürlich einen gewissen Spielraum, denn es gelang ihr, das Ausschlussrecht durch Auslegung zu einem wertvollen Kontrollinstrument für die Zusammensetzung der Kammer der Abgeordneten zu machen. Heintz selbst bemängelte die Entwicklung des Ausschlussrechts der Krone und die sehr weite Auslegung des Staatsdienerbegriffes, die mittlerweile für ihn uferlose Zustände zu erreichen drohte.⁶¹⁸

Die Anwendung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 war zumindest vordergründig bereits Thema der Debatte zur Ausschließung Willichs gewesen.⁶¹⁹ Willich war erstmals auf der Ständeversammlung von 1839 ausgeschlossen worden und nun 1845/46 abermals. Er legte eine Reklamation, in Form einer Wahlbeschwerde, bei der Kammer der Abgeordneten ein, in der er geltend machte, dass (zumindest pfälzische) Advokaten nicht unter den Begriff der Staatsdiener zu subsumieren seien.⁶²⁰ Abel drohte in den Debatten zur Reklamation Willich unterschwellig mit der Auflösung der Kammer für den Fall, dass die Begründetheit des Antrages angenommen würde. Zudem spielte Abel gegen Ende der Debatte zusätzlich den Trumpf aus, dass die Regierung einen Gesetzentwurf den Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 betreffend noch auf dieser Ständeversammlung vorlegen werde und dadurch dessen Umfang genau bestimmt würde, womit einige Kammermitglieder für die Zurückweisung des Antrages gewonnen werden konn-

gierung zu machenden Anzeige beilegen.“ (Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818).

⁶¹⁷ S.o. S. 74 ff.

⁶¹⁸ „Die Staatsregierung ist darin, man kann sagen, von Kammer zu Kammer immer weiter gegangen, und wenn man den Buchstaben dieses §. 44 nimmt, ist kein Ende abzusehen und bleibt kein Nachtwächter, kein Feldschütz im Lande übrig, der nicht ausgeschlossen werden könnte.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 286).

⁶¹⁹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 741.

⁶²⁰ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 596 f.

ten.⁶²¹ Die Kammer entschied, allerdings dennoch nur mit knapper Mehrheit,⁶²² die Reklamation Willichs als unbegründet zurückzuweisen,⁶²³ woraufhin Willich die Niederlegung seiner Advokatur ankündigte,⁶²⁴ was ihm entsprechend dem Präzedenzfall des Abgeordneten Closen aus dem Jahre 1831 wieder den Eintritt in die Kammer ermöglicht hätte.⁶²⁵ Zuvor gewährte aber die Krone Willich wieder den Eintritt in die Kammer, was damit begründet wurde, dass das ursprüngliche Gesuch Willichs an die Krone um Zulassung zur zweiten Kammer in unziemlicher Weise gestellt worden sei.⁶²⁶ Tatsächlich machte Abel seine Ankündigung, dass ein Entwurf den „§ 44 lit. c im I. Titel der X. Beilage zur Verfassungsurkunde betreffend“ vorgelegt werde, am 20. Januar 1846⁶²⁷ wahr und übergab diesen der Ständeversammlung. Am 13. März 1846⁶²⁸ wurde der Entwurf im dritten Ausschuss für die innere Verwaltung und am 24. März 1846⁶²⁹ in Kammer der Abgeordneten verhandelt.

Der von der Regierung vorgelegte Entwurf⁶³⁰ gliederte sich in neun Artikel. Art. 1 dE bezeichnete abschließend in einem Katalog von sechs Nummern die Berufsgruppen, deren Angehörige zum Eintritt in die Kammer der Bewilligung des Königs bedurften. Das waren die besoldeten Hofdiener, die unmittelbaren Staatsdiener, alle Offiziere und im Offiziersrang stehenden Militärbeamten, auch wenn sie sich bereits im Ruhestand befanden. Zudem alle Personen, die Pensionen aus der Staatskasse bezogen. Daneben sollten alle rechtskundigen Bürgermeister der Städte erster Klasse⁶³¹ und auch die Advokaten der Bewilligung bedürfen.⁶³² Man sieht daran deutlich, dass die Regierung keine Abstriche hinsichtlich der weiten Auslegung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 machte, diese lediglich nun sogar gesetzlich fixierte. Dies musste freilich Kritik in der Kammer hervorrufen, obgleich dieser Gesetzestext vor auszusehen war, hatte doch zuvor die Kammer den Antrag Willichs als unbegründet zurückgewiesen und damit selbst zumindest inzident die Anwendung auf Advokaten bestätigt. Insbesondere die Frage, ob die Advokaten hinzugenommen werden sollten, also den jahrelang kritisierten Usus der Regierung, diese unter das Ausschließungsrecht zu subsumieren, gesetzlich zu verankern, war dennoch ein Schwerpunkt der Debatte in der Kammer der Abgeordneten. Auch Heintz war gegen eine derart weite Auslegung des Begriffs der Staatsdiener, was er bereits in der

⁶²¹ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 741.

⁶²² Heintz hatte für die Begründetheit des Willichschen Antrages gestimmt (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 288).

⁶²³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 288 f.

⁶²⁴ Leeb, *Wahlrecht und Wahlen II*, S. 596 f.

⁶²⁵ Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 364 ff.; zum Fall Closen: Müller, *Verfassungsbeschwerde*, S. 178 ff.

⁶²⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 358 f.

⁶²⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 344 ff.

⁶²⁸ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 458 ff.

⁶²⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 215 ff.

⁶³⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 344 ff.

⁶³¹ Städte mit einer Einwohnerzahl über 2.000 Menschen.

⁶³² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 344 f.

Debatte zur Reklamation Willichs mehr als deutlich machte. Nach seiner Ansicht waren die Advokaten keinesfalls als Staatsdiener anzusehen.⁶³³ Bei der Debatte Willich hatte Heintz primär die Argumentationen widerlegt, dass pfälzische Advokaten als Staatsdiener anzusehen seien, weil ihnen das französische Prozessrecht so umfangreiche Kompetenzen, teilweise gar richterliche Aufgaben, zuwies. Daneben sprach er sich aber auch eindeutig dahingehend aus, dass durch die weitgehende Angleichung des Berufsstandes der Advokaten im gesamten Königreich⁶³⁴ keine unterschiedliche Anwendung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 auf die pfälzischen und rechtsrheinischen Advokaten erlaubt sei.⁶³⁵ In jedem Fall treffe der Begriff Staatsdiener nicht auf Advokaten zu, weil diese keine Beamten seien, was sich schon dadurch zeige, dass bei einer Beleidigung die gegen einen Advokaten begangen wurde, keine Amtsehrenbeleidigungsverfahren durchgeführt wurden⁶³⁶ – Heintz ging folglich von einer eher engen Auslegung des Staatsdienerbegriffes aus.

Art. 2 dE bestimmte, dass Professoren, obgleich sie Gehälter vom Fiskus bezogen, nicht Staatsdiener im Sinne des Art. 1 dE waren, sondern als Vertreter der Universitäten, welche die Wahlklasse II der zweiten Kammer bildeten, allein von den Universitäten selbst bestimmt wurden. Art. 3 dE wiederholte die Klarstellung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818, dass die Beamten der Gutsherren der Bewilligung ihrer Dienstherren bedurften. Art. 4 – 8 dE enthielten sodann Vorschriften darüber, dass mittels Amtsniederlegung oder Ausschlagung der Pensionsbezüge trotz Ausschließung gem. Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 ein Eintritt stattfinden konnte, regelte nun also die seit dem Präzedenzfall Closen gehandhabte Praxis gesetzlich,⁶³⁷ zudem fanden sich Regelungen zum Eintritt der Ersatzmänner der Ausgeschlossenen.

Der Entwurf wurde sowohl im Ausschuss wie auch in der Kammer selbst mit geteilter Stimmung aufgenommen.⁶³⁸ Großteils jedoch begrüßte man zumindest, dass die Auslegungsbedürftigkeit und damit die Ungenauigkeit, die Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 innewohnte, durch das Gesetz beseitigt würde – auch Heintz begrüßte die Präzisierung der Norm durch die Regierung, wenn er auch das Gesetz inhaltlich als ungenügend empfand.⁶³⁹ Nachdem der dritte Ausschuss lediglich kleinere redaktionelle, aber keine inhaltlichen Modifikationen am Entwurf vorgenommen hatte,⁶⁴⁰ begann die Debatte in der Kammer der Abgeordneten, in der einige auch inhaltliche Modifikationen

⁶³³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 171, 211.

⁶³⁴ S.o. S. 49 f.

⁶³⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 214.

⁶³⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 213.

⁶³⁷ Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 178 ff.

⁶³⁸ Gegen den Regierungsentwurf Closen im 3. Ausschuss: KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 493 ff.; für den Regierungsentwurf in seinen wesentlichen Punkten Lindenfels als Referent dieser Sache im 3. Ausschuss: KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 358 ff.; gegen den Regierungsentwurf in der KdA etwa Willich: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 35; für den Regierungsentwurf in der KdA etwa Vetterlein: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 298 ff.

⁶³⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 286.

⁶⁴⁰ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 490 ff.

angeregt wurden. Die umfangreichste, tiefgreifendste und damit auch am breitesten diskutierte Modifikation, die in der Kammer eingebracht wurde, war die von Karl Friedrich Heintz, die eigentlich einen gänzlich neuen Gesetzentwurf darstellte. Bereits zu Beginn der Begründung seiner Modifikation machte Heintz seine Ansicht über die ungenügende inhaltliche Ausgestaltung des Entwurfs mehr als deutlich.⁶⁴¹

Nach der Auffassung von Heintz waren die Mängel des Gesetzes einmal der zu umfangreiche Katalog in Art. 1 dE hinsichtlich der Personen, die ausgeschlossen werden konnten. Dennoch beantragte aber Heintz dahingehend keine Modifikation, obgleich er eindeutig gegen die Aufnahme der Advokaten in diesen Katalog war, was die Abstimmung⁶⁴² über Art. 1 dE und auch seine Ausführungen zur Reklamation Willichs belegen.⁶⁴³ Diese Haltung vertrat er zweifellos deshalb, weil ihm bewusst war, dass die Regierung nicht von ihrer Position dahingehend abweichen würde und er noch weitere Verbesserungsvorschläge am Entwurf hatte, die er in der Kammer durchbringen wollte und zugunsten deren er auf die Streichung der Advokaten aus dem Art. 1 dE verzichtet hätte. Außerdem waren die damaligen bayerischen Advokaten tatsächlich nicht in der Position eines wirklich „freien Berufes“, da sie, um praktizieren zu können, der Ernennung durch den König bedurften, die dann auf Lebenszeit erfolgte.⁶⁴⁴ Dass er mit seiner Einschätzung richtig lag, stellte schließlich auch Abel im Verlauf der Debatte in der Kammer klar, indem er sagte, dass, wenn die Advokaten aus dem Katalog gestrichen würden, er den „Allerhöchsten Befehl [habe], zu erklären, daß [...] unter keiner Bedingung der Gesetzesentwurf die Allerhöchste Sanktion erhalten werde.“⁶⁴⁵ Neben seiner Kritik an Art. 1 dE lag Heintz speziell ein weiterer Punkt am Herzen, nämlich dass nach dem Entwurf der Ausschluss der Personen erst nach durchgeführter Wahl geschehen sollte – auf diesem Kritikpunkt basierte auch seine gesamte weitere Modifikation.

Das Problem eines Ausschlusses nach bereits durchgeführter Wahl war, dass sodann für den Ausgeschlossenen ein Ersatzmann eintrat.⁶⁴⁶ Nun war es aber nicht so, dass den Wählern von Anfang an ein Kandidat als Ersatzmann benannt wurde, vielmehr wurde derjenige, der die zweitmeisten Wählerstimmen für sich beanspruchen konnte, als Er-

⁶⁴¹ „Es ist wohl kein §. in der ganzen Verfassungs-Urkunde und in sämtlichen Beilagen, der so viel besprochen wurde, als der § 44. Sie wissen Alle, welche unangenehmen Discussionen schon in der Kammer darüber vorgekommen sind, welchen Hader und Zwiespalt dieser §. mit den Regierungsbeamten, mit der Staatsregierung hervorgerufen hat, und sie wissen auch, welche Mißstimmung und welches Mißbehagen durch die in Gemäßheit dieses §. geschehenen Ausschließungen im ganzen Lande verursacht wurde. Hochgestellte Personen haben diesen §. schon eine traurige, ja die traurigste Prärogative der Krone genannt. Die Ankündigung eines Gesetzes, das beabsichtigt, diese Uebelstände zu beseitigen, ist daher gewiß von Jedem von Ihnen freudig aufgenommen worden; allein [...] die Freude bei der Ankündigung war größer, als bei dem Gesetzesvorschläge selbst, denn nach meiner Überzeugung beseitigt der Entwurf die Uebelstände nicht, die leider bestehen.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 285 f.).

⁶⁴² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 478.

⁶⁴³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 171, 211.

⁶⁴⁴ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 167 ff.; s.o. S. 49 f.

⁶⁴⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 317.

⁶⁴⁶ S.o. S. 73

satzmann herangezogen.⁶⁴⁷ Dies führte zu teilweise grotesken Ergebnissen, so wurde, wie Abel selbst einräumte, im Jahre 1822 für die Stadt Nürnberg in dieser Weise ein Ersatzmann in die Kammer der Abgeordneten berufen, der lediglich mit einer einzigen Stimme gewählt wurde.⁶⁴⁸ Heintz sah darin eine Täuschung des Wählers, denn der Wähler vertraue darauf, dass derjenige, den er wähle, auch berufen werde, wenn er die Mehrzahl der Stimmen für sich gewinnt. Wäre dem Wähler von vornherein gesagt worden, dass derjenige, den er wählen wollte, auszuschließen sei, so fiel seine Wahl in vielen Fällen auf einen anderen Kandidaten als denjenigen, der mit den zweitmeisten Stimmen gewählt wurde.⁶⁴⁹ Seine Ansicht war naheliegend und in vielen Fällen auch zutreffend, was ein vereinfachtes Beispiel verdeutlicht: Angenommen, die Wahlmänner spalteten sich in 70 % Radikalliberale und gemäßigt Liberale und in 30 % Konservative, und es standen drei Kandidaten zur Auswahl, ein Radikalliberaler, ein gemäßigt Liberaler und ein Konservativer. Bei der Wahl erhielt der Radikalliberale nun 60 % der Stimmen, der Konservative 30 % und der gemäßigt Liberale 10 %, so würde bei einem Ausschluss des Radikalliberalen der Konservative als Ersatzmann berufen, wo doch mit Gewissheit dessen Wähler, hätten sie vom Ausschluss gewusst, den gemäßigt Liberalen gewählt hätten, der ihren Interessen weitaus näher stand – dieser hätte damit 70 % der Stimmen bekommen und wäre ins Parlament berufen worden. Da dieser Punkt im Regierungsentwurf nicht berücksichtigt wurde, gestaltete Heintz das gesamte Gesetz um und verfasste einen eigenen Entwurf, der diesen Kritikpunkt umsetzte.⁶⁵⁰ Für Heintz ergaben sich drei Möglichkeiten, dieser Problematik abzuhelpfen. Einmal, dass die in Art. 1 dE genannten Personen gar nicht wählbar sein sollten, was aber, wie er zutreffend bemerkte, weder im Interesse der Kammer und der Bevölkerung noch in dem der Regierung war, da man auf den Sachverstand dieser Personen in der Kammer dringend angewiesen war. Eine weitere Möglichkeit wäre die Änderung des Wahlgesetzes gewesen; da die Einbringung einer solchen Änderung aber nicht in der verfassungsmäßigen Kompetenz der Kammer lag, schloss Heintz diese Möglichkeit sogleich aus. Die dritte Möglichkeit war die Umsetzung seines Entwurfes.⁶⁵¹

Wie gesagt ließ Heintz den Kern des Art. 1 dE in seinem Entwurf weitestgehend unverändert, stellte allerdings durch eine Veränderung des Wortlauts, namentlich der Streichung des letzten Satzes des Regierungsentwurfs, die Weichen, dass der Ausschluss der Kandidaten nach wirksamer Wahl nicht mehr möglich sein sollte.⁶⁵² Art. 2, 3 dE änderte er lediglich unwesentlich redaktionell, Art. 4, 5, 6, 7 dE gestaltete er aber vollkommen neu.⁶⁵³ Essentiell war hier die Vorverlegung des Zeitpunktes, in dem ein Ausschluss der in Art. 1 dE genannten Personen stattfinden konnte, und zwar vor die Wahl. Nachdem

⁶⁴⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 286.

⁶⁴⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 290.

⁶⁴⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 285.

⁶⁵⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 283 ff.

⁶⁵¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 287.

⁶⁵² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 298.

⁶⁵³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 283 ff.

die Wahllisten bekannt waren, sollten sie von den Kreisregierungen an das Innenministerium, das für die Durchführung der Wahl verantwortlich war, weitergeleitet werden. Das Innenministerium sollte nun bereits im Vorfeld der Wahl beraten, welche Personen im Falle ihrer Wahl auszuschließen waren, dies ging nach der Ansicht von Heintz sowohl vor wie nach der Wahl, da dem Ministerium bekannt war, welche Personen ausgeschlossen werden sollten und welche nicht. Die Auszuschließenden sollten sodann den Regierungspräsidenten mitgeteilt werden, und wenn nun die Wahl auf einen solchen fallen sollte, so sollte der Regierungspräsident den Wählern dies mitteilen und sie zu einer nochmaligen Stimmabgabe auffordern. So würde zum einen das Ausschlussrecht der Krone vollständig gewahrt, zum anderen der nach dem Wählerwillen zutreffende Abgeordnete ins Parlament gewählt und nicht einer, der aus bloßem Zufall die zweitmeisten Stimmen bekommen hatte – dies würde schließlich auch nicht zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der den Ausschluss verhängenden Regierung führen.⁶⁵⁴

Der erste der sich gegen die Modifikation von Heintz wandte, war selbstverständlich Abel, obgleich er eingestand, dass Heintz „einen wunden Fleck“⁶⁵⁵ des bayerischen Wahlsystems berührt hatte. Er stellte sich aber auf den Standpunkt, dass die Heintzsche Modifikation dieses Problem nur zum Teil löse, er aber eine „allgemeine“⁶⁵⁶ Lösung in der Sache anstrebe. Darüber hinaus werfe die Heintzsche Modifikation weitere Probleme auf. Ein solches Problem versuchte er einmal mit dem Beispiel zu konstruieren, dass unerwartet mehrere Beamte einer einzigen Behörde in die Kammer der Abgeordneten gewählt wurden und die Behörde somit unterbesetzt wäre – das Ministerium könne hier nicht im Vorhinein über einen Ausschluss beschließen. Als zweiten Problemfall führte er an, dass Gewählte, die sich im Ausland befänden, die Wahl in die Länge ziehen könnten.⁶⁵⁷ Diese Probleme waren offensichtlich an den Haaren herbeigezogen, und Heintz nahm gekonnt dazu Stellung, indem er zunächst Abel zustimmte, dass seine Modifikation nur eine Teillösung der Wahlgesetzproblematik beinhaltete⁶⁵⁸ und dass er in der Begründung seiner Modifikation auch selbst darauf hingewiesen hätte. Allerdings hatte Heintz ein schlagendes verfassungsrechtliches Argument auf seiner Seite – die Kammer konnte nämlich aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Initiative ergreifen⁶⁵⁹ und somit das von Abel angesprochene Problem schon gar nicht lösen.⁶⁶⁰ Insofern legte er sodann Abel auch das Versprechen in den Mund, eine Wahlgesetzreform einbringen zu wollen, um, wie Abel sich ausdrückte,⁶⁶¹ allgemein Abhilfe schaffen zu können. Abel stellte sogleich klar, dass diese Wahlgesetzreform keinesfalls mehr auf dieser Ständeversammlung eingebracht werden könne, ließ sich aber mit dieser Äußerung tatsächlich von Heintz ein Ver-

⁶⁵⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 288.

⁶⁵⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 289.

⁶⁵⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 299.

⁶⁵⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 293.

⁶⁵⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 299.

⁶⁵⁹ S.o. S. 65 ff.

⁶⁶⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 287.

⁶⁶¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 293.

sprechen für ein neues Wahlgesetz unterschieben.⁶⁶² Die Probleme, die Abel konstruiert hatte, entlarvte Heintz sogleich als Scheinprobleme, allerdings routiniert sachlich, ohne dass der Minister daran hätte Anstoß nehmen können.⁶⁶³

Neben Abel äußerte auch der Vertreter des Ansbacher Konsistoriums und ein Freund der Heintzschen Familie, Dekan Götz, seine Bedenken zu den Heintzschen Modifikationen, allerdings substantiiertere Bedenken als die Abels. Er befürchtete, dass schlussendlich der Ausschluss von Abgeordneten vor der Wahl zu regelrechten Ausschlusslisten führen würde und dass, wenn diese der Bevölkerung bekannt würden, erst recht Missstimmung aufkommen werde.⁶⁶⁴ Heintz stellte hier sodann klar, dass die Bedenken, die der Abgeordnete Götz hatte, durch einfaches technisches Verwaltungsvorgehen der Regierung verhindert werden könnten. Die Regierung brauche schlichtweg derartige Listen nicht erstellen, sondern brauche nur einzeln für jeden Abgeordneten vorgehen und sich wegen des einzelnen Ausschlusses geheim an den jeweiligen Regierungspräsidenten wenden, dies würde nicht zu erheblicher Mehrbelastung für das Ministerium führen und die von Dekan Götz angesprochene Gefahr in jedem Fall bannen.⁶⁶⁵ Schließlich brachte noch der Abgeordnete Döllinger zwei Einwände gegen die Modifikation vor, die in dieselbe Richtung gingen wie die von Dekan Götz. Einmal, dass die Bekanntgabe der Ausschließung bei der Wahl und die sodann veranlasste Neuwahl eben gerade die Gemüter der Wähler erhitzen würden, zweitens, dass die Vorabentscheidung des Ministeriums einen enormen Bürokratieaufwand bedeuten würde.⁶⁶⁶ Heintz teilte die Bedenken nicht, dass die Bekanntgabe der Ausschließung bei der Wahl zu Missstimmung führen würde, vielmehr eben die spätere Enttäuschung der Wähler, dass trotz ihrer Stimmabgabe ein Abgeordneter in die Kammer berufen würde, den das Gros der Wähler überhaupt nicht gewählt hatte. Auch der Verwaltungsaufwand war für ihn kein entgegenstehender Grund, da dieser an einem Vormittag erledigt werden könne, wenn das Ministerium Vordrucke verwenden würde.⁶⁶⁷

Unterstützt wurde die von Heintz eingebrachte Modifikation von Dekan Dr. Georg Deininger,⁶⁶⁸ ebenso wie Dekan Götz ein Vertreter des Ansbacher Konsistoriums. Er wies zutreffend darauf hin, dass durch diese Modifikation auch diejenigen Abgeordneten, die sich wegen des Art. 1 dE und der Aufnahme der Advokaten darin gegen den Entwurf stellten, zur Annahme überredet werden könnten und so zumindest eine gewisse Verbesserung der Situation erreicht werden könne, sowohl in Bezug auf das Wahlgesetz als

⁶⁶² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 302.

⁶⁶³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 300 f.

⁶⁶⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 330.

⁶⁶⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 334 f.

⁶⁶⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 388 f.

⁶⁶⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 389 f.

⁶⁶⁸ Dr. Georg Deininger, geb. 14.07.1804, gest. 16.02.1860, Abitur Nürnberg, 1824 – 1828 Theologiestudium Erlangen, Bonn, Berlin, München und Tübingen, 1828 Hauslehrer Ansbach, 1831 Promotion Tübingen, 1835 Vikar Leutershausen und Fürth, Distriktsschulinspektor, 1840 Dekan Burghaslach, 1849 Konsistorialrat Bayreuth, 1853 Oberkonsistorialrat München (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Deininger).

auch auf den eigentlichen Punkt des Gesetzes, die Fixierung des Tatbestandes des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818.⁶⁶⁹ Auch Willich, der wegen der Reklamation gegen seinen Ausschluss höchstes Interesse an diesem Gesetz hatte, trat warm für die Modifikation von Heintz ein und stellte sich wie dieser auf die Verfehlung des Wählerwillens, wenn man die Ausschließung erst nach der Wahl betreibe und das Wahlgesetz nicht entsprechend reformiert sei. Auch Willich verwies darauf, dass der damalige Zustand gerade die Missstimmung im Volke schürte – wenn also Abgeordnete in das Parlament berufen wurden, die nur von einem Bruchteil der Wähler gewählt worden waren. Zudem verwies er darauf, dass man bereits jetzt eine Verbesserung in der Art anstreben müsse, wie sie Heintz aufgezeigt hatte, statt nur abzuwarten, ob letztlich die Regierung eine Wahlgesetzreform einbringen werde – das Vertrauen Willichs in die Versprechen der Regierung war ob seiner Erfahrung auf den vorangegangenen Ständeversammlungen verständlicherweise nicht sehr ausgeprägt.⁶⁷⁰

Trotz der im Grundsatz positiven Resonanz auf die von Heintz vorgeschlagene Änderung und auch die stets fundierte Entkräftung der Gegenpositionen, die Heintz gekonnt anstellte, wurde seine Modifikation schlussendlich mit einer soliden Mehrheit von 98 gegen nur 36 Stimmen abgelehnt.⁶⁷¹ Diese starke Stimmenzahl war auf den geschickten Schachzug Abels zurückzuführen, die Änderung des Wahlgesetzes in Aussicht zu stellen, bezüglich dessen Heintz ihm wenigstens noch die formlose Zusage entlocken konnte. Nur wenige Abgeordnete, wie etwa Willich, plädierten dafür, sich nicht allein auf diese Aussicht zu verlassen und zur Sicherheit bereits jetzt die Heintzschen Änderungen anzunehmen. Die meisten Abgeordneten vertrauten aber auf das der Regierung in Aussicht gestellte Wahlgesetz, für dessen Vorbereitung noch mehrere Jahre Zeit gewesen wäre,⁶⁷² da die Kammer gerade erst frisch gewählt worden war, und die Wahlen fanden im sechsjährigen Turnus statt.⁶⁷³ Auch der einflussreiche Abgeordnete Edel, der sich ausdrücklich für die Ansichten von Heintz aussprach, begründete seine Entscheidung gegen den Heintzschen Vorschlag genau in dieser Richtung. Er verließ sich auf die Zusage Abels und äußerte seine Hoffnung auf eine komplette Reformierung des Wahlgesetzes.⁶⁷⁴ Heintz nahm nach der Ablehnung des Art. 1 seiner Modifikation seine gesamte Modifikation zurück, da diese Bestimmung Schlüssel für all seine weiteren Änderungen gewesen war.⁶⁷⁵

⁶⁶⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 335.

⁶⁷⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 356.

⁶⁷¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 476.

⁶⁷² In diese Richtung insbesondere Kirchgessner, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 309.

⁶⁷³ S.o. S. 70 ff.

⁶⁷⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 343; vermutlich an die Aussage Edels angelehnt Schätzler, der zwar die „Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit“ der Heintzschen Modifikation anerkennt, doch sich unter Verweis auf vorhergehende Redner dagegen ausspricht.

⁶⁷⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 484.

Der Regierungsentwurf wurde schließlich von der Kammer ohne tiefergehende inhaltliche Änderungen beschlossen und an die Kammer der Reichsräte weitergeleitet,⁶⁷⁶ die ebenfalls am Gesetzentwurf selbst keine Änderungen mehr vornahm, sondern lediglich die von der Kammer der Abgeordneten beigefügten Wünsche an den König nicht vollständig unterstützte.⁶⁷⁷ Dies wurde von der Kammer der Abgeordneten akzeptiert, so dass am 15. Mai 1846 der Gesamtbeschluss erging und das Gesetz mit dem Abschied für die Ständeversammlung erlassen wurde.⁶⁷⁸ Zweifellos konnte Abel dies als Erfolg verbuchen.⁶⁷⁹

d. Eintreten für die Pfalz

Neben seiner Beteiligung an den gerade ausgeführten wichtigen Gesetzesentwürfen und den zentralen Debatten der Ständeversammlung trat Heintz auch wärmstens für seinen Wahlkreis und seine Heimat, die Pfalz, ein. So beteiligte er sich beispielsweise lebhaft an der Diskussion des Gesetzes „Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds“⁶⁸⁰ und setzte sich hier immer wieder für eine gerechte Besteuerung der Pfalz ein.⁶⁸¹ Das Gesetz sollte klare Grenzen hinsichtlich der Aufgabenbereiche der einzelnen Kreise und des Gesamtstaates ziehen und auch deren Finanzierung entsprechend gerecht auf Kreise und Königreich verteilen.⁶⁸² Gerade in Bezug auf die Pfalz wurde schon seit geraumer Zeit von Pfälzer Seite eine ungerechte Mehrbelastung gegenüber den anderen Kreisen angemahnt, die dadurch zustande kam, dass sie im Vergleich zu den anderen Kreisen mehr eigene Kreislasten zu tragen hatte, allerdings dennoch dieselben Summen wie die anderen Kreise zu den Zentralfonds des Königreiches zusteuern musste, wovon sodann die übrigen Staatslasten – auch der anderen Kreise – bedient wurden, ohne dass der Pfalz eine Vergünstigung für die Übernahme ihrer höheren Kreislasten zukam.⁶⁸³ Ein Großteil der pfälzischen Abgeordneten wandte sich in der Schlussabstimmung daher gänzlich gegen das Gesetz,⁶⁸⁴ wobei man es in der Debatte selbst bei leisen Annahmungen der Missstände beließ.⁶⁸⁵ Offen gegen die Mehrbelastung der Pfalz wurde aber vonseiten der Abgeordneten nicht vorgegangen, da man durch die eigene Kostenübernahme auch eine verstärkte Garantie der französisch-pfälzischen Institutionen wahrte. Heintz stimmte zwar nicht gegen den Gesetzentwurf, enthielt sich aber der

⁶⁷⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 7, S. 2 ff.

⁶⁷⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 122 ff.

⁶⁷⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 6, 37.

⁶⁷⁹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 766.

⁶⁸⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 7.

⁶⁸¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 89 ff., 115 ff., 256 ff., 269 ff., 445 ff.

⁶⁸² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 7 ff.

⁶⁸³ Kolb, Steuerüberbürdung der Pfalz. (Diese Vorwürfe begegneten einiger Kritik von rechtsrheinischer Seite: so z.B. Regierungskommissär Wanner, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 131; sowie eine Gegenschrift aus dem Jahre 1847: Die vermeintliche Abgaben-Ueberbürdung der Pfalz, geprüft aus Anlaß der Denkschrift Georg Friedrich Kolbs).

⁶⁸⁴ Christmann, Lilier, Hack, Reudelhuber, Scholler, Stockinger (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 491).

⁶⁸⁵ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 189.

Stimme und ließ es dabei bewenden, öfters für eine gleiche Besteuerung der Pfalz eingetreten zu sein.⁶⁸⁶ Deutlicher zeigt sich uns sein Eintreten für die Pfalz an einer durchaus bedeutenden von ihm eingebrachten Reklamation hinsichtlich der Zahl der pfälzischen Abgeordneten und der authentischen Interpretation des Titel VI § 12 BV 1818, rück-sichtlich seiner Anwendung auf die Pfalz.

aa. Reklamation zur Zahl der pfälzischen Abgeordneten

Die ersten Sitzungstage der Ständeversammlung wurden wie üblich dominiert von den Reklamationen der Abgeordnetenkommission zum Ablauf der Wahlen und den Berufungen beziehungsweise Ausschlüssen der Abgeordneten in die oder aus der Kammer. Reklamationen waren weder Verfassungsbeschwerden noch Petitionen, sondern eine besondere Form der Überprüfung der Wahl,⁶⁸⁷ Geschäftshandlungen, die durch die Kommission der Abgeordneten selbst durchgeführt wurden und über die sie selbst durch Beschluss entschied.⁶⁸⁸ Reklamationen waren Beschwerden von Einzelpersonen an die bereits konstituierte Kommission wegen Regierungs- oder Behördenverstößen gegen das Wahlrecht.⁶⁸⁹ Eine der meistbeachteten Reklamationen auf der Ständeversammlung 1845/46 richtete Karl Friedrich Heintz am 16. Dezember 1845 an die Kommission der Abgeordneten, und zwar hinsichtlich der zu geringen Abgeordnetenzahl für den Wahlkreis der Pfalz⁶⁹⁰ – bereits in der geheimen Sitzung über die Dankadresse hatte der pfälzische Abgeordnete Rudolph Christmann⁶⁹¹ beschwerend angeregt, dass für den Wahlkreis der Pfalz drei Abgeordnete zu wenig zur Wahl benannt wurden, nämlich 15 statt 18.

Nunmehr brachte die Heintzsche Reklamation Abel sichtlich außer Fassung,⁶⁹² war doch insbesondere aus der Pfalz ein oppositioneller Kurs zu befürchten. Selbstverständlich war deshalb vonseiten der Regierung eine ablehnende Haltung zu dieser Reklamation zu erwarten. Das erste Problem, dem der Heintzsche Antrag zu begegnen hatte, war eines rein formaler Natur, allerdings von nicht geringerer Wichtigkeit. Heintz hatte in seiner schriftlichen Eingabe an die Kommission vom Vortag seinen Antrag so formuliert, dass eine „Bitte an Se. Majestät den König“ gestellt werde.⁶⁹³ Eine so formulierte Bitte stellte aber an sich eine Petition dar, die in diesem Fall zur Bearbeitung dem sechsten Ausschuss übertragen worden wäre, einem zusätzlichen fünfköpfigen Ausschuss, der für die Vorprüfung der Anträge der Kommissionsmitglieder aus jeweils einem Mitglied der übrigen Ausschüsse gebildet wurde, Titel II §§ 25, 36 X. Beil BV 1818. Allerdings war der Antrag von Heintz nicht eben als Petition gedacht, sondern tatsächlich als Reklamation,

⁶⁸⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 490 f.

⁶⁸⁷ Hierzu: Seydel, Staatsrecht II, S. 167 ff.; Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 608 ff.

⁶⁸⁸ Seydel, Staatsrecht II, S. 170.

⁶⁸⁹ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 608.

⁶⁹⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 56.

⁶⁹¹ Rudolph Christmann, geb. 14.02.1814, gest. 20.10.1867, 1848 Mitglied Vorparlament Frankfurt, 1848/49 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, 1849 Mitglied Stuttgarter Rumpfparlaments (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Christmann).

⁶⁹² Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 151.

⁶⁹³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 84.

was er auch in der Kammer klarstellte. Der große Unterschied der Reklamation zur Petition war, dass die Kammer sodann die Angelegenheit nicht in einem bestimmten Ausschuss beriet, welcher der Sache nach hierfür zuständig war, sondern im Plenum,⁶⁹⁴ da es sich um eine grundsätzliche Frage der Wahlordnung handelte, die auch nicht die eigene Person des Reklamanten Heintz betraf.⁶⁹⁵ Eine gesonderte Behandlung als Reklamation hatte den taktisch erheblichen Vorteil, dass die Kammer der Abgeordneten hierüber allein entscheiden konnte und man damit Angelegenheiten, in denen es um die Zusammensetzung der Kammer selbst ging, dem Mitwirkungsrecht der Kammer der Reichsräte entzog,⁶⁹⁶ das aber bei Petitionen und Verfassungsbeschwerden zweifelsohne bestand.⁶⁹⁷ Da man die Änderung des Heintzschen Antrages in eine Reklamation duldete, konnte in der Sitzung die Sache dem ersten Sekretär Windwart zur Berichterstattung überwiesen werden.⁶⁹⁸ Heintz begründete seine Eingabe an die Kammer der Abgeordneten verfassungsrechtlich klar strukturiert. Zunächst stellte er die für die Zusammensetzung der Kammer relevanten Vorschriften der Verfassung vor, namentlich Titel VI §§ 7, 8, 9 BV 1818,⁶⁹⁹ sodann die Auswirkungen dieser Vorschriften auf die Zusammensetzung der Kammer und die daraus resultierende Unterrepräsentation der Pfalz. Insbesondere Titel VI § 8 BV 1818 war für seine Reklamation von herausragender Bedeutung, da hierin festgesetzt war, dass je ein Abgeordneter für 7.000 Familien im Königreich zu wählen sei. Berechnete man nun die Gesamtzahl der Abgeordneten aus der Gesamtzahl der Familien im Königreich, so ergab sich daraus, dass an sich die korrekte Abgeordnetenanzahl zur Wahl gestellt wurde, wenn man das gesamte Königreich im Ganzen betrachtete. Berechnete man aber die Zahl der Abgeordneten mit selbigem Schlüssel isoliert für die Pfalz, so ergab sich, dass diese eigentlich mit 18 statt nur 15 Abgeordneten repräsentiert gewesen hätte sein sollen.⁷⁰⁰ Dieser Missstand ergab sich aus der speziellen Zusammensetzung der Kammer, die sich aus Titel VI §§ 7, 9 BV 1818 ergab. Wie oben bereits dargestellt, war die Kammer der Abgeordneten in fünf Wahlklassen aufgeteilt und nach einem bestimmten Schlüssel besetzt.⁷⁰¹ Da aber in der Pfalz durch die ehemalige Zugehörigkeit zu Frankreich und durch die damit einhergehende Einführung des französischen Rechts keinerlei gutsherrliche Gerichtsbarkeit mehr bestand, gab es dort folgerichtig auch keine Abgeordneten der Klasse I, Gutsbesitzer mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, wodurch hauptsächlich die Unterrepräsentation um drei Abgeordnete zustande kam – über diesen Wegfall der ganzen Klasse I hinaus war zudem allgemein der Verteilungsschlüssel für die Pfalz

⁶⁹⁴ Seydel, Staatsrecht II, S. 167 ff.

⁶⁹⁵ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 610

⁶⁹⁶ Köhler, Die Beschwerde wegen Verletzung konstitutioneller Rechte, S. 76 f.; Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 180.

⁶⁹⁷ Seydel, Staatsrecht II, S. 18 ff., 30 ff.

⁶⁹⁸ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 151; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 73, 85.

⁶⁹⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 74 f.

⁷⁰⁰ Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 149; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 75 f.

⁷⁰¹ S.o. S. 70 ff.

ungünstig.⁷⁰² Insbesondere im Vergleich zu den anderen Kreisen des Königreichs wurde diese Unterrepräsentation deutlich, denn obgleich die Pfalz mehr Einwohner hatte als die Kreise Oberfranken, Niederbayern, Mittelfranken und Oberpfalz mit Regensburg, war sie, eben in Ermangelung der Abgeordneten der Klasse I, mit weniger Abgeordneten in der Kammer vertreten als diese Kreise.⁷⁰³ Heintz sah hierin bereits einen Verstoß gegen den Geist der Verfassung, der sich aus Sinn und Zweck des Titel VI § 8 BV 1818 ergab, nämlich einer gerechten Verteilung der Abgeordneten nach einem bestimmten Schlüssel für das ganze Königreich. Sähe also die Verfassung das Verhältnis von einem Abgeordneten auf je 7.000 Familien für das gesamte Königreiches vor, so könne für die einzelnen Kreise nichts anderes gelten.⁷⁰⁴ Darüber hinaus ergebe sich auch direkt aus der Verfassung ein Anspruch der Pfalz auf Ausgleichung dieser Unterrepräsentation durch Ernennung weiterer Abgeordneter,⁷⁰⁵ denn in der Pfalz galt die Verfassung in modifizierter Form, was auf die Sonderstellung der Pfalz in Bezug auf ihren französischrechtlichen Institutionen gründete.⁷⁰⁶ In den Entschlüssen der königlichen Regierung der Pfalz, die Vollziehung der Verfassung in der Pfalz betreffend, vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 hieß es ausdrücklich in Bezug auf diesen Punkt:

„Das jedoch mehrere Bestimmungen, vorzüglich in dem Titel V. von § 2 bis 5 einschließlich mit den sich darauf beziehenden Edikten, so wie einige in dem Titel VI., soweit sie die Classe des Adels mit einer grundherrl. Gerichtsbarkeit betreffen, mit den im Rheinkreise bestehenden besonderen von Sr. K. Majestät dem Lande gesicherten Institutionen nicht vereinbarlich sind, so ist der ausdrückliche königliche Wille, daß die Vollziehung der Verfassung nur mit den Modificationen geschehen solle, welche jene besonderen Institutionen erfordern.“⁷⁰⁷ [...]

Die im § 7 enthaltene Bildung der zweiten Kammer der Ständeversammlung erleidet nur in so weit eine Modification, daß hievon die Classe der Grundbesitzer mit gutsherrlicher Gerichtsbarkeit, welche in dem genannten Kreise nicht besteht, von selbst hinwegfällt, und der hierdurch verursachte Abgang von der den Rheinkreis treffenden verhältnißmäßigen Zahl der Abgeordneten in den übrigen Classen ergänzt und bei der künftigen Ausschreibung der geeignete Bedacht darauf genommen werden wird.“⁷⁰⁸

Nach der Ansicht von Heintz hätte damit, da die tatsächliche Zahl der Abgeordneten für die Pfalz nicht gewählt wurde, die gesamte Wahl für nichtig erklärt werden kön-

⁷⁰² Haan, Die Stellung der Pfalz, in: Kraus, Land und Reich, S. 463; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 77 f.

⁷⁰³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 82 f.

⁷⁰⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 78.

⁷⁰⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 78.

⁷⁰⁶ Möckl, Der moderne bayerische Staat, S. 246 f.; Haan, Die Stellung der Pfalz, in: Kraus, Land und Reich, S. 458 ff.

⁷⁰⁷ Die Entschlüsselung war das Vorwort der kgl. Regierung des Rheinkreises zur Verfassungsurkunde, die am 12.06.1818 im AmBIPf. offiziell verkündet wurde (AmBIPf. 1818 S. 717; Döllinger, Sammlung I, S. 382).

⁷⁰⁸ AmBIPf. 1818, S. 717, 847.

nen. Allerdings hätte er seinen Antrag ausdrücklich nicht auf die Nichtigerklärung der gesamten Wahl gestellt, sondern nur auf eine Nachernennung der fehlenden pfälzischen Abgeordneten, um größeren Problemen und Umständlichkeiten, die mit einer Neuwahl einhergingen, vorzubeugen. Man würde mit der Nachernennung weiterer drei Abgeordneter den Interessen des Wahlkreises Pfalz gerecht, und zugleich würde insgesamt das Abgeordnetenverhältnis in der Kammer harmonischer, denn durch die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 141 auf 144 würde insgesamt eine genauere Annäherung an den Verteilungsschlüssel, den Titel VI § 9 BV 1818 vorsah, erreicht.⁷⁰⁹

Trotz des durchaus verfassungsrechtlich überzeugenden Vortrages von Heintz war der Vorschlag des ersten Sekretärs, dass die Kammer den Antrag von Heintz zurückweisen sollte⁷¹⁰ – Windwart empfahl im übrigen bei allen Reklamationen deren Ablehnung.⁷¹¹ Windwart begründete seine Ablehnung in der Sitzung vom 05. Januar 1846 damit, dass die Entschließung der königlichen Regierung der Pfalz, die Vollziehung der Verfassung in der Pfalz betreffend vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818, noch im Jahre 1818 aufgehoben worden wäre und somit nie in Vollzug gesetzt worden sei.⁷¹² Weiter brachte er eine Mitteilung des Innenministeriums vor, die am 20. Dezember 1845⁷¹³ der Kammer der Abgeordneten zugeleitet wurde.⁷¹⁴ In dieser Mitteilung nahm das Innenministerium Bezug auf die Protokolle einer Ministerialkonferenz im Jahre 1818, die ebenfalls das Thema der Aufstockung der Zahl der Abgeordneten in der Pfalz aufgrund des Nichtbestehens der Klasse I behandelte. Nach der Mitteilung kam die damalige Ministerialkonferenz zu dem Ergebnis, dass eine Aufstockung deshalb nicht stattfinde, da die Ermittlung der Abgeordnetenzahl für die einzelnen Kreise eben nicht aufgrund der Familienzahl der Kreise, sondern aufgrund des ständischen Prinzips in den einzelnen Ständeklassen stattzufinden habe. Würde man nun der Pfalz mehr Abgeordnete zugestehen und sich hierbei auf die Familienzahl berufen, so würde die in der Verfassung von 1818 verankerte ständische Gliederung der Kammer verletzt.⁷¹⁵ König Maximilian I. habe sodann dieser Entscheidung der Ministerialkonferenz seine Genehmigung erteilt.⁷¹⁶ Windwart wies schließlich darauf hin, dass in den in Folge einberufenen Ständeversammlungen die Bestimmung der Abgeordnetenzahl auch immer nach diesem Prinzip ablief und auch durch ein Ausschreiben vom 12. Dezember 1824 zur Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung dieses Prozedere nochmals bestätigt worden wäre. Die Entschließung der königlichen Regierung der Pfalz, die Vollziehung der Verfassung in der Pfalz, sei daher aufgehoben worden.⁷¹⁷ Heintz ergriff sogleich nach dem Vortrag Windwarts das

⁷⁰⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 80.

⁷¹⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 230 ff.

⁷¹¹ Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 1, S. 153.

⁷¹² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 241.

⁷¹³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 174.

⁷¹⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 237.

⁷¹⁵ Leeb, *Wahlrecht und Wahlen* I, S. 150.

⁷¹⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 239 f.

⁷¹⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 241.

Wort und führte nunmehr seinen Antrag wesentlich ausführlicher aus. Zunächst stellte er klar, dass er sich über die Entscheidung Windwarts und die des Ministeriums doch sehr wunderte, überwiegend deshalb, weil er dachte, es sei dem Ministerium schlicht ein Flüchtigkeitsfehler bei der Festlegung der Zahl der pfälzischen Abgeordneten unterlaufen – hieraus konnte man zum einen seine persönliche Enttäuschung über die ablehnende Entscheidung ersehen, darüber hinaus aber eine nicht unerhebliche Kritik gegenüber der Haltung der Regierung und der Empfehlung Windwarts.⁷¹⁸

Die verfassungsrechtliche Unhaltbarkeit der Ansicht Windwarts, wie Heintz es formulierte, begründete er im Anschluss ausführlich und abermals logisch strukturiert aufgebaut. Nachdem er nun nochmals die modifizierte Geltung der Verfassung in der Pfalz erläuterte und vertieft auf die Entschließung der königlichen Regierung der Pfalz, die Vollziehung der Verfassung in der Pfalz vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 einging, nahm er gezielt Stellung zu den Ausführungen Windwarts und denen des Ministeriums.⁷¹⁹ Hierbei wies er insbesondere auf zwei Reskripte bezüglich der Wahl der Kammer der Abgeordneten hin, welche die Behauptung, die Entschließungen vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 seien wieder aufgehoben worden, nicht nur entkräfteten, sondern vielmehr darüber hinaus seine Ansicht der modifizierten Geltung der Verfassung von 1818 in der Pfalz nochmals bestätigten. Einmal stellte er hierzu das königliche Vollzugsreskript zur Wahl zur Ständeversammlung vom 24. Oktober 1818 dar, das ausdrücklich festlegte, dass die Festsetzungen des Reskripts für die Pfalz nur insoweit galten, als dass die dort geltenden Besonderheiten nicht eine Abweichung erfordert hätten. Hiermit konnte, wie Heintz bemerkte, in einer Gesamtschau nur die Wahlklasse I der adeligen Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit gemeint sein. Weiter wies er auf ein Reskript vom 20. November 1818 hin, durch das ebenfalls bestimmt wurde, dass die besonderen Verhältnisse der Pfalz zu berücksichtigen waren.⁷²⁰ Die modifizierte Geltung der Verfassung in der Pfalz und die Gültigkeit der Entschließungen vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 wurden im Anschluss an die Ausführungen von Heintz auch kaum mehr bestritten.⁷²¹

Vor allen Dingen stellte sich nun die Problematik, was die tatsächlichen Auswirkungen dieser beiden Entschließungen vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 waren und ob die Berechnung der Zahl der Pfälzer Abgeordneten über den Schlüssel ein Abgeordneter je 7.000 Familien vonstatten gehen konnte oder ob dieser Schlüssel nur für die Ermittlung der Gesamtzahl der Abgeordneten im Königreich herangezogen werden durfte.

⁷¹⁸ „Ich muß gestehen, daß ich der Ansicht, war, es sey ein Versehen von Seite des Ministeriums gemacht worden, indem man unsere Gesetzgebung, wie wir sie in der Pfalz haben, nicht genau gekannt, und auf diese Art die Berechnung nach dem bisherigen Usus gemacht hat. Das Ministerium hat jedoch darauf geantwortet, und die Reclamation selbst als unbegründet bestritten. Die Gründe indeß, welche angeführt wurden, sind so unhaltbar, daß eine nur kurze Beleuchtung hinreichen wird, um Sie zu überzeugen, daß man gegen das, was wir verlangen, mit der Constitution in der Hand, nicht aufkommen kann.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 242 f.).

⁷¹⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 249 ff.

⁷²⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 250 f.

⁷²¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 298 f.; KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 36.

Die Debatte hierüber füllte nahezu zwei volle Sitzungstage der Kammer, den 05. und den 06. Januar 1846.⁷²² Heintz verteidigte in diesen Debatten beharrlich, doch immer wohlbe-gründet⁷²³ seinen Standpunkt und fand darin auch in Teilen Unterstützung vonseiten der Kammer.⁷²⁴ Wohl am ablehnendsten war die Haltung des Abgeordneten Vetterlein, ei-nes Karrieristen, der zwar insgesamt politisch schwer einzuordnen war,⁷²⁵ allerdings zu-mindest auf der Ständeversammlung 1845/46 zu den Abgeordneten zählte, die Abel zu-getan waren, obwohl er Protestant war.⁷²⁶ Es verwundert daher nicht, dass er sich auf einen Standpunkt stellte, der zuvor in ähnlicher Weise von Windwart und dem Innen-ministerium vertreten wurde, nämlich, dass durch ein königliches Ausschreiben die Zahl der Pfälzer Abgeordneten festgesetzt wurde und damit das in den Entschließungen vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 Zugesicherte „faktisch zurückgenommen worden“⁷²⁷ war. Heintz persistierte hier darauf, dass Vetterlein genau diejenige Textstelle im könig-lichen Ausschreiben benannte, durch welche die Entschließungen aufgehoben würden, was Vetterlein aber nicht konnte und deshalb allein auf den Vortrag des Abgeordneten Windwart verwies. Dieser ergriff sogleich das Wort, nannte eine Stelle im Schreiben des Innenministeriums, die auf ein Ergebnis, wie es Vetterlein vertrat, abzielte, verwahrte sich nunmehr aber der Behauptung, auch er sei dieser Ansicht gewesen.⁷²⁸ Dies wohl un-ter dem Druck der allgemeinen Tendenz der Kammer, die Entschließungen jedenfalls als gültig anzusehen. Präsident Rotenhan schlichtete die Situation damit, dass auch er zuge-stand, dass das Schreiben des Ministeriums eine bloße Behauptung der Aufhebung der Entschließungen enthielt, nicht deren konkreten Beleg.⁷²⁹ Ein solcher wurde in Folge der Verhandlungen auch nicht mehr erbracht und damit die Gültigkeit der Entschließungen nicht mehr bestritten.⁷³⁰

Letztendlich konnte man im Laufe der Debatte feststellen, dass nahezu alle Abgeord-neten die Pfalz als unterrepräsentiert ansahen und ihr einen Anspruch auf Ergänzung ihrer Abgeordneten zugestanden, so dass Heintz diesbezüglich einen Erfolg verbuchen konnte. Doch trotz dieser positiven Grundtendenz war die Kammer in zwei Lager ge-spalten, die im einzelnen unterschiedliche Standpunkte vertraten.⁷³¹ Das eine Lager folgte der Ansicht von Heintz,⁷³² dass in der Entschließung ein integrierter Bestandteil der in der Pfalz geltenden Verfassung zu sehen sei und damit ein direkter Anspruch auf schleu-

⁷²² Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 754 f.

⁷²³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 242, 256, 269, 277, 298, 300.

⁷²⁴ Götz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 274 ff.; Stockinger, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 286 ff.

⁷²⁵ Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Vetterlein.

⁷²⁶ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 745.

⁷²⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 299.

⁷²⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 299.

⁷²⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 299 f.

⁷³⁰ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 36.

⁷³¹ Leeb, *Wahlrecht und Wahlen I*, 150 f.

⁷³² Etwa Stockinger, Scholler, Closen, Wagner, Götz, Bauer, Lerchenfeld, Scheurl (KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 33).

nigster Anpassung der Abgeordnetenzahl bestehe. Innerhalb dieses Lagers wurde teilweise mit Heintz für eine Anpassung entsprechend der Quote ein Abgeordneter je 7.000 Familien im Kreis der Pfalz plädiert,⁷³³ überwiegend⁷³⁴ sah man hier aber einen Widerspruch zur Verfassung, wie sie im rechtsrheinischen Bayern galt, und forderte eine Ergänzung auf anderer Grundlage, etwa fiktiver Berechnung der fehlenden Sitze durch die Nichtexistenz der Abgeordneten der Klasse I in der Pfalz. Das andere Lager⁷³⁵ sah in der Entschließung lediglich ein vom König gegebenes Wort, nicht einen sofortigen Anspruch der Pfalz. Zudem standen diese Abgeordneten auch der Ergänzung über die Quote 1 zu 7.000 kritisch gegenüber und forderten jedenfalls eine Lösung auf verfassungsmäßigem Wege, also einer ausdrücklichen Regelung der Problematik per Gesetz.⁷³⁶ Sogar Innenminister Abel schien schließlich einer derartigen Lösung nicht abgeneigt, da er zumindest nicht gegen diese Tendenzen in der Kammer das Wort ergriff.⁷³⁷ In der Kammer entwickelte sich daher die allgemeine Haltung, grundsätzlich durch die Entschließungen vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 einen Anspruch der Pfalz auf Ergänzung ihrer Abgeordneten anzuerkennen, dass allerdings über die Frage der Art und Weise, wie dies geschehen solle, der dritte Ausschuss, für die Gegenstände der inneren Reichsverwaltung, zu beraten hätte. Diese Haltung war maßgeblich zurückzuführen auf einen Antrag von Closen, dem schließlich auch Heintz zustimmte.⁷³⁸ Seine Zustimmung beruhte aber nicht auf der Überzeugung, dass dieses Vorgehen das juristisch Richtige war, sondern eher darauf, dass er erkannte, dass die Kammer in die eben beschriebenen Lager gespalten war, im Grundtenor aber allgemein die Unterrepräsentation der Pfalz anerkannte und damit auch im Kernpunkt seinem Antrag positiv gesinnt war. Auf diesem Wege hoffte er, zu einem günstigen Ergebnis für seine Pfalz zu kommen, anstatt die Fronten in der Kammer zu deren Ungunsten zu verhärten. Die Kammer beschloss sodann nahezu einstimmig den Antrag Closens und damit einen Anspruch der Pfalz auf Ergänzung und die weitere Ermittlung im dritten Ausschuss.⁷³⁹

Im dritten Ausschuss war sodann auch Closen Referent für die Angelegenheit.⁷⁴⁰ Closen erarbeitete aus den bereits teilweise in der Debatte der Kammer angesprochenen Schwierigkeiten seinen Schlussantrag zur Ergänzung der pfälzischen Abgeordneten.⁷⁴¹ Er gelangte zu dem Ergebnis, dass die Angelegenheit zusammen mit der Kammer der

⁷³³ So etwa Götz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 274.

⁷³⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 360.

⁷³⁵ Etwa Friedrich, Vogel, Edel, Städler, Kirchgessner, Schwindl (KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 33).

⁷³⁶ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 33.

⁷³⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 375; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 359.

⁷³⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 365 f., 367.

⁷³⁹ „Die Kammer erkennt, dass die Pfalz auf die ihr bei Einführung der Verfassung daselbst in Gemäßheit der allerhöchsten Rescripte vom 22. und 24. Mai, dann 05. Oktober 1818 (Amtsblatt des Rheinkreises Seite 718 und 847) zugesicherte Ergänzung Anspruch habe. Ueber die Art und Weise, wie diese Ergänzung auszumitteln sey, habe der III. Ausschuss Bericht zu erstatten.“ (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 382 f.).

⁷⁴⁰ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 33.

⁷⁴¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 353.

Reichsräte auf legislativem Wege entschieden werden sollte. Es sollte daher nicht im Wege der Reklamation die Frage der Erhöhung der Zahl der Pfälzer Abgeordneten entschieden werden, sondern im Wege einer gemeinsamen Petition beider Kammern an den König, die darauf gerichtet sein sollte, dass ein entsprechendes Gesetz zur Ergänzung der Pfälzer Abgeordneten durch die Regierung der Ständeversammlung vorgelegt werde.⁷⁴² Dem von Closen Vorgeschlagenen stimmte der dritte Ausschuss am 21. Februar 1846 einstimmig bei.⁷⁴³ Dieser Beschlussvortrag kam am 24. März 1846 zur weiteren Beratung in die Kammer der Abgeordneten, wo er auf weitgehendes Einverständnis der Deputierten stieß. Auch Heintz erklärte sich mit dem Beschluss einverstanden, nun doch eine Petition an den König zu richten, doch wie bereits zuvor nicht aus dem Grunde, dass er ein Gesetz für die Aufstockung der pfälzischen Abgeordneten als notwendig erachtete, wie dies die meisten Kammermitglieder taten, sondern letztendlich aus Billigkeitsgründen – er wollte hiermit der Regierung zugestehen, ein entsprechendes Gesetz zu entwickeln.⁷⁴⁴ Nichtsdestoweniger stellte Heintz auch hier abermals klar, dass es nach seiner Ansicht für die Aufstockung der Zahl der Abgeordneten für die Pfalz eines speziellen Gesetzes nicht bedürfe, sondern die Aufstockung schon in der modifizierten Geltung der Verfassung in der Pfalz und der verfassungsrechtlichen Natur der königlichen Entschlüsse vom 12. Juni 1818 und 05. Oktober 1818 begründet sei.⁷⁴⁵ In diesem Punkt lässt sich deutlich erkennen, dass Heintz zwar ausdrücklich auf seiner Meinung beharrte und dies auch scharf juristisch begründete, allerdings doch für Kompromisse offen war, um eine konstruktive Lösung der Angelegenheiten finden zu können. Ein Beharren auf seiner ursprünglichen Reklamation hätte wohl eine Ablehnung durch die Kammer der Abgeordneten bedeutet, da sie sich nicht über eine konkrete Berechnung der Erhöhung der pfälzischen Abgeordneten einigen konnte. Die Kammer nahm schließlich den vom Ausschuss vorgeschlagenen Beschluss⁷⁴⁶ einstimmig an. Am 07. April 1846 hielt der Referent des dritten Ausschusses der Kammer der Reichsräte seinen Vortrag.⁷⁴⁷ Auch er war der Ansicht, dass es zur Reglung der Unterrepräsentation der Pfalz in der Kammer der Abgeordneten eines förmlichen Gesetzes bedürfe, und empfahl daher dem Ausschuss die Beistimmung zu der von der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Petition an den König,⁷⁴⁸ was sodann einstimmig geschah.⁷⁴⁹ In der Kammer der Reichsräte selbst wurde

⁷⁴² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 373.

⁷⁴³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 378.

⁷⁴⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 512.

⁷⁴⁵ KdA 1845/46 Protokolle Bd. 5, S. 512, 519.

⁷⁴⁶ „1) Seine Majestät zu bitten, wo möglich noch im Laufe gegenwärtiger Versammlung einen Gesetzes-Entwurf an die Stände gelangen zu lassen, wodurch der durch das allerhöchste Rescript vom 05. Oktober 1818 begründete Anspruch der Pfalz auf Ersatz des in Folge des Mangels an Gutsbesitzern mit Gerichtsbarkeit verursachten Abgangs an den diesen Regierungs-Bezirk treffenden Abgeordneten verwirklicht werde; 2) gegenwärtigen Beschluß mit dem Antrage des Abgeordneten Heintz der Kammer der Reichsräte zu übergeben, mit dem Ersuchen, denselben der gleichfalligen Berathung zu unterstellen.“ (KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 378).

⁷⁴⁷ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 29 ff.

⁷⁴⁸ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 40.

⁷⁴⁹ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 6, S. 45.

die Angelegenheit am 22. April 1846 verhandelt.⁷⁵⁰ Hier wurden einige Stimmen vonseiten der Konservativen laut, die eine Schmälerung der adeligen Klasse I der Kammer der Abgeordneten dadurch befürchteten, dass die Pfalz nun ohne adelige Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit dennoch einen Ausgleich in dieser Klasse bekommen sollte. Nach ihrer Ansicht würde sich so das Kräfteverhältnis zuungunsten des Adels auswirken, und deshalb sprachen sie sich gegen die Beistimmung der Kammer der Reichsräte zur Petition der Kammer der Abgeordneten aus.⁷⁵¹ Dennoch war die überwiegende Mehrheit für die Petition zu gewinnen, so dass schließlich der Reichsrat mit 24 zu 9 Stimmen zustimmte⁷⁵² und der Gesamtbeschluss der Kammern am 28. April 1846 in der Kammer der Abgeordneten verlesen werden konnte.⁷⁵³

Der im Wesentlichen von Abel erstellte Abschied für die Ständeversammlung fiel allgemein gerade in Bezug auf die Wünsche und Anträge der Kammern an die Krone sehr enttäuschend aus, insbesondere deshalb, weil diese entweder direkt abgelehnt wurden oder aber lediglich eine unverbindliche Prüfung der Angelegenheiten zugesagt wurde.⁷⁵⁴ Gerade die Heintzsche Reklamation hatte der Staatsrat dem König zur Ablehnung empfohlen, da die Entscheidung, wie genau die pfälzischen Abgeordneten zu ergänzen seien, derart schwierig sei, dass eine zügige Gesetzesvorlage diesbezüglich nicht möglich sei.⁷⁵⁵ Die Erwähnung der Heintzschen Reklamation im Abschied für die Ständeversammlung war wenn auch keine direkte Ablehnung, doch ein Musterbeispiel für ein unverbindliches, gar nichtssagendes Prüfungsversprechen der Krone.⁷⁵⁶ Dies vor Augen verwundert es nicht, dass gerade radikalliberale Pfälzer wie etwa der Publizist Dr. Georg Friedrich Kolb⁷⁵⁷ von den Ergebnissen der Ständeversammlung 1845/46 enttäuscht waren, besonders da diese so vielversprechend angefangen hatte.⁷⁵⁸ Man kann sich gut vorstellen, dass

⁷⁵⁰ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 152 ff.

⁷⁵¹ Etwa KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 155 ff.

⁷⁵² KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 181, 246.

⁷⁵³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 286 f.

⁷⁵⁴ Götschmann, Parlamentarismus, S. 765.

⁷⁵⁵ BayHStA, (SR) 2396, 879; Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 151 f.

⁷⁵⁶ „Was den Antrag auf Ergänzung der Zahl der Abgeordneten aus der Pfalz betrifft, so wollen Wir Uns vorerst die nähere Würdigung der Sache in allen ihren Beziehungen vorbehalten haben.“ (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 30).

⁷⁵⁷ Dr. Georg Friedrich Kolb, geb. 14.09.1808, gest. 16.05.1884, 1826 Übernahme der väterlichen Druckerei und Eintritt in die Redaktion der Neuen Speyerer Zeitung, 1830 Herausgeber der Neuen Speyerer Zeitung, 1831 auf der Seite der radikal-liberalen Pfälzer Abgeordneten Willich und Culmann, 1832 journalistische Unterstützung des Hambacher Fests, anschließend Verhaftung und Prozess, Freispruch, 1834 Mitarbeit am Staatslexikon von Rotteck und Welcker, 1838 Stadtrat Speyer, März 1848 Bürgermeister Speyer, 27.04.1848 Kammer der Abgeordneten, 1848 Mitglied Vorparlament, Mitglied Fünzigerausschuss Frankfurt, 1848/49 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, 1849 Mitglied Stuttgarter Rumpfparlaments, Exil in Zürich, 1859 Frankfurt, Mitarbeit an der demokratischen Frankfurter Zeitung, 1871 Niederlegung Landtagsmandats wegen Kriegs gegen Frankreich (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Kolb).

⁷⁵⁸ „Ueberblickt man die unmittelbaren Ergebnisse des jüngsten bayerischen Landtags, so wird man sich einer arg niederdrückenden Empfindung nicht erwehren können; und namentlich werden Diejenigen ein solches Gefühl nicht von sich abzuwenden im Stande seyn, welche noch nicht von vorn herein aller Hoffnungen auf das landständische Verfassungswesen sich völlig entschlagen hatten.“ (Kolb, Der Baierische

auch Heintz als Antragsteller enttäuscht vom Ausgang der Sache gewesen ist, war er doch als Neuling in der Kammer der Abgeordneten noch mit mehr Zuversicht in die Verhandlungen gegangen, gerade in Bezug auf eine Veränderung der pfälzischen Repräsentation, die ihm wegen seiner starken Verbundenheit zu seiner Heimat doch sehr am Herzen lag. Zudem klang bereits mit der nicht unumschränkten Annahme seines ursprünglichen Antrages in der Kammer der Abgeordneten ein Stück weit Enttäuschung und Verwundung über die Haltung der Regierung und des Berichterstatters mit. Hatte er sich nur aus Gründen der Billigkeit zu einer Modifikation seines Antrages bewegen lassen und musste er nun sehen, wie nichtssagend die Prüfung dieser Angelegenheit zugesichert worden war, kann er nichts anderes als enttäuscht über dieses Ergebnis gewesen sein.

bb. Authentische Interpretation des Titel VI § 12 BV 1818, rücksichtlich seiner Anwendung auf die Pfalz

Ein weiteres Eintreten für seine Heimat zeigt sich uns in einer Petition von Karl Friedrich Heintz und anderen pfälzischen Abgeordneten auf authentische Interpretation der Verfassung. Einige Pfälzer Abgeordneten,⁷⁵⁹ darunter auch Heintz, eigneten sich zwei Eingaben von Pfälzer Bürgern an und stellten in diesem Zusammenhang einen Antrag an die Kammer der Abgeordneten darauf, eine Bitte, also eine Petition, an den König auf „authentische Interpretation des §. 12 Absatz 2. Titel VI. der Verfassungs-Urkunde rücksichtlich seiner Anwendung auf die Pfalz“ zu richten.⁷⁶⁰ Zwar waren beide Eingaben der Bürger nicht konkret auf eine solche authentische Interpretation des Titel VI § 12 BV 1818 gerichtet, stellten vielmehr tatsächlich Verfassungsbeschwerden gem. Titel VII § 21 BV 1818 dar, doch standen sie eng mit einer authentischen Interpretation der Verfassung in Verbindung. Die Eingabe des Adam Weber aus Kaiserslautern ging dahin, dass dieser bei der Kammer der Abgeordneten eine Verfassungsverletzung geltend machte,⁷⁶¹ da er wegen einer Verurteilung in einer geringfügigen Sache – einer Ohrfeige, die keine bleibenden Folgen beim Geschädigten hinterließ – seine passive Wahlfähigkeit verlor.⁷⁶² Die Eingabe mehrerer Jagdpächter aus Speyer und Umgebung verlangte eigentlich die Aufhebung oder Modifikation der in der Pfalz im Vergleich zum rechtsrheinischen Bayern strengen Vorschrift des § 4 b) der JagdVOPf 1815, der das Schießen einer Rehgeiß mit einer Vergehensstrafe belegte.⁷⁶³ Auch hierbei wurde aber der Verlust der passiven Wahlfähigkeit im Zusammenhang mit Titel VI § 12 BV 1818⁷⁶⁴ angesprochen.⁷⁶⁵

Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 251).

⁷⁵⁹ Willich, Scholler, Heintz, Reudelhuber, Stockinger, Lilier, Christmann, Hack, Brunk und Eppelsheimer (KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 8).

⁷⁶⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 92.

⁷⁶¹ Zur Verfassungsbeschwerde gem. § 21 BV 1818 allgemein: Müller, Verfassungsbeschwerde

⁷⁶² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 15 ff.

⁷⁶³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 8 ff.

⁷⁶⁴ „Er muß sich zu einer der drey christlichen Religionen erkennen und darf niemals einer Special-Untersuchung wegen Verbrechen oder Vergehen unterlegen haben, wovon er nicht gänzlich freigesprochen worden ist.“

⁷⁶⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 11.

Beide Male war daher eine Benachteiligung pfälzischer Bürger hinsichtlich ihres grundsätzlich verfassungsrechtlich zugestandenen Rechtes der passiven Wahlfähigkeit wegen der strengeren Ausgestaltung des pfälzischen Strafrechtes Kern der Beschwerde.

Auf die ungleichen verfassungsrechtlichen Folgen strafrechtlicher Verurteilungen in den königlich bayerischen Landen diesseits und jenseits des Rheins richtete sich auch die Petition der Pfälzer Abgeordneten. Insgesamt unterteilte man strafrechtliche Delikte zwar sowohl in der Pfalz wie auch im rechtsrheinischen Bayern in Verbrechen, Vergehen und Polizeiübertretungen. Allerdings fielen in der Pfalz einige Delikte, wie etwa die beiden Fälle in den gerade genannten Verfassungsbeschwerden, die im rechtsrheinischen Bayern als bloße Polizeiübertretungen geahndet wurden, bereits unter die Kategorie der Vergehen und unterlagen der zuchtpolizeilichen Bestrafung.⁷⁶⁶ Allein Polizeiübertretungen, die sozusagen die unterste Schwelle von Gesetzesübertretungen bildeten, also Bagatellsachen waren, sollten aber nach Titel VI § 12 BV 1818 nicht zum Verlust der passiven Wahlfähigkeit führen, keineswegs wurde aber die verfassungsrechtliche Vorschrift wegen ihres eindeutigen Wortlautes⁷⁶⁷ hinsichtlich der unterschiedlichen Ausgestaltung des Strafrechts differenziert betrachtet. Dies hatte zur Folge, dass es zu einer Ungleichbehandlung der Pfälzer dergestalt kam, dass sie wegen nur geringfügiger Delikte, die im rechtsrheinischen Bayern für die Wahlfähigkeit unbeachtlich gewesen wären, von den Wahllisten gestrichen wurden.⁷⁶⁸ Heintz, zum einen Antragsteller, zugleich aber auch Referent des ersten Ausschusses in dieser Sache, empfahl dem Ausschuss selbstverständlich, die Begründetheit des Antrags anzunehmen und diesem zuzustimmen.⁷⁶⁹ Für seine Empfehlung brachte er nochmals zum Ausdruck, dass tatsächlich in der Pfalz ein weitaus ausgedehnterer Begriff bei Vergehen galt und dass der Verlust der passiven Wahlfähigkeit hier in einigen Fällen vollkommen übertrieben sei, wofür er sodann neben den beiden Fällen der von den Bürgern eingereichten Verfassungsbeschwerden einige anschauliche Beispiele darstellte, die tatsächlich die Absurdität einer solch schweren Folge verdeutlichten. So wäre etwa die Besorgung eines Briefes durch einen Reisenden in der Pfalz als Vergehen bestraft worden wie auch die Nichtanzeige der Geburt eines ehelichen Kindes durch den Ehemann an den „Civilstandsbeamten“⁷⁷⁰ in der gesetzlichen Frist. Sogar Straftaten, die im rechtsrheinischen Bayern überhaupt nicht strafbar gewesen wären, wie das Tragen eines Stockdegens, hätten in der Pfalz eine derartige Bestrafung nach sich gezogen.⁷⁷¹ Weiter argumentierte er damit, dass Titel VI § 12 BV 1818 nur auf die rechtsrheinische Rechtslage bezogen sein konnte. Neben der Begründung, dass die Verfassung schon im Grundsatz für das rechtsrheinische Bayern entworfen war und sodann „auch auf den Rheinkreis ausgedehnt“ wurde, „jedoch mit den Modificationen, welche die dem

⁷⁶⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 6.

⁷⁶⁷ „darf niemals einer Special-Untersuchung wegen Verbrechen oder Vergehen unterlegen haben“.

⁷⁶⁸ Haan, Die Stellung der Pfalz, in: Kraus, Land und Reich, S. 462; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 7.

⁷⁶⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 2.

⁷⁷⁰ Entspricht etwa dem heutigen Standesbeamten.

⁷⁷¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 3.

Rheinkreis gesicherten Institutionen erfordern⁷⁷², argumentierte er mit dem Wortlaut der Verfassung, „Special-Untersuchung“, denn das pfälzische Strafprozessrecht kannte entgegen dem bayerischen nicht einmal die Unterscheidung zwischen General- und Spezialuntersuchung, so dass die Verfassung hier die Besonderheiten der Pfalz schon nicht berücksichtigt haben konnte.⁷⁷³ Wegen des Erfordernisses der Gleichheit der politischen Rechte aller Staatsbürger könne aber die Unterschiedlichkeit der Strafgesetze in der Pfalz und damit die unterschiedliche Bestrafung derselben Tat nicht zu einer unterschiedlichen Beurteilung der Wahlfähigkeit führen.⁷⁷⁴ Daneben machte Heintz deutlich, dass man bei der Handhabung anderer Gesetze durchaus die Unterschiedlichkeit der Strafgesetze berücksichtigte und hier auch die strengeren Strafgesetze der Pfalz anders gewichtete, indem man bei gewissen Taten über den härteren Strafausspruch hinweg sah, wenn diese im rechtsrheinischen Bayern milder bestraft worden wären – diese Praxis konnte man ausgezeichnet bei der Handhabung der „Ausschließung von der Ehre der Waffen“, der Fähigkeit, Wehrdienst zu leisten, erkennen.⁷⁷⁵

Der Ausschuss trat nach dem Heintzschen Vortrag am 08. Mai 1846 dem Antrag der Pfälzer Abgeordneten ohne Modifikationen einstimmig bei,⁷⁷⁶ und auch in der Kammer der Abgeordneten wurde der Antrag nach vergleichbarer Argumentation von Heintz⁷⁷⁷ einstimmig angenommen⁷⁷⁸ und der Beschluss an die Kammer der Reichsräte weitergeleitet,⁷⁷⁹ wo ebenso die Annahme des Antrags vom Referenten „dringend unterstützt“⁷⁸⁰ wurde und ohne Diskussion dem Antrag einstimmig zugestimmt wurde,⁷⁸¹ so dass am 18. Mai 1846 Heintz den Gesamtbeschluss beider Kammern verlesen konnte.⁷⁸² Im Ergebnis wies aber die Krone mit dem Abschluss für die Ständeversammlung die Petition der Pfälzer in dieser Sache zurück, sprach vielmehr die Notwendigkeit der Revision der Strafgesetze in der Pfalz an und verwies darauf, das eine solche bereits in Arbeit sei.⁷⁸³

e. Weitere Äußerungen von Heintz auf der Ständeversammlung

Karl Friedrich Heintz' politische Einordnung wie auch die Klärung seiner Haltung zu grundsätzlichen Fragen hinsichtlich einer Vielzahl von Themengebieten gelingen bereits bei einem Blick auf die Ständeversammlung 1845/46, denn neben seiner bereits darge-

⁷⁷² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 5.

⁷⁷³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 2.

⁷⁷⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 3.

⁷⁷⁵ KdA 1845 Protokolle, Bd. 13, S. 126, 129.

⁷⁷⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 9, S. 24 f.

⁷⁷⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 129 ff., 132.

⁷⁷⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 134.

⁷⁷⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 166 f.

⁷⁸⁰ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 469.

⁷⁸¹ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 469.

⁷⁸² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 391 ff.

⁷⁸³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 31, 40.

stellten Beteiligung in den Debatten der zweiten Kammer und dem hieraus Ersichtlichen meldete sich Heintz zu einem breiten Spektrum von Beratungen zu Wort und ließ hierbei seine persönlichen Ansichten deutlich erkennen.

aa. Verfassungs- und Gesetzestreue

In der Personalakte des Justizministeriums von Karl Friedrich Heintz lesen wir in seinen Beurteilungen der Jahre 1833 und 1838 von seiner treuen Überzeugung hinsichtlich des „monarchischen Prinzips“⁷⁸⁴ und seinen „treuesten Gesinnungen“⁷⁸⁵. In den Kammerverhandlungen fällt seine strenge Verfassungs- und Gesetzestreue ebenfalls auf, wenn wir unseren Blick auf vor allem zwei Debatten in der Kammer der Abgeordneten auf der Ständeversammlung 1845/46 werfen, wodurch sich somit die Beurteilungen von Justizminister Schrenck und Regierungspräsident Wrede bewahrheiten. Besonders gut ersichtlich wird dies gleich zu Beginn der Sitzungen bei der Reklamation des Pfälzer Abgeordneten Stockinger und später bei der Verfassungsbeschwerde des Rittergutsbesitzers Siechart.

Der Pfälzer Advokat Stockinger, Abgeordneter aus Frankenthal, wollte die gesamten Wahlen der Wahlklassen IV und V in der Pfalz für ungültig erklären lassen.⁷⁸⁶ Die Wahlen seien nach seiner Auffassung deshalb ungültig gewesen, da eine erhebliche Zahl von Bürgern von der passiven Wahl ausgeschlossen worden war, weil bei der Erstellung der Wahllisten die gezahlte Gewerbesteuer nicht mehr wie üblich mit einbezogen wurde und damit weniger Bürger den notwendigen Zensus erreichten.⁷⁸⁷ Die Reklamation Stockingers wurde in der Sitzung vom 08. Januar 1846 in der Kammer der Abgeordneten verhandelt.⁷⁸⁸ Da sich im Laufe dieser Sitzung ergab, dass auch in allen anderen Kreisen die Gewerbesteuer nicht oder nicht mehr berücksichtigt wurde und damit Stockinger im Anschluss an einen Antrag des Abgeordneten Kolb seinen Antrag auch auf alle Kreise ausdehnte, wurde der Antrag mit einer starken Mehrheit in der Kammer zurückgewiesen.⁷⁸⁹ Was wohl vorwiegend auf die Argumentation Abels zurückzuführen war, dass die Zusammensetzung der Kammer der Abgeordneten auf ständischen Prinzipien beruhte.⁷⁹⁰

Obgleich der Antrag Stockingers zurückgewiesen worden war und somit eher von untergeordneter Bedeutung war, stellt sich die Debatte zu seinem Antrag als äußerst interessant in Bezug auf die Verfassungstreue von Heintz dar. Im Laufe der Debatte hatte der Abgeordnete Vetterlein eine Modifikation des Antrags von Stockinger eingebracht, die darauf fußte, dass die Regierung zwar in völliger Übereinstimmung mit der Verfassung

⁷⁸⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 18.

⁷⁸⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 22.

⁷⁸⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 55 f., 386; zum Antrag Stockingers auch: Leeb, Wahlrecht und Wahlen I, S. 148 f.; Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 152 f.

⁷⁸⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 55, 386 ff.

⁷⁸⁸ KdA 1845/46 Protokolle Bd. 1, S. 386 ff.

⁷⁸⁹ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 152; Götschmann, Parlamentarismus, S. 755.

⁷⁹⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 514.

die Wahllisten erstellt habe, dass aber der Zeitgeist eine wesentlich ausgedehntere passive Wahlfähigkeit verlange; die Kammer solle daher einen entsprechenden Wunsch an die Krone bringen.⁷⁹¹ Heintz kritisierte diese Modifikation auf rein formeller verfassungsrechtlicher Grundlage. Er merkte an, dass die Modifikation des Abgeordneten Vetterlein, wenn sie das verfassungsmäßige Handeln der Regierung unterstellte, zugleich einen Antrag in der Form eines Wunsches enthielte, die Verfassung zu ändern. Nach der Auffassung von Heintz stand Titel X § 7 BV 1818 der Möglichkeit entgegen, dass die Ständeversammlung auch nur einen Wunsch zur Verfassungsänderung vorbrachte. Zwar war dies nicht eindeutig aus dem Wortlaut der Verfassung hervorgegangen, da dieser nur davon sprach, dass die Ständeversammlung keine Vorschläge zur Änderung der Verfassung vorbringen konnte, doch sei auch das Vorbringen eines Wunsches zur Verfassungsänderung nicht zulässig gewesen, da auch ein solcher nicht mit dem Geist der Verfassung in Einklang gestanden habe.⁷⁹² Die Verfassung war nach seiner Ansicht so unverletzlich, dass diese auch durch das bloße Vorbringen eines Wunsches nicht angefochten werden durfte. Der Wunsch auf Interpretation der Verfassung sei aber freilich möglich gewesen. Mit diesem Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der Verfassung in Verbindung stand auch sein klares Bekenntnis zur Erbmonarchie,⁷⁹³ wie sie dort verankert war.⁷⁹⁴

Seine Stellungnahme in der Debatte zeigt uns Heintz zum einen als streng verfassungstreuen Abgeordneten, der nicht die Durchsetzung politischer Ziele um jeden Preis verfolgte. Denn durch seine Äußerungen in der Kammer besteht kein Zweifel daran, dass auch er grundsätzlich für eine Ausweitung der passiven Wahlfähigkeit gewesen war, dennoch will er dieses Ziel nicht durch Angriffe auf die Verfassung vonseiten der Ständeversammlung erreichen. Für ihn sollte die Verfassung gegen sämtliche Angriffe, auch wenn nur in Form von Petitionen geäußert, geschützt werden. Zugleich zeigt sie ihn uns aber auch eindeutig als gemäßigt Liberalen,⁷⁹⁵ da insbesondere im Streitpunkt des Petitionsrechtes der Ständeversammlung in Bezug auf Verfassungsgesetze Heintz eine eher konservative Meinung vertrat. Gerade die Frage, ob der Ständeversammlung oder dem Landtag ein solches Petitionsrecht zustand, war auch noch nach der Zeit des Reformlandtages von 1848, infolgedessen den Kammern ein Initiativrecht eingeräumt wurde,⁷⁹⁶ in der Rechtswissenschaft heftig umstritten.⁷⁹⁷ Die Kammer der Abgeordneten stellte

⁷⁹¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 429.

⁷⁹² Diese Argumentation zur Ablehnung eines Petitionsrechtes bezogen auf Verfassungsgesetze für die Ständeversammlung geht in dieselbe Richtung wie eine wenn im Ergebnis auch abgelehnte Ansicht, dargestellt in: Seydel, Staatsrecht II, S. 21 ff.

⁷⁹³ „Wenn Sie die eine Bestimmung in der Verfassung wunschweise abändern, dann könnten Sie eben so gut in bewegten Zeiten den Wunsch in der Kammer laut werden lassen auf Abänderung der Thronfolge, und wozu würde dies führen? Deswegen werde ich einem Wunsche auf Abänderung der Verfassung nicht zustimmen.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 494).

⁷⁹⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 493 ff.

⁷⁹⁵ Gerade etwa Kolb, der nicht nur gemäßigt liberal einzustufen ist, sieht diesen Punkt deutlich anders als Heintz. Vgl. etwa: Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 229.

⁷⁹⁶ S.u. S. 231 ff.

⁷⁹⁷ Zum damaligen Streitstand siehe: Seydel, Staatsrecht II, S. 21 ff.

sich aber bereits seit der Ständeversammlung 1827/28 auf den Standpunkt, dass ein einfaches Petitionsrecht in Verfassungsangelegenheiten bestand, später unterstützten auch namhafte bayerische Staatsrechtler wie Max Anton von Seydel und Josef von Pözl diese Ansicht.⁷⁹⁸

Ähnlich verhielt es sich auch mit der Verfassungsbeschwerde der Rittergutsbesitzer von Siechart und von Beulwitz, die im übrigen die letzte Verfassungsbeschwerde gewesen ist, welche die gutherrliche Gerichtsbarkeit zum Beschwerdegegenstand hatte.⁷⁹⁹ Den beiden adeligen Rittergutsbesitzern wurde die Ausübung ihrer Patrimonialgerichtsbarkeit durch Entschließung der Regierung von Oberfranken vom 09. und 19. Oktober 1840 suspendiert, da ihre Güter im Mitbesitz Nichtadeliger standen – der wegen morgantischer Ehen bürgerlich gewordenen Schwestern von Siecharts, und dies, obgleich die Gerichtsbarkeit nur durch die Adeligen von Siechart und von Beulwitz ausgeübt wurde, worin sie eine Verletzung von Titel IV § 8 BV 1818⁸⁰⁰ sahen.⁸⁰¹ Auch beide Kammern waren der Ansicht, dass ein Ruhen der Patrimonialgerichtsbarkeit nur dann in Frage kam, wenn sie nicht mehr durch einen Adeligen ausgeübt werden konnte, der im Mitbesitz des betreffenden Gutes war, nicht aber bereits dann, wenn das Gut nicht in adeligem Alleinbesitz stand – die Vorschriften über das Ruhen der Gerichtsbarkeit⁸⁰² sollten sich zudem vorwiegend auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit und nicht auf den bloßen Besitz beziehen. Entschieden wurde die Verfassungsbeschwerde durch den König letztlich nicht mehr, da sie sich durch die Gesetzgebung des Jahres 1848 erledigte.⁸⁰³ Karl Friedrich Heintz war in der Debatte diesbezüglich in der Kammer der Abgeordneten der Meinung, dass die Patrimonialgerichtsbarkeit im konkreten Fall weiter bestand.⁸⁰⁴ Betrachtet man diese Entscheidung näher, sieht man dadurch eindeutig, dass Heintz hier klar nach Gesetz entschied, auch wenn er persönlich nicht für die Ausübung der gutherrlichen Gerichtsbarkeit gewesen war, was außer Zweifel steht, wenn man sich seine Vorliebe für das französisch-pfälzische Rechtssystem und auch seine späteren Äußerungen zur Patrimonialgerichtsbarkeit⁸⁰⁵ vor Augen führt. Heintz trennte daher klar zwischen politischen Entscheidungen und rechtlicher Würdigung eines Umstandes und entschied sodann nach Gesetz und nicht nach politischer Überzeugung, diese Geradlinigkeit wird uns im Laufe der Zeit noch häufiger ins Auge stoßen.

Religionspolitik

Als Sohn eines bedeutenden und einflussreichen protestantischen Geistlichen interessiert freilich Karl Friedrich Heintz' Einstellung zu Religion und Religionspolitik. Altstöt-

⁷⁹⁸ Seydel, Staatsrecht II, S. 22, 26; Pözl, Bayerisches Verfassungsrecht, S. 468

⁷⁹⁹ Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 159.

⁸⁰⁰ „Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.“ (Titel IV § 8 BV 1818).

⁸⁰¹ KdRR 1845/46 Beilagen, Bd. 5, S. 134 ff.

⁸⁰² Insbesondere Art. 133 VI. Beil. BV 1818.

⁸⁰³ Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 160.

⁸⁰⁴ KdA 1845 Protokolle, Bd. 13, S. 153.

⁸⁰⁵ S.u. S. 202 ff.

ter nannte Heintz einen überzeugten Protestanten,⁸⁰⁶ und tatsächlich zeigt sich uns, dass Heintz in seinem eigenen religiösen Bekenntnis tief verwurzelt war. Auf der Ständeversammlung zeigen insbesondere seine Äußerungen zur Verfassungsbeschwerde der Abgeordneten Dekan Johann Friedrich Bauer⁸⁰⁷ und Johann Georg Langguth⁸⁰⁸ wegen der „Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der protestantischen Kirche in Bayern durch das königlich Ministerium des Inneren betreffend“⁸⁰⁹, welche Bedeutung für ihn Religion hatte und inwieweit auch seine Konfession und Erziehung Einfluss auf sein politisches Verständnis hatten.

Die Mitglieder der Generalsynoden⁸¹⁰ in Ansbach und Bayreuth vom Jahre 1844 wandten sich 1845 wegen der mehrfachen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der protestantischen Kirche im Wege der Verfassungsbeschwerde an den König.⁸¹¹ Nachdem sämtliche Beschwerden „nach Vernehmung des Staatsrathes als durchaus unbegründet abgewiesen wurden“⁸¹², sahen sich die protestantischen Abgeordneten Bauer und Langguth in der Pflicht, die Beschwerdepunkte als eigenen Antrag an die Kammer der Abgeordneten auf Beschwerdeführung der Ständeversammlung zu formulieren, um in diesen Punkten „Abhilfe im verfassungsmäßigen Wege“⁸¹³ zu erzielen.⁸¹⁴ Der Antrag umfasste vier Punkte, die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Generalsynoden, die erschwerte Bildung neuer protestantischer Gemeinden, die Beschränkung des Gottesdienstes zerstreut wohnender Protestanten und schließlich die Ungleichbehandlung von minderjährigen Protestanten und Katholiken beim Konfessionswechsel sowie beim Religionsunterricht.⁸¹⁵ Insgesamt wurde dieser Antrag nur teilweise von der Kammer der Abgeordneten unterstützt, da die katholisch-konservative Fraktion unter der Führung des Abgeordneten Döllinger erheblichen Widerstand gegen den Antrag leistete. Es gelang zum einen, katholische Abgeordnete, die eigentlich liberal gesinnt waren, gegen den Antrag zu mobilisieren, zum anderen wurde vor allem durch die Beratung in der Kammer der Reichsräte der Antrag verzögert,⁸¹⁶ so dass schließlich wegen des Schlusses der Stän-

⁸⁰⁶ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 467.

⁸⁰⁷ Johann Friedrich Bauer, geb. 02.05.1803, gest. 24.01.1873, 1818 – 1821 Gymnasium Ansbach, 1821 – 1825 Studium Theologie Erlangen, 1825 Vikar Ergersheim, 1826 Vikar Würzburg, 1827 2. Pfarrer Marktbreit, 1832 1. Pfarrer Marktbreit, 1839 Stadtpfarrer und Dekan Bamberg, 1848 – 1849 Abgeordneter Frankfurter Nationalversammlung, 28.3.1849 Vizepräsident (nach der Kaiserwahl), 1855 – 1870 Dekan Neustadt a.d. Aisch (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Bauer).

⁸⁰⁸ Johann Georg Langguth, geb. 10.05.1808, gest. 26.04.1881 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Langguth).

⁸⁰⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 282 ff.; hierzu auch: Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 190 ff.

⁸¹⁰ Durch das Protestantenedikt von 1818 wurde den Protestanten in Bayern die Durchführung von Synoden gestattet; die Generalsynoden dienten der Beratung von inneren Kirchenangelegenheiten.

⁸¹¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 282.

⁸¹² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 249.

⁸¹³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 282.

⁸¹⁴ Götschmann, Parlamentarismus, S. 759 f.; insgesamt: Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 216 ff.

⁸¹⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 249; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 282 ff.

⁸¹⁶ Götschmann, Parlamentarismus, S. 760.

deversammlung der Antrag unerledigt blieb.⁸¹⁷ Trotz dieser Entwicklung war der Antrag für den allgemeinen Verlauf der Ständeversammlung von nicht unerheblicher Bedeutung, war doch gerade die Religionspolitik Abels einer der größten Reibungspunkte mit den Mitgliedern beider Kammern.

Heintz beteiligte sich in der Diskussion der Kammer der Abgeordneten in erster Linie bei dem Punkt des Konfessionswechsels Minderjähriger.⁸¹⁸ Die abgelehnte Verfassungsbeschwerde der Generalsynoden von Ansbach und Bayreuth aus dem Jahre 1845 ging in diesem Punkt darauf, dass eine abweisende Entscheidung, die das Innenministerium bezüglich bereits der früheren Verfassungsbeschwerde aus dem Jahre 1843 über den Konfessionswechsel eines minderjährigen Protestanten zum Katholizismus erlassen hatte, aufgehoben werden sollte, damit der Konfessionswechsel für ungültig erklärt sowie das Innenministerium zu Maßregeln gegenüber dem katholischen Geistlichen verpflichtet werden sollte, der den Konfessionswechsel ermöglicht hatte.⁸¹⁹ Die Ablehnung der erneuten Verfassungsbeschwerde der Generalsynoden wurde vorwiegend auf eine Interpretation der eigentlich eindeutigen Bestimmung des § 6 II. Beil. BV 1818 gestützt, die für den Konfessionswechsel die Volljährigkeit des Übertretenden erforderte. Die Interpretation des Ministeriums ging im Wesentlichen dahin, dass die Bestimmung des § 6 II. Beil. BV 1818 sich allein auf den weltlichen Teil des Konfessionswechsels erstreckte, also „lediglich auf die politischen und bürgerlichen Rechtsverhältnisse sich beziehe, das kirchliche Gebiet aber unberührt lasse.“⁸²⁰ Tatsächlich verbleibe der Minderjährige daher „äußerlich“ bei der ursprünglichen Konfession und würde sich vielmehr nur „innerlich“ der anderen Konfession zuwenden.⁸²¹ Der „innere“ kirchliche Akt des Konfessionswechsel könne daher weder aufgehoben werden noch der vollziehende Geistliche hierfür belangt werden.⁸²² Begründet hatte das Ministerium diese Interpretation durch drei argumentative Schwerpunkte. Einmal, dass sowohl das katholische wie auch das protestantische Kirchenrecht den Konfessionswechsel auch Minderjährigen gestatte – das katholische wegen des Bayerischen Konkordates von 1817⁸²³, das protestantische wegen einer Textstelle aus dem Corpus Evangelicorum vom 12. April 1751.⁸²⁴ Weiter damit, dass § 6 II. Beil. BV 1818 in einer wörtlichen Auslegung gegen die Gewissensfreiheit des Titel IV § 9 BV 1818 verstoße.⁸²⁵ Schließlich verletze die wörtliche Ausle-

⁸¹⁷ Diese wies die von ihrem Beschwerdeausschuss vorgelegte Beschwerde diesem erneut zur Beratung zu (Rep. KdRR/KdA 1845/46, S. 68).

⁸¹⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 352 ff.

⁸¹⁹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 328 f.

⁸²⁰ Ministerialentschließung vom 26.04.1845 (KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 334).

⁸²¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 353.

⁸²² KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 334 f.

⁸²³ Das die innern Katholischen Kirchen-Angelegenheiten im Königreiche ordnende Konkordat mit Sr. päpstlichen Heiligkeit Papst Pius VII. vom 05.06.1817 (Anhang I. zu dem § 103 des Edicts über die äußern Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Baiern in Beziehung auf Religion und Kirchliche Gesellschaften in Beilage II zu Titel IV § 9 BV 1808).

⁸²⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 330 ff.

⁸²⁵ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 329.

gung des § 6 II. Beil. BV 1818 auch das Bayerische Konkordat von 1817.⁸²⁶ Heintz griff in dieser Sache jeden Punkt der Argumentation des Ministeriums einzeln auf und widerlegte diese einleuchtend. Neben seinen hervorragenden allgemeinen juristischen Kenntnissen konnte Heintz diesmal auch sein Wissen über das protestantische Kirchenrecht unter Beweis stellen, in dem er sich zweifellos durch seine Herkunft und die Erziehung durch den Vater durchaus auskannte. Das erste Argument des Ministeriums, dass beide Kirchen den Konfessionswechsel Minderjähriger gestatten würden, entkräftete Heintz mit der Erläuterung der Textstelle des Corpus Evangelicorum, die eben gerade nicht auf den Konfessionswechsel bezogen war, sondern auf die volle Aufnahme des bereits protestantischen Minderjährigen in die Kirchengemeinschaft, also die Konfirmation.⁸²⁷ Dem Argumentationspunkt des Verstoßes gegen die Gewissensfreiheit des gläubigen Minderjährigen musste er freilich auf verfassungsrechtlicher Basis begegnen. Seine Ausführungen stützen sich zunächst darauf, dass beim Konfessionswechsel nach dem katholischen Kirchenrecht allein von einem Geistlichen die geistige Reife des Übertretenden beurteilt wurde und somit seine Fähigkeit zum Konfessionswechsel. Es bestehe daher allein ein subjektives Bewertungskriterium für den Konfessionswechsel, das bei jedem Geistlichen unterschiedlich ausfallen könne. Gerade aus diesem Grund sei der Staat daher nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, im Wege der Gleichbehandlung der Bürger selbst eine allgemein verbindliche Grenze für den Konfessionswechsel aufzustellen.⁸²⁸ Heintz argumentierte damit zutreffend, dass die Einschränkung der Gewissensfreiheit durch das Alterskriterium durch die Auslegung der übrigen Verfassungsbestimmungen, insbesondere der Gleichbehandlung der Bürger, geboten sei. Er setzte also der Gewissensfreiheit verfassungsimmanente Schranken. Das letzte Argument des Ministeriums, die Widersprüchlichkeit des § 6 II. Beil. BV 1818 zum Bayerischen Konkordat von 1817, widerlegte er ebenfalls verfassungs- und staatsrechtlich. Zum einen stellte er klar, dass bereits durch die staatsrechtliche Natur des Konkordates als Staatskirchenvertrag, also ein Vertrag zwischen Staat und dem Heiligen Stuhl, keine Beschränkung der Verfassung Bayerns möglich war.⁸²⁹ Zudem bewies er durch die Verlesung von § 103 II. Beil. BV 1818 und dessen eindeutigen Wortlaut, dass es auch keinesfalls die Absicht des verfassungsgebenden Königs war, die Verfassung und hier insbesondere das Religionsedikt, die II. Beil. BV 1818, durch das Bayerische Konkordat von 1817 zu beschränken.⁸³⁰ Auch der Argumentation, das Konkordat sei älter als die Verfassung und die II. Beil. BV 1818, der Monarch hätte sich dadurch hinsichtlich der Verfassungsgebung und deren Auslegung gebunden, nahm er den Wind aus den Segeln. Einmal wieder mit der Natur des Konkordates als Staatskirchenvertrag, zweitens damit, dass die Regelung des § 6 der II. Beil. BV 1818 tatsächlich älter war als das Konkordat von 1817, da sich die Regelung bereits vollständig und mit identischem Wortlaut im Religionsedikt von 1809 fand. Insgesamt müsse daher der § 6

⁸²⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 333 f.

⁸²⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 354 f.

⁸²⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 356

⁸²⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 357 ff., 361 f.

⁸³⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 361.

II. Beil. BV 1818 wörtlich ausgelegt werden, und ein Konfessionswechsel sei Minderjährigen daher nicht möglich, weder in weltlicher noch in geistlicher Hinsicht, da die Verfassungsbestimmung beide Bereiche umfasse.⁸³¹ Nichtsdestoweniger zeigte sich Heintz wieder kompromissbereit. Er schlug vor, dass, wenn es für die Katholiken aufgrund ihrer kirchenrechtlichen Bestimmungen unvereinbar sei, den wirksamen Konfessionswechsel an das Kriterium der Volljährigkeit zu knüpfen, und dadurch eine große Einschränkung der Gewissensfreiheit aller Katholiken bestehe, mittels förmlichen Gesetzes eine anderweitige Regelung über den Konfessionswechsel getroffen werden solle, unabhängig von der Volljährigkeit. Hierbei müssten jedoch unbedingt zwei Punkte beachtet werden, einmal, dass das Gesetz gleichsam für Protestanten wie Katholiken gelten müsse, zweitens, dass das Gesetz nicht das Abwerben von Gläubigen aus anderen Kirchen und Glaubensgemeinschaften hin zur eigenen Kirche oder Gemeinschaft fördert, die sogenannte „Proselytenmacherei“.⁸³²

Neben der juristischen Argumentation lässt Heintz in dieser Debatte insbesondere sein persönliches Verständnis von Religion, seine Meinung zur Religions- oder Konfessionspolitik, eine Stellungnahme zum Verhältnis von Staat und Kirche sowie seine Ansicht zum Umgang der Konfessionen untereinander erkennen. Auffallend an seinem Vortrag ist, dass dieser sich in der Sprachwahl deutlich leidenschaftlicher darstellt als der Großteil seiner anderen Beiträge auf der Ständeversammlung.⁸³³ Man kann deshalb schon daran und auch am allgemeinen Stil seines Vortrags erkennen, dass ihm Religionspolitik und hier insbesondere Gleichberechtigung der Konfessionen, Wahrung der jeweils eigenen religiösen Identität und daher auch gegenseitige religiöse Toleranz besonders am Herzen lag. Religion und damit auch Konfession war für Heintz eine Gesamtheit aus innerer religiöser Überzeugung und eben confessio im eigentlichen Wortsinne, der Manifestation des Glaubens nach außen durch das jeweilige Bekenntnis, sozusagen eine Gesamtlebensweise. Dies wird vorzüglich dadurch deutlich, dass Heintz die Aufspaltungsinterpretation des Ministeriums keineswegs teilte, sie gar als grotesk hinstellte.⁸³⁴

Hinsichtlich der Religions- oder Konfessionspolitik Abels, die gerade im Vorfeld dieser Ständeversammlung besonders für Unzufriedenheiten im Volk geführt hatte, bezog Heintz dahingehend Stellung, dass er die Problematik der Debatte, nämlich den Konfessionswechsel von Minderjährigen, nur als eines von mehreren Beispielen ansah, durch die deutlich wurde, dass die ultramontanen Kräfte, also der politische Katholizismus, einen für sich erhöhten Machtanspruch gegenüber den anderen Konfessionen behaupteten. Denn derartige Regelungen hinsichtlich des Konfessionswechsels von Minderjährigen bestanden bereits seit 1809, und erst in den letzten Jahren hätte sich, so Heintz, der

⁸³¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 363.

⁸³² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 363.

⁸³³ So auch: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 468.

⁸³⁴ „[...] doch hat man diesen Paragraphen jetzt interpretiert, als sey er so zu verstehen, daß man innerlich zu einer anderen Kirche übertreten dürfe, wenn man nur äußerlich bei der alten bleibe. Ich muß gestehen, meine Herren, es wird hierdurch eine Art von Geschöpfen, man könnte sagen, von Amphibien gebildet die in meiner Naturgeschichte nicht vorkommen.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 353).

politische Katholizismus darüber beschwert. Unübersehbar unerwünscht waren für ihn insoweit die Politisierung des Themas wie auch die versuchte Beeinflussung des Staatswesens durch die Religion der Ultramontanen, wie er sich ausdrückte, von „gewissen Leuten“.⁸³⁵ Dies steht freilich im Zusammenhang mit dem Verständnis von Staat und Kirche, das Heintz hatte, wie auch der von ihm hochgehaltenen Gleichberechtigung der Religionen. Heintz sprach sich ausdrücklich für ein staatliches Machtmonopol aus und sah es als große Errungenschaft, dass die Kirche nicht mehr über dem Staat stand, hatte damit eine durchweg säkulare Einstellung.⁸³⁶ Veranschaulichend für seine Meinung nahm er Bezug auf den stetigen Machtverfall der katholischen Kirche hinsichtlich des Staatswesens – angefangen im Mittelalter, in dem sie oftmals über Kaiser und König gestanden hatte, über die Reformation und den Dreißigjährigen Krieg bis hin zum 19. Jahrhundert, in dem sodann die weltliche Macht des Staates die Macht der Kirche dominierte.⁸³⁷ Diese Konzentration der weltlichen Macht in der Hand des Staates war für ihn unverzichtbare Grundlage für die Aufrechterhaltung des religiösen Friedens, den er folglich durch das Verhalten der Ultramontanen gefährdet sah.⁸³⁸ Er trat ein für friedliche „Coexistenz beider Religionen“⁸³⁹ durch gerechte Regulation durch den Staat, was im weitesten Sinne Gleichstellung bedeutete und auch eben gegenseitige Toleranz, denn in seinen Ausführungen wird mehr als deutlich, dass er in der Sache hinsichtlich des Konfessionswechsels von Minderjährigen von Katholiken nichts anderes verlangte als das, was diese selbst bei Protestanten für sich beansprucht hätten – auch die Möglichkeit der Wahrung eigener religiöser Identität war ihm unverzichtbar.⁸⁴⁰

Bemerkenswert ist, dass sein Toleranzgedanke nicht an den Grenzen der christlichen Konfessionen haltmachte. Verfassungsrechtlich waren damals darunter die „drey christlichen Kirchen-Gesellschaften“⁸⁴¹, die katholische, die protestantisch-lutherische und die reformierte Kirche, zu verstehen.⁸⁴² Heintz setzte sich nicht nur für die Gleichstellung der christlichen Religionen ein, sondern auch für die Verbesserung der rechtlichen Verhältnisse der Juden und der Mennoniten⁸⁴³. Zwar war zum damaligen Zeitpunkt in Bayern

⁸³⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 373.

⁸³⁶ So auch: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 467.

⁸³⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 357 f.

⁸³⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 358.

⁸³⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 358.

⁸⁴⁰ „Würden Sie es mit Ihrem Gewissen verantworten können, wenn ein minderjähriges Glied ihrer Kirche von 13-14 Jahren durch protestantische Verleitung vom katholischen Glauben abgebracht würde? Würden Sie es nicht beklagen, und eben so, wie es bei Ihnen ist, müssen Sie es auch bei uns annehmen;“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 356).

⁸⁴¹ Titel IV § 9 BV 1818; durch Verfassungsgesetz „die bürgerlichen und politischen Rechte der griechischen Glaubensgenossen betreffend“ vom 01.07.1834, wurde die vollkommene Gleichstellung auf die Bekenner der unierten und der nicht unierten griechischen Kirche erweitert.

⁸⁴² Auch im Folgenden werden der Einfachheit und Übersichtlichkeit halber unter dem Begriff christlich nur die damals verfassungsrechtlich anerkannten Konfessionen verstanden.

⁸⁴³ Die Mennoniten sind eine evangelische Glaubensgemeinschaft, die ihren Ursprung in der Täuferbewegung hat, die um 1525 in Zürich im Umfeld der Schweizer Reformation entstand. In der Pfalz lebten und leben auch heute noch viele Mennoniten, was auf deren Verfolgung in der Schweiz im 17. und 18. Jahrhundert zurückzuführen ist.

nicht daran zu denken, Anträge zur vollkommenen Gleichstellung anderer Religionen mit den christlichen Religionen zu stellen, denn Titel IV § 9 BV 1818 gestand den nicht-christlichen Religionen und damit auch den Juden, die in der Pfalz nur in französischer Zeit vorübergehend das volle Bürgerrecht hatten,⁸⁴⁴ und Mennoniten die Teilhabe an den staatsbürgerlichen Rechten nur insoweit zu, als dass eine solche in den für sie einschlägigen organischen Edikten zugesichert wurde – schon die Verfassung sprach damit im Grundsatz allen anderen Religionen eine Gleichstellung mit den Christen ab und erlaubte nur Ausnahmeregelungen über ein organisches Edikt. Anträge oder auch nur Wünsche der Ständeversammlung zur vollständigen Gleichstellung der Juden wären damit auf eine Verfassungsänderung hinsichtlich des Titel IV, § 9 der Verfassung von 1818 hinausgelaufen und hätten damit die Kompetenz der Ständeversammlung überschritten, Titel X § 7 BV 1818.⁸⁴⁵ Heintz nutzte aber den verfassungsrechtlichen Rahmen voll aus und plädierte dafür, dass es zwingend erforderlich sei, die rechtliche Situation der Juden und auch der Mennoniten zu verbessern. Etwa bei der Debatte über den Gesetzentwurf „die Registrierungsgebühren in der Pfalz betreffend“⁸⁴⁶, der beim Grundstückserwerb zu öffentlichen Zwecken die Kommunen und die christlichen Konfessionen von der „Einregistrierungsgebühr“ befreite,⁸⁴⁷ setzte sich Heintz dafür ein, dass diese finanzielle Erleichterung beim Grundstückserwerb auch den Mennoniten und den Juden zugute kommen sollte.⁸⁴⁸ Das Gesetz wurde mit dem Abschied für die Ständeversammlung schließlich auch auf Mennoniten und Juden erweitert erlassen.⁸⁴⁹

Weniger erfolgreich war sein Einsatz zusammen mit allen anderen Abgeordneten der Pfalz für die Verbesserung der zivilrechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Besserstellung der Juden in der Pfalz – die wirtschaftliche Schlechterstellung der Juden wurde von diesen, da sie eine tatsächlich existentielle Beschränkung war, auch als größere Einschränkung empfunden als die verfassungsrechtlichen Benachteiligungen hinsichtlich der bürgerlichen und politischen Rechte.⁸⁵⁰ Die Juden in der Pfalz hatten dort zwar unmittelbar nach der förmlichen Besitzergreifung durch Frankreich durch die Nationalversammlung am 27. September 1791 das volle Bürgerrecht zugesprochen bekommen, doch war dieser Zustand nicht von langer Dauer; bereits am 17. März 1808 erließ Napoleon ein Dekret, das die Rechte der Juden wieder einschränkte.⁸⁵¹ Dieses Dekret beschränkte insbesondere die Möglichkeit der Juden, Handel zu treiben und Geld zu

⁸⁴⁴ Doll, Weg zur Gleichberechtigung, S. 272.

⁸⁴⁵ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 229.

⁸⁴⁶ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 2, S. 119 ff.

⁸⁴⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 428 ff.

⁸⁴⁸ „Es ist im Interesse des Staates und des Kreises, daß Israeliten und Menoniten auch diese Erleichterung erhalten. Wir wollen uns ja alle mögliche Mühe geben, um die Israeliten zu heben, und wenn wir das wollen, so werden wir auch die Mittel nicht verwerfen, um ihnen das Recht zu verschaffen, daß sie ohne größere Ausgaben für Cultus und Unterricht für ihre Bildung etwas thun können.“ (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 438 f.).

⁸⁴⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 14, 115.

⁸⁵⁰ Titel IV § 9 BV 1818; Arnold, Von den Juden, S. 50.

⁸⁵¹ Arnold, Von den Juden, S. 46.

verleihen, da sich einige nichtjüdische Bauern aufgrund ihrer geldgeschäftlichen Unerfahrenheit bei jüdischen Geschäfts- und Handelsleuten stark verschuldeten. So konnte nach dem Dekret kein zugunsten eines Juden ausgestellter Schuldschein eingefordert werden, ohne dass der Berechtigte nochmals die Valutierung des Darlehens zu beweisen hatte.⁸⁵² Weiter mussten etwa die handeltreibenden Juden zur Gültigkeit ihrer Vertragsabschlüsse jährlich unter Vorlage eines „Sittenzeugnisses“ erneut eine Erlaubnis, ein „Handelspatent“, beantragen, das vom Munizipalrat des Konsistoriums der Synagoge auszustellen war.⁸⁵³ Schließlich war der Erwerb von Grundeigentum durch Juden an die Bedingung geknüpft, dass sie dort Ackerbau betrieben.⁸⁵⁴ Hatte Frankreich die Handhabung des napoleonischen Judendekretes bereits wieder zu lockern begonnen, verschärfte sich die Lage in der Pfalz während der bayerisch-österreichischen Verwaltungszeit durch drei Verordnungen vom 24. Januar 1815, 01. August 1815 und 13. Januar 1816, die den Anwendungsbereich des napoleonischen Judendekretes erweiterten. In bayerischer Zeit schließlich wurde durch die Verordnung vom 31. Mai 1826 das napoleonische Dekret dahingehend nochmals verschärft, dass nunmehr nicht die Konsistorien der Synagogen das Sittenpatent auszustellen hatten, sondern die ortsansässigen Friedensrichter zusammen mit den Gemeinderäten.⁸⁵⁵ Alle pfälzischen Abgeordneten eigneten sich auf der Ständeversammlung 1845/46 eine diesbezügliche Petition pfälzischer Juden an und stellten in der Kammer den Antrag, das in der Pfalz immer noch geltende napoleonische Judendekret vom 17. März 1808 aufzuheben sowie die darauffolgenden Verordnungen aus bayerisch-österreichischer und bayerischer Zeit.⁸⁵⁶ Der Erfolg hielt sich bei diesem Antrag aber insofern in Grenzen, als die Pfälzer bei ihrem Antrag schon auf der Ständeversammlung zunächst in der ersten Kammer wie auch dann in der zweiten Kammer Abstriche machen mussten, um die erforderlichen Mehrheiten für das Vorhaben zu gewinnen und überhaupt einen Gesamtbeschluss zustande zu bringen.⁸⁵⁷ Schließlich wurde trotz all dieser Zugeständnisse das verfolgte Mindestziel durch den Abschied für die Ständeversammlung nicht erreicht, da das napoleonische Judendekret vom 17. März 1808 nicht aufgehoben wurde, sondern auf Empfehlung des Staatsrates und insbesondere Abels⁸⁵⁸ lediglich vonseiten der Krone zugesichert wurde, das Edikt einer „sorgfältigen Würdigung“ zu unterstellen.⁸⁵⁹ Eine Würdigung erfolgte zwar tatsächlich, indem durch das Innenministerium die pfälzische Kreisregierung angewiesen wurde, Berichte über die Aufhebung des napoleonischen Judendekretes bei den Landkommissären einzufordern, doch kam man nach Sichtung dieser Gutachten zu dem Entschluss, das Dekret in Kraft

⁸⁵² KdA 1845/46 Protokolle Bd. 3 S. 356.

⁸⁵³ Arnold, Juden in der Pfalz, S. 60.

⁸⁵⁴ Doll, Weg zur Gleichberechtigung, S. 272.

⁸⁵⁵ Arnold, Von den Juden, S. 49.

⁸⁵⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 2, S. 491. Insgesamt hierzu auch: Schumacher, in: Kuby, Juden in der Provinz, S. 45 f.

⁸⁵⁷ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 281 ff.; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 102 f.

⁸⁵⁸ BayHStA, (SR) 880 (Abgedruckt bei: Doll, Weg zur Gleichberechtigung, S. 342, Nr. 34).

⁸⁵⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 32.

zu lassen.⁸⁶⁰ Erst im Laufe der folgenden bewegten Jahre sollte eine Besserstellung der jüdischen Bevölkerung in der Pfalz und auch im gesamten Königreich geschehen, wofür sich Heintz auch weiterhin einsetzte.⁸⁶¹

bb. Justizbild

Neben dem, was bei den Äußerungen von Karl Friedrich Heintz zum Gesetz, die Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend⁸⁶², bereits erkennbar geworden ist, lassen sich auch in einigen weiteren Äußerungen in der Kammer der Abgeordneten Ansichten zu seinem Justizbild feststellen. Schon in seinem Lebenslauf ist deutlich geworden, dass Heintz das französisch-pfälzische Rechtssystem gegenüber dem im rechtsrheinischen Bayern geltenden favorisierte, hatte er doch aufgrund der bereits in der Pfalz eingerichteten modernen Verfahrensmaximen in den pfälzischen juristischen Vorbereitungsdienst gewechselt.⁸⁶³ Seine Verbundenheit mit dem linksrheinischen Rechtssystem betonte er auch mehrmals auf der Ständeversammlung 1845/46 und warb sowohl für dessen Effizienz wie auch die Kostengünstigkeit der pfälzischen Justiz. Besonders deutlich wurde dies in der Debatte zur „Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und [...] [zur] Bildung der Kreisfonds“⁸⁶⁴, wo er im Zusammenhang mit seinen Äußerungen zu Steuergleichheit der Pfalz für eine Reduzierung der pfälzischen Abgaben aufgrund der wesentlich kostengünstigeren Justiz plädierte.⁸⁶⁵ Schon früher in dieser Debatte hatte er bereits einmal auf diesen Punkt angespielt und beispielhaft Grundzüge des Aufbaus der pfälzischen Justiz und die daraus resultierenden Vorteile der Kammer dargestellt.⁸⁶⁶

Welche Vorstellungen der Zweibrückener Appellationsgerichtsrat Karl Friedrich Heintz von seinem Berufsstand hatte, zeigt sich ausschnittsweise, wenn man den Blick auf die Verhandlung des Antrags Closens um einen Zusatz zum Präjudiziengesetz⁸⁶⁷ lenkt, denn hier äußerte sich Heintz zu der Frage, ob ein Richter an die Präjudizien seines Gerichtes gebunden sein sollte oder nicht, und gab damit auch Einblick zu seinem Richterbild und seinen Ansichten zur Stellung der Richter. Für Heintz sollte ein Richter in seiner Urteilsfindung vollkommen unabhängig sein und nur seinem Gewissen, seiner Über-

⁸⁶⁰ Arnold, Von den Juden, S. 51 f.

⁸⁶¹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 5, S. 91 ff.; KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 470; 1848 erfolgte eine Besserstellung der Juden, da sie in die allgemeine Reformgesetzgebung des Jahres 1848 eingebunden waren. Auf dem Landtag 1851/52 erfüllte sich zumindest die Forderung nach Gleichstellung der bayerischen Juden hinsichtlich ihrer bürgerlichen Rechte. Nach und nach verbesserten sich auch die staatsbürgerlichen Rechte der Juden, etwa in Bezug auf die Ansässigmachung und die Einrichtung von Gewerbebetrieben, bis schließlich auf dem Landtag 1879/80 durch die Aufhebung letzter Sonderabgaben für Juden eine vollkommene rechtliche Gleichstellung erfolgt war (ausführlich zur Entwicklung der Gleichberechtigung der Juden in Bayern: Ludyga, Rechtsstellung der Juden in Bayern).

⁸⁶² S.o. S. 83.

⁸⁶³ S.o. S. 46.

⁸⁶⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 7.

⁸⁶⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 445 ff.

⁸⁶⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8 S. 115 ff.

⁸⁶⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 129 ff.

zeugung und dem Gesetz unterworfen sein,⁸⁶⁸ ein Grundsatz, den wir heute als selbstverständlich in Art. 97 Abs. 1 GG verankert finden. Für ihn umfasste dies zwingend auch, dass ein Richter seine Rechtsauffassung ändern könne und somit einen aktuellen Fall anders beurteilen können sollte als einen vorangegangenen, wenn er erkannte, dass seine Meinung im ersten Fall falsch gewesen ist – um so mehr müsse dies freilich auch für Urteile seiner Kollegen oder Amtsvorgänger gelten und sogar für höchstrichterliche Rechtsprechung; auch diese Vorstellung entspricht unserer heutigen Auffassung im Zusammenhang mit der Stellung des Richters.⁸⁶⁹ Allerdings sollten Streitigkeiten, die einem früheren Urteilsspruch widersprechen hätten können, durch das Plenum des Gerichtes entschieden werden und nicht durch eine einzelne Spruchkammer oder gar einen einzelnen Richter.⁸⁷⁰ Seine grundlegende Haltung zur Stellung des Richters präziserte Heintz allerdings in der Debatte nicht dahingehend, wie sehr er dem Richter eine Stellung in der tatsächlichen Rechtsfortbildung zugestand, wie weit damit tatsächlich die richterlichen Möglichkeiten in der Rechtsanwendung reichen sollten. Führt man sich allerdings seine französischrechtliche Prägung vor Augen, so muss man wohl auf eine ebenso starke rechtspositivistische Prägung schließen, verbot und verbietet es doch Art. 5 CC⁸⁷¹ dem Richter ausdrücklich, allgemein regelnd über die Streitsache zu entscheiden.⁸⁷² Untermuert wird diese Annahme auch durch Heintz' weitere Argumentation, denn für ihn läuft feste präjudizielle Bindung konträr mit der Gewaltenteilungslehre, unter deren Einfluss gerade das positivistische liberale Rechtsdenken des 19. Jahrhunderts stand.⁸⁷³ Heintz trennte streng zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung, und bereits die präjudizielle Bindung hätte für Heintz eine Form von Gesetzgebung bedeutet, welche die Kompetenz des Richters überschritten hätte, nämlich tatsächliche Rechtssetzung durch ein durch Rechtsprechung gebildetes Richterrecht.⁸⁷⁴ Dennoch setzte sich Heintz für einen möglichst weiten Entscheidungsspielraum des Richters im Rahmen von festen kodifizierten Gesetzen ein, so brachte er eine Modifikation zum Forststrafgesetzbuch in der Pfalz⁸⁷⁵ ein, die genau dieses Ziel verfolgte. Die Modifikation sollte einen möglichst breiten Strafraum für Forstfrevel schaffen, wobei dem Richter umfangreiche Milderungsmöglichkeiten an die Hand gegeben werden sollten. Hierdurch sollte der Richter innerhalb des breiten Strafraums eine für den Täter individuell gerechte Strafe festsetzen können und so direkt zu angemessener Einzelfallgerechtigkeit gelangen, anstatt dass die

⁸⁶⁸ Savigny hatte in seiner Denkschrift, die er 1842 König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen überreichte, noch von der „Unabhängigkeit der Gerichte“, nicht aber einzelner Richter gesprochen, wenn auch Eingriffe der Exekutive in die richterliche Praxis vorsichtig verurteilt (Hattenhauer, Geistesgeschichtliche Grundlagen, S. 141).

⁸⁶⁹ BVerfG Beschl. vom 05.03.1990, Az. 1 BvR 232/89 = NJW 1991, 417 f.

⁸⁷⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 171.

⁸⁷¹ „Il est défendu aux juges de prononcer par voie de disposition générale et réglementaire sur les causes qui leur sont soumises.“

⁸⁷² Schlosser, Privatrechtsgeschichte, S. 226.

⁸⁷³ Schlosser, Privatrechtsgeschichte, S. 226.

⁸⁷⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 170.

⁸⁷⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 39; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 1, S. 468, 279 ff.

Täter, die gerade im Bereich der Forstfrevel meist die Taten nicht aus tatsächlicher krimineller Energie, sondern aus wirklicher existentieller Not begingen, nicht auf den Weg verwiesen wurden, Einzelfallgerechtigkeit schließlich nur noch im Wege der Begnadigung finden zu können, ohne freilich das Begnadigungsrecht an sich in Frage zu stellen.⁸⁷⁶ Für Heintz sollte damit der Richter oder das Gericht die primäre Gerechtigkeitsquelle darstellen, wenn auch in seiner Entscheidung vollkommen frei, nur Gewissen und Gesetz unterworfen, sollte sich die richterliche Funktion tatsächlich aber auf die Rechtsanwendung beschränken und sich nicht zur Rechtssetzung ausweiten, damit war für ihn der Richter ganz im Sinne des Rechtspositivismus freies Instrument einer klaren und gerechten Rechtsprechung, gebunden an unmissverständlich kodifiziertes Recht.

Nichtsdestoweniger war für Heintz natürlich auch Gleichheit der Rechtsprechung ein großer Aspekt von Gerechtigkeit, was aber nicht durch bindende Präjudizien erreicht werden sollte, sondern durch einen effektiven Instanzenzug, der bei einem einzigen obersten Gericht enden sollte, das in der Regel eine einheitliche Rechtsprechungslinie verfolgte. Dies stellte er bei seinen Bemerkungen zum Gesetzentwurf zur Berufungssumme in Zivilsachen klar. Die Notwendigkeit von Instanzen ergab sich für ihn schon aus der Annahme, dass gerade bei den Untergerichten im Königreich Bayern die Möglichkeit von Rechtsirrtümern verstärkt vorkommen könnte, da diese Gerichte derart erheblicher Arbeitsbelastung ausgesetzt waren, dass anzunehmen war, dass die Rechtsprechungsqualität darunter litt. Eine Trennung von Justiz und Verwaltung, obgleich schon öfters angedacht, hatte im rechtsrheinischen Bayern auf der untersten Ebene der Gerichte noch nicht stattgefunden, und auch der gesetzliche Kompetenzenkatalog der Untergerichte war dermaßen umfangreich gewesen, dass sich tatsächlich die Stadt- und Landgerichte, neben einzelnen Verwaltungsaufgaben und Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mit einer Flut von Rechtsstreitigkeiten konfrontiert sahen. Doch müssten auch die Rechtsmittel auf ein gesundes Maß begrenzt werden, da anderenfalls die Arbeitsüberlastung der Untergerichte nur auf die höheren Gerichte weitergereicht würde, so war für Heintz eine Beschränkung der Berufung in Zivilsachen Notwendigkeit für einen effektiv ausgestalteten Instanzenzug und eine Berufungssumme, welche zumindest unbedeutende Rechtsstreitigkeiten herausfiltern sollte, unbedingte Voraussetzung, denn insbesondere bei kleineren Prozessen, bei denen es mehr um die „Leidenschaften“ der Parteien ging als um tatsächliche Gerechtigkeit, erachtete er den Rechtsschutz, der durch die Instanzen gegeben war, als missbraucht und die Justiz in den wichtigeren Geschäften behindert.⁸⁷⁷

cc. Soziales Empfinden

Bereits bei der allgemeinen Argumentation zum Gesetzentwurf das Exekutionsverfahren in der Pfalz betreffend konnte man eine durchaus starke soziale Komponente in den Heintzschen Ausführungen erblicken, denn gerade durch ein gut funktionierendes Vollstreckungsrecht sollte der Bevölkerung ermöglicht werden, Kredite zu anständigen Konditionen zu erhalten, und den teilweise an Wucher grenzenden Zinsen Einhalt geboten

⁸⁷⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 411.

⁸⁷⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 210 ff.

werden.⁸⁷⁸ Auch bei dem eben schon erwähnten Forststrafgesetzbuch waren neben den Ansichten zum Richterbild gerade auch soziale Aspekte bemerkenswert. Allgemein stand hier Heintz' Einsatz für eine mildere Bestrafung der Forstfrevel im Vordergrund seiner Beiträge. Eine wohlwollende Behandlung hatten diese Straftaten nach seinem Dafürstehen vorwiegend deswegen verdient, da in der überwiegenden Zahl der Fälle die Delikte nicht aus verwerflicher krimineller Energie, sondern aus wahrer Not von den ärmsten Bevölkerungsschichten begangen wurden. Sowohl Wilderei wurde meist nicht aus bloßer Jagdlust, sondern aus Hunger begangen, und auch Holzdiebstahl stand damit in Verbindung, denn man benötigte selbstverständlich Feuer zur Fleischzubereitung – auch der Diebstahl von Holz als Heizmittel war größtenteils eine durch Not motivierte Tat.⁸⁷⁹ Besonders deutlich wurde das Entstehen für diese Ziele bei einem Wunsch von Heintz an den König, der mit Zustimmung der Kammern dem Gesetz beigelegt wurde,⁸⁸⁰ aber im Ergebnis von der Krone im Abschied für die Ständeversammlung als undurchführbar abgelehnt wurde.⁸⁸¹ Hierbei regte Heintz an, den Straftätern in Forststrafsachen die Möglichkeit zu geben, ihre Geldstrafen abzarbeiten und hierbei auch einen gewissen Betrag für ihr eigenes Auskommen im Rahmen eines Existenzminimums verdienen zu können, etwa 12 xr. pro Tag.⁸⁸² So könne man Menschen, die ohnehin bereits aus Not Straftaten begangen hatten, anhalten, etwas zu arbeiten, somit ihre Geldstrafe zu tilgen und sich in gewisser Weise auch zu resozialisieren, statt schlicht die Bezahlung der Strafe zu verweigern und hierfür dann eine überschaubare Zeit inhaftiert zuzubringen. Die Inhaftierung helfe schließlich weder Straftäter noch Staat, da sie den Straftäter in vielen Fällen nur noch weiter vom rechten Weg abbringe und dem Staat nur Kosten verursache⁸⁸³ – man sieht hier Heintz in einer durchaus sehr fortschrittlichen Haltung.

Des Weiteren eignete sich Karl Friedrich Heintz die Vorstellung einiger Schullehrer aus Zweibrücken an und richtete eine Petition zur Verbesserung ihres Gehaltes an die Ständeversammlung.⁸⁸⁴ Durch die Preissteigerungen insbesondere im Bereich der Lebensmittel reichten die Gehälter der Volksschullehrer damals kaum mehr für das Nötigste, darüber hinaus standen die Gehälter aber auch nicht im Verhältnis zu ihrer Ausbildung und dem verantwortungsvollen Beruf, den Lehrer hatten.⁸⁸⁵ Die Verhältnisse der Lehrer in der Pfalz und insbesondere in Zweibrücken waren besonders drückend, da einmal das allgemeine Preisniveau in der Pfalz höher war als im rechtsrheinischen Bayern und sich bereits deshalb die niedrige Besoldung besonders bemerkbar machte,⁸⁸⁶ zum anderen auch die Stadt Zweibrücken kaum kommunales Vermögen hatte, aus dem diese

⁸⁷⁸ S.o. S. 91 ff.

⁸⁷⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 411.

⁸⁸⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 416 f.

⁸⁸¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 15 f.

⁸⁸² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 417.

⁸⁸³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 417 f.

⁸⁸⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 314; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 451.

⁸⁸⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 107.

⁸⁸⁶ Haan, Die Anfänge der Industrialisierung in der Pfalz, in: Albrecht, Festschrift Spindler, S. 654 f.

den Lehrern einen gewissen Mehrbetrag zukommen hätte lassen können.⁸⁸⁷ Diese Petition wurde zusammen mit anderen gleichartigen aus dem gesamten Königreich, die durch andere Abgeordnete eingebracht wurden, gesammelt und dem dritten Ausschuss zur Beratung übergeben.⁸⁸⁸ Obwohl in beiden Kammern und deren Ausschüssen die Stimmung eindeutig zugunsten einer Anhebung der Gehälter der Lehrer war, so dass dahingehend auch der Gesamtbeschluss erfolgte und der König auch noch um 100.000 fl. Soforthilfe für die Lehrer gebeten wurde, war die Stellungnahme des Königs durch den Abschied für die Ständeversammlung eindeutig und unterstrich die von Einsparungen geprägte Haushaltspolitik Ludwigs I. und seines Ministers Abel. Zunächst wurde der Ständeversammlung mit ihrem Beschluss eine Überschreitung ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen vorgeworfen, und schließlich wurde durch die anschließende Stellungnahme mehr als deutlich, dass die Krone nicht gewillt war, die Umstände der Schullehrer zu verbessern, da sie die Schulen als eine rein kommunale Aufgabe einstufte.⁸⁸⁹

Nicht zuletzt wurde Heintz' soziales Empfinden bei der Debatte über die Biersteuer ganz deutlich erkennbar, denn gerade diese Thematik war eine Angelegenheit von höchster sozialer Brisanz. Bier war im Bayern des 19. Jahrhunderts Hauptnahrungsmittel und immer wieder ein Thema, das die Gemüter des Volkes in Stimmung brachte, so führte, nicht lange vor der Ständeversammlung 1845/46, im Jahre 1844 ein Anstieg des Bierpreises,⁸⁹⁰ der durch eine Biersteueranhebung in Verbindung mit der Erhöhung des Getreidepreises verursacht war, am 01. Mai zu starken Unruhen in München, den sogenannten Bierkrawallen, bei denen bis auf zwei, die ihr Bier immer unter Marktpreis verkauften, alle Münchner Brauhäuser verwüstet wurden und sogar zwei Menschen ums Leben kamen.⁸⁹¹ Als daraufhin von der Regierung der Bierpreis gesenkt wurde, hatte dies wiederum Proteste vonseiten der Brauer zur Folge, die ihre Geschäfte durch die Preissenkung gefährdet sahen.⁸⁹² Daneben hatten das Bier als eines der meistkonsumierten Lebensmittel und die von den Brauern entrichtete Bier- und Gewerbesteuer zudem erhebliche finanzielle Bedeutung für den Staatshaushalt und den Haushalt der Städte, die nochmals gesondert eigene Abgaben erhoben.⁸⁹³ Nunmehr wurde auf dieser Ständeversammlung ein „Gesetzesentwurf, die Regulierung des Biersatzes und die Verhältnisse der Brauer zu den Wirthen und zum Publikum betreffend“⁸⁹⁴ eingebracht und dieser auch schließlich mit Modifikationen mit dem Abschied für die Ständeversammlung am 23. Mai 1846 als Gesetz erlassen.⁸⁹⁵ Die eben angeschnittenen Probleme, welche die Bier-

⁸⁸⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 451.

⁸⁸⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 451.

⁸⁸⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 23.

⁸⁹⁰ Hierzu auch unten S. 445 und Anm. 2543.

⁸⁹¹ Burger, Geschichte und Probleme der Biersteuer, S. 53; Lankes, München als Garnison, S. 412 ff.; Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 222.

⁸⁹² Götschmann, Parlamentarismus, S. 751, Anm. 68.

⁸⁹³ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 398.

⁸⁹⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 3, S. 314 ff.

⁸⁹⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 10, 58.

steuer in Bayern mit sich brachte, lassen die wirtschaftliche wie auch vor allem soziale Brisanz des Themas erkennen.

Heintz äußerte sich in der langen Debatte zu diesem Gesetzentwurf hinsichtlich zweier Modifikationen, die von den Abgeordneten Schwindl und Closen eingebracht wurden und die entgegengesetzte Positionen vertraten. Beide Modifikationen betrafen die Thematik, ob die Brauer beim Ausschank des Bieres zum direkten Verzehr entsprechend den Wirten einen Aufschlag von zwei Pfennigen für eine Maß Bier nehmen durften oder sogar mussten. Schwindl war der Ansicht, dass dies unter Rücksichtnahme auf einen möglichst niedrigen Abgabepreis an die Verbraucher nicht geschehen sollte, Closen hingegen war der Ansicht, dass auch die Brauereien beim Direktausschank des Bieres den gleichen Aufschlag wie die Wirte nehmen sollten, um nicht den Wirten das Geschäft dadurch zu verderben, dass die Brauer das Bier den Endverbrauchern konkurrenzlos günstig anboten.⁸⁹⁶ Heintz vertrat hier eine Position, wie sie auch Schwindl vertrat. Nach seiner Ansicht sollte man der Bevölkerung das Bier, das „ein grosser Theil des Volkes als ein unentbehrliches Lebensmittel“⁸⁹⁷ betrachtete, zu möglichst günstigen Preisen anbieten, weshalb ein zusätzlicher Aufschlag durch die Brauer, beim Ausschank zum direkten Verzehr, keinesfalls zu befürworten sei. Wichtigste Intention der Gesetzesnovelle sollte vielmehr sein, in den Punkten, in denen es noch möglich war, der Bevölkerung einen möglichst niedrigen Bierpreis zu verschaffen, da insbesondere an anderen Stellen des Gesetzes bereits genug Rücksicht auf ein anständiges Einkommen der Brauer gelegt wurde – Heintz empfahl daher dringend die Annahme der Modifikation Schwindls.⁸⁹⁸ Die Begründetheit der Klagen der Bevölkerung über die hohen Bierpreise führte Heintz den Abgeordneten anhand eines Rechenbeispiels bezüglich der Verpflegung einer Familie in einfachen Verhältnissen vor Augen und zeigte hiermit auf, dass arme Familien einen Betrag von 36 fl. allein für Bier aufzuwenden hatten, was etwas mehr als einem Fünftel des gesamten Jahreseinkommens entsprach.⁸⁹⁹ Heintz vertrat hier damit eine Haltung zugunsten der einfachen Bevölkerung und nicht der Förderung der (Brauerei-)Wirtschaft um jeden Preis über die Interessen der Bevölkerung hinweg, um Staats- und Städtehaushalt eine sichere Einnahmequelle zu schaffen.

dd. Verbundenheit zum Königreich Bayern und zum Hause Wittelsbach

In gewisser Weise ebenfalls sozialen Charakter hatte sein Engagement für die Hofenfelschen Erben, die zur Sicherung ihres finanziellen Auskommens Ansprüche gegen den

⁸⁹⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 118 ff.

⁸⁹⁷ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 397.

⁸⁹⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 12, S. 132.

⁸⁹⁹ Dieser Wert von einem Fünftel des Einkommens ergibt sich, wenn man mit Giebel davon ausgeht, dass ein einfacher Handarbeiter (Durchschnittsverdienst 150 fl. bis 300 fl. jährlich) im unteren Verdienstsegment etwa 150 fl. jährlich für sich und seine Familie zur Verfügung hatte und hiervon gerade noch eine äußerst sparsame Lebensführung betreiben konnte. Die Festsetzung eines tatsächlichen Existenzminimums ist für die Zeit des Vormärzes problematisch, dennoch wird man dies etwa in diesem Bereich anordnen und etwa 50 bis 60 % der Bevölkerung als „Grenzexistenzen“ bezeichnen müssen. (Giebel, Strukturanalyse, S. 102 ff., 287 f.).

Fiskus geltend zu machen versuchten. Viel stärker kam aber hierdurch seine persönliche Verbundenheit mit dem Königreich Bayern wie auch dem Hause Wittelsbach zum Ausdruck. Johann Christian Freiherr von Hofenfels⁹⁰⁰ war ein pfälzisch-Zweibrückener Staatsmann in den Diensten von Herzog Christian IV. und Karl II. August von Pfalz-Zweibrücken und hatte sich nicht zuletzt durch seinen Beitrag an der Vereitelung der Tauschvorhaben des Kurfürsten Karl Theodor von Pfalz-Bayern einen Namen gemacht.⁹⁰¹ Zu Beginn des Jahres 1778 hatte er als Berater des Herzogs Karl II. August den Tausch Niederbayerns und der Oberpfalz gegen die Österreichischen Niederlande vereitelt.⁹⁰² Kurfürst Karl Theodor hatte am 03. Januar 1778 die Wiener Konvention, den Tauschvertrag mit Österreich, unterzeichnet,⁹⁰³ nur die Einwilligung des nächsten Agnaten des Kurfürsten, Herzog Karls II. Augusts, stand noch aus. Dieser hatte aber bereits seinem Minister Hofenfels den Befehl gegeben, die Konvention für ihn zu unterzeichnen.⁹⁰⁴ Nichtsdestoweniger weigerte sich Hofenfels gegen die Unterzeichnung und reiste dem Herzog, der sich auf dem Weg nach München befand, bis Augsburg entgegen und überzeugte seinen Herrn, der Konvention nicht beizutreten.⁹⁰⁵ Österreichische Bestechungsversuche,⁹⁰⁶ Hofenfels dazu zu bewegen, Herzog Karl II. August doch noch zur Unterzeichnung zu überreden, schlugen fehl, und auch die weiteren Tauschversuche des Kurfürsten Karl Theodor 1785, bei denen nun ganz Bayern gegen die Österreichischen Niederlande getauscht werden sollte, wusste Hofenfels zu verhindern.⁹⁰⁷ Für seine Verdienste sicherte das Haus Pfalz-Zweibrücken Hofenfels und seinen Nachkommen eine jährliche Rente von 6.000 Livres oder 2.750 fl zu.⁹⁰⁸ Da nunmehr aber die hierfür nach mehrmaligen Tausch als Hypothek angewiesenen Ämter an Frankreich fielen, wurde diese Rente eingezogen, wogegen die Nachkommen von Hofenfels Beschwerde bei der Kammer der Abgeordneten einreichten. Heintz eignete sich den Antrag der Erben Hofenfels' an⁹⁰⁹ und stellte ausführlich die Geschichte der Hofenfelsschen Forderung dar,⁹¹⁰ wobei er mehrmals ausdrücklich betonte, dass, selbst wenn eine rechtliche Verpflichtung der Krone auf Zahlung der Rente nicht bestehen sollte, zumindest Anstand, Ehre und der allerhöchste Dank, den das gesamte Königreich Hofenfels schuldig war, den Antrag begründen soll-

⁹⁰⁰ Johann Christian Freiherr von Hofenfels, geb. 25.12.1744, gest. 24.07.1787 (Heigel, Christian Hofenfels, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 12, S. 557 – 559; Mittelberger, Hofenfels).

⁹⁰¹ Weis, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 6.

⁹⁰² Mittelberger, Hofenfels, S. 16 ff.

⁹⁰³ Kotulla, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 207.

⁹⁰⁴ Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 469 f.

⁹⁰⁵ Mittelberger, Hofenfels, S. 18 f.

⁹⁰⁶ Hofenfels wurden mehr als 400.000 fl sowie ein Reichslehen in der Grafschaft Falkenstein in Aussicht gestellt (Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 470; Preußen/Görtz, *Mémoire historique de la négociation en 1778*, S. 59 ff.; Mittelberger, Hofenfels, S. 21; Heigel, Christian Hofenfels, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, ADB, Bd. 12, S. 558).

⁹⁰⁷ Mittelberger, Hofenfels, S. 21, 106 ff.

⁹⁰⁸ Stumpf, *Denkwürdige Bayern*, S. 273 f.; Heintz, in: KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 475.

⁹⁰⁹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 4, S. 316.

⁹¹⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 468 ff.

ten.⁹¹¹ Von der Kammer als zulässig erachtet,⁹¹² wurde der Antrag an den vierten Ausschuss weitergeleitet, der ihn auf Anraten des Referenten⁹¹³ aus den „entgegenstehenden rechtlichen Gründen“ der Verjährung ablehnte.⁹¹⁴ Wegen des Schlusses der Ständeversammlung kam der Antrag nicht mehr im Plenum zur Beratung.⁹¹⁵

In den Heintzschen Ausführungen zu dieser Beschwerde wurde seine größte Hochachtung deutlich, die er gegenüber Hofenfels empfand. Dies begründete sich auf dem Verdienst, dem Hause Pfalz-Zweibrücken das rechtsrheinische Bayern erhalten zu haben. Durch seine elterliche Erziehung fühlte Karl Friedrich Heintz, wie auch sein Vater und viele seiner Verwandten und Vorfahren, eine tiefste Verbundenheit zum Wittelsbacher Herrscherhaus.

ee. Pressefreiheit

Auch wenn Karl Friedrich Heintz die Freiheitsrechte nicht ausdrücklich in der Dankadresse angesprochen hatte und deshalb teilweise Kritik von radikalliberaler Seite erfahren hatte, trat er doch in den Verhandlungen für die Freiheitsrechte ein, die gerade im Vormärz größte Bedeutung für die liberalen Bewegungen in Deutschland und im Königreich Bayern hatten. Eines der meistbeschnittenen und damit auch meistbehandelten Themen in diesem Zusammenhang war die Pressefreiheit. Auf der Ständeversammlung 1845/46 kam die Thematik durch die Bitte „mehrerer Bürger der Pfalz, die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigen Pressefreiheit betreffend“, in der Kammer der Abgeordneten zur Sprache.⁹¹⁶ Die Eingaben der nahezu dreieinhalbtausend Bürger aus zwölf Städten und vierunddreißig Landgemeinden eigneten sich elf Abgeordnete der Pfalz, darunter auch Heintz,⁹¹⁷ an und legten sie der Kammer der Abgeordneten zu Beratung vor.⁹¹⁸ Der Antrag der elf Abgeordneten der Pfalz, wie auch die Bitte der Pfälzer Bürger, war nicht auf die Forderung der vollkommenen Pressefreiheit gerichtet, was auch verfassungsrechtlich nicht zulässig gewesen wäre, da die Verfassung durch die III. Beil. BV 1818, das „Edict über die Freyheit der Presse und des Buchhandels“⁹¹⁹, die Zensur für die Presse ausdrücklich vorsah und damit auch nur eine Bitte um Pressefreiheit eine Bitte um Änderung der Verfassung gewesen wäre, was nach der Auffassung von Heintz nicht in der Kompetenz der Ständeversammlung lag, Titel X § 7 BV 1818.⁹²⁰ Verlangt wurde lediglich

⁹¹¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 468, 476.

⁹¹² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 5, S. 476.

⁹¹³ Vortrag des Referenten Schätzler, in: KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 718 – 763.

⁹¹⁴ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 7, S. 764 f; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 396 f.

⁹¹⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 13, S. 397.

⁹¹⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 6, S. 394.

⁹¹⁷ Stockinger, Christmann, Eppelsheimer, Scholler, Heintz, Willich, Kern, Reudelhuber, Hack, Wolf und Lillier (KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 157 ff.).

⁹¹⁸ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 238; KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 7, S. 127; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 127.

⁹¹⁹ GVBl. 1818, Sp. 181 ff.

⁹²⁰ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 241; KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 128; sich gegen die mangelnde Kompetenz der Ständeversammlung zur Bitte um Ver-

eine Beschränkung der Zensur auf eben das von der III. Beil. BV 1818 vorgegebene Maß. Der Referent des dritten Ausschusses, Closen, verlas auf der Sitzung vom 17. April 1846 den Antrag der Pfälzer Abgeordneten,⁹²¹ äußerte sich auch selbst positiv hinsichtlich dieses Antrages und strich vor allen Dingen die Zulässigkeit des Antrages in Bezug auf die verfassungsrechtliche Kompetenz der Ständeversammlung heraus. Denn Anträge auf Vollzug der Verfassung seien als „mildere Form“⁹²² der verfassungsrechtlich zulässigen Beschwerde zu deuten. Hier wurde genau ein solcher Antrag gestellt – die Herstellung der Pressefreiheit nach den Vorgaben der Verfassung.⁹²³ Im Antrag wurden mit der „Censur, Nachzensur, Beschlagnahme, Verbot des Postdebts“⁹²⁴ die Vorgehensweisen der Regierung benannt, mit denen diese die Presse willkürlich zensierte, da keine überschaubaren und eindeutigen gesetzlichen Regelungen hierzu existierten.⁹²⁵ Heintz meldete sich sogleich nach der Vorstellung des Antrages durch Closen zu Wort und führte diesen im Einzelnen nochmals aus.⁹²⁶ Auch er wies, in Kenntnis der verfassungsrechtlichen Kompetenz der Ständeversammlung, nochmals ausdrücklich darauf hin, dass der Antrag gerade nicht auf Abänderung der III. Beil. BV 1818, dem Presseedikt, gerichtet war, sondern auf die Beseitigung nicht verfassungskonformer Missstände der Zensurpraxis durch die Behörden. Am besten geeignet für die Erreichung dieses Ziels schien Heintz der Erlass eines Pressegesetzes, da dies aber nach seiner Auffassung nicht so schnell ergehen konnte, wäre zumindest eine Erleichterung der Zensur, also Vereinfachung durch behördeninterne Organisation und Weisung wünschenswert, denn die außerordentliche Strenge der Zensur ergebe sich gerade aus den unübersichtlichen internen Verwaltungsvorschriften für sie, was dazu führte, dass der Zensor den Umfang der Zensur nicht mehr überblicken könne und daher lieber zu streng zensuriere, um jedenfalls nicht gegen die unübersichtlichen Zensurvorschriften zu verstoßen. Neben dieser Vereinfachung der Zensurvorschriften an sich plädierte er auch für die Veröffentlichung der diesbezüglichen Vorschriften, um eine Überprüfungsmöglichkeit der behördlichen Akte und damit Rechtssicherheit dahingehend zu ermöglichen.⁹²⁷ Weiter kritisierte er die streng gehandhabte Nachzensur im Königreich, es sei nicht einzusehen, warum eine Zensur von ausländischen Blättern notwendig sei, die ohnehin bereits im Ausland die strengen Zensurvorschriften durchlaufen hätten. Noch weniger verständlich sei die Nachzensur, wenn diese Blätter auch noch in fremder Sprache abgefasst seien, da diese dann ob ihres eingeschränkten Leserkreises ohnehin wenig Gefahrenpotential für die gesellschaftliche Meinungsbildung bieten würden.⁹²⁸ Freilich hätte gerade für die Pfalz eine Aufhebung der Nachzensur anders-

fassungsänderung aussprechend: Kolb, *Der Baierische Landtag*, in: Weil, *Konstitutionelle Jahrbücher* 4, 1846, Bd. 2, S. 241.

⁹²¹ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 18 ff.

⁹²² KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 23.

⁹²³ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 22 f.

⁹²⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 22.

⁹²⁵ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 22.

⁹²⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 23.

⁹²⁷ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 23 f.

⁹²⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 24.

sprachiger Presse eine erhebliche Ausweitung der Pressefreiheit bedeutet, da die einfach aus Frankreich zu beziehenden Schriften somit keiner bayerischen Zensur mehr unterlegen hätte. Zudem konnten französische Druckerzeugnisse in der Pfalz wegen der Nähe zu Frankreich und der starken Verbindungen dorthin wohl von den meisten Pfälzern, zumindest aber von der gebildeten Zielgruppe, gelesen und verstanden werden. Aber auch für das übrige Königreich hätte dies eine erhebliche Ausweitung der Pressefreiheit bedeutet, da schon damals das Bildungsbürgertum zumindest einer europäischen Fremdsprache, etwa des Französischen, des Englischen oder des Italienischen, mächtig war. Schließlich wandte sich Heintz noch gegen das in Bayern gehandhabte Verbot des Postdebits.⁹²⁹ Diese Praxis kenne kein anderes Land, denn das Verbot einer Zeitung solle nicht still und heimlich durch eine Untersagung des Vertriebs durch die Post geschehen, sondern wenn überhaupt schon ein Verbot notwendig sei, dann durch öffentliche Bekanntmachung – zudem sei auch die Post keine Anstalt zur Durchführung der Zensur. Im Anschluss an die Ausführungen von Heintz wurde der Antrag dem hierfür zuständigen dritten Ausschuss übertragen,⁹³⁰ in dem nach dem Vortrag des Referenten Closen der Antrag noch nach dessen Vorschlägen etwas präzisiert und sodann mit fünf Stimmen zu einer Stimme angenommen wurde.⁹³¹ In der Kammer der Abgeordneten kam der Antrag aber wegen des Schlusses der Ständeversammlung nicht mehr zur Beratung, obgleich Closen noch einen weiteren Vortrag über den Antrag vor der Kammer hielt.⁹³²

f. Schluss der Ständeversammlung 1845/46

Die Ständeversammlung 1845/46 schloss am 24. Mai 1846, und obgleich insgesamt 25 Gesetze verabschiedet wurden, waren doch die Zugeständnisse der Krone im Hinblick auf die im Vormärz laut gewordenen Reformwünsche sehr gering. Vor allem wurden nahezu alle Anträge und Wünsche der Kammern in dieser Hinsicht negativ beschieden, oder es wurde nur eine unverbindliche Prüfung durch die Krone zugesichert.⁹³³ Auch Heintz, der sich für sein parlamentarisches Debüt ganz hervorragend auf der Ständeversammlung positioniert hatte, war mit dem Ausgang der Ständeversammlung äußerst unzufrieden gewesen. Denn obwohl die Ständeversammlung gerade in Bezug auf eine Umkehr der Abelschen Politik so vielversprechend begonnen hatte, konnte Abel sich über die Sitzungsdauer hinweg doch behaupten und schließlich die Ergebnisse der Ständeversammlung insgesamt als Erfolg verbuchen, allem voran gelang der Opposition nicht das eigentliche Ziel, Abel aus dem Amt zu treiben, ein Ziel, das auch Heintz insgeheim verfolgte.⁹³⁴ Betrachtet man den Einsatz von Heintz für die Pfalz sowie für das Gesetz zum Eintritt der Staatsdiener in die Kammer und das schlussendliche Ergebnis des Abschiedes für die Ständeversammlung, so verwundert auch seine Unzufriedenheit über den

⁹²⁹ Verbot des Zeitungsvertriebs durch die Post.

⁹³⁰ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 8, S. 25.

⁹³¹ KdA 1845/46 Beilagen, Bd. 9, S. 164 f.

⁹³² KdA 1845/46 Protokolle Bd. 12, S. 428.

⁹³³ Götschmann, Parlamentarismus, S. 765.

⁹³⁴ Götschmann, Parlamentarismus, S. 766; Heintz, Die Nachkommen, S. 17.

Ausgang nicht, denn die von ihm für diese Arbeiten gesteckten Ziele waren höher als die Resultate und teilweise nichtssagenden Prüfungsversprechen der Krone.

4. Die Beteiligung von Heintz an der Ständeversammlung 1847

a. Allgemeines zur Ständeversammlung 1847

Im Zusammenhang mit der Standeserhöhung, die Ludwig I. für Lola Montez⁹³⁵ durchsetzen wollte, verweigerte Innenminister Abel die Unterzeichnung des, gegen Anraten des Staatsrats, vom König für Lola Montez bereits erteilten Indigenats und ersuchte, wie auch die übrigen Minister, um seine Entlassung, die am 13. Februar 1847 mit Wirkung zum 16. Februar 1847 gewährt wurde.⁹³⁶ Das neu gebildete Kabinett⁹³⁷, unter der Leitung von Maurer als Verweser des Außen- und Justizministeriums,⁹³⁸ hatte, da es nur aus Ministerverwesern bestand, schon dahingehend einen eher losen Stand, wenn auch die Öffentlichkeit große Hoffnungen in das „Ministerium der Morgenröte“ legte,⁹³⁹ hatte es doch bereits Maßnahmen zur Reformgesetzgebung angekündigt⁹⁴⁰ und hierbei tatsächlich erste bedeutende Schritte für die kommenden Jahre erreichen können.⁹⁴¹ Trotz der Reformwünsche aus dem Volk wurde die 11. Ständeversammlung 1847 zum 20. September 1847 lediglich außerordentlich zur Finanzierung des Eisenbahnbaus einberufen,⁹⁴² da diese wegen der Veränderungen auf dem Kapitalmarkt und des Anstiegs der Zinsen nicht mehr gewährleistet war.⁹⁴³ Daher wurde vonseiten der Regierung, obwohl bereits teilweise ein Reformprogramms ausgearbeitet war,⁹⁴⁴ auch nur der Gesetzentwurf zur Eisenbahnanleihe vorgelegt.⁹⁴⁵ Allerdings hatte der Umstand, dass eine Ständeversammlung außerordentlich einberufen wurde, keinerlei Einflüsse auf die Rechte der Ständeversammlung,⁹⁴⁶ und so ergriffen die Abgeordneten die Initiative und stellten eine Vielzahl von Anträgen

⁹³⁵ Elizabeth Rosanna Gilbert (Lola Montez, seit 25.08.1847 Gräfin Marie von Landsfeld) geb. 17.02.1821, gest. 30.06.1861 (Meyers Konversations-Lexikon, 4. Aufl., Bd. 11, S. 774).

⁹³⁶ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/I, S. 224 ff.

⁹³⁷ Leonhard Freiherr von Hohenhausen Verweser des Kriegsministeriums, Johann Baptist von Zenetti Verweser des Innenministeriums, Friedrich Carl Freiherr von Zu Rhein Verweser des Finanzministeriums (Schreiber, Geschichte Bayerns II, S. 532).

⁹³⁸ Maurer, obgleich eindeutig Liberaler, hatte die Sympathie des Königs gewonnen, da er als einziges Staatsratsmitglied für die Erteilung des Indigenats an Lola Montez stimmte und auch bereit war, als Ministerverweser dieses zu unterzeichnen, wenn er auch hierfür persönliche Vorteile forderte (Gollwitzer, Abel, S. 555). Dickopf bewertet dieses Verhalten als einen „unentwirrbaren Knoten aus menschlicher Schwäche und politischer Berechnung“ (Dickopf, Maurer, S. 27); Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte II, S. 439.

⁹³⁹ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/I, S. 226.

⁹⁴⁰ Reiter, Revolution in Altbayern, S. 44.

⁹⁴¹ S.u. S. 176 ff.

⁹⁴² Gollwitzer, Ludwig I., S. 699.

⁹⁴³ Reiter, Revolution in Altbayern, S. 44 f.; Götschmann, Parlamentarismus, S. 770.

⁹⁴⁴ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 220.

⁹⁴⁵ Rep. KdRR/KdA 1847.

⁹⁴⁶ Pözl, Bayerisches Verfassungsrecht, S. 477.

zu den verschiedensten Themen des Reformprogramms.⁹⁴⁷ Zwar war die Eröffnungszere-
monie 1847 wieder im Ständehaus in der Prannerstraße und nicht wie bei den vorherge-
gangenen Ständeversammlungen in der königlichen Residenz, doch versuchte Ludwig I.
mit Nachdruck deutlich zu machen, dass diese Ständeversammlung für ihn eine gänzlich
untergeordnete Bedeutung spielen sollte. Die Demonstration erfolgte dadurch, dass die
Ständeversammlung erstmals in ihrer Geschichte ohne eine Thronrede eröffnet wurde,⁹⁴⁸
was noch Stoff für Diskussion liefern sollte, und die Eröffnung zudem weder durch Kö-
nig noch den Kronprinzen geschah, sondern lediglich durch den nachgeordneten Prin-
zen Luitpold.⁹⁴⁹ Zugleich war dies natürlich abermals eine entschiedene Illustration des
nahezu absoluten königlichen Machtanspruchs.⁹⁵⁰ Die Zusammensetzung der Kammer
der Abgeordneten hatte sich zur vorangegangenen Ständeversammlung nur unwesent-
lich verändert,⁹⁵¹ dennoch ließ sich eine deutliche Veränderung in der Stimmung der Ab-
geordneten feststellen. Wenn auch noch nicht die Bildung eines geschlossenen liberalen
Blocks beobachtet werden konnte, so stellte man doch bereits eine „entschiedene libera-
le Färbung“⁹⁵² in den Präsidentschafts- und Ausschusswahlen fest.

Die Präsidentschaftswahlen wurden diesmal in einem einzigen Wahlgang erledigt,⁹⁵³
woraus man erkennen kann, dass die Mehrheit in der Kammer sich in dieser Hinsicht ein-
ig und damit von den politischen Ansichten deutlich zusammengewachsen war. An er-
ste Stelle wurde wieder Rotenhan mit spektakulären 119 von 121 Stimmen gewählt, ihm
folgten Friedrich Adam Justus Graf von Hegnenberg-Dux⁹⁵⁴ mit 98 Stimmen, Lerchen-
feld mit 91 Stimmen, Heintz mit 89 Stimmen, Closen mit 72 Stimmen und Willich mit
61 Stimmen.⁹⁵⁵ Außer dem ersten Präsidenten, Rotenhan, der wegen seines Führungsge-
schickes auf der letzten Ständeversammlung von Abgeordneten aller politischen Rich-
tungen wiedergewählt wurde, wurden damit ausschließlich gemäßigt Liberale zu Präsi-
dentschaftskandidaten gewählt. Heintz wurde wieder an die vierte Stelle der Kandidaten
gewählt, konnte aber einen Stimmenzuwachs von zwölf Stimmen für sich verbuchen.⁹⁵⁶
Aus den Ausführungen zur vorherigen Ständeversammlung wurde deutlich, dass sich

⁹⁴⁷ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 778 f.

⁹⁴⁸ Rep. KdRR/KdA 1847.

⁹⁴⁹ Welsch, *Leistungen der bayerischen Stände-Versammlungen*, S. 24; Wolf, *Allgemeine bayerische Chronik* VI, S. 588 f.

⁹⁵⁰ Reiter, *Revolution in Altbayern*, S. 45.

⁹⁵¹ Sechs Abgeordnete hatten ihre passive Wahlfähigkeit verloren, und fünf Abgeordnete waren verstorben (Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 770).

⁹⁵² Chroust, *Österreichische Gesandte III*, S. 475

⁹⁵³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 6 f.

⁹⁵⁴ Friedrich Adam Justus Graf von Hegnenberg-Dux, geb. 02.09.1810, gest. 02.06.1872, Jurastudium Würzburg, 1835 Übernahme der Hofmark Hegnenberg, 1847 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1848 Mitglied Frankfurter Vorparlament, 1848/49 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, 21.11.1848 Austritt, 1849 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1849 – 1865 1. Präsident Kammer der Abgeordneten, 21.08.1871 – 02.06.1872 Staatsminister des Kgl. Hauses und des Äußern, Vorsitzender Ministerrat (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Hegnenberg-Dux).

⁹⁵⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 6.

⁹⁵⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 5; KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 6.

Karl Friedrich Heintz bereits im ersten Jahr seiner politischen Karriere eine herausragende Stellung unter den gemäßigten Liberalen in der Kammer der Abgeordneten erarbeitet hatte. Diese Vertrauensstellung spiegelte sich nunmehr im Ergebnis der Präsidentschaftswahl wider, zudem entsprach Heintz auf dieser Ständeversammlung mit seiner politischen Gesinnung der groben politischen Richtung der Mehrzahl der Abgeordneten sowie auch derjenigen der Regierung. Im Ergebnis fielen für Heintz zwar die Präsidentschaftswahlen wieder wie die der vorangegangenen Ständeversammlung aus, da er wieder an vierter Stelle der Kandidaten stand und der König ihn auch diesmal nicht zu einem der Präsidenten ernannte, dennoch ersieht man aus der Steigerung der Stimmenzahl, mit der er gewählt wurde, die Bestätigung seines politischen Wirkens durch die zweite Kammer. Diesmal hielt sich der König an die Reihenfolge, welche die Stimmenmehrheit der Kammer festgelegt hatte, erster Präsident wurde wieder Rotenhan, der mit 119 mehr Stimmen als je ein Kandidat zuvor erreicht hatte,⁹⁵⁷ zweiter Präsident wurde Hegnenberg-Dux.⁹⁵⁸ Diese Entscheidung war dem König vorwiegend deshalb leicht gefallen, da wie bereits gesagt nach Rotenhan alle Kandidaten gemäßigt Liberale waren und aus politischer Sicht sie daher für Ludwig I. alle vollkommen gleichwertig waren.

Auch in den Ausschusswahlen zeichnete sich ein allgemeiner Trend zum Liberalismus ab, rund die Hälfte der Sitze in den Ausschüssen wurden neu besetzt.⁹⁵⁹ Heintz wurde wieder in den ersten Ausschuss, den Gesetzgebungsausschuss, gewählt. Dieser Ausschuss, der auf der vorangegangenen Ständeversammlung aus taktischen Gründen eher eine konservativ-regierungstreue Prägung erfahren hatte,⁹⁶⁰ verlor nun durch das Ausscheiden der Parteigänger Abels, Schwindl, Vetterlein und Ney, eine gänzlich neue Prägung und wurde mit Liberalen oder zumindest politisch unabhängigen Abgeordneten aufgestockt. Namentlich waren dies Prof. Dr. Christoph Gottlieb Scheurl⁹⁶¹, der bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde, im zweiten Wahlgang sodann Closen und Dekan Deiniger und im dritten schließlich Johann Ulrich Schäfer⁹⁶².⁹⁶³ Heintz wurde mit der hervorragenden Stimmenzahl von 127 von 131 Stimmen wiedergewählt, war damit gleichauf mit Edel und wurde nur von Habermann an Stimmenzahl übertroffen, der eine Stimme mehr verbuchen konnte.⁹⁶⁴

⁹⁵⁷ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 771.

⁹⁵⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 9.

⁹⁵⁹ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 772.

⁹⁶⁰ S.o. S. 74 ff.

⁹⁶¹ Prof. Dr. Christoph Gottlieb Scheurl, geb. 07.01.1811, gest. 23.01.1893, 1827 – 1831 Jurastudium Erlangen und München, 1834 Dr. jur. utr., 1840 a.o. Prof. Erlangen, 1845 o. Prof. Erlangen (Römisches Recht und Kirchenrecht), Syndikus der Lutherischen Kirche, 1865 Generalsynode (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Scheurl).

⁹⁶² Johann Ulrich Schäfer, geb. 07.05.1789, gest. 07.05.1865 (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Schaefer).

⁹⁶³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 30.

⁹⁶⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 30.

b. Dankadresse

Nach den Präsidentschafts- und Ausschusswahlen war die Abfassung einer Dankadresse die erste Thematik, die in der Kammer verhandelt wurde. Aufgrund der fehlenden Thronrede war es verfassungsrechtlich fraglich, ob überhaupt vonseiten der Kammern Dankadressen an den König abgefasst werden konnten und sollten.⁹⁶⁵ Insbesondere der erste Präsident Rotenhan sprach sich persönlich gegen eine Dankadresse der Kammer der Abgeordneten aus, überließ es aber der Kammer, über die Abfassung zu entscheiden.⁹⁶⁶ Nachdem sich im Anschluss auch der Abgeordnete Dekan Franz Xaver Lechner⁹⁶⁷ aus „ausdrücklichen“ verfassungsrechtlichen Gründen gegen eine Dankadresse aussprach,⁹⁶⁸ wobei er von Vetterlein unterstützt wurde,⁹⁶⁹ ergriff sogleich Heintz das Wort zur Problematik der Dankadresse.⁹⁷⁰ Wieder zeigte sich seine verfassungsrechtliche Sattelfestigkeit, und es gelang ihm, das Argument von Dekan Lechner zu widerlegen.⁹⁷¹ Nach der Auffassung von Heintz konnte die Dankadresse verfassungsrechtlich nicht in Abhängigkeit von einer Thronrede stehen, da weder die Verfassung noch das Edikt über die Ständeversammlung eine Thronrede anführten. Vielmehr erwähnte lediglich die Geschäftsordnung von 1831 die Thronrede und die Dankadresse als deren Erwiderung durch die Kammern, und dennoch waren auch in der Zeit von 1819 bis 1831 stets Dankadressen von den Kammern abgefasst worden.⁹⁷² Insofern könnte man die Geschäftsordnung nur dahingehend interpretieren, dass sie den normalen Gang der Eröffnung der Ständeversammlung festgehalten hatte, keinesfalls sollte sie aber eine Bestimmung für den Fall aufstellen, dass keine Thronrede abgefasst würde, denn da dies auf jener Ständeversammlung erstmalig vorgekommen war, wurde ein solcher Fall von der Geschäftsordnung nicht einmal bedacht, anderenfalls hätte dies explizit klargemacht werden müssen, könne aber nicht durch bloße Interpretation des Wortlautes geschehen. Neben dieser juristischen Betrachtung hinsichtlich des Streitpunktes⁹⁷³ äußerte er aber auch seine persönliche, politische Meinung zur Abfassung der Dankadresse. Er hielt eine solche insbesondere deshalb für unverzichtbar, da die Dankadresse die einzige Möglichkeit der

⁹⁶⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 31 f.

⁹⁶⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 28.

⁹⁶⁷ Franz Xaver Lechner, geb. 30.11.1774, gest. 26.02.1849, Theologiestudium Landshut, 1797 Priesterweihe, Kaplan Mammendorf, 1798 Lehrer Moraltheologie Freisinger Diözesanseminar Dorfen, Subregens Collegium Georgianum Landshut, Regens Collegium Georgianum Landshut, 1804 Pfarrer und Dekan Burg-hausen, 1808 – 1810 Distriktsschulinspektor, 1847 Kanoniker Kollegiatstift Alten Kapelle Regensburg, 1825 – 1831 gemäßigt liberal, 1831 – 34 zwischen Regierung und Opposition, 28.02.1842 Kammer der Abgeordneten Nachfolger von Johann Nepomuk Silberhorn (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Lechner).

⁹⁶⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 29.

⁹⁶⁹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 31 f.

⁹⁷⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 33.

⁹⁷¹ „Weder die Verfassung noch das Edict sprächen von einer Thronrede. Erst in der Geschäftsordnung von 1831 wird gesagt: Auf die Eröffnungs-Rede vom Throne wird eine Adresse von der Kammer erlassen. Und doch seien vor 1831 stets Adressen an den König gerichtet worden. Dies beweise, daß die Geschäftsordnung bloß den Usus habe sanktionieren wollen.“ (Heintz, in: KdA 1847 Protokolle, Bd. 1 S. 33).

⁹⁷² Landtagsarchivariat, Thronreden.

⁹⁷³ So dann auch: Pözl, Bayerisches Verfassungsrecht, S. 477.

Kammer der Abgeordneten war, ohne die Mitwirkung der Kammer der Reichsräte an die Krone zu appellieren und die Wünsche des Volkes in einem Programm darstellen zu können – Heintz empfahl daher dringend die Abfassung einer Adresse durch einen Ausschuss.⁹⁷⁴ Die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten war von der Haltung des Abgeordneten Heintz überzeugt und wählte nahezu einstimmig einen Ausschuss, der zunächst für die endgültige Klärung der Zulässigkeitsfrage zuständig sein sollte und im Anschluss einen entsprechenden Adressentwurf abfassen sollte.⁹⁷⁵ Heintz wurde mit 114 von 128 an die erste Stelle dieses siebenköpfigen Ausschusses gewählt.⁹⁷⁶ Auch in der Zusammensetzung dieses Ausschusses zeigt sich wieder die „liberale Färbung“⁹⁷⁷ der Kammer, denn auch alle anderen Mitglieder des Ausschusses, namentlich Lerchenfeld, Cloßen, Willich, Kirchgeßner, Vogel und Bauer, waren Liberale.

Der Ausschuss kam zum Ergebnis, dass die Dankadresse an den König abgefasst werden konnte, und die Kammer der Abgeordneten beriet sodann den Entwurf des Ausschusses in geheimer Sitzung. Hatte sich Kolb in seinen Berichten über die Ständeversammlung von 1845/46 äußerst negativ über den Usus geäußert, dass die Dankadresse stets geheim beraten wurde, und angeprangert, dass nicht einmal die Diskussion über eine öffentliche Beratung geführt wurde,⁹⁷⁸ fällt auf, dass diesmal die Frage, ob die Dankadresse in öffentlicher oder geheimer Sitzung beraten werden sollte, zumindest diskutiert wurde, was wiederum als weiterer Schritt hin zu einer Liberalisierung zu werten ist.

Heintz, der in der Zeit zwischen den Ständeversammlungen weiterhin am Appellationsgericht in Zweibrücken als Richter, zudem aber auch publizistisch tätig war,⁹⁷⁹ übernahm wie schon zwei Jahre zuvor die Redaktion der Dankadresse.⁹⁸⁰ Zwar wurde im Bericht des österreichischen Gesandten die Dankadresse Willich zugeschrieben,⁹⁸¹ was vermutlich aufgrund der diesmal deutlich schärferen Wortwahl in der Adresse gemut-

⁹⁷⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1 S. 33.

⁹⁷⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1 S. 35.

⁹⁷⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1 S. 35.

⁹⁷⁷ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 475.

⁹⁷⁸ „Es ist bezeichnend für den Standpunkt, den die Opposition einnimmt, daß auch nicht eine einzige Stimme öffentliche Beratung verlangte. Anderwärts man deßhalb sagen, es sey dies ein Zeichen, daß sich die Baierische Abgeordneten-kammer in politischer Hinsicht noch völlig in den Kinderschuhen befinde, hier fiel Niemandem etwas darüber ein.“ (Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 1, S. 144).

⁹⁷⁹ Er gab zusammen mit Carl Damm und Ludwig Weis eine Fortsetzung von Hilgarts Annalen der Rechtspflege heraus – allerdings nur 1847, da Damm danach nach Annweiler zog (Bauer, Das Appellationsgericht der Pfalz im Spiegel der „Annalen der Rechtspflege“, in: Paulsen, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 178 f.; Heintz, Die Nachkommen, S. 23 f.; Baumann schreibt die Einstellung der Annalen der Rechtspflege nach einem Jahr den politischen Verhältnissen zu: Baumann, Das pfälzische Appellationsgericht, in: Reinheimer, Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 42.).

⁹⁸⁰ Auf einem späteren Landtag wurde in der Kammer der Abgeordneten sogar öffentlich die von Heintz entworfene Adresse angesprochen und zum Beleg für Heintz' liberale politische Gesinnung von ihm selbst herangezogen (KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 20). Wäre Willich der Verfasser gewesen, hätte er sich in dieser späteren Sitzung freilich gegen die Behauptung von Heintz gestellt, da auch er in der Sitzung anwesend war.

⁹⁸¹ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 475.

maßt wurde, es zeigt sich aber ganz deutlich, dass sich auch in dieser Adresse die wesentlichen Ansichten von Heintz widerspiegeln, die er bezüglich der politischen Situation im Lande hatte. Auch ist es naheliegend, dass Heintz als derjenige, der mit den meisten Stimmen in den Ausschuss gewählt wurde, auch die Redaktion der Adresse übernahm, noch dazu, wo er sich doch bereits durch die Abfassung der Dankadresse im Jahre 1845 bewährt hatte.⁹⁸² Die Adresse selbst begann wie üblich mit der Danksagung an den König, die Ständeversammlung einberufen zu haben, wies allerdings noch im selben Satz darauf hin, dass sich die Kammer nicht mit der Beratung der Eisenbahnfinanzierung begnügen werde, sondern vielmehr die seit langem geforderten Reformprogramme von der Kammer zur Sprache gebracht werden würden, dass nämlich „die Bedürfnisse und Wünsche des Volkes der Allerhöchsten Würdigung zu unterstellen“⁹⁸³ sein werden. Man sieht daran ganz deutlich, dass Heintz von der Reformbedürftigkeit des Staates vollkommen überzeugt war und auch mittlerweile die Stimmung in der Kammer der Abgeordneten dahin ging, jede Möglichkeit zu ergreifen, um die Modernisierungswünsche des Volkes vorzubringen, damit auf jeder Ständeversammlung, selbst wenn der Monarch sie nur aus haushaltstechnischen Gründen einberufen hatte, alle ihre Kompetenzen wahrzunehmen, um für den Fortschritt, das Wohl des bayerischen Staates und des Volkes zu wirken und gerade nicht als bloßes Organ zur Haushaltsbewilligung zu fungieren, zu dem Ludwig I. die Ständeversammlung degradieren wollte. Es folgte die Begrüßung der neuen Regierung, des „Ministeriums der Morgenröte“, und von deren Bemühungen, „zeitgemäße Fortschritte“⁹⁸⁴ auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu erzielen. Konkretisiert wurden alsdann die Wünsche des Volkes, die bereits im ersten Absatz der Adresse allgemeine Erwähnung fanden; diese waren bereits erstaunlich nahe den revolutionären Märzforderungen des Folgejahres. So wurde zunächst zur Sicherung des religiösen Friedens die Glaubens- und Gewissensfreiheit angemahnt und wurden sodann im nächsten Absatz die Forderungen nach einem neuen Wahlgesetz, Verantwortlichkeit der Minister, Trennung der Justiz von der Verwaltung in den Vollzugsorganen, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, Pressefreiheit, Ablösung der Grundlasten, Achtung der Lehrfreiheit und Verbesserung der Volksbildung laut.⁹⁸⁵ In Bezug auf das stetig wachsende deutsche Nationalbewusstsein wurden zwar die bisherigen Verdienste des Monarchen um den deutschen Zollverein gewürdigt, jedoch wurde ausdrücklich um die Fortsetzung der Bemühungen um eine deutschnationale Einheit gebeten. Diese Einheit sollte vornehmlich die außenpolitische Stärke Deutschlands fördern und im Inneren eine Eigenständigkeit der Einzelstaaten aufrechterhalten, die „Eigenthümlichkeit der einzelnen Staaten.“⁹⁸⁶ Ohne sachliche Modifikationen nahm die Kammer der Abgeordneten die Dankadresse an und verfügte die Übersendung zum König nach Aschaffenburg.⁹⁸⁷

⁹⁸² S.o. S. 80 ff.

⁹⁸³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 79.

⁹⁸⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 80.

⁹⁸⁵ Welsch, Leistungen der bayerischen Stände-Versammlungen, S. 24 f.; KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 80.

⁹⁸⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 80 f.

⁹⁸⁷ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 81.

Weitere Äußerungen von Heintz auf der Ständeversammlung

Wie bereits in der Dankadresse angekündigt, beschäftigte sich die Kammer der Abgeordneten neben der Haushaltsbewilligung auch auf dieser Ständeversammlung mit den politisch brisanten Themen der Zeit. Auch Karl Friedrich Heintz nahm in diesen Debatten, wie schon auf der vorangegangenen Ständeversammlung, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und Mitglied des Gesetzgebungsausschusses wieder zu den verschiedensten Themen Stellung, wodurch sich bereits seine Haltung zum Reformprogramm der nächsten Jahre deutlich erkennen lässt sowie wieder seine persönliche Ansichten und seine politische Haltung sichtbar wurde.

aa. Verfassungs- und Gesetzestreue

Wie schon auf der vorangegangenen Ständeversammlung zeigt sich Heintz' starke Verfassungs- und Gesetzestreue; diesmal vorwiegend bei der Wahlreklamation des Gutsbesitzers und Gemeindevorstehers von Prosselsheim, Leonhard Blaß. Daneben können wir ausschnittsweise ein Bild von Heintz' Vorstellungen zu einer damals stark diskutierten Frage gewinnen, der Freiheit der Wahl. Blaß war auf dem vorangegangenen Landtag durch die Vorschrift des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 ausgeschlossen worden. Nachdem nun am 23. Mai 1846 das „Gesetz den §. 44. Lit. C. im Titel der X. Beilage zur Verfassungs-Urkunde betreffend“⁹⁸⁸ erlassen wurde, stützte sich die Reklamation von Blaß gegen seinen Ausschluss auf dieser Ständeversammlung nun darauf, dass Gemeindevorsteher nach dem neuen Gesetz nunmehr keiner königlichen Bewilligung zum Eintritt in die Kammer bedurften und er deswegen nachträglich in die Kammer zu berufen wäre.⁹⁸⁹

Heintz nahm zu dieser Reklamation eingehend Stellung und ging verstärkt auf die neue Rechtslage ein, die sich durch die Veränderung des Gesetzes ergeben hatte. Insbesondere sprach er in diesem Zusammenhang grundlegende Rechtsgrundsätze an, die Rechtssicherheit garantierten, namentlich die Wirkung der Rechtskraft und das Rückwirkungsverbot von Gesetzen. Zudem nahm er Stellung zum Thema Achtung und Wahrung der Verfassung.

Zunächst stellte Heintz eine rechtliche Beurteilung der Reklamation auf, wenn das „Gesetz den §. 44. Lit. C. im Titel der X. Beilage zur Verfassungs-Urkunde betreffend“ von 1846 nicht erlassen worden wäre. Man hätte dann die eindeutige Situation der Verwirkung des Reklamationsrechtes vorliegen gehabt und damit die Entscheidung der Regierung auf Ausschluss als „rechtskräftig“⁹⁹⁰ anerkennen und daher das Anliegen von Blaß zurückweisen müssen.⁹⁹¹ Sodann stellte er die Frage, was sich nun durch das Gesetz von 1846 änderte, und kam zu dem Schluss, dass sich daraus keine andere Beurteilung der Situation ergebe. Dies begründete er zunächst mit dem Rückwirkungsverbot, einem für

⁹⁸⁸ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 14, S. 6, 37 ff.

⁹⁸⁹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 75, 88 ff.

⁹⁹⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 153.

⁹⁹¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 152 f.

uns heutzutage selbstverständlichen Rechtsgrundsatz, der aus dem Art. 20 GG zugrundeliegenden Rechtsstaatsprinzip entnommen wird.⁹⁹² Auch nach Heintz' Argumentation wirkten Gesetze grundsätzlich erst ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens, was die Garantie von Rechtssicherheit und den Schutz des Einzelnen vor etwaiger Willkür des Gesetzgebers durch rückwirkenden Erlass von Gesetzen ermöglichen sollte – das Gesetz von 1846 hätte damit keinerlei Einfluss auf den Ausschluss Blaß, der bereits 1845 erfolgte.⁹⁹³ Weiter begründete Heintz seine juristische Ansicht mit einem zweiten Rechtsgrundsatz zur Wahrung von Rechtssicherheit, nämlich der grundsätzlich unabänderlichen Wirkung der Rechtskraft von hoheitlichen Entscheidungen. Hätte man das Gesetz von 1846 nun als reines Interpretationsgesetz hinsichtlich der Auslegung der Verfassung begriffen, so wäre eine Rückwirkung auf den Ausschluss des Blaß 1845 möglich gewesen. Aufgrund der Rechtskräftigkeit des Ausschlusses könne aber das Interpretationsgesetz keine Wirkung mehr entfalten. Zwar wäre eine andere Beurteilung für noch laufende Altverfahren möglich gewesen, allerdings könnte eine bereits ergangene, nicht angefochtene Entscheidung in ihrer Rechtskraft nicht mehr durchbrochen werden.⁹⁹⁴ Eine andere Beurteilung hätte für Heintz dazu geführt, dass je nach Regierung die bereits fest für eine Wahlperiode gewählten und ernannten Abgeordneten beliebig ausgetauscht werden könnten, indem man wieder einen früher Ausgeschlossenen benennt, einen anderen aber dafür wieder ausschließt.⁹⁹⁵ Er bezog damit in dieser Debatte zur Wahrung von Rechtssicherheit diesen zunächst rein juristisch begründeten Standpunkt.⁹⁹⁶

Persönlich und politisch stand Heintz der Reklamation von Blaß differenziert gegenüber. So stellte er ausdrücklich klar, dass er sehr wohl für die „Freiheit der Wahl in jeder Beziehung“⁹⁹⁷ war, was er mit seinen diesbezüglichen Anstrengungen in dieser Beziehung auf der vorangegangenen Ständeversammlung belegen konnte.⁹⁹⁸ Im Grundsatz war er daher auch für die ursprüngliche Berufung des Gutsbesitzers Blaß in die Kammer der Abgeordneten. Dennoch erlaubten ihm aber die (verfassungs-)rechtliche Situation und seine strenge Gesetzestreue keine andere Beurteilung der Sache. Nach der Ansicht von Heintz war es unverzichtbar, sich an die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu halten, auch wenn sie im Einzelnen gerade nicht den Vorstellungen von der Freiheit der Wahl entsprachen. Denn die Verfassung garantierte für ihn zumindest einen gewissen Grundstock, auf dem eine weitgehend freie Wahl basierte. Wollte man nun diesen Grundstock erhalten, durfte man nach seiner Auffassung die Verfassung im Gegenzug auch nicht in den Punkten in Frage stellen, in denen sie für die eigenen politischen Forderungen im

⁹⁹² Grzeszick, in: Maunz/Dürig, Grundgesetz, Art. 20 GG, Rn. 32; Huster/Rux, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, Art. 20, Rn. 133.

⁹⁹³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 153.

⁹⁹⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 153.

⁹⁹⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 153.

⁹⁹⁶ „Wenn Sie von diesen Grundsätzen abgingen, meine Herren, so wäre der Willkür Thüre und Thor geöffnet; [...] wenn wir uns nicht strenge an den Buchstaben des Gesetzes halten.“ (Heintz, in: KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 153 f.).

⁹⁹⁷ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 151.

⁹⁹⁸ S.o. S. 98 ff.

Moment nicht günstig erschien, denn dann könne man im Umkehrschluss auch nicht verlangen, dass sich Krone und Regierung an die Verfassung gebunden fühlten.⁹⁹⁹

Blaß persönlich warf er die Nachlässigkeit vor, seine Reklamation nicht schon bereits auf der Ständeversammlung 1845/46 vorgebracht zu haben. Denn durch eine Reklamation von Blaß hätte in der Kammer der Abgeordneten bereits vor den Verhandlungen über den „Gesetzesentwurf, den §. 44. Lit. C. im Titel der X. Beilage zur Verfassungs-Urkunde betreffend“ eine Meinungsbildung über die Beurteilung von Gemeindevorständen in diesem Zusammenhang stattgefunden und damit die Kammer der Abgeordneten eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der Regierung in der Sache gehabt, folglich das Gesetz möglicherweise auch besser gestalten können.¹⁰⁰⁰ Dass dieser Vorwurf von Heintz nicht von der Hand zu weisen war, zeigte sich durch die Meinungsbildung der Kammer hinsichtlich der Stellung der Advokaten, die sich durch die Reklamation von Willich ergeben hatte und die doch erheblich die Verhandlungen bezüglich des Gesetzentwurfes beeinflusst hatte.

Nichtsdestoweniger scheint dieser persönliche Vorwurf gegenüber Blaß nicht der ausschlaggebende Punkt für die Ansicht von Heintz gewesen zu sein. Vielmehr war gerade die juristische Beurteilung der Sache für Heintz der Grund, sich gegen die Annahme der Blaßschen Reklamation auszusprechen – zusammen mit Heintz sah im Übrigen auch die Mehrheit in der Kammer die Reklamation als nicht begründet an und verwarf diese damit.¹⁰⁰¹

bb. Pressefreiheit

Wie in der Dankadresse angekündigt, ergriff die Kammer der Abgeordneten auf der Ständeversammlung die Initiative und brachte im Rahmen von eigens formulierten Anträgen eine Reihe von politisch Themen zur Sprache – die Pressefreiheit als eines der großen Reformziele der Liberalen durfte hierbei nicht fehlen. Auch Heintz engagierte sich in dieser Thematik, wie bereits auf der vorangegangenen Ständeversammlung, durch mehrere Wortmeldungen und auch die Erarbeitung einer eigenen Modifikation¹⁰⁰² hinsichtlich der ursprünglich vor die Kammer gebrachten Anträge „die Freiheit der Presse betreffend“¹⁰⁰³.

Die ursprünglichen Anträge zur Pressefreiheit stammten von den Abgeordneten Scheurl und Schnetzer und umfassten ähnliche Punkte, wie sie bereits 1846 zur Sprache kamen,¹⁰⁰⁴ nämlich die Aufhebung der Zensur für sämtliche innenpolitischen Angelegenheiten, Aufhebung der Nachzensur für bereits im Ausland zensierte Presse, Unterlassen

⁹⁹⁹ „Auf der anderen Seite halte ich es für nothwendig, vor allem auch die Bestimmungen der Verf.-Urkunde im Auge zu behalten, und sie selbst da, wo sie uns und der Freiheit der Wahlen nicht günstig erscheint, ihrem Geiste und Wortlaute nach aufrecht zu erhalten, damit wir auf unserer Seite auch verlangen können, daß es auf gegnerischer Seite eben so geschehe.“ (Heintz, in: KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 151 f).

¹⁰⁰⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 154.

¹⁰⁰¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 159.

¹⁰⁰² KdA 1847 Protokolle Bd. 1, S. 315.

¹⁰⁰³ KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 139, 147.

¹⁰⁰⁴ S.o. S. 137 ff.

des Entzuges des Postdebts für nicht verbotene Zeitschriften und restriktive Ausübung der Beschlagnahme von Druckerzeugnissen unter strengster Beobachtung der §§ 6 – 11 III. Beil. BV 1818.¹⁰⁰⁵ Karl Friedrich Heintz trat lebhaft für die Verbesserung der Pressefreiheit ein. Zunächst versuchte er eine Nichterledigung durch zu wenig fortgeschrittene Beratungen der Anträge gegen Ende der Ständeversammlung zu verhindern. Nachdem die Anträge am 13. Oktober 1847 vom Sekretär des Prüfungsausschusses, Ludwig Friedrich Graf von Geldern,¹⁰⁰⁶ zum verfassungsmäßigen Wirkungskreis der Ständeversammlung gehörig erklärt und in der Kammer verlesen wurden, plädierte Heintz sofort darauf, dass die Kammer der Abgeordneten gerade für die Anträge auf Pressefreiheit sozusagen ein beschleunigtes Beratungsverfahren durchführen sollte, also eine sofortige Beratung oder zumindest eine Beratung in den folgenden drei Tagen, ohne weitere Verweisung der Sache zur erneuten Aufarbeitung an einen Ausschuss.¹⁰⁰⁷ Art. 102 GOKdA ermöglichte dieses Vorgehen, und Heintz war der Meinung, dass einmal wegen der umfangreichen Beratung der Thematik im letzten Jahr sowie der Tatsache, dass sich durch die politische Brisanz der Pressefreiheit wohl ohnehin bereits jeder Abgeordnete seine Ansicht darüber gebildet hatte, eine weitere Beratung in einem Ausschuss für die Meinungsbildung der Kammer nicht mehr notwendig war.¹⁰⁰⁸ Die Kammer stimmte diesem Vorhaben zunächst bei,¹⁰⁰⁹ als sich jedoch hierüber weitere Bedenken ergaben, wie das weitere Prozedere sein sollte, wurde doch die Vorbereitung durch den dritten Ausschuss beschlossen,¹⁰¹⁰ wobei man sich im Wesentlichen einig war, dass die Beratungen in der Kammer so schnell wie möglich vonstatten gehen sollten.¹⁰¹¹ Bereits am Samstag, den 16. Oktober 1848, also nur drei Tage später, hielt der Referent des dritten Ausschusses, Dekan Götz, seinen Vortrag vor der Kammer, an den sich unmittelbar die Beratungen anschlossen.

Karl Friedrich Heintz brachte noch am 16. Oktober 1847 eine Modifikation hinsichtlich des Antrags von Scheurl ein, die diesen in dem Punkt erweiterte, dass nicht nur die Nachzensur für alle bereits im Ausland zensierten Presserzeugnisse unterbleiben sollte, sondern auch jegliche Zensur von Presserzeugnissen in fremder Sprache.¹⁰¹² Heintz griff damit seine Anregungen, die er bereits 1846 gemacht hatte, auf und verwertete einen Gedanken daraus in seiner Modifikation.¹⁰¹³ Da er aber nun vor der Kammer eine Modifikation zu begründen hatte, kamen seine Gedanken, die er sich in Bezug auf diese Thematik machte, ausdrücklich zur Sprache, auch wenn man sich diese Hintergründe freilich bereits 1846 denken konnte. In gewohnter Weise argumentierte Heintz zuvörderst auf verfassungsrechtlicher Grundlage und benannte die Nachzensur ausländischer Drucker-

¹⁰⁰⁵ KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 129.

¹⁰⁰⁶ Ludwig Friedrich Graf von Geldern, geb. 03.06.1806, gest. 05.03.1872, (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Geldern).

¹⁰⁰⁷ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 211.

¹⁰⁰⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 213.

¹⁰⁰⁹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 218.

¹⁰¹⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 221.

¹⁰¹¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 213 ff.

¹⁰¹² KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 315.

¹⁰¹³ S.o. S. 137 ff.

zeugnisse als verfassungswidrig, da die Verfassung und das dazugehörige Edikt nur die Zensur inländischer Druckerzeugnisse kannten, nicht aber die von Werken die im Ausland erschienen, hier sei nur ein Verbot möglich gewesen.¹⁰¹⁴ Die Erweiterung des Antrages auf das Verbot der Zensur von in fremder Sprache erscheinenden Druckerzeugnissen, also seine eigentliche Modifikation, begründete er zum einen ebenso mit dieser verfassungsrechtlichen Argumentation, zum anderen aber mit seiner persönlichen Auffassung. Für Heintz war die Zensur von Schriften in fremder Sprachen aus dem Grunde vollkommen unverständlich, da sie ohnehin nur den gebildeten Bevölkerungsschichten zugänglich waren. Einmal aufgrund der Sprachbarriere, denn in der Regel war nur ein Gebildeter zur damaligen Zeit einer Fremdsprache überhaupt mächtig, zum anderen war auch aus pekuniären Gründen der einfachen Bevölkerung der Kauf einer ausländischen Zeitung regelmäßig nicht möglich.¹⁰¹⁵ Hieraus kann man, wie schon in seinen Ausführungen 1846, seine grundlegende Einstellung entnehmen, dass das Bildungsbürgertum gegenüber den einfachen Bevölkerungsschichten einen erhöhten Informationsbedarf und auch Informationsanspruch haben sollte. Zudem muss man sich wieder in Erinnerung rufen, dass gerade für die Pfalz die Aufhebung der Zensur für fremdsprachige Presse eine erhebliche Ausweitung der Pressefreiheit bedeutet hätte, war doch eine Vielzahl der pfälzischen Bevölkerung frankophon und waren die französischen Druckerzeugnisse in der Pfalz wegen der Nähe zu Frankreich verhältnismäßig günstig zu erwerben. Der Heintzsche Modifikationsantrag wurde sodann in der Kammer der Abgeordneten unterstützt und auch sofort nach kurzer Diskussion angenommen.¹⁰¹⁶ Allerdings stieß er in der Kammer der Reichsräte auf erheblichen Widerstand, denn die Reichsräte wollten nicht durch diese Modifikation eine Besserstellung ausländischer Druckerzeugnisse gegenüber den bayerischen tolerieren und schon gar nicht ein vollumfängliches Privileg für fremdsprachige Presse schaffen.¹⁰¹⁷ Die Heintzsche Modifikation wurde daher durch den Reichsrat verworfen und nur die ursprüngliche Fassung unterstützt. Auch der Gesamtbeschluss der Kammern erfolgte sodann über diese Fassung, ohne dass dies in der Kammer der Abgeordneten noch größere Diskussionen ausgelöst hätte.¹⁰¹⁸ Nicht einmal Heintz selbst meldete sich diesbezüglich nochmals zu Wort,¹⁰¹⁹ was verwunderlich erscheint, da er seine eigenen Einwände meist mit Nachdruck und weiterer, tiefer gehender Argumentation verteidigte. Da sich aber keinerlei Anhaltspunkte ergeben, dass Heintz während der Sitzung, in der über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräte beraten wurde, nicht anwesend war und deshalb seine Modifikation nicht verteidigte,

¹⁰¹⁴ „Die Nachzensur hat noch soviel weniger, als die Censur selbst, in dieser hohen Kammer Anklang gefunden. Sie ist eigentlich etwas ungesetzliches, resp. verfassungswidriges. Unsere Verfassungs-Urkunde kennt nur die Censur der Blätter und Werke im Inland; was im Ausland erscheint, ist der Censur im Inlande nicht unterworfen; der Regierung steht es nur zu, einzelne Erzeugnisse des Auslandes, Zeitungen u. dgl. im Inlande zu verbieten, allein eine Nachzensur zu handhaben, dies ist eine Erfindung des abgetretenen Ministeriums.“ (Heintz, in: KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 315).

¹⁰¹⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 316.

¹⁰¹⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 321.

¹⁰¹⁷ KdRR 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 314 ff.

¹⁰¹⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 357.

¹⁰¹⁹ Rep. KdRR/KdA 1847.

kann nur der Schluss gezogen werden, dass er sich in diesem Fall zugunsten des Gesamtbeschlusses enthielt, gerade auch im Hinblick auf die Gefahr, dass durch ein Beharren auf seiner Modifikation die Verhandlungen in der Sache sich derart verlängern würden, dass letztendlich wieder eine Nichterledigung des Antrages wegen des Endes der Ständeversammlung drohen würde. Diese Vermutung wird unterstützt, wenn man auf andere Debatten zurückblickt, in denen sich Heintz kompromissbereit zeigte, um Gesamtbeschlüsse zu fördern, und damit zumindest eine gewisse Verbesserung der Zustände erhoffte.¹⁰²⁰

Bezogen auf die Thematik des Entzuges des Postdebts kam vom Ministertisch in der Kammer der Abgeordneten der Hinweis, dass der Antrag diesbezüglich überflüssig gewesen sei, da die Regierung ohnehin nicht mehr vom Entzug des Postdebts Gebrauch gemacht hatte. Insofern stellte Heintz aber klar, dass, auch wenn die jetzige liberale Regierung jene versteckten Zensurmöglichkeit nicht mehr benutzte, er daraus doch keine Garantie und keine Bindung für zukünftige Regierungen erkennen konnte – schließlich könne es einen Politikwechsel geben und damit auch wieder Rückschritte hinsichtlich des Postdebts. Sicherheit bringe nur ein förmliches Gesetz oder zumindest eine Verwaltungsanweisung vonseiten der Krone, weshalb der Antrag in seiner diesbezüglichen Form auch notwendig gewesen sei.¹⁰²¹

Insgesamt wurde ein Gesamtbeschluss der Kammern gefasst, der in den Kernpunkten die Begehren der ursprünglichen Anträge Scheurls und Schnetzers umfasste. Zudem wurde ein weiterer Antrag formuliert, in welchem der König um die Vorlage eines Pressegesetzentwurfes an die Kammern gebeten wurde, um dauerhaft der Thematik zu begegnen.¹⁰²² Auch insoweit wurde hiermit eine Zielsetzung umgesetzt, die Heintz bereits in der Ständeversammlung von 1845/46 als die beste Lösung empfunden hatte. Trotz dieses Gesamtbeschlusses hinsichtlich des Antrages beider Kammern der Ständeversammlung wurde dieser Antrag im Abschied für die Ständeversammlung nicht einmal erwähnt.¹⁰²³

cc. Bemühung um Gesetzgebungsreformen

Eine weitere große Forderung war bereits seit Jahrzehnten die Schaffung zeitgemäßer, moderner Gesetzbücher für das Königreich Bayern.¹⁰²⁴ Um diesen langjährigen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde von 21 Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten ein Antrag „die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend“¹⁰²⁵ eingereicht, der die Vorlage eines solchen Gesetzes noch auf dieser

¹⁰²⁰ S.o. S. 108 ff.

¹⁰²¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 213.

¹⁰²² Anträge: 1. Aufhebung der Zensur in inneren Landesangelegenheiten, 2. Keine Nachzensur von im Ausland bereits zensierten Schriften und zurückhaltende Beschlagnahme bereits gedruckter Schriften, 3. Keine Entziehung des Postdebts für nichtverbotene Zeitschriften; weitere Anträge: 1. Baldige Vorlage eines Pressegesetzes und Revision der Vollzugsinstruktionen, 2. Keine gänzliche Konfiszierung verbotener ausländischer Schriften sondern Zurücksendung an den ausländischen Verleger (genauer Wortlaut der Anträge, in: Rep. KdRR/KdA 1847, S. 51 f.).

¹⁰²³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 6, S. 5 ff.

¹⁰²⁴ S.u. S. 174 ff.

¹⁰²⁵ KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 149 ff.

Ständerversammlung erbat.¹⁰²⁶ Inhaltlich forderte der Antrag die schnelle und kompetente Beratung der bereits vom König in Aussicht gestellten neuen Gesetzbücher bezüglich Gerichtsorganisation und Prozessordnung in Zivil- und Strafsachen und verlangte hierfür die Erstellung eines Gesetzes, das den Rahmen für die Art und Weise der zügigen Schaffung und Beratung eben dieser neuen Gesetze vorgeben sollte – Hauptzweck des durch den Antrag erbetenen Gesetzes sollte damit sein, den gewöhnlichen Geschäftsgang in den Kammern zu straffen, um ein baldiges Inkrafttreten der neuen Gesetze zu erreichen.¹⁰²⁷ Bei dieser Bitte hatte man primär die längst überfällige Justizreform im Auge, weshalb die Abgeordneten in ihrem Antrag auch die Grundlagen deutlich machten, auf denen die neuen Justizgesetze beruhen sollten, nämlich die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren in Zivil- und Strafsachen¹⁰²⁸ und die Trennung der Justiz von der Verwaltung in allen Instanzen. Die Kammer der Abgeordneten nahm am 19. Oktober 1847 den Antrag der 21 Abgeordneten an.¹⁰²⁹

Sachlich wurde der Antrag auch in der Kammer der Reichsräte weitgehend gebilligt, nur wollte sie nicht die ausdrückliche Nennung der Forderung der Ständerversammlung nach Trennung von Justiz und Verwaltung und auch eine Beschränkung der künftigen Gesetze auf die rechtsrheinischen Gebiete nicht in den Antrag aufnehmen.¹⁰³⁰ Aus dieser Haltung der Kammer der Reichsräte erkennt man eindeutig die Position, in der sie sich durch ihr Selbstverständnis sah. In der Trennung von Justiz und Verwaltung befürchteten der König und die Konservativen eine Schwächung der Regierung, was der Reichsrat verhindern wollte, er verstand sich damit in seiner Position als Bollwerk zwischen dem König und den revolutionären Forderungen der Volkskammer. Zum anderen sieht man deutlich, dass auch der Reichsrat mit neuer Gesetzgebung neben zweckmäßiger Umgestaltung des Rechtssystems auch Rechtseinheit in Bayern schaffen wollte und diese tatsächlich Postulate der überwiegenden Mehrheit der gesamten Ständerversammlung waren, nicht etwa revolutionäre Forderungen. Folgenreichste Änderung durch die Kammer der Reichsräte war, dass sie die Vorlage des Gesetzes noch auf dem Landtag von 1847 als zu kurzfristig ansah,¹⁰³¹ worin sodann auch die Kammer der Abgeordneten übereinstimmte, so dass die Vorlage des Gesetzes durch die Regierung erst für den nächsten Landtag vorgesehen wurde und der Antrag schließlich als beruhend erklärt wurde.¹⁰³²

Heintz meldete sich in dieser Diskussion hinsichtlich der Problematik der Durchführung der Justizreform zu Wort und äußerte sich über die Zweckmäßigkeit der Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren, insbesondere in Strafsachen.¹⁰³³ Seiner juristischen Ausbildung und Berufsausübung in der Pfalz und den damit verbundenen

¹⁰²⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 248.

¹⁰²⁷ KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 153

¹⁰²⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 368.

¹⁰²⁹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 347 ff., 380; KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 194 f.

¹⁰³⁰ KdRR 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 105 ff; KdRR 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 191.

¹⁰³¹ KdRR 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 191.

¹⁰³² KdRR 1847 Protokolle, Bd. 2, S. 464 ff., 474.

¹⁰³³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 335 ff.

positiven Erfahrungen entsprechend, stellte er den Vergleich der Prozessformen im bayerischen Kernland und der Pfalz an, wo Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahren bereits etabliert waren. Als Erfolg der pfälzischen Gerichtsorganisation und Prozessordnung strich er insbesondere die wesentlich kürzere Verfahrensdauer der Strafprozesse heraus und stellte die hervorragende Erledigungsquote der Zivil- und Handelsgerichte dar.¹⁰³⁴ Diesen schnellen Rechtsschutz könne man im rechtsrheinischen Bayern nur durch Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens erreichen, weshalb ein solches unbedingte Grundlage der Justizreform bilden müsste.¹⁰³⁵ Heintz befand sich mit dieser Befürwortung eines öffentlichen und mündlichen Verfahrens vollkommen im Trend der Zeit, wie man bereits aus der Antragstellung selbst entnehmen kann. Durch ein derart gestaltetes Verfahren erhoffte man sich insbesondere eine Kontrolle der Gerichtsverhandlungen durch die Öffentlichkeit und damit Schutz vor Willkürjustiz durch den Staat. Dass Heintz aber dennoch für eine sinnvolle Beschränkungsmöglichkeit dieses Grundsatzes war, wurde durch seine Haltung bezüglich des „Gesetzesentwurfes die Beseitigung der Öffentlichkeit des strafgerichtlichen Verfahrens in der Pfalz in den dazu geeigneten Fällen betreffend“ auf der vorangegangenen Ständeversammlung deutlich.¹⁰³⁶

dd. Bemühung um gesellschaftliche Reformen

Die Leibeigenschaft wurde im Königreich Bayern zwar in Titel I § 3 BV 1808 und dem dazugehörigen Edikt¹⁰³⁷ gänzlich aufgehoben,¹⁰³⁸ dennoch hatte dies wegen des Bestehens der Grundlasten nur wenig wirtschaftliche Bedeutung, wodurch zumindest faktisch noch der Feudalstaat bestand.¹⁰³⁹ Auf der einen Seite bedeuteten die Grundlasten erhebliche Belastungen für die Bauern, auf der anderen Seite waren die auf den Gütern liegenden Grundlasten für die adeligen Grundherren meist mehr totes Kapital als eine einen gehobenen Lebensstand sichernde Einnahmequelle, weshalb aufgrund der stark wirtschaftlichen Komponente, gerade im Bereich der Landwirtschaft,¹⁰⁴⁰ die Ablösung der Grundlasten, zwar auch, aber nicht vorrangig eine politische Frage gewesen war.¹⁰⁴¹ So war die Notwendigkeit der Ablösung, also eine Beseitigung der mit Grund und Boden verbundenen Leistungen und Lasten gegen eine feste Entschädigung für den Grund-

¹⁰³⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 365.

¹⁰³⁵ „[...] daraus können Sie sich ein Bild machen, wie der Zustand da ist, wo Öffentlichkeit und Mündlichkeit besteht, und wie nothwendig es ist, sie auch diesseits einzuführen.“ (Heintz, in: KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 365).

¹⁰³⁶ S.o. S. 83 ff.

¹⁰³⁷ „Organisches Edict vom 31. August 1808, die Aufhebung der Leibeigenschaft betreffend.“

¹⁰³⁸ Kulišer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte I, S. 434.

¹⁰³⁹ Stolleis, Die Bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, in: Coing, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts III, S. 99.

¹⁰⁴⁰ Fraas, Landwirtschaftliche Zustände Oberbayerns, in: Zeitschrift des Vereins für Deutsche Statistik, 1848, S. 202 f.

¹⁰⁴¹ Stolleis, Die Bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, in: Coing, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts III, S. 104.

herren auf gesetzlicher Grundlage, nahezu allgemein anerkannt, auch unter den adeligen Grundherren.¹⁰⁴²

Auf der Ständeversammlung 1847 kam die Ablösungsfrage im Zusammenhang mit der Beratung des eigentlichen Hauptthemas, der Eisenbahnfinanzierung, zur Sprache. Der Gesetzentwurf der Regierung über „den Zinsfuß der Eisenbahn-Anleihen und beziehungsweise der Verzinsung der Staatsschuld betreffend“¹⁰⁴³ wurde gleich zu Beginn der Ständeversammlung auf der zweiten öffentlichen Sitzung am 02. Oktober 1847 durch Friedrich Carl Freiherr von Zu Rhein¹⁰⁴⁴, den Ministerverweser der Staatsministerien für Kirchen- und Schulangelegenheiten und für Finanzen, der Kammer der Abgeordneten vorgelegt.¹⁰⁴⁵ Durch diese Gesetzesvorlage war es der Kammer der Abgeordneten möglich, durch eine Vielzahl von kaum überschaubaren Anträgen Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen, so dass ihr Verhalten nahezu der Ausübung eines noch nicht bestehenden Gesetzesinitiativrechts glich.¹⁰⁴⁶ Die Kammern veränderten schließlich den Gesetzentwurf während den umfangreichen Verhandlungen grundlegend,¹⁰⁴⁷ insbesondere verkürzten sie die Laufzeit des Finanzierungsplanes bis zum Jahre 1849, stärkten damit die Position der Ständeversammlung bei der weiteren Finanzierung des Eisenbahnbaus und veränderten darüber hinaus die Art der Finanzierung, so dass diese einmal eine andere Grundlage erhielt und zum anderen weitaus flexibler ausgestaltet wurde.¹⁰⁴⁸ Zu dem Gesetzentwurf zur Eisenbahnanleihe brachte Heintz auch eine eigene Modifikation vor die Kammer, welche die vom zweiten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten empfohlene Fassung nochmals abänderten sollte und die Emittierung von Cassa-Anweisungen¹⁰⁴⁹ und die Aufnahme von Arrosierungs-Anlehen¹⁰⁵⁰ betraf.¹⁰⁵¹ Seine Modifikation wurde mit zwei weiteren Untermodifikationen der Abgeordneten Kirchgessner und Vogel angenommen.¹⁰⁵² Weiter setzte er sich entschieden gegen den Plan der Kammer der Reichsräte ein, dass die Eisenbahnfinanzierung durch eine Anleihe bei einer Bank ge-

¹⁰⁴² Welsch, Über Stetigung und Ablösung der bauerlichen Grundlasten, S. VII.

¹⁰⁴³ KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff.

¹⁰⁴⁴ Friedrich Carl Freiherr von Zu Rhein, geb. 07.02.1802, gest. 15.09.1870, Jurastudium, 1832 Oberkirche und Schulrat, 1838 Oberappellationsgerichtsrat, 1840 Regierungsdirektor Schwaben, 1841 – 1847 Regierung der Oberpfalz und Regensburg, 1847 o. Staatsrat, Ministerverweser des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Ministerverweser des Staatsministeriums der Finanzen, 1847 – 1849 Regierungspräsident Oberpfalz und Regensburg, a.o. Staatsrat, Regierungspräsident Unterfranken und Aschaffenburg (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Zu Rhein; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 76, S. 119).

¹⁰⁴⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 1, S. 47.

¹⁰⁴⁶ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 488.

¹⁰⁴⁷ RegE, KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff., im Vergleich zum durch den Abschied für die Ständeversammlung erlassenen Gesetz, KdA Protokolle, Bd. 6, S. 8 ff.

¹⁰⁴⁸ Weitergehend hierzu: Götschmann, Parlamentarismus, S. 780 f.; Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 496 ff.

¹⁰⁴⁹ Eine bestimmte Form von Wertpapieren.

¹⁰⁵⁰ Die Erhöhung der Verzinsung und der Aufschub der Rückzahlung von Staatsanleihen.

¹⁰⁵¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 176 f.

¹⁰⁵² KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 462 f. (Heintzsche Modifikation), S. 465 (Untermodifikation Kirchgessner), S. 465 ff. (Untermodifikation Vogel).

schehen solle und diese Bank ermächtigt werden solle, sodann ihre Notenausgabe von vier Zehntel auf sechs Zehntel zu erhöhen.¹⁰⁵³ Nach der Ansicht von Heintz würden dadurch nur die Macht und der Einfluss der Banken gestärkt, was letztlich zu einem derartigen Machtzuwachs führen würde, dass dieser auch für den Staat und dessen Haushalt negative Auswirkungen haben würde, insbesondere, da man sich dadurch in unüberschaubare Abhängigkeiten begeben würde.¹⁰⁵⁴ Unterstützt wurde seine Ansicht von mehreren geistlichen Abgeordneten beider Konfessionen und den Abgeordneten Kirchgeßner und Lerchenfeld.¹⁰⁵⁵ Das Finanzierungskonzept der Kammer der Reichsräte konnte somit schließlich verhindert werden.¹⁰⁵⁶ Diese Initiative von Heintz zeigt, dass er durchaus auch in der Lage war, sich vertieft in Bereiche, die das Finanzwesen betrafen, und haushaltstechnische Fragestellungen einzuarbeiten und auch in diesen Punkten konstruktiv in der Kammer mitzuwirken.

Neben dieser Beteiligung am Gesetz sprach sich Heintz auch für die vernünftige Ablösung der Dominikalgefälle¹⁰⁵⁷ aus,¹⁰⁵⁸ die im Zusammenhang mit der Eisenbahnanleihe in der Kammer debattiert wurde. Geprägt durch die Situation in seiner Heimat, der Pfalz, die bereits seit einem halben Jahrhundert keinerlei Grundlasten mehr kannte,¹⁰⁵⁹ war Heintz ein Verfechter der Ablösung der Dominikalgefälle wie auch der Grundlasten überhaupt. Die Abgeordneten Edel und Closen hatten eine gemeinsame Modifikation eingebracht, die bezweckte, dass die Einnahmen, die dem Staat durch die Ablösung der Grundrenten zufallen, dem Eisenbahnbau zugewandt werden sollten.¹⁰⁶⁰ Nachdem Edel und Closen ihre Modifikation motiviert hatten, wandte sich Heintz auch diesbezüglich zu Wort und stellte zunächst informativ klar, dass die Modifikation nur einen Wunsch auf Regelung der Ablösung der Grundrenten darstellte, nicht aber die Verpflichtung für die Regierung, diesbezüglich Regelungen zu treffen.¹⁰⁶¹ Wollte daher die Kammer eine Verpflichtung für die Regierung aussprechen, so müsste sie dies ausdrücklich im Gesetz verfügen, indem sie dadurch die Ablösung gestattete. Er machte aber auch deutlich, dass er die Aufnahme eines Passus im Gesetz, der ausdrücklich die Regierung verpflichte, die Ablösung durchzuführen oder zu regeln, für nicht richtig halte. Dies, obwohl Heintz im Grundsatz sehr wohl mit der Ablösung der Grundrenten einverstanden, sogar von ihrer Notwendigkeit der Ablösung überzeugt war, weshalb er auch selbst stets für die Ablösung plädierte.¹⁰⁶² Dass Heintz die Aufnahme eines Zwangs zur Durchführung der Ablösung in das Gesetz als Fehler erachtete, hing wieder in gewisser Weise mit seiner Kompromiss-

¹⁰⁵³ KdRR 1847 Protokolle, Bd. 2, S. 338 f.; KdA 1847 Protokolle, Bd. 5, S. 216.

¹⁰⁵⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 5, S. 216.

¹⁰⁵⁵ Chroust, Österreichische Gesandte III, S. 497.

¹⁰⁵⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 6, S. 8 ff.

¹⁰⁵⁷ Einnahmen des Staates aus ständigen oder unständigen, grund-, gerichts-, zins- und zehentherrlichen Gefällen.

¹⁰⁵⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 333 f.; KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 65 ff.

¹⁰⁵⁹ S.o. 17 ff.

¹⁰⁶⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 320 ff.

¹⁰⁶¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 333.

¹⁰⁶² KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 333; KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 65.

bereitschaft auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung zusammen, er hielt es für möglich, dass die Aufnahme einer Verpflichtung der Regierung zum Scheitern des ganzen Gesetzes führen könnte, und sprach sich daher gegen eine solche Verpflichtung aus.¹⁰⁶³ Schlussendlich wurde tatsächlich im Gesetz festgehalten, dass, wenn Einnahmen aus der Ablösung von Grundlasten anfallen sollten, diese dem Eisenbahnbau zugewendet werden mussten, allerdings keine Regelung über die Durchführung der Ablösung selbst getroffen.¹⁰⁶⁴

Nachdem in der Kammer der Abgeordneten über den Gesetzentwurf selbst die Abstimmung durchgeführt wurde und dieser mit 87 gegen 39 Stimmen angenommen wurde, beriet die Kammer über die diesem Entwurf beizufügenden Anträge, mittels deren an die Krone appelliert werden sollte.¹⁰⁶⁵ Einer dieser Anträge betraf die Ablösung der Dominikalgefälle.¹⁰⁶⁶ Auch in der Beratung zu diesem Antrag sprach sich Heintz ausdrücklich für die Notwendigkeit der Ablösung der Grundlasten aus und bekräftigte seine „innerste Ueberzeugung, daß der Wohlstand und das Glück von Bayern davon abhängt, ob abgelöst werden kann oder nicht.“¹⁰⁶⁷ Für ihn war die Ablösung der Grundlasten zu Recht einer der grundlegenden Punkte zur Förderung des Wohlstands der Bevölkerung und Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände,¹⁰⁶⁸ die sich durch die massiven Preissteigerungen in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert hatten.¹⁰⁶⁹ Zugleich würde die Ablösung der Grundlasten es dem Staat erlauben, die stille Finanzquelle der Grundlasten auf einen Schlag abzuschöpfen und damit sofort erhebliche Summen von Kapital zu mobilisieren, was auf andere Weise nicht möglich sei. Mit den Finanzmitteln aus der Ablösung, die nach Hochrechnungen rund 7.000.000 fl. betragen sollten, könne dann der Staat sowohl den Eisenbahnbau finanzieren, wie in Art. 2 Nr. 5 dE vorgesehen, als auch einen Teil der Staatsschulden tilgen.¹⁰⁷⁰ Die langjährige oder gar dauerhafte Bindung des Kapitals in Grundlasten empfand er jedenfalls als nicht mehr zeitgemäß. Argumente, dass die Ablösung zu einer Verarmung des Landes führe, widerlegte er treffend mit der Anführung von Beispielen von Ländern und Kreisen, in denen die Ablösung bereits durchgeführt wurde, etwa seiner Heimat, der Pfalz, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse mindestens entsprechend, wenn nicht sogar besser waren als in denjenigen Kreisen, in denen eine Ablösung noch nicht stattgefunden hatte.¹⁰⁷¹ Insgesamt sieht man hier, dass Heintz geprägt war von der freiheitlichen Situation in der Pfalz, in der keinerlei grundherrliche Lasten mehr bestanden, und er insofern die Ablösung als Grundstock der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staates erachtete.

¹⁰⁶³ KdA 1847 Protokolle, Bd. 3, S. 334.

¹⁰⁶⁴ KdA 1847 Protokolle, Bd. 6, S. 9.

¹⁰⁶⁵ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 33; KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 35 ff.

¹⁰⁶⁶ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 59.

¹⁰⁶⁷ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 67.

¹⁰⁶⁸ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 66.

¹⁰⁶⁹ Welsch, Über Stetigung und Ablösung der bauerlichen Grundlasten, S. III.

¹⁰⁷⁰ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 66 f.

¹⁰⁷¹ KdA 1847 Protokolle, Bd. 4, S. 66.

c. Schluss der Ständeversammlung 1847

Einziges durch den Abschied für die Ständeversammlung 1847 zustande gekommenes Gesetz war das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Eisenbahnfinanzierung. Dennoch war durch die Ständeversammlung ein wichtiger Schritt dahingehend gemacht, dass die Kammern mittels ihrer Anträge den im Vormärz geforderten Reformprozess erneut zur Sprache und auch auf parlamentarischer Ebene wieder in Gang gebracht hatten, wie Heintz es in seiner Dankadresse bereits angekündigt hatte. Auch hatte durch die allgemeine Stimmung auf der Ständeversammlung, dass eine Fortentwicklung des bayerischen Staatswesens unbedingt erforderlich war, bereits der Auftakt zum Reformjahr 1848 stattgefunden.

5. Gesamtbetrachtung und Würdigung der Abgeordnetenphase

Um Karl Friedrich Heintz in Bezug auf seine politische Gesinnung, wie sie sich in seiner Zeit als Abgeordneter darstellte, sein politisches Wirken wie auch seine politische Wirkung auf die zweite Kammer und seine persönlichen Fähigkeiten zu beschreiben, kann man uneingeschränkt die Beurteilung heranziehen, die Justizminister Schrenck über ihn im Vorfeld der Ständeversammlung 1845/46 an das Innenministerium übersandt hatte: „Der Appellationsgerichtsrath Heintz wird Eurer Königlichen Majestät günstig geschildert worden sein, da Allerhöchst dieselben ihm jüngst allergnädigst allergnädigste Beförderung in den obersten Gerichtshof zudedacht haben. Mit nicht gewöhnlichem Talente und gründlichen Kenntnißen ausgerüstet, des Wortes mächtig, scheint er bestimmt, in der Kammer eine hervorragende Stellung einzunehmen, und seine Wirksamkeit wird durch die ihm innewohnenden Ruhe und Besonnenheit mächtig gefördert werden. Es darf von ihm wohl nicht erwartet werden, daß er die Vorlagen der Regierung unbedingt vertreten, und für dieselbe in allen Fällen eintreten werde, aber noch minder möchte zu besorgen sein, daß er in eine grundsätzliche Opposition sich einlassen, und absichtlich Verlegenheit zu bereiten suchen werde. Nach dem Dafürhalten des gehorsamst Unterzeichnenden wird er eine unabhängige Stellung einzunehmen und im Widerstreite der Ansichten die Extreme zu vermitteln suchen, dabei aber in den meißten Fragen gemäßigte Gesinnungen an den Tag legen.“¹⁰⁷²

Das Justizministerium schätzte Heintz damit eindeutig als unabhängigen gemäßigt Liberalen ein, womit es auch absolut richtig lag. Lassen wir Heintz' Äußerungen auf den Ständeversammlungen 1845/46 und 1847 Revue passieren, so stellen wir diese politische Haltung bereits zu Beginn beider Sitzungsperioden, bei den von ihm entworfenen Dankadressen fest. In diesen bekannte sich Heintz ausdrücklich zur Staatsform der konstitutionellen Monarchie und sprach dieser auch den Vertrauensbeweis und seinen Dank aus. Dennoch sah man bei der Dankadresse 1845/46 ganz klar oppositionelle Tendenzen gegenüber dem ultramontanen Ministerium Abel und zumindest leise angedeutet einen Verweis auf die politischen Forderungen des Vormärzes, indem auf die unruhige politische Situation hingewiesen wurde. Hierbei schlug Heintz einen eindeutig gemäß-

¹⁰⁷² BayHStA, (MInn) 44362, S. 96 f.

ßigten politischen Weg ein, anstelle bereits offen die vormärzlichen Postulate der Liberalen nach Freiheitsrechten dem Thron entgegenzuschleudern. Diese gemäßigt liberale Haltung wird weiter in beiden Ständeversammlungen durch die Äußerungen von Heintz unterstrichen, in denen seine absolute Verfassungs- und Gesetzestreue sowie die Verbundenheit zum Königreich Bayern und dessen Herrscherhaus zur Geltung kamen. In Kollisionsfragen stellte er Gesetz und Verfassung auch über die Durchsetzung von politischen Postulaten, da für ihn Wahrung des Gesetzes und gerade der Verfassung zum einen zumindest der Garant für Wahrung des Status quo war, zum anderen aber auch zwingende Grundlage für die Beständigkeit aller geplanten Veränderungen. Ein Hinwegsetzen über klare gesetzliche Regelungen, nur um schneller die Postulate des Vormärzes durchzusetzen, wäre für ihn nicht in Frage gekommen. Im Gegensatz hierzu hätte ein radikalliberaler Demokrat sowohl die Verfassung in weiten Teilen als unzeitgemäß empfunden und seinen Wünschen entsprechend abzuändern und zu erweitern versucht als auch keine derart klare Verbundenheit zum Hause Wittelsbach und der Monarchie geäußert, hätte möglicherweise gerade als Pfälzer sogar den Anschluss der Pfalz an das Königreich Bayern bedauert, wohingegen Heintz diesen als historisch gewachsene natürliche Verbindung stets bejaht hatte. Trotz dieses Bekenntnisses beharrte Heintz dennoch auf fortschrittlichen Veränderungen des Staates, im Jahre 1847 noch viel stärker als 1845/46. Insbesondere wenn man die Thematiken der Religionspolitik, der Freiheitsrechte, allem voran der Pressefreiheit, die Bemerkungen zu zeitgemäßer Umstrukturierung der Justizgesetze, seine Auffassungen zu gesellschaftlichen Reformen, wie der Aufhebung der Grundlasten und der Gleichberechtigung der Staatsbürger, betrachtet, die nicht zuletzt bereits in seinen Beiträgen 1845/46 in Bezug auf seine Pfälzer Heimat zum Ausdruck kamen. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang auch seine Vorstellungen hinsichtlich der Ständeversammlung an sich, die ebenfalls in seinem Antrag zur Erhöhung der Zahl der Pfälzer Abgeordneten ganz deutlich zum Ausdruck kamen. Hier wurde nämlich klar, dass Heintz die Kammer der Abgeordneten als repräsentatives Volksvertretungsorgan begriff, wenn auch gewisse ständische Elemente die Wahlmodi und die Zusammensetzung beeinflussten. Dieses Verständnis folgte für ihn zunächst aus einer Gesamtschau der verfassungsrechtlichen Vorschriften zur Wahl der zweiten Kammer, in denen die repräsentativen Elemente doch überwogen. Zudem aber auch aus dem Charakter des Verfassungseides der Mitglieder der Ständeversammlung, aus dem klar ein Gesamtvertretungsgedanke¹⁰⁷³ für das gesamte bayerische Volk hervorging und damit auch der Gedanke der Volksrepräsentation.¹⁰⁷⁴ Kolb vermutete noch 1846, dass die gemäßigte Haltung von Heintz auf seine Stellung als Staatsdiener zurückzuführen war und er deshalb nicht offen gegen die Regierung Partei ergreifen wollte,¹⁰⁷⁵ betrachtet man allerdings Heintz' späteren Werdegang und sein Wirken, so wird man feststellen, dass diese Haltung auf innerer Überzeugung beruhte und nicht auf einer opportunistischen Haltung rücksichtlich der Stellung als Beamter. Dieses Handeln nach innerer Überzeugung,

¹⁰⁷³ S.o. S. 70 ff.

¹⁰⁷⁴ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 1, S. 303 f.

¹⁰⁷⁵ Kolb, Der Baierische Landtag, in: Weil, Konstitutionelle Jahrbücher 4, 1846, Bd. 2, S. 257.

aber dennoch die stete Wahrung der Achtung vor der Krone ersah man gerade auch bei der Dankadresse zur Ständeversammlung 1847, bei der Heintz zwar, weil er es für notwendig erachtete, die liberalen Forderungen der Zeit durch eine ausdrückliche Aufstellung der Postulate ganz deutlich hervorhob, jedoch auch hierbei eine Form wählte, die nicht als radikal bezeichnet werden konnte und dennoch den Zeitgeist und die Wünsche des Volkes klar zur Sprache brachte.

Verbunden mit dieser gemäßigt liberalen politischen Haltung steht auch das Bestreben von Heintz, zwischen den entgegengesetzten politischen Ansichten in der Ständeversammlung zu vermitteln und auch hinsichtlich seiner eigenen Ansichten Kompromisse einzugehen, um zumindest gewisse Fortschritte erreichen zu können. Ganz deutlich zeigen sich diese Vermittlungen und seine Kompromissbereitschaft auf der Ständeversammlung 1845/46 bei dem Gesetzentwurf zur Beseitigung der Öffentlichkeit im Strafverfahren, der erst durch seine Modifikationen für die pfälzischen Abgeordneten annahmefähig wurde, dann dem Gesetzentwurf in Bezug auf Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818, bei dem er in mancherlei Hinsicht gegenüber der Regierung nachgab, um zumindest eine Verbesserung des Wahlsystems zu erreichen, und schließlich nicht zuletzt bei seiner eigenen Eingabe zur Erhöhung der Zahl der pfälzischen Abgeordneten, bei der er auch zur Förderung eines Gesamtbeschlusses in der Sache nicht auf seiner rechtlichen Überzeugung in der Angelegenheit beharrte.

Auch die Beurteilung hinsichtlich seines Talentes, seiner Kenntnisse und seiner außergewöhnlichen Rednergabe war mehr als zutreffend. Heintz' Vorträge und Beiträge in der Kammer waren stets klar und verständlich und auch bei juristisch komplexen Themen so gestaltet, dass auch ein Nichtjurist seinen Ausführungen mühelos folgen konnte, was gerade von seiner hohen juristischen Qualifikation zeugte. Die erfolgreiche Durchsetzung vieler seiner Ideen und Modifikationen beruhte mit Bestimmtheit auch auf dieser Eigenschaft. Zu diesem Talent hinzu kommen aber auch sein sehr großer Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit bei der Prüfung der ihm anvertrauten Gesetzesentwürfe und Angelegenheiten, was nicht zuletzt 1845/46 von Ministerialrat Molitor bei der Beratung des Entwurfs zum Exekutionsverfahren in der Pfalz gewürdigt wurde: „Indessen hat Ihr Herr Referent [Heintz] eine nochmalige sorgfältige Prüfung aller einzelnen Bestimmungen vorgenommen, was dankenswerte Anerkennung verdient; denn es ist natürlich, daß ein Gesetz von einigem Umfange noch immer der Feile fähig ist, obwohl hier das horazische *nonum prematur in annum*¹⁰⁷⁶ hinlänglich beobachtet wurde.“¹⁰⁷⁷

Schließlich bewahrheitete sich auch die Aussage der ministeriellen Begutachtung, dass Heintz dazu bestimmt war, eine hervorragende Stellung in der Kammer einzunehmen, denn bereits zu Beginn der Ständeversammlung 1845/46 sah man Heintz unter den Kandidaten der führenden Persönlichkeiten der zweiten Kammer, gerade in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen, die Ausschusswahlen und die Erstellung der Dankadresse. Sein Ruf aus der Pfalz war ihm vorausgeeilt, und die Kammer setzte von Anfang an großes

¹⁰⁷⁶ Horaz, *Ars poetica*, S. 28, Zeile 388 (als Sprichwort aufgenommener Grundsatz, der das unablässige Feilen eines literarischen Produkts empfiehlt).

¹⁰⁷⁷ KdRR 1845/46 Protokolle, Bd. 10, S. 530.

Vertrauen in den Parlamentsneuling. Diese Stellung verlor er auch während der Beratungen in der Kammer und in den Ausschüssen nicht, ganz im Gegenteil bewies gerade hier Heintz einiges politisches Geschick, und man konnte feststellen, dass die Kammer in Fragen von höchster Bedeutung großen Wert auf die Ansichten des Abgeordneten Heintz legte. So konnte sich Heintz bereits im ersten Jahr seiner politischen Karriere eine einflussreiche Position in der zweiten Kammer verschaffen, was sich auf der folgenden Ständeversammlung 1847 abermals in den guten Ergebnissen bei den Wahlen zur Kammerpräsidentschaft und denen zu den Ausschüssen widerspiegelte. Heintz hatte es durch sein Auftreten auf den letzten beiden vormärzlichen Ständeversammlungen geschafft, zu einem der führenden gemäßigt Liberalen der Zeit aufzusteigen,¹⁰⁷⁸ indem er einerseits stets für seine freiheitliche Gesinnung eintrat und sich nicht opportunistisch an die Meinung der Regierung, insbesondere nicht der Regierung Abel, anpasste, andererseits sich trotz der Bemühungen der radikalen Opposition, die vorwiegend auch durch seine Pfälzer Landsleute gebildet wurde, immer seine eigene Entscheidung vorbehielt und nach seiner eigenen Überzeugung handelte, weshalb es auch der radikalen Opposition nicht gelang, Heintz zu einem ihrer führenden Köpfe zu machen – vielmehr bot er dieser, allen voran Willich und Stockinger, mit Erfolg die Spitze.¹⁰⁷⁹

¹⁰⁷⁸ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 743.

¹⁰⁷⁹ Marx, *Die pfälzischen Abgeordneten*, S. 41.

V. DIE ZEIT VON HEINTZ ALS JUSTIZMINISTER

1. Die Beteiligung von Heintz am Reformlandtag von 1848

a. Allgemeines

Die Revolution von 1848 in Bayern, angestoßen von der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung und der Unzufriedenheit aller Schichten über das Verhalten des Königs in Bezug auf Lola Montez, begann mit Studentenunruhen Anfang Februar 1848.¹⁰⁸⁰ Kurzzeitig konnte die Situation in München dadurch unter Kontrolle gehalten werden, dass der König seinen vormaligen Beschluss über die Schließung der Ludwig-Maximilians-Universität wieder zurücknahm und Lola Montez veranlasst wurde, München zu verlassen.¹⁰⁸¹ Nachdem aber der Sturz des französischen Bürgerkönigs Louis-Philippe¹⁰⁸² in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 1848 in Bayern laut wurde, kam es auch in München umgehend zu erneuten Unruhen und sogleich zur Abfassung der bayerischen Märzforderungen am 03. März 1848, die, wenn auch zurückhaltend und sehr allgemein formuliert, langersehnte Wünsche der Bevölkerung aussprachen: Ministerverantwortlichkeit, eine Änderung des Wahlgesetzes, Pressefreiheit und ein Pressegesetz, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren mit Geschworenengerichten, Abfassung eines Polizeistrafgesetzbuches, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und die Vertretung des bayerischen Volkes beim deutschen Bundestag.¹⁰⁸³ Bereits am 04. März 1848 stürmten die Münchner Bürger das Zeughaus und bewaffneten sich, sie konnten aber durch die Erklärung des Königs, dass die Ständeversammlung, die ohnehin bereits auf den 31. März 1848 vorverlegt wurde, nochmals auf den 16. März 1848 vorgezogen wurde, beruhigt und zur Abgabe der Waffen am Rathaus bewogen werden.¹⁰⁸⁴ Am 06. März 1848 wurde die königliche Proklamation bekanntgegeben, dass der Ständeversammlung die Märzforderungen zur Entscheidung vorgelegt werden sollten.¹⁰⁸⁵

Nachdem, mit den Worten Ludwigs I., „die Empörung gesiegt“¹⁰⁸⁶ hatte und er am 20. März 1848 zugunsten seines Sohnes abgedankt hatte, um nicht zu einem Schattenkönig,¹⁰⁸⁷ einem „Unterschreiber“ und einem „Sklave[n]“ des Volkes zu verkommen,¹⁰⁸⁸ übernahm Maximilian II. sogleich die Regierungsgeschäfte und eröffnete am 22. März 1848 die noch von seinem Vater einberufene 12. Ständeversammlung, die als Reformlandtag in die bayerische Geschichte eingehen sollte.¹⁰⁸⁹ Es handelte sich hier-

¹⁰⁸⁰ Mayer, Reformlandtag, S. 17

¹⁰⁸¹ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 229.

¹⁰⁸² Louis-Philippe I., geb. 06.10.1773, gest. 26.08.1850 (Malettke, Die Bourbonen III, S. 131 – 198).

¹⁰⁸³ Reiter, Revolution 1848/49, S. 50

¹⁰⁸⁴ Hummel, München in der Revolution, S. 379 ff; Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 230.

¹⁰⁸⁵ Kraus, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 230.

¹⁰⁸⁶ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 145; Hummel, München in der Revolution, S. 24.

¹⁰⁸⁷ Sepp, Ludwig I., S. 890.

¹⁰⁸⁸ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 145; Hummel, München in der Revolution, S. 24.

¹⁰⁸⁹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 792.

bei noch um die nach der Wahl 1845 zusammengesetzte und damit nach altem Wahlrecht gewählte Ständeversammlung und nicht etwa um ein neugebildetes Parlament. In seiner Thronrede, in welcher der neue König mehrmals durch Hochrufe unterbrochen wurde,¹⁰⁹⁰ beteuerte er sein Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie,¹⁰⁹¹ sagte eine Amnestie für alle politischen Delikte zu¹⁰⁹² und präsentierte einzeln die entsprechend den Märzforderungen versprochenen Reformgesetzentwürfe,¹⁰⁹³ was in den im Anschluss abgefassten Dankadressen beider Kammern äußerst positiv aufgenommen und begrüßt wurde¹⁰⁹⁴ – in der Kammer der Abgeordneten wurde die lange Adressdebatte, entsprechend der an den vorangegangenen Ständeversammlungen geübten Kritik,¹⁰⁹⁵ nun öffentlich verhandelt.¹⁰⁹⁶

Wie in der Thronrede angekündigt, legte die zum Teil erst während der Ständeversammlung neu gebildete Regierung¹⁰⁹⁷ 21 Gesetzesvorlagen von grundlegender Bedeutung den Kammern zur Beratung vor, die auch allesamt verabschiedet wurden.¹⁰⁹⁸ Auf Grundlage dieser Reformgesetzgebung vor allen Dingen zum Justizwesen, zur Ministerverantwortlichkeit, zum Wahlsystem sowohl für den bayerischen Landtag wie auch der Nationalversammlung, zu den Rechten der Ständeversammlung, insbesondere dem Initiativrecht, zum Pressewesen und zur Ablösung der Grundlasten sollte Bayerns Weg vom Feudalstaat zum modernen, freiheitlichen, kapitalistisch geprägten Staat vollendet werden. Präsidentschaftswahlen der Kammer der Abgeordneten

Karl Friedrich Heintz war am 16. März 1848 von Zweibrücken in München eingetroffen und stellte sich auf die anstehenden Geschäfte in der zweiten Kammer ein.¹⁰⁹⁹ Allgemein waren die Vorbereitung und Zusammenkunft der Ständeversammlung 1848 zunächst dominiert von den ersten Anläufen der Regierungsumbildung. Am 08. März 1848 war noch von Ludwig I. Thon-Dittmer zum Innenminister ernannt worden und löste den bisherigen Ministerverweser Franz von Berks¹¹⁰⁰ ab. Auch Ludwig Fürst von Oettin-

¹⁰⁹⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 29 ff.

¹⁰⁹¹ „Ich bin stolz, mich einen konstitutionellen König zu nennen“ (KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 31).

¹⁰⁹² KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 31.

¹⁰⁹³ „Verantwortlichkeit der Minister, [...] Pressefreiheit, [...] die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, [...] die alsbaldige Vervollständigung der Vertretung der Pfalz, [...] die Ablösung der Grundlasten [...] die Berathung neuer Gesetzbücher [...] die Gerichts-Organisation, [...] das Verfahren in Civil- und Strafsachen, [...] das Strafrecht, [...] das Polizei-Straf-Gesetzbuch [...], die [...] allgemeine Wechselordnung [...] Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten [...] Volksbewaffnung und eine umfassende Umgestaltung der Landwehrordnung [...]“. (KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 31 ff.)

¹⁰⁹⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 87 ff., 145 ff.; KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 44 ff.

¹⁰⁹⁵ S.o. Anm. 978.

¹⁰⁹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 87 ff., 145 ff.

¹⁰⁹⁷ S.u. S. 166 ff.

¹⁰⁹⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 6, S. 5 ff.

¹⁰⁹⁹ Heintz, Die Nachkommen, S. 30.

¹¹⁰⁰ Franz von Berks, geb. 27.12.1792, gest. 06.09.1873, 1810 – 1813 Studium Philosophie Würzburg, 1813 Dr. phil., 1815 – 1817 Praktikum Landgericht Würzburg, 1817 PD Universität Würzburg, 1817 – 1821 Deputierter Universitäts- und Stadtpolizei Würzburg, 1822 a.o. Prof. Weltgeschichte, Statistik und Staats-

gen-Wallerstein war als Ministerverweser des Außen- und Kultusministeriums bereits zurückgetreten, weshalb das Außenministerium von Clemens Graf von Waldkirch¹¹⁰¹ seit dem 14. März weitergeführt wurde. Die übrigen Ministerverweser blieben zumindest vorerst im Amt, die Neubesetzung der Stellen war aber bereits im Gange. In dieser Phase des Umbruchs fanden am Nachmittag des 17. März 1848 die Präsidentschaftswahlen in der Kammer der Abgeordneten statt, am Vormittag gab es bereits diesbezüglich eine Privatversammlung der Kammer der Abgeordneten,¹¹⁰² in der sich der Großteil der Abgeordneten bereits auf die entsprechenden Kandidaten verständigte. Bereits im ersten Wahlgang wählte die Kammer der Abgeordneten alle sechs Präsidentschaftskandidaten und diesmal Karl Friedrich Heintz an die erste Stelle, mit 114 von 123 Stimmen.¹¹⁰³ Ihm folgten die Abgeordneten Kirchgeßner mit 111, Willich mit 94, Dr. Daniel Ernst Müller¹¹⁰⁴ mit 84, Stockinger mit 75 und Gottfried Kolb¹¹⁰⁵ mit 72 Stimmen.¹¹⁰⁶ Der auf der vorangegangenen Ständeversammlung mit großer Stimmenmehrheit als Präsident bestätigte Rotenhan bekam mit 58 Stimmen bei dieser Wahl nicht einmal die erforderliche absolute Stimmenmehrheit von 62 Stimmen und belegte hinter den eben Genannten den siebten Platz,¹¹⁰⁷ sehr zum Bedauern von Ludwig I., dessen Wunschkandidat Rotenhan gewesen war.¹¹⁰⁸ Die Kandidaten waren vorwiegend liberal gesinnt, so waren Heintz und Kirchgeßner im gemäßigt liberalen Lager anzusiedeln, Willich und Stockinger im radikal liberalen Lager, Müller und Kolb waren als regierungstreue Konservative einzustufen. Da allerdings Müller erst an vierter Stelle gewählt wurde, konnte man die allgemeine

lehre, 1825 o. Prof. Universität Würzburg, 1832 Prof. Universität München, Hofrat, Referent für Statistik Innenministerium, 1835 Ministerialrat Innenministerium, 1839 Regierungsdirektor Regierung von Niederbayern, 1847 Staatsrat, 1847 – 1848 Ministerverweser Staatsministerium des Innern, 15.06.1848 Enthebung als Staatsrat und Ruhestand, Reisekavalier der Lola Montez (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Berks; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 5, S. 88).

¹¹⁰¹ Clemens August Graf von Waldkirch, geb. 07.02.1806, gest. 15.12.1858, Ministerialakzessist, 1835 Legationssekretär bayerische Gesandtschaft Berlin, 1837 – 1841 Geschäftsträger Athen, 1841 Geschäftsträger am kgl. sächsischen Hof Dresden und am grhzgl. sächsischen Hof Weimar, sowie an den hrzgl. sächsischen Höfen, 1845 Ministerresident, 1847 Gesandter und bevollmächtigter Minister grhzgl. badischen Hof Karlsruhe, 1848 o. Staatsrat, Ministerverweser des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Äußern (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Waldkirch; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 70, S. 116).

¹¹⁰² Uhde, Rotenhan, S. 132

¹¹⁰³ Heintz, Die Nachkommen, S. 30.

¹¹⁰⁴ Dr. Daniel Ernst Müller, geb. 03.04.1797, gest. 28.07.1868, Gymnasium Aschaffenburg, Studium Forstwirtschaft Aschaffenburg, 1817 Staatsprüfung, 1818 – 1834 Forstdienst, 1824 Dr. phil. Universität Jena, 1828 Übernahme Steingutfabrik Damm, 1848 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1848 – 1849 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung, 1850 – 1860 Vorstand landwirtschaftlicher Bezirksvereins und Distriktsausschuss, Mitglied Landrat Unterfranken, 1860 Verkauf der Steingutfabrik, Mitglied wissenschaftlicher Gesellschaften (philosophisch-medizinische Gesellschaft Würzburg, hzgl. Meinungsgesellschaft und Sächsisch-Gothaische Sozietät Forst- und Jagdkunde (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Müller).

¹¹⁰⁵ Gottfried Kolb, geb. 12.03.1798, gest. 02.06.1871 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Kolb).

¹¹⁰⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 8.

¹¹⁰⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 8.

¹¹⁰⁸ Uhde, Rotenhan, S. 134.

Stimmung in der Kammer wohl als gemäßigt liberal vermuten. Jedenfalls in die von ihm ungewünschte liberale Richtung vermutete auch Ludwig I. die Grundtendenz der Kammer und sagte zu Rotenhan: „Ich weiß nun, was ich zu erwarten habe.“¹¹⁰⁹

Entsprechend der sich daran anschließenden Empfehlung von Rotenhan, der Ludwig I. nahe legte, die beiden Erstplatzierten als Kammerpräsidenten zu ernennen, um nicht für Unstimmigkeiten in der Kammer zu sorgen, ernannte der Monarch am 18. März 1848 Karl Friedrich Heintz zum ersten Präsidenten und Karl Kirchgeßner zum zweiten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten;¹¹¹⁰ die Kammer wählte sodann die Abgeordneten Stockinger und Müller in das Amt des ersten und zweiten Sekretärs.¹¹¹¹ Vom Standpunkt Ludwigs I. und der Monarchie aus betrachtet war die Ernennung von Heintz zum ersten Präsidenten unter den gegebenen, revolutionären Umständen im Lande sicherlich nicht die schlechteste Wahl.¹¹¹² Wie aus dem Verhalten von Heintz auf den vorangegangenen Ständeversammlungen und seinen dort geäußerten Ansichten deutlich wurde, war er stets auf die Achtung der Verfassung bedacht, auch wenn diese in einzelnen Bestimmungen seinen freiheitlichen Vorstellungen nicht entsprochen hatte, denn für Heintz war die Verfassung die unverletzliche Grundlage des Staates.¹¹¹³ Aus diesem Grund konnte der König sich bei Heintz zumindest dahingehend sicher sein, dass er in der Kammer auf die Wahrung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen achten würde.¹¹¹⁴ Auch die Antrittsworte von Heintz fielen in Anbetracht der revolutionären Stimmung im Lande äußerst gemäßigt und systemfreundlich aus, ganz im Interesse des Monarchen. Nachdem er zunächst der Kammer den Dank für das Vertrauen ausgesprochen hatte, das ihm diese durch die Wahl zukommen hatte lassen, wandte er sich an die Abgeordneten der Klasse I, der adeligen Gutsherren mit gutsherrlichen Standschaftsrechten, die bis zu diesem Zeitpunkt immer die ersten Präsidenten gestellt hatten.¹¹¹⁵ Heintz versicherte ihnen, dass dies kein Misstrauen der Kammer gegenüber einzelnen Abgeordneten selbst war, dass keiner von ihnen unter die Präsidentschaftskandidaten gewählt worden war, sondern eben die momentanen politischen Umstände,¹¹¹⁶ hierbei stieß Heintz bei der Kammer auf allgemeine Zustimmung. Daraufhin erklärte er es als Aufgabe der Kammer, die revolutionäre Stimmung im Lande zu dämpfen, die „irregeleitete Menge zu beschwichtigen und weiteren Exzessen vorzubeugen“¹¹¹⁷. Den ersten Schritt dahin habe die Kammer mit der Wahl der Präsidentschaftskandidaten gemacht, da dem Volk damit eine wohlwollende Würdigung ihrer Forderungen angedeutet werde. Abschließend dankte er dem König für seine Ernennung und das damit ausgesprochene Vertrauen.

¹¹⁰⁹ Uhde, Rotenhan, S. 134.

¹¹¹⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 10.

¹¹¹¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 11.

¹¹¹² So auch Götschmann, Parlamentarismus, S. 796.

¹¹¹³ S.o. S. 157 ff.

¹¹¹⁴ So auch für die Ernennung von Heintz zum Justizminister: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 468.

¹¹¹⁵ Götschmann, Parlamentarismus, S. 796.

¹¹¹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 10.

¹¹¹⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 11.

Die Gesetzgebungsausschüsse waren wegen der angekündigten Gesetzesvorlagen hinsichtlich des Reformprogramms die wohl bedeutendsten Ausschüsse im Revolutionsjahr 1848. Auch gerade in Bezug auf Karl Friedrich Heintz in seiner Eigenschaft als Justizminister des Reformlandtags sind eben diese Ausschüsse von erheblicher Bedeutung, hatte er sich doch ob seines Amtes verstärkt mit diesen zu verständigen, um seine Gesetzesentwürfe mit deren Unterstützung den Kammern präsentieren zu können. Die Ausschusswahlen in der Kammer der Abgeordneten fanden im Zeitraum vom 20. bis zum 23. März 1848 statt,¹¹¹⁸ sowohl für den Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten wie auch den der Kammer der Reichsräte waren die Wahlen sogleich am 20. März 1848.¹¹¹⁹ In der ersten Kammer, der Kammer der Reichsräte, war der Gesetzgebungsausschuss mit denjenigen Mitgliedern besetzt, die diesen bereits im Vorjahr gebildet hatten, namentlich den Reichsräten Heinrich Aloys Graf von Reigersberg, Joseph Ludwig Graf von Armansperg,¹¹²⁰ Maurer, Clemens Freiherr von Freyberg-Eisenberg-Knöringen, Schrenck und Friedrich Carl Graf von und zu Giech als Ersatzmann,¹¹²¹ weshalb freilich dieselbe politische Ausgangskonstellation für die Regierung zu erwarten war.

Da Karl Friedrich Heintz mit großer Mehrheit zum Präsidenten der zweiten Kammer gewählt wurde, gelangte er natürlich nicht mehr unter die Kandidaten der Ausschüsse dieser Kammer. In der zweiten Kammer wurden in den zunächst noch siebenköpfigen Ausschuss die Abgeordneten Habermann, Edel, Closen, Willich, Deininger, Schäfer und Scheurl gewählt;¹¹²² im Vergleich zur vorangegangenen Ständerversammlung waren bis auf Willich, wie in der ersten Kammer, alle Mitglieder wiedergewählt. Wegen der zu erwartenden Aufgaben wurde am 04. April 1848 neben dem Steuerausschuss und dem Innenausschuss der Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten um zwei weitere Mitglieder aufgestockt, beide Universitätsprofessoren, namentlich Prof. Dr. Jose-

¹¹¹⁸ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 797.

¹¹¹⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 20; Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 804.

¹¹²⁰ Joseph Ludwig Graf von Armansperg, geb. 28.02.1787, gest. 03.04.1853, Jugend und Schulzeit Straubing, 1802 – 1803 Studium Rechtswissenschaften Landshut, 1808 Kanzleiazkzessist Generalkommissariat Regenkreis, 1810 Ratsakzessist Regierung Regenkreis, 1812 Regierung Unterdonaukreis, 1813 bayerischen Armee Verpflegungskommissar, 1814 Stellung bei der provisorischen Regierung des Départements Vogesen, 1814 bayerisch-österreichischen Administration linksrheinische Gebiete, 1814 – 1815 Teilnahme Wiener Kongress, 1816 – 1820 Regierungsdirektor Speyer und Augsburg, 1820 Direktor Oberster Rechnungshof, 1823 Vizepräsident Regenkreis, 1825 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 01.01.1826 o. Staatsrat, Innenminister, 18.03.1828 Reichsrat, 1826 – 1831 Finanzminister, 1826 – 1828 Innenminister, 1828 – 1831 Außenminister, 1832 – 1837 Tätigkeit in Griechenland, Präsident des Regenschaftsrates, Erzkanzler (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Armansperg; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 2, S. 86).

¹¹²¹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 27 ff.

¹¹²² KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 20.

ph Zenger¹¹²³ und Prof. Dr. Johann Georg Engelhardt^{1124, 1125}. Mit dieser Besetzung war eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss zu erwarten, denn insgesamt stellte sich wie schon im Jahr zuvor die Ausschussbesetzung als für die Regierung günstig dar, bestand sie doch vorwiegend aus Regierungstreuen und gemäßigt Liberalen, lediglich Neumitglied Willich war eher dem radikalliberalen Lager zuzuordnen.

b. Ernennung von Heintz zum Justizminister, Staatsrat und lebenslänglichen Reichsrat

aa. Ernennung zum Justizminister

Die Amtszeit von Karl Friedrich Heintz als erster Präsident der Kammer der Abgeordneten währte nicht lange, da er am 25. März 1848 vom neuen König, Maximilian II., zum Justizminister ernannt wurde¹¹²⁶ und in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung der Kammer der Abgeordneten erklärte, dass er wegen der Unvereinbarkeit der Stellung als Justizminister auf sein Amt als erster Präsident der zweiten Kammer verzichte,¹¹²⁷ wenn auch die bloße Kammermitgliedschaft weiterhin möglich war.¹¹²⁸ Die Kammer erteilte diesem Verzicht ihre Zustimmung und beschloss nach kurzer Diskussion, dass keine Neu- oder Nachwahl der Präsidentschaftskandidaten stattfinden sollte, sondern der König aus den verbliebenen Kandidaten die neuen Präsidenten der Kammer ernennen sollte.¹¹²⁹ Maximilian II. ernannte schließlich am 26. März 1848 den vormaligen zweiten Präsidenten, Kirchgeßner, zum ersten Präsidenten und den vormaligen zweiten Sekretär, Müller, zum zweiten Präsidenten der Kammer.¹¹³⁰ Nachdem der von der Kammer nun zum zweiten Sekretär gewählte Abgeordnete Dr. Georg Friedrich Kolb die Wahl ablehnte, wurde der Abgeordnete Schwindl zum zweiten Sekretär der Kammer gewählt.¹¹³¹

Bei dem Regensburger Bürgermeister Thon-Dittmer, dem Verweser des Innenministeriums, lag die Annahme nahe, dass Maximilian II. diesen als Minister im Reformkabinett behalten würde. Neben Thon-Dittmer, der wie Heintz Mitglied der Bubenreuther war,¹¹³² wurden in der Presse bereits Mitte März der Finanzexperte Lerchenfeld und der

¹¹²³ Prof. Dr. Joseph Zenger, geb. 28.11.1798, gest. 30.06.1871, Studium Landshut und Göttingen, 1826 PD, 1831 – 1871 o. Prof. Rechtswissenschaft München, 27.03.1848 Mitglied Kammer der Abgeordneten Nachfolger von Hieronymus von Bayer (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Zenger).

¹¹²⁴ Prof. Dr. Johann Georg Engelhardt, geb. 12.11.1791, gest. 13.09.1855, 1809 – 1812 Studium Philosophie und Theologie Erlangen, Hauslehrer, 1817 Seelsorger und Religionslehrer Erlangen, 1820 Promotion und Habilitation Erlangen, 1821 a.o. Prof. Theologie Erlangen, 1822 o. Prof. Theologie Erlangen, 1822 – 1833 Universitätsprediger, 1826 Gründer kirchenhistorisches Seminar, Dekan und Prorektor, 1837 Kirchenrat (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Engelhardt).

¹¹²⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 43.

¹¹²⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 34.

¹¹²⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 37 f.

¹¹²⁸ Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 43.

¹¹²⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 40.

¹¹³⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 42.

¹¹³¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 44.

¹¹³² Nr. 705 Mitgliederverzeichnis der Bubenreuther in: Höhne, Bubenreuther, S. 95 f.

pfälzische Appellationsgerichtsrat Karl Friedrich Heintz als Kern eines neuen Kabinetts favorisiert,¹¹³³ und tatsächlich sollten diese drei Persönlichkeiten den Kern des bayerischen Märzministeriums¹¹³⁴ auf dem Reformlandtag von 1848 bilden. Damit war insgesamt das Kabinett mit den Ministern Thon-Dittmer für Inneres, Heintz für Justiz, Lerchenfeld für Finanzen, Hermann von Beisler¹¹³⁵ für Kultus und Carl Weißhaupt¹¹³⁶ für Heerwesen zusammengesetzt.¹¹³⁷ Clemens August Graf von Waldkirch blieb bis zum 29. April 1848 Außenminister und wurde dann von Otto Camillus Hugo Graf von Bray-Steinburg¹¹³⁸ abgelöst.¹¹³⁹

Die Minister waren Staatsdiener und Inhaber von Staatsämtern, die direkt dem König unterstanden und bestimmte Teile der Staatsgeschäfte, entsprechend ihrem Ressort, in persönlicher Verantwortung für den Monarchen ausübten.¹¹⁴⁰ Hatte die Verfassung von

¹¹³³ Daneben noch der frühere Kammerpräsident Rotenhan und der Liberale Graf Giech (Allgemeine Zeitung vom 13.03.1848, vom 15.03.1848, vom 16.03.1848; Regensburger Tagblatt vom 14.03.1848; Regensburger Zeitung vom 17.03.1848; Finken, Thon-Dittmer, S. 271; Werner, Märzministerien, S. 67).

¹¹³⁴ Sing, *Memoiren Maximilian II.*, S. 95; eine genaue Bestimmung des Begriffs „Märzministerium“ ist in Bayern problematisch, da man in Bayern im Zeitraum von 1847 bis 1849 mit ständig wechselnden Ministern konfrontiert war, sozusagen eine Phase von Übergangsministerien hatte. Unter „Märzministerium“ wird hier und auch im Folgenden das von Maximilian II. zum Teil während der Ständerversammlung gebildete Kabinett verstanden, nicht die Regierung Ludwigs I. während der Märzereignisse, das „erste Märzministerium“, das nur das um Thon-Dittmer, der an die Stelle von Berks trat, veränderte „Lola-Ministerium“ gewesen war. (Insgesamt hierzu: Werner, Märzministerien, S. 63 ff; Hummel, München in der Revolution, S. 233 f.; Buddeus, Bayern unter den Übergangsministerien I, II, in: *Die Gegenwart*, Bd. 7, S. 688 ff., Bd. 10, S. 29 ff.).

¹¹³⁵ Hermann von Beisler, geb. 21.03.1790, gest. 15.10.1859, 1808 bayerische Armee, Feldzug Tirol, 1810 – 1811 Studium Rechtswissenschaften Aschaffenburg, 1811 – 1813 in grhzgl.-frankfurtischen Diensten, 1814 Hauptmann und Bataillonskommandeur in grhzgl.-frankfurtischen Diensten, 1814 – 1823 in bayerische Dienste als Hauptmann in Aschaffenburg übernommen, 1823 Regierungsrat Regierung des Rezatkreises, 1827 Regierungsrat Regierung des Oberdonaukreises, 1831 Regierungsrat Regierung des Regenkreises, 1837 Regierungsdirektor Regierung von Oberbayern, 1838 – 1843 Regierungspräsident Niederbayern, 1843 – 1859 Präsident Oberster Rechnungshofs, 1847 – 1848 o. Staatsrat und Ministerverweser des Staatsministeriums der Justiz, 1848 Ministerverweser des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 1848 – 1849 Staatsminister des Innern, 1848 – 1849 Mitglied Frankfurter Nationalversammlung Wahlkreis Erding (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Beisler; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 4, S. 87).

¹¹³⁶ Carl Weißhaupt, geb. 11.08.1787, gest. 18.12.1853, Artillerie-Eleve, 1804 Unterleutnant, 1805 – 1815 Feldzüge, 1806 Oberleutnant, 1812 Hauptmann, 1826 Major, 1829 – 1832 Referent Kriegsministerium, 1832 Zeughaushauptdirektion, 1840 Oberstleutnant, 1844 Oberst, 05.04.1848 – 21.11.1848 Kriegsminister, 1848 – 1853 Generalmajor und Brigadier der Artillerie, 1853 Generalleutnant (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Weißhaupt; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 406, S. 243).

¹¹³⁷ Hauff, Maximilian II., S. 118.

¹¹³⁸ Otto Camillus Hugo Graf von Bray-Steinburg, geb. 17.05.1807, gest. 09.01.1899, kgl. Pagerie München, Studium Rechtswissenschaften Göttingen und München, diplomatischen Dienst Wien, Petersburg, Paris, Athen, 1846 – 1847, 1848 – 1849, 1870 – 1871 Staatsminister des Äußern, Staatsminister des Äußern, 1849 – 1870 Gesandter in Wien, Berlin, Petersburg, 1870 – 1871 Vorsitzender Ministerrat, 1871 – 1896 Gesandter in Wien, 1896 Ruhestand, erblicher Reichsrat, Kapitular des Huberusordens (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Bray-Steinburg; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 9, S. 89).

¹¹³⁹ Hummel, München in der Revolution, S. 233.

¹¹⁴⁰ Seydel, *Staatsrecht II*, S. 285; die Verantwortlichkeit ist bereits in Titel III § 1 BV 1808, der Verordnung

1808, mit der die Ministerregierung im Königreich Bayern offiziell eingeführt wurde, noch in Titel III § 1 BV 1808 die Ressorts der Ministerien bestimmt und einige Vorschriften zu Ministern getroffen, regelte die Verfassung von 1818 die Ministerien nicht mehr explizit, lediglich im Gesamtzusammenhang wurden die Minister und ein Gesamtministerium angesprochen und hierzu einige von deren Aufgaben erwähnt.¹¹⁴¹ Neben den Regelungen in der Verfassung wurden mittels Verordnungen und Kabinettsbefehls Regelungen zur Organisation des Gesamtministeriums und der Ministerien getroffen.¹¹⁴² Zur Zeit von Heintz als Justizminister bestanden entsprechend königlicher Verordnung sechs Ministerien, das des Äußeren, das der Justiz, das des Inneren, das für Kirchen- und Schulangelegenheiten (Kultus), das der Finanzen und das für Heereswesen.¹¹⁴³ Personell waren die Ministerien, die unter der Leitung des jeweiligen Ministers standen, mit einem Generaldirektor, einer bestimmten Anzahl von Ministerialräten, einem Generalsekretär und Kanzleipersonal besetzt, § 2 FormVO 1825. Die Minister waren unabhängig von der Ständeversammlung und wurden vom König ernannt und entlassen,¹¹⁴⁴ beanspruchten damit ausschließlich dessen Vertrauen.¹¹⁴⁵ Die Ständeversammlung hatte lediglich bei vorsätzlicher Verletzung der Staatsverfassung durch die Minister eine Anklagemöglichkeit mittels eines Gesamtbeschlusses, Titel X § 6 Abs. 1, 2 BV 1818, sofern man Minister unter den Begriff der „höheren Staatsbeamten“ subsumierte. Der König sollte im Falle eines solchen die Anklage dem obersten Gericht übergeben, das zugleich auch in einem speziellen Senat Berufungsinstanz gewesen wäre, Titel X § 6 Abs. 3 BV 1818. Trotz der Existenz eines Gesamtministeriums, das seit 1821 durch den Ministerrat ersetzt wurde, in dem außer den Ministern zusätzlich der Feldmarschall, der Präsident des Staatsrates und ein weiterer Staatsrat saßen,¹¹⁴⁶ waren die Minister allein verantwortlich für ihre Ressorts und leiteten diese selbständig als oberste vollziehende Stelle, ohne dass sie an Beschlüsse des Gesamtministeriums oder des Ministerrats gebunden gewesen wären. Im Gegenzug hierzu bestand aber auch keine Gesamtverantwortung des Gesamtministeriums oder des Ministerrates, der ausschließlich ein beratendes Organ für ressortübergreifende Angelegenheiten war, § 114, 116 FormVO. Die Minister hatten ein Vorschlagsrecht hinsichtlich Verordnungen und Gesetzen, die ihr Ressort betrafen, § 26 FormVO, und mussten diese Verordnungen und Gesetze im Falle der Verabschiedung sowie Dekrete

die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staats betreffend (RegBl. 1817, Sp. 49 ff.), dem Kabinettsbefehl an den Staatsrath und die königlichen Staatsministerien (RegBl. 1817, Sp. 330 ff.) und Titel X §§ 4, 6 BV 1818 erwähnt.

¹¹⁴¹ Titel II §§ 12, 16, 19, Titel VII § 24, Titel X §§ 1, 4, 5, BV 1818.

¹¹⁴² Verordnung die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staats betreffend (RegBl. 1817, Sp. 49 ff.); Kabinettsbefehl an den Staatsrath und die königlichen Staatsministerien (RegBl. 1817, Sp. 330 ff.); Verordnung die Formation der Ministerien betreffend (FormVO) (RegBl. 1825, Sp. 977 ff.); Verordnung zur Bildung einer Abteilung im Innenministerium für Kirchenangelegenheiten (RegBl. 1846, Sp. 921 ff.); Verordnung die Bildung des Gesamt-Staatsministeriums betreffend (RegBl. 1848, Sp. 161).

¹¹⁴³ RegBl. 1848, Sp. 162 f.

¹¹⁴⁴ Zittel, in: Volkert, Handbuch, S. 16.

¹¹⁴⁵ Schwertmann, Gesetzgebung und Repräsentation, S. 18.

¹¹⁴⁶ Kgl. Entschließung vom 09. Januar 1821, BayHStA, (MA) 70353; Schwertmann, Gesetzgebung und Repräsentation, S. 18.

und Reskripte in diesem Bereich gegenzeichnen, §§ 26, 27, 123 FormVO. Die Abschiede für die Ständerversammlung mussten von allen Ministern und dem Feldmarschall gegenzeichnet werden, § 122 FormVO. Im Falle eines Meinungsstreites bezüglich der Gegenzeichnungen blieb den Ministern nur die beschränkte Möglichkeit, nach den Vorschriften der §§ 22 ff. IX. Beil. BV 1818 den König um die Entlassung aus dem Staatsdienst zu ersuchen,¹¹⁴⁷ wodurch diese dann aber alle Bezüge, sowohl das Standes- wie auch das Dienstgehalt, sowie alle Titel und Funktionszeichen in Verbindung mit der Stelle verloren, § 22 A. IX. Beil. BV 1818.

Heintz fühlte sich durch die Ernennung zum Justizminister und die damit übertragene Verantwortung, an der Spitze seines Ministeriums die anstehende Reformgesetzgebung durchzuführen, hoch geehrt.¹¹⁴⁸ Auch beamtenrechtlich und pekuniär war der Ministerposten eine spektakuläre Beförderung, seine Bezüge in Geld, die er bis dahin als Appellationsgerichtsrat in Zweibrücken erhalten hatte, versechsfachten sich dadurch, von 1.860 fl. auf 11.800 fl. – auch die Naturalienbezüge stiegen auf drei Scheffel Weizen, sieben Scheffel Roggen und 24 Scheffel Hafer an.¹¹⁴⁹ Sein Gehalt unterteilte sich in 3.000 fl. Standesgehalt, 3.000 fl. Dienstgehalt als Staatsrat im ordentlichen Dienst und 6.000 fl. Nebenbezüge, wovon 3.000 fl. sein Funktionsgehalt als Minister und 3.000 fl. Tafelgelder waren.¹¹⁵⁰ Sein Bruder, August Heintz, war übergücklich, ihm zu dieser höchsten Stelle persönlich gratulieren zu können, er war unmittelbar nach der Ernennung von Karl Friedrich Heintz zum Justizminister als Deputierter des Verwaltungsrates der Ludwigshafen-Bexbacher Eisenbahn-Gesellschaft in München eingetroffen, um Gelder bei der Staatsregierung zur Fortsetzung der Baus zu mobilisieren.¹¹⁵¹ Durch die nachdrückliche Unterstützung seines nunmehr sehr einflussreichen Bruders genehmigte die Staatsregierung sodann auch innerhalb von nur acht Tagen die Bereitstellung der benötigten Geldmittel.¹¹⁵²

Verbunden mit der Ernennung zum Justizminister war nun freilich der Umzug der Familie Heintz nach München, der Schwiegervater Heinrich Hertel verblieb in Zweibrücken. Hatte Heintz bei seiner letzten Beförderung nach München im Jahre 1845 diese wegen seines greisen Schwiegervaters, der zusammen mit seiner Familie in Zweibrücken lebte, ausgeschlagen, konnte er nun wegen der herausragenden Bedeutung der Stelle und der anstehenden großen Aufgaben dennoch nicht umhin, die jetzige anzunehmen und mit seiner Familie nach München überzusiedeln.

¹¹⁴⁷ Seydel, Staatsrecht II, S. 290.

¹¹⁴⁸ Familienbuch, S. 1.

¹¹⁴⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 1.

¹¹⁵⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 172; Tafelgelder waren eine bestimmte Summe Geld, die einem hohen Beamten zu Bestreitung der Tafel und zur Ausrichtung von Ehrenfeten und fürstlichen Personen zur Führung ihres Hofstaates angewiesen waren (Pierer's Universal-Lexikon, Bd. 17., S. 198).

¹¹⁵¹ Heintz, Die Nachkommen, S. 30.

¹¹⁵² Heintz, Die Nachkommen, S. 31.

bb. Ernennung zum Staatsrat

Bevor Heintz zum Justizminister ernannt wurde, wurde er am 24. März 1848 zunächst zum Staatsrat im ordentlichen Dienst erhoben. Daraus ersieht man sehr deutlich die bisher im Königreich Bayern stets geübte Praxis, dass alle Minister aus dem Kreis der Staatsräte im ordentlichen Dienst ausgewählt wurden und dass sie, wenn sie noch keine Staatsräte waren, zumindest formal kurz vor der Ernennung zum Minister auch als Staatsräte im ordentlichen Dienst eingesetzt wurden.¹¹⁵³ Der Staatsrat ging als oberstes beratendes und zum Teil auch erkennendes Gremium aus dem durch die Verfassung von 1808 und dem dazugehörigen Edikt¹¹⁵⁴ geschaffenen geheimen Rat hervor und erhielt seine Bezeichnung als Staatsrat durch Verordnung im Jahre 1817.¹¹⁵⁵ Auch die Verfassung von 1818 setzte den Staatsrat als bestehend voraus und nahm an einigen Stellen auf ihn Bezug.¹¹⁵⁶ Die Organisation des Staatsrates richtete sich wie bei den Ministerien nach Verordnungen und Kabinettsbefehl, und der König ernannte und entließ die Mitglieder des Staatsrates.¹¹⁵⁷ Als Heintz Staatsratsmitglied war, setzte sich dieser aus dem König, dem volljährigen Kronprinzen, allen in München anwesenden nachgeordneten volljährigen Prinzen des Hauses Wittelsbach in direkter Linie, den Ministern, dem Feldmarschall, sechs vom König ernannten Staatsräten, einem Generalsekretär und Kanzleipersonal zusammen, § 2 InstrSR.¹¹⁵⁸ Der Staatsrat beriet den König beispielsweise in Angelegenheiten der Gesetzgebung, auch der Verfassungsgesetzgebung, bei der Anwendung der Gesetze durch die Exekutive, bei der Behördenorganisation, bei Wünschen, Anträgen und Beschlüssen der Ständeversammlung sowie deren Verfassungsbeschwerden, bei Kompetenzkonflikten der Ministerien, bei Kompetenzkonflikten zwischen Verwaltung und Justiz oder wenn er vom König explizit aufgefordert wurde, § 7 A. InstrSR. Erkennendes Gremium war der Staatsrat etwa bei Rekursen gegen Erkenntnisse, welche die Abtretung von Privateigentum für öffentliche Zwecke zum Gegenstand hatten und entsprechend § 16 IX. Beil. BV 1818 bei der Frage, ob wirkliche Kollegialvorstände, ihnen gleichgestellte oder über diesen stehende Staatsbeamte wegen Dienstverbrechen oder -vergehen vor Gericht gestellt werden sollten, § 7 B. InstrSR. Faktisch war es möglich, dass der Staatsrat auch in den Bereichen, in denen er als erkennendes Gremium tätig werden sollte, zu einem bloßen beratenden Gremium herabgestuft wurde, was insbesondere Ludwig I. gerne

¹¹⁵³ Götschmann, Parlamentarismus, S. 823.

¹¹⁵⁴ Organisches Edikt vom 4. Juni 1808, die Bildung des geheimen Rathes betreffend (RegBl. 1808 Sp. 1329 ff.).

¹¹⁵⁵ Schlaich, Der bayerische Staatsrat, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28, 1965, S. 461; Verordnung die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staats betreffend (RegBl. 1817, Sp. 49 ff.).

¹¹⁵⁶ Titel II § 16, Titel IV § 8 Abs. 4, Titel VII § 30, Titel X §§ 1, 5 BV 1818; § 3 c I. Beil. BV 1818; § 92 II. Beil. BV 1818; § 9 III. Beil. BV 1818; §§ 15, 16 IX. Beil. BV 1818.

¹¹⁵⁷ Verordnung die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staats betreffend (RegBl. 1817, Sp. 49 ff.); Kabinettsbefehl an den Staatsrath und die königlichen Staatsministerien (RegBl. 1817, Sp. 330 ff.); Revidierte Instruktion für den königlichen Staatsrath (RegBl. 1821, Sp. 49 ff.); Instruktion für den königlichen Staatsrath (RegBl. 1825 Sp. 865 ff.); Schlaich, Der bayerische Staatsrat, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 28, 1965, S. 482.

¹¹⁵⁸ Schwertmann, Gesetzgebung und Repräsentation, S. 21.

praktizierte.¹¹⁵⁹ Denn auch bei den Entschließungen des Staatsrates bedurfte es zu deren Wirksamkeit der Sanktion des Königs, § 18 Abs. 2 InstrSR. Im Falle einer Entscheidung des Staatsrates, die dem König nicht zusagte, konnte dieser damit zunächst nicht sanktionieren und sodann die Angelegenheit zur nochmaligen Beratung an einen durch ihn personell veränderten Staatsrat zurückverweisen, § 18 Abs. 1 InstrSR, und so eine ihm gefällige Entscheidung herbeiführen.¹¹⁶⁰

cc. Ernennung zum Reichsrat

Die Bezeichnung der ersten Kammer der Ständeversammlung als Kammer der Reichsräte¹¹⁶¹ war ein Hinweis auf die 1806 erlangte volle Souveränität Bayerns als eigenständiges Königreich, keine Reminiszenz an das untergegangene Heilige Römische Reich Deutscher Nation.¹¹⁶² Wurden auch im Laufe der Zeit des Bestandes der Kammer der Reichsräte, von 1818 bis 1918, wiederholt Änderungen ihrer Struktur angeregt und beantragt, so blieb doch für diesen gesamten Zeitraum stets die Verfassung von 1818 unveränderte Grundlage für die Zusammensetzung¹¹⁶³ – nur erläuternd wurden in den Jahren 1825 und 1828 zwei Gesetze¹¹⁶⁴ in Bezug auf die erste Kammer erlassen.¹¹⁶⁵ Die teilweise vom König ernannte Kammer beruhte in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder auf den Prinzipien von Geburt, Bildung, Besitz, Vermögen und Verdienst um den Staat.¹¹⁶⁶ Die Verfassung von 1818 bestimmte ausdrücklich die Zusammensetzung der Kammer in Titel VI § 2 BV 1818.¹¹⁶⁷ Danach ließen sich sechs Gruppen von Reichsratsmitgliedern unterscheiden: die königlichen Prinzen, die Kronbeamten, die Bischöfe und Generalkonsistoriumspräsidenten, die mediatisierten Standesherrn, die nichtstandesherrlichen erblichen Reichsräte und schließlich die auf Lebenszeit ernannten Reichsräte.

¹¹⁵⁹ Seydel, Staatsrecht II, S. 271.

¹¹⁶⁰ Seydel, Staatsrecht II, S. 270.

¹¹⁶¹ Eingehend hierzu: Ostadal, Reichsräte; Löffler, Reichsräte; Gollwitzer, Standesherrn; Götschmann Parlamentarismus.

¹¹⁶² Löffler, Reichsräte, S. 9.

¹¹⁶³ Löffler, Reichsräte, S. 4.

¹¹⁶⁴ Gesetz, die Anwendung und Vollziehung einiger Bestimmungen des Edictes über die Familienfideikommissionen betreffend (GVBl. 1825, Sp. 31 ff.); Gesetz, die Bildung der Kammer der Reichsräte betreffend (GVBl. 1828, Sp. 9 ff.).

¹¹⁶⁵ Seydel, Staatsrecht II, S. 98 f.

¹¹⁶⁶ Löffler, Reichsräte, S. 9.

¹¹⁶⁷ „Die Kammer der Reichs-Räthe ist zusammengesetzt aus 1. den volljährigen Prinzen des Königlichen Hauses; 2. den Kron-Beamten des Reichs; 3. den beyden Erzbischöfen; 4. den Häuptern der ehemals Reichsständischen fürstlichen und gräflichen Familien, als erblichen Reichs-Räthen, so lange sie im Besitze ihrer vormaligen Reichsständischen im Königreiche gelegenen Herrschaften bleiben; 5. einem vom Könige ernannten Bischoffe und dem jedesmaligen Präsidenten des protestantischen General-Consistoriums; 6. aus denjenigen Personen, welche der König entweder wegen ausgezeichneten dem Staate geleisteter Dienste, oder wegen ihrer Geburt, oder ihres Vermögens zu Mitgliedern dieser Kammer entweder erblich oder lebenslänglich besonders ernennet.“

Die Voraussetzung für die Kammermitgliedschaft an sich waren die bayerische Staatsangehörigkeit,¹¹⁶⁸ der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und die Volljährigkeit.¹¹⁶⁹ Für die aktive Beteiligung, also die Teilnahme an den Abstimmungen, war die Vollendung des 21. Lebensjahres für die Prinzen des königlichen Hauses erforderlich und die Vollendung des 25. Lebensjahres für die übrigen Mitglieder, Titel VI § 5 BV 1818.¹¹⁷⁰ Bis auf die Bischöfe und den Präsidenten des Generalkonsistoriums¹¹⁷¹ traf die Verfassung von 1818 keine ausdrückliche zahlenmäßig Beschränkung der Kammermitglieder. Faktisch ergab sich aber eine Beschränkung der Sitze der Kronbeamten, da es nur vier Kronämter¹¹⁷² gab, die zudem nicht immer besetzt waren. Ebenfalls die Sitze der Standesherrn waren faktisch beschränkt, da hier die Verfassung von 1818 die Auswahl dahingehend einschränkte, dass diese im Besitz ihrer vormalig reichsständischen Herrschaften auf bayerischem Boden sein mussten. Nicht beschränkt hingegen war die Zahl der nichtstandesherrlichen erblichen Reichsräte und der auf Lebenszeit ernannten Reichsräte. Die lebenslänglichen Reichsräte durften in ihrer Anzahl nicht mehr als ein Drittel der erblichen Reichsräte ausmachen, worunter die Standesherrn, die nichtstandesherrlichen erblichen Reichsräte, die beiden Bischöfe, aber auch der ernannte Bischof und der Präsident des Oberkonsistoriums zu rechnen waren, Titel VI § 4 BV 1818 iVm Art. 1 des Gesetzes, die Bildung der Kammer der Reichsräte betreffend. Auch insgesamt gab es keine zahlenmäßige Beschränkung der Mitgliederzahl, so dass diese im Laufe der Zeit deutlich zunahm – gab es 1819 nur 54 Reichsräte, so waren es gegen Ende des Königreichs 1912 bereits 91. Den zahlenmäßig größten Zuwachs erlebten wegen schlichten Familiennachwuchses die Wittelsbacher Prinzen und die nichtstandesherrlichen erblichen Reichsräte, was aber auf gezielte königliche Ernennung zurückzuführen war.¹¹⁷³

Die Kammermitgliedschaft erlosch, wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür entfielen.¹¹⁷⁴ So etwa wenn die mediatisierten Standesherrn sich ihrer vormalig reichsständischen Herrschaften auf bayerischem Boden entledigten, die Reichsratsfamilie im Mannesstamm ausstarb oder die Erbberechtigung entfiel, meist wegen unstandesgemäßer Heirat.¹¹⁷⁵ Eine ausdrückliche Bestimmung darüber, ob und wie ein Reichsrat seine Reichsratswürde nach Belieben niederlegen konnte, enthielt die Verfassung von 1818 nicht. Doch sah man die Reichsratswürde als ein persönliches Recht an, auf das

¹¹⁶⁸ So etwa daher nicht Otto von Wittelsbach (geb. 01.06.1815, gest. 26.07.1867 in Bamberg), da er seit der Inthronisation als König von Griechenland (1832 – 1862) kein bayerischer Staatsangehöriger war (Löffler, Reichsräte, S. 29; Seydel, Staatsrecht I, S. 444; Menges, Otto I., in: Stolberg-Wernigerode, NDB, Bd. 19, S. 687 f.).

¹¹⁶⁹ Die Prinzen des königlichen Hauses erreichten die Volljährigkeit mit 18 Jahren, die übrigen Mitglieder mit 21 Jahren (Löffler, Reichsräte, S. 29).

¹¹⁷⁰ Seydel, Staatsrecht II, S. 100.

¹¹⁷¹ Später als Oberkonsistorium bezeichnet.

¹¹⁷² Kronobersthofmeister, Kronoberstkämmerer, Kronoberstmarschall, Kronoberpostmeister (GVBl. 1808, Sp. 2109).

¹¹⁷³ Löffler, Reichsräte, S. 65 ff.

¹¹⁷⁴ Seydel, Staatsrecht II, S. 113.

¹¹⁷⁵ Löffler, Reichsräte, S. 30 f.

auch mit persönlicher Wirkung verzichtet werden konnte – nicht aber mit Wirkung für Nachfolger, wenn die Reichsratswürde auf Amt oder erblichen Besitz beruhte.¹¹⁷⁶ Für den Verzicht bedurfte es der Erklärung gegenüber dem König, nicht aber dessen Genehmigung.¹¹⁷⁷

Offiziell blieb Heintz bis zum 14. April 1848 Mitglied der Kammer der Abgeordneten, denn die Mitgliedschaft in einer Kammer war mit dem Ministeramt durchaus vereinbar,¹¹⁷⁸ erst mit seiner Ernennung zum lebenslänglichen Reichsrat und der Berufung in die erste Kammer der Ständeversammlung war es die gesetzlich notwendige Folge, dass er als Abgeordneter aus der zweiten Kammer ausschied und sein Ersatzmann, Josef Benzino, für ihn einberufen wurde,¹¹⁷⁹ der allerdings auch nach zweimaliger Aufforderung nicht in der Kammer erschien.¹¹⁸⁰ Heintz begründete seine Ernennung zum Reichsrat mit der dortigen Unterrepräsentation der Pfalz,¹¹⁸¹ die tatsächlich bestand. Bevor Heintz zum lebenslänglichen Reichsrat der Krone ernannt wurde, saßen seit der ersten Ständeversammlung 1819 lediglich zwei Pfälzer in der ersten Kammer,¹¹⁸² Maurer¹¹⁸³ und Ludwig Freiherr von Gienanth.¹¹⁸⁴ Im Jahre 1848, in dem die Kammer 59 Mitglieder zählte,¹¹⁸⁵ war zunächst Maurer der einzige Pfälzer in der ersten Kammer.¹¹⁸⁶

Als Heintz sein Ausscheiden aus der Kammer bekanntgab, bekräftigte er in seiner Rede, dass er nur mit schwerem Herzen aus der zweiten Kammer ausscheide, und dankte für die immer gute Zusammenarbeit mit den Abgeordnetenkollegen. Er wies darauf hin, dass seine Person in der Kammer der Reichsräte gebraucht würde und er dort bei den anstehenden Reformen gut mitwirken könne – diesbezüglich hoffte er darauf, dass der guten Wille der zweiten Kammer ihm gegenüber auch in seiner neuen Position als Reichs-

¹¹⁷⁶ Deshalb büßte wegen der morganatischen Ehe von Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein mit Maria Crescentia Bourgin nur dieser selbst (vorläufig) seinen Sitz im Reichsrat ein, nicht aber der jeweils regierende Fürst Oettingen-Wallerstein, weshalb sein nachfolgender jüngerer Bruder, Friedrich von Oettingen-Wallerstein, als nunmehr legitimer Chef des fürstlichen Hauses den Sitz im Reichsrat bezog.

¹¹⁷⁷ Seydel, Staatsrecht II, S. 111.

¹¹⁷⁸ Müller, Verfassungsbeschwerde, S. 43.

¹¹⁷⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 24 f.

¹¹⁸⁰ Leeb, Wahlrecht und Wahlen II, S. 777 f.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 24; KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 164.

¹¹⁸¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 24.

¹¹⁸² Götschmann, Der bayerische Landtag und die Pfalz, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 46, vermutet Gienanth als einzigen Pfälzer in der Kammer der Reichsräte bis 1848.

¹¹⁸³ Mitglied der Kammer der Reichsräte von 1831 – 1872.

¹¹⁸⁴ Mitglied der Kammer der Reichsräte von 1819 – 1827; Ludwig Freiherr von Gienanth, geb. 1767, gest. 1848, Eisenbergwerksbesitzer, mit Ernennung zum lebenslänglichen Reichsrat Verleihung des persönlichen Adels (Ritter), 1835 Erhebung in den erblichen Freiherrnstand (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Gienanth; Wedemeyer, Ludwig Freiherr von Gienanth, in: Baumann, Pfälzische Lebensbilder I, S. 167 – 190).

¹¹⁸⁵ Löffler, Reichsräte, S. 66.

¹¹⁸⁶ Rep. KdRR/KdA, S. 5; Abbildung der Kammer der Reichsräte aus dem Jahr 1865, aus: Archiv A.W. Faber-Castell, Fotobestände, s.u. Anhang 17; ebenfalls abgebildet in: Löffler, Reichsräte, S. VI f.; Legende zur Fotografie aus: Löffler, Reichsräte, S. VI f.

rat nicht verloren gehe.¹¹⁸⁷ Der zweite Präsident, Müller, bedauerte in seiner Ansprache in diesem Zusammenhang zwar das Ausscheiden von Heintz sehr, drückte aber, entsprechend Heintz, seine Hoffnung aus, dass sich das „bürgerliche“ Wirken von Heintz in der ersten Kammer fortsetzen werde, und begrüßte daher insgesamt seine Ernennung.¹¹⁸⁸ Durch die Äußerungen des zweiten Präsidenten der zweiten Kammer mag zunächst der Anschein bestanden haben, dass insgesamt die Haltung der Kammer zum Wechsel von Heintz positiv aufgefasst oder zumindest nicht beanstandet wurde. Bei genauerer Betrachtung stellte sich aber heraus, dass einige Abgeordnete ihm seine Reichsratsmitgliedschaft sehr negativ anlasteten, überwiegend gerade die radikalliberalen pfälzischen Abgeordneten deuteten diese als einen Abfall von Heintz von gemeinsamen politischen Zielen und wandten sich ihrerseits von ihm ab, bezogen schließlich sogar gegen ihn Stellung, was im Verlauf der Ständeversammlung 1848 und des ersten Landtags 1849 noch deutlich werden sollte.¹¹⁸⁹ Dieses Verhalten gerade der Pfälzer war an sich vollkommen fehl am Platze, denn bei näherer Auseinandersetzung mit den politischen Hintergedanken von Heintz hätten sie erkennen müssen, dass sein Eintreten in die erste Kammer tatsächlich mit der Unterstützung der anstehenden Gesetzgebungsarbeiten in dieser Kammer zusammenhing, damit keineswegs eine Entfernung von seinen zuvor bestehenden politischen Ansichten und vielmehr ein weiterer Einsatz für die Gesetzgebungsreformen, in Form von Förderung von Gesamtbeschlüssen beider Kammern, war.

c. Die Beteiligung von Heintz an der Reformgesetzgebung 1848

Die Darstellung der Reformgesetzgebung auf der zwölften Ständeversammlung 1848 und Karl Friedrich Heintz' Beteiligung daran soll anhand einer Unterteilung der Gesetzgebung in solche in Bezug auf die Justizreform, soziale und gesellschaftliche Reformen und die Reformen der Volksvertretung geschehen. Die Betrachtung soll sich auch, soweit es im Gesamtkontext der Ereignisse möglich ist, auf die Gesetze und Beratungen beschränken, an denen Heintz direkt beteiligt war, sie erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der gesamten Reformgesetzgebung des Jahres 1848.¹¹⁹⁰

aa. Justizreform

Die Justizreform war eines der großen Themen des Reformlandtages und sollte seit langem geforderte Wünsche nach einer Justizreform durchführen – Hauptgesichtspunkte waren die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Einführung von Geschworengerichten, eine Neugestaltung des Instanzenzuges und schließlich die ersehnte Rechtsvereinheitlichung im gesamten bayerischen Königreich. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann im Kurfürstentum und späteren Königreich Bayern die Reform des Justizwesens. Nach dem Tod des

¹¹⁸⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 25

¹¹⁸⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 25

¹¹⁸⁹ Heintz, Die Nachkommen, S. 34.

¹¹⁹⁰ Zu einer weitestgehend abschließenden Darstellung der Reformgesetzgebung: Götschmann, Parlamentarismus, S. 812 ff.; Mayer, Reformlandtag, S. 76 ff.

kinderlosen Kurfürsten Karl Theodor von Bayern kam 1799 Maximilian VI. Joseph, der spätere König Maximilian I., aus einer Pfälzer Seitenlinie der Wittelsbacher, als dessen Nachfolger nach Bayern. In seinem innenpolitischen Reformprogramm für das damalige Herzogtum Bayern, dem Ansbacher *Mémoire*,¹¹⁹¹ wies Graf von Montgelas den späteren Monarchen unter anderem auf die dringende Reformbedürftigkeit des bayerischen Justizwesens hin, das zum Teil in seinen Grundlagen noch auf das Mittelalter zurückreichte. Die zentralen Punkte der Reformen im Bereich des Rechts waren bereits damals die Neugestaltung der Gerichtsorganisation und des Prozessrechts, des Strafrechts und des Zivilrechts.¹¹⁹² Trotz der umfangreichen und dankenswerten Reformen unter Maximilian I. war der bayerische Staat noch weit entfernt von einer nach heutigen Maßstäben modernen Gerichtsorganisation, insbesondere waren die zentralen Punkte Trennung von Justiz und Verwaltung und auch die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens noch nicht umfänglich durchgesetzt worden, weiter existierte die Patrimonialgerichtsbarkeit, wenn auch durch die Edikte vom 08. September 1808 und 16. August 1812 umgestaltet, zudem standen teilweise dem Adel und andern Privilegierten besondere Gerichtsstände zu. Bereits mit der ersten Ständeversammlung im Jahre 1819 forderte daher die Kammer der Abgeordneten ein weiteres Voranschreiten der begonnenen Reform des Justizwesens und die Beseitigung der herrschenden Missstände und wiederholte diese Forderungen auch auf den folgenden Ständeversammlungen.¹¹⁹³ Nach dem Anschluss der Pfalz an Bayern verlieh ihre Sonderstellung¹¹⁹⁴ den Reformwünschen der Liberalen neuen Auftrieb, und auch in konservativen Kreisen war man zumindest um Rechtseinheit im gesamten Bayern bemüht. Bei den Landtagen von 1827 und 1831 kam die Regierung den Forderungen der Ständeversammlung mit Entwürfen einer Zivilprozessordnung entgegen.¹¹⁹⁵ Schlussendlich wurde aber die Justizreform nicht verabschiedet, die Entwürfe gelangten wegen der Auflösung des Landtages nicht einmal in die Gesetzgebungsausschüsse.¹¹⁹⁶ In der darauf einsetzenden Phase der Reaktion widersetzte sich die Regierung weitestgehend allen Forderungen nach Veränderung, damit auch der Justizreform, was dazu führte, dass auf den Ständeversammlungen 1843, 1845, 1846 und 1847 aus den Reihen der Liberalen die Rufe nach Reformen, auch der Justizreform, immer lauter wurden.¹¹⁹⁷ Für den Vormärz und damit die Ausgangssituation für die Justizreformen in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Bayern bleibt festzuhalten, dass schon die mangelnde Rechtseinheit im Königreich Bayern zu Reformen Anlass gab, daneben herrschte in weiten Teilen des Staates eine veraltete Rechtsordnung, weshalb schon seit mehreren Jahrzehnten eine Veränderung der Zustände angemahnt, namentlich die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahren, die vollständige Trennung von Justiz und Verwaltung

¹¹⁹¹ Eingehend hierzu: Weis, Montgelas' innenpolitisches Reformprogramm, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 33, 1970, S. 219 ff.

¹¹⁹² Weis, Montgelas II, S. 555.

¹¹⁹³ Edel, GVG 1861, S. 1 f.

¹¹⁹⁴ S.o. S. 17 ff.

¹¹⁹⁵ Edel, GVG 1861, S. 1 f.

¹¹⁹⁶ Entwurf der Zivilprozessordnung KdA 1831 Beilagen, Bd. 14, Beilage LXXXIII, S. 1 ff.

¹¹⁹⁷ Edel, GVG 1861, S. 2.

sowie die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der privilegierten Gerichtsstände des Adels von der Ständeversammlung gefordert wurden und diese berechtigten Reformwünsche immer noch nicht erfüllt waren. Dazu kam, dass die bayerische Justiz aufgrund ihrer Organisation im Vergleich zu moderneren Staaten nicht effizient genug arbeitete, was insbesondere an der Arbeitsüberlastung der Untergerichte lag, deren Zuständigkeitsbereich hinsichtlich der streitigen Gerichtsbarkeit viel zu breit gefächert war und zudem noch Verwaltungsangelegenheiten und freiwillige Gerichtsbarkeit umfasste. Die hieraus resultierenden schlechten Erledigungszahlen dieser Gerichte sowie die dadurch dort oftmals ungründlichen Verhandlungen der Streitsachen und nicht zuletzt die zu hohen Kosten der Justiz für den Fiskus belegten unweigerlich,¹¹⁹⁸ dass das Königreich Bayern in der Mitte des 19. Jahrhunderts gerade auf dem Gebiet des Rechts dringend reformbedürftig war, „seit einer Reihe von Jahren nach und nach in eine Lage gekommen [war], aus welcher das schöne Land nur durch eine durchgreifende Gesetzgebung gerettet werden“¹¹⁹⁹ konnte. Die Gesetze in Bezug auf die Justizreform wurden daher bereits alle in der Thronrede Maximilians II. zugesagt,¹²⁰⁰ und als Karl Friedrich Heintz daher auf der Ständeversammlung 1848 die Vorlage von Gesetzesentwürfen ankündigte, die einen Grundstein für eine elementare Justizreform bedeuteten, brachen in der Kammer einstimmige Jubel- und Bravorufe aus.¹²⁰¹

[1]. Vorläufer und Grundlagen der Justizreform

Um die Verdienste von Karl Friedrich Heintz für die Justizreform verstehen zu können und auch in ihrem Umfang richtig würdigen zu können, muss zum einen eben die gerade dargestellte Ausgangssituation für das Jahr 1848 begriffen werden, aber müssen auch die Grundlagen und Vorarbeiten der Amtsvorgänger von Heintz im Amt des Justizministers erfasst werden. Da hinsichtlich der Justizreform in der Amtszeit des vormaligen Ministerverwesers des Justizministeriums und nunmehrigen Kultusministers, Beislers, keine nennenswerten Fortschritte erzielt wurden,¹²⁰² blieben Heintz nur die Bemühungen Maurers als Grundlage für eine Justizreform.

[a]. Die Maurerschen Gutachten zur Neugestaltung des Justizwesens 1847

Maurer hatte zu Beginn seiner Amtszeit eine gewisse Vertrauensstellung beim König inne, was sich allerdings im Laufe seines Amtes ins Negative änderte.¹²⁰³ Allerdings gelang es ihm, diese anfängliche Position zu nutzen, und am 23. März 1847 wurde er mit der Erarbeitung eines Gutachtens über die Grundlagen einer Neugestaltung der Gerichtsorganisation, zum Zwecke der Neuregelung des gesamten Zivil- und Strafverfahrens,

¹¹⁹⁸ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 171.

¹¹⁹⁹ Dickopf, Maurer, S. 83.

¹²⁰⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 31 ff.

¹²⁰¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 270.

¹²⁰² Einziger im Rahmen der Justizreform ausgearbeiteter Gesetzesentwurf war der Entwurf, „die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend“ (KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 5); s.u. S. 182 ff.

¹²⁰³ Gollwitzer, Ludwig I., S. 692 ff.

beauftragt.¹²⁰⁴ Dieses Gutachten war doch schon ein Schritt hin zu einer umfassenden Justizreform in Bayern und auch eine wichtige Grundlage für die Justizreform des Jahres 1848, insbesondere des „Gesetzes, die Grundlage der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend“. Maurer konnte dem König am 31. März 1847 das Gutachten präsentieren und einen Antrag zur Justizorganisation stellen.¹²⁰⁵ Nach dem Antrag Maurers sollte zur Neuorganisation der Zivil- und Strafgerichte zunächst eine vollständige Trennung von Justiz und Verwaltung geschehen. Unterste Instanz sollten die mit Einzelrichtern besetzten Stadt- und Landgerichte bilden, deren Zuständigkeitsbereich sich auf die ganze erste Instanz in Zivilsachen, das Hypothekenwesen, das Notariat und die Voruntersuchung in Strafsachen, die aber unter Leitung der Bezirksgerichte und der Staatsprokuratoren durchgeführt werden sollte, erstrecken sollte. Über den Stadt- und Landgerichten sollten die Bezirksgerichte gebildet werden, welche erstinstanzlich zuständig sein sollten für Streitigkeiten der Personen mit privilegiertem Gerichtsstand sowie zweitinstanzlich für die Berufungen gegen die Urteile der Stadt- und Landgerichte in Zivilsachen. In Strafsachen sollten die Bezirksgerichte Untersuchungsgerichte und erkennende Gerichte sein und als Geschworenengerichte besetzt sein, auch sollten an den Bezirksgerichten Staatsprokuratoren angesiedelt werden. Über den Bezirksgerichten sollten die Appellationsgerichte stehen, von denen jeweils eines örtlich für zwei bis drei Regierungsbezirke zuständig sein sollte. Sachlich sollte das Appellationsgericht erstinstanzlich zuständig sein für die höchstprivilegierten Personen, für alle anderen Zivil- und Strafsachen aber die letzte Instanz bilden, auch an den Appellationsgerichten sollten Staatsprokuratoren angesiedelt werden. Das Oberappellationsgericht sollte nur für die Höchstprivilegierten die zweite und letzte Instanz bilden, für alle übrigen Streitigkeiten sollte das Oberappellationsgericht als Kassationshof zum Zwecke der Rechtskontrolle fungieren. Am Oberappellationsgericht sollte der Generalstaatsprokurator angesiedelt sein. Grund- und standesherrliche Gerichtsbarkeit sollte nach dem Maurerschen Antrag sowohl weiter bestehenbleiben wie auch von der neuen Gerichtsorganisation vollkommen unberührt bleiben.

Obwohl der Antrag Maurers die Forderung nach Trennung von Justiz und Verwaltung beinhaltete und eine besser strukturierte Gerichtsorganisation samt Geschworenengerichten für Strafsachen vorsah und damit bereits einige grundlegende Reforminhalte formulierte, tastete er doch einige Mängel des bayerischen Justizwesens nicht an, so sollten, wie bereits dargestellt, die grund- und standesherrlichen Gerichte aus verfassungsrechtlichen Gründen von der neuen Gerichtsorganisation vollkommen ausgenommen sein und ebenso die privilegierten Gerichtsstände des Adels vollkommen beibehalten werden. Zudem sollte keine grundsätzliche Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens stattfinden und auch keine sachliche Beschränkung der Zuständigkeitsbereiche der Einzelgerichte, also der Stadt- und Landgerichte, geschehen, die damit ohne eine personelle Aufstockung weiterhin einer zu hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt gewesen wären,

¹²⁰⁴ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 183.

¹²⁰⁵ Für das Folgende: KdRR Beilagen, Bd. 1, S. 182 ff.

was damit die seit langem beklagte schlechte Erledigungsquote der Gerichte nicht verbessert hätte.¹²⁰⁶ Maurers Antrag blieb damit zum Teil sogar hinter den Reformbestrebungen von 1827 zurück.¹²⁰⁷ Es ist zu vermuten, dass Maurer in seinen Antrag diese Reformpunkte nicht aufgenommen hatte, da er die grundsätzliche Reformunwilligkeit seines Königs kannte und auf die Annahme eines gemäßigten Antrags hoffte, um die Gesetzgebung zumindest in diesen Punkten einmal voranbringen zu können. Trotz der sehr gemäßigten Tendenz des Maurerschen Antrages lehnte Ludwig I. diesen am 02. April 1847 ab und wies darauf hin, dass er lediglich Veränderungen im Justizwesen wünsche, die absolut notwendig seien, zudem billige er nicht die Trennung von Justiz und Verwaltung, da er dies als Schwächung der Regierung empfand. Weiter hatte er Bedenken dahingehend, dass sich die Haushaltskosten durch die neue Gerichtsorganisation erhöhen würden, was Maurer auch für die Anfangszeit der Umstellung zugestand, und schließlich betonte er seine grundlegende Abneigung gegen Geschworenengerichte.¹²⁰⁸ Nachdem allerdings Maurer dem König die Gerichtsorganisation in der Pfalz in Bezug auf ihre unbürokratischere, einfachere Struktur, erheblich höhere Erledigungsquote wie auch ihre damit bessere haushaltstechnische Effizienz vorstellte, konnte der für seine Abneigung gegen Bürokratismus bekannte Monarch, der stets ein offenes Ohr für haushaltstechnische Argumente hatte, für die Vorlage eines erneuten Antrages in Bezug auf eine neue Gerichtsorganisation gewonnen werden.¹²⁰⁹

Bereits am 14. Mai 1847 konnte daher Ludwig I. ein weiteres Gutachten mit Reformpunkten in Bezug auf die Gerichtsorganisation vorgelegt werden, das dem Antrag vom 31. März 1847 stark angelehnt war. Aus dem alten Antrag wurde die Einführung von Geschworenengerichten gestrichen, die Zuständigkeit der Stadt- und Landgerichte in Zivilsachen auf geringfügige Streitwerte beschränkt und wurden im Übrigen die Bezirksgerichte für erstinstanzlich zuständig erklärt und wurde nun auch ausdrücklich eine unmittelbare öffentliche und mündliche Verhandlung in Straf- und Zivilsachen festgesetzt.¹²¹⁰ Der neue Vorschlag wurde am 26. Mai 1847 vom König gebilligt und eine dahingehende Gesetzentwurfserstellung bis zur nächsten Ständerversammlung angeordnet.¹²¹¹ Das neue Gutachten samt Antrag erfüllte über den ersten Antrag hinaus nur die Postulate nach öffentlichen und mündlichen Verhandlungen, wofür aber die Forderung nach Geschworenengerichten wieder zurückgezogen wurde. Im Laufe des Jahres 1847 wurde das Ministerium der Morgenröte und damit auch Maurer als Ministerverweser der Justiz abgesetzt, und es kam nicht einmal zu einer Ausarbeitung eines Grundlagengesetzes, wie es noch im königlichen Signat vom 26. Mai 1847 angeordnet war. Dennoch darf man die Verdienste und Bemühungen Maurers um die Justizreform nicht zu gering einstufen,¹²¹²

¹²⁰⁶ Dickopf, Maurer, S. 86 f.

¹²⁰⁷ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 38.

¹²⁰⁸ Abschrift eines Königlichen Signats diesbezüglich, in: Dickopf, Maurer, S. 87.

¹²⁰⁹ Dickopf, Maurer, S. 86 f.

¹²¹⁰ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 218 f.

¹²¹¹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 220.

¹²¹² Maurer schreibt hierzu in seinen Memoiren, dass die neue Gesetzgebung bereits im Jahre 1847 begonnen

denn Ludwig I. war noch zu Beginn der Amtszeit Maurers einer Justizreform vollkommen ablehnend gegenüber gestanden – vielmehr war er der Meinung, dass die Trennung von Justiz und Verwaltung eine Schwächung der Regierung mit sich bringen würde, und auch die Öffentlichkeit der Verhandlung wollte er nur in beschränktem Maße, Geschworenengerichte lehne er völlig ab; diese Haltung machte er schließlich noch bei der Ablehnung des ersten Maurerschen Antrags mehr als deutlich.¹²¹³ Maurer aber gelang es seine Amtszeit dahingehend zu nutzen, seinen anfänglichen Einfluss beim König geltend zu machen, Ludwig I. einer neuen Gerichtsorganisation zumindest geneigter zu stimmen und ihm die Notwendigkeit einer umfassenden Justizreform vor Augen zu führen, schließlich konnte er ihn auch zur Unterzeichnung der gerade dargestellten Reformgrundlagen bewegen, die, wenn auch nicht unmittelbar umgesetzt, doch bereits einen Teil der Reformgesetzgebung von 1848 beinhalteten und zumindest gewisse Richtlinien bildeten, hinter die keinesfalls mehr zurückgegangen werden konnte. Nicht zuletzt wurde bereits in der Amtszeit Maurers im Justizministerium mit Arbeiten an Gesetzgebungsentwürfen zum Zivil- und Strafverfahren begonnen,¹²¹⁴ die allerdings in der Amtszeit Beislers nicht mehr vorangetrieben wurden. Zudem konnte er in seiner Amtszeit die Position des Justizministeriums im Bereich der Gesetzgebung wieder deutlich stärken, indem auf seinen Antrag hin die Gesetzeskommission vom Jahre 1844 am 06. April 1847 aufgelöst wurde.¹²¹⁵

[b]. Die Justizorganisation in der Pfalz

Elementare Grundlage für die Justizreform und auch bereits für Maurers Überlegungen bildete das in der Pfalz geltende Rechtssystem, allem voran die dort bestehende Gerichtsorganisation.¹²¹⁶ Erstinstanzlich gab es dort für jeden Kanton, die unterste Stufe der Verwaltungsbezirke, Friedensrichter¹²¹⁷, die als Einzelgerichte den französischen *juges de paix* entsprachen und die auf strafrechtlichem Gebiet die Polizeigerichtsbarkeit¹²¹⁸ und auf zivilrechtlichem Gebiet die Friedensgerichtsbarkeit ausübten, im Unterschied zu Frankreich wurde allerdings das Richteramt, wenn auch nicht immer, von Juristen und nicht von gewählten Bürgern ausgeübt.¹²¹⁹ Zuständig waren die Friedensgerichte in vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zu einem bestimmten Streitwert, 100 Fr., sowie in

hatte (Spindler, Politische Wendung, in: Schottenloher, Bayern, S. 334; Dickopf, Maurer, S. 92).

¹²¹³ Gollwitzer, Ludwig I. S. 692, Anm. 1570.

¹²¹⁴ Dickopf, Maurer, S. 92.

¹²¹⁵ Alzheimer, Schrenck, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 374; Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 33.

¹²¹⁶ Übersicht zur Gerichtsorganisation in der Pfalz s.u. Anhang 3, 4; Überlegungen zur Übernahme der französischen Gerichtsorganisation bereits 1811 damit in Verbindung eine Übersicht zum französischen Gerichtsaufbau, in: BayHStA, (SR) 2154.

¹²¹⁷ Die Umbezeichnung der französischen Gerichtsbezeichnungen ging noch auf die Verordnung vom 13.12.1815 der K.K. Österreichischen Civil-Administration zurück.

¹²¹⁸ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 165.

¹²¹⁹ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 18; Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 40 ff.

bestimmten vom Gesetz vorgesehenen Rechtsstreitigkeiten,¹²²⁰ sie nahmen als unterste Instanz also die Bagatellgerichtsbarkeit war.¹²²¹ Bei den übrigen Rechtsstreitigkeiten, für die sie keine Zuständigkeit als entscheidendes Gericht hatten, oblag ihnen die Stellung eines Vermittlers, der eine gütliche, außergerichtliche Einigung anstreben sollte. Weiter hatten die Friedensrichter bestimmte Funktionen der freiwilligen Gerichtsbarkeit inne, soweit diese nicht in den Zuständigkeitsbereich der Notare fiel. So waren die Friedensgerichte beispielsweise zuständig für die Abhaltung der Familienratsberatungen¹²²² oder die Versiegelung von Nachlassakten.¹²²³ Die Friedensgerichte waren mit einem Friedensrichter und einem Gerichtsschreiber besetzt.

Die mit drei Richtern besetzten Bezirksgerichte waren in den Hauptstädten¹²²⁴ der Bezirke, die als Verwaltungsebene über den Kantonen standen, angesiedelt und waren den französischen *tribunaux de première instance* vergleichbar, womit sie an sich erstinstanzlich für Zivil- und Strafsachen zuständig waren, wenn der Sachverhalt nicht in die Zuständigkeit der Friedensgerichte fiel, also oberhalb der Bagatellschwelle lag.¹²²⁵ Hatte aber zunächst ein Friedensgericht in der Sache entschieden, so kam dem Bezirksgericht die Funktion eines Berufungsgerichts zu, wenn der Streitwert einen gewissen Betrag, 50 Fr., überstieg oder der Streitwert unbestimmt war;¹²²⁶ in Strafsachen musste ebenfalls die Berufung zulässig sein, damit eine gewisse Bagatellschwelle überschreiten.¹²²⁷ Weiter waren in der Pfalz die Bezirksgerichte zuständig für die Handelgerichtsbarkeit in erster Instanz, womit auch in Handelssachen Juristen als Richter entschieden. Dies wieder im Gegensatz zu Frankreich, wo die Handelgerichtsbarkeit durch die *tribunaux de commerce* ausgeübt wurde, die ausschließlich mit Kaufleuten, also Laienrichtern, besetzt waren.¹²²⁸ Personell besetzt waren die Bezirksgerichte mit einem Gerichtspräsidenten, vier

¹²²⁰ Schadenersatzklagen bei Schäden an Feldern und Feldfrüchten; kleinen Reparaturen an gemieteten Häusern oder Pachtgütern; Nichtgenuss oder Verwahrlosung von gemieteten Häusern oder Pachtgütern; Lohn der Arbeitsleute, Dienstboten; wechselseitigen Verbindlichkeiten zwischen Dienstherrn und Dienstboten; Beleidigungen oder übler Nachrede, die im Zivilrechtsweg geltend gemacht werden; Klagen wegen Störung des Annalbesitzes von Immobilien oder ersitzbaren Immobiliarrchten (Titel III Art. 9, 10 dG vom 16./24.08.1790; Heintz, in: KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 149).

¹²²¹ Becker, Das Rheinische Recht und seine Bedeutung für die Rechtsentwicklung in Deutschland, in: JuS 1985, S. 339; Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 94 ff. (auch abgedruckt in: Heintz, Das pfälzische Gerichtswesen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Paulsen, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 101 ff.)

¹²²² Als Rest der alten Sippenvormundschaft war der Familienrat ein dem französischen Familienrecht des Code Civil (Conseil de famille, §§ 405 ff. CC) entlehntes Institut im Vormundschaftswesen. Er wurde unter Vorsitz des örtlichen Friedensrichters in einzelnen vormundschaftlichen Angelegenheiten besonders zusammengesetzt und einberufen und hatte die Interessen des Mündels zu wahren. Das Institut ging auch in das BGB ein (§§ 1858 – 1881 aF), wo es die Rechte und Pflichten des Vormundschaftsgerichts besaß und bis zum Jahre 1979 bestanden hat. (Creifelds, Rechtswörterbuch, S. 371).

¹²²³ Zur Zuständigkeit der Friedensgerichte: Heintz, in: KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 149.

¹²²⁴ Frankenthal, Landau, Zweibrücken und Kaiserslautern.

¹²²⁵ Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 99 f.; Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 165 f.

¹²²⁶ Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 99 f.

¹²²⁷ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 165 f.

¹²²⁸ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 79 f.

Richtern, einem Assessor, zwei Staatsanwälten und zwei Gerichtsschreibern. Zudem waren bei jedem Bezirksgericht zwischen sechs und zehn Advokaten angesiedelt.¹²²⁹

Auf Verwaltungsebene der Departements, der Kreise, wurden in Frankreich die Appellationsgerichtshöfe gebildet, die als reine Berufungsgerichte für die Urteile der Bezirksgerichte wirkten.¹²³⁰ In der bayerischen Pfalz, die nur aus einem Kreis bestand, existierte nur das Appellationsgericht in Zweibrücken. In Zivilsachen war das Appellationsgericht Zweibrücken, das in Senaten von fünf Mitgliedern urteilte, als letzte Instanz für Berufungen gegen die Urteile der Bezirksgerichte zuständig, wenn der Streitwert eine bestimmte Summe, 1000 Fr., überstieg oder der Streitwert unbestimmt war. War das nicht der Fall, so war gegebenenfalls das Bezirksgericht die einzige Instanz.¹²³¹ Das Appellationsgericht war mit einem Direktor, zehn Appellationsgerichtsräten, einem Generalstaatsanwalt, zwei Staatsanwälten, einem Obergerichtsschreiber und zwei Untergerichtsschreibern besetzt. Da die Anwälte, die beim Bezirksgericht angesiedelt waren, auch vor dem Appellationsgericht auftraten und in Zweibrücken auch ein Bezirksgericht ansässig war, wurde lediglich die Zahl der Anwälte gegenüber den andern Bezirksgerichten etwas erhöht.¹²³² Organisatorisch teilte sich das Gericht in zwei Kammern, von denen die eine Zivilrecht und die andere Strafrecht bearbeitete. Im Bereich des Strafrechts urteilte das Appellationsgericht entweder als Berufungsgericht für die vor dem Bezirksgericht abgeurteilten Vergehen oder erstinstanzlich als periodisch tagendes Schwurgericht über Verbrechen und Pressevergehen.¹²³³ Die Richterbank der Schwurgerichte setzte sich aus einem Präsidenten und vier weiteren Richtern zusammen, die aus dem Personal des Appellationshofes zu entnehmen waren. Die Geschworenenbank bestand aus zwölf Geschworenen.

Gegen alle letztinstanzlichen Entscheidungen, zivil- und strafrechtliche, unabhängig ob es Entscheidungen der Appellationsgerichte, der Bezirksgerichte oder in Ausnahmefällen gar der Friedensgerichte waren, konnte nach dem französischen Recht das Kassationsgericht in Paris angerufen werden.¹²³⁴ In Ermangelung seiner Zuständigkeit nach dem Anschluss der Pfalz an Bayern wurde der Kassationshof für die Pfalz zunächst am Appellationsgericht in Zweibrücken angesiedelt, was diesem eine Sonderstellung unter den bayerischen Appellationsgerichten verschaffte,¹²³⁵ bis schließlich der Kassationshof für die Pfalz am 01. Dezember 1832¹²³⁶ beim Oberappellationsgericht in München angesiedelt wurde – besetzt war der Kassationshof mit sieben Richtern.¹²³⁷ Der Kassationshof

¹²²⁹ Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 95.

¹²³⁰ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 106 ff.

¹²³¹ Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 99 f.

¹²³² Heintz, in: KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 96 f.

¹²³³ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 166; zum Schwurgerichtsverfahren in der Pfalz: Merkel, Das Schwurgerichtsverfahren in der bayerischen Pfalz, Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 182.

¹²³⁴ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 141 f.

¹²³⁵ Volkert, Handbuch, S. 126.

¹²³⁶ Allerhöchste Verordnung vom 29.06.1832.

¹²³⁷ Fiedler, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof, S. 41 ff., 178.

konnte dann von den Parteien angerufen werden, wenn bestimmte Anfechtungsgründe gegeben waren.¹²³⁸

[2]. Beratung neuer Gesetzbücher

Das erste Gesetz, das in Bezug auf die Justizreform vorgelegt werden konnte, war sozusagen eine Fortsetzung des Antrages der Kammer der Abgeordneten aus dem Vorjahr.¹²³⁹ Am 04. April 1848 legte Heintz den einzigen Gesetzentwurf¹²⁴⁰ vor, wofür bereits eine Vorlage durch seinen Vorgänger vorhanden war. Der Gesetzentwurf umfasste 17 Artikel und hatte den Hauptzweck, die Beratungen der anstehenden Gesetzgebungsarbeiten auf dem Gebiet des Rechts in besonderen, vorbereitenden Ausschüssen bereits weitestgehend zu erledigen, so dass sodann eine effektive und schnelle Verhandlung in der Ständeversammlung selbst möglich war, sollte aber nicht selbst bereits Reformgesetzgebung einführen oder festlegen. Gem. Art. 1 dE sollte dieser veränderte Beratungsablauf für die Beratungen der Gesetzesentwürfe im bürgerlichen Recht und im Strafrecht sowie den dazugehörigen Verfahrensrechten gelten, ferner für die Beratungen der Gesetzentwürfe für eine Wechselordnung, ein Handelsgesetzbuch und ein Polizeigesetzbuch.¹²⁴¹ In Art. 2 ff. dE wurden Zusammensetzung, Arbeitsweise sowie die Kompetenzen der Ausschüsse und der Mitglieder der Kammern geregelt, wobei man sich hierbei an anderen Staaten orientierte, die bereits ein entsprechendes Ausschusssystem kannten, wie den Großherzogtümern Baden und Hessen und dem Königreich Württemberg.¹²⁴² Gem. Art. 2 dE sollte der Ausschuss der Kammer der Reichsräte mit sieben Mitgliedern und derjenige der Kammer der Abgeordneten mit neun Mitgliedern besetzt sein sowie jeweils drei Ersatzmänner gewählt werden. Ihren Vorstand sollten sich die Ausschüsse jeweils selbst wählen, Art. 3 dE. Beratungs- und beschlussfähig sollte der Ausschuss der Kammer der Reichsräte bei einer Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern sein, der Ausschuss der Kammer der Abgeordneten bei Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern, Art. 4 dE. Die so für jede Kammer einzeln gebildeten Ausschüsse sollten sodann unter dem Vorsitz des Ältesten ihrer Vorstände gemeinsam als ein vereinigter Ausschuss beraten, was zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen sollte, wenn auch die anschließende Abstimmung wiederum für jeden Ausschuss gesondert erfolgen sollte, Art. 5 dE. Auch die gewöhnlichen Kammermitglieder sollten den Ausschusssitzungen beiwohnen können und etwaige Anträge und (Modifikations-)Wünsche zu den Artikeln der Gesetzesentwürfe samt Formulierungsvorschlägen vorlegen und diese in einer Ausschusssitzung näher begründen können, Art. 7, 8, 9 dE. Durch Art. 10 ff. dE wurden nun Regelungen getroffen, durch die sich die Beratungen erheblich beschleunigen sollten. So sollte eine besondere Diskussion in den Kammern nur noch über die Punkte der

¹²³⁸ Volkert, Handbuch, S. 125; Becker, Das Rheinische Recht und seine Bedeutung für die Rechtsentwicklung in Deutschland, in: JuS 1985, S. 339; Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 17 ff..

¹²³⁹ S.o. S. 151 ff.; „Antrag die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend“ (KdA 1847 Beilagen, Bd. 1, S. 149 ff.).

¹²⁴⁰ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 5 ff.

¹²⁴¹ KdA Beilagen, Bd. 1, S. 5.

¹²⁴² Götschmann, Parlamentarismus, S. 817.

Gesetzesentwürfe stattfinden, hinsichtlich deren in den Ausschüssen oder mit der Regierung ein Dissens gegeben war. Über diejenigen Artikel eines Gesetzentwurfs, bei denen die Ausschüsse und die Regierung zu einem übereinstimmenden Beschluss gekommen waren, sollte keine besondere Beratung mehr stattfinden, sondern nur noch über die Annahme des Artikels abgestimmt werden, Art. 10 dE. So sollte es in den meisten Fällen in den Kammern bei der Diskussion über den Gesetzentwurf im Allgemeinen und einer anschließenden Abstimmung über die einzelnen Artikel verbleiben und damit eine zeitaufwendige spezielle Diskussion mit den einzelnen Modifikationswünschen einzelner Kammermitglieder verhindert werden. Mit die wichtigste Neuerung war, dass diese besonderen Ausschüsse auch außerhalb der Sitzungsdauer der Ständeversammlung, die in der Regel immer nur zwei Monate war, tagen und beschließen können sollten, ihnen hierdurch erheblich mehr Zeit zur detaillierten Beratung der Gesetzesentwürfe an die Hand gegeben werden sollte. Sinn und Zweck war daher, dass diese besonderen Ausschüsse schon die größte Vorarbeit auf die Gesetzesentwürfe vor Zusammentritt der Ständeversammlung abhandeln sollten, wofür der König verfügen können sollte, dass die in aus den Kammern gebildeten Ausschüsse entweder auch nach Schluss oder Vertagung der Ständeversammlung weiter tätig sein sollten, Art. 11 dE, oder, wenn der Schluss der Ständeversammlung schon erfolgt war, so sollte der König auch die Ausschüsse neu einberufen können, sofern diese durch die Kammern bereits in der vorhergehenden Ständeversammlung gewählt worden waren, Art. 12 dE.

In der Kammer der Abgeordneten kam es noch zu einigen Modifikationen des Entwurfs, die vom Ausschuss und dort vom Referenten Edel eingebracht worden sind, sowie einer Modifikation vom ersten Sekretär, Stockinger. Art. 1 dE wurde dahingehend modifiziert, dass die Ausschüsse der Kammern, die über die neue Wechselordnung und das Handelsgesetzbuch beraten sollten, zusätzlich mit zwei Vertretern aus dem Handelsstande besetzt werden sollten. Hinsichtlich Art. 5 dE hielt Edel an der Beratung in einem vereinigten Ausschuss fest und fügte nur noch die Modalitäten für die Wahl der Referenten hinzu.¹²⁴³ Die Modifikation Stockingers hingegen, die sich letztendlich in der Kammer der Abgeordneten auch durchsetzte, wandte sich gegen die grundsätzliche gemeinschaftliche Beratung in einem vereinigten Ausschuss und sah an Stelle dessen eine vorbereitende getrennte Beratung und vorläufige Beschlussfassung vor, sodann eine gemeinsame Beratung, um einen Konsens zu erzielen, und danach wieder eine gesonderte Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand.¹²⁴⁴ Dies aus dem Grund, da Stockinger die Befürchtung hatte, dass bei einem grundsätzlich vereinigten Ausschuss die adelig und konservativ geprägte Kammer der Reichsräte zu starken Einfluss auf den Ausschuss der Kammer der Abgeordneten nehmen könnte.¹²⁴⁵ Obwohl auch im Ausschuss diese Frage bereits diskutiert worden war und dieser sich zum Zwecke einer schnelleren Beratung der neuen Gesetzbücher mit einer Mehrheit von sechs Stimmen zu einer Stimme für eine

¹²⁴³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 179 f., 184.

¹²⁴⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 27.

¹²⁴⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 29 f.

vereinigte Beratung ausgesprochen hatte¹²⁴⁶ und Edel dies in der Kammer auch nochmals betonte,¹²⁴⁷ teilten die meisten anderen Kammermitglieder die politischen Bedenken Stockingers und sahen in der getrennten Beratung keinen großen Zeitverlust und stimmten daher der Fassung Stockingers zu.¹²⁴⁸ Heintz äußerte sich zwar in diesem Zusammenhang, blieb aber weitgehend neutral, er stellte fest, dass die Regierung bei Formulierung des Entwurfs keinerlei politische Gedanken gehegt und sich von den vereinigten Ausschüssen primär eine rasche Beratung erwartet hatte, da sich dadurch die Ausschüsse besser besprechen könnten und schneller zu einem Konsens kämen, doch sei er auch der Ansicht, dass eine grundsätzlich getrennte Beratung nicht zu einer derart immensen Verhandlungsverzögerung führen würde,¹²⁴⁹ so dass die Modifikation Stockingers praktisch keinen Unterschied machen würde und somit für die Regierung auch nicht inakzeptabel wäre.¹²⁵⁰

Art. 8 dE wurde ohne Diskussion in der durch den Ausschuss modifizierten Form angenommen, diese beinhaltete zusätzlich gegenüber dem Gesetzentwurf eine ausdrückliche Präklusionsvorschrift für Modifikationsanträge, die von Abgeordneten nicht rechtzeitig dem besonderen Ausschuss vorgelegt wurden.¹²⁵¹

Eine tiefer greifende Modifikation, die vom Ausschuss vorgeschlagen war und auch ohne Diskussion von der Kammer angenommen wurde, betraf Art. 9 und 10 dE. Hierdurch wurde festgelegt, dass bei einer Unterstützung von 25 Mitgliedern in der Kammer der Abgeordneten und sieben Mitgliedern in der Kammer der Reichsräte Modifikationsanträge vom Mitgliedern der Kammern, die vom Ausschuss verworfen wurden, dennoch von den Kammern verhandelt werden mussten. Ebenso sollte mit dieser zahlenmäßigen Befürwortung im Plenum über Beratungspunkte der Gesetzesentwürfe, in der in den besonderen Ausschüssen bereits Übereinstimmung hergestellt wurde, doch eine spezielle Diskussion stattfinden.¹²⁵² Damit stärkten der Ausschuss und die Kammer der Abgeordneten in gewisser Weise die Position der Kammern wieder erheblich, da eine solche Zahl von unterstützenden Stimmen unschwer zu erreichen war. Heintz äußerte seine zustimmende Haltung zu dieser Modifikation nur in der Kammer der Reichsräte.¹²⁵³

Der Ausschuss hatte dem Gesetzentwurf noch zwei Wünsche beigefügt, und zwar, dass auf dieser Ständeversammlung besondere Ausschüsse nach diesem Gesetz nicht mehr eingesetzt werden sollten, und weiter, dass die in Art. 1 dE genannten Reformgesetze möglichst bald in Arbeit genommen werden sollten und deren Entwürfe möglichst bald durch Druck veröffentlicht werden sollten. Dieser Wunsch der Kammer der Abgeordneten wirkte in sich bereits etwas unlogisch. Auf der einen Seite drängte man geradezu hin-

¹²⁴⁶ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 184.

¹²⁴⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 30 ff.

¹²⁴⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 45.

¹²⁴⁹ Edel, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 30 ff.

¹²⁵⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 41 f.

¹²⁵¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 45, S. 62.

¹²⁵² KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 45 f., 62.

¹²⁵³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 366.

sichtlich der Reformgesetzesvorlagen, auf der anderen Seite wünschte man eine Bildung der besonderen Ausschüsse erst nach den Neuwahlen zur Ständeversammlung, wodurch freilich einige Zeit ins Land gehen musste. Diesen Wunsch der zweiten Kammer musste man aber mit der gesamtpolitischen Situation des Jahres 1848 betrachten, man hoffte durch die Paulskirchenversammlung auf ein Zusammenwachsen Deutschlands und in diesem Zuge auf eine gesamtdeutsche Gesetzgebung.¹²⁵⁴ Dennoch wollte man hinsichtlich der Gesetzgebungsarbeiten vermutlich Druck machen, um für Verhandlungen auf deutscher Ebene Ergebnisse vorweisen zu können und hierfür gerüstet zu sein. In Bezug auf diesen Wunsch der Kammer der Abgeordneten nahm Heintz Stellung zu einer Frage des Abgeordneten Christmann. Dieser wollte wissen, ob die Regierung plane, bereits auf der gegenwärtigen Ständeversammlung besondere Ausschüsse entsprechend dem Gesetz einzusetzen. Heintz versicherte vonseiten der Regierung, dass keine Einsetzung der besonderen Ausschüsse stattfinden würde, bevor Neuwahlen nach dem neuen Landtagswahlgesetz durchgeführt waren, es des Wunsches dahingehend gar nicht bedürfe.¹²⁵⁵ Nur bezüglich der Einführung der Geschworenengerichte sollte unbedingt anders verfahren werden, um hier eine schnelle Gesetzgebung zur Beseitigung der gegenwärtigen Zustände zu ermöglichen. Allerdings würde diese Beratung durch ein bald vorzulegendes Spezialgesetz geregelt und betreffe daher dieses Gesetz nicht, Heintz wollte aber an dieser Stelle schon auf die Ausnahme hinsichtlich der Schwurgerichte hingewiesen haben.¹²⁵⁶

Der so gestaltete Entwurf wurde am 14. April 1848 beschlossen¹²⁵⁷ und der Kammer der Reichsräte zur weiteren Beratung übersandt.¹²⁵⁸ Dort erstattete Maurer im Gesetzgebungsausschuss als Referent Bericht über den von der zweiten Kammer modifizierten Entwurf und empfahl die Annahme mit sämtlichen Modifikationen¹²⁵⁹ – entsprechend fiel auch die Abstimmung des Ausschusses aus.¹²⁶⁰ Im Plenum wurde der Gesetzentwurf in der Sitzung vom 20. April 1848 verhandelt.¹²⁶¹ Auch hier gab es Äußerungen, dass der Gesetzentwurf aufgrund einer baldigen gesamtdeutschen Gesetzgebung bedeutungslos sei.¹²⁶² Insgesamt erscheint es dennoch so, dass in diesem Punkt die Meinung entgegengesetzt zur Kammer der Abgeordneten ausfiel. Die Reichsräte sahen den Gesetzentwurf neben einer möglichen deutschen Gesetzgebung als wichtigen Grundstein der künftigen bayerischen Gesetzgebung,¹²⁶³ wie die Geschichte zeigen sollte, zu Recht.

¹²⁵⁴ Edel, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 26

¹²⁵⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 48.

¹²⁵⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 48.

¹²⁵⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 61 ff.

¹²⁵⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 195.

¹²⁵⁹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 227 ff.

¹²⁶⁰ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 236.

¹²⁶¹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 310.

¹²⁶² Götschmann, Parlamentarismus, S. 818.

¹²⁶³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 311 ff.

Oettingen-Wallerstein brachte eine Modifikation hinsichtlich des Art. 8 dE, in Form zweier Zusätze ein.¹²⁶⁴ Der eine Zusatz sollte es ermöglichen, dass auch präkludierte Modifikationsanträge vonseiten der Mitglieder der Kammern noch beraten werden sollten, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten oder von mindestens sieben Mitgliedern der Kammer der Reichsräte unterstützt wurden, je nachdem, in welcher Kammer sie eingebracht wurden. Zudem sollte durch einen Zusatz festgeschrieben werden, dass es möglich sein sollte, in den Ausschüssen Unterstützung durch Sachverständige beizuziehen, wenn die Materie es erforderte.¹²⁶⁵ Heintz sprach sich in der Debatte gegen die Zusätze von Oettingen-Wallerstein aus. Insbesondere wandte er sich gegen den ersten Zusatz, da er der Meinung war, dass der Zusatz einem Kernpunkt des Gesetzes, nämlich Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens, entgegenwirken würde. Denn gerade durch die Präklusionsvorschrift würde es der Gesetzentwurf erreichen, dass die Vielzahl von Anträgen, die durch Kammermitglieder erst in der Debatte über den Gesetzentwurf eingebracht würden, auf die Ausschussverhandlungen vorverlegt würde, was gerade die Beratungen auf der Ständerversammlung wesentlich schlanker und damit zügiger machen würde. Ändere man diese Präklusion nun dahingehend ab, dass Modifikationen trotzdem noch in der Kammersitzung eingebracht werden könnten, so würde man den gesamten Beschleunigungseffekt zunichte machen. Das Unterstützungsquorum, das Oettingen-Wallerstein als Korrektiv vorgesehen hatte, sah Heintz nicht als ausreichend, da es nach seiner Ansicht ein leichtes war, 25 Stimmen in der Kammer der Abgeordneten zur Unterstützung zu mobilisieren beziehungsweise sieben Stimmen in der Kammer der Reichsräte.¹²⁶⁶ Gegen den zweiten Zusatz sprach er sich nicht ausdrücklich aus, da er ihn als für den Zweck des Gesetzes nicht als schädlich ansah, insofern keine Bedenken hatte. Doch stellte er auch hier klar, dass er die Modifikation an sich als überflüssig begriff, denn es sei auch bis dato üblich gewesen, dass man sich Sachverständige bei problematischen Fragestellungen in den Ausschüssen beigezogen habe.¹²⁶⁷ Trotz der nachvollziehbaren und zutreffenden Bedenken von Heintz sah die Kammer der Reichsräte in den Zusätzen Oettingen-Wallersteins einen notwendigen Erhalt der Kompetenzen und des Einflusses der Kammern und ihrer Mitglieder auf die Gesetzgebung und stimmte daher den Modifikationen einstimmig zu.¹²⁶⁸

Eine weitere Anregung Oettingen-Wallersteins, die er als Frage an den Justizminister formulierte, gegen welche sich Heintz ebenfalls wandte, war die Anregung, dass die Sitzungen der besonderen Ausschüsse und deren gemeinsame Sitzungen öffentlich sein sollten.¹²⁶⁹ Heintz stellte klar, dass er und auch die übrigen Mitglieder der Regierung auf jeden Fall für Öffentlichkeit einstanden, dort, wo diese keine schädlichen Wirkungen hatte, doch sei dies gerade bei den Ausschusssitzungen der Fall. Denn hier seien einmal,

¹²⁶⁴ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 351 ff.

¹²⁶⁵ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 352 f.

¹²⁶⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 353 f.

¹²⁶⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 355.

¹²⁶⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 360 f.

¹²⁶⁹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 371.

verglichen mit den Kammersitzungen selbst, schon die räumlichen Kapazitäten nicht vorhanden, um die Verhandlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und würde man auf die Sitzungssäle der Kammern zurückgreifen, so würden abermals die Sitzungen der Kammern selbst verzögert. Zudem erwartete er bei einer Zugänglichkeit der Ausschusssitzungen für die Öffentlichkeit eine Störung der Sitzungen, die ausschließlich durch fachliche Diskussion geprägt sein sollten.¹²⁷⁰ Da Oettingen-Wallerstein einen tatsächlichen Antrag in diese Richtung nicht für notwendig erachtete, da das Gesetz ohnehin auf dieser Ständerversammlung noch keine Wirksamkeit entfalten würde, stellte er seine Anregung nicht in einen tatsächlichen Antrag um,¹²⁷¹ diese Haltung wurde vermutlich noch durch die allgemeine Tendenz in der Kammer der Reichsräte gefördert, die eher der Ansicht von Heintz zugeneigt schien.¹²⁷² Die letzte Modifikation, die durch die Kammer der Reichsräte noch erzielt wurde, war ein Antrag von Niethammer, der bezweckte, dass die Gesetzesentwürfe, die den besonderen Ausschüssen vorgelegt wurden, auch durch Druck für die Allgemeinheit veröffentlicht werden sollten.¹²⁷³ Angefügt wurde diese Modifikation als Art. 17 des Gesetzentwurfs. Im Übrigen stimmte der Reichsrat allen Modifikationen der Kammer der Abgeordneten zu.¹²⁷⁴

Von der Kammer der Abgeordneten wurden alle vom Reichsrat vorgeschlagenen Modifikationen angenommen, so dass am 25. April 1848 der Gesamtbeschluss hinsichtlich des Gesetzentwurfs ergehen konnte. Das Gesetz trat schon vor dem Abschied für die Ständerversammlung in Kraft, da die besonderen Ausschüsse noch auf dieser Ständerversammlung für die Strafprozessnovelle gewählt werden mussten, so dass das Gesetz bereits am 12. Mai 1848 sanktioniert und am 13. Mai 1848 im Gesetzblatt bekanntgemacht werden konnte.¹²⁷⁵

[3]. Grundlagengesetz

Karl Friedrich Heintz und die Regierung waren während der gesamten Ständerversammlung stets bemüht, die Gesetzesvorlagen schnellstmöglich den Kammern vorlegen und dort verhandeln zu können. Für eine rasche Verhandlung und Verabschiedung der Justizreform erfolgte daher zeitlich parallel zur Vorlage des Gesetzentwurfes „die Behandlung neuer Gesetzbücher“ an die Kammer der Abgeordneten die Vorlage des Gesetzentwurfs¹²⁷⁶ über „das Gesetz die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichts-Organisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend“ am 05. April 1848 an die Kammer der Reichsräte durch Heintz.¹²⁷⁷ Der Gesetzentwurf sollte, was sich schon seinem Titel entnehmen lässt, der Kernpunkt der

¹²⁷⁰ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 371 f.

¹²⁷¹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 372.

¹²⁷² KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 373 ff.

¹²⁷³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 377 f.

¹²⁷⁴ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 388 ff.

¹²⁷⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 7; GVBl. 1848, Sp. 17 ff.

¹²⁷⁶ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 45 ff.

¹²⁷⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 53.

Justizreform des Jahres 1848 werden, denn hierin wurde eine Vielzahl der Reformforderungen auf dem Gebiet des Rechts behandelt. Der Entwurf orientierte sich an dem von Heintz so geschätzten, in der Pfalz geltenden französischen Recht und sollte eine Übertragung der dort geltenden Grundsätze auf das gesamte bayerische Königreich bezwecken, wie Heintz bereits bei der Vorlage des Entwurfes deutlich machte.¹²⁷⁸

Nach dem Entwurf sollte nicht das Gesetz als solches selbst eine neue Gerichtsorganisation sowie neue Prozessrechte einführen, sondern es hatte sozusagen Programmcharakter, stellte die Grundlagen auf, nach denen die künftige Gesetzgebung diesbezüglich gestaltet werden sollte.¹²⁷⁹ Die zentralen Punkte waren die lange Zeit geforderte Trennung von Justiz und Verwaltung auf allen Ebenen, damit auch auf der untersten Ebene der Landgerichte, Art. 1 dE, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Art. 15, 19, 20 dE, die Einführung von Notariaten, Art. 6 dE, und die Abstellung von eigenen Beamten für die Gegenstände der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Zudem sollten Geschworenengerichte in Strafsachen gebildet und Staatsanwaltschaften eingeführt werden. Neben diesen Grundsätzen moderner Rechtsordnungen wurden auch die Grundlagen einer weitreichenden Umgestaltung der Gerichtsorganisation in Art. 2 ff. dE niedergelegt. Den untersten Gerichten, also den Stadt- und Landgerichten, sollten in Zivilsachen nur noch Rechtstreitigkeiten übertragen werden, die wegen ihres geringen Streitwerts, der Einfachheit der Sach- und Rechtslage oder wegen der Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung wegen Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder wegen Gefahr im Verzug besser in den Zuständigkeitsbereich dieser Gerichte passten, Art. 4 dE. Im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit sollten von den unteren Gerichten nur noch Vormundschaft- und Hypothekenwesen wahrgenommen werden, im Übrigen sollten Notariate für diese Aufgaben errichtet werden, Art. 6 dE. Im Bereich des Strafrechts sollten die untersten Gerichte ebenfalls nur die Bagatelldelikte bearbeiten sowie bestimmte Untersuchungshandlungen, den ersten Zugriff, die Aufnahme der Anzeigen und die Vollziehung bestimmter vom Untersuchungsrichter erteilter Aufträge, wahrnehmen, Art. 7 dE. Die untersten Gerichte sollten sowohl in Zivil- wie auch in Strafsachen ausschließlich als Einzelrichter entscheiden, Art. 4, 7 dE, um schnelle unbürokratische Entscheidungen erlassen zu können. Über den untersten Gerichten sollten die Bezirksgerichte stehen, die bereits kollegial besetzt sein sollten, um eine sorgfältige Erörterung des Rechtsstreites gewährleisten zu können.¹²⁸⁰ Die Bezirksgerichte sollten die eigentliche erste Instanz in Zivilsachen bilden, vorbehaltlich der Zuständigkeit der untersten Gerichte und der Handelsgerichte, Art. 8 dE. Für die untersten Gerichte sollten die Bezirksgerichte sowohl in Zivil- wie auch in Strafsachen die Berufungsinstanz darstellen, Art. 8, 9 Nr. 2 dE. In Strafsachen sollten sie über Untersuchungsrichter die Voruntersuchungen über Vergehen und

¹²⁷⁸ „Aus dem Vorgelesenen wird die hohe Kammer sich überzeugen, daß die Grundlagen dieser neuen Gesetzgebung ganz übereinstimmend sind (wenige Modificationen ausgenommen), mit dem, was bereits in der Pfalz besteht. Nach diesen Einrichtungen, welche jenseits dem Volke lieb geworden sind, und die man so sehnlich diesseits wünscht, wurden diese Grundlagen gefertigt.“ (Heintz, in: KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 53).

¹²⁷⁹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 168.

¹²⁸⁰ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 59.

Verbrechen leiten, Art. 9 Nr. 1 dE, und erste Instanz für bestimmte Vergehen und Verbrechen bilden, Art. 9 Nr. 3, 4 dE, bei Verbrechen sollten sie stets als Geschworenengerichte besetzt sein, Art. 9 Nr. 4 dE. Über den Bezirksgerichten sollten die Appellationsgerichte als Berufungsinstanz für ihre Urteile sowohl in Zivilsachen wie in Strafsachen stehen, und in Strafsachen sollten Verbrechen, vorbehaltlich derer, die bereits vor den Bezirksgerichten verhandelt wurden, vor dem Appellationsgericht angeklagt werden, Art. 10 dE. Der oberste Gerichtshof sollte ausschließlich zur Rechtskontrolle und damit zur Gewährleistung einer einheitlicher Rechtsprechung im Königreich als Kassationshof fungieren, Art. 12, 13 dE. Grundlage des Systems war damit ein zweiinstanzliches Verfahren, mit einer Kassationsinstanz zur Rechtskontrolle.¹²⁸¹ Bei allen Kollegialgerichten sollten Staatsanwaltschaften als Aufsichtsorgan hinsichtlich der Dienstordnung eingerichtet werden, die zudem im Strafrecht die Funktion der Leitung des Ermittlungsverfahrens und die Durchführung der Anklage übernehmen sollten, Art. 14 dE. Konnte man allein an diesen Grundsätzen bereits eine unverkennbare Nähe zum französisch-pfälzischen Recht wahrnehmen, so sollte nochmals durch Art. 16, 17 dE ausdrücklich festgeschrieben werden, dass das auf dem linken Rheinufer, also in der Pfalz geltende französische Recht als Maßstab für die neue Gerichtsorganisation und das Verfahren in Zivil- und Strafsachen herangezogen werden sollte. In Art. 22 dE wurde noch der Rahmen für das neue Polizeistrafgesetzbuch festgesetzt, und zwar für den Umfang der Rechtsverletzungen, die bis dato den Polizeibehörden zur Aburteilung zugewiesen waren. Nicht im Entwurf enthalten waren die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände des Adels sowie die Aufhebung der Siegelmäßigkeit als Vorrecht des Adels und die Inamovilität der Richter.

Im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte war Maurer Referent für den Gesetzentwurf, der auch wegen seiner eigenen Bemühungen in derselben gesetzgeberischen Thematik zweifelsohne der am besten geeignete Referent in dieser Angelegenheit gewesen ist. Maurer beantragte zunächst eine Beiziehung des dritten Ausschusses,¹²⁸² der für die Angelegenheiten der inneren Reichsverwaltung zuständig war, Titel II § 25 Nr. 3 X. Beil. BV 1818, dem sogleich entsprochen wurde,¹²⁸³ da man erkannte, dass wegen des Grundsatzes der Trennung von Justiz und Verwaltung auch die Kompetenzen des dritten Ausschusses berührt waren. Referent Maurer konnte dann dem so zustande gekommenen vereinigten Ausschuss am 09. April 1848 seinen ausgearbeiteten Vortrag zum Gesetzentwurf überreichen. In diesem wies er darauf hin, dass die im Entwurf festgesetzten Grundlagen aus den bekannten Gründen, der Arbeitsüberlastung der Gerichte, den schlechten Erledigungszahlen, ungründlichen Verhandlungen der Streitsachen, zu hohen Kosten der Justiz und vielem mehr dringend der Umsetzung bedürfen. Zudem hätten sich die im Entwurf enthaltenen Grundlagen bereits in der Pfalz ganz ausgezeichnet bewährt – in diesem Bezug führte er auch die beiden von ihm verfassten Gutachten zur Umgestaltung der Gerichtsorganisation aus dem Jahre 1847 dem Ausschuss vor.¹²⁸⁴

¹²⁸¹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 59.

¹²⁸² KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 65.

¹²⁸³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 66.

¹²⁸⁴ S.o. S. 176 ff.; KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 171.

Insgesamt vollkommen mit den Grundsätzen des Entwurfs übereinstimmend, stellte er diesen im Einzelnen dem Ausschuss vor, regte aber Modifikationen an, die im Zusammenhang mit der nicht im Gesetzentwurf enthaltenen Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände des Adels standen. Heintz hatte diese vermutlich deshalb nicht im Gesetzentwurf aufgenommen, weil für ihn zur Zeit der Erstellung des Entwurfs Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in der ersten Kammer wegen der Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände naheliegend waren, galt diese Kammer doch traditionell als konservativ, gerade in Bezug auf Erhaltung von adeligen Rechten wie bestimmten Privilegien, Besitzständen und Traditionen.¹²⁸⁵ Heintz war während der Vorlage des Entwurfs noch nicht Mitglied der ersten Kammer und hatte deshalb auch deren besondere politische Haltung in den Jahren 1848/49 vermutlich noch nicht richtig eingeschätzt, wenn er auch als Regierungsmitglied und vormaliger Präsident der Abgeordnetenversammlung vorab starke Liberalisierungstendenzen hätte erkennen können.¹²⁸⁶ Referent Maurer hingegen erkannte, wegen seiner nunmehr bereits 17 Jahre währenden Mitgliedschaft in der Kammer und der dabei erlangten Erfahrungen mit seinen Kollegen, wie weit die liberale Tendenz der ersten Kammer während der Reformepoche 1848/49 tatsächlich reichte,¹²⁸⁷ und nutzte die Gunst der Stunde, dass selbst die erblichen Reichsräte und die Häupter der ehemals reichsständischen fürstlichen und gräflichen Häuser bereit waren, ob des gesellschaftlichen Wandels, auf ihre privilegierten Gerichtsstände und sogar auf andere Vorrechte zu verzichten.¹²⁸⁸ Er regte daher die mit einer Aufhebung dieser Gerichtsstände verbundenen Modifikationen im Ausschuss an und begründete diese mit der historischen Entwicklung der privilegierten Gerichtsstände und der nunmehrigen Erledigung dieser durch die zeitliche Entwicklung und Gestaltung der Gerichtsbarkeit.¹²⁸⁹ Zudem begrüßte er den freiwilligen Verzicht des hohen Adels hierauf als einen „Beweis [...] dieser neuen Zeit auch Opfer zu bringen“¹²⁹⁰ und beantragte die Streichung eines Teils des Art. 8 dE, der gesamten Art. 11 und 12 dE und die Änderung des Wortlautes des Art. 13 dE, die alle noch die privilegierten Gerichtsstände des Adels anerkannten.¹²⁹¹ Ohne große Diskussion stimmte der vereinigte Ausschuss den Modifikationswünschen Maurers zu,¹²⁹² und der Entwurf konnte in der Sitzung vom 19. April 1848 im Plenum der ersten Kammer verhandelt und mit Modifikationen beschlossen werden.

¹²⁸⁵ Löffler, Reichsräte, S. 565.

¹²⁸⁶ So unterzeichneten alle Mitglieder der Kammer der Reichsräte die bayerischen Märzforderungen, das Präsidium war mit Fürst Leiningen, Freiherr Zu Rhein und den Sekretären Graf Stauffenberg und Graf Montgelas durchweg gemäßigt liberal, und auch die Dankadresse der ersten Kammer ließ diese Neigungen erkennen (Ostadal, Reichsräte, S. 167).

¹²⁸⁷ Löffler, Reichsräte, S. 296 ff., 341 ff., 473 ff., 501 f.

¹²⁸⁸ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 175 f.

¹²⁸⁹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 176 f.

¹²⁹⁰ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 177.

¹²⁹¹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 181.

¹²⁹² KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 221 ff., 225.

Auch hier stieß der Entwurf großteils auf äußerst positive Resonanz.¹²⁹³ Insbesondere wurde die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände des Adels nicht nur nicht kritisiert, sondern sogar als lange überfällige Reform von der ganz überwiegenden Mehrheit¹²⁹⁴ der ersten Kammer begrüßt und unterstützt.¹²⁹⁵ In der speziellen Diskussion zu den einzelnen Artikeln des Entwurfes gab Reichsrat Seinsheim zu bedenken, dass eine Übernahme der französischen Ausgestaltung des Notariates nicht wünschenswert sei, da das französische Recht den käuflichen Erwerb der Notariate durch Juristen vorsah, was dazu führte, dass die lukrativen Notariate derart teuer verkauft wurden, dass die Notare nach dem Kauf ihre Ämter auch in extremer Gewinnerzielungsabsicht führten beziehungsweise sogar führen mussten, weshalb etwa über die Notariate lukrative Bankgeschäfte abgewickelt wurden und diese teilweise sogar in den illegalen Bereich abrutschten und Gelder unterschlugen.¹²⁹⁶ Eine Besetzung der Notariate durch Beamte war daher für ihn von großer Wichtigkeit. Diesbezüglich stellte Heintz klar, dass die pfälzischen Vorschriften in diesem Punkt wesentlich von den französischen abwichen und das Amt des Notars allein durch den König auf Lebenszeit verliehen würde, ohne einen Preis hierfür einzufordern. Daher kämen die Bedenken Seinsheims in Bezug auf die Pfälzer Ausgestaltung nicht zum Tragen.¹²⁹⁷

Eine weitere Modifikation wurde von Reichsrat Armansperg eingebracht. Bei dieser handelte es sich um eine Ergänzung zu Art. 9 Nr. 3 dE, die bezweckte, ausdrücklich kenntlich zu machen, dass bei Pressvergehen eine Aburteilung durch ein Geschworenengericht stattfinden sollte.¹²⁹⁸ Heintz, der sich in diesem Punkt zu Wort meldete, wies darauf hin, dass eine solche Modifikation nicht notwendig sei, da diese Regelung im Presseggesetz ebenfalls verankert war, damit eine Umsetzung des GrundlG in diesem Punkt ohnehin schon stattgefunden hatte.¹²⁹⁹ Weitere Modifikation in Bezug auf Geschworenengerichte wurden ebenfalls von den Reichsräten Armansperg, Oettingen-Wallerstein und Oberkonsistorialpräsident Dr. Friedrich von Arnold¹³⁰⁰ eingebracht. Alle bezogen sich auf eine Ergänzung des Art. 9 Nr. 4 dE und bezweckten die Festsetzung, dass die Geschwo-

¹²⁹³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1 S. 200 ff.

¹²⁹⁴ Nur der Reichsrat Freiherr von Freyberg stimmte gegen die Modifikationen, stellte allerdings klar, dass er im Grunde ebenfalls für die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände sei, er aber aus verfassungsrechtlichen Gründen für den Entwurf in seiner ursprünglichen Fassung stimmen müsse (KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 238 ff.).

¹²⁹⁵ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 204 ff. (allgemeine Diskussion); KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 227 ff. (spezielle Diskussion).

¹²⁹⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 228 f.

¹²⁹⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 229 f.

¹²⁹⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 254.

¹²⁹⁹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 254.

¹³⁰⁰ Dr. Friedrich von Arnold, geb. 02.10.1786, gest. 31.03.1868, 1808 – 1812 Studium Rechtswissenschaften Erlangen und Landshut, 1818 Protokollist Kreis- und Stadtgericht Bayreuth, 1821 Rat Kreis- und Stadtgericht Ansbach, bis 1841 Appellationsgerichtsrat Eichstätt, 1841 Oberappellationsgerichtsrat München, 1848 – 1852 Präsident Oberkonsistorium, 1852 a.o. Staatsrat, 1855 Präsident Appellationsgerichts Mittelfranken, 1859 Ruhestand (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Arnold; Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 557, S. 298).

renen aus dem Volke gewählt werden sollten. Sie zogen ihre Modifikationen zurück, als der zweite Präsident, Zu Rhein, eine Modifikation einbrachte, die alle anderen vereinte und zudem bestimmte, dass die Geschworenen nicht ursprünglich durch die Regierung, sondern durch die Wahl aus dem Volke hervorgehen sollten.¹³⁰¹ Auch hierzu bemerkte Heintz, dass die Modifikation an sich unnötig war, da es sich von selbst verstehe, dass die Geschworenen aus dem Volke kommen müssten und eben keine gelehrten Richter seien, doch insgesamt würde er nichts gegen diesen Zusatz einwenden. Er wies aber darauf hin, dass für die Möglichkeit, als Geschworener beigezogen zu werden, durchaus ein gewisser Bildungsstand nötig sei, um die Zusammenhänge des Prozesses begreifen zu können. Zudem müsse es sich um absolut integre Bürger handeln, die zum einen das Vertrauen der Bevölkerung genossen und weiter nicht empfänglich seien für Beeinflussung von außen, wie etwa durch eine mögliche Bestechung. Auch solle jetzt noch keinesfalls entschieden werden, wie die tatsächliche Wahl der Geschworenen stattfinden sollte, hierüber müsse sich die Regierung und müssten sich im Anschluss die Kammern eben gerade in einem folgenden Spezialgesetz zur Einrichtung von Geschworenengerichten klarwerden, im Moment sollten nur die allgemeinen Grundsätze der Justizreform bestimmt werden.¹³⁰² Dieses spätere Spezialgesetz sollte aber allgemein ein Gesetz zur Einführung von Schwurgerichten sein, Heintz war ein entschiedener Gegner davon, in vielen einzelnen Gesetzen Regelungen über Geschworenengerichte aufzunehmen, da man dadurch nur ein undurchschaubares Geflecht von prozessualen Regelungen schaffen würde, die zur Übersichtlichkeit und praktischen Anwendbarkeit in ein eigenes Prozessgesetz gehören. So wandte er sich beispielsweise entschieden gegen einen Vorschlag Closens, auf die Verabschiedung eines Pressegesetzes zu drängen, in dem für Pressverbrechen und -vergehen die Zuständigkeit von Geschworenengerichten explizit geregelt wurde.¹³⁰³ Freilich war Heintz für die Zuständigkeit von Geschworenengerichten in diesen Fällen, doch sollte dies gesetzessystematisch in einem Prozessgesetz und nicht im Pressegesetz normiert werden.¹³⁰⁴ Hinsichtlich der Modifikation von Zu Rhein, dass die Geschworenen nicht ursprünglich von der Regierung ernannt werden sollten, erklärte Heintz sich einverstanden, da er der Meinung war, dass dies einmal eine gewisse Sicherung vor Staatswillkür böte und zudem dadurch noch nicht so weit gegangen würde, dass man bereits die genauen Wahlmodi für die Geschworenen festlege.¹³⁰⁵ Sowohl die Modifikation von Armansperg als auch die von Zu Rhein wurden von der Kammer der Reichsräte angenommen.

Abschließend brachte Oettingen-Wallerstein noch eine wichtige Modifikation in Bezug auf die richterliche Unabhängigkeit ein. Die Modifikation, die auf allgemeine Befür-

¹³⁰¹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 286.

¹³⁰² KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 254, 274 f., 277.

¹³⁰³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 468.

¹³⁰⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 469; die systematische Zuordnung von Normen war Heintz überaus wichtig, was sich beispielsweise auch aus seinen Äußerungen zur Strafzumessung bei Pressdelikten in der Kammer der Reichsräte ersehen ließ. Hier wandte sich Heintz gegen die Aufnahme von Strafzumessungsregelungen in das Presseedikt (KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 415, 475, 483).

¹³⁰⁵ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 283.

wortung im Plenum stieß, war die Anfügung eines weiteren Artikels, der den Grundsatz der Inamovilität, also Unversetzbarkeit der Richter, bestimmen sollte. Lediglich durch ihren eigenen Willen oder durch ein rechtskräftiges Urteil sollte die Versetzung von Richtern möglich sein und damit insbesondere die Regierung daran gehindert werden, mit gezielten Versetzungen der Richter Einfluss auf die Justiz zu nehmen.¹³⁰⁶

Der so gestaltete Entwurf wurde sodann der Kammer der Abgeordneten zur weiteren Verhandlung übersandt, wo Edel zunächst am 21. April 1848 im Gesetzgebungsausschuss Bericht erstattete.¹³⁰⁷ Im Grundsatz vollkommen übereinstimmend mit dem Gesetzentwurf und den Modifikationswünschen der Kammer der Reichsräte, hatte er nur wenige Änderungsvorschläge. Einmal wollte er die ausdrückliche Aufnahme der Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände des Adels in den Gesetzentwurf als einen neuen Art. 3 dE und nicht lediglich die Streichung der die Gerichtsstände garantierenden Vorschriften, zum zweiten erwirkte er die inhaltliche Änderung, dass neben der Aufhebung dieser Gerichtsstände auch das Vorrecht der Siegelmäßigkeit aufhören sollte, was ebenfalls durch Aufnahme eines neuen Art. 3 dE geschehen sollte.¹³⁰⁸ Das Recht der Siegelmäßigkeit war durch Titel V § 4 Nr. 4, § 5 Abs. 2 BV 1818 dem Adel, den Kollegialräten und höheren Beamten verliehen sowie in den Edikten „über den Adel im Königreiche Baiern“, der V. Beil. BV 1818, Titel V. § 4 BV 1818, und „über die Siegelmäßigkeit“, der VIII. Beil. BV 1818, näher ausgestaltet.¹³⁰⁹ Die Siegelmäßigkeit bot eine Reihe von Vorrechten auf dem Gebiet des Zivilrechts, des Prozessrechts und der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Durch das Recht konnten die Privilegierten eigenhändig Urkunden erstellen, die volle Beweiskraft hatten, sofern sie nur die Urkunde selbst unterzeichneten und mit ihrem Siegel versehen. Weiter konnten sie etwa ohne Mitwirkung eines Advokaten Schriftsätze für das Gericht im eigenen Namen anfertigen.¹³¹⁰ Mit diesen Änderungswünschen des Gesetzgebungsausschusses stellte Edel den GrundlGE der Kammer der Abgeordneten vor.¹³¹¹ In der speziellen Debatte¹³¹² über den Gesetzentwurf hatte lediglich der Abgeordnete Dr. Anton Ruland¹³¹³ verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände und der Siegelmäßigkeit, da beide verfassungsmäßig garantierte Rechte waren.¹³¹⁴ Er stieß mit seiner Ansicht sofort auf heftigste Kritik von der

¹³⁰⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 2.

¹³⁰⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 320 ff.

¹³⁰⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 321.

¹³⁰⁹ Ausführlich zur Siegelmäßigkeit und den daraus resultierenden Rechten und Vorteilen: Pözl, Bayerisches Verfassungsrecht, S. 113 ff.; Arnold, Praktische Erörterungen, S. 453 ff.; Graf, Siegelmäßigkeit in Bayern, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte, Bd. 3, S. 313 ff.

¹³¹⁰ Kotulla, Verfassungsrecht II, S. 194 f.

¹³¹¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 293 ff.

¹³¹² KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 300 ff.

¹³¹³ Dr. Anton Ruland, geb. 25.11.1809, gest. 08.01.1874, Studium Philosophie und Theologie Würzburg, 1832 Priesterweihe, Kaplan Kitzingen, 1833 Universitätsbibliothekar Würzburg, 1834 Promotion, 1837 – 1850 Pfarrer Arnstein, ab 1847 Mitglied Kammer der Abgeordneten, 1850 – 1874 leitender Universitätsbibliothekar Würzburg, 1857 – 1862 Gemeindebevollmächtigter Würzburg, Vorstand der Gemeindebevollmächtigten Würzburg (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Ruland).

¹³¹⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 301.

radikal liberalen Seite, allen voran des ersten Sekretärs, Stockingers,¹³¹⁵ dem sich auch die überwiegende Mehrheit der Kammer anschloss,¹³¹⁶ so dass der Entwurf mit dieser Einfügung des Art. 3 beschlossen wurde.¹³¹⁷

Wie zu erwarten, stellte sich die Kammer der Reichsräte in ihrer Verhandlung über die Rückäußerung der zweiten Kammer am 28. April 1848¹³¹⁸ gegen die Abschaffung der Siegelmäßigkeit. Bereits im Ausschuss und nun abermals in der Kammer selbst hatte Maurer empfohlen, dass die Aufhebung der Siegelmäßigkeit aus dem GrundlGE herauszulassen sei, da dies eine Spezialregelung darstelle, die insbesondere aufs engste mit der Schaffung des Notariatsgesetzes verknüpft sei, daher keine Beachtung in einem allgemein gehaltenen GrundlG finden sollte. Zudem stellte auch Maurer, wenn er sie auch nicht teilte, nochmals die verfassungsrechtlichen Bedenken dar, wie sie bereits Ruland in der Kammer der Abgeordneten geäußert hatte.¹³¹⁹ Nach kurzer Debatte weigerte sich die Kammer der Reichsräte auf Grundlage dieser Argumente, die Aufhebung der Siegelmäßigkeit in den GrundlGE aufzunehmen, und verfügte die Übersendung an die Kammer der Abgeordneten.¹³²⁰ Die zweite Kammer beharrte nach Empfehlung Edels und des Ausschusses auf der Aufhebung der Siegelmäßigkeit.¹³²¹ Doch auch die Kammer der Reichsräte war nicht gewillt, in dem Punkt der Siegelmäßigkeit der Modifikation der Kammer der Abgeordneten nachzugeben, so dass nach weiterem Austausch zwischen den Kammern schließlich ein Kompromiss gefunden wurde, dass die Siegelmäßigkeit als Vorrecht mit dem Erlass eines Notariats- und Prozessgesetzes aufhören sollte.¹³²² Auch Heintz erläuterte in diesem Zusammenhang die Wirkung der Modifikation und sicherte sein Einverständnis mit diesem Kompromiss zu. Hinsichtlich der Wirkung erklärte er, dass der Wortlaut „die Siegelmäßigkeit als Vorrecht“ klarstelle, dass die Siegelmäßigkeit weiter bestehenbleiben würde, nur eben nicht mehr als Vorrecht weniger Privilegierter, sondern eben nach allgemeinen Vorschriften, welche die Voraussetzungen für die Siegelmäßigkeit festsetzten, auf alle Staatsbürger gleichermaßen ausgedehnt. Heintz hielt diese Fassung auch für unbedenklich und sinnvoll,¹³²³ denn er war gerade der Ansicht, dass allen entsprechend kompetenten Bürgern, die den notwendigen Bildungsstand besaßen, die Siegelmäßigkeit zustehen sollte.

Nachdem dieser Kompromiss gefunden war, konnte sodann am 30. Mai 1848 der Gesamtbeschluss¹³²⁴ der Kammern über den Gesetzentwurf erfolgen und dieser mit dem

¹³¹⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 302 f.

¹³¹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 303 ff.

¹³¹⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 310, 339.

¹³¹⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 534 ff.

¹³¹⁹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 535 f.

¹³²⁰ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 552 f.

¹³²¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 83 ff., 89, 147.

¹³²² KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 202 ff., 205.

¹³²³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 205.

¹³²⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 206 ff.

Landtagsabschied am 04. Juni 1848¹³²⁵ als Gesetz erlassen werden.¹³²⁶ Das Gesetz sah über die oben bezeichnete Grundstruktur des Gesetzentwurfes nach allen Modifikationen schließlich auch eine Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände des Adels vor, Art. 2 GrundlG, sowie eine Aufhebung der Siegelmäßigkeit nach dem Erlass eines entsprechenden Notariats- und Prozessgesetzes, Art. 7 GrundlG.¹³²⁷ Zur Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit wurde entsprechend der von Oettingen-Wallerstein eingebrachten Modifikation in Art. 22 GrundlG festgesetzt, dass die Richter inamovibel, also unversetzbar sein sollten.

Umstritten war, ob diese Vorschrift, wie auch der Hauptteil des Gesetzes, lediglich programmatischen Charakter hatte oder aber bereits die Unversetzbarkeit der Richter in Geltung brachte.¹³²⁸ Ende November 1849 wurde diese Thematik anlässlich eines Gesetzentwurfes „die Dienstverhältnisse der gerichtlichen Beamten betreffend“ angesprochen. Der zweite Präsident der Kammer der Reichsräte Seinsheim äußerte sich in der allgemeinen Diskussion zu diesem Gesetz dahingehend und forderte eine „authentische Interpretation“ des Art. 22 GrundlG.¹³²⁹ Justizminister Kleinschrod sprach sich sogleich gegen diese Auslegung des Art. 22 GrundlG aus und dass die Umsetzung des Art. 22 GrundlG erst mit weiterer Gesetzgebung geschehen müsse, etwa dem gerade besagten Gesetz. Die Behauptung, dass das Ministerium das Gesetz aber bereits seit 1848 ausgeführt hätte, damit keine Richter versetzt habe, wies er entschieden von sich, falls dem so gewesen sei, wäre dies nicht dadurch geschehen, dass man Art. 22 GrundlG vollziehen wollte, sondern eben bei genauer Prüfung des Sachverhalts eine Versetzung der Richter nicht notwendig gewesen war.¹³³⁰ Karl Friedrich Heintz, der im Zeitpunkt dieser Diskussion bereits sein Amt als Justizminister niedergelegt hatte, weiter aber Mitglied der Kammer der Reichsräte war und auch in der Verhandlung, in der die Thematik diskutiert wurde, anwesend war, stimmte Justizminister Kleinschrod in diesem Punkt vollkommen zu, auch nach seiner Auffassung hatte Art. 22 GrundlG reinen Programmcharakter.¹³³¹ Nachdem sich Oettingen-Wallerstein, mittlerweile, nach seinem Austritt aus der ersten Kammer, demokratisch-liberaler¹³³² Abgeordneter der zweiten Kammer,¹³³³ hiergegen aus-

¹³²⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8 S. 13, 55 ff.

¹³²⁶ GVBl. 1848, S. 137 ff.

¹³²⁷ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 47.

¹³²⁸ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 224 ff.; Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 47 misst dem Art. 22 GrundlG unter Berufung auf die Beschwerden der Assessoren Waas und Hellersberg (BayH-StA, (SR) 3294) ebenfalls dem Wortlaut nach bereits volle Geltung zu.

¹³²⁹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 224 ff.

¹³³⁰ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 228.

¹³³¹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 235.

¹³³² Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 209.

¹³³³ Oettingen-Wallerstein hatte bereits durch seine nicht standesgemäße Heirat mit der Tochter seines Garteninspektors, Maria Creszentia Bourgin, im Jahre 1823 die Nachfolge als Ältester in den Familienfideikommiss zugunsten seines jüngeren Bruders verloren, weshalb ihm das Kronamt und damit auch der Sitz im Reichsrat entzogen wurde. Ludwig I. setzte ihn zu Beginn seiner Regentschaft wieder lebenslanglich in diese Position. 1849 verzichtete aber er sodann aus politischen Gründen auf das Kronamt, um in die Kammer der Abgeordneten einzutreten. (Zuber, Der Fürst Proletarier, S. 57 ff., 65 ff., 273).

gesprochen hatte und zudem auch über die Äußerung von Heintz sein Bedauern ausdrückte, äußerte sich Heintz nochmals ausführlich hinsichtlich der Problematik Art. 22 GrundlG.¹³³⁴ Zunächst betonte auch Heintz die schon allgemein dem Entwurf, als dann auch dem verabschiedeten Gesetz, innewohnende rein programmatische Natur.¹³³⁵ Sodann nahm er speziell Bezug auf die von Oettingen-Wallerstein gemachte Modifikation hinsichtlich des Art. 22 GrundlG und begründete auch gerade für diese Einzelnorm den programmatischen Charakter.¹³³⁶ Erstes zutreffendes Argument hierfür war, dass bei der Neuorganisation der Gerichte, wie sie durch das Gesetz geplant war, gerade eine Versetzung der Richter durch die Regierung möglich sein musste, denn anderenfalls könne man die neu zu bildenden Gerichte überhaupt nicht besetzen, da die alten Richter einen Anspruch auf ihre alten Stellen hätten. Eine bereits geltende Regelung der Unversetzbarkeit der Richter in einer derartig allgemein formulierten Form wäre daher mit der ganzen Systemumgestaltung, welche die Justizreform beabsichtigte, nicht vereinbar gewesen. Daneben ging er aber auch auf die Formulierungen von Oettingen-Wallerstein ein, die dieser bei der Anbringung seiner Modifikation gebrauchte; auch in diesen war in vielerlei Hinsicht der Programmcharakter des Art. 22 GrundlG zu erkennen. Hinsichtlich der Bemerkungen, dass Heintz sich in seiner Amtszeit als Justizminister aber an die Regelung der Unversetzbarkeit der Richter gehalten hätte, gab er eine nahezu identische Antwort wie der nunmehrige Justizminister Kleinschrod. Falls Versetzungen gegen den Willen der Richter nicht stattgefunden hätten, dann sei dies nicht in Beachtung des Art. 22 GrundlG geschehen, sondern wegen der speziellen Umstände des Falles. Heintz führte einen Fall an, der ihm aus seiner Amtszeit noch geläufig war, in dem ein Assessor auf seinen Widerspruch nicht versetzt wurde, da er besondere familiäre Gründe vorbrachte, die Heintz schließlich als derart beachtenswert empfand, dass er daraufhin die Versetzung rückgängig gemacht hatte.¹³³⁷

Trotz dieses allgemein programmatischen Charakters des GrundlG war damit jedenfalls der Grundstein für eine Justizreform nach französisch-pfälzischen Vorbild gelegt, wie Art. 15 GrundlG, wenn auch lediglich programmatisch, festsetzte und auch in den Motiven zum Entwurf deutlich herausgestrichen wurde, so dass hinter diese Zielsetzungen bei der weiteren Gesetzgebung auch nicht mehr zurückgeschritten werden konnte.¹³³⁸

¹³³⁴ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 312 ff.

¹³³⁵ „Das Gesetz vom 4. Juni 1848 über die Grundlagen der Gesetzgebung ist schon dem Entwurfe nach ein ganz besonderes Gesetz. Ein gewöhnliches Gesetz beabsichtigt einem gefühlten Bedürfnisse alsbald abzuhefen; allein bei jenem Gesetze war das nicht der Fall. Die Regierung wollte nur gewisse Grundsätze aufstellen, und sie den beiden Kammern einstweilen zur Genehmigung vorlegen, ohne sie sofort in's Leben führen zu können. [...] Ueber diesen Charakter des Gesetzes, und namentlich, daß es nicht die Absicht war es sogleich in's Leben treten zu lassen, kann kein Zweifel bestehen, wenn man es nur flüchtig durchliest.“ (Heintz, in: KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 312 f.).

¹³³⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 314 ff.

¹³³⁷ Bei dem von Heintz geschilderten Fall handelte es sich um eine der von Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 47, genannten Beschwerden. Die Durchsicht der Akten im BayHStA ergab, dass die Assessoren Waas und Hellersberg tatsächlich nicht wegen Art. 22 GrundlG, sondern aus anderen Gründen nicht versetzt wurden (BayHStA, (SR) 3294).

¹³³⁸ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1 S. 54 f., 156 f.

[4]. Änderungen im Strafrecht

Neben der allgemeinen Umgestaltung des Justizwesens in Bayern wurde eine Modernisierung der Strafrechtspflege als besonders dringlich empfunden, was schon deshalb nachvollziehbar ist, weil das Strafrecht im Gegensatz zum Zivilrecht im Allgemeinen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und das Zusammenleben in einer geordneten Gesellschaft zum Gegenstand hat, so dass hier an sich jeder Staatsbürger ein Interesse am Verfahren hat, somit geheime und schriftliche Prozesse schon dem berechtigten Informationsbedürfnis des Bürgers widersprechen. Zugleich ist hier ein verstärkter Schutz vor staatlicher Willkürjustiz geboten, greift doch eine Verurteilung tief in die Rechte des Angeklagten ein. Der Gesetzentwurf „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend“¹³³⁹ wurde am 19. April 1848 von Heintz der Kammer der Abgeordneten zur Beratung vorgelegt,¹³⁴⁰ am 12. Mai 1848 vom König sanktioniert und trat bereits am 15. Mai 1848 mit seiner Verkündung im Gesetzblatt in Kraft.¹³⁴¹

Der Gesetzentwurf umfasste lediglich sieben Artikel und regelte in Ergänzung zum GrundlG die Neugestaltung der Justizorganisation in Strafsachen, insbesondere die Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens und von Geschworenengerichten, Art. 1 Abs. 1, Art. 2 dE. Art. 1 dE bestimmte darüber hinaus, dass die Novellierung des Strafrechts und insbesondere des Strafprozesses unverzüglich in Angriff genommen werden sollte und bis zur Verabschiedung einer gänzlich neuen Strafgesetzgebung Wirksamkeit behalten sollte, freilich unter dem Vorbehalt der Abänderung durch die nächste Ständeversammlung. Insofern bestand die Verbindung zum Gesetz „die Beratung neuer Gesetzbücher“, da freilich die Novellierungen durch die dort geregelten besonderen Gesetzgebungsausschüsse gestaltet werden mussten.¹³⁴² Wie auch das GrundlG war auch der Gesetzentwurf „einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend“ grundsätzlich programmatisch ausgestaltet. Materiellrechtlich sollte nach dem Gesetzentwurf das StGB 1813 aber sogleich dahingehend abgeändert werden, dass überholte Strafen, insbesondere die körperliche Züchtigung, Widerruf und die Abbitte vor dem Bild des Königs abgeschafft wurden, Art. 6 dE. In Art. 1 Abs. 2 dE wurde klargestellt, dass das Gesetz nur provisorischer Natur sein sollte, da dessen Geltung nur bis zur in Aussicht gestellten vollständigen Revision der Strafgesetze vorgesehen war. Art. 3 dE ging über die nur programmatische Anordnung hinaus und wies bereits den noch zu bildenden Schwurgerichten die Zuständigkeit für schwerere Verbrechen zu, die mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe belegt waren, sowie die Aburteilung für Pressverbrechen und -vergehen. Gerade für die Pressdelikte war die Einführung der Schwurgerichte von liberaler Seite ein Muss und damit eine politisch brisante Angelegenheit, denn gerade im Bereich der politischen Verbrechen und Vergehen, die oftmals mittels der Presse begangen wurden, befürchtete man härteste Willkürjustiz vonseiten des Staates, der von ehrgeizi-

¹³³⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 261 ff.

¹³⁴⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 161.

¹³⁴¹ GVBl. 1848, Sp. 33.

¹³⁴² S.o. S. 182 ff.

gen Richtern zusammen mit der Regierung gesteuert wurde.¹³⁴³ Art. 3 Abs. 2 dE verlangte darüber hinaus, durch die erstinstanzliche Zuweisung der Aburteilung aller übrigen Verbrechen und Vergehen an die Bezirksgerichte, konkludent die Bildung dieser Bezirksgerichte – vorläufig sollten die Kreis- und Stadtgerichte, falls notwendig sogar die Landgerichte die Bezirksgerichte ersetzen. Zweitinstanzlich sollten in diesen Fällen sodann die Appellationsgerichte entscheiden. Art. 4, 5, 7 dE regelten sodann Modalitäten zur Durchführung und Umsetzung der in Art. 1, 2 dE festgeschriebenen Grundsätze und die Einführung von Staatsanwaltschaften. Wie Heintz bereits bei den Verhandlungen zum „Gesetzesentwurf die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend“ angekündigt hatte, regelten Art. 4, 5 dE nun explizit die Bildung besonderer Ausschüsse, die noch auf dieser Ständerversammlung gewählt werden sollten und die sodann nach dem Schluss der Ständerversammlung die provisorischen Gesetze für ein öffentliches und mündliches Verfahren beraten und diesen in Vertretung für die Ständerversammlung zustimmen sollten. Das Gesetz war damit die Kompetenz- und Ausgestaltungsgrundlage für die Ausarbeitung der späteren Straf- und Strafprozessrechtsnovelle.¹³⁴⁴ Art. 7 dE ermöglichte einen weiteren wichtigen Schritt zur Neuordnung der Gerichtsorganisation und des Verfahrens in Strafsachen, denn er ermächtigte direkt die Staatsminister der Justiz, des Inneren, der Finanzen und des Krieges, im Verordnungswege die neue Zusammensetzung der Strafgerichte und insbesondere auch die Bildung des neuen Instituts der Staatsanwaltschaft bei den Kollegialgerichten zu veranlassen. Hierfür wurde zudem dem Justizminister die Möglichkeit eingeräumt, selbständige Untersuchungsrichter zu ernennen und Appellations- beziehungsweise Oberappellationsgerichtsräte oder Räte aus dem Justizministerium abzuordnen oder sogar Staatsanwälte und deren Substituten aus der Pfalz als Staatsanwälte für das rechtsrheinische Bayern zu ernennen. Diese hatten sodann die Aufgabe, die öffentlichen Verhandlungen zu leiten und die Anklagen vorzunehmen. An diesen Vorschriften sieht man, wie dringend Heintz und die Regierung die Einführung eines modernen Strafprozesses vorantreiben wollten.

Über diesen Entwurf erstattete Edel als Referent dem ersten Ausschuss der Kammer der Abgeordneten Bericht.¹³⁴⁵ Edel, der im Grunde vollkommen das Gesetz und insbesondere die damit verbundene Bewegung der Krone und der Regierung hin zu einer modernen Strafrechtspflege begrüßte, hatte nur einige Änderungsvorschläge im Detail, die auch alle im Gesetzgebungsausschuss angenommen wurden¹³⁴⁶ und sodann auch mit geringfügigen Änderungen im Plenum der Kammer der Abgeordneten selbst.¹³⁴⁷ Das bayerische StGB 1813 kannte zwei Arten von Beweistheorien, negative und positive, die beide auf Präsumtion und Fiktion der Schuld oder Unschuld des Angeschuldigten beruhten.¹³⁴⁸ Bei Vorliegen einer bestimmten Anzahl von Beweisen und Beweisen von be-

¹³⁴³ Heydenreuter, Kriminalgeschichte Bayerns, S. 289.

¹³⁴⁴ S.u. S. 251 ff.

¹³⁴⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 303.

¹³⁴⁶ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 303 ff., 317.

¹³⁴⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 375 ff., 410.

¹³⁴⁸ Zum Einfluss der *praesumptio doli* auf das heutige Strafrecht: Waider, Die Bedeutung der *praesumptio doli*,

stimmtem Gehalt war das Gericht per Gesetz gezwungen, von der Schuld des Angeschuldigten auszugehen, beziehungsweise bei einem Nichtvorliegen, von dessen Unschuld auszugehen – beide Male vollkommen unabhängig von der tatsächlichen Überzeugung des Gerichts.¹³⁴⁹ Auf Grundlage der Annahme, dass sich diese Beweistheorien weder mit dem neuen System des öffentlichen und mündlichen Verfahrens noch mit dem Institut der Schwurgerichte vereinbaren ließen, da gerade die Geschworenen ausschließlich nach ihrer Überzeugung urteilen sollten, die sich aufgrund der öffentlichen und mündlichen Strafverhandlung gebildet hatte,¹³⁵⁰ sollte auch im Gesetzentwurf dies ausdrücklich klargestellt werden.¹³⁵¹ Die Änderungen Edels waren eine Klarstellung in Art. 2 dE, dass die Gerichte in Zukunft keinerlei gesetzliche Beweistheorien mehr zu berücksichtigen hatten, damit vollkommen nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden können sollten und gerade nicht an bestimmte gesetzliche Vorgaben hinsichtlich der Schuldfrage gebunden waren.¹³⁵² Neben diesen klarstellenden Änderungen in Bezug auf die Beweistheorien sollte zudem die Öffentlichkeit durch den Druck und die anschließende Veröffentlichung der Ausschussverhandlungen vom Gesetzgebungsverfahren informiert werden, was in einem Zusatz des Art. 4 dE verfügt wurde. Des Weiteren wurden die abzuschaffenden Züchtigungsstrafen für das Untersuchungsverfahren in Art. 6 Abs. 3 dE konkretisiert und wurde durch einen Zusatzartikel die Ermächtigung der Regierung und der Ausschüsse eingeräumt, auch die Züchtigungsstrafregelungen im Bereich der Regelungen über den Rückfall und denen des Wilddiebstahls aufzuheben, ebenso alle Verordnungen, welche die körperliche Züchtigung als polizeiliches Strafmittel zuließen. Schließlich wurde in Art. 8 dE nochmals klargestellt, dass die Befugnisse der Regierung nur für provisorische Gesetze und Regelungen gelten sollten und unter dem Vorbehalt der Vorlage an die nächste Ständeversammlung standen.¹³⁵³

In dieser Form wurde der Gesetzentwurf sodann in der Kammer der Reichsräte und deren Gesetzgebungsausschuss, in dem Maurer ein befürwortendes Referat hielt, verhandelt.¹³⁵⁴ Insgesamt nahm zwar die Kammer der Reichsräte keine Änderungen des durch die Kammer der Abgeordneten modifizierten Gesetzes in der Sache vor, dennoch sind die Debatten über den Entwurf interessant hinsichtlich der Stellungnahmen von Heintz. In der Debatte über den Gesetzentwurf im Plenum der ersten Kammer äußerte sich Heintz im Zusammenhang mit der Ergänzung Edels in Art. 2 dE, die auf die Nichtbeachtung der gesetzlichen Beweistheorien durch die Geschworenengerichte abzielte. Heintz stellte klar, wie bereits der Vertreter des Justizministeriums, Dr. Karl Josef von Kleinschrod,¹³⁵⁵

in: JuS 1972, S. 305 ff.; ein veranschaulichendes Beispiel für eine Beweistheorie, die aus der biblisch sanktionierten Rechtspraxis hervorging, gibt Mephistopheles in Goethes Faust: „Ja, gute Frau, durch zweier Zeugen Mund/Wird allerwegs die Wahrheit kund!“ (Goethe, Faust I, Z. 3013 f.).

¹³⁴⁹ Brater/Bluntschli, Staats-Wörterbuch X., S. 351 f.

¹³⁵⁰ So etwa: Walther, Strafproceßrecht, S. 326.

¹³⁵¹ Scheurl, Strafproceßordnung, S. 18.

¹³⁵² KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 303 ff.

¹³⁵³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 303 ff.

¹³⁵⁴ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 1 ff., 12; KdRR Protokolle, Bd. 2, S. 4 ff.

¹³⁵⁵ Dr. Karl Josef von Kleinschrod, geb. 10.07.1797, gest. 24.09.1866, 1813 – 1818 Studium Rechtswissen-

in der Kammer der Abgeordneten,¹³⁵⁶ dass er und die Regierung mit der Modifikation der zweiten Kammer einverstanden waren, und erläuterte, dass es mit der Einrichtung von Geschworenengerichten nicht vereinbar sei, an den im StGB 1813 enthaltenen Beweistheorien festzuhalten. Denn durch Beweistheorien würde man die Geschworenen eben zu einer bestimmten Entscheidung hinsichtlich der Schuldfrage verpflichten, unabhängig davon, ob sie ihrer Überzeugung oder ihrem Gewissen entspräche, was aber gerade der Charakter des Geschworenengerichts sei – im Übrigen sprach er sich auch gegen eine dahingehend richterliche Bindung aus.¹³⁵⁷ Zur Beweiswürdigung war Heintz der Ansicht, dass im Gegensatz zu starren Beweistheorien dennoch gewisse Beweisregeln bestanden, die schon naturgemäß in der Vernunft des Menschen begründet seien und sich deshalb schon im Gewissen der Geschworenen und der Richter manifestierten. Ob er für eine Kodifizierung dieser Beweisregeln war, lässt sich zwar nicht eindeutig aus seinen Äußerungen entnehmen, ist aber nur schwerlich anzunehmen, da er in den Verhandlungen mit einem beispielhaften Hinweis auf Nordamerika und England an sich auf Länder verwies, in denen ebenfalls keine Kodifikationen eines Beweisrechts bestanden, vielmehr eine auf Gewohnheitsrecht basierende dahingehende Rechtstradition. Er wies in diesem Zusammenhang auf das dort bestehende Beweiswürdigungssystem hin, das gerade auch keine Beweistheorien, jedoch bestimmte Beweis(last)regeln kannte, auf die der Berufsrichter die Geschworenen hinwies.¹³⁵⁸ Insofern konnte man eine gewisse Verbindung zu den von Carl Joseph Anton Mittermaier aufgestellten Thesen zur Beweiswürdigung aus den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts erkennen,¹³⁵⁹ der, wenn auch keine feste Bindung der Geschworenen an Beweisregeln, doch jedenfalls eine Beweisinstruktion für die Geschworenen durch Berufsrichter als unbedingte Notwendigkeit ansah.¹³⁶⁰ Insbesondere stützte auch Mittermaier seine Thesen auf die nordamerikanische und englische Gesetzgebung und Literatur in diesem Bereich.¹³⁶¹ Da in den vierziger Jahren, als in Deutschland die Diskussion um Geschworenengerichte im Vormärz immer lauter wurde, Mittermaier gerade in Bezug auf die Übertragung amerikanischer und englischer Vorschriften

schaften Philosophie Würzburg, 1823 Assessor Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg, 1824 Rat Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg, 1828 Assessor Appellationsgericht Bamberg, 1838 Rat Appellationsgericht Ansbach, 1841 Rat Oberappellationsgericht München, 1848 Ministerialrat Staatsministerium der Justiz, 1848/49 Mitglied Nationalversammlung, 1849 – 1854 Staatsminister der Justiz, 1854 – 1866 Präsident Appellationsgericht Schwaben und Neuburg, 1865 – 1866, 1866 erster Präsident des Oberappellationsgerichts, 2. Präsident Kammer der Reichsräte (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Kleinschrod; Schärfl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 28, S. 97; Kleinschrod: Alzheimer, Kleinschrod, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 575). Eingehend zu Kleinschrod: Alzheimer, Kleinschrod, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 511 ff.

¹³⁵⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 379.

¹³⁵⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 33.

¹³⁵⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 33.

¹³⁵⁹ Mittermaier verfasste eine Aufsatzreihe sowie ein Buch hierzu: Mittermaier, Die gesetzliche Beweistheorie, in: Neues Archiv für Criminalrecht, 1832, Bd. 12, S. 488 ff., Bd. 13, S. 120 ff., 284 ff.; Mittermaier, Die Lehre vom Beweise.

¹³⁶⁰ Mittermaier, Die Lehre vom Beweise, S. 113.

¹³⁶¹ Allem voran Livingstons Code of Evidence, der allerdings in Louisiana keine Gesetzeskraft erhielt (Livingston, A system of penal law, S. 645).

in diesem Bereich mittlerweile Zurückhaltung übte und auch keine Empfehlungen zu Geschworenengerichten im Allgemeinen aussprach,¹³⁶² ist aber zu vermuten, dass Mittermaiers diesbezügliche Schriften Heintz zwar bestens bekannt waren, allerdings keine allzu stark prägende Wirkung auf ihn hatten, dieser seine Meinungsbildung vielmehr vorwiegend auf seinen französischrechtlichen Hintergrund aufbaute. Hinzu kam, dass allgemein in Deutschland in der Mitte der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sich der Grundsatz einer freien Beweiswürdigung absolut durchgesetzt hatte.¹³⁶³ Etwa lehnte auch Friedrich Carl von Savigny, der zu dieser Zeit preußischer Justizminister war, jegliche Beweistheorie ab,¹³⁶⁴ was dazu führte, dass bereits seit 1846 auch im preußischen Strafverfahren die freie Beweiswürdigung galt, wenn Savigny auch Schwurgerichte ablehnte, damit auch anerkannt war, dass freie Beweiswürdigung nicht lediglich aus dem Charakter der Verfahren vor den Schwurgerichten resultierte.¹³⁶⁵ Dass freie Beweiswürdigung durch Geschworene und auch durch den juristisch ausgebildeten Berufsrichter für Heintz die Prämisse für die Urteilsfindung sein sollte, steht außer Zweifel, war Heintz doch selbst als Appellationsgerichtsrat in Zweibrücken den Schwurgerichtssitzungen vorgestanden und hatte er doch gerade hier den Geist des französischen Rechts in dieser Frage aufgesogen, das bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts keine Beweistheorien mehr kannte.¹³⁶⁶

Schließlich erklärte sich Heintz im Zusammenhang mit der speziellen Debatte über Art. 3 dE, der die vorübergehende Wahrnehmung der Aufgaben der zu schaffenden Bezirksgerichte den Stadt-, Kreis- und Landgerichten übertrug, bereits in Bezug auf die praktische Ausführung dieser Vorschrift. Er äußerte sich dahingehend, dass die Regierung beabsichtige, insbesondere aus den Stadtgerichten die späteren Bezirksgerichte zu formen, eine gewisse Ausnahme sollte Oberbayern bilden, da hier nur ein einziges Stadtgericht, nämlich das in München, existierte. Es wäre daher in diesem Regierungsbezirk zu einer zwangsläufigen Überlastung des Münchner Gerichts gekommen, weshalb man in Oberbayern der zusätzlichen Errichtung von vier bis fünf weiteren Bezirksgerichten bedürfe. In der Übergangszeit hielt Heintz die vom Gesetzentwurf ermöglichte Aufstockung der Landgerichte und Überweisung der Aufgaben an diese für sinnvoll, allerdings stellte er klar, dass die Regierung auch damit einverstanden wäre, diese Möglichkeit zu verwerfen, wenn ihr zugleich die Befugnis eingeräumt werde, in Oberbayern sogleich ein oder zwei Bezirksgerichte zu errichten.¹³⁶⁷ Mit dieser Erläuterung durch Heintz wurde der ursprüngliche Art. 3 dE belassen.

Das so gestaltete Gesetz war, obgleich von einigen Mitgliedern der Kammern Bedenken und Kritik daran geäußert wurden, insbesondere seine Unzulänglichkeit vom Re-

¹³⁶² Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, *The Trial Jury*, S. 250 f. unter Verweis auf: Mittermaier, *Mündlichkeit*.

¹³⁶³ Küper, *Richteridee*, S. 175; Vormbaum, *Strafrechtsgeschichte*, S. 105.

¹³⁶⁴ Deppenkemper, *Beweiswürdigung*, S. 209.

¹³⁶⁵ Gesetz betreffend das Verfahren in dem bei dem Kammergericht und dem Kriminalgericht zu führenden Untersuchungen vom 17.07.1846 (PrGS 1864, Sp. 267).

¹³⁶⁶ Küper, *Richteridee*, S. 175; Vormbaum, *Strafrechtsgeschichte*, S. 105.

¹³⁶⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 42 f.

ferenten Edel unterstrichen wurde,¹³⁶⁸ für die weitere Entwicklung der Justizreform im Bereich des Strafrechts von ausnehmender Wichtigkeit. Denn durch dieses Gesetz, zusammen mit dem Gesetz zur Beratung neuer Gesetzbücher, schuf man die Grundlage für das schnelle Voranschreiten der Justizreform in Strafsachen, da damit die Bildung der besonderen Ausschüsse zur StPON ermöglicht wurden.¹³⁶⁹ Auch setzte das Gesetz bereits die vier Säulen des künftigen Strafgesetzes nochmals ausdrücklich fest, das öffentliche und mündliche Verfahren, die Einführung der Staatsanwaltschaft, die Trennung von Justiz und Verwaltung und die Einführung der Schwurgerichte.¹³⁷⁰

[5]. Ablösung der Grundlasten

Am 09. April 1848 wurde sodann der Gesetzentwurf¹³⁷¹ „die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten betreffend“ durch Finanzminister Lerchenfeld der Kammer der Abgeordneten vorgelegt.¹³⁷² An den vorangegangenen Sitzungstagen hatten die Abgeordneten vermehrt auf die Vorlage dieses Entwurfs gedrängt, allen voran der Abgeordnete Ney. Hierbei wurde erneut deutlich, unter welchem Druck die Regierung auf dieser Ständerversammlung mit der Erarbeitung von Gesetzentwürfen war, Heintz versuchte hier zu beschwichtigen, indem er klarstellte, dass der Regierung nur ein gänzlich veralteter Gesetzentwurf zur Ablösungsfrage vorlag, der keinesfalls dem aktuellen Zeitgeist entsprach, und man deshalb einen neuen Gesetzentwurf auf völlig neuen Grundlagen erstellen musste.¹³⁷³

Nur Art. 1 dE behandelte die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit,¹³⁷⁴ die übrigen 41 Artikel regelten die Aufhebung, Fixierung und Ablösung der Grundlasten. Dieser eigentliche Hauptpunkt des Gesetzentwurfes, der auch der mehr diskutierte Teil dessen war und einen Kernpunkt der sozialen Reformen von 1848 bedeutete,¹³⁷⁵ soll hier allerdings nicht näher behandelt werden. Zwar ist gerade auch die Ablösungsproblematik durchaus rechtsgeschichtlich und rechtsdogmatisch höchst interessant, geht es hier doch um Problematiken im Zusammenhang mit den Eigentumsgarantien der Verfassung von 1818, doch soll an dieser Stelle allein die Justizreform behandelt werden. Zudem ist das Ziel, die Reformgesetzgebung im Hinblick auf die Beteiligung von Heintz darzustellen, und Heintz wirkte bei den Verhandlungen zu diesem Gesetzentwurf nur in der Debatte zu dem die Justizreform betreffenden Art. 1 dE mit. Die Verhandlungen zur vorangegangenen Ständerversammlung noch vor Augen,¹³⁷⁶ bei denen

¹³⁶⁸ Götschmann, Parlamentarismus, S. 816.

¹³⁶⁹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 17 ff.

¹³⁷⁰ Schmidt, Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, S. 327.

¹³⁷¹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 269 ff.

¹³⁷² KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 199.

¹³⁷³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 451.

¹³⁷⁴ Allgemein zur standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit: Pötzl, Lehrbuch des Verfassungsrechts, S. 171 ff.; Prenitzer, Handbuch.

¹³⁷⁵ Götschmann, Parlamentarismus, S. 849.

¹³⁷⁶ S.o. S. 153 ff.

sich Heintz noch ausdrücklich für die Ablösung stark gemacht hatte, mag es erstaunlich erscheinen lassen, dass er sich nunmehr mit keinem Wort in dieser Thematik beteiligte, doch wird daraus ersichtlich, wie sehr die Ministerien auf dieser Ständerversammlung ob der großen Arbeitsbelastung darauf zu achten hatten, dass sie sich auf die ihnen zugewiesenen Schwerpunkte und Gesetzesentwürfe konzentrierten, und sich daher gerade nicht an anderen Gesetzgebungsarbeiten beteiligten, wenn diese auch deshalb nicht weniger von Bedeutung gewesen sind.¹³⁷⁷ Auch muss bemerkt werden, dass die Meinung, die Heintz hinsichtlich der Ablösung vertrat, mittlerweile die absolut vorherrschende und keine revolutionäre Ansicht in der ganzen Ständerversammlung gewesen war, auch in der Kammer der Reichsräte, es war daher auch nicht notwendig, dass Heintz mit seiner gewohnt überzeugenden Argumentation Mitglieder der ersten Kammer für den Grundgedanken des Gesetzesentwurfs gewinnen musste.¹³⁷⁸

Nach Art. 1 dE sollte mit Wirkung zum 01. Juli 1848 alle standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit entschädigungslos aufgehoben werden. Die Motive des Entwurfes begründeten die Notwendigkeit der Zwangsaufhebung der Gerichtsbarkeit damit, dass, obgleich den adeligen Gerichtsherren schon seit dem Gesetz vom 28. Dezember 1831¹³⁷⁹ der Verzicht auf ihre Gerichtsrechte mit einer Entschädigung möglich gewesen war, von diesen diese Option aber nicht, wie gewollt, zu einer freiwilligen Aufgabe der Gerichtsbarkeit geführt hatte, weshalb nun nur noch die Zwangsaufhebung in Frage käme.¹³⁸⁰ Der Umstand, dass die Aufhebung entschädigungslos erfolgen sollte, wurde in den Motiven damit begründet, dass der Großteil der standes- und gutsherrlichen Gerichte ohnehin keinen Gewinn für die adeligen Gerichtsherren abwarf, diese teilweise sogar die Gerichte bezuschussen mussten.¹³⁸¹ Um die Gerichtsherren allerdings nicht noch zusätzlich mit den Bezügen der aktiven Gerichtsbeamten und Pensionisten zu belasten, wenn ihnen die mögliche Einnahmequelle des Gerichtes entzogen wurde, sagte das Gesetz eine Übernahme dieser Bezüge und der aktiven Gerichtsbeamten vonseiten des Staates zu.¹³⁸² Bereits in der Kammer der Abgeordneten wurde vonseiten einiger Abgeordneten die entschädigungslose Aufhebung der Gerichtsbarkeit heftig kritisiert.¹³⁸³ Dies war darauf zurückzuführen, dass insbesondere einige Abgeordneten aus der Wahlklasse I, Grundbesitzer mit grundherrlicher Gerichtsbarkeit, hier ganz klar Eigeninteressen vertraten. Die Kammer der Abgeordneten modifizierte deshalb den Entwurf dahingehend, dass eine Entschädigung entsprechend dem Gesetz von 1831 für all jene Gerichtsherren ge-

¹³⁷⁷ Ein ähnliches Verhalten von Heintz sehen wir in Bezug auf das Pressegesetz und die geforderte Pressefreiheit, hatte er sich hier auf den vorangegangenen Ständerversammlungen stark gemacht, so hielt er sich nun zu dieser Thematik sehr bedeckt. (Rep KdA/KdRR 1848, S. 185).

¹³⁷⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 11 ff.; Stolleis, Die Bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, in: Coing, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts III, S. 105.

¹³⁷⁹ Gesetz die Rechtsverhältnisse der auf die Gerichtsbarkeit freiwillig verzichtenden Standes- und Gutsherren betreffend (GVBl. 1831, Sp. 66, 249 ff.)

¹³⁸⁰ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 281 f.

¹³⁸¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 282.

¹³⁸² KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 261 f., 282.

¹³⁸³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 434 f., 442 f.

währt werden sollte, die ihre Gerichtsbarkeit bis zum 12. April 1848 freiwillig aufgegeben hatten.¹³⁸⁴ Um der Regierung die Möglichkeit zu geben, sich auf die durch die nunmehr gewährten Entschädigungen veränderte Haushaltslage einstellen zu können, sollte die Aufhebung der Gerichtsbarkeit auch erst mit dem Beginn des neuen Etatjahres am 01. Oktober 1848 stattfinden.¹³⁸⁵

Der so gestaltete Beschluss der Kammer der Abgeordneten wurde am 13. Mai 1848 samt einen Begleitschreiben der Kammer der Reichsräte übergeben. Auch in der ersten Kammer war die Unabwendbarkeit der Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit weitgehend anerkannt, dennoch wurde auch hier bereits in der allgemeinen Diskussion über den Entwurf am 20. Mai 1848 die Art und Weise, wie diese vonstatten gehen sollte, nämlich durch eine entschädigungslose Aufhebung, stark kritisiert¹³⁸⁶ und sehr begrüßt, dass die Kammer der Abgeordneten mit ihrer Modifikation diesbezüglich bereits in selber Richtung Stellung bezogen hatte.¹³⁸⁷ In der darauffolgenden speziellen Diskussion wurde durch die erste Kammer die Rückwirkung des Gesetzes im Allgemeinen als Verstoß gegen einen elementaren Rechtsgrundsatz angesehen und zudem die Wahl des 12. April 1848 als Stichtag für eine Entschädigung als willkürlich kritisiert.¹³⁸⁸ Die erste Kammer folgte daher der Empfehlung ihres Ausschusses,¹³⁸⁹ dass eine Entschädigung bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gewährt werden müsse und diejenigen Beamten und Pensionisten, die am 12. April 1848 bestanden, übernommen werden müssten.¹³⁹⁰ Die Kammer der Abgeordneten ging aber bei ihrer Rückäußerung nicht auf diese Modifikation ein,¹³⁹¹ so dass im Anschluss daran abermals die Entschädigungsfrage aufflammte¹³⁹² und die erste Kammer auf ihrer Modifikation beharrte.¹³⁹³ Die abermalige Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten näherte sich nun dergestalt der ersten Kammer an, dass sie nun auf eine Fassung des Art. 1 dE abzielte, die zuvor vom Ausschussreferenten der ersten Kammer, Dr. Julius Adolph Freiherr von Niethammer¹³⁹⁴, vorgeschlagen wur-

¹³⁸⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 452 ff.

¹³⁸⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 473 f.; war 1847 die Ablösung der Grundlasten noch als mögliche Einnahmequelle für den Staat verstanden worden (s.o. S. 153 ff.), so war nun insgesamt das AblG für den Staatshaushalt eine kostspielige Angelegenheit, da zahlreiche Grundlasten entschädigungslos aufgehoben wurden und mehr als die Hälfte der Grundholden Staatshintersassen waren. Hinzu kam für den Staat zugleich die Entschädigungsproblematik hinsichtlich der adeligen Gerichtsherren. Aus diesem Grund wurde ebenfalls 1848 eine direkte Besteuerung von Einkommen, sowohl aus Kapitalvermögen als auch aus Arbeitsleistung, eingeführt, welche die Verluste für den Fiskus kompensieren musste und für die Zukunft eine der wichtigsten Arten der Besteuerung werden sollte. (Volkert, in: Spindler, Handbuch IV/I, S. 253).

¹³⁸⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 11 ff.

¹³⁸⁷ So Montgelas, in: KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 11.

¹³⁸⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 130 ff.

¹³⁸⁹ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 3, S. 12.

¹³⁹⁰ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 387.

¹³⁹¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 6, S. 204.

¹³⁹² KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 90 ff.

¹³⁹³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 151.

¹³⁹⁴ Dr. Julius Adolph Freiherr von Niethammer, geb. 21.08.1798, gest. 23.06.1882, Gutsbesitzer in Niederbayern, 1826 – 1837 Prof. Nationalökonomie, 1857 – 1882 Präsident Landwirtschaftlicher Verein (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Niethammer)

de.¹³⁹⁵ Diese Fassung zielte zwar auch auf eine Rückwirkung des Gesetzes ab, verlegte aber den Entschädigungszeitpunkt auf den 18. April 1848, den Tag, an dem die Regierung den Entwurf eingebracht hatte, und versuchte damit, den Stichtag weniger willkürlich erscheinen zu lassen. In der speziellen Diskussion zu dieser Rückäußerung der zweiten Kammer am 26. Mai 1848, die abermals beherrscht war von der Rückwirkungsproblematik und der Verwahrung gegen die entschädigungslose Aufgabe der Gerichtsbarkeit,¹³⁹⁶ trat nun auch Justizminister Heintz in Erscheinung und brachte wie gewohnt die Sachlage auf den Punkt.¹³⁹⁷ Er stellte die Umstände dar, dass nur in den Gebieten, in denen eine überzogene Taxordnung für die standes- und gutsherrlichen Gerichte bestand, mit den Gerichten überhaupt an eine Gewinnerzielung zu denken war. Nun war es aber so, dass diese Taxordnung, anders als die Gerichtsbarkeit selbst, kein von Krone und Verfassung garantiertes Recht, vielmehr an sich der Erlass einer allgemein gültigen, angemessenen, niedrigeren Taxordnung durch die Krone geboten gewesen wäre. Diese hätte zur Folge, dass alle Gerichte keine Gewinne mehr abwerfen würden, somit eine Entschädigung für ein pekuniär wertloses Recht auch nicht entrichtet werden müsse. Dies vor Augen hielt Heintz die Fassung des Ausschusses der ersten Kammer und der Kammer der Abgeordneten, die noch eine gewisse Entschädigung gewährte, durchaus für annehmbar.¹³⁹⁸ Zudem erkannte er auch den Kernpunkt des Problems, das nämlich, obgleich stets über die Frage der Entschädigung diskutiert wurde, kein pekuniäres war. Insofern zeigt sich, dass durchaus auch der Teil des Ablösungsgesetzes, der an sich ausschließlich die Justizreform betraf, auch soziale Reform bedeutete. Es ging nämlich im Kern nicht um Entschädigung, die von den Gerichtsherren bereits seit 1831 für ihre, rein finanziell betrachtet, wertlosen Gerichte in Anspruch genommen hätte werden können, sondern um die Aufgabe von ständischen Privilegien, die dem Adel eine gehobene Autorität gegenüber seinen früheren Untertanen und jetzigen Mitbürgern einräumten und sogar die Ausübung von Staatsgewalt gestatteten. Treffend erkannte der Abgeordnete Schwindl in seinem Vortrag über den Gesetzentwurf, dass das „schönste Vorrecht des Adels [...] hiermit verloren“¹³⁹⁹ gehe. Heintz drückte sich gegenüber dem Adel in der ersten Kammer freilich gemäßigter aus und bekräftigte, dass das „Opfer“ der Gutsherrn dahingehend gewürdigt werde.¹⁴⁰⁰

Die Kammer der Reichsräte ließ sich schließlich auf die Modifikation ein, eine Rückwirkung auf den Stichtag des 18. April 1848 zuzulassen, so dass der Entwurf in diesem Punkte so am 04. Juni 1848 mit dem Landtagsabschied als Gesetz¹⁴⁰¹ erlassen werden

¹³⁹⁵ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 90.

¹³⁹⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 302 ff.

¹³⁹⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 318 f.

¹³⁹⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 319.

¹³⁹⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 55.

¹⁴⁰⁰ „Was das moralische betrifft, so wird es das Land gewiß zu würdigen wissen, und ich gehöre auch zu denen, welche das Opfer nicht als klein betrachten.“ (Heintz, in: KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 324).

¹⁴⁰¹ GVBl. 1848, Sp. 97 ff.

konnte.¹⁴⁰² Zweifelsohne bedeutete das Gesetz einen wichtigen Schritt von der Entwicklung des Königreichs Bayern weg vom Feudalstaat hin zu einer Konzentration der Gerichtsbarkeit allein in der Gewalt des Staates, also zum modernen Rechtsstaat frei von ständischen Vorrechten.¹⁴⁰³

[6]. *Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklage*

[a]. *Ministerverantwortlichkeit*

Die Stellung der Minister, die in starker Abhängigkeit zum Monarchen standen und der Kontrolle durch die Ständeversammlung weitestgehend entzogen waren,¹⁴⁰⁴ war einer der Hauptkritikpunkte der Parlamentarier im Vormärz. Zwar sprachen die Verfassungen von 1808 und 1818 sowie Verordnungen eine Ministerverantwortlichkeit an,¹⁴⁰⁵ doch war hierbei eine solche Verantwortung nur gegenüber König und Verfassung zu erkennen.¹⁴⁰⁶ Aus der Verfassung von 1818 konnte hingegen bereits eine gewisse Verantwortlichkeit gegenüber der Ständeversammlung herausgelesen werden, insbesondere wenn man die Minister unter den Begriff „höhere Staatsbeamte“ fallen ließ und somit dem Parlament zumindest ein Anklagerecht für vorsätzliche Verfassungsverletzungen einräumte. Allgemein waren aber die Formulierungen der Verfassung zu stark auslegungsbedürftig, als dass man hierbei tatsächlich eine umfassende Verantwortung gegenüber dem Parlament konstruieren hätte können, vielmehr war die Verfassung selbst und allem voran der König der zentrale Punkt, auf den sich die Verantwortung der Minister konzentrierte.¹⁴⁰⁷ Da aber noch weniger dem verfassungsgebenden König eine Verantwortung gegenüber dem Parlament zugeschoben werden konnte, da der Monarch nicht einmal Staatsorgan war, sondern vorkonstitutioneller und verfassungsgebender Herrscher, der als Souverän über dem Staat stand und der die Staatsgewalt direkt von Gottes Gnaden anvertraut bekommen hatte,¹⁴⁰⁸ konnte man im Punkte der Verantwortlichkeit nur bei den Ministern ansetzen. Eine klare gesetzliche Verankerung der Ministerverantwortlichkeit war daher eine der frühesten Forderungen des bayerischen Parlamentarismus im Vormärz, wurde

¹⁴⁰² KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 12.

¹⁴⁰³ Das Gesetz betraf nur die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit, nicht andere Formen der Privatgerichtsbarkeit, die auf anderen Titeln ruhten. So bestand die Zivilgerichtsbarkeit der Fürsten von Thurn und Taxis bis zur Einführung des BGB im Jahre 1900, denn diese wurde sowohl in dem Grund ihrer Entstehung, in Form königlicher Deklaration (RegBl. 1812, Sp. 842 ff.) und der dieser Deklaration vorangegangenen hoheitlichen Zugeständnisse vonseiten des Fürstprimas Dalberg, als auch in der Art ihrer Wirksamkeit als wesentlich verschieden und daher vom Gesetz als nicht betroffen interpretiert. Die fürstliche Gerichtsbarkeit war ein Privileg durch die Krone und eben nicht eine standesherrliche. (Ausführlich hierzu: Piendl, Die Gerichtsbarkeit des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg, in: Schottenloher, Bayern, S. 303 ff.).

¹⁴⁰⁴ S.o. S. 166 ff.

¹⁴⁰⁵ Titel III § 1 BV 1808; Verordnung die Bildung und Einrichtung der obersten Stellen des Staats betreffend (RegBl. 1817, Sp. 49 ff.); Kabinettsbefehl an den Staatsrath und die königlichen Staatsministerien (RegBl. 1817, Sp. 330 ff.).

¹⁴⁰⁶ Teutsch, Ministerverantwortlichkeit, S. 24.

¹⁴⁰⁷ Teutsch, Ministerverantwortlichkeit, S. 26 ff.

¹⁴⁰⁸ Seydel, Staatsrecht I, S. 352; Seydel, Staatsrecht II, S. 295.

bereits auf der ersten Ständerversammlung im Jahre 1819 ausgesprochen und verstummte auch bis 1848 nicht mehr.¹⁴⁰⁹ Wie in der Thronrede von Maximilian II. angekündigt, legte Justizminister Heintz der Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf „die Verantwortlichkeit der Minister betreffend“¹⁴¹⁰ am 08. April 1848 vor.¹⁴¹¹

Der 14 Artikel umfassende Gesetzentwurf regelte entsprechend seinem Titel die Ministerverantwortlichkeit, damit also die Einführung des Grundsatzes, dass sämtliche Regierungsanordnungen zu ihrer Wirksamkeit der Gegenzeichnung durch einen Minister bedurften. Zudem bedeutete dies für die jeweiligen Minister, dass sie nach Prüfung der Verfassungs- und Gesetzesmäßigkeit durch ihre Gegenzeichnung die volle Verantwortung für die Rechtmäßigkeit des Inhalts der erlassenen Regierungsanordnungen übernehmen mussten. Mit der Umsetzung dieser Grundsätze, die an sich bereits in den Verfassungen von 1808 und 1818 allgemein angelegt waren,¹⁴¹² sollte eine weitere Garantie gegen staatliche Willkür und Machtmissbrauch geschaffen werden.¹⁴¹³ Der Gesetzentwurf musste zur Durchführung dieser Verantwortlichkeit zwingend die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Minister vom Monarchen fördern und parallel hierzu ihre Gebundenheit an Einhaltung der Verfassung und der Gesetze sowie die Wahrung und Wahrnehmung der Interessen der Nation fixieren.¹⁴¹⁴ Durch Art. 1 – 7 dE sollten die notwendigen Grundlagen für die Verwurzelung der Ministerverantwortlichkeit geschaffen werden. Um eine gewisse Unabhängigkeit der Minister zu gewährleisten, sollten diese nur aus den höchsten Beamten, den Staatsräten, ernannt werden und sollte auch das unbeliebte Institut der Ministerverwesung, also der nur kurzzeitigen Verwaltung eines Ministeriums, wie es gerade in der unmittelbaren Vergangenheit gehäuft Usus gewesen war, eingedämmt werden, Art. 1, 2 dE. Durch Art. 3, 4 dE sollte die Wirkung der Ministerverantwortlichkeit hinsichtlich der Regierungsanordnungen festgelegt werden, also die Nichtvollziehbarkeit von Regierungsanordnungen, die keine Gegenzeichnung durch den jeweiligen Minister erfahren hatten, zudem wurde als weitere Sanktion eine Strafbarkeit wegen Missbrauchs der Amtsgewalt derjenigen Beamten begründet, die nicht gegenzeichnete Gesetze vollzogen. Art. 5, 6 dE regelten die eigentliche Ministerverantwortlichkeit, also die Übernahme der vollkommenen Verantwortung für die Verfassungs- wie auch allgemeine Gesetzmäßigkeit der Regierungsanordnungen durch ihre Gegenzeichnung. Die Festsetzung der Verantwortung der Minister auf die allgemeine Gesetzmäßigkeit stellte eine erhebliche Erweiterung hinsichtlich der bis dato geltenden Regelungen dar, die nur für vorsätzliche Verfassungsverletzungen der Minister galt. Im Falle, dass nun ein Minister von der Rechtswidrigkeit einer von ihm verlangten Amtshandlung überzeugt gewesen war, konnte er deren Vornahme unter Darbietung einer Gegenvor-

¹⁴⁰⁹ Etwa: Rep. KdRR/KdA 1819, S. 541; Rep. KdRR/KdA 1822, S. 159; Rep. KdRR/KdA 1831 S. 447 ff.; Rep. KdRR/KdA 1843, S. 120; Rep. KdRR/KdA 1845/46, S. 56.

¹⁴¹⁰ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 145

¹⁴¹¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 291.

¹⁴¹² Seydel, Staatsrecht II, S. 287 ff.

¹⁴¹³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 149.

¹⁴¹⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 149 f.

stellung verweigern und im Falle der Erfolglosigkeit seiner Gegenvorstellung die Enthebung aus dem Ministeramte verlangen, ohne den Verlust irgendwelcher Ansprüche aus seinem Dienstverhältnis befürchten zu müssen, die zudem in der Regel durch die Aufnahme in den Staatsrat vermehrt wurden, Art. 7 dE. Diese Verantwortlichkeit der Minister begründete selbstverständlich nicht nur das Recht, die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit zu prüfen und sich entsprechend zu verhalten, sondern demgegenüber auch die entsprechende Pflicht. Zur Gewährleistung der Wahrnehmung dieser Pflicht nannte der Gesetzentwurf auch die Ministeranklage zu einem Staatsgerichtshof bei Fehlverhalten der Minister, Art. 9 dE. Weiter wurden bereits die Hauptgrundlagen für die Prozesse vor diesem Staatsgerichtshof konstatiert, im Übrigen wurde aber hinsichtlich der Zusammensetzung und des Verfahrens auf ein besonderes Gesetz verwiesen. Entsprechend dem GrundIG sollten auch vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlungen nach dem Öffentlichkeits- und Mündlichkeitsgrundsatz sowie unter der Zuziehung von Geschworenen zur Tatbestandsaufnahme gestaltet werden, Art. 10 dE. Die Verfolgung vor dem Staatsgerichtshof sollte neben einer vor den Straf- oder Zivilgerichten stehen und nicht etwa eine die andere ausschließen, Art. 13 dE. Was allerdings in Art. 12 dE ausgeschlossen sein sollte, war das königliche Recht der Begnadigung ohne die Zustimmung durch die Stände des Reichs – anderenfalls wäre dem kollusiven Zusammenwirken von König und Ministern Tür und Tor geöffnet gewesen und damit gerade der Sinn und Zweck des Gesetzentwurfes, nämlich die Vermeidung etwaiger Willkür der Staatsregierung, vereitelt worden. Der Referent des zuständigen Ausschusses, Edel, hatte noch eine Reihe von Änderungen zu diesem Entwurf, die aber lediglich die ohnehin im Entwurf enthaltene Tendenz verstärkten, dass eine Steigerung der Selbständigkeit der Minister und der Besserstellung des Parlamentes gegenüber den Ministern erfolgte.¹⁴¹⁵ Der Grundgehalt des Entwurfes und seiner Vorschriften wurde aber nicht verändert. Edels Fassung wurde weitgehend vom Ausschuss und dem Plenum der zweiten Kammer angenommen und auch in der Kammer der Reichsräte nicht mehr verändert, so dass der Entwurf in dieser Fassung mit Landtagsabschied am 04. Juni 1848¹⁴¹⁶ als Gesetz¹⁴¹⁷ erlassen werden konnte.

Mit dem Gesetz wurde die Machtvollkommenheit des Königs zugunsten seiner Minister und des Parlaments deutlich geschmälert, was der König auch selbst erkannte und weshalb er das Gesetz zunächst nicht sanktionieren wollte.¹⁴¹⁸ Umstimmen ließ er sich erst durch Innenminister Thon-Dittmer, der ihm entschieden nahelegte, das Gesetz zu sanktionieren, indem er darauf hinwies, dass die Nichterfüllung der in der Thronrede zugesagten Märzforderungen unweigerlich zu neuen politisch motivierten Unruhen führen würde.¹⁴¹⁹ Zweifellos bereute Maximilian II. das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit und empfand dadurch „das monarchische Prinzip in seinem inneren Wesen verletzt, weil nicht mehr der Monarch Wächter der Verfassung gegen über den Kammern,

¹⁴¹⁵ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 824.

¹⁴¹⁶ KdA Protokolle, Bd. 8, S. 11.

¹⁴¹⁷ GVBl. 1848, Sp. 69.

¹⁴¹⁸ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 826.

¹⁴¹⁹ Finken, Thon-Dittmer, S. 301; Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 826.

sondern diese [die Minister] ausdrücklich den Kammern verantwortlich gemacht sind. Auch factisch ist dies nicht gleichgiltig, weil die Minister, denen durch jenes Gesetz ein bestimmtes nicht unbedeutendes Einkommen gesichert ist, vorkommenden Falls eher geneigt sein können, bei monarchischen Maßnahmen sich den Ansichten des Monarchen entgegenzustellen.“¹⁴²⁰

[b]. Staatsgerichtshof

Neben den allgemeinen Bestimmungen zum Staatsgerichtshof, zur Ministeranklage und zum Verfahren hierzu, die im Gesetz zur Ministerverantwortlichkeit enthalten waren, wurde von der Kammer der Abgeordneten der Wunsch an Maximilian II. herangetragen, dass ein eigener Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Staatsgerichtshofs und zum Verfahren bei der Ministeranklage spätestens dem nächsten Landtag vorgelegt werden solle.¹⁴²¹ Diesem Wunsch wurde dahingehend entsprochen, dass sogleich am 25. April 1848 ein Entwurf eines Gesetzes „den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklage gegen Minister“¹⁴²² von Justizminister Heintz vorgelegt wurde.¹⁴²³ Der Entwurf umfasste 59 Artikel und regelte in Art. 1 – 15 die Organisation des als Schwurgericht ausgestalteten Staatsgerichtshofes, sodann in Art. 16 – 59 den Verfahrensgang samt Urteilsfindung und Schlussvorschriften.

Gem. Art. 1 dE sollte der Staatsgerichtshof aus einem Vorstand, sechs Richtern und zwölf Geschworenen bestehen. Vorstand des Staatsgerichtshofes sollte der Präsident des Obersten Gerichtshofes sein, und auch die Richter sollten vom Obersten Gerichtshof gestellt werden, Art. 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 dE. Von den höchsten Richtern des Königreichs versprach man sich die beste Erfahrung, Gründlichkeit und Integrität.¹⁴²⁴ Dennoch sollte auch eine Ablehnung von Richtern beiden Parteien, Ankläger wie Angeklagtem, möglich sein. Allerdings war die Zahl der abzulehnenden Richter auf sechs Personen beschränkt, und Ablehnungsgründe mussten und durften nicht dargelegt werden, Art. 12 – 14 dE. Die Anklage sollte von den Kammern wahrgenommen werden, dafür hatten sie sich über einen besonderen Ausschuss über die Anklage zu vereinigen und diese sodann über eine aus ihrer Mitte gebildeten Vertretung durchzuführen, indem sie die Anklageakte dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes übergab, Art. 4 dE. Ein Staatsanwalt sollte damit nicht am Verfahren beteiligt werden. Die Geschworenen sollten zwar zum einen das Gericht „möglichst volksthümlich“ prägen, dennoch sollte mit einer Beschränkung des für das Amt in Frage kommenden Personenkreises eine erhöhte Integrität der Geschworenen gewährleistet werden.¹⁴²⁵ So hätte man, um als Geschworener für den Staatsgerichtshof in Frage zu kommen, entweder Bürgermeister, Magistratsrat, Notar,

¹⁴²⁰ BayHStA, (GHA) Nachlass Maximilian II., 76/6/36, „Klar geworden“, Berchtesgaden 24.08.1854 (zitiert nach: Krauss, Herrschaftspraxis, S. 100 f.

¹⁴²¹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 824.

¹⁴²² KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 327 ff.

¹⁴²³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 340.

¹⁴²⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 23.

¹⁴²⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 24.

Advokat oder ein Staatsbürger sein müssen, der mindestens 20 fl. direkte Steuern zahlte, Art. 2 dE. Wegen unterstellter Parteilichkeit wären Kammermitglieder der Ständeversammlung, Staatsdiener und Militärpersonen sowie Geistliche vom Geschworenenamt ausgeschlossen gewesen, zudem die üblichen Personen, denen man nicht die nötige Reife oder Würde zugestand, nämlich Personen unter 30 Jahren oder solche, die wegen Fälschung, Betrug, Diebstahl oder Unterschlagung verurteilt worden waren, Art. 3 dE. Die Geschworenenwahl sollte nach Anklageerhebung zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes erfolgen, sollte mehrstufig geschehen und wäre direkt durch den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes bei den Kreisregierungen veranlasst worden, um jeglichen Einfluss der Ministerien auf die Wahl auszuschließen, Art. 4 dE.¹⁴²⁶ Die Wahl sollte, wie auch die Abgeordnetenwahl,¹⁴²⁷ eine indirekte Wahl über Wahlmänner sein, die sodann die Geschworenen zu wählen gehabt hätten. Aus Praktikabilitätsgründen und Kostengesichtspunkten sollten für die Geschworenenwahl dieselben Wahlmänner zuständig sein, die bereits für die Wahlen für die Ständeversammlung aufgestellt worden waren, Art. 6 dE. So sollte eine Liste von 40 Geschworenen aufgestellt werden, Art. 5 dE, was den Parteien eine realistische Ablehnungsmöglichkeit von Geschworenen geben sollte, Art. 25 dE.¹⁴²⁸ Art. 16 ff. dE regelten den eigentlichen Verfahrensgang vor den Staatsgerichtshof, wobei man sich auch hierbei entsprechend Art. 15 GrundlG an dem in der Pfalz geltenden französischen Strafprozess orientierte, weshalb neben der Zuziehung von Geschworenen insbesondere auch die Öffentlichkeit und Mündlichkeit sowie das Anklageprinzip Grundmaximen des Verfahrens sein sollten.¹⁴²⁹

Der Sitzungstag, zu dem alle Beteiligten rechtzeitig vom Gericht zu laden gewesen wären und der mindestens 14 Tage vor dem Verhandlungstermin im Amtsblatt aller Kreise hätte bekanntgemacht sein müssen, Art. 16 dE, sollte mit der Bildung der Geschworenenbank aus dem Geschworenenkatalog beginnen, wenn sich alle Mitglieder des Gerichtshofes, Anklage, Angeklagter und mindestens 30 Geschworene eingefunden hatten, Art. 19, 20 dE – nicht erschienene Geschworene sollten bei unzureichender Entschuldigung mit Geldstrafe belegt werden können, Art. 21 dE. Aus den anwesenden Geschworenen sollten die nötigen zwölf Personen durch Ziehung ihrer Namen aus einer Urne ausgelost werden, Art. 23, 24 dE. Auch hier hätten Anklage und Angeklagter ohne die Benennung der Ablehnungsgründe die gezogenen Geschworenen sogleich nach der Ziehung ablehnen können, Art. 25, 27 dE, was allerdings darin seine Beschränkung finden sollte, dass eine Ablehnung beim Verbleib von lediglich noch 14 wählbaren Geschworenen nicht mehr möglich gewesen wäre, Art. 28 dE. Nach Vereidigung der Geschworenen, Art. 30 dE, und Besetzung der Geschworenenbank hätte der Gerichtsschreiber auf Anordnung des Gerichtsvorstandes die Anklage zu verlesen gehabt, Art. 31 dE, sodann wäre der Angeklagte befragt worden und wäre man in eine etwaige Beweisaufnahme eingetreten, bei der die Anklage und der Angeklagte ihre Beweismittel zu bezeichnen

¹⁴²⁶ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 25.

¹⁴²⁷ S.o. S. 70 ff.; auch nach neuem Landtagswahlgesetz fand eine indirekte Wahl statt (s.u. S. 224 ff.).

¹⁴²⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 25.

¹⁴²⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 26.

gehabt hätten, Art. 32 dE. Art. 33 ff. dE regelten insbesondere die Zeugenvernahme unter Leitung des Gerichts. Nach Befragung des Angeklagten und dem Schluss der Beweisaufnahme sollten Anklage und im Anschluss die Verteidigung ihre Plädoyers samt den Anträgen halten, und der Gerichtsvorstand sollte im Anschluss die Verhandlung als geschlossen erklären, Art. 36 dE. Der Gerichtsvorstand hätte sodann den Geschworenen die Tatbestandsmerkmale der von der Anklage vorgebrachten Gesetzesübertretungen erörtert, ohne aber selbst einen Tatsachenvortrag oder eine Beweiswürdigung anzustellen, und sollte dann den Geschworenen konkrete Fragen stellen, die mit ja oder nein zu beantworten waren, Art. 42 dE – zu Tatbegehung samt Verschulden des Angeklagten sowie gesonderte Fragen zur Schuld des Angeklagten, namentlich Erschwerungs- oder Milderungsgründe, Art. 37, 38 dE. Gegen diese Fragen hätten sich sowohl Anklage wie Verteidigung wehren können, da es ihnen möglich war, Erinnerung zu Gericht einzulegen, Art. 39 dE. Anschließend sollten sich die Geschworenen isoliert zur Beratung und Beantwortung der vom Gericht gestellten Fragen zurückziehen, Art. 40 dE.

Für eine wirksame Entscheidung der Geschworenen wäre grundsätzlich eine Stimmenmehrheit von mindestens acht Stimmen erforderlich gewesen, lediglich bei der Beantwortung der Frage der Milderungsgründe hätte die absolute Mehrheit genügt – bei Stimmengleichheit wäre zugunsten des Angeklagten entschieden worden, Art. 43 dE. Nach erfolgter Beschlussfassung sollten die Geschworenen wieder in den Sitzungssaal treten und auf Frage des Gerichtsvorstandes ihre Entscheidung verlesen, Art. 45 dE. Wäre der Angeklagte von den Geschworenen als nicht schuldig befunden worden, so wäre ein Freispruch ergangen und wären die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt worden, Art. 46 dE. Wären die Geschworenen zu einer Schuld des Angeklagten gekommen, sollte die Anklage abermals ihre Anträge stellen, die gegebenenfalls auch noch weiter entwickelt werden hätten können, und auch der Angeklagte und dessen Verteidiger hätten nochmals die Gelegenheit zur Rückäußerung gehabt, Art. 47, 48 dE. Daraufhin hätte sich das Gericht zur Urteilsfindung zurückgezogen, Art. 49 dE, geprüft, ob die vom Angeklagten begangene Tat, deren er von den Geschworenen für schuldig befunden wurde, ein Gesetz verletzte, und hätte in dieser Frage mit absoluter Stimmenmehrheit entschieden, Art. 50, 51 dE. Je nach Entscheidung wäre sodann der Angeklagte freigesprochen und es wären die Kosten der Staatskasse auferlegt worden oder es wäre der Angeklagte zur gesetzlichen Strafe verurteilt worden und es wären ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt worden, Art. 51, 52 dE. Ein Urteil hätte zu seiner Wirksamkeit schriftlicher Entscheidungsgründe mit Angabe der Gesetzesstellen und Rechtsansichten und seiner Verkündung in der Sitzung bedurft, die daraufhin geschlossen worden wäre. Art. 53, 54 dE.

Art. 55 ff. dE betrafen noch die Ausfertigungen des Urteils, Kostenregelungen und Inkrafttreten des Gesetzes.

Obgleich die Vorlage des Entwurfes von der Ständeversammlung ausdrücklich gewünscht wurde, von der Kammer der Abgeordneten teilweise auch wieder auf Vorlage gedrängt wurde, kamen die Kammern auf dem Reformlandtag nicht mehr dazu, den Entwurf zu beraten, und erbaten im Gesamtabschluss zum Gesetzentwurf die Verantwortlichkeit der Minister betreffend die unverzügliche Wiedervorlage des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklage der Minister bei der nächsten Ständeversammlung.¹⁴³⁰ Dennoch hatte Heintz mit dem Entwurf bereits auf dem Reformlandtag 1848 das erste, den neuen Grundsätzen des GrundlG verpflichtete strafprozessuale Gesetz vorgelegt, wenn es auch in seiner Ausgestaltung und Formulierung noch etwas ungenau und kompliziert wirkte, was unzweifelhaft an dem enormen Zeitdruck lag, unter dem die Regierung auf dem Reformlandtag 1848 stand.

Tatsächlich wurde ein neuer Gesetzentwurf¹⁴³¹ nicht wie zugesagt auf dem nächsten, sondern erst auf dem übernächsten Landtag¹⁴³² vorgelegt. Zunächst am 30. Mai 1849 der Kammer der Reichsräte.¹⁴³³ Der Gesamtbeschluss erfolgte am 21. März 1850,¹⁴³⁴ und das Gesetz wurde am 02. April 1850 im Gesetzblatt verkündet.¹⁴³⁵ Das im Vergleich zum Heintzschen Entwurf des Jahres 1848 um mehr als die Hälfte kürzere Gesetz, aber dennoch im Kern dieselben Regelungen treffend, regelte in seinen 22 Artikeln das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof, dessen Urteile nicht anfechtbar waren, Art. 22 dG, in Anlehnung an den Strafprozess, Art. 1 dG. Die Besetzung des Staatsgerichtshofes blieb unverändert, lediglich die Berufung und Auswahl der Geschworenen wurde gem. Art. 4 dG vereinfacht und mit der Wahl der Geschworenen für die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen verknüpft; durch die Landräte wurde hierdurch eine Geschworenenliste gebildet, aus der die beim Staatsgerichtshof heranzuziehenden Geschworenen zu entnehmen waren, diesen Ablauf regelten Art. 6, 7 dG. Durch Art. 8 – 12 dG wurde die Ablehnung der Richter wegen Befangenheit und die Verteidigung der Angeklagten geregelt. Art. 12 dG räumte den Anklagevertretern, die aus den Mitgliedern der Kammern des Landtages gewählt wurden, Art. 3 dG, die Befugnisse der Staatsanwaltschaft ein. Die Art. 14, 15, 16 dG regelten den Gang der Verhandlung und den Zeugen- und Sachverständigenbeweis, Art. 19 dG die Weiterleitung der Prozessakten an den Landtag. Das Gesetz kannte zudem in Art. 17, 18 dG auch Geldstrafen für unentschuldig ferngebliebene Geschworene. Die Anklage unterlag der Disposition des Landtages, auf dessen Veranlassung konnte die Anklage bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung zurückgenommen werden, Art. 20 dG, jedoch hatte die Auflösung des Landtages keinen Einfluss auf die Verhandlung, Art. 21 dG.

¹⁴³⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 9.

¹⁴³¹ KdRR 1849/50 Beilagen, Bd. 1 S. 59 ff.

¹⁴³² Zur begrifflichen Bezeichnung Landtag/Ständeversammlung S. 234 und Anm. 1548.

¹⁴³³ KdRR 1849/50 Beilagen Bd. 4, S. 1.

¹⁴³⁴ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 5 S. 472 ff.

¹⁴³⁵ GVBl. 1850, Sp. 133 ff.

Einzig größerer Diskussionspunkt bezüglich des Gesetzes war, dass keine Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgesehen waren. Die Empfehlung des Ausschusses der ersten Kammer ging dahin, zumindest die Wiederaufnahme des Verfahrens zu gestatten,¹⁴³⁶ eine Modifikation des Reichsrates Freyberg sah vor, wie auch bei allen anderen schwurgerichtlichen Urteilen neben der Wiederaufnahme des Verfahrens auch die Nichtigkeitsbeschwerde als Rechtsmittel zuzulassen.¹⁴³⁷ Heintz sprach sich gegen beide Modifikationen aus. Allenfalls die Wiederaufnahme wäre denkbar, wobei er eine solche aber nicht für nötig erachtete. Denn der Staatsgerichtshof sei mit den kompetentesten Richtern des Königreichs besetzt und bedürfe dieser Korrektur nicht. Eine Nichtigkeitsbeschwerde hielt Heintz für gänzlich undurchführbar. Zunächst könne sie ihren Zweck schon nicht erfüllen, da sie nicht an eine höhere Instanz gehen könne, was auf der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes aus den Richtern des Obersten Gerichtshofes basierte. Einziger Ausweg wäre, an einem mit anderen Richtern besetzten Staatsgerichtshof die Nichtigkeitsbeschwerde zu erheben, das wäre allerdings auf technische Schwierigkeiten gestoßen, denn es gab nur 21 Richter am Obersten Gerichtshof. Wenn aber der Staatsgerichtshof aus sechs Richtern und zwei Ersatzmännern bestehen musste und jede Partei sechs Richter ablehnen konnte, war die Zahl der Richter schon erschöpft, und eine Neubildung des Staatsgerichtshofes wäre nicht möglich gewesen.¹⁴³⁸ Die Kammer der Reichsräte konnte sich in diesem Punkt schließlich nicht entscheiden, so dass sie zunächst weder den Gesetzentwurf annahm noch eine der beiden Modifikationen.¹⁴³⁹ Schließlich kam aber das Gesetz in der Form zustande, dass keine Rechtsmittel gegen die Urteile des Staatsgerichtshofes statthaft waren, insbesondere weil auch die Kammer der Abgeordneten die Argumente von Heintz teilte.¹⁴⁴⁰

bb. Soziale und gesellschaftliche Reformen

[1]. Amnestiegesetz

Das Amnestiegesetz war am 04. April 1848 das erste Gesetz, das der Kammer der Abgeordneten vom neuen Justizminister Heintz im Entwurf¹⁴⁴¹ vorgelegt wurde.¹⁴⁴² Charakteristisch für Amnestierungen, sollte der unter der Leitung von Heintz erstellte Entwurf¹⁴⁴³ allem voran die revolutionäre Stimmung des Volks abmildern, den Aussöhnungsprozess zwischen Krone und Volk fördern und wieder für eine politisch gemäßigte und stabile Situation im Königreich sorgen. Aus diesem Grund hatte Maximilian II. bereits am 30. März 1848 eine Begnadigung hinsichtlich aller noch nicht vollzogenen, jedoch be-

¹⁴³⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 246.

¹⁴³⁷ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 247; zu den Rechtsmitteln im schwurgerichtlichen Verfahren s.u. S. 299 ff.

¹⁴³⁸ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 233 ff.

¹⁴³⁹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 247.

¹⁴⁴⁰ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 5, S. 472; GVBl. 1850, Sp. 133 ff.

¹⁴⁴¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff.

¹⁴⁴² KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 269.

¹⁴⁴³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 2.

reits festgesetzten Strafen für politisch motivierte Taten vor seinem Regierungsantritt ausgesprochen,¹⁴⁴⁴ damit von seinem Begnadigungsrecht gem. Titel VIII § 4 BV 1818 Gebrauch gemacht. Da sich das Begnadigungsrecht des Monarchen aber nach der Verfassung nicht auf anhängige Streitsachen oder angefangene Untersuchungen beziehen konnte, sollte nun mittels förmlichen Gesetzes dieses Begnadigungspatent dahingehend erweitert werden, dass auf legislativem Wege zudem eine Amnestierung für alle politisch motivierten Taten vor dem Regierungsantritt geschehen und damit nicht nur bereits festgesetzte Strafen aufgehoben, sondern auch dahingehende Untersuchungshandlungen und Gerichtsverfahren beendet werden sollten. Heintz begründete dies in den Motiven zum Gesetzentwurf damit, dass es für die erstrebte Aussöhnung von Krone und Volk nicht ausreiche, dass erst nach beendeter Untersuchung und Verurteilung die königliche Gnade der Strafaufhebung zuteil werde, sondern vielmehr bereits im Vorfeld eine Untersuchung und Verurteilung unterbleiben solle.¹⁴⁴⁵ Freilich sollten dadurch nicht auch Straftaten erfasst werden, die nur bei Gelegenheit der Revolution begangen wurden, sondern eben nur tatsächlich politisch motivierte Taten, die sich durch „die jüngst eingetretenen, außerordentlichen Zeitereignisse“¹⁴⁴⁶ ergeben hatten, weshalb in Art. 1 dE die entsprechenden politischen Straftaten mittels des Normzitates aufgeführt wurden, auf die sich die Amnestierung erstrecken sollte. Die Beschuldigten sollten sodann gem. Art. 3 dE ihre vollen politischen Rechte zurückerhalten.

Bereits am 07. April 1848 hielt Edel im Gesetzgebungsausschuss seinen Vortrag über den Gesetzentwurf.¹⁴⁴⁷ Dem Kern des Gesetzentwurfes zustimmend, war Edel der Überzeugung, dass der Entwurf die damit verfolgte Aussöhnung erreichen wird, dieser es sogar nicht verfehlen könnte, „den Dank der Nation für den Geber dieses Gesetzentwurfes zu ernten.“¹⁴⁴⁸ Dennoch veranlasste er im Gesetzgebungsausschuss neben Änderungen in der Formulierung zwei bedeutsame inhaltliche Änderungen an dem Gesetzentwurf. Der Gesetzentwurf sah keine Regelung hinsichtlich angefallener Untersuchungs- und Prozesskosten vor.¹⁴⁴⁹ Edel erwirkte, dass diese Kosten der Staatskasse zu Last fallen sollten, Art. 1 dG.¹⁴⁵⁰ Zudem sah der Entwurf lediglich eine Wiedereinsetzung des Beschuldigten in die politischen Rechte vor, die aufgrund der in Art. 1 dE genannten Delikte entzogen wurden.¹⁴⁵¹ Da aber durch gewisse Delikte nicht nur die politischen Rechte entzogen, sondern auch die zivilrechtliche Rechtsfähigkeit verloren werden konnte, veranlasste Edel die Änderung, dass gem. Art. 2 dG die volle zivilrechtliche wie auch staatsbürgerliche Rechtsfähigkeit wiederhergestellt wurde.¹⁴⁵² In der Kammer wurde der Entwurf mit

¹⁴⁴⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 2.

¹⁴⁴⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 3.

¹⁴⁴⁶ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 2.

¹⁴⁴⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 153 ff.

¹⁴⁴⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 153.

¹⁴⁴⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 1.

¹⁴⁵⁰ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 155 f.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 6; GVBl. 1848, Sp. 14.

¹⁴⁵¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 2.

¹⁴⁵² KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 156; KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 6; GVBl. 1848, Sp. 15.

den vom Ausschuss empfohlenen Modifikationen nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.¹⁴⁵³ Allerdings fügte man dem Gesetz noch den Wunsch Closens bei, dass Dr. Johann Gottfried Eisenmann und Bürgermeister Wilhelm Josef Behr eine angemessene Entschädigung vonseiten des Staates gewährt werden sollte.¹⁴⁵⁴ Eisenmann war wegen seiner publizistischen Tätigkeit des „fortgesetzten Verbrechen des nächsten Versuchs zum Hochverrat“ und des „fortgesetzten Verbrechen der Majestätsbeleidigung zweiten Grades“ angeschuldigt und bereits seit 1832 inhaftiert, 1836 schließlich rechtskräftig verurteilt worden;¹⁴⁵⁵ ebenso verhielt es sich bei Behr.¹⁴⁵⁶ Beide wurden bereits 1847 amnestiert und aus der Haft entlassen, doch nicht vollkommen rehabilitiert und auch nicht für die langjährige Festungshaft entschädigt.¹⁴⁵⁷

In der Kammer der Reichsräte ging die Beratung über die Fassung der Kammer der Abgeordneten zügig vonstatten, lediglich über den beigefügten Wunsch hinsichtlich der Entschädigungen wurde etwas mehr diskutiert;¹⁴⁵⁸ schließlich wurden aber sowohl der modifizierte Gesetzentwurf als auch der beigefügte Wunsch von den Reichsräten einstimmig angenommen.¹⁴⁵⁹ Der Gesamtbeschluss über das Gesetz erfolgte am 13. April 1848,¹⁴⁶⁰ und der König erhob bereits zwei Tage später, am 15. April 1848, diese Fassung zum Gesetz. Auch dem beigefügten Wunsch wurde entsprochen, die Entschädigung war am Schluss der Ständerversammlung bereits bewilligt worden¹⁴⁶¹ und Eisenmann und Behr erhielten im Anschluss jeweils eine Entschädigung von 10.000 fl.¹⁴⁶²

Bereits bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes wurde deutlich, dass die Kammer der Abgeordneten die neue Regierung, in den Kernkompetenzen, Inneres, Justiz und Finanzen ausschließlich mit Ministern aus der Mitte der Kammer der Abgeordneten besetzt war,¹⁴⁶³ begrüßte und dieser gegenüber auch voll des Vertrauens war. Dies galt natürlich insbesondere auch für den neuen Justizminister Karl Friedrich Heintz, erwartete man doch von dem pfälzischen Appellationsgerichtsrat die Durchführung der langersehnten Justizreformen. Hinsichtlich der Vertrauensstellung der neuen Minister äußerte sich der Abgeordnete Pfarrer Dr. Johann Dittmar,¹⁴⁶⁴ ein Studienfreund von Heintz und ebenfalls

¹⁴⁵³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 372.

¹⁴⁵⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 370 f.

¹⁴⁵⁵ Hoffmann, Eisenmann, S. 28, 32.

¹⁴⁵⁶ Wagner, Behr, S. 49 ff.

¹⁴⁵⁷ Hoffmann, Eisenmann, S. 52; Wagner, Behr, S. 59.

¹⁴⁵⁸ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 164 ff.

¹⁴⁵⁹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 177.

¹⁴⁶⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 6.

¹⁴⁶¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 7.

¹⁴⁶² Hoffmann, Eisenmann, S. 56; Wagner, Behr, S. 60

¹⁴⁶³ Thon-Dittmer (Kammerzugehörigkeit 1840-1843); Heintz (Kammerzugehörigkeit 1845 – 1848); Lerchenfeld (Kammerzugehörigkeit 1845 – 1866).

¹⁴⁶⁴ Dr. Johann Dittmar, geb. 25.04.1801, gest. 31.01.1877, Schule München, Medizinstudium Würzburg, Theologiestudium Erlangen, 1820 Mitglied Würzburger Burschenschaft, 1821 Mitglied Jünglingbund, 1824 Consilium abeundi in Erlangen, vorher Untersuchungshaft in München, Dekan und Kirchenrat Bayreuth, 1843 Dr. theol., ab 11.01.1848 im Landtag als Nachfolger von Emil Karl Friedrich Moriz Wagner, (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Dittmar; Höhne, Bubenreuther Nr.

wie dieser ein Mitglied der Bubenreuther,¹⁴⁶⁵ bei der Diskussion zum Amnestiegesetz dahingehend, dass die Kammer diesen von Heintz eingebrachten Gesetzentwurf vollkommen ohne Modifikationen annehmen sollte, um dem Ministerium das Vertrauen auszusprechen, was wie gesehen zwar letztlich nicht geschah, doch ein Vertrauensbeweis gegenüber der neuen Regierung sein sollte.¹⁴⁶⁶

[2]. Jagdgesetz

Im Zusammenspiel mit der Ablösung der Grundlasten und der Entwicklung des Königreichs Bayern weg vom Feudalstaat fiel auch die vollkommene Umgestaltung der Grundlagen des Jagdrechts. Hatte im Feudalstaat der vorhergehenden Jahrhunderte das Jagdrecht, auch auf fremdem Grund, als das Privileg der Landesherren bestanden, wurden im Rahmen der Freiheitsbewegung auch die Rufe nach einer freien Jagd im 18. und 19. Jahrhundert laut.¹⁴⁶⁷ Wie in so vielen Punkten der Reformgesetzgebung war auch beim Jagdrecht die Pfalz wieder das Musterbeispiel für die rechtsrheinische Gesetzgebung.¹⁴⁶⁸ Durch das dort geltende französische Recht war hier das Jagdrecht bereits auf den noch heute bestehenden Grundsatz gestellt,¹⁴⁶⁹ dass das Jagdrecht untrennbarer Ausfluss des Grundeigentums ist und damit dem jeweiligen Grundeigentümer auf seinem Grund und Boden zusteht, ohne als selbständiges dingliches Recht begründet werden zu können, unabhängig von Stand oder Klasse und gerade nicht als Privileg eines adeligen Landesherren. Neben dieser Wandlung des Verständnisses hinsichtlich des tatsächlichen Jagdrechts war auch die Frage und insbesondere die Art der Jagdausübung durch den privilegierten Adel keine seltene Beschwerde der Grundeigentümer an die Ständeversammlung.¹⁴⁷⁰ Dadurch, dass viele Jagdherren Wert auf eine möglichst hohe Wilddichte legten,¹⁴⁷¹ um bestmöglich große Gesellschaftsjagden durchführen zu können, erhöhte sich mit dem Wildbestand auch die Zahl der Wildschäden. Daneben war auch die (Gesellschafts-)Jagd zu Pferd noch weit verbreitet und üblich, bei der auch keinerlei Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen wurde, etwa frisch bestellte Felder.¹⁴⁷² Sowohl Jagd- wie Wildschäden

538, S. 74.).

¹⁴⁶⁵ Auch gegen ihn wurde im Zusammenhang mit dem Auszug der Studenten nach Altdorf in Erlangen das *Consiulium abeundi* ausgesprochen (Höhne, Bubenreuther Nr. 538, S. 74).

¹⁴⁶⁶ „Nach langen schweren Jahren eines gerechten Mißtrauens gegen ein herrisches und unvolksthümliches Ministerium, welches mit seinen Theorien von Prärogativen der Krone fast alle Zweige des konstitutionellen Lebens welken gemacht und verkümmert hat, befinden wir und jetzt einem Ministerium gegenüber, welches, ich darf es im Namen der Kammer und gewiss auch des besten Theiles im Volke aussprechen, unser volles Vertrauen hat. Wollen wir demselben ein Vertrauens-Votum geben durch unverstükelte Annahme des ersten eingebrachten Gesetzes.“ (Dittmar, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 334).

¹⁴⁶⁷ Welsch, Über Stetigung und Ablösung der bauerlichen Grundlasten, S. 203 ff.

¹⁴⁶⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 305.

¹⁴⁶⁹ In Frankreich wurde das Jagdrecht 1790 reformiert (Bartenstein, Zur Theorie des bayerischen und preußischen Jagdrechts, S. 11).

¹⁴⁷⁰ Götschmann, Parlamentarismus, S. 872.

¹⁴⁷¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 553.

¹⁴⁷² Gülsdorff, Entwicklung des bayerischen Jagdrechts, S. 103.

wurden teilweise nur zu einem Bruchteil den Bauern ersetzt, so dass „der Fleiß des Landmannes an manchem Orte zu Grunde gegangen“¹⁴⁷³ ist. Nach Pfälzer Vorbild wurde nun am 16. Mai 1848 von Finanzminister Lerchenfeld der Gesetzentwurf die „Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins betr.“¹⁴⁷⁴ der Kammer der Abgeordneten vorgelegt.¹⁴⁷⁵ Ursprünglich war die Vorlage des Gesetzes erst für den nächsten Landtag vorgesehen,¹⁴⁷⁶ Lerchenfeld versprach aber in der Verhandlung zu Art. 6 AblG die Vorlage des Jagdgesetzes noch auf dieser Ständerversammlung.¹⁴⁷⁷

Der Gesetzentwurf umfasste zehn Artikel und führte in Art. 1 dE, wie bereits erwähnt, den Grundsatz ein, dass „das Jagdrecht ein natürlicher Ausfluss des Grundeigentums“¹⁴⁷⁸ ist und damit im Grundsatz dem jeweiligen Grundeigentümern zusteht. Art. 2 ff. dE trafen sodann einschränkende Regelungen hinsichtlich dieses Grundsatzes, um eine sinnvolle und sichere Bejagung zu gewährleisten.¹⁴⁷⁹ In Art. 2 dE wurde festgesetzt, dass für Grundstücke, die in einem Gemeindebezirk liegen, das Jagdrecht prinzipiell durch Verpachtung durch die Gemeinde für die Grundeigentümer ausgeübt werden sollte und der Reinertrag über die Gemeindekasse an die Grundeigentümer ausbezahlt oder mit den diese treffenden Gemeindeausgaben verrechnet werden sollte. Ab einer Mindestflächenzahl von 240 Tagwerk zusammenhängender bejagbarer Fläche sah man eine sinnvolle und sichere Bejagung gewährleistet, weshalb Art. 3 dE für solche Flächen regelte, dass eine ausschließliche eigene Bejagung durch den Grundstückseigentümer möglich war, dieser also nicht mehr zur Verpachtung gezwungen war; er hatte aber freilich auch die Möglichkeit der Verpachtung. Neben diesen ausreichend großen Eigenjagdbezirken wurden alle fest umschlossenen Grundstücke vom Verpachtungszwang ausgenommen, Art. 6 dE. Bei kleineren Grundstücken, die ganz oder teilweise von einem Jagdbezirk umschlossen waren, sollte ein Übergang des Jagdausübungsrechtes auf den Eigentümer des umschließenden Jagdbezirks stattfinden, jedoch eine Entschädigung an den Eigentümer des kleinen Grundstücks erfolgen, Art. 4 dE. Schließlich regelte Art. 9 dE noch das Jagdrecht des Königs um seine Residenzschlösser und in seinen Leib- und Reservegehegen, hier sollte das Jagdrecht des König unabhängig von den Eigentumsverhältnissen bestehenbleiben, allerdings ebenso mit einem Entschädigungsrecht der Eigentümer.

Im Ausschuss, der ein vereinigter Ausschuss aus dem Steuer- und dem Innenausschuss war, hielt Schwindl das Referat und schlug meist lediglich redaktionelle Änderungen vor, in Bezug auf Art. 9 dE empfahl er aber dem Ausschuss die Aufhebung des Artikels, woraufhin der Ausschuss der Kammer, in welcher der Gesetzentwurf ab dem 20. Mai 1848

¹⁴⁷³ Heintz, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 553.

¹⁴⁷⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 305.

¹⁴⁷⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 160.

¹⁴⁷⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 188.

¹⁴⁷⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 13 f.

¹⁴⁷⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 350; Heute § 3 Abs. 1 BJagdG.

¹⁴⁷⁹ Auch heute ist die Jagdausübung an bestimmte Bedingungen geknüpft, so dass eine sinnvolle Bejagung gewährleistet ist, die den folgenden Vorschriften durchaus ähnlich sind.

beraten wurde,¹⁴⁸⁰ eine Fassung ohne die Beibehaltung einzelner Jagdprivilegien des Königs empfahl.¹⁴⁸¹ Heintz erklärte und verteidigte an mehreren Stellen den Entwurf des Jagdgesetzes und begründete auch eine von der Regierung vorgebrachte Modifikation hinsichtlich des Art. 9 dE, der mit der Beibehaltung der königlichen Jagden eine zentrale Stelle in der Diskussion des Entwurfs einnahm. Zunächst verteidigte Heintz die Notwendigkeit des Art. 3 dE, also der Ermöglichung von Eigenjagdbezirken ab 240 Tagwerk,¹⁴⁸² gegenüber dem Bestreben des Abgeordneten Schlund, Art. 3 dE gänzlich aufzuheben und grundsätzlich eine Verpachtung der Jagdbezirke über die Gemeinden anzustreben.¹⁴⁸³ Heintz sah die Streichung des Art. 3 dE als einen zu großen Eingriff in die Eigentumsrechte der Grundstückseigentümer an, forderte damit die Beibehaltung des Art. 3 dE zur Wahrung der Eigentumsrechte, namentlich des Rechtes des Eigentümers zur grundsätzlich uneingeschränkten Nutzung seines Eigentums.¹⁴⁸⁴ Zur Entwicklung seiner Ansicht stellte er nochmals den Grundsatz dar, dass das Jagdrecht ein Ausfluss des Grundeigentums sein sollte, und begründete dies zum einen mit der Natur der Sache, zum anderen nannte er Frankreich und die Pfalz als Vorbild, wo sich nach Aufhebung der adeligen Jagdrechte ebenfalls dieser Grundsatz behauptet hatte. Heintz war hier der Meinung, dass dieser Grundsatz nur dann beschränkt werden durfte, wenn dies durch die Schranke der sinnvollen und sicheren Jagdausübung, also des öffentlichen Interesses, erforderlich war. War ein Grundeigentümer daher in der Lage, sein Jagdrecht auf seinem Grund und Boden selbst auszuüben, ohne dass dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet war, bezogen auf das Wohl der Anrainer des Jagdgebietes und das öffentliche Interesse an einer zweckmäßigen Bejagung des Wildes, rechtfertigte sich kein Eingriff mehr in dessen Jagdrecht, das nach dem Entwurf eben Akzessorium zum Eigentumsrecht war. Eine zusammenhängende Grundfläche, ab der keine Beeinträchtigung der allgemeinen, öffentlichen Interessen zu befürchten waren, sah Heintz bei einer Fläche von 240 Tagwerk als gegeben.¹⁴⁸⁵ Zwar wurden auch gegen diese Mindestgröße für Jagdbezirke Stimmen in der Kammer laut, sowohl dahingehend, dass sie zu klein bemessen seien,¹⁴⁸⁶ als auch, dass bereits Grundeigentümer mit weniger Fläche die Jagd ausüben können sollten,¹⁴⁸⁷ doch begründete Heintz auch die Heranziehung der Fläche von 240 Tagwerk fundiert mit seiner praktischen Kenntnis aus der Pfalz. Seiner Ansicht nach würde eine größere Jagdbezirksmindestfläche zu einer höheren, gar schädlichen Wilddichte führen, da eine effektive Bejagung kaum mehr möglich sei, wohingegen es bei kleineren Jagdbezirken zu einer zu großen Dezimierung des Wildbestandes kommen würde – die Tagwerkszahl von 240 habe sich durch die Praxis in der Pfalz bewährt.¹⁴⁸⁸ Heintz harmonier-

¹⁴⁸⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 499.

¹⁴⁸¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 354, 357; KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 551.

¹⁴⁸² KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 510 ff.

¹⁴⁸³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 509 f.

¹⁴⁸⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 511 f.

¹⁴⁸⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 511.

¹⁴⁸⁶ Etwa der Abgeordnete Unterberger, KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 519.

¹⁴⁸⁷ Etwa der Abgeordnete Schrauder, KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 512.

¹⁴⁸⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 520.

te mit seiner Ansicht mit der Majorität der Kammer, denn der Art. 3 dE wurde mit dem Wortlaut des Entwurfes angenommen.¹⁴⁸⁹ Erfolgreich verteidigte Heintz auch die für die Jagdpraxis zweckmäßige Regelung des Art. 4 dE, nach dem kleine, untergeordnete Gebiete, in denen eine eigenständige Jagdausübung nicht möglich war, gegen Entschädigung in die größeren Jagdbezirke eingefügt werden konnten.¹⁴⁹⁰

Schließlich sind die Verhandlungen zu Art. 9 dE erwähnenswert, da hier eine Ausnahme von der Ablösung des adeligen Jagdprivilegs für bestimmte königliche Jagden gemacht werden sollte und bereits deshalb diese Regelung von erhöhter Bedeutung ist, zudem die Verhandlungen aber noch hinzu sehr gut die Einstellung von Heintz gegenüber der Monarchie und monarchischen Privilegien erkennen ließen. Wie bereits erwähnt, schlug der Ausschuss die Streichung des Art. 9 dE vor und forderte damit auch die gänzliche Aufhebung derjenigen königlichen Jagdrechte, die nicht auf königlichem Grundeigentum beruhten.¹⁴⁹¹ Mit Rücksichtnahme auf diese Haltung des Ausschusses brachte die Regierung bei den Verhandlungen eine Modifikation ein, welche die in Art. 9 dE dem König zugestanden Jagdrechte etwas eingeschränkter festsetzte, namentlich wurden dem König die niedere Jagd in einem Dreistundenradius um die Residenzschlösser¹⁴⁹² sowie die hohe und niedere Jagd in den königlichen Leib- und Reservevegehegen Hohen schwangau, Tegernsee und Berchtesgaden zugestanden.¹⁴⁹³ Mit dieser Modifikation konnte sich die Regierung gegenüber der absolut vorherrschenden Ansicht im Ausschuss¹⁴⁹⁴ und dessen Empfehlung behaupten.¹⁴⁹⁵ Heintz stellte diese Modifikation der Kammer vor und begründete sie auch sogleich.¹⁴⁹⁶ Er verwies zunächst auf die entsprechende Gesetzgebung im revolutionären Frankreich 1790, die ebenfalls dem französischen König das Jagdrecht innerhalb eines Bereiches von drei Stunden um die in Frankreich wesentlich zahlreicheren Residenzschlösser gab und diese Jagdbereiche im Anschluss sogar noch erheblich ausweitete.¹⁴⁹⁷ Heintz betonte, dass, wenn man nun in Bayern unter diese französische Regelung gehen würde, er das als einen Affront gegenüber dem König empfinden würde,¹⁴⁹⁸ denn diese französische Gesetzgebung war bereits in der Krisenzeit der Französischen Revolution entstanden und damit einer Zeit, die für den damaligen französischen König, Ludwig XVI., politisch die ungünstigste gewesen war. Schließlich stell-

¹⁴⁸⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 525.

¹⁴⁹⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 527 f., 534 f.

¹⁴⁹¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 357.

¹⁴⁹² München, Augsburg, Würzburg und Aschaffenburg entsprechend dem Gesetz über die permanente Civilliste und die Ausscheidung der Staats- und Hofgebäude 1831 (KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 104).

¹⁴⁹³ KdA Protokolle, Bd. 5, S. 552.

¹⁴⁹⁴ 12 zu 2 Stimmen, KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 357.

¹⁴⁹⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 560.

¹⁴⁹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 552.

¹⁴⁹⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 553.

¹⁴⁹⁸ „Der König, meine Herren, hat auf den Dank der Nation gewiß grossen Anspruch zu machen. Es ist nur eine Stimme im Volke über die Liebe und Anhänglichkeit an die allerhöchste Person, und ich glaube nicht, daß die Repräsentanten des Volkes darauf ausgehen, das Vergnügen des Königs zu zerstören.“ (Heintz, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 553).

te Heintz in der weiteren Debatte auch nochmals ausdrücklich klar, dass das Jagdrecht des Königs nicht entschädigungslos für die Grundstückseigentümer bestehen sollte, diese vielmehr Entschädigungen entsprechend den sonst eingenommenen Jagdpachten bekommen würden, weshalb auch wirtschaftliche Gründe dem königlichen Jagdrecht nicht entgegenstanden.¹⁴⁹⁹

Nachdem nun der Gesetzentwurf in dieser Fassung von der Kammer der Abgeordneten angenommen wurde, kam er zur weiteren Verhandlung in die Kammer der Reichsräte.¹⁵⁰⁰ Auch hier nahm Heintz an den Verhandlungen teil und klärte einige Fragen der Kammermitglieder, nahm aber im Vergleich zu seiner Beteiligung in der Kammer der Abgeordneten wenig Einfluss auf die Meinungsbildung.¹⁵⁰¹ Lediglich hinsichtlich der Aufhebung der adeligen Jagdrechte und der nunmehrigen Festlegung des Jagdrechts als Ausflusses des Grundeigentums, entwickelte er diesen Gedanken ausführlicher. Vor allem stellte er hier klar, dass die Regierung hinsichtlich dieses Punktes nicht vom Gesetzentwurf abweichen werde, da sie im Allgemeinen vollkommen überzeugt von der Notwendigkeit der Ablösung der adeligen Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden sei.¹⁵⁰² Der Reichsrat nahm am Gesetzentwurf mehrere Modifikationen vor,¹⁵⁰³ die aber nicht alle in der Kammer der Abgeordneten durchgesetzt werden konnten.¹⁵⁰⁴ So beharrte die Kammer der Abgeordneten in der Sache des königlichen Jagdrechts auf der von ihr modifizierten Fassung,¹⁵⁰⁵ wohingegen die Kammer der Reichsräte die Fassung des ursprünglichen Gesetzentwurfes beibehalten haben wollte.¹⁵⁰⁶ Auch wollte die Kammer der Reichsräte die bestehenden Jagdpachtverträge bis zum Ende ihrer vertraglich vereinbarten Zeitdauer in ihrem Bestand gesichert haben,¹⁵⁰⁷ wohingegen die Kammer der Abgeordneten im Grundsatz erfolgreich auf ihrer Modifikation beharrte, dass die Jagdpachtverträge ohne jede Entschädigung aufgehoben werden sollten, lediglich das Datum hierfür wurde auf den 01. Februar 1849 nach hinten verlegt.¹⁵⁰⁸ Diese zeitliche Verlegung war dadurch bedingt, dass die Kammer der Abgeordneten dem Änderungswunsch der Kammer der Reichsräte zu Art. 1 dE zustimmte, dass das gesamte Gesetz erst am 01. Februar 1849 in Kraft treten sollte.¹⁵⁰⁹ Schließlich wurde auch der Änderungswunsch der Kammer der Reichsräte akzeptiert, dass die Mindestflächenzahl für eine Eigenjagd nicht 240 sondern 300 Tagwerk betragen sollte, im Hochgebirge 600 Tagwerk.¹⁵¹⁰ Hinsichtlich

¹⁴⁹⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 556 f.

¹⁵⁰⁰ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 287; KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 80 ff.

¹⁵⁰¹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 84, 91, 112, 146, 149, 164 ff.

¹⁵⁰² KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 84 ff.

¹⁵⁰³ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 174 ff.

¹⁵⁰⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 13, 52 ff.

¹⁵⁰⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 111; KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 13, 54.

¹⁵⁰⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 176; KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 103.

¹⁵⁰⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 176; KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 100.

¹⁵⁰⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 110; KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 13, 54.

¹⁵⁰⁹ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 175; KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 110.

¹⁵¹⁰ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 175 f.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 110; KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 13, 53.

dieser Regelung einer Eigenjagdmindestgröße von 300 Tagwerk hat sich das Gesetz nicht lange behaupten können, denn bereits 1850 wurde das Jagdgesetz aktualisiert und präzisiert und wurden die 240 Tagwerk als Eigenjagdmindestgröße eingeführt,¹⁵¹¹ die sich in Bayern als Eigentümlichkeit auch bis heute gehalten hat.¹⁵¹²

Mit dem Jagdgesetz wurde das Jagdrecht auf die Grundlagen gestellt, die auch heute noch im deutschen und bayerischen Jagdrecht Geltung haben, allem voran diejenige, dass das Jagdrecht ein Ausfluss des Grundeigentums ist und die Begründung eines selbständigen dinglichen Rechtes daran nicht möglich ist, § 3 Abs. 1 S. 3 BJagdG. Daneben erkannte man aber auch die Beschränkungen dieses Grundsatzes hinsichtlich der Jagdausübung, die in dieselbe Richtung liefen wie heute, denn bei zu kleinen Grundstücken musste die Jagdausübung mittels Verpachtung durch die Gemeinde geschehen, um eine sinnvolle Bejagung sicherzustellen, derselbe Mechanismus folglich, wie wir ihn heute bei der Bildung von Jagdgenossenschaften beobachten, die sich aus einem Zusammenschluss mehrerer kleinerer Grundstückseigentümern zusammensetzen und sodann die Verpachtung oder eigene Bejagung leisten. In Bezug auf Heintz, der zwar dieses Gesetz nicht ausgearbeitet hatte, es für die Regierung aber vorwiegend auf der Ständeversammlung präsentierte und dieser diesbezüglich Rede und Antwort stand, konnte man bei diesem Gesetz neben den obenstehenden Äußerungen noch eine Besonderheit feststellen. Er empfand sich nämlich als Vertreter der Regierung nicht in einer Position, in der er seinerseits Veränderungen an von der Regierung beschlossenen Gesetzesentwürfen vorgenommen hätte, sondern vielmehr als Berater der Kammern. Er selbst war in Einzelvorschriften des Entwurfes nicht mit der konkreten Ausgestaltung einverstanden und hätte sich statt dessen eine stärkere Anlehnung an das französisch-pfälzische Jagdrecht gewünscht, etwa in Bezug auf die Ausgabe von Jagdkarten und Waffenscheinen.¹⁵¹³ Nichtsdestoweniger empfahl er in dieser Richtung keine Modifikationen, sondern stellte sachlich den Standpunkt der Regierung dar.

cc. Gesetze in Bezug auf die Volksvertretung

[1]. Erhöhung der Zahl der Abgeordneten der Pfalz

Zusammen mit dem Amnestiegesetz legte Karl Friedrich Heintz der Kammer der Abgeordneten am 04. April 1848 den von Innenminister Thon-Dittmer ausgearbeiteten¹⁵¹⁴ Gesetzentwurf „die Zahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung aus der Pfalz

¹⁵¹¹ Art. 3, 11 dG (GVBl. 1850, Sp. 117, 120, 123).

¹⁵¹² In den meisten deutschen Bundesländern liegt die Mindestfläche für einen Eigenjagdbezirk bei 75 ha, in Bayern hingegen müssen es gem. Art. 8 BayJG 81,755 ha sein. Diese Zahl ist mit drei Stellen nach dem Komma eindeutig keine willkürliche Zahl, sondern eine Umrechnungszahl, die sich aus der Umrechnung der alten bayerischen Maße in das metrische System ergeben haben muss, also der Umrechnung des bayerischen Tagwerks in Hektar. Bayern führte mit Gesetz vom 29.04.1869 und Wirkung vom 01.01.1872 ebenfalls das metrische Maßsystem ein (GVBl. 1869, Sp. 853, 855), danach wurde eine Umrechnungseinheit von 0,340727 ha für ein bayerisches Tagwerk festgesetzt.

¹⁵¹³ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 524.

¹⁵¹⁴ BayHStA, (SR) 896.

betreffend¹⁵¹⁵ vor,¹⁵¹⁶ der, so wie er ausgestaltet war, zurückblickend auf die Ständeverammlung von 1845/46, auch aus der Feder von Heintz hätte stammen können. Die nunmehrige Übernahme des Heintzschen Antrags aus dem Jahre 1845 ist, wenn man den Entwurf und die dazugehörigen Motive¹⁵¹⁷ betrachtet, unübersehbar, denn diese gaben im Wesentlichen dieselbe Argumentation wieder, die Heintz bereits 1845 im Plenum der zweiten Kammer vorgebracht hatte.¹⁵¹⁸

Sofort nach der Vorlage fanden am 06. April 1848 die Verhandlungen des Innenausschusses der Abgeordnetenversammlung statt, in denen der Referent, Carl Friedrich Freiherr von Lindenfels,¹⁵¹⁹ seinen Vortrag hielt.¹⁵²⁰ Lindenfels schilderte zunächst die Entwicklung des Heintzschen Antrags von 1845 und hielt fest, dass beide Kammern damals schließlich einen Anspruch der Pfalz auf Erhöhung ihrer Abgeordnetenzahl als begründet ansahen.¹⁵²¹ Im Anschluss daran ging er über zur Darstellung und Bewertung des Gesetzesentwurfs selbst.¹⁵²² Der Gesetzesentwurf umfasste drei Artikel und sah in Art. 1 dE eine Erhöhung der Zahl der Pfälzer Abgeordneten um drei Personen vor, und zwar Ergänzung durch einen Abgeordneten aus der Klasse IV, der Städte und Märkte, und zwei Abgeordnete aus der Klasse V, der Landeigentümer ohne Gerichtsbarkeit. Dieser Ergänzungsanspruch wurde im Gesetz ausdrücklich mit der Nichtexistenz der Abgeordneten der Klasse I, der Gutsbesitzer mit Gerichtsbarkeit, begründet. Da es sich, was bereits aus der Präambel des Gesetzes deutlich wurde, bei der Ergänzung der Abgeordnetenzahl um einen Verfassungszusatz handelte,¹⁵²³ bestimmte Art. 2 dE ausdrücklich diese die Verfassung ergänzende Wirkung des Gesetzes. Daneben regelte Art. 2 dE, dass das Gesetz bereits für diese Ständeverammlung gelten sollte und damit eine Ergänzung der pfälzischen Abgeordneten unverzüglich nach Verkündung stattfinden sollte. Art. 3 dE betraf nur noch den Vollzug. Zum Modus, wie sich die Ergänzung der Zahl der Abgeordneten berechnete, erhielt die Gesetzesbegründung nichts, Lindenfels stellte sich diesbezüglich auf den 1845/46 von der Majorität der Kammer vertretenen Standpunkt, dass es mittels einer fiktiven Berechnung der Klasse I in der Pfalz geschehe und nicht über die Quote ein Abgeordneter auf 7.000 Einwohner, entsprechend Titel VI §§ 8, 9 BV 1818.¹⁵²⁴ Letztendlich war der Berechnungsmodus auch unerheblich und reine Formalität, da sich nach beiden Modi die Zahl auf drei Abgeordnete belaufen hätte und das Gesetz für die nächste Wahlperiode, in der sodann der Berechnungsmodus bei Bevölkerungsveränderungen

¹⁵¹⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 15 f.

¹⁵¹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 269.

¹⁵¹⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 16 f.

¹⁵¹⁸ S.o. S. 108 ff.

¹⁵¹⁹ Carl Friedrich Freiherr von Lindenfels, geb. 07.08.1802, gest. 21.03.1862, 1845 Regierungsassessor Ansbach, 1847 Regierungsrat, dann Regierungsdirektor Ansbach (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Lindenfels).

¹⁵²⁰ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 130 ff.

¹⁵²¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 130 ff., 135.

¹⁵²² KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 135.

¹⁵²³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 135.

¹⁵²⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 137; s.o. S. 103 ff.

für die Abgeordnetenanzahl ausschlaggebend hätte sein können, ohnehin keine Wirkung mehr entfaltete, da durch die kommende Änderung des Landtagswahlgesetzes die ständische Gliederung der Kammer der Abgeordneten aufgehoben wurde.¹⁵²⁵ Warum die drei Abgeordneten aus den Klassen IV und V ergänzt wurden, beruhte darauf, dass sich rechnerisch eine Aufstockung in der Klasse II, der Pfarrgeistlichkeit, nicht bewerkstelligen ließ, wenn auch hierzu die Gesetzesbegründung nichts erwähnte.¹⁵²⁶ Wozu der Gesetzentwurf nichts enthielt, war, wie die Aufstockung vollzogen werden sollte,¹⁵²⁷ hierfür gab es zwei Möglichkeiten, Ergänzungswahlen und die Berufung von Ersatzmännern. Lindenfels sprach sich für die Möglichkeit der Ergänzungswahlen aus und begründete dies mit einem Umkehrschluss zu Titel VI § 11 BV 1818, wo die Berufung von Ersatzmännern für die weggefallenen Abgeordneten geregelt war.¹⁵²⁸ Dieser Vollzugsmöglichkeit stimmte der dritte Ausschuss wie auch der sonstigen unveränderten Annahme des Entwurfes zu.¹⁵²⁹

Im Plenum der Kammer wollte man das Gesetz, wegen des Tatendrangs hinsichtlich der Reformgesetzgebung, so schnell wie möglich abschließen und begründete dies damit, dass die Gesetzesthematik bereits durch die Verhandlungen der Kammer 1845/46 ausführlich bekannt sei. Da dieses Vorgehen gegen § 80 GOKdA war, musste hierfür die Zustimmung vom Ministertische erfolgen, die der anwesende Vertreter der Ministerien, Ministerialrat Wilhelm von Benning,¹⁵³⁰ erteilte.¹⁵³¹ So verhandelte die Kammer der Abgeordneten unmittelbar nach Berichterstattung¹⁵³² durch Lindenfels sehr zügig, stockte nur durch den Antrag des ersten Sekretärs, Stockingers, dass nicht die Modifikation des Ausschusses vorgenommen werden sollte, sondern seine, die den Vollzug dahingehend ausgestaltete, dass die drei Abgeordneten aus den bereitstehenden Ersatzmännern für die Pfalz ergänzt werden sollten.¹⁵³³ Das Gesetz wurde schließlich mit der Modifikation Stockingers angenommen, da man der Meinung war, dadurch die Pfälzer Abgeordneten schneller und unkomplizierter ergänzen zu können.¹⁵³⁴ Auch in der Kammer der Reichsräte wurde das Gesetz ohne Umschweife beraten und der Fassung der Kammer der Abgeordneten zugestimmt,¹⁵³⁵ so dass der König das Gesetz bereits am 15. April 1848 sank-

¹⁵²⁵ S.u. S. 224 ff.

¹⁵²⁶ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 138.

¹⁵²⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 16 f.

¹⁵²⁸ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 141 f.

¹⁵²⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 144.

¹⁵³⁰ Wilhelm von Benning, geb. 1790, gest. 31.07.1881, 1812 Militärdienst, 1817 Assessor Militärappellationsgericht München, 1822 Zivildienst wegen Auflösung des Gerichts, 1822 Assessor und Fiskaladjunkt Regierung Isarkreis, 1825 Fiskalrat Regierung Rezatkreis, 1827 Regierungsrat Unterdonaukreis, 1838 Regierungsdirektor Regierung Oberbayer, 1838 Ministerialrat Innenministerium, 1848 Generalsekretär Innenministerium, 1849 Regierungspräsident Oberbayern, 1852 Regierungspräsident Niederbayern, 1854 Ruhestand (Schärl, Bayerische Beamenschaft, Nr. 283, S. 195).

¹⁵³¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 321.

¹⁵³² KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 317.

¹⁵³³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 327.

¹⁵³⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 329 f., 331.

¹⁵³⁵ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 178 ff., 185, 190.

tionieren konnte¹⁵³⁶ und aus Wahlklasse IV Georg Friedrich Kolb sowie aus Wahlklasse V Ferdinand Hoffmann und Karl Dümmler als Ersatzmänner einberufen werden konnten.¹⁵³⁷ Karl Friedrich Heintz hatte damit als Justizminister endlich den schon 1845 be-rechtigt angestrebten Antrag auf Ergänzung der Zahl der Pfälzer Abgeordneten mittels eines Gesetzes mit Verfassungsrang durchgesetzt.

[2]. Landtagswahlgesetz

Bereits seit geraumer Zeit wurde das Wahlsystem für die Kammer der Abgeordneten in Bayern¹⁵³⁸ für reformbedürftig gehalten. Kritisiert wurden vorwiegend einzelne Bestimmungen der alten Wahlordnung, allerdings zunächst nicht die ständische Gliederung der Kammer. Hauptkritikpunkt war vorerst vielmehr die Handhabung des Eintritts von Staatsdienern in die Kammer, namentlich die Regelung des Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818, und die nicht gesonderte Wahl von Ersatzmännern,¹⁵³⁹ was auf den vorangegangenen Ständeversammlungen unter anderem auch vom nunmehrigen Justizminister Heintz bemängelt wurde.¹⁵⁴⁰ Erst 1848 wurden auch die Stimmen nach einer umfassenden Reform des Wahlgesetzes lauter – insbesondere der Aufhebung der ständischen Gliederung der Kammer und damit einer grundlegenden Neugestaltung des alten Wahlrechts.¹⁵⁴¹ In diesem Punkt war auch Karl Friedrich Heintz der Auffassung, dass hinter die Grundsätze, die im Wahlgesetz für die deutsche Nationalversammlung¹⁵⁴² galten, nicht zurückgegangen werden sollte und damit insbesondere die ständische Gliederung der zweiten Kammer nicht beibehalten werden konnte, worin die Regierung sich auch einig gewesen ist.¹⁵⁴³ Trotz dieser positiven Grundstimmung vonseiten der Regierung wurde der Gesetzentwurf „die Wahl der Abgeordneten zur Ständeversammlung betreffend“¹⁵⁴⁴ von Innenminister Thon-Dittmer jedoch erst am 26. April 1848 der Kammer der Abgeordneten vorgelegt,¹⁵⁴⁵ da Maximilian II. mit der Anforderung zahlreicher Gutachten die

¹⁵³⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 6.

¹⁵³⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 3.

¹⁵³⁸ Zum Wahlsystem für die Kammer der Abgeordneten vor 1848 s.o. S. 70 ff.

¹⁵³⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 171 f.

¹⁵⁴⁰ S.o. S. 98 ff.

¹⁵⁴¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 172; Augsburgs Postzeitung vom 31.03.1848; Fränkischer Merkur vom 20.03.1848; Mayer, Reformlandtag, S. 79.

¹⁵⁴² Das Wahlgesetz zur deutschen Nationalversammlung soll nicht näher beleuchtet werden, da Heintz sich hier nur zu zwei Themenkomplexen zu Wort meldete, die ebenfalls in den Debatten LTWahlG zur Sprache kamen, indirekten Wahlen und der Festlegung des aktiven Wahlrechts – wenn er auch zu Letzterem als Justizminister sogar noch einen Modifikationsvorschlag vorlegte, den er allerdings zugunsten Edels Modifikation wieder zurücknahm (KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 536). Eingehend zum Wahlgesetz zur deutschen Nationalversammlung: KdA 1848 Beilagen, Bd. 1; S. 162 ff.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 482 ff.; GVBl. 1848, Sp. 1 ff.; Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 144 ff.; Götschmann, Parlamentarismus, S. 826 ff.

¹⁵⁴³ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 217.

¹⁵⁴⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 9 ff.

¹⁵⁴⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 454 ff.

Verhandlungen hinsichtlich des Entwurfs im Staatsrat verzögerte und dadurch auf eine Entwicklung hin zu einer gemäßigten politischen Stimmung zu seinen Gunsten hoffte.¹⁵⁴⁶

Wie gerade eben angedeutet und auch bei der Vorlage des Gesetzes an die Kammer der Abgeordneten von Thon-Dittmer dargestellt,¹⁵⁴⁷ war die einschneidendste Neuerung, dass es nach dem neuen Wahlrecht zu einer Aufhebung der ständischen Gliederung der Kammer der Abgeordneten kam, also der Entwicklung hin zu einer echten Volksvertretung und damit auch der begrifflichen Veränderung von der Ständeversammlung hin zum Landtag.¹⁵⁴⁸ Hatte dies der Regierungsentwurf noch nicht in seiner Gesamtheit begrifflich durchgesetzt, was sich bereits an seinem Titel zeigte, achtete man in den Kammern, nach einem Hinweis des Referenten des Ausschusses der zweiten Kammer, auf die konsequente Einhaltung des Begriffes des Landtages.¹⁵⁴⁹ Daneben sollte die Wahl der Abgeordneten der Kammer, deren Zahl sich nun gem. Art. 1 dE nach dem Schlüssel ein Abgeordneter auf 35.000 Einwohner bemaß und nicht mehr nach dem Schlüssel ein Abgeordneter auf 7.000 Familien, mittels einer indirekten Wahl über Wahlmänner stattfinden, Art. 3 dE. Sowohl Wahlmänner wie auch die Abgeordneten selbst mussten nicht mehr ein bestimmtes Steueraufkommen nachweisen, insofern gab es damit eine Aufhebung der Zensuswahl, die der ursprüngliche Entwurf Thon-Dittmers noch enthalten hatte, die aber dann bereits im Staatsrat fallengelassen wurde.¹⁵⁵⁰ Allerdings musste man gem. Art. 6, 7 dE für die passive Wahlfähigkeit das volle Staatsbürgerrecht iSv. Titel IV § 1, 2, 3 BV 1818 iVm I. Beil. BV 1818 besitzen und die Wahlmänner das fünfundzwanzigste, die Abgeordneten das dreißigste Lebensjahr vollendet haben – für die aktive Wahlfähigkeit, die in dem Bezirk des Wohnortes ausgeübt werden musste, Art. 13 dE, genügte, dass man nicht wegen eines Verbrechens oder wegen bestimmter Vergehen¹⁵⁵¹ verurteilt worden war und dass man Staatsbürger oder volljähriger, eine direkte Steuer zahlender Staatsangehöriger war, Art. 5 dE;¹⁵⁵² Frauen waren noch vollständig von der Wahl ausge-

¹⁵⁴⁶ Götschmann, Parlamentarismus, S. 836; Mayer, Reformlandtag, S. 83 ff.

¹⁵⁴⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 455 f.

¹⁵⁴⁸ Allerdings keine Vergleichbarkeit oder Wiederbesinnung auf den Landtag des vorkonstitutionellen Bayerns, der staatsrechtlich eine Vertretung der einzelnen privilegierten Stände war (Seydel, Staatsrecht II, S. 4).

¹⁵⁴⁹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 836.

¹⁵⁵⁰ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 218.

¹⁵⁵¹ Fälschung, Betrug, Diebstahl und Untreue.

¹⁵⁵² Man unterschied damals in Bayern zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit, der bayerischen Staatsangehörigkeit und dem bayerischen Staatsbürgerrecht. In Bayern hatte nur, wer das Staatsbürgerrecht innehatte, den Stand der vollkommenen politischen Rechtsfähigkeit. Das Staatsbürgerrecht war damit ein Mehr zur bloßen Staatsangehörigkeit; die Bedingungen für das Staatsbürgerrecht waren verfassungsrechtlich festgelegt, Titel IV §§ 1, 2, 3 BV 1818 iVm I. Beil. BV 1818. Namentlich: die gesetzliche Volljährigkeit, die Ansässigkeit im Königreiche entweder durch den Besitz besteueter Gründe, Renten oder Rechte oder durch Ausübung besteueter Gewerbe oder durch den Eintritt in ein öffentliches Amt, bei Neueinwanderern ein Zeitverlauf von sechs Jahren, vorbehaltlich der zur Ausübung gewisser vorzüglicher staatsbürgerlicher Rechte in constitutionellen Gesetzen enthaltenen besonderen Bestimmungen. (Eingehend hierzu: Seydel, Staatsrecht I, S. 519 ff.; Cucumus, Staatsrecht, S. 124 ff.; Schunck, Staatsrecht, S. 254 ff.; Brater, Das Bayerische Staatsbürgerrecht II, in: Blätter für administrative Praxis, 1855, Nr. 18, S. 273 ff.).

nommen.¹⁵⁵³ Die für damalige Verhältnisse weite Ausdehnung auf Staatsangehörige ging insbesondere mit den Ansichten von Heintz konform, der bereits beim Wahlgesetz zur Nationalversammlung klargestellt hatte, dass er für die möglichste Ausdehnung des aktiven Wahlrechts war.¹⁵⁵⁴ Auch seine Hauptkritikpunkte der vorangegangenen Jahre sollten beseitigt werden, daher sollte nun eine separate Wahl der Ersatzmänner stattfinden und auch die königliche Genehmigung für den Eintritt von Staatsdienern in die Kammer nicht mehr erforderlich sein, also Titel I § 44 Buchst. c) X. Beil. BV 1818 aufgehoben werden. Für die Wahl selbst, die gem. Art. 18 dE durch vom Wähler unterzeichnete Wahlzettel¹⁵⁵⁵ öffentlich stattfand und die gem. Art. 4 dE die persönliche Anwesenheit und die Ablegung eines Verfassungseides der Wähler erforderte, sollten für beide Wahlschritte, also für die Wahl der Wahlmänner wie die der Abgeordneten, besondere Wahlbezirke gebildet werden. Die von den Distriktpolizeibehörden für die Wahl der Wahlmänner gebildeten Wahlkreise sollten in der Regel 2.000 Einwohner umfassen und hier auf je 500 Einwohner ein Wahlmann gewählt werden, Art. 9, 10 dE. Für die Wahl der Abgeordneten selbst sollten sodann vom Innenministerium in jedem Regierungsbezirk vier bis sechs Wahlkreise gebildet werden, Art. 12 dE.¹⁵⁵⁶ Die Wahlmänner konnten nur für die Bezirke gewählt werden, in denen sie ihren Wohnsitz hatten, die Abgeordneten konnten aber unabhängig von einem Wahlbezirk gewählt werden, Art. 13 dE; stets war die absolute Stimmenmehrheit erforderlich, Art. 18 dE.

Obwohl der Entwurf weitgehend unverändert von der Kammer der Abgeordneten angenommen wurde,¹⁵⁵⁷ gab es doch einige Stimmen gegen einzelne Regelungen und auch gegen die Grundlagen des Entwurfes – diese gegenteiligen Positionen von Gegnern und von Befürwortern des Entwurfes waren bereits im Vorfeld durch die unterschiedlichen Pressestimmen vorauszusehen.¹⁵⁵⁸ Gemäßigt Liberale wie auch Konservative kritisierten den Wegfall des Zensus unter Verweis auf andere deutsche Staaten, wie Baden,¹⁵⁵⁹ Konservative insbesondere auch den Wegfall des ständischen Prinzips, was zunächst „zur Republik, von der Republik zum Kommunismus, vom Kommunismus zur Anarchie, von der Anarchie zum traurigsten Despotismus führe.“¹⁵⁶⁰ Die radikal Liberalen hingegen forderten eine nochmalige Ausweitung des Wahlrechts, um auch dem „vierten Stand“ zu seinem Recht zu verhelfen.¹⁵⁶¹ Insgesamt stand daher die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten dem Gesetzentwurf kritisch gegenüber, wenn auch der Großteil diesen als

¹⁵⁵³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 105.

¹⁵⁵⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 159 f.

¹⁵⁵⁵ Über eine geheime Wahl, wie sie Heintz bereits 1845/46 favorisiert hatte, wurde in diesem Punkte nicht diskutiert.

¹⁵⁵⁶ Hier wollte man sich an die Größe der künftigen Bezirksgerichtssprengel orientieren und sodann an den Orten der Bezirksgerichte auch die Wahllokalitäten einrichten.

¹⁵⁵⁷ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 218; KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 9 ff.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 165 ff.

¹⁵⁵⁸ Zu den Pressestimmen: Mayer, Reformlandtag, S. 78 ff.

¹⁵⁵⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 443

¹⁵⁶⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 437 f.; Götschmann, Parlamentarismus, S. 839.

¹⁵⁶¹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 840.

zeitgemäß und unumgänglich erachtete.¹⁵⁶² Auch Heintz nahm an den Verhandlungen hinsichtlich des neuen Wahlgesetzes teil, sowohl in der Ausschusssitzung der zweiten Kammer als auch in den Sitzungen des Plenums beider Kammern,¹⁵⁶³ hier erläuterte und verteidigte zugleich einzelne Punkte des Entwurfes.

Der Entwurf wurde zunächst durch den Referenten Dekan Bauer dem vereinigten ersten und dritten Ausschuss der zweiten Kammer vorgestellt. Der gemäßigt liberale Referent war mit der Regierung politisch gleichgesinnt und war auch von deren Entwurf für das neue Landtagswahlgesetz im Grundsatz vollkommen überzeugt, mit den Ministern „in einer so wichtigen Angelegenheit in vollster Uebereinstimmung“¹⁵⁶⁴. So hatte Dekan Bauer dem Ausschuss nur geringfügige Änderungen und zwei anzufügende Wünsche vorgeschlagen, nämlich dass die Kammer der Reichsräte ebenso eine zeitgemäße Umbildung erfahren sollte und dass die Wahlen zur Kreis-, Bezirks- und Gemeindevertretung ebenfalls dem neuen Wahlsystem angepasst werden sollten.¹⁵⁶⁵ Der Ausschuss konnte sodann den modifizierten Entwurf¹⁵⁶⁶ der Kammer selbst zur weiteren Verhandlung überweisen.¹⁵⁶⁷

Hier wurde zunächst vonseiten der radikal liberalen Pfälzer, namentlich von Stockinger und Christmann, eine grundlegende Modifikation des Entwurfs für das Landtagswahlgesetz eingereicht, die das Prinzip der direkten Wahl der Abgeordneten, gegenüber der im Entwurf festgesetzten indirekten Wahl, durchsetzen sollte.¹⁵⁶⁸ Heintz sprach sich, wie schon bei den Verhandlungen zum Wahlgesetz für die Nationalversammlung,¹⁵⁶⁹ entschieden gegen direkte Wahlen aus.¹⁵⁷⁰ Er begründete seine Ansicht allerdings nicht mit konservativen Argumenten, was man aus heutiger Sicht bei der Verteidigung indirekter Wahlen vermuten könnte, sondern gerade mit liberal, freiheitlich motivierten Gesichtspunkten. Für Heintz konnte nur mit einer indirekten Wahl eine rege Wahlbeteiligung gefördert werden und unerwünschte Wählerbeeinflussung verhindert werden, insgesamt also die Wahlfreiheit verwirklicht werden. Die Wahlen der Abgeordneten sollten in jedem Kreis Bayerns geschlossen an einem Ort stattfinden, so etwa für Oberbayern in München. Für Heintz war nun durch eine direkte Wahl die Problematik eröffnet, dass Wähler aus den ärmeren Bevölkerungsschichten, die noch dazu eine weitere An-

¹⁵⁶² Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 839 f.

¹⁵⁶³ Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus*, S. 217; Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 836; KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 224 ff.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 27 ff.; KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 448 ff.; KdRR 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 51.

¹⁵⁶⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 482.

¹⁵⁶⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 198 f.

¹⁵⁶⁶ Hierzu Synopse über die Modifikationen samt der Änderungswünsche Bauers, in: KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 200 ff.

¹⁵⁶⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 230; KdA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 87 f.

¹⁵⁶⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 15.

¹⁵⁶⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 492; 514 f.

¹⁵⁷⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 27 ff.; „Deshalb kann ich es nur bedauern, wenn der Antrag auf direkte Wahlen in der verehrten Versammlung einigen Anklang finden sollte.“ (Heintz, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 29).

reise nach München hatten, von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen würden, ob der damit verbundenen Schwierigkeiten der Anreise – hierfür führte er anschaulich das Beispiel Württembergs an, wo bei direkten Wahlen nicht einmal ein Drittel der Wähler zur Wahl erschienen waren. Sinnvoll sei aus Sicht der Wähler daher nur eine wohnortnahe Wahl, die zur damaligen Zeit technisch nur mit einer indirekten Wahl zu verwirklichen war, die Heintz daher zum Zwecke der tatsächlichen Ermöglichung der Wahl für alle Wählerkreise favorisierte.¹⁵⁷¹ Neben diesem Argument der praktischen Durchführung der Wahl, das auch wieder seinen Sinn für die gleiche Berücksichtigung der ärmeren Bevölkerung widerspiegelte, führte Heintz noch das Argument der Wählerbeeinflussung an. So befürchtete er, dass, wenn große Volksmassen an einem Ort gebündelt zur Wahl erschienen, diese um so stärker der Gefahr von Beeinflussung durch gezielte unlautere Wahlpropaganda werden könnten, dies unterlegte er mit der von radikal liberaler Seite vorgebrachten Kritik daran, dass gerade die Kirche die Wähler beeinflusse. Die Mehrheit der Kammer stimmte mit Heintz' Ansicht überein, dass im Allgemeinen eine indirekte Wahl, wie sie im System des Entwurfes zum Landtagswahlgesetz vorgesehen war, einer direkten Wahl vorzuziehen war. Zwar beruhte diese Entscheidung oftmals auf unterschiedlichen Gründen, so mochten etwa Konservative der einfachen Bevölkerung schlicht nicht die Kompetenz der direkten Wahl zusprechen, doch setzte sich jedenfalls im Ergebnis der Regierungsentwurf in dieser Sache durch.

Die nächsten beiden Modifikationen, gegen die sich Heintz aussprach, waren abermals vom ersten Sekretär Stockinger eingebracht worden und betrafen die passive Wahlfähigkeit der Wahlmänner und das Mindestalter der Abgeordneten. Nach Art. 6 dE sollten nur bayerische Staatsbürger gem. Titel IV § 1, 2, 3 BV 1818 iVm I. Beil. BV 1818 als Wahlmänner aufstellbar sein. Stockinger wollte dies, entsprechend der aktiven Wahlfähigkeit, auch auf unbescholtene Staatsangehörige ausgeweitet haben.¹⁵⁷² Heintz stellte in diesem Zusammenhang klar, warum die Regierung sich entschieden hatte, die passive Wahlfähigkeit auf Staatsbürger zu beschränken. Der Grund war einmal ein rein praktischer, denn die Staatsangehörigkeit war im Unterschied zur Staatsbürgerschaft nicht an eine Ortsansässigkeit gebunden.¹⁵⁷³ Dadurch, dass eben nur Staatsbürger passive Wahlfähigkeit besitzen sollten, wollte die Regierung gewährleisten, dass die Wahlmänner bei der Wahl auch tatsächlich erreichbar sind. Weiterer Grund war die Harmonisierung mit anderen Gesetzen, wie etwa der Einführung von Geschworenengerichten oder der Revision des Landratsgesetzes, bei denen auch auf die Staatsbürgerschaft abgestellt werden sollte. Ähnlich war die Argumentation von Heintz gegen die dritte Modifikation von Stockinger, die das Eintrittsalter für Abgeordnete von 30 auf 25 Jahre senken wollte.¹⁵⁷⁴ Auch hier verwies Heintz, neben seiner Argumentation, dass ein 30jähriger eine weitere geistige Reife aufweise, auf das Gesetz über die Einführung von Geschworenengerichten und darauf, dass man auch bei diesem ein Mindestalter für Geschworene von 30 Jahren

¹⁵⁷¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 27 ff.

¹⁵⁷² KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 69.

¹⁵⁷³ S.o. Anm. 1552.

¹⁵⁷⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 89.

einzuführen gedachte, wobei man sich an der französischen Gesetzgebung hinsichtlich der Geschworenengerichte orientiere, wo sich ebenfalls das Mindestalter von 30 Jahren bewährt hätte.¹⁵⁷⁵ Hier war sodann ein Umkehrschluss von Heintz schlagend, dass, wenn man bei Geschworenen das Mindestalter von 30 Jahren einführe, man keinesfalls beim Eintrittsalter für die Kammer der Abgeordneten darunter gehen dürfe, denn in Zukunft werde der Kammer der Abgeordneten ein eigenes Initiativrecht für Gesetze eingeräumt werden.¹⁵⁷⁶ Somit hätte man das groteske Ergebnis, dass diejenigen Personen, die ein Gesetz machen könnten, jünger sein dürften als diejenigen, die es als Geschworene anzuwenden hätten.¹⁵⁷⁷ Alle diese drei Modifikationen von Stockinger konnten sich schließlich nicht gegenüber der Argumentation vom Heintz und damit dem Entwurf behaupten.

Der zweite Sekretär Schwindl brachte sodann eine Modifikation zu Art. 9 dE ein, dass anstatt aus 500 Seelen aus 200 Seelen ein Wahlmann gewählt werden soll.¹⁵⁷⁸ Heintz argumentierte abermals mit der technischen Durchführung der Wahl dagegen. Da bei einer Herabsetzung der Zahl der durch die Wahlmänner Vertretenen dann tatsächlich die Zahl der potentiellen Wahlmänner von 100 auf nur etwa 40 Personen sinken würde. Bei diesen potentiellen Wahlmännern sei es dann zu ungewiss, ob sich darunter auch tatsächlich einer befinden würde, der sowohl die Zeit wie auch die finanzielle Unabhängigkeit hätte, um das Ehrenamt des Wahlmannes wahrzunehmen. Daneben würde auch die tatsächliche Zahl der Wahlmänner von vier auf zehn ansteigen, da die Wahlbezirke 2.000 Seelen zählen sollten, Art. 10 dE. Dies brächte wiederum die Problematik mit sich, dass die Wahlmänner Schwierigkeiten bekommen würden, die notwendige absolute Mehrheit auf sich zu vereinigen, Art. 18 dE.¹⁵⁷⁹ Eine Verkleinerung der Wahlbezirke als Antwort auf diese Problematik war nach seinem Dafürstehen ebenfalls nicht sinnvoll, da die Größe der Wahlbezirke mit 2.000 Seelen so gewählt sei, dass zwar berechnete Lokalinteressen gewahrt würden, „Lokalreibeien“ aber vorgebeugt würde.¹⁵⁸⁰ Daneben wäre bei dieser Größe auch die Gefahr der Doppelwahl gebannt, weil die Wahldistrikte nicht derart groß seien, dass sich die Wähler nicht mehr untereinander verständigen könnten.¹⁵⁸¹

Schließlich wurde noch die Modifikation der Eidesformel in der zweiten Kammer diskutiert, welche die Wahlmänner vor ihrer Wahlhandlung zu sprechen hatten. Dekan Vogel wollte den im Entwurf festgesetzten tatsächlichen Schwur durch ein einfache Gelöbnis ersetzen.¹⁵⁸² Auch hier argumentierte Justizminister Heintz wieder dagegen, denn er schätzte die staatsbürgerliche Pflicht, die jeder Wahlmann wahrnahm, für derart gewich-

¹⁵⁷⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 97.

¹⁵⁷⁶ S.u. S. 231 ff.

¹⁵⁷⁷ „Es läge allerdings eine Inkonsistenz darin, wenn diejenigen, welche das Gesetz bloß anwenden sollen, 30, und diejenigen, welche das Gesetz machen sollen, nur 25 Jahre alt seyn müssen.“ (Heintz, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 97).

¹⁵⁷⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 99

¹⁵⁷⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 105.

¹⁵⁸⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 111 ff.

¹⁵⁸¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 120.

¹⁵⁸² KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 122.

tig, dass ein Eid, nicht nur ein bloßes Gelöbnis erforderlich sei – wenn auch er im allgemeinen gegen eine „Vereidigungsflut“ war, um den Eid nicht zu einer Lappalie werden zu lassen.¹⁵⁸³

Von der Kammer der Abgeordneten wurde trotz heftiger Debatte der Gesetzentwurf weitgehend unverändert angenommen und mit den Wünschen des Referenten am 16. Mai 1848 der Kammer der Reichsräte zugeleitet,¹⁵⁸⁴ wo er ebenfalls im Ausschuss und im Plenum sehr kontrovers diskutiert wurde. Ausschussreferent Seinsheim lehnte schon die Grundlagen des Entwurfs, die Aufhebung der ständischen Gliederung und des Zensus, ab, konnte sich damit im Ausschuss gegen die Mehrzahl der anderen Mitglieder aber nicht durchsetzen.¹⁵⁸⁵ Im Plenum gestalteten sich die Verhandlungen ähnlich wie in der Kammer der Abgeordneten, nur dass radikalliberale Ansätze außen vor blieben, so dass der Entwurf trotz großer Diskussion nahezu einstimmig angenommen wurde, sogar mit dem beigefügten Wunsch der zweiten Kammer um zeitgemäße Umgestaltung der ersten Kammer, was allerdings im Wortlaut auf zeitgemäße „Erweiterung“ geändert wurde. Justizminister Heintz nahm auch in der Kammer der Reichsräte zu nahezu denselben Themen Stellung wie zuvor in der Kammer der Abgeordneten. Insbesondere Oettingen-Wallerstein, der mitten in seiner Wandlungsphase vom Minister des Vormärzes zum Kammerlinken steckte und damit wohl die demokratischsten Ansätze in der ersten Kammer äußerte,¹⁵⁸⁶ brachte hier die Themenkomplexe der direkten Wahl oder zumindest der Reduzierung der Verteilung der Wahlmänner auf 200 Seelen, der Aufhebung jeglichen Zensus und der Ausdehnung der passiven Wahlfähigkeit für Wahlmänner sowie Abgeordnete auf bloße Staatsangehörige zur Sprache¹⁵⁸⁷ – alle Punkte konnte Heintz mit Unterstützung der Kammer wieder mit Erfolg verteidigen.¹⁵⁸⁸ Am 29. Mai 1848 konnte damit der Gesamtbeschluss des nur geringfügig modifizierten Entwurfes erfolgen, der mit dem Abschied für die Ständeversammlung als „Gesetz, die Wahl der Landtags-Abgeordneten betr.“ erlassen wurde.¹⁵⁸⁹

Die Wirkung des Gesetzes war im Hinblick auf den bayerischen Parlamentarismus bemerkenswert, denn nunmehr war die aktive und passive Wahlfähigkeit losgelöst von der Zugehörigkeit zu den drei christlichen Religionen¹⁵⁹⁰, und es war für die aktive Wahlfähigkeit auch nur noch die Entrichtung einer direkten Steuer Voraussetzung und nicht mehr ein bestimmter Zensus vorgeschrieben, insofern sah man Zugeständnisse der Krone bei einem Gesetz mit Verfassungsrang, wie sie kaum eine andere deutsche Verfas-

¹⁵⁸³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 127 f., 129 f.

¹⁵⁸⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 165 ff., 170.

¹⁵⁸⁵ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 4, S. 95 ff., 126 ff.; Götschmann, Parlamentarismus, S. 842; Löffler, Reichsräte, S. 478.

¹⁵⁸⁶ Löffler, Reichsräte, S. 479; Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 220.

¹⁵⁸⁷ KdRR 1848, Protokolle, Bd. 4, S. 448 ff., 466 ff., 470, 472.

¹⁵⁸⁸ GVBl. 1848, Sp. 77 ff.

¹⁵⁸⁹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 7, S. 76 ff.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 8 f.; GVBl. 1848, Sp. 77 ff.

¹⁵⁹⁰ S.o. S. 127 ff.

sung aufgewiesen hatte.¹⁵⁹¹ Diese Zugeständnisse zahlten sich aus, denn das LTWahlG war nach seinem Erlass das beständige Wahlgesetz Deutschlands, da es erst 1881 etwas novelliert wurde und erst 1906 ein gänzlich neues Wahlgesetz verabschiedet wurde.¹⁵⁹² Das Gesetz bezog sich allerdings nur auf die Kammer der Abgeordneten, eine Reformierung der Kammer der Reichsräte fand dadurch nicht statt und geschah im Übrigen auch bis zum Ende der bayerischen Monarchie 1918 nicht mehr.¹⁵⁹³

[3]. *Parlamentarische Initiative*

Die Kammern der Ständeversammlung hatten nach der Verfassung kein Recht, selbst Gesetzesentwürfe einzubringen, und waren diesbezüglich auf die Möglichkeit beschränkt, Wünsche und Anträge zu stellen, bei Verfassungsangelegenheiten war sogar diese Petitionsrecht umstritten.¹⁵⁹⁴ Die Thronrede Maximilians II. hatte zwar bereits umfangreiche Reformen gerade auch auf parlamentarischer Ebene zugesagt, enthielt jedoch noch nicht die Vorlage eines Gesetzes, das den Kammern der Ständeversammlung ein Recht der Gesetzesinitiative gesichert hätte.¹⁵⁹⁵ Die Kammer der Abgeordneten selbst bat daher in ihrer Dankadresse an den Monarchen um die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes,¹⁵⁹⁶ das allerdings erst am 26. April 1848 der zweiten Kammer vorgelegt werden konnte.¹⁵⁹⁷ Diese recht späte zeitliche Vorlage des Gesetzes basierte nicht etwa darauf, dass man hier mit einem technisch anspruchsvollen oder gar umfangreichen Gesetz konfrontiert gewesen wäre, sondern vielmehr auf politisch-taktischen Überlegungen Maximilians II. und seiner Berater, die eine Schwächung der radikalen Liberalen und eine gemäßigte Haltung der Kammer durch Zeitablauf prognostizierten.¹⁵⁹⁸ Jedenfalls konnte der König durch eine späte Vorlage eine erhöhte Kompromissbereitschaft der radikalen Kräfte erwarten, die lieber ein gemäßigtes Gesetz verabschiedeten, als keinerlei Fortschritte in Sachen des Initiativrechtes aufgrund des Schlusses der Ständeversammlung zu erzielen.

Art. 1 dE enthielt die Kernvorschrift, dass nunmehr beiden Kammern ein Initiativrecht für die einfache Gesetzgebung erhalten sollten, Art. 2 – 7 dE enthielten darüber hinaus spezielle Vorschriften für die Initiative in Verfassungsangelegenheiten,¹⁵⁹⁹ die den eigentlichen Diskussionsstoff der Debatten beider Kammern boten. Nach Art. 2 dE behielt der Monarch das alleinige Recht der Gesetzesinitiative in Verfassungsangelegenheiten gem. Titel X § 7 BV 1818, mit Ausnahme der Titel IV, VII, VIII, X §§ 1 – 6 BV 1818.¹⁶⁰⁰

¹⁵⁹¹ Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns III, S. 176.

¹⁵⁹² Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 221 f.

¹⁵⁹³ Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns III, S. 176; Mayer, Reformlandtag, S. 100 f.

¹⁵⁹⁴ S.o. Anm. 797 f. und S. 65 ff.; Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 177.

¹⁵⁹⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 31 ff.

¹⁵⁹⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 302.

¹⁵⁹⁷ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 1 ff.

¹⁵⁹⁸ Götschmann, Parlamentarismus, S. 844.

¹⁵⁹⁹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 1 ff.

¹⁶⁰⁰ Von allgemeinen Rechten und Pflichten; Von dem Wirkungskreis der Ständeversammlung; Von der Rechtspflege; Von der Gewähr der Verfassung.

und der dazugehörigen Verfassungsbeilagen und Gesetze. Namentlich behielt sich der König damit das Recht der Initiative in allen Angelegenheiten über den Bestand des Königreichs, die Stellung des Königs selbst, die Thronfolge, die Reichsverwesung, das Staatsgut, die besondern Rechte und Vorzüge, also der Privilegien von Inhabern der vier Kronämter, den Adel, den Klerus und den höchsten und höheren königlichen Beamten. Zudem in Angelegenheiten, welche die Ständeversammlung selbst betrafen, wobei hierbei gem. Art. 4 dE wiederum eine Gegen Ausnahme gemacht wurde, für Belange der eigenen Kammer, die wieder dem jeweiligen Kammerinitiativrecht unterfielen. Schließlich konnte lediglich der König die Initiative für die Gegenstände der Militärverfassung ergreifen. Im Hinblick auf das Gesetzgebungsverfahren in Verfassungsangelegenheiten waren Besonderheiten zu beachten, nämlich dass Anträge auf Verfassungsänderungen ein Unterstützungsquorum von mehr als der Hälfte der Mitglieder der jeweils einbringenden Kammer benötigten, Art. 5 Abs. 1 dE, und eine Verdoppelung der Mitgliederzahl der vorberatenden Ausschüsse zu erfolgen hatte, Art. 5 Abs. 2 dE. Zur Beratung der Gesetzesvorlagen im Plenum mussten mindestens drei Viertel der Kammermitglieder anwesend sein, und über die Vorlage mussten mindestens eine dreimalige Beratung und die Beschlussfassung erfolgen und zwischen diesen ein Zeitraum von mindestens acht Tagen liegen – erforderlich für eine Beschlussfassung war eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder, Art. 6 dE. Die Vorschrift des Art. 6 dE war damit ersichtlich an die bestehenden verfassungsrechtlichen Vorgaben des Titel X § 7 Abs. 3 BV 1818 angelehnt, um einen gewissen Gleichlauf des Gesetzgebungsverfahrens von verfassungsändernden Vorlagen des Monarchen und der Kammern zu erreichen. Art. 7 dE normierte, dass der König allerdings über von der Ständeversammlung ausgegangene Verfassungsgesetze nochmals frei entscheiden konnte, wofür ein Prüfungszeitraum von einem Jahr festgesetzt wurde – es bestand daher ein absolutes Vetorecht des Monarchen.¹⁶⁰¹ Schließlich setzte das Gesetz dem Initiativrecht der Ständeversammlung eine Sperre von zwölf Jahren für dessen Ausübung, nämlich für erlassene Gesetze, hinsichtlich deren der Monarch sein Initiativrecht ausgeübt hatte, gleich ob Verfassungsgesetz oder einfaches Gesetz, Art. 8 dE.¹⁶⁰²

Der Referent des Gesetzgebungsausschusses der zweiten Kammer, Zenger, empfahl die Annahme des Entwurfes mit lediglich einer einzigen sachlichen Änderung, die zeitliche Beschränkung des Initiativrechts gem. Art. 8 dE lediglich für Verfassungsgesetze zu normieren und die Sperrfrist auf eine Legislaturperiode herabzusetzen.¹⁶⁰³ Der Ausschuss beließ es bei der Sperrfrist von zwölf Jahren und beschränkte Art. 8 dE lediglich auf Verfassungsänderungen.¹⁶⁰⁴ Allerdings beschloss man zudem, dass die gem. Art. 6 dE erforderliche Anwesenheit von drei Vierteln der Kammermitglieder für alle drei Bera-

¹⁶⁰¹ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 252 ff.

¹⁶⁰² KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 249.

¹⁶⁰³ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 255.

¹⁶⁰⁴ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 259.

tungen und die Beschlussfassung nur noch für die letzte, dritte Beratung und die Beschlussfassung bestehen müsse.¹⁶⁰⁵

Im Ausschuss hatte nur der radikalliberale Pfälzer Stockinger grundlegende Kritik an dem Gesetzentwurf geübt, was er im Plenum der Kammer fortsetzte, obgleich beide Male die Grundstimmung dergestalt war, dass die Mehrheit den Gesetzentwurf unverändert annehmen wollte,¹⁶⁰⁶ insbesondere die gemäßigt Liberalen keinerlei Zweifel am monarchischen Prinzip hegten und die Konservativen¹⁶⁰⁷ ohnehin bereits zu viele Kronrechte eingebüßt sahen.¹⁶⁰⁸ Erweitert wurden im Plenum dennoch auf einen Modifikationsvorschlag Edels abermals die Möglichkeiten, die das Gesetz der Ständeversammlung zur Initiative im verfassungsrechtlichen Bereich zusprechen sollte, um Titel V BV 1818, „Von besondern Rechten und Vorzügen“, da dies auch von den gemäßigt Liberalen unterstützt wurde. Von dieser Modifikation, wie der Ausschussmodifikation zu Art. 6 dE, riet die Regierung und damit auch Heintz ab. Hatten sich in der Kammer der Abgeordneten bis dato vorwiegend Positionen gegenüber Heintz und der Regierung gezeigt, die als nachdrückliches Drängen der Radikalliberalen auf Vorlage der Reformgesetzgebung gewertet werden konnte, so sah man jetzt, dass insbesondere seine Pfälzer Landsleute, gepackt vom demokratischen Reformeifer, offen gegen ihn Stellung bezogen – allen voran Stockinger, und dies in einer Weise, dass man es durchaus als persönliche Anfeindung auffassen musste.¹⁶⁰⁹ Justizminister Heintz sprach sich dafür aus, dass, wenn überhaupt der Ständeversammlung ein Recht zur Gesetzesinitiative in Bezug auf Verfassungsrecht eingeräumt werden dürfe, dies nur in beschränktem Maße möglich sein kann, um nicht die Verfassung zum Spielball der Legislative zu machen, diese damit zu wandelbar zu machen. Für Heintz sollte die Verfassung ein unabänderlicher Grundstein für die Garantien für Volk und Krone sein, was er bereits zu Beginn der Ständeversammlung klargemacht hatte¹⁶¹⁰ und auch bei der Debatte zum Gesetz die Behandlung neuer Gesetzbücher betreffend wiederholte.¹⁶¹¹ Als Heintz nun in Bezug auf die beiden Modifikationen abermals in diese Richtung Stellung bezog, warf ihm Stockinger eine Gesinnungsänderung vor, wogegen sich Heintz entschieden wehrte.¹⁶¹² Dies vollkommen zu Recht, war er doch stets, auch bereits auf den vorangegangenen Ständeversammlungen als Abgeordneter, ein Verfechter der Unverletzlichkeit der Verfassung gewesen und hatte doch sogar bloße Petitionen auf Verfassungsänderungen abgelehnt.¹⁶¹³ Auch seine starke Königstreue und die absolute Überzeugung vom monarchischen Prinzip konnten dem Justizmini-

¹⁶⁰⁵ KdA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 258.

¹⁶⁰⁶ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 179 ff.

¹⁶⁰⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 191 f.

¹⁶⁰⁸ Götschmann, Parlamentarismus, S. 845 f.

¹⁶⁰⁹ In diese Richtung auch Götschmann, der von „persönlich gefärbten Auseinandersetzungen“ spricht (Götschmann, Parlamentarismus, S. 846).

¹⁶¹⁰ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 296.

¹⁶¹¹ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 56 f.

¹⁶¹² KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 193.

¹⁶¹³ KdA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 296; s.o. S. 120 ff., S. 146 ff., S. 157 ff.

ster nicht in Abrede gestellt werden.¹⁶¹⁴ Schließlich warf Stockinger der Regierung, gerade auch Heintz vor, dass diese absichtlich die Vorlage der maßgeblichen Reformgesetze verzögert hätten und sie vielmehr „mit einem kleinen Heere von Gesetzchen behelligt habe[n], die [...] [sie] jetzt wie ein kleines Kosakenheer umschwärmen“¹⁶¹⁵. Auch hiergegen wehrte sich Heintz entschieden und konterte mit der Liste von wichtigen Gesetzesvorlagen, die in der vergangenen Zeit auf der Ständeversammlung eingebracht wurden.

Die Kammer der Reichsräte und dessen Ausschuss, in dem Maurer das Referat übernahm,¹⁶¹⁶ stellte sich nahezu einstimmig auf die Seite der Regierung und strich die beiden besagten Modifikationen, nur eine Stimme sprach sich für deren Annahme aus.¹⁶¹⁷ Da nun die Zeit drängte und eine nochmalige Rückverweisung des Entwurfes der zweiten an die erste Kammer den Entwurf wegen des Schlusses der Ständeversammlung hätte scheitern lassen, nahm die Kammer der Abgeordneten den bis auf die Modifikation zu Art. 8 dE inhaltlich unveränderten Regierungsentwurf am 26. Mai 1848 an, womit das Gesetz dergestalt mit dem Abschied für die Ständeversammlung am 04. Juni 1848 in Kraft treten konnte¹⁶¹⁸ – das Abwarten mit der Vorlage des Gesetzes hatte sich damit für Maximilian II. ausgezahlt. Auch dieses Gesetz war einer der wesentlichsten, wenn nicht gar der wesentlichste Schritt für den bayerischen Parlamentarismus, erlangte doch damit die Ständeversammlung eine direkte Beeinflussung der Gesetzgebung dergestalt, dass sie nicht mehr darauf beschränkt war, nur die Vorlagen der Krone abzuwarten, sondern nunmehr Forderungen des Volkes selbst in den Gesetzgebungsprozess einbringen konnte, sogar im Hinblick auf Verfassungsgesetze, wenn auch hier in beschränkter Weise.

Schluss des Reformlandtags und die Verdienste von Heintz

Mit dem Abschied für die Ständeversammlung am 04. Juni 1848 und dem Schluss der Ständeversammlung am 05. Juni 1848 hatte die Regierung das wohl umfangreichste Reformpaket durchgeführt, das im Königreich Bayern im 19. Jahrhundert verabschiedet wurde. So kamen insgesamt 21 Gesetze von erheblicher Bedeutung durch den Reformlandtag zustande, allem voran das Programm zur Reform des Justizwesens, die Neugestaltung des Landtagswahlrechts, die Gesetze zu Ministerverantwortlichkeit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Ablösung der Grundlasten und nicht zuletzt der parlamentarischen Initiative. Auch Heintz hatte zu diesem Werk als Justizminister zu einem erheblichen Teil beigetragen. Sein Verdienst war es vorwiegend gewesen, den Anstoß und die Richtlinien zur bevorstehenden Justizreform zu geben, was allem voran durch das GrundlG, das Gesetz zur Beratung neuer Gesetzbücher und das ÄndG StGB 1813 geschah.¹⁶¹⁹ Dieses Verdienst wird auch nicht geschmälert, wenn man sich die Vorarbeiten vor Augen führt, welche Maurer 1847 an diesen Gesetzen geleistet hatte.¹⁶²⁰ Denn trotz

¹⁶¹⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 197; s.o. S. 135 ff., 157 ff.

¹⁶¹⁵ KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 186.

¹⁶¹⁶ KdRR 1848 Beilagen, Bd. 3, S. 132 ff.

¹⁶¹⁷ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 551.

¹⁶¹⁸ KdA 1848 Protokolle, Bd. 6, S. 390 f.; KdA 1848 Protokolle, Bd. 8, S. 8; GVBl. 1848, Sp. 61 ff.

¹⁶¹⁹ Kiessling/Schmid, Das staatliche Gewaltmonopol, S. 12.

¹⁶²⁰ S.o. S. 176 ff.

dieser Grundlagen, die Maurer bereits setzen konnte, war die Arbeit, die für Heintz als Justizminister des Reformlandtages verblieb, erheblich, waren doch praktisch keine Vorarbeiten zu den maßgeblichen Gesetzesentwürfen ausgearbeitet,¹⁶²¹ denn gerade durch die Vorverlegung der Ständeversammlung war beim Amtsantritt von Heintz mit der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen noch nicht begonnen worden.¹⁶²² Daneben waren durch Maurer grundlegende Reformpunkte, wie die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände, der grund- und standesherrlichen Gerichtsbarkeit, die Einführung von Geschworenengerichten für Strafsachen und die umfassende sachliche Umstrukturierung der Stadt- und Landgerichte mit der Einführung von Notariaten, noch nicht einmal als Maßstab für ein neues Justizwesen festgelegt und durch die Krone anerkannt worden. So zeigt sich uns doch Heintz als der eigentliche Schöpfer und Wegbereiter der bayerischen Justizreform Mitte des 19. Jahrhunderts. Als dieser hatte er sich auch selbst ganz eindeutig empfunden, was sich uns aus dem Heintzschen Familienbuch erschließt.¹⁶²³

Diese Verdienste waren, wie schon auf den Ständeversammlungen zuvor, verbunden mit der Bereitschaft von Heintz, sich mit aller Kraft und großen zeitlichen Opfern den ihm anvertrauten Aufgaben zu widmen, was ebenfalls durch Äußerungen von ihm in der Kammer der Abgeordneten herauszulesen war. So hatte er sich als Justizminister nicht nur mit der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen zu beschäftigen, sondern zudem die innerministeriellen Diskussionen hierüber zu führen, den diesbezüglichen Staatsratssitzungen beizuwohnen und schließlich in den Verhandlungen der Ausschüsse und der Kammern selbst zu den Entwürfen Rede und Antwort zu stehen.¹⁶²⁴ Hinzu kam, dass Innenminister Thon-Dittmer erkrankt war und Heintz auch noch für dessen Ressort teilweise in den Kammern am Ministertisch Platz nahm,¹⁶²⁵ so dass er tatsächlich nahezu rund um die Uhr mit seiner Aufgabe beschäftigt war.

Politisch einzuordnen war Heintz auf dem Reformlandtag wie schon auf den beiden Ständeversammlungen zuvor als gemäßigt liberal, auch wenn vonseiten der konservativen Rechten diese Haltung in das radikalliberale Lager verrückt wurde. So nannte Prof. Dr. Johann Nepomuk Sepp die neue Regierung „Revolutionäre in Glacéhandschuhen“, ein Kabinett „aus der bisherigen Opposition gebildet, [...] den seichtesten Kammerliberalismus“ vertretend.¹⁶²⁶ Diese Äußerung war, wenn man den Reformlandtag und die Haltung von Heintz rückblickend betrachtet, schlicht nicht zutreffend. Zwar muss man bemerken, dass gerade auf dieser Ständeversammlung das Verhältnis zwischen der

¹⁶²¹ Götschmann, Parlamentarismus, S. 792.

¹⁶²² „Es würde wohl niemand mehr wünschen, alle Gesetzesvorlagen auf einmal machen zu können, als wir selbst; allein bedenken Sie, meine Herren, wir haben das Ministerium angetreten unmittelbar vor Eröffnung der Kammern und in mancher Beziehung waren gar keine Vorarbeiten vorhanden, wenigstens nicht solche, welche benützt werden konnten. Unsere Zeit ist daher von früh morgens bis spät Nacht in Anspruch genommen, und jeder, der sich einigermaßen nur damit befasst hat, wird finden, daß es nicht so leicht ist, Gesetze zu machen.“ (Heintz, in: KdA 1848 Protokolle, Bd. 2 S. 350).

¹⁶²³ Familienbuch, S. 1.

¹⁶²⁴ KdA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 60.

¹⁶²⁵ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 478 f.

¹⁶²⁶ Sepp, Ludwig I., S. 898.

Mehrheit der Kammer der Abgeordneten und den Ministern außergewöhnlich gut gewesen ist und die Minister tatsächlich breites Vertrauen genossen, waren auch nahezu alle Minister vorherige Abgeordnete gewesen.¹⁶²⁷ Dieses gute Verhältnis zur zweiten Kammer und damit auch das Vertrauen des Volkes demonstrierten die neu ernannten Minister auch selbst durch ihren Auftritt auf der Ständeversammlung. Sie unterließen es nämlich, in Uniform zu erscheinen, was noch auf den vorangegangenen Ständeversammlungen üblich gewesen war, und traten statt dessen „volksthümlich“ in Zivil auf.¹⁶²⁸ Dieses äußere Selbstverständnis der Minister betrachtet, ist es nachvollziehbar, weshalb Anhänger der konservativen Rechten durchaus zu derartigen Schlüssen und Vorwürfen gegenüber der Regierung kommen konnten. Nichtsdestoweniger empfand sich Heintz als Minister nicht mehr als gewählter Volksvertreter, wie er es noch in den Jahren zuvor getan hatte, sondern als das, was er von seiner rechtlichen Stellung auch war, nämlich als Vertreter der Krone, wobei er auch hier stets zum Besten für Volk und Königreich wirken wollte. Allgemein vertrat die Regierung eine weitgehend gemäßigte Haltung, so auch Heintz, was sich bereits dadurch zeigte, dass, obgleich bei der Mehrheit der Kammer beliebt, doch heftigste Angriffe vonseiten der demokratischen Linken, insbesondere der Pfälzer Landsleute von Heintz, erfolgten, die zum Teil auch ins Persönliche abrutschten. Hierbei kann auch ein gewisser Verdross dieser Abgeordneten herausgelesen werden, dass es ihnen auf den letzten beiden vormärzlichen Ständeversammlungen nicht gelungen war, Heintz für die radikale Opposition zu gewinnen.¹⁶²⁹ Deutlich wird dies etwa, wenn man sich an die Vorwürfe Stockingers gegenüber Heintz bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur parlamentarischen Initiative erinnert.¹⁶³⁰ Aber nicht nur in der Kammer der Abgeordneten, sondern auch in der Kammer der Reichsräte hatte der reformerische Gedanke in weiten Teilen Einzug gehalten, so dass selbst hier, in der Kammer, die insgesamt einen eher konservativen Ruf genoss, die Ansichten und Beiträge von Heintz durchaus gemäßigt wirkten, besonderes wenn man sich etwa an die Bemerkungen Oettingen-Wallersteins erinnert. Genau diesen Punkt stellte Heintz auch auf einem der späteren Landtage nochmals deutlich klar, so waren nach ihm selbst in der Kammer der Reichsräte die Ansichten einiger Mitglieder „freisinniger“ als die seinigen.¹⁶³¹

Wie schon auf den früheren Ständeversammlungen erkannte man auch 1848 die Eigenschaft von Heintz und der Regierung, mit ihren gemäßigten Positionen zwischen den Extremen vermitteln zu können, was man beispielsweise deutlich bei den Debatten zum LTWahlG bemerkte, wo Rotenhan das ständische System beibehalten wollte, auf der anderen Seite Christmann und Stockinger direkte, freie und geheime Wahlen forderten.

¹⁶²⁷ Götschmann, *Parlamentarismus*, S. 875.

¹⁶²⁸ „Es war uns Allen höchst erfreulich, daß die neun ernannten Minister, die aus unserer Mitte hervorgegangen sind, und die das Land als volksthümliche Minister anerkennt und ehrt, bis jetzt noch nicht in schimmernden Stickereien und glänzenden Epauletts, sondern in der zutraulichen bürgerlichen Kleidung erschienen sind. Es hat nicht nur auf uns, sondern auch auf die Draussen, die wir vertreten, den besten Eindruck gemacht.“ (Bauer, in: *KdA 1848 Protokolle*, Bd. 1, S. 575).

¹⁶²⁹ S.o. S. 157 ff.

¹⁶³⁰ S.o. S. 233.

¹⁶³¹ *KdRR 1851/52 Protokolle*, Bd. 2, S. 89.

Heintz bot hier einerseits den Radikalliberalen wie so oft mit Erfolg die Spitze, konnte sich aber auch gegen die Forderungen Rotenhans verwehren. Gerade diese Vermittlungseigenschaft war mit ein Grund gewesen, warum Heintz und die Regierung so erfolgreich alle vorgelegten Gesetzesvorlagen auf dem Reformlandtag durchbringen konnten.

2. Die weitere Entwicklung der Justizreform unter Heintz

Nach dem Schluss der Ständeversammlung war nun zwar der Anstoß für eine Justizreform gegeben und nicht zuletzt durch das GrundlG deren Rahmen abgesteckt, allerdings stand die eigentliche Arbeit, die Ausarbeitung der konkreten Gesetzesentwürfe für die Modernisierung des Strafrechts, der Gerichtsorganisation und der Prozessrechte für das Zivil- und Strafrecht, Justizminister Karl Friedrich Heintz und den nach dem Gesetz zur Behandlung neuer Gesetzbücher neu eingerichteten Gesetzgebungsausschüssen der Kammer der Reichsräte und der Abgeordneten noch bevor.

a. Strafrechtsreform

Sogleich in Teilen umgesetzt wurde die Justizreform im Bereich des Strafrechts, basierend auf dem Rahmen, den das GrundlG und dessen konkretere Ausgestaltung im ÄndG StGB 1813 vorgab und wodurch der Regierung unter Zuziehung besonders gebildeter Ausschüsse die Möglichkeit gegeben wurde, Geschworenengerichte, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens und Staatsanwaltschaften einzuführen. Insofern wurde eine Ausnahme davon gemacht, dass diese besonderen Gesetzgebungsausschüsse an sich erst durch die nach neuem Wahlrecht gewählte Ständeversammlung eingesetzt werden sollten,¹⁶³² um an deren Stelle vorgebrachte Gesetze auch zwischen den Landtagen beraten und beschließen zu können.¹⁶³³ Für die Durchsetzung der Reformpunkte im Bereich des Strafrechts sollte nicht auf kürzeste Zeit ein völlig neues Strafgesetzbuch verabschiedet werden, sondern es sollte zunächst lediglich eine Novellierung des StGB 1813 stattfinden, insoweit die alten Vorschriften mit den geplanten Neuerungen in Widerspruch standen. Dass es sich lediglich um eine Novellierung handelte, wenn auch eine sehr umfangreiche, machten bereits die Titel der Gesetze deutlich, „Abänderungen [...] des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend“, erster und zweiter Teil. Im Bereich des Strafrechts empfand man die Durchsetzung der Reformbestrebungen des Jahres 1848 als derart dringlich, dass man insofern nicht bereit war, auf die Entwürfe einer vollkommen neuen Strafgesetzgebung zu warten, sondern eben mit einem transitorischen Gesetz überbrückend das Strafrecht und insbesondere den Strafprozess zu novellieren.¹⁶³⁴ Gerade diese Dringlichkeit sieht man am Zugeständnis der Kammern in diesem Bereich, bereits jetzt die besonderen Ausschüsse in Tätigkeit zu setzen, deren Arbeit unmittelbar nach dem Schluss der Ständeversammlung im Juni 1848 begann.¹⁶³⁵

¹⁶³² S.o. S. 197 ff.

¹⁶³³ Zu den besonderen Gesetzgebungsausschüssen: s.o. S. 182 ff.

¹⁶³⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 6; Art. 1 ÄndG StGB 1813.

¹⁶³⁵ KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 4.

Die Konstituierung des ständigen Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräte war kurz vor Schluss der Ständeversammlung am 02. Juni 1848. Bereits am 25. Mai 1848 hatte die Kammer der Reichsräte ihre Mitglieder Zu Rhein, Arnold, Niethammer, Reigersberg, Armansperg, Maurer und Freyberg als die sieben Mitglieder des besonderen Gesetzgebungsausschusses und die Reichsräte Erzbischof Graf von Reisach, Graf von Seinsheim und Freiherr von Lotzbeck als deren Ersatzmänner gewählt.¹⁶³⁶ Zum Vorstand wählte oder vielmehr überredete der Ausschuss Reigersberg, der eigentlich aufgrund seines fortgeschrittenen Alters, er war bereits achtundsiebzig Jahre alt, nicht mehr den Vorsitz im Ausschuss übernehmen wollte – Sekretär wurde Niethammer.

Die Kammer der Abgeordneten wählte am 13. Mai 1848 die neun Mitglieder ihres ständigen Gesetzgebungsausschusses; namentlich waren dies die Abgeordneten Dr. Adolf von Scheurl, Ritter von Habermann, Freiherr von Lindenfels, Dekan Deininger, Dr. Rammoser, Kolb, Freiherr von Künsberg, Dr. Schwindl und Dümmler. Ersatzmänner wurden Neuffer, Bestelmeyer und Dr. Zenger.¹⁶³⁷ Am 25. Mai 1848 wählte sich der Ausschuss den Abgeordneten Habermann als Vorstand und den Abgeordneten Lindenfels als Sekretär.¹⁶³⁸

Die Novellierung des Strafrechtes durch die Regierung und die besonderen Ausschüsse der Kammern, als deren Vertreter, vollzog sich in drei Schritten. Allem voran widmete man sich der am lautesten vorgebrachten Forderung, der Einführung der Geschworenengerichte.¹⁶³⁹ Im Anschluss daran wurde dann die Anpassung des StGB 1813 an die neuen Verhältnisse vorgenommen, was sich nochmals in zwei Blöcke teilen ließ, einmal die „Abänderung einiger Bestimmungen des ersten Theiles des Strafgesetzbuches von 1813“¹⁶⁴⁰, was vorwiegend die Anpassung materiellrechtlicher Vorschriften war, und zweitens die „Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813“¹⁶⁴¹, was die Strafprozessrechtsnovelle sein sollte. An diesen Schritten orientiert sich auch die nachfolgende Darstellung der Strafrechtsnovelle von 1848, da die entsprechenden Gesetze in dieser Reihenfolge chronologisch erlassen wurden, obgleich sie schließlich auch teilweise ineinander aufgingen und so ein einheitliches System eines modernisierten bayerischen Strafrechts zu bilden vermochten.

Karl Friedrich Heintz nahm als Justizminister intensiv an den Verhandlungen der Gesetzgebungsausschüsse teil,¹⁶⁴² sowohl an denen der Kammer der Abgeordneten¹⁶⁴³ als auch vor allem an denen der Kammer der Reichsräte,¹⁶⁴⁴ der er selbst als lebenslanglich ernanntes Mitglied angehörte. Als Justizminister war er Initiator und Verantwortlicher

¹⁶³⁶ KdRR 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 86 ff.

¹⁶³⁷ KdA 1848 Protokolle, Bd. 6, S. 297 ff.

¹⁶³⁸ KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 1 ff.

¹⁶³⁹ GVBl. 1848, Sp. 193 ff.

¹⁶⁴⁰ GVBl. 1848, Sp. 217 ff.

¹⁶⁴¹ GVBl. 1848, Sp. 232 ff.

¹⁶⁴² Rep. KdRR/KdA 1848, S. 186 ff.

¹⁶⁴³ Rep. KdRR/KdA 1848, S. 186 f.

¹⁶⁴⁴ Rep. KdRR/KdA 1848, S. 187 f.

für die Gesetzesentwürfe und stand den Ausschüssen als Kenner der Materie, nicht zuletzt auch aufgrund seiner praktischen Erfahrungen als Advokat, Staatsprokurator und Richter in der Pfalz, Rede und Antwort. Heintz fungierte in den Sitzungen vorwiegend als Berater der besonderen Ausschüsse zu gesetzgeberischen Fragen, die von Kompetenzen bis zu Detailformulierungen reichten. Diese Beraterfunktion bot vorwiegend auch die Herausforderung, den Mitgliedern der Ausschüsse die Verknüpfung der einzeln beratenen Gesetzesteile zu verdeutlichen. Denn insbesondere die StPON wurde in zahlreichen kleinen Einzelgesetzen vorgelegt,¹⁶⁴⁵ und nur mit der Abstimmung all dieser Gesetze aufeinander war eine Funktionsfähigkeit der späteren Strafrechtsnovelle insgesamt möglich. Schließlich agierte Heintz nicht als Kämpfer für die Durchsetzung politischer Ideale, denn auch sein Selbstverständnis, das er bezüglich seiner Position als Justizminister hatte, war das eines informativen Beraters, der die Gesamtkonzeption der Novellierung des Strafgesetzes von 1813 vor Augen hatte, was er auch ausdrücklich im Ausschuss der Kammer der Reichsräte deutlich machte.¹⁶⁴⁶

Aufgrund der starken Präsenz von Justizminister Heintz in den Sitzungen wie auch des erheblichen Umfangs der Verhandlungen selbst¹⁶⁴⁷ soll es nicht Ziel sein, die ganzen Verhandlungen der Strafrechtsnovelle im Detail darzustellen und hierbei jede Äußerung von Heintz aufzuführen und zu bewerten, der an nahezu allen Sitzungen des besonderen Ausschusses der Kammer der Reichsräte sowie den Sitzungen der vereinigten Ausschüsse aktiv teilnahm. Vielmehr soll das letztlich zustande gekommene Gesetz dargestellt und erläutert werden, ferner sollen persönliche und fachliche Ansichten von Karl Friedrich Heintz zu einzelnen Kernpunkten des Gesetzes herausgearbeitet werden.

aa. Die Einführung von Geschworenengerichten

[1]. Gründe für die Einführung von Geschworenengerichten

Die weitaus am stärksten geäußerte Forderung war, wie bereits häufiger angemerkt, die Einführung von Geschworenengerichten,¹⁶⁴⁸ obgleich sie im Vormärz nicht weniger heftig umstritten waren.¹⁶⁴⁹ Neben Savigny hatte sich insbesondere Feuerbach, obwohl er aus politischen Gesichtspunkten ein Befürworter von Geschworenengerichten war, gegen die Übernahme der französischrechtlich ausgestalteten Schwurgerichte gewandt.¹⁶⁵⁰ Er rügte dieses Modell, da er es einerseits politisch durch die Französische Revolution

¹⁶⁴⁵ Hierzu sogleich S. S. 251 f.

¹⁶⁴⁶ „Meine Aufgabe in diesem Ausschusse kann keine andere seyn, als die, wenn solche Fragen debattiert werden, aufmerksam zu machen, ob sie mit dem Systeme im Einklang stehen, und ob das Gesetz überhaupt noch vollziehbar oder nicht.“ (Heintz, in: KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 122).

¹⁶⁴⁷ Die Beratung der Gesetze nahm ein halbes Jahr der besonderen Ausschüsse in Anspruch und füllt zwei Protokoll- und zwei Beilagenbände des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten sowie vier Protokoll- und drei Beilagenbände der Kammer der Reichsräte.

¹⁶⁴⁸ Kern, Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts, S. 58.

¹⁶⁴⁹ Eingehend zum Kampf um die Schwurgerichte im Vormärz: Schwinge, Schwurgerichte; auch Schmidt, Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, S. 332 ff.

¹⁶⁵⁰ Feuerbach, Betrachtungen über das Geschwornen-Gericht; Feuerbach, Betrachtungen über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit I, II.

und die Herrschaft Napoleons als verunglimpft empfand, andererseits er auch strafprozessuale Mängel darin enthalten sah – allem voran die freie Beweiswürdigung (intime conviction) und die Trennung von Tat- und Rechtsfrage.¹⁶⁵¹ Für die Liberalen hingegen, deren Ideengut nicht selten durch den französischrechtlichen Geist der Pfalz gespeist wurde, waren allerdings die Einführung eines derart geformten Geschworenengerichtes und die Grundsätze der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit der Verfahren wie auch die Einführung von Staatsanwaltschaften untrennbar miteinander verbunden, wenn auch die Einführung von Schwurgerichten vorwiegend politisch, nicht rechtsdogmatisch motiviert war, was gerade die Debatten in den Sitzungen der Ständeversammlung belegen¹⁶⁵² – das Geschworenengericht wurde jedenfalls als einzig wahrer Schutz vor staatlicher Willkürjustiz und der Allmacht des juristischen Berufsbeamtentums angesehen.¹⁶⁵³ Insofern widmete sich die Gesetzgebung diesem Punkt zunächst isoliert und vor allen anderen notwendigen Novellierungen im bayerischen Strafprozessrecht, weshalb Justizminister Heintz den besonderen Ausschüssen als erstes den Gesetzentwurf zum späteren „Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte“¹⁶⁵⁴ vorlegte.¹⁶⁵⁵

[2]. Bildung der Schwurgerichte

Entsprechend dem Titel des Gesetzes, „die Einführung der Schwurgerichte“¹⁶⁵⁶, sollte durch die Regelungen zunächst die Einführung der Geschworenengerichte technisch ermöglicht werden, worunter ausschließlich die Bildung der Schwurgerichte zu verstehen war – das eigentliche schwurgerichtliche Verfahren und auch die Zuständigkeit sollte erst anschließend mit der gänzlichen Novellierung des StGB 1813 geregelt werden.¹⁶⁵⁷ Der Titel des Gesetzes ist aber insoweit irreführend, als dass die tatsächliche Einrichtung der Schwurgerichte in den Appellationsgerichtsbezirken ebenfalls nicht durch vorliegendes Gesetz normiert wurde, sondern auch späterer Gesetzgebung vorbehalten blieb beziehungsweise entsprechend Art. 8 ÄndG StGB 1813 von den Staatsministern der Justiz, des Inneren, der Finanzen und des Krieges im Verordnungswege zu regeln war.¹⁶⁵⁸ Das Gesetz behandelte daher vorwiegend die Modalitäten, wie die Geschworenengerichte zu bilden waren, und ließ sich in zwei Blöcke unterteilen, zum einen die Fertigung und Er-

¹⁶⁵¹ Schmidt, Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, S. 334.

¹⁶⁵² Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 255; zur Diskussion der Schwurgerichte als Rechtsanstalt und/oder politisches Institut etwa: Welcker, Jury, Schwur- oder Geschworenengericht; Feuerbach, Betrachtungen über das Geschworenengericht; Gneist, Geschworenengerichte, S. 1 ff.

¹⁶⁵³ Schwinge, Schwurgerichte, S. 43 f., 142 ff.; Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 255; Kern, Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts, S. 59.

¹⁶⁵⁴ GVBL. 1848, Sp. 193 ff.

¹⁶⁵⁵ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff.; Maurer, in: KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 83.

¹⁶⁵⁶ GVBL. 1848, Sp. 193 ff.

¹⁶⁵⁷ Übersicht zur Bildung der Schwurgerichte nach der StPON, s.u. Anhang 5.

¹⁶⁵⁸ Die Schwurgerichte wurden mittels königlicher Verordnung vom 10.11.1848 vorläufig an den Kreis- und Stadtgerichten eingerichtet: München für Oberbayern, Straubing für Niederbayern, Regensburg für Regensburg und die Oberpfalz, Bayreuth für Oberfranken, Ansbach für Mittelfranken, Würzburg für Unterfranken und Aschaffenburg, Augsburg für Schwaben und Neuburg (RegBl. 1848, Sp. 1189 f.).

gänzung der Geschworenenliste und zum anderen die Zusammenberufung und Bildung der Schwurgerichte selbst, wobei darunter vornehmlich die Besetzung der Geschworenenbank verstanden wurde.

Fertigung und Ergänzung der Geschworenenliste

[aa]. Voraussetzungen für das Geschworenenamt

Allem voran musste durch das Gesetz zunächst die Frage geklärt werden, welche Personen überhaupt fähig waren, das Amt der Geschworenen wahrzunehmen, dies regelten Art. 1, 2, 3, 10 Abs. 2 dG. Das Geschworenenamt war damit zunächst gebunden an das bayerische Staatsbürgerrecht und sodann an weitere Voraussetzungen wie gesellschaftliche Stellung, Bildung und Steueraufkommen, womit amtierende oder ehemalige Bürgermeister, Magistratsräte, Gemeindevorsteher, deutsche Universitäts- und Kunstakademieabsolventen und Personen, die eine jährliche direkte Steuer von mindestens 20 fl. entrichteten, geeignet waren. Zudem war ein Negativkatalog aufgestellt, der gewisse Personen vom Geschworenenamt ausschloss, danach musste man mindestens 30 Jahre¹⁶⁵⁹ alt sein und durfte nicht bestimmten Berufsgruppen angehören, die man mit dem Geschworenenamt für unvereinbar hielt, wie etwa Staatsdienern, Militärs und Geistlichen. Daneben waren noch geistig Zurückgebliebene und Straftäter als Geschworene ausgeschlossen.¹⁶⁶⁰ In diesem Zusammenhang wurden insbesondere der Punkt Bildung und der Zensus als Zulassungsmöglichkeiten kontrovers diskutiert.

Der Entwurf hatte nicht die Absolventen von Kunstakademien als potentielle Geschworene aufgeführt und hatte Bildung daher allein an damaliger universitätswissenschaftlicher Intelligenz und Bildung festgemacht, während künstlerische Intelligenz und Bildung als nicht ausreichend erachtet wurde. Angestoßen wurde die Diskussion über diesen Punkt von Zu Rhein, der gerade die Nichtberücksichtigung von Künstlern am Gesetzentwurf monierte und den Vorschlag unterbreitete, die Fähigkeit zum Geschworenen an der jeweiligen Intelligenz der Personen festzumachen. Heintz verteidigte diesbezüglich die Regelung des Gesetzentwurfs dahingehend, dass für ihn die Zulässigkeitskriterien zum Geschworenenamt objektiv für einen Gerichtsbeamten nachprüfbar sein mussten, was bei dem bloßem Kriterium der Intelligenz schlicht nicht möglich sei.¹⁶⁶¹ Einen objektiv überprüfbaren Maßstab biete daher nur akademische Bildung, die durch bestandene Hochschulprüfungen überprüft und nachgewiesen werden könne.¹⁶⁶² Problematisch werde es hier insbesondere auch bei Künstlern, denn hierbei sei unter Zugrundelegung des reinen Begriffs des Künstlers ebenfalls kein objektiver Maßstab gegeben, da auch damals dieser Ausdruck bereits durchaus weit definiert wurde,¹⁶⁶³ insbesondere aber keine

¹⁶⁵⁹ Dass sich das Mindestalter von 30 Jahren bereits in anderen Ländern bewährt habe, allen voran Frankreich, hatte Heintz bereits bei den Debatten während der Ständeversammlung 1848 deutlich gemacht (KdA 1848 Protokolle, Bd. 5, S. 96 f.).

¹⁶⁶⁰ Walther, Strafrecht, S. 121 ff.

¹⁶⁶¹ So könne man freilich nicht gesetzlich normieren: „die intelligenten Personen sollen die Fähigkeit haben Geschworene zu seyn.“ (Heintz, in: KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 142).

¹⁶⁶² Heintz, in: KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 142

¹⁶⁶³ Wenn freilich eine ausgereifte (verfassungs-)rechtliche Auseinandersetzung wie heute auf Grundlage des

Beschränkungen dahingehend ersichtlich waren, wer sich als Künstler bezeichnen durfte und wer nicht. Daher gab es neben akademisch gebildeten Künstlern auch zahlreiche Künstler aus den untersten, bildungsfernen gesellschaftlichen Schichten. Vorgeschlagen wurde daher im Ausschuss der Kammer der Reichsräte, als objektiven Maßstab den Abschluss eines vollständigen Kunststudiums an einer inländischen, also bayerischen Akademie der bildenden Künste heranzuziehen, womit auch Heintz einverstanden war.¹⁶⁶⁴ Im vereinigten Ausschuss der Kammern allerdings wurde auch dies zu eng begriffen, da man alle Absolventen deutscher Kunstakademien einbezogen haben wollte.¹⁶⁶⁵ Hier kam vonseiten der Regierung und der Kammer der Reichsräte erhebliche Gegenwehr, namentlich von den beiden Pfälzer Reichsräten, Justizminister Heintz und Reichsrat Maurer, die keine einheitlichen wissenschaftlichen Bildungsstandards bei den deutschen Kunstakademien feststellen konnten, wie im Übrigen auch kein anderes Mitglied beider Ausschüsse.¹⁶⁶⁶ Dennoch konnte sich die Kammer der Abgeordneten in diesem Punkt durchsetzen und die Befähigung zum Geschworenenamts für alle Absolventen deutscher Kunstakademien durchsetzen.¹⁶⁶⁷

Allerdings konnte Justizminister Heintz von der Notwendigkeit des Zensus in Höhe einer jährlich entrichteten Mindeststeuer von 20 fl. überzeugen, den Reigersberg im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte beanstandete – Reigersberg empfand hierin einen Widerspruch zur Neuregelung des Landtagswahlgesetzes, in dem man gerade die Zensuswahl abgeschafft hatte.¹⁶⁶⁸ Heintz betonte hierbei, dass er einen grundsätzlichen Unterschied von Geschworenen und Abgeordneten ausmache, nämlich, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit, um Bestechung vorzubeugen und eine freie Willensbildung zu garantieren, bei einem Geschworenen ungleich wichtiger sei als bei einem Abgeordneten oder Wähler, entschieden doch die Geschworenen über Einzelschicksale und hier über Freiheit, Leben und Tod der Angeklagten. Weiter sei eine entrichtete Mindeststeuer von 20 fl. ohnehin bereits unterste Grenze für eine Garantie der notwendigen wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Schließlich sei auch die Stimme des Einzelnen vor Gericht von erheblich höherem Gewicht, da die Geschworenenbank nur aus 12 Personen bestehe und der Landtag doch aus mehr als 100 Abgeordneten.¹⁶⁶⁹

Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG noch nicht vorhanden war.

¹⁶⁶⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 152 f.

¹⁶⁶⁵ Scheurl, in: KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 29 f.

¹⁶⁶⁶ Gerade hierin sah Heintz sodann zugleich die Gefahr der Ungleichbehandlung, aus einer Gleichbehandlung von wesentlich Ungleichem. Denn es könnten möglicherweise Absolventen von deutschen Kunstakademien die Möglichkeit bekommen, Geschworene zu werden, die nicht die Standards der Bayerischen Akademie der Künste einhielten, sondern beispielsweise nur die bayerischen Kunstschulen. Daher könnte sich eine gleiche Behandlung wesentlich ungleich gebildeter Personen ergeben (KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 30). Heintz' Auffassung des Gleichheitssatzes deckte sich daher mit dem heutigen des Art. 3 Abs. 1 GG, den das BVerfG ebenfalls dahingehend versteht, dass der Gesetzgeber in dem Sinne gebunden ist, dass er weder wesentlich Gleiches willkürlich ungleich noch wesentlich Ungleiches willkürlich gleich behandeln darf (BVerfGE 1, 52; 1, 247; 4, 144).

¹⁶⁶⁷ GVBl. 1848, Sp. 195.

¹⁶⁶⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 154.

¹⁶⁶⁹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 154.

Obgleich sich Heintz nur in dem Punkt der Mindestbesteuerung letztlich durchsetzen konnte, sieht man an der Diskussion sehr genau, wie sehr gerade Heintz durch die richterliche Praxis seiner allgemeinen juristischen Erfahrung aus der Pfalz geprägt war, denn auch nach dem französisch-pfälzischen Recht war die Befähigung zum Geschworenenumamt allein dem Besitz- und Bildungsbürgertum zugesprochen worden, damit auch an einen bestimmten Zensus und bestimmte Befähigungen gebunden.¹⁶⁷⁰ Für Heintz mussten unbedingt eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein bestimmter Bildungsgrad erreicht sein, um das Amt des Geschworenen übernehmen zu können, da ein gebildeter Geist für ihn unumstößliche Voraussetzung war, um einer Gerichtsverhandlung in dem Maße folgen zu können, und eine gesicherte finanzielle Stellung Bestechlichkeit vorbeugen sollte, so dass man einen vernünftig bedachten, gerechten, auf unabhängiger Überzeugung basierenden Schuld- oder Freispruch zu erlassen im Stande war.¹⁶⁷¹

[bb]. Fertigung der Geschworenenliste

Da für jeden Kreis mindestens ein Schwurgericht errichtet werden sollte, wurden die Geschworenenlisten jeweils für jeden einzelnen Kreis erstellt. Das Verfahren zur Fertigung der Geschworenenliste begann damit, dass auf der Ebene der Gemeinden von diesen selbst eine Urliste gebildet wurde, auf der alle Personen, welche die Befähigung zum Geschworenenumamt mit sich brachten, verzeichnet wurden, Art. 4 dG. Gegen diese Liste konnten die Gemeindebürger Einspruch einlegen und bei einer Ablehnung dieses Einspruches eine Beschwerde anstrengen, Art. 5 dG.¹⁶⁷² Spätestens vier Wochen vor Zusammentritt des Landrates mussten alle Urlisten in einem Distriktpolizeibezirk beim jeweiligen Amtsvorstand eingereicht werden, der sodann hieraus die Bildung einer Geschworenenliste, der sogenannten Bezirksliste,¹⁶⁷³ auf dieser Ebene veranlasste, Art. 6 ff. dG. Dafür berief er die Gemeindevorstände der vier bevölkersten Gemeinden des Bezirkes ein und diejenigen fünf Wahlmänner, die bei der Wahl zum Frankfurter Parlament die meisten Stimmen erhalten hatten, Art. 6 dG. Auf je 500 Einwohner sollte ein Geschworener kommen. Eine Sonderregelung galt für die Städte, die hinsichtlich der Verwaltung nicht den Distriktpolizeibezirken, sondern direkt den Kreisregierungen unterstellt waren, Art. 7 dG. Hier sollte bereits auf 250 Einwohner ein Geschworener kommen, und die Urlisten sollten nicht an den Amtsvorstand, sondern an den Polizeidirektor beziehungsweise den Stadtkommissär übersandt werden. Auch wurden zur Bildung nicht die Gemeindevorstände, sondern die Bürgermeister und die fünf ältesten Stadträte einberufen; die Zahl der fünf Wahlmänner wurde auf sieben erhöht, Art. 7 dG.¹⁶⁷⁴ Die Wahl-

¹⁶⁷⁰ Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 269.

¹⁶⁷¹ „Auf die Bemerkung des Herrn Dr. Rammoser erlaube ich mir, zu erwidern, daß wenn man den Begriff ‚Künstler‘ im Allgemeinen nimmt, es gar keinen Maßstab mehr gibt. Ein Kriterium muß festgesetzt werden, und das kann kein Anderes seyn, als die wissenschaftliche Bildung. Bei Geschworenen kommt es nicht darauf an, daß sie gut malen und zeichnen können.“ (Heintz, in: KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 35).

¹⁶⁷² Walther, Strafproceßrecht, S. 123.

¹⁶⁷³ Walther, Strafproceßrecht, S. 124; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 62.

¹⁶⁷⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 62.

männer für das Frankfurter Parlament hatte man deswegen herangezogen, da diese Wahlen die letzten waren, die vor der Verabschiedung des Gesetzes durchgeführt wurden und diese Wahlmänner bereits im Geiste der Reformen von 1848 durchgeführt worden waren, ohne beispielsweise der Geltung des ständischen Prinzips oder eines bestimmten Zensus, wie es noch bei dem alten Wahlrecht für die Ständeversammlung der Fall gewesen war, nach dem auch noch die Abgeordneten des Reformlandtags von 1848 gewählt worden waren.

Aus diesen Bezirkslisten, die dem Präsidenten der Kreisregierung übergeben werden mussten, wurden sodann von diesem die Kreislisten gebildet. Diese Bildung war an sich nur die Zusammenführung aller Bezirkslisten, gegebenenfalls konnte aber der Präsident der Kreisregierung die Liste noch um zehn Prozent der gewählten Geschworenen aus dem Bestand der Urlisten erweitern, Art. 8 dG, um zu vermeiden, dass sich einzelne Bezirke ihrer Verantwortung, Geschworene zu stellen, entzogen. Der Präsident der Kreisregierung musste diese Kreisliste spätestens 14 Tage vor dem Zusammentritt des Landrates an jedes Mitglied des Landrates zustellen. Der zusammengetretene Landrat bildete sodann aus der Kreisliste die sogenannte Hauptliste, aus der sodann die tatsächlichen Geschworenen entnommen wurden. Hierfür musste die Kreisliste zahlenmäßig um die Hälfte der Geschworenen reduziert werden, mindestens 600 Geschworene sollten aber auf der Hauptliste verbleiben, Art. 9 dG. Der Landrat sollte dabei auf die Befähigung der einzelnen Personen und eine angemessene Verteilung der Geschworenen nach ihren Wohnorten im Kreis achten, insbesondere sollte an den Orten, an denen die Schwurgerichte sich befinden sollten, eine erhöhte Anzahl von Geschworenen vorhanden sein. Dies war dadurch bedingt, dass bei Nichterscheinen einzelner Geschworener auch kurzfristig Ersatzmänner einberufen werden mussten. Um deren Erscheinen zu gewährleisten, sollte diesen die Teilnahme an den Gerichtssitzungen verhältnismäßig unproblematisch möglich sein. Oberste Voraussetzung war hierfür freilich die Ortsnähe zum Gericht.

[cc]. Ergänzung der Geschworenenliste

Infolgedessen, dass die potentiellen Geschworenen stetig wechselten, da neue Kandidaten hinzukommen konnten, aber auch Geschworene durch Tod, Alter oder Wegzug ins Ausland wegfallen konnten, musste eine Aktualisierung der Geschworenenliste möglich sein. Diese „Ergänzung der Geschworenenliste“ regelten Art. 12 ff. dG. Gem. Art. 12 dG begann die Aktualisierung der Geschworenenliste bei den Urlisten, auf denen jährlich Anfang März diejenigen Personen von den Listen gestrichen wurden, die gestorben oder anderweitig die Befähigung zum Geschworenenamt verloren hatten. Die Listen wurden dann mit denjenigen Personen ergänzt, die eben die Befähigung zum Geschworenenamt erlangten. Gegen die aktualisierten Listen stand den Gemeindebürgern freilich wieder der Einspruch und die Beschwerde offen. Gem. Art. 13 dG wurden diese aktualisierten Urlisten wieder den Amtsvorständen der Distriktpolizeibezirke beziehungsweise dem Polizeidirektor oder Stadtkommissären übergeben. Zugleich wurde diesen vom jeweiligen Regierungspräsidenten ein Verzeichnis zugesandt, welche Personen ihres Bezirks auf der Hauptliste verzeichnet waren und welche Personen nicht auf die Liste gesetzt werden

durften, da sie im vorangegangenen Jahr bereits als Geschworener zu Gericht gesessen hatten. Entsprechend den Vorschriften zur Bildung der Geschworenenliste wurde auf Distriktspolizeiebene wieder die Auswahl der Geschworenen vorgenommen, jedoch wurde in den Bezirken nur noch ein Geschworener je 2.000 Einwohner gewählt und in den Städten, die unmittelbar der Kreisregierung unterstellt waren, nur noch ein Geschworener je 1.000 Einwohner; auch wurden nicht mehr die Wahlmänner für das Frankfurter Parlament herangezogen, sondern diejenigen für die durch die Gesetzgebung von 1848 neu gestalteten Landtagswahlen. Diese Listen wurde wieder an den jeweiligen Regierungspräsidenten übersandt, der hieraus die Kreisliste zu bilden hatte und der wiederum das Recht hatte, weitere Personen auf die Kreisliste zu setzen, Art. 15 dG. Gem. Art. 16 dG ergänzte sodann der zusammengetretene Landrat aus den übersandten Kreislisten die fehlenden Geschworenen auf der Hauptliste. Gem. Art. 25 dG mussten auch diejenigen Geschworenen berücksichtigt werden, die bereits einmal ihrer Pflicht nachgekommen waren, an den Sitzungen der Schwurgerichte teilgenommen zu haben, diese mussten sodann im selben und im darauffolgenden Jahr nicht mehr als Geschworene zur Verfügung stehen, worauf sie aber verzichten konnten. Der Regierungspräsident bekam die Namen dieser Geschworenen von den Schwurgerichten mitgeteilt und hatte diese auf den Hauptlisten vorzumerken.

Im Zusammenhang mit zahlreichen Modifikationen Armannspergs, die eine Bildung der Hauptlisten auf Gemeindeebene bezweckten,¹⁶⁷⁵ erläuterte Heintz ausführlich seine Beweggründe für die Fassung der Vorschriften, welche die Bildung der Geschworenenliste bis hin zur Dienstliste darstellten. Obgleich, wie er nochmals ausdrücklich klarstellte, dieses Gesetz als transitorisches nicht die Absicht der Dauerhaftigkeit verfolgte und damit gewiss auch nicht Ultima ratio des Systems sei, wies er darauf hin, dass er sich bei der Konzeption der Regelungen bemüht habe, alle Gegebenheiten so zu berücksichtigen, dass eine sinnvolle, kompetente und schnelle Wahl der Geschworenen ermöglicht würde. Zum einen habe er darauf geachtet, dass durch erfahrene Wahlmänner, die den nötigen Sachverstand mitbrächten, die Wahl erfolge, zum anderen habe er besonders darauf geachtet, dass bei der Wahl lokale Interessen wie auch die Interessen der Kreise und politische Interessen berücksichtigt würden und durch eine Einbindung aller Elemente auch keines die Überhand gewinnen würde. Dies sei mit ausgewogener Beteiligung von Gemeinden, Distriktspolizeibezirken, Kreisregierungen und den Wahlmännern zur Wahl des deutschen Parlamentes beziehungsweise später denen zur Landtagswahl in einem geschlossenen Wahlsystem in Verbindung mit einem anschließenden Auslosungsverfahren der Geschworenen durch die Gerichte erfüllt.¹⁶⁷⁶

[a]. Besetzung der Geschworenenbank

Art. 17 ff. dG regelten im Anschluss an die Vorschriften zur Fertigung und Ergänzung der Geschworenenliste die Zusammensetzung und Bildung der Geschworeengerichte selbst. Gem. Art. 17 dG musste mindestens 14 Tage vor der Schwurgerichts-

¹⁶⁷⁵ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 169 ff.

¹⁶⁷⁶ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 172 ff.

sitzung die Hauptliste, die der Landrat gebildet hatte, durch die Regierungspräsidenten den Appellationsgerichtspräsidenten zugestellt werden, die dann in Gegenwart weiterer vier Mitglieder des Appellationsgerichts und des Staatsanwaltes mittels Losverfahrens (Urnenziehung) aus dieser Hauptliste fünfundvierzig Geschworene für die künftigen Schwurgerichtssitzungen ermittelten, Art. 17 Abs. 2 dG. Im Anschluss daran wurden in gleicher Weise neun Ersatzgeschworene gezogen, die allerdings am Ort des Schwurgerichts wohnhaft sein mussten, Art. 18 dG, da sie gegebenenfalls bei Nichterscheinen der eigentlichen Geschworenen schnell verfügbar sein mussten. Ein Verzeichnis dieser ordentlichen Geschworenen und Ersatzgeschworenen musste sodann in kürzester Frist vom Präsidenten des Appellationsgerichts an den Präsidenten des Schwurgerichts zugestellt werden, der dieses Verzeichnis innerhalb von einem Tag auf 30 Geschworene und sechs Ersatzgeschworene reduzierte, Art. 19 dG, die sogenannte Dienstliste.¹⁶⁷⁷

Der Präsident des Schwurgerichts hatte unverzüglich das reduzierte Verzeichnis an den Regierungspräsidenten zu übersenden, damit über diesen die Geschworenen geladen werden konnten, Art. 20 Abs. 1 dG. Die Ladung musste spätestens acht Tage vor der Sitzung geschehen, Art. 20 Abs. 2 dG. Am Sitzungstag mussten von den 30 ordentlichen Geschworenen mindestens 24 erscheinen, anderenfalls waren die Ersatzgeschworenen in entsprechender Zahl zu laden, Art. 21 dG. Die Folgen des unentschuldigtem Nichterscheins regelten Art. 22 – 24 dG. Die Namen der erschienenen Geschworenen kamen am Tag der Schwurgerichtssitzung vor Beginn der Verhandlung abermals in eine Urne, aus der nach und nach die zwölf zur Bildung der Geschworenenbank erforderlichen Geschworenen gezogen wurden, Art. 28 dG. War absehbar, dass eine Verhandlung von erheblich langer Dauer sein würde, so konnten neben diesen ordentlichen zwölf Geschworenen noch bis zu zwei Ergänzungsgeschworene gezogen werden, die den Verhandlungen beiwohnten und bei Wegfall eines ordentlichen Geschworenen dessen Platz einnahmen, Art. 29 dG. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Angeklagte konnten eine gleiche Zahl von Geschworenen ablehnen, ohne einen Ablehnungsgrund nennen zu müssen oder auch nennen zu dürfen, was einen Schutz für den Leumund der Geschworenen darstellen sollte, Art. 31, 33 Abs. 2 dG. Geschworene konnten abgelehnt werden, bis man bei der minimalen Zahl angelangt war, bis zu der noch genügend Namen in der Urne verblieben waren, dass eine vollständige Bildung der Geschworenenbank möglich war, Art. 33, 35 dG. Von diesem Ablehnungsrecht musste sofort Gebrauch gemacht werden, wenn der entsprechende Name aus der Urne gezogen wurde, wobei der Staatsanwalt sich zuerst über die Ablehnung zu erklären hatte, Art. 33 dG, und der Angeklagte bei ungerader Geschworenenzahl in der Urne einen Geschworenen mehr ablehnen konnte als der Staatsanwalt, Art. 31 dG. Saßen mehrere Angeklagte auf der Anklagebank, so mussten sie sich über die Ablehnung der Geschworenen einigen, war dies nicht möglich, so musste durch Los entschieden werden, in welcher Reihenfolge die einzelnen Angeklagten das Ablehnungsrecht wahrnehmen konnten, Art. 32 dG. Sobald die notwendigen zwölf beziehungsweise vierzehn Geschworenen gezogen waren, wurde die Ziehung beendet, Art. 34 dG. Art. 38 dG regelte noch die Vereidigungspflicht der Geschworenen

¹⁶⁷⁷ Walther, Strafprozeßrecht, S. 125; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 62.

und zitierte den zu schwörenden Eid, Art. 38 dG nannte die Strafbestimmungen im Falle der Geschworenenbestechung. Musste eine Verhandlung auf die nächste Sitzungsperiode der Schwurgerichte verlagert werden, so musste hierfür auch wieder ein neues Schwurgericht gebildet werden, Art. 37 dG. Nicht etwa blieb die Geschworenenbank mit den alten Geschworenen besetzt, dies einmal, da die Geschworenen nicht in einer neuen Sitzungsperiode durch externe Eindrücke hinsichtlich des Falles beeinflusst werden sollten, zum anderen aber auch deshalb, weil man die Ausübung des Geschworenenamtes durchaus auch als Bürde begriff, die den einzelnen Geschworenen von seiner eigentlichen Arbeit abhielt und ihm zusätzliche Umstände bereitete, obgleich die Geschworenen einen Entschädigungsanspruch gegenüber der Staatskasse hatten, was durch königliche Verordnung festgesetzt war.¹⁶⁷⁸ Diese Auffassung des Geschworenenamtes wird schon deutlich, wenn man die gerade dargestellten Regelungen Revue passieren lässt, insbesondere, dass diejenigen Geschworenen, die bereits einmal als solche an einer Schwurgerichtssitzung teilgenommen hatten, für das laufende und ein weiteres Jahr von ihrem Amt freigestellt waren, Art. 25 dG.

[3]. Gesamtbetrachtung

Mit der Einführung der Schwurgerichte war eine der Hauptforderungen des Jahres 1848 umgesetzt, was zum großen Teil das Verdienst von Karl Friedrich Heintz gewesen war und in der Öffentlichkeit wie auch von ihm selbst so aufgefasst wurde.¹⁶⁷⁹ Auch Graf Poggi würdigte dieses Verdienst von Heintz, indem er ihn in einer seiner Karikaturen als die Verkörperung der bayerischen Justiz und denjenigen darstellte, der im Königreich Bayern die Schwurgerichte eingeführt hatte, wenn auch dahingehend spöttisch, dass er allein die einfachen Bevölkerungsschichten als Profiteure der Reform darstellte.¹⁶⁸⁰

Bayern übernahm mit dem Gesetz, das am 03. August 1848 vom König sanktioniert und am 08. August 1848 im Gesetzblatt verkündet wurde,¹⁶⁸¹ im Kern das französisch-pfälzische System der Geschworenengerichte,¹⁶⁸² wenn auch die konkrete Ausgestaltung der Bildung der Geschworenenlisten im Detail verändert wurde. Es lassen sich aber an zentralen Punkten deutliche Parallelen erkennen, insbesondere im Hinblick auf die Auswahl der Geschworenen durch einen Zensus und Kapazitäten, also das Bildungsbürgertum, unterschied sich die bayerische Ausgestaltung eklatant vom englischen Schwurgerichtssystem, welches das Geschworenenamt unabhängig von nun bürgerlicher „Standesgliederung“, also der Klassengesellschaft, ausgestaltete, und übernahm daher eindeutig die französisch-pfälzischen Grundgedanken.¹⁶⁸³ Trotz einiger Detailände-

¹⁶⁷⁸ Königliche Verordnung vom 23.12.1848, die Entschädigung der Geschworenen, Sachverständigen und Zeugen in Strafsachen betreffend (RegBl. 1848, Sp. 1265 ff.).

¹⁶⁷⁹ Familienbuch, S. 1; s.o. S. 15.

¹⁶⁸⁰ Karikatur von Poggi, aus: Wolter/Poggi, Poggi, S. 71, s.u. Anhang 9.

¹⁶⁸¹ GVBl. 1848, Sp. 193 ff.

¹⁶⁸² Zu diesen: Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 118

¹⁶⁸³ Gneist, Geschworenengerichte, S. 89 ff.; 120 ff.; Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 254 ff.273.

rungen blieb der Heintzsche Entwurf in den Kernpunkten unverändert, was nicht zuletzt sein Verdienst gewesen ist, da er bei den Debatten in diesen Angelegenheiten mit seiner gewohnt guten Argumentation den Entwurf verteidigen und die Ausschüsse überzeugen konnte. So etwa bei der Wahl des Obmanns der Geschworenen, die Heintz lieber im „Gesetz Verfahren für die Geschworenengerichte“ geregelt haben wollte¹⁶⁸⁴ und bei der Frage, ob die Zahl der Geschworenen auf der Hauptliste erweitert werden sollte oder bei 600 Geschworenen zu belassen war.¹⁶⁸⁵ Die von Heintz eingangs der Verhandlungen in den Gesetzgebungsausschüssen gemachte Bemerkung, dass er als Regierungsvertreter vorwiegend beratend tätig sein wollte und nicht für die Durchsetzung politischer Ziele eintreten wollte, bewahrheitete sich, wenn man seine Aufgeschlossenheit für einzelne Modifikationen betrachtete. Zudem sprach das aber auch für die fachliche Kompetenz der Ausschüsse, die weitestgehend keine politischen Ideale mehr als Modifikationen einbrachten, sondern vorwiegend technisch sinnvolle Änderungen in Bezug auf die spätere Funktionalität des Gesetzes.

bb. Die Modifikation des materiellen Strafrechts

Nach dem Gesetz über die Einführung von Schwurgerichten wurde im Rahmen der Strafrechtsreform die Modernisierung des materiellen Strafrechts in Angriff genommen, das im StGB I 1813 geregelt war und der sich das „Gesetz, die Änderung einiger Bestimmungen des ersten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr.“¹⁶⁸⁶ annahm. Die Veränderungen des materiellen Strafrechts standen in den ganz überwiegenden Fällen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Neugestaltung des Strafverfahrens, es waren Modifikationen von materiellrechtlichen Vorschriften, die sich mit dem neuen Strafverfahren, das auf den Grundlagen der Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Unmittelbarkeit, Anklageprinzip und Schwurgerichten aufgebaut werden sollte, nicht mehr vereinbaren ließen.¹⁶⁸⁷ Das StGB 1813 war ausgelegt auf einen geheimen und schriftlichen Inquisitionsprozess und war damit stark doktrinär geprägt, allem voran konnten wegen der Entscheidung des Gesetzgebers für die freie Beweiswürdigung durch das Schwurgericht, in dem nur noch das Rechtsbewusstsein der Geschworenen maßgeblich sein sollte, aber auch der juristisch gebildeten Richter, die im StGB 1813 bestehenden Beweistheorien nicht mehr aufrecht erhalten werden. Wie bereits bei dem Gesetz über die Einführung von Schwurgerichten war der Rahmen für die Abänderung des materiellen Strafrechts durch das ÄndG StGB 1813 sowie das GrundlG vorgegeben.¹⁶⁸⁸

Art. 1 dG betraf die Schuldfrage hinsichtlich der Entscheidung über Vorsatz und Fahrlässigkeit. Art. 2 – 7 dG regelten allesamt Fragen der Strafzumessung und milderten in der Regel die diesbezüglichen scharfen Regelungen des StGB I 1813 ab. Namentlich traf das Gesetz Regelungen für die Strafzumessung bei wiederholter Tatbegehung, dem

¹⁶⁸⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 200 f.

¹⁶⁸⁵ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 185 f.

¹⁶⁸⁶ GVBl. 1848, Sp. 217 ff.; Entwurf samt Motive: KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 1 ff.

¹⁶⁸⁷ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 447.

¹⁶⁸⁸ KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 6.

Rückfall, Art. 2 dG, bei verminderter Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten, Art. 3 dG, bei Tötungsdelikten und Kindsmord in besonderen Situationen, Art. 4 – 6 dG, sowie Vergewaltigungen und Körperverletzungen, Art. 7 dG.

Die Diskussion zu diesem Gesetz drehte sich im Allgemeinen stets darum, ob darin die Vorgabe des Reformlandtags 1848 umgesetzt wurde, dass sowohl die Aufhebung der Beweistheorie für die Geschworenen stattzufinden hatte als auch für die Richter selbst, wobei hier mit enthalten war, dass im Bereich der reinen Rechtsfrage starre Strafzumessungsregelungen ebenfalls die freie richterliche Entscheidung einschränken würden und somit ebenfalls durch das Gesetz fallen sollten. Sehr anschaulich wurde dies bereits bei der Beratung des Art. 1 dG. Beurteilte man Art. 1 dG streng dem Wortlaut nach, so konnte man zu der Auffassung gelangen, dass einerseits in Art. 1 Abs. 1 dG die Schuldfrage behandelt wurde, hinsichtlich der bloßen Entscheidung darüber, ob Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorlag, andererseits in Art. 1 Abs. 2 dG die Bestimmung der Grade der Fahrlässigkeit als eine Angelegenheit der reinen Strafzumessung beurteilt wurde.¹⁶⁸⁹ Art. 1 Abs. 2 dG verwies auf die Grade der Fahrlässigkeit, wie sie in Art. 65 – 70 StGB I 1813 enthalten waren und ihre Anwendung auf die Strafzumessung. Da aber die rechtliche Einordnung der Art. 65 – 70 StGB I 1813 im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte dahingehend umstritten war, dass man sich nicht einig war, ob die Normen bloße Begriffsbestimmungen hinsichtlich der Fahrlässigkeit enthielten oder aber bereits als faktische Präsumtionen in den Bereich der Beweistheorien fielen und damit gegen den Grundsatz der freien Beweismwürdigung verstießen. So wurde bezüglich Art. 1 Abs. 2 dE im Gesetzgebungsausschuss der ersten Kammer sogleich durch Maurer eine gänzliche Streichung des Abs. 2 und die Aufhebung der Art. 65 – 68 StGB I 1813 beantragt, da diese nach seiner Auffassung faktische Präsumtionen waren und nicht mehr in die Gesamtstruktur des neuen Strafverfahrens passten,¹⁶⁹⁰ da auch für die Richter die gänzliche Aufhebung von Beweistheorien durchgesetzt werden musste.¹⁶⁹¹ Der Maurersche Antrag stieß im Ausschuss der Kammer auf Zustimmung, und es wurde der Beschluss gefasst, dass Art. 1 dE in der Fassung von Maurer anzunehmen war.¹⁶⁹² Später in den Verhandlung äußerte sich Justizminister Heintz zur Thematik des Art. 1 Abs. 2 dE und verteidigt die Fassung des Gesetzentwurfes.¹⁶⁹³ Hier stellte er vorab klar, dass entsprechend der Vorgaben des Reformlandtages die Regierung vollkommen mit der Ansicht des Gesetzgebungsausschusses übereinstimmte, dass eine gänzliche Aufhebung der Beweistheorien stattzufinden habe, daneben, dass es auch seine persönliche Überzeugung sei, dass so verfahren werden müsse. Zudem werde die Regierung bald einen Gesetzentwurf zur Einführung von Geschworenengerichten vorlegen, aus dem diese Zielsetzung nochmals ganz ausdrücklich hervorgehen werde.¹⁶⁹⁴ Weiter konkretisierte er nun die Begründung des Art. 1

¹⁶⁸⁹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 449.

¹⁶⁹⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 15 f.

¹⁶⁹¹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 24 f.

¹⁶⁹² KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 32.

¹⁶⁹³ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 48 ff.

¹⁶⁹⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 49.

dE, wozu er ausführte, dass die Geschworenen in Bayern künftig über all diejenigen Tatsachen zu entscheiden hatten, welche die Frage der Fahrlässigkeit betrafen, auch die Grade der Fahrlässigkeit, erst nach dieser Entscheidung sollte sodann der Richter festlegen, welchen Grad, grobe oder geringe Fahrlässigkeit, die Tatsachen wirklich begründeten. Als die Bedenken Maurers gegen Art. 1 dG damit allerdings noch nicht aus der Welt geschafft waren, klärte Heintz den anfänglichen Streitpunkt im Ausschuss und stellte noch ausdrücklich klar, dass die Regierung Art. 65 – 68 dG StGB I 1813 im Zusammenhang der neuen Gesetzgebung nur noch als der Präzisierung der Fahrlässigkeit dienend auffasste, diese damit folglich reine Begriffsbestimmungen waren und dass daher in jedem Fall auch für die Richter an den Kreis- und Stadtgerichten, selbst wenn sie als Einzelrichter entschieden, nur noch die moralische Überzeugung für die Bildung des Urteilspruches maßgeblich sein sollte – auch nach seiner Ansicht war eine Beweistheorie mit dem neuen Verfahren keinesfalls mehr vereinbar.¹⁶⁹⁵ Nach dieser Zusage von Justizminister Heintz waren auch Maurer und die Befürworter seiner Modifikation der Ansicht, dass es einer Streichung der Art. 65 – 68 StGB I 1813 nicht mehr bedurfte, woraufhin einstimmig die Annahmefähigkeit von Art. 1 dE beschlossen wurde,¹⁶⁹⁶ der sodann auch in dieser Fassung Gesetzeskraft erlangte.¹⁶⁹⁷

Neben dieser zentralen Debatte, die deutlich die Auffassung der Regierung und nicht zuletzt von Justizminister Heintz persönlich in einem elementaren Punkt der Strafrechtsmodernisierung gezeigt hatte, zeigten sich bei der folgenden Beratung des Gesetzes weitere Ansichten von Heintz, die zumindest anschnittsweise bereits zuvor in den Ausschussverhandlungen angeklungen waren. So machte er bei der Beratschlagung von Art. 2 dE, der eine Regelung zur Strafzumessung bei Rückfall enthielt, nochmals seine Haltung zur Entscheidungskompetenz des Richters deutlich. Art. 2 dE sah nur einen zwingenden Erschwerungsgrund für die Strafzumessung vor, wenn der Täter bereits zuvor ein Vergehen oder Verbrechen derselben Art begangen hatte. Hiergegen wandte sich der Referent, Oberkonsistorialpräsident Arnold, dahingehend, dass schon eine bloße mehrmalige Straffälligkeit bei einer Strafschärfung Berücksichtigung finden sollte, unabhängig von der Art des Verbrechens oder Vergehens.¹⁶⁹⁸ Heintz' Stellungnahme zu diesem Punkt war im Grundsatz der Meinung Arnolds zustimmend. Auch er war der Ansicht, dass allein eine mehrfache Straffälligkeit des Angeklagten für eine Strafschärfung ausreichend war, dennoch dies nicht ausdrücklich in der Vorschrift über den Rückfall geregelt werden sollte, obgleich er sich nicht offen gegen den Modifikationsvorschlag wandte und dieser auch in das spätere Gesetz aufgenommen wurde.¹⁶⁹⁹ Vielmehr plädierte er für eine breite Entscheidungsbefugnis des Richters im Bereich der Strafzumessung, da entsprechend der Meinung Arnolds auch bei einer Begehung artfremder Delikte und sogar bei der erstmaligen Tatbegehung Strafschärfungsgründe vorliegen könnten;

¹⁶⁹⁵ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 54.

¹⁶⁹⁶ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 55.

¹⁶⁹⁷ GVBl. 1848, Sp. 218 f.

¹⁶⁹⁸ KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 29.

¹⁶⁹⁹ GVBl. 1848, Sp. 219.

in jedem Falle sei bei der Untersuchung von strafschärfenden Umständen eine Einzelfallentscheidung geboten. Daher solle das Gesetz einen breiten Strafraumen vorgeben, ein Minimum und ein Maximum bestimmen, innerhalb dessen Grenzen der Richter gerecht entscheiden könne – eine Ansicht, die er nochmals in der Sitzung des vereinigten Ausschusses vertrat.¹⁷⁰⁰ Nicht nur eine Bindung an Beweistheorien sollte daher nach Heintz' Auffassung nicht mehr stattfinden, auch allgemein war er, freilich ohne die strenge Bindung des Richters an das Gesetz anzuzweifeln, für eine möglichst weitreichende Entscheidungsfreiheit des Richters im Bereich der Strafzumessung, zur Würdigung der Umstände des Einzelfalls und der Schaffung von Einzelfallgerechtigkeit, weshalb für ihn gerade die Strafgesetze breitere Strafraumen bekommen mussten.¹⁷⁰¹

Im Zusammenhang mit der Strafzumessung bei mehrfacher Straffälligkeit stand auch die Vorschrift Art. 158 StGB I 1813 zum Kindsmord, welcher durch Gesetzentwurf nicht gestrichen wurde. Nach dieser Regelung war bei erstmaliger Begehung des Kindsmordes eine Kettenstrafe zu verhängen, bei nochmaliger Begehung Todesstrafe.¹⁷⁰² Einige Reichsräte sahen in dieser Vorschrift eine starre Strafzumessungsregelung für den Rückfall, da eine konkrete Strafe vorgeschrieben wurde, und einen Widerspruch zu Art. 2 dE. Heintz verteidigte die Vorschrift auf dogmatischer Grundlage. Für ihn war hier keine Regelung des Rückfalls gegeben, sondern eine außerordentliche Abweichung von der Regelstrafe für den Fall der Erstbegehung, denn für Mord, auch den Kindsmord, war die Regelstrafe nun mal nicht Kettenstrafe, sondern die Todesstrafe.¹⁷⁰³ Dennoch sahen die meisten Mitglieder des Ausschusses der ersten Kammern Art. 158 StGB I 1813 als unzulässige Beweistheorie für den Fall des Rückfalls an und verfügten die Streichung des Artikels.¹⁷⁰⁴ Der Ausschuss der zweiten Kammer hingegen stimmte mit der Ansicht Heintz' überein und verteidigte diese in der Sitzung des vereinigten Ausschusses, so dass letztendlich das Gesetz die Beibehaltung von Art. 158 StGB I 1813 vorsah.¹⁷⁰⁵

cc. Die Strafprozessrechtsnovelle vom 10. November 1848

Das eigentliche Kernstück der Strafprozessrechtsnovelle war schließlich das „Gesetz, die Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr.“¹⁷⁰⁶. Das Gesetz gliederte sich in fünf Abteilungen, umfasste insgesamt 375 Artikel und wurde im Zeitraum von August 1848 bis zum 04. November 1848¹⁷⁰⁷ in den besonderen Ausschüssen beraten. Aufgrund des erheblichen Umfangs der Novelle wurde das Gesetz nicht als solches komplett vorgelegt, sondern in mehreren gesonderten Gesetzen nach und nach, die später jeweils die einzelnen Abschnitte und Titel des Gesetzes bilden sollten.

¹⁷⁰⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 232 f.

¹⁷⁰¹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 67.

¹⁷⁰² KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 40.

¹⁷⁰³ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 71.

¹⁷⁰⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 75.

¹⁷⁰⁵ GVBl. 1848, Sp. 222.

¹⁷⁰⁶ GVBl. 1848, Sp. 33 ff.

¹⁷⁰⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 319.

Hauptgrund für die Einzelvorlage war allerdings der erhebliche Zeitdruck, unter dem das Justizministerium bei der Entwurfserstellung stand, denn allein wegen der Kürze der Zeit, die Ständeversammlung war schließlich erst am 05. Juni 1848 geschlossen worden und unmittelbar danach wurde in den besonderen Ausschüsse bereits mit der Arbeit begonnen,¹⁷⁰⁸ war es für Heintz und sein Ministerium technisch nicht möglich, dieses umfangreiche Gesetz komplett ausgearbeitet vorzulegen. Hinzu kam, dass Heintz nahezu an jedem Sitzungstag der Ausschüsse in einem der Ausschüsse anwesend war, meist in dem der Kammer der Reichsräte, der er auch selbst als lebenslänglich ernannter Reichsrat angehörte, und den Ausschussmitgliedern als Justizminister und Schöpfer der Entwürfe stets beratend zur Seite stand. Bereits die Erstellung der einzelnen kleineren Gesetze war angesichts dieser Tatsache eine große und belastende Aufgabe. Die Untergliederung in kleinere Gesetze, die sodann einzeln vorgelegt und beraten werden konnten, war daher unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche und zügige Vorlage und Beratung der Novelle. Zwar hatten unter dem Ministerium der Morgenröte im von Maurer geführten Justizministerium bereits Arbeiten an einem Entwurf für das Strafprozessrecht stattgefunden,¹⁷⁰⁹ doch mussten für die StPON gänzlich neue Entwürfe erstellt werden, welche zur Anpassung des StGB 1813 geeignet waren. Dies ergibt sich zum einen aus der Materie selbst, zum anderen ist es daraus ersichtlich, dass das letztendlich erlassene Gesetz gerade stückweise in Einzelteilen zur Beratung vorgelegt wurde, die schlussendlich zusammengefügt wurden, da fertige Entwürfe hierzu noch nicht existierten.

Im einzelnen legte Heintz sieben einzelne Gesetzesentwürfe vor, die später die einzelnen Abteilungen, Titel und Kapitel des Gesetzes bilden sollten. Namentlich waren dies: von der Gerichtsverfassung und der Staatsanwaltschaft,¹⁷¹⁰ von der Voruntersuchung,¹⁷¹¹ von den Schwurgerichten,¹⁷¹² von dem Verfahren vor den Schwurgerichten,¹⁷¹³ Rechtsmittel gegen die vom Assisenhof erlassenen Urtheile,¹⁷¹⁴ von dem Ungehorsamsverfahren¹⁷¹⁵ und von dem Verfahren bei Aburtheilung der zur Zuständigkeit der Kreis- und Stadtgerichte gehörenden Verbrechen und Vergehen.¹⁷¹⁶ Die Gesamtbeschlüsse dieser einzelnen Gesetzesentwürfe wurden schließlich zusammengeführt und von Heintz als Entwurf des „Gesetzes, die Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr.“, vorgelegt¹⁷¹⁷ und nochmals in den besonderen Ausschüssen der Kammern und am 04. November 1848 in deren vereinigttem Ausschuss abschließend beraten, so dass der

¹⁷⁰⁸ KdA GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 1; KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 1.

¹⁷⁰⁹ Dickopf, Maurer, S. 92.

¹⁷¹⁰ KdRR GGA 1848 Beilagen Bd. 1, S. 131 ff.

¹⁷¹¹ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 62 ff.

¹⁷¹² Der Gesetzentwurf über die Einführung der Schwurgerichte, der vorab als einzelnes Gesetz verabschiedet wurde (s.o. S. 239 ff.) KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 1 ff.

¹⁷¹³ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 177 ff.

¹⁷¹⁴ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 352 ff.

¹⁷¹⁵ Das Ungehorsamsverfahren bei den mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 1 ff.

¹⁷¹⁶ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 49 ff.

¹⁷¹⁷ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 209 ff.; KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 3, S. 55 ff.

Gesamtbeschluss erfolgen konnte.¹⁷¹⁸ Hierbei wurde, auf Vorschlag des Abgeordneten Habermann, nur noch über diejenigen Artikel beraten und abgestimmt, die in irgendeiner Weise beanstandet wurden, was die Beratung erheblich beschleunigen sollte.¹⁷¹⁹ Dieses Vorgehen war angesichts der vorherigen ausführlichen Diskussion über die einzelnen Abschnitte in den besonderen Ausschüssen und auch im vereinigten Ausschuss sowie des erheblichen Umfangs des Gesetzentwurfs mehr als gerechtfertigt. Die Darstellung der StPON soll anhand der Grundzüge des Gesetzes erfolgen, und hierbei sollen die Hauptdiskussionspunkte in den Ausschussverhandlungen herausgearbeitet werden, bei denen sich auch Heintz zu Wort meldete, so dass man einen tiefer gehenden Gesamtüberblick über die StPON erhält und zugleich die Beteiligung von Heintz gewürdigt werden kann sowie seine Ansichten zu elementaren Themen ersichtlich werden.

[1]. Gerichtsverfassung samt Regelungen über die Staatsanwaltschaft

[a]. Gerichtsorganisation

An seinem Anfang behandelte das Gesetz im ersten Titel der ersten Abteilung die Gerichtsverfassung, es ließ die Art. 1 bis 58 StGB II 1813 weitestgehend in Kraft und führte als die grundlegenden Neuerungen die Aufstellung von ständigen Untersuchungsrichtern an den Kreis- und Stadtgerichten ein, Art. 2 dG, die vorläufig die Funktion der Bezirksgerichte übernehmen sollten, Art. 3 Abs. 2 ÄndG StGB 1813, verwies die Aburteilung aller Verbrechen und Vergehen teils an die Schwurgerichtshöfe, teils an die einfachen Kreis- und Stadtgerichte, Art. 6, 16 dG, bildete einen ständigen Senat für Strafsachen beim Obersten Gerichtshof, Art. 15 dG, und verfügte die Einführung der Schwurgerichtshöfe selbst, Art. 16 – 18 dG.¹⁷²⁰ Systematisch konnte man eine Untergliederung der Gerichte in Voruntersuchungsgerichte, Anklagegerichte und erkennende Gerichte feststellen, woran sich die folgende Darstellung orientieren soll. Im Anschluss daran sollen darüber hinausgehende, die Gerichtsorganisation betreffende Besonderheiten dargestellt werden, welche die StPON mit sich brachte.¹⁷²¹

[aa]. Voruntersuchungsgerichte

Die Voruntersuchung einer Straftat verblieb nach der neuen Gesetzgebung vorerst bei denjenigen Gerichten, die auch bis dato die sogenannte Generaluntersuchung durchgeführt hatten, Art. 1 dG. Sie war damit nicht ausschließlich den Bezirksgerichten zugewiesen, die vorläufig bei den Kreis- und Stadtgerichten gebildet werden sollten,¹⁷²² sondern wurde auch von den Landgerichten und den früheren Herrschaftsgerichten¹⁷²³ durchge-

¹⁷¹⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 235 ff.

¹⁷¹⁹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 4, S. 237.

¹⁷²⁰ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 22.

¹⁷²¹ Übersicht zur Gerichtsorganisation nach der StPON s.u. Anhang 6.

¹⁷²² S.o. S. 187 ff.

¹⁷²³ Infolge des AblG und mittels der königlichen Verordnung vom 09.09.1848, „den Uebergang der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt an den Staat betr.“ (RegBl. 1848 Sp. 969 ff.), wurden 38 Herrschaftsgerichte und zwei Patrimonialgerichte als Gerichts- und Polizeibehörden vom Staat übernommen (Dölemeyer, Repertorium I, S. 472).

führt, wenn in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich Verbrechen und Vergehen begangen wurden.¹⁷²⁴ Dies deswegen, weil vor der Einführung einer allgemeinen neuen Gerichtsverfassung die Bezirksgerichte beziehungsweise Kreis- und Stadtgerichte immer noch Rechtsgebiete wie die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Hypothekenwesen wahrzunehmen hatten, was aber mit der neuen allgemeinen Gerichtsverfassung hinfällig werden sollte, Art. 7 GrundlG. Dennoch sollte auch in der Übergangszeit bis zum Erlass der allgemeinen Gerichtsverfassung keine Überbelastung der Kreis- und Stadtgerichte erfolgen, indem man ihnen, neben den vorerst noch belassenen Geschäften, zusätzlich die ausschließliche Zuständigkeit für die Voruntersuchung zuwies. Andernfalls hätte es entweder zu einer erheblichen Verteuerung der dortigen Rechtspflege durch Personalaufstockung kommen müssen, oder aber es hätten wie zuvor die schlechten Erledigungszahlen wegen Arbeitsüberlastung der Gerichte zu allgemeiner Unzufriedenheit über die Rechtspflege geführt. Ebenso blieben hinsichtlich der Voruntersuchung die Vorschriften über die Militärgerichte in Kraft.¹⁷²⁵ Obgleich nun die Voruntersuchungen sowohl an den Kreis- und Stadtgerichten, in ihrer Form als Bezirksgerichte, als auch an den Landgerichten und an den früheren Herrschaftsgerichten durchgeführt wurden, fand eine Einführung von ständigen Untersuchungsrichtern, die der Justizminister zu ernennen hatte, nur an den Kreis- und Stadtgerichten statt, Art. 2 dG. Dies basierte allein auf praktischen Überlegungen, da man das neue Institut des Untersuchungsrichters nicht bei den untersten Gerichten einführen wollte, wo es ohnehin bald beim Erlass der neuen allgemeinen Gerichtsverfassung wieder abgeschafft worden wäre.¹⁷²⁶ Tatsächlich war hingegen schon aus praktischen Erwägungen die Einführung der ständigen Untersuchungsrichter bei den Kreis- und Stadtgerichten notwendig. Denn da die Kreis- und Stadtgerichte in ihrer Eigenschaft als Bezirksgerichte bei der Aburteilung kollegial besetzt waren, hätte man bei wechselnden Untersuchungsrichtern erhebliche Koordinierungsproblematiken gehabt, um Befangenheitsfälle zu vermeiden, da die urteilenden Senate nicht mit einem Richter besetzt sein durften, der zuvor den Fall als Untersuchungsrichter bearbeitet hatte. Dem konnte nur mit ständigen, ausschließlich die Voruntersuchung behandelnden Untersuchungsrichtern vorgebeugt werden.

In diesem Zusammenhang musste man zwangsläufig auf die problematische Überbelastung der Landgerichte kommen, die durch die neue Strafgerichtsorganisation nicht beseitigt wurde, sondern möglicherweise sogar etwas verstärkt. Hier brachte Justizminister Heintz abermals die einzelnen Missstände an den Landgerichten zur Sprache, welche die dort bestehende Arbeitsüberlastung zur Folge hatten. Natürlich war ein Hauptgrund für die Planung einer allgemeinen neuen Gerichtsorganisation, dass die Landgerichte im rechtsrheinischen Bayern aufgrund der umfangreichen Kompetenzen etwa den vierfachen Personalaufwand entsprechender Gerichte der Pfalz hatten und damit verbunden auch erhebliche Mehrkosten für den Fiskus zu tragen waren. Da aber den besonderen

¹⁷²⁴ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 462; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 23.

¹⁷²⁵ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 23.

¹⁷²⁶ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 24.

Ausschüssen keine Kompetenz durch die Ständeversammlung erteilt worden war, eine gesamte neue Gerichtsorganisation zu verabschieden, was Heintz ganz klar favorisiert hätte, musste die Strafgerichtsorganisation durch die Prozessrechtsnovelle die bestehenden Gerichte nutzen und konnte nicht auf einer gänzlichen Neustrukturierung sowohl der Zivil- wie auch Strafgerichte aufgebaut werden und damit die Problematiken bei den Landgerichten lösen.¹⁷²⁷

[bb]. Anklagegerichte

Die Gerichtsorganisation regelte den Übergang von der Voruntersuchung zur Hauptverhandlung durch besondere Anklagegerichte,¹⁷²⁸ was auf dem gedanklichen Hintergrund basierte, dass einerseits die Notwendigkeit bestand, nach beendeter Voruntersuchung die Anklage als eine selbständige Hauptfunktion im Strafverfahren durch ein besonderes Organ der Rechtspflege durchführen zu lassen,¹⁷²⁹ andererseits man der Anklage bereits derart hohe Bedeutung beimaß, dass nicht etwa die Untersuchungsrichter¹⁷³⁰ oder wie heute gem. § 170 Abs. 1 StPO die Staatsanwaltschaft zu entscheiden hatte, sondern eben ein spezielles erkennendes unabhängiges Organ, das Anklagegericht. Die Akten der Voruntersuchung wurden den Kreis- und Stadtgerichten übergeben, die sodann als Verweisungs- und Anklagegericht fungierten, Art. 49 ff. dG.¹⁷³¹ Je nachdem ob der Tatbestand eine Polizeiübertretung, ein Vergehen, ein Verbrechen oder ein Verbrechen oder Vergehen, das vor die Schwurgerichte gehörte, erfüllte, entschied das Bezirksgericht über den weiteren Verfahrensgang. Als Anklagegericht erkannte es direkt über die Anklageerhebung in den Fällen, in denen die Hauptverhandlung vor den Kreis- und Stadtgerichten stattfand, Art. 49 Nr. 3, 53 dG. Als Verweisungsgericht entschied es über die Polizeiübertretungen sowie die Verbrechen und Vergehen, die vor die Schwurgerichte gehörten, Art. 49 Nr. 2, 51, 49 Nr. 4, 54 dG. Bei Polizeiübertretung entschied sodann die zuständige andere untere Gerichts-, Polizei- oder Disziplinarbehörde über die polizeiliche oder disziplinarische Aburteilung,¹⁷³² bei den Verbrechen und Vergehen, die vor die Schwurgerichte gehörten, fand eine Verweisung an das Appellationsgericht statt, das über die kon-

¹⁷²⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 298 ff

¹⁷²⁸ Ausführlich s.u. S. 263 ff.

¹⁷²⁹ Walther, Strafproceßrecht, S. 102.

¹⁷³⁰ Wie es etwa das französische Recht mit dem Gesetz vom 17. 07.1856 für Polizeiübertretungen und Vergehensfälle vorsah (krit.: Mittermaier, Die Voruntersuchung, in: Der Gerichtssaal, 1857, Bd. 1, S. 81 ff.; Walther, Die Rathskammer in Frankreich, in: Der Gerichtssaal, 1857, Bd. 2, S. 200 ff.; Walther, Strafproceßrecht, S. 102 f.)

¹⁷³¹ Dollmann, Strafproceßrecht, S. 31.

¹⁷³² Die Übertretungen unterlagen den Polizei- und Administrativbehörden und wurden erstinstanzlich durch die Distriktspolizeibehörden abgeurteilt, in zweiter Instanz von den Kreisregierungen und möglicherweise in dritter Instanz durch den Staatsrat. Waren Übertretungen den Gerichten zur Aburteilung zugewiesen, entschieden hier erstinstanzlich Einzelrichter bei den Stadt- und Landgerichten. Die StPON regelte zunächst den Instanzenzug in diesen Fällen nicht. Erst mit Art. 20, 22, 24 GVG 1856, Art. 16, 31, 49 GVG 1861, Art. 31 Abs. 3 EinfGStGB 1861 wurde der Instanzenzug hier endgültig festgelegt und wurden als zweite Instanz die Bezirksgerichte für zuständig erklärt und es wurde gegen diese Berufungsentscheidungen der Kassationsrekurs zum Obersten Gerichtshof zugelassen (Dollmann, Strafproceßrecht, S. 31; Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 168; Walther, Strafproceßrecht, S. 107 ff.).

krete Anklage zu erkennen hatte, Art. 63 dG.¹⁷³³ Die Kreis- und Stadtgerichte entschieden in einem Senat, der mit drei Mitgliedern besetzt war, die Appellationsgerichte in einem Senat, der aus fünf Mitgliedern bestand.¹⁷³⁴ In gesetzlich vorgeschriebenen Fällen waren Rechtsmittel gegen diese Entscheidungen möglich.

Obgleich in den Ausschusssitzungen der ersten Kammer aufgrund der Äußerungen des Ausschussvorsitzenden, Reigersbergs, diskutiert,¹⁷³⁵ entschied man sich im Königreich Bayern für die Fälle, in denen das Schwurgericht für die Aburteilung zuständig war, gegen die Einführung eines Anklageschwurgerichts, das besetzt mit Richtern und Geschworenen über Anklageerkenntnis entschied, worin wir eine deutliche Anlehnung an das französisch-pfälzische Schwurgerichtsmodell erkennen können im Gegensatz zum englischen System, bei dem die große Kammer des Schwurgerichtes hierüber zu entscheiden hatte.¹⁷³⁶ Auch Karl Friedrich Heintz wandte sich ob seiner Erfahrung als Richter mit dem Institut der Schwurgerichte an sich ausdrücklich gegen die Einführung der Anklageschwurgerichte und brachte hierbei alle Hauptargumente vor, die gegen diese sprachen.¹⁷³⁷ Zunächst basierte die dahingehende Entscheidung ausdrücklich darauf, dass man sich bei der künftigen bayerischen Gesetzgebung vorwiegend am französischen-pfälzischen Schwurgerichtsmodell orientieren wollte, Art. 15 Abs. 1 GrundlG. Daneben hatte man aber auch in Frankreich das Anklageschwurgericht nach kurzer Erprobungsphase wieder abgeschafft, und auch in anderen, am englischen Recht orientierten Ländern bestand diese Institution nicht¹⁷³⁸ oder zumindest nur in modifizierter Form.¹⁷³⁹ Die Aufgabe des Anklageschwurgerichts, nämlich die Beurteilung der Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf die Anklage und eine anschließende Beantwortung der Frage, ob überhaupt die Anklageerhebung zulässig sei oder nicht, hätte nach der Ansicht von Heintz auch die nicht juristisch vorgebildeten Geschworenen überfordert, da es sich hierbei teilweise auch gerade um prozessrechtliche und gerichtsverfassungsrechtliche Fragestellungen handelte, was auch der Grund gewesen war, warum Napoleon in Frankreich nach 1808 das Anklageschwurgericht wieder abschaffte. Zwar wurden im Vormärz auch in Frankreich wieder Stimmen laut, welche die Einführung von Anklageschwurgerich-

¹⁷³³ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 469 f.

¹⁷³⁴ Dollmann, Strafproceßrecht, S. 31.

¹⁷³⁵ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 128 f.

¹⁷³⁶ Die Anklage-Jury (Große Jury) bestand im englischen Strafprozess aus mindestens 12, höchstens 23 Geschworenen, welche die Vorfrage entschieden, ob die Anklage in der Weise, wie sie gestellt war, zulässig erschien und ob der Ankläger vor der Kleinen oder Urteilsjury zu erscheinen hatte. Das Verfahren vor der Anklage-Jury war geheim, es wurden nur der Ankläger und, soweit es dienlich erschien, dessen Zeugen vorgeladen, nicht aber der Angeklagte oder dessen Verteidiger. Diese Institution ließ sich bereits unter König Ethelred (geb. 968, gest. 1016; englischer König 978 – 1013 und 1014 – 1016) nachweisen. (Meyers Konversationslexikon I, S. 597 f.; Wormald, Ethelred the Lawmaker, in: Hill, Ethelred the Unready, S. 47 ff.; Walther, Strafproceßrecht, S. 106 f.; Dollmann, Strafproceßrecht, S. 16; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 43; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 471).

¹⁷³⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 132.

¹⁷³⁸ Schottland.

¹⁷³⁹ USA.

ten forderten, doch basierten diese auf dem reinen politischen Motiv, dass diese Befürworter sich hieraus versprachen, dass in Fällen von Pressedelikten teilweise schon keine Anklage erhoben würde. Gerade aber bei Pressedelikten sah Heintz die Anklageschwurgerichte schon deshalb als nicht sinnvoll, da hier Bedarf nach schnellen Entscheidungen bestand und durch mehrmalige Jurybildung das Verfahren nur unnötig in die Länge gezogen worden wäre. Zudem ging man davon aus, dass das Anklageschwurgericht in England lediglich aufgrund der Besonderheiten der englischen Staatsverfassung bestand und eine Übernahme in Bayern schon wegen technischer Hürden, allen voran des erhöhten Bedarfs an Geschworenen, nicht durchführbar gewesen wäre.¹⁷⁴⁰ In der Grundtendenz wurde die Idee des Anklageschwurgerichts im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte zwar positiv aufgefasst, doch stimmte man auch dahingehend überein, dass sich hier noch ein weitergehender Entwicklungsprozess vollziehen musste, insbesondere erachtete man die frühere französische Ausführung als nicht sinnvoll, was schon deren Aufhebung durch Napoleon zeigte, und gerade für die Heranziehung des englischen Modells wären weitere Nachforschungen erforderlich, die im damaligen Augenblick bei der Beratung eines transitorischen Gesetzes nicht als angemessen angesehen wurden, gerade aber Art. 15 Abs. 1 GrundlG sprach eindeutig gegen die Übernahme des englischen Systems.

[cc]. Erkennende Gerichte

Es bestand schon wegen Art. 3 ff. GrundlG kein Zweifel daran, dass entsprechend diesen Vorschriften ein Instanzenzug bestehen musste.¹⁷⁴¹ Unbestritten war für diesen wegen der Möglichkeit von Fehlentscheidungen und wegen der Pflicht des Staates für eine Korrektur dieser Fehler und für eine einheitliche Rechtsprechung zu sorgen. Konkrete Ausgestaltung erfuhr nun das im GrundlG programmatisch festgesetzte zweinstanzliche Verfahren im Strafprozess durch Art. 6, 11 dG, worin der Grundsatz normiert wurde, dass die Kreis- und Stadtgerichte als erste Instanz über alle Strafsachen urteilten, wenn die Sache nicht vor die Schwurgerichte gehörte, und die Appellationsgerichte ausschließlich die Funktion von Berufungsgerichten hatten. Diese Funktion des Berufungsgerichtes hatten die Appellationsgerichte nun bei allen Urteilen der Kreis- und Stadtgerichte, auch bei denen über Vergehen, wofür nach dem StGB II 1813 noch ein anderer Senat des Kreis- oder Stadtgerichts zuständig war, also kein Devolutiveffekt vorhanden war, die Berufung in diesem Fall daher nach heutigen Maßstäben nur ein Rechtsbehelf und kein Rechtsmittel gewesen war. Die Kreis- und Stadtgerichte hatten immer als Kollegialgerichte zu urteilen und waren bei Vergehen mit drei und bei Verbrechen mit fünf Richtern besetzt, Art. 10 dG. Die Besetzung der Kreis- und Stadtgerichte mit nur drei Richtern bei Vergehen unterlagen teilweise den Bedenken, dass einem derart kleinen Kollegialgericht möglicherweise kein Vertrauen entgegengebracht würde, die Heintz aber mit einem Vergleich zur Pfalz aus der Welt schaffen konnte, wo die Besetzung genau in dieser Weise war und nur ein äußerst geringer Prozentsatz, von zweieinhalb Prozent, der erstinstanz-

¹⁷⁴⁰ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 43 f.; KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 132.

¹⁷⁴¹ S.o. S. 187 ff.

lichen Urteile über Vergehen in die Berufung vor das Appellationsgericht kamen.¹⁷⁴² Die Verstärkung der Richterbank schlug auf die Berufungsinstanz bei den Appellationsgerichten durch, die bei Vergehen mit fünf Richtern und bei Verbrechen mit sieben Richtern besetzt sein mussten, Art. 12 dG. Die Senatsvorstände aller Kollegialgerichte hatten nunmehr im Vergleich zum StGB II 1813, wo sie gem. Art. 12 StGB II 1813 kein Stimmrecht hatten, das gleiche Stimmrecht wie die übrigen Senatsmitglieder, da Art. 12 StGB II 1813 durch Art. 368 dG aufgehoben wurde. Gem. Art. 13 dG wurden die einzelnen Senate vom Gerichtsvorstand ernannt. Welcher Richter sodann Senatsvorsitzender wurde, bestimmte sich zunächst durch den Rang der Richter und, wenn dieser gleich war, durch das Dienstalter. Eine weitere Möglichkeit war, dass der Justizminister einen Rat vom Obersten Gerichtshof oder einen Appellationsgerichtsrat als Vorsitzenden abbeordnete, Art. 13 dG a.E., was die Möglichkeit eröffnen sollte, dass nötigenfalls unerfahrene Richter an den unteren Gerichten, die noch keine Erfahrung mit einem Verhandlungsvorsitz gemacht hatten, durch die Hilfe der oberen Richter unterstützt werden konnten.

Schwurgerichte sollten in den einzelnen Appellationsgerichtsbezirken bei mindestens einem Kreis- oder Stadtgericht gebildet werden, was einer Regierungsverordnung vorbehalten war, Art. 16 dG,¹⁷⁴³ und wurden mit fünf Richtern und zwölf Geschworenen besetzt, Art. 17, 108 dG.¹⁷⁴⁴ Für die Urteile der Schwurgerichte bestand die Möglichkeit der Berufung nicht, sondern nur der Weg an den Obersten Gerichtshof als Kassationshof, sie nahmen damit eine Sonderstellung im Instanzenzug ein.¹⁷⁴⁵

Der Oberste Gerichtshof sollte grundsätzlich¹⁷⁴⁶ als Kassationshof für Urteile fungieren, die nicht oder nicht mehr mit der Berufung anfechtbar waren, und grundsätzlich in einem Senat von sieben Richtern urteilen, allerdings bei schweren Verbrechen, bei denen auf Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe erkannt war, mit neun Richtern besetzt sein, Art. 15 Abs. 2 dG. Da er als Kassationshof in erster Linie für eine Einheitlichkeit der Rechtsprechung sorgen sollte,¹⁷⁴⁷ wurde auch zu dieser Garantie ein ständiger Senat für Strafsachen eingerichtet, durch die Besetzung mit denselben Richtern versprach man sich eine einheitlichere Rechtsprechung als durch ständig wechselnde Richter.¹⁷⁴⁸ Ebenfalls sollte aus diesem Grund nicht ein ständiger zweiter Senat am Obersten Gerichtshof gebildet werden, sondern allenfalls in den Ausnahmefällen der Geschäftsüberlassung die vorübergehende Schaffung eines zweiten, außerordentlichen Strafsenats möglich sein,

¹⁷⁴² KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 315.

¹⁷⁴³ Orte und Einführung der Schwurgerichte mittels Verordnung s.o. Anm. 1658.

¹⁷⁴⁴ Bei der Besetzung des Schwurgerichts lehnte man sich ganz klar an das französisch-pfälzische Vorbild mit fünf Berufsrichtern an, da das englische Modell lediglich die Besetzung mit einem Einzelrichter und der Geschworenenbank kannte (Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, *The Trial Jury*, S. 277 ff.).

¹⁷⁴⁵ Ausführlich hierzu: s.u. S. 298 ff.

¹⁷⁴⁶ Zur Ausnahme bei der er als revidierendes Obergericht entscheidet: s.u. S. 305 f.

¹⁷⁴⁷ So bereits: Feuerbach, *Betrachtungen über die Öffentlichkeit und Mündlichkeit II*, S. 95.

¹⁷⁴⁸ Scheurl, *Strafprozeßordnung*, S. 29.

damit es nicht gar zu widersprüchlicher Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes selbst kommen konnte, Art. 15 Abs. 1 dG.¹⁷⁴⁹

[dd]. Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände

Unter dem Abschnitt der Gerichtsverfassung wurde indirekt auch die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände des Adels, des Klerus und der höchsten und höheren Staatsbeamten aufgehoben, wie es Art. 2 GrundlG noch allgemein programmatisch festgesetzt hatte. Indirekt deshalb, da das Gesetz den privilegierten Gerichtsstand nicht erwähnte, was der Heintzsche Gesetzentwurf aber in Art. 19 dE noch getan hatte. Heintz hatte sich bewusst dafür entschieden, die privilegierten Gerichtsstände in Strafsachen vorläufig noch beizubehalten, obgleich er selbst vollkommen für deren Aufhebung gewesen ist,¹⁷⁵⁰ denn er war der Meinung, dass die besonderen Ausschüsse nicht die notwendige Kompetenz hierzu von der Ständeversammlung übertragen bekommen hatten. Heintz stellte in den Debatten ausdrücklich klar, dass nach seiner Ansicht die Ausschüsse keine Kompetenz zur Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände hätten, da entsprechend dem GrundlG die Aufhebung auf die anstehende allgemeine Gerichtsorganisation bezogen sei, die durch den nach neuem Wahlrecht gewählten Landtag beraten werden musste und diesem ohnehin demnächst vorgelegt werde. Zudem ginge auch die Kompetenz der besonderen Ausschüsse nur dahin, diejenigen Veränderungen am StGB 1813 vorzunehmen, die zur Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens mit Schwurgerichten erforderlich seien, die privilegierten Gerichtsstände betreffe aber dieses Verfahren an sich nicht.¹⁷⁵¹ Auch eine praktische Notwendigkeit sah Heintz bei der Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände als nicht gegeben, insbesondere da die Versammlung des neu gewählten Landtags, unmittelbar nach dem Schluss der Verhandlungen der besonderen Gesetzgebungsausschüsse, absehbar war und daher diese derart schnelle, allerdings ungesetzliche Abschaffung für ihn nicht nötig war, da dies ohnehin in unmittelbarer Zukunft auf gesetzliche Weise durch den Landtag geschehen könne.¹⁷⁵² Trotz des Abratens von Justizminister Heintz beschlossen die Ausschüsse die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände.¹⁷⁵³ Auch wenn Heintz formaljuristisch nicht mit der Abschaffung einverstanden war, würdigte er doch insbesondere in der Kammer der Reichsräte, in der ebenfalls großteils die Aufhebung gewollt wurde, das bedeutende Entgegenkommen der Reichsräte als direkt Privilegierter und sah diese Geste als deren Opfer für die gesunde Modernisierung des Staates.

[ee]. Abweichung von der örtlichen Zuständigkeit

Die Gerichtsverfassung sah in einigen Fällen die Möglichkeit der Abweichung von der örtlichen Zuständigkeit der Gerichte vor, namentlich in Art. 4, 5, 8, 16 Abs. 2 dG. Danach

¹⁷⁴⁹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 463.

¹⁷⁵⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 288 ff.; KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 198 ff.; KdRR GGA Beilagen, Bd. 2, S. 32 ff.; KdA GGA Protokolle, Bd. 1, S. 86 ff.

¹⁷⁵¹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 290 ff.

¹⁷⁵² KdA 1849 Stenographische Berichte Bd. 1, Nr. IV, S. 20 f.

¹⁷⁵³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 23.

konnte der Oberste Gerichtshof durch Plenarbeschluss die Voruntersuchung einem anderen als dem eigentlich örtlich zuständigen Gericht zuweisen, es musste sich allerdings ebenfalls um ein sachlich zuständiges Gericht handeln. Dieselbe Möglichkeit hatten der Oberste Gerichtshof und das zuständige Appellationsgericht für Verhandlungen vor den Schwurgerichten, auch hier konnte mittels Plenarbeschlusses eine andere örtliche Zuständigkeit begründet werden.

Gegen diese Möglichkeiten des Obersten Gerichtshofes und der Appellationsgerichte wandte sich der Referent im Gesetzgebungsausschuss der ersten Kammer, Maurer, der all diese Regelungen aus dem Gesetz entfernt haben wollte.¹⁷⁵⁴ Zur Begründung brachte er verfassungsrechtliche Bedenken vor, und zwar einen Verstoß dieser Vorschriften gegen Titel IV § 8 Abs. 2 BV 1818, worin der Grundsatz des gesetzlichen Richters statuiert wurde.¹⁷⁵⁵ Justizminister Heintz hingegen verteidigte diese Regelungen entschieden als zweckmäßig und verfassungskonform. Zunächst führte er einen Vergleich zur französisch-pfälzischen Gesetzgebung, wo natürlich ebenso der Grundsatz des gesetzlichen Richters galt, aber dennoch entsprechende Vorschriften wie die Art. 4, 5, 8, 16 Abs. 2 dG existierten. Die von Maurer befürchtete Gefahr des Missbrauchs dieser Möglichkeiten der Appellationsgerichte und des Obersten Gerichtshofes sei insbesondere deshalb nicht zu befürchten, da sie im Plenum über eine Verweisung entschieden, so wäre die Beeinflussung der Richter durch die Regierung weitgehend ausgeschlossen.¹⁷⁵⁶ Verfassungsrechtlich waren die Vorschriften aus damaligem Verständnis schon deshalb nicht zu beanstanden, da man Titel IV § 8 Abs. 2 BV 1818 allein dahingehend verstand, dass dadurch tatsächliche Kabinettsjustiz vermieden werden sollte, sprich einem ordentlichen Gericht der Prozess entzogen und ein Ausnahmegericht zur Aburteilung gebildet werden sollte, wie dies noch in der früheren Gesetzgebung Bayerns ausdrücklich vorbehalten war.¹⁷⁵⁷ Die Verweisung aus wichtigem Grund an ein anderes ordentliches, sachlich zuständiges Gericht, das nur nicht das eigentlich örtlich zuständige Gericht in dieser Sache war, begegnete der damaligen h.M. keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, insbesondere nicht mehr bei einer vom Staate unabhängigen Gerichtsbarkeit.¹⁷⁵⁸ Auch der besondere Ausschuss der Kammer der Reichsräte war dieser Auffassung.¹⁷⁵⁹

¹⁷⁵⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 272.

¹⁷⁵⁵ „Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.“; KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 150 ff.

¹⁷⁵⁶ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 273, 277.

¹⁷⁵⁷ Erklärte Landesfreiheit 1616 Theil I. Art. 6: „Es soll ein jeder in seinem Vitzdombamt sein ordentlichen Gerichts bleiben. Ob aber beweglich vrfach eine oder mehr vorhanden wäre, dadurch wir vermainten, ein fach selbs ider durch unsre Hofrath zu hören, so mögen wir alsdann die Parteien erfordern“ (Bayern, Gerichts-, Malefiz- und andere Ordnungen; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 25).

¹⁷⁵⁸ Dollmann, Strafprozeßrecht, S. 68 f.; Walther, Strafprozeßrecht, S. 163; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 464; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 25; Zachariä, Deutsches Staats- und Bundesrecht I, S. 244; Zachariä, Deutsches Staats- und Bundesrecht II, S. 203 ff.

¹⁷⁵⁹ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 272 ff., 287.

*[b]. Staatsanwaltschaft**[aa]. Einführung und Behördenorganisation*

Der zweite Titel der Ersten Abteilung, Art. 19 ff. dG, widmete sich der Staatsanwaltschaft. Die Einrichtung der Staatsanwaltschaften lag Karl Friedrich Heintz sehr am Herzen, da nur mit einer solchen die Überwindung des Inquisitionsprinzips des altbayerischen Strafrechts durch das neue Anklageprinzip der Novelle vollbracht werden konnte, zum anderen er die Staatsanwaltschaft als nochmaliges Kontrollorgan hinsichtlich der Anklagen sehr begrüßte. Dies freilich zum einen zur Kontrolle staatlich geübter Willkür über die Gerichte zu Lasten des Bürgers, die weitaus überwog, doch auch um genau das Gegenteil, nämlich ungesetzliche willkürliche Entlastung von Straftätern, zu unterbinden¹⁷⁶⁰ – insgesamt damit eine gerechtere Justiz zu schaffen. So schrieb Heintz, veranlasst durch die Nichtverfolgung einer radikal liberal motivierten Straftat,¹⁷⁶¹ noch am 06. November 1848, also kurz vor dem Beschluss der Strafrechtsnovelle, an Thon-Dittmer, dass er mit der Einführung der Staatsanwaltschaft die willkürliche Gesetzesauslegung der Gerichte einzudämmen hoffe.¹⁷⁶²

Staatsanwälte wurden gem. Art. 19 dG bei allen Kollegialgerichten aufgestellt, also beim Obersten Gerichtshof, bei den Appellationsgerichten und bei den Kreis- und Stadtgerichten. Die Staatsanwälte genossen, wie heute auch, keine richterliche Unabhängigkeit, sondern mussten sich in eine Hierarchie einfügen, was insbesondere bedeutete, dass sie weisungsgebunden waren, folglich bei Weisungen von Vorgesetzten auch Anträge zu stellen hatten, mit denen sie persönlich nicht übereinstimmten.¹⁷⁶³ Direkter Vorgesetzter war für den Generalstaatsanwalt beim Obersten Gerichtshof und die Oberstaatsanwälte an den Appellationsgerichten jeweils unmittelbar nur der Justizminister, die Staatsanwälte bei den Kreis- und Stadtgerichten waren den Staatsanwälten an den Appellationsgerichten untergeordnet, Art. 20 dG. Zwischen dem Generalstaatsanwalt am Obersten Gerichtshof und den Oberstaatsanwälten und einfachen Staatsanwälten bestand nur im Ausnahmefall ein Weisungsverhältnis, wenn sie durch die an den Obersten Gerichtshof gelangten Sachen veranlasst waren.¹⁷⁶⁴ Mit der Einführung des Institutes Staatsanwaltschaft als fester Bestandteil des Prozesses war ein großer Schritt hin zum modernen Strafverfahren geschafft, denn durch die Staatsanwaltschaft wurde nunmehr der seit dem 15. Jahrhundert im Strafverfahren gebräuchliche Inquisitionsgrundsatz, bei dem allein der Richter Herr des Strafverfahrens war, durch den Anklagegrundsatz ersetzt.¹⁷⁶⁵

¹⁷⁶⁰ Nicht selten kam es vor, dass Gerichte auch einen offensichtlich Schuldigen nicht verfolgten, oftmals im Zusammenhang mit politischen Straftaten (Hummel, München in der Revolution, S. 184).

¹⁷⁶¹ Der Kellner Heinrich Engel hatte im Münchner Rathaus gesagt, Heckers Hut wiege mehr als 39 deutsche Fürstenkronen, und besudelte eine Bekanntmachung des Innenministeriums. Die Münchner Justiz lehnte eine Verfolgung des wegen Majestäts- und Amtsehrenbeleidigung Inhaftierten ab (Hummel, München in der Revolution, S. 184).

¹⁷⁶² BayHStA, (MInn) 46055, zitiert nach: Hummel, München in der Revolution, S. 184.

¹⁷⁶³ Walther, Strafprozeßrecht, S. 78; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 30.

¹⁷⁶⁴ Walther, Strafprozeßrecht, S. 78.

¹⁷⁶⁵ Hedenreuther, Kriminalgeschichte, S. 289.

Die Staatsanwaltschaft als eigenständige, vom Gericht unabhängige Behörde, mit eigenen Beamten, wurde mit der Prozessrechtsnovelle allerdings noch nicht eingeführt, vielmehr wurde wie beim gesamten Gesetz eine Übergangsregelung geschaffen. Es wurden einzelne Gerichtsmitglieder bestimmt, die vorübergehend die Funktionen der Staatsanwaltschaft wahrnehmen sollten, Art. 29 dG.

[bb]. Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft und ihr Verhältnis zu Gerichten und Behörden

Aufgabe dieser provisorischen Staatsanwälte war die Durchführung der Anklage und in diesem Zusammenhang die ständige Anwesenheit bei den Sitzungen, Art. 19 dG. Unter Sitzung verstand man wie heute auch nur die eigentliche Verhandlung und nicht die gesonderte Beratung des Gerichts selbst.¹⁷⁶⁶ Die Staatsanwaltschaft als Anklagevertretung musste sich umfassend über die Voruntersuchung unterrichten können, da aber wegen der unvollständigen Regelung der Gerichtsverfassung auch noch die untersten Gerichte, also die Land- und früheren Herrschaftsgerichte, bei denen kein Staatsanwalt aufgestellt wurde, als Untersuchungsgerichte fungierten, mussten die Staatsanwälte an den Kreis- und Stadtgerichten durch zweimal monatlich von allen Untersuchungsgerichten aufgestellte Listen über die Voruntersuchungen und deren Stand informiert werden, Art. 22 Abs. 1 dG. Entsprechend informierten die Staatsanwälte an den Kreis- und Stadtgerichten ihre Vorgesetzten an den Appellationsgerichten und diese wiederum den Justizminister, Art. 22 Abs. 2 dG. Neben dieser informationellen Beteiligung an der Voruntersuchung waren die Staatsanwälte grundsätzlich allerdings nicht aktiv an der Voruntersuchung beteiligt; sie konnten lediglich entsprechend eine Voruntersuchung bei den Untersuchungsrichtern beantragen, wenn sie Kenntnis von einer Straftat erhielten, Art. 23 dG, waren dazu aber nicht verpflichtet.¹⁷⁶⁷ Die Staatsanwaltschaft prüfte bei dem Verdacht einer Straftat zunächst die Voraussetzungen zur Einleitung einer Untersuchung, Art. 59 ff. StGB II 1813, und weiterhin die Angemessenheit der Untersuchung im konkreten Fall, ein Vorgehen, das wir heute ebenfalls im Legalitätsprinzip¹⁷⁶⁸ und Opportunitätsprinzip¹⁷⁶⁹ verkörpert finden. Die Staatsanwaltschaft war entgegen dem französisch-pfälzischen Recht nicht ausschließlich zuständig für die Erhebung der öffentlichen Klage, was der Regierungsentwurf auch bereits als sinnvolle Abweichung erachtete und in der Ausschüssen der Kammern akzeptiert wurde.¹⁷⁷⁰ Neben der Staatsanwaltschaft konnten insbesondere die Untersuchungsrichter selbst die Voruntersuchungen einleiten, waren bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen sogar dazu verpflichtet.¹⁷⁷¹ Wurde dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Voruntersuchung vom Untersuchungsrichter nicht entsprochen, so war es dem Staatsanwalt möglich, wegen der Entscheidung des Un-

¹⁷⁶⁶ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 341; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 30.

¹⁷⁶⁷ Walther, Strafprozeßrecht, S. 83; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 466 f.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 32.

¹⁷⁶⁸ Bohnert, Die Abschlussscheidung des Staatsanwalts, S. 64 f.; heutige Ausgestaltung etwa in §§ 152 Abs. 2, 160, 163 StPO; § 386 AO.

¹⁷⁶⁹ Geppert, Opportunitätsprinzip, in: Jura 1986, S. 309 ff.

¹⁷⁷⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 349; KdRR GGA 1848 Beilagen, Bd. 2, S. 45 ff.

¹⁷⁷¹ Walther, Strafprozeßrecht, S. 83.

tersuchungsgerichts beim Staatsanwalt am Appellationsgericht vorstellig zu werden, der sodann eine appellationsgerichtliche Entscheidung über die Frage, ob eine Voruntersuchung durchgeführt werden sollte, herbeiführen konnte, Art. 24 dG. Darüber hinaus war es den Staatsanwälten möglich, sich unmittelbar mit der Polizei in Verbindung zu setzen und entsprechend Art. 19 Nr. 1 – 5, Art. 20, 12 StGB II 1813 wie die Polizei eigene Ermittlungen anzustellen und die Ergreifung des mutmaßlichen Täters zu bewerkstelligen, Art. 23 Abs. 2 dG. In dringenden Fällen war es der Staatsanwaltschaft ausnahmsweise auch möglich, Aufgaben der Untersuchungsrichter wahrzunehmen, so konnte sie Polizeibehörden, Polizeidiener oder Gendarmerie zur Verhaftung beauftragen, Art. 23 Abs. 3 dG. Allerdings blieb der Untersuchungsrichter eigentlicher Herr des Ermittlungsverfahrens und insbesondere der Voruntersuchung, und die Staatsanwälte waren lediglich unterstützend tätig, was sich schon dadurch zeigt, dass Art. 23 Abs. 3 dG anordnete, im Falle der Verhaftung die Verdächtigen an den Untersuchungsrichter zu übergeben.¹⁷⁷² Keinesfalls hatten die Staatsanwälte eine direkte Disziplinargewalt über die Untersuchungsrichter, sie konnten nur, wie bereits bei der Ablehnung des Antrages auf eine Voruntersuchung, über den Staatsanwalt am Appellationsgericht ein obergerichtliches Einschreiten erwirken, Art. 25 dG, wenn die Untersuchungsrichter die Voruntersuchungen zu lange hinauszögerten oder anderweitig ordnungswidrig behandelten. Zudem war die Staatsanwaltschaft auch nur die Behörde, welche die Anklage durchzuführen hatte, nicht diejenige, welche die Dispositionsbefugnis über die Anklage hatte, so hatte die Staatsanwaltschaft bei einer Anklageerkenntnis die Anklage durchzuführen, auch wenn sie von der Unschuld des Angeklagten überzeugt war, sie war damit zwar ein Organ der Rechtspflege, allerdings gegenüber dem Anklagegericht nicht vollkommen souverän, da sie den Beschluss der Anklagekammer in Form der Anklage auszuführen hatte.¹⁷⁷³ Einzige Möglichkeit war die mündliche Äußerung, dass der Angeklagte für unschuldig gehalten wurde, an der Anklage konnte aber nichts verändert werden.¹⁷⁷⁴

[2]. Die Voruntersuchung

[a]. Sinn und Zweck der Voruntersuchung

War im bisherigen bayerischen Strafprozess das Vorverfahren in eine Generaluntersuchung und eine Hauptuntersuchung unterteilt, so wurde mit der StPON dieser Teil des Untersuchungsverfahrens zugunsten der sogenannten Voruntersuchung aufgehoben, Art. 31 Abs. 4 dG. Die Notwendigkeit einer Voruntersuchung zur gründlichen Erforschung des Anklagevorwurfs war unbestritten. Denn neben den persönlichen und gesellschaftlichen Belastungen, die, wie auch heute, eine bloße Anklage mit sich brachte und die in ihrer Wirkung auch durch einen Freispruch oftmals nicht mehr ungeschehen gemacht werden konnten, bedeutete eine Voruntersuchung vor allen Dingen auch bereits Nachteile hinsichtlich der bürgerlichen Rechte des Angeklagten.¹⁷⁷⁵ So verlor man bei-

¹⁷⁷² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 32.

¹⁷⁷³ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 28.

¹⁷⁷⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 32.

¹⁷⁷⁵ Walther, Strafprozeßrecht, S. 179.

spielsweise bis zu einem gänzlichen Freispruch die Möglichkeit, als Abgeordneter zu fungieren, oder wurde als Staatsbeamter oder -diener bis zum Freispruch sogar vom Dienst suspendiert, weshalb dann zugleich die Bezüge zurückgehalten wurden, Titel VI § 12 Abs. 2 BV 1818, Art. 106, 437 – 439. Die Voruntersuchung sollte zum Zwecke einer zügigen und ununterbrochenen mündlichen Verhandlung eine Erkundung der erheblichen Tatumstände ermöglichen und hierfür insbesondere die notwendigen Beweismittel zusammenstellen. Bei der Voruntersuchung handelte es sich tatsächlich um ein Ermittlungsverfahren zur Erforschung der wahren Tatumstände, nicht lediglich der Schuld des Angeschuldigten, weshalb auch alle vom Angeschuldigten erbrachten Entlastungsbeweise vom Untersuchungsrichter zu erheben waren, wenn sie nicht offensichtlich rechtsmissbräuchlich zur Verzögerung der Voruntersuchung vorgebracht wurden, Art. 38 Abs. 3 dG. Ebenso musste der Untersuchungsrichter bei den entsprechenden Umständen von Amts wegen Entlastungsbeweise für den Angeschuldigten prüfen, da dem Gesetzgeber bei vorliegender Unschuld des Angeschuldigten eben auch an dessen Freispruch gelegen war, die Voruntersuchung sollte damit tatsächlich allein der Wahrheitsfindung dienen, nicht der bloßen Anklagevorbereitung.¹⁷⁷⁶

[b]. Ausgestaltung der Voruntersuchung

Obgleich die Voruntersuchung in der Regel auf Antrag des Staatsanwaltes eröffnet werden sollte, war es der Untersuchungsrichter,¹⁷⁷⁷ der sie zu führen hatte, was zweierlei Gründe hatte. Einmal, dass der Staatsanwalt damit nicht in seiner Position als Ankläger beeinträchtigt wurde, zum anderen, dass die Voruntersuchung möglichst unparteiisch geführt werden konnte. Zwar verstand man, damals wie heute, den Staatsanwalt als ein Organ der Rechtspflege, wie Justizminister Heintz gegenüber den Ausschussmitgliedern ausdrücklich klarstellte,¹⁷⁷⁸ womit zwangsläufig die Staatsanwaltschaft der wahren Würdigung der Tatumstände verpflichtet war und nicht in jedem Fall auf einen Erfolg der Anklage hinarbeiten hatte.¹⁷⁷⁹ Dennoch sah man hier eine gewisse Gefahr, da man die Staatsanwaltschaft naturgemäß vorwiegend in ihrer Rolle als Ankläger wahrnahm und somit zumindest unausgesprochen unterstellte, dass die Staatsanwaltschaft geneigt sein könnte, zum Zwecke des Erfolges der Anklage, sich vorwiegend auf die belastenden Beweise zu fokussieren. Zumindest unterschwellig unterstellte damit der bayerische Gesetzgeber der Staatsanwaltschaft eine nicht zu unterschätzende Parteilichkeit, eine Unterstellung, die nicht ganz unbegründet erscheint. Die Untersuchungsrichter waren normale Richter, denen man nur die ständige Funktion des Untersuchungsrichters zugewiesen hatte. Untersuchungsrichter war damit nicht ein gesondertes Amt, sondern eben nur eine gesonderte Funktion des Richters, wie Heintz im Ausschuss der ersten Kammer den Mitgliedern erläuterte.¹⁷⁸⁰

¹⁷⁷⁶ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 40.

¹⁷⁷⁷ Zur Zuständigkeit der Voruntersuchungsgerichte s.o. S. 253 f.

¹⁷⁷⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 121 ff.

¹⁷⁷⁹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 99; Pfeiffer/Hannich, in: Karlsruher Kommentar StPO, Einl., Rn. 61 ff.

¹⁷⁸⁰ KdRR 1848/49 Protokolle, Bd. 4, S. 87 f.

Eine Voruntersuchung war in Verbrechensvorwürfen immer obligatorisch, da gerade hier bei der Anklage auch immer Beeinträchtigungen der bürgerlichen Rechte resultierten. In Vergehensfällen, auch von Pressevergehen, die zum Schwurgericht angeklagt werden mussten,¹⁷⁸¹ war die Voruntersuchung fakultativ, da auf Antrag des Staatsanwaltes sofort zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung geschritten werden konnte, wenn ein erheblicher Verdacht der Tatbegehung vorlag und hinreichende Beweismittel bezeichnet werden konnten, Art. 74 dG.¹⁷⁸² Im Gegensatz zum eigentlichen Hauptverfahren, das nun in Folge der Reform öffentlich und mündlich durchgeführt wurde, verblieb die Voruntersuchung ein geheimes und schriftliches Untersuchungsverfahren, weshalb man in diesem Punkt nahezu vollständig die Vorschriften über die Untersuchung im früheren Strafprozesses heranziehen konnte,¹⁷⁸³ Art. 30 dG.¹⁷⁸⁴ Die großen Veränderungen im Bereich der Voruntersuchung waren, dass nunmehr das neue Institut der Staatsanwaltschaft und ihr Verhältnis zur Voruntersuchung eingearbeitet werden mussten. Neuerungen mussten sich auch hinsichtlich Richtung und Methode der Voruntersuchung ergeben, da sich die Gestalt des Strafprozesses insgesamt verändert hatte, so musste insbesondere die Anpassung der Voruntersuchung an die neue Beweissituation geschehen und eine umfassendere Beweissammlung als nach früherem Recht stattfinden, da man sich bereits auf dem Reformlandtag 1848 auf die Aufhebung jeglicher Beweistheorien verständigt hatte und dies auch in Art. 2 ÄndG StGB 1813 normiert hatte. Trotz dieser eindeutigen gesetzlichen Vorgabe und der diesbezüglichen Diskussionen auf der Ständeversammlung selbst war die Aufhebung der Beweistheorien eines der meistdiskutierten Themenfelder der besonderen Ausschüsse, wie bereits zuvor, bei der Verhandlung der materiellen Änderungen des StGB 1813, bezog auch hier Heintz wieder in gleicher Weise Stellung und plädierte entsprechend der gesetzlichen Vorgabe für die Aufhebung sämtlicher Beweistheorien.¹⁷⁸⁵

Art. 31 ff. dG regelten die Stellung und die Pflichten des Untersuchungsrichters in der Voruntersuchung, mit welcher der Untersuchungsrichter alle tatsächlichen Umstände schriftlich festhalten musste, die den Tatbestand der Straftat und den Verdacht der Tatbegehung durch eine bestimmte Person begründeten, Art. 31 dG. Beweise waren hier insofern zu erheben, als sie erforderlich waren, den Verdacht zu begründen und die erschöpfende, umfassende, öffentliche und mündliche Verhandlung vorzubereiten.¹⁷⁸⁶ Alle Untersuchungshandlungen waren sorgfältig von einem beeidigten Protokollführer zu protokollieren, Art. 33 dG, wobei der Untersuchungsrichter darauf zu achten hatte, dass hierbei nicht zu weit gegangen wurde und dem Beschleunigungsgebot, dem das neue Strafverfahren verpflichtet war, ausreichend Rechnung getragen wurde, weshalb lang-

¹⁷⁸¹ Ausführlich s.u. S. 288 f.

¹⁷⁸² Walther, Strafproceßrecht, S. 180.

¹⁷⁸³ Art. 59 – 90, 113 – 140, 150 – 154, 196 – 258 StGB I 1813, Art. 459 – 464 StGB II 1813.

¹⁷⁸⁴ Dollmann, Strafproceßrecht, S. 3; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 467 f.

¹⁷⁸⁵ S.o. S. 197 ff.

¹⁷⁸⁶ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 34 f.

wierige und ausladende Voruntersuchungen, die im Prinzip der eigentlichen öffentlichen und mündlichen Verhandlung vorgegriffen hätten, absolut zu vermeiden waren.¹⁷⁸⁷ Der Untersuchungsrichter erließ die Haftbefehle in Bezug auf die Angeschuldigten, wenn ein entsprechender Verdacht der Tatbegehung gegeben war,¹⁷⁸⁸ gegen die sich der Angeschuldigte, sozusagen mit einer Haftbeschwerde, zur Wehr setzen konnte, was auch als Rechtsbehelfsbelehrung in den Haftbefehl aufgenommen werden musste, Art. 32 Nr. 3 dG. Über die Haftbeschwerde entschied das Gericht der Hauptsache, da man das Einschreiten des Hauptsachegerichts dann als geboten ansah, wenn die Rechtmäßigkeit einer Maßnahme des Untersuchungsrichters in Frage stand.¹⁷⁸⁹

Art. 36 – 45 dG. betrafen die Behandlung des Verdächtigen durch den Untersuchungsrichter, legten damit neben der Position und dem Verhalten des Untersuchungsrichters auch die Rechte und die Stellung des Angeschuldigten in der Voruntersuchung fest, der sich unter Strafandrohung gebühlich gegenüber dem Gericht zu verhalten hatte, Art. 45 dG. Obwohl man die Voruntersuchung entsprechend dem früheren Strafverfahren inquisitorisch ausgestaltete, bemerkte man methodische Unterschiede.¹⁷⁹⁰ So im Verhör des Angeklagten, das grundsätzlich entsprechend dem alten bayerischen Recht beibehalten wurde und das zunächst wegen des öffentlichen Interesses an der Wahrheitsfindung geboten war, zudem aber auch im Hinblick auf den Grundsatz des rechtlichen Gehörs, der ein wesentliches Recht des Angeschuldigten sein sollte.¹⁷⁹¹ Hinsichtlich des Geständnisses, das freilich als Beweismittel beibehalten wurde, allerdings in seiner Beweiskraft relativiert wurde, normierte nunmehr das Gesetz ausdrücklich, dass der Angeklagte nicht mehr zu Geständnissen gedrängt werden sollte, einmal deswegen, weil man den Wahrheitsgehalt solcher Geständnisse anzweifelte, zum anderen wollte man den Nemo-tenetur-Grundsatz verwirklichen und die Beweislast in Bezug auf den Tatvorwurf allein den staatlichen Behörden überlassen, damit durch das Verhör mehr eine Entlastungsmöglichkeit für den Angeklagten bieten, als eine Möglichkeit zur Begründung des Tatvorwurfs zu schaffen.¹⁷⁹² Im Verhör war der Angeschuldigte nicht dazu verpflichtet, Angaben zur Sache zu machen, was aus einem Umkehrschluss zu der Beschuldigtenbelehrung entnommen werden konnte, die in Art. 43 dG normiert war.¹⁷⁹³ Auffallend an dieser Belehrung war allerdings, dass sie nicht, wie wir es aus § 136 Abs. 1 StPO kennen, darauf gerichtet war, den Angeschuldigten über sein Recht, die Aussage zu verweigern, zu belehren, sondern der Angeschuldigte darüber aufzuklären war, dass sein Schweigen ihm Nachteile bringen konnte, ja sogar den Verdacht gegen ihn erhärten konnte. Insofern hatte das Gesetz eine grundlegend andere Interpretation des Schweigens, als wir es heu-

¹⁷⁸⁷ Walther, Strafproceßrecht, S. 182.

¹⁷⁸⁸ Der Haftbefehl wurde nunmehr auch von Untersuchungsrichtern und nicht mehr vom Gerichtsvorstand unterschrieben, im Gegensatz zu Art. 124 Abs. 2 StGB II 1813

¹⁷⁸⁹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 37.

¹⁷⁹⁰ Dollmann, Strafproceßrecht, S. 3.

¹⁷⁹¹ Walther, Strafproceßrecht, S. 235.

¹⁷⁹² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 39; Walther, Strafproceßrecht, S. 236; Dollmann, Strafproceßrecht, S. 97 f.

¹⁷⁹³ Walther, Strafproceßrecht, S. 241.

te kennen, was vor allem verwunderlich erscheint, wenn man sich die Besinnung auf den Nemo-tenetur-Grundsatz beim Geständnis vor Augen führt, da nach heutigen Maßstäben eine derartige Auslegung von Schweigen ebenfalls gegen diesen Grundsatz verstößen würde.

[c]. Anklageerkenntnis

Der Abschnitt über die Voruntersuchung schloss mit den Überleitungsvorschriften zum Hauptverfahren, namentlich den Vorschriften über das Anklageerkenntnis, Art. 47 ff. dG.¹⁷⁹⁴ Nach Schluss der Voruntersuchung wurden die Untersuchungsakten vom Untersuchungsrichter dem Staatsanwalt am Kreis- oder Stadtgericht übergeben, der dann anhand dieser zur weiteren Verhandlung seinen Strafantrag entwickelte und an den Gerichtsvorstand des Kreis- oder Stadtgerichts diesen Antrag samt der Untersuchungsakte übergab. Abgesehen von der Möglichkeit der Einleitung der Voruntersuchung und der Berechtigung, einen Antrag auf direkte Anklage bei hinreichendem Tatverdacht zu stellen, lag in dieser Entwicklung des Strafantrags die einzige Funktion der Staatsanwaltschaft in der Voruntersuchung. Bei den Kreis- und Stadtgerichten nahm sich dann der Senatsvorstand oder ein anderes Senatsmitglied der Untersuchungsakte an und bereitete anhand der Akte und der Anträge des Staatsanwaltes eine geschlossene Sitzung vor, bei der nur die Richter, der Staatsanwalt und der Protokollführer anwesend sein durften, Art. 47, 48 dG.¹⁷⁹⁵ Die Nichtöffentlichkeit dieser Sitzung wurde freilich angesichts des Öffentlichkeitsgrundsatzes, der dem gesamten Strafprozess aufgrund der Transparenz der Justiz immanent sein sollte, bemängelt und in gewisser Weise als widersprüchlich empfunden,¹⁷⁹⁶ doch stellte hier Justizminister Heintz klar, dass in dieser Sitzung die Öffentlichkeit einmal wegen ihrer Funktion nicht angebracht sei, zum anderen der Öffentlichkeits- und Mündlichkeitsgrundsatz allem voran im Hauptverfahren Beachtung finden sollte. In dieser Phase des Verfahrens noch derartiges Misstrauen gegenüber der Justiz zu haben, dass man die Öffentlichkeit als obligatorisch erachte, entspräche nicht mehr dem Zeitgeist.¹⁷⁹⁷

Funktion der Sitzung war allein die der Kontrolle Antrags der Staatsanwaltschaft,¹⁷⁹⁸ der, entsprechend dem Mündlichkeitsgrundsatz, mittels Vortrages des Staatsanwaltes dargestellt wurde und über den sodann das Gericht allein und geheim beschloss, Art. 48 dG. Es wurde hierbei darüber beschlossen, in welches Verfahrensstadium die Strafsache nun eintreten sollte, also ob die Voruntersuchung noch weiter geführt werden musste, weil der Tatvorwurf für eine Anklageerhebung nicht ausreichend ermittelt war, Art. 49 Nr. 1 dG, ob die Sache zur Hauptverhandlung in die öffentliche Sitzung des Kreis- oder Stadtgerichtes verwiesen werden sollte, wenn hinreichender Tatverdacht bestand, Art. 49

¹⁷⁹⁴ Zu den Anklagegerichten s.o. S. 255 ff.

¹⁷⁹⁵ Walther, Strafproceßrecht, S. 244.

¹⁷⁹⁶ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 471 f.

¹⁷⁹⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 158; so dann auch: Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 471 f.

¹⁷⁹⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 49 f.

Nr. 3 dG, oder ob das Verfahren sogar einzustellen war, weil der Tatverdacht durch die Voruntersuchung ausgeräumt war, Art. 49 Nr. 5 dG. Der Beschluss hatte damit in den Fällen des Art. 49 Nr. 3 dG, folglich für alle Verbrechen und Vergehen, die nicht vor die Schwurgerichte gehörten, die Bedeutung eines Anklageerkenntnisses, und das Kreis- und Stadtgericht war in diesen Fällen als Anklagegericht tätig.¹⁷⁹⁹ Anders für die Fälle, in denen den Kreis- und Stadtgerichten keine sachliche Zuständigkeit zukam, damit bei Polizeiübertretungen und schweren Verbrechen, die mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe belegt waren, oder wenn es sich um ein Pressevergehen handelte. Hier musste die Sache entweder der zuständigen unteren Gerichts-, Polizei- oder Disziplinarbehörde überwiesen werden, die sodann über die polizeiliche oder disziplinarische Aburteilung entschied, Art. 49 Nr. 4, 54 dG, oder an das Appellationsgericht verwiesen werden, das über die Erkennung der Anklage per Beschluss zu entscheiden hatten, Art. 49 Nr. 2, 51 dG. Die Kreis- und Stadtgerichte hatten damit in diesen Fällen die Funktion von Verweisungsgerichten.¹⁸⁰⁰

Art. 50 ff. dG stellten ausdrücklich klar, in welchen Straffällen bei welcher Beweislage ein Anklageerkenntnis ergehen sollte.¹⁸⁰¹ Gegen diese starren Anhaltspunkte zum Anklageerkenntnis wandten sich einige Stimmen bei der Beratung des Gesetzes, insofern als den Gerichten in dieser Beziehung ein weitergehendes Ermessen zugestanden werden müsse, wann ein Anklageerkenntnis zu ergehen habe und wann nicht. Heintz hingegen hielt die festen Regelungen für die Anklageerkenntnisse für äußerst wichtig, seine Argumentation überzeugte die Mehrzahl der Mitglieder der Kammer der Reichsräte, und die Regelungen wurden von den Ausschüssen entsprechend beschlossen. Heintz argumentierte zum einen mit dem Recht und Interesse des Beschuldigten auf Gleichbehandlung gegenüber anderen Beschuldigten, denn wäre das Anklageerkenntnis allein von dem Ermessen des Gerichts abhängig, so würden stets unterschiedliche Voraussetzungen für die Anklageerhebung genügen, was zu Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlung der Beschuldigten führen würde, was nicht zuletzt wegen des Einflusses auf die bürgerlichen Rechte des Angeschuldigten untragbar sei. Auf der anderen Seite argumentierte er mit der Prozessökonomie und dem Interesse der Staatsanwaltschaft, denn die festen Regelungen des Gesetzes garantierten eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass der Beschuldigte die Tat auch tatsächlich begangen hatte, waren insofern für den Staatsanwalt und die Prozessökonomie notwendig, als dass dadurch nicht völlig haltlose Beschuldigungen zur Anklage kommen konnten.¹⁸⁰²

Wenn auch die starren Regelungen eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Begehung der angeklagten Taten garantierten, war unter diesen Anklageerkenntnissen gem. Art. 49 ff. dG aber tatsächlich nur der Weg hin zur öffentlichen und mündlichen Hauptverhandlung zu verstehen, nicht etwa durfte diesen Beschlüssen eine präjudizielle Kraft hinsichtlich des erst durch das Ergebnis der Hauptverhandlung zu erlassenden Endurteils

¹⁷⁹⁹ Dollmann, Strafproceßrecht, S. 31.

¹⁸⁰⁰ Walther, Strafproceßrecht, S. 246.

¹⁸⁰¹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 44 ff.

¹⁸⁰² KdRR 1818 Protokolle, Bd. 2, S. 96 ff.

beigemessen werden – das Endurteil hatte allein auf der Überzeugung des entscheidenden (Schwur-)Gerichts zu ergehen.¹⁸⁰³

[d]. Rechtsmittel gegen das Anklageerkenntnis

Trotz dieses mangelnden Einflusses der Anklagebeschlüsse auf das Endurteil maß man ihnen allerdings hinsichtlich der Prozessökonomie und auch in Bezug auf das rechtliche Interesse des Angeschuldigten eine erhebliche Bedeutung zu und regelte daher die Möglichkeit der Berufung.¹⁸⁰⁴ Gegen die Beschlüsse der Kreis- und Stadtgerichte gem. Art. 49 dG stand sowohl für den Staatsanwalt als auch für den Angeschuldigten die Berufung zum Appellationsgericht offen.¹⁸⁰⁵ Der Staatsanwalt hatte in allen Fällen des Art. 49 Nr. 3 – 5 dG die Berufungsmöglichkeit, also bei einem Anklageerkenntnis zum einfachen Kreis- und Stadtgericht, bei der Verweisung an eine (unterste) Gerichts-, Polizei- oder Disziplinarbehörde und bei einem Freispruch, Art. 60 dG. Dem Angeschuldigten stand nur, wenn die Anklage zum Kreis- oder Stadtgericht erkannt wurde, also im Falle von Art. 49 Nr. 3 dG, die Berufung offen und auch nur dann, wenn verfügt wurde, dass dort wegen eines Verbrechens und nicht nur wegen eines Vergehens zu verhandeln war, Art. 60 Abs. 1 dG. Gab das Appellationsgericht nun der Berufung statt, so verfügte es sogleich selbst das entsprechend abgeänderte Anklageerkenntnis, hatte aber darauf zu achten, dass, wenn eine Entscheidung eines Kreis- oder Stadtgerichtes abgeändert wurde, nicht diejenigen Richter, die bereits den abgeänderten Beschluss erlassen hatten, wiederum über die Hauptsache entscheiden konnten. Hierfür konnte gegebenenfalls auch an ein anderes als das eigentlich örtlich zuständige Kreis- oder Stadtgericht verwiesen werden, wenn wegen geringer personeller Besetzung des eigentlich zuständigen Kreis- oder Stadtgerichts keine Bildung eines unbefangenen Senates möglich war, Art. 64 dG. Gegen appellationsgerichtliche Beschlüsse, waren es nun Anklagebeschlüsse oder auch Berufungsentscheidungen, war wegen der Stellung des Obersten Gerichtshofes als Kassationshof für den Staatsanwalt und den Angeklagten gegebenenfalls nur die Nichtigkeitsbeschwerde dorthin möglich, Art. 66 ff. dG.¹⁸⁰⁶

Auf den ersten Blick erkannte man im Vergleich zum Beschuldigten eine umfangreichere Möglichkeit des Staatsanwaltes, sich eines Rechtsmittels zu bedienen, was insbesondere der Referent des Ausschusses der Kammer der Reichsräte, Maurer, bemängelte. Maurer vertrat die Ansicht, dass dem Beschuldigten ebenfalls in allen Fällen die Berufungsmöglichkeit offenstehen sollte, da in jedem Fall keine Anklage als besser für den Angeklagten anzusehen war als eine milde wegen eines Vergehens. Justizminister Heintz sprach sich aber aus praktischen Erwägungen entschieden gegen eine Berufungsmöglichkeit des Angeklagten gegen alle Beschlüsse des Kreis- oder Stadtgerichts entsprechend der des Staatsanwaltes aus. Seine Verteidigung der Einschränkung durch das Gesetz begründete er mit dem Beschleunigungsgebot, das dem Strafprozess innewohne,

¹⁸⁰³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 48.

¹⁸⁰⁴ Ausführlich hierzu: S. 309 ff.

¹⁸⁰⁵ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 48.

¹⁸⁰⁶ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 473.

und wies auf die Möglichkeit der Prozessverschleppung durch den Angeschuldigten hin, der dazu das Rechtsmittel der Berufung benutzen könne; zugleich verteidigte er die Vorschrift mit einem Vergleich zur Pfalz, die als Vorbild für das neue Strafverfahren ebenfalls geringere Berufungsmöglichkeiten des Angeschuldigten kannte.¹⁸⁰⁷ Insofern müsse man die Berufung auf die Verbrechen beschränken, bei denen ein Anklageerkenntnis zu schwerwiegenden Folgen für den Angeschuldigten führte. Da es aber bei Vergehen außer der reinen Anklage keine negativen rechtlichen Folgen für den Angeschuldigten gab, sah Heintz in diesen Fällen ein Rechtsmittel auch nicht als zwingend notwendig an und erachtete die Beschränkung wegen des Interesses der Prozessökonomie als gerechtfertigt.¹⁸⁰⁸ Zwar konnte Heintz im Ausschuss der Kammer der Reichsräte nicht mit dieser Argumentation überzeugen, doch stellte sich der Ausschuss der zweiten Kammer auf seine Seite, so dass schließlich dennoch diese Fassung beibehalten wurde.¹⁸⁰⁹

[3]. Das Verfahren erster Instanz

Das sich an die Voruntersuchung anschließende Hauptverfahren ließ sich in ein Vorbereitungsverfahren und die konkrete Verhandlung vor dem erkennenden Gericht aufspalten. Wegen der anders gelagerten Natur der Schwurgerichte und der Mitwirkung der Geschworenen am Verfahren musste zudem noch zwischen dem Verfahren bei den Schwurgerichten und den Gerichten ohne Geschworene differenziert werden. Neben diesen Verfahren kannte das damalige Strafprozessrecht zudem ein sogenanntes Ungehorsamsverfahren, das gegen nicht anwesende Angeklagte durchgeführt werden konnte. Anhand dieser Unterteilung soll sich die Darstellung des erstinstanzlichen Verfahrens gestalten.

[a]. Das Verfahren vor den Schwurgerichten

Die StPON behandelte zunächst in der dritten Abteilung die Regelungen über die Schwurgerichte, da dieses Verfahren, in dem alle geforderten Reformmaximen durchgeführt wurde, die Grundlage bildete, auf dem auch das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten aufgebaut werden sollte. Das Gesetz zur Einführung der Schwurgerichte vom 03. August 1848 wurde unverändert in die StPON übernommen und bildete dort mit seinen Abschnitten über die Fertigung und Ergänzung der Geschworenenliste sowie über die Zusammenberufung und Bildung des Schwurgerichts den ersten und zweiten Teil des dritten Abschnittes. Der dritte Teil des dritten Abschnittes behandelte sodann das Verfahren vor den Schwurgerichten, Art. 113 – 229 dG.

[aa]. Sachliche Zuständigkeit der Schwurgerichte

Sachlich zuständig waren die Schwurgerichte für die Kapitalverbrechen, auf die Todes-, Ketten-, oder Zuchthausstrafe stand, sowie für die Pressevergehen und -verbrechen, Art. 51 Abs. 1 dG. Hinsichtlich dieser sachlichen Zuständigkeit der Schwurgerichte wur-

¹⁸⁰⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 74 ff.

¹⁸⁰⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 79.

¹⁸⁰⁹ GVBl. 1848, Sp. 258.

de bereits in der allgemeinen Diskussion zum „Gesetz, die Einführung von Geschworenengerichten betreffend“ angeregt, ob nicht alle Delikte vor den Schwurgerichten abzuurteilen seien, wogegen sich aber Justizminister Heintz schon wegen der technischen Durchführbarkeit erfolgreich wandte. Er stellte klar, dass es bereits wegen der Regelungen über die Schwurgerichte und die Besetzung der Geschworenenbank aus einem beschränkten Personenkreis nicht machbar sei, alle Delikte durch Geschworenengerichte abzuurteilen, denn bereits wenn ein Geschworener an einer Schwurgerichtsentscheidung mitgewirkt hatte, war er für die Dauer der Sitzungsperiode und das darauffolgende Jahr von der Wahrnehmung des Geschworenenamtes entbunden. Es hätte daher, um für alle strafgerichtlichen Sitzungen die notwendige Zahl an Geschworenen zu haben, einer derart starken Bevölkerungsdichte bedurft, wie sie das Königreich Bayern überhaupt nicht aufwies, selbst nicht in den dicht besiedelten Regierungsbezirken, wie der Pfalz.¹⁸¹⁰

[bb]. Sitzungsperioden der Schwurgerichte

Die Sitzungen bei den durch Regierungsverordnung zu errichtenden Schwurgerichten sollten nicht unentwegt, sondern quartalsmäßig abgehalten werden, Art. 113 Abs. 1 dG. Diese Vorschrift galt vornehmlich dem Interesse der Geschworenen, man verstand das Geschworenenamt wegen der Belastungen durch Anreise und des Zeitverlustes auch als Bürde für die Geschworenen, die durch ihr Ehrenamt ihrer tatsächlichen Berufstätigkeit zeitweise nicht nachgehen konnten. Mit festen Sitzungszeiten wollte man daher den potentiellen Geschworenen eine bessere Planung ihres Amtes und eine temporäre Konzentration ihrer Tätigkeit ermöglichen. Nach dem Schluss aller ordentlichen Schwurgerichtssitzungen einer Sitzungsperiode mussten binnen acht Tagen für die im nächsten Quartal stattfindenden Schwurgerichtssitzungen der Präsident und sein Stellvertreter ernannt werden, Art. 114 Abs. 1 dG, da bei Verweisungen von Strafsachen an das Schwurgericht diese sich bereits der Sache anzunehmen hatten, etwa bereits vorab ein Verhör mit dem Angeklagten abgehalten wurde, Art. 117 dG. Auch der Eröffnungstag der nächsten Schwurgerichtssitzung musste bereits festgesetzt werden, da sich nach diesem Tag bestimmte Prozesshandlungen richteten, Art. 128 ff. dG. Mit dem System nicht ständig tagender Schwurgerichte lehnte man sich wieder eindeutig an das französisch-pfälzische Vorbild an und entschied sich eindeutig gegen das englische Modell, das auf dauerhaft tagenden Geschworenengerichten basierte.¹⁸¹¹ Die Ernennung des Präsidenten des Schwurgerichts lag in der Kompetenz des Justizministers, Art. 114 Abs. 1 dG,¹⁸¹² so dass die Justizverwaltung zumindest personell einen gewissen Einfluss auf die Besetzung der Richterbank und den dominierenden Richter der Schwurgerichte, die „Seele des ganzen Verfahrens“¹⁸¹³, ausüben konnte.¹⁸¹⁴

¹⁸¹⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 1, S. 131.

¹⁸¹¹ Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 277 ff

¹⁸¹² Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 26 f.

¹⁸¹³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 78.

¹⁸¹⁴ Landau, Schwurgerichte und Schöffengerichte, in: Schioppa, The Trial Jury, S. 277 ff

Vom Grundsatz der periodisch abgehaltenen Schwurgerichtssitzungen abweichend, ermöglichte Art. 113 Abs. 2 dG ausnahmsweise bei erheblicher Dringlichkeit des Falles die Abhaltung außerordentlicher Schwurgerichtssitzungen. Solche Dringlichkeit konnte entweder wegen der erheblichen Fallzahlen gegeben sein oder wegen Wichtigkeit der Anklage in der Sache selbst angenommen werden, Art. 113 Abs. 2 dG. Über das Vorliegen von Dringlichkeit entschied das Appellationsgericht, und den Vorsitz über die außerordentliche Schwurgerichtssitzung hatte dasjenige Gerichtsmitglied des Schwurgerichts zu übernehmen, das auf der letzten ordentlichen Schwurgerichtssitzung der Präsident des Schwurgerichts gewesen war, Art. 113 Abs. 3, 4 dG.

[cc]. Vorbereitungsverfahren

Vor Beginn der Hauptverhandlung mussten im Vorfeld der öffentlichen Sitzung der Schwurgerichte einige Vorbereitungen getroffen werden, damit eine solche sinnvoll durchgeführt werden konnte. Da die Appellationsgerichte über die Erkennung der Anklage zu entscheiden hatten, Art. 49 Nr. 2, 51 dG, mussten diese auch die ersten Schritte zur Vorbereitung der öffentlichen Sitzung unternehmen. Sie hatten gem. Art. 116, 117 dG das gesamte Untersuchungsmaterial an das Schwurgericht zu übersenden und die Überstellung des Angeklagten in das Gefängnis des Schwurgerichts anzuordnen. Dort hin überstellt, sollte der Angeklagte, sobald die Untersuchungsakten auf der Kanzlei des Schwurgerichtshofes eingetroffen waren und auch dem Angeklagten selbst der Verweisungsbeschluss an das Schwurgericht und die Anklageschrift zugestellt waren, zunächst vom Präsidenten des Schwurgerichts¹⁸¹⁵ vernommen werden, Art. 117, 118 dG.¹⁸¹⁶ Das Verhör durch den Schwurgerichtspräsidenten diente grundsätzlich nicht einer weiteren Sachaufklärung durch das erkennende Gericht, sondern hatte andere Funktionen, Art. 118 dG. Das Verhör sollte vor allem die Vergewisserung verschaffen, dass der Angeklagte die Anklageschrift und die Anklageerkennung vor das Schwurgericht verstanden hatte, dass er über sein Recht der Bestellung eines Wahlverteidigers belehrt wurde und dass er nochmals dahingehend belehrt wurde, dass er innerhalb von drei Tagen gegebenenfalls Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Verweisungsbeschluss des Appellationsgerichts einlegen konnte und dass ihm ein Ablehnungsrecht hinsichtlich der Mitglieder des Schwurgerichtes zustehen konnte.¹⁸¹⁷ Daneben sollte das Verhör dazu dienen, nochmals eine Identitätsfeststellung des Angeklagten vorzunehmen¹⁸¹⁸ und darüber hinaus auch dem Präsidenten des Schwurgerichts einen ersten Eindruck vom Angeklagten zu verschaffen.¹⁸¹⁹

¹⁸¹⁵ Zum Präsidenten des Schwurgerichts in der zeitgenössischen Literatur: Mittermaier, Ueber die Stellung des Assisenpräsidenten, in: der Gerichtssaal, 1849, Bd. 1, S. 17 ff.

¹⁸¹⁶ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 27.

¹⁸¹⁷ Walther, Strafproceßrecht, S. 271 f.

¹⁸¹⁸ KdRR GGA Protokolle, Bd. 2, S. 246.

¹⁸¹⁹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 78.

[dd]. Vertretungspflicht/Rechte und Pflichten des Verteidigers

Art. 119 – 125 dG betrafen die Anordnung und Einleitung der Verteidigung des Angeklagten.¹⁸²⁰ Vor dem Schwurgericht war die Vertretung des Angeklagten durch einen Verteidiger obligatorisch, falls es sich um eine Anklage handelte, auf die Todes-, Ketten-, oder Zuchthausstrafe stand, hierfür konnte er sich entweder einen Wahlverteidiger bestellen, oder es wurde ihm von Amts wegen ein Pflichtverteidiger bestellt, wenn er entweder keinen oder keinen bestimmten Verteidiger bestimmt hatte. Ein Wahlverteidiger musste entweder ein Rechtsanwalt oder ein geprüfter Rechtskandidat¹⁸²¹ sein, wollte der Angeklagte von einer anderen Person verteidigt werden, so musste diese wenigstens „rechtskundig“ sein, und es bedurfte der Genehmigung durch den Schwurgerichtspräsidenten, Art. 119 dG.¹⁸²² Gegen diese Vorschrift sprach sich im Ausschuss der Kammer der Reichsräte Zu Rhein aus, der dem Angeklagten zum einen das Recht zugestehen wollte, sich auch bei der Anklage bei Kapitalverbrechen selbst zu verteidigen, zum anderen sogleich eine Wahlvertretung durch jedermann zuzulassen, was er mit der Eigenverantwortlichkeit des Angeklagten begründete.¹⁸²³ Mit diesem Vorschlag stieß er allerdings nicht auf große Unterstützung im Ausschuss, allen voran Justizminister Heintz bemängelte den Vorschlag unter Zugrundelegung der Würde der Rechtspflege, zu der auch der Verteidiger beizutragen hatte. Eine freie Wahlverteidigung würde nur dazu führen, dass die Praxis zu einem bunten Gemisch von guten „Schwätzern“ würde, die es verstanden, den Angeklagten, den Tatvorwurf und das Verfahren schönzureden.¹⁸²⁴ Die von Amts wegen bestellten Pflichtverteidiger, Art. 121 Abs. 1 dG, mussten aus dem Kreis der ortsansässigen Rechtsanwälte und geprüften Rechtskandidaten stammen und mussten gegebenenfalls kostenlos für den Angeklagten tätig werden, Art. 120 dG – von einer Übernahme der Verteidigerkosten durch die Staatskasse war man noch weit entfernt, regelte man doch sogar ausdrücklich im Gesetz, dass der Staat in keinem Falle die Kosten der Pflichtverteidigung zu tragen hatte, Art. 120 Abs. 1 dG.¹⁸²⁵ Die Übernahme der Mandate empfand man als Berufspflicht der Rechtsanwälte und Rechtskandidaten, so dass diese sich nur unter der Angabe von erheblichen Gründen einer Ernennung als Pflichtverteidiger entziehen konnten, Art. 120 dG. Dennoch registrierte man die Übernahme von kostenlosen Pflichtverteidigungen als Belastung der Verteidiger, so dass nur Ortsansässige verpflichtet werden konnten, um auswärtigen Verteidigern nicht auch noch die hohen Reisekosten im Rahmen ihrer Berufspflicht aufzubürden, zudem hatte der Schwurgerichtspräsident darauf zu achten, dass nicht einige der Pflichtverteidiger unverhältnismäßig oft die kostenlose Vertretung von Angeklagten übernehmen mussten, Art. 121

¹⁸²⁰ Walther, Strafproceßrecht, S. 273 ff.

¹⁸²¹ Auch diejenigen, die erst die sog. theoretische Prüfung bestanden hatten (KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 267 ff.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 81).

¹⁸²² Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 27.

¹⁸²³ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 247.

¹⁸²⁴ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 250 ff.

¹⁸²⁵ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 81.

Abs. 2 dG.¹⁸²⁶ Im Rahmen der Verteidigung musste den Verteidigern ein uneingeschränkter Umgang mit dem Mandanten möglich sein, der Zugang zum Angeklagten und Gespräche unter vier Augen durften daher weder verwehrt noch zahlenmäßig beschränkt werden. Daneben hatte er zur umfassenden Verteidigung, zu der er nach dem Gesetz auch verpflichtet war, Art. 124 Abs. 1 dG, das volle Recht zur Akteneinsicht sowie die Möglichkeit, sich Abschriften der Akte oder von Sachverständigengutachten anzufertigen oder anfertigen zu lassen, Art. 124 dG. Schließlich konnte über den Verteidiger noch eine Ergänzung der Voruntersuchung bei dem Präsidenten des Schwurgerichts beantragt werden, der nach pflichtgemäßem Ermessen hierüber zu entscheiden hatte, wenn dieser einen der Verteidigung dienenden Umstand noch nicht als berücksichtigt erachtete, Art. 125 dG.¹⁸²⁷ Hierbei handelte es sich um eine in der Pfalz gehandhabte Praxis, die zwar das französische Strafprozessrecht nicht kannte, aufgrund ihrer Zweckmäßigkeit aber in der Strafprozessnovelle für das rechtsrheinische Bayern normiert wurde.¹⁸²⁸ Gleiches galt für die Vorschriften über das Verhör des Angeklagten, das zwar im Grundsatz nicht zur weiteren Sachaufklärung verwendet werden sollte, aber dennoch dem Angeklagten in gewissem Maße Möglichkeiten eröffnete, Verteidigung zu betreiben, so etwa die in der Voruntersuchung abgegebene Aussage zu berichtigen, Art. 118 Abs. 1 Nr. 1 dG.¹⁸²⁹ In der Voruntersuchung konnte man daher geringe Abweichungen vom französischen Recht zugunsten des Angeklagten wahrnehmen.

[ee]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern

Art. 126, 127 dG regelten die Erledigung von Ablehnungsgesuchen des Angeklagten gegenüber einzelnen Gerichtsmitgliedern, wofür der Angeklagte innerhalb einer Frist von drei Tagen nach dem Verhör durch den Schwurgerichtspräsidenten und der Vorlage des Verzeichnisses über die Gerichtsmitglieder, Art. 118 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 dG, sein Ablehnungsgesuch einreichen musste. Über dieses wurde nach der Vernehmung des Staatsanwaltes in geheimer Sitzung der übrigen Gerichtsmitglieder und eines für das abgelehnte Mitglied aufgestellten Ersatzmannes beraten und entschieden, die Ablehnungsgründe waren den Bestimmungen des Art. 33 Nr. 1 – 4 StGB II 1813 zu entnehmen. Auch behielt Art. 36 StGB II 1813 weiterhin Geltung, so dass ein Gerichtsmitglied selbst von Amts wegen bei Vorliegen eines Ablehnungsgrundes seines Amtes entsagen konnte, ohne dass es eines Ablehnungsgesuches des Angeklagten bedurfte. Für die so ausfallenden Gerichtsmitglieder wurden ihre jeweiligen Ersatzmänner berufen.¹⁸³⁰ Die geheime Beratung der Ablehnungsgesuche war nicht unumstritten, so bemängelte sie beispielsweise Zu Rhein mit dem Grundsatz des öffentlichen Verfahrens, wogegen sich aber Heintz ebenfalls wieder mit dem Argument der Würde der Rechtspflege wandte, da oftmals auf die Persön-

¹⁸²⁶ Walther, Strafproceßrecht, S. 273.

¹⁸²⁷ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 27; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 82 f.

¹⁸²⁸ KdRR GGA 1848 Protokolle Bd. 2, S. 289 ff.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 83.

¹⁸²⁹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 36.

¹⁸³⁰ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 83, Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 27.

lichkeit der abgelehnten Gerichtmitglieder in Ablehnungsgesuchen eingegangen werde und somit dem Ansehen des Gerichts in der Öffentlichkeit geschadet würde, es daher „oft nicht ratsam wäre, sie vor die Öffentlichkeit zu bringen.“¹⁸³¹ Auch Maurer unterstützte Heintz in diesem Punkt und nannte eine öffentliche Verhandlung bei Ablehnungsgesuchen als zu „delikat“.¹⁸³²

[ff]. Festsetzung des Verhandlungstages

Nachdem das Anklageerkenntnis des Appellationsgerichtes an das Schwurgericht nicht mehr angefochten werden konnte oder bei direkter Anklageerkennung durch Antrag des Staatsanwaltes musste das Schwurgericht in der Sache den Verhandlungstag festsetzen, Art. 128 Abs. 1 dG.¹⁸³³ Für diese Festsetzung musste dem Gericht vom Staatsanwalt ein Verzeichnis der zu hörenden Zeugen und Sachverständigen erstellt werden, wobei eine umfassende Erörterung des Klagegegenstandes ermöglicht werden musste, somit hierbei auch die Entlastungszeugen aufzulisten waren, Art. 128 Abs. 2 dG. Dieses Verzeichnis war sodann unverzüglich durch den Präsidenten des Schwurgerichtshofs dem Angeklagten zuzustellen, Art. 128 Abs. 3 dG, damit auch dieser seine Verteidigung umfassend vorbereiten konnte, sei es nun, um selbst noch Entlastungszeugen zu benennen, was innerhalb von vierundzwanzig Stunden zu geschehen hatte, Art. 129 Abs. 1 dG aE, oder aber auch, um sich auf die zu erwartenden Zeugenaussagen vorzubereiten oder Einwendungen gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen zusammenzustellen, Art. 168 dG. In der öffentlichen Sitzung konnte das Verzeichnis der zu hörenden Zeugen und Sachverständigen nicht mehr von Angeklagtem und Staatsanwalt erweitert werden, allenfalls war es dem Präsidenten des Schwurgerichts möglich, selbst noch weitere Zeugen und Sachverständige zu laden und zu vernehmen, wenn er selbst sich weitere Aufklärung der Sache von diesen erhoffte, Art. 130 dG iVm Art. 141 Abs. 3 dG.¹⁸³⁴ Nach der Festsetzung der Verhandlungstage und der Benachrichtigung des Staatsanwaltes und des Angeklagten, Art. 131 dG, konnte der Präsident die Vorladung der Zeugen und Sachverständigen verfügen, Art. 132 bis 135 dG, und schließlich am Tag vor der Verhandlung die einberufenen Geschworenen sowie deren Ersatzmänner dem Angeklagten bekanntmachen, Art. 136 dG, damit dieser noch genug Bedenkzeit hatte, wie er von seinem Recht der Ablehnung der Geschworenen bei der Bildung des Schwurgerichts, Art. 104 ff. dG, Gebrauch machen wollte.¹⁸³⁵

Ausnahmsweise bestand die Möglichkeit, die Schwurgerichtssitzung auf Antrag des Staatsanwaltes oder des Angeklagten zu vertagen, worüber der Präsident des Schwurgerichtes zu entscheiden hatte, Art. 137 dG, und wofür durch das Gesetz abschließend feste Fälle vorgeschrieben waren.¹⁸³⁶ Verwarf der Schwurgerichtspräsident den Antrag, kann-

¹⁸³¹ Heintz, in: KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 292.

¹⁸³² KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 292.

¹⁸³³ Walther, Strafproceßrecht, S. 282.

¹⁸³⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 84 f.

¹⁸³⁵ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 28.

¹⁸³⁶ Im Vorbereitungsverfahren: Art. 137, 152, 154 dG; im Hauptverfahren Art. 185, 186, 188 dG (Petersen,

te bei einem Gesetzesverstoß dies die Nichtigkeit des gesamten späteren Verfahrens nach sich ziehen, ebenso wenn der Präsident eine Entscheidung über diesen Antrag gänzlich verweigerte, da dies einen Verfahrensverstoß bedeutete.¹⁸³⁷

[gg]. Die Hauptverhandlung im schwurgerichtlichen Verfahren

Das eigentliche Verfahren, die öffentliche Verhandlung vor den Schwurgerichten, die grundsätzlich am Stück durchgeführt werden sollte, Art. 208 dG, regelten Art. 138 – 188 dG. Vor die Schwurgerichte kamen grundsätzlich nur die Straffälle zur Verhandlung, bei denen die Sache bezüglich der Voruntersuchung bereits so weit gediehen waren, dass der Angeklagte schon in das Gefängnis des Schwurgerichts überstellt war.¹⁸³⁸ Eine Ausnahme hiervon konnte sich ergeben, wenn der Angeklagte bei seiner Vernehmung gem. Art. 118 dG selbst verlangte, dass die schwurgerichtliche Verhandlung durchgeführt werden sollte, und er zugleich auf die Erhebung einer Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Verweisungsbeschluss, Art. 66 dG, verzichtete und auch der Staatsanwalt der Verhandlung der Sache zustimmte, Art. 115 dG. Eine der besonderen Grundmaximen der schwurgerichtlichen Verhandlung war die der ununterbrochenen Verhandlung, sobald einmal die Hauptverhandlung eröffnet war, die Sitzung sollte damit nicht auf die nächste Schwurgerichtsperiode vertagt werden können, was hauptsächlich der geringeren Belastung der Geschworenen dienen sollte und dazu, dass durch ein daraus folgendes straffes Verfahren die Rechtspflege nicht übermäßig verteuert werden sollte. Daneben hatte es zugleich den Effekt, dass gerade bei den schwurgerichtlichen Verhandlungen eine sehr gründliche Voruntersuchung unbedingte Notwendigkeit war, um überhaupt den Grundsatz der ununterbrochenen Verhandlung effektiv durchsetzen zu können.¹⁸³⁹ Ausnahmen von diesem Grundsatz gab es nur in extrem gelagerten Fällen, wie der mangelnden Vertretung des Angeklagten durch einen Verteidiger, extremen Falschaussagen von Zeugen oder einer zur Verhandlungsunfähigkeit führenden Erkrankung des Angeklagten, Art. 185, 186, 188 dG. In den Vertagungsfällen musste in der neuen Sitzungsperiode der Schwurgerichte mit einer neuen Geschworenenbank wieder vollkommen neu verhandelt werden, Art. 37 dG.

Ogleich Art. 138 dG zunächst nochmals ausdrücklich den Grundsatz des öffentlichen Verfahrens statuierte, schuf man Grundsatz gem. Art. 139, 140 dG Ausnahmen für Verhandlungen, bei denen durch die Öffentlichkeit „Aergerniß oder Verletzung des Schamgefühles“¹⁸⁴⁰ zu befürchten war, also die Verletzung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der guten Sitten drohte. Insofern orientierte man sich an dem Gesetz von 1846,¹⁸⁴¹ das bereits in der Pfalz entgegen dem französischem Recht eine Beschränkung der öffentlichen Strafverhandlung ermöglichte und eines der ersten Gesetze gewesen ist,

Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 37).

¹⁸³⁷ Walther, Strafproceßrecht, S. 282.

¹⁸³⁸ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 75.

¹⁸³⁹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 74.

¹⁸⁴⁰ Art. 139 dG.

¹⁸⁴¹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 89.

für das Heintz noch als Abgeordneter Referent gewesen war.¹⁸⁴² Entsprechend den pfälzischen Regelungen war eine Beschränkung der Öffentlichkeit dahingehend möglich, dass nur noch ein bestimmter Personenkreis anwesend sein durfte, entweder weil diese Personen ein eigenes schützenswertes berufliches Interesse an der Verhandlung hatten oder auf Wunsch des Angeklagten aus persönlicher Verbundenheit eine Anwesenheit geboten war. Die Beschränkung der Öffentlichkeit war entsprechend dem pfälzischen Vorbild nicht für das gesamte Verfahren möglich, sondern nur für diejenigen Verfahrensteile, für die der Ausschluss auch als notwendig erachtet wurde, alle anderen Verfahrensteile¹⁸⁴³ hatten nach Art. 138 dG uneingeschränkt öffentlich zu sein. Zeitlich begann die Ausschlussmöglichkeit mit dem Verhör des Angeklagten, Art. 156 dG, und konnte bis zur Beendigung des Beweisverfahrens andauern, wovon auch die diesbezüglichen Äußerungen von Staatsanwalt, Verteidiger und Angeklagtem umfasst waren, Art. 170 dG.¹⁸⁴⁴ Verändert wurden die Regelungen im Vergleich zu denen, die in der Pfalz 1846 eingeführt wurden, lediglich insofern, als sie sich in der praktischen Durchführung als nicht zweckmäßig erwiesen hatten. So waren nach der pfälzischen Regelung besondere Berufsgruppen, wie Advokaten, Ärzte oder Gemeindevorsteher, unabhängig von ihrem Wohnort nicht von einem Ausschluss der Öffentlichkeit erfasst – eine Modifikation, die aufgrund der „Ängstlichkeit“¹⁸⁴⁵ der pfälzischen Abgeordneten der zweiten Kammer um ihre Institutionen in das damalige Gesetz aufgenommen wurde.¹⁸⁴⁶ Während der letzten Jahre hatte sich allerdings in der Pfalz gezeigt, dass teilweise deshalb Personen, die an sich der Verhandlung hätten beiwohnen dürfen, ausgeschlossen wurden, weil man sie am Orte des Schwurgerichts nicht kannte. Dies hatte zur Folge, dass Urteile des Schwurgerichts sich einer erfolgreichen Nichtigkeitsbeschwerde wegen dieses Ausschlusses konfrontiert sahen, was Heintz durch die Beschränkung auf Ortsansässige in der StPON vermeiden wollte.¹⁸⁴⁷

Der Schwurgerichtspräsident handhabte als Vorsitzender die Ordnung im Gerichtssaal und leitete das gesamte Verfahren, Art. 141, 142 dG, dessen genauer Gang durch Art. 143 ff. dG festgesetzt wurde. Nachdem der Angeklagte, zwar durch eine Wache begleitet, aber nicht gefesselt, den Gerichtssaal betreten hatte, Art. 143 dG, eröffnete der Präsident die Sitzung und schritt zur Bildung des Schwurgerichts, entsprechend den Vorschriften, wie sie im Gesetz die Einführung der Schwurgerichte festgesetzt waren, Art. 144 – 148 dG,¹⁸⁴⁸

¹⁸⁴² S.o. S. 83 ff.

¹⁸⁴³ Bildung des Schwurgerichts, Beedigung der Geschworenen, Verlesung des Anklageerkenntnisses und der Anklageschrift, die Bezeichnung der Beweismittel, Aufruf der Zeugen und deren Belehrung, Fragestellung an die Geschworenen und deren Belehrung, Verlesung des Geschworenenspruches und die Urteilsverkündung (Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 89).

¹⁸⁴⁴ Das Gesetz 1846 für die Pfalz umfasst denselben zeitlichen Rahmen der Verhandlung, das Beweisverfahren begann allerdings dort mit dem Zeugenverhör und nicht dem Verhör des Angeklagten (Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 89 f.).

¹⁸⁴⁵ Heintz, in: KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 329.

¹⁸⁴⁶ KdA 1845/46 Protokolle, Bd. 3, S. 53 f.

¹⁸⁴⁷ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 2, S. 329.

¹⁸⁴⁸ S.o. S. 245 ff.

fürhte beim Angeklagten eine nochmalige Identitätsfeststellung durch und belehrte den Angeklagten und seinen Verteidiger, Art. 147 dG. Nach der Bildung der Geschworenenbank konnten Anklage und Verteidigung ihre Beweismittel bezeichnen, Art. 149 dG, was eine Abweichung vom französischen Recht darstellte, wonach zu diesem Zeitpunkt allein die Staatsanwaltschaft bei Beginn der Verhandlung Vortrag erstatten durfte. Auch hier stellte man daher wieder eine Veränderung des französischen Rechts zugunsten des Angeklagten fest, da somit Gericht und Geschworene nicht bereits lediglich einseitig durch die belastenden Beweismittel geprägt wurden und somit zuungunsten des Angeklagten beeinflusst werden konnten.¹⁸⁴⁹ Sobald alle Beweismittel bezeichnet waren, wurde die Zeugenliste verlesen, wonach die Zeugen bei Namensaufruf vorzutreten hatten und belehrt wurden, Art. 150, 155 dG. Für nicht erschienene Zeugen kannte das Gesetz Geldstrafen von 25 fl. – 50 fl. sowie eine Ersatzhaft von acht bis vierzehn Tagen, daneben konnte die Vorführung des Zeugen verfügt werden, Art. 150 – 153 dG. Erschienenen Zeugen stand nach königlicher Verordnung vom 27. Dezember 1848 eine Aufwandsentschädigung zu.¹⁸⁵⁰

Eintritt in die Beweisaufnahme, das Herzstück der öffentlichen und mündlichen Verhandlung, war mit dem Verhör des Angeklagten durch den Präsidenten selbst, Art. 156 dG, nach dessen Abschluss zur Zeugenvernahme und Hörung der Sachverständigen geschritten wurde. Die Zeugen und Sachverständigen wurden jeweils vor ihrer Aussage vereidigt, insoweit kein Vereidigungsverbot gem. Art. 46 dG bestand und ihnen aus religiösen Gründen der Eid gestattet war, Art. 157 Abs. 1, 3 dG.¹⁸⁵¹ Eine scharfe Trennung zwischen Zeugen, sachverständigen Zeugen und Sachverständigen, wie wir sie heute anstellen, gab es damals noch nicht, was man daran erkennen konnte, dass Sachverständige zwei Eide schwören mussten, den Zeugeneid gem. Art. 157 Abs. 1 dG und im Anschluss einen gesonderten Sachverständigeneid, Art. 157 Abs. 2 dG. Bei unberechtigter Aussage- oder Eidesverweigerung konnte durch den Schwurgerichtspräsidenten eine Haftstrafe von einem bis sechs Monaten verhängt werden, Art. 160 dG. Die Zeugenvernehmung geschah grundsätzlich durch den Präsidenten des Schwurgerichts, die anderen Richter, die Staatsanwaltschaft, die Verteidigung, der Angeklagte und die Geschworenen konnten nur bei vorheriger Gestattung durch den Präsidenten einzelne Fragen an die Zeugen stellen, der sogar bei Bedarf eine Vorauswahl der Fragen anhand zuvor schriftlich eingereichter Fragen treffen konnte, um ungebührlichen Fragen vorzubeugen, Art. 159 ff. dG. Unabhängig von diesem Fragerecht der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten und der Verteidigung hatten diese aber ein Erwidernsrecht auf die Zeugenaussagen, wo-

¹⁸⁴⁹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 38; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 92 f.

¹⁸⁵⁰ Königliche Verordnung vom 23. Dezember 1848, die Entschädigung der Geschworenen, Sachverständigen und Zeugen in Strafsachen betreffend (RegBl. 1848, Sp. 1265 ff.).

¹⁸⁵¹ Religionsgenossen, denen der Eid versagt war, mussten eine eidesgleiche Bekräftigung leisten, so etwa die Mennoniten, die zum Zeichen der steten Aufrichtigkeit keine Eide schwören. Heute steht die Eidesverweigerung und die Ableistung einer eidesgleichen Bekräftigung nach § 65 StPO gem. Art. 4 GG jedermann zu, unabhängig von der Mitgliedschaft in einer bestimmten Religions- oder Bekenntnisgemeinschaft (Senge, in: Karlsruher Kommentar StPO, § 65 Rn. 1 f.).

durch Umstände geltend gemacht werden konnten, die entweder die Glaubwürdigkeit des Zeugen an sich oder dessen Aussagen bezweckten, Art. 168 dG, was ebenso für die Sachverständigen und deren Aussagen galt, Art. 169 dG.¹⁸⁵² Zwar mag diese Einschränkung des Befragungsrechts der Verfahrensbeteiligten nach heutigen Maßstäben eher eng erscheinen, dennoch war sie zur damaligen Zeit abermals eine Ausweitung des Verteidigungsrechts des Angeklagten im Vergleich zum französisch-pfälzischen Recht, denn hier konnte der Angeklagte nur über den Schwurgerichtspräsidenten seine Fragen an Zeugen und Sachverständigen richten, so dass in jedem Fall die Befragung durch den Präsidenten geführt wurde.¹⁸⁵³ Insofern konnte man hier eher eine Übernahme von Elementen des englischrechtlich ausgestalteten Zeugenverhörs erblicken, wo die Befragung der Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten die Regel war.¹⁸⁵⁴ Allerdings ging man bei der gesetzlichen Umsetzung in Bayern nicht so weit wie das englische Recht, da grundsätzlich der Schwurgerichtspräsident die zentrale, über die Befragung entscheidende Person in der Vernehmung verblieb und das Gesetz grundsätzlich kein Kreuzverhör vorsah, wohingegen in England der Richter nur hilfsweise die Vernehmungen für den Angeklagten führte, wenn dieser nicht verteidigt war, und das Kreuzverhör zentrales Recht von Anklage und Verteidigung war.¹⁸⁵⁵ Nach ihrer Vernehmung verblieben die Zeugen und Sachverständigen in der Regel im Sitzungssaal, wenn nicht der Präsident etwas anderes bestimmte, Art. 161 dG. Neben dem Zeugen- und Sachverständigenverhör konnte, soweit erforderlich, in der Beweisaufnahme noch die Vorlage von Gutachten und Urkunden stattfinden, Art. 165 dG. Gaben diese Gutachten und Urkunden, insbesondere Voruntersuchungsprotokolle, aber den Inhalt einer Zeugen- und Sachverständigenaussage wieder oder sogar die Aussage des Angeklagten, so waren diese Personen als nähere Beweismittel heranzuziehen, und eine Verlesung konnte grundsätzlich allenfalls mit Einwilligung des Angeklagten geschehen, Art. 167 dG, was vorwiegend mit dem Grundsatz der Mündlichkeit des Strafverfahrens begründet wurde¹⁸⁵⁶ und sich als Gedanke auch im heutigen Strafverfahren im Unmittelbarkeitsgrundsatz wiederfinden lässt.¹⁸⁵⁷ Nur in eng umgrenzten Ausnahmefällen konnte eine Verlesung ohne die Einwilligung des Angeklagten stattfinden, und zwar, wenn es sich um Aussagen handelte, die von einem mittlerweile Verstorbenen oder einer ausgewanderten Person gemacht wurden, die körperliche Verfassung eine Aussage vor Gericht nicht mehr zuließ, und schließlich, wenn es sich um Aussagen von Mitgliedern der königlichen Familie handelte, Art. 133, 166 dG.¹⁸⁵⁸

Am Ende des Abschnittes über das schwurgerichtliche Verfahren regelte das Gesetz in besonderen Bestimmungen (Art. 182 – 188 dG) außerordentliche Vorkommnisse wie

¹⁸⁵² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 97 f.

¹⁸⁵³ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 40 f.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 96 f.

¹⁸⁵⁴ Walther, Strafprozeßrecht, S. 312.

¹⁸⁵⁵ Mittermaier, Das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, S. 416 ff.

¹⁸⁵⁶ Walther, Strafprozeßrecht, S. 315; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 97.

¹⁸⁵⁷ Diemer, in: Karlsruher Kommentar StPO, 6. Auflage 2008, § 250 Rn. 1.

¹⁸⁵⁸ Walther, Strafprozeßrecht, S. 315.

etwa Vernehmung tauber oder stummer Personen, Art. 182 dG, das Aussageverweigerungsrecht des Angeklagten, das wie schon bei der Voruntersuchung mit der Belehrung bezüglich der möglichen Verschlimmerung der Lage verbunden war, Art. 183 dG,¹⁸⁵⁹ oder die Störung der Verhandlung durch den Angeklagten, Art. 184 dG.

An die Beweisaufnahme schloss sich ein Vortrag des Staatsanwaltes an, der hierbei die Ergebnisse der mündlichen Verhandlung vorzutragen hatte, Art. 170 Abs. 1 dG, worunter das zu verstehen war, was die Geschworenen bei der Beantwortung der Schuldfrage zu berücksichtigen hatten, nicht aber Umstände, die im Zusammenhang mit der Straffrage standen, a.e.c. Art. 316.¹⁸⁶⁰ Einerseits hatte der Staatsanwalt alle Gründe, die den eingangs der Verhandlung gestellten Antrag rechtfertigten, andererseits auch alle Ergebnisse, die eine Entlastung des Angeklagten bedeuteten, vorzustellen. Zwar war dies nicht ausdrücklich gesetzlich normiert, folgte sich aber aus der Stellung des Staatsanwaltes als Organ der Rechtspflege.¹⁸⁶¹ Nach dem Vortrag des Staatsanwaltes hatten der Angeklagte und sein Verteidiger das Recht, sich abschließend zur Sache zu äußern. Sie mussten sich hierbei wie der Staatsanwalt an die in der mündlichen Verhandlung erörterten Tatsachen halten, wobei Verstöße gegen diese Vorschrift aber nicht die Nichtigkeit des Verfahrens nach sich zogen, da anderenfalls durch die unrechtmäßige Ausgestaltung des Plädoyers stets ein Beschwerdepunkt für die Nichtigkeitsbeschwerde geschaffen hätte werden können und damit dem Missbrauch des Plädoyers Tür und Tor geöffnet gewesen wäre.¹⁸⁶² Die Staatsanwaltschaft konnte sodann bei Gestattung durch den Gerichtsvorstand eine Gegenerklärung auf den Vortrag des Angeklagten und des Verteidigers äußern, wobei sodann abermals der Angeklagtenseite das Wort zu gewähren war, Art. 170 Abs. 3, 4 dG. Nachdem er dem Angeklagten das letzte Wort gewährt hatte, schloss der Schwurgerichtspräsident die Hauptverhandlung, Art. 170 Abs. 5 dG.

[hh]. Die Urteilsfindung

[aaa]. Allgemeine Grundsätze zur Urteilsfindung

Erste Prämisse des schwurgerichtlichen Verfahrens war, dass, wenn gegen einen Angeklagten einmal die Hauptverhandlung eröffnet worden war, die Urteilsfällung eine Notwendigkeit war, sei es nun eine Freisprechung oder eine Verurteilung, worauf der Angeklagte nach zeitgenössischer Sicht das Recht auf ein Urteil hatte.¹⁸⁶³ Einziger Ausnahmefall war die sachliche Unzuständigkeit des Gerichts. Dieser Fall konnte allerdings bei einem schwurgerichtlichen Verfahren nicht auftreten, da das Schwurgericht als das Gericht, das über die schwersten Straftaten entschied, immer die erforderliche Entscheidungskompetenz hatte, auch über die geringeren Straftaten, die an sich in die sachliche Zuständig-

¹⁸⁵⁹ S.o. S. 266.

¹⁸⁶⁰ Walther, Strafproceßrecht, S. 319.

¹⁸⁶¹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 99.

¹⁸⁶² Walther, Strafproceßrecht, S. 320.

¹⁸⁶³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 99; Walther, Strafproceßrecht, S. 321.

keit der Kreis- und Stadtgerichte gefallen wären, Art. 203 dG.¹⁸⁶⁴ Der Grundsatz,¹⁸⁶⁵ dass das höhere Gericht auch über niedrigere Strafen als die ihrer Eingangszuständigkeit erkennen kann, damit auch über Straftaten, die nicht in ihren sachlichen Zuständigkeitsbereich fallen, begründete sich auf zweierlei Gedanken. Zum einen darauf, dass man damit einen notwendigen Schutz des Angeklagten verwirklichte, denn dieser sollte nicht vom Gericht zu einer höheren Strafe verurteilt werden müssen als derjenigen, die nach der rechtlichen Überzeugung des Gerichts tatsächlich für die Tat erkannt werden sollte, nur weil sie unter dem Strafmaß der Eingangszuständigkeit lag. Zum anderen darauf, dass es auch kein Schaden für den Angeklagten sei, dass vor einem höherstehenden Gericht verhandelt wurde, da man bei diesem eine sorgfältigere und kompetentere Prüfung der Sache erwartete.¹⁸⁶⁶ Einstellungsmöglichkeiten in diesem Verfahrensstadium, auch mit Zustimmung aller Beteiligten, gab es nicht.¹⁸⁶⁷ Für das Gericht aus den oben genannten Gründen,¹⁸⁶⁸ für die Staatsanwaltschaft schon wegen des Verständnisses ihrer Funktion im Strafverfahren nicht. Zwar erkannte man in der Staatsanwaltschaft ein Organ der Rechtspflege, das die Anklage durchzuführen hatte, doch sprach ihr keine Disposition über die Anklage selbst zu, wie Justizminister Heintz klarstellte, denn das Anklagegericht und nicht die Staatsanwaltschaft hatte über die Anklage zu entscheiden, weshalb die Staatsanwaltschaft diesbezüglich auch nicht souverän war,¹⁸⁶⁹ allenfalls konnte sie sich dahingehend in ihrem Abschlussplädoyer aussprechen, dass sie den Angeklagten für unschuldig hielt.¹⁸⁷⁰

Im schwurgerichtlichen Verfahren musste bei der Urteilsfindung ein Zusammenspiel von Richtern und Geschworenen geschehen, wobei diesen jeweils unterschiedliche Kompetenzen zukamen. Die Geschworenen sollten über die Schuldfrage im Hinblick auf die gesamte strafrechtliche Tat, nicht nur auf die Handlung des Angeklagten, entscheiden, so dass auch hier immer juristische Fragen mitgeschwungen sind, da eine absolute Trennung von Rechts- und Tatfrage nicht möglich war. Die reine rechtliche Bewertung der

¹⁸⁶⁴ Walther, Strafproceßrecht, S. 322, 380.

¹⁸⁶⁵ Diesen Grundsatz sehen wir im heutigen deutschen Strafrecht in § 269 StPO normiert (Meyer-Goßner, StPO, §269 Rn. 1 ff.).

¹⁸⁶⁶ Dass man dem Angeklagten dadurch eine weitere Tatsacheninstanz, die Berufung vor dem Appellationsgericht, entzog, wurde nicht als Nachteil empfunden, und auch ein Entzug des gesetzlichen Richters erkannte man hierin nicht, Titel IV § 8 Abs. 2 BV 1818. (Zur Problematik der Berufung in schwurgerichtlichen Verfahren s.u. S. 299 f.). Auch heute sind Gesetzgeber und Rechtsprechung dieser Auffassung, weshalb eine Revision grundsätzlich nicht auf die behauptete Zuständigkeit eines Gerichts niedriger Ordnung gestützt werden kann (BGHSt 9, 367, 368 = NJW 1957, 33; BGHSt 21, 334, 358 = NJW 1968, 710, 713). Ausnahmsweise erkennt man einen Verstoß gegen Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG an, wenn der Angeklagte willkürlich seinem gesetzlichen Richter entzogen worden ist, indem beispielsweise bewusst und ohne jeglichen sachlichen Grund Anklage zum Landgericht erhoben wurde (BGHSt 38, 212 = NJW 1992, 2104; BGHSt 44, 36 = NJW 1998, 2149; BGHSt 46, 238, 241 = NJW 2001, 1359). (Engelhardt, in: Karlsruher Kommentar StPO, § 269 Rn. 9 f.).

¹⁸⁶⁷ Wie etwa heute gem. §§ 153 Abs. 2 S. 1, 153a Abs. 2 S. 1 StPO.

¹⁸⁶⁸ Es hatte lediglich in begrenzten Fällen die Möglichkeit der Vertagung gem. Art. 185, 186, 188 dG (Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 37).

¹⁸⁶⁹ S.o. S. 266 f.

¹⁸⁷⁰ KdRR GGA 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 28 ff.

Tat, nämlich die Subsumption der Tat unter das Strafgesetz, sowie die Strafzumessung blieben den juristisch gebildeten Richtern vorbehalten, da sie das Gesetz anzuwenden hatten.¹⁸⁷¹ Für die Bewertung der Schuldfrage hatten die Geschworenen die freie Beweiswürdigung unter Aufhebung jeglicher gesetzlichen Beweistheorie, Art. 171 Abs. 2 Nr. 1 dG, was grundsätzlich auch für die Richter galt, Art. 323 iVm 171 Abs. 1 Nr. 1 dG, allerdings im schwurgerichtlichen Verfahren nicht von Relevanz war.

[bbb]. Belehrung der Geschworenen und Fragestellung an diese

Nach Schluss der mündlichen Verhandlung nahm der Schwurgerichtspräsident nicht wie im französisch-pfälzischen Recht nochmals ein Resümee über die ganze Verhandlung vor, das die wichtigsten Ergebnisse der Beweisaufnahme hinsichtlich der Hauptbeweise enthielt. Statt dessen erklärte der Schwurgerichtspräsident den Geschworenen nur noch ihre Obliegenheiten und setzte sie als Rechtsunkundige von den gesetzlich notwendigen Tatbestandsmerkmalen der dem Angeklagten vorgeworfenen Straftat in Kenntnis, damit sie die in der Hauptverhandlung vorgebrachten Beweise selbst entsprechend kompetent würdigen konnten, hatte dabei aber selbst jegliche Beweiswürdigung zu unterlassen, Art. 171 Abs. 1 dG. Bei der Belehrung der Geschworenen über ihre Obliegenheiten hatten sie darüber aufgeklärt zu werden, dass sie sich nicht an bestimmte Beweistheorien zu halten hatten, sondern allein entsprechend ihrer Überzeugung zu entscheiden hatten,¹⁸⁷² welche Stimmenmehrheiten sie für bestimmte Fragestellungen des Gerichts für einen gültigen Wahrspruch unter sich erzielen mussten, und dass sie nach außen Stillschweigen über ihre Beratungen zu wahren hatten, Art. 171 Abs. 2 Nr. 1 – 3 dG.¹⁸⁷³ Mit dem Verzicht auf ein Resümee konnte man eine der wesentlichsten Abweichungen des Verfahrens vom französisch-pfälzischen Vorbild erkennen und eine stärkere Annäherung an das englische Recht.¹⁸⁷⁴ Begründet war dies zunächst dadurch, dass sich das Resümee in der Pfalz nicht bewährt hatte, da oftmals den Schwurgerichtspräsidenten die umfassende und abstrakte Darstellung der Verhandlung, ohne auch eine eigene rechtliche Würdigung hineinzubringen, sehr schwer fiel und deshalb nicht selten ihr gesamter Vortrag gegenüber den Geschworenen mehr missverständlich als hilfreiche Anleitung gewesen war.¹⁸⁷⁵

Nicht zuletzt stand aber der Verzicht auf ein Resümee auch mit der Auffassung in Zusammenhang, die sich in Bayern hinsichtlich des Wahrspruchs der Geschworenen und deren Stellung im Verfahren herausgebildet hatte, und insbesondere damit, wie die Fragestellung durch das Gericht an sie gestaltet werden sollte, da man hier ebenfalls mit der französisch-pfälzischen Ausgestaltung nicht in vollem Umfang zufrieden war, wenn man sich auch im Grundsatz dennoch an dieses Vorbild stärker anlehnte als an das engli-

¹⁸⁷¹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 42.

¹⁸⁷² Insofern wieder eine ausdrückliche Abkehr von den Beweistheorien.

¹⁸⁷³ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 31.

¹⁸⁷⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 101; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 41.

¹⁸⁷⁵ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 41.

sche Modell, das nur eine sehr eingeschränkte Fragestellung kannte, nämlich ob der Angeklagte nach Maßgabe der Anklage schuldig sei oder nicht.¹⁸⁷⁶ Man wählte ein an das französisch-pfälzische Recht angelehntes Fragensystem, da man damit eine Beschränkung des Wahrspruchs der Geschworenen auf die ihnen zugeordneten Aufgaben erreichen wollte.¹⁸⁷⁷ Nach Zusammenfassung und Belehrung stellte der Präsident an die Geschworenen die zu beantwortenden Fragen, Art. 172 dG, was nach Justizminister Heintz zu seinen „wichtigsten, aber auch zu den schwierigsten Aufgaben“¹⁸⁷⁸ gehörte, denn man arbeitete mit einem in sich zusammenhängenden Fragensystem, bei dem einerseits darauf geachtet werden musste, dass die Entscheidungskompetenzen der Geschworenen nicht überschritten wurden, andererseits sie auch zu allem für das anschließende Urteil Notwendigen zu befragen. Das System konnte sich in die Stellung von Hauptfragen und alternativen Eventualfragen, Fragen bezüglich Qualifikationen und Fragen zu gesetzlich normierten Strafmilderungsgründen unterteilen lassen.

Die Hauptfrage war immer darauf gerichtet, ob sich der Angeklagte des Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht hatte, das den Gegenstand der Anklage bildete. Die Frage sollte so formuliert sein, dass der gesetzliche Begriff des Verbrechens und die wesentlichen tatsächlichen Beziehungen in die Frage mit aufgenommen wurden, Art. 173 dG. Neben dieser Hauptfrage war es dem Präsidenten möglich und teilweise auch geboten, dass er Eventualfragen für den Fall der Verneinung der Hauptfrage stellen konnte, so etwa wenn das Delikt verschiedene Grade der Tatbegehung kannte oder wenn durch das Wegfallen einzelner Tatbestandsmerkmale ein anderes, leichteres Verbrechen oder Vergehen verübt wurde, wie es etwa bei den verschiedenen Abstufungen der Tötungsdelikte,¹⁸⁷⁹ des Diebstahles¹⁸⁸⁰ und des Raubes¹⁸⁸¹ der Fall war.¹⁸⁸² Ebenso sollte eine Eventualfrage gestellt werden, wenn anstelle der vollendeten Tat nach den Ergebnissen der Hauptverhandlung ein Versuch oder anstelle der Tatbegehung als Haupttäter Beihilfe oder Begünstigung, Vorsatz oder Fahrlässigkeit hinsichtlich derselben Tat im Raum stand, Art. 175 dG.¹⁸⁸³ Es war allerdings stets darauf zu achten, dass durch die Eventualfrage nicht zu einer Tat gelangt wurde, die gar nicht vom Staatsanwalt angeklagt war, wobei man einen prozessualen Tatbegriff als Grundlage für die Festmachung der Tat heranzog.¹⁸⁸⁴ Bloß bei Gelegenheit der Verhandlung erkannte anderweitig begangene Straftaten

¹⁸⁷⁶ Walther, Strafproceßrecht, S. 337; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 43; Mittermaier, Das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, S. 446 ff.

¹⁸⁷⁷ Walther, Strafproceßrecht, S. 337.

¹⁸⁷⁸ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 231.

¹⁸⁷⁹ Mord gem. Art. 146 StGB I 1813, Totschlag gem. Art. 151, 152 StGB I 1813.

¹⁸⁸⁰ Einfacher Diebstahl gem. Art. 215 StGB I 1813, ausgezeichneter Diebstahl gem. Art. 216 – 222 StGB I 1813.

¹⁸⁸¹ Raub ersten bis vierten Grades gem. Art. 236 – 239 StGB I 1813.

¹⁸⁸² KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 235; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 108 f.; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 31.

¹⁸⁸³ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 235; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 108 f.; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 31.

¹⁸⁸⁴ Nach heutiger Definition: Das gesamte Verhalten des Täters, soweit es nach natürlicher Auffassung einen

des Angeklagten mussten unter Umständen separat erneut vor den Untersuchungsrichter gebracht werden, Art. 213 dG. Art. 174, 175 dG nannten zwar ausdrücklich nur die Möglichkeit, Eventualfragen für die Fälle, in denen sich durch die Verhandlung ein geringerer Grad des Verbrechens ergeben hatte, zu stellen,¹⁸⁸⁵ doch ergab eine Gesamtschau der Vorschriften Art. 173, 174, 175 231 Nr. 12 dG, dass alle in der Hauptverhandlung ergebenden Tatsachen in den Fragen des Schwurgerichtspräsidenten umzusetzen waren, auch wenn sich dadurch ein höherer Grad des Verbrechens herausstellte, sofern es sich nur nicht um eine andere als die angeklagte prozessuale Tat handelte, was auch der Oberste Gerichtshof in späteren Entscheidungen bestätigte.¹⁸⁸⁶

Weiter waren zur Hauptfrage abgesonderte Fragen hinsichtlich schwerer Qualifikationen eines Verbrechens zu stellen und bei besonderen gesetzlich normierten Strafmilderungsgründen, Art. 177, 178 dG. Im Gegensatz hierzu aber nicht bei Umständen, die einfache Strafschärfungs- oder Strafmilderungsgründe waren, Art. 176 dG, da einfache Strafzumessung den Richtern und nicht den Geschworenen vorbehalten war.¹⁸⁸⁷ Insbesondere hier ließ sich ein deutlicher Unterschied zum französisch-pfälzischen Recht feststellen, das auch die einfache Strafzumessung dem Wahrspruch der Geschworenen unterstellte, indem sie bei allen Fragen auch erklären durften, ob mildernde Umstände vorlagen.¹⁸⁸⁸ Strafaufhebungs- oder Strafausschließungsgründe, wie Verjährung, Rücktritt vom Versuch, Amnestie oder tätige Reue, durften, da sie Gegenstand der Strafzumessung waren, nicht an die Geschworenen zur Entscheidung gebracht werden.¹⁸⁸⁹ Im Gegensatz hierzu stand den Geschworenen hinsichtlich Schuldauflösungsgründen, wie Notwehr, Notstand, Einwilligung des Verletzten oder Unzurechnungsfähigkeit, allerdings die Berücksichtigung zu, da sie eben gerade die Schuldfrage betrafen – besondere Fragen hierzu mussten aber vonseiten des Schwurgerichtspräsidenten nicht gestellt werden, da sie ohnehin der Schuldfrage immanent waren.¹⁸⁹⁰

Gegen die Fragen an die Geschworenen konnten Staatsanwalt, Verteidiger und Angeklagter Erinnerung erheben, über die das Schwurgericht sofort zu entscheiden hatte, Art. 179 dG. Zusammen mit der Anklageschrift und allen übrigen Akten, mit Ausnahme der Protokolle über die Zeugenvernehmungen, da sich eben gerade hierüber die Geschworenen ihr eigenes Bild durch die mündliche Verhandlung hatten machen sollen,

einheitlichen Lebensvorgang darstellt. (Meyer-Goßner, StPO, § 264 Rn. 2) Der prozessuale Tatbegriff ist ein Relikt naturrechtlichen Denkens (Bauer, Der prozessuale Tatbegriff, in: NSTZ 2003, S. 174) und passte daher ideal zum französisch-pfälzischen Recht, welches das Naturrecht als normativen Maßstab des positiven Rechts berücksichtigte (Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 496 f.; Schulze, Französisches Recht, in: Schulze, Französisches Zivilrecht in Europa, S. 14 ff.).

¹⁸⁸⁵ Worin etwa Petersen eine gesetzgeberische Ungenauigkeit bemängelte. (Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 44 f.)

¹⁸⁸⁶ Walther, Strafproceßrecht, S. 352.

¹⁸⁸⁷ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 31.

¹⁸⁸⁸ Walther, Strafproceßrecht, S. 342 ff.

¹⁸⁸⁹ Walther, Strafproceßrecht, S. 346 ff.; krit. hierzu: Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 44 f.

¹⁸⁹⁰ Walther, Strafproceßrecht, S. 350 f.

wurden die Fragen des Schwurgerichtspräsidenten in schriftlicher Form den Geschworenen übergeben, und schließlich wurde der Angeklagte aus dem Sitzungssaal geführt, Art. 180 dG.

[ccc]. Der Wahrspruch der Geschworenen

Mit den schriftlich an sie ausgehändigten Fragen des Schwurgerichtspräsidenten zogen sich sodann die Geschworenen zur geheimen Beratung in das Geschworenenzimmer zurück, das für die Dauer der Beratungen weder von ihnen verlassen noch von anderen Personen betreten werden durfte, Art. 181 dG. Zur Kontrolle wurde vor dem Beratungszimmer eine Wache aufgestellt und für Zuwiderhandlungen den Geschworenen eine Geldstrafe von 5 fl. – 100 fl. und Dritten beziehungsweise dem Wachmann eine Arreststrafe von vierundzwanzig Stunden angedroht, Art. 181 Abs. 2 dG. Verletzungen des Art. 181 dG hatten die Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge, was mit der Nichtigkeitsbeschwerde zum Obersten Gerichtshof durchgesetzt werden musste.¹⁸⁹¹

Im dritten Abschnitt des zweiten Kapitels regelte das Gesetz in Art. 189 ff. d.G den Wahrspruch der Geschworenen, die Beratung dazu, die erforderliche Stimmenzahl für eine gültige Abstimmung und die Verkündung des fehlerfreien Wahrspruchs.¹⁸⁹² Für die Leitung ihrer Beratung und die Verkündung des gefundenen Wahrspruchs im Gerichtssaal wählten sich die Geschworenen einen Obmann aus ihrer Mitte, Art. 189 dG, entgegen dem französisch-pfälzischen Recht, wo auch die Möglichkeit bestand, dass derjenige Geschworene, der als erster aus der Urne gezogen wurde, zum Obmann ernannt wurde.¹⁸⁹³ Die Geschworenen berieten zunächst zusammen über die Hauptfrage und die etwaigen Nebenfragen des Präsidenten, und nachdem der Obmann die Beratung für geschlossen erklärte, ließ er die Geschworenen über die einzelnen Fragen des Präsidenten abstimmen. Sowohl die Beratung als auch die Abstimmung unter den Geschworenen, die unter ihnen öffentlich und mündlich war, waren nicht dem französischen Recht nachempfunden, da man die darin vorgesehene sofortige und geheime Abstimmung ohne vorherige Beratung hinsichtlich der Wahrheitsfindung als nicht förderlich ansah.¹⁸⁹⁴ Das Votum, das die Geschworenen abzugeben hatten, bestand in der Regel aus einer einfachen Bejahung oder Verneinung der gestellten Frage, Art. 191 Abs. 1 dG, es sei denn, dass sich die Frage auf mehrere Handlungen des Angeklagten bezog, hier war es dann auch möglich, die gestellte Frage teilweise zu bejahen oder zu verneinen, Art. 191 Abs. 2 dG. Für einen gültigen Wahrspruch bedurften die Geschworenen hinsichtlich der Hauptfrage und der Frage, ob eine schwere Qualifikation des Verbrechens vorgelegen habe, der Mehrheit von mindestens acht Stimmen, Art. 192 Abs. 1 dG, bei etwaigen Fragen zu Milderungsgründen genügte die einfache Mehrheit, und bei Stimmengleichheit musste zugunsten des Angeklagten entschieden werden, Art. 192 Abs. 2 dG. Insgesamt wählte man damit bei

¹⁸⁹¹ Walther, Strafproceßrecht, S. 360.

¹⁸⁹² Walther, Strafproceßrecht, S. 359 ff.

¹⁸⁹³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 115.

¹⁸⁹⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 115; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 45.

Art. 192 dG einen Mittelweg zwischen englischem Recht, das eine einstimmige Entscheidung für einen gültigen Wahrspruch für den Fall der Verurteilung voraussetzte, und dem französisch-pfälzischen Recht, das ab einem gewissen Stimmenverhältnis bei der Abstimmung der Geschworenen noch die Richter als Abstimmende hinzuzog.¹⁸⁹⁵ Einstimmigkeit sah man als nicht förderlich an, da man aus praktischen Erfahrungen in kollegial abstimmenden Gremien die Ansicht gewonnen hatte, dass Einstimmigkeit bei zwölf Abstimmenden nur schwerlich zu erzielen war und nicht selten mit Druck und Zwang der übrigen Abstimmenden verbunden war – die Nachabstimmung durch die Richterbank empfand man als Widerspruch zum Institut des Geschworenengerichts.¹⁸⁹⁶ Ohne Anführung der genauen Stimmenzahl, da ein geschlossene Entscheidung der Geschworenen damit demonstriert werden sollte und keine Zweifel am Wahrspruch der Geschworenen aufkommen sollte,¹⁸⁹⁷ wurde das Abstimmungsergebnis auf dem hierfür vom Präsidenten übergebenen Aktenstück verzeichnet und vom Obmann unterschrieben, Art. 193 dG. Der auf diese Weise gefundene Wahrspruch wurde nach der Wiedereinfindung der Geschworenen im Sitzungssaal vom Obmann der Geschworenen mit den einleitenden Worten „Auf Ehre und Gewissen, die Erklärung der Geschworenen ist folgende“ verlesen, Art. 194 dG, und anschließend vom Obmann dem Präsidenten überreicht, der formelle und materielle Richtigkeit des Wahrspruchs prüfte und diesen sodann zusammen mit einem Protokollführer nochmals unterschrieb, Art. 195 dG.¹⁸⁹⁸ Bei Widersprüchlichkeit oder Unvollständigkeit mussten sich die Geschworenen zur abermaligen Beratung zurückziehen, Art. 196 dG, weshalb erst nach einem vom Schwurgerichtspräsidenten als gültig erklärten Wahrspruch der Angeklagte wieder in den Sitzungssaal geführt wurde und den Wahrspruch vom Protokollführer verlesen bekam. Stellte sich nach Verlesung des Wahrspruchs seine Ungültigkeit heraus, war keine Berichtigung durch die Geschworenen mehr möglich¹⁸⁹⁹ – allenfalls eine Korrektur durch Verweisung der Richter an ein neues Schwurgericht, Art. 212 dG, oder eine Nichtigkeitsbeschwerde.

Der Wahrspruch der Geschworenen wurde grundsätzlich als unumstößlich angesehen, was mit der Natur und der Funktion des Schwurgerichts begründet wurde, insbesondere sollte er der Abänderung jeglicher anderen gerichtlichen Autorität entzogen sein.¹⁹⁰⁰

[ddd]. Die Urteilsfällung

Die Urteilsfällung durch das Gericht war hinsichtlich der Schuldfrage abhängig vom Wahrspruch der Geschworenen, lediglich in einem Ausnahmefall konnte das Gericht sich über diesen hinwegsetzen, nämlich wenn alle Richter hinsichtlich eines Wahrspruchs, der den Angeklagten als „schuldig“ erkannte, der Meinung waren, dass dieser Wahrspruch schlicht unrichtig sein musste, hier musste dann die Urteilsfällung ausge-

¹⁸⁹⁵ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 116 f.

¹⁸⁹⁶ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 45.

¹⁸⁹⁷ Walther, Strafprozeßrecht, S. 366.

¹⁸⁹⁸ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 33.

¹⁸⁹⁹ Walther, Strafprozeßrecht, S. 372.

¹⁹⁰⁰ KdA GGA 1848 Beilagen, Bd. 1, S. 251.

setzt und die Sache in die nächste ordentliche Schwurgerichtssitzung verwiesen werden, in der sodann eine neu besetzte Geschworenenbank die Tatfrage neu beurteilte – der Wahrspruch dieser neuen Jury war dann allerdings bindend, Art. 212 dG.

Erkannte der Wahrspruch den Angeklagten für „nicht schuldig“, musste der sofortige Freispruch durch das Schwurgericht erfolgen, Art. 198 dG. Wurde der Angeklagte durch den Wahrspruch als „schuldig“ befunden, so musste der Staatsanwalt seinen „Antrag auf Anwendung des Gesetzes“, also die Verurteilung des Angeklagten zu einer gemäß dem Gesetz bestimmten Strafe, stellen, auf den der Angeklagte oder sein Verteidiger sich nochmals erklären konnte, allerdings nur hinsichtlich des Strafmaßes, nicht mehr in Bezug auf den Schuldspruch selbst, Art. 199 dG¹⁹⁰¹ – anders als heute wurde vonseiten des Angeklagten damit nur der Antrag der Staatsanwaltschaft angegriffen, allerdings kein eigener, spezieller Antrag gestellt. Erklärte sich der Staatsanwalt abermals gegen die Gegenerinnerung vonseiten des Angeklagten, so stand dem Angeklagten in jedem Fall das letzte Wort zu, Art. 199 Abs. 2 dG. Danach zog sich das Schwurgericht zur Beratung zurück und beriet darüber, ob die durch den Wahrspruch festgestellte Tat überhaupt ein Strafgesetz verletzte, was bei Verneinung noch zum Freispruch des Angeklagten führen konnte, Art. 202 dG. Bei Bejahung der Strafbarkeit beriet das Gericht über das Strafmaß selbst, das auch geringer ausfallen konnte als dasjenige, das die Zuständigkeit des Schwurgerichts begründende, zu erwartende Strafmaß, Art. 203, 116, 51 Abs. 1 dG. Im Erkenntnis des Gerichts wurde auch sofort über die Gerichtskosten entschieden, die bei Freispruch der Staatskasse, bei Verurteilung dem Angeklagten auferlegt wurden, Art. 204 dG, sowie über die Gegenstände eine Verfügung getroffen, die durch die Untersuchung in Verwahrung gelangt waren, Art. 205 dG. Zur Erlangung des Erkenntnisses stimmten die Richter untereinander ab, wobei die einfache Mehrheit ausreichend war, Art. 201 dG. Das Erkenntnis musste mit Entscheidungsgründen vom Präsidenten in öffentlicher Sitzung verkündet werden, die angewendeten Gesetzesstellen, im Falle der Verurteilung eine Rechtsbehelfsbelehrung für den Angeklagten enthalten, Art. 204, 205 dG, schließlich noch eine Reinschrift des Urteils angefertigt werden, die vom Präsidenten und allen Richtern zu unterzeichnen war, Art. 210 dG. Ebenso war die gesamte Sitzung des Schwurgerichts zu protokollieren und vom Präsidenten und vom Protokollführer zu unterzeichnen, Art. 209 dG.

Urteile, die aufgrund des Wahrspruchs der Geschworenen „nicht schuldig“ auf Freispruch lauteten, Art. 198 dG, wurden sofort vollzogen, wohingegen Urteile, bei denen der Wahrspruch auf „schuldig“ lautete, aber das Gericht die Tat nicht unter ein Strafgesetz zu subsumieren vermochte und deshalb den Angeklagten freigesprochen hatte, erst mit dem Verzicht des Staatsanwaltes auf die Nichtigkeitsbeschwerde, also mit seiner Rechtskraft, vollzogen werden konnten, Art. 214, 215 dG. Am Orte des Schwurgerichts wurden, ebenfalls mit Rechtskraft, allerdings dann bereits innerhalb von vierundzwanzig Stunden, alle verurteilenden Erkenntnisse des Schwurgerichts vollstreckt, Art. 217, 218 dG.

¹⁹⁰¹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 118.

[ii]. Sondervorschriften für geringere Verbrechen und Vergehen vor den Schwurgerichten

Neben den Kapitalverbrechen, die mit Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe belegt waren, konnten auch noch andere Straftaten vor das Schwurgericht zur Verhandlung gelangen, was insbesondere das politisch brisante Thema der Pressvergehen betraf, Art. 51 Abs. 1 dG. Doch auch Verbrechen, die nur mit Arbeitshausstrafe belegt waren, also nicht im eigentlichen Sinne Kapitalverbrechen waren, konnten vor dem Schwurgericht zu verhandeln sein, wenn sie durch einen Strafschärfungsgrund, der aber bereits in den Untersuchungsakten erkenntlich sein musste, mit Zuchthausstrafe belegt werden konnten, Art. 51 Abs. 2 dG. Für diese „geringeren Verbrechen und Vergehen“ galt im Allgemeinen dasselbe schwurgerichtliche Verfahren wie gerade eben dargestellt, Art. 219 dG, doch waren im Einzelnen Abweichungen zu beachten, Art. 220 – 229 dG. Diese Abweichungen ergaben sich vornehmlich aus zweierlei Gründen. Einmal, dass für die Verhandlungen der geringeren Verbrechen und Vergehen keine Pflichtverteidigung des Angeklagten notwendig war, Art. 220 dG, zweitens, dass sich bei den geringeren Verbrechen und Vergehen die Angeklagten nicht zwingend in Haft befanden, wie das aber bei den Kapitalverbrechen der Fall war, auch insofern mussten daher die auf einen inhaftierten Angeklagten ausgerichteten Vorschriften der Art. 116 – 218 dG angepasst werden.¹⁹⁰² Darüber hinaus waren teilweise Formalia anders geregelt, etwa musste keine Anklageschrift angefertigt und zugestellt werden, statt dessen genügte die Zustellung des Verweisungsbeschlusses des Appellationsgerichts an das Schwurgericht, Art. 222 dG. Schließlich konnte es bei Vergehen, insbesondere gerade bei Pressevergehen, vorkommen, dass diese ohne Voruntersuchung direkt zur Verhandlung in öffentlicher und mündlicher Sitzung gelangten, in diesen Fällen musste der Angeklagte nunmehr mit der Ladung zur Verhandlung über den Tatvorwurf und die Anträge des Staatsanwaltes in Kenntnis gesetzt werden, Art. 226 dG, was sich freilich bei durchgeführter Voruntersuchung erübrigte. Schließlich bestand in diesen Fällen keine Verteidigungspflicht für den Angeklagten, er musste lediglich über sein Recht, einen Verteidiger zu wählen, belehrt werden sowie darüber, dass ihm das Gericht von Amts wegen, Art. 121 dG, keinen Verteidiger bestellen würde, Art. 220 dG. Dennoch hatte der Schwurgerichtspräsident, wenn auch nicht die Pflicht, so doch die Möglichkeit, dem Angeklagten von Amts wegen einen Pflichtverteidiger zu bestellen – machte er von dieser Möglichkeit Gebrauch, hatte der Verteidiger dieselben Rechte und Pflichten wie diejenigen bei Verfahren, auf die Todes-, Ketten-, oder Zuchthausstrafe stand.¹⁹⁰³

*[b]. Das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten**[aa]. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Kreis- und Stadtgerichte*

Die vierte Abteilung des Gesetzes, Art. 303 – 367 dG, betraf das Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten. Das Verfahren in erster Instanz sollte im wesentlichen demjenigen vor den Schwurgerichten entsprechen, insbesondere sollten auch hier Öffentlichkeit,

¹⁹⁰² Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 35.

¹⁹⁰³ Walther, Strafproceßrecht, S. 275.

Mündlichkeit und das Anklageprinzip oberste Maximen sein, weshalb Art. 303 dG, soweit möglich, auch auf die Bestimmungen des dritten Titels der dritten Abteilung, von dem Verfahren vor den Schwurgerichten, verwies. Zusätzlich wurde mit einer analogen Verweisung auf die schwurgerichtlichen Bestimmungen gem. Art. 304 dG sichergestellt, dass eine sinngemäße Anwendung dieser Vorschriften stattfand, sofern sie wegen ihres Wortlautes, der auf die Schwurgerichtshöfe und ihre Präsidenten zugeschnitten war, nicht auf die kreis- und stadtgerichtlichen Senate und deren Senatsvorstände passten. Schließlich mussten auch schwurgerichtliche Besonderheiten der dritten Abteilung freilich außen vor bleiben sowie Eigenheiten und besondere Bedürfnisse des Verfahrens vor den normal besetzten Kreis- und Stadtgerichten geregelt werden. Besondere Bedürfnisse waren insbesondere die verstärkte Umsetzung des Beschleunigungsgrundsatzes im Rahmen der Prozessökonomie bei der Aburteilung von Vergehen, im Gegensatz zu den Verfahren bei Verbrechen, wo höhere Rechtsschutzgarantien erforderlich waren, was ebenso bereits in der Voruntersuchung Beachtung gefunden hatte.¹⁹⁰⁴ Diese Bedürfnis fand sich allem voran in der Besetzung der zuständigen Senate der Kreis- und Stadtgerichte verwirklicht, die in Vergehensfällen mit drei, in Verbrechenfällen mit fünf Richtern besetzt zu sein hatten. Einen tatsächlichen Unterschied im Verfahrensgang machte die ST-PON allerdings nicht, was im zeitgenössischen Schrifttum teilweise bemängelt wurde.¹⁹⁰⁵ Der erste Titel der vierten Abteilung widmete sich dem Verfahren erster Instanz vor den Kreis- und Stadtgerichten, Art. 303 – 327 dG.

[bb]. Vorbereitungsverfahren

Das Vorbereitungsverfahren bei den Kreis- und Stadtgerichten war vorwiegend die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung, die nach Rechtskraft des Anklageerkenntnisses, das dem Angeklagten gegebenenfalls samt Rechtsmittelbelehrung zugestellt werden musste, Art. 305 dG, erfolgte, Art. 306, 307, 308 dG. Zwischen der Zustellung der Ladung, hinsichtlich deren auch eine Ersatzzustellung an Hausangestellte, Familienmitglieder und sogar den Gemeindevorsteher des Wohnorts oder des letzten Aufenthaltsortes möglich war, Art. 308 dG, und der Verhandlung musste mindestens ein Zeitraum von drei Tagen liegen, der bei einer weiteren Entfernung des Angeklagten zum Verhandlungsort zudem noch zu erweitern war, Art. 309 dG, damit dem Angeklagten eine gewisse Zeit zur Vorbereitung seiner Verteidigung verblieb.¹⁹⁰⁶ Obgleich die Einhaltung dieser Frist eine wesentliche Förmlichkeit im Verfahren war, galt die Verletzung der Vorschrift nicht als Nichtigkeitsgrund.¹⁹⁰⁷ Neben den Verbrechen, die stets eine Voruntersuchung nach sich zogen, konnte bei Vergehen auf Antrag des Staatsanwaltes direkt die öffentliche und mündliche Verhandlung eingeleitet werden, Art. 74 dG, weshalb in diesen Fällen, wie bereits bei den Verfahren vor den Schwurgerichten, Besonderheiten hinsichtlich

¹⁹⁰⁴ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 102.

¹⁹⁰⁵ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 102.

¹⁹⁰⁶ Walther, Strafproceßrecht, S. 271.

¹⁹⁰⁷ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 162.

des Anklagevorwurfs in der Ladung des Angeeschuldigten zu beachten waren, da der Angeklagte über den Tatvorwurf noch nicht umfassend aufgeklärt war, Art. 310 dG. Einen deutlichen Unterschied zum schwurgerichtlichen Verfahren konnte man nicht zuletzt darin sehen, dass bei den Kreis- und Stadtgerichten kein Verhör des Angeklagten durch den Senatsvorsitzenden im Vorbereitungsverfahren zu erfolgen hatte, wie es in Art. 118 dG vorgesehen war.¹⁹⁰⁸ Schließlich bedurfte der Angeklagte vor dem Kreis- und Stadtgericht keines Verteidigers, so dass hier gem. Art. 303 dG iVm Art. 220 dG, entsprechend den Verfahren vor den Schwurgerichten bei geringeren Verbrechen und Vergehen, er lediglich über sein Recht, einen Verteidiger zu wählen, belehrt werden musste sowie darüber, dass ihm das Gericht von Amts wegen keinen Verteidiger bestellen würde, obgleich auch hier der Senatsvorsitzende wiederum die Möglichkeit hatte, dem Angeklagten von Amts wegen einen Pflichtverteidiger zu bestellen, wenn er es für notwendig erachtete.¹⁹⁰⁹

[cc]. Ablehnung von Gerichtsmitgliedern

Ablehnungsgesuche des Angeklagten in Bezug auf die Richter konnten, da die Kreis- und Stadtgerichte hinsichtlich der Zusammensetzung der Senate wesentlich flexibler ausgestaltet waren als die Schwurgerichte, unbürokratischer als dort erledigt werden. Dem Gerichtsvorstand des Kreis- und Stadtgerichts war bei einem Ablehnungsgesuch die Möglichkeit an die Hand gegeben, die jeweiligen abgelehnten Mitglieder schlicht nicht zur Sitzung zu berufen, Art. 312 Fall 1 dG, zudem stand aber auch hier die Möglichkeit offen, dass das Ablehnungsgesuch dem ganzen Gericht zuzüglich der Vernehmung des Staatsanwaltes unterstellt wurde, Art. 312 Fall 2 dG.

[dd]. Die Hauptverhandlung vor den Kreis- und Stadtgerichten

Eröffnet wurde die Verhandlung vom Senatsvorsitzenden, der wie auch bei der Schwurgerichtssitzung mit der Identitätsfeststellung des Angeklagten begann, Art. 316 dG. Der Gang der Sitzung entsprach dem Verfahren vor den Schwurgerichten, ohne freilich die Vorschriften, welche die Geschworenen betrafen, und mit dem Unterschied, dass der Angeklagte nicht zwingend einen Rechtbeistand benötigte, sondern sich selbst vollumfänglich vertreten konnte.¹⁹¹⁰ Aus diesem Grund musste sich auch direkt an die Beweisaufnahme und des Vortrags des Staatsanwaltes über diese sofort dessen Antrag auf „Anwendung des Gesetzes“ anschließen, Art. 170 dG, da kein Wahrspruch der Geschworenen abzuwarten war, sondern das Gericht unmittelbar über die Tat- und Schuldfrage sowie die zu verhängende Strafe zu entscheiden hatte, Art. 323, 324, 325 dG. Art. 317 dG enthielt detaillierte Regelungen über die anzufertigenden Protokolle bei Gericht, die im Vergleich zu den schwurgerichtlichen Protokollen wesentlich ausführlicher zu sein hatten. Dieser Unterschied basierte auf dem Rechtsmittelsystem, wonach gegen kreis- und

¹⁹⁰⁸ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 103; Walther, Strafproceßrecht, S. 273.

¹⁹⁰⁹ Hierzu bereits oben S. 307.

¹⁹¹⁰ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 103.

stadtgerichtliche Urteile die Berufung vor dem Appellationsgericht offen stand,¹⁹¹¹ die eine nochmalige volle Überprüfung des Urteils nach sich zog. Im Vergleich hierzu war im schwurgerichtlichen Verfahren lediglich die Nichtigkeitsbeschwerde als Rechtsmittel möglich, die keine eigene Beweiswürdigung des Obersten Gerichtshofes beinhaltete, da er an den Wahrspruch der Geschworenen gebunden war, sondern lediglich eine Rechtskontrolle durchführte und Verletzung wesentlicher Förmlichkeiten überprüfte. Im Gegensatz zum Obersten Gerichtshof war daher das Appellationsgericht auf ein ausführliches Protokoll und insbesondere den Inhalt der Zeugenaussagen zur eigenen Würdigung angewiesen.¹⁹¹²

[ee]. Die kreis- und stadtgerichtliche Entscheidung

Das Kreis- und Stadtgericht hatte aufgrund dessen, dass es nicht an einen Wahrspruch von Geschworenen gebunden war und auch ein anderes Zuständigkeitsfeld als die Schwurgerichte hatte, verglichen mit diesen vielfältigere Entscheidungsmöglichkeiten.

Urteile, die von den Kreis- und Stadtgerichten erlassen wurden, hatten innerhalb von acht Tagen nach Schluss der mündlichen Verhandlung zu ergehen und Entscheidungsgründe, Rechtsausführungen und eine Rechtsmittelbelehrung über die Berufung zu enthalten, Art. 319 Abs. 3, 326, 327 dG. Bei der Urteilsfindung selbst entschied der Senat mit einfacher Stimmenmehrheit zunächst über die Schuldfrage, wobei sich die Richter hierbei ebensowenig wie die Geschworenen bei den Schwurgerichten an Beweistheorien gebunden fühlen sollten, sondern lediglich ihrem Gewissen unterworfen waren, Art. 323 dG iVm Art. 171 Abs. 1 Nr. 1 dG. Der Gesetzgeber entschied sich damit allgemein für die Aufhebung jeglicher Beweistheorie und führte auch für die Richter die freie Beweiswürdigung ein. War bei der Überprüfung der Schuldfrage bereits der Tatbestand der Anklage nicht erfüllt, die Tat nicht rechtswidrig oder ein Schuldausschließungsgrund gegeben, wurde der Angeklagte freigesprochen, Art. 324 dG. Erachtete ihn die Mehrheit der Senatsmitglieder als schuldig, so wurde weiter über das Strafmaß entschieden. Richter, welche bei der vorigen Abstimmung über die Schuldfrage sich für die Unschuld des Angeklagten ausgesprochen hatten, konnten sich sodann bei der weiteren Abstimmung enthalten, wobei dann ihre Stimmen für das für den Angeklagten günstigste Strafmaß gezählt wurden, Art. 325 dG.

Stellte sich während der Verhandlung heraus, dass eine als Verbrechen angeklagte Tat tatsächlich lediglich ein Vergehen oder gar nur eine Polizeübertretung gewesen war, konnten diese Taten dennoch abgeurteilt werden, obgleich an sich eine der unteren Gerichts-, Polizei- oder Disziplinarbehörden sachlich zuständig gewesen wäre beziehungsweise ein nur mit drei Richtern besetzter Senat des Kreis- oder Stadtgerichts, Art. 320 dG.

Falls sich in der Verhandlung herausstellte, dass die Sachaufklärung noch nicht weit genug gediehen war, konnte das Gericht entweder die Verhandlung aussetzen und in

¹⁹¹¹ S.u. S. S. 309 ff.

¹⁹¹² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 163.

einer weiteren Sitzung neue Zeugen und Sachverständige laden oder die Sache an den Untersuchungsrichter zurückverweisen, Art. 319 dG. Eine solche Vorschrift fand sich bei den schwurgerichtlichen Verfahren nicht, da hier die ununterbrochene Verhandlung eine der Grundmaximen des Verfahrens war, die nur ausnahmsweise durchbrochen wurde.¹⁹¹³ Dies nicht zuletzt, weil man gerade im schwurgerichtlichen Verfahren von der gründlichsten Sachaufklärung in der Voruntersuchung ausging und hier eine derartige Gefahr, welche die Zurückverweisung an den Untersuchungsrichter notwendig gemacht hätte, nicht als gegeben ansah.¹⁹¹⁴

Stellte sich hingegen während der Verhandlung heraus, dass sich eine als Vergehen angeklagte Tat tatsächlich als Verbrechen darstellte, das vor einen Senat der Kreis- oder Stadtgerichte gehörte, der aus fünf Richtern bestand, oder gar als Vergehen oder Verbrechen, das der schwurgerichtlichen Aburteilung zu unterstellen war, so musste sich das Gericht für sachlich unzuständig erklären und an den zuständigen Senat des Kreis- oder Stadtgerichts verweisen, Art. 322 dG, beziehungsweise, wenn es sich um eine Tat im Zuständigkeitsbereich der Schwurgerichte handelte, gem. 321 dG die Sache an das Appellationsgericht abgeben, das ein neues Anklageerkenntnis vor das Schwurgericht abzufassen hatte – gegebenenfalls konnte in diesen Fällen auch zur weiteren Aufklärung an den Untersuchungsrichter verwiesen werden, Art. 321 dG.

[c]. Das Ungehorsamsverfahren

Neben den üblichen Verfahren erster Instanz kannte das Strafprozessrecht zudem ein besonderes Verfahren gegen abwesende Angeklagte, das sogenannte Ungehorsamsverfahren. Zwar kennen wir auch heute noch ein strafrechtliches Verfahren gegen Abwesende, das die Strafprozessordnung im achten Abschnitt des zweiten Buches in §§ 276 – 295 StPO regelt, doch zeigen sich deutliche Unterschiede der beiden Verfahren. Während heutzutage der Grundsatz gilt, dass gegen einen abwesenden Angeklagten und selbst gegen ausgebliebene Angeklagte ¹⁹¹⁵ keine Hauptverhandlung stattfindet, §§ 230 Abs. 1, 285 Abs. 1 S. 1 StPO, und das Verfahren gegen Abwesende lediglich der Beweissicherung dient, § 285 Abs. 1 S. 2 StPO, damit eher der Voruntersuchung der StPON des Jahres 1848 entspricht, kannte das damalige Strafverfahren ein tatsächliches volles Strafverfahren gegen Abwesende. Dieses Verfahren war, obgleich eine allgemein reduzierte Hauptverhandlung, dennoch nicht dem Charakter nach gänzlich mit einem zivilrechtlichen Versäumnisurteil vergleichbar, da der Angeklagtenseite dennoch teilweise eingeschränktes rechtliches Gehör gewährt wurde. Sinn und Zweck des Ungehorsamsverfahren sind die absolute Durchführung der Rechtspflege und die unbedingte Durchsetzung von Rechtspflege zur Demonstration der Wirksamkeit der Strafgesetze. Ein Angeschuldigter sollte sich nicht durch das Verstecken vor dem Gesetz der Strafrechtspflege und seiner daraus möglicherweise resultierenden gerechten Bestrafung entziehen können

¹⁹¹³ S.o. S. 276.

¹⁹¹⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 164.

¹⁹¹⁵ Auch hier findet nur in Ausnahmefällen eine Verhandlung statt: §§ 231 Abs. 2, 231a, 231b, 231c, 232, 233, 247, 329 Abs. 2, 350 Abs. 2, 387 Abs. 1, 411 Abs. 2 S. 1 StPO (Meyer–Goßner, StPO, § 230 Rn. 1).

oder gar dadurch die Rechtspflege lähmen können, wenn auch zugestanden wurde, dass das Ungehorsamsverfahren an sich dem Unmittelbarkeitsgrundsatz zuwiderlief,¹⁹¹⁶ der bereits damals dem Strafverfahren und insbesondere dem Schwurgerichtsverfahren immanent war.¹⁹¹⁷ Dennoch sah der bayerische Gesetzgeber durch die entsprechende Ausgestaltung des Ungehorsamsverfahrens einen gerechten Ausgleich zwischen dem Unmittelbarkeitsgrundsatz und dem Strafverfolgungsinteresse des Staates.¹⁹¹⁸ Rein praktisch ist zu beachten, dass es damals für einen Verbrecher, im Vergleich zu heute, wesentlich einfacher war, sich vor dem Gesetz zu verstecken und der Verfolgung zu entziehen, insbesondere durch Flucht ins Ausland, das schon wegen der früheren Partikularstaatlichkeit Deutschlands leicht erreichbar war, und dass somit den bayerischen Behörden der Zugriff erheblich erschwert werden konnte.¹⁹¹⁹ Zudem war bereits im StGB II 1813 ein „Verfahren wider abwesende und flüchtige Verbrecher“ enthalten, dessen Aufhebung nicht durch das ÄndG StGB 1813 ausgesprochen wurde und auch nicht konträr zu den darin und im GrundlG normierten neuen Verfahrensgrundsätzen stand, da allen voran auch das französisch-pfälzische Vorbild eine Verhandlung und Aburteilung eines abwesenden Angeklagten ermöglichte,¹⁹²⁰ wenn auch die Vorschriften für das damalige Empfinden zu lückenhaft und mit zu wenig Härte ausgestaltet waren.¹⁹²¹

Wie das übrige Verfahren wurde auch das Ungehorsamsverfahren unterschiedlich gehandhabt, je nachdem welches Gericht für die Aburteilung der Straftat zuständig war. So fand ich ein eigens geregeltes Verfahren für die schwurgerichtlichen wie für die kreis- und stadtgerichtlichen Sachen.

[aa]. Im schwurgerichtlichen Verfahren

Die StPON behandelte das Ungehorsamsverfahren vor den Schwurgerichten im fünften Titel der dritten Abteilung in den Art. 275 – 302 dG. Hierbei unterschied das Gesetz wiederum zwischen den einzelnen Ungehorsamsverfahren, je nachdem, ob es sich um eine Tat handelte, auf die Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe stand, Art. 275 – 296 dG, oder um ein geringeres Verbrechen oder Vergehen, insbesondere die Pressevergehen, Art. 297 – 302 dG. Diese Unterteilung war verglichen zum eigentlichen schwurgerichtlichen Ver-

¹⁹¹⁶ Insbesondere Walther kritisiert 1859 die Ausgestaltung des Ungehorsamsverfahrens und empfiehlt unter Verweis auf das römische Recht und die frühere gemeinrechtliche deutsche Praxis lediglich ein Verfahren zur Beweissicherung und eine Aburteilung von geringfügigen Delikten, die geringfügige Strafen nach sich ziehen, wie es auch in unserem heute geltenden Recht vorgesehen ist (s.o. Anm. 1915; Walther, Strafproceßrecht, S. 511 ff.).

¹⁹¹⁷ Walther, Strafproceßrecht, S. 511 ff.; Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 97 ff.; Scheurl, Strafproceßordnung, S. 150 f.

¹⁹¹⁸ So 1848 auch die anderen deutschen Partikularstaaten, bis auf Braunschweig (Walther, Strafproceßrecht, S. 515).

¹⁹¹⁹ Die Nachbarländer des rechtrheinischen Teils des Königreichs Bayern waren 1848: Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden, Großherzogtum Hessen, Kurfürstentum Hessen, die Thüringischen Staaten, Fürstentum Reuß, Königreich Sachsen und Österreich.

¹⁹²⁰ Walther, Strafproceßrecht, S. 515.

¹⁹²¹ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 98.

fahren nicht ganz konsequent, da bei den geringeren Verbrechen, die vor den Schwurgerichten abzuurteilen waren, wie bei den Kapitalverbrechen, eine Voruntersuchung notwendig war und sich hierdurch eine andere Verfahrensstruktur gegenüber den bloßen Vergehen ergab, bei denen eine Voruntersuchung gerade nicht obligatorisch war. Dennoch entschied sich der Gesetzgeber bewusst für eine Zweiteilung des Ungehorsamsverfahrens vor den Schwurgerichten, da man für das schwurgerichtliche Verfahren ein dreifaches Ungehorsamsverfahren, untergliedert in Kapitalverbrechen, Verbrechen und Vergehen, vermeiden wollte und man davon ausging, dass die geringeren Verbrechen vor den Schwurgerichten ohnehin nur einen äußerst kleinen Bruchteil der anzuklagenden Straftaten bilden würden.¹⁹²² Vonseiten des Gesetzgebers empfand man dieses Vorgehen angesichts der Tatsache, dass es sich nur um eine vorübergehende Novellierung des Strafprozessrechtes handeln sollte, als akzeptabel. In den Ausschüssen wurde aber auch explizit deutlich, dass bei einem endgültigem Gesetz definitiv anderes entschieden worden wäre.

[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Todes-, Ketten- und Zuchthausstrafe

Wegen der obligatorischen Voruntersuchung bei den Verbrechen, auf die Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe stand, richteten sich die Regelungen des Ungehorsamsverfahrens zunächst an die Untersuchungsrichter, die allem voran versuchen sollten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, des Verdächtigen habhaft zu werden – hierfür konnte auf Art. 411 – 418 StGB II 1813 zum „Verfahren wider abwesende und flüchtige Verbrecher“ verwiesen werden, Art. 275 dG, das bereits ein solches Verfahren geregelt hatte.¹⁹²³ Auch in Abwesenheit des Angeschuldigten sollte aber, soweit möglich, mit der Voruntersuchung weiter verfahren werden, Art. 276 dG, und bei Nichtauffindbarkeit des Angeschuldigten und Vorliegen der Voraussetzungen für das Anklageerkenntnis sollte das Appellationsgericht den entsprechenden Beschluss erlassen, so dass die Sache auf der nächsten Schwurgerichtssitzung verhandelt werden konnte.¹⁹²⁴ Hiermit musste ein Beschluss verbunden werden, dass das Ungehorsamsverfahren eingeleitet wurde und mit dem zugleich die Edictalladung des Angeklagten verordnet wurde, Art. 277 dG. Diese Ladung war ein öffentlicher Anschlag am Sitz des Schwurgerichts, des Untersuchungsgerichts und am Wohnort des Angeschuldigten sowie die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises und in einem andern geeigneten öffentlichen Blatt Art. 279 dG. Gegebenenfalls sollte zudem eine Zustellung an gewillkürte oder gesetzliche Vertreter, Ehegatten oder nahe Verwandte des Angeschuldigten erfolgen, Art. 280 dG. Die Edictalladung hatte die Identität des Angeschuldigten, das Verbrechen mit näherer Bezeichnung der Tat und des Opfers sowie die Aufforderung an den Angeschuldigten zu enthalten, sich innerhalb von drei Monaten¹⁹²⁵ wegen der Strafsache beim zuständigen Schwurgericht zu

¹⁹²² Man rechnete bei den geringeren Verbrechen oder Vergehen vor den Schwurgerichten ausschließlich mit Pressedelikten, die in aller Regel Vergehen waren (Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 158).

¹⁹²³ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 99.

¹⁹²⁴ Walther, Strafprozeßrecht, S. 516.

¹⁹²⁵ Bei diesem Zeitraum orientierte man sich an den Sitzungsperioden der Schwurgerichte.

melden. Für die Zuwiderhandlung gegen diese Meldepflicht musste das Ungehorsamsverfahren gegen ihn angedroht werden, Art. 278 dG. Erschien der Angeschuldigte nicht innerhalb der Dreimonatsfrist und wurde auch nicht vom Appellations- oder Schwurgericht, aufgrund eines Beweises seiner gesetzlichen Verhinderung an der Teilnahme, das Verfahren einstweilen ausgesetzt, so wurde in seiner Abwesenheit mit einem bestellten Pflichtverteidiger verhandelt. Für die Verhandlung galten die normalen Verfahrensvorschriften für die Schwurgerichtssitzungen, allerdings mit der Besonderheit, dass keine Geschworenen hinzugezogen wurden und eine Beweisaufnahme nur durch Verlesung der Voruntersuchungsprotokolle stattfand. Anschließend wurde sofort vom Schwurgericht in geheimer Beratung das Urteil getroffen und wie die Edictalladung öffentlich bekannt gemacht, Art. 282 – 288 dG. Der ursprüngliche Gesetzentwurf hatte hier keine Pflichtverteidigung des Angeklagten vorgesehen, vielmehr sogar statuiert, dass in Abwesenheit dessen gar kein Verteidiger auftreten durfte.¹⁹²⁶ Justizminister Heintz versuchte auch, den besonderen Gesetzgebungsausschüssen der Kammern diese Fassung des Gesetzes zu empfehlen. Hauptsächlich bemühte er sich verständlich zu machen, dass ein vom Ausschuss favorisiertes halbes Vorgehen, einerseits Verteidigung und damit ein gewisses rechtliches Gehör des Angeklagten, andererseits dann aber doch nur eine eingeschränkte Rechtskraft des Urteils im Ungehorsamsverfahren, nicht das Ziel des Gesetzes sei, zudem auch gar nicht notwendig, da der Angeklagte ja eine Neuverhandlung bewirken konnte.¹⁹²⁷ Gerade dieses partielle rechtliche Gehör der Angeklagtenseite sollte später zu Missbrauch des Ungehorsamsverfahren durch zahlreiche Angeklagte und zu gewissen Problemen im Strafverfahren führen, denen durch die Ausgestaltung des Heintz'schen Gesetzentwurfes vorgebeugt gewesen wäre.¹⁹²⁸ Die Ausschüsse beharrten aber auf der Pflichtverteidigung und dem rechtlichen Gehör des Angeklagten.¹⁹²⁹

Wurde im Ungehorsamsverfahren der Angeschuldigte nun freigesprochen, so bestand hinsichtlich der Tat ein gänzlicher Strafklageverbrauch, Art. 290 dG. Gegen freisprechende wie auch verurteilende Entscheidungen des Schwurgerichts im Ungehorsamsverfahren hatte nur noch der Staatsanwalt die nach dem normalen Verfahren zulässigen Rechtsmittel, Art. 289 dG. Der Verurteilte hingegen hatte in den Fällen der Verurteilung, unabhängig davon, ob er sich freiwillig stellte oder gefasst wurde, entweder die Möglichkeit, sich dem in seiner Abwesenheit gesprochenen Urteil zu unterwerfen, oder aber, ein neues ordentliches Verfahren anlaufen zu lassen, Art. 293, 294 dG. Mit dieser erneuten Aufwicklung des Verfahrens auf Wunsch des Angeklagten trug man dem Unmittelbarkeitsgrundsatz Rechnung, der neben dem Öffentlichkeits-, Mündlichkeits- und Anklageprinzip zwingender Bestandteil des Strafverfahrens geworden war. Ein aufgrund eines neuen schwurgerichtlichen Verfahrens, das nun im vollen Umfang durchzuführen war, ergangenes Urteil setzte sodann das Ungehorsamsurteil gänzlich außer Kraft und galt

¹⁹²⁶ KdRR 1859 Protokolle, Bd. 1, S. 43.

¹⁹²⁷ Eine Ansicht wie Heintz favorisierend: Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzbuch III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 97 f.

¹⁹²⁸ S.u. S. 390 ff.

¹⁹²⁹ GVBl. 1848, Sp. 354.

selbst als das erstinstanzliche Urteil in der Sache, Art. 295 Abs. 1 dG. In jedem Fall, erneute Verurteilung oder aber auch Freispruch, fielen die Kosten des Ungehorsamsverfahrens dem abwesenden Angeklagten zur Last, Art. 295 Abs. 2 dG.

[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei geringeren Verbrechen und Vergehen sowie Pressevergehen

Ein abgeändertes System des Ungehorsamsverfahrens fand bei den Schwurgerichten in den Fällen der „geringeren Verbrechen und Vergehen“ Anwendung, Art. 297 ff. dG. Grund für das geänderte Verfahren war, dass bei den geringeren Verbrechen und Vergehen, die vor den Schwurgerichten zu verhandeln waren, nicht zwingend eine Voruntersuchung stattzufinden hatte, was der Grund für die Modifizierung der Vorschriften gewesen war. Auf Antrag des Staatsanwaltes zum Appellationsgericht konnte die Voruntersuchung in Vergehensfällen übersprungen werden und eine unmittelbare, rechtsförmlich zugestellte Vorladung des Angeklagten in die öffentliche Sitzung ergehen, Art. 74, 226 dG. Erschien der Angeschuldigte zu diesem Termin nicht, so wurde sogleich in seiner Abwesenheit, diesmal in der Regel auch ohne (Pflicht-)Verteidiger und wieder ohne die Hinzuziehung der Geschworenen, verhandelt, ein Urteil verkündet und dem Angeklagten zugestellt, Art. 297 dG. Anders als bei den Kapitalverbrechen hatte dieser nun nach Zustellung acht Tage Zeit, gegen dieses Urteil Einspruch zum *Judex a quo* zu erheben und um wiederholte Verhandlung im ordentlichen Verfahren anzutragen, die sodann bei fristgerechtem Einspruch vom Präsidenten des Schwurgerichts oder dessen Stellvertreter anberaumt werden musste, Art. 298, 299 dG. Einer Begründung des Einspruchs bedurfte es grundsätzlich nicht, nur wenn die Einspruchsfrist bereits abgelaufen war und das Urteil damit bereits in Rechtskraft erwachsen war, Art. 300 Abs. 1 dG, der Angeklagte aber dennoch Einspruch einlegen und eine ordentliche Verhandlung herbeiführen wollte, musste der Einspruch dahingehend begründet werden, dass es dem Angeklagten nicht möglich war, den Einspruch fristgerecht einzulegen, Art. 300 Abs. 2 dG, wobei das Gesetz keine näheren Angaben über die Einspruchsentscheidung des Gerichts angab.¹⁹³⁰ Erschien nun der Angeklagte zur neu anberaumten Sitzung, so wurde auch vollkommen neu verhandelt, in jedem Fall aber, sei es nun erneute Verurteilung oder aber auch Freispruch, fielen die Kosten des Ungehorsamsverfahrens dem abwesenden Angeklagten zur Last, Art. 301 Abs. 2 dG. Erschien er abermals nicht, so wurde nicht neu verhandelt, sondern das alte Urteil aufrechterhalten und der Angeklagte lediglich zu den zusätzlichen Einspruchskosten verurteilt, Art. 302 dG. Hiergegen stand sodann nur noch die Nichtigkeitsbeschwerde offen.¹⁹³¹

¹⁹³⁰ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 102.

¹⁹³¹ Walther, Strafproceßrecht, S. 521.

[bb]. Im Verfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten erster Instanz

Das Ungehorsamsverfahren vor den Kreis- und Stadtgerichten erster Instanz¹⁹³² regelte die StPON im dritten Titel der vierten Abteilung in Art. 340 – 358 dG. Auch hier unterschied das Gesetz wieder nach zwei Fällen, je nachdem ob es sich um ein Verbrechen, Art. 340 – 355 dG, oder ein Vergehen handelte, Art. 356 – 358 dG.

[aaa]. Ungehorsamsverfahren bei Verbrechen

Bei Verbrechen formte der Gesetzgeber das Ungehorsamsverfahren in Anlehnung an das bei den Schwurgerichten bei Kapitalverbrechen,¹⁹³³ was auch sinnvoll war, da auch hier eine obligatorische Voruntersuchung stattfand, für die im Falle der Abwesenheit des Angeeschuldigten Regelungen getroffen werden mussten. Unterschiede ergaben sich erst mit der Edictalladung, die hier nun mit dem Anklageerkenntnis des zuständigen Kreis- oder Stadtgerichts ergehen musste, Art. 341 dG. Da es sich hier nun aber nicht um Kapitalverbrechen handelte und zudem die Kreis- und Stadtgerichte als erkennende Gerichte stets verhandelten und nicht wie die Schwurgerichte nur quartalsmäßig tagten, betrug die Zeitspanne, innerhalb deren sich der Angeklagte vor Gericht einzufinden hatte, nicht drei Monate, sondern lediglich 30 Tage. Wurde der Angeklagte nicht vorstellig, so wurde sofort zur Verhandlung der Sache in Abwesenheit des Angeklagten geschritten, Art. 345 dG, und sogleich das Urteil in Abwesenheit des Angeklagten erlassen, verkündet und wie die Edictalladung öffentlich bekannt gemacht, Art. 346 Abs. 1 dG – wobei auch hier meist kein Verteidiger zugegen war. Freisprüche wurden lediglich verkündet, nicht bekanntgemacht, und waren abermals nur für den Staatsanwalt berufungsfähig, Art. 346 Abs. 2 dG. Der Angeklagte hatte gegen ein verurteilendes Urteil entsprechend den Vorschriften zum Ungehorsamsverfahren bei geringeren Verbrechen und Vergehen im schwurgerichtlichen Verfahren die Möglichkeit des Einspruches innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach dem öffentlichen Aushang des Urteils, nach deren Ablauf Rechtskraft eintrat, Art. 347, 348 dG. Wieder konnte gegebenenfalls auch nach Rechtskraft ein Einspruch berücksichtigt werden und zu einer erneuten Verhandlung führen, wenn der Verurteilte darlegen konnte, dass ihm eine fristgerechte Einspruchseinlegung unmöglich war, Art. 348 Abs. 2 dG. Wurde vom Angeklagten Einspruch und vom Staatsanwalt Berufung eingelegt, so wurde die Berufung für die Zeit des Einspruches und das dadurch veranlasste Verfahren ausgesetzt, Art. 349 dG. Bei der Verhandlung, die auf den Einspruch folgte, hatte der Angeklagte den Einspruch zu begründen, was sodann die Grundlage für die neue Verhandlung und das neue Urteil bildete, wieder hatte der Angeklagte in jedem Fall, sei es nun erneute Verurteilung oder aber auch Freispruch, die Kosten des Ungehorsamsverfahrens zu tragen, Art. 353 dG. Bei Nichterscheinen im Einspruchstermin wurde das alte Urteil aufrechterhalten und der Angeklagte zu den zusätzlichen Einspruchskosten verurteilt, Art. 354 dG. Gegen alle Entscheidungen im Einspruchstermin war die Berufung als Rechtsmittel statthaft, Art. 355 dG.

¹⁹³² Ein Ungehorsamsverfahren war hier auch in der Berufungsinstanz möglich, Art. 359, 360 dG (s.u. S. 312).

¹⁹³³ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 109.

[bbb]. Ungehorsamsverfahren bei Vergehen

Bei Vergehen, die der sachlichen Zuständigkeit der Kreis- und Stadtgerichte unterfielen, war das Verfahren deutlich straffer und unbürokratischer. Im Falle des Nichterscheins des Angeklagten wurde ungeachtet einer ordnungsgemäßen Ladung gegen ihn in seiner Abwesenheit verhandelt, das Urteil in der öffentlichen Sitzung verkündet und dem Angeklagten entsprechend der Ladung, Art. 308 dG, also im Zweifel auch im Wege der Ersatzzustellung, zugestellt. Gegen freisprechende Urteile hatte wieder nur der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Berufung, in den anderen Fällen konnte der Staatsanwalt Berufung und der Angeklagte Einspruch, allerdings nur in achttägiger Frist, einlegen, Art. 358 dG. Auf den Einspruch waren sonst im allgemeinen die Vorschriften anzuwenden, die auch beim Ungehorsamsverfahren bei Verbrechen galten, Art. 348 Abs. 2, 349 – 355 dG.

[4]. Rechtsmittel

Die Möglichkeit der Einlegung von Rechtsmittel hatte man im Verfahrensrecht seit je als eine der wichtigsten Garantien für die Gerechtigkeit eines Urteils aufgefasst,¹⁹³⁴ weshalb auch die StPON eine tiefgreifende Neugestaltung der Rechtsmittel mit sich brachte. Neben der Notwendigkeit von Rechtsmitteln im akkusatorischen Prozess an sich¹⁹³⁵ war die Neugestaltung zwingende Folge der veränderten Gerichtsorganisation, des öffentlichen und mündlichen Verfahrens und insbesondere der Einführung von Schwurgerichten, samt dem Wegfall jeglicher Beweistheorien und dem damit einhergehenden Grundsatz des unabhängigen Richters. Insgesamt lehnte man sich auch bei der Ausgestaltung der Rechtsmittel, da diese mit dem Instanzenzug und der Gerichtsorganisation Hand in Hand gehen musste, wieder sehr stark an das französisch-pfälzische Vorbild an.¹⁹³⁶

Begrifflich ist vorab klarzustellen, dass die Definition des Rechtsmittels Mitte des 19. Jahrhunderts dogmatisch nicht gänzlich mit dem uns heutzutage vertrauten Begriff übereinstimmte. Man kannte insbesondere keine Unterscheidung zwischen dem allgemeinen Begriff der Rechtsbehelfe und der Untergruppe der Rechtsmittel, die einen Devolutiv- sowie Suspensiveffekt aufweisen.¹⁹³⁷ Rechtsmittel waren nach damaligen Verständnis allgemein alle rechtlich zulässigen Mittel, „welche die Abänderung oder Aufhebung einer ergangenen [straf]richterlichen Entscheidung durch ein auf wiederholte Verhandlung und Prüfung der Sache gegründetes Urtheil desselben oder eines anderen Richters, also im Wege Rechtsens bezwecken.“¹⁹³⁸ Des Weiteren wurde zum Teil zwischen ordentlichen und außerordentlichen Rechtsmitteln unterschieden, was aber ebenfalls nicht mit dem heutigen Verständnis zu ordentlichen und außerordentlichen Rechtsbehelfen gleichzusetzen ist, bei denen Letztere die Rechtskraft durchbrechen.¹⁹³⁹ Während man im Zivilprozess ordentliche Rechtsmittel als solche ansah, die allgemein die Anfechtung ei-

¹⁹³⁴ Mittermaier, in: Walther, Rechtsmittel I, S. III.

¹⁹³⁵ Biener, Abhandlungen, S. 166.

¹⁹³⁶ Zachariä, Deutscher Strafproceß II, S. 590; Mittermaier, in: Walther, Rechtsmittel I, S. IV.

¹⁹³⁷ Beulke, Strafprozessrecht, S. 344 f.

¹⁹³⁸ Zachariä, Deutscher Strafproceß II, S. 571.

¹⁹³⁹ Beulke, Strafprozessrecht, S. 344.

ner Entscheidung zuließen und einen Devolutiv- sowie Suspensiveffekt aufwiesen, und außerordentliche Rechtsmittel als diejenigen, die sich dadurch auszeichneten, dass sie Rechtsschutz nur in bestimmten im Gesetz genannten Fällen vorsahen, nur möglich waren, wenn ordentliche Rechtsbehelfe nicht mehr eingelegt werden konnten, und nicht zwingend einen Suspensiveffekt aufweisen mussten,¹⁹⁴⁰ war die Unterscheidung im Strafprozess uneinheitlich und wurde daher in der zeitgenössischen Literatur teilweise auch ganz verworfen.¹⁹⁴¹ Teilweise lehnte man sich an das französische Recht¹⁹⁴² an und unterschied ordentliche und außerordentliche Rechtsmittel danach, ob sie im ordentlichen Verfahren, das gegen Anwesende geführt wurde, oder im außerordentlichen Verfahren, das gegen Abwesende geführt wurde, ergingen.¹⁹⁴³ Teilweise bezeichnete man als ordentliche Rechtsmittel diejenigen, die den allgemeinen Zweck der Abänderung des Urteils aus irgendeinem Grund verfolgten, und als außerordentliche diejenigen, die nur unter besonderen Voraussetzungen angewendet werden konnten.¹⁹⁴⁴ Schließlich ging man auch in die Richtung, die im Zivilprozess eingeschlagen wurde, und unterschied anhand des Suspensiveffektes, ordentliche Rechtsmittel wiesen danach stets einen Suspensiveffekt auf, außerordentliche Rechtsmittel hingegen nicht zwingend.¹⁹⁴⁵ Für die folgende zeitgenössische Einordnung der einzelnen Rechtsmittel soll auf die Letztere zurückgegriffen werden, da sie einerseits dem heutigen Rechtsmittelbegriff, soweit überhaupt möglich, wegen der Orientierung am Suspensiveffekt noch am nächsten verwandt ist und somit meines Erachtens am plastischsten eine Unterscheidung ermöglicht.

[a]. Rechtsmittel gegen Urteile der Schwurgerichte

Die StPON regelte im vierten Titel der dritten Abteilung in Art. 230 – 274 dG drei Möglichkeiten, gegen ein ergangenes schwurgerichtliches Urteil vorzugehen: die Nichtigkeitsbeschwerde, die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes und die Wiederaufnahme des Strafverfahrens. Sofort fällt auf, dass gegen die Urteile der Schwurgerichte, wie heute gegen die Urteile der Landgerichte,¹⁹⁴⁶ nicht das Rechtsmittel der Berufung möglich war. Schon hieran konnte man eindeutig die Übernahme des französisch-pfälzischen Rechtsmittelsystems erkennen, wenn auch im Detail einiges verändert wurde.¹⁹⁴⁷

¹⁹⁴⁰ Wernz, CPO 1869 II, S. 593 f., der insofern dem heutigen Verständnis schon relativ nahe kam.

¹⁹⁴¹ So etwa: Walther, Rechtsmittel II, S. 3.

¹⁹⁴² Hierzu: Bonnin/Lagrange, Commentaire du Code d'instruction criminelle, S. 382; Rogron, Les Codes français, S. 357.

¹⁹⁴³ Walther, Rechtsmittel II, S. 3.

¹⁹⁴⁴ Daniels, Grundsätze, S. 202.

¹⁹⁴⁵ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, III, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 19 ff., 97 ff.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 129 ff., 167 ff.

¹⁹⁴⁶ Paul, in: Karlsruher Kommentar StPO, § 312 Rn. 2

¹⁹⁴⁷ Die meisten deutschen Staaten übernahmen, sofern sie ihre Strafprozessrechte modernisierten, das französisch-rechtliche System (Zachariä, Deutscher Strafproceß II, S. 590).

Wie auch heute, mag es auf den ersten Blick befremdlich erschienen haben,¹⁹⁴⁸ dass Urteile in leichter und mittlerer Kriminalität berufungsfähig waren,¹⁹⁴⁹ damit vom Angeklagten eine Instanz mehr beschritten werden konnte, hingegen gegen Urteile in schwereren Strafsachen lediglich die Nichtigkeitsbeschwerde als ordentliches Rechtsmittel offenstand. Wegen dieses Umstandes gab es damals wie heute Gegner eines derartig ausgestalteten Strafprozesses.¹⁹⁵⁰ So brachte im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten Rudhart ernsthafte Bedenken vor und schlug vor, dass zumindest in geringem Umfang die Berufung zum Appellationsgericht auch in schwurgerichtlichen Entscheidungen möglich sein sollte, nämlich insoweit sie nicht den Wahrspruch der Geschworenen betraf.¹⁹⁵¹ Dennoch entschied man sich insgesamt für die derartige Ausgestaltung aus mehreren Gründen. Zunächst ging man bei Kapitalverbrechen von einer sorgfältigeren Tatbestandsaufklärung durch intensivere Ermittlungsarbeit der Polizei und Untersuchungsgerichte aus, zumal auch das Appellationsgericht über das Anklageerkenntnis entschied, sollte an der genauen Prüfung der Sache kein Zweifel mehr bestehen.¹⁹⁵² Tatsächlicher Versagungsgrund für eine Berufung in schwurgerichtlichen Urteilen waren allerdings der Umstand der Beteiligung von Geschworenen und der Grundsatz der Unumstößlichkeit des von ihnen gefundenen Wahrspruchs, der nur auf ihrer in der Hauptverhandlung gebildeten Überzeugung basierte. Insbesondere sollte sich nicht ein Gericht über diese freie Beweiswürdigung hinwegsetzen können, da man damit das Recht der freien Beweiswürdigung und das Institut des Schwurgerichts als unterlaufen angesehen hätte. Nur die Berufung als erneute Tatsacheninstanz gegen die richterliche Entscheidung des Schwurgerichts, also eine Aufrechterhaltung des Wahrspruchs und eine Kontrolle des Urteils in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht, sah man im Lichte der Prozessökonomie als schädlich und zur Rechtsschutzgarantie der Angeklagten auch nicht als erforderlich an.¹⁹⁵³

[aa]. Nichtigkeitsbeschwerde

[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Nichtigkeitsbeschwerde

Der Sinn und Zweck der Nichtigkeitsbeschwerde war vorwiegend die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung, weshalb auch nur eine Rechtskontrolle der angefochtenen Urteile stattfand und keine erneute Tatsachenüberprüfung, was einerseits im Wege der Prozessökonomie geboten war, andererseits gerade im Zusammenhang mit der Unumstößlichkeit des Wahrspruchs der Geschworenen zu sehen war. Weiter sollte mit der

¹⁹⁴⁸ Roxin/Schünemann/Kern, Strafverfahrensrecht, S. 414 f.; Peters, Strafprozeß, S. 622 f.

¹⁹⁴⁹ Zur Problematik bei der Berufung s.u. S. 309 ff.

¹⁹⁵⁰ Hippel, Der deutsche Strafprozess, S. 164; Beling, Deutsches Reichsstrafprozeßrecht, S. 399; Klefisch, Rechtsmittel, in: NJW 1951, S. 330.

¹⁹⁵¹ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 131.

¹⁹⁵² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 164; heute argumentiert man ebenfalls mit der sorgfältigeren Überprüfung der Kapitalverbrechen im Ermittlungsverfahren sowie insbesondere mit einer wesentlich stärkere Besetzung der urteilenden Gerichte (Roxin/Schünemann/Kern, Strafverfahrensrecht, S. 414 f.; Eschelbach, in: Graf, Kommentar StPO, § 312 Rn. 1).

¹⁹⁵³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 132.

Nichtigkeitsbeschwerde grundsätzlich nicht eine Entscheidung in der Sache fallen, sondern lediglich ein fehlerhaftes Urteil aufgehoben und zur Neuentscheidung zurückverwiesen werden. Die Nichtigkeitsbeschwerde war nach damaligem Verständnis ein ordentliches Rechtsmittel. Auch nach heutigen Maßstäben würden wir die Nichtigkeitsbeschwerde als Rechtsmittel einstufen, da ihr durch die Verhandlung am Obersten Gerichtshof ein Devolutiveffekt sowie Suspensiveffekt innewohnten, denn solange über die Nichtigkeitsbeschwerde nicht entschieden war, konnte das vorhergehende Urteil nicht vollstreckt werden, Art. 217 dG.¹⁹⁵⁴ In Abweichung zum französischen Recht wurde die Nichtigkeitsbeschwerde gem. Art. 230 ff. dG nicht in zwei unterschiedliche Ausgestaltungen aufgeteilt.¹⁹⁵⁵

[bb]. Statthaftigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde

Neben den Schwurgerichtsurteilen, welche die Todesstrafe verfügten und gem. Art. 233 dG immer von Amts wegen vom Obersten Gerichtshof geprüft werden mussten, war die Nichtigkeitsbeschwerde statthaft, wenn durch das verurteilende schwurgerichtliche Urteil eine wesentliche Förmlichkeit verletzt wurde oder eine fehlerhafte Anwendung des Rechts geltend gemacht werden konnte, Art. 230 Abs. 1 Nr. 1 – 3 dG. Dem Angeklagten stand in allen Fällen seiner Verurteilung die Nichtigkeitsbeschwerde zu, wenn er die Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit bei der schwurgerichtlichen Verhandlung, Art. 230 Abs. 1 Nr. 1 dG, die Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit beim schwurgerichtlichen Urteil, Art. 230 Abs. 1 Nr. 2 dG, oder eine Gesetzesverletzung im Urteil, Art. 230 Abs. 1 Nr. 3 dG iVm Art. 232 dG, geltend machen konnte. Dem Staatsanwalt stand im Falle der Verurteilung des Angeklagten hingegen lediglich in den beiden Fällen von Art. 230 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 dG iVm Art. 232 dG die Nichtigkeitsbeschwerde offen. Nur im Fall von Art. 230 Abs. 1 Nr. 1 dG musste die gesamte schwurgerichtliche Verhandlung wiederholt werden und auch der Wahrspruch der Geschworenen aufgehoben werden, in den anderen Fällen blieb der Wahrspruch bestehen, und es wurde lediglich das Urteil als nichtig erklärt. Die eingeschränkte Beschwerdefähigkeit der Staatsanwaltschaft hing abermals mit der Achtung gegenüber dem Wahrspruch der Geschworenen zusammen und mit der Schutzrichtung der Verfahrensvorschriften. Die Verfahrensvorschriften, die wesentliche Förmlichkeiten darstellten, dienten ganz überwiegend dem Schutz des Angeklagten. Wurde nun zu Lasten des Angeklagten eine solche Vorschrift verletzt und wollte sich der Angeklagte trotz dieses Nachteiles dem Wahrspruch der Geschworenen unterwerfen, so sollte auch vonseiten Staatsanwaltes der Wahrspruch respektiert werden. Schließlich sollte dem Angeklagten, der derjenige war, der durch den Verfahrensverstoß benachteiligt war, nicht noch der zusätzliche Nachteil der Gefahr der Reformatio in peius in der neuen Schwurgerichtssitzung zugefügt werden.¹⁹⁵⁶

¹⁹⁵⁴ Möchte man einen Vergleich zu den Rechtsmitteln im heutigen deutschen Strafprozess ziehen, so wäre die Nichtigkeitsbeschwerde am ehesten mit der Revision zum Bundesgerichtshof gleichzusetzen, §§ 333 ff. StPO.

¹⁹⁵⁵ Das französische Recht kannte die Unterscheidung zwischen der demande en nullité und dem recours en cassation (Walther, Strafprozeßrecht, S. 414).

¹⁹⁵⁶ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 133 f.

Bei Freispruch des Angeklagten konnte ausschließlich der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde erheben, Art. 234 dG, und dies auch nur in dem Fall, wenn das Schwurgericht den Wahrspruch der Geschworenen nicht unter den Tatbestand eines Strafgesetzes zu subsumieren vermochte, also wenn die Geschworenen den Angeklagten für schuldig befunden hatten, allerdings das Gericht ihn freigesprochen hatte, da es kein Strafgesetz als verletzt ansah, Art. 202 dG. Im Fall des Art. 198 dG war der Freispruch die unumstößliche Folge des Wahrspruches der Geschworenen und daher nicht durch Staatsanwalt angreifbar. Man sah in diesen Regelungen ganz eindeutig die hohe gesetzgeberische Achtung vor dem Wahrspruch der Geschworenen, da dieser durch die Nichtigkeitsbeschwerde vonseiten des Staatsanwaltes nicht angefochten werden konnte.

Außer in den Fällen der Prüfung des Urteils von Amts wegen war bis zur öffentlichen Verhandlung über die Nichtigkeitsbeschwerde stets ein Rechtsmittelverzicht möglich wie auch eine Rücknahme des Rechtsmittels.

Die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil war auch nur statthaft für Verletzungen von wesentlichen Förmlichkeiten im Verfahren vor den Schwurgerichten, nicht gegen Verfahrenverletzungen in der Voruntersuchung, da hier eine gesonderte Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Anklageerkenntnis, den Beschluss des Appellationsgerichts, geführt werden musste, Art. 66 dG.¹⁹⁵⁷

[aaa]. Frist und Form der Nichtigkeitsbeschwerde

Die Frist für die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde war wiederum davon abhängig, ob es sich um ein verurteilendes oder ein freisprechendes Erkenntnis handelte. Bei verurteilenden Erkenntnissen mussten Angeklagter wie auch der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde innerhalb von drei Tage nach Verkündung des Urteils einlegen, Art. 235, 236 Abs. 1 dG, der Staatsanwalt im Falle des Freispruchs binnen vierundzwanzig Stunden, Art. 236 Abs. 2 dG. Einzulegen waren alle Nichtigkeitsbeschwerden beim *Judex a quo*, also dem Ausgangsgericht. Formell musste die Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft stets eine Ausführung der Beschwerdepunkte enthalten, Art. 236 Abs. 3, 245 dG. Im Gegensatz hierzu musste aber der beschwerdeführende Angeklagte nie die Beschwerdepunkte bezeichnen, obgleich ihm freilich diese Möglichkeit dennoch offenstand, a.e.c. Art. 245 Abs. 2 Nr. 1 dG.

[bbb]. Nichtigkeitsbeschwerdegründe

Die Nichtigkeitsbeschwerdegründe waren neben den relativen Beschwerdegründen, Verletzungen des materiellen Rechts, was durch Art. 232 dG konkretisiert wurde, und dem Ausnahmefall der Nichtigkeitsbeschwerde für den Staatsanwalt bei Freispruch des Angeklagten, trotz Verurteilung durch die Geschworenen in der Schuldfrage, Art. 234 dG, vorwiegend die Verletzungen von wesentlichen Förmlichkeiten im Verfahren, die absolute Beschwerdegründe darstellten. Wann eine solche Verletzung vorlag, zählte der acht-

¹⁹⁵⁷ Kritisch hierzu Petersen, der die Lücke im Gesetz rügt, die sich durch die Verletzung wesentlicher Förmlichkeiten im Anklageerkenntnis ergibt (Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 52).

zehn Nummern umfassende Katalog von Art. 231 dG auf, der allerdings nicht abschließend war, was durch das Wort „insbesondere“ zu Beginn der Vorschrift deutlich gemacht wurde.¹⁹⁵⁸ Bei diesen absoluten Beschwerdegründen, welche die Vorschrift aufzählte handelte es sich um die Verletzung zwingender Grundnormen des Strafprozessrechts, deren Beachtung jedenfalls für die Zukunft sichergestellt werden sollte und bei denen durch den Gesetzgeber eine Entscheidungserheblichkeit unwiderlegbar vermutet wurde.¹⁹⁵⁹ Die Beschwerdegründe basierten auf Verletzungen der Grundsätze auf rechtliches Gehör, der Öffentlichkeit des Verfahrens, des gesetzlichen Richters¹⁹⁶⁰ und des gerechten Verfahrens¹⁹⁶¹. Dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs wurde durch Art. 231 Nr. 3, 8, 18 dG Rechnung getragen, wonach die Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit vorlag, wenn der Angeklagte bei Kapitalverbrechen keinen Verteidiger beiseite gestellt bekam, ein förmlicher Verteidigungsantrag des Angeklagten entweder nicht bearbeitet oder zu Unrecht abgelehnt worden war und wenn im Falle von sprachlichen Hindernissen in der Person des Angeklagten, sei es, weil er taub, stumm oder taubstumm war beziehungsweise eine andere Sprache sprach, kein Dolmetscher beigeordnet wurde. Weiter statuierte das Gesetz den Grundsatz des öffentlichen Verfahrens als wesentliche Förmlichkeit, Art. 231 Nr. 5 dG. Der verfassungsrechtliche Grundsatz des gesetzlichen Richters wurde durch Art. 231 Nr. 7, 9, 11, 16 dG verwirklicht und deshalb die Abwesenheit von Richtern, Geschworenen und Protokollführern in der Verhandlung sowie die unvorschriftsmäßige Besetzung von Richter- und Geschworenenbank als Nichtigkeitsgründe normiert. Breiten Schutz erfuhr auch der Grundsatz des gerechten Verfahrens, der freilich auch allen anderen Beschwerdegründen immanent war, durch Art. 231 Nr. 1, 2, 4, 6, 10, 12, 13, 14, 15, 17 dG.¹⁹⁶² Danach lagen Nichtigkeitsgründe vor, wenn ein sozusagen unwiderleglich vermutet befangener Richter, worunter auch die Geschworenen zu verstehen waren,¹⁹⁶³ an der Verurteilung mitgewirkt hatte, was die Fälle betraf, dass eine Beteiligung als Geschädigter, als Zeuge, Sachverständiger, Dolmetscher oder Mitglied des Anklagerichtes vorlag oder eine Mitwirkung an einer früheren Verurteilung des Angeklagten in selber Sache gegeben war. Weiter, wenn erforderliche Beeidigungen von Geschworenen und Zeugen unterblieben, der Wahrspruch an einem Formmangel litt, der Angeklagte wegen einer anderen als der angeklagten Tat verurteilt wurde, das Urteil nicht die angewandten Gesetzesstellen zitierte, und schließlich, wenn dem Angeklagten nicht rechtzeitig die Geschworenenliste übergeben wurde, damit sich dieser umfassend auf die Verhandlung vorbereiten konnte.

¹⁹⁵⁸ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 134.

¹⁹⁵⁹ Eine entsprechende Regelung sehen wir im heute geltenden Strafprozess in § 338 StPO (Kuckein, in: Karlsruher Kommentar StPO, § 338 Rn. 1 f.)

¹⁹⁶⁰ Was auch bereits damals ein verfassungsrechtlicher Grundsatz gewesen ist, Titel IV § 8 Abs. 2 BV 1818.

¹⁹⁶¹ Bereits damals in Anlehnung an das englische Recht unter dem Begriff „fair trial“ bekannt (Mittermaier, Das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, S. 53; Walther, Rechtsmittel I, S. 167).

¹⁹⁶² Ein Grundsatz des Rechtsstaatsprinzips, der heute in Art. 6 EMRK niedergelegt ist.

¹⁹⁶³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 135.

[ccc]. Gang des Verfahrens der Nichtigkeitsbeschwerde

Im Grundsatz lehnten sich auch die Vorschriften über den Verfahrensgang der Nichtigkeitsbeschwerde wieder an die desjenigen vor den Schwurgerichten an. So fanden hinsichtlich Handhabung der Ordnung in der Sitzung, der Öffentlichkeit, der Beratung und Abstimmung in der geheimen Sitzung des Senates selbst sowie den Vorschriften über die Verkündung und Ausfertigung der Urteile auch im Verfahren der Nichtigkeitsbeschwerde die Vorschriften über die Schwurgerichte Anwendung, Art. 244, 253 dG.

Nachdem die Nichtigkeitsbeschwerde form- und fristgerecht erhoben war, konnte zur Begründung eine Denkschrift eingereicht werden, was innerhalb von 14 Tagen nach Verkündung des Urteils möglich, aber nicht verpflichtend war, Art. 239 dG. Auch Ablehnungsgründe gegen die Gerichtsmitglieder mussten innerhalb dieser Frist geltend gemacht werden, Art. 239 Abs. 3 dG. Entweder bei Einreichung der Denkschrift, spätestens aber nach Ablauf der Vierzehntagesfrist wurden alle Verfahrensakten an den Obersten Gerichtshof versandt, Art. 240 dG, wo sodann der Präsident einen Referenten ernannte und die Akten dem Generalstaatsanwalt zustellen ließ, der diese eingehend zu prüfen hatte und dazu schriftliche Anträge abzufassen hatte, die wiederum zusammen mit den Akten dem Referenten des Senats übersandt wurden. Der Referent erstattete anhand der Akten dem Senat an einem vom Präsidenten zur Verhandlung festgesetzten Tag Vortrag, Art. 241 Abs. 1 dG. Hatte sich der Angeklagte einen Verteidiger am Sitz des Obersten Gerichtshof bestellt, so war diesem und dem Staatsanwalt der Verhandlungstag mitzuteilen, Art. 241 Abs. 2 dG. Aus dieser Vorschrift wurde im Umkehrschluss deutlich, dass vor dem Obersten Gerichtshof keine Vertretungspflicht des Angeklagten mehr bestand, da man von der ordnungsgemäßen Rechtspflege und unparteilichen Würdigung der Sache durch das höchste Gericht des Königreichs überzeugt war. Die Würde die man dem Obersten Gerichtshof zusprach, wurde aus Art. 241 Abs. 3 dG deutlich, wonach inhaftierte Angeklagte nicht vor dem Senat erscheinen durften, sondern nur durch einen Verteidiger dort vertreten werden konnten. Aber nicht nur im Falle der Inhaftierung wurde auf die Anwesenheit des Angeklagten verzichtet, denn generell war die Anwesenheit des Angeklagten nicht erforderlich, da man davon ausging, dass eine solche bei der Nichtigkeitsbeschwerde nicht notwendig war, da sie allein die Behandlung von Rechtsfragen betraf und daher dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs genügt wurde, wenn man dem Angeklagten das Recht zusprach, sich einen Verteidiger zu bestellen.¹⁹⁶⁴ Der Referent trug in der mündlichen Verhandlung das ursprüngliche Verfahren vor und stellte die vorgebrachten Nichtigkeitsgründe des Beschwerdeführers vor, Art. 242 dG, worauf der Beschwerdeführer erwidern konnte und wiederum der Gegner. Hatten sowohl Staatsanwaltschaft wie auch der Angeklagte Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, so hatte der Angeklagte oder sein Verteidiger zuerst das Wort, Art. 243 Abs. 1, 2 dG. Sobald der Oberste Gerichtshof die Sache als genügend erörtert erachtete, wurde die Sitzung geschlossen, dem Angeklagten oder seinem Verteidiger im Falle der Anwesenheit aber das letzte Wort gewährt, Art. 243 Abs. 3, 4 dG.

¹⁹⁶⁴ Walther, Strafprozeßrecht, S. 435 f.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 141.

[ddd]. Prüfungskompetenz des Obersten Gerichtshofes

Bei der anschließenden Prüfung der Sache durch den Obersten Gerichtshof musste unterschieden werden, von wem die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht wurde, Art. 245 dG. Hatte die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt, so hatte der Oberste Gerichtshof auch lediglich in den gerügten Beschwerdepunkten, die in diesem Fall bei der Einlegung benannt werden mussten, eine Prüfungskompetenz, Art. 245 Abs. 1 dG. Hatte der Angeklagte Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, so war wiederum zu differenzieren, da hier nicht zwingend Beschwerdepunkte geltend gemacht werden mussten. Ohne Bezeichnung der Beschwerdepunkte überprüfte der Oberste Gerichtshof das Urteil des Schwurgerichts umfassend, zuerst hinsichtlich der Verletzung wesentlicher Förmlichkeiten, sodann auf Verstöße gegen materielles Recht. Hatte der Angeklagte Beschwerdepunkte bezeichnet, wurde abermals unterschieden. Machte er eine Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit vor der Urteilsfällung geltend, überprüfte das Gericht wieder umfassend. Machte er aber lediglich Formverletzungen bei der Urteilsfällung geltend, so war der Oberste Gerichtshof in seiner Prüfungskompetenz wegen des Respekts vor dem Wahrspruch der Geschworenen beschränkt und durfte Formverletzungen vor und bei diesem nicht prüfen.¹⁹⁶⁵ So auch wenn nur die Verletzung materiellen Rechts geltend gemacht wurde. Das Gericht prüfte dann zwar umfassend die materielle Richtigkeit des Urteils, ließ aber den Wahrspruch der Geschworenen unangetastet.

[eee]. Entscheidung über die Nichtigkeitsbeschwerde

Während bei Unzulässigkeit oder Unbegründetheit der Nichtigkeitsbeschwerde diese verworfen wurde, unterscheiden sich bei zulässiger und begründeter Beschwerde die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs.

In der überwiegenden Zahl der Fälle hatte der Oberste Gerichtshof als Kassationshof zu entscheiden, also durch Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung an ein Schwurgericht, das aber in jedem Fall neu zu besetzen war, sowohl hinsichtlich der Richterbank wie auch der Geschworenenbank. Kassierte der Gerichtshof das Urteil wegen der Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit, so gab es zwei Entscheidungsmöglichkeiten, je nachdem ob der Verstoß vor oder nach dem Wahrspruch stattgefunden hatte – vor dem Wahrspruch musste die Sache vollkommen neu vor einem neubesetzten Schwurgericht verhandelt werden, nach dem Wahrspruch musste lediglich eine neubesetzte Richterbank ein neues Urteil fällen, Art. 248 dG. Das Schwurgericht war in diesen Fällen in seiner Entscheidung wieder vollkommen frei.

Wurde das Urteil wegen einer unrichtigen Anwendung des materiellen Rechts aufgehoben und zurückverwiesen, Art. 249 Nr. 2 dG, blieb ebenfalls der Wahrspruch stets bestehen, und ein neues Richterkollegium musste auf Grundlage des alten Wahrspruchs abermals ein Urteil erlassen, wobei es nicht an die Rechtsauffassung des Obersten Gerichtshofes gebunden war. Erst bei einer weiteren zulässigen und begründeten Nichtigkeitsbeschwerde, über die der Oberste Gerichtshof sodann in einer Plenarversammlung

¹⁹⁶⁵ Walther, Strafproceßrecht, S. 440.

zu entscheiden hatte, konnte das zweite Urteil abermals aufgehoben werden und war von einem weiteren neu besetzten Gericht, diesmal aber mit der Rechtsauffassung des Obersten Gerichtshofes, zu entscheiden, Art. 252 dG.

Dieses System der Zurückverweisung an ein neues Richterkollegium beruhte auf zweierlei Gründen, einmal dem Schutz des Angeklagten, dahingehend, dass er nicht wieder denselben Richtern ausgesetzt sein sollte, zum anderen aber auch dem Schutz der richterlichen Unabhängigkeit. Ein Richter sollte nicht gegen seine Überzeugung, die er im ersten Urteil gebildet hatte, neu entscheiden müssen – auch nicht auf Anweisung durch ein höheres Gericht.¹⁹⁶⁶

In einem einzigen Fall entschied der Oberste Gerichtshof nicht als Kassationshof, sondern selbst als direkt erkennendes, revidierendes Obergericht in der Sache. Wenn der Angeklagte wegen irriger Gesetzesanwendung zu einer Strafe verurteilt wurde, der Gerichtshof allerdings der Ansicht war, dass durch die Tat kein Strafgesetz verletzt worden war, so hob er das angefochtene Urteil auf und verfügte selbst die Freisprechung von der Anklage und Entlassung des Angeklagten, Art. 249 Nr. 1 dG.¹⁹⁶⁷

[cc]. *Wiederaufnahme des Verfahrens*

[aaa]. *Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens*

Die Wiederaufnahme des Verfahrens, im französischen Recht als *Révision* bezeichnet,¹⁹⁶⁸ allerdings mit unserer heutigen Revision des deutschen Strafprozesses keineswegs vergleichbar,¹⁹⁶⁹ fußte auf der Ansicht, dass es in bestimmten Fällen aufgrund des Gebotes der Gerechtigkeit bei jedem Endurteil, auch denen des Schwurgerichtes, eine Anfechtung der Tatsachenentscheidung geben musste, wenn sich spezielle neue Tatsachen oder Beweismittel ergaben – ein relevantes *Novum*, das mit der Tatsachenentscheidung in derartigem Widerspruch stand, dass diese in ihren Grundfesten erschüttert wurde.¹⁹⁷⁰ Die Wiederaufnahme des Verfahrens war ganz klar an die *Révision* des französisch-pfälzischen Rechts angelehnt, wobei nahezu alle anderen modernen Staaten Äquivalente kannten.¹⁹⁷¹

Nach zeitgenössischer Auffassung war die Wiederaufnahme des Verfahrens ein außerordentliches Rechtsmittel, da ihr zwar ein Devolutiveffekt innewohnte, sie allerdings nur einen eingeschränkten Suspensiveffekt hatte, nämlich wenn mit dem Vollzug der Strafe noch nicht begonnen wurde, Art. 273 dG.¹⁹⁷² Nach heutiger Einordnung würde man die

¹⁹⁶⁶ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 143

¹⁹⁶⁷ Walther, Strafprozeßrecht, S. 444.

¹⁹⁶⁸ Walther, Rechtsmittel II, S. 118 ff.

¹⁹⁶⁹ Möchte man einen Vergleich zur Revision im heutigen Recht anstellen, so müsste man die Nichtigkeitsbeschwerde als das entsprechende Rechtsmittel heranziehen (s.o. Anm. 1954).

¹⁹⁷⁰ Walther, Strafprozeßrecht, S. 450 f.; Walther, Rechtsmittel II, S. 118 ff.

¹⁹⁷¹ England, Schottland, Amerika, Sizilien, Parma, Griechenland, Holland, Portugal, Waadtland. (Mittermaier, Das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, S. 523 ff.; Ders., Das deutsche Strafverfahren II, S. 642; Walther, Rechtsmittel II, S. 123.

¹⁹⁷² Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 47 f.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 146; Walther, Strafprozeßrecht, S. 450.

Wiederaufnahme des Verfahrens als außerordentlichen Rechtsbehelf begreifen, da mit dieser die Durchbrechung der Rechtskraft möglich war.¹⁹⁷³

[bbb]. Statthaftigkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens

Wegen des Grundsatzes ne bis in idem war die Wiederaufnahme nur statthaft gegen verurteilende Erkenntnisse des Schwurgerichts, Art. 263 dG, und sollte allen voran vom Angeklagten selbst betrieben werden, da sie insbesondere in seinem Interesse lag, wobei sie schon ihrer Natur wegen von jedermann betrieben werden konnte, Art. 265 dG, da es um die Wahrung des allgemeinen Interesses hinsichtlich der tatsächlichen Wahrheitsfindung ging – auch der Staatsanwalt sollte als Organ der Rechtspflege und damit als „Vertreter des Rechts und der Wahrheit“¹⁹⁷⁴ von Amts wegen die Wiederaufnahme betreiben können, Art. 271 dG.¹⁹⁷⁵ Selbst im Falle eines bereits verstorbenen Angeklagten konnte das Verfahren angestrengt werden, hier allem voran durch die nahen Angehörigen des Verurteilten, die ein Interesse an der Rehabilitierung ihres Verwandten hatten.

Die Fallkonstellationen, bei denen eine Wiederaufnahme des Verfahrens statthaft war, zählte das Gesetz in Art. 264 dG abschließend auf. Es handelte sich hierbei um Fälle, bei denen die Unschuld eines Verurteilten gegeben sein musste oder zumindest eine Fehlverurteilung äußert naheliegend war, namentlich wenn wegen derselben Tat zwei Personen unabhängig voneinander verurteilt worden waren und damit zwingend einer der Verurteilten unschuldig sein musste, Art. 264 Nr. 1 dG, wenn jemand wegen Tötung verurteilt wurde, sich später aber herausstellte, dass das Tatopfer zumindest nach dem Zeitpunkt der vermeintlichen Tatbegehung noch lebte, Art. 264 Nr. 2 dG, und wenn gegen Zeugen, die in der Verhandlung gegen den Verurteilten mutmaßlich falsch ausgesagt hatten, wegen dieser Falschaussage bereits ein Untersuchungsverfahren angelaufen war, Art. 264 Nr. 3 dG.

[ccc]. Frist und Form der Wiederaufnahme des Verfahrens

Das Wiederaufnahmegesuch musste schriftlich beim Judex a quo eingereicht werden, wenn das Wiederaufnahmegesuch von einem inhaftierten Verurteilten gestellt wurde, konnte es dem Anstaltsvorsteher mündlich zu Protokoll gegeben werden, der es an den Judex a quo übersandte, Art. 266 dG. Der Staatsanwalt wurde von dem Gesuch in Kenntnis gesetzt, und ihm wurde eine Frist zur Stellungnahme von acht Tagen gegeben, nach denen die Akten zum Obersten Gerichtshof versandt wurden.

[ddd]. Verfahren und Entscheidung bei Wiederaufnahme des Verfahrens

Das dortige Verfahren hinsichtlich des Wiederaufnahmegesuches war wieder entsprechend der Nichtigkeitsbeschwerde geregelt, Art. 267 dG, und bei Begründetheit des Gesuches wurde das ursprüngliche Urteil samt Wahrspruch vollständig aufgehoben und die

¹⁹⁷³ Wir sehen ohnehin eine durchaus ähnliche Ausgestaltung der Wiederaufnahme des Verfahrens im heutigen Strafprozess in § 359 StPO (Schmidt, in: Karlsruher Kommentar StPO, Vor. § 359 ff. StPO, Rn. 5).

¹⁹⁷⁴ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 149

¹⁹⁷⁵ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 146 ff.

Sache zur erneuten Verhandlung vor ein neu zusammengesetztes Schwurgericht verwiesen, Art. 268, 269, 270 dG, wie es auch bei der Nichtigkeitsbeschwerde im Falle von Verfahrensfehlern vor dem Wahrspruch der Geschworenen erfolgte, Art. 272 dG.

[dd]. Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes

[aaa]. Sinn, Zweck und rechtliche Einordnung der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes

Neben der Nichtigkeitsbeschwerde führt das Gesetz im Titel über die Rechtsmittel unter Art. 254 – 261 dG die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes an. Ziel der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes war nicht, das Urteil gegenüber dem Angeklagten abzuändern oder aufzuheben, sondern nur, den Verstoß gegen Verfahrensvorschriften zu rügen und ähnliche Verstöße gegen das Gesetz für die Zukunft zu verhüten – die Beschwerde hatte somit reinen Feststellungscharakter. Nach damaligem Verständnis war die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes ein außerordentliches Rechtsmittel, da sie zwar einen Devolutiveffekt aufwies, jedoch keinen Suspensiveffekt hatte.¹⁹⁷⁶ Nach heutiger Auffassung würde die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes nicht einmal unter den Begriff der Rechtsbehelfe fallen,¹⁹⁷⁷ da sie weder die Aufhebung noch Abänderung eines Urteils verfolgte, sondern lediglich die Feststellung der Rechtsverletzung im Urteil, weshalb sie wohl als eine Klage sui generis zu bewerten wäre.¹⁹⁷⁸

[bbb]. Statthaftigkeit der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes

Dieses Rechtsmittel der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes stand entsprechend ihrem Zweck lediglich der Staatsanwaltschaft offen und umfasste all diejenigen Fälle, in denen der Angeklagte wegen Verneinung der Schuldfrage freigesprochen wurde und dennoch Verletzungen von wesentlichen Förmlichkeiten, Art. 230 Abs. 1 Nr. 1 dG, im Verfahren vorgekommen waren oder sich der Angeklagte trotz Formfehlern der Verurteilung und dem Wahrspruch der Geschworenen unterwarf und der Staatsanwalt aber aufgrund der Achtung vor dem Wahrspruch keine Nichtigkeitsbeschwerde erheben konnte, Art. 254, 255 dG.

Neben dem Staatsanwalt am Schwurgerichtshof konnte der Generalstaatsanwalt am Obersten Gerichtshof selbst die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes erheben, wenn der Staatsanwalt am Schwurgericht zunächst nur Nichtigkeitsbeschwerde erhoben hatte, aus den sodann übersandten Akten sich dann allerdings zudem noch Beschwerdegründe für eine Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes herausstellten, Art. 257 dG. Ebenso konnte der Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof für die Fälle der unrichtigen Gesetze-

¹⁹⁷⁶ Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung II, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 47 f.; Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 144.

¹⁹⁷⁷ In der zeitgenössischen Literatur nennt etwa auch Walther die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes nicht als „Rechtsmittel im eigentlichen Sinne des Wortes“ (Walther, Strafprozeßrecht, S. 477)

¹⁹⁷⁸ In ihrer Rechtsnatur ähnlich der heutigen Fortsetzungsfeststellungsklage, § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO (analog), welche die Feststellung der Rechtswidrigkeit eines erledigten Verwaltungsakts begehrt und wohl auch als Klage sui generis einzuordnen sein dürfte (Fechner, in: NVwZ 2000, S. 128; umstr., wenn auch ohne tatsächliche Bedeutung, hierzu: Kopp/Schenke, VwGO, § 113 Rn. 97; VGH München, BayVbl. 1993, S. 430; VGH München, NVwZ-RR 1992, S. 219; eingehend: Fechner, in: NVwZ 2000, S. 121 ff.).

sanwendung die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes erheben, wenn weder der Angeklagte noch der Staatsanwalt am Schwurgericht die Nichtigkeitsbeschwerde in der Sache erhoben hatten, Art. 258 dG.

[ccc]. Verfahren der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes

Einlegung, Form und Frist des Rechtsmittels entsprachen der Nichtigkeitsbeschwerde, mit der Besonderheit, dass der Angeklagte am Verfahren gänzlich unbeteiligt war, Art. 259, 261 Abs. 1 dG, so dass der Staatsanwalt innerhalb von drei Tagen nach Verkündung des Urteils und unter Angabe der Beschwerdepunkte die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes beim *Judex a quo* erheben konnte und er die Möglichkeit hatte, innerhalb von 14 Tagen nach Verkündung eine Beschwerdeschrift zur weiteren Ausführung einzureichen.

[ddd]. Entscheidung über die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes

Die Entscheidung über die Beschwerde war ein reines Feststellungsurteil, weshalb bei zulässiger und begründeter Beschwerde der Ausspruch des Obersten Gerichtshofes nur lautete, „daß in der Strafsache durch das gepflogene Verfahren, beziehungsweise durch das erlassene Urtheil das Gesetz verletzt worden sei.“¹⁹⁷⁹

Einzige Möglichkeit, dass die Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes doch noch für den Angeklagten Auswirkungen haben konnte, war, dass sich der Oberste Gerichtshof dahingehend entschied, dass bei Verurteilungen, die auf Grundlage eines Verfahrensverstosses ergingen, von Amts wegen ein Begnadigungsantrag an den König gestellt wurde, Art. 261 Abs. 2 dG, und der Monarch den Angeklagten amnestierte.

[b]. Rechtsmittel gegen Urteile der Kreis- und Stadtgerichte

[aa]. Berufung

Zwar nicht so augenscheinlich, doch entsprechend den schwurgerichtlichen Entscheidungen¹⁹⁸⁰ bestand die Problematik der Kontrolle der freien Beweiswürdigung natürlich auch bei den allein von Richtern getroffenen Entscheidungen vor den Kreis- und Stadtgerichten, die nach der Reform des Strafprozesses nun ebenfalls losgelöst waren von Beweistheorien, gegen die aber dennoch die Berufung statthaft war, weshalb bereits damals die gänzliche Abschaffung des Rechtsmittels der Berufung diskutiert wurde.¹⁹⁸¹ Zudem stand als Argument gegen die Berufung als zweite Tatsacheninstanz im Raum, dass sie nur weitere Kosten verursache und durch den Zeitablauf zwischen erstinstanzlicher Ent-

¹⁹⁷⁹ Art. 260 dG.

¹⁹⁸⁰ S.o. S. 298 ff.

¹⁹⁸¹ Zwar übernahmen die meisten deutschen Staaten, sofern sie ihre Strafprozessrechte modernisierten, das französisch-rechtliche System und behielten die Berufung als Rechtsmittel, doch wurde teilweise die Berufung oder Appellation aus diesen Gründen ganz abgeschafft, wie etwa durch die braunschweigische StPO v. 22.08.1849 (Zachariä, Deutscher Strafproceß II, S. 590; Walther, Rechtsmittel II, S. 254). Gänzlich gegen eine Berufung insbesondere: Schwarze, Die zweite Instanz im mündlichen Strafverfahren, in: Der Gerichtssaal, 1855, Bd. 2, S. 3 ff., 81 ff.; Schwarze, Die zweite Instanz im mündlichen Strafverfahren, S. 3; für eine Berufung, die nur noch der Rechtskontrolle über das erstinstanzliche Urteil ausübt, die Beweiswürdigung aber unangetastet lässt, etwa: Walther, Rechtsmittel I, S. 121 ff.

scheidung und Verhandlung in zweiter Instanz die Beweismittel nur an Wert verlieren könnten, da Zeugen sich eventuell nicht mehr erinnern, versterben oder auf andere Weise ausfallen konnten, was ebenso für die übrigen Beweismitteln galt. Die Berufung sei daher für eine Beweisaufnahme nicht so geeignet wie die erste Instanz, wo die Beweise noch „frisch“ waren.¹⁹⁸² Dennoch entschied man sich für die Vereinbarkeit der Berufung gegen Urteile der Kreis- und Stadtgerichte mit den neuen Maximen des Strafprozesses. Denn trotz freier Beweiswürdigung sei der Richter bei dieser an Recht und Gesetz gebunden und müsse auch bei der Überprüfung von Beweisen allgemein gültige rechtliche Grundsätze heranziehen, was durch die Berufung überprüft werden müsse, und bei einem hier begangenen Fehler müsse dieser gegebenenfalls auch durch eine neue Beweisaufnahme beseitigt werden. Das Hauptargument für die Erforderlichkeit der Berufung war aber praktischer Natur, man ging davon aus, dass die Besetzung der Kreis- und Stadtgerichte nicht ausreichend war, um eine Rechtspflege zu gewährleisten, die „das nöthige Vertrauen“ der Staatsbürger genießen konnte und wodurch bei diesen nicht die „Besorgnis entstehen soll[te], als könne man zu leicht von einer unabänderlichen Verurtheilung in sehr empfindliche Strafen getroffen werden.“¹⁹⁸³ Man sah daher die Kreis- und Stadtgerichte im Lichte der Rechtsschutzgarantie als zu gering besetzt an und damit eine Berufung als zweite Tatsacheninstanz als erforderlich.¹⁹⁸⁴

[aaa]. Sinn, Zweck, Einordnung und Statthaftigkeit der Berufung

Die Berufung vor dem Appellationsgericht ermöglichte die volle Kontrolle des erstinstanzlichen Urteiles sowohl in rechtlicher wie auch tatsächlicher Hinsicht – die Berufung war eine erneute, grundsätzlich uneingeschränkte Tatsacheninstanz.

Das Rechtsmittel der Berufung war statthaft gegen erstinstanzliche Urteile der Kreis- und Stadtgerichte und stand sowohl dem Staatsanwalt als auch dem Angeklagten offen. Allerdings musste das Urteil für den Angeklagten in gewisser Weise mit einer Beschwerde verbunden sein, er konnte daher nicht gegen ein freisprechendes Urteil in Berufung ge-

¹⁹⁸² Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 167 f.; dieselbe Argumentation wird auch heute gegen die Berufung vorgebracht, Tröndle beschreibt den Berufungsrichter mit dem Satz: „Er gleicht einem Koch, von dem man erwartet, daß er mit weniger Fleisch und schlechteren Zutaten einen besseren Braten bereitet.“ (Tröndle, Zur Frage der Berufung in Strafsachen, in: GA, 1967, S. 161).

¹⁹⁸³ Scheurl, Strafprozeßordnung, S. 169.

¹⁹⁸⁴ Insgesamt betrachtet ist der heutige Streitstand zur Frage der Berufung durchaus ähnlich. Der Umstand der freien Beweiswürdigung durch den Erstrichter und eine Kontrolle durch das Berufungsgericht sind heute ebenfalls noch bei jeder Entscheidung als Problematik gegeben, auch wenn das damalige schwurgerichtliche Verfahren diese augenscheinlicher hervorgehoben hatte. Die Notwendigkeit der Berufung gegen Urteile der Amtsgerichte wird aber wegen ihrer geringeren Besetzung im Lichte von Art. 19 Abs. 4 GG im gegenwärtigen Rechtsmittelsystem als gegeben angesehen. (Schulz, Zur Berufung in Strafsachen, in: Feltes/Pfeiffer/Steinhilper, Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, S. 436 ff.) Dennoch ist eine Reform des Rechtsmittelsystems im aktuellen Gespräch, und die Notwendigkeit der Unterschiedlichkeit der Instanzenzüge wird im Zusammenhang mit der Verstärkungsmöglichkeit der Spruchkörper am Amtsgericht (das erweiterte Schöffengericht, § 29 Abs. 2 S. 1 GVG) und die Schwächung der Strafkammern am Landgericht durch die fakultative Besetzungsreduktion auf dieselbe der erweiterten Schöffengerichte angezweifelt. (Eschelbach, in: Graf, Kommentar StPO, § 312 Rn. 1) Die rechtsgeschichtlichen Zusammenhänge in dieser Frage sind daher von höchster Aktualität.

hen, sehr wohl aber der Staatsanwalt, Art. 329 dG.¹⁹⁸⁵ Die Berufung wurde damals als ordentliches Rechtsmittel angesehen, was auch der heutigen Begrifflichkeit entsprechen würde, da sie sowohl Devolutiveffekt wie auch Suspensiveffekt aufwies.¹⁹⁸⁶

[bbb]. Verfahren der Berufung

Das Berufungsverfahren war grundsätzlich entsprechend dem Verfahren der Nichtigkeitsbeschwerde ausgestaltet, Art. 339 dG, brachte aber dennoch einige Besonderheiten mit sich, da es eine volle zweite Tatsacheninstanz war, bei der die Anwesenheit des Angeklagten notwendig war und auch eine volle erneute Beweisaufnahme durchgeführt werden konnte, Art. 330 dG, a.e.c. Art. 359, 360 dG. Die Ladung zum Verhandlungstermin, in dem der Berufungsführer die Beschwerdepunkte zu bezeichnen hatte, Art. 334 dG, beziehungsweise die Überstellung des Angeklagten ins Gefängnis des Appellationsgerichts und die Eröffnung der Hauptverhandlung erfolgten wie in der ersten Instanz, Art. 331, 309, 333, 315 dG.

[ccc]. Entscheidung des Appellationsgerichts

Neben der Abweisung der Berufung als unzulässig oder unbegründet bestanden bei Zulässigkeit und Begründetheit der Berufung je nach Berufungsantrag mehrere Entscheidungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Zunächst konnte die Beschwerde dahingehend geführt werden, dass die Sache erstinstanzlich vor dem sachlich unzuständigen Gericht verhandelt wurde, was zur Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und direkt zu einer erneuten erstinstanzliche Zuweisung der Sache an die Schwurgerichte durch das Appellationsgericht führte, Art. 335 Abs. 1 Fall 1 dG, wodurch auch das Appellationsgericht teilweise die Möglichkeit der Kassation des erstinstanzlichen Urteils hatte. Ausnahmsweise konnte an den Untersuchungsrichter zurückverwiesen werden, wenn weitere Sachaufklärung nötig erschien, Art. 335 Abs. 1 Fall 2 dG. Ein solcher Antrag auf Verweisung an das Schwurgericht mag auf den ersten Blick nur für den Staatsanwalt in Frage gekommen sein, da vor dem Schwurgericht im Vergleich zum Kreis- und Stadtgericht die schwereren Verbrechen abgeurteilt wurden und ein derartiger Antrag des Angeklagten eher befremdlich wirken musste. Berücksichtigt man allerdings die Umstände der Zeit, so konnte auch für den Angeklagten eine Verhandlung vor dem Schwurgericht durchaus attraktiv gewesen sein. Gerade bei politischen Verbrechen und Vergehen, insbesondere den Pressedelikten, konnte vor den Schwurgerichten mit einer sehr günstigen Haltung der Geschworenen ausgegangen werden und nicht selten bereits die Schuldfrage durch diese verneint werden, so dass

¹⁹⁸⁵ Die zeitgenössische Literatur stand der Möglichkeit der Berufung zum Nachteil des Angeklagten, also der *Reformatio in peius*, weitestgehend ablehnend gegenüber: Arnold, Unbedingte Unzulässigkeit der *Reformatio in peius* in Strafsachen, in: Der Gerichtssaal, 1858, S. 207 ff.; Arnold, Die Strafprozeß-Ordnung für das Kaiserthum Oesterreich vom 29. Juli 1853, in: Der Gerichtssaal, 1854 Bd. 1, S. 282; Zachariä, Die Gebrechen und die Reform des deutschen Strafverfahrens, S. 222; Schwarze, Die zweite Instanz im mündlichen Strafverfahren, S. 54; Rubo, Ein Beitrag zur Abfassung einer deutschen Strafprozeßordnung, in: Der Gerichtssaal, 1866, S. 461.

¹⁹⁸⁶ Walther, Strafprozeßrecht, S. 479 f.

es teilweise zu spektakulären Freisprüchen kam.¹⁹⁸⁷ Eine entsprechende Verweisungsentcheidung, allerdings ohne die besonderen Folgen bei den schwurgerichtlichen Verfahren, konnte erwirkt werden, wenn das Kreis- und Stadtgericht erstinstanzlich in unrichtiger Senatsbesetzung entscheiden hatte, Art. 335 Abs. 1 dG.

Wenn kein Fall der Unzuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts vorlag, so entschied das Appellationsgericht in seiner eigentlichen Funktion als direkt erkennendes, revidierendes Obergericht, Art. 337 dG. Bei der eigenen Entscheidung des Appellationsgerichts war allerdings zu beachten, dass eine Reformatio in peius nicht in den Fällen möglich war, in denen nur der Angeklagte das Rechtsmittel der Berufung ergriffen hatte, sondern nur dann, wenn auch der Staatsanwalt Berufungsführer war, Art. 338 dG.

Neben der Berufung, als dem einzigen ordentlichen Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kreis- und Stadtgerichte, konnte noch von der Staatsanwaltschaft das außerordentliche Rechtsmittel der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes zum Obersten Gerichtshof erhoben werden, Art. 364 dG, und von jedermann das außerordentliche Rechtsmittel der Wiederaufnahme des Verfahrens beim Appellationsgericht betrieben werden, 365 Abs. 2 dG.

Gegen die Berufungsentscheidung des Appellationsgerichts führte sodann der Rechtsweg zum Obersten Gerichtshof, wo wieder als ordentliches Rechtsmittel die Nichtigkeitsbeschwerde, Art. 362 dG, sowie die außerordentlichen Rechtsmittel der Beschwerde zur Wahrung des Gesetzes und die Wiederaufnahme des Verfahrens zur Verfügung standen, Art. 364, 365 dG.

[bb]. Ungehorsamsverfahren in der Berufungsinstanz

Da auch in der Berufungsinstanz die Anwesenheit des Angeklagten in der Verhandlung grundsätzlich erforderlich war, regelte für diesen Fall das Gesetz ebenfalls die Möglichkeit des Ungehorsamsverfahrens, nach dem wie in erster Instanz in Abwesenheit des Angeklagten entsprechend Art. 345 ff. dG verhandelt und geurteilt wurde. Gegen das Urteil war wie in erster Instanz der Einspruch zulässig, wonach sodann bei Begründetheit das ordentliche Berufungsverfahren weiter betrieben wurde. Gegen eine ablehnende Einspruchsentscheidung des Appellationsgerichts fand aber nur noch die Nichtigkeitsbeschwerde zum Obersten Gerichtshof statt, Art. 360 dG.

[5]. Gesamtbetrachtung der Strafprozessrechtsnovelle 1848 und der Verdienste von Heintz

Die StPON hatte zwar als bloße Novellierung des StGB II 1813 nicht das Ziel des Titel VIII § 7 BV 1818 umgesetzt, dass ein einheitlicher Strafprozess für das gesamte bayerische Königreich geschaffen wurde, da sie nur Geltung im rechtsrheinischen Bayern erlangte, doch war bei ihr der Grundsatz beachtet, dass eine Orientierung am französisch-pfälzischen Strafprozessrecht stattfinden sollte, wenn auch zeitgemäße Neuerungen und Verbesserungen von diesem im Hinblick auf die Anwendung im rechtsrheinischen Bayern beachtet wurden. Damit wurde zwar nicht ad hoc eine Rechtseinheit herbeige-

¹⁹⁸⁷ Heydenreuther, Kriminalgeschichte, S. 289.

führt, doch zumindest wurden das rechts- und linksrheinische Strafverfahren sehr stark angenähert, was einen wesentlichen Schritt in Richtung Rechtseinheit bedeutete. Darüber hinaus wurden mit ihr die ersten Märzforderungen hinsichtlich der Justizreform in Bezug auf das öffentliche und mündliche Verfahren in Strafsachen, die Einführung der Schwurgerichte, die Staatsanwaltschaften und der Anklagegrundsatz konkret umgesetzt.

In der zeitgenössischen bayerischen Literatur stieß die StPON überwiegend auf positive Resonanz. So sprach sich Petersen bereits 1849 äußerst anerkennend gegenüber der Novelle aus und empfahl, ihr allgemeines Vertrauen entgegenzubringen, nicht zuletzt wegen ihrer Schöpfer.¹⁹⁸⁸ Auch Prof. Dr. Friedrich Walther zollte dem bayerischen Strafprozess in der Form, den er durch die StPON erhalten hatte, noch zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten höchste Anerkennung, nicht zuletzt wegen seiner in der Praxis erwiesenen Beständigkeit und der allgemeinen Zufriedenheit, welche in Bezug auf das Gesetz bestand.¹⁹⁸⁹ Zwar regte eine anonyme Schrift im Jahre 1860 zur Reform des in Bayern geltenden Strafverfahrens an, doch nicht dahingehend, dass sie grundlegende Kritik an der StPON selbst äußerte, sondern indem sie die Forderung nach der konsequenten Weiterführung des 1848 eingeschlagenen Weges aufstellte und damit eine Verfestigung der 1848 umgesetzten Grundsätze in einem endgültigen Gesetz anstrebte, das für ganz Bayern wirksam werden sollte.¹⁹⁹⁰

Um neben den allgemeinen Bemühungen von Heintz um die StPON auch seine menschlichen Verdienste richtig gewichten zu können, müssen wir einen Blick auf sein Privatleben während der Dauer der Verhandlungen in den Gesetzgebungsausschüssen werfen, erst dann erschließt sich Heintz' tatsächlicher Einsatz für die Justizreform im Bereich des Strafprozesses. Wie bereits aus den obenstehenden Ausführungen deutlich geworden ist, war Heintz ein Mensch, für den gerade die Familie an oberster Stelle stand, und gerade in diesem privaten Bereich waren im Jahre 1848 einschneidende Erlebnisse.¹⁹⁹¹ Mitten in den Beratungen der Reform des Strafprozesses starb am 22. August 1848 der jüngste Sohn von Heintz, August, an einer Unterleibsentzündung, die er sich beim gemeinsamen Baden in der Isar mit seinem Bruder Otto zugezogen hatte. Schon der

¹⁹⁸⁸ „Für dieselbe darf aber auch allgemeines Vertrauen in Anspruch genommen werden, unter Hinweisung auf die dabei thätigen Männer. Sie vertreten gleich befriedigend die Wissenschaft und Erfahrung, wie den Geist des freisinnigen, in Schranken gehaltenen Fortschritts, welchen das gleichmäßig festgehaltene Bestreben kund gibt, auf festem Rechtsboden zu bleiben, den Schutz des Einzelnen zu verbürgen, aber darüber nicht das Wohl des Ganzen, die innere Nothwendigkeit einer starken staatlichen Ordnung, außer Acht zu lassen.“ (Petersen, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung I, in: Der Gerichtssaal, 1849, Bd. 2, S. 445).

¹⁹⁸⁹ „Das neue Strafverfahren hat in Bayern mit dem Beginne des laufenden Jahres die erste Dekade seines Lebens zurückgelegt, und die Zufriedenheit mit seinen Leistungen ist in jeder Beziehung eine so allgemeine, daß auch nicht der leiseste Zweifel an seinem Fortbestehen auftauchen kann.“ (Walther, Strafproceßrecht, Vorwort); 1871 verneinte Walther die Notwendigkeit eines neuen Strafprozessgesetzes aufgrund der zu erwartenden Reichsjustizgesetze (Walther, Bemerkungen über den Entwurf eines Strafproceß-Gesetzbuches für das Königreich Bayern vom Jahre 1870, in: Kritische Vierteljahresschrift 1871, XIII, S. 1 ff.).

¹⁹⁹⁰ Die Reform des Strafverfahrens in Bayern.

¹⁹⁹¹ S.o. S. 36 ff.; Familienbuch S. 1 f.

Verlauf der Krankheit war für Karl Friedrich Heintz eine große seelische Belastung,¹⁹⁹² und der letztendliche Tod seines Sohnes war zusammen mit der sich zuspitzenden politischen Situation¹⁹⁹³ der Moment, in dem Heintz seinen Entschluss zum Rücktritt bereits gefasst hatte, und allein sein Pflichtbewusstsein und seine Verantwortlichkeit für die anstehende Strafprozessrechtsreform hielten ihn in dieser Zeit im Amt.¹⁹⁹⁴

Trotz seiner Mühen und Opfer darf man natürlich die StPON nicht als das alleinige Werk von Karl Friedrich Heintz begreifen, da hinter ihm bei der Abfassung der Gesetzesentwürfe zur Abänderung des StGB II 1813 der Apparat des Justizministeriums stand und auch die besonderen Ausschüsse charakteristische Spuren hinterließen, etwa bei der Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände.¹⁹⁹⁵ Dennoch muss seine Person als die maßgebliche Triebfeder für den Grundcharakter des Gesetzes begriffen werden. Dies aus mehrerlei Gründen, zum einen stammen auch die Grundlagen für das Gesetz, das GrundlG und das ÄndG StGB 1813 vom Reformlandtag 1848, aus seiner Feder, zum anderen war er freilich als Kopf des Ministeriums, das den Gesetzentwurf entwickelt hat, die prägende Person für dessen Inhalt. Auch war es sein Charakter, nicht einfach ungeprüft die Entwürfe den Ausschüssen vorzulegen, was man auch wiederum aus mehreren Indizien ersehen kann. Zunächst, dass das schlussendliche Gesetz in vielen kleinen Gesetzesentwürfen vorgelegt wurde, was dafür spricht, dass Heintz diese zunächst gewissenhaft zusammen mit seinem Ministerium entwickelte, sodann selbst nochmals eingehend prüfte und erst dann den Ausschüssen vorlegte, was wiederum dadurch bestätigt wird, dass Heintz tiefgründige Kenntnis hinsichtlich jeder Detailregelung des Gesetzes hatte, wie sich in den Verhandlungen zum Gesetzentwurf deutlich zeigte. Zudem wird diese Annahme durch die Entwürfe selbst bestätigt, und zwar dadurch, dass alle Einzelentwürfe des Gesetzes trotz der Kürze der Zeit von einiger Qualität waren und sich harmonisch zu einer einheitlichen Novellierung des StGB II 1813 zusammenfügen ließen. Schließlich muss man noch sein unermüdliches Wirken in den Ausschüssen hervorheben, insbesondere in dem der Kammer der Reichsräte und im vereinigten Ausschuss beider Kammern, in denen er oftmals durch seine Erklärungen zum Gesetz die Mitglieder

¹⁹⁹² In einem Brief an seinen Bruder August, nach dem auch sein Sohn benannt war, der noch vor dem Tod seines Sohnes am 22. August 1848 abgefasst wurde, schreibt Heintz: „Unser armer August ringt infolge einer Unterleibsentzündung mit dem Tode. Was wir seit einigen Tagen leiden, kann ich nicht beschreiben.“ (Heintz, Die Nachkommen, S. 34).

¹⁹⁹³ Heintz, Die Nachkommen, S. 34; zur politischen Situation s.u. S. 320 ff.

¹⁹⁹⁴ Heintz, die Nachkommen, S. 34; in einem weiteren Brief vom 27. August 1848 schreibt Heintz an seinen Bruder: „Der schwere Verlust, der uns betroffen hat, ist Dir bereits bekannt. Ich war so ergriffen, daß ich Dir unmöglich sogleich schreiben konnte, und Fanny hatte deshalb die Gefälligkeit, es für mich zu besorgen. Der gute August war besonders hier zu unserem Liebling geworden, er war immer so vergnügt, so folgsam und aufmerksam und fing auch an, sich geistig rasch zu entwickeln. Gestern vor 8 Tagen hat die Unterleibsentzündung erst einen gefährlichen Charakter angenommen. Bis zu seinem Ende waren wir in einer Seelenpein und in einer Gemütsstimmung, die sich nicht beschreiben lässt. [...] Mein Entschluß zurückzutreten ist gefasst und hauptsächlich des harten Verlustes wegen, der uns hier betroffen. Ich kann unmöglich hier bleiben, wo mich so traurige Erinnerungen umgeben, aber den Zurücktritt muß ich leider verschieben, bis das neue Gerichtsverfahren in Strafsachen durchgeführt ist, weil man mit Recht versagen würde, mitten in der Einführung auf einmal wegzugehen.“ (Heintz, Die Nachkommen, S. 34).

¹⁹⁹⁵ S.o. S. 259.

von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Regierungsentwürfe überzeugen konnte.

b. Reformversuche im Zivilprozess/Entwurf einer Prozessordnung

aa. Allgemeines zum Entwurf der Prozessordnung 1848

Neben der Strafprozessrechtsreform wurde nach Schluss der Ständeversammlung 1848 auch eine Modernisierung des Zivilprozessrechts in Angriff genommen. Der „Entwurf einer Proceßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten“¹⁹⁹⁶ wurde von seinem Ersteller, Franz Xaver von Molitor, der bereits unter Maurer, sodann unter Heintz und danach noch zwei weitere Jahre unter Kleinschrod Ministerialrat im Justizministerium gewesen war, am 29. Oktober 1848 Justizminister Heintz vorgelegt. Wie bei der StPON lag der Beginn der Arbeiten an einem Entwurf für das Zivilprozessrecht bereits in der Zeit vor dem Amtsantritt von Karl Friedrich Heintz. Ministerverweser Maurer hatte bereits mit seinem Ministerium begonnen, entsprechende Entwürfe zu erstellen, nachdem König Ludwig I. das Gutachten zur Justizreform vom 14. Mai 1847 und die darin enthaltenen Grundlagen genehmigt hatte.¹⁹⁹⁷ Bei näherer Betrachtung des Entwurfs Molitors wird aber deutlich, dass die tatsächliche Erstellung der 1848 abgegebenen Fassung nach dem Schluss der Ständeversammlung 1848 stattgefunden hatte und damit aufgrund der Weisung von Heintz stattgefunden haben muss. Molitor legt seinem Entwurf nämlich insbesondere das GrundlG zugrunde und verwendet neben anderen Quellen für seine Ausarbeitung gerade solche aus dem Jahre 1848.¹⁹⁹⁸ Die derart zügige Erstellung des Entwurfs war Molitor möglich, da er zum einen seine Kenntnisse und Erkenntnisse aus den Arbeiten unter Maurer heranziehen konnte, zum anderen seine Arbeit auf zahlreiche geeignete Quellen und Literatur stützen konnte.¹⁹⁹⁹

bb. Der Entwurf der Prozessordnung 1848

Der Entwurf war, den Vorgaben entsprechend, die durch das GrundlG gesetzt waren, auf den Grundlagen des französischen-pfälzischen Zivilprozesses aufgebaut,²⁰⁰⁰ wobei Molitor diese einer kritischen Würdigung unterzog und nur insofern auf das rechtsrheinische

¹⁹⁹⁶ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575.

¹⁹⁹⁷ Schubert, Entwurf 1825, S. XXIX; Dickopf, Maurer, S. 92.

¹⁹⁹⁸ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 193; zur Verwendung des Entwurfs für die Zivilprozessordnung des Königreichs Württembergs 1848: HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 15.

¹⁹⁹⁹ Neben zahlreichen anderen Quellen nannte Molitor als vorwiegende Grundlage: den Code de procédure civile in seiner in der Pfalz geltenden Fassung, die Entwürfe der Zivilprozessordnungen für das Königreich Bayern 1825, 1827 und 1831 und die dazugehörigen Ausschusssitzungen der Ständeversammlung, das Gesetzbuch über das Zivilverfahren vom April 1834 für das Königreich Griechenland, das Zivilprozessrecht für das Großherzogtum Baden 1831 und die dazugehörige Novelle vom 03.08.1837, den Entwurf der Zivilprozessordnung für das Königreich Württemberg 1848, den Entwurf der Zivilprozessordnung für das Großherzogtum Sachsen 1847, den Entwurf der Zivilprozessordnung für das Königreich Hannover 1847, die Zivilprozessordnung des Kantons Genf 1819, das Zivilprozessgesetzbuch der Niederlande 1838, Thilo, Proceß-Ordnung und Thilo, Strafgesetzgebung (HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 14 f., 194).

²⁰⁰⁰ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 53.

Bayern übertrug, als sie sich in der praktischen Anwendung erprobt hatten. Dabei nahm er zugleich noch Bedacht auf das in Bayern seit 1753 bestehende Zivilprozessrecht, den Codex Juris Bavarici Judiciarii, und berücksichtigte, soweit mit dem neuen Prozessrecht vereinbar, dessen Besonderheiten.²⁰⁰¹ Der Entwurf beinhaltete entsprechend seinem Titel tatsächlich auch nur das reine Zivilverfahrensrecht und klammerte das Vollstreckungs- und Gantverfahren, also das Insolvenzverfahren, aus.²⁰⁰²

Die „hervorragenden Punkte“²⁰⁰³, wie Molitor sich in seinen Motiven zum Entwurf ausdrückte, waren die gewissenhafte Durchsetzung der Parteimaxime, die weitgehende Abschaffung des schriftlichen Verfahrens zugunsten einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung, die Vermeidung von Zwischenurteilen, die Beschränkung des Zeugenbeweises und der Verteidigungen, die Beschränkung der Restitutionen, umfangreichere Freiheit in der Geltendmachung von Verteidigungsmitteln, Verhandlungen vor Kollegialgerichten im Falle der wichtigen Streitsachen und Einzelrichtern für mindere Streitsachen sowie eine Umgestaltung des Instanzenzuges.²⁰⁰⁴

[1]. Die Parteimaxime

Molitor selbst beschrieb als die erste im Entwurf grundlegende Neuerung die konsequente Durchführung der Verhandlungs- und Parteimaxime unter Aufhebung der richterlichen Prozessleitung im gemeinrechtlichen Sinne, dergestalt, dass der Prozess nun unter der Disposition der Parteien stand.²⁰⁰⁵ Dies bedeutete, dass sein Entwurf von den Grundlagen ausging, dass nicht das Gericht, sondern die Parteien den Beginn des Prozesses, das Ende des Prozesses und den Streitgegenstand bestimmten sowie selbst alle relevanten Tatsachen vorzutragen hatten, das Gericht also nicht mehr von Amts wegen ermittelte. Diese Prinzipien gingen insbesondere aus den Vorschriften über die Klageerhebung, Art. 226 ff. dE, sowie denjenigen über die Klageschrift hervor, in der Parteien, Gericht, der genaue Streitgegenstand mit Klagegrund bezeichnet werden mussten und ein Antrag gestellt werden musste, Art. 219 dE. iVm Art. 165, 166 dE. Zudem aus den Vorschriften über das Urteil, wodurch das Gericht gerade auf das Begehren und das Vorbringen der Parteien beschränkt gewesen sein sollte, Art. 307 ff. dE. Schließlich durch die Möglichkeit von Klagerücknahme und Anerkenntnis, Art. 587 f. dE.²⁰⁰⁶ Die Funktion des Gerichts sollte sich im Grundsatz auf Prozessleitung, Art. 149 ff. dE,²⁰⁰⁷ sowie darauf beschränken, die vorgetragenen Rechtsverteidigungen der Parteien zu entscheiden. Damit der Richter gänzlich unparteilich sein konnte und das „Richteramt in seiner Reinheit erhalten“ werden konnte, geschah die Herausnahme des Vollstreckungsrechts aus der eigentlichen

²⁰⁰¹ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 193.

²⁰⁰² HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 14.

²⁰⁰³ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 193.

²⁰⁰⁴ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 193.

²⁰⁰⁵ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 193.

²⁰⁰⁶ Der Grundsatz der Parteimaxime ergibt sich auch heute aus entsprechenden Vorschriften der ZPO: §§ 253 Abs. 2 Nr. 2, 269, 282, 307, 308 Abs. 1 ZPO.

²⁰⁰⁷ Diese Einschränkung der Parteimaxime ist heute in § 139 ZPO enthalten.

Prozessordnung, da dies nun nicht mehr Aufgabe des entscheidenden Richters sein sollte, sondern von den Parteien über bestimmte hierfür aufgestellte Vollstreckungsbeamte betrieben werden sollte.²⁰⁰⁸

Kein Verstoß gegen die Parteimaxime war es, dass der Entwurf eine Provokationsklage in Art. 69 ff. dE vorsah, womit man als Anspruchsgegner denjenigen, der sich des Anspruchs berühmte, über das Gericht innerhalb einer Frist zur Erhebung einer Klage, zur Durchsetzung des Anspruchs, aufforderte und dieser im Falle der Nichtbetreibung der Klage seines behaupteten Anspruchs verlustig ging. Die Provokationsklage war zur damaligen Zeit nicht unumstritten, da man durch den Zwang zur Klage einen tiefen Eingriff in die Rechte des vermeintlichen Anspruchsinhabers verband. Dennoch entschied sich Molitor, insbesondere da auch das französisch-pfälzische Recht dieses Institut kannte, für die Aufnahme der Provokationsklage in seinen Entwurf.²⁰⁰⁹

[2]. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens

Lediglich zur Vorbereitung der öffentlichen und mündlichen Verhandlung sollte ein schriftliches Verfahren stattfinden, das allerdings kein tatsächliches Vorverfahren gewesen ist, sondern nur der Austausch von Schriftsätzen zwischen Kläger, Beklagtem und Gericht zum Zwecke der Konkretisierung von Klage und Verteidigung. Eine Einschränkung des Mündlichkeitsgrundsatzes sollte nur ausnahmsweise vor den Kollegialgerichten durch ein schriftliches Verfahren geschehen können, wenn die Schwierigkeit der Rechtslage ein solches aus prozessökonomischen Gründen erforderlich machte, Art. 604 ff. dE. Eine öffentliche und mündliche Verhandlung, in der auch noch weiterer Parteivortrag möglich war, sollte aber deswegen nicht entbehrlich werden, Art. 617 dE – auch das schriftliche Verfahren sollte damit ein bloßes Vorverfahren zur Vorbereitung der eigentlichen Sitzung sein.

Alle Verhandlungen vor den Gerichten, sowohl den Einzelrichtern wie auch den Kollegialgerichten, sollten grundsätzlich öffentlich stattfinden, Art. 144 Abs. 1 dG, wobei Kinder und Personen, die nicht in einer Weise erschienen, die dem Gericht angemessen war, stets ausgeschlossen sein sollte, Art. 144 Abs. 2 dE. Generell nichtöffentlich sollten die Urteilsberatungen des Gerichts, Ehescheidungs- und Schwägerungssachen, Klagen im Zusammenhang mit Ehebruch und zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie sein, Art. 145 Nr. 1 – 4 dE. Der derart ausgestaltete Öffentlichkeitsgrundsatz sollte in Anlehnung an Art. 87 ZPOPf ebenfalls ausnahmsweise durch Gerichtsbeschluss beschränkt werden können,²⁰¹⁰ Art. 144 Abs. 1 dE iVm Art. 146 dE, wenn bei zumindest einer der Parteien durch die Öffentlichkeit die Entstehung eines wesentlichen Nachteils

²⁰⁰⁸ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 238.

²⁰⁰⁹ HStAHann, Hann. 26a Nr. 575, S. 210 ff.; nach der ZPO würde man heute einem solchen Fall mit einer negativen Feststellungsklage gem. 256 Abs. 1 ZPO begegnen. Andere Länder, deren Prozessordnung auf dem Code de procédure civile beruht, wie etwa der Kanton Basel-Stadt kennen aber noch das Institut der Provokationsklage (§ 45 ZPO BS).

²⁰¹⁰ Zu Art. 87 ZPOPf s.o. S. 83 ff.

wahrscheinlich war oder die Verletzung des Schamgefühls oder eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, eines „Ärgernis[s]“, zu besorgen war.²⁰¹¹

[3]. Der Instanzenzug

Der Entwurf Molitors sah im IV. Buch, Art. 767 ff. dE, einen Instanzenzug mit zwei Tatsacheninstanzen und einer Kassationsinstanz vor. Gegen richterliche Verfügungen und Handlungen, die keine Urteile waren, sollte das Rechtsmittel der Beschwerde zum jeweiligen Obergericht offenstehen, Art. 832 dE.

Erstinstanzlich entscheiden die Einzelrichter an den Stadt- und Landgerichten in den geringeren Streitsachen, was sich einerseits am Streitwert, andererseits an der Einfachheit der Rechtslage orientieren sollte, wofür im einzelnen Art. 700 dE spezielle Kataloge aufstellte. Für die gewichtigeren Streitsachen sollten die kollegial besetzten Bezirksgerichte zuständig sein, Art. 218 ff. dE. Vor den Kollegialgerichten mussten die Parteien von einem beim jeweiligen Gericht zugelassenen Advokaten vertreten sein. Das Kriterium der Zulassung diene der Prozessökonomie dahingehend, dass Verzögerungen der Prozesse durch Terminkollisionen und lange Anreisen vermieden werden sollten. Der Anwaltszwang an sich diene ebenfalls einerseits der Prozessökonomie, in Bezug auf eine juristisch präzise Darstellung des Streitstandes, und andererseits der kompetenten Vertretung und Beratung der Parteien.

Gegen alle erstinstanzlichen Entscheidungen sollte ausnahmslos, ohne die Festsetzung einer Berufungssumme, stets die Berufung zum jeweiligen Obergericht zulässig sein, für die bei den Stadt- und Landgerichte das Bezirksgericht, für die Bezirksgerichte das Appellationsgericht vorgesehen war, Art. 767 Abs. 1 dE.

Gegen die Berufung sollte keine weitere Berufung statthaft, Art. 767 Abs. 2 dE, sondern allein die Einlegung außerordentlicher Rechtsmittels möglich sein.²⁰¹² Hierunter verstand der Entwurf die Wiederaufnahme des Verfahrens, die keinen Devolutiveffekt aufwies, da der Iudex a quo über die Wiederaufnahme entscheiden sollte, Art. 815 dE, und wofür bestimmte Voraussetzungen notwendig gewesen wären, die Art. 815 – 817 dE in einem Katalog aufführte. Als Beispiele können widersprechende Urteile in derselben Sache vor demselben Gericht oder Vollmachtsübertretungen der Anwälte genannt werden, Art. 815 Nr. 2, 3 dE. Durch die Wiederaufnahme sollte sodann die Streitsache ganz oder teilweise vor dem Berufungsgericht neu verhandelt werden.

Weitaus wichtigeres außerordentliches Rechtsmittel war die Nichtigkeitsbeschwerde zum Obersten Gerichtshof, die einen Devolutiveffekt, allerdings keinen Suspensiveffekt aufweisen sollte, Art. 843, 850 dE, und sowohl durch die Anwälte beim Iudex a quo als auch durch einen am Obersten Gericht zugelassenen Anwalt erhoben werden hätte können, Art. 851 dG, wenn bestimmte Nichtigkeitsgründe geltend gemacht wurden, die in ihrer Natur entweder Verfahrensfehler, widersprechende Urteile in selber Sache von ver-

²⁰¹¹ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 53 f.

²⁰¹² Beim Entwurf Molitors entspricht der Begriff der Rechtsmittel dem von Wernz, CPO 1869 II, S. 593 f. (s.o. S. 299).

schiedenen Berufungsgerichten oder unrichtige Anwendung materiellen Rechts gewesen wären, Art. 843 dE – nur aus diesen Gründen sollte die Nichtigkeitsbeschwerde statthaft sein, neue Tatsachen sollten nicht vorgetragen werden können. Der Oberste Gerichtshof sollte als Kassations- und Revisionsgericht fungieren, um eine einheitliche Rechtsprechung im Königreich sicherstellen zu können. Die Entscheidungskompetenz des Obersten Gerichtshofes sollte bei der ersten Anfechtung der vorhergehenden gerichtlichen Entscheidung dergestalt sein, dass durch seine Entscheidung das Berufungsurteil aufgehoben wurde und zur erneuten Entscheidung an das Berufungsgericht oder ein diesem entsprechendes Gericht zurückverwiesen wurde, Art. 874 dE. Im Falle der nochmaligen Anfechtung der vom zweitinstanzlichen Gericht neu erlassenen Entscheidung sollte eine abermalige Nichtigkeitsbeschwerde statthaft sein, die, wenn sie wiederum gegen die Rechtsauffassung des Obersten Gerichtshofes ausfallen sollte, sodann vom Obersten Gerichtshof in einer Plenarsitzung als Revisionsgericht selbst entschieden werden hätte können, Art. 880 dE. Nur ausnahmsweise, wenn eine erneute Beweisaufnahme stattfinden hätte müssen, wäre abermals zurückverwiesen worden, wobei dann das entscheidende Gericht an die Rechtsauffassung des obersten Gerichts gebunden gewesen wäre.²⁰¹³

[4]. Die Beteiligung der Staatsanwaltschaft

Zudem sah der Entwurf die Staatsanwaltschaft auch für den Zivilprozess vor, und zwar in der Ausgestaltung, dass sie als Vertreter des öffentlichen Interesses auftreten sollte. Hierfür hatte der Staatsanwalt oder hatten seine Substituten allen Verhandlungen beizuwohnen, nach deren Schluss von ihrer Seite eine Stellungnahme zur Verhandlung abgegeben werden sollte, wenn sie der Ansicht waren, dass der Streitgegenstand das öffentliche Interesse berührte. Diese Stellungnahme sollte mündlich vorgetragen und im Protokoll niedergeschrieben werden, Art. 290 dE.²⁰¹⁴ Zur Wahrung des Gesetzes sollte der Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof nach Ablauf der Rechtsmittelfristen der Parteien gegen Urteile Nichtigkeitsbeschwerde erheben können, da die Funktion dieser Möglichkeit allerdings nur dem Gesetz und öffentlichen Interesse dienen sollte, hatte die aus der Nichtigkeitsbeschwerde folgende Urteilsaufhebung keine Wirkung auf den Bestand des zweitinstanzlichen Urteiles zwischen den Parteien, Art. 848 dE.

cc. Bewertung des Entwurfes

Insgesamt betrachtet stellte sich der Entwurf als äußerst fortschrittlich dar, setzte alle Forderungen des GrundlG um und ließ in weiten Teilen bereits Grundsätze und Regelungen erkennen, die noch heute das in Deutschland geltende Prozessrecht bestimmen. Auch die zeitgenössische Wissenschaft erwähnte den Entwurf als ganz vorzüglich, da es dem mit dem rheinischen Recht vertrauten Ersteller gelungen war, ein Prozessgesetz auf Grundlage des französisch-pfälzischen Rechts zu erstellen, der mit Bedacht auf die praktische Anwendung dieses in vielen Punkten verbessert hatte.²⁰¹⁵ Nichtsdestoweniger wur-

²⁰¹³ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 55.

²⁰¹⁴ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 54.

²⁰¹⁵ Mittermaier, Die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Civilprozeßgesetzgebung, in: AcP 1849,

de der Entwurf nie in den besonderen Gesetzgebungsausschüssen oder gar in den Kammern des Landtags selbst beraten,²⁰¹⁶ aus welchem Grund, entzieht sich unserer Kenntnis, da sowohl der Entwurf als auch dazugehörige Akten des Justizministeriums Opfer des letzten Weltkrieges wurden.²⁰¹⁷

3. Verleihung des Komturkreuzes des Verdienstordens vom heiligen Michael

Nach der Vollendung der Strafrechtsreform würdigte König Maximilian II. die Verdienste von Karl Friedrich Heintz mit der Verleihung des Verdienstordens vom heiligen Michael²⁰¹⁸ am 31. Dezember 1848.²⁰¹⁹ Der Verdienstorden vom heiligen Michael, ursprünglich ein hochadeliger katholischer Orden, dann Hausritterorden der Wittelsbacher und erst durch den Großmeister des Ordens, Herzog Wilhelm in Bayern, für die Aufnahme von Ehrenritter ohne Rücksicht auf Geburt oder Religion geöffnet, war von Ludwig I. zunächst aufgehoben und sodann mit völlig neuen Statuten 1837 wiedererrichtet worden.²⁰²⁰ Der Verdienstorden wurde ohne Berücksichtigung von Stand, Geburt, Religion oder Staatsangehörigkeit vom König für Vaterlandsliebe und nützliches Wirken für das Königreich Bayern verliehen.²⁰²¹ Der Orden unterteilte sich in Ritter erster und zweiter Klasse, Komture, Großkomture und Großkreuze, verband aber mit der Verleihung nicht die Erhebung in den persönlichen Adelsstand, Art. 2 Abs. 3 der Statuten. Obgleich Heintz teilweise in den Verhandlungen der Kammer der Reichsräte bereits nach 1848 mit „von Heintz“ geführt wurde,²⁰²² war er aber in dieser Zeit noch nicht nobilitiert worden.²⁰²³ Dies bestätigen unter anderem auch die Akten des Justizministeriums und des Staatsrates, in denen Heintz in dieser Zeit noch nicht mit dem Titel „Ritter von“ geführt wurde.²⁰²⁴

4. Der Landtag 1849 – Rücktritt von Heintz als Justizminister

a. Gang des Landtages

aa. Vorstimmung und Wahlen des Landtages

Trotz der umfangreichen Reformen und Reformanstöße, die der März 1848 mit sich gebracht hatte, hatte sich die revolutionäre Stimmung im Königreich Bayern im Verlaufe des Jahres 1848 noch nicht ganz gelegt, und es kam immer wieder zu lokalen Un-

Bd. 32, S. 267, 273 f.

²⁰¹⁶ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 55; Ahrens, Prozessreform, S. 532; KdA/KdRR Rep. 1849, 1849/50.

²⁰¹⁷ Schubert, Entwurf 1825, S. XXIXI.

²⁰¹⁸ Abbildung des Verdienstordens vom heiligen Michael, aus: Knussert, Orden in Bayern, Tafel 8, 9, s.u. Anhang 13, 14.

²⁰¹⁹ BayHStA, (Ordensakten) Nr. 15072.

²⁰²⁰ Knussert, Orden in Bayern, S. 113 ff.; Gritzner, Handbuch, S. 24.

²⁰²¹ Art. 2 Abs. 2 der Statuten (RegBl. 1837, Sp. 129).

²⁰²² Rep. KdRR/KdA 1849 – 1859/61

²⁰²³ So Löffler, Reichsräte, S. 195 unter Verweis auf Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 484, der allerdings nur auf die Verleihung des Verdienstordens vom heiligen Michael hinweist.

²⁰²⁴ BayHStA, (MJu) 19325; BayHStA, (SR) 5759.

ruhen.²⁰²⁵ Die Liberalen sahen die „Gegenrevolution“ als im Vormarsch begriffen, und in der Tat war inzwischen eine Reaktion der Monarchie an einigen Indizien festzustellen.²⁰²⁶ Deutlich zeigt sich dies auch an dem Vorgehen vonseiten der Krone gegen die Münchner Demokraten im Herbst 1848. Der König wandte sich Ende September an Innenminister Thon-Dittmer und drängte diesen, auf gesetzlicher Grundlage gegen die Volksversammlungen des Demokratischen Vereins vorzugehen, zudem forderte er Vorichtsmaßnahmen für das Oktoberfest. Thon-Dittmer sagte daraufhin dem König eine strengere Überwachung des Demokratischen Vereins zu, ließ zudem führende Köpfe der demokratischen Partei verhaften und die Militärpräsenz in München durch das Kriegsministerium erhöhen, um möglichen Demonstrationen vorzubeugen.²⁰²⁷ Trotz dieser Vorkehrungen kam es in München aufgrund der Verhaftungen zu nächtlichen Demonstrationen und nach vier Tagen wieder zur Entlassung der Verhafteten. Heintz stellte sich bei diesem Vorfall als Justizminister, dessen Ministerium nicht in die Verhaftungen involviert war und deshalb eine neutrale Stellung einnehmen konnte, beschwichtigend zwischen Demokraten und Regierung, indem er sich zwar nicht auf die Seite der Demokraten stellte, doch verkündete, dass er die Statuten des Vereins für Volksrechte, aus dem unter anderem der Demokratische Verein hervorgegangen war, jederzeit unterschreiben würde und sich in seiner Ministerposition unhaltbar empfinde, falls er Handlungen gegen diese Grundsätze beginge – die Statuten des Demokratischen Vereins, die freilich wesentlich weitergehend waren, ließ Heintz unter Berufung darauf, dass er sie nicht kenne, beiseite.²⁰²⁸ Aufgrund dieses Vorfalls erklärt sich, warum Liberale und Demokraten die Entlassung des Innenministers Thon-Dittmer am 14. November 1848 und damit den Beginn der Regierungsumstrukturierung begrüßten, denn sie erkannten insofern noch nicht die Auflösung des altliberalen Märzministeriums zugunsten einer reaktionär zusammengesetzten Regierung.²⁰²⁹ Doch als Gerüchte laut wurden,²⁰³⁰ dass auch die Märzminister Lerchenfeld und Heintz keinen guten Stand mehr bei der Krone hatten,²⁰³¹ registrierte und empfand man dies von liberaler und auch demokratischer Seite eindeutig als reaktionäre Entwicklung.²⁰³² Heintz selbst hatte, trotz der Stimmen in der Öffentlichkeit, seine schlechter werdende Position bei der Krone wohl nicht bemerkt, ging sogar davon aus, dass ihn der König weiterhin im Amt halten wollte,²⁰³³ was nicht zuletzt auch an der Verleihung des Michaelordens gelegen haben mag, womit ihm der König öffentlich das Vertrauen aussprach. Mit Bestimmtheit hatte seine eigene Fehleinschätzung

²⁰²⁵ So etwa in München: Schatzkrawall 21.08.1848, Septemberverschwörung der Münchner Demokraten, Bierkrawall 17./18.10.1848 (Hummel, München in der Revolution, S. 175 ff.).

²⁰²⁶ Dirrigl, Maximilian II. I, S. 386.

²⁰²⁷ Hummel, München in der Revolution, S. 184 ff., unter Vereis auf den Briefverkehr zwischen dem König und Thon-Dittmer, BayHStA, (MInn) 46056.

²⁰²⁸ Münchner Wochen-Zeitung vom 01.10.1848, S. 138.

²⁰²⁹ Reiter, Revolution in Bayern, S. 175.

²⁰³⁰ Die auch der Wahrheit entsprachen, Gollwitzer, Abel, S. 601 ff.

²⁰³¹ Neueste Nachrichten vom 02.12.1848, S. 2863.

²⁰³² Reiter, Revolution in Bayern, S. 175.

²⁰³³ Familienbuch, S. 2.

der Stimmung der Krone gegenüber ihm aber auch daran gelegen, dass er selbst schon seit längerer Zeit nicht mehr das Amt des Justizministers bekleiden wollte – für ihn persönlich hatte bereits seit Ende August 1848 der Entschluss zurückzutreten festgestanden.

Die Landtagswahlen fanden ab November 1848 nach dem neuen Wahlgesetz statt, das der Reformlandtag 1848 in Leben gerufen hatte.²⁰³⁴ Am 30. November 1848 fanden die Urwahlen statt und am 07. Dezember 1848 die Abgeordnetenwahlen.²⁰³⁵ Zwar lag die Wahlbeteiligung nur etwa bei 50 %, ²⁰³⁶ doch entstand durch die Wahl eine vollkommen anders zusammengesetzte Kammer als in den vorangegangenen Jahren.²⁰³⁷ Lediglich zehn Abgeordnete waren bereits in die vorangegangene Ständeversammlung gewählt worden, und auch insgesamt waren nur zwanzig Abgeordnete überhaupt jemals Mitglied einer Ständeversammlung gewesen.²⁰³⁸ Der neu gewählte Landtag trat am 16. Januar 1849 zusammen, wobei auch hier in der Kammer der Abgeordneten nun eine Parteibildung nach Frankfurter Vorbild zu erkennen war,²⁰³⁹ wenn auch im Vorfeld der Wahlen sich noch keine parteiähnlichen Strukturen gebildet hatten.²⁰⁴⁰ Nach der Wahl formierten sich aber sodann eine demokratische Linke, ein linkes und ein rechtes Zentrum sowie eine konservative Rechte.²⁰⁴¹ Die wohl stärkste Fraktion war die demokratische Linke, die sich zur Volkssouveränität bekannte, die vollständige Erfüllung der Märzforderungen, die Einheit Deutschlands und eine bedingungslose Unterordnung der deutschen Einzelstaaten unter die Reichsgewalt und die Beschlüsse der Nationalversammlung forderte, womit damals insbesondere die Frankfurter Grundrechte²⁰⁴² und die Reichsverfassung verstanden werden mussten.²⁰⁴³ Das linke Zentrum unterschied sich in seinem Programm nur unwesentlich von der demokratischen Linken,²⁰⁴⁴ setzte sich aber vorwiegend aus fortschrittlicher²⁰⁴⁵ denkenden Altliberalen zusammen, womit sie sich gegenüber der demokratischen Linken zumindest zur konstitutionellen Monarchie bekannten.²⁰⁴⁶ Im Gegensatz zur Linken formierte sich die konservative Rechte, die sich ausdrücklich zur konstitutionellen Monarchie bekannte, auf gesamtdeutscher Ebene die Selbständigkeit der Einzelstaaten im Reich verlangte, sich unbedingt gegen den Ausschluss Österreichs aus dem deutschen Reich wandte, damit eine großdeutsche Lösung forderte, der Nationalversammlung und deren Beschlüssen das Vereinbarungsprinzip zugrunde legte und damit für eine endgültige Annahme der Reichsverfassung die Mitwirkung der Einzelstaa-

²⁰³⁴ Zum neuen Wahlrecht s.o. S. 224 ff.

²⁰³⁵ Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Landtag 1849; RegBl. 1848, Sp. 1131.

²⁰³⁶ Hummel, München in der Revolution, S. 216 f.

²⁰³⁷ Reiter, Revolution 1848/49 in Bayern, S. 181.

²⁰³⁸ Botzenhardt, Deutscher Parlamentarismus, S. 585.

²⁰³⁹ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225.

²⁰⁴⁰ Volkert, in: Spindler, Handbuch IV/1, S. 254.

²⁰⁴¹ S.o. S. 19.

²⁰⁴² Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte II, S. 774 ff.

²⁰⁴³ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 585 f.; Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225.

²⁰⁴⁴ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 586.

²⁰⁴⁵ Im Sinne von demokratisch fortschrittlich gemeint.

²⁰⁴⁶ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 225.

ten in Form von Zustimmung von Krone und Parlament verlangte.²⁰⁴⁷ Der konservativen Rechten, die hauptsächlich aus dem Block um den ehemaligen Minister Abel bestand, schloss sich das rechte Zentrum an, das vornehmlich aus Altliberalen bestand und insbesondere in den Punkten über die Deutsche Frage mit der konservativen Rechten übereinstimmte.²⁰⁴⁸ Der König stand dem zentralen politischen Punkt des Landtags 1849, den Frankfurter Grundrechten, grundsätzlich ablehnend gegenüber und stützte sich entsprechend den rechten Fraktionen auf das Vereinbarungsprinzip, weshalb die Frankfurter Grundrechte auch nicht im Gesetzblatt verkündet,²⁰⁴⁹ sondern nur im Regierungsblatt bekanntgemacht und damit vonseiten Bayerns auch nicht zu Gesetzen erhoben wurden.²⁰⁵⁰ Entsprechend der Haltung des Königs konnte die politische Meinung der Mehrzahl der Mitglieder der Kammer der Reichsräte eingestuft werden.²⁰⁵¹

Auf dieser Grundlage, nämlich der Mehrheit der demokratischen Linken in der Kammer der Abgeordneten, war bereits zu Beginn des Landtages eine heftige Opposition gegen König und Regierung zu erwarten, deren Mitglieder vornehmlich in ihrer politischen Haltung als gemäßigt liberal oder altliberal bis konservativ einzustufen waren und damit eher mit den Forderungen der Rechten harmonierten.²⁰⁵² Nachdem Lerchenfeld bereits Ende Dezember als Innenminister entlassen wurde,²⁰⁵³ verblieben nur noch der nunmehrige Innenminister Beiseler,²⁰⁵⁴ der Minister des Königlichen Hauses, des Äußeren, des Handels und der öffentlichen Arbeiten Bray-Steinburg und Justizminister Heintz als Vertreter des 1848 eingesetzten Märzministeriums. Als Kriegsminister wohnte Wilhelm von Le Suire²⁰⁵⁵ dem Landtag bei und als Finanzminister Moritz Ritter von Weigand²⁰⁵⁶.

²⁰⁴⁷ Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus*, S. 582.

²⁰⁴⁸ Doeberl, *Entwicklungsgeschichte III*, S. 226.

²⁰⁴⁹ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 182.

²⁰⁵⁰ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 60 f.

²⁰⁵¹ Volkert, in: Spindler, *Handbuch IV/1*, S. 254.

²⁰⁵² So auch: Doeberl, *Entwicklungsgeschichte III*, S. 210, 226.

²⁰⁵³ 19.12.1848 (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Landtag 1849).

²⁰⁵⁴ Beiseler erhielt diese Stellung auf Empfehlung Abels (Gollwitzer, Abel, S. 600, unter Verweis auf BayH-StA, (GHA) NM 73/1/1).

²⁰⁵⁵ Wilhelm von Le Suire, geb. 09.06.1787, gest. 10.03.1852, Studien und Verwaltungspraktikum, 1806 bayerische Armee Unterleutnant, 1809 – 1815 Teilnahme Feldzügen, 1808 Oberleutnant, 1812 Hauptmann, 1817 Major im Generalstab, 1832 Oberstleutnant, 1833 – 1835 Griechenland, 1835 Rückkehr nach Bayern, Beförderung zum Oberst, 1840 Generalmajor und Brigadier, 1848 Generalleutnant und Divisionskommandant, 21.11.1848 – 29.05.1849 Kriegsminister, Rücktritt aus Gesundheitsgründen, 1849 – 1852 Divisionskommandant (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Le Suire; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 393, S. 238).

²⁰⁵⁶ Moritz Ritter von Weigand, geb. 1790, 1808 Studium Rechtswissenschaften Würzburg und Landshut, 1811 beim Steuerwesen angestellt und verwendet bei der Finanzadministration Bayreuth, 1817 Assessor Regierung Obermainkreises, 1818 IV. Ministerialbürosekretär Finanzministerium, 1819 Regierungsrat Regierung Isarkreises, 1829 Oberrechnungsrat Oberster Rechnungshof, 17.03.1832 Ministerialrat Finanzministerium, 1837 Beteiligung Abschluss Münzkonvention süddeutscher Staaten, 26.08.1842 – 14.11.1848 Ministerialrat und Vorstand Schuldentilgungskommission, 25.02.1848 o. Staatsrat, 14.11.1848 – 07.03.1849 Staatsminister der Finanzen, 19.12.1848 – 31.12.1848 Ministerverweser Staatsministerium des Innern, 07.03.1849 Ruhestand (Götschmann/Henker, *Geschichte des Bayerischen Parlaments*, Weigand; Schär, *Bayerische Beamtenschaft*, Nr. 72, S. 117).

Eine genaue und insbesondere einheitliche politische Einordnung dieses zum Teil neu bestückten Kabinetts fällt schwer. Insofern kann man durchaus zustimmen, wenn von manchen das Ministerium als ein Verlegenheitsministerium mit diffuser politischer Ausrichtung eingestuft wird.²⁰⁵⁷ Festzustellen ist aber, dass keinesfalls ein Minister dem Lager der demokratischen Linken oder des linken Zentrums zuzuordnen war. Während die Neubesetzungen lediglich als Übergangslösungen erscheinen und insofern ohne politische Bedeutung waren, war Bray-Steinburg kein Liberaler im klassischen Sinne, jedenfalls stand fest, dass er kein „begeisterter Märzminister“ gewesen ist.²⁰⁵⁸ Auf der anderen Seite war er jedoch auch keinesfalls reaktionär eingestellt,²⁰⁵⁹ vielmehr konnte man ihn als einen „kühlen Fachmann“ bezeichnen, der gewissenhaft die ihm obliegenden Geschäfte wahrnahm, ohne eine starke politische Färbung zu zeigen.²⁰⁶⁰ Beiseler war eine konservativ bis altliberale Einstellung zuzuschreiben, er war zudem der einzige Märzminister, der noch von Ludwig I. eingesetzt worden war, allerdings mehrere Male bereits das Ministerium gewechselt hatte und zuletzt das Innenministerium von Lerchenfeld übernommen hatte. Entgegengesetzt zu allen seinen Landsleuten aus der Pfalz, die in der Kammer der Abgeordneten den harten Kern der demokratischen Linken bildeten,²⁰⁶¹ war Heintz unbedingt als altliberal und damit konstitutionell eingestellt einzustufen. Eine derartige Einstellung von Heintz zeigte sich bereits ganz deutlich auf den vorherigen Ständerversammlungen²⁰⁶² und war auch in der damaligen Öffentlichkeit kein Geheimnis.²⁰⁶³ Die Opposition in der Kammer der Abgeordneten manifestierte sich sodann sofort zu Beginn des Landtages hinsichtlich des Verfassungseides, den alle Abgeordneten gem. Titel VII § 25 BV 1818 abzulegen hatten. Wie bereits in Württemberg, wo der Landtag bereits im September 1848 zusammenberufen wurde, kam auch in Bayern die Frage auf, inwieweit die Abgeordneten im Lichte der Frankfurter Gesetzgebung überhaupt noch einen Eid auf die bayerische Verfassung ablegen konnten. Einerseits wurde angeführt, der Eid auf die bayerische Verfassung sei absolut unbedenklich, da die Frankfurter Grundrechte in ihrem Kern ohnehin in Bayern schon Gültigkeit hätten, andererseits wurde vorgebracht, dass der Eid auf die bayerische Verfassung unmöglich sei, da die Einführung der Reichsgesetzgebung zu ihrer zwingenden Umgestaltung führen müsse.²⁰⁶⁴ Letztendlich leisteten die Abgeordneten, die der demokratischen Linken und dem linken Zentrum zuzuordnen waren, einen eingeschränkten Verfassungseid indem sie am 17. Janu-

²⁰⁵⁷ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 185

²⁰⁵⁸ Weis, *Vom Kriegsausbruch bis zur Reichsgründung*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 33, 1, S. 790.

²⁰⁵⁹ Dies reichte aus, dass Abel die Entfernung von Bray-Steinburg betrieb (Gollwitzer, Abel, S. 601, unter Verweis auf BayHStA, (GHA) NM 79/3/202).

²⁰⁶⁰ Weis, *Vom Kriegsausbruch bis zur Reichsgründung*, in: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 33, 1, S. 790.

²⁰⁶¹ Doeberl, *Entwicklungsgeschichte III*, S. 225.

²⁰⁶² S.o. S. 157 ff.

²⁰⁶³ *Neueste Nachrichten* vom 12.12.1848, S. 3009; Hummel, *München in der Revolution*, S. 226.

²⁰⁶⁴ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 183 unter Berufung auf den *Nürnberger Kurier* vom 19.01.1849, S. 1 und *Neue Würzburger Zeitung* vom 20.01.1849, S. 2.

ar 1848²⁰⁶⁵ gegenüber dem Innenministerium eine schriftliche Erklärung abgaben, „daß sie den Verfassungseid in der Ueberzeugung leisten, an der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze insbesondere der Grundrechte betreffenden hiedurch nicht gehindert zu seyn.“²⁰⁶⁶ Diese schriftliche Erklärung war zunächst von 69 Abgeordneten unterzeichnet, es schlossen sich aber im Verlauf der Sitzungen noch weitere diesem Schreiben an.²⁰⁶⁷

bb. Eröffnung des Landtags

Feierlich eröffnet wurde der Landtag durch Maximilian II. am 22. Januar 1849 nach dem herkömmlichen Zeremoniell in der Prannerstraße, wobei sich die demokratische Linke demonstrativ gegen alte ständische Förmlichkeiten wandte, wie etwa das Sicherheben bei Eintritt der Mitglieder der Kammer der Reichsräte.²⁰⁶⁸ In der Thronrede sprach der König die vorangegangene Ständeversammlung an und die umfangreiche Reformgesetzgebung, die diese mit sich gebracht hatte. Sodann kündigte er eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen an, die auf diesem Landtag geschehen und das umfangreiche Reformwerk weiter vorantreiben sollten. An der Zahl waren es nicht weniger als 20, darunter ein Gesetz über die Allgemeine Deutsche Wechselordnung, die Gerichtsverfassung, ein Notariatsgesetz, ein Pressestrafgesetz, ein Polizeistrafgesetz und sogar ein Gesetz zur Umbildung der Kammer der Reichsräte. Eines der Hauptthemen, die Deutsche Frage, sprach der König nur am Rande an und versicherte seine Wohlgesinntheit hinsichtlich einer deutschen Einigung.²⁰⁶⁹

cc. Die Dankadressen der Kammern des Landtages

[1]. Die Adresse der Kammer der Reichsräte

In Erwiderung auf die Thronrede erstellten die Kammern wieder jeweils ihre Dankadressen an den König. Die Adresse der Kammer der Reichsräte ließ zwar, wie bereits diejenige des Jahres 1848, eine ungewöhnlich weite Reformbereitschaft der Kammer in Bezug auf alle vom König durch die Regierung vorgelegten Gesetze erkennen, machte aber hinsichtlich der Deutschen Frage zumindest im Ergebnis deutlich, dass die Kammer der Reichsräte wie König und Regierung vom Vereinbarungsprinzip ausging und damit die Frankfurter Gesetzgebung der gesetzgeberischen Ausarbeitung durch Krone und Landtag bedurfte.²⁰⁷⁰ Die Kammer der Reichsräte stellte sich insofern zwar schon auf die Seite der Monarchie, verstand sie sich doch stets als „Damm“ gegen die „mächtigen Anwo-gen“ des Reformeifers der Bevölkerung gegenüber dem Thron,²⁰⁷¹ doch waren in der Zeit

²⁰⁶⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 1, S. 2; Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 227, datiert diese Erklärung auf den 05.02.1849, wohl da an diesem Tag in den Landtagsverhandlungen die Erklärung im Rahmen einer Vereidigung erwähnt wird. (KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 1).

²⁰⁶⁶ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 1, S. 2.

²⁰⁶⁷ Z.B. KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 1, S. 1; KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 1.

²⁰⁶⁸ Reiter, Revolution in Bayern, S. 184.

²⁰⁶⁹ Landtagsarchivariat, Thronreden, S. 28.

²⁰⁷⁰ KdRR 1849 Protokolle, Bd. 1, S. 42 ff.

²⁰⁷¹ Landtagsarchivariat, Thronreden, S. 4.

um 1848/49, stärker als zu jeder anderen Zeit im 19. Jahrhundert, eine gemäßigte Reformbereitschaft und ein gemäßigter Liberalismus in der Kammer der Reichsräte deutlich sichtbar.²⁰⁷²

[2]. Die Adressdebatte und Adresse der Kammer der Abgeordneten

In der Kammer der Abgeordneten begann die Adressdebatte in der vierten öffentlichen Sitzung am 05. Februar 1849. Da die Thronrede des Königs die Deutsche Frage und damit insbesondere die Frankfurter Grundrechte weitestgehend ausgeklammert hatte, war Innenminister Beiseler in seiner eröffnenden Ansprache anlässlich der ersten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten und in Veranlassung durch den oben angesprochenen eingeschränkten Verfassungseid einiger Abgeordneter auf diese Thematik näher eingegangen und stellte den diesbezüglichen Standpunkt der Regierung dar, indem er eine Erklärung des Gesamtministeriums verlas.²⁰⁷³ Wie bereits oben angesprochen, erkannte zwar die Regierung die Grundrechte als Grundlage der gemeinschaftlichen Rechte aller Deutschen an und machte insoweit Zugeständnisse, dass an der bayerischen Verfassung und an den bayerischen Gesetzen notwendige Änderungen vorzunehmen seien, soweit Widersprüche oder Unzulänglichkeiten bestünden, doch wurde auch an dieser Stelle ganz deutlich hervorgehoben, dass eine Wirkungskraft der Grundrechte und der Frankfurter Gesetzgebung nur durch eine eigene Umsetzung in Bayern auf verfassungsmäßigem Wege in Übereinstimmung mit Krone und Volk herbeigeführt werden könne. Hierbei wurde nochmals auf die Erklärung des bayerischen Gesandten in Frankfurt gegenüber dem Deutschen Reichsministerium vom 05. Januar 1849 Bezug genommen, in der diese Berufung auf das Vereinbarungsprinzip nochmals ausdrücklich erklärt wurde. Weiter enthielt die Erklärung inhaltliche Äußerungen und Zugeständnisse zu den bezüglich der Grundrechte vorzulegenden Gesetzen und Gesetzesänderungen, enthielt aber auch den Hinweis, dass in Bayern ohnehin bereits die ausgedehnten Rechte des Volkes bestünden und ebenfalls auch schon die Einrichtungen ins Leben gerufen wurden, welche die Grundrechte bezwecken würden.²⁰⁷⁴ Tatsächlich bestand auch im Königreich Bayern, wenn es auch im gesamtdeutschen Vergleich tatsächlich als führend einzustufen war, was die Umsetzung der 1848er Forderungen anging, noch ein erheblicher Unterschied zwischen der Verfassung und den in Frankfurt beschlossenen Grundrechten.²⁰⁷⁵ Insgesamt war damit die Regierungserklärung in Bezug auf die Deutsche Frage inhaltlich der Dankadresse der Kammer der Reichsräte durchaus ähnlich.²⁰⁷⁶ Diese Erklärung des Gesamtministeriums bildete zusammen mit der Thronrede den Grundstock für die Adressdebatte in der Kammer der Abgeordneten.²⁰⁷⁷ Anders als bei den Landtagen zuvor waren die Ansichten der einzelnen Fraktionen der Kammer derart unterschiedlich, dass

²⁰⁷² Ebenso Löffler, Reichsräte, S. 501 f.

²⁰⁷³ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 1, S. 2.

²⁰⁷⁴ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 1, S. 2.

²⁰⁷⁵ Reiter, Revolution in Bayern, S. 187.

²⁰⁷⁶ KdRR 1849 Protokolle, Bd. 1, S. 42 ff.

²⁰⁷⁷ Reiter, Revolution in Bayern, S. 187.

diesmal zwei Entwürfe für eine Dankadresse vorgelegt werden mussten, statt einen zur allgemeinen Beratung stellen zu können.²⁰⁷⁸

Der von den demokratischen Linken, Stockinger und Willich, ausgearbeitete Majoritätsentwurf maß der Frankfurter Gesetzgebung auch in Bayern volle Gesetzeskraft bei und forderte insofern eine sofortige Verkündung im Gesetzblatt sowie eine Abänderung der bayerischen Verfassung den Frankfurter Grundrechten entsprechend. Zentrale Elemente waren hierbei die Umgestaltung der Kammer der Reichsräte dahingehend, dass auch diese aus freier Wahl hervorzugehen hatte, die Aufhebung des Staatsrates, der von der Linken als Relikt des reformierten Absolutismus verstanden wurde,²⁰⁷⁹ und zugleich die Einführung der parlamentarischen Regierungsweise, folglich dass eine direkte oder indirekte Unterstützung der Regierung durch das Parlament notwendig sei sowie die Verantwortlichkeit diesem gegenüber. Zudem begehrte man das Recht der Gesetzesinitiative des Parlaments auch im Bereich des Verfassungsrechts. Allem voran forderte man außerdem die völlige Unterordnung Bayerns unter die Beschlüsse der Nationalversammlung.²⁰⁸⁰

Der von dem gemäßigt liberalen und damit dem rechten Zentrum zugehörig einzustufenden Abgeordneten Scheurl entworfene Minoritätsentwurf²⁰⁸¹ erkannte zwar ebenfalls die Autorität der Nationalversammlung an, indem er deren Beschlüsse und insbesondere die Grundrechte als inhaltlich bindend für den bayerischen Gesetzgeber ansah, wesentlicher Unterschied war allerdings, dass Scheurls Adressentwurf auch vom Vereinbarungsprinzip ausging. Hinsichtlich der Deutschen Frage wurde die Einigung Deutschlands als wesentliches Ziel hervorgehoben, doch ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Bewahrung der bayerischen Selbständigkeit im Reich hingewiesen. Die Adresse bekannte sich zum „konstitutionell-monarchischen Prinzip“, wohingegen der Majoritätsentwurf das „konstitutionellen Prinzip“ nannte, äußerte sich nicht über eine Reform der Kammer der Reichsräte und forderte, dass die Regierung des Vertrauens von Parlament und König bedurfte. Sie verlangte aber ebenso eine Abschaffung des Staatsrates und ein Initiativrecht des Parlaments auch für verfassungsändernde Gesetze.²⁰⁸²

Heintz ergriff bereits in der ersten Sitzung, bei der die Adresse Beratungsthema in der Kammer der Abgeordneten war, das Wort und wehrte sich zum einen entschieden gegen Vorwürfe vonseiten der demokratischen Linken gegen ihn selbst und die Regierung, zum anderen wandte er sich mit klarer Argumentation gegen den Majoritätsentwurf.²⁰⁸³ Einleitend versuchte Heintz sich die linke Kammermehrheit gewogen zu machen und ging daher auf sein früheres politisches Wirken ein, womit er seine liberale Haltung zu bekunden versuchte – war doch sogar Heintz teilweise zusammen mit der übrigen Regierung in den vergangenen Monaten eine reaktionäre Haltung vorgeworfen worden.

²⁰⁷⁸ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 105 ff.

²⁰⁷⁹ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 181.

²⁰⁸⁰ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 105 f.; Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus*, S. 587 f.

²⁰⁸¹ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 106.

²⁰⁸² KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 106; Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus*, S. 588.

²⁰⁸³ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 20 f.

Heintz bekräftigte daher seine grundsätzliche Einstellung zur Notwendigkeit einer Einheit aller deutschen Staaten, wobei er sich auf die von ihm verfasste Dankadresse des Jahres 1847 berief,²⁰⁸⁴ in der er schon damals diese Wünsche geäußert hatte, damit zu einer Zeit, in der diese Bestrebungen als weitaus gewagter erschienen als 1849. Zudem wies er auf die stets gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit mit den beiden Kernfiguren der demokratischen Linken, die auch den MajoritätSENTWURF verfasst hatten, Stockinger und Willich.²⁰⁸⁵ Dies ist freilich eine etwas beschönigte Aussage, die allerdings ob der geringen Beteiligung früherer Mitglieder der Ständeversammlung durchaus ein gewisse Wirkung bei den Abgeordneten hinterlassen konnte. Den Mitgliedern früherer Ständeversammlungen musste jedoch klar sein, dass Heintz bereits im Vormärz nicht immer mit den radikalliberalen Stockinger und Willich einer Meinung war und diese teilweise gerade auf dem Reformlandtag 1848 ihn am stärksten zur Vorlage des 1848 Reformwerks drängten und sich meist auch nicht mit den liberalen Zugeständnissen der Regierung zufrieden gaben. Zutreffend ist aber, dass auch Stockinger und Willich meist mit Heintz einen Konsens gefunden hatten, wenn auch insofern Heintz als gemäßigt Liberaler meist ihre Forderungen etwas dämpfen konnte.²⁰⁸⁶ Sodann nahm er konkret Stellung gegen die gegen ihn und die Regierung vorgebrachten Vorwürfe und entkräftete diese. So wurde der Regierung vorgeworfen, keine Umstrukturierung der Kammer der Reichsräte vorzunehmen und dass insbesondere deren auf Geburt und königlicher Ernennung basierende Zusammensetzung nicht mehr dem Zeitgeist entspreche. Heintz musste hier an sich nur auf die Thronrede des Königs verweisen, in der ja gerade eine Umstrukturierung angekündigt gewesen war. Zudem konnte er aber auch die in diesen Jahren große Reformbereitschaft der Kammer der Reichsräte, sogar hinsichtlich der Struktur ihrer eigenen Kammer, anführen, hierauf wurde sogar in der Dankadresse der ersten Kammer mehr als deutlich hingewiesen.²⁰⁸⁷ In diesen Zusammenhang gehörten auch die Vorwürfe, dass immer noch eine Reihe von Vorrechten des Adels etwa in Bezug auf Konstriptionsfreiheit und Militär bestünden. Heintz konnte insofern wieder auf die Bereitschaft der Regierung zu einer gesamtdeutschen Gesetzgebung Bezug nehmen, denn er wies darauf hin, dass sich alle Einzelstaaten Deutschlands bei der Abschaffung dieser Vorrechte einig waren und somit diese auch mit einer gesamtdeutschen Gesetzgebung fallen würden.²⁰⁸⁸ Nun ging er über zu Vorwürfen, die ihn persönlich und das Ressort seines Ministeriums betrafen. So wurde ihm die Beibehaltung überholter Strafen des StGB 1813 vorgeworfen, etwa des Prangers. Hier sagte Heintz eine Änderung mit der neuen Strafgesetzgebung zu,

²⁰⁸⁴ S.o. S. 80 ff.

²⁰⁸⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 20.

²⁰⁸⁶ Marx, Die pfälzischen Abgeordneten, S. 41 (wohl in Anlehnung an die Beurteilung des Innenministeriums aus dem Jahre 1845 über Heintz zum Eintritt in die Kammer der Abgeordneten: BayHStA, (MIInn) 44362; s.o. S. 157).

²⁰⁸⁷ Neben der Umstrukturierung wurde sogar in der Kammer der Reichsräte eine grundsätzliche Adelsreform erwogen. Darunter die Abschaffung des Ebenbürtigkeitsprinzips, die Beschränkung der Adels- und Rangnachfolge auf einen Nachfolger bei Standesherrn, die Abschaffung der Erblichkeit und die gleichzeitige Einführung von Nobilitierungsmöglichkeiten aufgrund hervorragender individuell-bürgerlicher Qualifikationen (Löffler, Reichsräte, S. 502).

²⁰⁸⁸ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 20.

denn die Novelle von 1848 betraf ja vornehmlich das Strafprozessrecht und hierbei insbesondere die Einführung von Schwurgerichten und der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, da dies als am dringlichsten gegolten hatte. Er sprach sogar die Todesstrafe an, über deren Abschaffung bereits damals in Deutschland und gerade auch in Bayern stark diskutiert wurde. Zwar war Heintz selbst nicht für die Abschaffung der Todesstrafe, doch zeigte er auch insofern wieder den Respekt vor einer gesamtdeutschen Entwicklung dahingehend, dass er bekräftigte, dass, wenn alle deutschen Einzelstaaten die Todesstrafe abschaffen würden, doch Bayern nicht derart rückständig wäre, nicht auch eine Abschaffung zu vollziehen.²⁰⁸⁹ Hinzu kam, was Heintz allerdings erst einer späteren Sitzung zur Adressdebatte anbrachte, dass die Regierung sich gerade in Bezug auf die Todesstrafe äußerst kompromissbereit zeigte, sie vollzog nämlich ob der Diskussion um die Todesstrafe diese bereits seit geraumer Zeit nicht mehr, was im Moment auch die einzige Möglichkeit darstellte, denn im Verordnungswege konnte man freilich die Todesstrafe nicht abschaffen.²⁰⁹⁰ Der Hauptvorwurf gegen ihn persönlich war, dass er sich in den Ausschusssitzungen der besonderen Ausschüsse zur Abänderung des StGB 1813 gegen die Abschaffung des privilegierten Gerichtsstandes ausgesprochen hatte. Heintz verwies hier zunächst auf die von der damaligen Ständeversammlung den besonderen Ausschüssen eingeräumten Kompetenzen, welche die Einführung eines öffentlichen und mündlichen Verfahrens sowie von Geschworenengerichten und Staatsanwaltschaften umfasste. Gerade die Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände fiel aber nicht in deren Kompetenzbereich, dennoch hatte man sich für deren Aufhebung in Strafsachen entschieden, was seiner Meinung aus rechtlichen Gesichtspunkten nicht zu befürworten war.²⁰⁹¹ Aber auch rein praktische Erwägungen hatten für ihn eine sofortige Regelung durch die besonderen Ausschüsse nicht erforderlich gemacht, denn die Einberufung eines neuen Landtages nach Verabschiedung der besonderen Ausschüsse stand bereits fest, und gerade für diesen Landtag war die Vorlage eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes geplant, in dem ohnehin für alle Rechtsgebiete der privilegierte Gerichtsstand abgeschafft worden wäre.²⁰⁹² Da es sich deshalb nur um wenige Monate handelte, für die der privilegierte Gerichtsstand noch weiter bestanden hätte, war nach seiner Ansicht eine sofortige Regelung allein aus praktischen Erwägungen auch gar nicht erforderlich.²⁰⁹³ Dass er selbst als Pfälzer und insbesondere pfälzischer Jurist, der stets versuchte, die Errungenschaften der dort geltenden Gesetze auch im rechtsrheinischen Bayern zu etablieren, keinesfalls daher für die Beibehaltung des privilegierten Gerichtsstandes war und seine Ansicht deshalb allein auf formell rechtlichen Kriterien basierte, insoweit der Vorwurf von Reaktionismus vollkommen an den Haaren herbeigezogen war, musste auch den Abgeordneten der demokratischen Linken bewusst sein.²⁰⁹⁴ Weitere Vorwürfe gegen ihn

²⁰⁸⁹ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 20 f.

²⁰⁹⁰ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 56.

²⁰⁹¹ S.o. S. 259 ff.

²⁰⁹² Zum GVGE 1849 s.u. S. 336 ff.

²⁰⁹³ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 21.

²⁰⁹⁴ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 56

und das Justizministerium waren, dass geforderte Reformgesetze im Abschied für die Ständerversammlung 1848 nicht enthalten waren und daher noch keine Gesetzeskraft erlangt hatten, allem voran das Gesetz zur Ministerverantwortlichkeit und Anklage gegen Minister betreffend. In Anbetracht der Verhandlungen des Reformlandtags war es für Heintz freilich ein Leichtes, die Vorwürfe als haltlos zu enttarnen, denn das Gesetz war von der Regierung den Ständen vorgelegt worden, nur konnten diese das Gesetz wegen ihrer eigenen Arbeitsüberlastung nicht mehr beraten und beschlossen die Wiedervorlage auf diesem Landtag, was durch die Thronrede gerade auch angekündigt wurde.²⁰⁹⁵ Problematischer war es mit der Einführung der Gewerbefreiheit. Denn insoweit musste sich Heintz nun gegen eine Forderung wenden, die durch die Frankfurter Beschlüsse veranlasst war. Heintz war selbst auch ein Befürworter der Gewerbefreiheit, als Pfälzer war er damit auch bestens vertraut und empfand sie wie alle Institutionen in der Pfalz auch als Wohltat. Doch sah man gerade hierin wieder, dass Heintz insofern für realistische Umsetzungen von Systemneuerungen eintrat, was im Falle der Gewerbefreiheit bedeutete, dass eine abrupte Abschaffung nicht ohne erhebliche Schäden für die bayerische Wirtschaft möglich war. Denn mit dem damaligen, alten bayerischen Gewerbesystem war eine ganze Reihe von Rechten der Gewerbetreibenden verbunden, die auch einen erheblichen materiellen Wert verkörperten und damit einen Hauptbestandteil von deren Vermögen ausmachten. Dies ist bereits insofern nachvollziehbar, da, wenn ein Gewerbe, gleich in welcher Weise, lizenziert oder konzessioniert ist, diese Lizenzierung notwendig zu einer beschränkten Ausübung und damit beschränkter Verfügbarkeit des Gewerbes führt. Durch diese Beschränkung des Angebots am Markt ist stets eine Abnahme, wenn nicht garantiert, doch zumindest mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit gesichert. Dieser sichere Absatzmarkt macht selbstverständlich einen eigens verkörperten Unternehmenswert aus. Die Gewerbetreibenden, die im rechtsrheinischen Bayern derzeit von diesem Gewerbesystem profitieren, machen das Bürgertum und Großbürgertum aus, welche die Reformen 1848 maßgeblich mit getragen und veranlasst hatten und insbesondere auch für Deutschlands Einheit eintraten. Nach der Auffassung von Heintz wäre daher eine schlagartige Einführung der Gewerbefreiheit für diese Bevölkerungsschichten ein herber Schlag gewesen, da sie damit erhebliche Teile ihres Vermögens verloren hätten, weshalb es für ihn hierbei einer sorgfältigen Planung und einer Umsetzung der Gewerbefreiheit Schritt für Schritt bedurfte.²⁰⁹⁶ Obgleich Heintz wegen dieser Stellungnahme gerade in der Öffentlichkeit stark kritisiert wurde, da die finanziellen Auswirkungen der Einführung der Gewerbefreiheit sich sehr stark auf Oberbayern und München bezogen,²⁰⁹⁷ waren die Erläuterungen von Heintz durchaus wichtig, denn da sich durch die Neuwahlen die Sitzverteilung im Landtag deutlich verändert hatte und durch die Absenkung des Zensus eine größere Zahl aus dem Klein- und Beamtenbürgertum mit im

²⁰⁹⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 21.

²⁰⁹⁶ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 21.

²⁰⁹⁷ So kritisieren die Neuesten Nachrichten Heintz mit der Frage: „wenn aber der Staatsminister von Heintz als Einwand gegen die Einführung der Grundrechte sich auf das bezieht, was die Münchner Bürger sagen werden, so möchten wir fragen, ob Hr. Heintz Minister des Herzogs von Oberbayern oder Minister des Königs von ganz Bayern ist?“ (Neueste Nachrichten vom 08.02.1849, Nr. 39, S. 302).

Landtag vertreten war, die von sich aus nicht automatisch die Folgen der Gewerbefreiheit registrierte, sondern sie eben als Element der Frankfurter Gesetzgebung umgesetzt haben wollte. Ähnlich verhielt es sich mit dem Heimatrecht, denn auch hier war nach der Ansicht von Heintz eine Einführung entsprechend den Frankfurter Grundrechten nicht ohne weiteres möglich, da in Bayern mit dem Heimatrecht insbesondere Armenrechte verbunden waren.²⁰⁹⁸ In Bayern bestand das Prinzip der Bürgergemeinde, das unter tatsächlichen Mitgliedern der Gemeinde und bloßen Bewohnern unterschied, von denen nur den ersteren das volle Bürgerrecht zustand, was etwa auch das Armenrecht umfasste, folglich, in Notzeiten Unterstützung durch die Gemeinde zu erhalten. Das bayerische Sozialsystem basierte damit auf der Unterstützung durch die Heimatgemeinden, für die auch eine entsprechende rechtliche Verpflichtung zur Unterstützung bestand, und war damit notwendig mit der eigenen bayerischen Form des Heimatrechts verknüpft, weshalb vor einer Übernahme der Frankfurter Ausgestaltung des Heimatrechts auch das bayerische Armenrecht umgestaltet werden musste, um nicht unkalkulierbare finanzielle Belastungen für die Gemeinden auszulösen. Schließlich kam auch Heintz auf das Verständigungsprinzip zu sprechen, was nach seiner Ansicht für die weitere Umsetzung der Frankfurter Gesetzgebung in Bayern unerlässlich war. Nach Heintz musste in Bayern unbedingt berücksichtigt werden, dass man sich hier auf dem „Boden der Reform“ und nicht auf dem „Boden der Revolution“ befand, worunter er verstand, dass kein Umbruch im Staatssystem stattgefunden hatte und die bayerische Verfassung von 1818 noch volle Gültigkeit besaß, wenn auch mit gewissen Änderungen gerade durch das Jahr 1848. Man war in Bayern daher auf rechtlich durch die Verfassung definiertem Boden, weshalb Landtag, Regierung und König durch die Verfassung gebunden waren und alle einzuführenden Neuerungen auch verfassungskonform geschehen mussten, es hier also insoweit der Verständigung zwischen Nationalversammlung, Krone und Volk bedurfte. Befürchtungen, dass dann das deutsche Verfassungswerk nicht zustande kommen könnte, entgegnete er damit, dass, wenn ein solches zustande kommen sollte, dies nur dann Bestand haben könne, wenn es in absolut gesetzmäßiger Weise zustande gekommen war, andernfalls würde man sich bei einer Veränderung des Zeitgeistes eben gerade aus dieser rechtlichen Argumentation nicht mehr an diese gesamtdeutsche Verfassung gebunden fühlen.²⁰⁹⁹ Sein Credo war daher, dass jede Veränderung nur dann Bestand haben konnte und damit auch nur dann die Nationalversammlung ihre Kraft entfalten konnte, wenn sie und ihre Gesetzgebung in jedem deutschen Staat fest und in formell gesetzlicher Weise verankert waren.²¹⁰⁰

²⁰⁹⁸ Zum Heimatrecht und Staatsbürgerrecht: Seydel, Staatsrecht III/1, S. 90 ff.; zur Ausgestaltung des bayerischen Heimatrechts und Staatsbürgerrecht im 19. Jahrhundert: Brater, Das Bayerische Staatsbürgerrecht II, in: Blätter für administrative Praxis, 1855, Bd. 5, Nr. 18, S. 273 ff.

²⁰⁹⁹ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 21.

²¹⁰⁰ „Wer auf gesetzlichem Boden steht, der hat dadurch Kraft, und wenn Sie auf gesetzlichem Boden stehen, dann können Sie diese Kraft benützen; außerdem verlieren Sie an Kraft. Wir haben Beispiele der Art in neuester Zeit erlebt, was die Folgen davon sind, wenn man vom gesetzlichen Boden weicht, und wenn auch hie und da etwas durch einen entgegengesetzten Fehler wieder gut gemacht worden ist (in Ihrem Sinne), so glauben Sie doch ja, es wird vielleicht ein Fall kommen, wo solches Gutmachen nicht stattfindet, und wenn man einmal das gesetzliche Fundament verloren hat, kann es auf immer verloren sein.“

In der übernächsten Sitzung zur Adresse ergriff Justizminister Heintz abermals das Wort, um vorwiegend seine bereits dargelegten Argumente zu bekräftigen, teilweise aber auch noch neue Aspekte einzubringen.²¹⁰¹ Eingangs bemühte sich Heintz wieder, den Abgeordneten die Gutgesinntheit von Regierung und König hinsichtlich der Frankfurter Gesetzgebung zu bekräftigen. Diesmal führte er dafür die Publikation der Grundrechte im Regierungsblatt an. Damit hätte die Krone eindeutig gezeigt, dass man einmal das Volk offiziell über die Gesetzgebung informieren wollte, zugleich aber auch durch die offizielle Publikation eine Solidarisierung mit den Grundrechten ausgerückt. Allein wegen des Vereinbarungsprinzips konnten die Grundrechte nicht im Gesetzblatt verkündet werden.²¹⁰² Diese Darstellung war von Heintz insofern geschickt gemacht, dass sie einmal beschwichtigend wirken sollte, da man die Verbundenheit der Regierung darstellte, dass man aber auf der anderen Seite wieder auf dieser Grundlage fundiert sagen konnte, dass die Grundrechte gerade wegen diesen formellen Voraussetzungen keine direkte Geltung haben konnten. Für die Einführung der Grundrechte stellte er wieder auf das Vereinbarungsprinzip ab, das er diesmal ausführlich rechtlich begründete. Hauptsächlich führte er hierfür das Wahlgesetz zur Frankfurter Nationalversammlung an und stellte anhand der Gesetzgebungsmaterialien die Zugrundelegung des Vereinbarungsprinzips dar.²¹⁰³ In den Verhandlungen zum Wahlgesetz zur Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1848 hatte sich unter anderem auch einer der Verfasser des Majoritätsentwurfes, der eine unmittelbare Geltung aller Beschlüsse der Nationalversammlung verlangte,²¹⁰⁴ der pfälzische Abgeordnete Stockinger, ausdrücklich für das Vereinbarungsprinzip ausgesprochen.²¹⁰⁵ Schließlich verlas Heintz die Erklärung von Außenminister Bray-Steinburg anlässlich des Schlusses der Ständeversammlung 1848, bei der ebenfalls ausdrücklich das Vereinbarungsprinzip hinsichtlich der Frankfurter Nationalversammlung und der von dieser zu fassenden Beschlüsse ausgesprochen wurde, und erwähnte die Begeisterung, mit der diese Erklärung damals von der Kammer der Abgeordneten aufgenommen wurde.

Neben der rechtlichen Argumentation brachte Heintz noch die Thematik preußisches Kaisertum und Klein- oder Großdeutschland zur Sprache und bekannte diesbezüglich selbst ausdrücklich zur großdeutschen Lösung unter Einbezug Österreichs, dass es sein „einziges Interesse ist, daß ganz Deutschland geeinigt werde, und nicht ein Theil desselben.“²¹⁰⁶ Die großdeutsche Lösung war damals in Bayern einhellig die favorisierte Form für das Deutsche Reich, wofür sich auch die führenden Abgeordneten der

(Heintz, in: KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 56).

²¹⁰¹ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 55 ff.

²¹⁰² KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 56.

²¹⁰³ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 57 ff.

²¹⁰⁴ KdA 1849 Beilagen Bd. 1, S. 105 ff.

²¹⁰⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 60.

²¹⁰⁶ Heintz, in: KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 56.

demokratischen Linken²¹⁰⁷ wärmstens aussprachen.²¹⁰⁸ Schließlich verwendete er diese Gesichtspunkte als handfeste Argumentation für das Vereinbarungsprinzip, denn angesichts der Thematik des preußischen Kaisertums und der Frage der klein- oder großdeutschen Lösung könne man nur von „Glück“ sprechen, dass das Vereinbarungsprinzip existierte, das König und Regierung den Beschlüssen der Nationalversammlung zugrunde legten.²¹⁰⁹ Denn da sich eine Vormachtstellung Preußens und ein Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund abzeichneten, sah Heintz im Vereinbarungsprinzip sozusagen einen Schutz gegen die Oktroyierung der kleindeutschen Lösung durch Preußen. Den Abgeordneten der demokratischen Linken konnte er nun in gewisser Weise zu Recht Inkonsequenz vorwerfen, falls sie sich einerseits für die absolute Anerkennung aller Frankfurter Beschlüsse einsetzten, sich aber andererseits gegen das preußische Kaisertum aussprachen.²¹¹⁰

Heintz sprach sich daher insgesamt für den Minoritätsentwurf aus, da er ihn zumindest noch als akzeptabel empfand, wenn er auch diesen mit Gewissheit ebenfalls nicht in all seinen Forderungen an den König gutgeheißen hatte. Er äußerte sich zwar nicht hinsichtlich der Thematik, dass sowohl der Majoritätsentwurf als auch der Minoritätsentwurf das Initiativrecht der Kammern auch in Bezug auf das Verfassungsrecht ausgeweitete haben wollte,²¹¹¹ doch war er zweifelsohne gegen ein solch weitreichendes Initiativrecht. Diese Einstellung hatte sich nahezu auf allen Ständeversammlungen gezeigt, denen er beigewohnt hatte, wo er stets äußerst verfassungstreu gewesen war und sich immer für einen absoluten Schutz und den unbedingten Bestand der Verfassung ausgesprochen hatte, wobei er gerade ein Initiativrecht als Gefährdung verstanden hatte, insbesondere bei dem Gesetz zum Initiativrecht der Kammern 1848 kam diese Ansicht auch ganz ausdrücklich zur Sprache.²¹¹²

²¹⁰⁷ Müller und Kolb.

²¹⁰⁸ Doeberl, *Entwicklungsgeschichte* III, S. 228.

²¹⁰⁹ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 61.

²¹¹⁰ „Alleine ich sage, es ist auch ein Glück, daß es so ist. [...] Nun, meine Herren, frage ich aber, liegt es im Interesse unserer Nation, ein ganzes Deutschland zu machen, oder ein halbes? Nur dadurch, daß jenes Prinzip aufrecht erhalten wird, haben wir Hoffnung, ein ganzes Deutschland hervorzubringen, und ich glaube, meine Herren, diese Hoffnung wird sich sehr bald verwirklichen. [...] Scheiden Sie Oesterreich von Deutschland aus, was ist die Folge für uns? Unsere Flüsse gehen nach Osten in die Donau, der ganze Staat grenzt der Länge nach an Österreich. Wir sind also gesperrt gegen Oesterreich. Oesterreich dagegen ist ein Staat, der aus so vielen Nationalstaaten besteht, daß es sich sehr fragen wird, ob bei einem Ausschlusse Oesterreichs aus Deutschland das deutsche Element das Uebergewicht behalten wird. Stellen Sie sich vor, Oesterreich wird nothgedungen ein slawischer Staat. Sie haben dann einen Feind mehr. [...] Man macht sich endlich von Seite der Herren Mitglieder noch einer Inkonsequenz schuldig. Man ist nämlich selbst nicht für das preußische Kaiserthum; mehrere Mitglieder haben sich hierüber schon ausgesprochen; aber man ist für unbedingte Unterwerfung, Nun frage ich, meine Herren, wenn wir in dem Falle uns nicht unterwerfen müssten, falls etwa das preußische Kaiserthum angenommen würde, wo käme denn der Grundsatz hin? Der Grundsatz geht auf unbedingte Unterwerfung. Da man selbst aber der Regierung in diesem Falle das Recht zugesteht, sich nicht zu unterwerfen, so ist also hier offenbar eine Inkonsequenz.“ (Heintz, in: KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 61).

²¹¹¹ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 105 ff.

²¹¹² S.o. S. 231 ff.

Trotz seiner durchaus überzeugenden Stellungnahme zur Thematik der Dankadresse und auch weiteren Argumenten vonseiten der Regierung und des rechten Zentrums und der konservativen Rechten konnte sich für den Scheurlschen MinoritätSENTWURF keine Mehrheit finden lassen, so dass der Hauptteil des MajoritätSENTWURF²¹¹³ zunächst in der sechsten öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 07. Februar 1849 mit einer deutlichen Mehrheit von 72 zu 62 Stimmen angenommen wurde²¹¹⁴ und sodann in der achten öffentlichen Sitzung am 09. Februar 1849 mit einer Mehrheit von 72 zu 61 Stimmen der gesamte Entwurf.²¹¹⁵

[3]. Rücktritt von Heintz als Justizminister

Spätestens ab dem Zeitpunkt der Adressfrage war eindeutig, dass sich in der Kammer der Abgeordneten eine absolute Mehrheit der demokratischen Linken und des linken Zentrums herausgeformt hatte, und dass mit dieser Zusammensetzung an eine Zusammenarbeit von Parlament, gemäßigt oder altliberaler Regierung und einem zunehmend reaktionär denkenden Monarchen nicht mehr zu denken war.²¹¹⁶ Für die Regierung und insbesondere die noch amtierenden Märzminister bedeutete dies, dass nun eintreten sollte, was sich bereits seit Mitte des Jahres 1848 abgezeichnet hatte – sie standen nun endgültig als isoliertes Lager zwischen den politischen Ansichten der Linken und der Rechten, und eine effektive Regierungsarbeit konnte nicht mehr erwartet werden. Für die demokratische Linke genügten die Zugeständnisse, die unter Federführung des Märzministeriums gemacht wurden, nicht, so dass sich die Minister von dieser Seite offen den Vorwurf gefallen lassen mussten, reaktionär zu sein, andererseits gingen der konservativen Rechten und vor allem dem nunmehr von Abel beratenen König die 1848 gemachten Zugeständnisse bereits erheblich zu weit.²¹¹⁷ Dies traf insbesondere auch für Justizminister Heintz zu, den am deutlichsten als Liberalen erkennbaren Märzminister des Jahres 1848.²¹¹⁸ Einerseits wurden ihm seit dem Landtag 1848 ständig Vorwürfe vonseiten der Radikalliberalen und allen voran seinen pfälzischen Landsleuten gemacht,²¹¹⁹ verstärkt auf den Landtagen 1848 und 1848/49, auf denen zu Unrecht bemängelt wurde, dass seitens der Regierung Gesetze nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt wurden. Andererseits war seine Stellung beim König als Justizminister, wie auch die aller anderen Minister,²¹²⁰ spätestens seit Ende des Jahres 1848 mehr als wackelig, da es eine der Hauptbemühungen Abels war, das Ministerium Heintz-Lerchenfeld abzusetzen, was ihm beginnend

²¹¹³ Art. 1 – 5 dE.

²¹¹⁴ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 6, S. 86 f.

²¹¹⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 8, S. 124 f.

²¹¹⁶ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 188.

²¹¹⁷ Abel war mittlerweile der wichtigste Berater des Königs, und es kam ihm hinter den Kulissen wieder eine erhebliche politische Bedeutung zu (Gollwitzer, Abel, S. 597 ff.).

²¹¹⁸ Reiter, *Revolution in Bayern*, S. 70.

²¹¹⁹ Marx, *Die pfälzischen Abgeordneten*, S. 45.

²¹²⁰ Auch der „gutgesinnte“ Bray-Steinburg war umfasst, da Abel ihn als zu nachgiebig hinsichtlich der linken Mehrheit der Kammer einstufte (Gollwitzer, Abel, S. 601, unter Verweis auf BayHStA, (GHA) NM 79/3/202).

mit dem Rücktritt Lerchenfelds im Dezember 1848 auch gelang.²¹²¹ Hinsichtlich Heintz empfahl Abel dem König ausdrücklich die Absetzung, „damit er nicht weiter Schaden stifte.“²¹²² Heintz selbst bemerkte diese kritische Stimmung bei Hofe gegenüber ihm nicht, was zweifelsohne an seiner starken Arbeitsbelastung lag, aber auch an seiner Unerfahrenheit im Vergleich zu Abel, sich auf dem politischen Parkett hinter den Kulissen des Landtags zu bewegen, der dieses Spiel nahezu meisterhaft beherrschte.²¹²³ Nachdem die linke Mehrheit der Kammer der Abgeordneten den Majoritätsentwurf von Stockinger und Willich am 07. Februar 1849 angenommen hatte, hatte der rechts-konservative Abel sein Ziel erreicht – das Gesamtministerium beschloss daraufhin, beim König um seine Entlassung zu ersuchen. Bis zur Ernennung eines neuen Ministeriums wollten sie die Geschäfte zwar weiterhin provisorisch führen, aber nicht mehr den Kammersitzungen beizuwohnen, womit mangels Regierungsvertretern keine effektiven Landtagsverhandlungen mehr möglich waren. Innenminister Beiseler gab dies noch vor der endgültigen Abstimmung über die Dankadresse vor der Kammer der Abgeordneten auf der siebten öffentlichen Sitzung am 08. Februar 1849 bekannt und machte auch kein Geheimnis daraus, dass die Entscheidung der Adressfrage der Auslöser für das Entlassungsgesuch des Ministeriums gewesen war.²¹²⁴

Konnte bei der Mehrheit des Kabinetts davon ausgegangen werden, dass der Rücktritt vorwiegend darauf beruhte, dass man in der derzeitigen Situation keinerlei Möglichkeit mehr sah, vernünftige Regierungspolitik zu betreiben, mussten bei Heintz daneben noch weitere Aspekte gesehen werden. Zum einen wollte sich Heintz sicherlich nicht offen gegen die Mehrheit des Parlaments stellen,²¹²⁵ da er hierfür als gemäßigt Liberaler nach seinen Ansichten nicht geneigt genug war und bei ihm auch nicht ein kompromissloser politischer Ehrgeiz bestand, der ihn bewogen hätte, gegen seine Überzeugung die Durchführung reaktionärer Politik zu fördern, hatte doch gerade er selbst das Gesetz zur Ministerverantwortlichkeit vorgelegt, so dass die geforderte Regierungsarbeit für ihn sicherlich eine Gewissensfrage gewesen wäre, die er nicht getroffen hätte. Zum anderen mussten die persönlichen Verhältnisse von Heintz berücksichtigt werden, Rücktrittsgedanken beschäftigten ihn bereits seit dem Tode seines Sohnes August am 22. August 1848, und nur sein Pflichtbewusstsein und die persönliche Identifizierung mit der Arbeit an der StPON hatten ihn im Amt gehalten. Die Entlassung von Heintz als Justizminister und damit verbunden die Ernennung zum Staatsrat im außerordentlichen

²¹²¹ Gollwitzer, Abel, S. 601 ff.

²¹²² Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 210.

²¹²³ So schrieb er selbst im Familienbuch über seinen Rücktritt, dass der König ihn zum Bleiben veranlassen wollte – vermutlich eine Fehleinschätzung der höfischen Höflichkeitsfloskeln. (Heintz, in: Familienbuch, S. 2); auch bereits oben, S. 345.

²¹²⁴ „Meine Herren! Das Resultat der gestrigen Diskussion hat das Gesamtministerium veranlaßt, Sr. Majestät den König um seine Entlassung zu bitten. Ich mache dieser hohen Kammer die Anzeige hiervon mit dem Bemerken, daß die Minister fortfahren werden, den laufenden Dienst zu besorgen, bis Sr. Majestät ein anderes Ministerium ernannt haben werden, daß aber auch in Folge dessen die Minister keinen Anlass nehmen können, an den Verhandlungen dieser Kammer weiter Theil zu nehmen.“ (Beiseler, in: KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 7, S. 92); Kolb, Lebenserinnerungen, S. 170.

²¹²⁵ So auch: Reiter, Revolution in Bayern, S. 188.

Dienst erfolgte am 05. März 1849 „unter Anerkennung der von demselben unter – durch die bisherigen Zeitemstände herbeygeführten – so schwierigen Verhältnissen das mit andauernder Hingebung und unter großem Eifer geleisteten nützlichen Dienste der von ihm bisher bekleideten Stelle eines Staatsministers der Justiz.“²¹²⁶ Sein Amtsnachfolger wurde Kleinschrod, der dem König auch von Heintz empfohlen wurde.²¹²⁷

dd. Vertagung und Auflösung des Landtags

Abel versuchte bereits seit der Entscheidung der Kammer der Abgeordneten über die Dankadresse, den König zu überzeugen, dass mit einer derart zusammengesetzten zweiten Kammer keine Politik im Sinne der Krone zu betreiben war.²¹²⁸ Nachdem auch die Regierung ihre Teilnahme an den Landtagssitzungen verweigerte, vertagte Maximilian II. daher am 08. März 1849 zunächst den Landtag.²¹²⁹ Nachdem am 16. Mai 1848 der Landtag wieder zusammengetreten war, richtete die Kammer der Abgeordneten am 21. Mai 1849 eine mit abermals 72 gegen 62 Stimmen angenommenen Adresse an den König, dass nunmehr die Reichsverfassung, welche die Frankfurter Nationalversammlung am 28. März 1849 verabschiedet hatte, anzunehmen sei,²¹³⁰ die zuvor am 23. April 1849 vonseiten Bayerns abgelehnt wurde.²¹³¹ Die neue Regierung²¹³² verweigerte am nächsten Tag den pfälzischen Abgeordneten, unter Hinweis auf die Aufstände in der Pfalz, die Teilnahme am Landtag und erhoffte sich, dadurch wieder eine rechte und gemäßigt liberale Mehrheit schaffen zu können, was zumindest zahlenmäßig möglich gewesen wäre.²¹³³ Allerdings verließen daraufhin die Abgeordneten der demokratischen Linken geschlossen den Saal unter Beifall der Galerie, so dass die Kammer nicht mehr beschlussfähig war.²¹³⁴ Am 10. Juni machte Maximilian II. daher erstmals von seinem Auflösungsrecht Gebrauch und setzte für die zweite Kammer Neuwahlen an.²¹³⁵

b. Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes 1849

Gleich zu Beginn des Landtages, noch bevor die Kammer der Abgeordneten mit ihrer Adressdebatte begonnen hatten, legte Justizminister Heintz der zweiten Kammer am 05. Februar 1849 den Entwurf für ein neues Gerichtsverfassungsgesetz vor,²¹³⁶ das nach der StPON der nächste bedeutende Schritt in der Umsetzung der Justizreform nach dem Muster sein sollte, welches das GrundlG vorgegeben hatte. Bei der Vorlage stell-

²¹²⁶ RegBl. 1849, Sp. 198 f.; BayHStA, (SR) 5759; BayHStA, (MJu) 19325, S. 35.

²¹²⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 136.

²¹²⁸ Gollwitzer, Abel, S. 600 unter Verweis auf den Briefverkehr zwischen Maximilian II. und Abel, BayHStA, (GHA) NM 79/3/202.

²¹²⁹ KdA Steno, Bd. 2, Nr. 16, S. 31; KdRR 1849 Protokolle, Bd. 1, S. 271.

²¹³⁰ KdA 1849 Steno, Bd. 2, Nr. 16, S. 2; KdA 1849 Steno, Bd. 2, Nr. 18, S. 61 ff., 78.

²¹³¹ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 592.

²¹³² Pfordten, Zwehl, Kleinschrod, Ringelmann, Aschenbrenner, Lüder.

²¹³³ Hummel, München in der Revolution, S. 232.

²¹³⁴ Botzenhart, Deutscher Parlamentarismus, S. 593; Hummel, München in der Revolution, S. 232.

²¹³⁵ KdA 1849 Steno, Bd. 2, Nr. 22, S. 137; KdRR 1849 Protokolle, Bd. 1, S. 271.

²¹³⁶ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 1, 23.

te Heintz nur knapp die Grundzüge des Gesetzes dar, da den Abgeordneten daran gelegen war, schnellstmöglich in die Beratung der Entwürfe zur Dankadresse einzusteigen. Sein Entwurf sah entsprechend Art. 15 GrundlG eine Gerichtsorganisation nach französisch-pfälzischem Vorbild vor, damit endlich die Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der untersten Ebene der Landgerichte.²¹³⁷

Der Gesetzentwurf umfasste 73 Artikel und gliederte sich in drei Abteilungen sowie Schlussbestimmungen. Die erste Abteilung, Art. 1 – 9 dE traf Regelungen über die Einrichtung der Gerichte und deren Zusammensetzung. So sollten die Stadt- und Landgerichte mit Einzelrichtern besetzt werden, denen ein Gerichtsschreiber zugeordnet werden sollte, Art. 1, 2 dE, und die Bezirksgerichte, Kreisgerichte und das Oberlandesgericht als Kollegialgerichte entscheiden, Art. 1, 4 dE. Die Umbenennung des Oberappellationsgerichts in das Oberlandesgericht erachtete der Entwurf begrifflich notwendig, da in Zukunft das Oberlandesgericht nicht mehr als dritte Tatsacheninstanz fungieren sollte und daher kein Appellationsgericht, sondern ein Kassationshof zur Wahrung der Rechtseinheit werden sollte.²¹³⁸

Die zweite Abteilung, Art. 10 – 47 dE, regelte im Anschluss die Zuständigkeit sowie den Geschäftsgang der jeweiligen Gerichte in Zivil- und Strafsachen, wobei sich der Entwurf in Strafsachen genau in die Gerichtsorganisation einpasste, wie sie die StPON geschaffen hatte. Die Stadt- und Landgerichte sollten erstinstanzlich in Zivilrechtsstreitigkeiten zuständig sein, welche entweder wegen ihres geringen Streitwertes²¹³⁹ oder aber ihrer Natur nach besser in die Verhandlung vor einem Einzelrichter passte, was in einem umfangreichen Zuständigkeitskatalog festgelegt wurde, Art. 11 dE. Neben dieser Zuständigkeit als erkennende Gerichte sollten die Einzelrichter in allen übrigen Streitigkeiten als Gütestelle fungieren, Art. 10 dE. In Strafsachen waren sie Untersuchungsgerichte und erkennende Gerichte erster Instanz in allen Strafsachen, die nicht Verbrechen oder Vergehen waren, damit der Bagatelldelikte, die wir heute als Ordnungswidrigkeiten bezeichnen würden, Art. 13 dE. Im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit sollten nur Hypothekenwesen, Vormundschafts-, Pflegschafts- und Nachlasssachen in ihrer Zuständigkeit verbleiben, alle weiteren Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit den Notaren zukommen, Art. 14 dE. Die Errichtung der Notariate wurde durch den Entwurf nicht geregelt, er setzte solche vielmehr voraus, so dass die Notwendigkeit der Schaffung eines eigenständigen Notarsgesetzes gegeben war. Aus Zusammenschau der Vorschriften über die Zuständigkeit der Stadt- und Landgerichte ergab sich auch die Trennung von Justiz und Verwaltung, da Verwaltungsangelegenheiten nun der Zuständigkeit der Einzelrichter vollkommen fremd waren.

Die kollegial besetzten Bezirksgerichte sollten die eigentlichen Gerichte erster Instanz in Zivil- wie auch Strafsachen werden, wobei in Strafsachen auch hinsichtlich der Besetzung der Senate wieder die Übernahme des Systems des StPON stattfand, Art. 18, 23 ff.

²¹³⁷ KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 1, 23.

²¹³⁸ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 77.

²¹³⁹ Bis 200 fl.: Art. 11 Nr. 13 dE.

dE. Als Berufungsinstanz sollten die Bezirksgerichte in zweiter und letzter Instanz über die Berufungen gegen Urteile der Einzelrichter entscheiden, Art. 21, 27 dE. Eine Berufungssumme bestand nicht, so dass jedes Urteil des Einzelrichters berufungsfähig gewesen wäre, Art. 21 dE. In Zivilsachen sollten die bezirksgerichtlichen Senate grundsätzlich mit drei Richtern besetzt sein, wobei in Handels- und Wechselsachen eine Erweiterung der Senate um zwei Beisitzer stattfinden sollte, die aus dem Handelsstand kommen mussten, Art. 30 dE.

Nach dem Entwurf rein zweitinstanzliche Gerichte sollten die Kreisgerichte werden, die aus den Appellationsgerichten hervorgehen sollten, Art. 36 dE, und über die Berufung gegen die bezirksgerichtlichen Urteile entscheiden sollten – wie bereits bei den Berufungen an den Bezirksgerichten war die Berufung nicht an eine Berufungssumme gebunden und daher uneingeschränkt zulässig, Art. 37. Während man in Strafsachen die Regelungen der StPON übernahm, wurden die Zivilsenate mit fünf Gerichtsmitgliedern besetzt und für Handels- und Wechselsachen mit drei Beisitzern aus dem Handelsstand aufgestockt, Art. 38 dE.

Das Oberlandesgericht sollte schließlich als Kassationsinstanz über alle Beschwerden gegen letztinstanzliche Urteile entscheiden, die wegen Verletzung, falscher Auslegung oder unrichtiger Anwendung eines Gesetzes erhoben worden wären, gleich ob sie eine Berufungsentscheidung der Bezirksgerichte oder der Kreisgerichte gewesen wären, Art. 42 dE. Die genauen Voraussetzungen und Formen von Beschwerden an das Oberlandesgericht sollten der neu zu schaffenden Zivilprozessordnung vorbehalten sein und richteten sich in Strafsachen nach der StPON, Art. 43 dE. Die Senate am Oberlandesgericht sollten mit sieben Richtern besetzt sein, in Strafsachen, in denen auf Todes-, Ketten- oder Zuchthausstrafe erkannt wurde, mit neun Richtern.

Neben dieser Gerichtsstruktur sah der Entwurf auch die Einführung der Staatsanwaltschaft in Zivilsachen vor und damit eine Bildung von Staatsanwaltschaften an den Kollegialgerichten, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sein sollten. An den Bezirksgerichten sollten jeweils zwei Staatsanwälte, an den Kreisgerichten ein Oberstaatsanwalt und ein Staatsanwalt und am Oberlandesgericht der oberste Staatsanwalt und zwei weitere Staatsanwälte ansässig sein, Art. 5 Abs. 3, 6 Abs. 3, 7 Abs. 2 dE. Zudem hätte der Entwurf die privilegierten Gerichtsstände des Adels, des Klerus und der höheren Staatsbeamten aufgehoben, da ein solcher nicht mehr im Entwurf erwähnt wurde und somit das GrundlG dahingehend Wirkung entfaltet hätte, wie es in Strafsachen durch die StPON bereits geschehen war.²¹⁴⁰

Die dritte Abteilung, Art. 48 – 63 dE, regelte die Besetzung der Gerichtskanzleien, einzelne allgemeine organisationsrechtliche Vorschriften zur Ablehnung von Gerichtsmitgliedern und die Disziplinargewalt bei den Gerichten und über die Rechtsanwälte und Notare. Da die Gerichtsorganisation in Zivilsachen in enger Verbindung mit einer neu gestalteten Zivilprozessordnung stand, eine solche aber noch nicht ausgearbeitet war, hätte sie in Gesamtheit ihres Systems nicht umgesetzt werden können, weshalb die Ge-

²¹⁴⁰ KdA 1849 Beilagen, Bd. 1, S. 77; s.o. S. 259 ff.

richte teilweise in ihrem bisherigen Wesen weiter hätten bestehenbleiben müssen, was durch intermediäre Anordnungen geschehen wäre, wozu die Schlussbestimmungen des Entwurfs nähere Regelungen trafen, Art. 64 – 73 dE. Insbesondere hätte ohne eine Zivilprozessordnung das Oberlandesgericht nicht als Kassationshof fungieren können, sondern weiterhin als dritte volle Tatsacheninstanz bestehen müssen. Auch bei Verabschiedung des Gesetzentwurfs wäre daher zunächst bis zum Erlass einer neuen Zivilprozessordnung der zweigliedrige Instanzenzug nicht eingeführt worden, Art. 65 dE. Dritte Instanz wäre daher das Kreisgericht in Sachen gewesen, in denen erstinstanzlich Einzelrichter entschieden hatten, das Oberlandesgericht bei den erstinstanzlichen Entscheidungen der Bezirksgerichte, Art. 66 dE. Auch das Institut der Staatsanwaltschaft hätte für Zivilsachen noch nicht Bestand haben können, da der Gesetzentwurf ebenfalls von einer genauen Zuständigkeitsregelung durch die Zivilprozessordnung ausging, in Strafsachen sollten speziell hierfür bestimmte Gerichtsmitglieder die Funktionen der Staatsanwaltschaft übernehmen, Art. 68 dE.²¹⁴¹

Dieser von Karl Friedrich Heintz gestaltete Entwurf kam in den Kammern des ersten Landtages 1849 nicht einmal mehr zur Beratung, da diese sich zu Beginn des Landtages anderen Fragen widmeten, woraufhin der Landtag zunächst vertagt und sodann aufgelöst wurde.²¹⁴² Dennoch bildete er den Grundstock für die weiteren Gesetzgebungsbestrebungen im Bereich der Gerichtsorganisation, so dass Heintz auch an den Grundlagen der weiteren Gesetzgebung einen elementaren Einfluss hatte.²¹⁴³

5. Gesamtbetrachtung der Phase als Justizminister

Gegen Ende des Vormärzes war Karl Friedrich Heintz zu einem der einflussreichsten gemäßigten pfälzischen Liberalen avanciert,²¹⁴⁴ was auf dem Reformlandtag 1848 in der Wahl zum Präsidenten der Kammer der Abgeordneten und schließlich in seiner Ernennung zum Justizminister des Reformjahres 1848 gipfelte. In dieser Position hatte er zusammen mit den übrigen Märzministern Großes geleistet und hatte Heintz insbesondere das Reformpaket zur Justizreform verabschiedet und damit moderne Rechtsstaatsgrundsätze als unumgängliche Grundlage des kommenden bayerischen Justizwesens normiert. Allem voran durch die festgelegten Ziele der öffentlichen und mündlichen Rechtsprechung, der Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der untersten Ebene der Landgerichte, der Einführung von Notariaten für die meisten Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Aufhebung der im gemeinrechtlichen Sinne bestehenden richterlichen Prozessleitung und des Inquisitionsprinzips zugunsten der Partei- und Verhandlungsmaxime sowie des Anklageprozesses, der Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände und der Patrimonialgerichtsbarkeit, der Einführung von Staatsanwaltschaften und Schwurgerichten sowie der Sicherung der Unabhängigkeit der Richter durch ihre Unversetzbar-

²¹⁴¹ S.o. S. 261.

²¹⁴² S.o. S. 336 f.

²¹⁴³ Zur weiteren Gesetzgebung im Bereich der Gerichtsorganisation und auch zu den weiteren Beiträgen von Heintz, s.u. S. 362 ff.

²¹⁴⁴ Götschmann, Parlamentarismus, S. 743.

keit. Sogleich umgesetzt hatte er unter schwierigsten persönlichen Umständen mit der StPON die Reform des Strafprozesses und damit eine weitgehende Angleichung an das französisch-pfälzische Recht vollbracht. Auch war es Heintz noch vergönnt, auf dem ersten Landtag 1849 seinen auf der französisch-pfälzischen Gerichtsorganisation basierenden Entwurf zum Gerichtsverfassungsgesetz vorzulegen, der in späterer Zeit maßgebliche Grundlage für die Gestaltung des Justizwesens sein sollte.²¹⁴⁵

Von seiner politischen Gesinnung als gemäßigter Liberaler, wie er sich uns bereits auf den vormärzlichen Ständeversammlungen gezeigt hatte, war er durch sein Amt als Justizminister nicht abgerückt, er hatte sich diesbezüglich seine Ideale, gerade auch seine strenge Verfassungs- und Gesetzestreue bewahrt und war trotz zum Teil heftigster Angriffe der linken wie rechten Extremen immer in einer unabhängigen Stellung geblieben. Diese politische Einstellung kann man an zahlreichen Ereignissen der Jahre 1848/49 beobachten, allem voran an den Debatten zur Deutschen Frage, der Ausgestaltung des Reformpaketes auf dem Reformlandtag 1848 und nicht zuletzt auch an den Verhandlungen zur StPON, wo er etwa wegen rechtlicher Bedenken von einer Aufhebung der privilegierten Gerichtsstände abgeraten hatte, sich damit aber nicht einmal im Ausschuss der Kammer der Reichsräte behaupten konnte.²¹⁴⁶ Seine gemäßigt liberale Haltung zeigt sich auch in seinem publizistischen Wirken während seiner Zeit als Justizminister, so war er, wie auch zahlreiche andere Märzminister, Mitarbeiter der Heidelberger Deutschen Zeitung, des publizistischen Leitorgans des aufgeklärten bürgerlichen Liberalismus, das wesentlich durch die Ansichten seiner Mitarbeiter aus den süddeutschen gemäßigt liberalen Kreisen geprägt war.²¹⁴⁷

Hatte sich die politische Situation durch die linken und rechten Extreme für Heintz zum Jahre 1849 bereits zugespitzt, erfreute er sich gerade in diesen gemäßigt liberalen Kreisen auch Ende des Jahres 1848 noch größter Beliebtheit, wie uns ein Gedicht aus dem Inseratenteil der Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik zeigt:

*„Ja, freilich gab's der Narren noch genug,
Die fromm an Deutschland Einheit noch geglaubt,
Des Bessern ließen wir uns gern belehren,
Das Volk will Ruhe nur und sich ernähren
Der Wühlereien ist man endlich satt,
Der Kern des Bürgertums hat sich erklärt.
Wenn er nur billig Bier und Knödel hat
Und redlich sich von noblen Kunden nährt,
Dann mögen Schlosser in der Kammer sitzen,*

²¹⁴⁵ Hierzu s.u. S. 362 ff.

²¹⁴⁶ S.o. S. 259.

²¹⁴⁷ Bergsträsser, Die Heidelberger „Deutsche Zeitung“ und ihre Mitarbeiter, in: Historische Vierteljahrschrift, Bd. 31, 1937, S. 127, 153; Werner, Märzministerien, S. 146; eingehend zur deutschen Zeitung: Hirschhausen, Liberalismus und Nation.

*Und Kistler über den Gesetzen schwitzen.
O München, dreimal hochbelobte Stadt!
Welch Kontingent hast Du uns doch geschickt.
Die Bahn der Politik war Dir zu glatt,
Das „Täglich Brod“ hat Deine Kraft erstickt.
Herrgott im Himmel! Steh für uns ins Feld!
Laß uns den Heintz nur und den Lerchenfeld.“²¹⁴⁸*

Dennoch geriet Heintz mit seiner politischen Einstellung im Laufe des Jahres 1849 nunmehr durch die Umstände der Zeit mehr und mehr in die Schusslinie der politischen Extreme, die im Laufe der Zeit in ihren Anhängern stark anwuchsen. Er stand als Altliberaler folglich zwischen diesen Positionen und konnte sich mit keiner der beiden richtig identifizieren. Die Krone war mittlerweile reaktionär eingestellt und bereute bereits die Zugeständnisse, die in Folge der Märzrevolution gemacht wurden,²¹⁴⁹ wohingegen auf der anderen Seite der demokratischen Linken, die mittlerweile die Mehrheit in der zweiten Kammer bildete, dieser Reformprozess nicht weitgehend genug gewesen ist.²¹⁵⁰ Beide Seiten machten für ihre Unzufriedenheit mit der Lage der Dinge weitgehend die gemäßigt liberalen Märzminister verantwortlich, die auf dem Reformlandtag noch zwischen Extrempositionen vermitteln konnten und somit schließlich keinem der Ansprüche beider Parteien genügten, vielmehr sogar den Zorn dergestalt auf sich zogen, dass man sich zu dieser gemäßigten Position hatte überreden lassen. Das radikale politische Programm der Mehrheit der Kammer der Abgeordneten hinsichtlich der Deutschen Frage war schlussendlich der Auslöser für die Rücktrittserklärung des Gesamtministeriums, darunter auch von Justizminister Heintz.

Unzweifelhaft zwar über die politische Situation im Lande und die so geringe Würdigung der großen Verdienste des Märzministeriums verbittert, empfand er aber doch persönlich seinen Rücktritt und seine Entlassung aus dem Amt als Erleichterung, die bewegten Jahre hatten ihn schwer gezeichnet, sowohl physisch wie auch psychisch. Durch die Anstrengungen, die mit seinem Amt als Justizminister verbunden waren, befürchtete er zeitweise den Verlust seines Augenlichts, und die Wirkungen, die der Tod seines jüngsten Sohnes bei ihm hinterlassen hatte, wurden durch weitere lebensbedrohliche Krankheitsfälle seiner anderen Kinder nochmals verstärkt.²¹⁵¹

²¹⁴⁸ Neueste Nachrichten vom 12.12.1848, S. 3009.

²¹⁴⁹ Maximilian II. schrieb in seinen Memoiren, dass der Reformkurs der Jahre 1848/49 keineswegs seiner Überzeugung entsprochen hatte, sondern lediglich aus Not eingeschlagen worden sei, um die öffentlichen Forderungen nach Veränderungen abzufedern. (Sing, Memoiren Maximilian II., S. 95).

²¹⁵⁰ Baumann, Das pfälzische Appellationsgericht, in: Reinheimer, Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, S. 43.

²¹⁵¹ BayHStA, (MJu) S. 94, 97, 136.

VI. DIE ZEIT NACH DER ENTLASSUNG ALS JUSTIZMINISTER

1. Der Prozess gegen den königlichen Fiskus²¹⁵²

a. Die dienstliche Stellung und die Entwicklungen bis hin zur Klageerhebung

Nachdem Karl Friedrich Heintz seines Amtes als Justizminister enthoben war und er zum Staatsrat im außerordentlichen Dienst ernannt wurde, erfolgte zunächst für den Zeitraum vom 07. März 1849 bis zum 31. März 1849 seine Quieszierung, also die Versetzung in den Ruhestand, wobei ihm nachträglich durch allerhöchstes königliches Signat vom 11. Mai 1849 ein Ruhestandsgehalt von 3.000 fl. zugewiesen wurde.²¹⁵³ Seine Reaktivierung als Staatsbeamter erfolgte am 24. März 1849 in der Position des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts mit Wirkung zum 01. April 1849. Die Stelle eines zweiten Präsidenten existierte, zumindest ihrer Bezeichnung nach, bevor Heintz dieses Amt antrat, nicht, vielmehr bestand das Oberappellationsgericht aus einem Präsidenten und den untergeordneten Direktoren, die unter sich teilweise wiederum eine gewisse Rangfolge aufwiesen. Nachdem sich die Stelle des ersten Direktors am Oberappellationsgericht, Georg Simon von Gerngroß, wegen dessen Ablebens erledigt hatte, schlug Justizminister Kleinschrod dem König vor, diese Stelle, unter der Umbenennung in die des Vizepräsidenten, Heintz zuzuweisen. Dadurch, so Kleinschrod, erhalte Heintz eine seinen Kenntnissen und seinem Dienstrange angemessene Stellung, zudem werde man auch fiskalischen Interessen gerecht, da das Ruhestandsgehalt von Heintz durch die Besoldung der Stelle mit 4.000 fl. vollkommen erfasst würde und zusätzliche Kosten für die Staatskasse nicht entstehen würden. Schließlich würde man Heintz durch diese Stelle auch in München halten, was den Vorteil böte seine „ausgezeichneten Fähigkeiten und Kenntniße“ bei den anstehenden Gesetzgebungsarbeiten einzusetzen.²¹⁵⁴ König Maximilian II. entsprach dieser Empfehlung Kleinschrods mit der geringfügigen Änderung, dass die Stelle nicht als die des Vizepräsidenten, sondern als die des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts ausgewiesen werden sollte, am 22. März 1849.²¹⁵⁵ Tatsächlich war diese Stellung eine Herabsetzung, sowohl in pekuniärer Hinsicht, da Heintz im Vergleich zu seiner vorherigen Position 2.000 fl. weniger bezog,²¹⁵⁶ als auch in Bezug auf seine dienstliche Stellung. Die höchste Dienststufe am Oberappellationsgericht bekleide-

²¹⁵² Aus den Gerichtsakten findet sich lediglich noch das Berufungsurteil des Oberappellationsgerichts. Das Urteil weist keine uns heute bekannte Gliederung in Tatbestand und Entscheidungsgründe auf, so dass der Sachverhalt des Rechtsstreites sowie Rechtsansichten der Parteien allein aus den Entscheidungsgründen und aus den vorprozessualen Akten des Justizministeriums rekonstruiert werden müssen. Auch das erstinstanzliche Urteil des Appellationsgerichts von Oberbayern kann nur aus dem Berufungsurteil des Oberappellationsgerichts erschlossen werden.

²¹⁵³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 135.

²¹⁵⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 71 f.

²¹⁵⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 71.

²¹⁵⁶ Die Nebenbezüge, die er als Minister in Form des Funktionsgehalts und der Tafelgelder bezog, waren nicht dem eigentlichen Gehalt hinzuzurechnen, so dass sein Gehalt als Staatsrat im ordentlichen Dienst tatsächlich 6.000 fl. betragen hatte.

te der erste Präsident, so dass Heintz als zweiter Präsident des Oberappellationsgerichtes an sich nicht eine einem ehemaligen Justizminister entsprechende Dienststufe bekleidete, da in derselben Institution ein höherer Beamter anwesend war. Kleinschrod rechtfertigte dies mit der Benennung der Stelle als die des zweiten Präsidenten, wodurch Heintz alle Rechte, Befugnisse und Ehrenvorzüge eines Präsidenten am Obersten Landesgericht genieße.²¹⁵⁷

Dieser Reaktivierung von Heintz war ein Gespräch von ihm mit Kleinschrod vorausgegangen, über das die Darstellungen der beiden Gesprächspartner auseinandergehen. Nach der Darstellung Kleinschrods sei Heintz auf ihn zugegangen und habe um alsbaldige Wiederverwendung im aktiven Staatsdienst gebeten, allerdings mit der Bitte, nicht in der Pfalz eingesetzt zu werden, da er eine Tätigkeit dort aufgrund der damaligen Umstände nicht wünschte.²¹⁵⁸ Kleinschrod habe ihm darauf die Stelle des ersten Direktors am Oberappellationsgericht, unter Umbenennung in die des Vizepräsidenten, angeboten, woraufhin Heintz zusagte und lediglich noch die Stelle des Generalstaatsanwalts am Obersten Gerichtshof als die ihm genehmste erwähnte, die Kleinschrod aber unter Verweis auf die ungewisse Entwicklung im Gerichtsorganisationsgesetz nicht zusagen habe können.²¹⁵⁹

Im Gegensatz hierzu schilderte Heintz die Situation dergestalt, dass Kleinschrod auf ihn zugegangen sei und seine unverzügliche Reaktivierung als Notwendigkeit angesprochen habe. Hierfür hätte Kleinschrod die Stelle des Generalstaatsanwaltes am Obersten Gerichtshof vorgeschlagen, die Heintz auch nur aus Entgegenkommen gegenüber der Staatsregierung angenommen hätte, obgleich ihm bewusst gewesen sei, dass diese Stelle seiner vorherigen Dienstklasse gegenüber eine mindere gewesen wäre. Erst einige Tage danach habe schließlich Kleinschrod sich abermals an ihn gewandt und darauf hingewiesen, dass die Stelle des Generalstaatsanwalts erst noch durch Verordnung geschaffen werden müsse und er übergangsweise zum zweiten Präsidenten am Oberappellationsgericht ernannt werden würde, bis eine seiner früheren Dienstklasse entsprechende Stelle frei würde. Obgleich Heintz gegen diese Stelle den Einwand erhoben habe, dass sie seiner Stellung nicht angemessen sei, habe er sodann doch angenommen, da er sich auf die

²¹⁵⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 120.

²¹⁵⁸ Die Revolution von 1848/49 erreichte ihren Höhepunkt in der Pfalz nach der Ablehnung der Reichsverfassung und der Frankfurter Grundrechte durch die bayerische Regierung. So kam es zum Pfälzer Mai-Aufstand, womit die Wahl des pfälzischen Landesverteidigungsausschusses am 02.05.1849 und die Bildung der zehnköpfigen provisorischen Regierung der Pfalz in Kaiserslautern am 17.05.1849 verbunden waren. Diese strebte die Loslösung von Bayern an und erkannte Reichsverfassung sowie Frankfurter Grundrechte an. Die Revolution in der Pfalz wurde ab dem 14.06.1849 in wenigen Tagen durch preussische Truppen, unter Führung von Prinz Wilhelm von Preußen, niedergeschlagen. Der von Preußen verhängte Belagerungszustand wurde durch den Oberbefehlshaber der bayerischen Truppen, die erst am 16.06.1849 in der Pfalz eintrafen, Fürst Carl Theodor von Thurn und Taxis, in den Kriegszustand umgewandelt, der bis Juni 1850 bestehen blieb (Busley, Das pfälzisch-bayerische Verhältnis in der Revolutionszeit 1848/49, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 79 ff.).

²¹⁵⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 129.

Ausgestaltung der Stelle als Übergangslösung und die Zusage einer baldigen Verwendung in höherer Position von Justizminister und König verlassen habe.²¹⁶⁰

Diese Darstellung von Heintz scheint in einer Gesamtschau der Akten die wahrscheinlichere zu sein. Zwar war die Darstellung Kleinschrods dahingehend durchaus glaubwürdig, dass Heintz darum gebeten hatte, nicht in der Pfalz reaktiviert zu werden, gerade angesichts der Vorwürfe, die vonseiten der pfälzischen Abgeordneten auf dem vorangegangenen Landtag ihm gegenüber gemacht wurden, und der generell schwierigen politischen Situation der Pfalz zu dieser Zeit. Dennoch zeigen sich in der Wortwahl von Kleinschrod deutlich persönliche Färbungen und eine gewisse Verlegenheit aufgrund der von Heintz gemachten Darstellung der Angelegenheit.²¹⁶¹ Nicht zuletzt konnte Heintz seine Schilderung der Umstände durch seine Antrittsworte gegenüber den anderen Räten am Oberappellationsgericht bekräftigen, wobei er die Absicht von Krone und Regierung mitteilte, dass er bald auf einen anderen Posten versetzt werde.²¹⁶²

Als sich nach dem Ablauf von nahezu einem Jahr abzeichnete, dass weder Justizminister noch König bereit waren, Heintz in eine höhere Position zu versetzen oder ihm auch nur eine seiner früheren Stellung gleichstehende Besoldung zuteil werden zu lassen, wurde ihm bewusst, dass dieses Vorgehen eine klare Zurücksetzung und eindeutiger Beweis dafür sein sollte, dass er bei Regierung und Krone in Ungnade gefallen war;²¹⁶³ worauf er sodann die Initiative ergriff und mit einer Reihe an Gesuchen an den Justizminister und auch an den König selbst versuchte, der Situation abzuhelpen. Seine erste Bitte richtete er über den Justizminister am 05. März 1850 an den König. Die Gesuche gingen zunächst dahin, dass sein Gehalt an dasjenige, das er zuvor als ordentlicher Staatsrat bezogen hatte, angeglichen werden sollte, was er auch eingehend begründete, sie änderten sich dann allerdings sehr bald in die Richtung, dass Heintz am liebsten ganz in den Ruhestand versetzt werden wollte, wofür er auch nur noch sein Standesgehalt von 3.000 fl. als Ruchestandsbezüge forderte.²¹⁶⁴ Diese Haltung beruhte einmal auf eigenen gesundheitlichen Gründen sowie auf Todes- und Krankheitsfällen in der Familie, zum anderen aber auch auf der allgemeinen politischen Situation der Zeit und der Zurücksetzung durch die Krone, was Heintz tief kränkte, war er doch von seinem unablässigen Wirken für das Beste für Vaterland und seinen König überzeugt. Diese Bitterkeit ist aus den Heintz'schen Gesuchen des Jahres 1850 auch ganz deutlich herauszulesen.²¹⁶⁵ Heintz war durch die Anstrengungen, welche die Jahre 1848/49 für ihn mit sich gebracht hatten, körperlich schwer angeschlagen, insbesondere ließ seine Sehkraft rapide nach, so dass er zeit-

²¹⁶⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 135 f.

²¹⁶¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 120 f.; so auch Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 495.

²¹⁶² BayHStA, (MJu) 19325, S. 137.

²¹⁶³ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 491.

²¹⁶⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 77.

²¹⁶⁵ So auch: Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 497 und Heintz, in: BayHStA, (MJu) 19325, S. 136.

weise sogar Erblindung befürchtete.²¹⁶⁶ In seiner nächsten Familie hatte Heintz bereits im August 1848 den Tod seines Sohnes August zu betrauern, und im Laufe des Jahres 1849 erkrankten alle seine Kinder derart schwerwiegend, dass teilweise auch mit weiteren Todesfällen gerechnet werden musste, Heintz konnte dies auch durch eine Rechnung seines Hausarztes nachweisen, der 1849 lediglich im Monat August nicht von der Familie Heintz in Anspruch genommen wurde.²¹⁶⁷ Zudem war die familiäre Situation in Zweibrücken so, dass seine Schwester, Henriette Louise, im Juli 1842 verstorben war und fünf Halbwaisen hinterließ, die der Unterstützung bedurft hätten, was auch für seinen 85-jährigen Schwiegervater, Heinrich Hertel, galt.²¹⁶⁸ Der Verdruss über die politische Situation und die Zurücksetzung durch den Monarchen wurde bereits in seinem ersten Gesuch an den König mehr als deutlich, wo er ausdrücklich klarstellte, dass er von politischen Dingen am liebsten überhaupt nichts mehr hören wollte, was insbesondere auf aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen einiger Mitglieder der Kammer der Reichsräte und des Beraterstabes des Königs beruhte.²¹⁶⁹ Er bat daher um das *Procul a negotiis*,²¹⁷⁰ die Befreiung von allen Geschäften, und sogar um seine Entlassung aus der Kammer der Reichsräte mit dem Gesuch vom 06. April 1850.²¹⁷¹

Heintz bat von Anfang an um eine zügige Entscheidung seiner Angelegenheit, als er aber über einen Monat keine Rückmeldung vonseiten des Ministeriums erhielt, drängte er am 17. Juni 1850 verstärkt auf alsbaldige Verbescheidung, wobei er sich in seinen Beschleunigungsgesuchen darauf berief, dass er sich alsbald sowohl um die Kündigung seiner Wohnung in München kümmern müsse als auch seinem Mieter in Zweibrücken kündigen müsse, um im Falle der Versetzung in den Ruhestand sein dortiges Haus wieder beziehen zu können.²¹⁷²

Heintz' Wunsch, wieder in die Pfalz zurückzukehren, stand nicht im Widerspruch zu der von Kleinschrod behaupteten Äußerung, dass Heintz nicht in der Pfalz als Staatsbeamter reaktiviert werden wollte, denn einerseits hatte sich Ende April 1850 die Situation in der Pfalz bereits wieder gebessert,²¹⁷³ andererseits konnte das Leben als Privatmann in

²¹⁶⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 136.

²¹⁶⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 95.

²¹⁶⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 129.

²¹⁶⁹ „Als weiteres Motiv meines Gesuchs kann ich Ew. Exzellenz den Überdruß an allen politischen Angelegenheiten anführen der in mir eine nicht zu stillende Sehnsucht auf völlige Zurückgezogenheit erzeugt hat. Ich glaube nur dann wieder glücklich zu werden, wenn ich von politischen Dingen gar nichts mehr höre. Und doch hat man mich bei Sr. Majestät angeschwärzt, als liebäugle ich mit den Demokraten oder gar mit den Communisten! Diese elenden Menschen die sich zu der Zeit wo es galt entweder verkrochen oder selbst die Demokraten gespielt haben. Wie oft habe ich ihnen damals geklagt, besonders über gewisse Reichsräte welche die Strafprozeßordnung total demokratisieren wollten! Damals schelt man mich den Aristokraten und jetzt bin ich ein Demokrat, ob ich gleich immer der nämliche war.“ (BayHStA, (MJu) 19325, S. 77).

²¹⁷⁰ In Anlehnung an den Horazschen Vers „Beatus ille, qui procul negotiis“ – Glücklich ist jener, der fern von den Geschäften ist (Horatius, Odes and epodes, Epodes II, S. 272).

²¹⁷¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 78; BayHStA, (MJu) 19325, S. 94.

²¹⁷² BayHStA, (MJu) 19325, S. 127 ff.

²¹⁷³ Es wurde zumindest der Kriegszustand aufgehoben, wenngleich auch das pfälzisch-bayerische Verhält-

der Pfalz nicht mit der politischen Brisanz des Lebens eines hohen Staatsdieners der bayerischen Krone in der Pfalz verglichen werden, verbrachte doch sogar der 1848 zurückgetretene Monarch Ludwig I. seit 1852 alle zwei Jahre die Sommermonate in der Pfalz in Edenkoben, wo er sich in der Zeit zwischen 1846 und 1852 seine spätklassizistische Residenz, Villa Ludwigshöhe, von Gärtner und Klenze erbauen ließ.²¹⁷⁴

Trotz des Drängens von Heintz verbeschied Maximilian II. die Angelegenheit aber nicht, sondern ließ Heintz nur über Kleinschrod am 19. Juni 1850 mitteilen, „daß [...] [er] in wohl nicht langer Zeit über sein Gesuch entscheiden werde, daß übrigens wenn sein Befinden eine Erholung oder zeitweilige Beschränkung von allen Diensten bedinge, [...] [er] bereit sey, demselben den erforderlichen Geschäftsurlaub zu gewähren.“²¹⁷⁵ Besagten Geschäftsurlaub beantragte Heintz sodann unverzüglich am 29. Juni 1850 für ein halbes Jahr, der ihm allerdings nur für vier Monate bewilligt wurde, jedoch mit der Aussicht auf Verlängerung nach Ablauf dieser Zeit.²¹⁷⁶

Nachdem Heintz seine Stellung als zweiter Präsident des Oberappellationsgerichts nach seinem längeren Erholungsurlaub wieder antrat, enthalten die Akten des Justizministeriums keine weiteren Bemühungen von Heintz zur Durchsetzung seiner früheren Gesuche während der Amtszeit Kleinschrods.²¹⁷⁷ Dies lag unzweifelhaft daran, dass Heintz erkannt hatte, dass Kleinschrod offensichtlich beim König gegen ihn Partei ergriffen hatte.²¹⁷⁸ Bereits Mitte April 1850 hatte Kleinschrod vor seiner eigenen schriftlichen gutachterlichen Würdigung, in der er es allein dem königlichen Ermessen anheimstellte, ob dem Heintzschen Gesuch zu entsprechen sei, da rechtliche Gründe hierfür nicht gegeben seien,²¹⁷⁹ dem König in einer persönlichen Audienz von einer Bewilligung des Gesuches abgeraten.²¹⁸⁰ Schließlich fragte Maximilian II., der anscheinend doch in gewisser Weise Skrupel bei dem Umgang mit Heintz hatte, nochmals am 11. Juli 1850 bei Kleinschrod an, ob er dem Heintzschen Gesuch auf Quieszierung nicht doch entsprechen solle, und bat abermals um ein entsprechendes Gutachten.²¹⁸¹ Eine Erstellung eines solchen erfolgte jedoch nicht mehr, so dass man davon ausgehen muss, dass Kleinschrod erneut mündlich dem König abgeraten hatte.²¹⁸² Nicht zuletzt muss auch berücksichtigt werden, dass Heintz im März 1851, als die Position des Generalstaatsanwalts am Oberappellationsgericht zu besetzen war, die mit der Einführung der Generalstaatsanwaltschaft durch die königliche Entschließung vom 08. März 1851 entstanden war, übergangen wurde.

nis die gesamten 1850er Jahre hindurch auf seinem Tiefpunkt angelangt war und sich erst mit dem Rücktritt des Ministeriums von der Pfordten und der damit einhergehenden Liberalisierung wieder besserte (Ziegler, Das pfälzisch-bayerische Verhältnis, in: Fenske, Pfalz und Bayern, S. 125 f.)

²¹⁷⁴ Hederer/Gärtner, Gärtner, S. 213; zur Villa Ludwigshöhe: Roland, Villa Ludwigshöhe.

²¹⁷⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 132.

²¹⁷⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 38 ff.

²¹⁷⁷ BayHStA, (MJu) 19325.

²¹⁷⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 137.

²¹⁷⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 113.

²¹⁸⁰ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 500.

²¹⁸¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 133.

²¹⁸² Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 501.

Dies sogar zugunsten des ihm untergeordneten dritten Direktors am Oberappellationsgericht, Johann Baptist von Volk, obwohl Heintz diese Position noch 1849 von Kleinschrod ausdrücklich in Aussicht gestellt bekam.²¹⁸³

Gelegenheit für eine unparteiische Würdigung seiner Anliegen sah Heintz erst gekommen, als am 27. Februar 1854 Kleinschrod als Justizminister entlassen wurde und an seine Stelle Friedrich Ritter von Ringelmann²¹⁸⁴ trat. So wandte er sich am 03. Oktober 1854 abermals mit seinem Gesuch an den neuen Justizminister, das nunmehr allerdings dahingehend modifiziert war, dass Heintz keine Versetzung in den Ruhestand mehr begehrte, sondern Erhöhung seines Gehaltes auf 6.000 fl., wie er es auch als Staatsrat im ordentlichen Dienst bezogen hatte, sowie die Nachzahlung seiner Bezüge samt Zinsen seit dem 01. April 1849.²¹⁸⁵ Heintz ging es gesundheitlich wieder besser, und er und seine Familie hatten sich mittlerweile in München eingelebt, so dass ein Rückzug in die Pfalz nicht mehr oberstes Ziel gewesen war. Zugleich sah man an seinem Gesuch aus dem Jahre 1854, dass er sein Anliegen nun mit äußerstem Nachdruck betreiben wollte, denn im Falle einer ablehnenden Entscheidung kündigte er sogleich die Klageerhebung an.²¹⁸⁶ Nachdem Ringelmann dem König nahegelegt hatte, dem Heintzschen Gesuch aus Billigkeit zu entsprechen, auch wenn ein rechtlicher Anspruch von Heintz nicht bestehe,²¹⁸⁷ Maximilian II. sich aber „nicht bewogen [...] [fand] auf eine Gehaltserhöhung einzugehen“, ²¹⁸⁸ legte Heintz mit Klageschrift vom 10. Februar 1855, die am 12. Februar 1855 bei Gericht eintraf, Klage gegen den königlichen Fiskus ein.

b. Die rechtliche Stellung der Staatsdiener des Königreichs Bayern

Zum besseren Verständnis des Rechtsstreites soll vorab kurz auf die rechtliche Stellung der Staatsdiener des Königreichs Bayern eingegangen werden. Das Beamtenverhältnis wurde gesetzlich vor allem durch die IX. Beil. BV 1818 geregelt, das „Edict die Verhältnisse der Staatsdiener, vorzüglich in Beziehung auf ihren Stand und Gehalt betreffend“ vom 26. Mai 1818, das bis zum Erlass des Beamtengesetzes im Jahre 1908 in Kraft war.²¹⁸⁹ Bei diesem Edikt handelte es sich um die erste umfassende Normierung moderner Grundsätze des Berufsbeamtentums. Vor allem auch für den Fall Heintz von Bedeutung waren die grundsätzliche Unauflösbarkeit des Dienstverhältnisses, § 18

²¹⁸³ Biebl, Staatsanwaltschaft, S 54.

²¹⁸⁴ Friedrich Ritter von Ringelmann, geb. 24.10.1803, gest. 13.01.1870, 1819 – 1824 Studium Rechtswissenschaften Würzburg und Heidelberg, 1824 Promotion, dann Habilitation, 1825 PD französisches Zivilrecht Universität Würzburg, 1828 a.o. Prof. der Rechtswissenschaften Würzburg, 1832 o. Prof. für deutsches Recht Würzburg, 1836 Hofrat, 1838 Rat am Oberappellationsgericht München und Mitglied der Gesetzgebungskommission, 1848 Ministerialrat Justizministerium, 1849 – 1852 Innen- und Kultusminister, 1854 – 1859 Justizminister, bis 1869 o. Staatsrat, 1869 Ruhestand (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Ringelmann; Schär, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 57, S. 110). Eingehend zu Ringelmann: Döbig, Ringelmann, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 577 ff.

²¹⁸⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 136.

²¹⁸⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 139.

²¹⁸⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 164.

²¹⁸⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 165.

²¹⁸⁹ GVBl. 1908, Sp. 581 ff.

IX. Beil. BV 1818, die Beamtenversorgung auch im Ruhestand und die Möglichkeit, bei Verletzung des Dienstrechtes gerichtliche Entscheidungen erwirken zu können.²¹⁹⁰ Unterschieden wurde zwischen „definitiv“ auf Lebenszeit angestellten Beamten und „provisorisch“ angestellten Beamten, auf welche die beamtenrechtlichen Vorteile des Ediktes keine Anwendung fanden, § 2 IX. Beil. BV 1818. Die Probezeit der provisorischen Beamten betrug, wie heute, grundsätzlich drei Jahre, § 2 IX. Beil. BV 1818. Beamte im aktiven Dienst bezogen ein Dienstgehalt, das im untrennbaren Zusammenhang zu ihrem aktiven Dienst ausbezahlt wurde und mit Entlassung aus dem Dienst auch entziehbar war, § 19 IX. Beil. BV 1818, sowie ein Standesgehalt, das grundsätzlich unentziehbar und unabhängig von der Diensttätigkeit vom Beamten bezogen wurde, § 5 IX. Beil. BV 1818, a.e.c. § 19 IX. Beil. BV 1818 – also auch wenn der Beamte aus administrativen Gründen mit seiner Einwilligung außer Dienst gesetzt wurde. Beamte konnten nur aus bestimmten Gründen, etwa bei Begehung von Straftaten, durch Gerichtsurteil entlassen werden und ihre Ansprüche auf das Gesamtgehalt, also auch das Standesgehalt, verlieren, § 18 IX. Beil. BV 1818. Aus eigener Entscheidung hingegen konnten Beamte ohne die Angabe von Gründen stets aus dem Dienst ausscheiden, in diesem Fall verloren sie aber ihre Ansprüche auf das Gesamtgehalt sowie alle Titel und Funktionszeichen, § 22 A IX. Beil. BV 1818. Trat ein Beamter in den Ruhestand, so musste unterschieden werden, ob er aufgrund seines Dienstalters oder seines tatsächlichen Alters in den Ruhestand trat. Trat er in den Ruhestand, da er ein tatsächliches Alter von siebenzig Jahren erreicht hatte, so behielt er seine vollen Bezüge, § 22 C IX. Beil. BV 1818, trat er wegen eines abgeleisteten Dienstalters von vierzig Jahren in den Ruhestand, so verblieb ihm nur sein Standesgehalt, § 22 B IX. Beil. BV 1818 – daneben konnten Beamte wegen Krankheit aus dem Dienst ausscheiden, § 22 D IX. Beil. BV 1818. Richter an Kollegialgerichten behielten in jedem Fall beim Eintritt in den Ruhestand ihr volles Gesamtgehalt, Landrichter, Landgerichtsassessoren und Aktuare behielten ihr fixes Geldgehalt, § 23 IX. Beil. BV 1818. Aufgrund administrativer Erwägungen und organischer Verfügungen in den Ruhestand versetzte Beamte konnten nach § 25 IX. Beil. BV 1818 in ihrer vorherigen Dienstklasse oder in einer höheren wieder uneingeschränkt reaktiviert werden, im Falle der Reaktivierung in einer niedrigeren Dienstklasse bezog der Staatsdiener aber zumindest sein vormalig in der Aktivität bezogenen Gesamtgehalt, § 26, 27 IX. Beil. BV 1818.

Neben den im Edikt festgesetzten Regelungen enthielt zugleich das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit aus dem Jahre 1848 wichtige Regelungen bezüglich des Gehaltes, das die Minister auch nach ihrer Entlassung zu beziehen hatten. Zunächst setzte Art. 1 MinVG das Standesgehalt des Minister auf 3.000 fl. fest, es sei denn, der Minister hätte bereits bei Übernahme seines Ministeriums ein höheres Standesgehalt gehabt, das sodann maßgeblich gewesen wäre. Art. 3 Abs. 2 MinVG traf die Regelung, dass einem auf seine Bitte hin entlassenen Minister sowie einem durch Willen des Monarchen enthobenen Minister das Standesgehalt ungeschmälert verbleiben musste.

²¹⁹⁰ Biebl, Staatsanwaltschaft, S. 49 f.

c. Die Rechtsauffassungen der Parteien

aa. Die Rechtsauffassung von Heintz

Die Rechtsauffassung von Karl Friedrich Heintz wurde insbesondere in den zahlreichen Gesuchen an das Justizministerium und an den König deutlich, worin Heintz seinen Anspruch auf Erhöhung seines Gesamtgehalts sowie die Nachzahlung und Verzinsung des seit dem 01. April 1849 ausstehenden Gehalts vorwiegend mit verfassungsrechtlichen Vorschriften begründete. Nach seiner Auffassung wurde er am 24. und 25. März 1848 definitiv zum Staatsrat im ordentlichen Dienst sowie zum Justizminister ernannt, § 2 IX. Beil. BV 1818.²¹⁹¹ Da weder Standes- noch Dienstgehalt im Ernennungsdekret oder in den folgenden Dekreten ausgewiesen wurden, hätten die königliche Entschließung vom 20. Juli 1848 und Art. 1 MinVG sein Standesgehalt auf 3.000 fl. festgesetzt. Sein Gesamtgehalt habe als Staatsrat im ordentlichen Dienst 6.000 fl. betragen sowie zusätzliche 6.000 fl. wegen seiner Ministertätigkeit, die zur Hälfte als Ministergehalt und zur Hälfte als Tafelgelder bezogen wurden, weshalb Dienst- und Standesgehalt jeweils 3.000 fl. betragen hätten.²¹⁹² Während des Zeitraumes seiner Quieszierung vom 07. bis 31. März 1848 habe er ordnungsgemäß nur sein Standesgehalt von 3.000 fl. bezogen, da einem Staatsbeamten außer in dem Fall, dass er aufgrund eines richterlichen Urteils außer Dienst gesetzt wurde, auf Lebenszeit das Standesgehalt zugestanden habe. Sein freiwilliger Rücktritt als Minister sollte in Bezug auf seine Gehaltsansprüche keinen Unterschied machen, da Art. 3 MinVG den Ministern gestattet habe, ohne Darlegung von Gründen um Entlassung zu ersuchen.²¹⁹³

Ab dem Zeitpunkt seiner Reaktivierung als Staatsdiener habe ihm gem. § 18 IX. Beil. BV 1818 allerdings wieder mindestens sein ungekürztes früheres Dienstgehalt zugestanden, das als Staatsrat im ordentlichen Dienst 6.000 fl. betragen habe. Er war der Ansicht, dass es ein Beamter im Falle seiner Reaktivierung nicht hinnehmen müsse, dass er zu einem geringeren als dem früher bezogenen Gehalt reaktiviert wurde. Hier bezieht sich Heintz eindeutig auf die Vorschriften der §§ 25 – 27 IX. Beil. BV 1818, allerdings ohne sie ausdrücklich zu zitieren. Weiter sei die Annahme der nur mit 4.000 fl. besoldeten Stelle des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts jedenfalls kein Verzicht auf seine tatsächlichen Ansprüche gewesen, schon gar nicht für die Zukunft. Dies sei einmal dadurch begründet gewesen, dass er sich nicht um diese Stelle beworben habe, zudem vonseiten des Justizministers versichert worden wäre, dass die Stelle nur provisorischer Natur sei.²¹⁹⁴ Wegen dieser Umstände sollte schon kein konkludenter Verzicht möglich gewesen sein, daneben hätte aber ein Verzicht auf die Gehaltsansprüche auch schriftlich und ausdrücklich geschehen müssen.²¹⁹⁵ Keinesfalls habe man aus seinem Rücktrittsgesuch als Justizminister ein Begehren um gänzliche Entlassung aus dem Staatsdienst ersehen können oder auch die Bitte um Entlassung als Staatsrat im or-

²¹⁹¹ RegBl. 1848, S. 183, 164, 737.

²¹⁹² BayHStA, (MJu) 19325, S. 79.

²¹⁹³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 80.

²¹⁹⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 80.

²¹⁹⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 137 f.

dentlichen Dienst. Dies wäre schon daraus ersichtlich gewesen, dass der Rücktritt des Gesamtministeriums in demselben Rücktrittsgesuch stattgefunden hätte und sich daher eine gesonderte Auslegung des Gesuches, verschieden zu der bei allen anderen Ministern, verbiete. Das Beispiel seines früheren Ministerkollegen Beiseler habe zudem gezeigt, dass das Entlassungsgesuch nicht auf die Staatsrätstätigkeit bezogen war, denn Beiseler wäre Staatsrat im ordentlichen Dienst geblieben.²¹⁹⁶

Daneben hätten auch die Reaktivierungen früherer Staatsminister und Staatsräte bewiesen, dass ein Gesamtgehaltsanspruch von 6.000 fl. bestehe, wofür er zahlreiche Beispiele anführte. Christian Ludwig von Koch sei als Generalprokurator der Pfalz in einer Stelle reaktiviert worden, die an sich nur mit 3.000 fl. Gesamtgehalt besoldet gewesen wäre, dennoch habe er aufgrund der früheren Staatsrätstätigkeit 6.000 fl bezogen. Maurer sei, sobald er als Ministerverweser entlassen wurde, als Appellationsgerichtspräsident in Amberg reaktiviert worden, womit nur 5.000 fl. Gesamtgehalt verbunden gewesen wären, und habe auch stattdessen 6.000 fl. bezogen.²¹⁹⁷ Karl Friedrich von Heres, ein früherer Staatsrat, der als Vorstand der Katasterkommission reaktiviert worden sei, womit nur 3.000 fl. Gesamtgehalt verbunden gewesen wären, habe ebenfalls 6.000 fl. bezogen. Schließlich gelte dasselbe für Kleinschrod, der ihm eine Besoldung von 6.000 fl. abgesprochen hatte, allerdings selbst nach seiner Entlassung als Justizminister zum Appellationsgerichtspräsidenten für Schwaben und Neuburg ernannt worden sei und anstelle der statusmäßigen Besoldung von 5.000 fl. ebenfalls 6.000 fl. bezogen habe.²¹⁹⁸

bb. Die Rechtsauffassung des königlichen Fiskus

Die Rechtsauffassung des königlichen Fiskus und damit die Zurückweisung der Heintz'schen Besoldungsansprüche wird deutlich, wenn man einen Blick auf die zahlreichen Gutachten zur Sache wirft, welche die Kronanwälte des Finanzministeriums und Justizminister Kleinschrod erstellt hatten. Bereits in seinem Schreiben an Maximilian II. vom 20. März 1849, in dem Heintz für die Stelle des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts vorgeschlagen wurde, äußerte Justizminister Kleinschrod Bedenken an der Auslegung des Art. 3 Abs. 2 MinVG, da nach seiner Auffassung der Wortlaut nicht eindeutig sei. Jedoch nicht zugunsten von Heintz, sondern vielmehr dahingehend, dass überprüft werden müsse, ob Heintz überhaupt ein Anspruch auf das Standesgehalt von 3.000 fl. zustehe. Kleinschrod war der Auffassung, dass man den Wortlaut des Art. 3 Abs. 2 MinVG im Zusammenhang mit Art. 3 Abs. 1 MinVG auch dahingehend verstehen könnte, dass einem entlassenen Minister nur dann das Standesgehalt verbleiben müsse, wenn er entweder auf Veranlassung des Monarchen entlassen wurde, oder aber, wenn er um Entlassung nachgesucht hätte, da der König in wichtigen Regierungsangelegenheiten nicht die Ratschläge des Ministers annehmen zu können glaubte. Für den Fall Heintz, in dem Justizminister Heintz wegen der gesamtpolitischen Situation zusammen mit dem Gesamtministerium um Entlassung gebeten hatte, könne daher mög-

²¹⁹⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 138.

²¹⁹⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 80 f.

²¹⁹⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 137 f.

licherweise sogar das Standesgehalt entziehbar sein.²¹⁹⁹ Auf Veranlassung von Maximilian II. sollte über diese Frage das erste kronanwaltliche Gutachten eingeholt werden.²²⁰⁰ Das diesbezügliche Gutachten des Ministerialrates und Kronanwaltes im Finanzministerium Dr. Michael Gartner²²⁰¹ vom 09. April 1849 stimmte der Ansicht von Kleinschrod zwar dahingehend zu, dass Art. 3 MinVG nur auf die beiden genannten Entlassungsfälle Anwendung fände,²²⁰² doch dass sich auch in anderen Entlassungsfällen der Minister aus dem Sinn und Zweck des MinVG und aus den Bestimmungen der IX. Beil. BV 1818, allen voran § 18 IX. Beil. BV 1818, die Unentziehbarkeit des Standesgehaltes ergebe, sofern ein Minister nicht durch richterliches Urteil seines Amtes enthoben würde.²²⁰³

Weitere kronanwaltliche Gutachten, die nun den eigentlichen späteren Rechtsstreit betrafen, veranlasste Justizminister Kleinschrod im März des Jahres 1850, nachdem Heintz seine Gesuche um Gehaltserhöhung oder Versetzung in den Ruhestand eingereicht hatte. In diesen wurde die Frage begutachtet, ob Heintz einen Anspruch auf Erhöhung seines Gesamtgehaltes hatte. Das erste diesbezügliche Gutachten erstellte abermals Gartner am 18. März 1850. Dieses Gutachten ging schon von gänzlich falschen Grundlagen aus, da es darauf aufgebaut war, ob Heintz ein Standesgehalt von 6.000 fl. verlangen konnte. Tatsächlich verlangte Heintz aber eine Erhöhung seines Gesamtgehaltes auf 6.000 fl., das sich aus 3.000 fl. Standesgehalt und 3.000 fl. Dienstgehalt zusammensetzen sollte. So kam das Gutachten zu dem Schluss, dass das von Heintz zu beziehende Standesgehalt durch die Ernennung zum zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts sogar noch erhöht worden wäre, da ein Richter im Quieszenzfall sein ganzes Gehalt behalten würde, § 23 IX. Beil. BV 1818.²²⁰⁴ Die im Gutachten vertretene Rechtsansicht kam zu dem Ergebnis, dass Heintz daher keine Erhöhung seiner Bezüge zustünde, da er keinen Anspruch auf ein höheres Standesgehalt habe, dadurch ging es eigentlich gänzlich an der Rechtsfrage vorbei und auf die tatsächlichen Problempunkte überhaupt nicht ein, nämlich ob ein reaktiver Staatsdiener Anspruch auf seine früher bezogenen Gesamtbezüge habe. Ein weiteres Gutachten wurde am 19. März 1850 vom Ministerialrat und Kronanwalt im Finanzministerium, Johann von Graf,²²⁰⁵ erstellt. Mit noch geringerer Argumentation und nur einer sehr beschränkten Beleuchtung der verfassungsrechtlichen Vorschriften der

²¹⁹⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 71.

²²⁰⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 71.

²²⁰¹ Dr. Michael Gartner, geb. 1781, gest. 09.08.1856, 1804 – 07 Studium Rechtswissenschaften Landshut, 1808 Staatskonkurs, 1808 Akzessist Landesdirektion Amberg, 1819 Regierungs- und Fiskaladjunkt Appellationsgericht Amberg, 1819 Regierungs- und Fiskalrat Regierung Regenkreis, 1836 Regierungs- und Fiskalrat Regierung Isarkreis, 07.12.1838 Kronanwalt Finanzministerium, 03.02.1845 Kronanwalt und Ministerialrat Finanzministerium, 1854 Ruhestand als Geheimer Rat (Schärl, Nr. 194, S. 163).

²²⁰² So auch: KdRR 1848 Protokolle, Bd. 3, S. 448.

²²⁰³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 73 ff.; so auch: Brater, Ministerverantwortlichkeit, S. 5.

²²⁰⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 86 f.

²²⁰⁵ Johann von Graf, geb. 1791/92, Studium Rechtswissenschaften, 1821 Rechtspraktikant Regierung Isarkreis, 1823 Akzessist Regierung Isarkreis, 1826 Staatsschuldentilgungskommission, 1837 Regierungs- und Fiskalrat Staatsschuldentilgungskommission, 04.01.1848 – 17.07.1871 Ministerialrat und Kronanwalt Finanzministerium und Staatsschuldentilgungskommission, 1871 Ruhestand als Geheimer Rat (Schärl, Nr. 199, S. 165).

IX. Beil. BV 1818 kam dies wie das Gutachten Gartners ebenso zu keinem Anspruch von Heintz auf Erhöhung seiner Bezüge und entsprach im Kern auch inhaltlich dem vorangegangenen Gutachten.²²⁰⁶

Die erste rechtlich fundiertere Auseinandersetzung vonseiten des Fiskus geschah durch das Gutachten vom 26. April 1850 von Justizminister Kleinschrod persönlich, das für den König verfasst wurde und in dem der Anspruch von Heintz von Grund auf abgelehnt wurde. Nach dem Gutachten habe Heintz jedenfalls nur ein Standesgehalt von 3.000 fl. erworben, wobei Kleinschrod seine frühere Frage, ob Heintz durch seinen freiwilligen Rücktritt auch seinen Anspruch auf das Standesgehalt verloren hatte, nun offen ließ.²²⁰⁷ In Bezug auf die Erhöhung des Gesamtgehaltes helfe Heintz § 18 IX. Beil. BV 1818, auf den er sich berufen hatte, nicht weiter, da dieser nur das Standesgehalt und die Wiedereinsetzung in die vorherige Dienstklasse sichere, was aber mit dem Amt des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichtes geschehen sei. Vielmehr statuiere § 19 IX. Beil. BV 1818, dass sowohl Dienstleistung wie auch Dienstgehalt des Staatsdieners entziehbar seien, damit habe Heintz grundsätzlich keinen Anspruch auf ein Gehalt von 6.000 fl. gehabt.²²⁰⁸ Da Heintz vorbrachte, dass ein Staatsdiener es nicht hinnehmen müsse, zu einem geringeren Gehalt als dem früher bezogenen Gesamtgehalt reaktiviert zu werden, ging das Gutachten Kleinschrods erstmals auf §§ 20, 25, 26, 27 IX. Beil. BV 1818 ein. Allerdings hielt sich seine rechtliche Würdigung der Vorschriften in Grenzen, da er sie für den Fall Heintz als unanwendbar ansah, diese vielmehr allenfalls dann zum Tragen gekommen wären, wenn Heintz aus administrativen Erwägungen oder organischen Verfügungen seiner Stelle enthoben worden wäre.²²⁰⁹ Allgemein seien die §§ 20, 25, 26, 27 IX. Beil. BV 1818 schon auf Minister nicht anwendbar gewesen, da das MinVG speziell gewesen sei.²²¹⁰ Darüber hinaus habe Heintz aus seiner vormaligen Stellung als Staatsrat im ordentlichen Dienst ohnehin keine Rechte ziehen können, da diese untrennbar mit dem Ministerposten verknüpft gewesen seien, was sich aus dem Ernennungsdekret von Heintz und der ergänzenden EntschlieÙung vom 03. Dezember 1848 über die Ausscheidung der Gehaltsbezüge der Minister ergeben habe, da hier ein Gesamtgehalt angegeben worden wäre, das beide Stellen umfasse.²²¹¹ Schließlich habe Heintz, selbst wenn ihm ein höheres Gehalt zugestanden wäre, mit der Annahme der nur mit 4.000 fl. besoldeten Stelle einen konkludenten Verzicht auf die höhere Gehaltsklasse ausgesprochen, da er bei einem Wissen um seinen Anspruch hätte protestieren müssen.²²¹²

Weitere kronanwaltliche Gutachten wurden nach dem Rücktritt Kleinschrods vom neuen Justizminister Ringelmann im Oktober 1854 in Auftrag gegeben, wobei dieser eindeutig die Unzulänglichkeit der früheren kronanwaltlichen Gutachten erkannte und

²²⁰⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. S. 88 f.

²²⁰⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 117.

²²⁰⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 117.

²²⁰⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 118.

²²¹⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 119.

²²¹¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 117 f.

²²¹² BayHStA, (MJu) 19325, S. 121.

nunmehr konkrete Fragen an die Gutachter stellte.²²¹³ Zunächst, ob Heintz eine Erhöhung seines Gesamtgehalts auf 6.000 fl. verlangen könne, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass es hier nicht um die Erhöhung des Standesgehaltes ging – Ringelmann hatte zweifellos die gänzlich falsche Grundlage der früheren kronanwaltlichen Gutachten erkannt. Weiter, ob Heintz durch vorbehaltlose Annahme der Stelle des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts auf ein etwaiges höheres Gehalt verzichtet habe. Schließlich, wenn ein Anspruch auf Erhöhung des Gesamtgehaltes von Heintz bestand, ob Heintz einen Anspruch auf Nachzahlung der 2.000 fl. samt Verzugszinsen seit dem 01. April 1849 habe.

Das erste Gutachten wurde von Gartners Nachfolger, Georg von Hasler,²²¹⁴ erstellt. Auch dieses Gutachten lehnte von Grund auf abermals alle Heintzschen Ansprüche ab, da Heintz schon nicht beweisen könne, dass er als Staatsrat im ordentlichen Dienst ein Gesamtgehalt von 6.000 fl. bezogen habe, da im Anstellungsdekret die genaue Ausscheidung des Gehaltes vorbehalten worden wäre und in der ergänzenden Entschließung vom 03. Dezember 1848²²¹⁵ über die Ausscheidung der Gehaltsbezüge der Minister nicht von dem Gehalt als Staatsrat im ordentlichen Dienst gesprochen würde, sondern allein vom Staatsministergehalt.²²¹⁶ Heintz habe damit nur ein Ministergehalt und keines als Staatsrat im ordentlichen Dienst bezogen. Da Heintz die Ministerstelle freiwillig aufgegeben habe, habe er eigentlich nicht einmal einen Anspruch auf das Standesgehalt gehabt, § 22 A. Abs. 2 IX. Beil. BV 1818, die Zahlung des Ruhestandsgehaltes in Höhe des Standesgehaltes vom 07. bis 31. März 1849 sei daher ein allerhöchster Gnadenakt der Krone gewesen.²²¹⁷ Ein Vergleich mit anderen ehemaligen Ministern, die nach ihrer Entlassung ein Gehalt von 6.000 fl. bezogen hätten, verbiete sich ohnehin, da bei diesen andere Entlassungs- und Ernennungsdekrete maßgeblich waren.²²¹⁸ Daher habe Heintz keinen Anspruch auf Erhöhung seines Gehalts, womit auch die beiden weiteren Fragen des Justizministers obsolet seien, die folglich durch das Gutachten nicht beantwortet wurden.

Das letzte kronanwaltliche Gutachten zur Sache kam am 28. Oktober 1854 wiederum von Graf, der zwar nicht mit der Begründung von Hasler übereinstimmte, allerdings mit dessen Ergebnis.²²¹⁹ Heintz habe nie ein Gehalt als Staatsrat im ordentlichen Dienst bezogen, da er unmittelbar vor seiner Ernennung zum Justizminister erst diese Positi-

²²¹³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 147 ff.

²²¹⁴ Georg von Hasler, geb. 1802, gest. 1877, Studium Rechtswissenschaften, 1827 Rechts- und Fiskalpraktikant Amberg, 1829 Funktionär Staatsschuldentilgungskommission, 1831 Regierungsassessor und Fiskaladjunkt Staatsschuldentilgungskommission, 1836 Regierungsassessor und Fiskaladjunkt Regierung Regenkreis, 1841 Regierungs- und Fiskalrat Regierung Oberpfalz, 1842 Regierungs- und Fiskalrat Regierung Oberbayern, 16.02.1854 – 28.10.1872 Ministerialrat und Kronanwalt Finanzministerium (Schärl, Nr. 202, S. 165 f.).

²²¹⁵ Gartner schrieb 05.12.1848. Diese Abweichung im Datum resultiert aus dem Veröffentlichungszeitpunkt der Entschließung.

²²¹⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 151.

²²¹⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 152.

²²¹⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 153.

²²¹⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 154.

on bekommen hätte und diese mit der Übernahme des Justizministeriums sofort wieder aufgelöst worden sei. Deshalb sei auch § 27 IX. Beil. BV 1818 irrelevant, auf den sich die Ansicht von Heintz stützen ließ, dass ein Staatsdiener es nicht hinnehmen müsse, zu einem geringeren Gehalt als dem früher bezogenen Gesamtgehalt reaktiviert zu werden.²²²⁰ Ohnehin sei Heintz mit dem Gehalt als zweiter Präsident des Oberappellationsgericht in Höhe von 4.000 fl. besser gestellt, als ihm überhaupt zustünde, da wegen § 23 IX. Beil. BV 1818 nun sein unentziehbares Quieszenzgehalt um 1.000 fl. höher sei als das frühere, das sich nach dem Standesgehalt von 3.000 fl. bemessen habe. Graf stellte sich damit nach wie vor auf den Standpunkt, dass Heintz nur das Standesgehalt als weiteres Gehalt zustünde. Obgleich Graf bereits die erste Frage von Ringelmann verneinte, nahm er doch auch noch zu den weiteren beiden Fragen Stellung und beantwortete sie sogar zugunsten von Heintz. Einen Verzicht auf ein etwaiges Mehrgehalt nahm er nicht an, was er allerdings ohne jede Begründung nur in einem Nebensatz erwähnte.²²²¹ Wenn Heintz meinte, dass seine Forderung nicht erloschen sei, weil er sie bereits im März 1850 angebracht habe, sollte man ihm dies nach Grafs Auffassung zugestehen können, da die Forderung zum einen schon nicht bestünde, zum anderen die fraglichen Bezüge ohnehin nicht unter die Verjährungsregelung des Art. 31 FinanzG fallen würden, so dass Heintz sie auch geltend machen hätte können, selbst wenn er sie nicht angemeldet hätte.²²²²

d. Die Entscheidungen der Gerichte

aa. Entscheidung des Appellationsgerichts von Oberbayern

Erstinstanzlich entschied das königliche Appellationsgericht von Oberbayern in München durch Urteil am 17. August 1855 weitgehend zugunsten von Heintz. Es erkannte dahingehend, dass Heintz außer dem ihm als zweitem Präsidenten des Oberappellationsgerichts dekretmäßig verliehenen Gehalt von 4.000 fl. für die Dauer seiner Aktivität ein jährlicher Geldzuschuss von 2.000 fl. zustand, und verurteilte den königlichen Fiskus, diesen Betrag seit seiner Fälligkeit am 01. April 1849 samt fünfprozentigen Verzugszinsen nachzuzahlen. Das Mehrgehalt von 2.000 fl. jährlich war ab Rechtskraft des Urteils in monatlichen Raten zu 166 fl. 40 xr. zusätzlich zum dekretmäßig verliehenen Gehalt ausbezahlen. Die Kosten der Parteien wurden gegeneinander aufgehoben.²²²³

Unstreitig war der Sachverhalt, der dem Rechtsstreit zu Grunde lag, so dass sich die Entscheidung des Appellationsgerichts lediglich mit der rechtlichen Würdigung der Parteien auseinanderzusetzen hatten. Bei seiner rechtlichen Würdigung der tatsächlichen Umstände kam das Gericht mit nahezu derselben Begründung, wie sie bereits Heintz vorgetragen hatte, zu seiner Entscheidung.

Eine gänzliche Entlassung aus dem Staatsdienst, wie sie vom königlichen Fiskus behauptet wurde, sah das Gericht unter keinen Umständen als gegeben. Zwar war es mög-

²²²⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 156.

²²²¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 156.

²²²² BayHStA, (MJu) 19325, S. 157.

²²²³ BayHStA, (MJu) 19325, S. 172.

lich, dass ein Staatsdiener seine gänzliche Entlassung aus dem Staatsdienst nehmen konnte, was auch von Staatsseite nicht verweigert werden durfte, § 22 A IX. Beil. BV 1818, doch war dies bei Heintz keineswegs so gewesen, vielmehr das Gegenteil der Fall, was sich bereits durch das Entlassungsdekret vom 05. März 1849 zeigte. In diesem wurde Heintz zum Staatsrat im außerordentlichen Dienst ernannt, verblieb damit eindeutig quiesziert im Staatsdienst, anstatt mit dem Verlust des Standes- und des Dienstgehalts und aller Titel und Funktionszeichen tatsächlich entlassen zu werden. Diese Ansicht wurde auch durch das Anstellungsdekret vom 24. März 1849 nochmals bestätigt, in dem Heintz abermals als Staatsrat im außerordentlichen Dienst geführt wird. Alle Zweifel an dem Verbleib von Heintz im Staatsdienst wurden schließlich durch Entschließung des Finanzministeriums vom 13. Mai 1849 beseitigt, in der ihm für den Zeitraum vom 07. bis 31. März 1849 ein Quieszenzgehalt zugesprochen wurde, was schon begrifflich einer gänzlichen Entlassung widersprochen hätte. Ein Enthebungsgesuch eines Ministers nach Art. 3 Abs. 1 S. 1 MinVG mit einem Gesuch um gänzliche Entlassung aus dem Staatsdienst gleichzusetzen hätte dem Sinn, Zweck und klaren Wortlaut des MinVG widersprochen und gegen den Grundsatz verstoßen, dass Verzicht auf eine Stellung im Staatsdienst, wie alle Verzicht, eng auszulegen waren. Dadurch war die Ernennung zum zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts auch keine Neuanstellung, sondern eine bloße Reaktivierung von Heintz als Staatsdiener.²²²⁴

Auf dieser Tatsache gründete sich auch die weitere rechtliche Beurteilung der Streitsache hinsichtlich des Anspruchs von Heintz auf ein Gesamtgehalt von 6.000 fl. Nach §§ 25 ff. IX. Beil. BV 1818 hatte ein reaktivierter Staatsdiener das Gesamtgeldgehalt seiner vormaligen Stelle zu beziehen, wenn nicht mit seiner neuen Stelle ein höheres Standes- und Dienstgehalt verbunden war. Das frühere Gesamtgehalt bildete damit die Mindestverdienstgrenze für den Fall der Reaktivierung. Als Staatsrat im ordentlichen Dienst und Justizminister betrug dieses Gesamtgehalt 6.000 fl, jeweils zur Hälfte Standes- und Dienstgehalt, so dass Heintz' Gehalt als zweiter Präsident des Oberappellationsgerichts um 2.000 fl. erhöht werden musste. Da Heintz zum 01. April 1849 in seiner neuen Anstellung reaktiviert wurde, stand ihm dieses Mehrverdienst ab diesem Zeitpunkt zu und war auch mit fünfprozentigen Verzugszinsen jeweils ab Fälligkeit des Monatsgehaltes zu verzinsen. Wie bereits das Gutachten Grafs war das Appellationsgericht der Ansicht, dass der Anspruch von Heintz nicht der Verjährungsregelung des Art. 31 FinanzG unterfiel, da dieser kein zivilrechtlicher Anspruch war, sondern ein verfassungsmäßiges, durch konstitutionelles Edikt geschaffenes Recht.²²²⁵

Die Kostenentscheidung des Appellationsgerichts basierte vermutlich darauf, dass Heintz wahrscheinlich uneingeschränkte Zahlung des Gesamtgehalts von 6.000 fl. beantragt hatte, das Gericht aber nur dieses Gehalt für die Dauer seiner Aktivität zugesprochen hatte.

²²²⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 173.

²²²⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 175.

bb. Entscheidung des Oberappellationsgerichts

Durch das Berufungsurteil des Oberappellationsgerichts vom 29. Februar 1856 wurde das appellationsgerichtliche Urteil nochmals zugunsten von Heintz dahingehend abgeändert, dass die Worte „für die Dauer seiner Aktivität“ gestrichen wurden und somit Heintz sein volles Gesamtgehalt auch im Quieszenzfall bezogen hätte, und zudem die erstinstanzlichen Kosten dem königlichen Fiskus auferlegt wurden.²²²⁶

Sowohl der königliche Fiskus als Beklagter als auch Heintz als Kläger sahen sich durch das appellationsgerichtliche Urteil beschwert, so dass beide Parteien gegen das Urteil Berufung zum Oberappellationsgericht einlegten. Der königliche Fiskus beschränkte seine Berufung darauf, dass das Urteil dahingehend unrichtig sei, dass Heintz nur quiesziert wurde. Mit derselben rechtlichen Begründung wie bereits in erster Instanz war der königliche Fiskus der Meinung, dass Heintz mit seiner Entlassung als Minister gänzlich aus dem Staatsdienst ausgeschieden sei. Ohne die rechtliche Argumentation des Appellationsgerichts zu beanstanden, bestätigte das Oberappellationsgericht die erstinstanzliche Entscheidung und wies die Berufung des königlichen Fiskus als unbegründet ab.²²²⁷

Heintz' Berufungsführung beschränkte sich auf zwei Beschwerdepunkte, die uneingeschränkte Zahlung des Gesamtgehalts von 6.000 fl. auch über den Zeitraum seiner aktiven Dienstzeit hinaus und die Abänderung der Kostenentscheidung des erstinstanzlichen Urteils dahingehend, dass dem königlichen Fiskus die Kosten des Rechtsstreits auferlegt werden sollten.²²²⁸ Hinsichtlich beider Beschwerdepunkte erachtete das Oberappellationsgericht die Berufung von Heintz als begründet.

Die dauerhafte Gewährung des Gesamtgehalts von 6.000 fl. basierte auf der verfassungsrechtlichen Vorschrift des § 23 IX. Beil. BV 1818, die Richtern in allen Quieszenzfällen den Bezug des früher verliehenen Gesamtgehaltes sicherte. Hierunter war das dem Richter gesetzlich gebührende Gesamtgehalt zu verstehen, nicht etwa ein mittels Dekretes unrichtig verliehenes Gehalt, was sich aus § 29 IX. Beil. BV 1818 folgern ließ. Die Tatsache, dass Heintz aufgrund eines administrativen Dienstes das erhöhte Gesamtgehalt bezog, war unschädlich, da das Gehalt Heintz rechtmäßig per Edikt verliehen wurde und der klare Wortlaut § 29 IX. Beil. BV 1818 von einem „verliehenen Gesamt-Gehalt“ sprach, weshalb für jeden Fall das Gehalt eines Richters, sei es nun, dass es durch das Anstellungsdekret, das Reaktivierungsdekret oder ein richterliches Urteil verliehen wurde, dem Richter ungeschmälert zu verbleiben hatte. In diesem Sinne hatte das Oberappellationsgericht bereits im Jahre 1840 im Fall des Präsidenten des Oberappellationsgerichts Constantin Ludwig Freiherr von Welden²²²⁹ entschieden, der zuvor Generalkommissär

²²²⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 172.

²²²⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 172 ff.

²²²⁸ BayHStA, (MJu) 19325, S. 175 ff.

²²²⁹ Constantin Ludwig Freiherr von Welden, geb. 28.12.1771, gest. 31.03.1842, Studium Rechtswissenschaften Mainz, Reichshofrat Wien, 1792 fürstbischöflicher Hofrat Würzburg, 1798 Vizedom Würzburg, Oberamtmann bischöflich-würzburgischer Ämter, 1803 Rat Oberste Justizstelle Bamberg, 1804 Direktor Oberste Justizstelle Bamberg, 1808 Vizepräsident Appellationsgericht Innsbruck, 1810 – 1814 Präsident Appellationsgericht Innsbruck, 1814 – 1832 Generalkommissär Obermainkreis, 1832 – 1837 Präsi-

des Obermainkreises gewesen war und hieraus gegenüber dem statusmäßigen Gesamtgehalt als Richter einen Mehrbezug geltend machte, der auch während der Quieszenz zu beziehen war.²²³⁰ Da Heintz durch Dekret wieder in einer Stelle als Richter reaktiviert wurde, musste folglich das Gesamtgehalt von 6.000 fl. auch für die Zeit nach seinem aktiven Dienst ungekürzt gewährt werden.

Schließlich war mit dieser rechtlichen Würdigung auch das Ergebnis gegeben, dass der königliche Fiskus in allen Streitpunkten unterlag, so dass die erstinstanzlichen Kosten allein ihm auferlegt werden mussten. Anders verhielt es sich mit den zweitinstanzlichen Kosten. Da der königliche Fiskus durch das erstinstanzliche Urteil in den beiden Beschwerdepunkten von Heintz einen positiven Richterspruch für sich verzeichnen konnte, entsprach es nach Auffassung des Oberappellationsgerichts der Billigkeit, dass in diesen Fällen eine Prozessführung vonseiten des königlichen Fiskus stattfand, weshalb zwar deshalb nicht die Kostenentscheidung erster Instanz bestehen blieb, aber dennoch die Kosten der zweiten Instanz gegeneinander aufgehoben wurden.²²³¹

e. Gesamtbetrachtung

Insgesamt betrachtet ersieht man aus der Verlauf der Rechtsstreitigkeit mit dem Fiskus, dass man vonseiten der Krone Heintz ganz klar spüren lassen wollte, dass er durch sein Wirken als Justizminister in Ungnade gefallen war. Diese Zurücksetzung musste für Heintz schmerzlich sein, war er doch allzeit ein treuer Anhänger der konstitutionellen Monarchie gewesen, für diese auch immer wärmstens eingetreten und der Überzeugung gewesen, stets zum Besten für Krone, Volk und Vaterland gewirkt zu haben. Dennoch wollte man auf seine fachliche Qualifikation bei der Ausarbeitung der anstehenden Gesetzesarbeiten nicht verzichten, weshalb man seiner Bitte um gänzliche Quieszierung nicht entsprach.

Daneben bemerkt man, dadurch, dass Heintz seine Klage erstinstanzlich beim Appellationsgerichtshof für Oberbayern in München einreichte, dass, im Gegensatz zum Strafverfahren, im Zivilprozess die privilegierte Gerichtsstände des Adels, des Klerus und des höheren Beamtentums noch volle Geltung hatten, insofern das GrundlG noch nicht umgesetzt war, was erst durch das GVG 1861 geschafft wurde.²²³² Dennoch stellt man deutlich fest, dass der Gedanke der richterlichen Unabhängigkeit im Königreich Bayern bereits Fuß gefasst hatte. Dies zum einen schon durch die gerichtlichen Entscheidungen des Appellationsgerichts und des Oberappellationsgerichts selbst, welche sich über die rechtlichen Ansichten des Justizministeriums und der Kronanwälte im Finanzministerium entschieden hinwegsetzten, und zum anderen durch das Verhalten des Königs während des Prozesses. Denn obgleich Maximilian II. größtes Interesse am Verlauf und Ausgang des Prozesses hatte,²²³³ versicherte er doch in einem Schreiben an Justizminister Ringel-

dent des Oberappellationsgerichts (Schärl, Nr. 341, S. 216).

²²³⁰ BayHStA, (MJu) 19325, S. 175.

²²³¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 177.

²²³² S.u. S. 379; Heydenreuter, in: Volkert, Handbuch, S. 122.

²²³³ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 504.

mann, durch das er diesem seine eigenen Akten zur Streitigkeit übersandte und wünschte, über den Fortgang der Angelegenheit persönlich informiert zu werden, in keiner Weise auf den Prozess, dessen Verlauf oder die richterliche Beurteilung Einfluss nehmen zu wollen.²²³⁴

Für Heintz war der Ausgang des Prozesses in beiden Instanzen ein voller Erfolg, der kleine Wermutstropfen hinsichtlich der Kostenaufhebung in zweiter Instanz, so dass Heintz hier die Kosten seiner Rechtsverteidigung sowie Gerichtsgebühren in Höhe von 20 fl. 79 xr. zu tragen hatte, war nichts verglichen zu dem primären Ergebnis, dass die schlussendlichen Bezüge von Heintz auf 6.000 fl. auf Lebenszeit erhöht wurden und auch die seit dem 01. April 1849 ausstehende Mehrbesoldung verzinst ausbezahlt werden musste, was nach einer Berechnung des Finanzministeriums eine Summe von 16.409 fl. 10 xr. ausmachte.²²³⁵

2. Die Stellung von Heintz in der Kammer der Reichsräte

Auch nach der Entlassung als Justizminister blieb Heintz in die Gesetzgebung des Königreichs Bayern eingebunden, da der König seiner Bitte um Entbindung von seinem Amt als Reichsrat nicht entsprach und vielmehr der Empfehlung von Justizminister Kleinschrod folgte, Heintz bei den anstehenden, „dringend nothwendigen“ legislativen Arbeiten, ob seiner „ausgezeichneten [juristischen] Fähigkeiten und Kenntnisse [...] zu benützen“^{2236, 2237} So behielt Heintz seinen Sitz im Reichsrat und wurde auch wieder von Anfang an in die Beratungen der Gesetze zur Justizreform eingebunden, auch wenn er für einige konservative Mitglieder der Kammern eine politische Persona non grata gewesen war.²²³⁸ Selbst alte Förderer von Heintz, wie etwa der frühere Regierungspräsident der Pfalz Wrede, der ihn während seiner Zweibrückener Zeit als erster und zweiter Staatsprokurator unterstützt hatte,²²³⁹ bezogen nun offen gegen ihn Stellung,²²⁴⁰ Wrede sogar in derart heftiger Wortwahl,²²⁴¹ dass er schließlich vom Kammerpräsidenten Stauffenberg zur Mäßigung und zu mehr Respekt gegenüber den ehemaligen Ministern der Krone aufgerufen wurde.²²⁴² Trotz dieser offenen Kränkungen gegenüber Heintz wollte wie der König auch die Kammer der Reichsräte nicht auf seinen Sachverstand verzichten, und so wählte man ihn bereits auf dem zweiten Landtag 1849/50 wieder als Mitglied in den Gesetzgebungsausschuss und übertrug ihm das Referat über den Gesetzentwurf zur

²²³⁴ „Ich beabsichtige übrigens selbstverständlich mit dieser Weisung Nichts, was den Prozeß behindern, oder der richterlichen Beurtheilung des Falls vorgreifen solle.“ (Maximilian II., in: BayHStA, (MJu) 19325, S. 170).

²²³⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 50

²²³⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 72.

²²³⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 78; BayHStA, (MJu) 19325, S. 94; BayHStA, (MJu) 19325, S. 132.

²²³⁸ Löffler, Reichsräte, S. 195; Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 503 f.

²²³⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 22, 24 f.

²²⁴⁰ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 290 ff.

²²⁴¹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 524.

²²⁴² KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 522.

Gerichtsverfassung.²²⁴³ Daneben wurde er in die Deputation zur Überreichung der Dankadresse und in die Kommission zur Deutschen Frage gewählt.²²⁴⁴ Das Gleiche galt für den besonderen Gesetzgebungsausschuss entsprechend dem Gesetz zur Behandlung neuer Gesetzbücher, der nach dem Schluss des Landtags tagen sollte, um anstehende Reformgesetze weiter beraten zu können.²²⁴⁵ Hier übernahm man in der Kammer der Reichsräte, da diese ja personell nicht neu zusammengesetzt war, wie das bei der Kammer der Abgeordneten der Fall war, weitgehend den Ausschuss aus dem Jahre 1848.²²⁴⁶ Doch waren zwei Ausschussmitglieder des besonderen Gesetzgebungsausschusses nicht mehr anwesend, Armannsparg und Zu Rhein, und so fiel die Neuwahl eines Ausschussmitgliedes und dessen Ersatzmannes auf den ehemaligen Justizminister Heintz und August Graf von Seinsheim.^{2247, 2248} Im darauffolgenden Landtag wurde die Zurücksetzung von Heintz nach außen hin spürbarer, denn man wählte ihn nicht mehr als primäres Mitglied in den Gesetzgebungsausschuss, sondern nur als Ersatzmann.²²⁴⁹ Diese Wahl war deswegen eine eindeutige Zurücksetzung, da absehbar war, dass Heintz für Zu Rhein, der schon im vorigen Landtag nicht anwesend war, in den Ausschuss nachrücken würde, zudem war mit Zu Rhein ein Mitglied in den Ausschuss gewählt worden, das letztmalig sechs Jahre zuvor auf der Ständeversammlung 1845/46 in den Gesetzgebungsausschuss gewählt worden war.²²⁵⁰ Man sieht daher ganz deutlich, dass die Kammer der Reichsräte Heintz durchaus als sachverständiges Mitglied im Ausschuss vertreten haben wollte, und man übertrug ihm sogar ein Referat, allerdings wollte man ihm nicht die Ehre erweisen, als primäres Mitglied gewählt zu werden. Dasselbe Vorgehen fand auf den folgenden Landtagen und auch bei den Wahlen zum besonderen Gesetzgebungsausschuss²²⁵¹ bis in das Jahr 1859 statt,²²⁵² in dem er erstmals wieder als primäres Mitglied des Gesetzgebungsausschusses gewählt wurde – von da an aber wieder auf jedem folgenden Landtag.²²⁵³ Genau zur selben Zeit besserte sich auch das Verhältnis zum König wieder, so dass man Heintz zumindest auf dem politischen Parkett als rehabilitiert betrachten konnte.²²⁵⁴

²²⁴³ KdRR 1849/50 Protokolle Bd. 1, S. 23; KdRR 1849/50 Beilagen, Bd. 3, S. 89 ff.

²²⁴⁴ KdRR 1849/50 Protokolle Bd. 1, S. 58, 70.

²²⁴⁵ S.o. S. 182 ff.

²²⁴⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 6, S. 92.

²²⁴⁷ August Graf von Seinsheim, geb. 11.02.1789, gest. 29.11.1869 (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Seinsheim)

²²⁴⁸ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 6, S. 96; KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 6, S. 218 f.

²²⁴⁹ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 1, S. 292.

²²⁵⁰ Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Zu Rhein.

²²⁵¹ Eine Ausnahme bildete die Wahl zum besonderen Gesetzgebungsausschuss 1851/52, wo Heintz auf eigenen Wunsch nur als Ersatzmann gewählt wurde, da er aus gesundheitlichen Gründen eine Badekur im Sommer unternahm und deshalb den Sitzungen nicht hätte beiwohnen können (KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 1, S. 517 ff.).

²²⁵² KdRR 1853/55 Protokolle, Bd. 1, S. 29; KdRR 1855/56 Protokolle, Bd. 1, S. 9, 11.

²²⁵³ KdRR 1859 Protokolle, Bd. 1, S. 63; KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 1, S. 9; KdRR 1863/65 Protokolle, Bd. 1, S. 93.

²²⁵⁴ Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 504; s.u. S. 413.

Trotz der Zurücksetzung sieht man bei der Verwendung von Heintz im Reichsrat als fachliche Kompetenz im Gesetzgebungsausschuss ein Musterbeispiel der Beratungspraxis in der ersten Kammer. Denn die aktivsten Mitglieder dieser Kammer waren nicht die Mitglieder, deren Sitz auf Geburt beruhte, folglich diejenigen aus der Klasse der erblichen Reichsräte und der erblichen Reichsräte aus den standesherrlichen Familien, sondern vielmehr diejenigen aus der Klasse der durch den König ernannten, lebenslänglichen Reichsräte, darunter auch Heintz. Diese leisteten vornehmlich die schwierige Beratungsarbeit des Reichsrates.²²⁵⁵ Gerade ehemalige Justizminister wie Maurer und Heintz waren deshalb, ob ihres Sachverständnisses, gerne gewählte Mitglieder für den Gesetzgebungsausschuss und die darin enthaltene Referententätigkeit, weshalb sie hierbei zum Teil auch ihren gemäßigt liberalen Einfluss auf die Kammer ausüben konnten.²²⁵⁶ Der österreichische Gesandte berichtete in einem Brief nach Wien diesen Einfluss der Gruppe der ernannten Reichsräte zwar als gefährlich, gestand aber auch deren Notwendigkeit ein, da „Capazitäten und Geschäftkenntnis, die in dieser Kammer sehr wenig zu finden sind, fast ausschließlich“ in der Gruppe der ernannten Reichsräte enthalten waren.²²⁵⁷

Karl Friedrich Heintz befand sich in seiner Stellung in der Kammer der Reichsräte zumindest in den 1850er Jahren klar in einer Außenseiterposition. Dies mag zum einen daran liegen, dass dem konservativen Teil der Kammer die 1848 gemachten Zugeständnisse bereits als zu weitgehend erschienen und man Heintz als Reformminister hierfür verantwortlich machte,²²⁵⁸ zum anderen insbesondere auch daran, weil den Mitgliedern die Zurücksetzung durch den König bewusst war und man sich ihr entsprechend verhielt.²²⁵⁹ An Heintz' tatsächlichen politischen Stellungnahmen im Reichsrat hatte die Zurücksetzung allerdings nicht gelegen, denn zum einen war Heintz gerade der Debatten mit politischer Brisanz in dieser Zeit überdrüssig geworden und äußerte sich daher auch nahezu nicht zu politischen Themen, sondern widmete sich gewissenhaft seiner Aufgabe der fachlichen Beratung der Reformgesetze und geriet hier auch nicht auf eine politisch brisante Ebene. Zum anderen muss man auch Heintz' tatsächliche politische Einstellung berücksichtigen, die nicht die eines linksliberalen Außenseiters war,²²⁶⁰ sondern vielmehr diejenige eines gemäßigt Liberalen oder Altliberalen, womit er sich politisch eher in der Mitte des Reichsrates bewegte, gerade wenn man sich die vorangegangenen Jahre als Justizminister nochmals vor Augen führt.²²⁶¹ Die Ausgrenzung von Heintz scheint im Reichsrat vorwiegend auf persönlicher Ebene zu stehen und teilweise auch darauf zu beruhen, dass sich einige Mitglieder hinsichtlich ihrer konservativen Gesinnung beweisen

²²⁵⁵ Ausführlich zur Beteiligung der einzelnen Gruppen in der Kammer der Reichsräte, Löffler, Reichsräte, S. 128.

²²⁵⁶ Krauss, Herrschaftspraxis, S. 170.

²²⁵⁷ Bericht des österreichischen Gesandten Thun vom 18.02.1850, GHHStA, (PA) IV/16 (zitiert nach: Krauss, Herrschaftspraxis, S. 170).

²²⁵⁸ So etwa Wrede, der ihm vorwarf, der rechtsrheinischen Justizreform seinen liberalen französisch-pfälzischen Stempel aufgedrückt zu haben (KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 290 ff.).

²²⁵⁹ S.o. S. 343 ff.

²²⁶⁰ So Löffler, Reichsräte, S. 193.

²²⁶¹ S.o. S. 339 ff.

wollten, die sie über die Jahre 1848/49 nicht konsequent verfolgten, Angriffe auf und die Zurücksetzung von Heintz boten sich hierfür ideal an, war er doch als Pfälzer, Protestant und Reformminister prädestiniert, um gegen ihn als linken Demokraten Stellung zu beziehen. Auch Heintz identifizierte die Haltung gegen ihn genau in diese Richtung, was er auch in einem seiner Schreiben an Justizminister Kleinschrod ganz deutlich ansprach.²²⁶²

3. Beteiligung an der bayerischen Reformgesetzgebung nach Entlassung als Minister

Karl Friedrich Heintz hatte als Justizminister den Grundstein für die Justizreform gelegt, was allein schon die Betrachtung der weiteren Entwicklung unerlässlich macht, um sein Werk umfassend würdigen zu können. Daneben leistete er aber darüber hinaus auch selbst in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kammer der Reichsräte weiter seinen Beitrag an der Vollendung des anstehenden Reformwerks. Einer näheren Betrachtung bedarf daher die Fortentwicklung des Gerichtsverfassungsgesetzes, des Zivilprozesses und des Strafprozesses.

a. Die weitere Entwicklung im Bereich des Gerichtsverfassungsgesetzes

aa. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1850

Nachdem der erste Landtag 1849 am 10. Juni 1849 aufgelöst wurde und der durch die Wahl vom 04. Juli 1849 neu konstituierte Landtag am 01. September 1849 mit seiner Sitzungsperiode begonnen hatte,²²⁶³ begann die Weiterführung des Justizreformwerks, als der neue Justizminister Kleinschrod am 09. Oktober 1849 der Kammer der Reichsräte einen neuen Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes vorlegte.²²⁶⁴ Dieser Entwurf war gänzlich auf der Grundlage des Heintzschen Entwurfs von 1849 aufgebaut und nahm lediglich formale Modifikationen vor, jedoch keinerlei grundlegende Änderung in der Sache.²²⁶⁵

Nach seinem Rücktritt als Justizminister und der Eröffnung des zweiten Landtags 1849 war Karl Friedrich Heintz als Mitglied des Gesetzgebungsausschusses der ersten Kammer gewählt worden und hier sogleich zum Referenten für den Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes gewählt worden.²²⁶⁶ Führt man sich die Person von Heintz vor Augen, so verwundert es nicht, dass die Wahl auf ihn fiel, war er doch durch seine Karriere in der pfälzischen Justiz und nicht zuletzt durch sein unmittelbar vorangegangenes Wirken als Justizminister mit dem auf der französisch-pfälzischen Gerichtsorganisation und seinem eigenen Entwurf basierenden Gesetzentwurf Kleinschrods bestens vertraut.

Gerade eine wohlausgearbeitete Gerichtsverfassung lag Heintz besonders am Herzen, da sie für ihn den Grundstock eines funktionierenden Gerichtswesens ausmachte,²²⁶⁷ so

²²⁶² S.o. Anm. 2169.

²²⁶³ KdA 1849 Steno, Bd. 2, Nr. 22, S. 137; KdRR 1849 Protokolle, Bd. 1, S. 271.

²²⁶⁴ KdRR 1850 Protokolle, Bd. 1, S. 248; Entwurf samt Motiven: KdRR 1850 Beilagen, Bd. 1, S. 323 ff.

²²⁶⁵ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 59; Schubert, Gerichtsverfassung, S. 38, Anm. 46.

²²⁶⁶ KdRR 1849/50 Protokolle Bd. 1, S. 23.

²²⁶⁷ „Wenn nun die Gesetzesvorlagen für das der Entwurf der Gerichtsverfassung ist der wichtigste Theil der

widmete er sich intensiv der Ausarbeitung eines sehr ausführlichen Referates über den Kleinschrodschen Entwurf, das er am 25. November 1849 vor dem Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte hielt.²²⁶⁸ Dieser Vortrag gliederte sich in drei Hauptblöcke: eine genaue Darstellung des Gerichtswesens in der Pfalz,²²⁶⁹ die Darstellung von notwendigen Modifikationen dessen für eine Einführung im bayerischen Kernland und ein Gutachten über die einzelnen Vorschriften des Entwurfes selbst, samt einigen Modifikationsvorschlägen.

Der Entwurf, der vom Justizminister dem Reichsrat vorgelegt wurde, sollte wie schon der Heintzsche Entwurf zuvor gem. Art. 15 GrundlG das in der Pfalz geltende Recht und dessen Vorzüge zum Vorbild der Justizreform im Kernland heranziehen, und genau in diesem Punkt brachte Heintz seine Hauptkritik an – dies, obgleich ihm wohl bewusst war, dass der Entwurf den seinigen in der Sache nicht modifizierte.²²⁷⁰ Nach Auffassung von Heintz war die Umsetzung des pfälzischen Vorbildes nur vordergründig im Entwurf geschehen, denn dieser sei gerade in wesentlichen Kernpunkten vom Pfälzer Vorbild abgewichen, was zu erheblichen Unterschieden in der Gerichtsstruktur und damit der Gerichtsarbeit geführt hätte. Insbesondere könne dadurch ein Hauptziel der Reform nicht mehr erreicht werden, nämlich die Vereinfachung des Geschäftsgangs und damit verbunden eine schnellere, personalschonendere und kostengünstigere Erledigung der gerichtlichen Angelegenheiten.²²⁷¹ Weiter war Heintz nicht überzeugt davon, dass eine lediglich unvollkommene Umsetzung der Pfälzer Gerichtsorganisation und eine Vermischung dieser mit altbayerischen Organisationssystemen fruchtbar sein würden, was gerade das Negativbeispiel des Großherzogtums Baden²²⁷² belege.²²⁷³

zu erwartenden Gesetzgebung, der Rahmen, in welchen die einzelnen Bestimmungen des Verfahrens in Civil- und Strafsachen eingepasst werden müssen. [...] so wenig es zuträglich wäre, bei einem Gebäude, das nach einem bestimmten Plane gebaut werden soll, während des Baues im Plane Aenderungen vorzunehmen, eben so wenig wäre es zweckmäßig, an dem Gesetze später Aenderungen vorzunehmen. Deshalb mußten natürlich alle Grundsätze genau erwogen werden, damit in Zukunft Aenderungen nicht mehr notwendig sind.“ (Heintz, in: KdRR 1849/50 Beilagen, Bd. 3 S. 91; KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 341).

²²⁶⁸ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3 S. 89 – 189.

²²⁶⁹ Hierzu bereits oben S. 183 ff.

²²⁷⁰ „Der von mit im Februar d. J. bei der Kammer der Abgeordneten eingebrachte Gesetzentwurf: „die Gerichtsverfassung betreffend“ hat dem vorliegenden Entwurfe zur Grundlage gedient und gibt manche Artikel wörtlich wieder. Wenn ich dessenungeachtet auch bei diesen Artikeln Modificationen beantrage, so diene mir als Entschuldigung, daß ich, müde und erschöpft von den Anstrengungen, welche die Einführung des neuen Verfahrens in Strafsachen erheischt haben, und in der sicheren Voraussicht meines baldigen Rücktritts, jenem Entwurfe die gewohnte Aufmerksamkeit nicht mehr schenken konnte, und die Sorge hierfür meinem Amtsnachfolger überlassen wollte.“ (Heintz, in: KdRR 1849/50 Beilagen, Bd. 3, S. 158).

²²⁷¹ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 91 ff.

²²⁷² Schaab, in: Franz/Hofmann/Schaab, Gerichtsorganisation, S. 2 ff.; zur badischen Gerichtsorganisation in Strafsachen: Mackert, Von der peinlichen Prozedur zum Anklageprozeß, in: Schmitt, Vormärzliches Staatsdenken, S. 89 ff.

²²⁷³ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 93.

Zunächst kritisierte er die Stellung, die den Richtern durch den Entwurf zukam.²²⁷⁴ Als problematisch sah es Heintz insbesondere an, dass die Richter nicht wie in der Pfalz durch Notare und bestimmte Gerichtsbeamte, die Huissiers,²²⁷⁵ entlastet wurden. Damit wären zunächst ein Autoritätsverlust und eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Richter verbunden, da der Richter insbesondere in Vollstreckungssachen direkt auf Anweisung der Parteien zu fungieren hatte,²²⁷⁶ zum anderen aber auch ein erheblicher Arbeitsmehraufwand, was sich wiederum zwingend negativ in den Erledigungszahlen und der Verfahrensdauer widerspiegeln müsse, was gerade ein Hauptziel der Justizreform gewesen war. So plädierte Heintz als Referent dringend auf die Einführung der Notare und auf mit den Huissiers vergleichbare Gerichtsbeamte im rechtsrheinischen Bayern, vor allem zur Entlastung der untersten Gerichte, die am stärksten mit organisatorischen Arbeiten überladen waren. Gerade aber auch die Schaffung von Notariaten und eine sinnvolle Geschäftsverteilung innerhalb der freiwilligen Gerichtsbarkeit waren für Heintz dringend notwendig, da nur dies einen effektiven Geschäftsgang bei den untersten Gerichten gewährleisten könne. Daher schlug er die Neufassung von Art. 17, 58 dE vor,²²⁷⁷ um den Gerichten die gemischt freiwillige Gerichtsbarkeit zuzuweisen, bei der es auf eine vom Gesetz angeordnete Untersuchung und den anschließenden richterlichen Beschluss ankam, den Notaren aber die gesamte übrige freiwillige Gerichtsbarkeit, insbesondere die Aufnahme aller Arten von Akten und Verträgen, die in gerichtlicher Form errichtet werden mussten, ebenso die Verbriefung der Hypotheken- und Immobilienverträge. Der Staatsregierung sollte überlassen sein, wem sie im Einzelfall zweckmäßig die Führung der Hypotheken- und Grundbücher übertrug, den Notaren oder den Stadt- und Landgerichten.

Damit in engem Zusammenhang stand auch die Beanstandung, die Heintz gegenüber dem breiten Zuständigkeitsbereich der Stadt- und Landgerichte ausführte, wie sie der Entwurf vorsah. Denn für Heintz war ein eingeschränkterer Zuständigkeitsbereich vorderste Prämisse für eine Entlastung der mit Geschäften besonders überladenen untersten Gerichte und der erste Schritt zur Steigerung der dortigen Erledigungszahlen und damit verbunden zu einer Effektivitätssteigerung der gesamten rechtsrheinischen Rechtspflege. Fehlerhaft war nach seiner Ansicht daher schon, die Zuständigkeit der untersten Gerichte so zu gestalten, dass sie durch den Entwurf all diejenigen Streitigkeiten zugewiesen bekamen, für die nach der Prozessrechtsnovelle von 1837²²⁷⁸ das beschleunigte Verfahren im mündlichen Verhör eingeführt wurde. Neben der Geschäftüberladung der unter-

²²⁷⁴ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3 S. 136 ff.

²²⁷⁵ Die französischen Huissiers waren insofern mit den deutschen Gerichtsboten nur schwerlich vergleichbar, da sie meist von Amts wegen oder direkt auf Antrag der Parteien ihre Geschäfte wahrnahmen, insbesondere Zustellungen und Vollstreckung der Urteile, was im speziellen durch Gesetze geregelt war, wohingegen die deutschen Gerichtsboten nur auf Weisung der Richter agierten, was einen erhöhten Verwaltungsaufwand bedeutete (Mittermaier, Der gemeine deutsche Prozeß, S. 127 ff.).

²²⁷⁶ Hierzu bereits die Überlegung im Entwurf Molitors – daher kein Vollstreckungsrecht in dessen Entwurf, s.o. S. 316.

²²⁷⁷ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 179, 186.

²²⁷⁸ Hierzu etwa: Samhaber, Das kgl. bayerische Prozeßgesetz.

sten Gerichte würde zudem nicht dem Bedürfnis nach effektivem Rechtsschutz Genüge getan, denn man vergesse bei der pauschalen Übernahme, wie es im Entwurf geschehen ist, dass die Natur der Kompetenzzuweisung an die untersten Gerichte und die des beschleunigten Verfahrens eine gänzlich andere sei.²²⁷⁹ Gehe es beim beschleunigten Verfahren lediglich darum, eine schnelle Entscheidung gerade wegen der Einfachheit der Rechtslage zu erhalten, müsse bei der generellen Zuständigkeitsbegründung vor allem der Wert des Streitgegenstandes berücksichtigt werden. Denn durch die Zuweisung an die untersten Gerichte würden lediglich Einzelrichter in erster Instanz und würde zweit- und letztinstanzlich ein Kollegialgericht von drei Richtern urteilen. In Anbetracht von möglicherweise sehr hohen Streitwerten in diesen Fällen sei die Prüfung durch einen erstinstanzlich zuständigen Einzelrichter nicht ausreichend, vielmehr müsse bereits erstinstanzlich ein Kollegialgericht entscheiden und schließlich der Weg zum Oberlandesgericht ermöglicht werden. Insofern solle der Entwurf geändert werden und die ausschließliche Zuständigkeit der untersten Gerichte sinnvoll eingeschränkt werden. Auch sollten bei der Bemessung des Zuständigkeitsstreitwertes der untersten Gerichte von 200 fl. alle Zinsen und Nutzungen zu berücksichtigen sein und nicht lediglich der Wert des Streitgegenstandes an sich, denn oftmals würden durch eine lange Streit- und Verfahrensdauer die Zinsen und Nutzungen einen erheblichen Teil der Streitsache ausmachen.

Am stärksten kritisierte er den provisorischen Charakter einiger Vorschriften und den Verweis auf eine sich in Arbeit befindliche Zivilprozessordnung, die aber nach Angabe der Regierung frühestens in zwei Jahren ins Leben treten könne. Gleiches gelte für Vorschriften, die in Zusammenhang mit den Bereichen der freiwilligen Gerichtsbarkeit standen, wofür die Erarbeitung von Gesetzen noch nicht in Angriff genommen war, namentlich das Vormundschaft- und Hypothekenwesen und das Notariatsgesetz.²²⁸⁰ Ungünstig empfand er dies gerade deswegen, da dadurch dem gesamten Gesetz ein provisorischer Charakter verliehen würde und er eigentlich ein Gesetz schaffen wollte, wodurch endgültig eine funktionierende Gerichtsorganisation nach den Vorgaben des GrundlG entstehen sollte.²²⁸¹ Verstärkt wurden diese Bedenken von Heintz durch den Umstand, dass er noch selbst im Februar 1849 die Vorlage eines Notariatsgesetzes in der Kammer der Abgeordneten angekündigt und auch bereits mit dessen Ausarbeitung begonnen hatte,²²⁸² jedoch nun ein solches immer noch nicht vorgelegt wurde. Für ihn zeichnete es sich bereits ab, dass eine vollständige Regelung dieser Materien noch längere Zeit auf sich warten lassen würde und so die Gerichtorganisation solange ebenfalls in weiten Teilen undurchführbar bliebe. Letztendlich fügte er sich aber der vorherrschenden Ansicht in den Ausschüssen beider Kammern und deren Plenum, das Gesetz provisorisch auszugestalten, da er hierin die einzige Gelegenheit sah, zumindest eine gewisse Weiterentwicklung der Reformpostulate des Jahres 1848 zu erreichen, denn jedenfalls werde die Trennung der

²²⁷⁹ KdRR 1849 Beilagen, Bd. 3, S. 171 ff.

²²⁸⁰ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 344 f.

²²⁸¹ Deutlich wurde diese Einstellung auch schon im Zitat in Anm. 2267.

²²⁸² KdA 1849 Steno, Bd. 1, Nr. 4, S. 2.

Justiz von der Verwaltung durch das Gesetz vollzogen und eine umfassende Verfahrensmodernisierung zumindest erleichtert.²²⁸³

Das am 25. Juli 1850 in Kraft getretene und am 20. August 1850 im Gesetzblatt verkündete Gesetz umfasste schließlich 76 Artikel und wich von den vorangegangenen Entwürfen inhaltlich nur unwesentlich ab, so dass sich ein erneutes Eingehen auf die Gerichtsorganisation erübrigt.²²⁸⁴ Obgleich nun diese Gerichtsorganisation als Gesetz in Kraft getreten war, kam es, wie Heintz befürchtet hatte, vorerst nicht zu dessen Vollzug. Denn in Art. 75 dG wurde ein Vollzug des Gesetzes an das Inkrafttreten des Notariatsgesetzes gebunden, da in Art. 59 dG die „Vornahme von [bestimmten] Geschäften der nichtstreitigen Rechtspflege“ auf die Notare übertragen wurde.

bb. Der Gesetzentwurf die gerichtlichen Beamten betreffend

Der Heintzsche GVGE 1849 hatte noch anschnittsweise die Disziplinaufsicht bei den Gerichten, den Rechtsanwälten und Notaren geregelt, hätte aber auch einer speziellen Regelung durch weitere Gesetze bedurft, weshalb noch vor Auflösung des ersten Landtages 1849 ein Entwurf die „Dienstverhältnisse der gerichtlichen Beamten betreffend“ vorgelegt wurde.²²⁸⁵ Obgleich das GVG 1850 keine disziplinarrechtlichen Vorschriften mehr enthielt, waren derartige Regelungen dennoch weiterhin in Planung, weshalb Justizminister Kleinschrod auf dem zweiten Landtag 1849 am 24. September 1849 abermals einen solchen Entwurf vorlegte.²²⁸⁶ Wegen der engen Verbindung zur Gerichtsorganisation wurde nach der Vorlage des Entwurfs auf Antrag von Heintz zunächst bis nach einer Beschlussfassung über das GVG 1850 vertagt,²²⁸⁷ später dann aber mit Modifikationen zumindest in der Kammer der Reichsräte abschließend beraten, wenn auch die Zeit nicht mehr für eine Beratung in der Kammer der Abgeordneten ausreichte.²²⁸⁸ Interessant erscheint die Beratung des Gesetzentwurfs dennoch, da sich hier abermals Einblicke in das Richterbild ergeben, wie Heintz es hatte.

Bei den untersten Gerichten, die durch Einzelrichter urteilen sollten, sollten sich mehrere Richter am Gerichtsort befinden, diese Richter hatten die unterschiedlichen Geschäftszweige zu bearbeiten, der erste Richter Zivil- und Strafrecht, der zweite Richter die nichtstreitige Gerichtsbarkeit. Eigentlich räumte ihnen diese funktionelle Zuständigkeit eine absolute Unabhängigkeit voneinander ein, dennoch sah nun der Gesetzentwurf vor, dass dem ersten Richter die Disziplinargewalt über alle Gerichtsbeamten vor Ort zu-

²²⁸³ „Ich habe mich dieser Ansicht der Ausschüsse auch gefügt, weil ich gesehen habe, wie groß die Schwierigkeiten sind. [...] Demnach glaube ich, daß allerdings dieses Gesetz noch immer als ein Fortschritt in der Gesetzgebung betrachtet werden muß, und daß das neue Verfahren dadurch erleichtert wird.“ (Heintz, in: KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 345.)

²²⁸⁴ Zur Gerichtsorganisation s.o. GVGE 1849 S. 336 ff.

²²⁸⁵ Rep. KdRR/KdA 1849/50, S. 16.

²²⁸⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 68; KdRR 1849/50 Beilagen, Bd. 3, S. 155.

²²⁸⁷ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 236.

²²⁸⁸ Rep. KdRR/KdA 1849/50, S. 16.

stehen sollte, wovon auch der zweite Richter umfasst wurde.²²⁸⁹ Heintz war der Ansicht, dass zwar Gerichtsschreiber, das Kanzleipersonal, Gerichtsdieners und -boten unter der Disziplinargewalt des ersten Richters stehen sollten, nicht aber der andere Richter, was gerade aus der sachlichen Unabhängigkeit der beiden Richter resultieren sollte.²²⁹⁰ Gerade auch wegen der Unterschiedlichkeit der Ressorts der Richter empfand Heintz eine Überwachung der Amtspflichten des zweiten Richters als nicht sinnvoll. Dies aus zweierlei Gründen: Zum einen meinte er, dass der erste Richter eben wegen seiner anderen Zuständigkeitsbereiche keine ausreichende Kenntnis über die Amtsausübung und deren Erforderlichkeiten hatte, damit schon nicht über die nötige fachliche Kompetenz einer urteilsfähigen Disziplinaraufsicht verfügte. Zum anderen begründete das Recht der Disziplinaraufsicht zugleich die Pflicht der ordnungsgemäßen Durchführung derselben, was wiederum zu einer Mehrbelastung des ersten Richters und zur Beeinträchtigung der Erledigung seiner eigenen Ressorts führen würde, denn er müsste sich dann zwingend eingehend mit der Amtsführung des zweiten Richters vertraut machen, um diesen kompetent zu beurteilen.²²⁹¹ Insofern hielt es Heintz für sinnvoller, dass die Präsidenten des im Instanzenzug übergeordneten Gerichts die Disziplinargewalt über die Richter an den Einzelgerichten ausübten oder sogar das Justizministerium selbst. Der Heintzschen Ansicht traten Reichsrat und auch die Vertreter der Regierung bei, so dass der Entwurf in dieser Fassung beschlossen wurde.²²⁹²

Führt man sich diesen Vorschlag von Heintz vor Augen, so stellt man fest, dass dieser sich primär auf die funktionale Ausgestaltung der Disziplinargewalt beschränkt, Heintz aber hinsichtlich der richterlichen Unabhängigkeit eine eher konservative Linie verfolgt, da er eine durchaus weitreichende Disziplinaraufsicht über die an sich unabhängigen Richter zugestand, was sich schon durch die weitgehend widerspruchslose Annahme seines Vorschlages durch Reichsrat und Regierung vermuten lässt. Stellt man noch einen Vergleich mit dem französisch-pfälzischen Recht an, wird diese Vermutung bestätigt. Im französisch-pfälzischen Recht galten nämlich wesentlich engere Grenzen, in denen sich die Disziplinaraufsicht bewegte. Diese umfasste lediglich das private Betragen der Richter in der Öffentlichkeit, so dass diesbezüglich nur Warnungen und Hinweise gegenüber den Beamten ausgesprochen werden konnten, wenn das Ansehen der Staatsbeamten in der Öffentlichkeit beschmutzt werden hätte können, die Überwachung der tatsächlichen Amtspflichten war nach französisch-pfälzischem Recht wegen der richterlichen Unabhängigkeit aber nicht möglich.²²⁹³

cc. Der Entwurf zum Notariatsgesetz

Wegen des Art. 75 GVG 1850 standen das GVG 1850 und das Notariatsgesetz in Bezug auf ihr Inkrafttreten in untrennbarer Verbindung und Abhängigkeit zueinander, so dass

²²⁸⁹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 168 ff.

²²⁹⁰ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 171 f.

²²⁹¹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 183.

²²⁹² KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 202 ff.

²²⁹³ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 4, S. 184.

das Notariatsgesetz eines der Schlüsselgesetze zur Durchführung der neuen Gerichtsorganisation gewesen ist. Einen Entwurf zum Notariatsgesetz legte Justizminister Kleinschrod auf dem Landtag 1851/52 am 01. März 1851 den Kammern zur Beratung vor, zunächst der Kammer der Abgeordneten.²²⁹⁴ Der 123 Artikel umfassende Entwurf bezweckte entsprechend Art. 7 GrundLG die Aufstellung besonderer Beamter für die Notariatsgeschäfte und damit die gänzliche Neuorganisation der nicht streitigen Rechtspflege, insbesondere durch die Begrenzung der Zuständigkeiten der Stadt- und Landgerichte und die Übernahme dieses Teils durch Notare.²²⁹⁵ Den Beteiligten sollte durch die Schaffung des Notariats die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, durch einen von ihnen frei wählbaren Notar, der Beamtenstatus hatte, bezüglich bestimmter Rechtsgeschäfte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit Beratung zu bekommen und sodann diesbezüglich eine öffentliche Urkunde zu erhalten. Diese Urkunde sollte zum Zwecke der Vollstreckbarkeit und unter Berücksichtigung der Besonderheiten im Rechtsverkehr mit einer Vollstreckbarkeitsklausel ausgestattet sein, Art. 77 dE.

Der Entwurf regelte zunächst die Stellung der Notare sowie deren Zuständigkeit, anschließend die Notarsgebühren, die Disziplinaraufsicht über die Notare, damit verbunden die Folgen bei Dienstpflichtverletzungen und die Staatshaftung für Amtshandlungen der Notare, die ihnen von den Gerichten übertragen wurden. Im Kern sah der Entwurf vor, dass die Notare zwar Beamte sein sollten, allerdings keine Bezüge von Staatsseite erhalten, vielmehr selbst Gebühren von den Beteiligten erheben sollten, Art. 100 dG. In der Regel wurde das Amt des Notars mit anderen, insbesondere juristischen Berufen, wie etwa dem des Advokaten, als unvereinbar angesehen. Bezogen auf die Zuständigkeit sollte es für bestimmte Geschäfte, für die das Gesetz zwingend die Errichtung einer öffentlichen Urkunde vorgesehen hatte, eine Beurkundungspflicht vor dem Notar geben. Darüber hinaus hätte es aber in anderen Fällen den Beteiligten dennoch freigestanden, öffentliche Urkunden vor dem Notar errichten zu lassen. Die notariellen Urkunden sollten besonderen Formvorschriften unterworfen sein, deren Nichtbeachtung sodann zur gänzlichen Unwirksamkeit führen sollte. Grundsätzlich hätte es eine freie Notarswahl gegeben, Voraussetzung war aber, dass man sich an einen örtlich zuständigen Notar wandte – die Zuständigkeitssprengel der Notare wären denen der Bezirksgerichte entsprechend gewesen, Art. 9 Nr. 3 dE. Damit hätte die Zuständigkeit der jeweiligen Bezirksgerichte als Disziplinaraufsichtsbehörden der Notare korrespondiert. Auch den Stadt- und Landgerichten wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, sich auf dem Gebiet der nicht streitigen Gerichtsbarkeit innerhalb ihrer eigenen Zuständigkeit der Notare zu bedienen und diesen bestimmte Aufgaben übertragen, bei denen dann die Notare sozusagen als Vertretung des Gerichts fungiert hätten. In diesem Falle wäre dann auch bei Fehlern der Notare eine Staatshaftung ausgelöst worden, anderenfalls, also bei nicht übertragenen Tätigkeiten, hätte die Haftung die Notare selbst getroffen, für deren Absicherung die Notare auch Kautionskonten führen hätten müssen.

²²⁹⁴ KdA 1851/52 Protokolle, Bd. 1, S. 139; Entwurf samt Motiven: KdA 1851/52 Beilagen, Bd. 1, 20 ff.; zum Entwurf auch Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 62 f.

²²⁹⁵ KdA 1851/52 Beilagen, Bd. 1, S. 29 ff.

Heintz war allgemein mit dem von der Regierung vorgelegten Entwurf äußerst zufrieden und erklärte sich damit als „vollkommen einverstanden“,²²⁹⁶ weshalb er auch darauf verzichtete, in den Sitzungen des vereinigten ersten und dritten Ausschusses der Kammer der Reichsräte, dem er als Ersatzmann beiwohnte, etwaige kleinere Modifikationen anzubringen, nur um dem Gesetz schnellstmöglich freie Bahn zu verschaffen und die Einführung der neuen Gerichtsorganisation voranzutreiben.²²⁹⁷ Insgesamt stieß der Entwurf zwar dahingehend, dass das Notariat an sich eingeführt werden sollte, in beiden Kammern des Landtages auf breite Zustimmung,²²⁹⁸ insbesondere in den Ausschusssitzungen, dennoch ließen sich im der Kammer der Reichsräte von Anfang an einige heftige Gegen Tendenzen in Bezug auf das Notariatsgesetz feststellen.²²⁹⁹ Allem voran wurde zunächst diskutiert, ob die Notare nicht doch besoldete Beamten der Krone werden sollten,²³⁰⁰ wogegen aber wieder insofern Bedenken geäußert wurden, dass derartige Notariate zu einer Verteuerung der Rechtspflege führen müssten, wofür argumentativ der Heintzsche Vortrag anlässlich der Beratungen zum GVG 1850 herangezogen wurde. Heintz äußerte sich deshalb zu dieser Thematik ausführlichst und sprach sich ganz entschieden gegen besoldete Notare aus,²³⁰¹ da dies dem geplanten Notariatssystem nicht entspreche, vielmehr besoldete Notare ein verkümmertes Institut wären, das an sich kein Notariat mehr wäre. Zur Widerlegung der Argumente für die Besoldung von Notaren arbeitete er sogar die anstehende Kostenersparnis für die Staatskasse bei der Einführung von unbesoldeten Notariaten deutlich heraus, wieder mit Vergleichen zur Pfalz und zu seinem Vortrag aus dem Jahre 1849.²³⁰² Entschieden wehrte er sich auch dagegen, dass ihm Maximilian Graf Arco-Valley in den Mund gelegt hatte, selbst unter gewissen Umständen für eine Besoldung der Notare gewesen zu sein, und hierfür ebenfalls auf den Heintzschen Vortrag aus dem Jahre 1849 verwies. Heintz stellte sofort klar, dass er sich nie für besoldete Notare ausgesprochen hatte, sondern nur wegen Bedenken der Reichsräte, die dahingehend geäußert wurden, dass einige Notare nicht ihr nötiges Auskommen verdienen könnten, angemerkt habe, man könne für diese Fälle von Staatsseite gewisse Mindestbezüge garantieren, etwa in Höhe von 600 fl. – 800 fl., die ein Notar dann erhalten würde, wenn er unter diese Einkommensschwelle fallen würde. Heintz war der Ansicht, dass es zwar bei unversetzbaren Notaren dieser Einkommenssicherung nicht bedürfe, war aber der Überzeugung, dass im Einzelfall bei Versetzungen an Orte mit andersgearteter Rechtsordnung, was damals in Bayern noch möglich war, ein Notar durchaus in eine prekäre finanzielle Situation kommen könnte, ehe er sich mit den Rechtsvorschriften vertraut ge-

²²⁹⁶ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 23.

²²⁹⁷ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 23.

²²⁹⁸ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 16.

²²⁹⁹ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 16.

²³⁰⁰ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 9.

²³⁰¹ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 89 ff.

²³⁰² KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 23 ff.

macht hatte, befürwortete also eine Grundsicherung lediglich für den Fall der Versetzbarkeit der Notare.²³⁰³

Die größte Differenz zwischen dem Reichsrat und der Kammer der Abgeordneten fand sich im Disziplinarrecht der Notare, die schlussendlich als unbesoldete Beamte ausgestaltet werden sollten. Hiermit korrespondierte die Problematik der Versetzbarkeit der Notare durch die Regierung, worauf Heintz bereits im Zusammenhang mit der Besoldung hingewiesen hatte. Art. 109 dE regelte nach Vorschlag der Kammer der Abgeordneten eine disziplinarische Behandlung der Notare dahingehend, dass erst bei mehrfachen Disziplinarmaßnahmen gegen einen Notar die Staatsregierung dessen Versetzung veranlassen konnte.²³⁰⁴ Der Mehrzahl der Mitglieder des Reichsrats war diese Versetzungsmöglichkeit nicht weitgehend genug, weshalb man der Staatsregierung ein uneingeschränktes Versetzungsrecht einräumen wollte und sich gegen die Fassung des Art. 109 dE gänzlich verwahrte.²³⁰⁵ An dieser Kontroverse scheiterte letztendlich der gesamte Gesetzentwurf, obgleich die Regierung, die eigentlich die Vorteile aus der Ansicht des Reichsrates gezogen hätte, ausdrücklich deutlich gemacht hatte, dass sie mit der Bestimmung des Art. 109 dE einverstanden war. Aufgrund der ablehnenden Ansicht des Reichsrats nahm die Regierung durch Ministerpräsident von der Pfordten am 25. November 1851 den Entwurf zurück.²³⁰⁶ Dies zum Bedauern vieler, denen an der Fortführung der Justizreform gelegen war, denn dadurch war letztendlich auch die Durchführung des GVG 1850 vereitelt und die Umsetzung der Reformziele des GrundLG in weitere Ferne gerückt.²³⁰⁷ Auch Heintz muss unzufrieden mit dieser Entwicklung gewesen sein, hatte er doch noch zuvor in den Ausschuss- und Kammersitzungen sich mit Modifikationen ganz zurückgehalten und allenfalls Empfehlungen abgegeben, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu behindern.

²³⁰³ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 92. Diese Idee der Einkommensergänzung haben wir gem. § 113 Abs. 3 Nr. 1 BNotO auch noch heute bei bayerischen Notaren und auch noch auf ähnlicher gedanklicher Basis. Die Notare beanspruchen für ihre Tätigkeiten von den Rechtsuchenden Gebühren nach Maßgabe der Kostenordnung, woraus sie grundsätzlich ihre gesamten Notariatskosten selbst zu decken haben. Zieht man nun vom Gebührenaufkommen eines Notariats die anfallenden Kosten ab, so verbleibt das zu versteuernde Einkommen des Notars. Wenn dies nun hinter dem Gehalt eines R 1-Richters zurückbleibt, erhält der Notar von der Notarkasse eine Ausgleichszahlung auf R 1-Niveau. Diese Einkommensergänzung soll insbesondere eine Sicherung für Notare darstellen, die eine neu errichtete Notarstelle übernehmen.

²³⁰⁴ KdA 1851 Beilagen, Bd. 1, S. 28.

²³⁰⁵ Die Kammer der Reichsräte sah ein strenges Disziplinarrecht teilweise deshalb als erforderlich an, damit die Notare in starker Abhängigkeit zur Regierung stünden und die Berufsgruppe damit einer revolutionären politischen Haltung entzogen würde. Dies wurde damit begründet, dass unter anderem die Notare an den revolutionären Strömungen in der Pfalz 1848/49 nicht unerheblich beteiligt gewesen seien – ein unberechtigter Vorwurf. (Vollhardt, Das bayerische Notariat 1862 bis 1945, in: Bayerischer Notarverein, 125 Jahre bayerisches Notariat, S. 16, Anm. 16).

²³⁰⁶ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 63.

²³⁰⁷ KdA 1859/61 Steno, Bd. 2, S. 355; „Der wichtigste Gesetzentwurf für die Frage der Gerichtsverfassung war der Entwurf des Notariatsgesetzes. [...] die Staatsregierung zog den Gesetzentwurf zurück.“ (Edel, in: KdA 1855 Beilagen, Bd. 1, S. 489); „Hiermit war der Durchführung des dem Grundlagengesetze von 1848 entsprechenden Organisationsgesetzes der Stab gebrochen.“ (Edel, GVG 1861, S. 4).

Das Verhalten des Reichsrats im Zusammenhang mit dem Entwurf zum Notariatsgesetz wirkt in einigen Punkten vorgeschoben²³⁰⁸ und es drängt sich die Frage auf, ob der Reichsrat diese dem Gesetzentwurf widerstrebende Ansicht lediglich aus Eigeninteressen vertreten hat, insbesondere in Anbetracht der Haltung der Regierung zur Regelung des Art. 109 dE. Eigene Interessen am Nichtzustandekommen des Notariatsgesetzes isoliert lassen sich zwar im Reichsrat nicht erkennen, doch gab es durchaus Kräfte, die mit einer Einführung des GVG 1850 nicht einverstanden waren, da dieses ständische Vorrechte des Adels abgeschafft hätte, die zwar nicht unbedingt den finanziellen Status des Adels, doch sehr wohl dessen gehobene soziale Stellung erheblich geschwächt hätte. Hatte man die Kammer der Reichsräte in der Zeit um 1848 doch als durchaus reformbereit erlebt und konnte sie sich insofern der allgemein vorherrschenden Grundstimmung im Lande nicht entziehen,²³⁰⁹ war nunmehr die Haltung in der Kammer der Reichsräte, vergleichbar mit der des Königs, wieder zunehmend reaktionär geworden. Heintz sprach genau diesen Wandel in den Verhandlungen zum Notariatsgesetz in der Kammer der Reichsräte an, indem er darauf hinwies, dass im Jahre 1848 der Reformeifer einiger Mitglieder der Kammer der Reichsräte sehr stark zu sehen war, sogar das GrundlG durch die Kammer der Reichsräte einige Veränderungen und Zusätze erfahren hätte, die sogar ihm „damals zu freisinnig geschienen“ hätten.²³¹⁰ Nunmehr stelle er aber gerade das Gegenteil fest, man greife sogar die damals selbst geforderten Zusätze in entgegengesetzter Richtung an.²³¹¹ Diese reaktionären oder doch zumindest konservativen Kräfte im Reichsrat schienen sich damals gegen Schlüsselgesetze der Reformgesetzgebung wie das Notariatsgesetz gewandt zu haben, um eine weitere Staats- und Gesellschaftsreform zu verhindern, hatte man doch bereits 1848 der Bourgeoisie ohnehin zu weite Zugeständnisse gemacht, was man nun teilweise bereute. Das Zweikammersystem gab für diese Blockierungspolitik schon seiner Natur nach die beste Gelegenheit, allein dadurch, dass ein Dissens zwischen den Kammern hervorgerufen wurde, wenn auch nur hinsichtlich kleiner Regelungen von untergeordneter Bedeutung, hatte man die Möglichkeit, weitere Gesetzgebung zumindest zu bremsen, wenn nicht sogar ganz zu stoppen. In diese Richtung äußerte sich auch ein Jahr später im Jahre 1852 der Abgeordnete und ehemalige Ministerkollege von Heintz, Lerchenfeld, in der Diskussion²³¹² zu einem Antrag zur Durchführung von Teilen des GVG 1850.²³¹³

²³⁰⁸ Vollhardt, Das bayerische Notariat 1862 bis 1945, in: Bayerischer Notarverein, 125 Jahre bayerisches Notariat, S. 16.

²³⁰⁹ Löffler, Reichsräte, S. 501 ff., 269 ff.

²³¹⁰ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 89.

²³¹¹ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 2, S. 89.

²³¹² KdA 1852 Steno, Bd. 5, S. 373 ff.

²³¹³ „Allein ich sehe [...] dieselben Mächte, welche bisher schon nacheinander eine Reihe von anderen Fragen uns immer wieder in diese[r] Sache hingeworfen haben, weil sie die vollständige Durchführung [der Justizreform] nicht zugeben wollten, welche die Schwierigkeiten der Siegelmäßigkeit, bezüglich des Notariatsgesetzes erhoben haben, obwohl diese alle nur von ganz untergeordneter Bedeutung waren [...].“ (Lerchenfeld, in: KdA 1852 Steno, Bd. 5, S. 375).

Auch an andern Gesetzen lässt sich diese Haltung der Kammer der Reichsräte verfolgen, etwa am Jagdgesetz, an der Ablösung der Grundlasten und dem Gesetz über die Siegelmäßigkeit. Im Zusammenhang mit der Justizreform stand das Gesetz über die Siegelmäßigkeit, das am 25. November 1851 dem Reichsrat vorgelegt wurde.²³¹⁴ Das Recht der Siegelmäßigkeit war durch Titel V § 4 Nr. 4, § 5 Abs. 2 V. Beil. BV 1818, § 10 VIII. Beil. BV 1818 dem Adel, dem Klerus und dem höheren Beamtentum verliehen und gewährte das Recht, eigenhändig öffentliche Urkunden zu erstellen und ohne Mitwirkung eines Advokaten Schriftsätze für Gericht im eigenen Namen anzufertigen. Der Gesetzentwurf sah zunächst die Aufhebung der Siegelmäßigkeit an sich und schließlich eine Erweiterung des Rechts der persönlichen Schriftsaterstellung auf all diejenigen vor, die geeignet waren, sich selbst bei Gericht zu vertreten, womit auch dem breiteren Bildungsbürgertum in gewisser Weise das Recht der Siegelmäßigkeit verliehen werden sollte. Dagegen wandten sich die durch das Edikt Privilegierten, die durch den Reichsrat vertreten waren, mit der Begründung, dass nach dem GrundlG das Recht der Siegelmäßigkeit nur mit gleichzeitiger Schaffung eines Notariatsgesetzes abgeschafft werden dürfe, womit wieder die enge Verknüpfung aller Reformgesetze deutlich wurde.²³¹⁵ Der Reichsrat verweigerte zwar deshalb den Gesetzentwurf nicht von Grund auf, gestaltete ihn allerdings vollständig um und regelte im Kern, dass zwar das Recht der Siegelmäßigkeit weiterhin als Privileg bestehen bleibt, allerdings dennoch die entsprechenden Schriftsatzgebühren, die Nichtprivilegierte zu erstatten hatten, dem Fiskus zufließen sollten.²³¹⁶ Der Reichsrat griff mit diesem Änderungsvorschlag geschickt die Ausführungen des Ministerpräsidenten bei Vorlage des Gesetzentwurfs auf, der als den wichtigsten Grund für die Aufhebung der Siegelmäßigkeit nicht etwa die Gleichstellung der Staatsbürger, sondern vielmehr die haushaltspolitische Komponente in den Vordergrund rückte.²³¹⁷ In Zeiten schlechter Kassenlage könne der Fiskus nicht auf die Einnahmen verzichten, die durch die eigene Urkundenerstellung der Siegelmäßigen verloren gingen.²³¹⁸ Mit diesem Bonus für die Staatsfinanzen konnte die anders gestimmte Abgeordnetenversammlung zur Annahme des durch den Reichsrat umgestalteten Gesetzes bewogen werden, so dass das nur aus zwei Artikeln bestehende Gesetz am 28. Mai 1852 im Gesetzblatt verkündet werden konnte und damit teilweise Privilegien gewahrt werden konnten.²³¹⁹ Dieses vehemente Festhalten des Reichsrats an Privilegien, auch wenn sie keinerlei finanzielle Vorteile mehr boten, machte deutlich, welchen Wert die Privilegierten auf ihre gesonderte Sozialstellung legten, und bekräftigt, dass der Reichsrat das Notariatsgesetz aus anderen Gründen als den tatsächlich vorgebrachten blockierte.

²³¹⁴ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 72 ff.; Entwurf samt Motive: KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 3, S. 101 ff.

²³¹⁵ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 346 ff.

²³¹⁶ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 69 ff., 348 ff.

²³¹⁷ „Das Wesentliche, der Mittelpunkt, wenn ich so sagen darf, in dem Rechte der Siegelmäßigkeit ist eigentlich die Befreiung von einer Steuer, die Taxfreiheit.“ (Pfordten, in: KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 73).

²³¹⁸ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 73.

²³¹⁹ GVBl. 1851/52, S. 325 ff.; KdA 1851/52 Steno, Bd. 3, S. 163 ff., 340 ff., KdA 1851/52 Steno, Bd. 5, S. 335 ff.

dd. Das Gesetz einige Bestimmungen die Gerichtsverfassung betreffend

Als Folge der Rücknahme des Entwurfes zum Notariatsgesetz ist der Gesetzentwurf „einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheins betreffend“ zu betrachten, der am 25. November 1851 von Ministerpräsident Pfordten der Kammer der Reichsräte vorgelegt wurde.²³²⁰ Zweck des lediglich aus zwei Artikeln bestehenden Entwurfs war, zumindest eine gewisse Durchführung des GVG 1850 zu ermöglichen, indem die Bestimmungen des GVG 1850, die das Notariat zwingend voraussetzten, aufgehoben werden sollten, Art. 2 dE, und die für die Notare vorgesehen Kompetenzen weiterhin von den Stadt- und Landgerichten wahrgenommen werden sollten, Art. 1 dE. Man versuchte damit die Durchführung des GVG 1850 von dem Erlass des gescheiterten Notariatsgesetzes loszulösen.²³²¹ Hierfür sollten für die Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit besondere Beamte aus der Zahl der bei den Stadt- und Landgerichten angestellten Gerichtsbeamten aufgestellt werden, Art. 1 dE, um zumindest eine gewisse Trennung der streitigen von der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu erreichen und damit verbunden auch eine kompetentere und prozessökonomischere Bearbeitung der Rechtsfälle.²³²²

Karl Friedrich Heintz sprach sich gegen dieses Gesetz aus und hielt es für besser, dass das Gesetz nicht verabschiedet würde und statt dessen an den König ein Antrag gestellt werden sollte, die Trennung von Justiz und Verwaltung sofort durchzuführen.²³²³ Dies mochte auf den ersten Blick verwundern, schätzte man doch das Gesetz als Rettungsanker für die Reform des Gerichtswesens ein. Indes, Heintz sah diese Lösung als unzureichend an, da dadurch zuviel Identität des Gerichtsverfassungsgesetz preisgegeben werde und ohnehin das GVG 1850 für sich bereits ein provisorisches Gesetz gewesen war, das eine Neuorganisation des Gerichtswesens nach Pfälzer Vorbild nur anbahnen sollte. Heintz meinte, dass durch eine abermalige Anpassung des GVG 1850 letztlich dessen Zweck nur noch rudimentär erfüllt werden könnte, was zwingend dazu führe, dass eine derart gestaltete Gerichtsorganisation weder auf die Ziele des Verfahrens passte, welches das GrundlG einzuführen gedachte, noch auf das derzeit noch geltende altbayerische Gerichtsverfahren. Man verkompliziere durch ein bizarres Flickwerk nur die Handhabung der Gerichtsorganisation und vergebe sich damit jede Gelegenheit für die Schaffung eines sinnvoll ausgestalteten Gesetzes.²³²⁴ Am problematischsten sah Heintz es an, dass durch die inkonsequente Durchführung des neuen Systems eine noch stärkere Arbeitsbelastung bei den Stadt- und Landgerichten entstehen würde, als sie ohnehin bereits bestand. Unweigerliche Folge wäre daher, dass entweder die Geschäfte der untersten Gerichte gar nicht mehr erledigt werden könnten oder aber eine erheblich Personalaufstok-

²³²⁰ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 69 ff.; Motive samt Beilagen: KdRR 1851/51 Beilagen, Bd. 3, S. 95 ff.

²³²¹ KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 3, S. 97 (Motive zum Gesetzentwurf).

²³²² KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 3, S. 94 ff.

²³²³ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 263 ff.

²³²⁴ „Ich glaube damit zugleich bewiesen zu haben, daß alle halben Maßregeln nichts taugen, und daß, wenn man etwas aus einem Verfahren herausnimmt und die Sache pêle-mêle durcheinander mischt, den Zustand schlimmer macht als er vorher war.“ (Heintz, in: KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 277).

kung notwendig würde, etwa die Anstellung von Assessoren für die Notariatsgeschäfte und weiteren Aktuaren, was in einer für den Staat nicht zu bewältigenden finanziellen Belastung resultieren würde. Daneben müssten auch die Bezirksgerichte mit verstärktem Personal errichtet werden. Dieser Kostengesichtspunkt hätte sich nur durch die Einführung unbesoldeter Notare entspannt, da die Notare kostspielige Gerichtsbeamte hinfällig werden hätten lassen, doch durch das nunmehrige Fallenlassen des Notariatsgesetzes müsse auch eine derart gestaltete Justizorganisation zunächst auf sich beruhen.²³²⁵

Obgleich die Trennung von Justiz und Verwaltung zunächst ebenfalls eine starke finanzielle Belastung für den Fiskus dargestellt hätte, da Administrativbeamte und Aktuare in von den Stadt- und Landgerichten getrennten Behörden erforderlich würden, war Heintz aber dennoch in jedem Fall für die Trennung von Justiz und Verwaltung.²³²⁶ Hierfür bedurfte es aber seiner Meinung nach nicht des vorliegenden Gesetzes, vielmehr sollte die Regierung im Verordnungswege nun die Trennung durchführen, und zwar auf der Rechtsgrundlage des GrundlG. Der Antrag auf Trennung der Justiz von der Verwaltung sei aber Voraussetzung dafür, dass er für eine Ablehnung des Gesetzes stimme, denn falls sowohl Antrag als auch Gesetz verworfen werden würden, hätte man das Ergebnis, dass man keinerlei Willensbekundung des Landtages auf die Trennung der Justiz von der Verwaltung mehr hätte, was für ihn keinesfalls hinnehmbar war.²³²⁷

Der Landtag beschloss trotz aller Bedenken den Gesetzentwurf, der sodann mit dem Landtagsabschied am 28. Mai 1852 zum Gesetz erhoben wurde.²³²⁸ Mit dem Gesetz verbunden war die Bewilligung von Finanzmitteln durch den Landtag für dessen Durchführung, weshalb die Kammer der Abgeordneten bei dieser Gelegenheit zusätzlich Forderungen an die Krone bezüglich der Durchführung des Gerichtsverfassungsgesetzes stellte,²³²⁹ die letztlich auch vom Reichsrat getragen wurden.²³³⁰ So forderte man, dass auf dem nächsten Landtag die Vorschriften des GVG 1850 über die Kollegialgerichte sofort zur Ausführung gebracht würden sowie die Kollegialverfassung der Landgerichte aufgehoben werde und ihre Zuständigkeit innerhalb der streitigen Gerichtsbarkeit entsprechend dem GVG 1850 beschränkt werde. Art. 67, 68 GVG 1850 sollten sofort vollzogen werden, damit also ständische Gerichtsstandsprivilegien aufgehoben werden.²³³¹ In Kenntnis der Haltung des Königs verzichtete die Kammer der Abgeordneten aber auf das Postulat der ausdrücklichen Trennung der Justiz von der Verwaltung auf Ebene der Landgerichte.²³³² Trotz der Bewilligung der finanziellen Mittel wurde das Gesetz vom 28. Mai 1852 allem voran aufgrund haushaltstechnischer Gründe nie in Vollzug

²³²⁵ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 307 f.

²³²⁶ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 275

²³²⁷ KdRR 1851/52 Protokolle, Bd. 3, S. 277.

²³²⁸ GVBl. 1851/52, S. 715 f.

²³²⁹ KdA 1851/52 Beilagen, Bd. 4, S. 220 ff.; KdA 1851/52 Steno, Bd. 5, S. 373 ff.

²³³⁰ KdA 1855 Beilagen, Bd. 1, S. 489.

²³³¹ KdA 1851/52 Steno, Bd. 5, S. 379.

²³³² Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 70 f.

gesetzt²³³³ – nachdem Maximilian II. am 11. September 1852 vonseiten des Justizministeriums ein Gerichtsorganisationsplan vorgelegt wurde, verweigerte er den Vollzug des Gesetzes. Ein immenser Kostenfaktor für den Fiskus war, wie es Heintz vorausgesagt hatte, dass das Gesetz die Wahrnehmung der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch die Stadt- und Landgerichte vorsah, diese damit die Kosten für besoldete Beamte zu tragen hatten, anstatt durch unbesoldete Notare die Kosten auf die Beteiligten zu verlagern. Auch die Einrichtungskosten des Verwaltungsapparates für die freiwilligen Gerichtsbarkeit hätte einen nicht unwesentlichen Betrag verschlungen.²³³⁴ Über diesen fiskalischen Aspekt hinaus kamen die alten Bedenken Maximilians II. gegen die Trennung von Justiz und Verwaltung. Obwohl dieser Wunsch mehrheitlich in beiden Kammern vorherrschend war, befürchtete der Monarch, wie schon sein Vater vor ihm, die Schwächung der Staatsregierung durch die Trennung, so dass zumindest für den König dieser Grund wohl das schwerwiegendere Hindernis für die Durchführung des Gesetzes war.²³³⁵

ee. Weitere Versuche zur Durchführung der Gerichtsorganisation bis zum GVG 1861

Karl Friedrich Heintz sah mit dem 28. Mai 1852, wie er es schon auf dem Landtag 1851/52 ganz deutlich gesagt hatte, keine Gelegenheit mehr, eine dem GrundIG verpflichtete funktionierende Gerichtsorganisation einzurichten. Die Kammer der Reichsräte wurde in den 1850er Jahren auch zunehmend reaktionär, und Heintz hatte keine Absicht, zur Durchsetzung der Ziele des Jahres 1848 in der ersten Kammer einen Kampf gegen Windmühlen zu führen, er war politischer Debatten durch die vorangegangenen Jahre überdrüssig geworden, und da seinem Wunsch auf Quieszierung und Entlassung aus der Kammer der Reichsräte aber nicht entsprochen wurde,²³³⁶ zog er sich aus der Diskussion um die Gerichtsorganisation gänzlich zurück. Allenfalls beteiligte er sich dann an der Gesetzgebung in diesem Bereich, wenn es sich um die Beratung rein technischer Fragen handelte, weshalb im Folgenden der weitere Weg zum GVG 1861 nur im Überblick geschehen soll.

Nachdem das Gesetz vom 28. Mai 1852 gescheitert war legte Justizminister Kleinschrod am 29. März 1853 dem König einen weiteren Organisationsplan vor, der versprach, die ursprünglichen Kosten um mehr als zwei Drittel zu senken. Die abermalige Ablehnung durch den Monarchen, der diesmal die Aufwendigkeit des Plans bemängelte, lassen vermuten, dass dessen Hauptbeweggrund an der Nichtdurchführung tatsächlich die ungewünschte Trennung von Justiz und Verwaltung war. Maximilian II. verwies Kleinschrod für die weitere Planung der Justizorganisation auf Innenminister

²³³³ Auf diese hatten bereits die gemäßigt liberalen Kräfte (Arnold, Armansperg, Aretin, Heintz) in der Kammer der Reichsräte hingewiesen und daher, neben dem Hauptkritikpunkt, dass eine derartige Durchführung des GVG 1850 nicht zweckmäßig sei, ihre Zustimmung zum Gesetz verweigert. (KdRR 1851/52, Bd. 3, S. 317 f.).

²³³⁴ KdA 1851/52 Beilagen, Bd. 4, S. 346.

²³³⁵ Alzheimer, Kleinschrod, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 552; Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 71 f., mit Hinweis auf ein Schreiben des Königs.

²³³⁶ BayHStA, (MJu) 19325, S. 78; BayHStA, (MJu) 19325, S. 94; s.o. S. 346 f.

Reigersberg,²³³⁷ der, nachdem ihm der Organisationsplan vom 29. März 1853 zugeleitet wurde, auch ausdrücklich darauf hinwies, dass diese Gerichtsorganisation faktisch die Trennung von Justiz und Verwaltung bewirke und somit entgegen den ausdrücklichen Willen des Königs stünde.²³³⁸ Eine Kommission der Ministerien des Inneren, der Justiz und der Finanzen erarbeitete sodann einen neuen Gerichtsorganisationsplan, der von den Grundsätzen des GVG 1850 sehr weit entfernt war. Die Zahl der Landgerichte sollte durch eine Verkleinerung der Landgerichtsbezirke erhöht und zudem der dortige Personalbestand aufgestockt werden, um die bei den Landgerichten herrschende Arbeitsüberlastung und die damit einhergehenden Rückstände zu verringern. Weiter sollten die Gehälter des Landgerichtspersonals angehoben werden, um diesen mehr Engagement zu entlocken, und die freiwillige Gerichtsbarkeit sollte ausschließlich dafür zuständigen Richtern übertragen werden.²³³⁹ Bereits am 20. Dezember 1853 und nochmals am 09. Januar 1854 wurden vonseiten der Regierung Anträge an den Landtag zur Bewilligung von Geldern zur Umsetzung dieser Gerichtsorganisation gestellt, allerdings ohne einen konkreten Gerichtsorganisationsplan vorzulegen und sogar mit dem Hinweis, dass die mit dem Landtagsabschied 1852 bewilligten Gelder zur Durchführung der Gerichtsorganisation an anderer Stelle verwandt wurden und dass bis dato die Gerichtsorganisation entsprechend dem Landtagsabschied von 1852 deshalb nicht durchgeführt werden konnte.²³⁴⁰ Bevor der Landtag eine Entscheidung in dieser Sache treffen konnte, wurde er am 16. Oktober 1854 wegen Streitigkeiten um den Militäretat vorzeitig geschlossen und am 25. März 1855 schließlich aufgelöst,²³⁴¹ weshalb eine Umsetzung des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1850 nicht einmal teilweise geschafft wurde.

Der nächste Schritt zur Schaffung eines GVG wurde 1855 vom neuen Justizminister Ringelmann mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs am 17. September 1855 vor die am 30. Mai 1855 neu gewählte Kammer der Abgeordneten versucht.²³⁴² Im Vergleich zu den Bestrebungen der vorhergehenden Justizminister bedeutete der Entwurf allerdings einen erheblichen Rückschritt, da die bereits gemachten Schritte hin zu einer modernen Gerichtsverfassung, nämlich das GVG 1850, das diesbezügliche Gesetz vom 28. Mai 1852 und sogar das GrundlG, soweit es noch nicht in Vollzug gesetzt war, vollständig aufgehoben werden sollten.²³⁴³ Der Justizminister wies bei der Vorlage am 17. September 1855 sogar darauf hin, dass eine Trennung von Justiz und Verwaltung auf unterster Ebene keinesfalls mehr angestrebt werden solle,²³⁴⁴ statt dessen ein Gesetz entsprechend dem 1853

²³³⁷ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 72.

²³³⁸ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 73.

²³³⁹ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 72 f.

²³⁴⁰ KdA 1853/54 Beilagen, Bd. 1, S. 258; KdA 1853/54 Beilagen, Bd. 1, S. 385 f.; KdA 1855 Beilagen, Bd. 1, S. 490; Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 73 f.

²³⁴¹ Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Landtag 1853/55; Volkert, in: Spindler, Handbuch IV/I, S. 255 f.

²³⁴² KdA 1855/56 Steno, Bd. 1, S. 7 ff.

²³⁴³ KdA, 1855/56 Beilagen, Bd. 1, S. 486.

²³⁴⁴ „[...] weil überhaupt noch große Bedenken und Zweifel bestehen, ob denn das Heil des Volkes wirklich in der Trennung der Justiz von der Administration wurze, und ob es gerathen sei, eine langjährige mit dem

von der Ministerialkommission ausgearbeiteten Organisationsplan verabschiedet werden.²³⁴⁵ Aufgrund des sofortigen heftigen Widerstandes der Kammer der Abgeordneten²³⁴⁶ zog die Staatsregierung diesen Entwurf am Schluss der Sitzung vom 30. Januar 1856 zurück und sicherte die baldige Erstellung eines neuen Entwurfs zu.²³⁴⁷

Nach dem jähen Scheitern der Vorlage des Gesetzentwurfs von 1855 legte die Regierung am 10. März 1856 einen neuen Entwurf der Kammer der Abgeordneten vor, der zwar kein vollkommen neues GVG sein sollte, doch zumindest die größten Probleme der bestehenden Gerichtsorganisation beseitigen sollte.²³⁴⁸ Der Entwurf wurde im Landtag eingehend diskutiert, woraufhin mit einigen Veränderungen am 28. Juni 1856 der Gesamtbeschluss erfolgte und das Gesetz am 01. Oktober 1856 in Kraft treten konnte.²³⁴⁹ Das Gesetz war stark an das GVG 1850 angelehnt und hielt auch programmatisch ausdrücklich daran fest, Art. 30 dG. Das Gesetz sah wie der Entwurf im Kern die Aufhebung der Kollegialverfassung der Landgerichte und die erstinstanzliche Übernahme der meisten Zivilprozesse durch die kollegial besetzten Bezirksgerichte vor. Weiter sollten die Voruntersuchungen in Strafsachen durch die Bezirksgerichte oder durch selbständige Untersuchungsrichter an den Landgerichten geführt werden. Die freiwillige Gerichtsbarkeit sollte durch besondere Beamte ausgeübt werden, die aus den landgerichtlichen Nebenbeamten zu rekrutieren waren und ihr Amt vollkommen selbständig in eigener Verantwortung ausübten.²³⁵⁰ Beachtenswert ist, dass durch Art. 31 dG die Inamovibilität der Richter wieder aufgehoben wurde,²³⁵¹ damit Art. 22 GrundLG wieder rückgängig gemacht wurde.²³⁵² Obgleich die Kammer der Abgeordneten diese Vorschrift als zu starke Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit heftigst beanstandete, wurde sie doch auf Veranlassung des Reichsrats im Gesetz beibehalten.²³⁵³ Trotz dieses Rückschritts und der Natur des Gesetzes dahingehend, dass nur Einzelvorschriften des GVG 1850 umgesetzt werden sollten, anstelle eine einheitliche Gerichtsverfassung einzuführen, war das

Wesen des bayerischen Volkes innig verwachsene, [...] gleichsam historisch gewordene Einrichtung mit neuen Institutionen zu vertauschen [...]“ (Ringelmann, in: KdA 1855/56 Steno, Bd. 1, S. 8).

²³⁴⁵ Edel, GVG 1861, S. 4.

²³⁴⁶ Vor allem der Referent der Kammer der Abgeordneten ging mit dem Entwurf von Regierung und Krone hart ins Gericht: „Den Ständen des Reichs liegt ein inhaltsschwerer Gesetzentwurf vor, nicht bedeutsam durch das, was er gestaltet – denn dieß beschränkt sich auf wenige Modifikationen der inneren Verfassung der Landgerichte – sondern bedeutsam durch das, was er bedroht. [...] Damit werden nahebei alle Reformen der Gesetzgebung und Rechtspflege in Frage gestellt, welche seit Jahrzehnten erstrebt, von der Staatsregierung aus freiem Antriebe zugesichert und deren Prinzipien zwischen der Krone und den Ständen in Gesetzesform vereinbart waren.“ (Edel, in: KdA 1855/56 Beilagen, Bd. 1, S. 486); „So sehr der Referent eine Verständigung zwischen Krone und Land in einer so wichtigen Frage für wünschenswert hält, so wenig glaubt er, daß dieselbe auf der Basis des Gesetzentwurfs sich ausfinden lasse.“ (Edel, in: KdA 1855/56 Beilagen, Bd. 1, S. 515).

²³⁴⁷ KdA 1855/1856 Steno, Bd. 1, S. 502.

²³⁴⁸ KdA 1855/56 Steno, Bd. 2, S. 362; Entwurf samt Motive: KdA 1855/56 Beilagen, Bd. 3, S. 48 ff.

²³⁴⁹ GVBl. 1856, S. 339 ff.

²³⁵⁰ KdA 1855/56 Beilagen, Bd. 3, S. 51.

²³⁵¹ Edel, Das k. b. Gesetz vom 1. Juli 1856, S. 165 ff.

²³⁵² Zur Frage der unmittelbaren Geltung des Art. 22 GrundLG: s.o. S. 195 ff.

²³⁵³ KdRR 1855/56 Protokolle, Bd. 3, S. 285 ff.

Gesetz ein weiterer wichtiger Schritt in der Entwicklung der Justizreform. Zunächst wurde am 12. August 1857 eine Verordnung zum Vollzug des Gesetzes erlassen,²³⁵⁴ welche in § 1 dVO festlegte, in welchen Orten die insgesamt 32 Bezirksgerichte errichtet wurden.²³⁵⁵ Die örtliche Zuständigkeit der Bezirksgerichte ergab sich aus §§ 2 ff. dVO und einer Beilage. Zudem regelten §§ 8, 9 dVO die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Bezirksgerichte in Strafsachen und die Orte, an denen die Schwurgerichte gebildet wurden.²³⁵⁶ Im Zusammenhang mit dieser Verordnung wurde am 23. September 1857²³⁵⁷ die Instruktion für den landgerichtlichen Dienst erlassen, welche die Rechte und Pflichten der Landrichter, insbesondere auch im Hinblick auf das Disziplinarrecht, enthielt, und schließlich noch die Verordnung vom 12. August 1857,²³⁵⁸ welche die Formation der Handels- und Wechselgerichte betraf und damit hauptsächlich festlegte, an welchen Bezirksgerichten nunmehr die Handels-²³⁵⁹ und Wechselgerichte²³⁶⁰ eingerichtet wurden, entsprechend dem GVG 1850 die genaue Besetzung und Zuständigkeit normierte und festlegte, welche Gerichte zweitinstanzlich²³⁶¹ entschieden.

ff. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1861

Am 25. Mai 1861 legte schließlich Justizminister Karl Christoph Freiherr von Mulzer²³⁶² zunächst der Kammer der Abgeordneten den Gesetzentwurf zum GVG 1861 vor, der

²³⁵⁴ RegBl. 1857, S. 981 ff.

²³⁵⁵ Bezirksgerichte des Königreichs Bayern: Oberbayern: Aichach, München rechts der Isar, München links der Isar, Traunstein, Wasserburg, Weilheim; Niederbayern: Deggendorf, Landshut, Passau, Straubing; Oberpfalz und Regensburg: Amberg, Neunburg vorm Wald, Regensburg, Weiden; Oberfranken: Bamberg, Bayreuth, Hof, Kronach; Mittelfranken: Ansbach, Eichstätt, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Windsheim; Unterfranken und Aschaffenburg: Aschaffenburg, Neustadt an der Saale, Schweinfurt, Würzburg; Schwaben und Neuburg: Augsburg, Donauwörth, Kempten und Memmingen (RegBl. 1857, S. 981 ff.).

²³⁵⁶ Schwurgerichte des Königreichs Bayern: Oberbayern: München links der Isar; Niederbayern: Straubing; Oberpfalz und Regensburg: Amberg; Oberfranken: Bayreuth; Mittelfranken: Ansbach; Unterfranken und Aschaffenburg: Würzburg; Schwaben und Neuburg: Augsburg (RegBl. 1857, S. 991 f.).

²³⁵⁷ RegBl. 1857, S. 1221.

²³⁵⁸ RegBl. 1857, S. 1033 ff.

²³⁵⁹ RegBl. 1857, S. 1033 ff.: Oberbayern: München rechts der Isar, München links der Isar; Niederbayern: Deggendorf, Landshut, Passau, Straubing; Oberpfalz und Regensburg: Amberg, Regensburg, Weiden; zudem blieben in Nürnberg das Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht sowie das Handels- und Handelsappellationsgericht beim Kreis- und Stadtgericht erhalten.

²³⁶⁰ RegBl. 1857, S. 1038 ff.: Oberfranken: Bamberg, Kronach; Unterfranken und Aschaffenburg: Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg; Schwaben und Neuburg: Donauwörth, Kempten, Memmingen; zudem blieb das Wechselgericht Augsburg erhalten.

²³⁶¹ Handelsappellationsgericht beim Bezirksgericht München links der Isar; Handelsappellationsgericht Nürnberg; Wechselappellationsgerichte Bamberg, Eichstätt, Aschaffenburg, Augsburg.

²³⁶² Karl Christoph Freiherr von Mulzer, geb. 08.04.1805, gest. 23.01.1875, Gymnasium in Aschaffenburg und Ansbach, Studium Rechtswissenschaften Würzburg, Heidelberg, Göttingen und München, 1830 Staatskonkurs, 1832 Praxis Appellationsgericht Ansbach, 1838 Assessor Stadt- und Kreisgericht Nürnberg, 1843 Assessor Appellationsgericht Unterfranken, 1848 Direktor Stadt- und Kreisgericht Aschaffenburg, 1852 1. Direktor Kreis- und Stadtgericht München, 1857 2. Direktor Appellationsgericht Unterfranken, 1858 1. Direktor Appellationsgericht Unterfranken, 01.05.1859 – 31.07.1864 Staatsminister der Justiz, 1864 – 1867 o. Staatsrat, Präsident Appellationsgericht Niederbayern, 1867 Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen. (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Mulzer; Schär, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 42, S. 103 f.) Eingehend zu Mulzer: Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium

allgemein von beiden Kammern äußerst positiv aufgenommen wurde,²³⁶³ so dass am 01. Oktober 1861 der Gesamtbeschluss über den nur geringfügig modifizierten Entwurf erfolgte, der mit dem Landtagsabschied am 10. November 1861 die königliche Sanktion erhielt und am 16. Dezember 1861 im Gesetzblatt veröffentlicht wurde.²³⁶⁴ Das Gesetz war vorwiegend eine Kombination aus GVG 1850 und dem ergänzenden Gesetz aus dem Jahre 1856 und übernahm teilweise sogar wortgleich diese Gesetze.²³⁶⁵ Mit dem GVG 1861 wurde endlich die vollständige Trennung von Justiz und Verwaltung auch auf der Ebene der Stadt- und Landgerichte erreicht, wurden für die freiwillige Gerichtsbarkeit ständige Notariate eingerichtet,²³⁶⁶ die privilegierten Gerichtsstände aufgehoben und wurde eine Gliederung der Gerichte in Stadt- und Landgerichte, Bezirksgerichte, Appellationsgerichte und das Oberappellationsgericht endgültig vorgeschrieben.

Die Stadt- und Landgerichte, mit Einzelrichtern besetzt, wurden für die Bagatellgerichtsbarkeit sowohl in Zivil- wie auch Strafsachen als zuständig erklärt sowie für die nichtstreitige, freiwillige Gerichtsbarkeit, die nicht den Notaren zugewiesen war. Weiter erhielten sie in Strafsachen, die im Urteil nicht ihrer Zuständigkeit unterfielen, zudem das Recht des ersten Zugriffs, worunter etwa die Festnahme eines Verbrechers oder die Feststellung des Tatbestandes verstanden wurde. Die weitere Untersuchung und Aburteilung des Delikts musste alsdann aber den dafür örtlich und sachlich zuständigen Gerichten überlassen werden.

Überstieg der Streitgegenstand die Bagatellschwelle, so begründete sich die Zuständigkeit der Bezirksgerichte in der ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit in erster Instanz. Sie waren darüber hinaus die zweite Instanz für die streitige und nichtstreitige Gerichtsbarkeit der Stadt- und Landgerichte. In Strafsachen oblag ihnen in erster Instanz die Führung der Voruntersuchung und die Aburteilung der Vergehen und ihnen besonders zugewiesener Übertretungen, soweit nicht die Zuständigkeit des Schwurgerichts begründet war. Bei einzelnen Bezirksgerichten wurden zur Aburteilung von Verbrechen und Pressevergehen Schwurgerichte eingerichtet. In zweiter und auch letzter Instanz wurden die Urteile über Übertretungen entschieden, die erstinstanzlich von den Stadt- und Landgerich-

der Justiz, Staatsminister II, S. 647 – 720.

²³⁶³ Unstimmigkeiten gab es lediglich, da einige Stimmen im Reichsrat auf die Beibehaltung der standesherrlichen Privilegien, der selbständigen Vormundschaftsbestellung, der eigenhändigen Regelung von Nachlassangelegenheiten, der damit verbundenen Fora sowie der privilegierten Gerichtsstände drängten. Hinsichtlich der privilegierten Gerichtsstände konnten diese Forderungen, insbesondere in Anbetracht des bereits 1848 erfolgten Verzichts darauf im Grundlagengesetz, nicht einmal im Reichsrat durchgesetzt werden. In der Kammer der Abgeordneten gewährte man die Beibehaltung der übrigen standesherrlichen Privilegien, bis auf die Beibehaltung der damit verbundenen Fora, da dies im Widerspruch zur Abschaffung der privilegierten Gerichtsstände stand (Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 86 f.; KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 2, S. 311 ff.; KdA 1859/61 Steno, Bd. 3, S. 24 f.).

²³⁶⁴ KdA 1859/61 Beilagen, Bd. 5, S. 207 ff.; GVBl. 1861, Sp. 209 ff.; Edel, GVG 1861, S. 6 ff.; auch durch das GVG 1861 wurde die Zivilgerichtsbarkeit des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg nicht aufgehoben (GVBl. 1866/69, Sp. 1229). Hierzu aber noch unten Anm. 2390.

²³⁶⁵ Edel, GVG 1861, S. 6 f.

²³⁶⁶ Weiterführend zum Notariatsgesetz von 1861 vgl. Vollhardt, Das bayerische Notariat 1862 bis 1945, in: Bayerischer Notarverein, 125 Jahre bayerisches Notariat, S. 18 ff.

ten entschieden wurden. Hinsichtlich der Stadt- und Landgerichte wie auch der Notare fungierten die Bezirksgerichte als Aufsichtsbehörde.

Über den Bezirksgerichten standen die Appellationsgerichte, die als zweite oder in Zivilsachen gegebenenfalls auch als dritte Instanz über die Urteile der Bezirksgerichte entschieden. Hieran sah man ganz deutlich, dass wie bereits beim Heintzschen Entwurf 1849 immer noch nicht die volle Durchführbarkeit des zweiinstanzlichen Verfahrens mit einem Obersten Gerichtshof als Kassationsinstanz möglich gewesen ist, was immer noch auf dem Umstand basierte, dass ein neues Zivilprozessgesetz noch nicht erarbeitet war, das die konkrete Ausgestaltung des zweiinstanzlichen Verfahrens umgesetzt hätte. Entsprechend war auch die Zuständigkeit des Oberappellationsgerichts in Zivilsachen ausgestaltet, für die es weiterhin volle dritte Tatsacheninstanz gegen die Berufungsurteile der Bezirksgerichte gewesen ist. Lediglich in Strafsachen hatte es bereits entsprechend der StPON die Stellung eines Kassationshofes inne.

Neben dem GVG 1861 sind ergänzend noch das Notariatsgesetz von 1861 und das Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch zu erwähnen, da sie weitergehende Regelungen im Bereich der Gerichtsorganisation trafen. Das Notariatsgesetz wurde zeitgleich mit dem GVG 1861 von Justizminister Mulzer vorgelegt,²³⁶⁷ auch das Notariatsgesetz entsprach weitgehend seinem Vorgänger aus dem Jahre 1851, widmete sich nun allerdings umfassender dem Disziplinarverfahren gegen die Notare, gegen das auch Rechtsmittel vorgesehen waren.²³⁶⁸ Das Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch, das im Entwurf am 15. Juli 1861 vorgelegt wurde, am 10. Februar 1862 Gesetzbblatt veröffentlicht wurde und zu dem Heintz in der Kammer der Reichsräte Referent gewesen war, traf ebenfalls spezielle Regelungen zur Gerichtsorganisation in Handelssachen.²³⁶⁹ In Art. 56 ff. dG wurden Bestimmungen über die Errichtung von Handelsgerichten selbst und das Verfahren vor diesen Handelsgerichten normiert. Die erstinstanzlich entscheidenden Handelsgerichte waren gemischt besetzt, und zwar mit mindestens drei Juristen als Richtern und zwei Beisitzern, welche Laien aus dem Kaufmannstand waren, Art. 57 dG. Gegen handelsgerichtliche Urteile war letztinstanzlich eine Berufung zum Handelsappellationsgericht möglich, das mit mindesten vier Juristen als Richter und drei Beisitzern, die Laien aus dem Kaufmannstand waren, besetzt war. Die Handelsgerichte konnten bei den Bezirksgerichten, die Handelsappellationsgerichte bei den Appellationsgerichten eingerichtet werden. Die nähere Ausgestaltung überließ allerdings das Gesetz einer Verordnung, welche die Handelsgerichte ähnlich der Verordnung von 1857 positionierte und als alleiniges Handelsappellationsgericht Nürnberg vorsah. Dies eigentlich gegen die Regelungen des Einführungsgesetzes, das die Schaffung mehrere Handelsappellationsgerichte beabsichtigte.²³⁷⁰

²³⁶⁷ KdA 1859/1861 Beilagen, Bd. 5, S. 18.

²³⁶⁸ GVBl. 1861/62, Sp. 129 ff.; Disziplinarverfahren: Art. 113 – 149 dG (GVBl. 1861/62, Sp. 185 ff.).

²³⁶⁹ KdA 1859/1861 Steno, Bd. 2, S. 139 ff.; GVBl. 1861/62, Sp. 425 ff.; KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 3, S. 260 ff.

²³⁷⁰ Fellner, Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, S. 92.

b. Die Zivilprozessordnung von 1869

aa. Allgemeines zur Zivilprozessordnung von 1869

Nachdem endlich die Gerichtsorganisation durch das GVG 1861 neu geregelt war, konnte auf Ebene des Landtags eines der weiteren großen Ziele der Justizreform in Angriff genommen werden, die Zivilprozessordnung. Seit 1848 waren für das Justizministerium intern zwei Entwürfe in diesem Zusammenhang erstellt worden, die allerdings nicht dem Landtag zur Beratung vorgelegt wurden, der Entwurf Molitors und ein weiterer sehr umfangreicher Entwurf, der 1854/55 von Georg Carl von Seuffert erstellt wurde, allerdings weitaus stärker als der Molitorsche im gemeinen Prozess verhaftet war, weshalb er wohl in den Kammern auf nicht unerhebliche Kritik gestoßen wäre.²³⁷¹

Kurz vor Schluss des Landtages 1859/61 legte am 31. Oktober 1861 Justizminister Mulzer der Kammer der Abgeordneten den Entwurf einer Zivilprozessordnung vor, der eigentlich sofort von den besonderen Gesetzgebungsausschüssen der Kammern beraten werden sollte. Aufgrund des Umfangs und der Bedeutung des Entwurfes hatte die Regierung allerdings Bedenken, bereits 1861 die Gesetzgebungsausschüsse in die Beratungen des Gesetzentwurfes eintreten zu lassen, denn die Wahlperiode neigte sich bereits dem Ende zu, und die Beratungszeit wäre bis zu den Neuwahlen sehr kurz und damit nur wenig erfolversprechend gewesen, da zumindest in der Kammer der Abgeordneten eine nicht unwesentliche Veränderung in der Zusammensetzung des Ausschusses sehr wahrscheinlich war.²³⁷² Eine erneute Vorlage des aufgrund des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch geringfügig modifizierten Entwurfes erging deshalb an die neu gewählte Kammer der Abgeordneten am 27. Juli 1863.²³⁷³ Der Entwurf von 1861 war das Werk von August Petersen, dem ehemaligen Kollegen von Karl Friedrich Heintz am Appellationsgericht in Zweibrücken, der, als Heintz im Jahre 1845 auf seine Beförderung an das Oberappellationsgericht verzichtete, in diese Stelle eintrat. Petersen, der ebenfalls mit dem altbayerischen wie auch dem französisch-pfälzischen Zivilprozess bestens vertraut war, lehnte seinen Entwurf, wie es bereits Molitor vor ihm getan hatte, sehr stark an den französisch-pfälzischen Prozess an und berücksichtigte ebenfalls Gesetzbücher anderer europäischer Staaten, die ebenfalls das französische Recht als Grundlage hatten, sowie die neuere deutsche Literatur zur Thematik, weshalb Petersens Entwurf ebenfalls als konsequente Umsetzung des GrundG betrachtet werden kann,²³⁷⁴ wenn er auch systematisch und konzeptionell hinter seinen Vorbildern zurückblieb.²³⁷⁵

Der aus 1177 Artikeln bestehende Entwurf untergliederte sich in sechs Bücher, die allgemeinen Bestimmungen, Art. 1 – 203 dE, das Verfahren im ersten Rechtszug, Art. 204 – 643 dE, die Rechtsmittel, Art. 644 – 759 dE, das Vollstreckungsverfahren, Art. 760 – 1019 dE, das Gantverfahren, Art. 1020 – 1157 dE, und Strafbestimmungen, Art. 1158

²³⁷¹ Schubert, Entwurf 1825, S. XXIX ff.

²³⁷² Barth, CPO 1869 I, S. 5 f.

²³⁷³ Barth, CPO 1869 I, S. 6.

²³⁷⁴ Schubert, Entwurf 1825, S. XXXII ff.

²³⁷⁵ Ahrens, Prozessreform, S. 542.

– 1177 dE.²³⁷⁶ Der Entwurf beachtete als oberste Maxime die mündliche und öffentliche Verhandlung vor dem entscheidenden Richter, wobei in Ausnahmefällen, wenn die Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten war, ein Ausschluss der Öffentlichkeit möglich, in bestimmten Fällen sogar obligatorisch war.²³⁷⁷ Daneben ging der Entwurf von der Verhandlungs- und Parteimaxime unter Aufhebung der richterlichen Prozessleitung im gemeinrechtlichen Sinne aus.²³⁷⁸ Nichtsdestoweniger sah man durchaus weitgreifende Beschränkungen der Verhandlungsmaxime, die in der Sittlichkeit und der Rechtsordnung wurzelten, weshalb der Richter auch ein sehr weitgehendes Fragerecht hatte, das dahin reichte, alle erforderlichen Fragen stellen zu können, um eine genaue Feststellung des Sachverhalts auch über den Parteivortrag hinaus betreiben zu können, was ihn nicht nur zur genauen Aufklärung berechnete, sondern auch verpflichtete.²³⁷⁹ Weiter fand eine weitgehende Abschaffung des schriftlichen Verfahrens statt, lediglich vor Kollegialgerichten sollte ein schriftliches Vorverfahren zur gründlichen Vorbereitung der mündlichen Verhandlung durchgeführt werden, zudem war bei diesen Gerichten Anwaltszwang gegeben.²³⁸⁰ Zudem versuchte der Entwurf weitgehend, Zwischenurteile zu vermeiden, beschränkte Zeugenbeweis und Vereidigungen und regelte auch für den Zivilprozess den Grundsatz der freien Beweiswürdigung durch den Richter, indem die gesetzlichen Beweistheorien aufgehoben wurden.²³⁸¹ Hatte der Entwurf Molitors das Vollstreckungs- und das Gantverfahren aus dem Zivilprozess herausgenommen, regelte nunmehr der Entwurf Petersens diese Verfahren wieder, allerdings auch unter der Prämisse, dass in Anbetracht der richterlichen Unabhängigkeit im Vollstreckungsverfahren nicht der Richter, sondern Gerichtsvollzieher als Organe der Parteien fungieren sollten.²³⁸² Schließlich wurde der Instanzenzug entsprechend den im GVG 1861 festgesetzten Grundlagen geregelt, auch das Rechtsmittelsystem darauf angepasst und ebenfalls die Staatsanwaltschaft im Zivilverfahren eingeführt.²³⁸³ Als Rechtsmittel war gegen erstinstanzliche Urteile stets die Berufung, als weitere Tatsacheninstanz, statthaft, wobei etwa die Einschränkung zu beachten war, dass zu erstinstanzlich festgestellten Tatsachen keine weiteren Zeugen vernommen wurden, Art. 707 Abs. 4 CPO 1869. Gegen Berufungsentscheidungen war die Nichtigkeitsbeschwerde zum Oberappellationsgericht in bestimmten vom Gesetz vorgesehenen Fällen statthaft, die aber keine weitere Tatsacheninstanz bildete, sondern lediglich eine Überprüfung in rechtlicher Hinsicht ermöglichte, Art. 788 ff. CPO 1869.

²³⁷⁶ Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 688.

²³⁷⁷ Die CPO 1869 ging in diesem Punkt weiter als der Molitorsche Entwurf und auch der Entwurf der CPO selbst, die beide etwa bei Ehescheidungssachen, Streitigkeiten unter Verwandten in gerader Linie etc. generell einen Ausschluss der Öffentlichkeit verfügten. (S.o. S. 317; Barth, CPO 1869 I, S. 64; Schmitt, CPO 1869 I, S. 753).

²³⁷⁸ Barth, CPO 1869 I, S. 60.

²³⁷⁹ Ahrens, Prozessreform, S. 544; Barth, CPO 1869 I, S. 424.

²³⁸⁰ Barth, CPO 1869 I, S. 60; Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 688.

²³⁸¹ Barth, CPO 1869 I, S. 60; Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 689.

²³⁸² Barth, CPO 1869 I, S. 60; Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 688.

²³⁸³ Barth, CPO 1869 I, S. 61; Döbig, Mulzer, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 689.

Die Beratungen des Gesetzentwurfes begannen im besonderen Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten, der sich am 10. September 1863 konstituierte und auf den 04. Januar 1864 einberufen war.²³⁸⁴ Die Hauptarbeit in Bezug auf die CPO 1869 wurde auch im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten geleistet, der bereits am 25. September 1866 seine Beratungen zum Dritten Buch des Entwurfes abgeschlossen hatte, bevor am 10. Dezember 1866 der Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte mit der Beratung des ersten Buches begann.²³⁸⁵ Die Lesung des zweiten Buches begann im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte erst am 18. Mai 1868, als im Ausschuss der Kammer der Abgeordneten bereits die erste Lesung des gesamten Entwurfes beendet war.²³⁸⁶ Die lange Dauer der Beratungen im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte hatte ihren Grund allerdings nicht darin, dass hier umfangreicher über die Materie diskutiert wurde, sondern vielmehr darin, dass hier zwischen den einzelnen Ausschusssitzungen weitaus größere Zeiträume lagen als in der Kammer der Abgeordneten, so benötigte etwa der Gesetzgebungsausschuss der ersten Kammer lediglich neun Sitzungen zur Beratung des ersten Buches, bis zur Beratung des zweiten Buches verstrichen allerdings dann fast ein Jahr und zwei Monate.²³⁸⁷ Nahezu in allen Fällen von grundlegender Bedeutung trat der Gesetzgebungsausschuss der ersten Kammer den Modifikationsvorschlägen der Abgeordneten bei, und auch das Plenum der Kammer der Reichsräte widersetzte sich den Vorschlägen der zweiten Kammer nicht,²³⁸⁸ so dass die tatsächliche Einflussnahme auf die spätere CPO 1869 im Gesetzgebungsausschuss der zweiten Kammer stattfand.

Die Kammer der Reichsräte wählte bereits am 02. September 1863 die Mitglieder ihres besonderen Ausschusses,²³⁸⁹ und diese wählten wiederum unter sich Maurer als Ausschussvorstand, Bayer als Sekretär, Heintz als Referenten und Ringelmann als Koreferenten, der bereits ab der zweiten Sitzung des Ausschusses am 27. Februar 1867 nicht mehr anwesend und zunächst durch Harleß vertreten war, bevor er von dem am 30. April 1867 zurückgetretenen Justizminister Bomhard abgelöst wurde.²³⁹⁰ Nachdem Heintz am 16. August 1868 verstarb, wurde Bomhard Referent ohne Koreferenten.²³⁹¹ Alle Referenten für den Entwurf in der Kammer der Reichsräte waren damit ehemalige Justizminister

²³⁸⁴ Mitglieder des Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten waren: Neumayer, Edel, Umb-scheiden, Pözl, Barth, Franz, (Gottfried) Schmitt, Völk, Arnheim; Ersatzmänner waren: Wiedenhofer (eingetreten für Arnheim), Behringer (eingetreten für Pözl), (Franz) Schmitt, Dingler (eingetreten für Edel); Vorsitzender war Barth, Behringer Sekretär (Barth, CPO 1869 I, S. 6 f.).

²³⁸⁵ KdRR GGA 1863/67 Bd. 1, S. 1 ff.; Barth, CPO 1869 I, S. 13, 15.

²³⁸⁶ Barth, CPO 1869 I, S. 16.

²³⁸⁷ Barth, CPO 1869 I, S. 15.

²³⁸⁸ Schmidt, Lutz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 801.

²³⁸⁹ Mitglieder des Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte waren: Hohenlohe, Niethammer, Franckenstein, Maurer, Heintz, Bayer, Ringelmann; Ersatzmänner waren: Harleß (eingetreten für Ringelmann), Lerchenfeld (eingetreten für Hohenlohe), Maldeghem; Schrenck trat später für Bayer ein, Bomhard für Ringelmann (Barth, CPO 1869 I, S. 7).

²³⁹⁰ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 1 f.; KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 8; KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 2, S. 3.

²³⁹¹ Barth, CPO 1869 I, S. 7.

gewesen. Nach langer Beratungszeit, vom 04. Januar 1864 bis zum 16. März 1869, welche die Amtszeit von drei Justizministern einnahm,²³⁹² konnte schließlich der Gesamtbeschluss bezüglich des Entwurfes ergehen, das Gesetz mit dem Landtagsabschied am 29. April 1869 die königliche Sanktion erhalten und mit Wirkung zum 01. Juli 1870 in Kraft treten, Art. 1 CPO 1869.²³⁹³

Heintz erkannte sehr bald die immense Bedeutung des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten für die Beratungen des Gesetzentwurfs, so dass er am 28. Dezember 1864 über den ersten Präsidenten des Oberappellationsgerichts, Karl Bartholomäus Ritter von Lehner,²³⁹⁴ ein Gesuch an den König richtete, in dem er bat, bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften als zweiter Präsident des Oberappellationsgerichts dispensiert zu werden, um zur Vorbereitung seiner Referate für den Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte auch die Sitzungen des Gesetzgebungsausschusses der zweiten Kammer besuchen zu können.²³⁹⁵ Über Justizminister Bomhard genehmigte der König das Heintzsche Gesuch bereits am 03. Januar 1865, so dass ab diesem Zeitpunkt Heintz sich vorwiegend der Mitarbeit an der CPO 1869 widmete, lediglich die Präsidialgeschäfte des pfälzischen Kassationshofes, der seit 1832 dem Oberappellationsgericht in München angegliedert war,²³⁹⁶ hatte man Heintz belassen.²³⁹⁷ Heintz arbeitete ab dem Jahre 1865 Referate zu den ersten vier Büchern des Entwurfs der Zivilprozessordnung aus, wie dieser durch den Gesetzgebungsausschuss der zweiten Kammer ausgestaltet wurde.²³⁹⁸ Mit großem Engagement widmete er sich seiner Aufgabe, als Referent Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses auch in deren Diskussionssitzungen ausführlich über den Entwurf zu beraten, und nahm in dieser Eigenschaft an den ersten sechzehn

²³⁹² Mulzer, Bomhard und Lutz.

²³⁹³ KdA 1866/69 Steno, Bd. 6, S. 357; KdRR 1866/69 Beilagen, Bd. 7, S. 610; GVBl. 1866/69, Sp. 801; GVBl. 1866/69, Sp. 1233, 1235; die CPO 1869 hatte insofern Einfluss auf die streitige Zivilgerichtsbarkeit des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg, als sie diese zwar nicht de lege lata aufhob, allerdings doch zumindest faktisch. Denn ab dem 02. Juni 1869 durfte sich weiterhin bestehende streitige Zivilgerichtsbarkeit des Fürsten nur noch auf Klagen erstrecken, die bis zu diesem Zeitpunkt anhängig waren. Die nichtstreitige Zivilgerichtsbarkeit bestand weiterhin uneingeschränkt fort (GVBl. 1866/69, Sp. 1229).

²³⁹⁴ Bartholomäus Ritter von Lehner, geb. 14.10.1786, gest. 30.09.1877, 1812 Staatsprüfung, 1817 Landgerichtsassessor Pfaffenhofen, 1819 Kreis- und Stadtgerichtsrat Fürth, 1820 Assessor Appellationsgericht Bamberg, 1831 Appellationsgerichtsrat Bamberg, 1838 Oberappellationsgerichtsrat, 1842 Ministerialrat Justizministerium, 1848 Präsident Appellationsgericht Unterfranken und Aschaffenburg, 1854 Präsident Appellationsgericht Oberfranken, 1858 Präsident Oberappellationsgericht (Schärl, Bayerische Beamten-schaft, Nr. 718, S. 362).

²³⁹⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 62 f.

²³⁹⁶ Heydenreuter, in: Volkert, Handbuch, S. 116.

²³⁹⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 64.

²³⁹⁸ Vortrag zum I. Buch: Heintz, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. I – LXXV; Vortrag zum II. Buch: Heintz, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 1 – 32; Vortrag zum III. Buch: Heintz, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 117 – 122; Vortrag zum IV. Buch: Heintz, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 187 – 210; Altstötter schreibt Heintz, in Anlehnung an den Nekrolog auf Heintz in der Allgemeinen Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582, einen eigenen Entwurf zur CPO 1869 zu (Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 506). Ein solcher lässt sich aber in den Protokollen und Beilagenbänden der Gesetzgebungsausschüsse nicht auffinden.

der fünfundzwanzig abgehaltenen Sitzungen des Ausschusses teil.²³⁹⁹ Trotz dieses starken und verdienstvollen Beitrags, den Heintz durch seine Referententätigkeit zur CPO 1869 geleistet hat, stellt sich doch der tatsächliche Einfluss, den er auf die Ausgestaltung des Gesetzes ausgeübt hat, als nicht so weitreichend dar, wie man es vermuten dürfte, denn Heintz hatte zwar als Referent Vorträge zu den ersten vier Büchern des Entwurfs gehalten, aktiv im Ausschuss beraten wurden aber bis zu seinem Tod lediglich die ersten beiden Bücher.²⁴⁰⁰ Zudem hatte sich neben Heintz auch der Koreferent Bomhard, unter dessen Amtszeit als Justizminister der Entwurf bereits in den Kammern beraten wurde und der daher mit diesem bestens vertraut war,²⁴⁰¹ stark in den Sitzungen des Ausschusses eingebracht.²⁴⁰² Insgesamt ließ sich in den Ausschusssitzungen auch die Tendenz der Reichsräte erkennen, bei streitigen Fragen eher den Ansichten der Kammer der Abgeordneten beizutreten oder den Vorschlägen des Koreferenten. Letztendlich waren auch nur noch drei inhaltliche Punkte zwischen der Kammer der Abgeordneten und der Kammer der Reichsräte umstritten geblieben, in denen sich allerdings schließlich ebenfalls die zweite Kammer durchsetzte.²⁴⁰³ Angesichts dieser Umstände wäre eine umfassende Erläuterung der Ansichten von Heintz zu allen Kernpunkten des Gesetzes sowie dem Gesetz selbst zu weit gegriffen, weshalb es bei der obigen Darstellung der Grundzüge seines Entwurfes belassen werden soll, die auch dem Gesetz immanent waren, und in den nachfolgenden Ausführungen nur noch auf die Ansichten und Empfehlungen von Heintz hinsichtlich zweier Punkte eingegangen werden soll, die bis zuletzt zwischen den Kammern streitig geblieben waren.

bb. Die Streitpunkte zwischen den Kammern des Landtages

[1]. Mitwirkung der Staatsanwaltschaft

Der erste dieser Streitpunkte war die Frage der Anwesenheit und Mitwirkung des Staatsanwaltes in der öffentlichen Sitzung, Art. 12, 13 V. Hst. dE. Karl Friedrich Heintz behielt sich in seinem ersten Referat vom 20. August 1866 Anträge zu dieser Thematik noch vor;²⁴⁰⁴ so dass erst am Ende der achten Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der ersten Kammer am 21. März 1867 die Thematik zur Sprache kam. Der Ausschuss der Kammer der Abgeordneten hatte eine mögliche Beteiligung der Staatsanwaltschaft bei den Kollegialgerichten in bestimmten vom Gesetz geregelten Fällen vorgesehen, in denen verstärkt

²³⁹⁹ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, 2.

²⁴⁰⁰ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, 2.

²⁴⁰¹ Vor seiner Amtszeit als Justizminister war Bomhard darüber hinaus von 1862 bis 1864 Mitglied in der hannoverschen Kommission zur Erstellung einer gesamtdeutschen Zivilprozessordnung gewesen und hatte hier die Zugrundelegung des bayerischen Entwurfs von 1861 beantragt (Holzbauer, Bomhard in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 735 ff.).

²⁴⁰² Seine Vorträge und Wortmeldungen zum Entwurf waren auch erheblich umfangreicher als diejenigen von Heintz; Vortrag zum II. Buch: Bomhard, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 33 – 116; Vortrag zum III. Buch: Bomhard, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 123 – 186; Vortrag zum IV. – VI. Buch: Bomhard, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 211 – 344; Vorträge in zweiter Lesung zu allen Büchern und dem Einführungsgesetz: Bomhard, in: KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 2, S. 1 – 636.

²⁴⁰³ Barth, CPO 1869 I, S. 19.

²⁴⁰⁴ KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. LXVIII.

ein öffentliches Interesse an dem Rechtsstreit vermutet wurde.²⁴⁰⁵ So in Rechtsstreitigkeiten über den Personenstand, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 V. Hst. dE (GGA KdA), Vormundschaftssachen, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2, 3 V. Hst. dE (GGA KdA), Verhandlungen hinsichtlich Abwesender, Art. 13 Abs. 1 Nr. 4 V. Hst. dE (GGA KdA), Syndikatsklagen Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 V. Hst. dE (GGA KdA), Amthafungsprozesse gegen Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, Art. 13 Abs. 1 Nr. 6 V. Hst. dE (GGA KdA), Ehesachen, Art. 13 Abs. 1 Nr. 7 V. Hst. dE (GGA KdA) und Gantsachen, Art. 13 Abs. 1 Nr. 9 V. Hst. dE (GGA KdA).²⁴⁰⁶ Dem Staatsanwalt sollte diesbezüglich die Möglichkeit, nicht aber die Pflicht gegeben sein, bei den Sitzungen anwesend zu sein und nach dem Schluss der Verhandlung seine Ansicht zur Sache abgeben zu können, Art. 13 Abs. 1 S. 1 V. Hst. dE (GGA KdA).²⁴⁰⁷ Besondere Mitwirkungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft sollten durch Gesetz möglich sein, Art. 12 V. Hst. dE (GGA KdA). Diese Lösung stand im Gegensatz zur französisch-pfälzischen Ausgestaltung, bei welcher der Staatsanwalt generell den Sitzungen der Zivilgerichte beiwohnte.²⁴⁰⁸ Während vonseiten der rechtsrheinischen Abgeordneten die generelle Anwesenheit der Staatsanwälte zum Teil aus sachlichen Erwägungen heraus kritisiert wurde, zum Teil aber auch damit begründet wurde, dass man eine übertriebene „Liebhaberei für Französisches“ nicht gebrauchen könne, verwundert es doch zunächst gerade hier, dass auch die pfälzischen Abgeordneten für die Änderungen eintraten.²⁴⁰⁹ Die Haltung der linksliberalen Pfälzer erklärte sich aber dadurch, dass sie durch die Anwesenheit der Staatsanwälte eine reaktionäre staatliche Beeinflussung der Prozesse und damit eine Beschränkung der richterlichen Unabhängigkeit befürchteten. Zunächst brachte Ministerialkommissär Weis einen weiteren Gesetzesvorschlag der Regierung gegen die Fassung der Kammer der Abgeordneten ein.²⁴¹⁰ Die Staatsregierung empfand zum einen eine bloße Möglichkeit des Anwesens der Staatsanwaltschaft in Sitzungen als nicht ausreichend und sah daher in ihrem Modifikationsvorschlag eine Anwesenheitspflicht der Staatsanwaltschaft in Sitzungen der Kollegialgerichte vor, nur hinsichtlich der Äußerungen der Staatsanwälte nach dem Schluss der Sitzung sollte dem Staatsanwalt ein Ermessen zustehen, das sich am öffentlichen Interesse in Bezug auf die Verhandlung bestimmte, Art. 12 Abs. 1, 2 V. Hst. dE (StaR). Zudem wurde eine Beschränkung der Anwesenheitsmöglichkeit auf bestimmte Rechtsstreitigkeiten als ungenügend empfunden, daher sollte der Staatsanwalt obligatorisch allen Zivilrechtssitzungen beiwohnen, Art. 12 Abs. 1 V. Hst. dE (StaR). Die Staatsregierung griff damit die Hauptregelungen des Art. 133 V. Hst. dE (erster RegE) wieder auf,²⁴¹¹ hatte aber den großen Unterschied, dass nicht mehr wie in Art. 134 V. Hst. dE (erster RegE) die Vernehmung des Staatsanwaltes

²⁴⁰⁵ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, Beilage zu den Protokollen I – X, S. 100 f.

²⁴⁰⁶ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, Beilage zu den Protokollen I – X, S. 100 f.

²⁴⁰⁷ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, Beilage zu den Protokollen I – X, S. 100.

²⁴⁰⁸ Frey, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, S. 197 ff.

²⁴⁰⁹ Holzbauer, Bomhard in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister II, S. 735 ff.744.

²⁴¹⁰ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 296 ff.

²⁴¹¹ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 302.

obligatorisch war und bei Nichtbeachtung zur Nichtigkeit des Urteils führte.²⁴¹² Die Anwesenheit der Staatsanwälte bei allen Zivilprozessen an Kollegialgerichten argumentierte die Staatsregierung aus dem öffentlichen Interesse heraus; einmal könne man das öffentliche Interesse an einem Rechtsstreit nicht an fixen Streitarten festmachen, wie es der Entwurf des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten machte, zum anderen sei die Anwesenheit der Staatsanwälte in jeder Sitzung dahingehend im Sinne des öffentlichen Interesses, da der Staat stets ein Interesse an einer ordentlichen Zivilrechtspflege habe. Anträge müsse der Staatsanwalt freilich nicht in jeder Sitzung stellen, da nicht immer im konkreten Fall auch ein öffentliches Interesse bestehen werde, insofern gebe ihm der Modifikationsvorschlag der Regierung aber das nötige Ermessen hinsichtlich der Antragstellung. Gerade auf diese Ermessensentscheidung müsse es auch hinauslaufen, da eine kasuistische Aufzählung der einzelnen Fälle, in denen der Staatsanwalt tätig werden sollte, weder sinnvoll noch möglich sei.²⁴¹³ Schließlich sei die Modifikation, wie sie die Regierung vorgeschlagen hatte, auch mehr im Interesse des GrundlG, da hier allgemein und auch bei Einführung der Staatsanwaltschaft eine Anlehnung an das französisch-pfälzische Recht statuiert wurde. Nur durch eine generelle Anwesenheit der Staatsanwälte in den Sitzungen der Zivilgerichte würde dieses Ziel angemessen erreicht.

Auch im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte war der Modifikationsvorschlag der Regierung nicht auf einstimmige Zustimmung gestoßen, sondern begegnete mehreren Bedenken, insbesondere der Reichsräte Bayer und Franckenstein.²⁴¹⁴ Hauptsächlich waren die Bedenken, dass man eine staatliche Kontrolle der Zivilgerichtssitzungen durch die Staatsanwälte nicht für erforderlich, gar schädlich hielt. Vielmehr sollte dem neuen Zivilprozess innewohnenden Grundsatz der Parteimaxime durch eine grundsätzliche Nichtbeteiligung der Staatsanwaltschaft umfassender Rechnung getragen werden. Die Wahrung der Gesetze und die Gewährleistung einer ordentlichen Zivilrechtspflege müsse nicht durch die Anwesenheit der Staatsanwälte garantiert werden, sondern würde schon ausreichend durch die Richter garantiert. Vielmehr schade die generelle Anwesenheit der Staatsanwaltschaft der richterlichen Unabhängigkeit, die im Sinne des GrundlG und der Reform des Prozessrechtes stetig gefördert werden sollte.²⁴¹⁵ Trotz der Bedenken stimmte aber insgesamt der Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit von vier zu drei Stimmen, für den Modifikationsvorschlag der Regierung.²⁴¹⁶ Auch Referent Heintz hielt den Modifikationsvorschlag der Regierung für sinnvoll und riet dem Ausschuss ausdrücklich zu dessen Annahme. Da er sich nicht mehr ausführlich zu dem Streitpunkt äußerte, kann geschlossen werden, dass er in diesem Punkt grundlegend mit der Ansicht der Regierung

²⁴¹² KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 307.

²⁴¹³ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 309 f.

²⁴¹⁴ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 302 ff.

²⁴¹⁵ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 302 ff.

²⁴¹⁶ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 319.

übereinstimmte und den Ausführungen des Ministerialkommissärs schlicht nichts hinzusetzen hatte.²⁴¹⁷

Der gemeinsame Ausschuss kam zu keiner übereinstimmenden Lösung, letztendlich setzte sich aber die Fassung der Kammer der Abgeordneten durch, da das Plenum der ersten Kammer nicht auf der Fassung der Regierung beharrte, Art. 159, 160 CPO 1869. Entsprechend den Bedenken in der Kammer der Reichsräte stieß diese Lösung in der späteren Literatur auf Kritik, da man die partielle Beteiligung der Staatsanwaltschaft am Zivilverfahren nicht als „goldenen Mittelweg“, sondern als „halbe Maßregel“ erachtete, die ihrer Bestimmung nicht gerecht wurde.²⁴¹⁸ Vielmehr wurde eine vollständige Einbindung des Staatsanwaltes in das Zivilverfahren, entsprechend dem französisch-pfälzischen Recht, dem Regierungsvorschlag und der Empfehlung des Referenten Heintz, favorisiert. Dies aus mehreren Gründen, zunächst bezweifelte man den negativen Einfluss der Staatsanwaltschaft auf die richterliche Unabhängigkeit, hob im Gegensatz hierzu gerade die positive Auswirkungen der Einbindung der Staatsanwaltschaft in Zivilsachen hervor, insbesondere wegen der Erfahrungen aus der Pfalz. Nahezu sarkastisch führte man noch an, dass eine unkontrollierte Vernachlässigung der richterlichen Pflichten keine Ausgestaltung der richterlichen Unabhängigkeit sein sollte. Daneben sei es auch für die Staatsanwaltschaft von Vorteil, wenn sie sich intellektuell nicht nur mit dem Strafrecht befassen sollte, sondern auch einen Bezug zum Zivilrecht behielt – wissenschaftliche und praktische Fortbildung auch in diesem Bereich erachtete man als unbedingt notwendig. Insgesamt könne die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft am Zivilprozess nie negativ, sondern nur positiv sein und sei daher stets zu befürworten.²⁴¹⁹

[2]. *Unteilbarkeit des Geständnisses*

Der zweite Streitpunkt zwischen den Gesetzgebungsausschüssen war die Unteilbarkeit des Geständnisses, eine Thematik, welche die Kammer der Abgeordneten nicht in das Gesetz aufgenommen haben wollte. Heintz hingegen wollte einen Art. 5a IX. Hst. dE eingefügt haben, der klarstellen sollte, dass Geständnisse nur im gesamten als Beweismittel verwendet werden durften und dem Geständnis beigefügte Zusätze, die den Klagegrund oder eine Einrede beschränkten oder aufhoben, nicht von dem Geständnis getrennt behandelt werden durften.²⁴²⁰ Hiermit griff er Art. 305 IX. Hst. dE (erster RegE) wieder auf, womit er sich auch wieder stärker an das französisch-pfälzische Recht anlehnte, das eine entsprechende Bestimmung kannte.²⁴²¹ Zudem verwies er darauf, dass auch Länder, in denen nicht das französische Recht galt, in denen aber ebenfalls ein öffentliches und mündliches Verfahren bestand, eine entsprechende Regelung kannten.²⁴²² Auch Koreferent Bomhard wollte eine entsprechende Bestimmung beigefügt haben, allerdings als Zu-

²⁴¹⁷ KdRR GGA 1863/67 Protokolle, Bd. 1, S. 296 ff., 319.

²⁴¹⁸ Wernz, CPO 1869 I, S. 170 f.

²⁴¹⁹ Wernz, CPO 1869 I, S. 170 f.

²⁴²⁰ KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 19.

²⁴²¹ Wernz, CPO 1869 I, S. 336.

²⁴²² KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 19 f.

satz zu Art. 6 IX. Hst. dE.²⁴²³ Da die Unteilbarkeit in engem Zusammenhang mit der Beweislast stand und eine ehrliche, umfänglich, gestehende Partei nicht schlechter stehen sollte als eine lügende, müsse man folglich bei der Verwendung von Geständnissen die volle Wahrheit und damit volle Beweiskraft aller sachlich zusammenhängenden Tatsachen des Geständnisses und nicht nur eines bestimmten Teils dessen annehmen. Zum Wesen der Unteilbarkeit des Geständnisses verwies Heintz auf die deutlichen Motive des Regierungsentwurfes,²⁴²⁴ Bomhard veranschaulichte die Thematik anhand eines Beispiels. Man stelle sich vor, ein Prozess würde um die Rückzahlung eines Darlehens geführt, weder über die Auszahlung der Valuta noch über die Rückzahlung des Darlehens bestünden für eine Beweisaufnahme verwertbare Nachweise. Nach den allgemeinen Beweislastregeln hätte zunächst der Kläger die Auszahlung der Valuta zu beweisen, bevor überhaupt der Beklagte für die Rückzahlung des Darlehens beweispflichtig wäre. Der Beklagte hätte daher ohne eine wirksame Beweisführung des Klägers keine Verurteilung auf Zahlung zu befürchten. Gesetzt dem Fall, dass nun tatsächlich der Kläger die Valuta ausbezahlt hätte und der Beklagte das Darlehen aber auch zurückbezahlt hätte und der Beklagte würde dies als redlicher Mann ehrlicherweise in der öffentlichen und mündlichen Verhandlung einräumen, so wäre bei einer partiellen Verwertung des Geständnisses das Ergebnis für ihn fatal. Die Auszahlung der Valuta wäre zugestanden, die Rückzahlung des Darlehens könnte er aber seinerseits nicht beweisen, da sein eigenes Geständnis hierfür keine Beweiskraft hätte. Ein Geständnis des ehrlichen Beklagten dürfe daher, um keinen Wertungswiderspruch herbeizuführen, in diesem Zusammenhang nur umfassend als wahr und beweiskräftig gewertet werden. Andernfalls würde man den Beklagten zu einer Lüge zwingen, um selbst keine Nachteile zu erleiden.²⁴²⁵ Auch dieser Passus wurde nicht in das Gesetz übernommen, die KdA setzte sich insofern auch durch. Auch hier wurde die Nichtübernahme des für sinnvoll gehaltenen französisch-pfälzischen Rechts teilweise kritisiert und mit derselben Argumentation wie Heintz und Bomhard begründet – in der Pfalz hingegen wurde die Praxis des unteilbaren Geständnisses beibehalten.²⁴²⁶

c. Die Strafprozessrechtsreform

Die Strafprozessrechtsreform und hierbei allem voran die Einführung der Schwurgerichte war noch 1848 der am stärksten verfolgte Teil der Justizreform gewesen, weshalb in den besonderen Gesetzgebungsausschüssen der Ständeversammlung auch sofort unter der Regie von Justizminister Heintz mit der Modernisierung des Strafprozessrechts begonnen wurde.²⁴²⁷ Obgleich unmittelbar nach dem Schluss der Ständeversammlung 1848 mit der StPON eine weitreichende Umgestaltung des früheren bayerischen Strafprozesses geschehen war und diese Novelle nur eine Übergangsphase zu einem gänzlich neuen Strafprozessgesetzbuch sein sollte, kam es nach dem Erlass der StPON nicht mehr

²⁴²³ KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 51 ff.

²⁴²⁴ KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 19.

²⁴²⁵ KdRR GGA 1863/67 Beilagen, Bd. 1, S. 51 ff.

²⁴²⁶ Wernz, CPO 1869 I, S. 336 f.

²⁴²⁷ S.o. S. 251 ff.

zu durchgreifenden Änderungen in diesem Bereich. Zwar wurde noch auf dem Landtag 1849/50 die StPON den Kammern zur Revision vorgelegt, und es wurden dort auch Änderungen im Rahmen von Streichungen, Zusätzen und Verbesserungen, die sich durch die praktische Anwendung des Gesetzes gezeigt hatten, diskutiert und wurde sogar eine Abänderung des Systems des Anklageverfahrens in Erwägung gezogen, doch kam diese Revision des StPON nicht einmal zu einer abschließenden Beratung.²⁴²⁸ Die StPON wurde auf den darauffolgenden Landtagen nur noch geringfügig verändert, insbesondere ein noch 1870 erstellter Entwurf wurde in den Kammern des Landtages aufgrund der zu erwartenden Reichsjustizgesetze nicht mehr beraten,²⁴²⁹ so dass die StPON, bis zum Inkrafttreten der StPO für das gesamte Deutsche Reich im Rahmen der Reichsjustizgesetze am 01. Oktober 1879, die zentralen Vorschriften des rechtsrheinischen bayerischen Strafprozesses bildete.

aa. Ungehorsamsverfahren

Eine Abänderung der StPON wurde 1859 mit dem Gesetzentwurf „das Ungehorsamsverfahren in den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Verbrechen-Vergehensfällen betreffend“²⁴³⁰ versucht, das von Justizminister Ringelmann am 27. Januar 1859 zunächst der Kammer der Reichsräte vorgelegt wurde.²⁴³¹ Der Entwurf sollte bestimmte Probleme, die das Ungehorsamsverfahren nach der StPON mit sich gebracht hatte, lösen.²⁴³² Namentlich waren die Probleme, dass die Angeklagten das Ungehorsamsverfahren dahingehend missbrauchten, das Verfahren in die Länge zu ziehen, indem sie der ersten Verhandlung fernblieben, ein Urteil im Ungehorsamsverfahren abwarteten und sodann dagegen Einspruch einlegten. Teilweise soll es sogar vorgekommen sein, dass sich Angeklagte unter die Zuschauer des Verfahrens mischten und so ihr eigenes Verfahren mitverfolgten, bevor sie es nach dem Urteil erneut aufwälzten.²⁴³³ Darüber hinaus sollen auch Verteidiger den Angeklagten geraten haben, den ersten Verfahren fern zu bleiben, da dies zweierlei Vorteile habe, erstens, dass nochmals ein erstinstanzliches Verfahren möglich würde, zweitens, dass sich der Angeklagte im Falle seiner Schuld nicht verrate, indem er sich über gewisse Zeugenaussagen ertappt zeigte.²⁴³⁴ Der Gesetzentwurf sah nun zur Behebung dieser Missbrauchsmöglichkeiten eine erhebliche Einschränkung der Einspruchsrechte des Angeklagten vor.²⁴³⁵ Heintz empfand das nicht als das richtige Vorgehen, vielmehr war er der Ansicht, dass man, wie es ursprünglich auch sein Gesetzentwurf zur StPON vorgesehen hatte, in seiner Gesamtheit das pfälzisch-französische Sy-

²⁴²⁸ Rep. KdRR/KdA 1849/59.

²⁴²⁹ Biebl, Fäustle, S. 47; Entwurf: KdA GGA 1870 Abth. 1, S. 1 ff.; Vorlage und Zurückziehung durch das Justizministerium: KdA 1870/71 Steno, Bd. 1, S. 441; KdA 1870/71 Steno, Bd. 4, S. 387.

²⁴³⁰ KdRR 1859 Beilagen, Bd. 1, S. 79.

²⁴³¹ KdRR 1859 Protokolle, Bd. 1, S. 13

²⁴³² Zum Ungehorsamsverfahren nach der StPON und den Bedenken von Heintz im Jahre 1848 hierzu: s.o. S. 295.

²⁴³³ KdRR 1859 Beilagen, Bd. 1, S. 82 ff.

²⁴³⁴ KdRR 1859 Protokolle, Bd. 1, S. 41 f.

²⁴³⁵ KdRR 1859 Beilagen, Bd. 1, S. 79 ff.

stem übernehmen sollte, und das auch nicht nur für die Verfahren vor den Bezirksgerichten, sondern allgemein für alle Ungehorsamsverfahren. Heintz wollte daher im Falle des Nichterscheins des Angeklagten überhaupt keine Verteidigung stattfinden lassen und immer eine volle Verurteilung des säumigen Angeklagten in die Kosten festgesetzt haben; hingegen aber die Einspruchsrechte nicht geschmälert sehen.²⁴³⁶ Weder der Ausschuss noch das Plenum der Kammer der Reichsräte nahmen jedoch den Antrag von Heintz an, sondern den Gesetzentwurf, obgleich die sachverständigen Mitglieder im Reichsrat, etwa der Referent Maurer, ausdrücklich die Annahme des Heintzschen Antrags empfohlen hatten.²⁴³⁷ Als aber der Entwurf in der Kammer der Abgeordneten keine Mehrheit finden konnte, ließ dies ihn 1859 zunächst scheitern,²⁴³⁸ allerdings wurde er in vergleichbarer Form auf dem Landtag 1866/69 beschlossen und trat am 16. Mai 1868 als Gesetz in Kraft, so dass die Problematik des Missbrauchs des Ungehorsamsverfahrens über die Einschränkung der Einspruchsrechte des Verurteilten gelöst wurde.²⁴³⁹

bb. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch

[1]. Allgemeines zum Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch

Besondere Beachtung ist im Bereich des Strafprozesses noch dem Einführungsgesetz zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch vom 10. November 1861 zu schenken, das zusammen mit dem Strafgesetzbuch am 01. Juli 1862 in Kraft trat,²⁴⁴⁰ denn hierin kann die letzte größere Bemühung um strafprozessuale Regelungen gesehen werden, darüber hinaus war Karl Friedrich Heintz in der Kammer der Reichsräte Referent für den Gesetzentwurf. Ungewöhnlich mag mit 148 Artikeln zunächst der für ein Einführungsgesetz erhebliche Umfang erscheinen, was allerdings in den Gegebenheiten begründet war. Denn das Gesetz traf zum einen die üblichen Regelungen, die Einführungsgesetze im allgemeinen enthalten sollten, Zeitpunkt des Inkrafttretens, Aufzählung der Gesetze, die durch das neue Gesetz außer Kraft treten, aufgehoben werden oder daneben fortbestehen sollten, sowie transitorische Bestimmungen – folglich Regelungen, die mit dem eingeführten Gesetze in direkter Beziehung standen und dieses erforderlichenfalls ergänzten. Darüber hinaus hatte aber dieses Einführungsgesetz die Besonderheit, dass es neben diesen üblichen Regelungen, ob der besonderen, sich im Fluss befindlichen Gesetzeslage, weitere Themengebiete erfasste. So trat zwar ein neues Straf- und Polizeistrafgesetzbuch in Kraft, doch wurde nicht wie eigentlich erforderlich ein darauf abgestimmtes Strafverfahrensrecht eingeführt, vielmehr galt weiterhin der durch die StPON reformierte alte Strafverfahren weiter.²⁴⁴¹ Daher mussten die verfahrensrechtlichen Vorschriften auf die neuen Umstände angepasst werden, dies geschah durch das Einführungsgesetz, so dass

²⁴³⁶ KdRR 1859 Beilagen, Bd. 1, S. 111 f.

²⁴³⁷ KdRR 1859 Beilagen, Bd. 1, S. 83.

²⁴³⁸ KdA 1859 Steno, Bd. 1, S. 313.

²⁴³⁹ GVBl. 1866/69, Sp. 537 ff.

²⁴⁴⁰ GVBl. 1861, Sp. 321 ff.

²⁴⁴¹ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 379 f.

das Einführungsgesetz von diesen prozessualen Regelungen dominiert wurde.²⁴⁴² Heintz als Schöpfer der StPON war daher als Referent prädestiniert. Daneben bot er sich aus einem weiteren Grund als Referent bestens an, denn das Gesetz sollte nicht nur im rechtsrheinischen Bayern, sondern auch in der Pfalz in Kraft treten, so dass er als Pfälzer Jurist auch aus diesem Grund bestens geeignet war.

[2]. Der Gang der Beratungen des Entwurfs

Die Staatsregierung legte zunächst am 04. Juni 1861 dem Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten ihren Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Straf- und Polizeistrafgesetzbuch vor.²⁴⁴³ Der Regierungsentwurf umfasste insgesamt lediglich 38 Artikel, gliederte sich aber bereits in drei Abschnitte, Allgemeine Bestimmungen, Art. 1 ff. dE, Besondere Bestimmungen, Art. 9 ff. dE, und eine Schlussbestimmung, Art. 38 dE. Den Hauptteil des Gesetzes bildete damit der 29 Artikel umfassende Teil der besonderen Bestimmungen. Dieser untergliederte sich wiederum in sieben Abschnitte, die Zuständigkeit und das Verfahren in Strafsachen, Art. 9 ff. dE, den Wahrheitsbeweis in Verleumdungsfällen, Art. 13 dE, das Verfahren in Pressesachen, Art. 14 ff. dE, die Strafverfolgung wegen Ehrenkränkungen, Art. 18 ff. dE, das Verfahren in Übertretungssachen in den Landesteilen diesseits des Rheins, Art. 22 dE, und besondere Bestimmungen für die Pfalz, Art. 23 ff. dE. Im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten erstattete zunächst Referent Weis seinen Vortrag,²⁴⁴⁴ in dessen Anschluss der Gesetzentwurf unter ständigem Beisein der Staatsregierung²⁴⁴⁵ in zwölf Sitzungen beraten²⁴⁴⁶ und vor allem auf Anraten des Referenten erheblich erweitert wurde, so dass der Entwurf bei der Abgabe an die Kammer der Reichsräte 156 Artikel umfasste.²⁴⁴⁷ Während der Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten nahmen nicht nur die Ausschussmitglieder selbst an den Beratungen teil, sondern es fand sich auch eine gehörige Zahl interessierter Kammermitglieder unter den Zuhörern,²⁴⁴⁸ woran man die besondere Rolle, Wirkung sowie das Interesse der Öffentlichkeit an den strafprozessualen Fragen deutlich wahrnehmen konnte. Im Gesetzgebungsausschuss und Plenum der Kammer der Reichsräte wurde der Entwurf wegen dieser sehr umfangreicheren Modifikationen und Ergänzungen, die sich vor allem durch die Veränderungen im Straf- und Polizeistrafgesetzbuch selbst ergeben hatten, schon von Anfang an in der durch die Kammer der Abgeordneten modifizierten Fassung beraten.²⁴⁴⁹ Die maßgeblichen Änderungen der Kammer der Abgeordneten beliefen sich auf die Errichtung eines gemeinsamen Kassationshofes für die Pfalz und das rechtsrheinische Bayern, die Untersuchungshaft, das

²⁴⁴² KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 380.

²⁴⁴³ KdA 1859/61 Beilagen Bd. 2, S. 117 ff.; Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 9.

²⁴⁴⁴ KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 2, S. 304 ff.

²⁴⁴⁵ Justizminister Mulzer, Innenminister Neumayr, Ministerialkommissär Neumayr und Osberger.

²⁴⁴⁶ KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 3, S. 241 ff., 281 ff.; KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 3, S. 317 ff.; erneuter Vortrag des Referenten Weis, in: KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 2, S. 357 ff.

²⁴⁴⁷ KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 3, S. 345 ff.; Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 11.

²⁴⁴⁸ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 11.

²⁴⁴⁹ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 1 ff., 251 ff.; KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 2, S. 268 ff.

Verfahren bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte auf freiem Fuß befand, und die Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz.²⁴⁵⁰ Die Unterteilung in die drei Hauptabteilungen blieb vollumfänglich bestehen, jedoch wurde der zweite Teil, die besonderen Bestimmungen, erheblich erweitert.²⁴⁵¹ In der Kammer der Reichsräte begannen die Verhandlungen zum Einführungsgesetz am 04. April 1861 im Gesetzgebungsausschuss mit einem ausführlichen Referat²⁴⁵² von Heintz. Zunächst stellte er Sinn und Zweck der Modifikationen des Gesetzentwurfes durch den Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten vor und bewertete anschließend die Änderungen in ihrer Qualität,²⁴⁵³ die er weitgehend als durchaus gelungen angesehen hatte, wenn sie ihm im Einzelnen dennoch teilweise für ein Einführungsgesetz zu weitgehend waren.²⁴⁵⁴ Insofern konnte er nicht umhin, zahlreiche Veränderungen an dem Entwurf der Kammer der Abgeordneten anzuregen und auch durchzusetzen. Nicht zuletzt die Regierung und allen voran der neue Justizminister Mulzer hielt die von Heintz angeregten Modifikationen für äußerst sinnvoll und bekräftigte deren Annahme im Gesetzgebungsausschuss der ersten Kammer,²⁴⁵⁵ weshalb nahezu allen Empfehlungen von Heintz von der Kammer der Reichsräte beigestimmt wurde.²⁴⁵⁶ Nach nochmaliger Beratung der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern²⁴⁵⁷ sowie einer abschließenden gemeinschaftlichen Beratung eines vereinigten Ausschusses beider Kammern²⁴⁵⁸ konnte der Entwurf im Plenum der Kammern verabschiedet werden,²⁴⁵⁹ so dass er mit dem Landtagsabschied und der königlichen Sanktion am 12. November 1861 als Gesetz verkündet wurde.²⁴⁶⁰ Einföhrungstermin für das neue Straf- und Polizeirecht sowie die zugehörigen verfahrensrechtlichen Änderungen durch das Einführungsgesetz war der 01. Juli 1862.

[3]. Die wesentlichen Modifikationen der Kammern

Die Beteiligung und der Einfluss, den Heintz auf das Einführungsgesetz als Referent genommen hat, kann am besten durch die maßgeblichen Änderungen gesehen werden, die zunächst der Gesetzgebungsausschuss der zweiten Kammer am Regierungsentwurf vorgenommen hatte und die anschließend auch im Reichsrat eingehend diskutiert wurden, so dass im Folgenden gezielt auf diese Punkte eingegangen wird und die Ansichten und Empfehlungen von Heintz dargestellt werden.

²⁴⁵⁰ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 381 f.

²⁴⁵¹ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 11.

²⁴⁵² KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 379 – 470.

²⁴⁵³ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 381 ff.

²⁴⁵⁴ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 381.

²⁴⁵⁵ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 7 f.

²⁴⁵⁶ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 1 ff.; Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 11.

²⁴⁵⁷ KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 3, S. 449 ff.; KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 211 ff.

²⁴⁵⁸ KdA GGA 1859/61 Beilagen, Bd. 3, S. 511 ff.

²⁴⁵⁹ KdA 1869/61 Steno, Bd. 2, S. 491 ff.; KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 2, S. 274 ff.

²⁴⁶⁰ Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Landtag 1861, Gesetzgebung.

[a]. Gemeinsamer Kassationshof für das gesamte Königreich

Die erste wichtige Modifikation, die durch die Kammer der Abgeordneten am Regierungsentwurf vorgenommen wurde, war diejenige, dass für das gesamte Königreich ein gemeinsamer Kassationshof für Strafsachen gebildet werden sollte. Heintz als Referent unterstützte diese Modifikation im Reichsrat und konnte die Bedenken einiger Reichsräte an diesem Änderungsvorschlag ausräumen, so dass das Gesetz letztendlich ein gemeinsames oberstes Gericht für Strafsachen im Königreich Bayern einführt und damit Rechtsangleichung nicht nur im kodifizierten Strafrecht durchsetzte, sondern auch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im gesamten Königreich garantierte. Bedenken wurden im Reichsrat zunächst dahingehend geäußert, dass die allgemeinen Verfahrensunterschiedlichkeiten, die im rechts- und linksrheinischen Bayern noch existent waren, da in der Pfalz weiterhin im Verfahrensrecht der Code d'instruction criminelle und im rechtsrheinischen Bayern das StGB II 1813 in Form StPON galt, zu Unstimmigkeiten hinsichtlich der Rechtsanwendung führen würden. Heintz bemerkte aber treffend, dass das rechtrheinische Verfahren nach der StPON weitgehend an das französisch-pfälzische System angeglichen worden war und Richter, Staatsanwaltschaft und Advokaten ohne weiteres die noch bestehenden Unterschiede zu handhaben wüssten. Auch in Bezug auf die Problematik, dass die Stellung der Staatsanwälte, gerade auch am Kassationshof, nach französisch-pfälzischen Recht eine andere war, wo Personeneinheit des Staatsanwaltes für Zivil- und Strafsachen bestand, während sich im rechtsrheinischen Bayern die Staatsanwaltschaft für Zivilsachen noch nicht etabliert hatte, insbesondere keine zivilprozessuale Ausgestaltung erfahren hatte,²⁴⁶¹ konnte Heintz die Bedenken der Reichsräte zerstreuen, indem er darauf hinwies, dass dieser Problematik nicht durch eine Trennung der Kassationshöfe begegnet werden sollte, sondern sie vielmehr mit einer sinnvoll gestalteten Geschäftsordnung des Kassationshofes gelöst werden könne.²⁴⁶²

[b]. Die Untersuchungshaft

Durch die Neugestaltung des Strafgesetzbuches hatten sich die Strafen auf bestimmte Verbrechen und Vergehen geändert, allem voran dadurch, dass für die leichteren Verbrechen die Arbeitshausstrafe abgeschafft wurde sowie das Mindeststrafmaß der Zuchthausstrafe verändert wurde. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Anordnung der Untersuchungshaft und die Folge, dass nunmehr bei nahezu allen Vergehen die Vorschriften des StGB II 1813 über die Untersuchungshaft anwendbar gewesen wären, zudem früher mit Arbeitshaus bestrafte Verbrechen nun hinsichtlich der Untersuchungshaft wie Verbrechen zu behandeln gewesen wären, auf die eine bis zu achtjährige Zuchthausstrafe ausgesprochen werden konnte. Eine nicht unwesentliche Verschärfung der Vorschriften über die Untersuchungshaft war daher durch den Regierungsentwurf geschehen.²⁴⁶³

²⁴⁶¹ Dies geschah erst mit der CPO 1869 und auch nur in beschränkterem Maße. Hierzu s.o. S. 385 ff.

²⁴⁶² KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 382 ff.

²⁴⁶³ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 212 f.

Im Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Abgeordneten wurden hierüber sofort Beschwerden laut, da das neue Gesetz an sich eine Milderung der Strafen herbeiführen sollte, sich dieser Umstand nun aber in Sachen der Untersuchungshaft in das genaue Gegenteil kehrte. So versuchte man im dortigen Gesetzgebungsausschuss die Problematik zu beseitigen, indem man einen weiteren Unterabschnitt zur Untersuchungshaft einführte, der Regelungen über die Zulässigkeit der Untersuchungshaft überhaupt, über ein Beschwerderecht des Inhaftierten und über die Möglichkeit der Kaution traf.²⁴⁶⁴

Allgemein empfand auch Heintz wegen der von der Kammer der Abgeordneten bemängelten Punkte die Vorschriften über die Untersuchungshaft als reformbedürftig. Durch die Änderung der Strafskala im StGB würden nämlich die Vorschriften über die Untersuchungshaft, die eng mit den Vorschriften über die Strafskala zusammenhängen, schon wegen ihres Wortlautes nicht mehr passen, darüber hinaus wäre die Anwendung, wie sie der Regierungsentwurf vorgesehen hatte, eine unnötige Härte. Die Vorschriften des Code d'instruction criminelle zur Untersuchungshaft empfand Heintz allerdings als mindestens ebenso mangelhaft, so dass diese als Modell für die neuen bayerischen Regelungen nicht herangezogen werden konnten, da sie in erheblichem Maße Willkür zuließen, was seines Erachtens schon wegen des präventiven Charakters der Untersuchungshaft nicht möglich sein sollte. Dennoch war er der Meinung, dass die Kammer der Abgeordneten in diesem Zusammenhang mit ihrem Modifikationsvorschlag keine vernünftige Regelung getroffen hatte, denn genau im Gegensatz zum Regierungsentwurf würde nun zu milde mit den Angeschuldigten umgegangen.²⁴⁶⁵ Heintz schlug deshalb vor, den Modifikationsvorschlag der Kammer der Abgeordneten abzulehnen und statt dessen lediglich den ursprünglichen Regierungsentwurf mit weitergehenden Vorschriften abzumildern, durch die lediglich bei schweren Verbrechen und mit einem Anklageerkenntnis zum Schwurgericht Haftanordnung obligatorisch sein sollte,²⁴⁶⁶ anderenfalls der Untersuchungsrichter hinsichtlich der Untersuchungshaft sein Ermessen ausüben sollte, wofür das Gesetz bestimmte Richtlinien vorgab.²⁴⁶⁷ Von dieser Regelung konnte Heintz auch in der gemeinschaftlichen Sitzung der Ausschüsse überzeugen, so dass schließlich seine Version Gesetzeskraft erlangte.²⁴⁶⁸

[c]. Verfahren bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte auf freiem Fuß befindet

In engem Zusammenhang mit den Vorschriften der Kammer der Abgeordneten über die Untersuchungshaft stand ein von ihr neu geschaffener dritter Abschnitt über das Verfahren bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte

²⁴⁶⁴ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 214.

²⁴⁶⁵ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 385 ff.

²⁴⁶⁶ Die Anordnung der Haft durch die Appellationsgerichte, die das Anklageerkenntnis zu den Schwurgerichten abfassten, war an sich nicht die Anordnung einer Untersuchungshaft, sondern die Haftanordnung zum Zwecke der Vorgerichtstellung.

²⁴⁶⁷ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 385 ff.

²⁴⁶⁸ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 216.

auf freiem Fuß befand.²⁴⁶⁹ Der Abschnitt war durch die Regelungen, welche die Kammer der Abgeordneten zu Untersuchungshaft getroffen hatte, notwendig geworden, da hierdurch auch bei Delikten, die vor den Schwurgerichten²⁴⁷⁰ abgeurteilt wurden, der Angeklagte nicht zwingend in Untersuchungshaft gewesen wäre und daher die Möglichkeit bestand, dass der Angeklagte der Ladung zur schwurgerichtlichen Verhandlung schlicht nicht nachgekommen wäre und so ein Ungehorsamsverfahren vor den Schwurgerichten notwendig geworden wäre.²⁴⁷¹ Durch den neuen dritten Abschnitt sollte daher eine provisorische Verhaftung zum Zwecke der Vorgerichtstellung oder zum Vollzug eines verurteilenden Erkenntnisses, Art. 48 StPON, bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen, wenn sich der Angeklagte auf freiem Fuß befindet, möglich werden. Die bereits vom Referenten der Kammer der Abgeordneten vorgeschlagene Lösung, dass das Appellationsgericht, das für die Anklageerkennung zum Schwurgericht in diesen Fällen zuständig war, Art. 63 StPON, nach durchgeführter Voruntersuchung zugleich auch über die Verhaftung erkennen sollte, wurde von der zweiten Kammer unter Verweis auf das StGB II 1813 und die darin geregelte Untersuchungshaft bei mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen abgelehnt. Diese Regelung war aber durchaus sinnvoll, da sie optimal in das Gesamtkonzept des Strafverfahrens nach der StPON und dem Einführungsgesetz passte. Statt dessen verabschiedete die Kammer der Abgeordneten einen Entwurf mit dem besagten dritten Abschnitt, der ein Verfahren konstruierte, das sich an dem des schwurgerichtlichen Verfahrens bei Pressevergehen orientierte.²⁴⁷² Für Heintz waren Pressevergehen und die normalen vor den Schwurgerichten abzuurteilenden Verbrechen aber nicht vergleichbar, denn bei den normalen Verbrechen sollte das Schwurgericht wegen der Schwere der Straftat urteilen, bei den Pressevergehen nur aus politischen Gründen insbesondere deshalb, um staatlicher Willkürjustiz vorzubeugen. Würde man nun aber die provisorische Verhaftung ebenso leicht handhaben, wie es durch die Regelungen bei Pressevergehen gemacht wurde, würde man einen schweren Fehler begehen. Problematisch erschien für Heintz insbesondere, dass bei einer Handhabung der provisorischen Verhaftung entsprechend den Vorschriften über die Pressevergehen erhebliche Verzögerungen und Kostensteigerungen der Schwurgerichtssitzungen bei den normalen Verbrechen zu befürchten wären. Denn im Falle des Nichterscheins des Angeklagten würde ein Ungehorsamsverfahren stattfinden mit der Folge des möglichen Einspruchs, der ein erneutes Schwurgerichtsverfahren nach sich ziehen würde. Im Falle der normalen Verbrechen sah Heintz daher eine Anwesenheit des Angeklagten als zwingend erforderlich an, was gegebenenfalls durch die Anordnung der provisorischen Verhaftung durch das Appellationsgericht bewerkstelligt werden konnte. Zudem hätten alle Gesetze, die Schwurgerichte kannten, diese Regelungen, dass das Gericht, das über das Anklageerkenntnis entscheidet, auch über die provisorische Haft zu entscheiden hatte – eine

²⁴⁶⁹ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 388.

²⁴⁷⁰ Durch das Einführungsgesetz wurde festgelegt, dass die Schwurgerichte über alle Verbrechen zu entscheiden hatten, Art. 31 dG.

²⁴⁷¹ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 215.

²⁴⁷² Hierzu Ungehorsamsverfahren nach der StPON bei geringeren Verbrechen und Vergehen sowie Pressevergehen s.o. S. 296 f.

sinnvolle Alternative dazu gab es nach der Auffassung von Heintz nicht. Weiter sei bei der Haftanordnung bei den schwurgerichtlichen Anklagen auch ein entscheidender Unterschied zur eigentlichen Untersuchungshaft gegeben, da der Angeklagte erst mit dem Anklageerkenntnis zum Schwurgericht in Haft gelangen würde, damit weniger schutzwürdig sei als der Angeschuldigte während der Dauer der Voruntersuchung, denn bei Entscheidung über das Anklageerkenntnis waren die Untersuchungsakten schon umfassend ausgewertet und war die Voruntersuchung bereits abgeschlossen, so dass hiermit ausreichender Rechtsschutz gewährleistet sei. Hinzu käme, dass der Tatverdacht bei einem Anklageerkenntnis derart stark wäre, dass eine spätere Verurteilung wahrscheinlich war, dieser Tatverdacht müsse daher auch für eine vorläufige Verhaftung zum Zwecke der Vorgerichtstellung ausreichen. Schließlich hätte die Haftanordnung verbunden mit dem schwurgerichtlichen Anklageerkenntnis eine andere Qualität, da bei der Untersuchungshaft allein der Untersuchungsrichter die Haft anordnete, im anderen Fall immerhin doch ein Kollegialgericht durch sein Anklageerkenntnis. Auch mit dieser Ansicht konnte sich Heintz in der Sitzung des gemeinsamen Ausschusses durchsetzen, so dass schließlich die gesamte Streichung des von der Kammer der Abgeordneten entworfenen dritten Abschnitts erfolgte.²⁴⁷³

*[d]. Schwurgerichte in der Pfalz betreffend*²⁴⁷⁴

Bezüglich der Regelungen über die Bildung von Schwurgerichten in der Pfalz fand sich in dem durch die Kammer der Abgeordneten modifizierten Entwurf ein eigener Abschnitt, der die Bildung der Schwurgerichte an die Regelungen des rechtsrheinischen Bayerns angeschlossen, wie sie durch die StPON ausgestaltet waren. Diesbezüglich stellte Heintz zunächst den Antrag, diesen Teil der ebenfalls voll zu streichen und statt dessen ein eigenes Gesetz zu erlassen, das den Gegenstand regelte.²⁴⁷⁵ Seinen Vorschlag begründete er damit, dass es einer Regelung über die Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz zwar in einer vollständigen Strafprozessordnung bedürfe, eine solche allerdings nicht in ein Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch gehörte. Nichtsdestoweniger empfand auch er die Regelungen in der Pfalz zur Bildung der Geschworenengerichte als mangelhaft und war daher zumindest in der Sache mit dem Vorschlag der Kammer der Abgeordneten einverstanden.²⁴⁷⁶ Obgleich die Majorität im Reichsrat, insbesondere auch Justizminister Mulzer der Ansicht von Heintz waren, dass ein separates Gesetz für die Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz die bessere Lösung war,²⁴⁷⁷ erklärten sich Maurer und Hohenlohe-Schillingsfürst gegen den Vorschlag von Heintz und empfahlen in diesem Punkt die Annahme des Entwurfes der Kammer der Abgeordneten, allerdings vorwiegend aus taktischen Erwägungen. Maurer begründete seine Empfehlung damit, dass man dadurch die Pfälzer Abgeordneten, die für die Änderung der Vorschriften der Bildung der Schwurgerichte und

²⁴⁷³ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 216.

²⁴⁷⁴ KdRR 1859/61 GGA Beilagen, Bd. 1, S. 393 ff.

²⁴⁷⁵ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 82.

²⁴⁷⁶ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 82.

²⁴⁷⁷ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 84 ff.

die Aufnahme in das Einführungsgesetz seien, für die Annahme des gesamten Gesetzentwurfes gewogen machte, da diese insgesamt der Geltung des Einführungsgesetzes für die Pfalz noch kritisch gegenüberstanden.²⁴⁷⁸ Die Überlegungen Maurers waren schließlich zielführend, denn damit konnten auch die pfälzischen Abgeordneten für den Entwurf gewonnen werden. So fanden sich schließlich im Einführungsgesetz Regelungen zur Bildung der Schwurgerichte in der Pfalz, die denen der StPON regelungsgleich voll und teilweise auch wortgleich entsprachen.²⁴⁷⁹

[4]. Die Regelungen des Einführungsgesetzes zum Strafgesetz- und Polizeistrafgesetzbuch

Das letztendlich zustande gekommene Gesetz behielt die bereits dem Regierungsentwurf innewohnende Gliederung in drei Hauptabschnitte, allgemeine Bestimmungen, Art. 1 ff. dG, besondere Bestimmungen, Art. 31 ff. dG, und eine Schlussbestimmung, Art. 148 dG, bei.²⁴⁸⁰ Hauptteil waren damit wieder die vornehmlich strafprozessualen Regelungen der besonderen Bestimmungen, Art. 31 ff. dG, wohingegen die allgemeinen Bestimmungen diejenigen Gegenstände regelten, die üblicherweise durch ein Einführungsgesetz getroffen wurden.

Unterabschnitt I des besonderen Teiles enthielt Regelungen zu den Zuständigkeiten und über das Verfahren im Strafrecht, Art. 31 ff. dG, und war von seinem Regelungsgehalt relativ nahe am Regierungsentwurf.²⁴⁸¹ Zuständig waren nun in erster Instanz bei Vergehen die Bezirksgerichte, für Pressevergehen und alle Verbrechen die Schwurgerichte, Art. 31 Abs. 1, 2 dG. Bei den Bezirksgerichten änderte sich im Vergleich zur StPON die Besetzung dahingehend, dass nunmehr das Gericht immer aus drei Richtern bestand, Art. 31 Abs. 2 dG. Das Rechtsmittelsystem blieb im Grundsatz wie durch die StPON geregelt, doch war auch hier zu beachten, dass die Appellationsgerichte nunmehr nur mit fünf Richtern besetzt waren, Art. 31 Abs. 2 dG. Alle Übertretungen, auch die Polizeiübertretungen, wurden nunmehr von Gerichten abgeurteilt. Für geringere Übertretungen waren die Einzelrichter bei den Stadt- und Landgerichten erstinstanzlich zuständig, zweitinstanzlich die Bezirksgerichte, Art. 31 Abs. 3 dG. Ausnahmen hierzu wurden in Art. 31 Abs. 4 dG für schwerere Übertretungen geregelt, die in ihrer Strafe das regelmäßige Maximum²⁴⁸² der Übertretungsstrafen überstiegen und in Art. 33, 34 dG für Zoll- und Militärsachen. Es entfiel entsprechend den Postulaten des GrundlG nunmehr eine selbständige Polizeistrafgewalt der Polizeibehörden sowie in der Pfalz die elective Polizeigerichtsbarkeit der Bürgermeister, Art. 36 dG, womit schließlich die Trennung der Justiz von der Verwaltung in Strafsachen erreicht wurde. Verfahrensrechtlich, freilich aber nicht materiellrechtlich, waren die schwereren Übertretungssachen voll-

²⁴⁷⁸ KdRR 1859/61 GGA Protokolle, Bd. 2, S. 82 ff., 87.

²⁴⁷⁹ Zu den Regelungen über die Bildung der Schwurgerichte s.o. S. 240 ff.; das Strafrecht für das Königreich Bayern, München 1862, S. 78, Anm. 174.

²⁴⁸⁰ GVBl. 1861, Sp. 321 ff.; weiterführend zum Gesetz insbesondere: Dollmann, Repertorium StPON; Dollmann, Gesetzgebung III/3; Das Strafrecht für das Königreich Bayern, München 1862.

²⁴⁸¹ Dollmann, Gesetzgebung III/3, S. 15.

²⁴⁸² 42 Tage Arrest und 150 fl. Geldstrafe.

kommen den Vergehen gleichgestellt. Für die geringeren Übertretungen musste im Unterabschnitt VI., Art. 66 ff. dG, ein neues Verfahren eingeführt werden, das sich weitgehend an den Pfälzer Vorschriften orientierte, da dort ja bereits seit napoleonischer Zeit eine Aburteilung der Übertretungen durch die Gerichte gesetzlich geregelt war, Art. 144 Code d'instruction criminelle. Durch Art. 66 ff. dG wurde damit auch für die gerichtliche Aburteilung der Übertretungssachen, die nicht von der StPON erfasst waren, ein öffentliches und mündliches Verfahren mit dem Anklageprinzip nach den Maßstäben des GrundlG eingeführt, die weitgehend dem Verfahren bei Vergehenssachen entsprechen, Art. 66 dG a.E. Auch hier war gegen die Berufungsentscheidung der Bezirksgerichte somit nun die Nichtigkeitsbeschwerde zum Kassationshof möglich. Mit dieser Verfahrensgestaltung einher ging auch die Bildung der (Polizei-)Staatsanwaltschaften bei den Stadt- und Landgerichten, Art. 31 Abs. 6 dG iVm Art. 60 ff. GVG 1861. Im Gegensatz zu diesen Anpassungen des rechtsrheinischen Strafverfahrens musste wegen des nun einheitlichen Strafgesetzbuches für ganz Bayern freilich auch das Verfahren der Pfalz an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, so dass von wesentlich gleichen Grundsätzen ausgegangen werden konnte, was durch den Unterabschnitt VII., Art. 79 ff. dG geschah. Die Änderungen waren wenig tiefgreifend, da sich durch die StPON das rechtsrheinische Verfahren ohnehin bereits sehr stark dem pfälzischen Vorbild angenähert hatte, so dass die Änderungen an sich nur Angleichungen waren, welche durch die Änderung des materiellen Rechts geboten waren und im prozessualen Bereich hauptsächlich auch nur eine Verfahrensharmonisierung mit dem rechtsrheinischen Bayern schaffen sollten, so wurden etwa in Art. 79 dG die Vorschriften über den Wahrspruch der Geschworenen an die Regelungen des rechtsrheinischen Bayerns angepasst, insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Mehrheitsverhältnis unter den zwölf Geschworenen. Einen ähnlich Bereich regelte der Unterabschnitt VIII., Art. 85 ff. dG, der eine nahezu identische Übernahme der rechtsrheinischen Vorschriften hinsichtlich der Bildung der Schwurgerichte mit sich brachte. Eine der augenscheinlichsten Neuerungen und der wohl deutlichste prozessuale Ausdruck der neuen Reichteinheit auf dem Gebiet des Strafrechts war die Errichtung eines gemeinsamen Kassationshofes in Strafsachen für das gesamte Königreich, Art. 31 Abs. 5 dG.

Neben diesen Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen wurden im Unterabschnitt II., Art. 38 ff. dG, einige Vorschriften für die Untersuchungshaft modernisiert, da wegen der Veränderung der Strafskala die ursprünglichen Regelungen des StGB II 1813, auch in der Fassung, die es durch die StPON erfahren hatte, nicht mehr passten. Art. 38 dG ordnete eine obligatorische Untersuchungshaft für Kapitalverbrechen an, und Art. 39 dG bestimmte für die übrigen Verbrechen eine Entscheidung über die Anordnung der Untersuchungshaft durch das Appellationsgericht, das dann die Untersuchungshaft anzuordnen hatte, wenn es positiv über das Anklageerkenntnis zum Schwurgericht entschied. Die weiteren Vorschriften des Unterabschnitt II. regelten die Voraussetzungen für die Untersuchungshaft bei den nicht von Art. 38, 39 dG erfassten Fällen und gaben hier vorwiegend Richtlinien für die Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Untersuchungshaft an. Orientierungspunkte waren damit insbesondere die Persönlichkeit des

Beschuldigten, worunter auch Staatsbürgerschaft, Wohnort und Beruf, etwa die Staatsdienerschaft, oder die Niederlassung eines Gewerbes gezählt wurden, sowie die Schwere des Tatvorwurfs und sonstige relevante Umstände. Insbesondere waren auch hier in der Gesamtschau der Vorschriften Umstände für die Anordnung der Untersuchungshaft notwendig, die eine Fluchtgefahr beim Beschuldigten naheliegend werden ließen, was auch heute noch eines der zentralen Elemente der Untersuchungshaft bildet.²⁴⁸³ Zudem wurden das Festnahmerecht bei Ergreifen auf frischer Tat, die Haftbeschwerde, die Möglichkeit der Kaution und eine sonstige Aufhebung der Untersuchungshaft geregelt, Art. 44 ff. dG. Schließlich trafen die Unterabschnitte III., IV. und V., Art. 53 ff. dG, noch einzelne Regelungen für den Wahrheitsbeweis in Verleumdungsfällen, das Verfahren in Pressesachen und die Strafverfolgung bei Ehrenkränkungen.

d. Gesamtbetrachtung der weiteren Entwicklung der Justizreform

Mit dem GVG 1861, der CPO 1869 und Veränderungen im Bereich des Strafrechts war endlich ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung der bereits seit 1827 geforderten Justizreform geschafft und das Postulat des § 7 Titel VIII BV 1818 zumindest in weiten Teilen umgesetzt worden.

Durch das GVG 1861 war nach der StPON 1848 der erste weitere wichtige Baustein in Sachen Justizreform hervorgebracht und insbesondere auch das Gerüst der Gerichtsorganisation geschaffen worden, an dem sich ein künftiges Zivilprozessrecht zu orientieren hatte. Heintz zog sich zwar in den Beratungen zu Fragen der Gerichtsorganisation ab dem Jahre 1852 zurück, als das GVG 1850 an den Debatten des Landtages scheiterte und er eine vernünftige Umsetzung der im GrundlG aufgestellten Grundsätze vereitelt sah, dennoch war sein mittelbarer Einfluss auf das Gesetz sehr bedeutend. Denn maßgebliche Grundlagen des GVG 1861 waren das GrundlG, die StPON und im Wesentlichen das GVG 1850, das wiederum auf dem Entwurf beruhte, den Heintz noch 1849 vorgelegt hatte. Damit waren alle Grundlagen des GVG 1861 Gesetze gewesen, die in ihren Kernpunkten auf die Arbeit von Heintz zurückzuführen waren, weshalb das Ziel erreicht werden konnte, auch im rechtsrheinischen Bayern eine am französisch-pfälzischen Gerichtsaufbau orientierte Gerichtsverfassung zu schaffen.

Die CPO 1869 setzte das in § 7 Titel VIII BV 1818 aufgestellte Postulat, dass für ganz Bayern dasselbe bürgerliche Recht und dasselbe Strafgesetzbuch bestehen sollten, wovon auch die dazugehörigen Prozessgesetze umfasst waren, dergestalt um, dass nunmehr im Grundsatz eine einheitliche Zivilprozessordnung für das gesamte Königreich bestand, wenn auch für die Pfalz Ausnahmebestimmungen galten, die insbesondere durch das Einführungsgesetz vorbehalten wurden.²⁴⁸⁴ Die aus 1344 Artikel bestehende CPO 1869 lehnte sich entsprechend der Vorgabe des GrundlG stark an das französisch-pfälzische Verfahren an,²⁴⁸⁵ weshalb die leitenden Grundsätze des Verfahrens auch stark an den Mo-

²⁴⁸³ § 112 Abs. 2 StPO.

²⁴⁸⁴ Barth, CPO 1869 I, S. 1, 139.

²⁴⁸⁵ Ahrens, Prozessreform, S. 543, 553.

litorschen Entwurf aus dem Jahre 1848 erinnern. Wenn auch das Gesetz schließlich nur sehr wenig durch Heintz beeinflusst wurde, da er während den Beratungen des Gesetzes verstarb, so muss man dennoch würdigen, dass Heintz seine letzten Lebensjahre seit 1865 intensivst den Beratungen des Gesetzentwurfes widmete, so waren gerade die zügigen Beratungen in der Kammer der Reichsräte nicht zu unwesentlichen Teilen sein Verdienst, indem er unter großem Zeitaufwand den einschlägigen Beratungen der Kammer der Abgeordneten beiwohnte und seine Referate auf dieser Grundlage erstellte.

Größer war der Einfluss von Heintz im Bereich des Strafprozesses. Mit dem Gesetzkomplex von Straf-, Polizeistrafgesetzbuch und dem dazugehörigen Einführungsgesetz war die Zusage der Verfassung in § 7 Titel VIII. BV 1818 zumindest dahingehend erfüllt, dass nun „für das ganze Königreich ein und dasselbe [...] Straf-Gesetzbuch“ bestand.²⁴⁸⁶ In der Kammer der Reichsräte wurde dieser Schritt hin zu einer rechtlichen Einheit des Königreichs, die schon seit seinem Beginn angestrebt war, mit einem Lob auf den König und Hochrufen begleitet. Auch den zuständigen Ministern und den Referenten wurde für ihre sorgfältige und umfangreiche Arbeit der Dank ausgesprochen.²⁴⁸⁷ Der Strafprozess hingegen wurde nur minimal reformiert, so dass im Grundsatz immer noch die von Heintz im Jahre 1848 durchgeführte StPON die maßgeblichen Vorschriften des Strafprozesses bildete. Hinsichtlich der Veränderungen, die daran über die Jahre vorgenommen wurden, konnte Heintz stets umfassend in der Kammer der Reichsräte als Referent beraten und seinen Einfluss ausüben.

Das Reformwerk des Königreichs Bayern im Bereich des Justizwesens war nicht zuletzt auch bedeutende Grundlage für die Verhandlungsposition der bayerischen Vertreter bei der Beratung der Reichsjustizgesetze, weshalb es gelang, den letztendlich zustande gekommenen Gesetzen auch vereinzelt eine deutliche bayerische Prägung zu verleihen.²⁴⁸⁸ Besonders konnten aber durch die bereits bestehenden bayerischen Justizgesetze einzelne bayerische Besonderheiten auch nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfahrensrechte bewahrt werden, was etwa durch die Bestandsklausel für Schwurgerichte oder die Erhaltung des Bayerischen Obersten Landesgerichts geschah,²⁴⁸⁹ welches gem. § 8 EGGVG, Art. 10 ff. BayAGGVG als traditionelle Einrichtung Bayerns bis in jüngste Vergangenheit bestand, bundesweit unter Gerichten und Juristen mit seinen Judikaten höchstes Ansehen genoss und Orientierung gab, Verkörperung föderativ gegliederter deutscher Staatlichkeit gewesen war und erst im 21. Jahrhundert den eigenen Sparmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung zum Opfer fiel, weshalb es zum Bedauern zahlreicher deutscher Juristen am 30. Juni 2006 aufgelöst wurde.²⁴⁹⁰

²⁴⁸⁶ Zum Strafgesetzbuch: Dollmann, Gesetzgebung III/4,1; Schweisthal, StGB 1861.

²⁴⁸⁷ KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 2, S. 277 f.

²⁴⁸⁸ Biebl, Fäustle, S. 327.

²⁴⁸⁹ Biebl, Fäustle, S. 324 ff.

²⁴⁹⁰ Kruis, Das Bayerische Oberste Landesgericht, in: NJW 2004, S. 640 ff.; Hirsch, Die Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, in: NJW 2006, S. 3255 ff.

4. Die weitere politische Tätigkeit von Heintz nach der Entlassung als Justizminister

Blickt man zurück auf die ersten Jahre von Karl Friedrich Heintz' politischer Tätigkeit als Abgeordneter für den Wahlkreis der Pfalz, sieht man ihn eingebunden in zahlreiche Themenfelder von höchster politischer Brisanz. Im Gegensatz hierzu war er nach der Entlassung als Justizminister der politischen Diskussion im Landtag überdrüssig geworden, dachte sogar daran, endgültig das politische Parkett zu verlassen, um die belastende Zeit als Justizminister verarbeiten zu können und durch das *Procul a negotiis* wieder zu innerem Frieden zu finden. Als Maximilian II. dieser Bitte um Entlassung aus dem Reichsrat nicht entsprach, um ihn ob seines juristischen Sachverständes weiter bei den anstehenden legislativen Arbeiten im Königreich verwenden zu können, war er schon allein wegen seines Sitzes in der ersten Kammer des Landtages zwingend in das politische Leben im Königreich eingebunden. Allerdings bemerkt man Heintz' Überdruß an allen politischen Dingen, da er sich weitestgehend der politischen Diskussion entzog, lediglich bei verschiedenen Einzelthemen gelang ihm dies nicht.

a. Die Deutsche Frage

Schon kurz nach seiner Entlassung sah sich Heintz gezwungen, im Reichsrat seine Ansichten zur Deutschen Frage zu äußern, standen sie doch auch im unmittelbaren Zusammenhang mit seinem Rücktritt als Justizminister und auch der anderen Minister.²⁴⁹¹ Die infolge der Geschehnisse Anfang des Jahres 1849 neu gebildete bayerische Regierung²⁴⁹² lehnte am 27. April 1849 mit einer Bekanntmachung den Frankfurter Verfassungsentwurf ab, insbesondere da die bayerische Krone die zentralistischen Tendenzen, das preußische Erbkaisertum und den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund nicht tolerieren wollte. Man befürchtete einen vollkommenen Machtverlust der deutschen Einzelstaaten, darunter allen voran auch des Königreichs Bayern, zugunsten der Vormachtstellung Preußens. Statt dessen favorisierte die Krone eine Triaspolitik dahingehend, dass Preußen, Österreich und das sogenannte Dritte Deutschland, für das Maximilian II. insgeheim idealerweise eine Vormachtstellung Bayerns anstrebte, die oberste Reichsgewalt gemeinsam ausüben sollten und diese oberste Reichsgewalt gerade nicht von einer Person wahrgenommen werden sollte, sei sie nun auf Dauer oder nur temporär wählbar oder die Position gar erblich. Preußen versuchte in dieser Situation nochmals ein Unionsprojekt dahingehend, dass es allen deutschen Staaten mit Ausnahme von Österreich ein engeres Bündnis unter dem Namen Deutsches Reich vorschlug, woraufhin sich Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai 1848 zum Dreikönigsbündnis zusammenschlossen, dem sich die meisten Kleinstaaten Mittel- und Norddeutschlands anschlossen. Dieses Bündnis wurde von Bayern abgelehnt, das weiterhin den Deutschen Bund mit Einbeziehung Österreichs erhalten haben wollte, denn nur die Dualität zwischen Österreich und Preußen im Deutschen Bund sicherte Bayern weiterhin die gewoll-

²⁴⁹¹ S.o. S. 334 ff.

²⁴⁹² Pfordten, Zwehl, Kleinschrod, Ringelmann, Aschenbrenner, Lüder.

te Einzelstaatlichkeit und bewahrte den König vor einer Mediatisierung durch ein Deutsches Reich unter preußischer Führung.²⁴⁹³

Heintz' Einstellung zu dieser Thematik zeigt sich zum einen bereits durch sein Verhalten auf dem Landtag von 1849,²⁴⁹⁴ nach seiner Entlassung als Justizminister jedoch ergreift er gerade in Bezug auf diese Frage in einer Sitzung der Kammer der Reichsräte nochmals das Wort und schildert ausführlich seine Meinung, ohne aber ausdrücklich einen Antrag stellen oder eine Empfehlung aussprechen zu wollen. Seine Meinung ist aber freilich gerade auch im Reichsrat von Bedeutung, wurde er für diesen Landtag ja auch als Mitglied des Ausschusses für die Deutsche Frage gewählt.²⁴⁹⁵

Heintz sprach sich ausdrücklich für eine Gesamtverfassung Deutschlands aus und begrüßte die Haltung der Regierung, die ebenfalls in diesem Sinne dachte.²⁴⁹⁶ Unterstreichend referierte er über die Entwicklung der Deutschen Idee und deren Wandel bis in das Jahr 1849. Das Bedürfnis nach einem geeinten, starken Deutschland war für ihn spätestens seit den Eroberungskriegen Napoleons gewachsen, in denen sich die Schwäche Deutschlands durch seine fehlende außenpolitische Einheit so deutlich gezeigt hatte. Allen voran hätten nach dieser Zeit die deutsche Jugend, das Bildungsbürgertum und namentlich die Burschenschaften diese Forderung nach einer deutschen Einigung laut ausgesprochen. In diesem Zusammenhang machte er auch kein Geheimnis um seine Mitgliedschaft in der Burschenschaft der Bubenreuther, sondern hielt die damals verfolgten Ziele als die ehrenwertesten hoch.²⁴⁹⁷ Schließlich hätten diese Ziele im Jahre 1848 allgemein laut ausgesprochen werden können, und es habe der allgemeine Konsens bestanden, dass ein nach außen starkes und einiges Deutschland existieren müsse, allerdings nach innen die einzelnen konstitutionellen Staaten und ihre Eigenstaatlichkeit beibehalten werden müssten. Heintz belegte diesen allgemeinen Konsens mit den schriftlich niedergelegten Ansichten des Abgeordneten Willich in der Frankfurter Nationalversammlung, die mit denen der Regierung und des Reichsrates konform gingen.²⁴⁹⁸ In Frankfurt habe man dann aber eine gänzlich andere Richtung eingeschlagen und den Einzelstaaten zugunsten der Zentralgewalt zu viel ihrer Eigenständigkeit entzogen, was zu einer Lähmung der Einzelstaaten geführt und letztendlich den preußischen Einheitsstaat angestrebt hätte, was nie das gemeinsam verfolgte Ziel gewesen sei.²⁴⁹⁹ Anfang 1849 habe sich

²⁴⁹³ Zur Einstellung der bayerischen Krone zur Deutschen Frage, Doeberl, *Entwicklungsgeschichte* III, S. 194 – 279.

²⁴⁹⁴ S.o. Debatte um den Majoritätsentwurf: S. 327 ff.

²⁴⁹⁵ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 1, S. 70.

²⁴⁹⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 177.

²⁴⁹⁷ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 177.

²⁴⁹⁸ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 181.

²⁴⁹⁹ „So kam am Ende eine Verfassung zu Stande, die theils republikanisch, theils monarchisch ist, eine Verfassung, der wir, wie ich sie geprüft habe, nie unsere Zustimmung hätten geben können. [...] Wenn nun die Staatsregierung dieser Verfassung ihre Zustimmung nicht erteilt hat, so hat sie – ich muß es sagen – nach meiner vollsten Überzeugung Recht gehabt. Dasselbe gilt bezüglich der preußischen Verfassung; denn ich erkenne an, daß darin manches beseitigt ist, was in der anderen Anstoß gegeben hatte; allein im Prinzipie ist sie immer noch dieselbe. Die Einzelstaaten werden total vernichtet, und das ist die Absicht des deutschen Volkes nicht gewesen, und auch die Absicht der Zusage nicht, wie sie gemacht wur-

diese Entwicklung auch in Bayern niedergeschlagen und so sei es in der zweiten Kammer zum Aufeinanderprallen entgegengesetzter Ansichten gekommen, die zum einen an den alten Ideen der deutschen Einigung festhielten, zum anderen hingegen eine Einigung um jeden Preis herbeiführen wollten, womit Heintz eindeutig Bezug auf die Adressdebatte auf dem ersten Landtag des Jahres 1849 nahm.²⁵⁰⁰

Nachdem Heintz seinen Ausgangspunkt deutlich gemacht hatte, stellte er seine Meinung dar, wie in der Deutschen Frage weiter verfahren werden sollte. Für ihn sollte zunächst eine klare Kompetenzfestsetzung der Zentralgewalt stattfinden, und zwar auf einer Grundlage, welche die Eigenständigkeit der Einzelstaaten garantiere und insbesondere hinsichtlich einheitlicher Regelungen auf der gesamtdeutschen Ebene dergestalt Freiraum lasse, dass ein längerer Zeitraum eingeräumt werde, die einzelstaatliche Umsetzung und Ausgestaltung zu betreiben. Anderenfalls könnten einheitliche Regelungen zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden in den Einzelstaaten führen, was gerade bei der unmittelbaren Umsetzung aller Frankfurter Grundrechte, etwa der Gewerbefreiheit, der Fall sei.²⁵⁰¹ Weiter bedürfe es bei der Ausgestaltung der Zentralgewalt einer gerechten Vertretung der Einzelstaaten, was am besten durch die Bevölkerungsstärke der jeweiligen Länder verwirklicht werde.²⁵⁰² Die Führung innerhalb der Zentralgewalt würde dementsprechend am gerechtesten ausgestaltet, wenn hier Österreich und Preußen als ständiger Teil der Führung vertreten seien und das „Dritte Deutschland“ durch periodisch wechselnde Mitglieder in der Führung vertreten wären oder immer neben den Entscheidungen Österreichs und Preußens ein Gesamtbeschluss des Dritten Deutschlands für wirksame Entscheidungen der Führung der Zentralgewalt erforderlich wäre.²⁵⁰³ Diese Triasregelung hatte für Heintz nichts mit dem Bayern häufig vorgeworfenen Partikularismus zu tun, sondern begründete sich allein darauf, dass zwei Staaten als Führung nicht funktionierten, da bei festgefahrenen entgegengesetzten Meinungen nie eine Einigung zustande käme, was gerade bei Österreich und Preußen nicht selten der Fall sein würde, insofern würde eine dritte Kraft für eine mehrheitliche Entscheidung der Zentralgewalt unbedingt benötigt.²⁵⁰⁴ Für den Fall, dass eine auf diese Weise geteilte Führung ungewünscht sei und nur ein Staat die Führung übernehmen sollte, dann solle dies nach der Ansicht von Heintz Österreich und nicht Preußen sein, was er damit begründete, dass Österreich zum einen das mächtigste, größte und bevölkerungsstärkste deutsche Land war, zum anderen Deutschlands Geschichte und Tradition dies begründe,²⁵⁰⁵ womit er auf die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reichs anspielte. Er persönlich favorisierte aber die Triasregelung unter Einbeziehung Preußens und des Dritten Deutschlands. Schließlich sah Heintz für den Fall, dass sich Österreich nicht einem geeinigten

de.“ (Heintz, in: KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 182 f.).

²⁵⁰⁰ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 178.

²⁵⁰¹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 184.

²⁵⁰² KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 185.

²⁵⁰³ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 186.

²⁵⁰⁴ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 187.

²⁵⁰⁵ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 186 f.

Deutschland anschließen wollte, dennoch die Notwendigkeit, dass sich Bayern an einem kleindeutsch orientierten Bund beteiligte. Zwar sollte das Königreich Bayern nicht dem Dreikönigsbund beitreten, aber doch dessen Reichstag in Erfurt mit Vertretern beschicken und dessen Verfassung annehmen, wobei darauf geachtet werden müsse, dass dies mit für die Innenpolitik Bayerns vereinbaren Modifikationen geschehe.²⁵⁰⁶ Der Beitritt Bayerns an einen kleindeutsch orientierten Bund musste nach seiner Ansicht an zwei weitere Bedingungen geknüpft werden. Einmal, dass Österreich dauerhaft die Möglichkeit gegeben werde, auch diesem Bündnis, das er als Deutsches Reich benannte, beizutreten, und für diesen Fall sollte eine Reichsverfassung ausdrücklich bestimmen, dass bei einem Eintritt Österreichs sofort ein neuer Reichstag einberufen werden müsse und eine neue Reichsverfassung beschlossen würde, die freilich aber auf der alten basieren könne. Zweite Bedingung sollte sein, dass Bayern bei der Umsetzung bestimmter Verfassungsvorgaben ein Sonderweg offen stand, namentlich der Gewerbefreiheit und dem Heimatrecht. Denn diese beiden Verfassungsgarantien würden bei einer sofortigen Umsetzung im Königreich Bayern zu einer unauffangbaren Belastung für Fiskus, Gemeinden und Bürger führen, weshalb der Reichstag dem Königreich Bayern eine Umsetzungsfrist von mindestens zehn Jahren gewähren müsse.²⁵⁰⁷

Mit dieser Stellungnahme von Heintz zur Deutschen Frage sah man ganz deutlich, dass er eine großdeutsche Lösung absolut favorisierte, zudem, dass er sich sehr nahe an der Triasidee von Maximilian II. bewegte,²⁵⁰⁸ wenn er auch nicht zwingend eine Vormachtstellung Bayerns im Dritten Deutschland voraussetzte und somit nicht wie Maximilian II. dadurch einen Machtzuwachs bezwecken wollte. Für ihn war diese Lösung vielmehr Garant für die Wahrung der Identität der Einzelstaaten, denn wie Maximilian II. lehnte er den Unitarismus und das preußische Erbkaisertum von Grund auf ab. Daneben war Heintz der Überzeugung, dass Österreich mit seinen deutschsprachigen Teilen über kurz oder lang zwingend dem Deutschen Reich beitreten würde, da es in seiner Konstellation als Vielvölkerstaat nicht weiterbestehen könne. Zwar seien die italienischen und ungarischen Provinzen Österreichs vorübergehend mit Waffengewalt unter Kontrolle, es liege aber in der Natur der Sache, dass die italienischen Provinzen sich auf Dauer mit Italien vereinigen würden und Ungarn einen eigenen, separaten Staat bilden würde. Insofern bleibe für das deutschsprachige Österreich als einzige Möglichkeit, sich dem Deutschen Reich anzuschließen und in diesem die ihm durch Kräfteverhältnis und Tradition gebührende führende Stellung einzunehmen. Heintz sah für diese Entwicklung einen Zeitraum von fünf Jahren voraus,²⁵⁰⁹ womit er freilich falsch liegen sollte, wie sich im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausstellen sollte.

Man sieht bei Heintz in dieser Beziehung eine durchaus klassische bayerische Haltung zur Deutschen Frage, ähnlich wie sie auch der König und Außenminister Pfordten in

²⁵⁰⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 188.

²⁵⁰⁷ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 189.

²⁵⁰⁸ Doeberl, Entwicklungsgeschichte III, S. 199 f.

²⁵⁰⁹ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 2, S. 190.

weiten Teilen vertraten.²⁵¹⁰ Nämlich eine Trennung von Österreich zu vermeiden und damit eine Bayern unterwerfende Vormachtstellung Preußens. Auch mit der Umsetzung der besagten Verfassungsvorgaben und insbesondere dem Triasgedanken befand sich Heintz mit der Krone auf einer Linie. Ein großer Unterschied bestand aber in der Ansicht, dass Heintz eine Annäherung an die Erfurter Reichsversammlung empfehlenswert fand, die auf Initiierung Preußens gegründet worden war – wenn auch unter erheblichen Zugeständnissen vonseiten Preußens an das Königreich Bayern. Angesichts dieser erheblichen Zugeständnisse, gerade im Hinblick auf das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich, wäre eine Übereinkunft mit Preußen in dieser, von Heintz gewünschten Weise wohl höchst zweifelhaft gewesen.

Möchte man Heintz' Meinung politisch in die Kammer der Reichsräte einordnen, so muss zunächst noch ein Blick auf die dort vorherrschenden Ansichten geworfen werden, und diese waren durchaus gespalten. Zunächst hatte eine österreichfreundliche Haltung zahlreiche Anhänger im Reichsrat, da einige Mitglieder in wesentlich stärkerem wirtschaftlichem Kontakt zu Österreich standen als zu Preußen, zudem auch mehrere familiäre Verbindungen mit dem Hause Habsburg bestanden und stattdessen vor allem katholisch-konservative Standesherren im Hinblick auf das Heilige Römische Reich schon aus traditionellen Gründen einen Ausschluss Österreichs aus einem geeinten Deutschland als inakzeptabel ansahen.²⁵¹¹ Daneben standen stark katholisch-konservativ geprägte Reichsratsmitglieder, mit einer starken Bindung zum Hause Wittelsbach, die eine deutsche Einigung und jegliche Aufgabe bayerischer Souveränität zugunsten einer Zentralgewalt kategorisch ablehnten.²⁵¹² Diesen beiden Gruppen, die wohl die Majorität im Reichsrat bildeten, stand eine kleinere Gruppe von Reichsräten gegenüber, die für ein geeintes konstitutionelles Deutschland unter preußischer Führung und starker Kompetenz des Reichs und des Parlaments eintraten.²⁵¹³ Gründe hierfür waren sowohl zum einen gute Beziehungen zu Preußen als auch Eigeninteressen dahingehend, dass sich einzelne mediatisierte Standesherren dadurch erhöhte Unabhängigkeit vom Königreich Bayern versprachen und zudem auch dem Hause Wittelsbach eine Mediatisierung durch ein Deutsches Reich vergönnten.²⁵¹⁴ Dies vor Augen zeigt sich Heintz' Festhalten an den Wünschen nach einem einigen Deutschland in großdeutscher Lösung und Beibehaltung der Eigenständigkeit der Einzelstaaten innerhalb des Reichs insofern als eine durchaus altliberal bis konservativ anmutende Haltung, auch im grundsätzlich konservativ geprägten Reichsrat.

b. Das Eintreten für die und Äußerungen im Zusammenhang mit der Pfalz

Bereits in den vorangegangenen Jahren, insbesondere in seiner Zeit als Abgeordneter, war Karl Friedrich Heintz stets wärmstens für seine Heimat, die Pfalz, eingetreten. Auch

²⁵¹⁰ Doeberl, *Entwicklungsgeschichte* III, S. 199 f.

²⁵¹¹ Etwa Schrenck-Notzing, Thurn und Taxis oder Waldburg-Zeil-Trauchburg (Löffler, *Reichsräte*, S. 399 f.).

²⁵¹² Löffler, *Reichsräte*, S. 400.

²⁵¹³ Hohenlohe-Schillingsfürst, Leiningen, Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Giech.

²⁵¹⁴ Löffler, *Reichsräte*, S. 402 ff..

in der Zeit nach seiner Entlassung als Justizminister sehen wir ihn zu zahlreichen Gegenständen, welche die Pfalz betrafen, engagiert. So meldete er sich zu Angelegenheiten zu Wort, die in Verbindung mit dem Pfälzer Aufstand der Monate Mai und Juni 1849 standen, zur gesetzlichen und steuerrechtlichen Gleichstellung der Pfalz und damit verbunden der Verbesserung der dortigen wirtschaftlichen Situation.

In Verbindung mit dem Pfälzer Aufstand stand ein Gesetz, das bereits auf dem zweiten Landtag 1849 eingebracht wurde, um die revolutionären Wogen zu glätten und die Verbitterung der Pfälzer über die militärische Intervention Preußens und Bayerns und die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes anzumildern. Durch das Gesetz, das am 22. Dezember 1849 sanktioniert wurde und in Kraft trat,²⁵¹⁵ wurde keine Generalamnestie für die politisch motivierten Taten der Monate Mai und Juni 1849 ausgesprochen, sondern wurden die gerichtlichen Untersuchungen hinsichtlich der Aufständischen niedergeschlagen, welche nicht in gehobenen Positionen standen, Art. 1 dG. Weiter eingeschränkt wurde die Möglichkeit der Niederschlagung dadurch, dass durch die strafbewehrten Handlungen keine Körper- oder Eigentumsverletzungen begangen wurden. Heintz sprach sich für das Gesetz aus und sah eine Aussöhnung mit den politischen Straftätern als unbedingt notwendig an, wenn er auch nicht damit zufrieden war, dass das Gesetz dahingehend ausgestaltet war, dass die Untersuchungshandlungen niedergeschlagen wurden, vielmehr hätte er eine tatsächliche Amnestierung befürwortet.²⁵¹⁶ Neben seiner grundsätzlichen Haltung und seinem Eintreten dafür, den Pfälzer Aufständischen mit einer Amnestierung entgegenzukommen, zeigte sich Heintz aber auch hier wieder der bayerischen Monarchie und Herrschaft in der Pfalz zutiefst verbunden. Er sprach sich nämlich ausdrücklich gegen eine Generalamnestie und statt dessen für gezielte Einzelamnestien durch die Krone aus.²⁵¹⁷ Nach seiner Ansicht würden nämlich durch eine Generalamnestie auch Personen begünstigt, die weiterhin Feinde der konstitutionellen Monarchie und der Herrschaft des Hauses Wittelsbach waren und vielmehr republikanisch eingestellt waren. Diese Aufständischen sollten gerade nicht von einem Begnadigungsrecht profitieren, einem Recht, das eben gerade einer Monarchie innewohnte.²⁵¹⁸ Gegen eine Generalamnestie sträubte sich auch Maximilian II. bis zu seinem Tod am 10. März 1864. Erst sein Sohn Ludwig II. erließ mit dem Landtagsabschied des Landtages 1863/65 eine Generalamnestie für alle politischen Verbrechen des pfälzischen Aufstandes, mit Ausnahme des Mordes, Art. 2 dG, die am 10. Juli 1865 in Kraft trat.²⁵¹⁹

Die Verbundenheit zum Hause Wittelsbach zeigt sich auch an der Initiative eines Gesetzes des pfälzischen Abgeordneten Prof. Dr. Ludwig von Weis²⁵²⁰, das allgemein die Ma-

²⁵¹⁵ GVBl. 1849/50, Sp. 25 ff.

²⁵¹⁶ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 52 f.

²⁵¹⁷ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 51.

²⁵¹⁸ KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 3, S. 50.

²⁵¹⁹ GVBl. 1863/65, Sp. 110, 165 ff.

²⁵²⁰ Prof. Dr. Ludwig von Weis, geb. 19.01.1813, gest. 15.05.1880, 1. rechtskundiger Bürgermeister Würzburg, kgl. Ministerialrat Justizministerium, Appellationsgerichtspräsident Zweibrücken, 1849 – 1859 2. Präsident Kammer der Abgeordneten, 1870 – 1871 1. Präsident der Kammer der Abgeordneten (Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Weis).

jestätsbeleidigung in der Pfalz regeln und an das rechtsrheinische bayerische Recht an gleichen sollte, denn in der Pfalz bestand der Straftatbestand der Majestätsbeleidigung nur im Zusammenhang mit Pressevergehen.²⁵²¹ Nachdem die Kammer der Abgeordneten die Initiative Weis' unterstützte,²⁵²² beriet und verabschiedete man die Initiative auch in der Kammer der Reichsräte, in der Heintz für die Angelegenheit war und die Annahme empfahl.²⁵²³ Heintz empfand zum einen die Einführung einer allgemeinen Strafbestimmung für Majestätsbeleidigung in der Pfalz als notwendig, erachtete es aber im Sinne der Rechtseinheit auch für zweckmäßig, dass gleiche gesetzliche Regelungen im dies- wie jenseitigen Königreich Bayern geschaffen wurden. Gerade im Bereich des Strafrechts war Heintz auf Rechtsvereinheitlichung erpicht und empfand es als Missstand, wenn ein Verbrechen oder Vergehen im selben Land unterschiedlich bestraft wurde,²⁵²⁴ wie er es auch schon auf früheren Landtagen deutlich gemacht hatte.²⁵²⁵ Trotz des Gesamtbeschlusses der Kammern²⁵²⁶ kam das Gesetz nicht zustande, da der König es nicht sanktionierte, der König lehnte diese Initiative der Kammern ab, weil er die Angelegenheit in einem allgemeinen Strafgesetzbuch für das gesamte Königreich regeln wollte, das er dem nächsten Landtag zuzuleiten gedachte.²⁵²⁷ Dennoch zeigen uns die Beratungen Heintz als der Monarchie stark verbunden und zudem seine Bestrebungen um Rechtsvereinheitlichung im gesamten Königreich.

Auch wenn Heintz um Rechtsvereinheitlichung bemüht war, so stellte er sich dennoch nicht gegen eine zeitgemäße Modernisierung des in der Pfalz geltenden Rechts. So unterstützte er als Referent im Reichsrat den Gesetzentwurf „Die Erweiterung der civilrechtlichen Kompetenz der Friedensgerichte in der Pfalz betreffend“^{2528, 2529}, der die Streitwertgrenze, bis zu der die Zuständigkeit der Friedensrichter reichen sollte, von 100 Fr. auf 100 fl. erhöhen wollte, zum anderen den Katalog der streitwertunabhängigen Zuständigkeit dahingehend erweitern wollte, dass nun auch nach Wahl des Klägers persönliche und Mobiliarklagen, die unter die Zuständigkeit der Handelsgerichte fielen, vor

²⁵²¹ KdA 1851/52 Steno, Bd. 1, S. 176; „Entwurf eines Gesetzes, die Beleidigung des Königs, der Königin und der Mitglieder des königlichen Hauses betreffend“ (KdA 1851/52 Beilagen, Bd. 1, S. 639 ff.).

²⁵²² Auch ein beträchtlicher Teil der pfälzischen Abgeordneten unterstützte die Initiative von Weis (nur acht der neunzehn Pfälzer stimmten dagegen: Aufschnaiter, Brunck, Gelbert, Kolb, Müller, Scharpff, Tafel, Tillmann) (KdA 1851/52 Steno, Bd. 1, S. 497), wenn auch die Initiative nicht unumstritten war. So las man in Nr. 112 der Isarzeitung: „Eine wahre Barbarei in unserem Strafgesetzbuche waren die Bestimmungen über die Majestätsbeleidigung, Herr Weis, wollte mit diesen Bestimmungen auch seine Heimat, die Pfalz, die davon befreit war, beglücken, sein Initiativ-Antrag wurde von der Kammer angenommen, die Krone aber, humaner als Weis, wies ihn zurück.“ (Herr Ministerialrath Dr. Weis und das Ministerium Pforten-Reigersberg, S. 6).

²⁵²³ KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 2, S. 420; KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 2, S. 436; KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 2, S. 672.

²⁵²⁴ KdRR 1851/52 Beilagen, Bd. 2, S. 422.

²⁵²⁵ S.o. S. 117 ff.

²⁵²⁶ KdA 1851/52 Steno, Bd. 1, S. 667.

²⁵²⁷ Götschmann/Henker, Geschichte des Bayerischen Parlaments, Landtag 1851/52; KdA 1851/52 Protokolle, Bd. 1, S. 152.

²⁵²⁸ KdA 1853/55 Beilagen, Bd. 1, S. 261 f.

²⁵²⁹ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 164; KdRR 1853/55 Protokolle, Bd. 1, S. 248.

den Friedensgerichten verhandelt werden konnten. Zudem sollte der Katalog der Klagen in Miet- und Pachtverhältnissen ausgedehnt werden.²⁵³⁰ Heintz' Gutachten an die Kammer der Reichsräte stellte zwei Fragen.²⁵³¹ Erstens, ob die Kompetenzerweiterung mit dem Rechtsschutzgedanken der Parteien vereinbar war, also ob die zugewiesenen Streitigkeiten tatsächlich von untergeordneter Bedeutung waren, so dass sie vor den Friedensgerichten verhandelt werden konnten. Zweitens, ob es durch die Kompetenzerweiterung nicht zu einer Arbeitsüberlastung der Friedensgerichte kommen würde²⁵³² – die Erhöhung auf 100 fl. befürwortete er bereits aufgrund der Inflationsangleichung.²⁵³³ Gegen die Kompetenzerweiterungen hatte Heintz zwar kleinere Bedenken, beispielsweise sah er die Möglichkeit der Willkür und den Schein der Parteilichkeit darin erweckt, dass der Kläger in bestimmten Fällen die Zuständigkeit des Friedensrichters wählen konnte.²⁵³⁴ Insgesamt empfand er den Gesetzentwurf aber durchaus als zeitgemäße Novellierung des Gesetzes, insbesondere, da auch keine starke Mehrbelastung der Friedensrichter zu erwarten war und damit verbunden keine erheblichen Kostensteigerungen für den Fiskus.²⁵³⁵ Zudem wies er darauf hin, dass auch bereits in fast allen Staaten, in denen das französische Recht galt, derartige Modifikationen vorgenommen wurden,²⁵³⁶ weshalb er die Annahme ohne Modifikationen empfahl,²⁵³⁷ was auch geschah, so dass am 04. Februar 1854 der Gesamtbeschluss ergehen konnte.²⁵³⁸ Obgleich für den Landtag 1853/55 kein Landtagsabschied vorliegt,²⁵³⁹ fand hinsichtlich des Gesetzes eine sofortige Sanktionierung durch den König und die Verkündung im Gesetzblatt statt, so dass das Gesetz bereits ab dem 07. Februar 1854 in Kraft war.

Rechtsgleichheit war für Heintz eine wichtige Voraussetzung für ein einiges Königreich Bayern, und Rechtsgleichheit umfasste für ihn auch Steuergleichheit. Die Pfalz sah sich gegenüber dem rechtsrheinischen Bayern mit weitaus höheren Steuern belastet, was bereits den gesamten Vormärz immer wieder Anlass zu Beschwerden der Pfälzer Bevölkerung und der pfälzischen Abgeordneten der Ständeversammlung gegeben hatte.²⁵⁴⁰ Eine der wenigen steuerlichen Begünstigungen in der Pfalz war die Entbindung vom Malzaufschlag,²⁵⁴¹ was sich darauf gründete, dass beim Anschluss der Pfalz an Bayern Bier dort weitaus weniger verbreitet war als im rechtsrheinischen Bayern. Um Braue-

²⁵³⁰ KdA 1853/55 Beilagen, Bd. 1, S. 262.

²⁵³¹ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 148 ff.

²⁵³² KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 151.

²⁵³³ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 152.

²⁵³⁴ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 154.

²⁵³⁵ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 156.

²⁵³⁶ KdRR 1853/55 Protokolle, Bd. 1, S. 248.

²⁵³⁷ KdRR 1853/55 Beilagen, Bd. 2, S. 164; KdRR 1853/55 Protokolle, Bd. 1, S. 248.

²⁵³⁸ KdA 1853/55 Protokolle, Bd. 1, S. 236.

²⁵³⁹ GVBl. 1853/55.

²⁵⁴⁰ Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation, S. 188.

²⁵⁴¹ Entgegen der heutigen Direktbesteuerung des Bieres nach dem Stammwürzegehalt wurde im Bayern des 19. Jahrhunderts der sogenannte Malzaufschlag erhoben, also das Malz besteuert, das zur Bierherstellung benötigt wurde (Schäder, Münchner Brauindustrie, S. 192).

reien dort wirtschaftlich rentabel etablieren zu können, musste die Pfalz vom Malzaufschlag befreit werden.²⁵⁴² Als nun mit einem neuen Gesetz über den Malzaufschlag auf dem Landtag 1866/69 das Besteuerungsprivileg auch für die Pfalz entfallen sollte, ergriff Heintz im Reichsrat die Initiative, wo sich zuvor Kronprinz Ludwig ausdrücklich für die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz ausgesprochen hatte, sogar einen förmlichen Antrag an die Krone stellen wollte.²⁵⁴³ Für Heintz war die überdurchschnittlich hohe Steuerbelastung der Pfalz offensichtlich, und so wollte er die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz an den Wegfall oder zumindest die Angleichung einer anderen Abgabe gebunden haben. Am wichtigsten war ihm die Abschaffung der übermäßig hohen Taxen für die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche beispielsweise bei einem Hauskauf mit dem Kaufpreis von 25.000 fl. im rechtsrheinischen Bayern 100 fl. betrugen, in der Pfalz allerdings das Zehnfache, nämlich 1.000 fl.²⁵⁴⁴ Dieser Vorschlag setzte sich schlussendlich im Gesetz auch durch, Art. 104 dG, so dass in der Pfalz die Erhebung des Malzaufschlages und das Inkrafttreten des Gesetzes über den Malzaufschlag vom 16. Mai 1868 davon abhängig waren, dass eine einheitliche Taxordnung für die freiwillige Gerichtsbarkeit im gesamten Königreich eingeführt wurde.²⁵⁴⁵ Dies hatte die Folge, dass das Gesetz über den Malzaufschlag, das im rechtsrheinischen Bayern am 01. Juli 1868 in Kraft trat, in der Pfalz erst zehn Jahre später in Geltung kam, am 01. Juli 1878.²⁵⁴⁶

Heintz trat mit dieser steuerrechtlichen Gleichstellung insbesondere auch für wirtschaftliche Verbesserungen in der Pfalz ein, was man bereits zuvor an seinen Beiträgen zur Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in der Pfalz auf dem Landtag 1859/61 deutlich wahrnehmen konnte. In diesem Zusammenhang engagierte sich Heintz für die Ausweitung des Eisenbahnnetzes in der Pfalz dergestalt, dass sie durch gezielte Streckenführung eine Umgestaltung zum Transitland für den Güterverkehr zwischen Frankreich und Deutschland erfahren sollte und dadurch kommerziell wachsen konnte, denn aufgrund des mangelnden Ausbaus der Eisenbahnen in der Pfalz wurden damals vorwiegend andere deutsche Länder für den Güterverkehr genutzt, insbesondere die Rheinbrücken bei Mainz und Köln, so dass der Pfalz, die für weite Teile Deutschlands der kürzere Transportweg gewesen wäre, erhebliche Gewinne entgingen.²⁵⁴⁷ Fürst Karl Theodor von Thurn und Taxis, der aufgrund seiner Rolle als General der Cavallerie und als oberster Militärkommandant im Pfälzer Aufstand die Pfalz vorwiegend aus militärisch-strategischer Position betrachtete, sprach sich entschieden gegen den Ausbau der Pfalz zum Transitland aus, da er bei möglichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich hier erhebliches Gefährdungspotential sah, dergestalt, dass Frankreich die Eisenbahnen auch als schnellen Truppentransport gegen Deutschland und Bayern benutzen könnten. Statt des Ausbaus des Eisenbahnnetzes in der Pfalz empfahl er deshalb eine Eisenbahn durch ba-

²⁵⁴² KdRR 1866/69 Protokolle, Bd. 5, S. 231.

²⁵⁴³ KdRR 1866/69 Protokolle, Bd. 3, S. 221 f.

²⁵⁴⁴ KdRR 1866/69 Protokolle, Bd. 5, S. 102 f.

²⁵⁴⁵ GVBl. 1866/69, Sp. 461, 527.

²⁵⁴⁶ Sedlmayr, Geschichte der Spatenbrauerei II, S. 327; Schäder, Münchner Brauindustrie, S. 193, Anm. 642.

²⁵⁴⁷ KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 3, S. 238 f.

disches Gebiet zwischen Bruchsal und der Feste Germersheim zur Beschickung der dort stationierten Garnison und damit verbunden den Abschluss einer neuen Etappenkonvention mit dem Großherzogtum Baden.²⁵⁴⁸ Heintz konnte zwar nicht die Bedenken des Fürsten, doch die der meisten anderen Reichsräte zerstreuen, indem er auf die militärische Unbedenklichkeit des Eisenbahnbaus in der Pfalz hinwies, denn die potentielle Eisenbahnstrecke, welche die Pfalz zum Transitland gemacht hätte und von Thurn und Taxis als Gefährdung angesehen wurde, sei im Kriegsfall für den Gegner nicht nutzbar, da sie direkt unterhalb der Feste Landau verlaufen würde, die mit schweren Kanonen jeden Truppentransport sofort unter Beschuss nehmen könnte und stoppen würde. Auch das Neustädter Tal sei bestens militärisch kontrollierbar und eine dort verlaufende Eisenbahntrasse im Kriegsfall auf einfachste Weise zu blockieren, indem man einfach einen der zahlreichen Tunnel der Strecke sprengen würde und so die gesamte Trasse unnutzbar gemacht hätte.²⁵⁴⁹ Zudem verwies er darauf, dass der Eisenbahnbau auf Kosten der Pfälzischen Eisenbahngesellschaft stets nur versorgungsstrategisch erfolgte und nunmehr endlich ein vernünftig zivil nutzbarer Ausbau vorangetrieben werden müsste, um die Pfalz infrastrukturell modern zu erschließen.²⁵⁵⁰ Dieses Ziel vor Augen wurde sodann auch ein Gesamtbeschluss erreicht und schließlich mit dem Landtagsabschied ein entsprechendes Gesetz erlassen.²⁵⁵¹

5. Die weitere dienstliche Stellung und Privatleben

Nach seiner Entlassung als Justizminister wurde Karl Friedrich Heintz mit Wirkung zum 01. April 1849 zunächst zum zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts in München ernannt.²⁵⁵² Hatte die Familie Heintz im August des Jahres 1848 noch den Tod des jüngsten Kindes August zu betrauern, durfte sie sich am 12. November 1849 über die Geburt des Sohnes Karl freuen.²⁵⁵³ In seiner Position als zweiter Präsident des Oberappellationsgerichts trat Heintz Mitte Juli des Jahres 1850 einen längeren Geschäftsurlaub von vier Monaten an, aufgrund dessen er sich auch in der Kammer der Reichsräte von den restlichen Sitzungstagen des Landtages 1849/50 beurlauben ließ, und nutzte die Zeit zu einer ausgedehnten Reise mit seiner Familie in die Pfalz, um die dort lebenden Verwandten zu besuchen.²⁵⁵⁴ Nach Ablauf seines Urlaubes war Heintz in dieser Position unverändert nahezu zwei Jahre tätig, bis ihm am 18. Januar 1852 zusätzlich zu seinen Amtsgeschäften als zweitem Präsidenten die Präsidialgeschäfte des Kassationshofes für die Pfalz übertragen wurden, der seit 1832 an das Oberappellationsgericht in München angegliedert war und den bis dahin sein früherer Dienstvorgesetzter am Appellationsge-

²⁵⁴⁸ KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 3, S. 236, 242; zur Geschichte der Feste Germersheim: Probst, Geschichte der Stadt und Festung Germersheim.

²⁵⁴⁹ KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 3, S. 239 f.

²⁵⁵⁰ KdRR 1859/61 Protokolle, Bd. 3, S. 238 f.

²⁵⁵¹ KdA 1859/61 Steno, Bd. 4, S. 126; KdA 1859/61 Protokolle, Bd. 1, S. 168, 217; GVBl. 1861, Sp. 289 ff.

²⁵⁵² S.o. S. 343.

²⁵⁵³ Zu Karl Heintz s.o. S. 37.

²⁵⁵⁴ BayHStA, (MJu) 19325, S. 45; KdRR 1849/50 Protokolle, Bd. 8, S. 5, 7.

richt Ruppenthal versehen hatte.²⁵⁵⁵ Obgleich die Geschäftsbelastung am Kassationshof für die Pfalz nicht annähernd so hoch war wie die Belastung der Senate des Oberappellationsgerichts, da hier jährlich nur etwa drei bis vier Zivilsachen und sechs Strafsachen zu entscheiden waren,²⁵⁵⁶ konnte man auch wieder mit dieser Stelle eine Zurücksetzung deutlich erkennen. Denn hatte Ruppenthal für die Mehrbelastung, die durch die zusätzlichen Geschäfte am Kassationshof entstanden, Mehrbezüge von 300 fl. bekommen, war für Heintz die Stelle, die an sich als eine Beförderung zu werten gewesen wäre, nicht mit einer Gehaltssteigerung verbunden.²⁵⁵⁷ Diese Zurücksetzung von Heintz zog sich durch die gesamten 1850er Jahre, denn bei weiteren Beförderungsmöglichkeiten wurde er stets bewusst übergangen. Das erste Mal im Jahre 1855, als der erste Präsident des Oberappellationsgerichts Karl Freiherr von Gumpenberg²⁵⁵⁸ auf sein Ansuchen hin in den dauernden Ruhestand versetzt wurde. Obwohl Heintz als zweiter Präsident in den vergangenen fünf Jahren aufgrund von einigen Erkrankungen des ersten Präsidenten Gumpenberg sehr häufig die Leitung des Oberappellationsgerichts übernommen hatte²⁵⁵⁹ und schon allein deshalb prädestiniert für die Wiederbesetzung dieser Stelle gewesen wäre, ganz zu schweigen davon, dass ihm aufgrund seiner vorherigen Stellung als Justizminister diese Stelle ohnehin zugestanden hätte, wurde nicht er, sondern Friedrich Freiherr von Wulffen²⁵⁶⁰ in diese Stellung berufen, dies geschah abermals im Jahre 1858, als Wulffen von Karl Freiherrn von Lehner abgelöst wurde.²⁵⁶¹

Das Verhältnis zur Krone besserte sich erst wieder im Jahre 1860, als Heintz durch die Vermittlung von Justizminister Mulzer eine längere Audienz bei Maximilian II. erhielt.²⁵⁶² In dieser Audienz scheint Heintz die Gunst des Königs wieder gewonnen zu haben, die er im Jahre 1849 durch das politische Spiel einiger Reichsräte und Berater des Königs verloren hatte.²⁵⁶³ Überzeugt von Heintz' Treue zur Monarchie und zum Hause Wittelsbach

²⁵⁵⁵ BayHStA, (MJu) 19325, S. 46, 1.

²⁵⁵⁶ KdRR Protokolle, Bd. 5, S. 101.

²⁵⁵⁷ BayHStA, (MJu) 19325, S. 46.

²⁵⁵⁸ Karl Freiherr von Gumpenberg, geb. 26.06.1791, gest. 14.12.1863, 1812 Staatsprüfung, 1813 Akzessist Stadtgericht München, 1819 Akzessist Appellationsgericht Isarkreis, 1820 Assessor Kreis- und Stadtgericht München, 1821 Kreis- und Stadtgerichtsrat München, 1823 Gesetzgebungskommission Zivilgerichtsordnung, 1828 Appellationsgerichtsrat Oberdonaukreis, 1833 Oberappellationsgerichtsrat, 1834 Generalprokurator am Kassationshof für den Rheinkreis, 1837 o. Staatsrat, 1844 Oberappellationsgerichtspräsident, 1855 Ruhestand (Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 699, S. 355).

²⁵⁵⁹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 164.

²⁵⁶⁰ Friedrich Freiherr von Wulffen, geb. 27.02.1790, gest. 10.04.1858, 1812 Staatsprüfung, 1813 Stadtgerichtsprotokollist München, 1814 Stadtgerichtsassessor Erlangen, 1815 Verweser Assessorenstelle Stadtgericht München, 1816 Stadgerichtsassessor München, 1821 Kreis- und Stadtgerichtsrat München, 1822 Direktor Kreis- und Stadtgericht Fürth, 1824 Appellationsgerichtsrat Neuburg, 1837 Oberappellationsgerichtsrat, 1841 Ministerialrat Justizministerium, 1842 Appellationsgerichtspräsident Unterfranken und Aschaffenburg, 1843 Regierungspräsident Niederbayern, 1846 Appellationsgerichtspräsident Niederbayern, 1849 Regierungspräsident Mittelfranken, 1855 Oberappellationsgerichtspräsident, 1857 zugleich a.o. Staatsrat (Schärl, Bayerische Beamtenschaft, Nr. 346, 770 S. 218, 381).

²⁵⁶¹ Brunner, Hofgesellschaft, S. 402.

²⁵⁶² Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 504.

²⁵⁶³ S.o. S. 343 ff.

verlieh Maximilian II. Heintz am 03. Januar 1860 eigenhändig das Komturkreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone²⁵⁶⁴ und setzte damit auch ein Zeichen nach außen, dass Heintz wieder in der Gunst der Krone stand.²⁵⁶⁵ Der Verdienstorden der Bayerischen Krone wurde von Maximilian I. am 19. Mai 1808 gestiftet, um die zum Nutzen des Vaterlandes geleisteten vorzüglichen Dienste und hervorragenden Tugenden von bayerischen Staatsbürgern ohne Rücksicht auf Stand oder Religion zu würdigen.²⁵⁶⁶ Der Orden unterteilte sich in Ritter, Komture, Großkomture und Großkreuze und brachte mit seiner Verleihung die Erhebung in den persönlichen Adelsstand mit dem Titel „Ritter von“ mit sich.²⁵⁶⁷ Die Verleihung des persönlichen Adels war bei lebenslänglich ernannten Reichsräten durchaus gängig, denn von den insgesamt 44 Reichsräten bürgerlicher Herkunft wurden 42 mit dem Titel „Ritter von“ nobilitiert, teilweise wurde sodann der Titel auch erblich ausgestaltet oder wurden die Reichsräte gar in den Freiherrenstand erhoben.²⁵⁶⁸ Der Umstand, dass die Erhebung in den Adelsstand bei Heintz mehr als zehn Jahre gedauert hatte, unterstreicht nochmals das abgekühlte Verhältnis zur Krone in den 1850er Jahren.

An seiner dienstlichen Position änderte diese Ehrung allerdings zunächst nichts, Heintz blieb weiterhin zweiter Präsident des Oberappellationsgerichts, sogar als Mitte 1866 die Stelle des ersten Präsidenten abermals frei geworden war, wurde diese nicht mit Heintz, sondern ausgerechnet mit Kleinschrod wiederbesetzt, der Anfang der 1850er Jahre gegen ihn beim König Stellung bezogen hatte, obwohl Heintz ihn selbst in das Justizministerium berufen und dem König sogar als seinen Nachfolger für das Amt des Justizministers vorgeschlagen hatte.²⁵⁶⁹ Erst nach dem Ableben von Kleinschrod wurde Heintz, auch aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung,²⁵⁷⁰ endlich am 17. Oktober 1866 zum ersten Präsidenten des Oberappellationsgerichts ernannt – verbunden damit war eine Gehaltssteigerung auf 7.000 fl. jährlich. Mit der Besetzung wurde zugleich die speziell für Heintz geschaffene Stelle des zweiten Präsidenten des Oberappellationsgerichts wieder aufgehoben und infolgedessen Georg Freiherr von Tautphoeus zum ersten und Franz Xaver von Molitor zum zweiten Direktor am Oberappellationsgericht ernannt.²⁵⁷¹

Neben seinem dienstlichen Werdegang fand Heintz vor allem auch Erfüllung im privaten Bereich, so war er von Jugend an interessiert an Mathematik und Naturwissenschaften aller Art, was unter anderem auch Graf Pocci scherzhaft in einer Karikatur festhielt.²⁵⁷²

²⁵⁶⁴ Abbildung des Verdienstordens der bayerischen Krone, aus: Knussert, Orden in Bayern, Tafel 6, 7, s.u. Anhang 15, 16.

²⁵⁶⁵ BayHStA, (Ordensakten) 11755.

²⁵⁶⁶ Knussert, Orden in Bayern, S. 91; Gritzner, Handbuch, S. 27.

²⁵⁶⁷ Knussert, Orden in Bayern, S. 91; Gritzner, Handbuch, S. 27.

²⁵⁶⁸ Löffler, Reichsräte, S. 111.

²⁵⁶⁹ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582; Alzheimer, Kleinschrod, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 575; s.o. S. 336.

²⁵⁷⁰ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582.

²⁵⁷¹ BayHStA, (MJu) 19325, S. 66.

²⁵⁷² Karikatur von Pocci, aus: Wolter/Pocci, Pocci, S. 22, s.u. Anhang 10.

Beispielsweise entwarf er eine Druckmaschine, die gleichzeitiges Setzen und Drucken ermöglichte und die auf der Londoner Industrieausstellung von 1862 einige Anerkennung ernten durfte.²⁵⁷³ Auch hatte er sich und seiner Familie im Jahre 1863 eine Villa in Tutzing am Starnberger See erbauen lassen,²⁵⁷⁴ deren Gartenanlagen er vom königlichen Ökonomierat Wilhelm Bischoff planen ließ und im Anschluss selbst pflanzte und pflegte.²⁵⁷⁵ Im Zusammenhang mit Heintz' Aufenthalt in Tutzing steht auch die Gründung der dortigen Feuerwehr, denn 1864 brannten die Ökonomiegebäude des Schlosses des Grafen Vieregg in Tutzing, und das alte Brauereigebäude brannte vollständig ab;²⁵⁷⁶ Heintz beteiligte sich selbst zusammen mit der Tutzinger Bevölkerung an der Löschung des Brandes. Im Anschluss daran organisierte Heintz die Tutzinger Feuerwehr, was Graf Pocci in zwei Karikaturen festgehalten hat,²⁵⁷⁷ aus denen einmal ersichtlich wird, dass sich Heintz zeitlebens seine Pfälzer Sprache bewahrt hatte, weiter enthalten die Karikaturen aber auch eine ganz wunderbare und zutreffende Anspielung auf Heintz' Wesen dergestalt, dass er in Bayern die pfälzischen Einrichtungen etablieren wollte und es auch tat, was insbesondere sein Beitrag zur Justizreform belegt. So schildert Pocci Heintz' Anweisungen gegliedert in Paragraphen und lässt Heintz auf die Pfalz als Musterbeispiel verweisen: „§ 3. Beim Lösche ist das Wasser die Hauptsache. Bei uns ‚drübe‘ is aach so.“

Im Heintzschen Landhaus in Tutzing befand sich auch Heintz' Familie, als er am 16. August 1868 in München verstarb. Er selbst war bereits früher von Tutzing nach München zurückgefahren, um ungestört an seinem Referat für den Gesetzgebungsausschuss der Kammer der Reichsräte zur Zivilprozessordnung arbeiten zu können, wo ihn am Morgen des 16. August 1868 ein Schlaganfall ereilte. Die im Hause Heintz arbeitende Köchin fand ihn tot vor dem Rasierspiegel liegen und übermittelte der Familie in Tutzing die traurige Nachricht per Telegramm.²⁵⁷⁸ War Karl Friedrich Heintz noch in den fünfziger Jahren in der Ungnade des Königs und der Regierung gestanden, so wurde er jetzt in der Öffentlichkeit als der treue, gewissenhafte und aufopfernde Staatsdiener dargestellt, der er auch tatsächlich gewesen ist. So berichtet sein Nekrolog in der Allgemeinen Zeitung, dass er unmittelbar nach einer Badekur in Wildbad Kreuth nach München gereist sei, um sein Referat für die Kammer der Reichsräte fertigzustellen.²⁵⁷⁹ Dort habe ihn die Dienerin des Morgens um neun Uhr noch eifrig daran arbeitend angetroffen, und als sie einige Stunden später nochmals nach ihm gesehen habe, sei er bewusstlos auf dem Boden gelegen – erst abends um zehn Uhr sei er in den Armen seiner aus Tutzing herbeigeeilten Familie gestorben.²⁵⁸⁰ Auch König Ludwig II. ließ, sofort nachdem

²⁵⁷³ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582; Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 508.

²⁵⁷⁴ Petzet/Liedke/Neu, Denkmäler in Bayern I/2, S. 608.

²⁵⁷⁵ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582; Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 508; Lutz, in: Der Sportfischer, 1925, S. 56

²⁵⁷⁶ Ow, Vom Wohnturm zu Akademie, in: Roepke, Schloß und Akademie Tutzing, S. 277.

²⁵⁷⁷ Karikaturen von Pocci, aus: Wolter/Pocci, Pocci, S. 130 f., s.u. Anhang 11, 12.

²⁵⁷⁸ Familienbuch, S. 3.

²⁵⁷⁹ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582.

²⁵⁸⁰ Allgemeine Zeitung vom 23.08.1868, S. 3582.

ihm vom Justizministerium das Ableben von Heintz mitgeteilt wurde, der Familie sein Beileid ausdrücken, und auf dem Leichenbegräbnis fanden sich trotz Regens neben der Familie die höchsten Staatsbeamten ein.²⁵⁸¹

²⁵⁸¹ „Dem Leichenbegräbnis des Oberappellationsgerichtspräsidenten etc. Hrn. v. Heintz wohnten außer den zum Theil aus der Pfalz herbeigeeilten Söhnen und Schwiegersöhnen, die drei hier anwesenden HH. Staatsminister Fürst v. Hohenlohe, v. Gresser und v. Schlör, die HH. Staatsräte v. Bomhard und v. Fischer, die Collegien des Obersten Gerichtshofs und des Appellhofs von Oberbayern, dann Kammermitglieder und eine Anzahl von Freunden und Verehrern des Verlebten, trotz des eingetretenen Regenwetters bei.“ (Allgemeine Zeitung vom 20.08.1868, S. 3528; Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 508).

VII. SCHLUSSBETRACHTUNG

Karl Friedrich Heintz, aus einer pfälzischen Familie des Bildungs- und Beamtenbürgertums stammend, hatte als Jurist die Beamtenlaufbahn in der Justiz eingeschlagen und gelangte auf diesem Wege in die höchsten Staatsämter. Als Parlamentarier und insbesondere als Justizminister leistete er wertvolle Beiträge zur Rechtsentwicklung im Königreich Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts. Mit dem GrundlG im Jahre 1848 schuf er ein Reformgesetz, das den weiteren Reformen im Bereich des bayerischen Justizwesens ihre maßgebliche Richtung vorgegeben hatte, und mit der StPON gestaltete er den rechtsrheinischen bayerischen Strafprozess in einer Form, die 30 Jahre Bestand haben sollte, bis die Reichsjustizgesetze mit der StPO am 01. Oktober 1879 einen einheitlichen Strafprozess für das gesamte Deutsche Reich einführten. Durch die bereits vor dem Zustandekommen der Reichsjustizgesetze weitgehend durchgeführte Justizreform in Bayern konnten bayerische Interessen und Positionen auch bei der Justizgesetzgebung für das Deutsche Reich durchgesetzt und Besonderheiten bewahrt werden, von denen einige bis heute Bestand haben.²⁵⁸² Wenn auch Gesetze dem steten Wandel unterworfen sind und letztendlich keinen dauernden Bestand haben, was nicht zuletzt die Abschaffung des auf beinahe 400 Jahre Tradition zurückblickenden Bayerischen Obersten Landesgerichts gezeigt hat,²⁵⁸³ wodurch Bayern ein Symbol seiner Eigenständigkeit, seiner Einzigartigkeit und ein Stück seiner Rechtskultur verloren hat, so war das 19. Jahrhundert doch die maßgebliche Epoche, in der Rechtsstaatsprinzipien niedergelegt wurden, zu denen wir uns heute noch zutiefst bekennen. Heintz hatte als Justizminister des Reformlandtags von 1848 maßgeblichen Anteil an der Begründung dieser Tradition in Bayern, weshalb sein Wirken auch noch heute von Bedeutung ist und Beachtung verdient.

Anders als bei den meisten seiner Zeitgenossen, bei denen in der bewegten Zeit Mitte des 19. Jahrhunderts ein politischer Wandel festgestellt werden kann, ist sich Heintz in seinen politischen Prinzipien stets treu geblieben, weshalb gerade bei ihm eine kontinuierliche gemäßigt liberale Tendenz auffällt.²⁵⁸⁴ So entwickelte er sich in seiner politischen Karriere allein durch den Wandel der Zeit und nicht durch die Veränderung seiner Anschauungen von einem der führenden pfälzischen gemäßigt Liberalen über sein reformerisches Wirken 1848 zu einer *Persona non grata* sowohl für den König als auch für die Radikalliberalen, und erst mit einem abermaligen Wandel der Zeit besserte sich in den 1860er Jahren wieder sein Verhältnis zur bayerischen Krone, und man wusste die Verdienste zu würdigen, die Heintz dem Königreich Bayern geleistet hatte, dem er sich in allen Phasen seines Lebens gänzlich verbunden fühlte. So erinnerten sich die an seinem Grab erschienenen Minister, Staatsräte, Oberappellations- und Appellationsgerichtsräte sowie die Öffentlichkeit und nicht zuletzt seine Familie bei Heintz an einen „hochbegabten, ausgezeichneten und in schwerer Zeit erprobten und treubewährten Diener, des-

²⁵⁸² Biebl, Fäustle, S. 312 ff.

²⁵⁸³ Bayerisches Staatsministerium der Justiz, 350 Jahre Bayerisches Oberstes Landesgericht.

²⁵⁸⁴ So auch Hesse, Gesetzgebung und Gesetzgeber, Materialband, S. 189.

sen Name in den Annalen der bayerischen Gesetzgebung stets ehrenvoll genannt werden wird.“²⁵⁸⁵ „Wie schon sein Aeußeres verrieth, war der Grundton seines Charakters Güte, Milde und Theilnahme; seine Mitarbeiter im Obersten Gerichtshof verehrten in ihm einen humanen, wohlwollenden Vorstand, der jedoch darum nicht minder auf gewissenhafte Pflichterfüllung sah. In seiner Lebensführung herrschte die größte Mäßigkeit und Einfachheit; sein höchstes Glück fand er, wenn er umgeben von seiner Gattin, seinen Kindern und Enkeln auf seinem Landhause zu Tutzing am Starnbergersee verweilte, und hier die Fortschritte beobachtete welche die von ihm selbst gepflanzten und gepflegten Anlagen gemacht hatten.“²⁵⁸⁶ Die Arbeit hofft dazu beigetragen zu haben, das Gedächtnis um die Reformgesetzgebung in Bayern Mitte des 19. Jahrhunderts, die Verdienste von Karl Friedrich Heintz darum sowie seine Persönlichkeit wieder aufgefrischt zu haben.

²⁵⁸⁵ Allgemeine Zeitung vom 18.08.1868, S. 3508.

²⁵⁸⁶ Allgemeine Zeitung vom 18.08.1868, S. 3582; Altstötter, Heintz, in: Staatsministerium der Justiz, Staatsminister I, S. 508.

ABKÜRZUNGEN

A

a.o.	außerordentlich
AblG	Gesetz, die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten betreffend vom 04. Juni 1848
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AmBlPf.	Amts- und Intelligenzblatt des Königlich Bayerischen Rheinkreises
ÄndG StGB 1813	Gesetz einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend

B

BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BayJAPÖ	Bayerische Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung
BayJG	Bayerisches Jagdgesetz (aktuelle Fassung)
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BBG	Bundesbeamtengesetz (aktuelle Fassung)
Beil. BV 1818	Verfassungsbeilage zur Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern vom 26. Mai 1818
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (aktuelle Fassung)
BJagdG	Bundesjagdgesetz (aktuelle Fassung)
BNotO	Bundesnotarordnung (aktuelle Fassung)
BV 1808	Verfassung des Königreichs Bayern vom 1. Mai 1808
BV 1818	Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern vom 26. Mai 1818

C

CC	Code Civil
----	------------

D

dE	des Gesetzentwurfs
dG	des Gesetzes
dVO	der Verordnung

F

FinanzG	Finanzgesetz des Königreichs Bayern vom 28. Dezember 1831
fl.	Gulden
FormVO	Verordnung die Formation der Ministerien betreffend
Fr.	Franken

G

GA	Goltdammers Archiv für Strafrecht
GHHStA	Geheimes Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien
GOKdA	Geschäftsordnung der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayerns
GOKdRR	Geschäftsordnung der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayerns
GrundlG	Gesetz die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichts-Organisation, über das Verfahren in Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betreffend
GVBl.	Gesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern
GVG	aktuelle Fassung
GVG 1850	Gesetz die Gerichtsverfassung betreffend vom 20. August 1850
GVG 1861	Gesetz die Gerichtsverfassung betreffend vom 16. Dezember 1861
GVGE 1849	Gesetzentwurf die Gerichtsverfassung betreffend 1849
H	
Hst.	Hauptstück
HStAHann	Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover
I	
InstrSR	Instruktion für den königlichen Staatsrath 1825
J	
JagdVOPf 1815	die in der Pfalz geltende Jagdverordnung vom 31. September 1815
JGG	aktuelle Fassung
JuS	Juristische Schulung
K	
KdA Beilagen	Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern, Beilagen
KdA GGA Beilagen	Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayerns, Beilagen
KdA GGA Protokolle	Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayerns, Protokolle
KdA Protokolle	Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern, Protokolle
KdA Steno	Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern, Stenographische Berichte

KdRR Beilagen	Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, Beilagen
KdRR GGA Beilagen	Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayerns, Beilagen
KdRR GGA Protokolle	Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayerns, Protokolle
KdRR Protokolle	Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, Protokolle
L	
LA-Speyer	Landesarchiv Speyer
LKA-Speyer	Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz, Speyer
LTWahlG	Gesetz, die Wahl der Landtags Abgeordneten betreffend vom 04. Juni 1848
M	
MinVG	Gesetz die Verantwortlichkeit der Minister betreffend
N	
NDB	Neue Deutsche Biographie
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs Report
O	
o.	ordentlich
P	
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
RegBl.	Regierungsblatt des Königreichs Bayern
RegE	Regierungsentwurf
Rep. KdRR/KdA	Alphabetisches Repertorium über die Verhandlungen der beyden Kammern der Ständeversammlung/des Landtags des Königreichs Bayern
S	
StaR	Staatsregierung
StGB 1813	Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern 1813
StGB I 1813	Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern 1813, erster Teil
StGB II 1813	Strafgesetzbuch für das Königreich Bayern 1813, zweiter Teil
StGBPf	Code pénal in seiner in der Pfalz geltenden Fassung

StPO	Strafprozessordnung (aktuelle Fassung)
StPON	Gesetz, die Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr.
StPOPf	Code d'instruction criminelle in seiner in der Pfalz geltenden Fassung
V	
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (aktuelle Fassung)
X	
xr.	Kreuzer
Z	
ZPO	Zivilprozessordnung (aktuelle Fassung)
ZPO BS	Zivilprozessordnung Basel Stadt (aktuelle Fassung)
ZPOPf	Code de procédure civil in seiner in der Pfalz geltenden Fassung

LITERATURVERZEICHNIS

Ungedruckte Quellen:

Archiv A. W. Faber-Castell
Fotografiebestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung II: Neuere Bestände (19./20. Jahrhundert):

Akten des Außenministeriums (MA): 70353

Akten des Innenministeriums (MIIn): 44362, 45369, 46055, 46056,

Akten des Justizministeriums (MJu): 19325

Akten des Staatsrats (SR): 879, 880, 896, 898, 905, 906, 2154, 2396, 2398, 3294, 5759

Ordensakten: 15072, 11755

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, Abteilung III: Geheimes Hausarchiv
Nachlass Maximilian II.: 76/6/36, 73/1/1, 79/3/202

Geheimes Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien
Gesandtenberichte aus Bayern (PA): IV/16

Landesarchiv Speyer:
Heintz'scher Nachlass, Bestand T 3 Historischer Verein, Akten und Schriftstücke:
413 - 500

Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz, Speyer:
Nachlass Heintz, Philipp Casimir, Dr. theol. Oberkonsistorialrat (1771 - 1835):
150.001

Niedersächsisches Landesarchiv - Hauptstaatsarchiv Hannover:
Hann. 26a Nr. 575

Privater Nachlass der Nachkommen der Familie Heintz:
Familienbuch 1771 - 1925

Gedruckte Quellen und Literatur

Abschiedt der Römisch-kayserlichen Mayestät und gemeiner Ständt auff dem Reichstag zu Regenspurg Anno 1654 uffgericht, Mäyntz 1654 (Reichstagsabschied zu Regensburg 1654, S.)

Ahrens, Martin, Prozessreform und einheitlicher Zivilprozess, Einhundert Jahre legislative Reform des deutschen Zivilverfahrensrechts vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Verabschiedung der Reichszivilprozessordnung, Tübingen 2007

Alber, Peter-Paul, Die Geschichte der Öffentlichkeit im deutschen Strafverfahren, Berlin 1974

Albrecht, Dieter (Hrsg.), Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, München 1969

Allgemeine Zeitung, Augsburg, 13.03.1848, 15.03.1848, 16.03.1848, 18.08.1868, 20.08.1868, 23.08.1868

Alphabetisches Repertorium über die Verhandlungen der beyden Kammern der Ständeversammlung/des Landtags des Königreichs Bayern in den Jahren 1819 – 1869

Altstötter, Josef, Dr. Karl Friedrich von Heintz (1848 – 1849), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 1, 1. Teil (1818 - 1854), München 1931, S. 443 ff.

Alzheimer, Alois, Dr. Karl Freiherr von Kleinschrod (1849 – 1854), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 1, 1. Teil (1818 - 1854), München 1931, S. 511 ff.

Alzheimer, Alois, Sebastian Freiherr von Schrenck, in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 1, 1. Teil (1818 - 1854), München 1931, S. 275 ff.

Andreae, Julius/Griessbach, Fritz, Die Burschenschaft der Bubenreuther, 1817 – 1967, Erlangen 1967

Aretin, Karl Otmar von, Bayerns Weg zum souveränen Staat, Landstände und konstitutionelle Monarchie, 1714 – 1818, München 1976

Arnold, Die Strafprozeß-Ordnung für das Kaiserthum Oesterreich vom 29. Juli 1853, in: Der Gerichtssaal, Jg. 6, Bd. 1, 1854, S. 77 ff., S. 145 ff., S. 204 ff., S. 282 ff.

Arnold, Friedrich Christian von, Praktische Erörterungen aus dem Rechtsgebiete, Erlangen 1853

Arnold, Hermann, Juden in der Pfalz, vom Leben pfälz. Juden, Landau 1988
Arnold, Hermann, Von den Juden in der Pfalz, Speyer 1967
Arnold, Unbedingte Unzulässigkeit der reformatio in pejus in Strafsachen, in: Der Gerichtssaal, Jg. 10, 1858, S. 207 ff.
Augsburger Postzeitung, Augsburg, 31.03.1848, 20.11.1849
Baenkler, Hanns-Wolf, Kurzlehrbuch Innere Medizin, Innere Medizin, 163 Tabellen, Stuttgart (u.a.) 2007
Bärmann, Johannes/Gerlich, Alois/Petry, Ludwig, Habacher Gespräche 1962, Bd. 1, Wiesbaden 1964
Bartenstein, Karl, Zur Theorie des bayerischen und preußischen Jagdrechts, Nürnberg 1912
Barth, Marquard, Commentar zur neuen Civilprozeßordnung für das Königreich Bayern, 3 Bde., Nördlingen 1869 (Bd. 1), 1870 (Bd. 2), 1871 (Bd. 3)
Bauer, Hans Joachim, Das Appellationsgericht der Pfalz im Spiegel der „Annalen der Rechtspflege“, in: Paulsen, Sven, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, 1815 Appellationshof, Oberlandesgericht 1990, Festschrift, Neustadt an der Weinstrasse 1990, S. 163 ff.
Bauer, Wolfram, Der prozessuale Tatbegriff, in: NStZ 2003, S. 174 ff.
Baumann, Kurt, Das pfälzische Appellationsgericht in der Zeit von 1815 – 1871, Die pfälzische Justiz im Kampf um den modernen Rechtsstaatsgedanken, in: Reinheimer, Wilhelm (Hrsg.), Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, Festschrift zum 150 jährigen Bestehen des Pfälzischen Oberlandesgerichts, Zweibrücken 1965, S. 1 ff.
Baumann, Kurt, Die Kontinuität der revolutionären Bewegungen in der Pfalz von 1792 bis 1849, in: Bärmann, Johannes/Gerlich, Alois/Petry, Ludwig, Habacher Gespräche 1962, Bd. 1, Wiesbaden 1964, S. 1ff.
Baumann, Kurt (Hrsg.), Pfälzer Lebensbilder, Bd. 1, Speyer 1964
Baumgarten, H., Karl Ludwig Sand, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 30, Berlin 1880, S. 338 f.
Bayerischer Notarverein, Festschrift 125 Jahre bayerisches Notariat, München 1987
Bayern, Maximilian I. Kurfürst, Gerichts- Malefitz- und andere Ordnungen. Der Fürstenthumben Obern und Nidern Bayrn, München 1616
Becker, Hans-Jürgen, Die bayerische Rheinpfalz und das rheinische Recht, in: Wadle, Elmar Hrsg., Philipp Jakob Siebenpfeiffer und seine Zeit im Blickfeld der Rechtsgeschichte, Sigmaringen 1991, S. 19

-
- Becker, Hans-Jürgen, Das Rheinische Recht und seine Bedeutung für die Rechtsentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: JuS 1985, S. 338 ff.
-
- Behlen, Stephan, Real- und Verbal-Lexicon der Forst- und Jagdkunde mit ihren Hülfswissenschaften, G – H, Bd. 3, Frankfurt am Main 1842
-
- Beling, Ernst von, Deutsches Reichsstrafprozeßrecht, Mit Einschluß des Straferichtsverfassungsrechts, Berlin (u.a.) 1928
-
- Bergsträsser, Die Heidelberger „Deutsche Zeitung“ und ihre Mitarbeiter, in: Historische Vierteljahrschrift, Bd. 31, 1937, S. 127 ff.
-
- Bessel, August, Die Subhastation nach Rheinischem Rechte, 2 Teile, Köln 1852
-
- Beulke, Werner, Strafprozessrecht, 11. Aufl., Heidelberg/München/Landsberg (u.a.) 2010
-
- Bibra, Wilhelm von, Beiträge zur Familien Geschichte der Reichsfreiherrn von Bibra, Auf Grund urkundlicher Nachrichten, München 1880 (Bd. 1), 1882 (Bd. 2), 1883 (Bd. 3/1)
-
- Bibra, Wilhelm von/Walch, Bernhard, Geschichte der Familie der Freiherrn von Bibra, für die Familie als Manuscript in Druck gegeben, München 1870
-
- Biebl, Gregor, Bayerns Justizminister v. Fäustle und die Reichsjustizgesetze, Ein Beitrag zum deutschen Föderalismus in der Bismarckzeit, Ebelsbach 2003
-
- Biebl, Werner, Die Staatsanwaltschaft bei dem Bayerischen Obersten Landesgericht, Generalstaatsanwaltschaft bei dem Bayerischen Obersten Landesgericht, 3. Aufl., München 1995
-
- Biener, Friedrich August, Abhandlungen aus dem Gebiete der Rechtsgeschichte, Leipzig 1846
-
- Biundo, Georg, Die evangelischen Geistlichen der Pfalz seit der Reformation, Pfälzisches Pfarrerbuch, Neustadt an der Aisch 1968
-
- Biundo, Georg, Philipp Casimir Heintz und die Heintzische Familie, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte, Bd. 12, 1936, S. 100 ff.
-
- Bohnert, Joachim, Die Abschlussentscheidung des Staatsanwalts, Berlin 1992
-
- Bonkhoff, Bernhard/ Heiß, Georg, Familienbuch der Familie Heintz, in: Landkreis Kusel (Hsg.), Westricher Heimatbücher, Heimatkundliche Mitteilungen aus Kreis Kusel (n.F.), Jg 42, Heft 3, S. 100ff.
-
- Bonkhoff, Bernhard, Geschichte der Vereinigten Protestantisch Evangelisch Christlichen Kirche der Pfalz 1818 – 1861, München 1986
-
- Bonkhoff, Bernhard, Philipp Casimir Heintz (1771 – 1835), Eine Biographie, in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde, Sonderdruck, Jg. 46, Speyer 1979, S. 73 ff.
-

Bonnin, Pascal/Lagrange, E., Commentaire du Code d'instruction criminelle, suivi d'un formulaire d'actes, Paris 1845

Bosl, Karl, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern, landständische Bewegung, landständische Verfassung, Landesausschuß und altständische Gesellschaft, München 1974

Bosl, Karl, Vormärz und Revolution 1848, Der freiheitlich demokratische und der einheitliche Nationalstaat, in: Gerlich, Alois, Hambach 1832, Anstöße und Folgen, Wiesbaden 1984, S. 1 ff.

Botzenhart, Manfred, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit, Düsseldorf 1977

Brater, Carl Ludwig Theodor, Gesetz vom 4. Juni 1848, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, Erlangen 1860

Brater, Carl Ludwig Theodor/Bluntschli, Johann Caspar (Hrsg.), Deutsches Staats-Wörterbuch, Bd. 10, Stuttgart/Leipzig 1867

Brater, Karl, Das Bayerische Staatsbürgerrecht II, in: Blätter für administrative Praxis, Bd. 5, Nr. 18, Nördlingen 1855, S. 273 ff.

Brunner, Max, Die Hofgesellschaft, Die führende Gesellschaftsschicht Bayerns während der Regierungszeit König Maximilian II., München 1987

Buddeus, Aurelio, Baiern unter den Übergangsministerien von 1847 – 49, Erster Abschnitt, Vom Sturze Abel's bis zu König Ludwig's Thronentsagung, in: Die Gegenwart, Eine encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, Bd. 7, Leipzig 1852, S. 688 ff.

Buddeus, Aurelio, Baiern unter den Übergangsministerien von 1847 – 49, Zweiter Abschnitt, Vom Regierungsantritt König Maximilian's II. bis zum Ministerium Pfordten, in: Die Gegenwart, Eine encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, Bd. 10, Leipzig 1855, S. 29 ff.

Buddeus, Johann Karl Immanuel/Buddeus, Arthur, Deutsches Anwaltsbuch, Ein Handbuch zur auswärtigen Proceßführung in allen deutschen Landen, nebst Verzeichnissen sämmtlicher Sachwalter in Deutschland, Leipzig 1845

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, Festschrift zum 100jährigen Gründungstag des Reichsjustizamtes am 1. Januar 1877, Köln 1977

Burger, Hans, Geschichte und Probleme der Biersteuer (insbesondere in Bayern), Graz 1961

Busley, Hermann Joseph, Das pfälzisch bayerische Verhältnis in der Revolutionszeit 1848/49, in: Fenske, Hans, Die Pfalz und Bayern, 1816 – 1956, Speyer 1998, S. 67 ff.

Châtelet-Lange, Liliane, Die Catharinenburg, Residenz des Pfalzgrafen Johann Casimir von Zweibrücken, Ein Bau der Zeitenwende 1619 – 1622, Stuttgart 2000

Chroust, Anton, Gesandtschaftsberichte aus München, Abteilung 2, Die Berichte der österreichischen Gesandten, 4 Bde., München 1939 (Bd. 1), 1941 (Bd. 2), 1942 (Bd. 3, 4)

Coing, Helmut, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 3, Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Grundeigentums und Grundkredits, Frankfurt am Main 1976

Cucumus, Konrad, Lehrbuch des Staatsrechts der konstitutionellen Monarchie Baierns, Würzburg 1825

Daniels, Alexander von, Grundsätze des rheinischen und französischen Strafverfahrens, Mit vergleichender Berücksichtigung der auf Mündlichkeit, Öffentlichkeit und Schwurgericht gegründeten neuesten Gesetze und Gesetzesentwürfe, Berlin 1849

Das Strafrecht für das Königreich Bayern, enthaltend: das Strafgesetzbuch, Polizeistrafgesetzbuch und Einführungsgesetz zu beiden vom 10. Nov. 1861 nebst den gesetzlichen Bestimmungen über Aufhebung der Straffolgen und der Kgl. Vdg. vom 5. Jän. 1862 über Entschädigung der Geschwornen, Sachverständigen u. Zeugen in Strafsachen, München 1862

Deppenkemper, Gunter, Beweiswürdigung als Mittel prozessualer Wahrheitserkenntnis, Eine dogmengeschichtliche Studie zu Freiheit, Grenzen und revisionsgerichtlicher Kontrolle tatrichterlicher Überzeugungsbildung (§ 261 StPO, § 286 ZPO), Göttingen 2004

Der Sportfischer, Illustrierte Monatszeitschrift für die gesamte Sportfischerei, Jg. 2, Heft 3, Dr. Karl Heintz Heft, München 1925

Dickopf, Karl, Georg Ludwig von Maurer (1890 – 1872), in: Baumann, Kurt (Hrsg.), Pfälzer Lebensbilder, Bd. 1, Speyer 1964, S. 218 ff.

Dickopf, Karl, Georg Ludwig von Maurer, 1790 – 1872, Eine Biographie, Kallmünz 1960

Die Reform des Strafverfahrens in Bayern, München 1860

Die vermeintliche Abgaben-Ueberbürdung der Pfalz, geprüft aus Anlaß der Denkschrift Georg Friedrich Kolbs: Die Steuer-Ueberbürdung der Pfalz, gegenüber der Besteuerung der übrigen bayerischen Kreise, München 1847

Dirrigl, Michael, Maximilian II., König von Bayern, 1848 – 1864, 2. Bde, München 1984

Döbig, Friedrich, Dr. Friedrich von Ringelmann (1854 – 1859), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 2, 2. Teil (1854 – 1918), München 1931, S. 577 ff.

Döbig, Friedrich, Dr. Karl Freiherr von Mulzer (1859 – 1864), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 2, 2. Teil (1854 – 1918), München 1931, S. 647 ff.

Dobmann, Franz, Georg Friedrich Freiherr von Zentner als bayerischer Staatsmann in den Jahren 1799 - 1821, Kallmünz 1962

Doeberl, Michael/Spindler, Max, Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3 Bde. München 1916, 1928, 1931

Dölemeyer, Barbara, Die bayerischen Kodifikationsbestrebungen, in: Coing, Helmut (Hrsg.), Ius Commune, Zeitschrift für europäische Rechtsgeschichte, Bd. 5, Frankfurt am Main 1975, S. 138 ff.

Dölemeyer, Barbara, Repertorium ungedruckter Quellen zur Rechtsprechung, Deutschland 1800 – 1945, 2 Bde., Frankfurt am Main 1995

Doll, Ludwig Anton, Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden, Koblenz 1979

Döllinger, Georg, Sammlung der im Gebiete der inneren Staatsverwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, 34 Bde., München 1835 – 1854

Dollmann, Carl Friedrich von, Die Gesetzgebung des Königreichs Bayern seit Maximilian II., mit Erläuterungen, Strafrecht und Strafprozeß, Bd. 3/3, Erlangen 1862

Dollmann, Carl Friedrich von, System des bayerischen Strafprozeßrechtes, Erlangen 1864

Dollmann, Carl Friedrich von, Die Gesetzgebung des Königreichs Bayern seit Maximilian II., mit Erläuterungen, Strafrecht und Strafprozeß, Bd. 3/4,1, Erlangen 1868

Dollmann, Repertorium zum Strafprozessgesetz vom 10. Nov. 1848, einschlässig der Modifikationen durch die Gesetzgebung vom Jahre 1861, Separatdruck aus: Dollmann, Gesetzgebung des Königreichs Bayern, Erlangen 1862

Dresch, Leonhard von, Grundzüge des bayerischen Staatsrechtes, Ulm (u.a.) 1835

Dülmen, Richard van, Gesellschaft und Herrschaft, Forschungen zu sozial- und landesgeschichtlichen Problemen vornehmlich in Bayern, eine Festgabe für Karl Bosl zum 60. Geburtstag, München 1969

Edel, Carl, Das k. b. Gesetz vom 1. Juli 1856 einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren in den Landestheilen diesseits des Rheins betreffend, Nördlingen 1857

Edel, Carl, Dask.-bayerische Gesetz vom 10. November 1861, die Gerichtsverfassung betreffend, 2. Aufl., Nördlingen 1862

Edel, Carl, Dask.-bayerische Gesetz vom 10. November 1861, die Gerichtsverfassung betreffend, 2. Aufl., Nördlingen 1862

Epping, Volker/Hillgruber, Christian, Beck'scher Online Kommentar zum Grundgesetz, Stand 01.06.2010, Aufl. 7, München 2010

Felder, Ingrid, Pfarrer Philipp Casimir Heintz (1771 - 1835), Versuch einer Biographie, Kaiserslautern 1967

Fellner, Christoph, Die Reform der bayerischen Zivilrechtspflege von den ersten Anregungen des Landtags im Jahre 1819 bis zur Gründung des Deutschen Reichs, München 1986

Feltes, Thomas/Pfeiffer, Christian/Steinhilper, Gernot (Hrsg.), Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag, Heidelberg/München (u.a.) 2006

Fenske, Hans, Die Pfalz und Bayern, 1816 – 1956, Speyer 1998

Fenske, Hans, Rheinkreis Pfalz Westmark, Über den Namen der Pfalz und das Selbstverständnis ihrer Bewohner im 19. und 20. Jahrhundert, in: Staab, Franz, Die Pfalz, Probleme einer Begriffsgeschichte vom Kaiserpalast auf dem Palatin bis zum heutigen Regierungsbezirk, Referate und Aussprachen der Arbeitstagung vom 4. – 6. Oktober 1988 in St. Martin/Pfalz, Speyer 1990, S. 211 ff.

Feuerbach, Paul Johann Anselm von, Betrachtungen über das Geschworen-Gericht, Landshut 1813

Feuerbach, Paul Johann Anselm von, Betrachtungen über die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeitspflege, 2. Bde, Gießen 1821, 1825

Fiedler, Britta Clara, Der rheinbayerische Kassationsgerichtshof von seiner Errichtung bis zur Verlegung an das Oberappellationsgericht zu München, Frankfurt am Main 2004

Findeisen, Jörg-Peter, Karl XII. von Schweden, Ein König, der zum Mythos wurde, Berlin 1992

Finken, Ursula, Gottlieb Freiherr von Thon-Dittmer, 1802 - 1853; politische Biographie eines bayerischen Frühliberalen, Kallmünz 1990

Foerster, Cornelia, Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33, Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982

Fränkischer Merkur, Bamberg, 20.03.1848

Fraas, Landwirtschaftliche Zustände Oberbayerns, in: Zeitschrift des Vereins für Deutsche Statistik, 1848, S. 107 ff.

Franck, Jakob, Philipp Casimir Heintz, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 11 Berlin 1880, S. 662 f.

Franz, Eckhart G./Hofmann, Hanns Hubert/Schaab, Meinhard, Gerichtsorganisation in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen im 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1989

Frey, Ludwig, Frankreichs Civil- und Criminalverfassung, mit Beziehungen auf England, Nebst e. Darstellung d. in Deutschland erschienenen vollständig in sich abgeschlossenen Gerichtsverfassungen, Erlangen 1851

Freyberg, Maximilian von/Montgelas, Ludwig von (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des bayerischen Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas, 1799 – 1817, Stuttgart, 1887

Fuhrmann, Horst, Sind eben alles Menschen gewesen, Gelehrtenleben im 19. und 20. Jahrhundert, Dargestellt am Beispiel der Monumenta Germaniae Historica und ihrer Mitarbeiter, München 1996

Geiger, August von Kotzebue, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 16, Berlin 1880, S. 772 ff.

Geppert, Klaus, Das Opportunitätsprinzip, in: Jura 1986, S. 309 ff.

Gerlich, Alois, Hambach 1832, Anstöße und Folgen, Wiesbaden 1984, S. 1 ff.

Giebel, Hans Rainer, Strukturanalyse der Gesellschaft des Königreichs Bayern im Vormärz 1818 – 1848, München 1971

Gneist, Rudolf von, Die Bildung der Geschworenengerichte in Deutschland, Neudr. der Ausg. Berlin 1849, Aalen 1967

Goethe, Johann Wolfgang von, Faust, Der Tragödie erster Teil, Stuttgart, München (u.a.) 2000

Gollwitzer, Heinz, Die Standesherrn, Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815 – 1918, Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Göttingen 1964

Gollwitzer, Heinz, Ein Staatsmann des Vormärz, Karl von Abel, 1788 – 1859, Beamtenaristokratie – monarchisches Prinzip – politischer Katholizismus, Göttingen 1993

Gollwitzer, Heinz, Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz, eine politische Biographie, München 1987

Götschmann, Dirk, Der bayerische Landtag und die Pfalz 1819 – 1848, in: Fenske, Hans, Die Pfalz und Bayern, 1816 – 1956, Speyer 1998, S. 41 ff.

Götschmann, Dirk, Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz, Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern, 1819 – 1848, Düsseldorf 2002

Götschmann, Dirk, Das bayerische Innenministerium, 1825 – 1864, Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluss einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie, Göttingen 1993

Götschmann, Dirk/Henker, Michael (u.a.), Geschichte des Bayerischen Parlaments 1819 – 2003, Augsburg 2003

Gradinger, Rosa, Kgl. Max Joseph-Stift 27. Mai 1813 1913, Geschichte der Anstalt, München 1913

Graf, J. B., Die Siegelmäßigkeit in Bayern, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte, Bd. 3, München 1841, S. 313 ff.

Graf, Jürgen Peter/Allgayer, Peter, Strafprozessordnung, StPO, Mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen, Kommentar, München 2010

Greindl, Gabriele, Untersuchungen zur bayerischen Ständeversammlung im 16. Jahrhundert Organisation, Aufgaben und die Rolle der adeligen Korporation, Miscellanea Bavarica Monacensia, Nr. 121, München 1983

Gritzner, Maximilian, Handbuch der Ritter- und Verdienstorden aller Kulturstaaen der Welt innerhalb des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1981

Gülsdorff, Friedrich-Wilhelm, Die Entwicklung des Bayerischen Jagdrechts bis 1850 unter besonderer Beachtung der Diskussion um die Regalität, Würzburg 1975

Haan, Heiner, Die Anfänge der Industrialisierung in der Pfalz, in: Albrecht, Dieter (Hrsg.), Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag, München 1969, S. 633 ff.

Haan, Heiner, Die bayerische Personalpolitik in der Pfalz von 1816/18 bis 1849, in: Herrmann, H. W./Heyen F. J./Mathy H./Wagner F. L. (Hrsg.), Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Jg. 3, Koblenz 1977, S. 351 ff.

Haan, Heiner, Die Stellung der Pfalz in der Bayerischen Verfassung von 1818, in: Kraus, Andreas (Hrsg.), Land und Reich, Stamm und Nation, Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte, Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, München 1984, S. 453 ff.

Halm, Karl Felix, Daniel Heinsius, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 11, Berlin 1880, S. 653 ff.

Hannich, Rolf/Appl, Ekkehard (Hrsg.), Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, StPO, Strafprozessordnung, Mit GVG, EGGVG und EMRK, 6. Aufl., München 2008

Hattenhauer, Hans, Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des deutschen Rechts, 4. Aufl., Heidelberg 1996

Hauff, Ludwig, Leben und Wirken Maximilian II., König's von Bayern, Ein Volksbuch, München 1864

Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation, Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990

Hederer, Oswald/Gärtner, Friedrich von, Friedrich von Gärtner, 1792 – 1847, Leben, Werk, Schüler, München 1976

Heigel, Christian Hofenfels, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 12, Berlin 1880, S. 557 ff.

Heigel, Karl Theodor von, Christian IV., in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 4 Berlin 1876, S. 173 ff.

Heigel, Karl Theodor von, Karl II. (Herzog von Pfalz-Zweibrücken), in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 15 Berlin 1882, S. 336 ff.

Heigel, Karl Theodor, Das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832, in: Historische Zeitschrift, Bd. 111, Heft 1, 1913, S. 54 ff.

Heintz, August, Die Bayerische Pfalz unter den Römern, Ein Beitrag zur Feststellung der römischen Topographie des linken Rheinufers, Mit einer Übersichtsarte, Kaiserslautern 1865

Heintz, August, Die Burg Trifels, in: Mittheilungen des historischen Vereins der Pfalz, Bd. 7, Speyer 1878

Heintz, August, Die Nachkommen von Dr. Philipp Casimir Heintz eine Familienchronik aus den Jahren 1844 bis 1850, München 1903

Heintz, August, Die Urkunden des ehemaligen Cisterzienserklosters Werschweiler bei Zweibrücken, für seine Westricher Geschichtsfreunde ges. von Aug. Heintz, München 1882

Heintz, August, Einige Blätter aus der Geschichte der Grafschaft Falkenstein am Donnersberge, in: Mittheilungen des historischen Vereines der Pfalz, Bd. 7, Speyer 1878, S. 19 ff.

Heintz, August, Karte der bayerischen Pfalz unter den Römern, Kaiserslautern 1865

Heintz, August, Verschollene Ortsnamen, in: Mitteilungen des Historischen Vereines der Pfalz, Bd. 5, Speyer 1875, S. 49 ff.

Heintz, August, Zur Geschichte von Schallodenbach, in: Mittheilungen des historischen Vereines der Pfalz, Bd. 5, Speyer 1875, S. 31 ff.

Heintz, August/Heinzelmann, Auguste, Das Leben des Oberkonsistorialrates Dr. Philipp Casimir Heintz und seiner Gattin Friederike Heintz, geb. Richter, nach den Aufzeichnungen von Ministerialrat August Heintz, Hrsg. von Auguste Heinzelmann, München 1903

Heintz, Karl Friedrich/Damm, Carl/Weis, Ludwig (Hrsg.), Annalen der Rechtspflege in der K. Bayerischen Pfalz, Landau 1847

Heintz, Karl Friedrich, Das pfälzische Gerichtswesen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Paulsen, Sven, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, 1815 Appellationshof, Oberlandesgericht 1990, Festschrift, Neustadt an der Weinstrasse 1990, S. 101 ff.

Heintz, Karl, Der Angelsport im Süßwasser, Faksimile-Druck der 5. Aufl. 1922, Riehen 2008

Heintz, Karl, Der Angelsport im Süßwasser, München, Berlin 1903

Heintz, Philipp Casimir, Kriegstagebuch aus dem französischen Revolutionskrieg, 1928

Heintz, Philipp Casimir, Le collège de Deux-Ponts depuis sa fondation jusqu'à nos jours, Zweibrücken 1816

Herr Ministerialrath Dr. Weis und das Ministerium Pfordten Reigersberg, Sammlung von Schriften, die bayerischen Landtagswahlen 1863 betreffend, Bd. 4, Isarzeitung Nr. 112, München 1863

Herrmann, H. W./Heyen F. J./Mathy H./Wagner F. L. (Hrsg.), Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Jg. 3, Koblenz 1977

Hesse, Horst, Gesetzgeber und Gesetzgebung in Bayern, 2. Bde, Weilheim 1984, 1987

Heydenreuther, Reinhard, Kriminalgeschichte Bayerns, Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Regensburg 2008

Hilgard, Theodor, Meine Erinnerungen, Heidelberg 1860

Hill, David, Ethelred the unready, Papers from the millenary conference, Oxford 1978

Hippel, Robert von, Der deutsche Strafprozess, Lehrbuch, Marburg 1941

Hirsch, Günter, Die Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts, NJW 2006, S. 3255 ff.

Hirschhausen, Ulrike von, Liberalismus und Nation, die Deutsche Zeitung, 1847 - 1850, Düsseldorf 1998

Hoffmann, Hans, Johann Gottfried Eisenmann, 1795 – 1867, Ein fränkischer Arzt und Freiheitskämpfer, in: Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e.V. Würzburg (Hrsg.), Mainfränkische Hefte, Heft 49, Volkach 1967

Hoffmann, Lothar (u.a.) (Hrsg.), Fachsprachen, Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, 2. Halbbd., Berlin 1999

Höhne, Ernst, Die Bubenreuther, Geschichte einer deutschen Burschenschaft, Erlangen 1936

Holzbauer, Andreas, Eduars von Bomhard (1864 – 1867), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 2, 2. Teil (1854 – 1918), München 1931, S. 721 ff.

Horatius Flaccus, Quintus/Rudd, Niall (Hrsg.), Odes and epodes, Cambridge 2004

Horaz, Ars Poetica, Die Dichtkunst, Lateinisch/Deutsch, Ditzingen 2005

Horlacher, Michael, Der Wert der Pfalz für Bayern und das Reich, Zugleich Erinnerungsschrift zur Hundertjahrfeier der Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern 1816 – 1916, Diessen 1920

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Stuttgart 1995 (Bd. 1), 1988 (Bd. 2, 3), 1994 (Bd. 4), 1992 (Bd. 5), 1993 (Bd. 6), 1984 (Bd. 7), 1991 (Bd. 8)

Huber, Max, Ludwig I. von Bayern und die Ludwig Maximilians Universität in München, 1826 – 1832, Würzburg 1939

Huffmann, Helga, Geschichte der rheinischen Rechtsanwaltschaft, Köln 1969

Hummel, Karl-Joseph, München in der Revolution von 1848/49, Göttingen 1987

Jäger, Kurt, Die Ermordung Kotzebues, Ein politisches Attentat machte deutsche Geschichte, in: Damals, das Magazin für Geschichte und Kultur, Heft 2, Leinfelden Echterdin 1971, S. 115 ff.

Karsten, Franz Christian, Landwirtschaftliche Annalen des Mecklenburgischen Patriotischen Vereins, Rostock 1827

Kayser, Fritz, Medizinische Mikrobiologie, Taschenlehrbuch Medizinische Mikrobiologie, Taschenlehrbuch, Ideal für die neue AO, Immunologie, Hygiene, Infektiologie, Bakteriologie, Mykologie, Virologie, Parasitologie, 11. Aufl., Stuttgart (u.a.) 2005

Kern, Eduard, Geschichte des Gerichtsverfassungsrechts, München (u.a.) 1954

Kiessling, Rolf/Schmid, Anton, Das staatliche Gewaltmonopol, Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern, Hrsg. von Karl Bosl, Abt. III Bayern im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5, München 1978

Klefisch, Th., Rechtsmittel gegen Strafurteile im künftigen Strafprozeß, in: NJW 1951, S. 330 ff.

Kleinschmidt, Arthur, Friedrich VI., in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 7 Berlin 1878, S. 461 f.

Kleinschmidt, Arthur, Gustav Samuel Leopold, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 10 Berlin 1879, S. 188 f.

Kleinschmidt, Arthur, Johann Casimir (Pfalzgraf bei Rhein zu Zweibrücken-Kleeberg), in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 14, Berlin 1881, S. 776 f.

Knott, R., Karl August Steinheil, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 35, Berlin 1893, S. 720 ff.

Knussert, Gustav, Orden, Ehren- und Verdienstzeichen, Denk- und Dienstalters-Zeichen in Bayern, Orden in Bayern, Reprint der Orig.-Ausg., Offenbach am Main 1997

Köhler, Dieter, Die Beschwerde wegen Verletzung konstitutioneller Rechte in der bayerischen Verfassung von 1818, München 1965

Kolb, Georg Friedrich, Der Baierische Landtag von 1845/46, in: Weil, Karl (Hrsg.), Konstitutionelle Jahrbücher, Jahrgang 4, Bd. 1 S. 127 ff., Bd. 2, S. 149 ff., Stuttgart 1846

Kolb, Georg Friedrich, Die Steuer-Ueberbürdung der Pfalz gegenüber der Besteuerung der übrigen baierischen Kreise, Mannheim 1846

Kolb, Georg Friedrich/Merckle, Ludwig, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808 – 1884, Hrsg. von Ludwig Merckle, Freiburg 1976

Kopp, Ferdinand, Schenke, Wolf Rüdiger, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 15. Aufl., München 2007

Kotulla, Michael, Deutsche Verfassungsgeschichte, vom Alten Reich bis Weimar (1495 - 1934), Berlin u.a. 2008

Kotulla, Michael, Deutsches Verfassungsrecht, 1806 – 1918, Eine Dokumentensammlung nebst Einführungen, 3. Bde, Berlin 2006 (Bd. 1), 2007 (Bd. 2), 2010 (Bd. 3)

Kraus, Andreas (Hrsg.), Land und Reich, Stamm und Nation, Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte, Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, München 1984

Krauss, Marita, Herrschaftspraxis in Bayern und Preußen im 19. Jahrhundert, Frankfurt 1997

Kreutz, Wilhelm, Das Hambacher Fest 1832, Das deutsche Freiheitsfest im europäischen Völkerfrühling, Mainz 2007

Kruis, Konrad, Das Bayerische Oberste Landesgericht und die föderale Gliederung der Rechtspflege, in: NJW 2004, S. 640 ff.

Kuby, Alfred Hans, Juden in der Provinz, Beiträge zur Geschichte der Juden in der Pfalz zwischen Emanzipation und Vernichtung, Neustadt a.d. Weinstrasse 1988

Kulišer, Iosif, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2 Bde., München/Berlin 1965

Küper, Wilfried, Die Richteridee der Strafprozessordnung und ihre geschichtlichen Grundlagen, Berlin 1967

Landau, Peter, Die Reichsjustizgesetze von 1879 und die deutsche Reichseinheit, in: Bundesministerium der Justiz, Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, Festschrift zum 100jährigen Gründungstag des Reichsjustizamtes am 1. Januar 1877, Köln 1977, S. 161 ff.

Landau, Peter, Schwurgerichte und Schöffengerichte in Deutschland im 19. Jahrhundert bis 1870, in: Schioppa, Antonio Padoa (Hrsg.), The Trial Jury in England, France, Germany 1700 – 1900, Comparative studies in continental and Anglo-American legal history, Bd. 4, Berlin 1987, 254 ff.

Landtagsarchivariat (Hrsg.), Die Thronreden und Adressen im bayerischen Landtag während der Zeit von 1819 – 1892, I. – XXXI. Landtag, Auf Veranlassung der Bibliothekskommission des Landtags als Probedruck des General Repertoriums über die Landtagsverhandlungen, München 1893

Landwirtschaftlicher Verein in Bayern (Hrsg.), Die Landwirtschaft in Bayern, Denkschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestandes des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, München 1860

Lankes, Christian, München als Garnison im 19. Jahrhundert, die Haupt- und Residenzstadt als Standort der Bayerischen Armee von Kurfürst Max IV. Joseph bis zur Jahrhundertwende, Berlin u.a. 1993

Latzin, Ellen, Bayern und die Pfalz, eine historische Beziehung voller Höhen und Tiefen, Einsichten und Perspektiven Themenheft 2/2006, Stammsried 2006

Leeb, Josef, Wahlrecht und Wahlen zur Zweiten Kammer der bayerischen Ständeversammlung im Vormärz (1818 – 1845), 2. Bde, Göttingen 1996

Lenk, Leonhard, Das Modell England in der bayerischen Verfassungsdiskussion zwischen 1770 und 1818, in: Dülmen, Richard van, Gesellschaft und Herrschaft, Forschungen zu sozial- und landesgeschichtlichen Problemen vornehmlich in Bayern, eine Festgabe für Karl Bosl zum 60. Geburtstag, München 1969, S. 271 ff.

Lenk, Leonhard, Deutschlands ältestes Parlament, Die Pfälzer Abgeordneten im Bayerischen Landtag 1819 – 1912, in: Stimme der Pfalz, München 1969, S. 4 ff.

Leonhard, Jörn, Liberalismus, Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters, München 2001

Lieberich, Heinz, Die bayerischen Landstände 1313/40 – 1807, Materialien zur bayerischen Landesgeschichte 7, München 1990

Livingston, Edward, A system of penal law for the state of Louisiana, consisting of a code of crimes and punishments, a code of procedure, a code of evidence, a code of reform and prison discipline, a book of definitions, Philadelphia 1833

Löffler, Bernhard, Die bayerische Kammer der Reichsräte, 1848 bis 1918, Grundlagen, Zusammensetzung, Politik, München 1996

Ludyga, Hannes, Die Rechtsstellung der Juden in Bayern von 1819 bis 1918, Studie im Spiegel der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags, Berlin 2007

Mackert, Josef, Von der peinlichen Prozedur zum Anklageprozeß, Ein Beitrag zur Geschichte der Gerichtsorganisation und des Strafprozesses im Großherzogtum Baden 1803 – 1879, in: Schmitt, Herbert, Das vormärzliche Staatsdenken und die Revolution von 1848/49 in Baden, Karlsruhe 1950, S. 89 ff.

Malettke, Klaus, Die Bourbonen, Bd. 3, Von Ludwig XVIII. bis zu Louis Philippe, 1814 – 1848, Stuttgart 2009

Maltby, William S., El Gran duque de Alba, Un siglo de España y de Europa, 1507 – 1582, Girona 2007

Martin, Anselm, Topographie und Statistik des königlich bayerischen Landgerichtes Au bei München, mit Berücksichtigung der medizinischen Verhältnisse desselben, mit einer Ansicht der neuen Pfarrkirche in der Vorstadt Au und einer Uebersichtskarte des königlichen Landgerichts-Bezirktes Au, München 1837

Marx, Werner, Die pfälzischen Abgeordneten im bayerischen Landtag, insbesondere beim ersten Landtag der Reaktionszeit 1849/50, München 1954

Dürig, Günter/Herzog, Roman, Grundgesetz, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, GG, Kommentar, 56. Aufl., München 2009

Mayer, Gustav, Der Bayerische Reformlandtag 1848, München 1924

Mendheim, Max, Johann Georg August Wirth, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 43, Berlin 1898, S. 531 ff.

Menges, Franz, Otto I., in: Stolberg-Wernigerode, Otto zu (Hrsg.), NDB, Bd. 19, Berlin 1999, S. 687 f.

Meyer-Goßner, Lutz/Cierniak, Jürgen/Schwarz, Otto Georg (Hrsg.), Strafprozessordnung, StPO, Gerichtsverfassungsgesetz, Nebengesetze und ergänzende Bestimmungen, 53. Aufl., München 2010

Meyers Konversations-Lexikon, 4. Aufl., 16 Bde., Leipzig 1885 – 1892

Mittelberger, Herta, Johann Christian Freiherr von Hofenfels, 1744 – 1787, München 1934

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Das deutsche Strafverfahren in der Fortbildung durch Gerichtsgebrauch u. Landesgesetzbücher und in genauer Vergleichung mit dem englischen und französischen Strafverfahren, 4. Aufl., 2 Bde. Heidelberg 1845, 1846

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Das englische, schottische und nordamerikanische Strafverfahren, Im Zusammenhange mit den politischen, sittlichen und sozialen Zuständen in den Einzelheiten der Rechtsübung, Erlangen 1851

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Der gemeine deutsche Prozeß in Vergleichung mit dem preußischen und französischen Civilverfahren und mit den neuesten Fortschritten der Prozeßgesetzgebung, Dritter Beitrag, Bonn 1823

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Die gesetzliche Beweistheorie in ihrem Verhältnis zu Geschworenengerichten, in: Neues Archiv für Criminalrecht, 1832, Bd. 12, S. 488 ff., Bd. 13, S. 120 ff., 284 ff.

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Die Lehre vom Beweise im deutschen Strafprozeß nach der Fortbildung durch Gerichtsgebrauch und deutsche Gesetzbücher in Vergleichung mit den Ansichten des englischen und französischen Strafverfahrens, Darmstadt 1834

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffentlichkeit und das Geschworenengericht in ihrer Durchführung in den verschiedenen Gesetzgebungen, Dargestellt und nach den Forderungen des Rechts und der Zweckmäßigkeit mit Rücksicht auf die Erfahrungen der verschiedenen Länder, Stuttgart 1845

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Civilprozeßgesetzgebung und die Grundrichtung derselben, in: AcP 1849, Bd. 32, S. 267, 273 f.

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Die Voruntersuchung, ihre zweckmäßige Anordnung, insbesondere die Bedeutung der Rathskammer, mit Prüfung des französischen Gesetzes vom 17. Juli 1856 über Aufhebung der Rathskammer, in: Der Gerichtssaal, Jg. 9, 1857, Bd. 1, S. 81 ff.

Mittermaier, Carl Joseph Anton, Ueber die Stellung des Assisenpräsidenten, in: Der Gerichtssaal, Jg. 1, 1849, Bd. 1, S. 17 ff.

Möckl, Karl, Der moderne bayerische Staat, Eine Verfassungsgeschichte vom aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende des Reformepoche, München 1979

Mohl, Robert von, Das Repräsentativsystem, seine Mängel und die Heilmittel, Politische Briefe eines Altliberalen, in: Mohl, Robert von/ Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politische Schriften, eine Auswahl, Köln (u.a.) 1966, S. 118 ff.

Mohl, Robert von/Beyme, Klaus von (Hrsg.), Politische Schriften, eine Auswahl, Köln (u.a.) 1966

Mohme, Dietrich, Das Petitionsrecht im Vormärz, Pfaffenweiler 1992

Müller, Johannes, Die Vorgeschichte der Pfälzischen Union, eine Untersuchung ihrer Motive, ihrer Entwicklung und ihrer Hintergründe im Zusammenhange der allgemeinen Kirchengeschichte, Witten 1967

Müller, Karl Alexander von, Karl Ludwig Sand, München, 1925

Müller, Oda, Die Verfassungsbeschwerde nach der Bayerischen Verfassung von 1818, (1818 – 1848), Ein Beitrag zur Geschichte der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland, Frankfurt am Main (u.a.) 2000

Münchner Wochen Zeitung, München, 01.10.1848

Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik, München, 02.12.1848, 12.12.1848, 08.02.1849

Neue Würzburger Zeitung, Würzburg, 20.01.1849

Ney, Theodor Julius, Philipp Jakob Siebenpfeiffer, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 34, Berlin 1892, S. 176 f.

Nürnberger Kurier, Nürnberg, 19.01.1849

Ostadal, Hubert, Die Kammer der Reichsräte in Bayern 1819 – 1848, Ein Beitrag zur Geschichte des Frühparlamentarismus, München 1968

Ow, Meinrad von, Vom Wohnturm zu Akademie, Die Baugeschichte des Schlosses, in: Roepke, Claus-Jürgen, Schloß und Akademie Tutzing, München 1986, S. 266 ff.

Paringer, Thomas, Die bayerische Landschaft, Zusammensetzung, Aufgaben und Wirkungskreis der landständischen Vertretung im Kurfürstentum Bayern (1715 - 1740), Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte Nr. 27, München 2006

Paringer, Thomas, Die Volksvertretung in der Konstitution von 1808, Nationalrepräsentation und Kreisversammlung, in: Albus, Stefanie (u.a.) (Hrsg.) Bayerns Anfänge als Verfassungsstaat die Konstitution von 1808, Eine Ausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, (22. Februar bis 4. Mai 2008), München 2008, S. 59 ff.

Paulsen, Sven, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, 1815 Appellationshof, Oberlandesgericht 1990, Festschrift, Neustadt an der Weinstrasse 1990

Peters, Karl, Strafprozeß, Ein Lehrbuch, 4. Aufl., Heidelberg 1985

Petersen, August, Grundzüge der neuen bayerischen Strafgesetzgebung, in Vergleichung mit den französischen Einrichtungen, in: Der Gerichtssaal, Jg. 1, 1849, Bd. 1, S. 443 ff., Bd. 2, S. 19 ff., 97 ff.

Petri, Franz/Droege, Georg, Rheinische Geschichte, 4 Bde., Düsseldorf 1978 (Bd. 1,1), 1980 (Bd. 1,2), 1983 (Bd. 1,3), 1976 (Bd. 2), 1979 (Bd. 3), 1978 (Bd. 4)

Petzet, Michael/Liedke, Volker/Neu, Wilhelm, Denkmäler in Bayern, Bd. 1,2, Oberbayern, Ensembles, Baudenkmäler, archäologische Geländedenkmäler, München 1986

Piendl, Max, Die Gerichtsbarkeit des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg, in: Schottenloher, Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich, S. 292 ff.
Pierer's Universal-Lexikon der Vergangenheit und Gegenwart oder neuestes encyclopädisches Wörterbuch, Bd. 17, Altenburg 1863
Pistorius, Theodor von, Die Staatsgerichtshöfe und die Ministerverantwortlichkeit nach heutigem deutschem Staatsrecht, Tübingen 1891
Pözl, Joseph von, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, 3. Aufl., München 1860
Prenitzer, Leopold, Handbuch der gutsherrlichen Rechte und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit in Bayern, Regensburg 1847
Preußen, Friedrich II. von/Görtz, Johann Eustach von (Hrsg.), Mémoire historique de la négociation en 1778 pour la succession de la Bavière, confiée par le Roi de Prusse Frédéric le Grand au Comte Eustache de Goertz, Frankfurt a.M. 1812
Preußen/Görtz, Mémoire historique de la négociation en 1778
Probst, Joseph, Geschichte der Stadt und Festung Gernersheim, Nachdr. der 1. Aufl. Speyer 1898, Pirmasens 1974
Regensburger Tagblatt, Regensburg, 14.03.1848
Regensburger Zeitung, Regensburg, 17.03.1848
Reinhard, Maximilian Wilhelm, Das Recht des marggrävlichen Gesamthauses Baden überhaupt, wie auch der Baden-Durlachischen Linie, insonderheit, auf die Gravschaft Eberstein, das Städtlein Gernsbach und die Dörfer Staufenberg, Scheuren und Neuburg, Karlsruhe 1762
Reinheimer, Wilhelm (Hrsg.), Hundertfünfzig Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, Festschrift zum 150-jährigen Bestehen des Pfälzischen Oberlandesgerichts, Zweibrücken 1965
Reiter, Hermann, Die Revolution 1848/49 in Bayern, Bonn 1998
Reiter, Hermann, Die Revolution von 1848/49 in Altbayern, Ihre sozialen und mentalen Voraussetzungen und ihr Verlauf, München 1983
Roepke, Claus-Jürgen, Schloß und Akademie Tutzing, München 1986
Roeske, Wolfgang, Trinkwasserdesinfektion, Grundlagen, Verfahren, Anlagen, Geräte, Mikrobiologie, Chlorung, Ozonung, UV-Bestrahlung, Membranfiltration, Qualitätssicherung, 2. Aufl., München 2007
Rogron, J. A., Les Codes français expliqués par leurs motifs, par des exemples, Paris 1847
Rönne, Ludwig von, Das Staats-Recht der preußischen Monarchie, 2 Bde., 2. Aufl., Leipzig 1864
Rothenberg, Gunther Erich, Die Napoleonischen Kriege, Berlin 2000

-
- Roxin, Claus/Schünemann, Bernd/Kern, Eduard, Strafverfahrensrecht, Ein Studienbuch, 26. Aufl. des von Eduard Kern begr. Werkes, München 2009
-
- Rubo, Ernst Traugott, Ein Beitrag zur Abfassung einer deutschen Strafprozeßordnung unter besonderer Berücksichtigung des neuesten Preußischen Strafprozeßordnungs-Entwurfes, in: Der Gerichtssaal, Jg. 18, 1866, S. 321 ff., S. 453 ff.
-
- Rudhart, Ignaz von, Ueber den Zustand des Königreichs Baiern, nach amtlichen Quellen, 3 Bde., Stuttgart/Tübingen 1825 (Bd. 1, 2), 1827 (Bd. 3)
-
- Samhaber, Conrad, Das kgl. bayerische Prozeßgesetz vom 17. November 1837, Als Nachtrag zum „Rechtsweg in Bayern“, Würzburg 1838
-
- Schad, Martha, Bayerns Königinnen, Regensburg 1993
-
- Schäder, Christian, Münchner Brauindustrie 1871 – 1945, die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung eines Industriezweiges, Marburg 1999
-
- Schärl, Walter, Die Zusammensetzung der bayerischen Beamtenschaft, von 1806 – 1918, Kallmünz 1955
-
- Scherer, Karl, Zum Verhältnis Pfalz Bayern in den Jahren 1816 – 1848, in: Fenske, Hans, Die Pfalz und Bayern, 1816 – 1956, Speyer 1998, S. 9 ff.
-
- Scherer, Wilhelm, Nikolaes Heinsius der Ältere, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 11, Berlin 1880, S. 656 ff.
-
- Scheurl, Adolf von, Erläuternde Anmerkungen zu der neuen Strafprozeß- (insbesondere Schwurgerichts-) Ordnung für das diesrheinische Bayern, Gesetz „die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuchs von 1813 betreffend“, auf Grundlage der ständischen Ausschußverhandlungen, München 1848
-
- Sing, Achim, Die Memoiren König Maximilians II. von Bayern 1848 – 1864, Mit Einführung und Kommentar, München 1997
-
- Schlaich, Heinz, Der bayerische Staatsrat, Beiträge zu seiner Entwicklung von 1808/09 bis 1918, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Heft 28, 1965, S. 460 ff.
-
- Schlosser, Hans, Grundzüge der neueren Privatrechtsgeschichte, Rechtsentwicklung im europäischen Kontext, 10. Aufl., Heidelberg 2005
-
- Schmidt, Eberhard, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl., Göttingen 1965
-
- Schmidt, Walther, Dr. Johann Freiherr von Lutz (1867 – 1871), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 2, 2. Teil (1854 – 1918), München 1931, S. 759 ff.
-

Schmitt, Gottfried, Der bayerische Civilproceß nach der Civilproceßordnung vom 29. April 1869 systematisch dargestellt von Dr. Gottfried Schmitt, 2 Bde., Bamberg 1870, 1872

Schnath, Georg, Georg II., in: Stolberg-Wernigerode, Otto zu (Hrsg.), NDB, Bd. 6., Berlin 1964, S. 212

Schreiber, Wilhelm, Geschichte Bayerns in Verbindung mit der deutschen Geschichte, Von den Agilolfingern bis zum Ausgang des Spanischen Erbfolgekrieges (Bd. 1), Vom österreichischen Erbfolgekrieg bis auf die Gegenwart (Bd. 2), Freiburg im Breisgau 1889, 1891

Schubert, Werner, Die Deutsche Gerichtsverfassung, 1869 - 1877, Entstehung und Quellen, Frankfurt am Main 1981

Schubert, Werner, Entwurf der Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern von 1825, Mit einer Einführung in die Geschichte des bayerischen Zivilprozesses im 19. Jahrhundert, Nachdr. der Ausg. München, 1825, Goldbach 1993

Schulz, Joachim, Zur Berufung in Strafsachen, in: Feltes, Thomas/Pfeiffer, Christian/Steinhilper, Gernot (Hrsg.), Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag, Heidelberg/München (u.a.) 2006, S. 431 ff.

Schulze, Hermann, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 2. Bde., Leipzig 1881 (Bd. 1), 1886 (Bd. 2)

Schulze, Reiner, Französisches Zivilrecht in Europa während des 19. Jahrhunderts, Berlin 1994

Schulze, Reiner, Französisches Recht und Europäische Rechtsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Schulze, Reiner, Französisches Zivilrecht in Europa während des 19. Jahrhunderts, Berlin 1994, S. 9 ff.

Schunck, Friedrich Ch. Karl, Staatsrecht des Königreichs Baiern, Bd. 1, 1824

Schwarze, Friedrich Oskar von, Die zweite Instanz im mündlichen Strafverfahren, in: Der Gerichtssaal, 1855, Bd. 2, S. 3 ff., 81 ff.

Schwarze, Friedrich Oskar von, Die zweite Instanz im mündlichen Strafverfahren, Wien 1862

Schweisthal, Patrick, Das bayerische Strafgesetzbuch von 1861, Die letzte bayerische Strafgesetzgebung im Schatten Preußens?, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 345, München 1992.

Schwertmann, Malte, Gesetzgebung und Repräsentation im frühkonstitutionellen Bayern, Würzburg 2006

Schwinge, Erich, Der Kampf um die Schwurgerichte, Bis zur Frankfurter Nationalversammlung, Mit einem Vorwort des Verfassers zum Neudruck und einer Einleitung: Zum Schwurgerichtsproblem heute, Neudruck der Ausg. Breslau 1926, Aalen 1970

Sedlmayr, Fritz, Die Geschichte der Spatenbrauerei unter Gabriel Sedlmayr dem Älteren und dem Jüngeren 1807 – 1874, sowie Beiträge zur bayerischen Brauereigeschichte dieser Zeit, 2 Bde., Nürnberg 1934, 1951

Seitz, Jutta, Die landständische Verordnung in Bayern im Übergang von der altständischen Repräsentation zum modernen Staat, Historische Kommission: Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 62, Göttingen 1999

Sepp, Johann Nepomuk, Ludwig Augustus, König von Bayern und das Zeitalter der Wiedergeburt der Künste, München/Regensburg 1903

Seydel, Max von, Bayerisches Staatsrecht, 4 Bde., Freiburg 1896

Siegrist, Hannes, Advokat, Bürger und Staat, Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18. – 20. Jh.), Frankfurt am Main 1996

Spindler, Max (u.a.) (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, 4 Bde., München 1981 (Bd. 1), 1988 (Bd. 2), 1997 (Bd. 3,1), 2001 (Bd. 3,2), 1995 (Bd. 3,3), 2003 (Bd. 4,1), 2007 (Bd. 4,2)

Spindler, Max, Die politische Wendung von 1847/48 in Bayern, in: Schottenloher, Otto (Hrsg.) Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich, Forschungen zur bayerischen Geschichte vornehmlich im 19. Jahrhundert, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, München 1961, S. 326 ff.

Schottenloher, Otto (Hrsg.) Bayern, Staat und Kirche, Land und Reich, Forschungen zur bayerischen Geschichte vornehmlich im 19. Jahrhundert, Wilhelm Winkler zum Gedächtnis, München 1961

Staab, Franz, Die Pfalz, Probleme einer Begriffsgeschichte vom Kaiserpalast auf dem Palatin bis zum heutigen Regierungsbezirk, Referate und Aussprachen der Arbeitstagung vom 4. – 6. Oktober 1988 in St. Martin/Pfalz, Speyer 1990

Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, 2. Bde., 1. Teil (1818 - 1854), 2. Teil (1854-1918), München 1931

Stolleis, Michael, Die Bayerische Gesetzgebung zur Herstellung eines frei verfügbaren Grundeigentums, in: Coing, Helmut, Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 3, Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Grundeigentums und Grundkredits, Frankfurt am Main 1976, S. 44 ff.

Stuck, Kurt, Verwaltungspersonal im Herzogtum Zweibrücken, Regierungszentrale Zweibrücken, Oberämter Bergzabern, Kusel, Meisenheim, Zweibrücken, Ikonographie der herzoglichen Familien, Ludwigshafen am Rhein 1993

Stumpf, Pleickhard, Denkwürdige Bayern, kurze Lebensbeschreibungen verstorbener verdienter Männer, die in dem Ländergebiete des jetzigen Königsreichs Bayern geboren oder durch längern Aufenthalt ihm angehörig waren, München 1865

Supplemente zum Conversations-Lexicon für die Besitzer der Stuttgarter Ausgabe in zehn Bänden, enthaltend die wichtigsten neuen Artikel und Verbesserungen der Leipziger fünften Auflage, erste Abtheilung, A bis E, Stuttgart, 1819

Teutsch, Arthur, Die Ministerverantwortlichkeit in Bayern, Enderkoben 1903

Thilo, Wilhelm, Die Strafgesetzgebung des Großherzogthums Baden, Nebst dem Gesetze über die Gerichtsverfassung, Mit den Motiven der Regierung und den Resultaten der Ständeverhandlungen, Im Zusammenhange dargest. von Wilhelm Thilo, Karlsruhe 1837

Thilo, Wilhelm, Proceß-Ordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Großherzogthum Baden, Aus Quellen der Gesetzgebung, richterlichen Entscheidungen und Doctrin für praktische Rechtsgelehrte, Erläutert von Wilhelm Thilo, Karlsruhe 1841

Tiainen, Jorma, Die bayerische Konstitution von 1808 und die öffentliche Diskussion darüber, in: Studia historica 1, 1967, S. 167 ff.

Tröndle, Herbert, Zur Frage der Berufung in Strafsachen, in: GA für Strafrecht, 1967, S. 161 ff.

Trötsch, Georg, Dr. Friedrich Freiherr von Zentner (1823 – 1831), in: Staatsministerium der Justiz (Hrsg.), Die Königlich Bayerischen Staatsminister der Justiz in der Zeit von 1818 bis 1918, Ihre Herkunft, ihr Werdegang und ihr Wirken, Bd. 1, 1. Teil (1818 - 1854), München 1931, S. 157 ff.

Uhde, Werner, Hermann Freiherr von Rotenhan, Eine politische Biographie, München 1933

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern, Protokolle, Stenographische Berichte, Beilagen in den Jahren 1819 – 1869

Verhandlungen der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, Protokolle, Beilagen in den Jahren 1819 – 1869

Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Bayern, Protokolle, Beilagen in den Jahren 1848 – 1869

Verhandlungen des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern, Protokolle, Beilagen in den Jahren 1848 – 1869

Volkert, Wilhelm, Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte, 1799 – 1980, München 1983

Vollhardt, Jürgen, Das bayerische Notariat 1862 bis 1945, in: Bayerischer Notarverein, Festschrift 125 Jahre bayerisches Notariat, München 1987, S. 11 ff.

Vormbaum, Thomas, Einführung in die moderne Strafrechtsgeschichte, Berlin (u.a.) 2009

Wadle, Elmar Hrsg., Philipp Jakob Siebenpfeiffer und seine Zeit im Blickfeld der Rechtsgeschichte, Sigmaringen 1991

Wagner, Ulrich (Hrsg.), Wilhelm Joseph Behr, Dokumentation zu Leben und Werk eines Würzburger Demokraten, Würzburg 1985

Waider, Heribert, Die Bedeutung der praesumptio doli für die Strafrechtsentwicklung in Deutschland, in: JuS 1972, S. 305 ff.

Walther, Friedrich, Bemerkungen über den Entwurf eines Strafproceß Gesetzbuches für das Königreich Bayern vom Jahre 1870, in: Kritische Vierteljahresschrift 1871, XIII, S. 1 ff.

Walther, Friedrich, Die Rathskammer in Frankreich, (Loi (du 17. Iuliet 1856) qui modifie plusieurs dispositions du code d'instruction criminelle.), in: Der Gerichtssaal, Jg. 9, 1857, Bd. 2, S. 200 ff.

Walther, Friedrich, Lehrbuch des bayerischen Strafproceßrechts, mit Rücksicht auf andere Gesetzgebungen, München 1859

Walther, Friedrich, Rechtsmittel im Strafverfahren, (zwei Teile) München 1853, 1855.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, zwei Teile in einem Band, Frankfurt am Main 2008

Weber, Wilhelm, Schloß Karlsberg, Legende und Wirklichkeit, Die Wittelsbacher Schloßbauten im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, Homburg Saarpfalz 1987

Wedemeyer, Burkhard, Ludwig Freiherr von Gienanth (1767 - 1848), in: Baumann, Kurt (Hrsg.), Pfälzische Lebensbilder, Bd. 1, Speyer 1964, S. 167 ff.

Wegeling, Peter, Die Bayerische Konstitution 1808, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, 1958, S. 142 ff.

Wehner, Philipp, Die burschenschaftliche Bewegung an der Universität Landshut-München in den Jahren 1815 – 1833, München 1917

Weiler, Heinrich, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal, zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, 2. Bde., Frankenthal 1977

Weiler, Heinrich, Zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Anmerkungen über die Entstehung des Landgerichte Landau nebst einem Hinweis auf das Appellations- und Kassationsverfahren, Frankenthal 1984

Weis, Eberhard, Montgelas, Der Architekt des modernen bayerischen Staates 1799 – 1838, Bd. 2, München 2005

Weis, Eberhard, Montgelas' innenpolitisches Reformprogramm, Das Ansbacher Mémoire für den Herzog vom 30.09.1796, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 33, 1970, S. 219 ff.

Weis, Eberhard, Vom Kriegausbruch bis zur Reichsgründung, Zur Politik des bayerischen Außenministers Graf Bray-Steinburg im Jahr 1870, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 33, 1, S. 787 ff.

Weißler, Adolf, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Frankfurt am Main 1967

Welcker, Karl Theodor, Jury, Schwur oder Geschworenengericht als Rechtsanstalt und als politisches Institut, Die großen Gebrechen unserer dt. Strafrechtspflege u. d. Schwurgericht als d. einzige Mittel, ihnen gründlich abzuhelpfen, Altona 1840

Welsch, Johann Baptist, Leistungen der bayerischen Stände-Versammlungen in den ersten dreissig Jahren und Anforderungen des Volks an die zum XIII. Landtage einberufene Kammer der Abgeordneten im Jahre 1849, in teutscher, auch dem Bürger und Landmanne verständlicher Sprache geschrieben, München 1849

Welsch, Johann Baptist, Über Stetigung und Ablösung der bauerlichen Grundlasten, Mit besonderer Rücksicht auf Bayern, Würtemberg, Baden, Hessen, Preußen und Österreich, Landshut 1848

Werner, Eva Maria, Die Märzministerien, Regierungen der Revolution von 1848/49 in den Staaten des Deutschen Bundes, Göttingen 2009

Wernz, J., Commentar zur Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Königreich Bayern, 2 Bde., München 1869, 1871

Wiegand, H., Geschichte der Erlanger Burschenschaft, Erster Theil, Von der Gründung der Teutonia bis zu Auflösung der Arminia, 27. August 1816 bis 09. Mai 1833, Erlangen 1877

Wienecke, Joachim (Hrsg.), Von der Hohen Schule zum Theologischen Seminar Herborn, 1584 – 1984, Festschrift zur 400-Jahrfeier, Herborn 1984

Willoweit, Dietmar, Deutsche Verfassungsgeschichte, Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, Ein Studienbuch, 5. Aufl., München 2005

Wittkowski, Josef, Der König ruft die Pfälzer, Aus der Chronik der Familie Heintz, Aufzeichnungen aus drei Generationen, in: Unser Bayern, Heimatbeilage der Bayerischen Staatszeitung 4, 1955, S. 43 f.

Wolf, Heinrich u.a. (Hrsg.), Allgemeine bayerische Chronik oder Geschichts-Jahrbücher, Annalen, mit besonderer Beziehung auf das neunzehnte Jahrhundert, eine Monatsschrift für alle Stände, VI. Jahrbuch, München 1847

Wolter, Franz/Pocci, Franz, Franz von Pocci als Simplizissimus der Romantik, München 1925

Wormals, Patrick, Ethelred the Lawmaker, in: Hill, David, Ethelred the unready, Papers from the millenary conference, Oxford 1978, S. 47 ff.

Wunschmann, Ernst, Wilhelm Koch, in: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), ADB, Bd. 16 Berlin 1882, S. 402 ff.

Zachariä, Heinrich Albert, Deutsches Staats- und Bundesrecht, 3 Bde., Göttingen, 1841, 1842, 1845

Zachariä, Heinrich Albert, Die Gebrechen und die Reform des deutschen Strafverfahrens, Dargestellt auf der Basis einer consequenten Entwicklung des inquisitorischen und des accusatorischen Prinzips, Göttingen 1846

Zachariä, Heinrich Albert, Handbuch des deutschen Strafprocesses, Systematische Darstellung des auf den Quellen des gemeinen Rechts und der neuern deutschen Gesetzgebung beruhenden Criminalverfahrens, In wissenschaftlicher Begründung und Verbindung, 2. Bde, Göttingen 1861, 1868

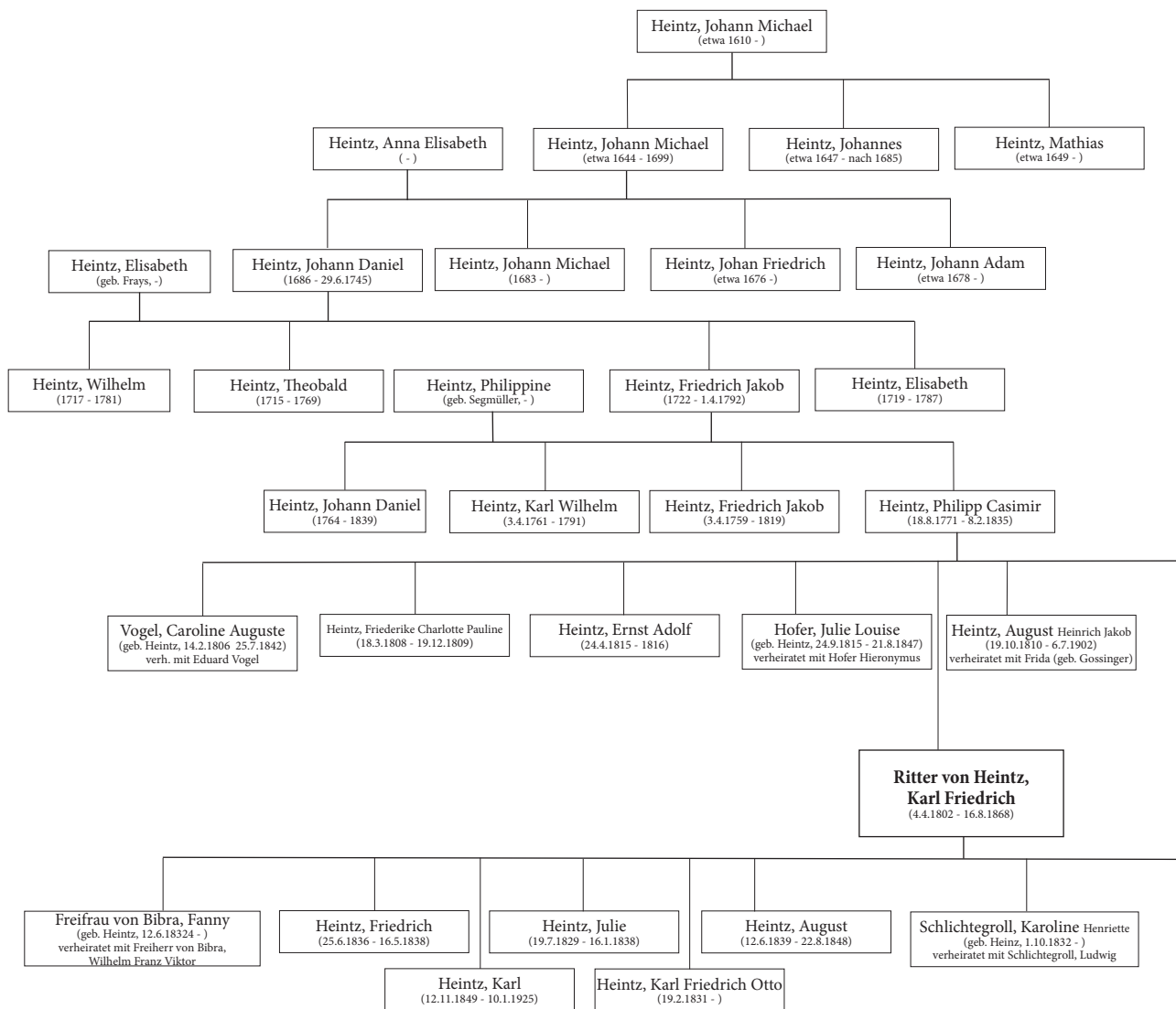
Ziegler, Hannes, Das pfälzisch bayerische Verhältnis zwischen Revolution 1849 und Reichsgründung, in: Fenske, Hans, Die Pfalz und Bayern, 1816 – 1956, Speyer 1998, S. 113 ff.

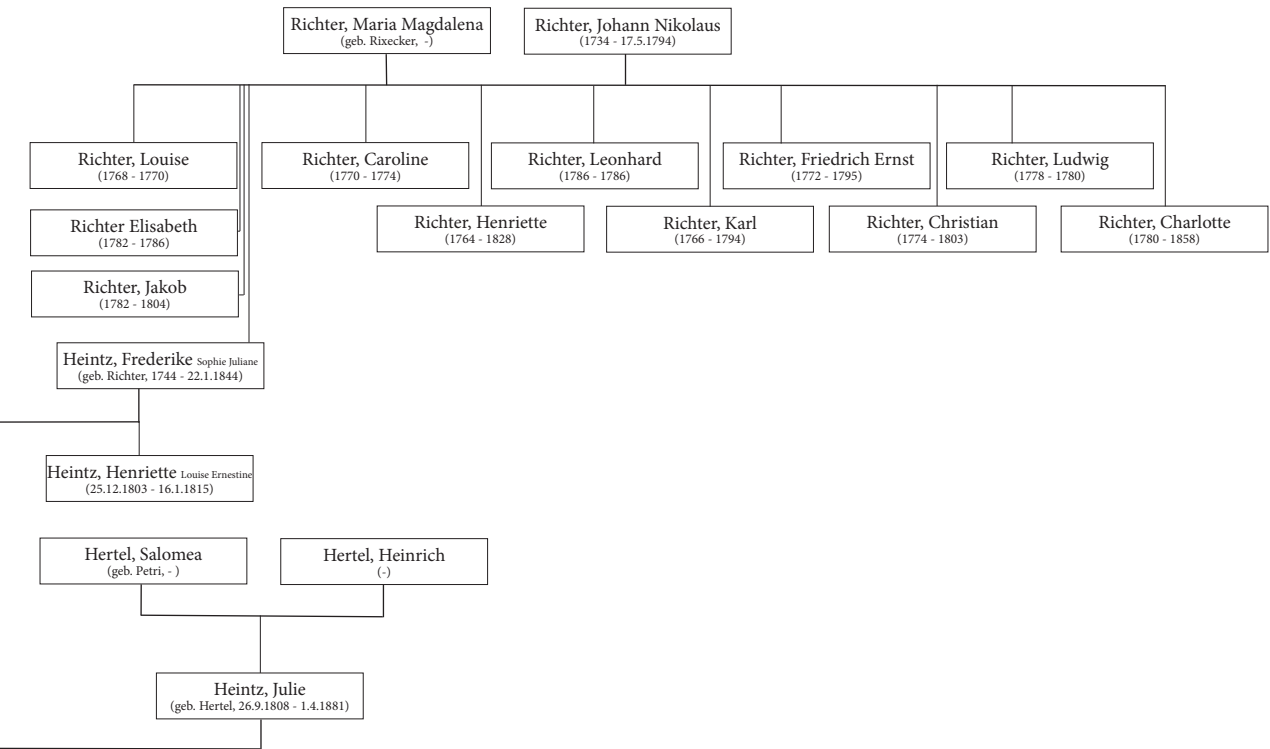
Ziegler, Hans, 175 Jahre Oberlandesgericht Zweibrücken 1815 bis 1990, Seine Richter und Staatsanwälte, in: Paulsen, Sven, 175 Jahre pfälzisches Oberlandesgericht, 1815 Appellationshof, Oberlandesgericht 1990, Festschrift, Neustadt an der Weinstrasse 1990, S. 411 ff.

Zuber, Karl-Heinz, Der „Fürst Proletarier“ Ludwig von Oettingen-Wallerstein, (1791 - 1870), Adeliges Leben und konservative Reformpolitik im konstitutionellen Bayern, München 1978

ANHANG

1. Stammbaum





2. Ahnenbericht

a. Generation 1

1. Ritter von Heintz, Karl Friedrich (Dr. jur.): Karl Friedrich wurde am 4. April 1802 geboren. Er starb am 16. August 1868 im Alter von 66 Jahren. Er war der Sohn von Heintz, Philipp Casimir und Heintz (geb. Richter), Friederike Sophie Juliane. Er war verheiratet mit Heintz (geb. Hertel), Julie.

Julie wurde geboren am 26. September 1808. Sie starb am 1. April 1881 im Alter von 72 Jahren. Sie war die Tochter von Hertel, Heinrich und Hertel (geb. Petri), Salomea. Mehr über Ritter von Heintz, Karl Friedrich:

Beruf: Kgl. bay. Justizminister 1848/49, erster Präsident des Oberappellationsgerichts in München, Staatsrat a.o.D.

Kinder von Heintz (geb. Hertel), Julie und Ritter von Heintz, Karl Friedrich

i. Heintz, Julie: Julie wurde geboren am 19. Juli 1829. Sie starb am 16. Januar 1838.

ii. Heintz, Karl Friedrich Otto: Karl Friedrich Otto wurde am 19. Februar 1831 geboren. Er war in erster Ehe mit Heintz (geb. Hummel), Elise verheiratet, in zweiter Ehe mit Heintz (geb. Nibler), Sephine.

iii. Schlichtegroll (geb. Heintz), Karoline Henriette: Karoline Henriette wurde geboren am 1. Oktober 1832. Sie war verheiratet mit Schlichtegroll, Ludwig.

iv. Freifrau von Bibra (geb. Heintz), Fanny: Fanny wurde geboren am 12. Juni 1834. Sie war verheiratet mit Freiherr von Bibra, Wilhelm Franz Viktor.

v. Heintz, Friedrich: Friedrich wurde am 25. Juni 1836 geboren. Er starb am 16. Mai 1838.

vi. Heintz, August: August wurde am 12. Juni 1839 geboren. Er starb am 22. August 1848.

vii. Heintz, Karl (Dr. med.): Karl wurde am 12. November 1849 geboren. Er starb am 10. Januar 1925. Er war in erster Ehe mit Heintz (geb. Heck), Anna verheiratet, in zweiter Ehe mit Heintz (Tcherbakov, geb. Freiin von Rummel), Olga.

b. Generation 2

2. Heintz, Philipp Casimir (Dr. theol.): Philipp Casimir wurde am 18. August 1771 geboren. Er starb am 8. Februar 1835 im Alter von 63 Jahren. Er war der Sohn von Heintz, Friedrich Jakob und Heintz (geb. Segmüller), Philippine. Er war verheiratet mit Heintz (geb. Richter), Friederike Sophie Juliane.

Mehr über Heintz, Philipp Casimir:

Beruf: Pfarrer, Oberkonsistorialrat in München.

3. Heintz (geb. Richter), Friederike Sophie Juliane: Friederike Sophie Juliane wurde geboren im Jahr 1774. Sie starb am 22. Januar 1844 im Alter von 70 Jahren. Sie war die Tochter von Richter, Johann Nikolaus und Richter (geb. Rixecker), Maria Magdalena.

Kinder von Heintz (geb. Richter), Friederike Sophie Juliane und Heintz, Philipp

Casimir

i. Ritter von Heintz, Karl Friedrich [1]. Karl Friedrich wurde am 4. April 1802 geboren. Er starb am 16. August 1868.

ii. Heintz, Henriette Louise Ernestine. Henriette Louise Ernestine wurde geboren am 25. Dezember 1803. Sie starb am 16. Januar 1815.

iii. Vogel (geb. Heintz), Caroline Auguste. Caroline Auguste wurde geboren am 14. Februar 1806. Sie starb am 25. Juli 1842.

iv. Heintz, Friederike Charlotte Pauline. Friederike Charlotte Pauline wurde geboren am 18. März 1808. Sie starb am 19. Dezember 1809.

v. Heintz, Ernst Adolf. Ernst Adolf wurde am 24. April 1815 geboren. Er starb im Jahr 1816.

vi. Hofer (geb. Heintz), Julie Louise. Julie Louise wurde geboren am 24. September 1815. Sie starb am 21. August 1847.

vii. Heintz, August Heinrich Jakob. August Heinrich Jakob wurde am 19. Oktober 1810 geboren. Er starb am 6. Juli 1902.

c. Generation 3

4. Heintz, Friedrich Jakob: Friedrich Jakob wurde geboren im Jahr 1722. Er starb am 1. April 1792 im Alter von 70 Jahren. Er war der Sohn von Heintz, Johann Daniel und Heintz (geb. Frays), Elisabeth. Er war verheiratet mit Heintz (geb. Segmüller), Philippine.

Mehr über Heintz, Friedrich Jakob:

Beruf: Pfarrer in Konken.

5. Heintz (geb. Segmüller), Philippine.

Kinder von Heintz (geb. Segmüller), Philippine und Heintz, Friedrich Jakob

i. Heintz, Philipp Casimir [2]. Philipp Casimir wurde am 18. August 1771 geboren. Er starb am 8. Februar 1835.

ii. Heintz, Johann Daniel: Johann Daniel wurde geboren im Jahr 1764. Er starb im Jahr 1839.

iii. Heintz, Karl Wilhelm: Karl Wilhelm wurde am 3. April 1761 geboren. Er starb im Jahr 1791.

iv. Heintz, Friedrich Jakob: Friedrich Jakob wurde am 3. April 1759 geboren. Er starb im Jahr 1819.

6. Richter, Johann Nikolaus. Johann Nikolaus wurde geboren im Jahr 1734. Er starb am 17. Mai 1794 im Alter von 60 Jahren. Er war verheiratet mit Richter (geb. Rixecker), Maria Magdalena.

Mehr über Richter, Johann Nikolaus:

Beruf: Pfarrer, Kircheninspektor, erster Oberkonsistorialrat in Zweibrücken.

7. Richter (geb. Rixecker), Maria Magdalena.

Kinder von Richter (geb. Rixecker), Maria Magdalena und Richter, Johann Nikolaus

i. Richter, Louise: Louise wurde geboren im Jahr 1768. Sie starb im Jahr 1770.

ii. Richter, Caroline: Caroline wurde geboren im Jahr 1770. Sie starb im Jahr 1774.

- iii.Richter, Ludwig: Ludwig wurde geboren im Jahr 1778. Er starb im Jahr 1780.
- iv.Richter, Elisabeth: Elisabeth wurde geboren im Jahr 1782. Sie starb im Jahr 1786.
- v.Richter, Leonhard: Leonhard wurde geboren im Jahr 1786. Er starb im Jahr 1786.
- vi.Richter, Henriette: Henriette wurde geboren im Jahr 1764. Sie starb im Jahr 1828.
- vii.Richter, Karl: Karl wurde geboren im Jahr 1766. Er starb im Jahr 1794.
- viii.Richter, Friedrich Ernst: Friedrich Ernst wurde geboren im Jahr 1772. Er starb im Jahr 1795.
- ix.Richter, Christian: Christian wurde geboren im Jahr 1774. Er starb im Jahr 1803.
- x.Richter, Charlotte: Charlotte wurde geboren im Jahr 1780. Sie starb im Jahr 1858.
- xi.Richter, Jakob: Jakob wurde geboren im Jahr 1782. Er starb im Jahr 1804.
- xii.Heintz (geb. Richter), Friederike Sophie Juliane [3]: Friederike Sophie Juliane wurde geboren im Jahr 1774. Sie starb am 22. Januar 1844.

d.Generation 4

8.Heintz, Johann Daniel: Johann Daniel wurde geboren im Jahr 1686. Er starb am 29. Juni 1745 im Alter von 59 Jahren. Er war der Sohn von Heintz, Johann Michael und Heintz, Anna Elisabetha. Er war verheiratet mit Heintz (geb. Frays), Elisabeth. Mehr über Heintz, Johann Daniel:

Beruf: Pfarrer in Niederkirchen.

9.Heintz (geb. Frays), Elisabeth.

Kinder von Heintz (geb. Frays), Elisabeth und Heintz, Johann Daniel

- i.Heintz, Elisabeth: Elisabeth wurde geboren im Jahr 1719. Sie starb im Jahr 1787.
- ii.Heintz, Wilhelm: Wilhelm wurde geboren im Jahr 1717. Er starb im Jahr 1781.
- iii.Heintz, Theobald: Theobald wurde geboren im Jahr 1715. Er starb im Jahr 1769.
- iv.Heintz, Friedrich Jakob [4]: Friedrich Jakob wurde geboren im Jahr 1722. Er starb am 1. April 1792.

e.Generation 5

10.Heintz, Johann Michael: Johann Michael wurde etwa 1644 geboren. Er starb nach 1699 im Alter von etwa 55 Jahren. Er war der Sohn von Heintz, Johann Michael. Er war verheiratet mit Heintz, Anna Elisabetha.

11.Heintz, Anna Elisabetha.

Kinder von Heintz, Anna Elisabetha und Heintz, Johann Michael

- i.Heintz, Johann Daniel [8]: Johann Daniel wurde geboren im Jahr 1686. Er starb am 29. Juni 1745.
 - ii.Heintz, Johann Michael: Johann Michael wurde geboren im Jahr 1683.
 - iii.Heintz, Johann Adam: Johann Adam wurde etwa 1678 geboren.
 - iv.Heintz, Johann Friedrich: Johann Friedrich wurde etwa 1676 geboren.
- Mehr über Heintz, Anna Elisabetha und Heintz, Johann Michael:
Beruf: Oberschultheiß in Baumholder.

f.Generation 6

13.Heintz, Johann Michael (Dr. jur. utr.):

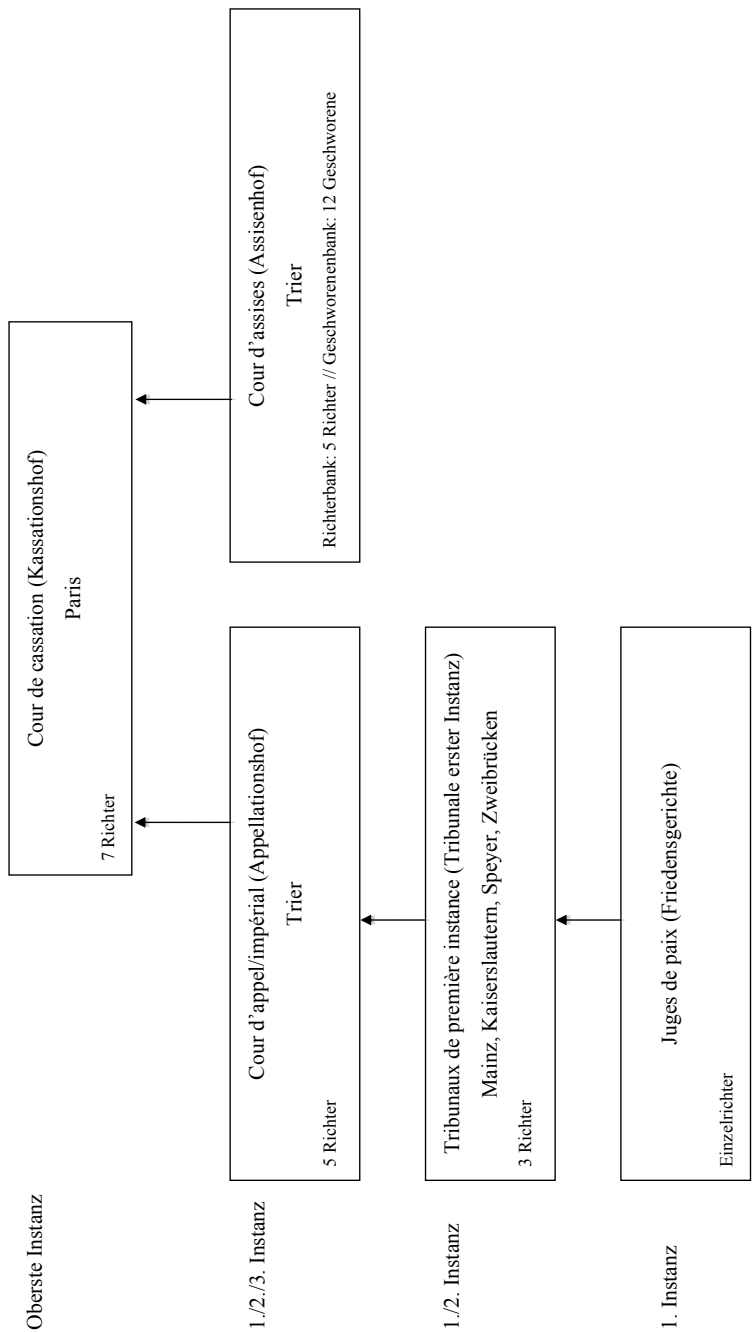
Kinder Heintz, Johann Michael

i.Heintz, Johann Michael [16]: Johann Michael wurde etwa 1644 geboren. Er starb nach 1699.

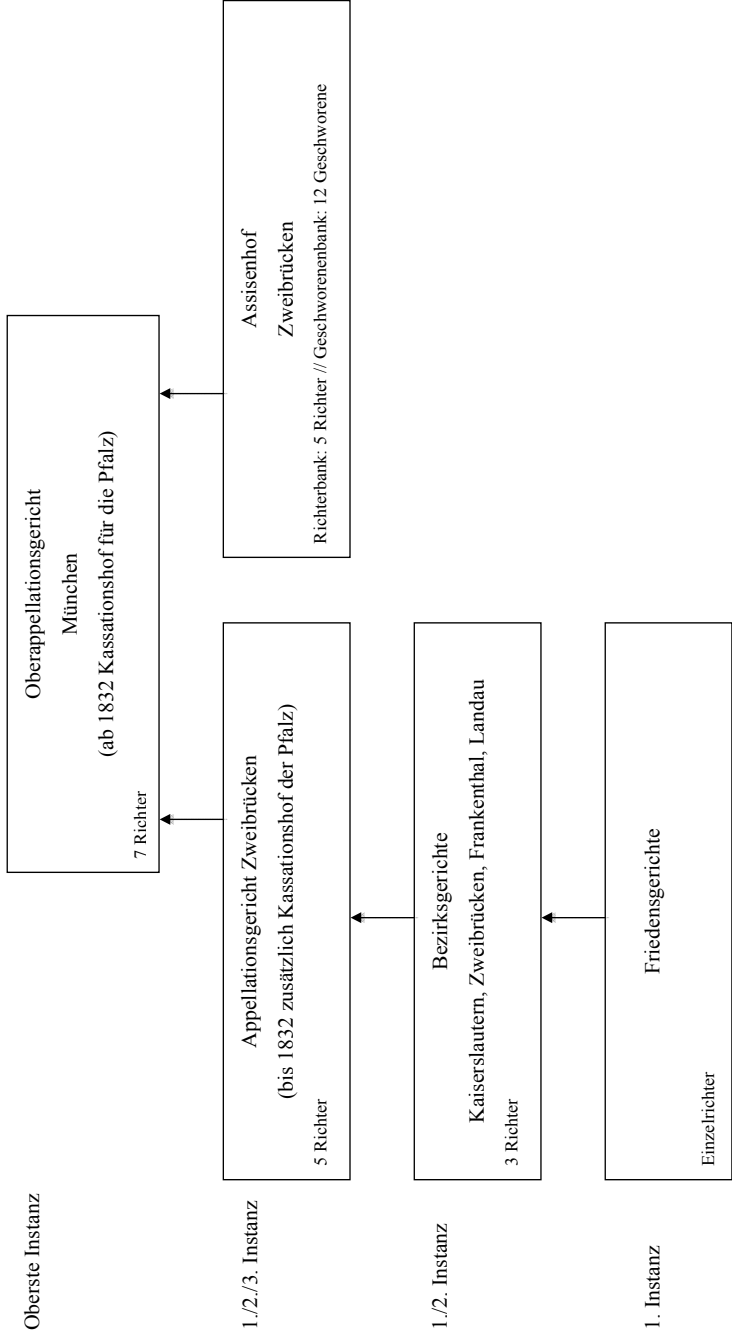
ii.Heintz, Johannes: Johannes wurde etwa 1747 geboren. Er starb nach 1685.

iii.Heintz, Mathias: Mathias wurde etwa 1649 geboren.

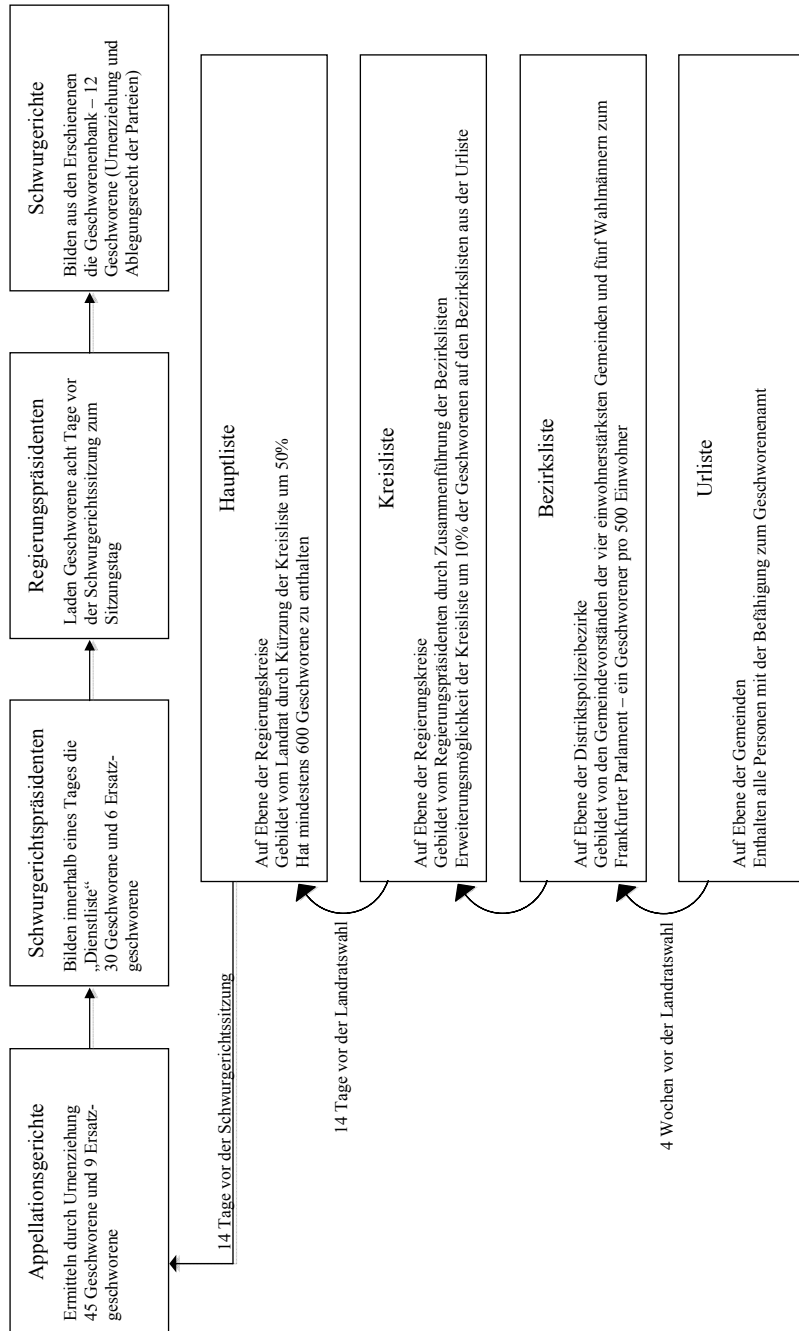
3. Gerichtsorganisation Pfalz (1802 – 1814)



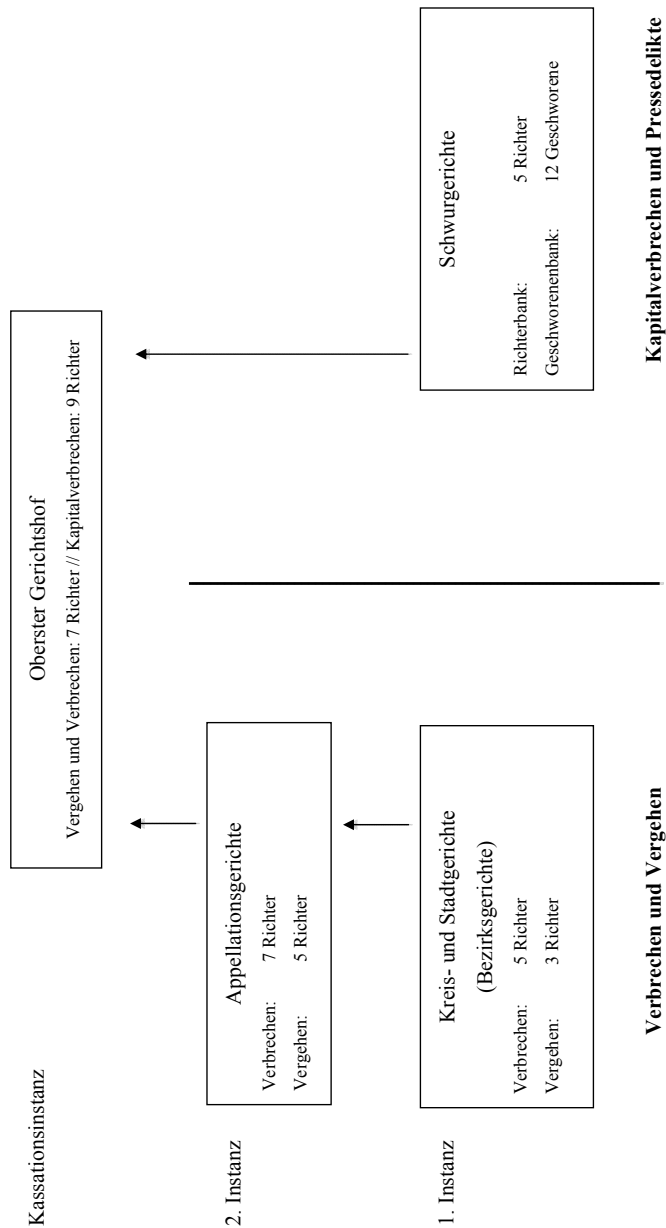
4. Gerichtsorganisation Pfalz (1816 – 1877)



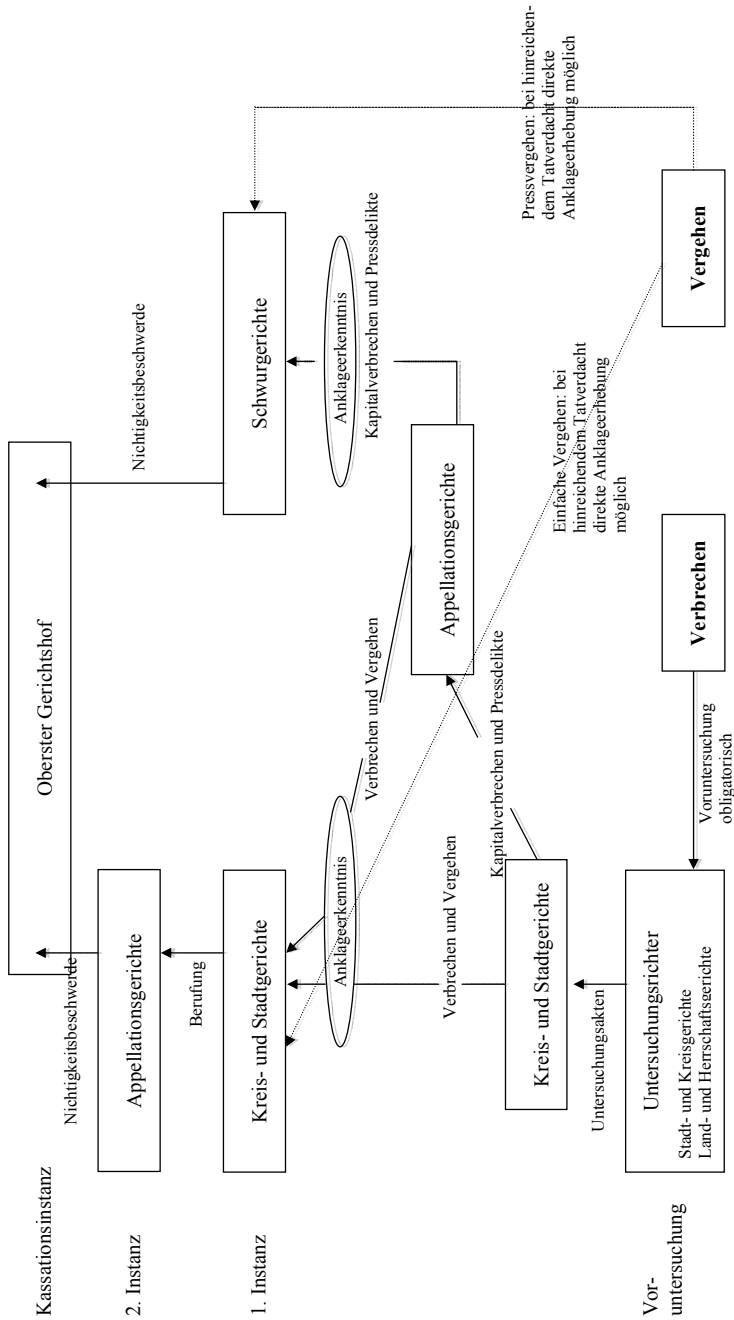
5. Bildung der Geschworenengerichte nach der StPON



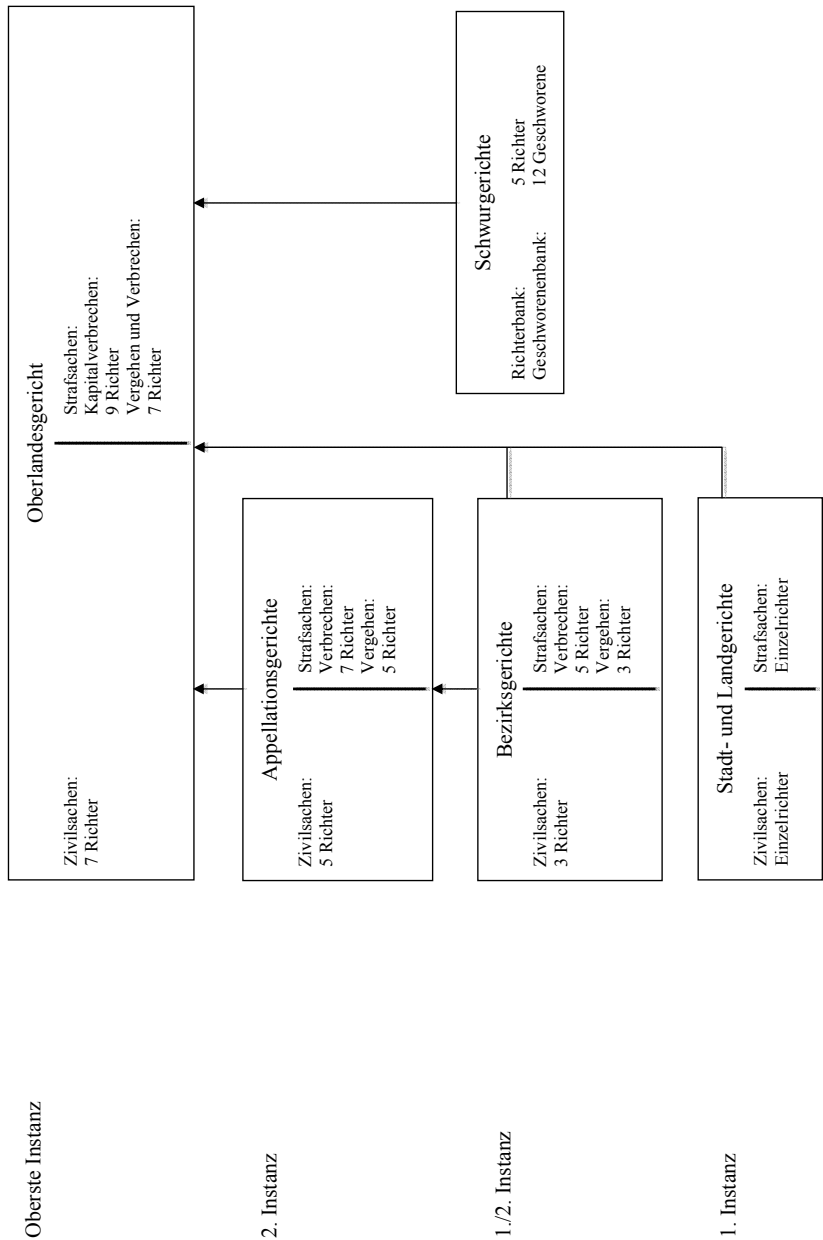
6. Die Gerichtsorganisation nach der StPON



7. Gang des Strafverfahrens nach der StPON



8. Gerichtsorganisation nach dem GVGE 1849



9. Dankdeputation von Landgemeinden bei Justizminister Heintz



10. Justizminister von Heintz, der ausgezeichnete Rechenmeister, hält Schule



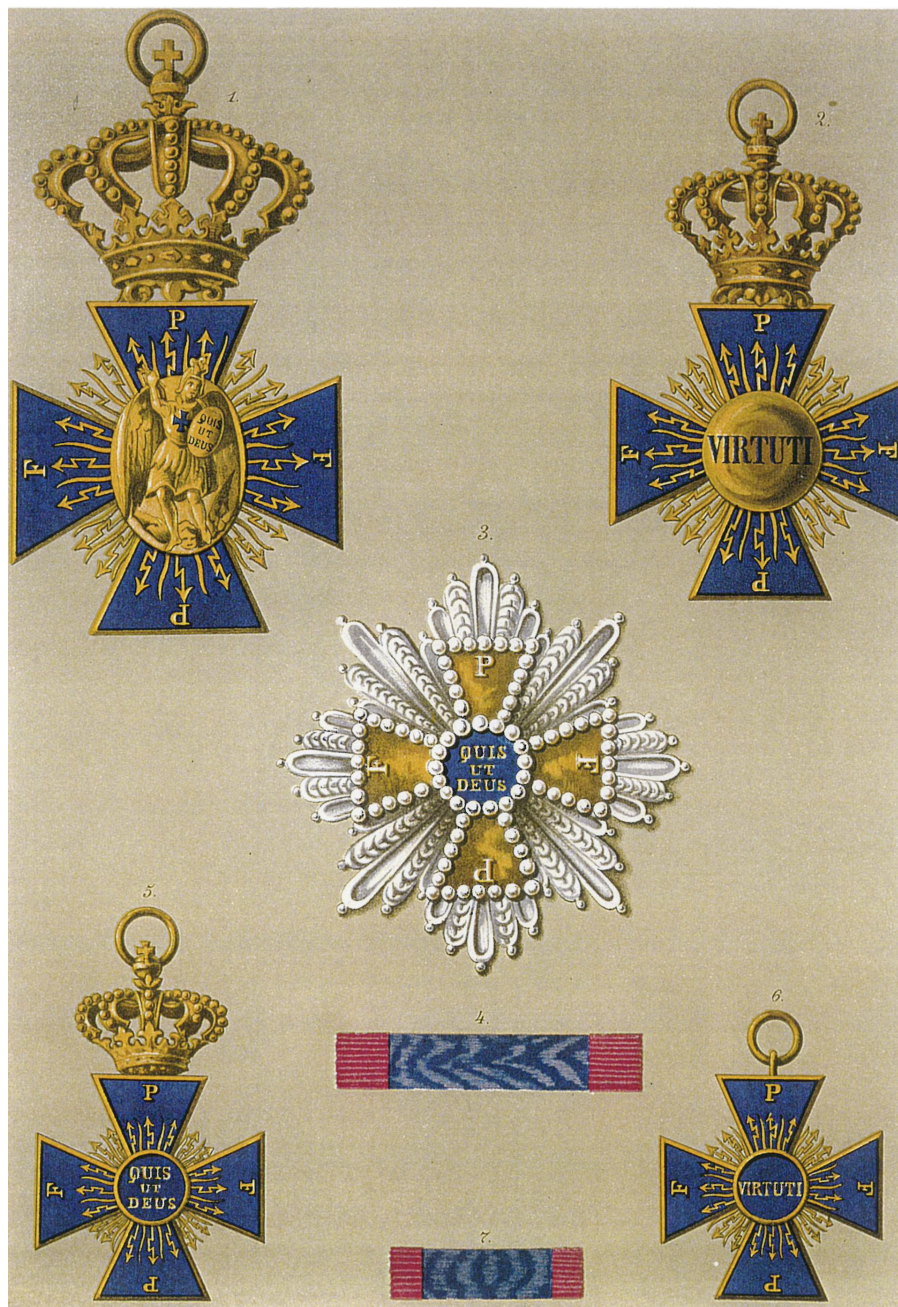
11. Löschung des Brandes in Tutzing



13. Stern zum Verdienstorden vom heiligen Michael



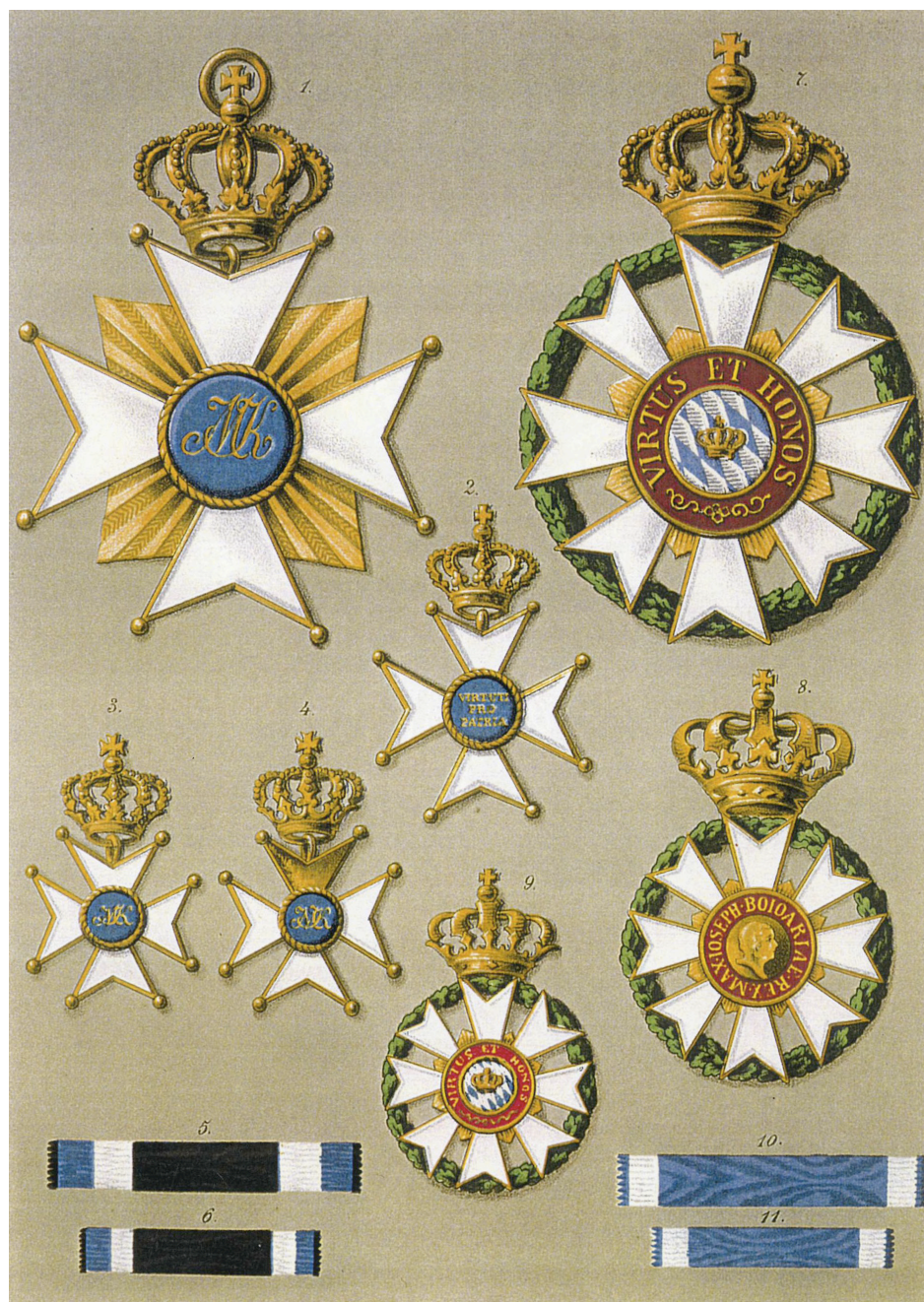
14. Verdienstorden vom heiligen Michael



15. Stern zum Verdienstorden der bayerischen Krone

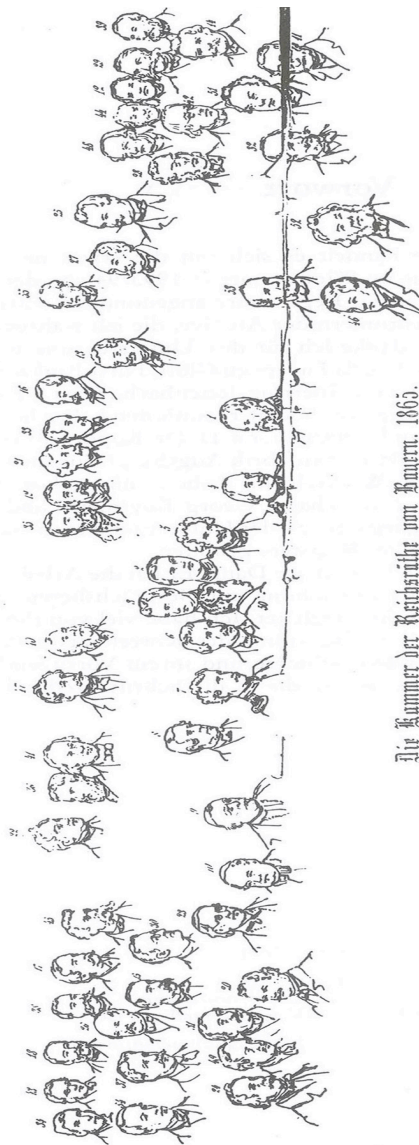


16. Verdienstorden der bayerischen Krone



17. Die Kammer der Reichsräte im Jahr 1865





Die Kammer der Reichsräthe von Bayern. 1865.

- | | | |
|--|--|--|
| 1. S. K. M. Prinz Ludwig von Bayern. | 23. Herr Rudolph v. Schödel, Reichs- u. Landtag. | 41. Herr v. Stein auf Zudenberg. |
| 2. S. K. M. Prinz Ludwig von Bayern. | 24. Graf Maximilian von Arco-Valley. | 42. Herr v. Carl von Heide. |
| 3. S. K. M. Prinz Leopold von Bayern. | 25. Freiherr Franz v. Schödel von Landenberg. | 43. Herr v. Thurn und Taxis. |
| 4. S. K. M. Prinz Albrecht von Bayern. | 26. Graf Maximilian v. Freytag-Liebenow. | 44. Herr v. Wittgenstein von Lützow. |
| 5. S. K. M. Prinz Carl von Bayern. | 27. Herr v. Schödel von Landenberg. | 45. Freiherr Carl Maria von Ströde. |
| 6. S. K. M. Prinz Maximilian von Bayern. | 28. Graf Maximilian v. Freytag-Liebenow. | 46. Freiherr Nikolaus von Thurn. |
| 7. S. K. M. Prinz Carl Theodor von Bayern. | 29. Graf Maximilian von Wittgenstein. | 47. Herr v. Friedberg von Lützow. |
| 8. Erzherzog Franz von Bayern. | 30. Freiherr Georg von Freudenstein. | 48. Herr v. Altmann. |
| 9. Erzherzog Franz von Bayern. | 31. Freiherr Julius von Freudenstein. | 49. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| 10. Erzherzog Nikolaus von Bayern. | 32. Graf Carl Leopold von Wittgenstein. | 50. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| 11. Graf Friedrich von Gadow. | 33. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 51. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 34. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 52. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 35. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 53. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 36. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 54. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 37. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 55. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 38. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 56. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 39. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 57. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 40. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 58. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 41. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 59. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 42. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 60. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 43. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 61. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 44. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 62. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 45. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 63. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 46. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 64. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 47. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 65. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 48. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 66. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 49. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 67. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 50. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 68. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 51. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 69. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 52. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 70. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 53. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 71. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 54. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 72. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 55. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 73. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 56. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 74. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 57. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 75. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 58. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 76. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 59. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 77. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 60. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 78. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 61. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 79. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 62. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 80. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 63. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 81. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 64. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 82. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 65. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 83. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 66. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 84. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 67. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 85. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 68. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 86. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 69. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 87. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 70. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 88. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 71. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 89. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 72. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 90. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 73. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 91. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 74. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 92. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 75. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 93. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 76. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 94. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 77. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 95. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 78. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 96. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 79. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 97. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 80. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 98. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 81. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 99. Herr v. Freudenstein von Altmann. |
| | 82. Herr v. Freudenstein von Altmann. | 100. Herr v. Freudenstein von Altmann. |

Bereits erschienen

Rechtskultur Wissenschaft

Band 1; Martin Löhnig, Die Justiz als Gesetzgeber: Zur Anwendung nationalsozialistischen Rechts in der Nachkriegszeit; 2010; ISBN 978-3-86646-401-8; 29,90 Euro

Band 2; Martin Löhnig (Hrsg.), Zwischenzeit: Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre; 2011; ISBN 978-3-86646-403-2; 39,00 Euro

Band 3; Lena Stern, Der Strafgrund der Bekenntnisbeschimpfung; 2011; ISBN 978-3-86646-404-9; 39,00 Euro

Band 4; Ricardo Gómez Rivero, Die Königliche Sanktion der Gesetze in der Verfassung von Cádiz; 2011; ISBN 978-3-86646-405-6; 39,00 Euro

Band 5; Czeguhn/Sánchez Aranda (Hrsg.), Vom Diener des Fürsten zum Diener des Rechts: Zur Stellung des Richters im 19. Jahrhundert; Del servicio al Rey al servicio de la Justicia: el cargo de juez en el siglo decimonónico ; 2011; ISBN 978-3-86646-406-3; 39,00 Euro

Band 6; Geisenhanslüke/Löhnig (Hrsg.), Infamie - Ehre und Ehrverlust in literarischen in juristischen Diskursen ; 2012; ISBN 978-3-86646-407-0; 30,00 Euro

Rechtskultur Dogmatik

Band 1; Florian Weichselgärtner, Das AGG im Sport: Diskriminierungen im Sport; 2011; ISBN 978-3-86646-402-5; 39,90 Euro

Edition Rechtskultur

Harald Derschka, Rainer Hausmann, Martin Löhnig (Hrsg.); Festschrift für Hans-Wolfgang Strätz zum 70. Geburtstag; 2009; ISBN: 978-3-86646-400-1; 198,00 Euro

Leserservice & Bestellungen

www.Edition-Rechtskultur.de
eine Reihe der H. Gietl Verlag & Publikationsservice GmbH, Regensburg
E-Mail: info@Edition-Rechtskultur.de
Fax. 09402/9337 - 24 • Tel. 09402/9337 - 0